



C/2024/4052

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Schutz der Demokratie vor Desinformation

(Initiativstimmungnahme)

(C/2024/4052)

Berichterstatte: **John COMER**

**Carlos Manuel TRINDA-
DE**

Berater	Frank ALLEN (für Herrn COMER) Paulo PENA (für Herrn TRINDADE)
Beschluss des Plenums	13.12.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme im Arbeitsorgan	4.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	161/0/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) legt in der vorliegenden Stellungnahme seine Besorgnis über das Ausmaß und die Verbreitung von Desinformationskampagnen in der Europäischen Union im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2024 dar. Diese Stellungnahme knüpft an die Stellungnahmen über den Aktionsplan gegen Desinformation ⁽¹⁾ ⁽²⁾ an.

1.2. fordert die europäischen Institutionen auf, dringend Überlegungen darüber anzustellen, welche Faktoren dazu führen, dass Des- und Falschinformation nach wie vor den öffentlichen Diskurs vergiften und in einer Art und Weise polarisieren, dass Hetze wichtiger wird als sachliche Informationen;

1.3. schlägt vor, dass die Europäische Kommission, der Rat und die Gesamtheit der Mitgliedstaaten eine breit angelegte Strategie verfolgen, in deren Rahmen sämtliche bereits vorhandenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation intensiviert und die Vorschriften zur Verhinderung des Missbrauchs digitaler Plattformen durch organisierte Scheinidentitäten verschärft werden. Zudem sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, unter Umgehung der allgegenwärtigen Strategien des „Überwachungskapitalismus“ ⁽³⁾ eigenständig darüber zu entscheiden, wie sie soziale Medien und digitale Plattformen nutzen möchten, und es sollten gemeinsame Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität und des Pluralismus ergriffen werden, ohne die der Journalismus als erste Verteidigungslinie gegen Desinformation nicht funktionieren kann;

1.4. weist in Anbetracht der Tatsache, dass die technischen Mittel zur Bekämpfung von Desinformation sämtlich zur Verfügung stehen, darauf hin, dass es einer klar formulierten Strategie bedarf, die auf die unterschiedlichen Gefahren, die im Internet mit Blick auf Desinformation, hybride Bedrohungen und Cybersicherheit bestehen, ausgerichtet ist. Diese Strategie muss unter uneingeschränkter Achtung unserer demokratischen Grundwerte, wie z. B. der Meinungsfreiheit, erarbeitet werden. Private Interessen dürfen das öffentliche Interesse nicht überlagern;

⁽¹⁾ ABl. C 228 vom 5.7.2019, S. 89.

⁽²⁾ ABl. C 152 vom 6.4.2022, S. 72.

⁽³⁾ Zuboff, Shoshana: The Age of Surveillance Capitalism – The fight for a human future at the new frontier of power, Profile Books Ltd, 2019.

1.5. fordert die Europäische Kommission auf, sicherzustellen, dass ungeachtet der Krise des traditionellen Geschäftsmodells der Medien Informationen verfügbar sind. Aus sämtlichen Studien geht hervor, dass in Europa hinsichtlich des Pluralismus in den Medien ein Problem besteht ^(*). Ein erster notwendiger Schritt, Pluralismus nicht bedingungslos den Regeln des Marktes zu unterwerfen, ist, wie von der UNESCO vorgeschlagen ^(²), die Einstufung des Journalismus als europäisches öffentliches Gut. Die redaktionelle Freiheit der Journalisten sowie ihre Sicherheit und ihr Zugang zu Informationsquellen sind von wesentlicher Bedeutung;

1.6. fordert nach einer gründlichen Untersuchung der öffentlichen Politik im Bereich der Medienfinanzierung gesetzgeberische Maßnahmen für ein angemessen finanziertes und unabhängiges öffentlich-rechtliches Mediensystem. Im Sinne des Pluralismus müssen auch die Rechte unabhängiger Medien geschützt werden;

1.7. empfiehlt der Kommission, diesbezüglich zu prüfen, ob ein auf verschiedenen Plattformen präsenter und in sämtlichen Landessprachen berichtender, redaktionell unabhängig arbeitender öffentlicher europäischer Nachrichtensender realisierbar ist, der allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Informationen zugänglich macht, die sie benötigen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können;

1.8. fordert die Europäische Kommission auf, einen Plan zu erarbeiten, der die Qualität lokaler und regionaler Information sicherstellt;

1.9. befürwortet die Schaffung von Instrumenten zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Nachrichtenmedien in Europa;

1.10. fordert die Europäische Kommission auf, eine Einschätzung darüber abzugeben, wie die auf soziale Medien und digitale Plattformen anwendbaren Bestimmungen hinsichtlich der Desinformation greifen und mit Blick auf ihre Wirksamkeit die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen vorzusehen;

1.11. hält eine Überarbeitung der geltenden Bestimmungen für personalisierte Werbung für wesentlich und fordert mit Blick auf die Sammlung personenbezogener Daten einen besseren Datenschutz. Die vielfach ohne Einwilligung der Nutzerinnen und Nutzer nach Aufklärung erfolgende Sammlung personenbezogener Daten durch soziale Medien und digitale Plattformen muss bei künftigen Überarbeitungen der Datenschutzvorschriften berücksichtigt werden;

1.12. ruft die Kommission und das Parlament dazu auf, digitale Unternehmen zu einer Veröffentlichung einer Liste mit sämtlichen Nutzerdaten, die von sozialen Medien/Plattformen zusammengetragen werden, aufzufordern. Sollte das seitens der Unternehmen nicht freiwillig möglich sein, sollte die EU Rechtsvorschriften zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger erlassen;

1.13. schlägt vor, dass die rechtlichen Bestimmungen der EU ein Kapitel über die Wahlfreiheit bei der Gestaltung von Algorithmen enthalten. Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit haben, bestimmten Merkmalen von Algorithmen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Um ein Gleichgewicht zwischen den Rechten des geistigen Eigentums der Unternehmen und den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger herzustellen, sollten alle sozialen Medien/Plattformen ihren Nutzerinnen und Nutzern hinsichtlich der Algorithmen verschiedene Optionen anbieten. Institutionen von sozialem Interesse sollten die Möglichkeit haben, diesen Netzwerken/Plattformen alternative Algorithmen mit einem möglicherweise anderen Modell zur Organisation von Informationsflüssen, Werbung und Datenerfassung vorzuschlagen;

1.14. empfiehlt der Kommission, das fortwährende Problem der Identitätsmanipulation auf digitalen Plattformen zu regeln. Es sollte gesetzlich vorgeschrieben werden, Bots aus dem Ausland und Bots, die sich als natürliche Personen ausgeben, zu identifizieren;

^(*) <https://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor-2023/>.

^(²) Öffentliche Güter werden im Allgemeinen als Dienstleistungen oder Artikel definiert, die ohne Ausgrenzung jedem in der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Dazu gehören das Gesundheits- und Bildungswesen (und die entsprechenden Einrichtungen), Straßen, Straßenbeleuchtung und Parks. Alle Bürger haben Zugang zu öffentlichen Gütern und/oder nehmen sie in Anspruch. In den meisten Fällen sind öffentliche Güter teuer in der Herstellung und finanziell wenig ertragreich. Die Bereitstellung zugänglicher öffentlicher Güter ist zwar in der Regel finanziell nicht rentabel, die Gesellschaft als Ganzes aber erkennt und schätzt ihre inhärenten Vorteile. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000380618>.

1.15. schlägt vor, dass die Europäische Kommission im Rahmen der umfassenden Bestrebungen, Instrumente für Medienkompetenz, Kultur und Demokratie bereitzustellen (und zwar nicht nur auf allen Bildungsebenen, sondern für sämtliche Altersgruppen und Minderheiten), eine Reihe von Bedingungen für den Zugang zu sozialen Medien und digitalen Plattformen vorschlägt, durch die die Verwendung falscher Identitäten eingeschränkt wird, ohne das in den geltenden europäischen Rechtsvorschriften verankerte Recht auf Anonymität und den Schutz von Hinweisgebern zu gefährden. In Finnland sind Instrumente zur Förderung des kritischen Denkens ein fester Bestandteil des Bildungssystems, vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss. So werden junge Menschen auf die Bekämpfung von Desinformationen – aus welchen Quellen auch immer – vorbereitet. Ein derartiges System sollte in der gesamten EU zur Anwendung kommen;

1.16. fordert eine Studie zur Beschreibung und Analyse des derzeitigen Ausmaßes der Monetarisierung von Desinformation in sozialen Medien und digitalen Plattformen. Die Rechtsvorschriften der EU müssen verhindern, dass aus Manipulation und Hetze Profit geschlagen wird;

1.17. ruft der Europäischen Kommission und dem Rat in Erinnerung, dass Desinformation auch das Resultat einer Vernachlässigung durch die Politik ist. Seit Jahrzehnten ist eine ständig zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand sowie zwischen Regionen zu beobachten, was zu einem Auseinanderbrechen der Gesellschaft und zur Entstehung von Parallelgesellschaften führt, deren Mitglieder sich in einem geschlossenen Umfeld in ihren Überzeugungen gegenseitig bestärken, was durch die Nutzung eigener digitaler Netzwerke noch potenziert wird. Schutzbedürftige Menschen, die derartigen Entwicklungen zum Opfer fallen, sind leichte Beute für bestimmte Arten von Desinformation. Der EWSA empfiehlt, sämtliche Strategien der EU zu verstärken, um diesem Problem zu begegnen;

1.18. weist die staatlichen Stellen Europas mit Nachdruck darauf hin, dass die Gefahr der Abhängigkeit von sozialen Medien und digitalen Plattformen bei den schutzbedürftigen Gruppen in unserer Gesellschaft bewertet und die kommerzielle Nutzung von KI und Algorithmen zur Vermeidung der Verschärfung dieser Risiken reguliert werden muss.

2. Einführung

2.1. Desinformation kann als falsche, ungenaue oder irreführende Information definiert werden, die vorsätzlich erzeugt und verbreitet wird, um die Öffentlichkeit zu täuschen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Falschinformationen dagegen können definiert werden als falsche oder ungenaue Informationen, einschließlich Gerüchten und Klatsch, die ohne böswillige Absicht verbreitet werden.

2.2. Desinformation im Internet stellt für Demokratien eine erhebliche Bedrohung dar. Sie untergräbt das Vertrauen in Institutionen und Medien und schadet der Demokratie. Desinformation im Internet veranlasst manche Menschen, an bizarre Verschwörungstheorien zu glauben.

Neue Probleme

2.3. Das Aufkommen der künstlichen Intelligenz hat zur Entstehung neuer Formen von Des- und Falschinformation geführt, dabei werden Daten und Medieninhalte durch automatisierte Verfahren, insbesondere Algorithmen künstlicher Intelligenz, künstlich erzeugt sowie manipuliert und verändert, um Menschen irrezuführen oder die ursprüngliche Bedeutung zu verändern.

2.4. Deepfakes nutzen leistungsstarke Techniken des maschinellen Lernens und der künstlichen Intelligenz zur Manipulation und Erzeugung von Bild- und Toninhalten, die potenziell dazu geeignet sind, Millionen von Menschen durch die Verbreitung von gezielten Falschmeldungen und Hoaxes oder im Rahmen von Finanzbetrügereien bewusst zu täuschen.

2.5. Desinformationen können mitunter als gezielte Falschmeldungen eingestuft werden, die zu Propagandazwecken genutzt werden und bewusst darauf abzielen, Menschen in die Irre zu führen und demokratische Normen zu untergraben.

2.6. Desinformation wird häufig eingesetzt, um gegnerische Standpunkte durch bewusste Falschdarstellung und Verbreitung falscher Verschwörungstheorien zu diskreditieren.

2.7. Die offensichtlichste Art und Weise, wie Desinformation die demokratische Debatte verzerrt und untergräbt, besteht darin, Menschen von Dingen zu überzeugen, die unwahr sind.

2.8. Des- und Falschinformation sind keine Phänomene der Neuzeit, doch ihre Verbreitung wurde durch die sozialen Medien revolutioniert.

2.9. Desinformation wird eingesetzt, um die Integrität und Kompetenz von Personen des öffentlichen Lebens, von Regierungen sowie demokratischer Gesellschaften als Ganzes in Frage zu stellen.

Politische Auswirkungen

2.10. Für die Unterstützer autokratischer Systeme ist Desinformation eine der wichtigsten Waffen in ihrem gegenwärtigen politischen Kampf mit den Verfechtern von Demokratie und Freiheit. In der Geschichte der Kriegsführung diente „Gegeninformation“ immer wieder dazu, beim Gegner Uneinigkeit, Schwäche oder Zweifel an der Basis hervorzurufen.

2.11. Die massiven Desinformationskampagnen, denen die demokratischen Staaten derzeit ausgesetzt sind und bei denen modernste Kommunikationstechnologie zum Einsatz kommt, folgen derselben Logik und haben dasselbe Ziel: den Kampf zwischen den Vertretern der Demokratie und denen der Autokratie zu entscheiden.

2.12. Getragen wird dieser Prozess von rechtsextremen und anderen extremistischen Kräften. Die aktuelle Gefahr für die Demokratien geht von denen aus, die die liberalen Demokratien, die internationalen Beziehungen, die durch die Charta der Vereinten Nationen geregelt werden, die Menschenrechte, die europäische Integration, den Wohlfahrtsstaat und die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation verachten. So haben diese Akteure, die gelegentlich auch von autokratischen Staaten unterstützt werden, Einfluss auf demokratische Wahlen genommen und sie negativ beeinflusst.

2.13. Der Kampf gegen die Desinformation ist daher eine der wichtigsten Schlachten in dem größeren Kampf, der derzeit zwischen den Verteidigern von Freiheit und Demokratie und autokratischen politischen Kräften ausgefochten wird. Wenn die Demokratie diesen entscheidenden Kampf gewinnen soll, sind entschlossenes Handeln und die Bereitstellung äußerst umfangreicher Mittel gefragt.

Bekämpfung von Desinformation

2.14. Um der Bedrohung durch Desinformation entgegenzutreten zu können, müssen demokratische Staaten nachdrücklich Medienkompetenzstrategien unterstützen, durch die – besonders junge und ältere – Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, empirisch-kritisch gewonnene Informationen von Verschwörungstheorien zur Zersetzung des Vertrauens der Öffentlichkeit zu unterscheiden.

2.15. Demokratien auf der ganzen Welt sind mit einer Flut von Desinformationen und ausländischen Einmischungsversuchen konfrontiert, die das Potenzial haben, demokratische Institutionen zu destabilisieren, die Spaltung in der Gesellschaft zu vertiefen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Institutionen zu untergraben.

2.16. Böswillige Akteure geben sich in den sozialen Medien eine falsche Identität, um bestimmte Gruppen (z. B. bestimmte ethnische Bevölkerungsgruppen oder Menschen mit einer bestimmten sexuellen Ausrichtung) ins Visier zu nehmen und soziale Spaltungen und Konflikte zu schüren.

2.17. Trolle setzen bei ihren rassistischen oder frauenfeindlichen Äußerungen häufig verbale Aggression und Hetze ein, um demokratische Prozesse gezielt zu stören und zu polarisieren.

2.18. In einer Eurobarometer-Umfrage (2018) gaben 83 % der Befragten an, dass Fake News eine Gefahr für die Demokratie seien, und äußerten besondere Besorgnis über gezielte Desinformationen zur Beeinflussung von Wahlen und Einwanderungspolitik.

2.19. In vielen Mitgliedstaaten stellen Desinformationen über Minderheiten ein besonderes Problem dar.

2.20. Ein Großteil der Desinformation zielt darauf ab, die ideologischen Überzeugungen bestimmter Personen und Gruppen zu stärken. Die allgemein übliche Auswertung gespeicherter Internetsuchanfragen von Einzelpersonen ermöglicht es Desinformationsquellen, Menschen Vorlieben und Überzeugungen zuzuordnen.

2.21. Auch Regierungen können Quellen von Desinformationskampagnen sein. So orchestrierte die russische Regierung eine Desinformationskampagne im Rahmen ihres Krieges gegen die Ukraine. Verschwörungstheorien über die COVID-19-Pandemie und manipulierte Informationen während des Brexit-Referendums haben gezeigt, dass Desinformation und falsche Narrative zu einer allgemeinen Schwächung des Vertrauens in demokratische Institutionen führen.

2.22. In den USA führte Donald Trumps Desinformationskampagne zur „gestohlenen Wahl 2020“ zu gravierenden politischen Unruhen.

2.23. Den sozialen Plattformen selbst ist es ebenso wenig wie den verschiedenen Regulierungsbehörden gelungen, die Des- und Falschinformation im Internet unter Kontrolle zu bekommen. Der EWSA schlägt vor, dass die Kommission nach Lösungen für dieses Problem sucht und dabei auch gesetzgeberische Maßnahmen prüft.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Die Demokratie in der EU steht vor großen Herausforderungen, die von zunehmendem Extremismus über die Beeinflussung von Wahlen bis hin zu hybriden Bedrohungen reichen.

3.2. Die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien, die es zu stärken gilt, dient als Anlaufstelle für Faktenprüfer, Wissenschaftler und andere Beteiligte und ist von staatlichen Stellen, einschließlich der Kommission, unabhängig. Ihr Ziel ist es, Desinformation im Internet besser zu erkennen und die Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, auf Desinformation im Internet zu reagieren.

3.3. Im Jahr 2020 rief die EU den Aktionsplan für Demokratie in Europa ins Leben. 2023 folgte ein Paket zur Verteidigung der Demokratie.

3.4. Der Hauptzweck dieser Vorschläge ist der Aufbau von Kapazitäten in den Mitgliedstaaten zur Bewältigung von Risiken im Zusammenhang mit Wahlen, Desinformation und Bedrohungen aus dem Internet.

3.5. Das Gesetz über digitale Dienste ist ab August 2023 auf sehr große soziale Plattformen und ab Februar 2024 auf alle Plattformen anwendbar. Durch Festlegung klarer und verhältnismäßiger Bestimmungen schützt es die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie ihre Grundrechte im Internet. Außerdem sollen systemische Risiken wie Datenmanipulation oder Desinformation gemindert werden.

3.6. Der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit ist ein weiterer positiver Versuch der Kommission, den Medienpluralismus und die Informationsfreiheit in einer Zeit zu regeln, in der die Krise des traditionellen Mediengeschäftsmodells eine Bedrohung für den Journalismus und seine Methode der Faktenüberprüfung darstellt. Die Verteidigung der redaktionellen Freiheit der Journalisten, die Wahrung ihres Rechts auf Zugang zu Informationsquellen, der Schutz ihrer Integrität und die Gewährleistung ihrer Sicherheit sind wesentliche Aspekte der Verteidigung der Informationsfreiheit, die die Europäische Union stets gewährleisten muss.

3.7. Freier und unabhängiger Journalismus sollte angesichts seiner Bedeutung für eine freie öffentliche Debatte und fundierte Entscheidungen des oder der Einzelnen zu einem europäischen öffentlichen Gut erklärt werden.

3.8. Der EWSA ist der Ansicht, dass all diese Vorschläge als positive Schritte beim Versuch des Umgangs mit Desinformation zu werten sind. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass sie weit genug gehen, um das Problem in den Griff zu bekommen.

4. Besondere Bemerkungen

4.1. Öffentlich-rechtliche Medien

4.1.1. In der EU gibt es immer noch keine übergreifende „öffentliche Meinung“, die für eine gemeinsame Debatte über sämtliche Mitgliedstaaten betreffende politische Maßnahmen bestimmend wäre. Und so bleibt das europäische Projekt anfällig für nationalistische Vorurteile. Eine starke, gemeinsame, transparente öffentliche Debatte ohne Stereotypen – das sollte eines unserer Ziele für die Zukunft sein. Die Unterstützung paneuropäischer, mehrsprachiger Informationskanäle könnte hier ein erster Schritt sein.

4.1.2. Öffentlich-rechtliche Medien sind unverzichtbar. Sie müssen öffentlich finanziert werden und regierungsunabhängig arbeiten. Im Fall eines autoritären Regimes kann das problematisch sein. Unabhängige Medien werden auch benötigt, damit die Ausgewogenheit bei öffentlichen Kommentaren und politischen Themen sichergestellt ist. Auch die traditionellen Medien spielen eine wichtige Rolle.

4.2. *Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft an der Bekämpfung von Desinformation*

4.2.1. Falsch- und Desinformation zielt vor allem auf Menschen ab, die sich von der Gesellschaft entfremdet fühlen. Die Gesellschaft muss gerechter und ausgewogener werden, damit die Menschen sich als Teil einer echten Gemeinschaft fühlen. Die soziale und die wirtschaftliche Kluft in unserer Gesellschaft müssen abgebaut werden.

4.2.2. Der EWSA teilt die Ansicht der Kommission, dass eine umfassende Abwehr von Desinformation auch eine aktive Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen, einschließlich des EWSA, erfordert.

4.2.3. Angesichts der äußerst negativen und verheerenden Auswirkungen von Falschinformationen auf die europäische Zivilgesellschaft wird sich der EWSA kontinuierlich für die Bekämpfung entsprechender Einflüsse starkmachen und die Wirtschafts- und Sozialausschüsse sämtlicher Mitgliedstaaten dazu aufrufen, in ihrem eigenen Land ebenfalls aktiv für die Demokratie und gegen Desinformation einzutreten.

4.3. *Plattformen und Algorithmen*

4.3.1. Die Maßnahmen der Social-Media-Plattformen reichen nicht aus, um Desinformation zu unterbinden. In einigen Bereichen muss eine Regulierung in Betracht gezogen werden.

4.3.2. Social-Media-Unternehmen müssen zur Veröffentlichung genauer Informationen über Werbesponsoren verpflichtet werden. Auch die Personalisierung von Werbung sollte weiter reguliert werden.

4.3.3. Soziale Medien und Plattformen sollten nach Aufklärung die Einwilligung ihrer Nutzerinnen und Nutzer zur Datenerhebung einholen. Die Sammlung personenbezogener Daten durch soziale Medien und digitale Plattformen ohne eine Einwilligung der Nutzerinnen und Nutzer nach Aufklärung sollte von staatlicher Seite als rechtliches Problem betrachtet werden. Digitale Unternehmen sollten eine Liste aller von sozialen Medien/Plattformen gesammelten Nutzerdaten veröffentlichen.

4.3.4. Auch sollten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, bestimmten Merkmalen der Algorithmen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Um ein Gleichgewicht zwischen den Rechten des geistigen Eigentums der Unternehmen und den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger herzustellen, sollten alle Plattformen ihren Nutzerinnen und Nutzern hinsichtlich der Algorithmen verschiedene Optionen anbieten. Institutionen von sozialem Interesse sollten die Möglichkeit haben, diesen Plattformen alternative Algorithmen mit einem möglicherweise anderen Modell zur Organisation von Informationsflüssen und Datenerfassung vorzuschlagen.

4.3.5. Es sollte gesetzlich vorgeschrieben werden, Bots aus dem Ausland und Bots, die sich als natürliche Personen ausgeben, zu identifizieren. Unehnte Konten und Fake-Profile müssen gelöscht werden.

4.3.6. Es sollte nicht möglich sein, anonyme Online-Konten anzulegen, außer in Fällen, in denen dadurch Grundrechte wie die Achtung des Privatlebens und der Schutz personenbezogener Daten gemäß der Auslegung der europäischen Gesetze durch den Europäischen Gerichtshof gewährleistet werden.

4.3.7. Anonyme Profile dürfen von Nutzerinnen und Nutzern digitaler Plattformen lediglich in den Fällen verwendet werden, die in den geltenden Bestimmungen, wie bspw. der Richtlinie über den Schutz von Hinweisgebern, vorgesehen sind.

4.3.8. Als Transparenzmaßnahme sollte ein Online-Anmeldesystem für den Zugang zu einem Teil des Internets oder seiner Gesamtheit in Erwägung gezogen werden. Der Zugang zu Konten in sozialen Medien sollte ausschließlich nachweislich menschlichen Nutzerinnen und Nutzern offenstehen.

4.3.9. Jede Plattform sollte durch die Anwendung sicherer und transparenter Anmeldeeregeln dafür sorgen, dass jede Person/Organisation/Institution nicht mehr als ein Profil erstellen kann.

4.4. *Hybride Bedrohungen*

4.4.1. Hybride Bedrohungen werden immer ausgefeilter und schwieriger zu erkennen, da sie von unterschiedlichen Instrumenten ausgehen und unterschiedliche Vorgehensweisen zugrunde liegen.

4.4.2. Laut der (2016 innerhalb des EAD eingerichteten) EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen geht die größte Gefahr von hybriden Bedrohungen durch Russland aus, da sie systematisch erfolgen, erhebliche Ressourcen eingesetzt werden und sie sich in ihrem Ausmaß von anderen Ländern unterscheiden.

4.4.3. Der im März 2022 von der EU angenommene Strategische Kompass enthält einen Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030. Einer der Aspekte dieses Plans ist die Entwicklung eines Instrumentariums zur Bekämpfung von Bedrohungen zur Manipulation von Informationen und Einflussnahme aus dem Ausland.

4.5. *Effiziente Bekämpfung von Desinformation*

4.5.1. Die Bekämpfung von Desinformationen hat für Demokratien, die Rechtsstaatlichkeit und das freie Wahlrecht größte Bedeutung.

4.5.2. Die öffentlichen und privaten Interessen, die auf dem Spiel stehen, unterscheiden sich jedoch. Beide sind in diesem Kampf äußerst wichtig. Die privaten Interessen dürfen jedoch das allgemeine öffentliche Interesse nicht überlagern.

4.5.3. Unternehmen, die Online-Dienste und soziale Medien bereitstellen, stehen bereits alle technischen Mittel zur Verfügung, die zur Bekämpfung von Desinformation notwendig sind.

4.5.4. Der EWSA schlägt vor, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten unter Wahrung der Meinungsfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit eine kohärente Strategie entwerfen, die Ressourcen und effiziente Ansätze für die verschiedenen Dimensionen des Problems vorsieht.

4.5.5. Für Desinformationen, hybride Bedrohungen und Cybersicherheit gibt es jeweils eigene Protokolle, Schutzvorkehrungen und Maßnahmen. Effiziente Ergebnisse sind jedoch nur von einer klar formulierten EU-Strategie zu erwarten.

4.5.6. In Finnland sind Instrumente zur Förderung des kritischen Denkens ein fester Bestandteil des Bildungssystems, vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss. So werden junge Menschen auf die Bekämpfung von Desinformationen – aus welchen Quellen auch immer – vorbereitet. Ein derartiges System sollte in der gesamten EU zur Anwendung kommen.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4053

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Engagement junger Menschen EU/Vereinigtes Königreich

(Initiativstellungnahme)

(C/2024/4053)

Berichterstatter: **Cillian LOHAN**

Berater	Maurizio CUTTIN
Beschluss des Plenums	21.9.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 GO
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme im Arbeitsorgan	3.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	154/2/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Als „europäisches Haus der Zivilgesellschaft“ ist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) davon überzeugt, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl in der Europäischen Union als auch im Vereinigten Königreich in einzigartiger Weise in der Lage sind, das Engagement junger Menschen in der EU und dem Vereinigten Königreich zu unterstützen und zu erleichtern, und er ist entsprechend den Ausführungen in dieser Initiativstellungnahme bereit, seinen Teil dieser Verantwortung zu übernehmen.

Mobilität junger Menschen

1.2. Angesichts der negativen, durch den Brexit bedingten Auswirkungen auf die Mobilitätsregelungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, die junge Menschen unverhältnismäßig stark zu spüren bekommen, fordert der EWSA vor allem die Europäische Kommission dazu auf, mit einem Verhandlungsangebot über eine ehrgeizige Partnerschaft im Bereich der gegenseitigen Mobilität junger Menschen an die Regierung des Vereinigten Königreichs heranzutreten. Diese Partnerschaft sollte darauf abzielen, die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt zu Zwecken wie Forschung, Studium, Aus- und Weiterbildung sowie im Rahmen eines Jugendaustauschs festzulegen.

1.3. Davon abgesehen fordert der EWSA die Europäische Kommission eindringlich dazu auf, die Verhandlungen mit der britischen Regierung über den vollständigen Wiedereinstieg des Vereinigten Königreichs in das Programm Erasmus+ zu intensivieren. Diese Position wird sowohl vom Europäischen Jugendforum ⁽¹⁾ und vom British Youth Council ⁽²⁾ als auch von vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen im Vereinigten Königreich ⁽³⁾ und in der EU offiziell unterstützt.

⁽¹⁾ <https://www.youthforum.org/files/231207-PP-Erasmus.pdf>.

⁽²⁾ <https://www.byc.org.uk/uk-young-ambassadors/2024/advocating-for-erasmus-in-parliament-and-beyond> [Anmerkung: Angesichts der Unsicherheit, die dadurch entstanden ist, dass der British Youth Council am Donnerstag, den 21. März 2024 Insolvenz angemeldet hat (siehe Ziffer 3.2), wird darauf hingewiesen, dass sich alle Verweise auf diese Organisation, solange sie noch besteht, auch weiterhin auf den British Youth Council beziehen. Sollte der British Youth Council als juristische Person aufgelöst werden, sind entsprechende Verweise in der Stellungnahme so zu verstehen, dass sie sich auf die gewählte Gruppe internationaler „UK Young Ambassadors“ und ihre Nachfolgestruktur beziehen.].

⁽³⁾ <https://1.yem.org.uk/embrace-erasmus>.

1.4. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, zu bestätigen, dass das Vereinigte Königreich jederzeit über einen Wiedereinstieg in das Programm „Kreatives Europa“ verhandeln kann. Er bestärkt die Kommission außerdem darin, sich in ihrem diplomatischen Austausch mit dem Vereinigten Königreich aktiv für das interkulturelle Lernen einzusetzen.

1.5. Der EWSA verweist auf die äußerst negativen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits auf Tourneen von Künstlerinnen und Künstlern ⁽⁴⁾ und damit auch auf die kulturellen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Dieser Punkt wurde sowohl vom Ausschuss für europäische Angelegenheiten des Oberhauses des britischen Parlaments ⁽⁵⁾ als auch bei den jüngsten Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung EU-Vereinigtes Königreich ⁽⁶⁾ angesprochen. Er fordert die Kommission auf, sich hinsichtlich der Hindernisse für die Mobilität Kreativschaffender mit der britischen Regierung zu verständigen und ggf. auch eine gegenseitige Befreiung von der Visumpflicht für die Kreativwirtschaft oder eine „Freistellung für die Kultur“ im Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Erwägung zu ziehen.

1.6. Der EWSA weist darauf hin, dass der starke Rückgang der Zahl der Klassenfahrten in das Vereinigte Königreich bzw. in die EU ⁽⁷⁾ für beide Seiten mit erheblichen negativen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen verbunden ist, und fordert die Kommission auf, mit der britischen Regierung in Verhandlungen über gegenseitige Reiseregulungen für Schülerinnen und Schülern zu treten. Dies sollte auch eine Regelung für schulische Gruppenreisen umfassen, damit bei Klassenfahrten und anderen Reisen junger Menschen ins Vereinigte Königreich bzw. in die EU nicht alle Schülerinnen und Schüler einen Reisepass mitführen müssen. Ein erster positiver Schritt war der Beschluss vom 28. Dezember 2023, der es ermöglicht, dass Schülerinnen und Schüler französischer Schulen mit der Staatsbürgerschaft Frankreichs oder eines anderen Mitgliedstaats der EU für Sprachaufenthalte im Vereinigten Königreich lediglich einen Personalausweis mitführen müssen, sodass die Notwendigkeit eines kostspieligen Visums entfällt ⁽⁸⁾.

Strukturierte Einbindung

1.7. Der EWSA fordert die Europäische Kommission dazu auf, nach dem Vorbild der EU-Initiative „Youth Sounding Board“ für internationale Partnerschaften ⁽⁹⁾ mit dem Vereinigten Königreich über den Aufbau gegenseitiger Beratungsstrukturen für Jugendliche in den jeweiligen diplomatischen Vertretungen beider Seiten zu verhandeln.

1.8. Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Jugenddialogs und der Zusammenarbeit spricht sich der EWSA nachdrücklich für die Schaffung eines neuen strukturierten Kontakts zwischen der EU und den Behörden des Vereinigten Königreichs sowie in Schottland, Wales und Nordirland aus. Junge Menschen sollten umfassend einbezogen werden, auch im Hinblick auf die Jugendarbeit und das nichtformale Lernen.

1.9. Der EWSA empfiehlt nachdrücklich, dass beide Seiten junge Menschen strukturell in die bestehenden Beteiligungsstrukturen einbeziehen. Die strukturierte und regelmäßige Einbeziehung der Jugend aus dem Vereinigten Königreich sollte ermöglicht, gefördert und finanziell ausreichend ausgestattet werden, zum Beispiel im Rahmen der jährlichen Jugendveranstaltung „Your Europe, Your Say“ ⁽¹⁰⁾ des EWSA, der jährlichen Veranstaltung „LevelUP!“ ⁽¹¹⁾ und des Europäischen Jugendevents (EYE) ⁽¹²⁾ des Europäischen Parlaments, des EU-Jugenddialogs ⁽¹³⁾ und vergleichbarer Initiativen.

1.10. Die EU und das Vereinigte Königreich sollten die gemeinsame Einrichtung und Finanzierung eines britisch-europäischen Jugendkoordinierungsforums in Erwägung ziehen, das sich u. a. aus Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände Europäisches Jugendforum ⁽¹⁴⁾, British Youth Council ⁽¹⁵⁾, Young Scot ⁽¹⁶⁾, Jugendforum Nordirlands ⁽¹⁷⁾ und Urdd ⁽¹⁸⁾ zusammensetzt, um in einem regelmäßigen Dialog die dringlichsten Fragen mit Blick auf die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Jugendbereich zu erörtern. Diese Akteure sollten berücksichtigt werden, wenn es darum geht, den EU-Jugendtest im EWSA im Rahmen der Erarbeitung von EWSA-Stellungnahmen durchzuführen.

⁽⁴⁾ <https://www.theguardian.com/politics/2023/aug/22/music-industry-workers-no-work-in-eu-since-brexit>.

⁽⁵⁾ <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-9658/>.

⁽⁶⁾ <https://www.europarl.europa.eu/delegations/de/d-uk/activities/inter-parliamentary>.

⁽⁷⁾ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/749799/EPRS_ATA\(2023\)749799_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/749799/EPRS_ATA(2023)749799_EN.pdf).

⁽⁸⁾ https://www.lemonde.fr/en/france/article/2023/12/28/uk-lifts-brexit-obstacles-for-french-students-and-schoolchildren_6382995_7.html.

⁽⁹⁾ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/youth/youth-sounding-board_en#current-youth-sounding-board.

⁽¹⁰⁾ <https://www.eesc.europa.eu/de/initiatives/your-europe-your-say>.

⁽¹¹⁾ https://youth.europa.eu/news/join-us-level-i-care-i-vote_de.

⁽¹²⁾ <https://european-youth-event.europarl.europa.eu/de/previous-editions>.

⁽¹³⁾ https://youth.europa.eu/get-involved/eu-youth-dialogue/previous-eu-youth-dialogue-consultations_de.

⁽¹⁴⁾ <https://www.youthforum.org/>.

⁽¹⁵⁾ <https://nya.org.uk/byc/>.

⁽¹⁶⁾ <https://young.scot/>.

⁽¹⁷⁾ <https://niyf.org/>.

⁽¹⁸⁾ <https://www.urdd.cymru/en/>.

1.11. Der Jugendsektor ist weder in den europäischen noch in den britischen internen Beratungsgruppen des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vertreten. Der EWSA fordert daher die Kommission dazu auf, Vertreterinnen und Vertretern des Jugendsektors eine umfassende und aktive Beteiligung zu ermöglichen und alle finanziellen Hindernisse für die Teilnahme an den internen Beratungsgruppen zu beseitigen. Der EWSA fordert die Kommission des Weiteren dazu auf, auf das Vereinigte Königreich zuzugehen, um dem Jugendsektor auf der britischen Seite eine Beteiligung an den internen Beratungsgruppen zu ermöglichen. Diese Struktur zur Förderung der bilateralen Beziehungen kann langfristig nur dann Bestand haben, wenn auch junge Menschen dort gehört werden.

1.12. Der EWSA begrüßt das Projekt „EU/UK Youth – Stronger Together“⁽¹⁹⁾ des British Council, über das sich junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren aus der EU und dem Vereinigten Königreich kennenlernen und zusammenarbeiten können. Der EWSA hält dieses Projekt für ein hervorragendes Beispiel für ein Modell zur Erleichterung künftiger bilateraler Jugendinitiativen der EU und des Vereinigten Königreichs zur Schaffung von Kontakten zwischen jungen Menschen, ihrer Förderung und Weiterentwicklung.

Andere Formen der Einbindung junger Menschen

1.13. Der EWSA empfiehlt eine Bestandsaufnahme der Möglichkeiten, die sich jungen Menschen bieten. Dies wäre äußerst hilfreich für den Aufbau von Kapazitäten, um sie darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten sie praktisch haben. Klare Berufswege sollten aufgezeigt und jungen Menschen dafür in der Schule, durch Kooperationen und im Rahmen der Berufsberatung berufsspezifisches Wissen vermittelt werden. Entsprechend bewährter Praktiken sollte auch ein Programm für die Ausbildung, bspw. in der Landwirtschaft, dazugehören⁽²⁰⁾.

1.14. Der EWSA fordert die Einrichtung einer zentralen und zugänglichen Informationsplattform für junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die durch den Brexit dauerhaft von den strengen neuen Vorschriften für den Waren- und Dienstleistungsverkehr über den Ärmelkanal und der Unsicherheit in Bezug auf den Marktzugang betroffen sind.

1.15. Der EWSA empfiehlt eine Verbesserung des strukturierten Peer-to-Peer-Lernens, das nicht nur für Organisationen der Zivilgesellschaft großen Wert hat, sondern auch von lokalen Behörden und Regierungsstellen als Modell übernommen werden könnte. Obwohl die Verbindungen zu den EU-Netzen in Wales im Großen und Ganzen intakt geblieben sind, müssen sie gestärkt werden, um das Bestehen des grenzüberschreitenden Wissensaustauschs auch in Zukunft zu gewährleisten. Als positives Beispiel kann angeführt werden, dass das auf EU-Ebene angesiedelte *Rural Youth Forum* einen walisischen Vertreter als Vorsitzenden hat. Dagegen steht Gruppen junger Landwirte – mit Ausnahme des Verbands NFU Next Generation⁽²¹⁾, der England und Wales vertritt – die Mitgliedschaft im Europäischen Rat der Junglandwirte (CEJA)⁽²²⁾ nicht mehr offen.

EU Settlement Scheme und junge Menschen

1.16. Die Abläufe im Rahmen des Verfahrens *EU Settlement Scheme* (Verfahren für EU-Bürger zur Beantragung eines Rechts auf Aufenthalt im Vereinigten Königreich – EUSS) haben auch für junge Menschen unangenehme Auswirkungen, da für jedes Kind ein gesonderter EUSS-Antrag gestellt werden muss, der in der Regel von den Eltern eingereicht wird. In einigen Fällen wurde diese Vorschrift aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten, was schwerwiegende Folgen für die Kinder hatte. Diese Folgen könnten durch eine benutzerfreundlichere Anleitung und eventuell auch durch Aufklärungsmaßnahmen vermieden bzw. abgemildert werden.

1.17. Im Zusammenhang mit dem EUSS-Verfahren kommt es im Vereinigten Königreich und in einigen EU-Mitgliedstaaten weiterhin zu Komplikationen, die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben können. Interessenvertretungen weisen auf die Gefahr eines „Windrush-Effekts“ im Vereinigten Königreich hin [Anmerkung der Übersetzung: Bei dem Windrush-Skandal handelt es sich um eine politische Affäre im Vereinigten Königreich Ende der 2010er Jahre, in deren Zuge Tausende seit Jahrzehnten in Großbritannien lebende Bürgerinnen und Bürger aus früheren britischen Kolonien aufgrund fehlender Dokumentation als illegale Einwanderer betrachtet und behandelt wurden.], da aufgrund des ausschließlich digitalen Systems Kinder in verschiedenen schutzbedürftigen Gruppen eventuell nicht registriert werden. Zusätzlich zu dem digitalen Verfahren muss es auch eine physisch vorliegende Aufenthaltserlaubnis geben. Außerdem wird eine rund um die Uhr besetzte Hotline benötigt.

1.18. In der EU sind die Daten immer noch nicht auf dem neuesten Stand, insbesondere bei Anträgen auf Aufenthaltskarten zum Nachweis des Status nach dem Austrittsabkommen in Ländern mit deklaratorischen Systemen. Daher ist derzeit auch noch nicht abzusehen, wie viele Kinder und Jugendliche zukünftig Schwierigkeiten haben werden, ihren Status nachzuweisen. In einigen Ländern besteht sogar Unklarheit darüber, ob Kinder registriert werden müssen oder ob sie im Besitz einer Aufenthaltskarte sein müssen und wie sie diese erhalten können. Auch im Zusammenhang mit Familienzusammenführungen kommt es in einer Reihe von Ländern zu Problemen unterschiedlicher Art. Öffentliche Mittel für eine rechtliche Vertretung durch einen Anwalt gibt es entweder gar nicht oder sie werden schrittweise abgebaut, obwohl die Fälle ständig mehr und komplexer werden.

⁽¹⁹⁾ <https://www.britishcouncil.be/programmes/education/stronger-together>.

⁽²⁰⁾ <https://www.wwf.org.uk/wales/land-of-our-future>.

⁽²¹⁾ <https://www.ceja.eu/who-we-are/people>.

⁽²²⁾ <https://www.ceja.eu/home>.

1.19. Daher fordert der EWSA die Europäische Kommission auf, gemeinsam mit der Regierung des Vereinigten Königreichs den Punkt einer physischen Aufenthaltsgenehmigung noch einmal zu überdenken und die Finanzierung beizubehalten, damit gesellschaftlich engagierte Gruppen, Interessenvertretungen und Behörden so lange Unterstützung leisten können, wie es zu Problemen kommt. Der EWSA begrüßt die Nachricht, dass die Finanzierung für ein Projekt der Initiative „British in Europe“ im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) ⁽²³⁾ der Europäischen Kommission zum Aufbau von Kapazitäten und zur Sensibilisierung von Gruppen in elf EU-Ländern für die nächsten 20 Monate gesichert ist, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass der Finanzierungsbedarf auch in den EU-Mitgliedstaaten solange besteht, wie entsprechende Fälle immer wieder vorkommen.

Besondere Situation in Nordirland

1.20. Fehlende Finanzmittel, keine Koordinierung und die Zuweisung von Finanzmitteln ohne Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort führen in Verbindung mit Kürzungen dazu, dass Gruppen in der Jugend- und Gemeinschaftsarbeit keine Mittel erhalten. So wurden bspw. aufgrund der Kenntnisse lokaler Gebietskörperschaften der Gegebenheiten vor Ort Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugewiesen. Für Organisationen wie Disability Action (NI) ⁽²⁴⁾ hat sich das als tragfähiges und verlässliches Finanzierungsmodell erwiesen. Nun stehen solche Initiativen vor dem Aus. Dadurch wird der Frieden in Nordirland noch stärker bedroht. Der EWSA ist daher der festen Überzeugung, dass diese Probleme dringend angegangen werden müssen, um zu verhindern, dass sich junge Menschen auf der Suche nach Unterstützung in ihrem Umfeld anderen Strukturen, u. a. paramilitärischen Organisationen zuwenden.

1.21. Der EWSA fordert die EU dazu auf, gemeinsam mit den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Irlands sowie der nordirischen Regierung (Northern Ireland Executive) für die Vorteile des grenzüberschreitenden Programms PEACEPLUS zur Förderung von Frieden und Wohlstand in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands zu werben. In diesem Zusammenhang müssen sich alle Parteien ganz klar dessen bewusst sein, wie zerbrechlich der Frieden in Nordirland ist. Umso wichtiger ist daher die Unterstützung der EU für das PEACEPLUS-Programm. Die Rolle der EU bei der Förderung dieses Friedensprozesses kann gar nicht genug gewürdigt werden. In diesem Zusammenhang fordert der EWSA alle beteiligten Parteien dazu auf, aus eigener Initiative in der Öffentlichkeit für die Vorteile von PEACEPLUS zu werben und die in dem Programm vorgesehenen umfangreichen Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung in einer verständlichen und jugendfreundlichen Sprache zu schildern.

2. Hintergrund

2.1. Nach der Annahme des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und des Windsor-Rahmens haben sich die politischen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich deutlich verbessert. Auf Ebene der Zivilgesellschaft bilden Vertrauen und Zusammenarbeit die Grundlagen der Beziehungen, die nach wie vor verlässlich und freundschaftlich sind.

2.2. Diese Dynamik spiegelt sich auch in den außergewöhnlichen Beziehungen wider, die der EWSA seit 2021 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im gesamten Vereinigten Königreich pflegt und die dazu geführt haben, dass der EWSA Vereinbarungen mit der Civil Society Alliance UK und anschließend mit dem Scottish Advisory Forum on Europe unterzeichnet hat. Ferner zeigt sie sich auch in den Besuchen in London, Edinburgh, Belfast und Cardiff, die im Rahmen der Erarbeitung der vorliegenden Initiativstellungnahme und des Informationsberichts „Umsetzung des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich“ (2023) ⁽²⁵⁾ stattfanden, sowie in weiteren offiziellen und informellen Treffen zwischen EWSA-Mitgliedern und britischen Organisationen der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus pflegt der EWSA sehr gute Beziehungen zu den zuständigen Vertretern der Mission des Vereinigten Königreichs bei der EU, des Scotland House, des Wales House und des Northern Ireland Executive Office in Brüssel.

2.3. Die wichtigsten Strukturen zur Überwachung der Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und des Windsor-Rahmens sind zwar vorhanden, doch fehlt eine Vertretung des Jugendsektors. Hinsichtlich der regionalen Vertretung und der Ressourcen zur Ermöglichung der Teilnahme an diesen Strukturen (vor allem an den internen Beratungsgruppen) wurden verschiedene Problembereiche festgestellt.

⁽²³⁾ https://commission.europa.eu/funding-tenders/find-funding/eu-funding-programmes/citizens-equality-rights-and-values-programme_en?prefLang=de.

⁽²⁴⁾ <https://www.disabilityaction.org/>.

⁽²⁵⁾ <https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/information-reports/implementation-eu-uk-withdrawal-agreement-including-protocol-ireland-and-northern-ireland>.

3. Besondere Bemerkungen

3.1. Die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Bezug auf junge Menschen werden vor allem von der Entscheidung des Vereinigten Königreichs beherrscht, sich nicht mehr am Programm Erasmus+ zu beteiligen. Wichtige Akteure aus der Wirtschaft, der Arbeitswelt und dem dritten Sektor sind sich einig, dass das Vereinigte Königreich wieder in das Programm Erasmus+ einsteigen sollte. Das britische Programm „Turing Scheme“, das walisische „Taith“-Programm und vergleichbare britische Mobilitätsregelungen für die Situation nach dem britischen Austritt aus der EU sollten hiervon nicht betroffen sein, da ihr Anwendungsbereich deutlich stärker eingeschränkt ist und sie mit wesentlich geringeren Mitteln ausgestattet sind und somit Erasmus+ eher ergänzen als ersetzen können.

3.2. Auch wenn sich das Vereinigte Königreich – u. a. auf nationaler Ebene sowie in Schottland, Wales und Nordirland – bemüht hat, alternative Modelle zu Erasmus+ zu etablieren, wird im Jugendsektor der Standpunkt vertreten, dass diese mit Blick auf den Jugendbereich im Vereinigten Königreich weder mit den Möglichkeiten für Freiwilligenmobilität und nichtformales Lernen noch mit der finanziellen Ausstattung von Erasmus+ vergleichbar sind. Während über Erasmus+ früher für nichtformale Austauschmaßnahmen und andere Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Jugendorganisationen jedes Jahr strukturell und für einzelne Projekte beträchtliche Mittel bereitgestellt wurden (2020 bspw. erhielten insgesamt 201 Organisationen knapp 7 Millionen Euro), hat das Nachfolgerprogramm Turing (das ausschließlich auf die Mobilität von Studierenden ausgerichtet ist) bei zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen, die zuvor von Erasmus+ abhängig waren, eine finanzielle Lücke hinterlassen. Dazu zählt auch der *British Youth Council* (der nationale Jugendrat des Vereinigten Königreichs), der unmittelbar nach dem Brexit eine Kürzung seines jährlichen Budgets um 40 % verkraften musste, einschließlich aller international ausgerichteten Mittel, weil der Zugang zu Erasmus+ verlörend ging. Wie berichtet, hat u. a. der Wegfall dieser Mittel, die langfristig nicht angemessen ersetzt werden konnten, dazu geführt, dass die Organisation am Donnerstag, den 21. März 2024, Insolvenz angemeldet hat. Dies verschärft die katastrophale Finanzlage im britischen Jugendsektor weiter, da der *British Youth Council*, einer der ältesten und bedeutendsten Jugendräte Europas, nach 75 Jahren im Dienst der Jugend Gefahr läuft, endgültig aufgelöst zu werden.

3.3. Aufgrund des Ausscheidens aus dem Programm Erasmus+ wurden zwei Ersatzprogramme aufgelegt: das Programm „Turing Scheme“ für das gesamte Vereinigte Königreich und das „Taith“-Programm für Wales. Allerdings bleiben diese Programme hinter Erasmus+ zurück, was das Angebotsspektrum wie auch die Mittelausstattung angeht. Da das Taith-Programm bei den Jugendlichen auf eine vergleichsweise größere Resonanz stößt, ist es ein gutes Beispiel dafür, wie die Beantragung von Erasmus+-Mitteln erleichtert werden kann – ein Problem, auf das viele EU-Akteure immer wieder hinweisen. Aufschlussreich ist auch das Gesetz „Well-being of Future Generations (Wales) Act 2015“⁽²⁶⁾, mit dem öffentliche Stellen in Wales dazu verpflichtet werden, die langfristigen Auswirkungen ihrer Entscheidungen zu berücksichtigen, und das als vergleichbar mit dem EU-Jugendtest angesehen werden könnte. Darüber hinaus hat Wales in diesem Zusammenhang einen „Beauftragten für kommende Generationen“ (Future Generations Commissioner) für Wales⁽²⁷⁾ ernannt.

3.4. Erasmus+ wird als ein elitäres Programm wahrgenommen, das vielen nicht zugänglich ist, mit komplizierten Antragsverfahren und ohne Ansprechpartner für grundlegende Fragen während des Antragsverfahrens. Diese Sichtweise entspricht nicht unbedingt der Realität, sollte aber korrigiert werden, wie der Erfolg des walisischen Programms Taith gezeigt hat.

3.5. Darüber hinaus sollte die EU, eventuell im Rahmen einer Kofinanzierung mit entsprechend interessierten britischen Partnern, die neuerliche Teilnahme junger Menschen aus dem Vereinigten Königreich an Programmen (u. a. Freiwilligentätigkeiten und nichtformale Lernangebote) wie Erasmus+ erleichtern, bis eine neue britische Regierung den Wiedereinstieg in das Programm beschließt. Das Vereinigte Königreich könnte in seinen aktuellen Programmen für junge Menschen in der EU umgekehrt dasselbe tun.

3.6. Die zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen im Vereinigten Königreich bedauern die Entscheidung der britischen Regierung, aus Erasmus+ auszusteigen – eine Entscheidung, durch die ihrer Meinung der britische Jugendsektor nicht nur von dringend benötigten Finanzmitteln, sondern auch von renommierten Programmen wie dem Europäischen Solidaritätskorps und der Konferenz EU-Jugenddialog abgeschnitten wurde – zwei Programmen, an denen das Vereinigte Königreich früher maßgeblich beteiligt war.

3.7. Britische zivilgesellschaftliche Organisationen im Jugendbereich berichteten darüber hinaus, dass sie zwar den Wiedereinstieg in Erasmus+ befürworten, das Programm aber zugänglicher und wirksamer gestaltet werden könnte, wenn es – wie Taith – geografischen Besonderheiten stärker Rechnung tragen und von Akteuren vor Ort verwaltet und betreut würde.

⁽²⁶⁾ <https://www.futuregenerations.wales/about-us/future-generations-act/>.

⁽²⁷⁾ <https://www.futuregenerations.wales/>.

3.8. Außerdem wurde von Jugendorganisationen generell der Wunsch nach einer besseren Förderung von Komponenten der informellen Bildung im Rahmen des Programms geäußert. Bliebe die Förderung dieser Komponenten durch die Kommission aus, so ihre Befürchtung, könne dies den falschen Eindruck verstärken, dass das Programm ausschließlich finanziell bessergestellten Schülern und Studierenden offenstehe.

3.9. Wenn man bedenkt, dass zwischen 2014 und 2018 Fördermittel in Höhe von 89,5 Millionen Euro an 376 im Vereinigten Königreich ansässige Organisationen aus dem Kultur- und Kreativbereich geflossen sind ⁽²⁸⁾, hat der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus dem Programm „Kreatives Europa“ die kulturellen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (sowie Schottland, Wales und Nordirland) erheblich beeinträchtigt ⁽²⁹⁾.

3.10. Schottland, Wales und Nordirland müssen zivilgesellschaftliche Jugendorganisationen stärker strukturell einbinden, um die Wirksamkeit und Repräsentativität sowohl der internen Beratungsgruppe „EU-Vereinigtes Königreich“ als auch des Forums der Zivilgesellschaft zu verbessern.

3.11. In der EU-Strategie für junge Menschen ⁽³⁰⁾ heißt es: „Die Mitgliedstaaten sollten Jugendliche und andere Interessenträger dazu anregen, gemeinsame Initiativen ins Leben zu rufen, z. B. in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Digitales, Sport, Nachhaltigkeit und internationale Zusammenarbeit, und dabei das Potenzial von EU-Fördermitteln voll ausschöpfen.“ Dieser Auszug aus der neuen EU-Strategie für junge Menschen könnte als Grundlage für die Ausarbeitung entsprechender gemeinsamer Jugendinitiativen der EU und des Vereinigten Königreichs herangezogen werden.

3.12. Der britische *Shared Prosperity Fund* (UKSPF) mit einem Umfang von 2,6 Milliarden GBP soll die europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Vereinigten Königreich ersetzen. Der UKSPF kann jedoch nicht mit den Finanzierungsmöglichkeiten des EFRE oder des ESF verglichen werden (zu denen Nordirland aufgrund des Brexits keinen Zugang mehr hat), da deren Programme in Partnerschaft mit lokalen Gebietskörperschaften ausgearbeitet wurden, die sämtlich über Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort verfügen. Beim UKSPF sind die Kommunen nicht an der Programmentwicklung beteiligt, was ungünstige Folgen haben kann, wenn es um lokale Probleme geht.

3.13. Initiativen wie PEACEPLUS und das *Shared Island Youth Forum* haben durch die finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Jugendorganisationen wesentlich zum Erhalt der Stabilität in Nordirland beigetragen. Es wurde jedoch beobachtet, dass die paramilitärischen Aktivitäten in Nordirland trotz dieser Programme zugenommen haben ⁽³¹⁾, was darauf zurückzuführen ist, dass sich junge Menschen in Nordirland, insbesondere auf kommunaler Ebene, zunehmend ausgeschlossen fühlen. Darauf wurde vor Kurzem auch vom Ausschuss für die Angelegenheiten Nordirlands des britischen Parlaments hingewiesen ⁽³²⁾, und dasselbe Stimmungsbild zeigt sich auch in den Gesprächen des EWSA mit wichtigen nordirischen Interessenträgern sowie in den für diese Stellungnahme durchgeführten Befragungen.

3.14. Durch die besondere Situation in Nordirland sind Fragen, die sich auf Rechte beziehen, besonders heikel. Hierauf könnte am besten durch die Einrichtung einer Untergruppe „Rechte“ innerhalb der gemischten beratenden Arbeitsgruppe EU/Vereinigtes Königreich eingegangen werden. Befürchtungen, dass Rechte, die im Abkommen von Belfast (Karfreitagsabkommen) festgelegt wurden, beschnitten werden, könnten so besser aus der Welt geschafft werden.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽²⁸⁾ <https://www.ietm.org/en/node/11501>.

⁽²⁹⁾ https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/cult-committee-meeting_20240124-1430-COMMITTEE-CULT.

⁽³⁰⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52018DC0269>.

⁽³¹⁾ <https://www.belfasttelegraph.co.uk/news/northern-ireland/paramilitaries-grooming-young-and-preying-on-single-mothers-report-finds/a23525029.html>.

⁽³²⁾ <https://publications.parliament.uk/pa/cm5804/cmselect/cmniaf/43/report.html>.



C/2024/4054

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Reform- und Investitionsvorschläge und ihre Durchführung in den Mitgliedstaaten – Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft

(Zyklus des Europäischen Semesters 2023-2024)

(Initiativstellungnahme)

(C/2024/4054)

Berichterstatter: **Gonçalo LOBO XAVIER**

Javier DOZ ORRIT

Luca JAHIER

Berater	Olivier VAUZELLE
Beschluss des Plenums	21.9.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung Initiativstellungnahme
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme im Arbeitsorgan	10.4.2024
Verabschiedung im Plenum	25.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	166/1/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Umfang und die Vielfalt dieser jährlichen Konsultationen, die dieses Jahr in 26 der 27 Mitgliedstaaten durchgeführt wurden, beruhen auf der aktiven Beteiligung von 77 EWSA-Mitgliedern und – über diese – einer Vielzahl von nationalen Organisationen der Zivilgesellschaft (OZG), Sozialpartnern, Institutionen und Einrichtungen sowie auf der Einbeziehung von Jugendvertretern und der organisierten Zivilgesellschaft⁽¹⁾ der EU. Dabei hat sich gezeigt, dass eine wirksame, strukturierte und dauerhafte Einbindung der Sozialpartner, OZG und anderer relevanter Interessengruppen in das Europäische Semester entscheidend ist, um die Eigenverantwortung zu stärken und transparente und inklusive politische Entscheidungsprozesse sicherzustellen.

1.2. Zudem zeigt sich, dass sich die Kapazitäten der Organisationen auf einzelstaatlicher Ebene verbessern. Besonders notwendig und sinnvoll sind geeignete Maßnahmen und Verfahren zu ihrer Unterstützung. In diesem Zusammenhang wird sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) auch künftig in diesen Prozess einbringen. Er fordert die Kommission und die einzelstaatlichen Regierungen auf, auf Ebene der Union bzw. der Mitgliedstaaten kohärentere und angemessenere Unterstützung zu leisten.

⁽¹⁾ Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft.

1.3. Eine wirksame Reform- und Investitionsagenda, die die aktuellen und künftigen Prioritäten der Union verfolgt, gilt weithin als Kernelement der Stabilitäts- und Wachstumsagenda der EU-Mitgliedstaaten. Aus der Anwendung von Finanzierungsinstrumenten wie Kohäsionsfonds, NextGenerationEU oder SURE können Lehren für die Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz von Investitionen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen gezogen werden. Dies kann auch Aufschluss darüber geben, wie die auf die gemeinsamen Prioritäten der Union ausgerichteten Investitionsinstrumente der Union verbessert werden können. Es gilt, die vier Dimensionen einer soliden und wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit auf der Grundlage von ökologischer Nachhaltigkeit, Produktivität, Fairness und makroökonomischer Stabilität zu verwirklichen. Sind die vorgeschlagenen Instrumente wirksam, führt dies unmittelbar zu einer positiven Wahrnehmung und Unterstützung der Union durch ihre Bürger.

1.4. Der EWSA bekräftigt, dass die Aufnahme der länderspezifischen Empfehlungen in die Aufbau- und Resilienzpläne (ARP) die Transparenz der länderspezifischen Empfehlungen erhöht und ihre Umsetzungsrate verbessert hat. Gleichwohl bleibt zur vollständigen Umsetzung der Pläne noch viel zu tun. Die zwei Lehren – leistungsorientierte ARP und verstärkte nationale Eigenverantwortung – sollten bei der Umsetzung der neuen Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung und des künftigen Europäischen Semesters beherzigt werden.

1.5. Die im Zuge der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung neu eingeführte Flexibilität und die mittelfristige Perspektive der geplanten nationalen strukturellen finanzpolitischen Pläne könnten die notwendigen Reformen und Investitionen wirksamer fördern. Dafür müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: a) ausreichender haushaltspolitischer Spielraum auf nationaler Ebene, um angemessene – auch soziale – Investitionen zu ermöglichen, b) maximale Ausschöpfung aller verfügbaren EU-Mittel und c) ein solideres Verfahren, um das Potenzial der geplanten nationalen Eigenverantwortung zum Tragen zu bringen.

1.6. Der EWSA ist gleichwohl der Auffassung, dass für die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung durch eine engere Einbindung der nationalen Parlamente, der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft klarere Bestimmungen in den offiziellen Verfahren der EU und der Mitgliedstaaten zur Umsetzung des neuen Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung erforderlich sind. Wie vom Mitgesetzgeber und vom EWSA wiederholt gefordert, bedarf es formeller, kontinuierlicher und strukturierter Konsultationen, bei denen die nationalen Regierungen während des gesamten politischen Zyklus der Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Evaluierung eng mit den Behörden aller Ebenen und partnerschaftlich mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, OZG und anderen relevanten Stellen zusammenarbeiten. Ebenso muss die Umsetzung der ARP im verbleibenden Zeitraum verbessert werden, um die Ausführungsrate der Investitionen und Reformen zu beschleunigen.

1.7. Es muss ein angemessenes Niveau an öffentlichen Investitionen gewährleistet werden, um die bei der Überprüfung der Verordnung festgelegten Hauptziele der Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung zu erreichen und die derzeitigen und künftigen Prioritäten der Union anzugehen. Die mit dem neuen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung eingeführte Flexibilität sollte hierzu optimal genutzt werden, und die erwarteten Reformen sollten auch intelligente private Investitionen auf nationaler Ebene erleichtern und fördern. Dies reicht jedoch weder aus, um die in den kommenden Jahren erforderlichen massiven transformativen und strategischen Investitionen aufbringen zu können, noch für eine ebenso notwendige kohärente EU-Industriepolitik. In der „Erklärung von Antwerpen“ vom Februar 2024 wird deutlich gemacht, was die Union für die wirtschaftliche Wiederbelebung benötigt. Der EWSA vertritt eine Zukunftsvision mit mehr und besserer Industrie, gut bezahlten Arbeitsplätzen und möglichst geringen Auswirkungen auf die Umwelt und den Planeten.

1.8. Der EWSA fordert zunächst klare Kriterien für die grünen und sozialen Investitionen in den kommenden Jahren, um den Mitgliedstaaten bei der Formulierung ihrer strukturellen finanzpolitischen Pläne Orientierung zu geben.

1.9. Zugleich bekräftigt der EWSA seine Forderung, dass die Kommission und die Mitgesetzgeber rechtzeitig, jedoch spätestens bis 2026 die neuen Finanzinstrumente festlegen, die auf EU-Ebene zur Finanzierung der strategischen Gemeingüter benötigt werden. Dies sind u. a. der unlängst angekündigte EU-Souveränitätsfonds, neue Eigenmittel, eine eigene Fiskal- bzw. Finanzkapazität, der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR). In diesem Zusammenhang kommt auch der EIB bei der Mobilisierung privater Investitionen und der Verbesserung öffentlich-privater Partnerschaften entscheidende Bedeutung zu.

2. Einführung

2.1. Ziel dieser Stellungnahme ist es, Überlegungen und Empfehlungen der europäischen organisierten Zivilgesellschaft zu den Reform- und Investitionsvorschlägen und ihrer Durchführung in den Mitgliedstaaten anzuregen. Des Weiteren wird angestrebt, die wirtschaftspolitische Steuerung der EU transparenter, demokratischer und effizienter zu gestalten, sie für künftige Krisen zu wappnen und die organisierte Zivilgesellschaft stärker einzubinden.

2.2. Die Analyse und die Vorschläge des EWSA berücksichtigen die Legislativvorschläge der Kommission zur Umsetzung einer umfassenden Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU sowie seine zu diesen Vorschlägen vorgelegte Stellungnahme ^(?), seine Entschlüsse zur Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (2021 und 2022) ^(?) sowie seine Stellungnahme zu einer soliden Reform des Europäischen Semesters ⁽⁴⁾.

2.3. Die vorliegende Stellungnahme basiert auf einer breit angelegten Konsultation von Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten über die 27 nationalen Delegationen der Ad-hoc-Gruppe Europäisches Semester (bestehend aus drei Mitgliedern pro Land – eines pro Gruppe). Diese Konsultation erfolgte in Form eines Fragebogens und von zehn Länderbesuchen ^(?) („Diskussionsrunden“). Die Ergebnisse der Konsultation sind dem Anhang zu entnehmen und werden in Ziffer 5 der Stellungnahme zusammengefasst.

3. Hintergrund

3.1. Der Schwerpunkt dieser Stellungnahme liegt auf den Reform- und Investitionsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere auf der Grundlage der länderspezifischen Empfehlungen 2023 ⁽⁶⁾, und auf ihrer Umsetzung. Dabei sollen die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sowie die Möglichkeiten zur verbesserten Ausrichtung der Vorschläge und ihrer Umsetzung sowie zur Überwachung durch die organisierte Zivilgesellschaft und deren Einbeziehung in die Verfahren bewertet werden. Die Kombination von Reformen und Investitionen wird für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit als entscheidend angesehen.

3.2. In dieser Stellungnahme werden auch Fragen im Zusammenhang mit der laufenden Reform der EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung ⁽⁷⁾ behandelt. Dabei geht es um eine bessere Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung und zugleich um Reformen und Investitionen zur Förderung nachhaltigen und integrativen Wachstums in allen Mitgliedstaaten. Zudem wird in der Stellungnahme in Anknüpfung an die vorangegangenen Konsultationen der Stand der Umsetzung der in den nationalen ARP vorgesehenen Reformen und Investitionen, die mit ARF-Mitteln gefördert werden, untersucht ⁽⁸⁾.

3.3. Mit dieser Stellungnahme setzt der EWSA folglich sein Engagement für ein stärker partizipatives Europäisches Semester mit mehr Eigenverantwortung auf nationaler Ebene und einer stärkeren Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft sowie für einen geeigneten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung fort.

^(?) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu folgenden Vorlagen: „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates“ (COM(2023) 240 final - 2023/0138 (COD)), „Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ (COM(2023) 241 final - 2023/0137 (CNS)) und „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten“ (COM(2023) 242 final - 2023/0136 (NLE)) (ABl. C, C/2023/880, 8.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/880/oj>).

^(?) Entschlüsselung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses „Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne – was funktioniert und was nicht?“, verabschiedet im Februar 2021 (ABl. C 155 vom 30.4.2021, S. 1), und „Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne – Verbesserungsvorschläge“, verabschiedet im Mai 2022 (ABl. C 323 vom 26.8.2022, S. 1).

⁽⁴⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses „Empfehlungen des EWSA für eine gründliche Reform des Europäischen Semesters“ (ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 1).

⁽⁶⁾ In Frankreich, der Slowakei, Slowenien, Polen, Finnland, Portugal, Griechenland, Rumänien, Zypern und Litauen.

⁽⁷⁾ Europäisches Semester 2023: Länderspezifische Empfehlungen/Empfehlungen der Kommission, Europäische Kommission.

⁽⁸⁾ Neue Vorschriften für eine zukunftsfähige wirtschaftspolitische Steuerung, Europäische Kommission.

⁽⁸⁾ *Recovery and Resilience Facility* (Aufbau- und Resilienzfähigkeit), Europäische Kommission.

4. Bei dieser Konsultation angewandte Methodik

4.1. Die für diesen Bericht erforderlichen Daten und Informationen wurden im Zeitraum Dezember 2023 bis März 2024 erhoben. Insgesamt gingen 26 nationale Beiträge ein (Antworten auf den Fragebogen und/oder Diskussionsrunden) ⁽⁹⁾. An den Konsultationen, die auf der Grundlage der Kenntnisse der Mitglieder durchgeführt wurden, nahmen Sozialpartner und OZG teil. In einigen Ländern waren nationale Wirtschafts- und Sozialräte oder vergleichbare Einrichtungen ⁽¹⁰⁾ beteiligt, und in andern wurden auch Regierungsvertreter konsultiert.

4.2. Darüber hinaus wurde bei dieser Stellungnahme der EU-Jugendtest des EWSA zur Anwendung gebracht ⁽¹¹⁾. Dies bedeutet, dass zum einen Vertreter der nationalen Jugendorganisationen eingeladen wurden, in ihren Ländern an den Diskussionsrunden teilzunehmen ⁽¹²⁾, und dass zum anderen zwei Vertreter von Mitgliedsorganisationen ⁽¹³⁾ des Europäischen Jugendforums ⁽¹⁴⁾ zu den beiden Sitzungen der Studiengruppe eingeladen wurden. Drei Mitglieder der EWSA-Kontaktgruppe ⁽¹⁵⁾ beantworteten ebenfalls den Fragebogen.

5. Bemerkungen zu den Ergebnissen der Konsultationen

Die vollständige Zusammenfassung der nationalen Beiträge zu diesen Fragen finden Sie zu Beginn des Anhangs zu dieser Stellungnahme ⁽¹⁶⁾.

Abschnitt I: Die Reformen und Investitionsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere auf der Grundlage der länderspezifischen Empfehlungen 2023, und ihre Umsetzung.

5.1. *Frage 1 – Wie beurteilen Sie die Schwerpunktsetzung der Kommission in den länderspezifischen Empfehlungen für Ihr Land 2023? Entsprechen diese Empfehlungen im ausreichenden Maße den Interessen Ihrer Organisation und werden sie dazu beitragen, die Herausforderungen Ihres Land zu bewältigen?*

5.1.1. Die länderspezifischen Empfehlungen werden im Allgemeinen als relevant und angemessen angesehen, wenngleich soziale Fragen nicht ausreichend berücksichtigt werden und finanzielle Aspekte im Vordergrund stehen. Ihre Umsetzung auf nationaler Ebene wird jedoch kritischer beurteilt.

5.1.2. In den meisten Mitgliedstaaten begrüßt die organisierte Zivilgesellschaft den starken Schwerpunkt der länderspezifischen Empfehlungen auf dem grünen und dem digitalen Wandel und den Einsatz erheblicher EU-Mittel für die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zur Förderung eines gerechten Übergangs. Nach Angaben der organisierten Zivilgesellschaft in Österreich, Belgien, Dänemark, Estland, Italien, Lettland, Spanien, Schweden und den Niederlanden sowie der Vertreter der Mitglieder der Kontaktgruppe sind die länderspezifischen Empfehlungen angemessen und/oder sind im Laufe der Jahre besser geworden. Die Schwerpunkte stimmen im Großen und Ganzen mit den Interessen der OGZ und der Sozialpartner überein, wenngleich einige Vorbehalte hinsichtlich der Art und Weise des Herangehens an die Empfehlungen gemäß den Gegebenheiten in den einzelnen Ländern bestehen. In Kroatien, Zypern, Tschechien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Litauen, Luxemburg und der Slowakei hat die organisierte Zivilgesellschaft eine eher uneinheitliche Meinung zu den in den länderspezifischen Empfehlungen genannten Prioritäten. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen weisen darauf hin, dass die länderspezifischen Empfehlungen den sozioökonomischen Besonderheiten und Gegebenheiten des Landes nicht ausreichend gerecht werden. Dies zeigt sich daran, dass für einige Länder identische Lösungen bei sehr unterschiedlichen Situationen vorgeschlagen werden. In Irland und Luxemburg wurde beispielsweise bedauert, dass Empfehlungen zur Bewältigung der Wohnungskrise fehlen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die länderspezifischen Empfehlungen sehr allgemein gehalten und nicht zielgerichtet sind und zudem nicht überwacht werden. Die Prioritäten erscheinen kurzfristig. In Deutschland wies die organisierte Zivilgesellschaft zudem darauf hin, dass die länderspezifischen Empfehlungen eine Reihe grundlegender und struktureller Probleme nicht berücksichtigen. Die organisierte Zivilgesellschaft in Finnland, Polen, Portugal und Slowenien gab eine eher negative Einschätzung ab. So wurde beispielsweise in Finnland, Portugal und Slowenien das Fehlen länderspezifischer Empfehlungen zur Verbesserung der Steuersysteme in den Mitgliedstaaten beklagt. Darüber hinaus wurde in Polen festgestellt, dass einige Empfehlungen zu komplex und die vorgeschlagenen Reformen angesichts der Komplexität der sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und globalen Herausforderungen nicht ambitioniert genug sind.

⁽⁹⁾ In allen EU-Mitgliedstaaten außer Malta. Die maltesische Delegation in der Gruppe Europäisches Semester nahm nicht an dieser Konsultation teil.

⁽¹⁰⁾ Beispielsweise eine mit dem Europäischen Semester befasste Beratungsgruppe.

⁽¹¹⁾ EU-Jugendtest, Europäisches Jugendforum.

⁽¹²⁾ Jugendorganisationen nahmen an den Diskussionsrunden in Zypern, Griechenland, Finnland, Portugal, Rumänien und der Slowakei teil.

⁽¹³⁾ EGB-Jugendausschuss und das Erasmus Student Network.

⁽¹⁴⁾ Representing Europe's youth | Europäisches Jugendforum.

⁽¹⁵⁾ Europäische Studierendenvereinigung, Plattform für lebenslanges Lernen und Eurochild.

⁽¹⁶⁾ Anhang mit der vollständigen Zusammenfassung der nationalen Beiträge.

5.1.3. Zudem wies die organisierte Zivilgesellschaft insbesondere in Kroatien, Dänemark, Polen, Portugal und Slowenien darauf hin, dass der Schwerpunkt zu sehr auf wirtschaftlichen Reformen und zu wenig auf sozialen Bedürfnissen liegt. Der Schwerpunkt liegt auf der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, während die sozialen Aspekte dieser Systeme vernachlässigt würden.

5.2. *Frage 2 – Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der von der Kommission in diesen Empfehlungen vorgeschlagenen Reform- und Investitionsmaßnahmen?*

5.2.1. Bezüglich der Wirksamkeit der von der Kommission vorgeschlagenen Reform- und Investitionsmaßnahmen ist vor allem die organisierte Zivilgesellschaft Belgiens, Tschechiens, Ungarns, Luxemburgs und Polens der Ansicht, dass diese durch eine eher schleppende und nicht weit genug gehende Umsetzung durch die Regierung beeinträchtigt wird. In Dänemark werden die vorgeschlagenen Maßnahmen an sich als angemessen betrachtet, doch ihre Umsetzung und die Umverteilungseffekte sind nach wie vor ungewiss. In Ungarn und Polen wurde betont, dass die Empfehlungen häufig von einem Europäischen Semester zum nächsten wiederholt werden, was ihre zögerliche oder uneinheitliche Umsetzung belegt. In Deutschland weist die organisierte Zivilgesellschaft darauf hin, dass die Maßnahmen entweder ignoriert werden oder aber nicht umsetzbar sind, da sie die bestehenden Bedingungen und Beschränkungen in den betroffenen Ländern nicht berücksichtigen. Darüber hinaus scheinen die Maßnahmen oft kurzfristig und mit leicht erreichbaren und quantitativ leicht umsetzbaren Zielen verbunden zu sein. Einige Empfehlungen würden Jahr für Jahr wiederholt, was darauf hindeutet, dass sie nicht angemessen nachverfolgt werden und es an sinnvollen, relevanten und wirksamen Instrumenten mangelt, mit denen die Länder zur tatsächlichen Umsetzung der Empfehlungen bewegt werden können. Es würden keine Maßnahmen ergriffen, um systemische Reformen sicherzustellen, die nach der Bewertung durch die Kommission nicht rückgängig gemacht werden. In den nationalen Reformprogrammen und Stabilitäts-/Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten würden häufig unpopuläre Reformen vorgeschlagen, die dann der EU angelastet werden. Darüber hinaus ist die organisierte Zivilgesellschaft beispielsweise in Lettland der Ansicht, dass die Empfehlungen wirksamer wären, wenn sie mit einer umfassenderen finanziellen Unterstützung der EU (z. B. EU-Eigenmittel o. Ä.) verknüpft und besser koordiniert würden.

5.2.2. Positiv zu vermerken ist jedoch, dass die organisierte Zivilgesellschaft in Österreich, Kroatien, Estland, Italien, Schweden, der Slowakei und den Niederlanden die Wirksamkeit der von der Europäischen Kommission in den länderspezifischen Empfehlungen vorgeschlagenen Reform- und Investitionsmaßnahmen im Allgemeinen positiv bewertet und gleichzeitig die Bedeutung eines ständigen Dialogs zwischen Kommission, Regierung, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft betont, um die Umsetzung der Reformen zu beschleunigen.

5.3. *Frage 3 – Wie wird die organisierte Zivilgesellschaft in den Dialog mit Ihrer Regierung und der Kommission einbezogen? Welche positiven und negativen Aspekte können Sie nennen?*

5.3.1. Die organisierte Zivilgesellschaft hat bezüglich der Art und Weise, wie sie in den Dialog mit der Regierung und der Kommission einbezogen wird, insbesondere in Dänemark, Frankreich, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Italien, Österreich, Schweden und den Niederlanden, eine Reihe positiver Punkte angesprochen. In Frankreich und Luxemburg gibt es eine formelle Beteiligung in Form eines strukturierten Dialogs mit der Regierung, in dem die Zivilgesellschaft ihre Ansichten zum Ausdruck bringen kann. In Italien wurde eine deutliche Verbesserung des Dialogs beobachtet, mit formalisierten und strukturierten Dialogen mit den Sozialpartnern. In Österreich und Lettland findet die formelle Beteiligung auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Qualität statt. In Dänemark gibt es einen formellen und etablierten Dialog sowie eine Reihe von Sitzungen, an denen die organisierte Zivilgesellschaft teilnimmt. In Tschechien bestehen formelle und informelle Verbindungen zwischen der organisierten Zivilgesellschaft und der Regierung, insbesondere zu den Arbeitgebervertretern.

5.3.2. In Mitgliedstaaten wie Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn hat die organisierte Zivilgesellschaft folgende Kritikpunkte geäußert:

- die Einbeziehung wurde in den letzten Jahren verringert;
- die Einbeziehung ist nicht formell, strukturiert oder dauerhaft sowie von unterschiedlicher Qualität, was zu einem Ungleichgewicht bei den Einflussmöglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen führt;
- der Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft ist schwach ausgeprägt, ineffizient, zu kurzfristig und besteht nur pro forma, und es gibt keine offensichtlichen Folgemaßnahmen zu den Diskussionen;

- die Frist für die Abgabe einer Stellungnahme ist sehr kurz und lässt keine optimale Konsultation zu;
- in der Öffentlichkeit ist das Europäische Semester nur unzureichend bekannt und folglich ist auch das Interesse der organisierten Zivilgesellschaft an diesem Thema gering;
- die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in das Europäische Semester während der Annahme der Dokumente ist mangelhaft.

5.3.3. In den meisten Ländern wurde auch auf die mangelnde Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften hingewiesen. Schließlich gibt es nach Ansicht der Mitglieder der Kontaktgruppe wenig Spielraum für eine Beteiligung an den Konsultationen zum Europäischen Semester. Der Prozess ist nach wie vor undurchsichtig, und die Schwammigkeit einiger nationaler Berichte bzw. länderspezifischer Empfehlungen zeigt deutlich, dass nur unzureichend Daten erhoben wurden. Dies kann auf eine unzureichende Konsultation der Zivilgesellschaft zurückgeführt werden.

5.3.4. Die Konsultationsverfahren sind verbesserungswürdig. Daher empfiehlt die organisierte Zivilgesellschaft,

- die Diskussionskanäle, selbst wenn es bereits sehr formelle Strukturen gibt, mittels zeitlich befristeten Arbeitsgruppen zu vervielfachen. Diese können den Dialog zwischen den Sozialpartnern, den OGZ, den Kommunen und Regionen, der Regierung und der Kommission erleichtern;
- mindestens zweimal während des jährlichen Semesterprozesses Konsultationen zu veranstalten, wobei die letzte Sitzung kurz vor der Annahme des Abschlussdokuments durch die Regierung stattfinden sollte;
- Wirtschaftsverbände und Nichtregierungsorganisationen, die keine Sozialpartner sind, in die Konsultationen einzubeziehen;
- dass die nationalen Regierungen umfassende Dialoge zu allen Dokumenten des Europäischen Semesters veranstalten, nicht nur im Zusammenhang mit der Erstellung des nationalen Reformprogramms. Die Ministerien sollten in der Anfangsphase die geplanten Maßnahmen detaillierter ausarbeiten und die Standpunkte und Vorschläge der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft einholen;
- eine Arbeitsgruppe „Europäisches Semester“ im nationalen Wirtschafts- und Sozialrat einzurichten;
- die Teilnahme von Bürgern und jungen Menschen an verschiedenen Formen der nicht-formalen Bildung zu fördern, die insbesondere an den spezifischen Kompetenzen in ihren Berufsbereichen anknüpfen;
- klare Leitlinien für die Durchführung dieser Beteiligung und für eine transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit festzulegen;
- dass die Dauer der öffentlichen Konsultation je nach Bedeutung der zu bearbeitenden Rechtsvorschriften angemessen sein sollte und die gesetzlichen Fristen für die Konsultation (30 bzw. 21 Tage) eingehalten werden;
- alle Gesetzesentwürfe einer obligatorischen öffentlichen Konsultation zu unterziehen, den im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens eingereichten Änderungsanträgen eine Begründung und eine Folgenabschätzung beizufügen;
- Konsultationen einer möglichst breiten Gruppe von Betroffenen mit unterschiedlichen Formen durchzuführen. Dies können sowohl öffentliche Konsultationen zur Erörterung der Dokumente als auch Konsultationen im Rahmen der bestehenden Beratungsgremien sein;
- dass alle Mitgliedstaaten regelmäßig Jahresberichte über den Konsultationsprozess veröffentlichen, sie der Europäischen Kommission und den nationalen Parlamenten übermitteln und öffentlich zugänglich machen.

Abschnitt II: Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung.

5.4. Frage 4 – Stimmen Sie ausgehend von den Erläuterungen im Anhang zur Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung dem Reformvorschlag grundsätzlich zu oder lehnen sie ihn ab ⁽¹⁷⁾? Welche wesentlichen Vor- und/oder Nachteile sehen Sie? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

5.4.1. Die organisierte Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten war bezüglich der Vor- und Nachteile dieser Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung geteilter Meinung. Die verschiedenen Positionen sind dem ersten Teil der Anlage zu entnehmen. Die befragten Interessenträger regten zudem an, folgende Empfehlungen zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Umsetzung der neuen Vorschriften hinzuzufügen:

- die größere Flexibilität des Vorschlags muss mit einer strengeren Durchsetzung einhergehen, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen;
- in der Finanzpolitik sollte ein Gleichgewicht zwischen Schuldenabbau und Aufrechterhaltung von öffentlichen Investitionen und Wachstum gefunden werden. Für die überschuldeten Länder wird dies die größte Herausforderung sein;
- die Dimension der nationalen Eigenverantwortung ist durch eine engere Einbeziehung der nationalen Parlamente, der regionalen und lokalen Behörden, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zu stärken. Dies sollte noch deutlicher (und verbindlicher) als in der Gesetzgebung zur ARF zum Ausdruck kommen;
- die Teilhabe der organisierten Zivilgesellschaft sollte in Form eines langfristigen sozialen Abkommens oder eines Sozialpakts erfolgen. Es gilt, einen europäischen Standard für die Teilhabe der organisierten Zivilgesellschaft am Europäischen Semester bzw. dem europäischen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung festzulegen;
- wenn die Reform erfolgreich sein soll, müssen die Durchsetzung der Vorschriften und die Stimulierung von Investitionen und Verbrauch in Angriff genommen werden;
- es bedarf stärkerer Solidarität zwischen Überschuss- und Defizitstaaten;
- es sollte eine Aufbau- und Resilienzfazilität 2.0 für europaweite Investitionen sowie für langfristige und strategische Investitionen in den Mitgliedstaaten, die dies benötigen, eingerichtet werden;
- den Mitgliedstaaten sollte für die Anpassung an unvorhergesehene Umstände größerer Handlungsspielraum eingeräumt werden;
- die Ziele sind durch klare, strategisch ausgerichtete Vorschriften und nicht in Form von Restriktionen vorzugeben;
- Investitionsausgaben mit hoher sozialer und wirtschaftlicher Wirkung, die für die Steigerung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Union von entscheidender Bedeutung sind, sollten bei der Defizitberechnung ausgenommen werden;
- es sollte festgelegt werden, welche Ausgaben bei der Verringerung des Defizits und des Schuldenstands nicht gekürzt werden dürfen. Dies sollte Bereiche umfassen, die für die Öffentlichkeit oder das Militär wichtig sind, und diese sollten bei der Berechnung des Schuldenstands und des Defizits durch die EU ausgenommen werden;
- der formalistische EU-Ansatz für die wirtschaftspolitische Steuerung sollte zugunsten eines an NextGenerationEU orientierten Konzepts aufgegeben werden;

⁽¹⁷⁾ Der Vorschlag der Kommission für eine Reform der Vorschriften für die wirtschaftspolitische Steuerung und die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu folgenden Vorlagen: „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates“ (COM(2023) 240 final — 2023/0138 (COD)), „Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ (COM(2023) 241 final — 2023/0137 (CNS)) und „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten“ (COM(2023) 242 final — 2023/0136 (NLE)) (ABl. C, C/2023/880, 8.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/880/oj>).

- die Ausgaben für Verteidigung, ökologischen Wandel und Digitalisierung sollten bei der Berechnung des Schuldenstands ausgenommen sein;
- es bedarf eines unabhängigen, glaubwürdigen und transparenten Mechanismus, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten den Verpflichtungen ihrer mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne nachkommen.

5.5. Frage 5 – Wurde oder wird Ihre Organisation bei der Festlegung des Standpunkts Ihrer Regierung zu dem Legislativvorschlag der Kommission, über den derzeit im Europäischen Parlament und im Rat beraten wird, konsultiert? Wenn ja, wie sah bzw. sieht diese Konsultation aus? Haben Sie den Eindruck, dass die Standpunkte Ihrer Organisationen und der Zivilgesellschaft insgesamt berücksichtigt wurden oder werden? Wenn nicht, wie wären Sie gerne in den Prozess einbezogen worden?

5.5.1. Die Mehrheit der Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten bedauerte, dass sie von den nationalen Regierungen bei der Festlegung ihres Standpunkts zu dem Legislativvorschlag der Kommission nicht konsultiert wurden. Sie betonten daher, dass

- ein formeller Konsultationsprozess eingeführt werden sollte, um den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu geben, die Position der Regierung durch ihre Standpunkte zu ergänzen;
- die für das Europäische Semester zuständigen Verbindungsbeamten der Kommission als Beobachter an den Konsultationen zwischen der organisierten Zivilgesellschaft und der Regierung teilnehmen könnten;
- eine direkte Zusammenarbeit mittels Einzelgesprächen mit der zuständigen Dienststelle der Regierung und mit den für das Europäische Semester zuständigen Verbindungsbeamten der Kommission etabliert werden sollte;
- die Konsultation zu diesem Thema ggf. im Rahmen der Sitzungen des sozialen Dialogs zum Europäischen Semester mit der Regierung hätte stattfinden können. Das Thema hätte im Rahmen der formellen Verfahren mit dem Wirtschafts- und Sozialrat erörtert werden müssen;
- die Perspektiven der Zivilgesellschaft unbedingt stärker einbezogen und berücksichtigt werden müssen. Diese wirtschaftspolitische Schlüsselfrage muss demokratischer behandelt und umgesetzt werden. Die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft sollten formell konsultiert werden und die Möglichkeit erhalten, ihre Vorschläge in einem umfassenden Dialog mit der Regierung des Mitgliedstaats einzubringen;
- bei bereits eingerichteten Konsultationsforen die Konsultation der organisierten Zivilgesellschaft unbedingt optimiert werden muss;
- dies würde auch dazu beitragen, das weit verbreitete Missverständnis auszuräumen, die europäische Gesetzgebung würde ohne das Zutun der Mitgliedstaaten in Brüssel bestimmt.

5.6. Frage 6 – Laut Kommissionsvorschlag soll jeder Mitgliedstaat künftig einen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Plan aufstellen. Darüber hinaus soll bei konkreten Reform- und Investitionszusagen eine Verlängerung des Zeitraums für die Haushaltsanpassung möglich sein. Sind solche Pläne Ihrer Meinung nach ein wirksames Mittel, um konkrete Reformen und Investitionen zu fördern?

5.6.1. Die organisierte Zivilgesellschaft hat bezüglich dieser Pläne und ihrer potenziellen Wirksamkeit für die Förderung von Reformen und Investitionen eine Reihe positiver und negativer Aspekte erwähnt. Die verschiedenen Standpunkte sind dem ersten Teil des Anhangs zu entnehmen. In den meisten Mitgliedstaaten wurde betont, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten die organisierte Zivilgesellschaft im Rahmen dieser Pläne kontinuierlich und dauerhaft konsultieren müssen, damit die Schwerpunkte der Reformen und der angestrebten Investitionen festgelegt werden können und ihre wirksame Umsetzung dank der effektiven und demokratischen Unterstützung durch die Bürger sichergestellt werden kann. Für die Wirksamkeit der Pläne ist entscheidend, ob die politischen und die Sozialpartner sowie die OGZ auf nationaler Ebene in die Ausarbeitung der Pläne einbezogen werden. Die organisierte Zivilgesellschaft fordert zudem, dass

- die Pläne der spezifischen Lage der Mitgliedstaaten Rechnung tragen, die langfristige Stabilität und Entwicklung fördern und zu regionaler Ausgewogenheit und ökologischer Nachhaltigkeit beitragen;

- auf die Wirksamkeit und Effizienz der öffentlichen Investitionen, die Gefahr eines Verdrängungseffekts (crowding out) und ein nötiges Gleichgewicht zwischen Kontrolle und übermäßig strenger Verwaltung geachtet wird;
- die Pläne bezüglich der Erfolgsaussichten der geplanten Reformen und Investitionen realistisch sind;
- die Pläne auf einer breit angelegten, vielgestaltigen Konsultation insbesondere der organisierten Zivilgesellschaft sowie auf Konsens beruhen;
- die Pläne kontinuierlich von den europäischen Behörden, dem Parlament, den Sozialpartnern und den Organisationen der Zivilgesellschaft überwacht werden;
- zur Überwachung der Umsetzung des Plans ein Jahresbericht, in dem Abweichungen – auch in Bezug auf soziale Aspekte – analysiert werden, einschließlich Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden;
- die Umsetzung der Pläne durch ein subsidiäres Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Akteuren unterstützt wird;
- die Pläne mit der Schaffung neuer Instrumente im Einklang mit der Vision einer einheitlichen europäischen Industriepolitik einhergehen;
- die Pläne auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtet sind;
- mithilfe einer starken Kommunikationskampagne dafür sensibilisiert wird, dass die Bürger den nationalen Plan verstehen und unterstützen;
- dieser Dialog dazu beiträgt, dass die Mitgliedstaaten mehr Eigenverantwortung für ihren Erholungsprozess übernehmen. Sie sollen konkrete Maßnahmen vorschlagen, die nicht nur Reformen und Investitionen zur Sicherung der Haushaltsstabilität anstoßen, sondern auch Wege aufzeigen, wie überfällige Reformen und Investitionen wirksam umgesetzt werden können;
- mögliche Auswirkungen der Umsetzung des Plans zur Bewältigung sozialer Spannungen in Notfällen umfassend erörtert werden.

5.7. Frage 7 – In den neuen Vorschriften wird vorgeschlagen, die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten zur Durchführung von Reformen und Investitionen zur Unterstützung gemeinsamer Prioritäten (z. B. des grünen und des digitalen Wandels) zu stärken. Daher tritt im Vergleich zu den bisherigen Vorschriften der „Wachstumsaspekt“ gegenüber dem „Stabilitätsaspekt“ deutlicher hervor. Werden die Mitgliedstaaten Ihrer Ansicht nach im Rahmen ihrer mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne über ausreichend Flexibilität verfügen, um solche Reformen und Investitionen zu fördern und gleichzeitig auch ein Defizit von 3 % und einen Schuldenstand von 60 % des BIP einzuhalten?

5.7.1. Die organisierte Zivilgesellschaft begrüßt im Allgemeinen diese zusätzliche Flexibilität, weist jedoch auf mehrere Aspekte hin, die für den Erfolg der neuen Vorschriften berücksichtigt werden müssen, wie z. B.

- einen Beschluss, soziale Investitionen von der Defizitberechnung auszunehmen;
- Kapitalinvestitionen und Investitionen in laufende Ausgaben aufgrund länderspezifischer Empfehlungen bei der Defizitberechnung auszunehmen;
- Investitionen, die von Unternehmen direkt für die laufende Weiterbildung ihrer Beschäftigten getätigt werden, aus dem Katalog staatlicher Beihilfen auszunehmen;
- das Erfordernis dynamischer Regeln, die sich an wirtschaftliche Situationen anpassen können, das Wachstum nicht beeinträchtigen und zudem die öffentliche Verschuldung verringern, indem Ressourcen, Dienstleistungen und staatliche Potenziale zugunsten des Marktes und der Sozialwirtschaft freigesetzt werden;
- die dringend notwendige Neuausrichtung auf den sozialen und ökologischen Fortschritt, der noch in weiter Ferne liegt. Daher muss der Wachstumsaspekt gestärkt werden, ohne die Stabilitätsregeln zu vernachlässigen;
- die sogenannten „Nennereffekte“ zu berücksichtigen: Das BIP steigt nur, wenn ausreichend investiert wird; in der Folge sinkt die Schuldenquote;
- die notwendige Berücksichtigung der wirtschaftlichen Komponente und der von allen Beteiligten zu tragenden Lasten bei Maßnahmen zur Förderung des grünen Wandels;

- eine klare und strikte Taxonomie dessen, was unter grünen/sozialen Investitionen zu verstehen ist. Diese muss von den Mitgliedstaaten genau befolgt werden;
- Investitionen, die zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung führen, zu fördern und an jeden Mitgliedstaat anzupassen;
- es unbedingt ermöglichen, von den strengen Auflagen der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters für die Mitgliedstaaten abzuweichen bzw. Anpassungen vorzunehmen, wenn die zur ihrer Befolgung erforderlichen Investitionen zur Nichteinhaltung der 3 %-Defizitregel führen würden.

5.7.2. Die organisierte Zivilgesellschaft in Bulgarien, Tschechien, Deutschland und Schweden ist der Ansicht, dass die überarbeiteten Vorschriften nicht genügend Flexibilität bieten und dass einige Mitgliedstaaten nach wie vor nicht in der Lage sind, die notwendigen Reformen und Investitionen zu finanzieren, die Besteuerung immer noch unzureichend ist und die Mitgliedstaaten nicht über die notwendigen Verwaltungskapazitäten verfügen, um diese Reformen und Investitionen unter Berücksichtigung der nationalen Randbedingungen wirksam umzusetzen. Diese Überarbeitung des Rahmens der wirtschaftspolitischen Steuerung und die vorgesehenen Pläne bieten keinen ausreichenden haushaltspolitischen Spielraum für die Verwirklichung des grünen Wandels. Zudem ist die organisierte Zivilgesellschaft in Lettland der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten größere Anstrengungen unternehmen sollten, um nicht von angemessenen und notwendigen Stabilitätsvorschriften abzuweichen. Ausnahmen sollten nur gewährt werden, um den im Rahmen des Europäischen Semesters abgegebenen länderspezifischen Empfehlungen nachzukommen. In Ungarn befürchtet die organisierte Zivilgesellschaft, dass der Spielraum für Defizitländer minimal oder vernachlässigbar sein wird. In Krisenzeiten und Rezessionen sind dringend Reformen und Ressourcen erforderlich. Deshalb sind flexiblere Vorschriften für ein übermäßiges Defizit nötig, um ein rasches Eingreifen zu ermöglichen.

Abschnitt III: Umsetzung der in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen vorgesehenen Reformen und Investitionen.

5.8. *Frage 8 – Haben die Aufbau- und Resilienzpläne⁽¹⁸⁾ Ihrer Meinung nach die Umsetzung der in den länderspezifischen Empfehlungen vorgeschlagenen Reformen und Investitionen verbessert oder eher erschwert? Warum?*

5.8.1. Bezüglich der Standpunkte der organisierten Zivilgesellschaft zum Zusammenhang zwischen der ARF als leistungsbasierten Finanzierungsinstrument und der Umsetzung der in den länderspezifischen Empfehlungen vorgeschlagenen Reformen und Investitionen wurde insbesondere in Österreich, Kroatien, Tschechien, Estland, Italien, Lettland und Spanien festgestellt, dass das Zusammenspiel zwischen den Verpflichtungen aus den ARP und den länderspezifischen Empfehlungen einen konsequenteren Umsetzungsmechanismus geschaffen hat. Die Einbeziehung der länderspezifischen Empfehlungen in die ARP hat die Transparenz der länderspezifischen Empfehlungen erhöht. Infolgedessen hat sich die Umsetzung der Empfehlungen verbessert. Die Mitglieder der Verbindungsgruppe wiesen jedoch auch darauf hin, dass der enge Zeitplan für die Abgabe von Rückmeldungen zu den länderspezifischen Empfehlungen und nationalen ARP die Möglichkeiten für die OZG, einen sinnvollen Beitrag zu leisten, effektiv eingeschränkt hat. In Belgien, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, Ungarn, Irland, Luxemburg, Schweden und den Niederlanden gab die organisierte Zivilgesellschaft an, dass die ARP allein keine klaren Verbesserungen bei der Umsetzung der in den länderspezifischen Empfehlungen vorgeschlagenen Reformen und Investitionen gebracht habe. In Dänemark und Deutschland wurde die Verbesserung der Umsetzung der in den länderspezifischen Empfehlungen vorgeschlagenen Reformen infolge des ARP als moderat angesehen. Denn die meisten der vorgeschlagenen Reformen waren bereits im Gange und wären ohnehin durchgeführt worden. In Irland wird auch davon ausgegangen, dass im ARP keine wesentlich neuen Initiativen vorgeschlagen wurde.

5.8.2. Folgende Empfehlungen wurden hervorgehoben:

- In der Wirtschafts- und Haushaltspolitik sollte stets die Umsetzung der Sozialagenda wie die Europäische Säule sozialer Rechte und der Aktionsplan für die Sozialwirtschaft berücksichtigt werden.
- Die Kommission sollte die Mitgliedstaaten weiterhin dazu anhalten, die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und den Rechtsrahmen für den grünen Wandel zu vervollständigen, was letztlich die Umsetzung erleichtern würde.

⁽¹⁸⁾ Recovery and resilience plans in the 2023 European Semester, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments.

- Die Transparenz der ARP sollte verbessert werden, indem mindestens vierteljährlich aktualisierte Daten über die Durchführung der Projekte und die Verwendung der Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Einhaltung der Verpflichtung, 40 % der Mittel für die Regionen des Südens bereitzustellen, sichergestellt wird und die Anwendung der 30-Prozent-Regel für die Einstellung von Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Behinderungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge kontinuierlich überwacht wird.
- Die Rolle der zentralen und lokalen öffentlichen Verwaltungen bei der Umsetzung der ARP muss gestärkt werden.
- Die nationalen Reformprogramme, die die länderspezifischen Empfehlungen berücksichtigen, sollten den ARP ergänzen und mit ihm verknüpft werden. Die Kohäsionspolitik sollte auch mit dem nationalen Reformprogrammen verknüpft werden, da Komplementarität und Synergien zwischen der Kohäsionspolitik und dem ARP für die strategische Entwicklung und die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Resilienz eines jeden Landes sehr wichtig sind.

5.9. Frage 9 – Welche der nachstehend genannten Multiple-Choice-Optionen halten Sie für besonders wichtig, um die Rolle der Sozialpartner, der Organisationen der Zivilgesellschaft und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung und Überwachung der ARP zu stärken?

5.9.1. Nach Auffassung der organisierten Zivilgesellschaft sind die folgenden, nach der Priorität ihrer Unterstützung geordneten Maßnahmen am wichtigsten, um ihre Rolle bei der Umsetzung und Überwachung der ARP zu stärken:

- Formelle, kontinuierliche und strukturierte Konsultationen, bei denen die nationale Regierung während des gesamten Maßnahmenzyklus (Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Evaluierung) eng mit den Behörden aller Ebenen und partnerschaftlich mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Nichtregierungsorganisationen und anderen relevanten Stellen zusammenarbeitet.
- Die Mitgliedstaaten ermitteln aus dem Kreis der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Nichtregierungsorganisationen und anderen relevanten Stellen die für die jeweilige Maßnahme relevanten Partner und konsultieren diese dann zum Prozess und zum Zeitplan für die Vorbereitung dieser Maßnahme.
- Regelmäßige Berichte über den Konsultationsprozess sollten jährlich veröffentlicht, der Kommission und den nationalen Parlamenten übermittelt und der organisierten Zivilgesellschaft und der breiten Öffentlichkeit in jedem Mitgliedstaat zugänglich gemacht werden.
- Das Verfahren sollte im Rahmen eines bestimmten neuen oder bereits bestehenden Gremiums stattfinden, dem diese Aufgaben durch einen Rechtsakt übertragen werden. Den bestehenden nationalen Wirtschafts- und Sozialräten sollte in diesem Prozess ebenfalls eine wichtige Rolle eingeräumt werden.
- Die Sitzungen werden rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen, und die erforderlichen Unterlagen und Informationen werden den einberufenen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Sozialpartnern und Vertretern der Zivilgesellschaft rechtzeitig übermittelt, damit diese sich ein Bild machen können. In den Sitzungen wird ein Protokoll angefertigt, das die von diesen Vertretern vorgebrachten Vorschläge enthält.
- Der Konsultationsprozess sollte in einer EU-Rechtsvorschrift allgemein festgelegt werden.

5.9.2. Die organisierte Zivilgesellschaft betonte, dass

- die grundlegenden Rechte und Merkmale des Partizipationsprozesses durch eine EU-Verordnung geregelt werden sollte;
- eine solche Verordnung auch entsprechende Konsequenzen einschließlich möglicher Sanktionen für den Fall vorsehen könnte, dass die einschlägigen Bestimmungen nicht eingehalten werden;
- eine stärkere Beteiligung an einem regelmäßigen und transparenten Dialog während der Bewertungsphase der ARP erforderlich ist;
- die Konsultation der repräsentativen Organisationen und Einrichtungen innerhalb eines bestimmten Gremiums oder eines bereits bestehenden Gremiums, dem diese Aufgaben rechtlich zugewiesen wurden, durch nationale Rechtsvorschriften strukturiert werden sollte (die bestehenden nationalen Wirtschafts- und Sozialräte sollten dabei ebenfalls eine wichtige Rolle spielen);
- ein strukturierter Dialog stattfindet, bevor Maßnahmen und Projekte durchgeführt werden;

- die Beteiligung der Sozialpartner an diesem Prozess formalisiert werden sollte. Die Europäische Kommission sollte einen gesonderten Standpunkt der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner zu den beschlossenen Reformen einholen. Die Regierung muss ein Gleichgewicht zwischen dem zivilgesellschaftlichen und dem sozialen Dialog finden, da alle gemeinsam an dem Fahrplan, den Berichten und den Ergebnissen für die Bürger arbeiten müssen;
- alle Generationen, auch junge Menschen, Teil des zivilgesellschaftlichen Dialogs im Rahmen der ARP sein sollten;
- formelle, kontinuierliche und strukturierte Konsultationen, rechtzeitige und gezielte Treffen und der Informationsaustausch sowie die Einbeziehung der relevanten Partner während des gesamten Aktionszyklus für die Stärkung der Rolle der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft wichtig sind;
- die Einbeziehung der Sozialpartner und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft während des gesamten Prozesses verbindlicher sein sollte. Ein formeller, dauerhafter und strukturierter Prozess würde eine angemessene und sinnvolle Beteiligung sicherstellen. Er würde die Transparenz und die Rechenschaftspflicht stärken.

5.10. *Frage 10 – Gab es Verzögerungen bei der Umsetzung der geplanten Investitionen und Reformen in Ihrem Land? Wenn ja, welche negativen Auswirkungen hatte dies und wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?*

5.10.1. Bei der Umsetzung der in den ARP vorgesehenen Investitionen und Reformen kam es in den meisten Mitgliedstaaten zu zahlreichen Verzögerungen. Unter anderem meldet die organisierte Zivilgesellschaft Verzögerungen

- bei den Zahlungen der Europäischen Kommission und bei der Durchführung von Investitionen, insbesondere für regionale und lokale Gebietskörperschaften und Unternehmen;
- aufgrund von Bürokratie und Engpässen auf verschiedenen Ebenen;
- aufgrund des neuen Verfahrens;
- aufgrund von externen Schocks;
- aufgrund eines Regierungswechsels;
- aufgrund der geringen Planungskapazität der öffentlichen Verwaltung;
- aufgrund der geringen Elastizität der Wirtschaft des Landes bezüglich der kurzfristigen Aufnahme und Verwendung großer Geldsummen;
- aufgrund von Rechtsunsicherheit und Komplikationen eines langwierigen Planungsprozesses;
- aufgrund von Änderungen des ARP, um die Investitionen an den relativ langsamen Rhythmus des RePowerEU-Plans anzupassen;
- aufgrund von zu strikten Vorschriften über Interessenkonflikte, die die Beteiligung der Parteien an verschiedenen Großprojekten einschränken.

5.10.2. Diese Verzögerungen betreffen insbesondere die Reformen. Die Verschiebung oder Streichung von Investitionen und allgemeine Unsicherheit haben das Wachstum und die Innovation von Kleinunternehmen, auch im Agrarsektor, behindert. Schließlich ist die Standortwahl für große Infrastrukturprojekte nach wie vor problematisch, und die organisierte Zivilgesellschaft, z. B. in Slowenien, hat mehrjährige Aufrufe zur Investitionsförderung vorgeschlagen.

5.10.3. Die organisierte Zivilgesellschaft schlägt daher vor,

- flexiblere Investitionszeiträume zu gewähren;
- die öffentlichen Investitionen zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum in Zeiten der Rezession antizyklisch zu gestalten;
- öffentlich-privaten Partnerschaften, gemeinsamer Programmplanung und gemeinsamen Planungsverfahren mehr Gewicht zu geben, um Verzögerungen bei der Umsetzung zu überwinden;

- über Projekte und Ausschreibungen besser zu informieren, gezieltere Unterstützung zu gewähren und geeignetere Verfahren für die Überwachung und den ordnungsgemäßen Informationsfluss einzurichten;
- dass die Europäische Kommission prüfen sollte, ob Projekte der nationalen ARP über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden können.

5.11. *Frage 11 – Welche Lehren können zur Halbzeit der Umsetzung der (2026 auslaufenden) Aufbau- und Resilienzpläne und der laufenden Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung gezogen und bei der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung der von der Kommission vorgeschlagenen künftigen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne berücksichtigt werden?*

5.11.1. Bezüglich der Lehren, die die organisierte Zivilgesellschaft zur Halbzeit der Umsetzung der (2026 auslaufenden) Aufbau- und Resilienzpläne und der laufenden Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung gezogen hat und die bei der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung der von der Kommission vorgeschlagenen künftigen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne berücksichtigt werden sollten, wurde für die Gestaltung der Pläne hervorgehoben, dass

- verbindliche soziale Kriterien eingeführt werden müssen;
- ein längerer Programmplanungszeitraum vorgesehen werden sollte, um die Konsultation der organisierten Zivilgesellschaft auszuweiten;
- zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von Reformen in die Pläne aufgenommen werden sollten;
- zusätzliche Maßnahmen in die Pläne aufgenommen werden sollten, um sicherzustellen, dass der grüne und der digitale Wandel angesichts ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mit Maßnahmen des lebenslangen Lernens verknüpft werden;
- die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft in allen Phasen des Prozesses einbezogen werden müssen;
- die nationalen Parlamente sowie die regionalen und lokalen Behörden einbezogen werden sollten;
- die Auszahlungsvorschriften vereinfacht und flexibler gestaltet werden sollten;
- die Koordinierung zwischen den ARP und den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie der GAP bereits in der Planungsphase gefördert werden muss;
- die Krisenreaktions- und -anpassungsfähigkeit bei der Erstellung und Änderung von Plänen verbessert werden muss;
- für eine klare Rückverfolgbarkeit der Prozesse und der Finanzierung Sorge zu tragen ist;
- die Investitionen in Bereiche gelenkt werden müssen, die langfristiges Wachstum und sozialen Wohlstand fördern;
- die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten von Anfang an sichergestellt werden muss (auch mittels eines ständigen Solidaritätsmechanismus der EU);
- weiterhin nachhaltige und innovative Lösungen unterstützt werden müssen. Die gleiche leistungsbezogene Logik wie bei den ARP muss angewandt werden und die Finanzierung sollte von der Umsetzung der Empfehlungen abhängig gemacht werden;
- die länderspezifischen Empfehlungen besser kalibriert werden müssen, um den Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern Rechnung zu tragen.

5.11.2. Bezüglich der Umsetzung der Pläne wurde betont,

- dass die Bürger und die organisierte Zivilgesellschaft ausreichend über die Ziele der vorgesehenen Maßnahmen informiert werden sollten;
- die Durchführungsvorschriften vereinfacht und flexibler gestaltet werden sollten,
- dringend technische Schulungen für das mit der Umsetzung der ARP betraute Personal der öffentlichen Verwaltung erforderlich sind;

- Wirtschaftsverbände zur Umsetzung der Mittel beitragen könnten, indem sie Unternehmen dabei unterstützen, die komplexe Verwaltungsverfahren zu bewältigen und sich gleichzeitig mit dem lokalen Wirtschaftssektor vertraut machen könnten;
- Pragmatismus und Realismus die Regel sein sollten;
- den KMU technische Schulungen für die Durchführung von Investitionen in den grünen und den digitalen Wandel angeboten werden müssen;
- die Kapazitäten der öffentlichen Verwaltungen, insbesondere in den am meisten benachteiligten Gebieten, ausgebaut werden müssen;
- Flexibilität, effektive Konsultation und Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Bedingungen für die optimale Umsetzung der Pläne entscheidend sind.

5.11.3. In Bezug auf die Überwachung der Pläne wurde betont, dass

- strengere Durchführungsvorschriften festgelegt werden müssen;
- bessere Prüfungs- und Berichterstattungssysteme entscheidend sind;
- stichprobenartige, selektive und repräsentative Ex-ante-Kontrollsysteme eingerichtet werden müssen;
- die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Projekte bewertet werden müssen;
- die Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft verstärkt werden muss;
- wirksame Maßnahmen und Indikatoren entwickelt werden müssen, um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele zu überwachen;
- ein dauerhaftes und ständig aktualisiertes offenes Datensystem eingerichtet werden muss, um die Projekte, den Zeitplan für ihre Umsetzung und ihre geografische Lage zu analysieren;
- die Einbeziehung der Interessengruppen in die Überwachung der Pläne sichergestellt werden soll und strengere Vorschriften eingeführt und überwacht werden müssen.

5.12. *Frage 12 – Die Umsetzung der in den Aufbau- und Resilienzplänen dargelegten Reformen ist deutlich im Rückstand, insbesondere im Vergleich zu den Investitionen. Wie können wir ein besseres Gleichgewicht zwischen Investitionen und der Schwerpunktsetzung auf Reformen erreichen?*

5.12.1. In den meisten Mitgliedstaaten hat die organisierte Zivilgesellschaft darauf hingewiesen, dass einige der geplanten Reformen in der politischen Debatte und in der Öffentlichkeit zu großer Besorgnis geführt haben, da sie ohne (oder mit nur sehr wenigen) angemessene Konsultationen geplant wurden. Bei der Umsetzung der Reformen ist es zu Problemen und Verzögerungen gekommen, die sich durch das derzeitige wirtschaftliche und soziale Umfeld, das durch den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und die Inflation gekennzeichnet ist, weiter zugespitzt haben.

5.12.2. Die organisierte Zivilgesellschaft, z. B. Österreichs und Bulgariens, schlägt folgende Maßnahmen vor, um ein besseres Gleichgewicht zwischen Investitionen und Reformorientierung zu erreichen:

- der Europäische Fiskalausschuss muss gestärkt werden;
- unabhängige nationale Steuerbehörden sollten gestärkt werden;

- es sollte ein besseres Gleichgewicht zwischen Investitionen und Reformen gefunden werden, indem die Interessengruppen stärker beteiligt, die Reformen an den aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Kontext angepasst und die Ziele und Vorteile der Reformen klar kommuniziert werden;
- die Stärkung des interinstitutionellen Dialogs auf europäischer Ebene sollte ein Ziel für die kommenden Jahre sein (insbesondere sollten die nationalen und europäischen Behörden verpflichtet werden, auf Vorschläge beratender Gremien zu reagieren).

6. Allgemeine Bemerkungen

6.1. Reformen und Investitionsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere auf der Grundlage der länderspezifischen Empfehlungen 2023, und ihrer Umsetzung

6.1.1. Der EWSA hat sich in mehreren Stellungnahmen für das Konzept der „wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit“⁽¹⁹⁾ ausgesprochen. Dieses Konzept, das in den drei letzten Jahresberichten der Kommission zum nachhaltigen Wachstum vorgeschlagen wurde, umfasst ökologische Nachhaltigkeit, Produktivität, Fairness und makroökonomische Stabilität als notwendige Säulen für eine wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit. Wie im Jahresbericht 2024⁽²⁰⁾ der Kommission hervorgehoben wird, bilden die Umsetzung der ARP sowie die Komplementarität mit anderen EU-Finanzierungsinstrumenten den Rahmen für das Europäische Semester 2024. In den Länderberichten und eingehenden Überprüfungen werden strukturelle Probleme und aufkommende Herausforderungen bei der Erschließung des Wettbewerbspotenzials der einzelnen Mitgliedstaaten ermittelt. Die diesjährigen länderspezifischen Empfehlungen konzentrieren sich auf eine begrenzte Auswahl an Herausforderungen und gehen näher auf den größten Investitionsbedarf im Hinblick auf die Halbzeitbewertung der kohäsionspolitischen Programme der Förderperiode 2021–2027 ein. Der EWSA begrüßt die Aufforderung der Kommission an die Mitgliedstaaten, aktiv mit den Interessenträgern, einschließlich der Sozialpartner, der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie der einschlägigen Organisationen der Zivilgesellschaft, zusammenzuarbeiten. Die länderspezifischen Empfehlungen und der mit ihnen verbundene Dialog sind für die Reformen entscheidend, da die Verantwortung für diese im Wesentlichen bei den Mitgliedstaaten liegt. Es gibt drei entscheidende Dimensionen für die Investitionen: Die erste betrifft die Mitgliedstaaten, die zweite die EU, wenn es ihr gelingt, einen eigenen haushaltspolitischen Spielraum zu nutzen (EU-Souveränitätsfonds, europäische öffentliche Güter usw.), und die dritte liegt im Zusammenspiel der beiden ersten (EU und Mitgliedstaaten). Es gilt, langfristig intelligente private Investitionen zu erleichtern und zu fördern.

6.1.2. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Förderung privater Investitionen und öffentlich-privater Partnerschaften über zwei Hauptaktionslinien erfolgen sollte:

6.1.2.1. Erleichterung der Finanzierung privater Investitionen durch die Stärkung der Darlehenskapazität der EIB auf der Grundlage des InvestEU-Modells sowie Unterstützung von Krediten für die Unternehmensfinanzierung im Rahmen der nationalen Finanzpolitik.

6.1.2.2. Die Reformen sollten ein investitionsfreundliches Umfeld schaffen: durch Vereinfachung der Formalitäten für Unternehmensgründungen, Programme für technische Hilfe bei der Gründung und Unterstützung von KMU und Sozialunternehmen, Förderung von Gewerbe- und Erschließungsdienstleistungen, Entwicklung von Infrastruktur und ergänzenden Dienstleistungen mit stabilen, transparenten und klaren Regeln zur Förderung eines vertrauensvollen Investitionsklimas. Nach Auffassung des EWSA müssen der zivilgesellschaftliche und der soziale Dialog auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei der Festlegung und Umsetzung dieser Maßnahmen eine zentrale Rolle spielen. Alle diese Maßnahmen müssen ökologisch nachhaltig sein, und jedweder unlauterer Steuer- oder Arbeitskräftewettbewerb auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten ist zu vermeiden.

⁽¹⁹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum „Jahresbericht über nachhaltiges Wachstum 2024“ (ABl. C, C/2024/2484, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2484/oj>), zu „Ergänzende Überlegungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023“ (ABl. C, C/2024/871, 6.2.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/871/oj>), zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank - Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023“ (COM(2022) 780 final) (ABl. C 146 vom 27.4.2023, S. 59), zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank — Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022 (COM(2021) 740 final) (ABl. C 75 vom 28.2.2023, S. 35), und zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank - Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022 (COM(2021) 740 final) (ABl. C 275 vom 18.7.2022, S. 50).

⁽²⁰⁾ COM(2023) 901 final.

6.1.3. Der ECOFIN-Rat wird auf seiner Tagung am 21. Juni 2024 die Wechselwirkung zwischen sozialen Investitionen und Reformen, Wirtschaftswachstum, makroökonomischer Stabilisierung und sozialer Aufwärtskonvergenz erörtern. Die Klassifikation der Investitionen für die nationalen mittelfristigen Haushaltsstrukturpläne hat sich gegenüber der für die ARP verwendeten Methode nicht geändert. Der belgische Vorsitz möchte sicherstellen, dass diese Schuldentragfähigkeitsanalyse (die als Anker der EU-Haushaltsregeln fungieren wird) im Rahmen der Prüfung der nationalen Pläne auch die sozialen Investitionen berücksichtigt. Dies ist bislang nicht der Fall. Gegenwärtig wird bei der Schuldentragfähigkeitsanalyse davon ausgegangen, dass sich die sozialen Kosten auf bestimmte Elemente wie die Bevölkerungsentwicklung auswirken. Daher müssen zum einen soziale Investitionen klassifiziert und zum anderen muss eine gemeinsame Methodik zur Messung der Wirkung sozialer Investitionen konzipiert werden. Wie bereits erwähnt⁽²¹⁾, fordert der EWSA vor der Annahme der neuen Verordnung bezüglich der Methodik der Schuldentragfähigkeitsanalyse eine weitere und eingehende Prüfung durch die Mitgesetzgeber, um unbeabsichtigte automatische Folgen neuer Sparmaßnahmen zu vermeiden. Insbesondere müssen die sozialen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen bedacht werden. Diese Verpflichtung wurde nun in die vorläufige politische Einigung über den reformierten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU aufgenommen. Die konkrete Arbeit wird nach dem Inkrafttreten der neuen Regeln beginnen, allerdings wird dafür aufgrund des Zeitplans für die Umsetzung der Reform bis 2024 sehr wenig Zeit zur Verfügung stehen.

6.1.4. Der Bedarf an sozialen Investitionen ist in den einzelnen Mitgliedstaaten aufgrund verschiedener Faktoren (wie Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftliche Ausgangslage, Konjunktur, strukturelle Arbeitslosigkeit) sehr unterschiedlich. Nach Ansicht des EWSA sollte dies berücksichtigt werden, um zu vermeiden, dass bei der Analyse der Defizite und der Schuldentragfähigkeit pauschal dieselben Kriterien angewandt werden. Die Mitgliedstaaten mit dem größten Investitions- und Reformbedarf könnten auch die größten Schwierigkeiten haben, allzu strenge Defizit- und Schuldenkriterien zu erfüllen.

6.1.5. Diese Themen sollten mit der erodierenden globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU in Verbindung gebracht werden, wie sie in Mario Draghis Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit behandelt wird, den er nach der Europawahl im Juni vorlegen wird.

6.1.6. Der Investitionsbedarf in Europa ist enorm und kann nicht durch öffentliche Mittel allein (Europäischer Souveränitätsfonds usw.) gedeckt werden, sondern erfordert auch Reformen (ohne große Investitionen/Kosten), die Raum für private Investitionen und ein stabiles Umfeld schaffen, um Investitionen (innerhalb der EU und von außen) zu mobilisieren. Reformen sind ein wesentlicher Hebel, um die verfügbaren Mittel zu nutzen und die Hindernisse zu überwinden, die sich aus dem Mangel an Verwaltungskapazitäten für das Ressourcenmanagement ergeben.

6.1.7. Die Reform der Haushaltsregeln im Rahmen der Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung hätte sich auch mit der Frage der privaten Investitionen befassen sollen, aber sie betraf nur die nationalen öffentlichen Investitionen. Es bedarf einer grenzüberschreitenden Perspektive, um den Investitionsrückstand aufzuholen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Darüber hinaus hätte die Einrichtung eines EU-Souveränitätsfonds in Verbindung mit einer Reform der Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse die Regeln für staatliche Beihilfen kompensieren können. Erforderlich ist ein spezifisches paneuropäisches Finanzierungsinstrument, um wieder in die europäische Infrastruktur zu investieren, und zwar in grenzüberschreitende Projekte und nicht nur in nationale Projekte.

6.1.8. Der EWSA ist sich durchaus bewusst, dass zusätzliche EU-Mittel nur schwer aufzubringen sein werden. Unabhängig von den anstehenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen sollte eine ernsthafte Debatte über neue Eigenmittel der EU und ihre Fiskal- oder Finanzkapazität sowie über den EU-Souveränitätsfonds eingeleitet werden⁽²²⁾.

⁽²¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu folgenden Vorlagen: „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates“ (COM(2023) 240 final - 2023/0138 (COD)), „Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ (COM(2023) 241 final - 2023/0137 (CNS)) und „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten“ (COM(2023) 242 final - 2023/0136 (NLE)) (Ziffern 1.7 und 4.8) (ABl. C, C/2023/880, vom 8.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/880/oj>).

⁽²²⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu folgenden Vorlagen: „a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ (COM(2023) 62 final) und „b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)“ (COM(2023) 161 final - 2023/0081 (COD)) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 179).

6.1.9. Der finanziellen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten muss ein Gegenstück gegenüberstehen. Wir müssen für einen neuen europäischen Sozialvertrag sorgen, der auf eine nachhaltige Zukunft ausgerichtet ist⁽²³⁾. Strategische Sozialinvestitionen sind ein Hebel für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung und sind für die Schaffung integrativen Wachstums und die Stärkung der sozialen Basis in Europa entscheidend. Investitionen in soziale Sektoren führen zu wirtschaftlichem Folgenutzen und zu Wachstum⁽²⁴⁾. Ohne Investitionen in die sozialen Bereiche werden erhebliche Kosten entstehen. Es gilt, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu beschleunigen, das Wohlergehen, die Gesundheit und die Kompetenzen der Bevölkerung zu verbessern, die Wohnraumlage zu verbessern und Wohnraum zugänglich, erschwinglich und energieeffizient zu machen, die enormen demografischen Herausforderungen und die wachsende Schere in der Bevölkerung anzugehen und soziale Innovationen in allen Sektoren zu unterstützen, die im Zusammenhang mit dem grünen und dem digitalen Wandel Risiken ausgesetzt sind. Letztendlich sollen die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie das Leben aller Menschen über alle Generationen hinweg verbessert werden. Der EWSA fordert Reformen und Investitionen in sozialen Schlüsselbereichen⁽²⁵⁾.

6.1.10. Die zentralen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden in den länderspezifischen Empfehlungen nicht immer berücksichtigt. Mitunter werden z. B. Wohnungs- oder Umweltprobleme trotz ihrer Bedeutung für die Bürger nicht ausreichend hervorgehoben oder als vorrangig eingestuft.

6.2. Überprüfung der EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung

6.2.1. Die Mechanismen der wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa sollten die fiskalischen Anstrengungen der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen, um ein höheres Investitionsniveau zu erreichen. Nach Auffassung des EWSA ist zu prüfen, ob bei der Vergabe von EU-Mitteln nicht diejenigen Mitgliedstaaten belohnt werden sollten, die eine auf ihren Investitionsbedarf zugeschnittene Fiskalpolitik betreiben – im Unterschied zu jenen, die dies nicht tun und sich ausschließlich darauf verlassen, dass die EU nationale Finanzierungslücken schließen wird.

6.2.2. Die jüngsten Krisen (Finanzkrise, Pandemie, Überfall auf die Ukraine) haben gezeigt, dass übertriebene Sparmaßnahmen in den „tugendhafteren“ Ländern zu einem Investitionsdefizit führen können, das sozial und wirtschaftlich schädlich ist und ein Gefühl mangelnder Solidarität hervorruft. Dies wiederum führt zu Ablehnung in der Bevölkerung und zum Aufkommen populistischer und antieuropäischer Stimmungen. Nach Auffassung des EWSA darf die Einhaltung der Haushaltsregeln nicht zu Lasten von Investitionen und notwendigen sozialen Reformen gehen.

6.2.3. Die Reform konzentriert sich vor allem auf die Höhe der öffentlichen Ausgaben und kaum auf die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen in den einzelnen Staaten. Beides ist für die Erreichung eines kontrollierten Defizits und eines tragfähigen Schuldenniveaus unerlässlich. Deshalb sollte einnahmensteigernden Maßnahmen mehr Bedeutung beigemessen werden.

6.3. Umsetzung der in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen vorgesehenen Reformen und Investitionen

6.3.1. Der Bewertungsbericht des EWSA zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit⁽²⁶⁾ hat gezeigt, dass die organisierte Zivilgesellschaft in der EU den Inhalt der ARF und ihrer nationalen Pläne weitgehend unterstützt. In dem Bericht werden jedoch auch die unzureichende Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung und Umsetzung der Pläne, die Notwendigkeit einer besseren Information über konkrete Projekte und die gravierenden Probleme bei der fristgerechten Umsetzung der Pläne genannt.

6.3.2. Die länderspezifischen Empfehlungen zur Einbeziehung der lokalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft in das Europäische Semester und in die Umsetzung der ARP haben lediglich Erinnerungs- bzw. Empfehlungscharakter. Der EWSA ist der Auffassung, dass sie für die nationalen Regierungen verbindlich sein sollten. Dies wurde bereits in mehreren aktuellen Stellungnahmen des EWSA und in den Erwägungen zur letzten vorläufigen politischen Einigung über den überarbeiteten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU betont.

⁽²³⁾ COM(2023) 376 final.

⁽²⁴⁾ *Boosting Investment in Social Infrastructure in Europe*, Bericht der hochrangigen Taskforce „Investitionen in die soziale Infrastruktur in Europa“ unter dem Vorsitz von Romano Prodi und Christian Sautter.

⁽²⁵⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Förderung eines langfristigen inklusiven Wachstums durch Reformen und Investitionen (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/3378, 31.5.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/3378/oj>).

⁽²⁶⁾ EWSA-Bewertungsbericht zu *Halbzeitüberprüfung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit*.

6.3.3. Die Verschlechterung des zivilgesellschaftlichen und sozialen Dialogs in einigen Ländern erschwert es, die angestrebte Eigenverantwortung für die im Rahmen des Europäischen Semesters eingegangenen Verpflichtungen zu erreichen. Es besteht die Gefahr, dass der Termindruck von den Regierungen als Vorwand dafür benutzt wird, die Konsultation und Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft zu umgehen. Im neuen Rahmen für die wirtschaftspolitischen Steuerung müssen der soziale und der zivile Dialog sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene im Einklang mit den Vorschlägen des EWSA aus früheren Stellungnahmen ⁽²⁷⁾ intensiviert werden.

Brüssel, den 25. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽²⁷⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Empfehlungen des EWSA für eine gründliche Reform des Europäischen Semesters“ (ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 1), und Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Perspektiven für die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs und der partizipativen Demokratie in der EU“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/2481, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2481/oj>).



C/2024/4055

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Stärkere Einbeziehung der Mitgliedstaaten, der Regionen und der Zivilgesellschaft in die Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU

(Initiativstellungnahme)

(C/2024/4055)

Berichterstatte: **Marc DECOSTER**

Berater	Hubert DELORME
Beschluss des Plenums	13.7.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt
Annahme im Arbeitsorgan	9.4.2024
Verabschiedung im Plenum	25.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	163/0/0

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) bekräftigt seine Unterstützung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU und sein Engagement für ihre Umsetzung. Er stellt fest, dass die Maßnahmen des Aktionsplans und des Pakts für den ländlichen Raum weitgehend den Erwartungen der dortigen Akteure entsprechen, insbesondere dank der Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum, der Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum und der Initiativen im Rahmen des Aktionsplans. Er fordert jedoch, dass der Aktionsplan für den ländlichen Raum durch neue Bestimmungen ergänzt und aktualisiert wird, um den Bedürfnissen auf dem Land besser gerecht zu werden, und dass seine Umsetzung auf nationaler und regionaler Ebene jährlich bewertet wird.

1.2. Der EWSA weist darauf hin, dass der Erfolg der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU davon abhängt, wie stark sich die Mitgliedstaaten, Regionen und lokalen Gebietskörperschaften sowie die wirtschaftlichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteure auf allen Ebenen einbringen. Ihnen obliegt es, gebietsspezifische Handlungsprioritäten auf lokaler Ebene entsprechend der jeweiligen konkreten Situation festzulegen. Der Pakt für den ländlichen Raum wurde also eingerichtet, um das Engagement aller Akteure auf allen Ebenen zu fördern. Der EWSA unterstützt diesen Ansatz der Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Governance und fordert seinen Ausbau, damit alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure bei der Festlegung und Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplans und des Pakts für den ländlichen Raum auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene von den Verwaltungsbehörden wirklich einbezogen werden.

1.3. In diesem Zusammenhang stellt der EWSA erfreut fest, dass einige Mitgliedstaaten und Regionen Instrumente zur Entwicklung des ländlichen Raums, wie Agenden oder Pakte, eingeführt haben. Der strategische Leitfaden „Umsetzung des Pakts für den ländlichen Raum in den Mitgliedstaaten“⁽¹⁾ soll den Mitgliedstaaten als Orientierungshilfe bei der Einführung bzw. dem Ausbau von Instrumenten zugunsten des ländlichen Raums dienen. Der EWSA schlägt vor, eine auf diesen Instrumenten beruhende Europäische Charta der Rechte und Pflichten des ländlichen und städtischen Raums anzunehmen.

⁽¹⁾ Umsetzung des Pakts für den ländlichen Raum in den Mitgliedstaaten: https://rural-vision.europa.eu/system/files/2023-09/rpso-policy-briefing-rural-pacts-draft-230920_0.pdf.

1.4. Der EWSA erinnert an die Schlussfolgerungen des Rates vom 20. November 2023 ^(?), in denen gefordert wird, die Vision für den ländlichen Raum zu einer vollwertigen EU-Strategie für diesen Raum zu entwickeln. Dabei soll ein ganzheitlicher, gemeinsam von allen Akteuren im ländlichen Raum sowie den betroffenen Behörden und lokalen Gebietskörperschaften erarbeiteter Ansatz verfolgt werden. Es gilt, mit dieser neuen Strategie ein neues europäisches Modell für den ländlichen Raum zu entwickeln.

1.5. Nach Auffassung des EWSA bilden der Pakt und der Aktionsplan für den ländlichen Raum die Grundlage für die künftige Politik zur Entwicklung dieses Raums nach 2027, die auf alle ländlichen Gebiete ausgerichtet und an ihre spezifischen Gegebenheiten angepasst ist. Der EWSA fordert die Kommission auf, die Möglichkeit einer spezifischen Politik für die Umsetzung des Aktionsplans und des Pakts für den ländlichen Raum zu prüfen, die angemessen ausgestattet ist, um eine kohärente Umsetzung der in der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU vorgeschlagenen Bestimmungen zu gewährleisten. Bei dieser neuen Politik gilt es, alle verfügbaren Mittel, darunter u. a. den ELER, die Strukturfonds und die Kohäsionspolitik, zu nutzen, um die langfristige Vision wirksam umzusetzen.

1.6. Bei der künftigen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums muss nach Ansicht des EWSA besonderes Augenmerk auf Familienbetriebe, Unternehmen von überschaubarer Größe und örtliche Aktivitäten gelegt werden.

1.7. Der EWSA hält die Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum für grundlegend für die Entwicklung des ländlichen Raums und fordert die Kommission auf, sie zu mobilisieren, um mehr über die Akteure des ländlichen Raums, insbesondere KMU, Kleinunternehmen, landwirtschaftliche Tätigkeiten, Genossenschaften und die Rolle der Frau, sowie über ihre Komplementarität und sektorübergreifende Konzertierung, ihre wirtschaftliche und soziale Bedeutung und ihre Bedürfnisse zu erfahren. Ferner könnte die Beobachtungsstelle die Umsetzung der im Pakt und im Aktionsplan für den ländlichen Raum festgelegten Prioritäten überwachen.

1.8. Der EWSA empfiehlt, in den Aktionsplan spezifische Ziele für das Leben im ländlichen Raum zu integrieren, vor allem bezüglich der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, der digitalen Konnektivität, Mobilität und Verkehr sowie Wohnraum. Das ist von grundlegender Bedeutung, um die Lebensqualität der Landbevölkerung zu gewährleisten und die ländlichen Gebiete attraktiver zu machen.

1.9. Der EWSA fordert eine Aktualisierung des Aktionsplans für den ländlichen Raum, bei der insbesondere die Regeln und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und Regionen für die Entwicklung dieses Raums festgelegt werden. Dieser Ansatz sollte eine umfassendere, stärker integrierte und proaktivere Vision gewährleisten, die durch klare Ziele mit genauen Fristen und einer strengen Überwachung unterstützt wird.

1.10. Der EWSA begrüßt insbesondere die Annahme des „Instrumentariums für die Finanzierungsmöglichkeiten“ ^(?) zugunsten des ländlichen Raums, bedauert jedoch, dass die EU-Mittel unzureichend sind. Er fordert, diese aufzustocken, Finanzierungsinstrumente wie InvestEU ⁽⁴⁾ zu nutzen und Crowdfunding sowie den Zugang zu Bankkrediten durch die Entwicklung von Kreditgarantiegemeinschaften zu unterstützen. Außerdem regt der EWSA an, die Instrumente des Europäischen Investitionsfonds zu stärken, und schlägt der Kommission daher vor, die Schaffung der oben genannten neuen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums nach 2027 in Erwägung zu ziehen.

1.11. Die Komplexität des Zugangs zu den verschiedenen EU-Fonds schreckt Projektträger ab. Der EWSA schlägt Vereinfachungsmaßnahmen vor, darunter ein einheitliches Verfahren für die Einreichung von Projekten, verhältnismäßige Kontrollen, neue Zahlungsvorschriften und zentrale Anlaufstellen in den einzelnen Gebieten sowie eine rasche Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten. Der EWSA weist darauf hin, dass die überwiegende Mehrheit der Akteure des ländlichen Raums nur im Rahmen kollektiver Projekte, die u. a. von ihren lokalen oder regionalen Vertretungsorganisationen durchgeführt werden, EU-Mittel für die ländliche Entwicklung erhalten kann.

1.12. Diese Organisationen spielen insbesondere für landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche KMU und Kleinunternehmen eine wichtige Rolle bei der Begleitung und Beratung. Der EWSA schlägt der Kommission vor, die kollektiven Maßnahmen und den Zugang zu Beratung durch diese zwischengeschalteten Organisationen zu fördern, indem sie im Aktionsplan für den ländlichen Raum entsprechende Unterstützungsmaßnahmen einführt, den Zugang zu technischer Hilfe und Kapazitätsaufbau erleichtert und Informations- und Beratungsstellen auf NUTS-3-Ebene einrichtet. Darüber hinaus fordert er eine deutliche Stärkung der konzertierten Initiativen für die lokale Entwicklung wie Leader oder „Intelligente Dörfer“ und die Förderung innovativer lokaler Initiativen.

^(?) Schlussfolgerungen zu einer langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU: Agriculture and Fisheries Council – Consilium (europa.eu).

⁽³⁾ <https://funding.rural-vision.europa.eu/?lng=en>.

⁽⁴⁾ InvestEU.

1.13. Der EWSA stellt fest, dass viele lokale Akteure nichts von der langfristigen Vision wissen, und fordert die Kommission auf, ihre Kommunikationspläne gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft sowie den Medien zu verstärken, um die lokalen Akteure und Gebietskörperschaften zu informieren. Der EWSA wird seinerseits seine Maßnahmen zur Bekanntmachung und Mobilisierung entsprechend seiner Verpflichtung zur Unterstützung des Pakts für den ländlichen Raum ⁽⁷⁾ fortsetzen.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. In seiner Stellungnahme NAT/839 ⁽⁸⁾ zur langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU unterstützt der EWSA den Vorschlag der Kommission und begrüßt die im Aktionsplan und im Pakt für den ländlichen Raum vorgesehenen Maßnahmen. Sollten diese tatsächlich umgesetzt werden, könnte das ländliche Europa optimistisch und vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

2.2. Die ländlichen Gebiete werden häufig als künftige Wirtschafts- und Industrieräume in der EU dargestellt, die insbesondere durch generationenübergreifende Bindungen, enge Beziehungen zur Umwelt und dynamischen Unternehmertegeist gekennzeichnet sind. Die Politik für den ländlichen Raum muss der Vielfalt der einzelnen ländlichen Gebiete Rechnung tragen und in enger Zusammenarbeit mit allen lokalen Akteuren konzipiert und umgesetzt werden.

2.3. Der EWSA weist darauf hin, dass die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums ausnahmslos auf alle ländlichen Gebiete ausgerichtet sein und dazu die jeweiligen spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse berücksichtigen muss.

2.4. Der Erfolg der langfristigen Vision hängt in hohem Maße davon ab, ob alle Mitgliedstaaten, Regionen und lokalen Gemeinschaften sie mittragen und inwieweit Gebietskörperschaften, Landwirte, Unternehmen und die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Insofern unterstützt der EWSA den Pakt für den ländlichen Raum und fordert seine Stärkung.

2.5. Auf europäischer Ebene müssen sich alle Dienststellen der EU-Organe an der Umsetzung der Prioritäten des Pakts und des Aktionsplans für den ländlichen Raum beteiligen, deren Konzepte es in alle politischen Prioritäten und operationellen Programme der EU zu integrieren gilt. Sämtliche legislativen und operativen Vorschläge der EU sollten vor ihrer Annahme auf ihre Folgen für den ländlichen Raum geprüft und systematischen Konsultationen der Vertreter der Akteure im ländlichen Raum unterzogen werden.

2.6. Der EWSA ist der Ansicht, dass die Instrumente des Aktionsplans und des Pakts für den ländlichen Raum durch die Ganzheitlichkeit der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU allen Akteuren zugutekommen. Es obliegt deshalb den lokalen Akteuren sowie den politischen und administrativen Stellen auf allen Ebenen, gemeinsam die Handlungs- und Finanzierungsprioritäten festzulegen. Diese Prioritäten sollten es nicht nur ermöglichen, besonderen Situationen wie in Berg-, Küsten- und Inselgebieten sowie in Regionen in Rand- und äußerster Randlage gerecht zu werden, sondern auch rasch, z. B. im Rahmen der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) ⁽⁹⁾ oder des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) ⁽⁸⁾, auf punktuelle Notfälle und Herausforderungen von lokalem Interesse zu reagieren. Dazu zählen z. B. die Auswirkungen des Klimawandels oder die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Unternehmensschließungen oder politischen Entscheidungen auf internationaler Ebene.

2.7. Die Herausforderungen, denen sich der ländliche Raum gegenüberstellt, sind genau bekannt. Der EWSA stellt jedoch eine Datenlücke fest und weist auf das Fehlen umfassender Studien hin, insbesondere in Bezug auf die Integration von anderen Wirtschaftsaktivitäten als der Landwirtschaft.

2.8. Nach Auffassung des EWSA muss die langfristige Vision den Eckpfeiler der künftigen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums nach 2027 bilden, die auf den Vorschlägen des Aktionsplans für den ländlichen Raum aufbauen und die Umsetzung des Pakts für den ländlichen Raum stärken muss. Er bedauert, dass diese Vision bei vielen politischen Entscheidungsträgern noch nicht ausreichend bekannt ist.

2.9. Der EWSA fordert die EU-Institutionen deshalb auf, eine neue Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums anzunehmen, mit der die Empfehlungen des Rates vom 20. November 2023 umgesetzt werden, und die entsprechenden operationellen Programme aufzulegen.

⁽⁷⁾ The EESC commits to supporting the EU's Rural Pact: <https://www.eesc.europa.eu/en/news-media/news/eesc-commits-supporting-eus-rural-pact>.

⁽⁸⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU“ (ABl. C 290 vom 29.7.2022, S. 137).

⁽⁹⁾ https://commission.europa.eu/funding-tenders/find-funding/eu-funding-programmes/react-eu_en.

⁽⁸⁾ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism/just-transition-funding-sources_en.

2.10. Der EWSA begrüßt den jüngsten Bericht der Europäischen Kommission⁽⁹⁾ über die wichtigsten Ergebnisse der Vision und den dazugehörigen Ausblick und ist erfreut über die Ähnlichkeiten mit den in dieser Stellungnahme dargelegten Empfehlungen und Lösungsstrategien für die Zukunft. Zudem begrüßt er, dass in der Stellungnahme mehrere der in dem Bericht gestellten Fragen behandelt sowie eine Reihe innovativer Lösungen und Initiativen vorgeschlagen werden.

3. Besondere Bemerkungen

Pakt für den ländlichen Raum und Instrumentarium

3.1. Der EWSA stellt erfreut fest, dass die Maßnahmen des Pakts weitgehend den Erwartungen entsprechen, und begrüßt die Einrichtung der Gemeinschaft des Pakts für den ländlichen Raum und die verschiedenen eingeleiteten Maßnahmen. Er fordert die Kommission auf, ihre Tätigkeiten in diesem Rahmen auszubauen und die Arbeiten und ihre Ergebnisse umfassend bekannt zu machen.

3.2. Der EWSA begrüßt die Veröffentlichung des Instrumentariums zur EU-Finanzierung für die Entwicklung des ländlichen Raums durch die Kommission. Er schlägt zum einen vor, es unter allen Akteuren im ländlichen Raum zu verbreiten, insbesondere über die nationalen und regionalen Behörden, die es durch eigene nationale und regionale Finanzierungsinstrumente ergänzen können, und zum anderen, u. a. durch technische Hilfe und Kapazitätsaufbau ein Informations- und Schulungsprogramm für die wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen anzubieten, die die Akteure im ländlichen Raum begleiten und beraten.

Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum

3.3. In seiner Stellungnahme NAT/839 begrüßt der EWSA den verstärkten Ansatz zur Prüfung der Auswirkungen von EU-Legislativinitiativen auf den ländlichen Raum. Er fordert vollständige Transparenz in Bezug auf die bereits durchgeführten Prüfungen und eine Bewertung des Ausmaßes, in dem die ländlichen Gegebenheiten im Legislativverfahren berücksichtigt werden. Zudem ersucht er das Europäische Parlament und den Rat, diese Prüfung in ihre Verfahren zu integrieren.

3.4. Der EWSA fordert die einschlägigen Partner auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten auf, die Kommission, auch im Rahmen der Arbeit der Gemeinschaft des Pakts für den ländlichen Raum, darüber zu unterrichten, welche der geltenden Rechtsvorschriften den Gegebenheiten der ländlichen Gebiete nicht gerecht werden und überarbeitet werden sollten.

3.5. Der EWSA begrüßt, dass die Mitgliedstaaten die Prüfungen der Auswirkungen auf den ländlichen Raum auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durchführen sollen. Allerdings legt er der Kommission im Hinblick auf mehr Transparenz und Effizienz dringend nahe, die Veröffentlichung eines Jahresberichts über die Durchführung der Prüfungen in den Mitgliedstaaten in den Aktionsplan für den ländlichen Raum aufzunehmen. Dieser Bericht sollte nicht nur eine detaillierte Bewertung der Art und Weise enthalten, wie die Prüfungen auf verschiedenen Ebenen durchgeführt werden, sondern auch bewährte Verfahren aufzeigen. Dadurch würde das Vorgehen bei der Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum klarer und stärker ins Blickfeld gerückt und gleichzeitig würden Wissensaustausch und Verbreitung bewährter Verfahren unter den Mitgliedstaaten gefördert und so ein kohärenterer und wirksamerer Prüfungsansatz entwickelt.

3.6. Der EWSA hält es insbesondere für dringend geboten, Überregulierungen, die berufliche und soziale Aktivitäten im ländlichen Raum erschweren oder davon abschrecken, in den europäischen Rechtsvorschriften zu beseitigen und die Rechtsvorschriften durch die Beschränkung auf das absolut Notwendige zu vereinfachen. Er fordert die Kommission auf, diese Regelungen gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern zu prüfen.

3.7. Angesichts der administrativen Hindernisse und mitunter widersprüchlichen Regelungen, insbesondere bei der Erteilung von Genehmigungen für den Bau, die Restaurierung oder den Umbau von Gebäuden im ländlichen Raum, fordert der EWSA die Kommission auf, die Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessenträgern ähnliche Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene zu ergreifen.

⁽⁹⁾ Die langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU: Wichtigste Ergebnisse und Ausblick (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=comnat%3ACOM_2024_0450_FIN).

Eine Beobachtungsstelle im Dienste des ländlichen Raums

3.8. Der EWSA unterstreicht die Bedeutung der Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum, deren Arbeit über die Erhebung und Verbreitung einschlägiger statistischer Daten hinausgehen und eingehende Analysen und Forschungsprojekte umfassen sollte. Der EWSA empfiehlt, in Absprache mit den Akteuren des ländlichen Raums ein Arbeitsprogramm für die Beobachtungsstelle zu erstellen, das insbesondere Informationen über die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Akteure im ländlichen Raum und ihre Bedürfnisse, die dortigen Wirtschaftszweige und ihre Entwicklung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der europäischen Initiativen zugunsten des ländlichen Raums umfasst. Darüber hinaus könnte die Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum bewährte Verfahren verbreiten und so dazu beitragen, die Wirksamkeit und Koordinierung der politischen Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten zur Entwicklung des ländlichen Raums zu verbessern. Ferner könnte sie die Umsetzung der im Pakt und im Aktionsplan für den ländlichen Raum festgelegten Prioritäten überwachen.

3.9. Der EWSA bedauert insbesondere den Mangel an Daten über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Initiativen wie Leader, von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung, intelligente Dörfer und das Europäische Bauhaus. Umfassende qualitative Analysen dieser Initiativen sind unabdingbar, um sie als bewährte Verfahren unter politischen Entscheidungsträgern und Akteuren im ländlichen Raum zu verbreiten.

3.10. Eine der großen Herausforderungen für die integrierte Entwicklung des ländlichen Raums ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Die meisten Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen die fast acht Millionen dort angesiedelten KMU und Kleinstunternehmen der EU. Aber trotz dieser entscheidenden Rolle werden sie nicht ausreichend wahrgenommen. Der EWSA erinnert an ihren wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewicht der ländlichen Gebiete und betont, dass zahlreiche KMU und Kleinstunternehmen im ländlichen Raum auf nationalen und internationalen Märkten tätig sind und viele von ihnen, auch in der Spitzentechnologie, als Hidden Champions gelten.

3.11. Auch der Genossenschaftssektor wird trotz seiner Bedeutung und seines Potenzials nach wie vor nicht angemessen wahrgenommen, obwohl er alle landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten betrifft und die Zusammenarbeit begünstigt. Der EWSA sieht in diesem Sektor einen wichtigen Motor für die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für die Einkommenssicherung von Unternehmern im ländlichen Raum. Eine entschlossene Politik für ihre Unterstützung ist unerlässlich.

3.12. Der Agrarsektor wurde zwar schon eingehend untersucht, dennoch gilt es, seine Besonderheiten in verschiedenen Arten ländlicher Gebiete, insbesondere in benachteiligten Gebieten, Randgebieten und Gebieten in äußerster Randlage, besser zu verstehen.

3.13. Der EWSA fordert die Kommission auf, zügig europaweite Studien und Analysen zu KMU, Kleinstunternehmen, Genossenschaften und dem Agrarsektor in Auftrag zu geben und dabei die Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum als zentrales Instrument für die Datenerhebung, die Analyse der einzelnen Bereiche und die Formulierung von Empfehlungen zu nutzen.

3.14. Zudem unterstreicht der EWSA, wie wichtig es ist, dass sich die jeweiligen Aktivitäten ergänzen, insbesondere bei der Herstellung und Förderung lokaler Produkte und Erzeugnisse der Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie im Bauwesen. Nach Ansicht des EWSA sollte die Beobachtungsstelle, Probleme und Bedürfnisse sowie ihre Wechselbeziehungen und ihre Komplementarität untersuchen.

3.15. Darüber hinaus sollte die Beobachtungsstelle sich mit dem Thema „Frauen im ländlichen Raum“, insbesondere in landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Betrieben, befassen. Die Tätigkeit von Frauen als Unternehmerinnen, mithelfende Ehefrauen oder Familienangehörige und ihre soziale Teilhabe am Landleben werden häufig nicht gewürdigt. Außerdem gilt es, bewährte Verfahren aufzeigen, insbesondere zur Unterstützung neuer wirtschaftlicher oder sozialer Aktivitäten und zur besseren Vereinbarung von Berufs- und Privatleben.

3.16. Der EWSA stellt fest, dass die Freiwilligentätigkeit auf dem Land sowohl für wirtschaftliche als auch für soziale, ökologische und öffentliche Aktivitäten von entscheidender Bedeutung ist, um bestimmte Nachteile des ländlichen Raums wettzumachen oder zu verringern. Er fordert die Beobachtungsstelle auf, sich hiermit zu befassen und Maßnahmen zur Unterstützung und Stärkung dieser Freiwilligentätigkeit vorzuschlagen.

Aktionsplan für den ländlichen Raum

3.17. Nach Auffassung des EWSA betreffen die vier Aktionsbereiche, neun Leitinitiativen und 15 flankierenden Maßnahmen des Aktionsplans für den ländlichen Raum alle Aktivitäten und bilden eine solide Grundlage für die künftige Politik zu seiner Entwicklung. Diese sollte aktualisiert werden, um die Mitgliedstaaten, die Regionen und die Zivilgesellschaft stärker einzubeziehen. Dies sollte auf transparente und inklusive Weise erfolgen und sicherstellen, dass alle Interessenträger aktiv an der Festlegung der Prioritäten und der durchzuführenden Maßnahmen mitwirken können. Der EWSA empfiehlt, in den Aktionsplan spezifische Ziele für das Leben im ländlichen Raum zu integrieren, etwa bezüglich der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, der digitalen Konnektivität, Mobilität und Verkehr sowie Wohnraum. Das ist von grundlegender Bedeutung, um die Lebensqualität der Landbevölkerung zu gewährleisten und die ländlichen Gebiete attraktiver zu machen. Andererseits sollte die Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum im Mittelpunkt dieser Aktualisierung stehen.

3.18. Bei der künftigen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums muss besonderes Augenmerk auf kleine Unternehmen und solche von überschaubarer Größe, Familienbetriebe sowie örtliche und lokale Arbeitsplätze begünstigende Aktivitäten gelegt werden. Eine entschlossene Politik zu ihrer Unterstützung kann die Wirtschaft in ländlichen Gebieten ankurbeln und die Landflucht eindämmen.

3.19. Der EWSA erkennt diese Bestimmungen als wichtige Lösungsstrategien an und verweist auf die Stellungnahme NAT/839, in der bereits die Bedeutung eines detaillierten und operativen Ansatzes hervorgehoben wurde. Dennoch dringt er darauf, dass der Aktionsplan ergänzt und konkret aktualisiert wird. Er schlägt vor, spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Leben im ländlichen Raum zu integrieren, wie z. B. Zugang zu Gesundheitsversorgung und -dienstleistungen vor Ort, Sanierung von Wohnungen und Betriebsgebäuden gemäß den Umweltstandards, Erhalt des kulturellen, historischen und gastronomischen Erbes sowie des architektonischen Erbes (Wohn-, Industrie- und Sakralbauten), Unterstützung von Jungunternehmern, Förderung des lokalen Know-hows, verantwortungsvoller Tourismus, Katastrophenschutz, Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels sowie Wasseraufbereitung.

3.20. In diesem Zusammenhang ist der EWSA der Auffassung, dass die Maßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Lehrlingsausbildung und Anerkennung von Berufserfahrung durch den Aktionsplan für den ländlichen Raum erheblich verstärkt werden sollten. Er schlägt vor, für die wirtschaftlichen und sozialen Akteure im ländlichen Raum Erasmus-Regelungen einzuführen bzw. diese auszubauen.

3.21. Im Einklang mit der Stellungnahme NAT/839 fordert der EWSA klare spezifische Indikatoren, die sich auf die NUTS-3-Ebene und nach Möglichkeit auf die lokalen Verwaltungseinheiten (LAU) beziehen, mit einem eindeutigen Ziel und einem wirksamen Überwachungssystem zur Bewertung der Umsetzung des Aktionsplans für den ländlichen Raum. Solche Indikatoren würden insbesondere die Anpassung und Verbesserung der durchgeführten Maßnahmen und die Bewertung ihrer Wirkung ermöglichen und so zur Effizienz des Aktionsplans beitragen.

3.22. Darüber hinaus ist der EWSA der Auffassung, dass mit dem aktualisierten Aktionsplan für den ländlichen Raum die zahlreichen Initiativen, die sich als wirksam und wichtig erwiesen haben, insbesondere Leader, intelligente Dörfer und das Europäische Bauhaus, erheblich ausgebaut und weiterentwickelt sowie gleichzeitig neue Pilotprojekte und innovative Initiativen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene unterstützt werden müssen.

3.23. In diesem Zusammenhang unterstreicht der EWSA die Bedeutung der Plattform für die Wiederbelebung des ländlichen Raums und der verschiedenen einschlägigen Netze als wesentliche Instrumente zur Förderung von Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen den verschiedenen Sektoren und den wirtschaftlichen und sozialen Akteuren. Er fordert ländliche Gemeinschaften, nationale, regionale und lokale Behörden sowie Organisationen der Zivilgesellschaft nachdrücklich auf, sich aktiv an diesen Netzen zu beteiligen, um Synergien zu schaffen, bewährte Verfahren auszutauschen und die Kontakte zwischen den Projektträgern zu stärken. So soll sich der ländliche Raum durch die Förderung kooperativer Initiativen dynamischer entwickeln, was zum wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewicht der ländlichen Gebiete beiträgt.

Für einen Haushalt im Einklang mit den Realitäten und politischen Erklärungen

3.24. Wie bereits früher festgestellt (NAT/839) hält der EWSA die derzeit für die Entwicklung des ländlichen Raums vorgesehenen Haushaltsmittel angesichts der politischen Erklärungen für nicht ausreichend. Er fordert den Rat und das Parlament auf, die Programme für den ländlichen Raum mit umfangreichen Haushaltsmitteln auszustatten, die den politischen Ambitionen entsprechen.

3.25. Der EWSA plädiert für den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten wie InvestEU und fragt sich, ob nicht ein neues Instrument für Wirtschaftsaktivitäten auf dem Land geschaffen werden sollte, mit dem nach dem Vorbild von Jessica ⁽¹⁰⁾ für städtische Gebiete auch Jungunternehmer im ländlichen Raum unterstützt werden. Dieses Instrument könnte sinnvoll mit Unterstützung für Beratung, Senkung der Bankkosten und großen steuerlichen Anreizen kombiniert werden, insbesondere zur Förderung der Gründung und Übernahme von Unternehmen in allen Bereichen der ländlichen Wirtschaft, sowie von materiellen und immateriellen Investitionen zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung ihres Marktzugangs.

3.26. Darüber hinaus schlägt der EWSA eine wirksamere Koordinierung von EU-Mitteln vor und empfiehlt, diese durch nationale und regionale Finanzierung, etwa durch Crowdfunding, Bürgschaften und Kreditgarantiegemeinschaften, zu ergänzen. Er fordert, dass diese Finanzierungen auf regionaler und lokaler Ebene durch das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt werden und die Mitgliedstaaten wirksame Steuervorschriften erlassen, die Investitionen vor Ort und durch Familien in die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten im ländlichen Raum fördern. Die erwähnte Koordinierung muss die Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum umfassen, damit die Finanzierungen den Bedürfnissen und Gegebenheiten der ländlichen Gebiete entsprechen.

3.27. Im Übrigen wird in der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU auf den Beitrag vieler europäischer Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums verwiesen. Allerdings sind die Vielfalt der Fonds, ihre unterschiedlichen Verfahren und die spezifischen Konditionalitätskriterien der Mitgliedstaaten verwirrend, und der Verwaltungsaufwand ist so hoch, dass er Projektträger unter Umständen abschreckt.

3.28. Auf europäischer Ebene gibt es keine spezifische Politik für den ländlichen Raum, und entsprechende Maßnahmen werden vor allem im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ergriffen. Deshalb lässt sich nicht allen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum kohärent und ausreichend Rechnung tragen. Für den EWSA besteht das Problem darin, dass es sich bei der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums weder um Agrarpolitik noch um Kohäsionspolitik handelt, sondern um eine Kombination verschiedener europäischer Strategien zur Entwicklung einzelner Gebiete, die unter die unterhalb der NUTS-3-Ebene liegende Ebene der lokalen Verwaltungseinheiten (LAU) fällt.

3.29. Nach Ansicht des EWSA gilt es, gründlich über die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums nach 2027 nachzudenken. Er spricht sich für eine neue Politik aus, damit der Aktionsplan und der Pakt für den ländlichen Raum wirksam umgesetzt werden können. Mit dieser Empfehlung soll eine langfristige Vision verwirklicht werden, wobei die neue Politik auf allen verfügbaren Mitteln, einschließlich der in der einschlägigen Mitteilung genannten, aufbaut und durch neue, in dieser Stellungnahme vorgeschlagene Maßnahmen ergänzt wird, um den besonderen Bedürfnissen der ländlichen Gebiete gerecht zu werden. Es ist wichtig, zu betonen, dass für diesen Vorschlag keine von GAP-Mitteln umgeschichtet, sondern vielmehr diejenigen Mittel mobilisiert werden müssen, die für die Schaffung dieser neuen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums erforderlich sind.

3.30. Angesichts der Komplexität der Finanzierungsquellen und ihrer spezifischen Kriterien plädiert der EWSA dafür, möglichst nah an den lokalen Initiativen, idealerweise auf der NUTS-3-Ebene, zentrale Anlaufstellen einzurichten, die alle EU-Mittel sowie die nationalen und regionalen Gelder für die Umsetzung des Aktionsplans für den ländlichen Raum koordinieren und an die sich die einschlägigen Projektträger wenden können. Diese zentralen Anlaufstellen für die jeweiligen Gebiete könnten gut von Begleitausschüssen betrieben werden, in denen öffentliche Stellen und Verwaltungsbehörden, Wirtschafts- und Sozialpartner sowie Vertreter der Zivilgesellschaft auf NUTS-3-Ebene mitarbeiten. Diese auf territorialer Ebene eingerichteten Begleitausschüsse könnten dieselben sein wie diejenigen, die im Rahmen der Kohäsionspolitik im Verhaltenskodex für Partnerschaften vorgesehen sind.

3.31. Parallel dazu sollte in jeder Region auf NUTS-3- oder NUTS-2-Ebene ein umfassendes Informations- und Schulungsprogramm für zwischengeschaltete Organisationen zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Akteure und für lokale Gebietskörperschaften zu den Handlungsmöglichkeiten eingeführt werden, die die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums eröffnen.

⁽¹⁰⁾ Gemeinsame europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in städtische Gebiete: <https://www.eib.org/en/publications/jessica>.

Einbeziehung der Mitgliedstaaten und Umsetzung des Aktionsplans für den ländlichen Raum

3.32. Einige Mitgliedstaaten und Regionen haben Instrumente zur Entwicklung des ländlichen Raums eingeführt, z. B. nationale Agenden. Der EWSA begrüßt die Veröffentlichung des strategischen Leitfadens „Umsetzung des Pakts für den ländlichen Raum in den Mitgliedstaaten“, in dem alle Instrumente aufgeführt und die Schlüsselemente dargelegt werden, die zur Mobilisierung der Interessenträger und zur Förderung konzentrierter Maßnahmen erforderlich sind. Der Leitfaden kann den Mitgliedstaaten und den Akteuren des ländlichen Raums als Orientierungshilfe dienen. Der EWSA dringt darauf, diese Instrumente zu koordinieren, und fordert die Mitgliedstaaten auf, den Pakt für den ländlichen Raum auf nationaler und regionaler Ebene auf der Grundlage der in der Veröffentlichung dargelegten bewährten Verfahren wie dem nationalen Pakt für den ländlichen Raum der Tschechischen Republik umzusetzen.

3.33. Der EWSA hebt hervor, dass der Erfolg der langfristigen Vision davon abhängt, ob alle Mitgliedstaaten, Regionen und lokalen Gemeinschaften sowie der Rat und das Parlament sie mittragen. In seinen Stellungnahmen NAT/820 ⁽¹¹⁾ und NAT/839 unterstreicht der EWSA, dass die Vision, um Impulse geben zu können, auf europäischer Ebene durch eine Europäische Charta der Rechte und Pflichten des ländlichen und städtischen Raums untermauert werden muss, die auf den Grundsätzen der bestehenden nationalen Instrumente beruht und in allen Sprachen verbreitet wird, um Verständnis und Engagement zu fördern.

3.34. Der EWSA fordert deshalb eine Aktualisierung des Aktionsplans für den ländlichen Raum, bei der insbesondere die Regeln und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und Regionen für seine Entwicklung sowie die Governance-Standards für Partnerschaften und die Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner und der Zivilgesellschaft in die Gestaltung und Umsetzung operativer Maßnahmen festgelegt werden. Dieser Ansatz sollte eine umfassendere, stärker integrierte und proaktivere Vision gewährleisten, die durch klare Ziele mit genauen Fristen und einer strengen Überwachung unterstützt wird.

Einbeziehung aller Akteure des ländlichen Raums

3.35. Der Erfolg der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU hängt auch von der Mobilisierung der Interessenträger, der Wirtschafts- und Sozialpartner und der Zivilgesellschaft sowie von der Qualität ihrer Beteiligung an der Gestaltung der Aktionsprogramme ab. Viele nationale und regionale Verwaltungsbehörden binden diese jedoch nicht ausreichend in die Konzipierung und Durchführung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums ein oder konsultieren sie nur pro forma.

3.36. Im Einklang mit der Stellungnahme NAT/893 bekräftigt der EWSA, dass junge Menschen die Entwicklung des ländlichen Raums entscheidend mittragen, was ebenso für ältere Menschen und Rentner gilt, die sich größtenteils aktiv in das ländliche Wirtschafts- und Verbandsleben einbringen. Es ist unabdingbar, diese wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Akteure umfassend in die Umsetzung der Vision für die ländlichen Gebiete einzubeziehen und ihre Situation und Bedürfnisse im Pakt und im Aktionsplan für den ländlichen Raum zu berücksichtigen.

3.37. Der EWSA begrüßt den Umfang und die Art der Einbeziehung der Vertreter der verschiedenen Akteure im ländlichen Raum in die Maßnahmen des Pakts für diesen Raum. Er fordert, diese Einbeziehung zu verstärken und die Beteiligung aller Interessenträger an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen, insbesondere auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, in Form einer Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Governance sicherzustellen, damit die Entscheidungen den Gegebenheiten in den einzelnen Gebieten und den besonderen Bedürfnissen der Akteure entsprechen.

3.38. Der EWSA empfiehlt,

- die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums in die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (Dachverordnung) ⁽¹²⁾ aufzunehmen und das Partnerschaftsprinzip gemäß Artikel 8 (Inhalt der Partnerschaftsvereinbarung) der Dachverordnung sowie die Bestimmungen des Verhaltenskodex für Partnerschaften ⁽¹³⁾, insbesondere die Einrichtung von Begleitausschüssen auf regionaler oder lokaler Ebene, auf die Entwicklung des ländlichen Raums anzuwenden;

⁽¹¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU“ (COM(2021) 345 final) (ABl. C 290 vom 29.7.2022, S. 137).

⁽¹²⁾ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa (COM/2018/375 final - 2018/0196 (COD))

⁽¹³⁾ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 240/2014 der Kommission vom 7. Januar 2014 zum Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ABl. L 74 vom 14.3.2014, S. 1).

- die Bestimmungen für die Beteiligung der Interessenträger zu präzisieren, damit diese optimal eingebunden werden können;
- das Partnerschaftsprinzip in die Ex-ante-Konditionalitäten der künftigen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums aufzunehmen und die Zuweisung von EU-Mitteln von ihrer Anwendung abhängig zu machen.

Verfahrensvereinfachung

3.39. Um den Zugang zu EU-Mitteln zu erleichtern, plädiert der EWSA für eine deutliche Verringerung des Verwaltungsaufwands für Projektträger und Begünstigte. Obwohl die Kommission die Verfahren für die Einreichung von Projekten, Prüfung und Kontrolle, Digitalisierung und Zahlungen erheblich vereinfacht hat, bestehen nach wie vor Unterschiede, insbesondere aufgrund der Anwendung zusätzlicher Verfahren und Regelungen durch einige Mitgliedstaaten (Überregulierung).

3.40. Der EWSA weist darauf hin, dass solche administrativen Hürden häufig Rechtsstreitigkeiten für die Projektträger nach sich ziehen, u. a. aufgrund von Zahlungsverzug und ungerechtfertigten Mehrbelastungen durch Prüfungen und Kontrollen. Davon abgesehen, dass diese Rechtsstreitigkeiten die Projektträger abschrecken, können sie die Begünstigten in große finanzielle Schwierigkeiten bringen, die mitunter einfach aufgrund von mangelnder Flexibilität und Versäumnissen bestimmter Verwaltungsbehörden zur Einstellung an sich tragfähiger Aktivitäten geführt haben. Um eine rasche Bearbeitung von Streitigkeiten zu ermöglichen, empfiehlt der EWSA die Einrichtung alternativer Streitbeilegungssysteme nach dem Vorbild von SOLVIT ⁽¹⁴⁾. Dafür sollte die Mediation durch Berater in den zwischengeschalteten Organisationen sowie erforderlichenfalls die Einsetzung von Mediatoren auf NUTS-3-Ebene oder in den lokalen Gebietskörperschaften unterstützt werden. Die rasche Beilegung von Streitigkeiten könnte auch den in Ziffer 3.29 genannten regionalen Begleitausschüssen übertragen werden.

3.41. Zur Förderung kleiner und kollektiver Projekte im ländlichen Raum im Sinne des Grundsatzes „Vorfahrt für KMU“ des Small Business Act ⁽¹⁵⁾ schlägt der EWSA insbesondere vor,

- durch die Einführung von extrem vereinfachten De-minimis- oder Kontrollverfahren für Kleinprojekte während ihrer gesamten Durchführung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit anzuwenden, wodurch die Endkontrollen verringert, vereinfacht oder sogar abgeschafft werden können;
- von den Begünstigten keine Vorauszahlungen in Form einer ersten Zahlung vor Projektbeginn zu verlangen und die EU-Rechtsvorschriften über Zahlungsfristen einzuhalten;
- andere Garantiesysteme als die von Banken zuzulassen, insbesondere bei kollektiven Projekten, die von zuverlässigen und verantwortungsvollen zwischengeschalteten Organisationen verwaltet werden;
- den Grundsatz der einmaligen Erfassung des Small Business Act anzuwenden, indem den Projektträgern gestattet wird, die administrativen Kontrollverfahren nur einmal bei den direkt zuständigen Verwaltungsbehörden durchzuführen, die die Informationen dann an die nationale und die europäische Ebene weiterleiten müssen;

Unterstützung zwischengeschalteter Organisationen

3.42. Der EWSA weist darauf hin, dass die meisten Akteure im ländlichen Raum, die häufig an kleinen Projekten beteiligt sind, aufgrund des Verwaltungsaufwands und der Zahlungsfristen insbesondere auf kollektive Maßnahmen ihrer Vertretungsorganisationen auf regionaler oder lokaler Ebene angewiesen sind, um EU-Mittel in Anspruch nehmen zu können. Zudem leisten diese Organisationen, insbesondere für KMU und Kleinstunternehmen, wichtige Unterstützung und Begleitung.

3.43. Der EWSA fordert, dass in den Aktionsplan für den ländlichen Raum Unterstützungsmaßnahmen für diese Organisationen aufgenommen werden, damit sie zur Durchführung ihrer Projekte leicht auf die in den Programmen vorgesehenen Mittel für technische Hilfe zugreifen und von Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau profitieren können.

⁽¹⁴⁾ https://ec.europa.eu/solvit/index_en.htm.

⁽¹⁵⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Vorfahrt für KMU in Europa - Der „Small Business Act“ für Europa: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A52008DC0394>.

Verbesserung von Kommunikation und Information

3.44. Der Erfolg der Vision für den ländlichen Raum hängt von der Mobilisierung der lokalen Akteure, der Bürgerinnen und Bürger und der Gebietskörperschaften, insbesondere der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ländlicher Gemeinden ab. Der EWSA stellt jedoch fest, dass vielen dieser privaten und öffentlichen Akteure die langfristige Vision und die Chancen des Pakts und des Aktionsplans für den ländlichen Raum nicht bekannt sind, obwohl diese Informationen online verfügbar sind. Zudem haben die nationalen und regionalen Medien bisher kaum darüber berichtet.

3.45. Um hier Abhilfe zu schaffen, empfiehlt der EWSA der Kommission, gemeinsam mit allen einschlägigen europäischen Partnern eine besonders dynamische Kommunikationsstrategie zu fahren, die auch nationale, regionale und lokale Veranstaltungen umfasst. Außerdem regt er an, dass über die Netze der Organisationen zur Vertretung der Akteure des ländlichen Raums Schulungsprogramme angeboten werden.

3.46. Der EWSA fordert die Kommission auf, ihn regelmäßig über die ergriffenen Maßnahmen und die Fortschritte zu unterrichten.

Brüssel, den 25. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4056

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — 30 Jahre Binnenmarkt

(COM(2023) 162 final)

b) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU: Blick über 2030 hinaus

(COM(2023) 168 final)

(C/2024/4056)

Berichterstatlerin: **Emilie PROUZET**

Ko-Berichterstatter: **Stefano PALMIERI**

Befassung	Europäische Kommission, 2.5.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch
Annahme im Arbeitsorgan	29.1.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	234/0/3

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die am 16. März 2023 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU. Darin erkennt die Kommission an, dass die EU derzeit vor allem bei der Produktivität und bestimmten bereichsübergreifenden Technologien im Wettbewerbsrückstand ist. Nach Ansicht des EWSA hängt die Wettbewerbsfähigkeit von einer Vielzahl von Akteuren und Faktoren ab, die komplexe Ökosysteme formen und ganzheitlich betrachtet werden müssen. Nur so können künftige Herausforderungen nach 2030 bewältigt werden. Zu diesen Faktoren, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität des Ökosystems auswirken und die jeweils ihre eigenen Besonderheiten haben, gehören territoriale Systeme, Unternehmen in ihren mannigfaltigen Formen, Arbeitnehmer, Sozialpartner und öffentliche Verwaltungen.

1.2. Die EU braucht eine im Einklang mit den Grundsätzen des Binnenmarkts und der sozialen Marktwirtschaft stehende, zukunftsorientierte, klar definierte und koordinierte Agenda für Wettbewerbsfähigkeit, um den Wohlstand der Unternehmen, hochwertige Arbeitsplätze, die Anhebung des Lebensstandards der EU-Bürger und die Inklusivität zu fördern. Darüber hinaus soll sie die Fähigkeit der EU zu Innovation, Investitionen und Handel sowie zum Wettbewerb auf dem globalen Markt zum Wohle der Allgemeinheit und zur Förderung des Übergangs zur Klimaneutralität erhöhen.

1.3. Nach Ansicht des EWSA muss der Binnenmarkt auch in Zukunft sowohl unter normalen Umständen als auch in Krisenzeiten seine Funktion erfüllen und reibungslos funktionieren. Um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten, müssen bestehende Markthindernisse systematisch ermittelt und beseitigt und neue Hindernisse vermieden werden. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten insbesondere auf, sich mit ganzer Kraft für eine ordnungsgemäße Um- und Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften einzusetzen. All dies muss mit geeigneten Kontroll-

und Schutzinstrumenten in Hinblick auf die Qualität der Arbeit, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen, die Bürgerrechte und den Verbraucherschutz einhergehen. Darüber hinaus muss die offene strategische Autonomie der EU nach Ansicht des EWSA zu einem wesentlichen Merkmal des europäischen Projekts ausgebaut werden, dessen Einzigartigkeit und Stärken auf einer Kombination von wirtschaftlicher und sozialer Integration beruhen. Ziel ist es, gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ zu gewährleisten.

1.4. Der EWSA unterstützt die Umsetzung eines investitions- und wachstumsfreundlichen EU-Haushaltsrahmens, der die wirtschaftliche Nachhaltigkeit gewährleistet und sowohl dem privaten als auch dem öffentlichen Sektor eine langfristige Planung und eine bessere Politik ermöglicht, auch im Einklang mit den Zielen der europäischen Säule sozialer Rechte.

1.5. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ist nach Ansicht des EWSA eine integrierte europäische Industriestrategie erforderlich, mit der ein integriertes europäisches Industriesystem gefördert und Unternehmen und Arbeitnehmer als die wichtigsten Akteure in den Mittelpunkt gestellt werden.

1.6. Der EWSA ist wie die Kommission der Ansicht, dass der Binnenmarkt außerdem hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen in allen europäischen Gebieten und Regionen braucht, insbesondere in jenen, die in ihrer Entwicklung hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Der EWSA hält die angemessene Bereitstellung physischer und sozialer Infrastrukturen für strategisch wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU sicherzustellen. Dieses strategische Vorgehen erfordert: i) eine Kohäsionspolitik, die wirtschaftliche Konvergenz und Resilienz fördert, ii) Investitionen in hochwertige öffentliche Dienste, in zukunftsichere Verkehrs-, Energie- und Datennetze mit besonderem Schwerpunkt auf der Bereitstellung kritischer Infrastruktur und in grenzüberschreitende und länderübergreifende Projekte, iii) Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen für qualifizierte Arbeitskräfte, die für die Herausforderungen von morgen gewappnet sind, in ein hochwertiges Gesundheitssystem, Langzeitpflege und Sozialfürsorge sowie in erschwinglichen Wohnraum.

1.7. Der EWSA begrüßt die Bemühungen der Kommission, 17 zentrale Leistungsindikatoren (KPI) für die neun Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit zu ermitteln. Der EWSA ist jedoch der Auffassung, dass erstens für bestimmte Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit einige Schlüsselindikatoren ausgeklammert wurden und zweitens die europäische Dimension der KPI die bestehenden territorialen Unterschiede verschleiert.

2. Hintergrund

2.1. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, ihre Resilienz zu stärken und ihren Einfluss in der Welt zu vergrößern. Gleichzeitig büßt sie jedoch an Wettbewerbsfähigkeit ein, ohne die dieses Ziels nicht erreicht werden kann. Der Anteil der EU an der Weltwirtschaft wird Prognosen zufolge bis 2050 kontinuierlich von fast 15 % auf nur 9 % zurückgehen⁽¹⁾. Daher ist es unerlässlich, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern. Zu diesem Zweck braucht die EU eine im Einklang mit den Grundsätzen des Binnenmarkts und der sozialen Marktwirtschaft zukunftsorientierte, klar definierte und koordinierte Agenda für Wettbewerbsfähigkeit, die den Wohlstand von Unternehmen und Beschäftigten fördert. Auf diese Weise soll deren Fähigkeit zu Innovation, Investitionen und Handel sowie zum Wettbewerb auf dem globalen Markt zum Wohle der Allgemeinheit und zur Förderung des Übergangs zur Klimaneutralität erhöht werden. Dies ist nicht nur wichtig, um künftigen Wohlstand, Innovation, Investitionen, Handel und Wachstum zu sichern, sondern auch, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensstandard anzuheben.

2.2. Der EWSA begrüßt die am 16. März 2023 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU. Darin erkennt die Kommission an, dass die EU derzeit vor allem bei der Produktivität und bestimmten bereichsübergreifenden Technologien im Wettbewerbsrückstand ist. Ziel der Mitteilung ist es daher, Wettbewerbsziele aufzuzeigen, die geeignet sind, die Verwirklichung der langfristigen strategischen Ziele der EU voranzutreiben und die künftigen Herausforderungen nach 2030 zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund ist der EWSA der Auffassung, dass günstige Bedingungen für ein nachhaltiges Wachstum geschaffen werden müssen, um die Wachstums- und Innovationslücke zu schließen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Wettbewerbsfähigkeit im gegenwärtigen globalen Kontext von einer Vielzahl von Akteuren und Faktoren abhängt, die komplexe Ökosysteme formen und ganzheitlich betrachtet werden müssen. Zu diesen Faktoren, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität des Ökosystems auswirken und die jeweils ihre eigenen Besonderheiten haben, gehören territoriale Systeme, Unternehmen in ihren mannigfaltigen Formen, Arbeitnehmer, Sozialpartner und öffentliche Verwaltungen.

⁽¹⁾ PwC (2017), *The long view: how will the global economic order change by 2050?*

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Der EWSA stimmt mit der Kommission darin überein, dass der Binnenmarkt „eine der größten Errungenschaften der EU“ und die Grundlage für Frieden, Wohlstand und geopolitischen Einfluss in der Welt ist.

3.2. Der EWSA weist jedoch darauf hin, dass der Binnenmarkt drei Jahrzehnte nach seinem Inkrafttreten nach wie vor fragmentiert ist und seine Integration nicht vorankommt. Nach Angaben der Kommission hat der Warenhandel innerhalb der EU seit 2006 bezogen auf die Größe der EU-Wirtschaft nur um 3,5 % zugenommen, und der unionsinterne Handel mit Dienstleistungen macht nur 6 % des BIP der EU ⁽²⁾ aus. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen, Kapital und Daten ist in vielen Bereichen noch immer nicht Realität. Für Unternehmen, insbesondere Start-ups und KMU, ist es aufgrund einer Vielzahl von Hindernissen schwierig oder unmöglich, grenzüberschreitend zu expandieren und zu wachsen. Infolgedessen wird in der EU bis Ende 2029 ein enormes wirtschaftliches Potenzial von bis zu 713 Milliarden Euro allein für Waren und Dienstleistungen ungenutzt bleiben ⁽³⁾. Die jüngsten Schocks wie die Pandemie und der Krieg Russlands gegen die Ukraine haben nicht nur gezeigt, wie krisenanfällig der Binnenmarkt sein kann, sondern auch, wie sehr die EU-Wirtschaft auf einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt angewiesen ist. Darüber hinaus kann ein solider Binnenmarkt die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber künftigen Krisen und ihre Reaktionsfähigkeit stärken.

3.3. Gleichzeitig sind die Unternehmen, insbesondere KMU, mit hohen und weiter ansteigenden Befolgungskosten und Lasten konfrontiert, die sich aus europäischen und nationalen Rechtsvorschriften ergeben. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene sind dringend Maßnahmen erforderlich, um diese Regulierungskosten und -lasten besser zu steuern, unnötige Bürokratie abzubauen und Unternehmen aktiv bei der Umstellung und Einhaltung der kumulativen Auswirkungen der zahlreichen neuen Vorschriften zu unterstützen. Der Wandel hängt von vielen Faktoren ab, und den Unternehmen kommt hier eine wichtige Bedeutung zu.

3.4. Der EWSA begrüßt die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Integration des Binnenmarkts, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Der EWSA begrüßt ferner die jüngsten Schlussfolgerungen des Rates, in denen Folgendes gefordert wird: „[...] die Vertiefung des Binnenmarkts, die Wahrung seiner Integrität, seiner vier Freiheiten und seiner Offenheit, die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen sowie die Schaffung eines wachstumsfördernden Rechtsrahmens, durch den der Verwaltungsaufwand verringert wird, bei gleichzeitiger Stärkung der Industriepolitik und Verringerung strategischer Abhängigkeiten, insbesondere in den sensibelsten Bereichen“ ⁽⁴⁾. Der EWSA weist jedoch darauf hin, dass es den Mitgliedstaaten oft an politischem Willen fehlt, dieser Verpflichtung nachzukommen und sie durchzusetzen. Darüber hinaus stellt der EWSA fest, dass es in der Mitteilung ein politisches Gesamtkonzept fehlt, das von allen Generaldirektionen geteilt wird und auf die Vertiefung des Binnenmarkts in allen Bereichen ausgerichtet ist. Der EWSA fordert daher nachdrücklich, dass die Vollendung des Binnenmarkts wieder zu einem zentralen Projekt für die Zukunft der Union von höchster politischer Priorität in allen EU-Institutionen wird.

3.5. Der EWSA begrüßt den neu eingeführten Check-up der Wettbewerbsfähigkeit zur Unterstützung von Unternehmensgründungen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verweist auf seine jüngsten diesbezüglichen Empfehlungen ⁽⁵⁾. Er fordert, dass die Prüfung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit vollständig und zügig durchgeführt wird. Darüber hinaus fordert der EWSA die Kommission auf, sich zeitnah und klar zu äußern, wie die Prüfung in der Praxis aussehen soll. Die Wettbewerbsfähigkeit sollte bereits bei der Konzipierung neuer Initiativen gebührend berücksichtigt werden.

3.6. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist es wichtig, die Rolle der Sozialpartner auszubauen und die Tarifverhandlungen zu stärken.

⁽²⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: COM(2023) 162 final, „30 Jahre Binnenmarkt“.

⁽³⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: COM(2023) 162 final, „30 Jahre Binnenmarkt“.

⁽⁴⁾ Europäischer Rat (Tagung vom 29./30. Juni 2023) – Schlussfolgerungen: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7-2023-INIT/de/pdf>.

⁽⁵⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Bericht über die Wettbewerbspolitik 2021“ (COM(2022) 337 final) (ABl. C 100 vom 16.3.2023, S. 76).

3.7. Jüngsten Daten zufolge gibt es 2 950 regionale Industriecluster in der EU, auf die etwa ein Viertel der Arbeitsplätze in Europa entfällt (61,8 Millionen Arbeitsplätze, d. h. 23,4 % der gesamten Beschäftigung in Europa) ⁽⁶⁾. Da sie so eine wichtige Rolle für die Realwirtschaft spielen, müssen diese Cluster und ihre Beschäftigten in jeder langfristigen EU-Strategie einen besonderen Schwerpunkt bilden.

4. Ein effizienter Binnenmarkt und Rechtsrahmen

4.1. Der EWSA sieht wie die Kommission den Binnenmarkt als wichtigsten Faktor für das Unternehmensumfeld der Union an und teilt die Auffassung, dass sowohl unter normalen Umständen als auch in Krisenzeiten sichergestellt sein muss, dass er reibungslos funktioniert. Um das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten, müssen bestehende Markthindernisse systematisch ermittelt und beseitigt und neue Hindernisse vermieden werden. All dies muss mit geeigneten Kontroll- und Schutzinstrumenten in Hinblick auf die Qualität der Arbeitsplätze, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen einschließlich der Vermeidung ungerechtfertigter Überregulierung, die Bürgerrechte und den Verbraucherschutz einhergehen.

4.2. Der EWSA verweist auf das Gesetzgebungspaket der Kommission für den Binnenmarkt vom März 2020, in dem alle erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung und Durchsetzung des EU-Rechts und zur Beseitigung bestehender Hindernisse im Binnenmarkt klar dargelegt sind. Der EWSA ist besorgt darüber, dass die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen nicht recht vorankommt, und fordert die Kommission auf, aktuelle Informationen über die bisherigen Fortschritte, die laufenden Arbeiten und die nächsten Schritte vorzulegen.

4.3. Der EWSA verweist auf seine in früheren Stellungnahmen ⁽⁷⁾ ausgesprochenen Empfehlungen zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Er bekräftigt, dass die Union nur dann tätig werden sollte, wenn diese Grundsätze uneingeschränkt geachtet werden und gemeinsames Handeln Mehrwert für alle schafft.

4.4. Der EWSA weist darauf hin, dass für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts alle EU-Organe und alle Mitgliedstaaten verantwortlich sind. Er ruft vor allem die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre nationalen Märkte gemäß den Empfehlungen des Europäischen Semesters und des Binnenmarktanzeigers mit mehr Ehrgeiz zu europäisieren und die zahlreichen auf politischer Ebene eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

4.5. Wenn die Mitgliedstaaten das EU-Recht nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ordnungsgemäß und vollständig umsetzen und anwenden, sollte die Kommission entschlossen eingreifen. Der EWSA stellt jedoch mit Besorgnis fest, dass die Maßnahmen der Kommission aufgrund von Verstößen der Mitgliedstaaten gegen die Binnenmarktvorschriften in den letzten drei Amtszeiten erheblich zurückgegangen sind. Es ist wichtig, dass die Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge wahrnimmt und für eine angemessene Harmonisierung sorgt. Zu diesem Zweck muss sie sicherstellen, dass sie über ausreichende Kapazitäten und Ressourcen verfügt.

4.6. Der EWSA ist der Auffassung, dass von allen neuen Herausforderungen, mit denen der Binnenmarkt konfrontiert ist, die Förderung der offenen strategischen Autonomie der EU Priorität haben muss. Er betont, dass im Mittelpunkt der offenen strategischen Autonomie der EU ein gut funktionierender und wettbewerbsfähiger Binnenmarkt und eine starke industrielle Basis stehen. Dieser baut insbesondere auf einer Kombination von wirtschaftlicher und sozialer Integration auf mit dem Ziel, gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ zu gewährleisten.

⁽⁶⁾ European Commission, European Clusters Panorama 2021: a comprehensive picture of economic activity across the EU and industrial ecosystems, 16. Dezember 2021: https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/european-clusters-panorama-2021-comprehensive-picture-economic-activity-across-eu-and-industrial-2021-12-16_en

⁽⁷⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Zukunftsfähige Rechtsetzung“ (Sondierungssternungnahme) (ABl. C 487 vom 28.12.2016, S. 51) und zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Vollendung der Agenda für bessere Rechtsetzung: bessere Lösungen für bessere Ergebnisse (COM(2017) 651 final) (Initiativsternungnahme) (ABl. C 262 vom 25.7.2018, S. 22).

4.7. Der EWSA begrüßt die angestrebte Verringerung der Berichtspflichten um 25 % und fordert die vollständige und rechtzeitige Umsetzung dieses Ziels. Er weist jedoch darauf hin, dass die Berichtspflichten nur einen sehr geringen Teil der Kosten und Belastungen für die Unternehmen ausmachen. Er fordert die Kommission daher auf, neben den reinen Berichtspflichten auch die Verwaltungskosten in weiterem Sinne anzugehen. Auch müssen die Befolgings- und Anpassungskosten, die den Unternehmen die höchsten Kosten verursachen, angemessen verringert werden.

5. Zugang zu Kapital und privaten Investitionen

5.1. Der EWSA fordert nachdrücklich die Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion sowie die Schaffung eines kohärenten EU-Steuerrahmens. Aufsichtsarbitrage und Regelungslücken müssen vermieden werden, um Stabilität und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Weitere Instrumente, von denen nach Ansicht der Kommission eine Hebelwirkung ausgeht, sind ein nachhaltiges Finanzwesen und öffentliches Startkapital.

5.2. Der EWSA unterstützt die Umsetzung eines investitions- und wachstumsfreundlichen EU-Haushaltsrahmens, der die wirtschaftliche Nachhaltigkeit gewährleistet und im Einklang mit den Zielen der europäischen Säule sozialer Rechte sowohl dem privaten als auch dem öffentlichen Sektor eine langfristige Planung und eine bessere Politik ermöglicht. Dabei muss mittel- und langfristig auf Haushaltsdisziplin geachtet werden. Höhere Steuern und ineffiziente öffentliche Ausgaben sowie Schulden für künftige Generationen sollten vermieden werden. Zur nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft muss die EU Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerdumping bekämpfen. Außerdem muss das Steuersystem Investitionen und unternehmerische Initiativen erleichtern, die Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigung fördern und die Progressivität des Steuersystems gewährleisten.

5.3. Da zudem der Zugang zu Finanzmitteln zu angemessenen Kosten für alle Unternehmen lebenswichtig ist und eine kritische Abhängigkeit von ausländischen Entscheidungen vermieden werden muss, sollte die EU effiziente und stabile Kapitalmärkte und einen soliden und unabhängigen Bankensektor fördern. Die EU muss auch von unnötigen Regulierungsmaßnahmen absehen, die den Zugang zu Finanzmitteln, insbesondere für KMU, direkt oder indirekt beeinträchtigen könnten. Dies muss bei der Bankenregulierung berücksichtigt werden. Dasselbe gilt auch für die Entwicklung von Kriterien für ein nachhaltiges Finanzwesen. Darüber hinaus muss der Zugang zu den verschiedenen Kanälen und Formen der Finanzierung erleichtert werden, damit die Mittel rasch die Unternehmen erreichen.

6. Öffentliche Investitionen und Infrastruktur

6.1. Der EWSA ist wie die Kommission der Ansicht, dass der Binnenmarkt außerdem hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen in allen europäischen Gebieten und Regionen braucht, insbesondere in jenen, die in ihrer Entwicklung hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Der EWSA hält die angemessene Bereitstellung physischer und sozialer Infrastrukturen für strategisch wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU sicherzustellen. Von großer Bedeutung für alle Mitgliedstaaten ist die Verbesserung der Konnektivität im Binnenmarkt, unter anderem durch den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur und der Verbindungen für Verkehr und Energie, einschließlich der Energieverteilungsnetze.

6.2. Aus diesem Grund kommt den öffentlichen Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur in Europa (*) eine strategische Bedeutung zu. Dieses strategische Vorgehen setzt Folgendes voraus:

- eine Kohäsionspolitik, mit der die wirtschaftliche Konvergenz und Resilienz sowie Investitionen in eine CO₂-arme Infrastruktur gefördert werden und die gleichzeitig sicherstellt, dass die Europäische Kommission zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas vor allem auf nachhaltiges und integratives Wachstum setzt;
- Investitionen in hochwertige öffentliche Dienste und zukunftsfähige Verkehrs-, Energie- und Datennetze. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Bereitstellung der kritischen Infrastruktur sowie auf grenzüberschreitenden und länderübergreifenden Projekten, die für die Krisenvorsorge von entscheidender Bedeutung sind und den sozialen und ökologischen Zielen Europas Rechnung tragen müssen;

(*) EURES-Bericht der ELA über Arbeitskräftemangel und Arbeitskräfteüberschuss 2022: <https://www.ela.europa.eu/en/labour-shortages-report> – Bericht der Hochrangigen Taskforce für Investitionen in die soziale Infrastruktur unter dem Vorsitz von Romano Prodi und Christian Sautter.

- Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen, in Gesundheit, Langzeitpflege und Sozialfürsorge sowie in erschwinglichen Wohnraum, hochwertige Gesundheitssysteme und qualifizierte Arbeitskräfte, die bereit sind, die Herausforderungen von morgen zu meistern.
- Die europäische soziale Infrastruktur sollte durch geeignete Investitionen und fiskalpolitische Maßnahmen unterstützt werden.

7. Forschung und Innovation

7.1. Der EWSA ist der Auffassung, dass Innovation der Schlüssel zur Produktivitätssteigerung ist. Sie ist von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung, eine verbesserte Anpassungsfähigkeit und die Erneuerung von Unternehmen. Für den künftigen Erfolg der EU sind sowohl private als auch öffentliche Investitionen in Forschung und Innovation erforderlich.

7.2. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Innovationseinrichtungen muss erleichtert werden, da dies ein wichtiger praktischer Schritt zur Förderung der Produktinnovation ist. Für den EWSA liegt es auf der Hand, dass Spitzenleistungen in Schlüsseltechnologien eine deutliche Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Innovation, den Aufbau einer erstklassigen FuE-Infrastruktur, die Anwerbung von Fachkräften und die Schaffung von Ökosystemen auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ⁽⁹⁾ erfordern.

7.3. Der Kommission zufolge sind steuerliche Anreize, öffentlich-private Partnerschaften, FuEuI-Hilfen sowie Kohäsionsmittel erforderlich, um Innovationen zu beschleunigen und die regionalen Ungleichgewichte bei den FuE-Ausgaben in der EU zu abzubauen.

8. Energie und Rohstoffe

8.1. Der Zugang zu den grundlegenden Produktionsressourcen Energie, Rohstoffe, Kapital und Daten unter Wettbewerbsbedingungen ist von entscheidender Bedeutung, damit die Industrieproduktion und die damit verbundenen Tätigkeiten konkurrenzfähig und letztlich in der EU erhalten bleiben. Da die hohen Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industriebranchen in Europa stark beeinträchtigen und die Anforderungen an die ökologische Nachhaltigkeit, einschließlich der Notwendigkeit zur Elektrifizierung, immer strenger werden, muss die EU bei der Konzipierung ihrer Maßnahmen dafür sorgen, dass alle grundlegenden energiepolitischen Ziele – Versorgungssicherheit, erschwingliche Preise und Klimaneutralität – gleichzeitig berücksichtigt werden.

8.2. Das Gleiche gilt für Rohstoffe. Die Bereiche Industrieinvestitionen, Bergbau, Infrastruktur, Bauwesen und Stromversorgung sind alle miteinander verzahnt, und jede einzelne Stufe der Wertschöpfungskette ist dabei für das Endprodukt relevant. Alle Rohstoffe haben ihre Bedeutung. So werden z. B. Zement, Gesteinsmaterial und Baustoffe für den Bergbau, für Windturbinen und für fossillfreie Industrieanlagen benötigt. Vor allem wird der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft rohstoffintensiv sein. Im Zuge der Umstellung auf saubere Technologien wird der Rohstoffsektor für die Energiewende von entscheidender Bedeutung sein. Dabei werden Preisanstiege und Engpässe unvermeidlich sein, da die Nachfrage das Angebot übersteigt und die Preisschwankungen zu Unsicherheiten in Bezug auf die für die Produktion erforderlichen umfangreichen Vorabinvestitionen führt. Das Zusammenspiel von Angebot, Nachfrage und Preisgestaltung wird bei verschiedenen Rohstoffen zu Rückkopplungen und anschließend zu technologischen Umwälzungen gepaart mit Nachfrageschwankungen und der Substitution von Rohstoffen führen. Rohstoffe werden im Mittelpunkt der Dekarbonisierungsbemühungen und der Elektrifizierung der Wirtschaft stehen, wenn von fossilen Brennstoffen auf Wind- und Solarenergie, Elektrofahrzeuge mit Batterie- und Brennstoffzellenantrieb sowie auf Wasserstoff und andere saubere Energietechnologien umgestellt wird.

8.3. Als Rohstofflieferant der Wirtschaft wird der Bergbau in beispiellosem Tempo wachsen müssen, um die erforderlichen technologischen Umwälzungen zu ermöglichen. Es wird erwartet, dass sich der Sektor trotz seines traditionellen Rufs als kapitalintensiver Wirtschaftszweig mit langen Vorlaufzeiten schneller entwickeln wird. Darüber hinaus sind praktikable Lösungen erforderlich, damit die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen effektiv mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und der Umwelt einhergeht. Die Kohlendioxidemissionen müssen durch die Abkehr von der traditionellen Verbrennungstechnik für Rohöl, Erdgas und Kohle so schnell wie möglich reduziert werden. Mit dem Aufkommen neuer Technologien zur Energieerzeugung und Energiespeicherung wird sich auch die Nachfrage nach Rohstoffen ändern (höhere Nachfrage nach Metallen bei gleichzeitig sinkender Nachfrage nach fossilen Brennstoffen).

⁽⁹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Stärkung der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU“ (Sondierungsstellungnahme) (ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 17).

9. Kreislaufforientierung

9.1. Der EWSA ist sich der Rolle bewusst, die die EU-Vergabevorschriften beim Übergang zu einer nachhaltigen und kreislaufforientierten Wirtschaft spielen können. Er empfiehlt „ökologische Mindestkriterien“ für die Vergabe öffentlicher Aufträge, wie sie bereits in den EU-Richtlinien vorgesehen sind, um negative Umweltauswirkungen und die Entstehung von Abfällen während des gesamten Lebenszyklus von Produkten möglichst gering zu halten und im besten Fall zu vermeiden ⁽¹⁰⁾.

9.2. Darüber hinaus bilden die internationalen Märkte als Erweiterung des Binnenmarkts und der offene und regelbasierte Außenhandel eine weitere Grundlage der EU-Wirtschaft. Um Unternehmen dabei zu helfen, die sich auf dem Weltmarkt bietenden Chancen zu nutzen, muss die EU entschieden gegen Protektionismus vorgehen und den bilateralen Handel sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen fördern.

10. Digitalisierung

10.1. Digitale Technologien und die für sie wesentlichen vertikalen Branchen (KI usw.) sowie ihre Infrastruktur haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Daher müssen wir unsere künftige Konnektivität, KI, Forschung und Innovation weiter ausbauen und große Datenmengen schnell und iterativ verarbeiten sowie mit intelligenten Algorithmen verknüpfen, sodass die Software automatisch von Mustern oder Merkmalen in den Daten lernen kann. Die Kommission erinnert auch daran, dass die Bemühungen in den Bereichen Cybersicherheit und Digitalisierung fortgesetzt werden müssen. Der EWSA ist der Ansicht, dass die aus dem digitalen Wandel erwachsenden Herausforderungen für den Binnenmarkt im Rahmen des sozialen Dialogs und einer Führungsrolle der EU bei der Anwendung gemeinsamer Rechtsvorschriften zu digitalen Technologien angegangen werden müssen. Dabei gilt es, die Schwächsten zu schützen und sicherzustellen, dass die angestrebte Effizienz weder dem sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt noch der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern und Einzelpersonen schadet und die politische Stabilität nicht beeinträchtigt ⁽¹¹⁾.

10.2. Alle Vorschriften müssen unter Wahrung hoher Standards zu einer erfolgreichen Digitalisierung beitragen und für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sorgen. Auch der öffentliche Sektor muss seine Abläufe und Dienste, einschließlich der Verwaltungsverfahren, digitalisieren, ohne dabei jemanden zurückzulassen. Durch Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Investitionen und andere Geschäftstätigkeiten beispielsweise könnte die Digitalisierung zur Lösung drängender Probleme beitragen.

10.3. Nach Ansicht des EWSA sind Daten wichtige Rohstoffe für die Gegenwart und die Zukunft. Daher ist es unabdingbar, ihre Verfügbarkeit und Zugänglichkeit sowie ein reibungsloser Datenverkehr sicherzustellen. Dazu sind geeignete Vorschriften und Regeln sowie fortschrittliche Technologien erforderlich.

10.4. Gleichzeitig teilt der EWSA die Ansicht, dass mehr in die Cybersicherheit investiert werden muss, um zunehmend digitale und integrierte Produkte und Prozesse auch in Zukunft zu schützen.

10.5. Der EWSA unterstützt den Standpunkt der Europäischen Kommission und des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC), wonach in der europäischen Wissenschaft und Industrie die Investitionen in die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen im Bereich des Hochleistungsrechnens erhöht werden sollten.

11. Bildung und Kompetenzen

11.1. Der EWSA wird seine Arbeit auf diesem Gebiet nach dem Europäischen Jahr der Kompetenzen fortsetzen ⁽¹²⁾.

⁽¹⁰⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft (COM(2019) 190 final) (ABl. C 47 vom 11.2.2020, S. 92).

⁽¹¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „30 Jahre Binnenmarkt: weitere Verbesserung der Funktionsweise“ (Sondierungsstellungnahme) (ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 22).

⁽¹²⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten“ (COM(2022) 245 final) (ABl. C 100 vom 16.3.2023, S. 123).

11.2. Wie die Kommission feststellt, wird der Arbeitskräftemangel aufgrund des demografischen Wandels zunehmend zu einem der Haupthindernisse für das Wachstum und den Fortbestand von Unternehmen auf nationaler und regionaler Ebene, was auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen ist. Im Eures-Bericht 2022 der Europäischen Arbeitsbehörde heißt es: „... neue Technologien, der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, die Alterung der Erwerbsbevölkerung und die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen haben einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage in Europa geleistet.“⁽¹³⁾ Eine erfolgreiche politische Initiative in diesem Bereich erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der die verschiedenen Dimensionen der Herausforderungen erfasst. Der EWSA unterstützt die Arbeit der Sozialwirtschaft und die Umsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die darauf abzielt, Nichterwerbstätige und Arbeitslose zu mobilisieren und die Chancen zu nutzen, die sich beispielsweise aus der Erwerbstätigkeit und der unternehmerischen Tätigkeit von Frauen sowie aus der legalen Migration ergeben. Darüber hinaus sollten Anreize für eine – auch grenzüberschreitende – Lehrlingsausbildung geschaffen werden, wobei die Ausbildungssysteme im Hinblick auf ihre Attraktivität und Mobilität überprüft werden müssen.

11.3. Darüber hinaus muss angesichts der Rolle der Unternehmen als Arbeitgeber, Sozialpartner und Ausbildungsanbieter die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor gestärkt werden. Die Veränderungen in der Arbeitswelt und im Arbeitsalltag verlangen auch nach einer widerstandsfähigen Erwerbsbevölkerung. Die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern, Studierenden und talentierten Nachwuchskräften muss sowohl innerhalb der EU als auch in Zusammenarbeit mit Drittländern gefördert und erleichtert werden, beispielsweise durch eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage. Die EU muss daher die richtigen Voraussetzungen schaffen, um hochqualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen und andernorts erworbene Qualifikationen anzuerkennen.

12. Handel und offene strategische Autonomie

12.1. Der EWSA ist mit der Kommission einer Meinung. Um den Außenhandel optimal zu nutzen, muss die EU kritische Abhängigkeiten von Ländern, die nicht demokratisch regiert werden, vermeiden und die Zusammenarbeit sowie bilaterale Abkommen mit gleichgesinnten Partnern intensivieren. Der EWSA unterstützt die umfassende Überprüfung der Handelspolitik, mit der ein neues Kriterium für Handel und nachhaltige Entwicklung festgelegt wird⁽¹⁴⁾.

12.2. So haben die jüngsten krisenbedingten Unterbrechungen der internationalen Versorgungsketten und Störungen der Märkte deutlich gemacht, dass die kritischen Abhängigkeiten der EU, insbesondere von fossilen Brennstoffen aus Russland und Metallen aus China, verringert werden müssen. Daher müssen die industriellen Kapazitäten und Ressourcen der EU gestärkt und neue unternehmerische Ökosysteme entwickelt werden. Auch die Energiequellen und Lieferketten für Rohstoffe, Zwischenprodukte und Komponenten müssen diversifiziert werden.

12.3. Nach Ansicht des EWSA sollte die Verantwortung der Unternehmen für die Umstrukturierung der Produktions- und Versorgungsketten entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen in eine Industriestrategie eingebettet werden, die den Aufbau eines integrierten europäischen Industriesystems fördert.

12.3.1. Die EU muss verstärkt auf ein integriertes europäisches Industriesystem hinarbeiten, bei dem die verschiedenen Teile und Wirtschaftszweige der EU-Mitgliedstaaten synergetisch und koordiniert ineinandergreifen. Auf diese Weise können Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Gesamtnutzen für die EU insgesamt gesteigert werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen in der EU muss verbessert werden, um die Wirtschaft ganz Europas auf Wachstumskurs zu bringen.

12.4. Bei der Ratifizierung und Umsetzung der abgeschlossenen Handelsabkommen bedarf es rascher Fortschritte, und die noch laufenden Verhandlungen sollten zügig zum Abschluss gebracht werden. Die geltenden Handelsabkommen sollten in vollem Umfang genutzt werden, wobei den Erfordernissen der Internationalisierung von KMU besonders Rechnung zu tragen ist.

⁽¹³⁾ EURES-Bericht der ELA über Arbeitskräftemangel und Arbeitskräfteüberschuss 2022, S. 10: <https://www.ela.europa.eu/en/labour-shortages-report>.

⁽¹⁴⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Die Macht von Handelspartnerschaften: gemeinsam für ein grünes und gerechtes Wirtschaftswachstum“ (COM(2022) 409 final) (ABl. C 140 vom 21.4.2023, S. 69).

12.5. Der EWSA wird den neuen Vereinbarungen, die mit den Vereinigten Staaten ausgehandelt wurden, sowie den Initiativen zur Lösung der derzeitigen Probleme (US-Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate, Streitigkeiten wegen der Schutzzölle auf Stahl- und Aluminiumerzeugnisse usw.) besondere Aufmerksamkeit widmen.

13. Anmerkungen zu Triebkräften und Leistungsindikatoren

13.1. Der EWSA hält den Vorschlag der Kommission, 17 zentrale Leistungsindikatoren festzulegen, die jährlich vor der Tagung des Europäischen Rates im März aktualisiert werden sollen, generell für nützlich. Um die notwendigen politischen Diskussionen und Folgemaßnahmen im Rat anzustoßen, empfiehlt der EWSA zum einen, dass die KPI klare und verbindliche Ziele enthalten und sorgfältig überwacht und bewertet werden sollen, worüber Bericht zu erstatten ist. Zweitens sollte die Festlegung von Zielen in Abstimmung mit anderen Indikatoren wie dem Binnenmarktanzeiger, der Politik für die digitale Dekade und dem Europäischen Semester erfolgen. Drittens fordert der EWSA die Mitgliedstaaten auf, dieses System uneingeschränkt zu unterstützen und sich zu verpflichten, die festgelegten Ziele zu erreichen. Schließlich fordert der EWSA die Kommission auf, energische Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Mitgliedstaaten diese Ziele nicht erreichen.

13.2. Der EWSA begrüßt die Bemühungen der Kommission, 17 zentrale Leistungsindikatoren (KPI) für die neun Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit zu ermitteln. Der EWSA ist jedoch der Auffassung, dass erstens für bestimmte Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit einige Schlüsselindikatoren ausgeklammert wurden und zweitens die europäische Dimension der KPI die bestehenden territorialen Unterschiede verschleiert. Aus diesen Gründen müssen zusätzliche KPI aufgenommen werden.

13.3. Es ist unverständlich, dass Indikatoren, die über den Grad der Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftssystems Aufschluss geben, z. B. in Bezug auf die Beschäftigung in der Hightech-Industrie (i: *hightech*; ii: *medium-high*; iii: *medium-low*; iv: *low*) und in den wissensintensiven Dienstleistungen (i: *wissensintensive Hightech-Dienstleistungen*; ii: *wissensintensive Marktdienstleistungen*; iii: *wissensintensive Finanzdienstleistungen*; iv: *sonstige wissensintensive Dienstleistungen*), ebenso wie die Beschäftigung im FuE-Sektor vernachlässigt werden.

13.4. Der EWSA hält es für sinnvoller, den KPI „Öffentliche Investitionen als Anteil am BIP“ durch einen KPI „Investitionen nach Vermögenswerten“ zu ersetzen, der sechs Gruppen umfasst: i) Wohnraum; ii) sonstige Gebäude und Bauwerke (Straßen, Brücken, Flughäfen, Dämme usw.); iii) Verkehrsmittel (Schiffe, Züge, Flugzeuge usw.); iv) Nutztiere und Nutzpflanzungen (bewirtschaftete Wälder, Vieh usw.); v) geistige Erzeugnisse (FuE, Software und Datenbanken usw.) sowie vi) Ausrüstungen im Bereich Kommunikations- und Informationstechnologie (Computer, Software, Datenbanken, Telekommunikationsausrüstung, Hardware). Jeder Vermögenswert würde als Prozentsatz der gesamten Bruttoanlageinvestitionen gemessen ⁽¹⁵⁾.

13.5. Die gleichen Bedenken hegt der EWSA in Bezug auf den KPI „Handel mit der übrigen Welt“ als Anteil am BIP. Es wäre besser, mit Freihandelsabkommen fortzufahren, die mit Partnerregionen/-ländern geschlossen werden: Mercosur, Mexiko, Australien, Vereinigte Staaten, China, Japan, Südkorea, Indonesien usw. Auch hier müssten die regionalen Unterschiede zwischen den einzelnen Gebieten der EU berücksichtigt werden.

13.6. Der EWSA möchte unter Wahrung der Rolle von Kommission und Eurostat sicherstellen, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Sozialpartner einen Beitrag dazu leisten, die Bereiche der Wettbewerbsfähigkeit und die entsprechenden Indikatoren zu ermitteln, die besser geeignet sind, um das Problem genauer zu erfassen.

⁽¹⁵⁾ OECD Economic Outlook, 2023: <https://data.oecd.org/gdp/investment-by-asset.htm>.

13.7. Der EWSA stimmt mit der Kommission darin überein, dass das KPI-System sorgfältig überwacht und bewertet werden muss, wobei dieses System mit anderen Indikatoren – dem Binnenmarktanzeiger, der Politik der digitalen Dekade und dem Europäischen Semester – kombiniert werden muss.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4057

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat

Strategische Vorausschau 2023: Nachhaltigkeit und Wohlergehen der Menschen Herzstück der offenen strategischen Autonomie Europas

(COM(2023) 376 final)

(C/2024/4057)

Berichterstatter: **Stefano PALMIERI**

Ko-Berichterstatter: **Gonçalo LOBO XAVIER**

Berater	Pier Francesco MORETTI
Befassung	Europäische Kommission, 18.8.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch
Annahme im Arbeitsorgan	11.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	154/0/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) sieht in der strategischen Vorausschau einen wichtigen Beitrag zur Beschlussfassung in der EU. Er nimmt die Bemühungen auf EU-Ebene zur Kenntnis, der Vorausschau eine strategische institutionelle Rolle zuzuweisen und sie in der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

1.2. Der EWSA begrüßt, dass das Ressort für Vorausschau einem Vizepräsidenten der Kommission übertragen wurde und fordert, dass diese Zuordnung auch von der neuen Kommission beibehalten wird.

1.3. Der EWSA unterstützt die Absicht der Kommission, die strategische Vorausschau in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den einschlägigen Interessenträgern weiter auszubauen. Er fordert, als Sprachrohr der organisierten Zivilgesellschaft und der Sozialpartner stärker einbezogen zu werden, um die Analyse- und Vorausschaukapazitäten der EU zu verbessern und dazu beizutragen, Trends und mögliche Lösungen in einer sich wandelnden Gesellschaft zu ermitteln.

1.3.1. Dazu schlägt der EWSA vor:

- i) alle fünf Jahre im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Ernennung einer neuen Europäischen Kommission im Rahmen eines koordinierten Prozesses für jede Fachgruppe und die CCMI eine Vorausschau durchzuführen, **um die wichtigsten Trends und Szenarien, Prioritäten und Maßnahmen zu ermitteln;**
- ii) diese Erkenntnisse alle drei Jahre auf Grundlage der tatsächlichen Entwicklungen (in Form einer Halbzeitevaluierung) aktualisieren und auf den neuesten Stand zu bringen.

Auf diese Weise wird der EWSA einen strategischen Rahmen für die Vorausschau entwickeln, der genau auf die einzelnen Fachgruppen und Tätigkeitsbereiche abgestimmt werden kann und mit dem der Ausschuss zur Arbeit der Kommission und des Netzes für strategische Vorausschau beitragen wird.

1.4. Der EWSA stimmt dem Ansatz der Kommission zu, die Ermittlung realisierbarer und wirkungsvoller neuer Wirtschaftsmodelle zu fördern. Ziel ist dabei eine **integrative und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit**, die ein hohes Maß an Sozial- und Umweltschutz, gute Arbeitsplätze sowie faire und solidarische Bedingungen wahrt, um das europäische Modell einer hochgradig wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft zu erhalten.

1.5. Der EWSA fordert eine neue, umfassendere Industriepolitik der EU, die auf die Koordinierung der Entscheidungen und Interventionen (z. B. Einsatz von Mitteln, Ressourcen, Instrumenten und Maßnahmen) abzielt, damit die Kohärenz zwischen den verschiedenen Sektoren – insbesondere den „traditionellen“ und den verarbeitenden Industriebranchen – und zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessert wird.

1.6. Der EWSA fordert die Ermittlung ergänzender Indikatoren über das BIP hinaus und ihre Umsetzung in politische Maßnahmen und konkrete Aktionen, um die Widerstandsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der EU zu bewerten. Diese Indikatoren sollten insbesondere auf lokaler Ebene innerhalb der EU und mit Blick auf die internationalen wirtschaftlichen Konkurrenten der EU analysiert werden.

1.7. Der demografische Wandel und neue Technologien (z. B. in Bezug auf Einwanderung, Übergangsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemobilität, Fachkräftemangel und Rohstoffknappheit, Geburtenraten und Bevölkerungsalterung) werden sich auf die Nachhaltigkeit der Steuersysteme und der Systeme der sozialen Sicherheit auswirken. Der EWSA legt der EU und den nationalen Behörden, der Privatwirtschaft und den lokalen Interessenträgern nahe, auf die Festlegung und Vereinbarung eines neuen europäischen Gesellschaftsvertrags hinzuwirken, der auf eine nachhaltige Zukunft ausgerichtet ist und in der strategischen Vorausschau 2023 als erster Handlungsschwerpunkt hervorgehoben wird.

1.8. Nach Ansicht des EWSA gewinnen Kompetenzen in einer sich wandelnden Welt zunehmend an Bedeutung. Er plädiert für eine bedarfsorientierte Überarbeitung der Systeme für allgemeine und berufliche Bildung, um die Arbeitnehmer und Unternehmen bei der Anpassung an die neuen Anforderungen zu unterstützen. Ziel ist ein neuer Gesellschaftsvertrag, der die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, gute Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze gewährleistet, Ungleichheiten abbaut, die Wettbewerbsfähigkeit und die Kapazitäten auf geografischer und kultureller Ebene erhöht und auf Wachstum und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

1.9. Der EWSA ersucht die EU und die Mitgliedstaaten, gemeinsam eine ausgewogene und nachhaltige Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter unter Wahrung der Lebensqualität und der Würde der Menschen zu gewährleisten. Rohstoffe und Dienstleistungen, die **Verteidigung, Sicherheit** (z. B. in Bezug auf **Lebensmittelsysteme, Wasser- und Energieversorgung und -verteilung, Wirtschaft, Full, Zugang zu Informationen und strategische Infrastruktur**), **Gesundheit, Bildung** und **Wohlergehen** sicherstellen, sind entscheidende Faktoren, mit denen das umfassende Resilienz-Ökosystem der EU eine inklusive und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie erreichen und wahren kann. Auf dieser Grundlage drängt der EWSA darauf, im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027 die Ergebnisse der strategischen Vorausschau 2023 und der Aktualisierungen der strategischen Vorausschau auf EU-Ebene zu berücksichtigen.

1.10. Die EU-Organe sollten das Potenzial und die Risiken des Einsatzes von Instrumenten der künstlichen Intelligenz bei der Analyse und Ermittlung von Mustern und Zusammenhängen im Rahmen der strategischen Vorausschau sorgfältig bewerten, da diese die Entscheidungsfindung auf europäischer und auf anderen politischen Ebenen beschleunigen können.

1.11. Der EWSA bedauert, dass in der Strategischen Vorausschau 2023 nicht auf den „europäischen Blauen Deal“ eingegangen wird, und betont, wie wichtig es ist, eine Zukunft mit sicherer Wasserversorgung für alle im Rahmen einer umfassenden und ehrgeizigen europäischen Wasserstrategie zu gewährleisten.

2. Hintergrund

2.1. Die strategische Vorausschau kann als Kombination von innovativer strategischer Planung, Politikgestaltung und Lösungskonzepten verstanden werden. Es geht nicht darum, die Zukunft vorherzusagen oder vorherzusehen, sondern darum, sich mit alternativen Szenarien für die Zukunft auseinanderzusetzen, um diese letztendlich zu gestalten ⁽¹⁾. Auf der Grundlage dieser Vision stimmt der EWSA folgender Definition zu: „Die strategische Vorausschau ist ein systematischer partizipatorischer Prozess der zukunftsorientierten Informationsgewinnung und zur Entwicklung mittel- und langfristiger Visionen, um Entscheidungen jetzt zu ermöglichen und gemeinsame Maßnahmen auf den Weg zu bringen“ ⁽²⁾.

⁽¹⁾ UNDP, 2018, Foresight Manual – Empowered Futures for the 2030 Agenda.

⁽²⁾ Miles, I., Saritas, I., Solokov, A.: Foresight for Science, Technology and Innovation, Springer Switzerland, 2016.

2.2. Ziel der Vorausschau ist es, einen Beitrag zur strategischen Beschlussfassung zu leisten. Dazu werden Frühwarnungen, erste Anzeichen, Triebkräfte, Trends, Megatrends, „Wild Cards“ und „schwarze Schwäne“ ermittelt und analysiert, die es ermöglichen vorherzusagen, in welche Richtung sich die gegenwärtige Lage entwickeln könnte, zu entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen soll, und zu prüfen, auf welchen Wegen sie verwirklicht werden kann.

2.3. Die Welt ist derzeit mit einer Vielzahl globaler Herausforderungen konfrontiert, die durch verschiedene ineinandergreifende Aspekte gekennzeichnet sind und ein komplexes Gefüge bilden. Daher können diese Herausforderungen nur unter Zusammenführung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Ebenen bewältigt werden. Aus diesem Grund wird die strategische Vorausschau immer wichtiger.

2.4. In der strategischen Vorausschau beruht eine langfristige Vision nicht auf einer linearen Entwicklung der einzelnen Komponenten des derzeitigen Systems. Sie ist vielmehr ein Prozess, der zwar ebenfalls auf Erfahrung und Wissen beruht, aber dessen kreativer und intuitiver Aspekt einen Mehrwert gegenüber einem „Business-as-usual“-Ansatz erbringen kann. In diesem Prozess sind die verschiedenen Phasen (Beobachtung, Scanning, Screening, Änderung/Anpassung, Bewertung) von grundlegender Bedeutung und Teil der zyklischen Anpassung der vorgesehenen Szenarien.

2.5. Soziobiologen haben die Herausforderung, vor der der Mensch bei der Bewältigung seines Lebens steht, als ein System beschrieben, das aus göttlichen Technologien, mittelalterlichen Institutionen und steinzeitlichen Emotionen besteht⁽³⁾. Diese Kategorisierung macht deutlich, dass Aspekte wie Dienstleistungen, Organisationsstrukturen und die menschliche Natur nicht außen vor gelassen werden dürfen, wenn Szenarien analysiert und Maßnahmen vorgeschlagen werden. Auf der Grundlage dieser Überlegungen wurden auch alternative Perspektiven für die Vorausschau auf globale Herausforderungen entwickelt, um die Politik in Bereichen zu unterstützen, die in der europäischen Wissenschaftsagenda kaum beschrieben werden oder ganz fehlen. Mit diesen alternativen Perspektiven wird für eine verstärkte Erforschung der menschlichen, sozialen, politischen und kulturellen Prozesse geworben, die in technologisch-wissenschaftliche Initiativen einfließen⁽⁴⁾.

2.6. Die Vorausschau gilt als nützliches Instrument für die Beschlussfassung und wurde daher unlängst auf institutioneller Ebene der EU eingeführt. Nach Ansicht des EWSA leistet die Vorausschau einen strategischen Beitrag zur Beratung bei der Beschlussfassung auf politischer Ebene. Er begrüßt die Bemühungen der EU, die Vorausschauverfahren zu stärken, die zuerst im Zeitraum 1979-1994 durchgeführt und in den letzten zehn Jahren durch die Förderung des Netzes für strategische Vorausschau ausgebaut wurden⁽⁵⁾. In diesem Zusammenhang muss sich Europa mit verschiedenen politischen Ebenen/Kontexten und Kapazitäten, verschiedenen Arten und Erfahrungen der Interessenträger sowie mit unterschiedlichen Zielen und Vorausschauverfahren auseinandersetzen⁽⁶⁾. Nach Ansicht des EWSA sind diese Initiativen in Sachen Vorausschau ein gutes Beispiel für die Investitionen Europas in hochwertige und nützliche Forschung. Sie werden erheblich dazu beitragen, verschiedene Szenarien anzugehen, und die Beschlussfassung zu erleichtern.

2.7. Der EWSA unterstützt die Absicht der Kommission, die strategische Vorausschau in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und unter Einbindung des EWSA weiter auszubauen. Der EWSA hat seinen Beitrag zu den jüngsten strategischen Vorausschauberichten geleistet: Er hat in seinen Stellungnahmen Vorschläge unterbreitet, gemeinsam mit der Kommission Anhörungen durchgeführt und die Kommission zu einschlägigen Fachgruppensitzungen eingeladen. Der EWSA bekräftigt, dass diese konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission im Hinblick auf eine wirksamere Einflussnahme des Ausschusses unbedingt fortgeführt werden sollte, und fordert, die Ergebnisse der Vorausschau während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens heranzuziehen.

⁽³⁾ Wilson E. (2009): The real problem of humanity is the following: we have Paleolithic emotions, medieval institutions, and god-like technology. Debatte im Harvard Museum of Natural History, Cambridge, Mass., 9. September 2009.

⁽⁴⁾ Bina O., Mateus S., Pereira L. und Caffa A. (2017), „The future imagined: Exploring fiction as a means of reflecting on today's Grand Societal Challenges and tomorrow's options“, *Futures* 86, S. 166-184.

⁽⁵⁾ Europäische Kommission. (2023), *Mutual Learning Exercise – R&I Foresight in Government: A Handbook for Policymakers*, Entwurf des Abschlussberichts.

⁽⁶⁾ Siehe das Kommissionsprojekt „Eye of Europe“, Vorschlag Nr. 101131738, das im Rahmen der Aufforderung HORIZON-WIDERA-2023-ERA-01-02 bewilligt wurde. Dieses Projekt ist ein aktuelles Beispiel dafür, dass künftige Wege in die, für die und aus der Forschung und Innovation antizipiert, erforscht und gemeinsam gestaltet werden müssen. Ein weiteres Beispiel ist die Fazilität der Kommission für Politikunterstützung im Rahmen von Horizont Europa „Mutual Learning Exercise on R&I Foresight“, in der die strategische Vorausschau im Bereich Forschung und Innovation in neun EU-Ländern analysiert wird.

2.8. Angesichts der Bedeutung der strategischen Vorausschau 2023 und ihres Schwerpunkts auf Menschen und Nachhaltigkeit fordert der EWSA, als Sprachrohr der Sozialpartner und der organisierten Zivilgesellschaft stärker einbezogen zu werden, um die Analyse- und Vorausschaukapazitäten der EU zu verbessern und dazu beizutragen, Trends und mögliche Lösungen in einer sich wandelnden Gesellschaft zu ermitteln. Der EWSA begrüßt, dass das Ressort für Vorausschau einem Vizepräsidenten der Kommission übertragen wurde und fordert, dass diese Zuordnung auch von der neuen Kommission beibehalten wird.

3. Der europäische Ansatz: Bemerkungen zur strategischen Vorausschau 2023

3.1. Der EWSA würdigt die Bemühungen der Europäischen Kommission und begrüßt die strategische Vorausschau 2023 ⁽⁷⁾. Sie entstand vor dem Hintergrund einer sehr dynamischen sozialen, geopolitischen und wirtschaftlichen Lage, in der die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine viele der in den letzten Jahren ermittelten großen Herausforderungen verstärkt oder verändert hat. Unter diesen neuen globalen Rahmenbedingungen, die durch die Nah-Ost-Krise noch verschärft wurden, dürften die strategischen Entscheidungen der Europäischen Union nicht nur die Verwirklichung der Ziele des **ökologischen und des digitalen Wandels, sondern auch die Resilienz und die offene strategische Autonomie der EU** beeinflussen.

3.2. Der Bericht enthält eine genaue Beschreibung und Analyse der **derzeitigen Bedrohungen**, denen der nachhaltige Wandel der EU intern und auf globaler Ebene ausgesetzt ist, sowie der Besorgnis hinsichtlich einiger Rechte, die die EU-Bürger in der Vergangenheit erworben haben und die nun gefährdet sind. Dabei geht es nicht nur um spezifische Themen (z. B. Sicherheit, Ernährung, Wasser, Alterung), sondern auch um bereichsübergreifende und strukturgebende Aspekte unserer Gesellschaft wie Frieden, Demokratie, Wohlergehen und sozialer Zusammenhalt: i) **die zunehmende Bedeutung der Geopolitik und die Umgestaltung der Globalisierung**; ii) **das Streben nach einer nachhaltigen Wirtschaft und nach Wohlergehen**; iii) **die zunehmende Dringlichkeit, für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen**; iv) **die steigende Nachfrage nach Fertigkeiten und Kompetenzen für eine nachhaltige Zukunft**; v) **die sich vergrößern Kluft im Bereich des sozialen Zusammenhalts**; vi) **Bedrohungen für die Demokratie und den bestehenden Gesellschaftsvertrag**.

3.3. Der EWSA nimmt das Fazit der Vorausschau zur Kenntnis, wonach die negativen Auswirkungen des **Klimawandels, des Verlusts an biologischer Vielfalt und der Umweltzerstörung** angegangen werden müssen. Wichtige Punkte sind außerdem die Versorgung mit **kritischen Rohstoffen** und die Umstellung bei der Erzeugung und Verteilung von **Energie**. Der EWSA stellt fest, dass die hohen Energiepreise und die besorgniserregende geopolitische Lage enorme soziale und wirtschaftliche Auswirkungen haben, auch im Hinblick auf die verfügbaren Chancen für das produzierende Gewerbe und auf dem Arbeitsmarkt der EU.

3.4. In diesem Zusammenhang hält der EWSA die Umsetzung einer wirksamen Industriepolitik der EU für entscheidend, die auf die Koordinierung der Entscheidungen und Interventionen (Verwendung von Mitteln, Ressourcen, neuen gemeinsamen Instrumenten und Maßnahmen) abzielt, damit die Kohärenz zwischen den Sektoren und zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine inklusive und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessert wird ⁽⁸⁾.

3.5. Durch die strategischen Schwerpunkte der wichtigsten globalen Akteure und Schwellenländer wird die geopolitische, wirtschaftliche, soziale und technologische globale Rivalität verschärft. Die Entwicklungen auf globaler Ebene könnten die Grundlagen des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung und damit die Stellung der EU gefährden. Der EWSA unterstützt die Bemühungen der EU, ihre Werte und Standards u. a. durch intelligente Investitionen in hochwertige Infrastruktur und Dienstleistungen unter Einhaltung der höchsten Sozial- und Umweltstandards zu fördern.

3.6. Im Bericht werden **zehn strategisch wichtige Bereiche skizziert, in denen dringend gehandelt werden muss**: i) **Einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag sicherstellen, der auf eine nachhaltige Zukunft ausgerichtet ist**; ii) **den Binnenmarkt zur Förderung einer widerstandsfähigen klimaneutralen Wirtschaft nutzen**; iii) **das interne und externe Handeln der EU stärker miteinander verknüpfen, auch um das Angebot und das Narrativ der EU auf globaler Ebene zu stärken**; iv) **die Verlagerung von Produktion und Verbrauch hin zur Nachhaltigkeit fördern**; v) **ein „Europa der Investitionen“ durch verstärkte Mobilisierung privater Finanzströme zur Unterstützung strategischer Investitionen für den Wandel schaffen**; vi) **die öffentlichen Haushalte nachhaltigkeitsgerecht gestalten**; vii) **politische und wirtschaftliche Indikatoren weiter hin zu nachhaltigem und inklusivem Wohlergehen verlagern**; viii) **Sorge tragen, dass alle erfolgreich zur Nachhaltigkeitswende beitragen können**; ix) **Demokratie stärken, etwa indem die Handlungsmacht der Bürger erweitert wird**; x) **das Instrumentarium der EU zur Krisenvorsorge und -reaktion stärken, um den Katastrophenschutz durch „Katastrophenprävention“ zu ergänzen**.

⁽⁷⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023DC0376&qid=1712066493794>.

⁽⁸⁾ ABl. C/2024/2096, 26.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2096/oj>.

3.7. Das Hauptproblem, das sich aus dem internationalen Kontext ergibt, wird in dem Bericht nur zögerlich angesprochen. Der EWSA schließt sich der Forderung an, dass die EU ihre Politik auf ein **neues Wirtschaftsmodell** ausrichten muss, um die Investitionen zur Verbesserung des Wohlergehens zu erhöhen und die europäische Wirtschaft fairer, widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Ein neues Wirtschaftsmodell könnte einen Dominoeffekt auslösen und auf viele verschiedene Aspekte ausstrahlen, die als kritische Herausforderungen gelten (z. B. der Gesellschaftsvertrag). Eine **Abkopplung des Wirtschaftswachstums von den Ressourcen**, die Förderung und Unterstützung der Kreislaufwirtschaft sowie die Notwendigkeit, miteinander verknüpfte Aspekte anzugehen, die die Hauptprobleme verursachen (z. B. Wasserversorgung, CO₂-Reduzierung, Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels, Pandemievorsorge), setzt auch Änderungen des Verhaltens, des Verbrauchs und der Produktion voraus. All diese Aspekte erfordern nach Ansicht des EWSA massive Investitionen und ein gemeinsames institutionelles Handeln zur Unterstützung der langfristigen Umstellung des Produktionssystems der EU und in Bezug auf die Arbeitnehmer. In diesem Zusammenhang unterstützt der EWSA uneingeschränkt die Überarbeitung der Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren, die bislang hauptsächlich auf dem BIP beruhen.

3.8. Der EWSA nimmt zur Kenntnis, dass einige Länder mehr in die **Verteidigung** und in die Entwicklung von Robotik, digitalen Technologien und Cybertechnologien investieren. Der EWSA weist auf die zunehmende Bedeutung **immaterieller Vermögenswerte** hin, was bei prozessbasierten industriellen und marktbezogenen Veränderungen (z. B. Vertriebsketten und Profiling), Online-Plattformen und Cyberkriegsführung bereits erkennbar ist. Um die unter dem Begriff „EU valley of death“⁽⁹⁾ bekannte Leistungsschwäche der EU im Bereich Innovation und Start-ups zu beseitigen, sind **neue Formen der Finanzierung** und Regulierung erforderlich, die die Entwicklung von Start-up-Unternehmen und die Expansion innovativer Unternehmen fördern.

3.9. Kompetenzen werden in einer sich wandelnden Welt immer wichtiger. Dies geht einher mit einem Wertewandel und dem Streben der jungen Generation nach Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, guter Arbeit und hochwertigen Arbeitsplätzen. Der EWSA erkennt an, dass die **Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung** überarbeitet werden müssen, um dem Ausmaß und der Geschwindigkeit des Wandels gerecht zu werden. Die Flut an Informationen, die künftig zur Verfügung stehen werden, erfordert problemorientiertes Lernen, damit die Menschen den Unsicherheiten und Krisen einer komplexen Welt begegnen können. Vor diesem Hintergrund global zirkulierender Informationen sind Anstrengungen zum Abbau der **Ungleichgewichte** und die Anpassung der Kapazitäten auf geografischer und kultureller Ebene erforderlich.

3.10. Obwohl die Schwachstellen, mit denen die EU in künftigen Szenarien konfrontiert sein könnte, genau aufgeführt werden, stellt der EWSA fest, dass die in der Vorausschau beschriebenen **zehn Handlungsbereiche** keinen klaren Hinweis darauf geben, welche Anstrengungen und Investitionen in spezifische Maßnahmen/Instrumente die EU vorrangig angehen sollte. Wie bereits erwähnt⁽¹⁰⁾, sind die zehn Bereiche nach Ansicht des EWSA zwar relevant, aber sie bieten keine logischen und pragmatischen Lösungen, die sich auf allgemeine Trends und Unsicherheiten auswirken. Daher fordert der EWSA eine Bewertung, welche Tätigkeiten nicht mehr als prioritär anzusehen sind und mit welchen Instrumenten und Maßnahmen sich auf globaler Ebene Wirkung erzielen lassen könnte.

3.11. In der strategischen Vorausschau 2023 wird immer wieder auf die Frage der Governance im geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext Bezug genommen. Der EWSA hält ein geeignetes Maß an strategischer Intelligenz und **vorausschauender Governance** für erforderlich, um einen zukunftsfähigen Regelungsrahmen für die Wachstumsförderung zu gewährleisten. In verschiedenen globalen und lokalen Kontexten, in denen die zunehmende Komplexität Demokratie und Wettbewerbsfähigkeit bedroht, hat sich vielfach gezeigt, dass eine dezentrale Organisationsstruktur, weniger Vorschriften und gemeinsame Dienstleistungen der Grundversorgung die Resilienz und das Überleben gewährleisten können⁽¹¹⁾.

⁽⁹⁾ Phase, bei der sich die Entwicklung von Innovationen und Start-up-Unternehmen verlangsamt und die anfängliche Finanzierung ausläuft, noch bevor die Marktreife und Expansion für eine erfolgreiche Vermarktung erreicht werden.

⁽¹⁰⁾ ABl. C 290 vom 29.7.2022, S. 35.

⁽¹¹⁾ Brafman, O. und Beckstrom, R. A. (2006) „The Starfish and the Spider, die Unstoppable Power of Leaderless Organisations“. NY Penguin: New York, Laloux F (2015) The Future of Management Is Teal. <https://www.strategy-business.com/article/00344?gko=10921>; Hussain S T, Lei S, Akram T, Haider M J, Hussai S H and Ali M (2018) Kurt Lewin's change model: A critical review of the role of leadership and employee involvement in organizational change. Journal of Innovation & Knowledge, 3, S. 123-127; Abubakar, A. M., Elrehail, M. A., Alatailat, H. und Elci, A. (2019) „Knowledge management, decision-making style and organizational performance“. Journal of Innovation & Knowledge, 4, S. 104-114; De Toni, A. F., Biotto, G. und Battistella, C. (2012) „Organizational design drivers to enable emergent creativity in web-based communities“. The Learning Organization 19-4: S. 335-349.

3.12. Der EWSA befürwortet den Schwerpunkt der Kommission auf der Förderung hochwertiger Sozialdienstleistungen, der Sozialpolitik, der Beseitigung von Ungleichheiten und Diskriminierung sowie auf den gemeinsamen aktuellen Themen (Klima, Wasser- und Energiesicherheit, Rohstoffe, Umweltschutz, Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht der sozialen Plattformen). Der EWSA unterstützt uneingeschränkt die Entwicklung des Konzepts der „**Katastrophenprävention**“ in der EU, das in den bestehenden Katastrophenschutz eingebettet und darauf ausgerichtet ist, die Bereitschaft der EU und ihre Fähigkeit, rasch auf Notfälle zu reagieren, zu verbessern. In diesem Zusammenhang bedauert der EWSA, dass in der Strategischen Vorausschau 2023 nicht auf den „**europäischen Blauen Deal**“ eingegangen wird, und betont, wie wichtig es ist, eine Zukunft mit sicherer Wasserversorgung für alle im Rahmen einer umfassenden und ehrgeizigen europäischen Wasserstrategie zu gewährleisten.

3.13. Der EWSA stellt fest, dass in den zehn Bereichen keine **strukturellen Veränderungen** in der institutionellen Organisation aufgezeigt werden, weder im Hinblick auf die geplante EU-Erweiterung, noch bei der Verwaltung der Humanressourcen oder zur Annahme risikoreicher und bahnbrechender Maßnahmen zur Antizipation und Steuerung von Ereignissen auf globaler Ebene. Der Begriff **Nachhaltigkeit** wird in der strategischen Vorausschau immer häufiger verwendet. Nach Auffassung des EWSA erfordert eine integrierte Nachhaltigkeit, die strategische Autonomie, Umweltschutz und eine breite soziale Sicherheit miteinander verbindet, Dialog und Kompromisse sowie eine transparente Kommunikation über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Optionen.

3.14. Die Vorausschau ist ein Prozess des strategischen Denkens innerhalb der Institutionen, der eine kontinuierliche Interaktion mit dem Umfeld, in dem sie tätig sind, einschließt. Sie soll dazu beitragen, die Multi-Level-Governance sachgerechter und wirksamer zu gestalten, um den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht zu werden. Der EWSA fordert die Kommission auf, die auf EU- und nationaler Ebene durchgeführten Vorausschumaßnahmen zu erfassen und zu begleiten.

3.15. Der EWSA bietet seine Organisationsstruktur und sein Fachwissen an, die bei der Ermittlung von Prioritäten und möglichen Maßnahmen und der Einbeziehung verschiedener Interessenträger in die Vorausschau genutzt werden könnten. Dank seiner anerkannten Kompetenz kann er zivilgesellschaftliche Organisationen und Sozialpartner sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene einbinden. Im Rahmen eines strukturierten und koordinierten Fünfjahresprozesses, an dem die einzelnen EWSA-Fachgruppen und die CCMI beteiligt sind, sollen dabei vorausschauende Tätigkeiten durchgeführt werden, um die wichtigsten Trends und Szenarien, Prioritäten und Maßnahmen zu ermitteln. Im Rahmen einer Halbzeitüberprüfung nach drei Jahren sollen dann die einschlägigen Tätigkeiten auf der Grundlage der tatsächlichen Entwicklung der Szenarien erweitert und aktualisiert werden. Die Ergebnisse werden in einem Austauschprozess mit der Kommission, dem Europäischen Parlament und einschlägigen Netzwerken und Initiativen in die europäische Politikgestaltung einfließen.

4. Zentrale Fragen

4.1. Der EWSA fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam die Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter zu gewährleisten und dazu ggf. den EU-Haushalt an das neue Szenario anzupassen. Rohstoffe und Dienstleistungen, die **Verteidigung, Sicherheit** (z. B. in Bezug auf *Lebensmittelsysteme, Wasser- und Energieversorgung und -verteilung, Wirtschaft, FuI, Zugang zu Informationen und strategische Infrastruktur*), **Gesundheit, Bildung** und **Wohlergehen** sicherstellen, sind entscheidende Faktoren, mit denen das umfassende Resilienz-Ökosystem der EU⁽¹²⁾ eine inklusive und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie erreichen und wahren kann.

4.1.1. Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen (z. B. die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten) haben die Außenbeziehungen in einigen Bereichen verschlechtert und gefährden die Stabilität der EU. Gemeinsames politisches Handeln und gemeinsame Anstrengungen auf EU-Ebene würden den Schutz der Menschen und Unternehmen vor diesen (materiellen und immateriellen) externen Risiken, die das umfassende Resilienz-Ökosystem der EU bedrohen, sicherstellen.

4.1.2. Die große Vielfalt der miteinander verflochtenen Marktvariablen in Bezug auf die Sektoren, Interessenträger, Normen und Vorschriften bedeutet, dass die Sicherheit bestimmter Aspekte auf öffentlicher Ebene gewährleistet werden muss. Die Sicherheit der Lebensmittelsysteme und der Wasserversorgung, die Energieerzeugung und -verteilung, Wirtschaft, FuI, die Kommunikation und der Zugang zu Informationen sowie die Nutzung strategischer Infrastrukturen (z. B. Verkehr und Internet) müssen sichergestellt werden.

4.1.3. Die jüngsten Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie haben gezeigt, dass die EU mit dem Beitrag der Forschung und einem auf politischer, logistischer und finanzieller Ebene abgestimmten Vorgehen in der Lage ist, solche Herausforderungen zu bewältigen und sich für künftige Notfälle zu wappnen. Effiziente und wirksame koordinierte öffentliche Gesundheitssysteme und ihre Digitalisierung werden von grundlegender Bedeutung sein, wenn es darum geht, die EU-Bürger bei der Bewältigung von Krankheiten und des Prozess des Alterns zu unterstützen.

⁽¹²⁾ Jungwirth R., Smith H., Willkomm E., Savolainen J., Alonso Villota M., Lebrun M., Aho A., Giannopoulos G., *Hybrid threats: a comprehensive resilience ecosystem – Executive summary*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, 2023, doi:10.2760/113791, JRC129019.

4.1.4. Inklusive und gerechte Bildung und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle sind langjährige Grundprinzipien, bei denen Bildung als Menschenrecht und als öffentliches Gut anerkannt wird. Der Begriff der Bildung als öffentliches Gut unterstreicht die primäre Verantwortung des Staates für die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit und des öffentlichen Interesses an der Bildung.

4.1.5. Wohlergehen ist ein vielschichtiges Konzept mit emotionalen, funktionalen und strukturellen Dimensionen und geht mit einem guten und würdevollen Leben und uneingeschränkter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einher. Es ist ein öffentliches Gut, das mit Selbstbewusstsein, Freiheit, dem Erreichen angemessener Lebensbedingungen, Kreativität, Unternehmertum und bürgerschaftlichem Engagement verbunden ist.

4.2. Der EWSA fordert, wissenschaftliche Spitzenleistungen in der EU zu fördern und ein Ökosystem aufzubauen, das immaterielle Vermögenswerte bereitstellen kann. Dies erfordert eine höhere Bereitschaft zur Finanzierung **risikoreicher Ideen** und die Annahme spezifischer Vorschriften und Standards für deren Schutz in anwendbaren Lösungen (z. B. durch Besteuerung oder Anpassungsmechanismen). Viele neue Technologien wurden bereits ermittelt, von denen einige bei der Bewältigung bestimmter Herausforderungen von Nutzen sein könnten⁽¹³⁾. Langfristig können andere vielversprechende Lösungen zu einer integrierten Nachhaltigkeit führen, bei der die Versorgung mit kritischen Rohstoffen mit Umweltschutz⁽¹⁴⁾ und CO₂-Neutralität (d. h. künstliche Photosynthese⁽¹⁵⁾) einhergeht.

4.2.1. Der EWSA fordert die Schaffung sicherer Räume, z. B. auf lokaler Ebene, für die Erprobung von Szenarien, die Kombination von „Exnovation“ mit Innovation und die Ermittlung erster Anzeichen und bahnbrechender Ideen, um kurz- und langfristige Visionen bei der Vorbereitung gerechter Übergänge zu integrieren.

4.3. Er fordert überdies Anstrengungen zur Ermittlung realisierbarer und wirksamer Optionen für **neue Wirtschaftsmodelle**, die eine inklusive und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten, mit einem hohen Maß an Sozial- und Umweltschutz, hochwertigen Arbeitsplätzen sowie fairen und solidarischen Bedingungen, um das Modell einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft zu erhalten. Darüber hinaus unterstützt der EWSA voll und ganz den Plan, **ergänzende Indikatoren zum BIP** zu ermitteln und diese in politische Maßnahmen und konkrete wirksame Tätigkeiten umzusetzen. Die Kombination verschiedener Indikatoren wird neue Wege zur Bewältigung der Herausforderungen bieten und das Konzept einer ausschließlich auf dem BIP beruhenden Rangfolge der Länder verdrängen.

4.4. Die Bevölkerungsalterung und die uneinheitliche demografische Lage in Europa mit immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter führen zu einer Kombination miteinander verbundener Aspekte (z. B. in Bezug auf Einwanderung, Übergangsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemobilität, Fachkräftemangel, Geburtenraten und Bevölkerungsalterung, Tragfähigkeit der Steuer- und Sozialsysteme), die die sozioökonomische Stabilität der EU gefährden werden. Der EWSA fordert die EU, die Privatwirtschaft und die lokalen Interessenträger auf, auf die Festlegung und Vereinbarung eines neuen europäischen Gesellschaftsvertrags, der den künftigen Herausforderungen gerecht wird, und einer Fiskalkapazität der EU, die die Nachhaltigkeit der Finanzsysteme auf EU- und nationaler Ebene gewährleisten kann, hinzuarbeiten.

⁽¹³⁾ Weltwirtschaftsforum, <https://www.weforum.org/reports/top-10-emerging-technologies-of-2023/>.

⁽¹⁴⁾ Moretti, P. F., Grzybowski, B. A., Basios, V., Fortunato, E., Diez, M. S., Speck, O., Martins, R., „STEM materials: a new frontier for an intelligent sustainable world“, BMC Mat (2019), 1:3; <https://doi.org/10.1186/s42833-019-0004-4>.

⁽¹⁵⁾ Hann, E. C., Overa, S., Harland-Dunaway, M. et al. „A hybrid inorganic–biological artificial photosynthesis system for energy-efficient food production“. *Nat Food* **3**, 461–471 (2022). <https://doi.org/10.1038/s43016-022-00530-x>, Fujishima A, Honda K.: „Electrochemical photolysis of water at a semiconductor electrode“. *Nature* **238** (5358), 7. Juli 1972, S. 37–38; <https://doi.org/10.1038/238037a0>. PMID: 12635268.

4.5. Angesichts einer zunehmend unbeständigen, unsicheren, komplexen und vielschichtigen Welt kann Bildung den Ausschlag geben. In der **allgemeinen und beruflichen Bildung** müssen die Ansätze grundlegend umgestaltet werden, damit die Bildungssysteme für künftige Herausforderungen gewappnet sind. Die Nutzung der Ressourcen unseres Planeten muss durch einen generationenübergreifenden, wissensbasierten Ansatz begleitet werden, um Wohlstand und Wohlergehen für alle zu fördern. Dieser Prozess erfordert die Einbeziehung einer Vielzahl von Interessenträgern ⁽¹⁶⁾. Da den Menschen weltweit eine immer größere Flut an Daten und Informationen zur Verfügung steht, muss der Begriff „Wissen“ überprüft werden. Die Kompetenzen sollten dabei vor allem auf Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken („die vier Zukunftskompetenzen“) ausgerichtet werden ⁽¹⁷⁾.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽¹⁶⁾ OECD, The future of education and skills 2030, [https://www.oecd.org/education/2030/E2030%20Position%20Paper%20\(05.04.2018\).pdf](https://www.oecd.org/education/2030/E2030%20Position%20Paper%20(05.04.2018).pdf).

⁽¹⁷⁾ Gjedde L, Learning Shift, https://www.learningshift.eu/uploads/2/0/8/6/20866568/ls-aau_design.pdf.



C/2024/4058

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/2302 zur wirksameren Gestaltung des Schutzes von Reisenden und zur Vereinfachung und Klarstellung bestimmter Aspekte der Richtlinie

(COM(2023) 905 final – 2023/0435 (COD))

(C/2024/4058)

Berichterstatter: **Philip VON BROCKDORFF**

Berater	Jonathan SPITERI
Befassung:	Europäisches Parlament, 18.1.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch
Annahme im Arbeitsorgan	11.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	134/7/6

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Während der COVID-19-Krise hat sich gezeigt, dass die geltende Richtlinie über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen einige Mängel aufweist. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) befürwortet deshalb den Vorschlag der Kommission, die Richtlinie zu überarbeiten und Urlauber besser zu schützen.

1.2. Der EWSA stellt fest, dass die geltenden Bestimmungen der Pauschalreiserichtlinie zwar für einen harmonisierten Rahmen innerhalb der EU sorgen, aber nicht verhindern, dass sich die Praxis in den einzelnen Mitgliedstaaten in mancher Hinsicht unterscheidet.

1.3. Nach der geltenden Richtlinie sind Verbraucher zwar bei Insolvenz des Reiseveranstalters geschützt, dieser Schutz geht jedoch aus Sicht des EWSA teilweise nicht weit genug. So sind bei der Umsetzung der Richtlinie auf nationaler Ebene, beispielsweise im Fall der Insolvenz von Thomas Cook, einige Probleme aufgetreten, und während der Pandemie gab es Rechtsunsicherheiten. Warum ein wirksames System nötig ist, in dessen Rahmen Reisende Schutz genießen, während Dienstleister entlang der gesamten Versorgungskette in die Verantwortung genommen werden, ist also klar.

1.4. Der EWSA ist daher der Ansicht, dass es sowohl an der Zeit als auch notwendig war, die Pauschalreiserichtlinie zu überarbeiten, und begrüßt die überarbeitete Fassung grundsätzlich, da sie darauf abzielt, Gutscheinsysteme im Recht zu verankern und dafür zu sorgen, dass Reisende klare Informationen und rechtliche Garantien erhalten, während Reiseunternehmen mehr Flexibilität eingeräumt wird.

1.5. Der EWSA begrüßt, dass die Überschneidungen zwischen Pauschalreisen und verbundenen Reiseleistungen gestrichen wurden. Damit handelt es sich nun um eine Pauschalreise, wenn verschiedene Arten von Reiseleistungen für dieselbe Reise oder denselben Urlaub gleichzeitig bei ein und derselben Vertriebsstelle erworben werden. So haben Unternehmen nicht länger die Möglichkeit, beim Verkauf von Pauschalreisen verbundene Reiseleistungen zu vermarkten, das heißt, die Verbraucher sind geschützt.

1.6. Der EWSA stellt fest, dass Verbraucher bei eigenständigen Flugscheinen und Pauschalreisen in hohem Maße auf Vermittler angewiesen sind. Der über Vermittler laufende Verkauf eigenständiger Flugscheine fällt jedoch unter die Fluggastrechteverordnung, die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 der Kommission ⁽¹⁾. Im Rahmen der Pauschalreiserichtlinie, die für Pauschalreisen gilt, können diese Mängel also nicht behoben werden. Der EWSA nimmt jedoch zur Kenntnis, dass der Vorschlag für eine Pauschalreiserichtlinie den Vorschriften der Fluggastrechteverordnung Rechnung trägt und darauf ausgerichtet ist, für mehr Kohärenz mit der Fluggastrechteverordnung zu sorgen.

1.7. Aus Sicht des EWSA ist es der Kommission mit wesentlichen, zweckmäßigen Änderungen im Rahmen ihres Vorschlags zur Pauschalreiserichtlinie gelungen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Schutz der Reisenden einerseits und den Interessen der Pauschalreiseunternehmen andererseits herzustellen. Zudem würden bei Erstattungsansprüchen der Kunden im Fall der Annullierung von Leistungen alle Leistungserbringer entlang der Versorgungskette in die Verantwortung genommen, was jedoch in der Pauschalreiserichtlinie unabhängig von ihrer Überarbeitung ohnehin vorgesehen ist. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass den Leistungserbringern in Ausnahmesituationen, wie zuletzt während der COVID-19-Pandemie, Liquiditätsgrenzen gesetzt sind.

1.8. Der EWSA betrachtet Pauschalreisen als ein wichtiges Segment der Tourismusbranche; sie sind die sicherste Art zu reisen und bieten dabei den besten Verbraucherschutz. Der Vorschlag der Kommission ist darauf ausgerichtet, Schwachstellen in der Pauschalreiserichtlinie zu beseitigen. Der EWSA begrüßt das, da sich der Vorschlag für Veranstalter von Pauschalreisen positiv auswirken wird, und zwar insbesondere, was das Recht auf Erstattung zwischen Unternehmen und die Vorschriften über Gutscheine betrifft, die beide den Reiseveranstaltern helfen, ihre Liquidität aufrechtzuerhalten.

1.9. Der Vorschlag ist darauf ausgerichtet, die von Reisenden geleisteten Anzahlungen für Pauschalreisen auf EU-Ebene zu regeln; diese werden auf 25 % des Gesamtpreises der Pauschalreise begrenzt, sofern kein höherer Betrag gerechtfertigt ist (d. h., die Begrenzung kann bei Bedarf flexibel gehandhabt werden, wenn Pauschalreiseunternehmen Leistungserbringer bezahlen müssen). Der EWSA ist der Ansicht, dass diese Flexibilität bei Pauschalreisen notwendig ist und Reiseunternehmen dadurch keine höheren Anzahlungen an Leistungserbringer entstehen, ihr Cashflow also gesichert ist. Dabei ist jedoch auch zu klären, wie die vorgeschlagene Anforderung anzuwenden ist, wenn eine Pauschalreise in Form einer zusätzlichen Reiseleistung gebucht wird und Zahlungen an verschiedene Anbieter geleistet werden.

1.10. Der EWSA nimmt zudem zur Kenntnis, dass im Vorschlag der Kommission weiterhin die Möglichkeit höherer Anzahlungen vorgesehen ist, um Vorauszahlungen an Leistungserbringer wie Fluggesellschaften abzudecken.

1.11. Insgesamt spricht sich der EWSA dafür aus, dass das Ergebnis des Kommissionsvorschlags möglichst ausgewogen sein sollte, damit sichergestellt ist, dass EU-Pauschalreisen so wettbewerbsfähig wie möglich bleiben und gleichzeitig, bei minimalen preislichen Auswirkungen und Belastungen für Unternehmen, für den Schutz der Verbraucher gesorgt ist.

2. Hintergrund

2.1. Die EU ist mit zwei Dritteln aller internationalen Touristenankünfte weltweit das Reiseziel Nummer eins. Schätzungen zufolge umfasst die Tourismusbranche in der Europäischen Union 2,3 Millionen Unternehmen und beschäftigt 12,3 Millionen Menschen ⁽²⁾.

2.2. Europäische Bürger treten mit Tourismusunternehmen im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Reiseleistungen und auf unterschiedliche Weise – direkt oder über Vermittler – in Kontakt. Mit der Richtlinie (EU) 2015/2302 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen (auch „Pauschalreiserichtlinie“) sollte der Rechtsrahmen für Pauschalreisen modernisiert und ein gewisser Schutz für Verbraucher sichergestellt werden, gleichzeitig sollte der Wettbewerb zwischen verschiedenen Arten von Reiseunternehmen auf dem Pauschalreisemarkt gestärkt werden.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 261/2004 der Kommission vom 30. Dezember 2003 über das Fischereiflottenregister der Gemeinschaft (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 25).

⁽²⁾ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/126/turizem>

⁽³⁾ Directive (EU) 2015/2302 of the European Parliament and of the Council of 25 November 2015 on package travel and linked travel arrangements, amending Regulation (EC) No 2006/2004 and Directive 2011/83/EU of the European Parliament and of the Council and repealing Council Directive 90/314/EEC (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 1).

2.3. Durch die restriktiven Maßnahmen nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, als Pauschalreisen massenhaft annulliert wurden, und die Insolvenz von Thomas Cook im Jahr 2019 wurde die Wirksamkeit der geltenden Richtlinie auf eine harte Probe gestellt. Aufgrund der Vielzahl der Annullierungen erhielten viele Reisende entweder gar keine Erstattung, oder sie erhielten diese erst deutlich später als innerhalb der in der Richtlinie vorgeschriebenen 14 Tage. Von der Kommission wurde daraufhin empfohlen und angeregt, Gutscheine zu verwenden, die allerdings der Zustimmung der Reisenden bedürfen und vor einer Insolvenz des Pauschalreiseveranstalters geschützt sein müssen. Trotz dieser Empfehlung wichen mehrere Mitgliedstaaten von der Pauschalreiserichtlinie ab, was dazu führte, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen elf Mitgliedstaaten einleitete.

2.4. Vor diesem Hintergrund schlug die Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie vor, um den Verbraucherschutz auch im Fall einer Krise wie der COVID-19-Pandemie zu stärken. Der Vorschlag der Kommission ist auch darauf ausgerichtet, das Funktionieren des Binnenmarkts im Pauschalreisesektor zu verbessern. Die vorgeschlagenen Überarbeitungen sind darauf ausgerichtet, die in der geltenden Richtlinie in Bezug auf Lücken, Rechtsunsicherheit und Komplexität bestehenden Schwachstellen zu beseitigen.

2.5. Außerdem zielt die überarbeitete Richtlinie darauf ab, die Kohärenz zwischen der Pauschalreiserichtlinie und der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 (der so genannten Fluggastrechteverordnung) zu verbessern, und zwar insbesondere durch die Einführung von Gutscheinen und Erstattungen zwischen Unternehmen. Das in dem Vorschlag vorgesehene Recht auf Erstattung zwischen Unternehmen bedeutet, dass Reiseveranstalter bei Annullierung einer Reiseleistung Anspruch auf Erstattung der Zahlungen seitens der Leistungserbringer innerhalb von sieben Tagen haben. Dadurch können Reiseveranstalter Reisenden innerhalb von 14 Tagen eine Erstattung zahlen, ohne die eigene Liquidität zu gefährden.

2.6. Da Pauschalreisen grenzüberschreitend stattfinden – EU-Bürger reisen überall innerhalb und außerhalb der EU, und Reiseveranstalter verkaufen Pauschalreisen auch an Reisende in anderen Mitgliedstaaten – wird mit dem Vorschlag der Kommission auf ein EU-weites Problem reagiert. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters von Pauschalreisen sind EU-Rechtsvorschriften die einzige Möglichkeit, um die Probleme, von denen Reisende betroffen sind, zu beheben. Der Schutz von EU-Reisenden kann allein auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten nicht sichergestellt werden.

2.7. Maßnahmen auf EU-Ebene bieten die wirksamste Lösung, um sowohl Reisenden als auch Reiseveranstaltern aus der EU einen angemessenen Schutz zu gewährleisten und gleichzeitig das Funktionieren des Binnenmarkts für Pauschalreisen zu verbessern. Indem die vorgeschlagenen Gutscheine und Anzahlungen sowie der Insolvenzschutz auf EU-Ebene geregelt werden, wird in der Branche für einheitlichere Bedingungen gesorgt. Die Möglichkeit, dass die Mitgliedstaaten die Art des nationalen Insolvenzschutzsystems selbst wählen (beispielsweise ein auf Versicherungspolicen basierendes System oder einen Fonds auf Gegenseitigkeit, in den Reiseveranstalter einzahlen) bleibt erhalten. Um die Wirksamkeit der nationalen Systeme zu gewährleisten, sind in dem Vorschlag zusätzliche Parameter vorgesehen und wird von den Mitgliedstaaten erwartet, dass sie den Insolvenzschutz von Reiseveranstaltern überwachen. In dem Vorschlag ist festgelegt, dass die Mitgliedstaaten in Fällen, in denen ein wirksamer Insolvenzschutz geboten ist, zusätzlich zu Insolvenzversicherungspolicen auch einen Sicherungsfonds einrichten können. Durch die Einrichtung solcher Fonds können die Kosten für Pauschalreisen steigen. Die Mitgliedstaaten sind jedoch nicht zur Einrichtung solcher Fonds verpflichtet, und die Möglichkeit, Sicherungsfonds für den Insolvenzschutz einzurichten, besteht bereits.

2.8. Ferner ist im Vorschlag der Kommission vorgesehen, dass Reiseveranstalter anstelle von Erstattungen vom Insolvenzschutz gedeckte Gutscheine anbieten können, die jedoch der Zustimmung der Reisenden bedürfen. Für Unternehmen ist das eine positive Maßnahme, da sie ihnen zu mehr Liquidität verhelfen kann. Die Absicherung von Gutscheinen und offenen Erstattungsansprüchen durch den Insolvenzschutz kann für Betreiber in Mitgliedstaaten, in denen Gutscheine und Erstattungsansprüche zurzeit nicht unter den Insolvenzschutz fallen, zu einem Anstieg der Insolvenzschutzkosten führen. Doch selbst wenn einige zusätzlichen Kosten entstehen, profitieren die Verbraucher schließlich durch die mit Gutscheinen verbundenen rechtlichen Garantien von einem besseren Schutz, einschließlich Insolvenzschutz.

2.9. Die Kommission schlägt zudem für Anzahlungen eine flexible Begrenzung auf 25 % vor. Dieser Wert kann heraufgesetzt werden, wenn das zur Deckung höherer Vorauszahlungen an Leistungserbringer oder anderer mit der Organisation und Durchführung der Pauschalreise zusammenhängender Kosten notwendig ist, soweit diese Kosten zum Zeitpunkt der Buchung zu decken sind. In der Folgenabschätzung der Kommission wird davon ausgegangen, dass sich die Zusatzkosten für die Reiseveranstalter in Grenzen halten und die Preise für Reisende nur geringfügig steigen dürften.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Die geltende Richtlinie über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen („Pauschalreiserichtlinie“) bietet Urlaubern ein hohes Schutzniveau. So sind sie im Fall der Insolvenz von Pauschalreiseveranstaltern, einschließlich Reiseveranstaltern, geschützt und haben, wenn Probleme während der Reise auftreten, besondere Rechte, z. B. Anspruch auf alternative Leistungen, Preisminderung und Entschädigung. Darüber hinaus haben sie nach der Richtlinie im Fall unvermeidbarer und außergewöhnlicher Umstände das Recht, eine Pauschalreise zu annullieren und haben dann Anspruch auf Erstattung der getätigten Zahlungen. Die COVID-19-Krise hat jedoch gezeigt, dass die Richtlinie eine Reihe von Mängeln aufweist. Der EWSA befürwortet deshalb den Vorschlag der Kommission, die Richtlinie zu überarbeiten und Urlauber besser zu schützen.

3.2. Der EWSA stellt fest, dass die geltenden Bestimmungen der Pauschalreiserichtlinie zwar für einen harmonisierten Rahmen innerhalb der EU sorgen, dabei aber nicht verhindern können, dass sich die Praxis in den einzelnen Ländern in mancher Hinsicht unterscheidet. Für Tausende von Verbrauchern war die Art und Weise, wie Reiseveranstalter während der Pandemie Erstattungen für annullierte Pauschalreisen handhabten, mit Nachteilen verbunden, und 15 Mitgliedstaaten erließen von der Pauschalreiserichtlinie abweichende Vorschriften, wonach Pauschalreiseveranstaltern vorübergehend gestattet wurde, Erstattungen zurückzustellen oder Verbrauchern lediglich Gutscheine anzubieten. Die Kommission leitete Vertragsverletzungsverfahren gegen elf Mitgliedstaaten ein.

3.3. Darüber hinaus stellt der EWSA fest, dass nach der geltenden Pauschalreiserichtlinie keine Fristen für die Bearbeitung von Verbraucherbeschwerden gelten und keinerlei Verpflichtung dazu besteht, die Verbraucher an alternativen Streitbeilegungsverfahren zu beteiligen. Außerdem sind Reiseveranstalter den Entscheidungen der Durchsetzungsbehörden in vielen Fällen nicht nachgekommen. Es kann also notwendig sein, die Nichteinhaltung von Fristen zu sanktionieren. Außerdem würde das Risiko für die Verbraucher begrenzt, und auch der Insolvenzschutz für Reiseveranstalter würde günstiger, wenn für Vorauszahlungen und Zahlungspläne Höchstprozentsätze gelten würden.

3.4. Nach der geltenden Richtlinie sind Verbraucher zwar bei Insolvenz des Reiseveranstalters geschützt, dieser Schutz geht jedoch aus Sicht des EWSA teilweise nicht weit genug. So sind bei der Umsetzung der Richtlinie auf nationaler Ebene, beispielsweise im Fall der Insolvenz von Thomas Cook, einige Probleme aufgetreten, und während der Pandemie gab es Rechtsunsicherheiten. Es ist also klar, warum die Pauschalreiserichtlinie überarbeitet werden muss, und in der Folge werden auch nationale Insolvenzschutzsysteme besser greifen. Im Rahmen dieser Systeme sollten Verbraucher unter allen vermeidbaren und sonstigen Umständen Schutz genießen und Erstattungen innerhalb angemessener Fristen erfolgen.

3.5. Nach dem derzeitigen Stand haben Verbraucher, wenn ein Pauschalreiseveranstalter (z. B. ein Reiseveranstalter) oder ein Reisender eine Pauschalreise aufgrund „unvermeidbarer und außergewöhnlicher Umstände“ annulliert, Anspruch auf finanzielle Erstattung innerhalb von 14 Tagen. Allerdings tauchen in der geltenden Richtlinie Gutscheine in diesem Zusammenhang nicht auf. Der EWSA ist daher der Ansicht, dass es sowohl an der Zeit als auch notwendig war, die Pauschalreiserichtlinie zu überarbeiten, und begrüßt die überarbeitete Fassung grundsätzlich, da sie darauf abzielt, Gutscheinsysteme im Recht zu verankern und dafür zu sorgen, dass Reisende klare Informationen und rechtliche Garantien erhalten, während Reiseunternehmen mehr Flexibilität eingeräumt wird.

3.6. Zurzeit können Urlauber ihren Urlaub abbrechen, ohne dass Gebühren anfallen, wenn am Zielort oder in der Nähe des Reiseziels „unvermeidbare und außergewöhnliche Umstände“ eintreten. In der geltenden Richtlinie ist jedoch nur festgelegt, dass Reisende „vor Beginn der Pauschalreise“ annullieren können, eine Frist ist dafür nicht angegeben. Bei Ausbruch der COVID-19-Pandemie verweigerten viele Reiseveranstalter Verbrauchern eine Erstattung, weil für die Rücktrittserklärung keine genaue Frist vorgegeben war. Der EWSA stellt fest, dass im Vorschlag der Kommission keine genaue Frist für die Erklärung über die Beendigung des Vertrags vorgesehen ist.

3.7. Verbundene Reiseleistungen können oftmals komplex sein, sodass sich Verbraucher in vielen Fällen nicht sicher sind, ob es sich bei ihrer Buchung um eine Pauschalreise oder verbundene Reiseleistungen handelt. Dieser Umstand kann von Reiseveranstaltern ausgenutzt werden. Daher begrüßt der EWSA, dass die Überschneidungen zwischen Pauschalreisen und verbundenen Reiseleistungen gestrichen wurden: Nunmehr handelt es sich um eine Pauschalreise, wenn verschiedene Arten von Reiseleistungen für dieselbe Reise oder denselben Urlaub gleichzeitig bei ein und derselben Vertriebsstelle erworben werden. So haben Unternehmen nicht länger die Möglichkeit, beim Verkauf von Pauschalreisen verbundene Reiseleistungen zu vermarkten, das heißt, die Verbraucher sind geschützt.

3.8. In Bezug auf Online-Buchungen stellt der EWSA fest, dass Verbraucher bei eigenständigen Flugscheinen und Pauschalreisen in erheblichem Maße auf Vermittler angewiesen sind. Der über Vermittler laufende Verkauf eigenständiger Flugscheine fällt jedoch unter die Fluggastrechteverordnung, die Verordnung (EG) Nr. 261/2004. Im Rahmen der Pauschalreiserichtlinie, die für Pauschalreisen gilt, können diese Mängel also nicht behoben werden. Der EWSA nimmt jedoch zur Kenntnis, dass der Vorschlag für eine Pauschalreiserichtlinie den Vorschriften der Fluggastrechteverordnung Rechnung trägt und darauf ausgerichtet ist, für mehr Kohärenz mit der Fluggastrechteverordnung zu sorgen.

4. Besondere Bemerkungen

4.1. Aus Sicht des EWSA ist es der Kommission mit zweckmäßigen Änderungen im Rahmen ihres Vorschlags zur Pauschalreiserichtlinie gelungen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Schutz der Reisenden einerseits und den Interessen der Pauschalreiseunternehmen andererseits herzustellen.

4.2. Der EWSA betrachtet Pauschalreisen als ein wichtiges Segment der Tourismusbranche; sie sind die sicherste Art zu reisen und bieten dabei den besten Verbraucherschutz. Der Vorschlag der Kommission ist darauf ausgerichtet, Schwachstellen in der Pauschalreiserichtlinie zu beseitigen. Der EWSA begrüßt das, da sich der Vorschlag für Veranstalter von Pauschalreisen positiv auswirken wird, und zwar insbesondere, was das Recht auf Erstattung zwischen Unternehmen und die Vorschriften über Gutscheine betrifft, die beide den Reiseveranstaltern helfen, ihre Liquidität aufrechtzuerhalten.

4.3. Der Vorschlag ist darauf ausgerichtet, die von Reisenden geleisteten Anzahlungen für Pauschalreisen auf EU-Ebene zu regeln; diese werden auf 25 % des Gesamtpreises der Pauschalreise begrenzt. (Die Begrenzung kann bei Bedarf flexibel gehandhabt werden, wenn Pauschalreiseunternehmen Leistungserbringer bezahlen müssen.) Reiseleistungen werden von den Kunden zwar oft bereits bei der Buchung in voller Höhe bezahlt, aber der EWSA ist der Ansicht, dass diese Flexibilität in Bezug auf Anzahlungen notwendig ist, um für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Interessen von Unternehmen und denen der Reisenden zu sorgen und weil Reiseunternehmen auf diese Weise nicht durch höhere Anzahlungen an Leistungserbringer unter Druck geraten, ihr Cashflow also gesichert ist. Zudem würden bei Erstattungsansprüchen der Kunden im Fall der Annullierung von Leistungen alle Leistungserbringer entlang der Versorgungskette in die Verantwortung genommen, was jedoch in der Pauschalreiserichtlinie unabhängig von ihrer Überarbeitung ohnehin vorgesehen ist. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass den Leistungserbringern in Ausnahmesituationen, wie zuletzt während der COVID-19-Pandemie, Liquiditätsgrenzen gesetzt sind.

4.4. Der EWSA weist zudem darauf hin, dass in der Folgenabschätzung der Kommission festgestellt wurde, dass die Anzahlungen, die Veranstalter von Pauschalreisen gegenwärtig verlangen, erheblich unter 100 % liegen, nämlich üblicherweise bei 25 bis 35 %. Durch die vorgeschlagene neue Bestimmung für Pauschalreisen würden Vorauszahlungen also nur leicht, um 5 %, reduziert. Der EWSA stimmt zudem dem Vorschlag zu, Pauschalreiseunternehmen dahingehend mehr Flexibilität einzuräumen, dass sie, soweit das gerechtfertigt ist, eine Anzahlung von mehr als 25 % verlangen können. Dabei ist jedoch auch zu klären, wie bei der vorgeschlagenen Anzahlung vorzugehen ist, wenn eine Pauschalreise in Form einer zusätzlichen Reiseleistung gebucht wird und Zahlungen an verschiedene Anbieter geleistet werden.

4.5. Der EWSA nimmt zur Kenntnis, dass im Vorschlag der Kommission weiterhin die Möglichkeit höherer Anzahlungen vorgesehen ist, um Vorauszahlungen an Leistungserbringer wie Fluggesellschaften abzudecken. Die Umsetzung des Vorschlags dürfte sich auf Leistungserbringer wie Fluggesellschaften und deren Geschäftstätigkeit also kaum auswirken.

4.6. Der EWSA stellt zudem fest, dass sich der Tourismus inzwischen von den verheerenden Folgen der als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie vorgesehenen Einschränkungen zum Schutz der Gesundheit erholt hat. Die Pandemie war ein außergewöhnlicher Umstand. Unter normalen Umständen hat sich die Pauschalreisebranche als sehr erfolgreich erwiesen – Verbraucher waren äußerst selten mit Problemen konfrontiert. Der EWSA vertritt die Auffassung, dass der Vorschlag der Kommission, soweit er sorgfältig justiert wird, zu einer weiteren Stärkung der Branche beitragen dürfte.

4.7. Insgesamt spricht sich der EWSA dafür aus, dass das Ergebnis des Kommissionsvorschlags möglichst ausgewogen sein sollte, damit sichergestellt ist, dass EU-Pauschalreisen so wettbewerbsfähig wie möglich bleiben und gleichzeitig, bei minimalen preislichen Auswirkungen und Belastungen für Unternehmen, für den Schutz der Verbraucher gesorgt ist.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Olivier RÖPKE



C/2024/4059

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT)

(COM(2023) 532 final – 2023/0321 (CNS))

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Verrechnungspreisgestaltung

(COM(2023) 529 final – 2023/0322 (CNS))

(C/2024/4059)

Berichterstatter: **Petru Sorin DANDEA**

Befassung	Rat der Europäischen Union, 14.11.2023 und 30.11.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 115 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme im Arbeitsorgan	10.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	179/0/4

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt das kontinuierliche Engagement der Kommission für die Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT) mit dem Ziel, die Konsolidierung des Binnenmarkts zu unterstützen.

1.2. Der EWSA stellt fest, dass über die Vorschläge der Kommission zur gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) von 2011 und zur gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKB) von 2016, die beide auf die Entwicklung einer gemeinsamen unionsweiten Steuerbemessungsgrundlage abzielen, kein politischer Konsens im Rat erzielt werden konnte. Dies wurde bei der Vorlage des BEFIT-Legislativvorschlags sowohl unter politischen als auch technischen Aspekten berücksichtigt.

1.3. Der EWSA unterstützt die Entscheidung der Kommission, BEFIT in Form einer EU-Richtlinie vorzuschlagen, da die derzeitige Vielfalt an unterschiedlichen nationalen Vorschriften zu Fragmentierung und Diskrepanzen führt und grenzüberschreitende Tätigkeiten im Binnenmarkt aufgrund der hohen Kosten, die den Unternehmen bei der Befolgung der Vorschriften mehrerer Rechtsrahmen entstehen, behindert.

1.4. Der EWSA stellt fest, dass die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 48 Absatz 2 des BEFIT-Vorschlags berechtigt sind, den ihnen zugerechneten Anteilen Erhöhungen der Steuerbemessungsgrundlage, Steuerabzüge oder Steueranreize hinzuzufügen. Er erkennt zwar an, wie wichtig es ist, den Mitgliedstaaten Spielraum einzuräumen. Eine solche Flexibilität könnte jedoch dem Ziel der Kommission zuwiderlaufen, die Befolgungskosten für die Unternehmen zu verringern.

1.5. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass die Einigung über Säule 2 zur Schaffung eines gemeinsamen EU-Rechtsrahmens für die Unternehmensbesteuerung beitragen könnte. Nach Ansicht des EWSA sollte im Sinne der Vereinfachung und der Kostensenkung BEFIT so weit wie möglich an die Vorschriften der zweiten Säule der OECD angeglichen werden.

1.6. Der EWSA stellt fest, dass es keine besonderen Vorschriften oder Anreize für Innovationstätigkeiten oder bestimmte Wirtschaftszweige gibt, obwohl die Berichtigungen der Finanzausweise unter BEFIT begrenzter sind als bei Säule 2. So ist bspw. unklar, ob die von einigen Mitgliedstaaten angebotenen Innovationssysteme und Patentboxen beibehalten werden.

1.7. Nach Auffassung des EWSA erfordert die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Verlustausgleichs in einer BEFIT-Gruppe Klarstellungen sowohl in Bezug auf zeitliche Beschränkungen für Verlustvorträge/Verlustrückträge als auch in Bezug auf die Koexistenz mit Säule 2. BEFIT bietet die Möglichkeit, durch Aggregation Verluste in einem Mitgliedstaat mit Gewinnen in einem anderen Mitgliedstaat grenzüberschreitend zu verrechnen. Dies könnte jedoch im Widerspruch zu einer Ergänzungssteuer im Rahmen von Säule 2 (um einen effektiven Mindeststeuersatz von 15 % sicherzustellen) stehen.

1.8. Der EWSA empfiehlt, dass jede Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem BEFIT-Rahmen im Einklang mit dem in der DSGVO⁽¹⁾ verankerten Grundsatz der „Datenminimierung“ erfolgt. Dabei wird die Erhebung personenbezogener Daten auf das für die spezifischen Zwecke des BEFIT-Vorschlags unmittelbar relevante und erforderliche Maß beschränkt, und die Daten sind nur für den dafür erforderlichen Mindestzeitraum zu speichern.

1.9. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass mehrere Konzepte und Fragen im Zusammenhang mit den Rechtsvorschriften über die Verrechnungspreisgestaltung geklärt werden müssen, um den Rechtsrahmen sicherer und berechenbarer zu machen. Dadurch könnten die Befolgungskosten für KMU im laufenden Geschäftsbetrieb und möglicherweise auch die Verfahrens- und Gerichtskosten gesenkt werden.

1.10. Es sei darauf hingewiesen, dass einige Ziele des Kommissionsvorschlags möglicherweise auch durch eine Überarbeitung der Richtlinie über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten hätten verfolgt werden können. Es bleibt abzuwarten, wie andere wichtige Drittländer auf das neue EU-Konzept für Verrechnungspreisvorschriften reagieren werden. Nach Auffassung des EWSA wäre es auch hilfreich, das Gemeinsame Verrechnungspreisforum wieder einzurichten, um zu erörtern, wie Streitigkeiten über Verrechnungspreise innerhalb der EU besser bewältigt werden können.

1.11. Der EWSA betont, dass die Befolgungskosten und der Verwaltungsaufwand für Unternehmen, die am BEFIT-Vorschlag interessiert sind, sorgfältig bewertet werden müssen, damit sie die tatsächlichen Vorteile des neuen Rahmens für Unternehmen in ganz Europa verstehen können. Die von der Kommission geplanten Maßnahmen zur Überwachung der Wirksamkeit und Effizienz von BEFIT scheinen diesbezüglich zielführend zu sein (Umsetzung und erste BEFIT-Betriebskosten; Zahl der Unternehmensgruppen, die zwingend dem Anwendungsbereich des Vorschlags unterliegen, sowie die Zahl der freiwillig teilnehmenden Unternehmen; Entwicklung der Befolgungskosten; Zahl der Doppelbesteuerungsstreitigkeiten).

1.12. Der EWSA stellt fest, dass der Kommission zufolge BEFIT „auch im Hinblick auf die Eigenmittel relevant [ist], so wie dies aus der Mitteilung ‚Die nächste Generation von Eigenmitteln für den EU-Haushalt‘ von 2021 hervorgeht“. Aufgrund des langwierigen und ungewissen Gesetzgebungsverfahren für BEFIT ist es jedoch schwierig, sowohl den für Eigenmittel verfügbaren Betrag als auch den Zeitpunkt abzusehen, zu dem diese zusätzlichen Mittel verfügbar sein werden.

1.13. Um eine angemessene Koordinierung zwischen BEFIT und den spezifischen nationalen Steuervorschriften zu gewährleisten, die in einigen Mitgliedstaaten für sozialwirtschaftliche Einrichtungen wie Genossenschaften und Sozialunternehmen gelten, fordert der EWSA, die Existenz solcher speziellen Steuervorschriften im neuen Rahmen anzuerkennen.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

2. Vorschlag der Kommission und Hintergrund

2.1. Der Kommissionsvorschlag zur „Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT)“ betrifft ein neues einheitliches Regelwerk zur Bestimmung der Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmensgruppen. Er zielt darauf ab, die Befolgungskosten für grenzüberschreitend tätige Großunternehmen zu senken. Dadurch können die nationalen Behörden die zu entrichtenden Steuern einfacher feststellen.

2.2. Der Kommissionsvorschlag ersetzt die beiden früheren Vorschläge über die gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKB) und die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) von 2011 bzw. 2016, die aufgrund mangelnden politischen Konsenses zurückgezogen wurden. Der neue Rahmen basiert auf den bisherigen Erfahrungen mit der GKKB, dem internationalen Steuerabkommen der OECD/G20 über die globale Mindestbesteuerung und auf der Ende 2022 angenommenen Richtlinie zur zweiten Säule.

2.3. Was den Anwendungsbereich betrifft, so werden die neuen Vorschriften für in der EU tätige Gruppen mit einem jährlichen Gesamtumsatzerlös von mindestens 750 Mio. EUR verbindlich sein, wenn die oberste Muttergesellschaft mindestens 75 % der Eigentumsrechte oder der Ansprüche auf Gewinnbeteiligung hält. Ein Mitglied der BEFIT-Gruppe muss diese Schwellenwerte ohne Unterbrechung während des gesamten Geschäftsjahres einhalten. Für andere kleinere Gruppen, z. B. grenzüberschreitend tätige KMU-Gruppen, ist der Rechtsrahmen optional, sofern sie konsolidierte Jahresabschlüsse aufstellen.

2.4. Insbesondere enthält der Kommissionsvorschlag gemeinsame Regeln zur Bestimmung der Steuerbemessungsgrundlage auf Unternehmensebene. Alle Unternehmen, die derselben Gruppe angehören, werden ihre Steuerbemessungsgrundlagen anhand gemeinsamer Regeln für steuerliche Anpassungen ihrer Jahresabschlüsse ermitteln.

2.5. Die Aggregation der Steuerbemessungsgrundlage der Gruppe auf Ebene der EU ist für das Funktionieren des neuen Rahmens zentral. Die Steuerbemessungsgrundlagen aller Gruppenmitglieder werden zu einer einzigen Steuerbemessungsgrundlage aggregiert. Dies ermöglicht den grenzübergreifenden Verlustausgleich, da Verluste automatisch mit Gewinnen grenzüberschreitend verrechnet werden. Eine solche Entlastung ist derzeit kaum möglich, was zu Überbesteuerung der Konzerngewinne führen und Unternehmen von grenzüberschreitenden Aktivitäten im Binnenmarkt abhalten könnte.

2.6. Die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage wird dann nach der für den Übergangszeitraum geltenden Zurechnungsregel zugerechnet. Dabei wird auf den prozentualen Anteil des jeweiligen Mitglieds der BEFIT-Gruppe an der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage abgestellt, der aus dem Durchschnitt der steuerlichen Ergebnisse der vorangegangenen drei Geschäftsjahre errechnet wird. Die Zurechnungsregel für den Übergangszeitraum erleichtert die Festlegung einer dauerhaften Zuteilungsmethode, die auf einer Formelaufteilung nach Maßgabe wesentlicher Faktoren beruhen kann.

2.7. Im Einzelnen enthält Kapitel II Regeln für die Ermittlung des vorläufigen steuerlichen Ergebnisses jedes Mitglieds der BEFIT-Gruppe unter Anwendung der Vorschriften von Abschnitt 2 über „Anpassungen der bilanziellen Nettoerträge oder -verluste“, Abschnitt 3 über „Abschreibung“ und Abschnitt 4 über den „maßgeblichen Zeitpunkt und die Bestimmung von Beträgen“.

2.8. Aus organisatorischer Sicht kann dank der hybriden zentralen Anlaufstelle gemäß den Bestimmungen von Kapitel V ein Gruppenmitglied bei der Steuerverwaltung eines Mitgliedstaats die Steuererklärungen der Gruppe einreichen. Mit anderen Worten: die „erklärungspflichtige Einheit“, bei der es sich grundsätzlich um die oberste Muttergesellschaft handelt, gibt die Erklärung („gemeinsame BEFIT-Erklärung“) für die gesamte BEFIT-Gruppe bei der für sie zuständigen Steuerverwaltung („Behörde der Erklärungsabgabe“) ab. Die Behörde der Erklärungsabgabe übermittelt dann alle relevanten Informationen an die anderen Mitgliedstaaten, in denen die Gruppe tätig ist.

2.9. Steuerprüfungen und Streitbeilegungsverfahren erfolgen weiterhin auf nationaler Ebene. Unter bestimmten Umständen müssen Prüfungen im Rahmen des bestehenden Rechtsrahmens gemeinsam durchgeführt werden. Für jede BEFIT-Gruppe gibt es außerdem ein „BEFIT-Team“, in dem Vertreter jeder zuständigen Steuerverwaltung aus den Mitgliedstaaten, in denen die Gruppe tätig ist, zum Informationsaustausch und zur Koordinierung zusammenkommen.

2.10. Laut Kommissionsvorschlag [sollten die Mitgliedstaaten], „um sicherzustellen, dass die Vorschriften des gemeinsamen Rahmens korrekt um- und durchgesetzt werden, [...] Vorschriften für Sanktionen festlegen, die bei Verstößen gegen die gemäß dieser Richtlinie erlassenen nationalen Vorschriften zu verhängen wären. Solche Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.“

2.11. Der Kommissionsvorschlag enthält auch gezielte Vorschriften zur Harmonisierung der Verrechnungspreisvorschriften innerhalb der EU. Damit soll ein gemeinsamer Ansatz für die Lösung der häufigsten Schwachstellen in diesem Bereich sichergestellt werden.

2.12. Mit den neuen Verrechnungspreisvorschriften soll ein gemeinsamer EU-Rahmen für die Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes geschaffen werden. Dieses Ziel soll erreicht werden durch: 1) Aufnahme des Fremdvergleichsgrundsatzes in das Unionsrecht; 2) Harmonisierung der wichtigsten Verrechnungspreisvorschriften; 3) Klarstellung der Rolle und des Status der OECD-Verrechnungspreisleitlinien und 4) Schaffung der Möglichkeit, innerhalb der Union gemeinsame verbindliche Vorschriften über bestimmte Verrechnungspreisthemen zu erlassen, die sich im Rahmen der OECD-Verrechnungspreisleitlinien halten.

2.13. Der Vorschlag für eine Verrechnungspreisrichtlinie greift die wichtigsten Elemente der Analyse im Rahmen der OECD-Verrechnungspreisleitlinien (Abgrenzung tatsächlicher Geschäftsvorfälle, Vergleichbarkeitsanalyse, anerkannte OECD-Verrechnungspreismethoden) auf und klärt, wie die Mechanismen zur Vornahme von Berichtigungen in der EU angewandt werden sollten, um Doppelbesteuerung zu vermeiden.

3. Allgemeine und besondere Bemerkungen

3.1. Der EWSA begrüßt die kontinuierlichen Bemühungen der Kommission, einen gemeinsamen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung zu entwickeln, um den Binnenmarkt zu fördern. Dieser Gedanke zieht sich durch die gesamte Geschichte der Union und ist bereits in Strategiepapieren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus den 1960er Jahren zu finden. Dieses ehrgeizige Ziel wird mit dem BEFIT-Vorschlag erneut aufgegriffen.

3.2. Der EWSA stellt fest, dass für die jüngsten Versuche der Kommission, eine unionsweite gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage zu entwickeln (mit den Vorschlägen für die GKKB und GKB von 2011 bzw. 2016), im Rat kein politischer Konsens erzielt wurde. Die bisherigen politischen und technischen Erfahrungen flossen in den nun vorgelegten Legislativvorschlag ein. Der daraus resultierende Text trägt auch den jüngsten steuerlichen Entwicklungen in Bezug auf die Globalisierung und Digitalisierung Rechnung.

3.3. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission vor der Veröffentlichung des endgültigen BEFIT-Textes eine öffentliche Konsultation durchgeführt hat. Insgesamt gingen 123 Beiträge von Unternehmensverbänden, Steuerberatern und Rechtsanwälten ein. Außerdem gab es Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern, größeren und kleineren Unternehmen sowie von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften.

3.4. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass der BEFIT-Vorschlag mit anderen jüngsten Gesetzgebungsinitiativen im Bereich der Besteuerung, z. B. dem DAC-Rahmen, im Einklang steht. Das von der Kommission angestrebte BEFIT-Verwaltungssystem könnte durchaus von der bestehenden und ständig zunehmenden Zusammenarbeit zwischen den nationalen Steuerbehörden profitieren.

3.5. Der EWSA unterstützt die Entscheidung der Kommission, eine EU-Richtlinie für BEFIT vorzuschlagen, da die derzeitige Vielfalt der unterschiedlichen nationalen Vorschriften zu Fragmentierung und Diskrepanzen führt und grenzüberschreitende Tätigkeiten aufgrund der hohen Kosten, die den Unternehmen bei der Einhaltung der Vorschriften unterschiedlicher Rechtsrahmen entstehen, behindert. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten können auch zu Inkongruenzen und letztlich entweder zu fehlender Besteuerung oder zu Mehrfachbesteuerung desselben Gewinns führen. Eine Gesetzgebungsinitiative der Union ist daher besser geeignet und wirksamer als eine Vielzahl nationaler Maßnahmen (Subsidiaritätsprinzip).

3.6. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass die von den Mitgliedstaaten gebilligte Einigung^(?) über die Säule 2 des inklusiven Rahmens der OECD/G20 der Schaffung eines gemeinsamen Rechtsrahmens für die Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt förderlich sein könnte. Nach Ansicht des EWSA sollte BEFIT im Sinne der Vereinfachung und der Kostensenkung so weit wie möglich an die Vorschriften der zweiten Säule der OECD angeglichen werden. Nach Maßgabe des BEFIT müssen Steuerpflichtige jedoch die Abschlüsse nach einem mit dem EU-Recht^(?) im Einklang stehenden Rechnungslegungsstandard erstellen, wie z. B. auf nationaler Ebene allgemein anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze (GAAP) oder Internationale Rechnungslegungsstandards (IFRS).

^(?) Die Mitgliedstaaten nahmen im Dezember 2021 einstimmig die „Richtlinie zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Union (Richtlinie zur zweiten Säule)“ an.

^(?) Die Kommission sollte den Auswirkungen von BEFIT auf Unternehmen, die ihre Steuerbemessungsgrundlage anhand von GAAP konsolidieren, die in einem Nicht-EU-Land gelten, besondere Aufmerksamkeit widmen.

3.7. Der EWSA stellt fest, dass mit BEFIT drei Regelwerke parallel bestehen werden: der nationale Rahmen für die Festlegung der Einnahmen, das System der zweiten Säule und das BEFIT-System. Ein solch heterogener Gesamtrahmen könnte sich für kleine Mitgliedstaaten mit sehr begrenzter Verwaltungskapazität als Belastung erweisen, insbesondere wenn sich der Hauptsitz einer großen Gruppe in einem kleinen Mitgliedstaat befindet.

3.8. Der EWSA stellt fest, dass es keine besonderen Vorschriften oder Anreize für Innovationstätigkeiten oder bestimmte Wirtschaftszweige gibt, obwohl die Berichtigungen der Finanzausweise unter BEFIT begrenzter sind als bei der zweiten Säule. So bleibt beispielsweise unklar, ob die von einigen Mitgliedstaaten angebotenen Innovationssysteme und Patentboxen beibehalten werden, was den Wettbewerbsvorteil der EU verringern könnte.

3.9. Der EWSA stellt fest, dass die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 48 Absatz 2 des BEFIT-Vorschlags⁽⁴⁾ berechtigt sind, den ihnen zugerechneten Anteilen Erhöhungen der Steuerbemessungsgrundlage, Steuerabzüge oder Steueranreize hinzuzufügen. Dies kann zu unterschiedlicher Besteuerung von Unternehmensgewinnen in den einzelnen Mitgliedstaaten führen. Der EWSA erkennt zwar die Bedeutung eines gewissen Handlungsspielraums für die Mitgliedstaaten an. Eine derart ausgedehnte Flexibilität könnte jedoch das mit dem BEFIT-Vorschlag verfolgte Ziel der Vereinfachung untergraben.

3.10. Nach Auffassung des EWSA erfordert die Möglichkeit des grenzüberschreitenden Verlustausgleichs in einer BEFIT-Gruppe Klarstellungen sowohl in Bezug auf zeitliche Beschränkungen für Verlustvorträge und -rückträge als auch in Bezug auf die Koexistenz mit Säule 2. BEFIT bietet die Möglichkeit, durch Aggregation Verluste in einem Mitgliedstaat mit Gewinnen in einem anderen Mitgliedstaat grenzüberschreitend zu verrechnen. Dies könnte jedoch im Widerspruch zu einer Ergänzungssteuer im Rahmen von Säule 2 (um einen effektiven Mindeststeuersatz von 15 % sicherzustellen) stehen.

3.11. Der EWSA stellt fest, dass personenbezogene Daten, wie z. B. Angaben zur Beteiligung an einer BEFIT-Gruppe, von den Steuerverwaltungen nur für die Zwecke der Anwendung von Kapitel IV des Vorschlags und für die Zwecke der Prüfung und Konsensfindung bezüglich des Inhalts der gemeinsamen BEFIT-Erklärungen sowie für die Bearbeitung und Prüfung individueller Steuererklärungen gemäß Kapitel V verarbeitet werden dürfen. Der EWSA empfiehlt, dass jede Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem BEFIT-Rahmen nach dem Grundsatz der „Datenminimierung“ gemäß DSGVO erfolgt. Dabei ist die Erhebung personenbezogener Daten auf das für die spezifischen Zwecke des BEFIT-Vorschlags unmittelbar relevante und erforderliche Maß zu beschränken, und die Daten sind nur für den dafür erforderlichen Mindestzeitraum aufzubewahren.

3.12. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass mehrere Konzepte und Fragen im Zusammenhang mit den Rechtsvorschriften über die Verrechnungspreisgestaltung geklärt werden müssen, um den Rechtsrahmen sicherer und berechenbarer zu machen. Dadurch könnten die Befolgungskosten für KMU im laufenden Geschäftsbetrieb und möglicherweise auch die Verfahrens- und Gerichtskosten, die zahlreichen Unternehmen jährlich entstehen, gesenkt werden. Es sei darauf hingewiesen, dass einige Ziele des Kommissionsvorschlags möglicherweise auch durch eine Überarbeitung der Richtlinie über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten hätten verfolgt werden können. Es bleibt abzuwarten, wie sich andere wichtige Drittländer gegenüber dem neuen EU-Konzept für Verrechnungspreisvorschriften verhalten werden.

3.13. Nach Auffassung des EWSA wäre es jedenfalls hilfreich, das Gemeinsame Verrechnungspreisforum wieder einzurichten, um eine offene Debatte über die Notwendigkeit einer besseren Bewältigung von Streitigkeiten über Verrechnungspreise innerhalb der EU zu fördern.

3.14. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass die Umsetzung der Richtlinie fünf Jahre nach ihrem Inkrafttreten bewertet werden sollte. Dadurch könnten den Mitgliedstaaten die Zeit und die notwendige Unterstützung gegeben werden, um den neuen Rahmen ordnungsgemäß umzusetzen und ihn ggf. zu ändern. Diesbezüglich ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und Informationen über die künftige Funktionsweise des Systems austauschen.

3.15. Die von der Kommission geplante Überwachung der Wirksamkeit und Effizienz von BEFIT erscheint ebenfalls sinnvoll. Sie betrifft die Umsetzung und die anfänglichen BEFIT-Betriebskosten, die Zahl der Unternehmensgruppen, die zwingend in den Anwendungsbereich des Vorschlags fallen, sowie die Zahl der freiwillig teilnehmenden Unternehmen, die Entwicklung der Befolgungskosten und die Zahl der Doppelbesteuerungsstreitigkeiten.

⁽⁴⁾ Artikel 48 Absatz 2 des Vorschlags lautet: „Zusätzlich zu den in Absatz 1 aufgeführten Anpassungen können die Mitgliedstaaten erlauben, dass der Anteil, der den in diesem Mitgliedstaat steuerlich ansässigen bzw. in Form einer Betriebsstätte gelegenen Mitgliedern der BEFIT-Gruppe zugerechnet wird, um zusätzliche Posten erhöht oder verringert wird.“

3.16. Der EWSA betont, dass die Befolgungskosten und der Verwaltungsaufwand für alle beteiligten Unternehmen sorgfältig bewertet werden müssen, um die tatsächlichen Vorteile des neuen Rahmens für Unternehmen in ganz Europa zu verstehen.

3.17. Der EWSA stellt fest, dass der Kommission zufolge BEFIT „auch im Hinblick auf die Eigenmittel relevant [ist], so wie dies aus der Mitteilung ‚Die nächste Generation von Eigenmitteln für den EU-Haushalt‘ von 2021 hervorgeht“. Aufgrund des langwierigen und ungewissen Gesetzgebungsverfahrens für BEFIT ist es jedoch schwierig, sowohl den für die Eigenmittel verfügbaren Betrag als auch den Zeitpunkt abzusehen, zu dem diese zusätzlichen Mittel verfügbar sein werden.

3.18. Um eine angemessene Koordinierung zwischen BEFIT und den spezifischen nationalen Steuervorschriften zu gewährleisten, die in einigen Mitgliedstaaten für sozialwirtschaftliche Einrichtungen wie Genossenschaften und Sozialunternehmen gelten, fordert der EWSA, die Existenz solcher speziellen Steuervorschriften im neuen Rahmen anzuerkennen. Ein Beispiel hierfür ist die Abzugsfähigkeit von Gewinnen, die von Genossenschaften und genossenschaftlichen Gruppen als Rücklagen hinterlegt werden und die als solche weder während der aktiven Zeit der Genossenschaft noch nach ihrer Auflösung an die Mitglieder ausgeschüttet werden können. Ein weiteres Beispiel ist die Abzugsfähigkeit von Gewinnen oder Dividenden, die Genossenschaften je nach gehaltenen Anteilen an ihre Mitglieder ausschütten. Ein solcher Ansatz stünde im Einklang mit der Kommissionsmitteilung vom 9. Dezember 2021 (EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft) und der Empfehlung des Rates Nr. 1344 vom 27. November 2023 (Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft).

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4060

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext

(COM(2023) 790 final – 2018/0198 (COD))

(C/2024/4060)

Berichtersteller: **Athanasios IOANNIDIS**

Berater	Dimitrios SKIADAS, für den Berichtersteller
Befassung	Europäisches Parlament, 25.1.2024 Rat der Europäischen Union, 1.2.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 175 Absatz 3 und Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme im Arbeitsorgan	10.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	181/0/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) **unterstützt** den geänderten Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext als Versuch, den Integrationsprozess im Rahmen des EU-Binnenmarkts weiter zu stärken.

1.2. Der EWSA **begrüßt**, dass die Europäische Kommission ihre Bemühungen konsequent fortgesetzt und den Vorschlag für eine Verordnung zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext in geänderter Form erneut vorgelegt hat. Mit dem Vorschlag werden die Mitgliedstaaten zur Einrichtung von Stellen für grenzübergreifende Koordinierung verpflichtet, wobei es ihnen überlassen bleibt, das flankierende Instrument zur Überwindung von Hindernissen oder ein anderes Instrument ihrer Wahl freiwillig zu nutzen.

1.3. Der EWSA **vertritt die Auffassung**, dass aus dem vorherigen einschlägigen Versuch nützliche Lehren gezogen und die Schwachpunkte des ursprünglichen Vorschlags ermittelt und behoben werden konnten. Er **stützt sich** in seiner Stellungnahme zum geänderten Vorschlag für eine Verordnung auf diese Erfahrungen.

1.4. Der EWSA **ist der Ansicht**, dass der vorgeschlagene Mechanismus die in der Europäischen Union bereits bestehenden und funktionierenden Strukturen für die Unterstützung grenzüberschreitender Tätigkeiten grundsätzlich ergänzt und die Voraussetzungen für die Gestaltung eines umfassenden Rahmens für die Bewältigung grenzübergreifender rechtlicher und administrativer Hindernisse schafft, der das Leben von Millionen von Menschen in den Grenzregionen erleichtert und verbessert.

1.5. Der EWSA **befürwortet** die angestrebte Vereinfachung der Verfahren im Rahmen des vorgeschlagenen Mechanismus, der die Einrichtung grenzübergreifender Koordinierungsstellen als zentrale Anlaufstellen in allen Mitgliedstaaten verpflichtend vorsieht. Diese Stellen sollen die Ersuchen der verschiedenen Interessenträger um Unterstützung bei der Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse entgegennehmen, die entsprechenden Dossiers bewerten, mögliche Lösungen ermitteln und die Initiatoren informieren.

1.6. Der EWSA **betrachtet** die Bereitstellung des Instruments zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen als wichtigen Prozess, dessen Mehrwert im Rahmen des Mechanismus zur Überwindung grenzübergreifender Hindernisse jedoch nicht durch seinen fakultativen Charakter geschmälert werden darf.

1.7. Der EWSA **ist der Auffassung**, dass die Einrichtung eines EU-weiten öffentlichen Registers grenzübergreifender Dossiers zu einer umfassenden Erfassung der einschlägigen rechtlichen und administrativen Hindernisse und im Anschluss zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den zuständigen Behörden beitragen wird. Dabei können Wege zur Beseitigung dieser Hindernisse aufgezeigt werden, insbesondere wenn die Europäische Kommission erwägt, auf der Grundlage der im Register enthaltenen Daten einen Jahresbericht über die Hindernisse und vorgeschlagenen Lösungen zu erstellen.

1.8. Der EWSA **schließt sich** als institutioneller Vertreter der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner dem im geänderten Verordnungsvorschlag verwendeten Bottom-up-Ansatz für die Überwindung grenzübergreifender Hindernisse **an**, da er das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung der Vollendung des EU-Binnenmarktes stärkt.

1.9. Der EWSA **stellt in diesem Zusammenhang fest**, dass die regionalen Gebietskörperschaften, in denen grenzüberschreitende Tätigkeiten stattfinden, einbezogen werden müssen. Sie müssen dabei den politischen Willen der lokalen Ebene zum Ausdruck bringen, um die nationalen Behörden zu veranlassen, den vorgeschlagenen Mechanismus zu aktivieren und seine Möglichkeiten zu nutzen.

1.10. Der EWSA **merkt ferner an**, dass klare Anreize für die Nutzung des vorgeschlagenen Mechanismus durch die Mitgliedstaaten geschaffen werden müssen, um dessen Mehrwert herauszustellen. Dazu sollten detaillierte Informationen über die Auswirkungen grenzübergreifender Hindernisse und über die erwarteten Vorteile ihrer Überwindung für die Entwicklung der betroffenen Regionen und die Europäische Union insgesamt bereitgestellt werden.

1.11. Schließlich **ist** der EWSA **der Ansicht**, dass die Einrichtung und Anwendung des vorgeschlagenen Mechanismus noch stärker als bedeutende politische Entscheidung auf EU-Ebene zu Tage treten kann, wenn die einzurichtenden nationalen Strukturen (die Stellen für die grenzübergreifende Koordinierung) im Rahmen der Maßnahmen der europäischen Kohäsionspolitik finanziell unterstützt werden.

2. Einleitung

2.1. Im Jahr 2015 wurde auf Initiative des luxemburgischen Ratsvorsitzes der Nutzen eines neuen Instruments zur Vereinfachung grenzübergreifender Projekte oder befristeter Maßnahmen in Grenzregionen erwogen. Im Rahmen dieses Instruments sollten auf freiwilliger Basis und in Absprache mit den zuständigen Behörden die Regelungen eines Mitgliedsstaats im Nachbarmitgliedstaat Anwendung finden ⁽¹⁾.

2.2. Auf der Grundlage einer aktuellen Studie, der zufolge die Beseitigung der bestehenden grenzübergreifenden Hindernisse Vorteile in Höhe von 457 Mrd. EUR pro Jahr (3,8 % der gesamten Bruttowertschöpfung der EU) bringen würde, während bei Fortbestand dieser Hindernisse insgesamt 2 % weniger Arbeitsplätze in der EU geschaffen würden ⁽²⁾, hat die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag ⁽³⁾ zur Schaffung eines Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext vorgelegt.

⁽¹⁾ Input-Papier für die informelle Ministertagung zum territorialen Zusammenhalt unter luxemburgischer Präsidentschaft.

⁽²⁾ EPRS, Mechanism to resolve legal and administrative obstacles in a cross-border context - European added value assessment, PE 740.233 – Mai 2023, S. 19: [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU\(2023\)740233](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU(2023)740233)

⁽³⁾ COM(2018) 373 final.

2.3. Der Vorschlag der Kommission wurde vom Europäischen Parlament im Februar 2019 in erster Lesung grundsätzlich befürwortet, wobei das Parlament eine Reihe von Änderungen vorschlug. Ziel der Änderungen war es, den freiwilligen Charakter des vorgeschlagenen Mechanismus, die Auswirkungen auf Verfahrensebene im Falle seiner Nichtanwendung und das Verfahren für die Bearbeitung der eingereichten Dossiers zur Ermittlung und Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse zu präzisieren.

2.4. Der Rat verabschiedete keinen förmlichen Standpunkt zu dem Kommissionsvorschlag, da die Mitgliedstaaten auf der Ebene der Arbeitsgruppen mehrere Bedenken in Bezug auf den Inhalt des Vorschlags geäußert hatten. In der Folge wurden die Beratungen über das Dossier eingestellt und die Gesetzgebungsinitiative nicht weiter verfolgt.

2.5. Im September 2023 nahm das Europäische Parlament gemäß Artikel 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) eine legislative Initiativentschließung mit Empfehlungen an die Kommission zur Änderung ihres ursprünglichen Vorschlags an.

2.6. Im Dezember 2023 legte die Kommission den geänderten Vorschlag ⁽⁴⁾ für eine Verordnung zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen vor. Der geänderte Vorschlag trägt den Bedenken, Anmerkungen und Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates Rechnung, wobei der Schwerpunkt auf der Überwindung der Hindernisse, die das Leben von Gemeinschaften in Grenzregionen erschweren, beibehalten wurde.

2.7. Wesentlicher Inhalt des neuen Kommissionsvorschlags

2.7.1. Der neue Vorschlag der Europäischen Kommission sieht im Wesentlichen die Einrichtung von Stellen für grenzübergreifende Koordinierung in allen Mitgliedstaaten vor (verpflichtende Maßnahme), die für die Bewertung der von Interessenträgern in den Grenzregionen eingereichten Ersuchen zu potenziellen grenzübergreifenden Hindernissen zuständig sind und als Kontaktstellen zwischen diesen Interessenträgern und den nationalen Behörden fungieren. Darüber hinaus ist vorgesehen, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ein Netz solcher Koordinierungsstellen als Forum für den Austausch bewährter Verfahren und den Wissensaustausch zu schaffen.

2.7.2. Die vorgeschlagene Verordnung sieht vor, dass die Interessenträger nach Bewertung ihrer Ersuchen eine Antwort erhalten, wie mit dem Hindernis weiter verfahren wird. Besteht tatsächlich ein grenzübergreifendes Hindernis und gibt es keine bilaterale oder internationale Kooperationsvereinbarung, die für die Umsetzung einer Lösung herangezogen werden könnte, können die Mitgliedstaaten das Instrument zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen anwenden (fakultative Maßnahme).

2.7.3. Dieses mit der Verordnung eingeführte Instrument besteht in einem Standardverfahren für die Erleichterung der Überwindung grenzübergreifender (rechtlicher und administrativer) Hindernisse bei der Errichtung oder dem Betrieb von Infrastrukturelementen, die für öffentliche oder private Tätigkeiten oder für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in einer grenzübergreifenden Region erforderlich sind und den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt dieser Region stärken.

2.7.4. Das Verfahren gilt für grenzübergreifende Hindernisse entlang der Land- und Seegrenzen zwischen Nachbarmitgliedstaaten, nicht jedoch für Hindernisse an den Grenzen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten. Es betrifft nur Hindernisse, die aus nationalen Rechtsvorschriften erwachsen, einschließlich der Fälle, in denen die Mitgliedstaaten EU-Recht korrekt, aber in unterschiedlicher Weise umsetzen. Darüber hinaus müssen die Ersuchen zwar beantwortet werden, die Entscheidung über die eventuelle Beseitigung des Hindernisses liegt jedoch weiter im Ermessen der zuständigen nationalen Behörden.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Der Hauptunterschied zum ursprünglichen Vorschlag liegt darin, dass jetzt nicht mehr von einem Mechanismus mit spezifischen Standarddokumenten (Verpflichtung, Erklärung) die Rede ist, sondern von einem Verfahren zur Erleichterung der Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse, weshalb die einschlägigen Bestimmungen entsprechend angepasst wurden. Es wird vorgeschlagen, die Einrichtung und den Betrieb von Stellen für grenzübergreifende Koordinierung für die Mitgliedstaaten verpflichtend vorzusehen, wobei es ihnen jedoch überlassen bleibt, mittels des Instruments zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen Maßnahmen zur Überwindung des gemeldeten grenzübergreifenden Problems zu ergreifen. Die Meldung grenzübergreifender Hindernisse erfolgt nun auf stark vereinfachte Weise (mittels grenzübergreifender Dossiers).

⁽⁴⁾ COM(2023) 790 final.

3.2. Die Hindernisse für grenzüberschreitende Tätigkeiten in der EU bilden ein zentrales Problem für die europäische Integration, da die Errichtung des Binnenmarktes den freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr und die Nutzung der Infrastrukturen innerhalb der EU betrifft. In den EU-Regionen mit Binnenlandgrenzen (40 Grenzen, 40 % des Territoriums der EU und fast ein Drittel ihrer Bevölkerung ⁽⁵⁾) überschreiten täglich etwa 3,5 Millionen Menschen Binnengrenzen zwischen EU-Mitgliedstaaten, um zu arbeiten, zu studieren oder Familie und Freunde zu besuchen. Etwa 1,7 Millionen Menschen wohnen in einem, arbeiten jedoch in einem anderen Mitgliedsland und müssen dafür grenzüberschreitend pendeln. Es wird geschätzt ⁽⁶⁾, dass jährlich etwa 1,25 Milliarden grenzüberschreitende Reisen zwischen EU-Ländern stattfinden (einschließlich Reisen zu touristischen Zwecken).

3.2.1. Eine solche Zahl an Grenzübertritten verursacht erhebliche Herausforderungen. Es geht darum, wie etwaige Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Tätigkeiten bewältigt werden können, aufgrund derer diese Grenzübertritte erfolgen (z. B. unternehmerische oder berufliche Tätigkeiten, Gesundheitsversorgung, Erbringung öffentlicher Dienstleistungen). Diese Schwierigkeiten sind mehrheitlich auf divergierende nationale Rechtsvorschriften zurückzuführen und damit auch darauf, dass Verwaltungsverfahren und -Praktiken in den angrenzenden Ländern nicht kompatibel sind. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Mitgliedstaaten keine gemeinsame Raumplanung für Schlüsselbereiche (Wirtschaft, Unternehmertum, Gesundheit, Bildung, öffentliche Tätigkeiten u. a.) haben ⁽⁷⁾.

3.2.2. Die Grenzregionen der Mitgliedstaaten verzeichnen tendenziell eine niedrigere Wirtschaftsleistung als andere Regionen der jeweiligen Mitgliedstaaten. Die Bewohner dieser Gebiete haben deutlich größere Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu (öffentlichen oder privaten) Gesundheits- oder Bildungsdienstleistungen und zu Chancen für eine Unternehmertätigkeit. Selbst die von Privatpersonen oder öffentlichen Stellen unternommenen Bemühungen um grenzübergreifende Zusammenarbeit zur Lösung dieser Probleme werden durch die Divergenzen zwischen den verschiedenen Verwaltungs- und Rechtssystemen der beiden betroffenen Länder erheblich erschwert ⁽⁸⁾.

3.2.3. Vor diesem Hintergrund hatte der EWSA den ursprünglichen Kommissionsvorschlag von 2018 unterstützt als Möglichkeit zur Schaffung eines Mechanismus, der einerseits auf sozialer Ebene durch die Beseitigung administrativer Hindernisse den Bürgerinnen und Bürgern die freie Wahl des Arbeitsplatzes ermöglichen und die Entwicklung von Infrastrukturen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unterstützen würde, und andererseits auf wirtschaftlicher Ebene dazu beitragen würde, den Verwaltungsaufwand zum Nutzen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiter zu senken ⁽⁹⁾.

3.2.4. Der EWSA vertrat damals die Auffassung, dass im Rahmen der seinerzeit bestehenden Mechanismen zur Unterstützung der Grenzregionen (Interreg, Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) keine Möglichkeit bestand, rechtliche und administrative Maßnahmen zur Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse zu ergreifen.

3.2.5. In der Folge hat die Europäische Kommission dann die Pilotinitiative „b-solutions“ ins Leben gerufen, die von der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) durchgeführt wird. Im Rahmen dieser innovativen Maßnahme erhalten die Behörden in grenzübergreifenden Regionen rechtliche Unterstützung bei der Ermittlung der tieferen Ursachen rechtlicher und administrativer Hindernisse, die sich auf ihre grenzüberschreitenden Interaktionen auswirken, sowie bei der Prüfung möglicher Lösungen für diese Probleme. Im Rahmen der Initiative „b-solutions“ wurden zahlreiche rechtliche und administrative Hindernisse aufgezeigt, ebenso das Fehlen von unmittelbaren Lösungen auf der Ebene der grenzüberschreitenden Tätigkeiten, die Notwendigkeit von Veränderungen der jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen und die Notwendigkeit einer Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ⁽¹⁰⁾. Der Vorschlag der Europäischen Kommission trägt dieser Notwendigkeit ausreichend Rechnung ⁽¹¹⁾.

3.2.6. Mit dem geänderten Vorschlag der Europäischen Kommission wird der Versuch unternommen, den Forderungen des Europäischen Parlaments und des Rates in ausgewogener Weise Rechnung zu tragen, was sich erheblich auf die potenzielle Wirkung der Gesetzgebungsinitiative niederschlagen wird, sollte diese angenommen werden.

⁽⁵⁾ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen, COM(2017) 534 final, S. 2.

⁽⁶⁾ Erläuterungen zum Schengen-Raum: <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/schengen-area/>.

⁽⁷⁾ http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/cooperation/european-territorial/cross-border/review/.

⁽⁸⁾ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“, COM(2017) 534 final, S. 4.

⁽⁹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext“ (COM(2018) 373 final — 2018/0198 (COD)) (ABl C 440, 6.12.2018, S.124).

⁽¹⁰⁾ Europäische Kommission und Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen: „b-solutions: Solving Border Obstacles – a Compendium of 43 Cases“, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020.

⁽¹¹⁾ Europäische Kommission: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext, COM(2023) 790 final.

4. Besondere Bemerkungen

4.1. Ein wichtiges Element des Kommissionsvorschlags ist die Beibehaltung des Bottom-up-Ansatzes in Bezug auf die Auslösung des vorgeschlagenen Mechanismus (durch Einreichen eines grenzübergreifenden Dossiers durch einen Interessenträger). Auf diese Weise können Betroffene, die tatsächlich mit Hindernissen konfrontiert sind, den Prozess der Harmonisierung und Suche nach Lösungen einleiten.

4.1.1. Um den Einwänden des Rates⁽¹²⁾ gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag Rechnung zu tragen, weist der Kommissionsvorschlag jedoch folgende Besonderheit auf: einerseits kommt das verbindliche Rechtsinstrument einer Verordnung zur Anwendung (das gemäß Artikel 288 AEUV für die Adressaten allgemein und unmittelbar gilt), das heißt, die Mitgliedstaaten werden zur Einrichtung der entsprechenden institutionellen Infrastruktur (Stellen für grenzübergreifende Koordinierung) verpflichtet; andererseits bleibt die Nutzung dieser Infrastruktur durch die Mitgliedstaaten in Bezug auf die Anwendung des Instruments zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen rein freiwillig.

4.1.2. Diese Besonderheit des geänderten Vorschlags der Europäischen Kommission sollte aber nicht dazu verleiten, das Risiko zu vernachlässigen, auf das der EWSA in seiner Stellungnahme zum ursprünglichen Vorschlag hingewiesen hatte, nämlich, dass eine Einführung des Mechanismus auf freiwilliger Basis zu einer weiteren Fragmentierung in der europäischen Rechtspraxis und administrativen Struktur führen könnte⁽¹³⁾.

4.2. Es sei darauf hingewiesen, dass in vielen Grenzregionen mit Seegrenzen aufgrund der großen Entfernungen weniger grenzübergreifende Interaktionen und grenzübergreifende Nutzung öffentlicher Dienstleistungen stattfinden, diese Regionen aber nichtsdestotrotz in den Anwendungsbereich des neuen Vorschlags der Europäischen Kommission fallen. Zudem birgt die Anwendung einer solchen zusätzlichen rechtlichen Regelung für die Regionen mit Seegrenzen ein erhebliches Risiko von Überschneidungen mit Rechtsvorschriften für grenzüberschreitende Tätigkeiten, die im Rahmen des internationalen Seerechts auf bilateraler oder multilateraler Ebene festgelegt wurden.

4.3. Schließlich ist einmal mehr festzustellen, dass keinerlei EU-Mittel zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Einrichtung und dem Betrieb der vorgeschlagenen institutionellen Infrastruktur vorgesehen sind, was umso mehr ins Gewicht fällt, als der Vorschlag im Bereich EU-Kohäsionspolitik angesiedelt ist. Der EWSA hat bereits aufgezeigt, dass dies insbesondere für weniger entwickelte Mitgliedstaaten Probleme verursachen kann, und hält es daher für erforderlich, eine Finanzierung der Einrichtung und des Betriebs der vorgeschlagenen Strukturen und insbesondere der Stellen für grenzübergreifende Koordinierung mit EU-Strukturfondsmitteln vorzusehen⁽¹⁴⁾.

4.4. Der geänderte Vorschlag der Kommission sieht im Wesentlichen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für alle einschlägigen Fragen vor, wobei es den Mitgliedstaaten überlassen bleibt, die Form und die Art der Stellen für grenzübergreifende Koordinierung (einschließlich bestehender Verwaltungsstrukturen) festzulegen. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, solche Stellen einzurichten, es liegt jedoch in ihrem Ermessen zu entscheiden, ob und wie sie das jeweilige Hindernis angehen wollen. Es wird somit ein Instrument vorgeschlagen, das dazu beitragen kann, wirksame Lösungen für die Überwindung dieser Hindernisse zu finden.

4.5. Um den Mehrwert des vorgeschlagenen Mechanismus nicht zu schmälern, sollte dieser daher nicht als Mittel angesehen werden, das lediglich dazu dient, auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten unter Koordinierung durch die Europäischen Kommission erhobenen Daten auf festgestellte Probleme und deren Merkmale hinzuweisen. Es gilt hervorzuheben und zu betonen, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, grenzübergreifende Hindernisse durch das Instrument zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen inhaltlich anzugehen (auch wenn die Nutzung freiwillig ist).

4.6. Im Hinblick auf eine bessere Funktionsweise des neuen Mechanismus hätte die Kommission mehr Beispiele für grenzübergreifende Probleme und Lösungsmöglichkeiten anführen sollen, um den Interessenträgern und den Mitgliedstaaten ein besseres Verständnis des Mechanismus und seiner Notwendigkeit zu vermitteln.

⁽¹²⁾ <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6009-2020-INIT/de/pdf>.

⁽¹³⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext (COM(2018) 373 final — 2018/0198 (COD))“ (ABl C 440, 6.12.2018, S.124).

⁽¹⁴⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext (COM(2018) 373 final — 2018/0198 (COD))“ ABl C 440, 6.12.2018, S. 124).

4.7. Damit der Mechanismus nicht zu einem rein formalen administrativen Akt wird, sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, ein bereits eingereichtes grenzübergreifendes Dossier, bei dessen erster Prüfung kein grenzübergreifendes Hindernis festgestellt wurde, mit zusätzlichen Informationen zu ergänzen (Einspruchsrecht).

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4061

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Verteidigung der Demokratie

(COM(2023) 630 final)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 2018/1724 hinsichtlich bestimmter in der Richtlinie (EU) XXXX/XXXX festgelegter Anforderungen

(COM(2023) 636 final)

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Anforderungen im Binnenmarkt an die Transparenz der Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937

(COM(2023) 637 final)

(C/2024/4061)

Berichterstatter: **Christian MOOS**

Ko-Berichterstatter: **José Antonio MORENO DÍAZ**

Befassung	Europäisches Parlament, 25.1.2024 Rat der Europäischen Union, 24.1.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 114 und Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	12.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	206/1/7

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Die liberale Demokratie in Europa wird sowohl vom Ausland aus als auch von innen aus der Europäischen Union selbst heraus bedroht. In den letzten Jahren wurde zwar schon viel unternommen und erreicht, um die europäische Demokratie gegen diese Bedrohungen zu wappnen, dennoch muss noch weit mehr getan werden, um die EU, ihre Demokratie und insbesondere die bevorstehende Europawahl zu schützen ⁽¹⁾.

1.2. Die organisierte Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger und die Sozialpartner spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, die europäische Demokratie zu sichern und zu schützen. Ihre politische Partizipation muss daher auf europäischer und nationaler Ebene vertieft werden, und zwar durch Maßnahmen, die, wie in dieser Stellungnahme empfohlen, über die Vorschläge der Kommission hinausgehen.

1.3. Gerade deshalb ist es bedauerlich, dass das Paket zur Verteidigung der Demokratie viel zu spät vorgelegt wurde und so nicht mehr noch vor der Europawahl 2024 umgesetzt werden kann, und dass die Vorschläge des EWSA zum Aktionsplan für Demokratie in Europa ⁽²⁾ nicht berücksichtigt werden.

⁽¹⁾ Unter „Demokratie“ ist in dieser EWSA-Stellungnahme stets eine „liberale Demokratie“ zu verstehen.

⁽²⁾ ABl. C 341 vom 24.8.2021, S. 56.

1.4. Die Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse der EU stellt eine realistische Bedrohung für die europäische Demokratie dar und muss eingedämmt werden. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstützt daher uneingeschränkt die Ziele des Richtlinienvorschlags, lehnt die vorgeschlagenen Mittel jedoch entschieden ab. Um Marktverzerrungen und regulatorische Fragmentierung zu vermeiden, wird ein umfassender Ansatz auf EU-Ebene gefordert, der nicht mit zusätzlichen Kosten oder Risiken verbunden ist und Interessenvertretungsdienstleister nicht stigmatisiert, den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in der EU nicht einengt, den Anwendungsbereich bestehender Transparenzregister auf nationaler Ebene nicht beschränkt und die Glaubwürdigkeit der EU auf der internationalen Bühne nicht untergräbt.

1.5. Ein solcher umfassender Ansatz auf EU-Ebene zur Eindämmung ausländischen Einflusses auf die demokratischen Prozesse der EU muss klar und für alle Akteure, die unter die Rechtsvorschriften fallen, einschließlich natürlicher Personen, kleiner Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen, leicht anwendbar sein. Insbesondere müssen die verwendeten Begriffe, insbesondere der Begriff „Interessenvertretungstätigkeit“, in den Rechtsvorschriften klar definiert werden, die klare Kriterien enthalten müssen, anhand derer beurteilt werden kann, welche ausländischen Unternehmen unter die Rechtsvorschriften fallen, alle Unterauftragnehmer in der EU abdecken und bestehende Schlupflöcher in Bezug auf bestimmte Finanzierungsformen schließen.

1.6. Der EWSA hält die Fortschritte bei der Stärkung der europäischen Dimension der Europawahl für nicht ausreichend und fordert daher, das Wahlverfahren für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger mit Behinderungen uneingeschränkt zugänglich zu machen sowie inklusiver und stabiler zu gestalten, indem das Verfahren in allen Mitgliedstaaten vereinheitlicht wird. Ein erster Schritt könnte darin bestehen, die jüngsten Reformen des europäischen Wahlrechts zu billigen, mehr in die politische Bildung zu investieren, Werbung für die anstehende Europawahl zu machen und die politische Integration aller in der EU lebenden Menschen zu erleichtern.

1.7. Der EWSA fordert eine Stärkung der partizipativen Demokratie und innovativer Formen der Bürgerbeteiligung, die die repräsentative Demokratie auf europäischer und nationaler Ebene ergänzen. Diese neuen Möglichkeiten der politischen Partizipation müssen leicht verständlich und inklusiv sein und dürfen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die am stärksten benachteiligten Gruppen, nicht durch die Festlegung unnötiger Schwellenwerte ausschließen. Zudem müssen sie hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die EU-Rechtsvorschriften und ihrer Grenzen bei der Einflussnahme transparent sein. Der vorgeschlagene allgemeine Rahmen für die wirksame Beteiligung auf nationaler Ebene und der Vorschlag, das Portal „Ihre Meinung zählt“ als zentrale Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung umzugestalten, sind erfolgversprechend. Allerdings sind weitere Schritte erforderlich, z. B. eine Reform der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) und ein Rahmen für die wirksame Beteiligung auf EU-Ebene.

1.8. Der beste Weg zur Verteidigung der Demokratie sind der Schutz der Grundwerte und die Einbeziehung benachteiligter Gruppen.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Verdeckte Einflussnahme aus dem Ausland stellt aufgrund geopolitischer Spannungen und zahlreicher Krisen eine zunehmende Bedrohung für die demokratischen Prozesse in der Europäischen Union und die liberale Demokratie als solche dar.

2.2. Der EWSA begrüßt die Fortschritte, die im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie in Europa, mit dem die europäische Demokratie widerstandsfähiger gemacht werden soll, erzielt wurden und unterstreicht, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle für das Funktionieren von Demokratien und deren Widerstandsfähigkeit spielt. Er stellt allerdings fest, dass wichtige Vorschläge aus der EWSA-Stellungnahme zum Aktionsplan für Demokratie in Europa noch nicht verwirklicht wurden, und fordert, sie zügig umzusetzen.

2.3. Der EWSA begrüßt die konkreten Anstrengungen, die unternommen wurden, um die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft zu verbessern. Er bekräftigt jedoch seine Forderung, auf EU-Ebene einen Rahmen für deliberative Formate sowie eine Strategie für den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft (mit dem Ziel der Aufstellung eines Aktionsplans) weiterzuentwickeln und den sozialen Dialog zu stärken⁽³⁾.

2.4. Der Demokratieabbau greift auch in der EU um sich. Die Bedrohung für europäische Demokratien geht nicht nur vom Ausland aus, sondern geschieht in der EU auch von innen heraus und erfordert auf EU-Ebene einen umfassenden Ansatz zum Schutz der europäischen Demokratien vor internen und externen Bedrohungen.

⁽³⁾ ABl. C, C/2024/2481, 23.4.2024, Ziffer 1.5, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2024/2481/oj>.

2.5. Die EU hat bei der Verbesserung der Demokratie auf supranationaler Ebene gute Fortschritte erzielt. Die Anstrengungen müssen jedoch dringend verstärkt werden. Auf der Konferenz zur Zukunft Europas wurden Bedenken geäußert, die es vor einer möglichen Erweiterung der EU zu berücksichtigen gilt.

2.6. Die Europawahl 2024 wird eine Bewährungsprobe für die Widerstandsfähigkeit der europäischen Demokratie sein. Der EWSA fordert alle nationalen und europäischen Akteure auf, die demokratische Legitimität aller Institutionen zu wahren und den Grundsatz zu verteidigen, demzufolge Demokratie und Grundrechte sich gegenseitig bedingende Grundlagen der EU und ihrer Mitgliedstaaten sind.

3. Anmerkungen zu der Richtlinie zur Festlegung harmonisierter Anforderungen an die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern

3.1. Der EWSA unterstützt lediglich das Ziel der vorgeschlagenen Rechtsvorschrift uneingeschränkt, Interessenvertretungstätigkeiten, die im Auftrag von Drittländern durchgeführt werden, in der EU transparent zu machen, nicht jedoch die vorgeschlagene Richtlinie, mit der dies erreicht werden soll. Er fordert daher einen umfassenderen Ansatz, um das dringliche Problem der Einflussnahme aus dem Ausland anzugehen.

3.2. Aktuell gibt es in 15 EU-Mitgliedstaaten nationale Register für Interessenvertretungsdienstleister, andere Mitgliedstaaten arbeiten an neuen Rechtsvorschriften. Der EWSA befürchtet daher, dass diese regulatorische Fragmentierung und die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zu neuen Verzerrungen und zusätzlichen Kosten für Interessenvertretungsdienstleister führen könnten.

3.3. Er betont, dass Korruption bekämpft werden muss, um illegaler Einflussnahme aus dem Ausland entgegenzutreten, und fordert eine Stärkung der Europäischen Staatsanwaltschaft und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), um Korruption aus dem Ausland zu verhindern, die auf europäische Entscheidungsträger und an der Vorbereitung von Entscheidungen Beteiligte abzielt.

3.4. Er ist ferner besorgt darüber, dass durch die Bestimmungen des Richtlinienvorschlags zur Harmonisierung in ihrer bisherigen Fassung der Anwendungsbereich der bestehenden nationalen Transparenzregister auf Vertretungsdienstleistungen beschränkt werden könnte, die im Auftrag eines Drittlands erbracht werden. Derzeit decken sie alle Interessenvertretungsdienstleistungen im Binnenmarkt ab.

3.5. Der EWSA teilt die Kritik einiger EU-Mitgliedstaaten und wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteure wie Civil Society Europe, dass die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften Anbieter von Interessenvertretungstätigkeiten, die im Auftrag von Drittländern durchgeführt werden, stigmatisieren könnten, wodurch der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in der EU eingeschränkt werden und die Glaubwürdigkeit der EU als Akteur auf der internationalen Bühne, der sich für die europäischen Werte einsetzt, leiden könnte.

3.6. Der EWSA ist zudem zutiefst besorgt darüber, dass sich die vorgeschlagene Rechtsvorschrift nachteilig auf Organisationen und ehrliche Akteure auswirken und ihr im Rahmen der Vereinigungsfreiheit bestehendes Recht beeinträchtigen könnte, Finanzmittel zu beschaffen.

3.7. Daher fordert der EWSA die Europäische Kommission auf, einen neuen Legislativvorschlag mit einem umfassenden Ansatz auf EU-Ebene auszuarbeiten, mit dem regulatorischer Fragmentierung vorgebeugt und Verzerrungen im Binnenmarkt beseitigt werden, Stigmatisierungen sowie zusätzliche Kosten und Risiken für Interessenvertretungsdienstleister, einschließlich Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen, die in mehreren EU-Mitgliedstaaten tätig sind, hingegen vermieden werden.

3.8. Nach Auffassung des EWSA würde eine Rechtsvorschrift über gemeinsame Standards für Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Interessenvertretung die Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung ergänzen⁽⁴⁾. Transparenz- und Rechenschaftsstandards für die Interessenvertretung könnten hilfreich sein, um besser zwischen legaler Tätigkeit und illegaler Einflussnahme zu unterscheiden und Fälle von Interessenkonflikten zu ermitteln.

3.9. Ein solcher Ansatz würde den in der vorgeschlagenen Richtlinie festgelegten Zielen dienen und gleichzeitig eine Stigmatisierung von Akteuren vermeiden, die Interessenvertretungstätigkeiten im Auftrag von Drittländern durchführen. Einigen Drittländern könnte er daneben aber auch als Vorwand dienen, restriktivere Rechtsakte im Hinblick auf die Einflussnahme aus dem Ausland zu erlassen, die auch die Arbeit der Zivilgesellschaft in diesen Ländern einschränken könnten.

3.10. Die Definition des Begriffs „Interessenvertretungstätigkeit“ bleibt vage. Manche Tätigkeiten (z. B. im Zusammenhang mit der Festlegung der Agenda) werden nicht ausdrücklich erwähnt, bei anderen Tätigkeiten wie der angewandten Forschung (zur Unterstützung politischer Empfehlungen) bleibt unklar, ob sie unter die Definition fallen oder nicht. Diese mangelnde Klarheit in den Definitionen, die sich durch das gesamte Dokument zieht, führt auch zu Unsicherheiten in anderen Bereichen, z. B. bei Tätigkeiten in Verbindung mit dem zivilen Dialog.

3.11. Beabsichtigt die Kommission, die Arbeit an der vorgeschlagenen Richtlinie fortzusetzen, anstatt, wie vom Ausschuss gefordert, einen neuen Legislativvorschlag auszuarbeiten, fordert der EWSA die Gesetzgeber auf, den Begriff „Interessenvertretungstätigkeit“ klarer zu definieren, damit auch natürliche Personen und kleinere Rechtsträger ohne aufwändige Rechtsberatung beurteilen können, ob ihre Tätigkeiten unter die Rechtsvorschrift fallen oder nicht.

3.12. Der EWSA fordert deutliche Kriterien, anhand derer die Anbieter von Interessenvertretungsdiensten und ihre Unterauftragnehmer leicht beurteilen können, ob die in Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe b genannten Handlungen einer öffentlichen oder privaten Einrichtung einer in Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe a genannten Einrichtung zugerechnet werden können.

3.13. Nach Auffassung des EWSA müsste deutlicher gemacht werden, dass natürliche und alle juristischen Personen gleichermaßen unter die Rechtsvorschriften fallen.

3.14. Der EWSA hält es für ein gefährliches Schlupfloch, dass die Rechtsvorschrift nicht für die institutionelle Unterstützung und die Projektfinanzierung von Organisationen gilt, selbst wenn diese Mittel tatsächlich für Interessenvertretungstätigkeiten verwendet werden. Soll das Schlupfloch geschlossen werden, muss es eine Lösung geben, die für die Zivilgesellschaft keine übermäßigen administrativen Verpflichtungen mit sich bringt.

3.15. Der EWSA begrüßt, dass in den Informationen, die über den Anbieter von Interessenvertretungsdiensten, der Hauptauftraggeber ist, im Register veröffentlicht werden, die Namen aller Unterauftragnehmer enthalten sind, die Dienstleistungen erbringen, einschließlich einer „Beschreibung der Interessenvertretungstätigkeit und ihrer voraussichtlichen Dauer“.

3.16. Anbieter von Interessenvertretungsdiensten für Drittländer müssen innerhalb von fünf Arbeitstagen nach der Mitteilung, dass sie nicht mehr als Einrichtungen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 gelten, aus dem Register gelöscht werden, was eine mögliche öffentliche Kontrolle von Interessenvertretungstätigkeiten im Nachhinein erheblich erschwert. Daher schlägt der EWSA vor, Informationen über diese Einrichtungen für einen Zeitraum von mindestens vier Jahren nach dem Ersuchen im Register zu speichern, dabei ist der Zeitpunkt, zu dem die letzte in den Anwendungsbereich fallende Tätigkeit endete, eindeutig anzugeben.

4. Anmerkungen zu der Empfehlung für inklusive und stabile Wahlverfahren

4.1. Der EWSA kritisiert, dass die Empfehlung lediglich sechs Monate vor der nächsten Europawahl vorgelegt wird, da nun nicht mehr alle Adressaten den Empfehlungen nachkommen können.

4.2. Er fordert daher das nächste Europäische Parlament und den Rat auf, eine umfassendere Initiative zu ergreifen, um die Verfahren für die Europawahl in allen Mitgliedstaaten weiter zu harmonisieren und die Initiative zur Verbesserung des Wahlrechts mobiler EU-Bürgerinnen und -Bürger ausreichend lange vor der Europawahl 2029 fortzusetzen und dabei die Empfehlung, den künftigen Bericht der Kommission über die Europawahl 2024 und den Bericht über die Unionsbürgerschaft 2026 zu berücksichtigen.

⁽⁴⁾ ABl. C, C/2024/886, 6.2.2024, Ziffer 5.2, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/886/oj>.

4.3. Der EWSA bedauert, dass seit der Verabschiedung des Informationsberichts „Die Ausübung des Wahlrechts durch Menschen mit Behinderungen bei der Wahl zum Europäischen Parlament in der Praxis“⁽⁵⁾ im März 2019 und der Stellungnahme „Die Gewährleistung der praktischen Ausübung des Wahlrechts durch Menschen mit Behinderungen bei der Wahl zum Europäischen Parlament“⁽⁶⁾ im Dezember 2020 keine nennenswerten Verbesserungen in Bezug auf die Möglichkeit von Menschen mit Behinderungen, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, erzielt wurden. Aufgrund rechtlicher oder technischer Hindernisse sind Tausende von Menschen in allen EU-Mitgliedstaaten nach wie vor von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen. Der EWSA bekräftigt seine Forderung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten, „den Akt zur Einführung von Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments von 1976 dringend zu ändern [...], wodurch EU-weit Standards angewandt werden könnten, die Menschen mit Behinderungen [...] die Ausübung ihres passiven und aktiven Wahlrechts ermöglichen.“

4.4. Der EWSA stellt fest, dass weitere Mitgliedstaaten ihr Mindestwahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben. In diesem Zusammenhang fordert er alle Mitgliedstaaten auf, das Wahlalter bei der Europawahl anzugleichen, um eine gleichberechtigte Beteiligung junger Menschen auf EU-Ebene zu gewährleisten.

4.5. Der EWSA betont, wie extrem wichtig politische Bildung und digitale Kompetenzen für alle Menschen in der EU sind, und verweist auf seinen Vorschlag, eine EU-Agentur einzurichten, um die Medienkompetenz der Unionsbürgerinnen und -bürger durch Bildungsprogramme zu stärken⁽⁷⁾.

4.6. Er weist darauf hin, dass faire Wahlen nicht mehr in allen Mitgliedstaaten gewährleistet sind⁽⁸⁾, und fordert daher alle nationalen Regierungen auf, auch die Standards unter Nummer 11 Buchstabe b der Empfehlung einzuhalten. Er fordert zudem die Kommission auf, in ihrem bevorstehenden Bericht über die Europawahl 2024 die Einhaltung dieser Standards zu bewerten.

4.7. Da die nationalen Behörden für die Durchführung der Europawahl zuständig sind, sollte nach Auffassung des EWSA die Schulung von Wahlbeobachtern von der nationalen und der europäischen Ebene gemeinsam übernommen werden. Dadurch werden ein höheres Maß an Unabhängigkeit der Beobachter und ferner EU-weite Standards für die Bewertung gewährleistet.

4.8. Der EWSA betont, dass das Informationsumfeld im Zusammenhang mit Wahlen geschützt werden muss, sieht jedoch die Gefahr, dass einige Regierungen dies als Vorwand nutzen könnten, um die öffentliche Debatte zu manipulieren und den fairen Wettbewerb aller demokratischen Parteien einzuschränken. Daher hebt er die große Bedeutung der Medienfreiheit, des Medienpluralismus und der Zivilgesellschaft bei der Überwachung des Informationsumfelds und eines fairen Wahlkampfs hervor und ruft alle demokratischen Akteure erneut dazu auf, die Lage in der EU weiter zu verbessern⁽⁹⁾.

4.9. Er empfiehlt, dass die Finanzierung durch Drittstaatsangehörige oder juristische Personen, die nicht in einem Mitgliedstaat registriert sind, wie in Nr. 28 beschrieben, auf einen jährlichen Höchstbetrag begrenzt wird und vollständiger Transparenz unterliegt.

4.10. Der EWSA verpflichtet sich und alle seine Mitglieder, Werbung für die nächste Europawahl zu machen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, und dabei insbesondere auf Erstwähler und Gruppen zu achten, die bei der politischen Teilhabe unterrepräsentiert sind.

4.11. Er empfiehlt, die Logos der Parteien auf europäischer Ebene deutlich sichtbar auf den Stimmzetteln abzubilden, und fordert die Parteien auf, die Logos auf ihrem gesamten Werbematerial zu verwenden.

4.12. Zur Stärkung der europäischen Dimension der Europawahl unterstützt der EWSA die vom Europäischen Parlament verabschiedete Reform des europäischen Wahlrechts und fordert den Rat und alle Mitgliedstaaten auf, die Reformen zu billigen.

⁽⁵⁾ Informationsbericht des EWSA „Die praktische Ausübung des Wahlrechts durch Menschen mit Behinderungen bei der Europawahl“ : <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/information-reports/real-right-persons-disabilities-vote-european-parliament-elections-information-report>.

⁽⁶⁾ ABl. C 56 vom 16.2.2021, S. 36.

⁽⁷⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Freiheit und Vielfalt der Medien in Europa sichern“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 517 vom 22.12.2021, S. 9).

⁽⁸⁾ Büro der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte: Ungarn. Parlamentswahlen und Referendum, 3. April 2022. Wahlbeobachtungsmission des BDIMR. Abschlussbericht, Warschau, 29. Juli 2023.

⁽⁹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Freiheit und Vielfalt der Medien in Europa sichern“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 517 vom 22.12.2021, S. 9).

5. Anmerkungen zu der Empfehlung zur Förderung der Mitwirkung und der wirksamen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen

5.1. Der EWSA begrüßt die Bemühungen um eine bessere Bürgerbeteiligung, macht jedoch deutlich, dass ihre Vertretung durch zivilgesellschaftliche Organisationen für die Stärkung der Demokratie äußerst wichtig ist.

5.2. Der EWSA bekräftigt seine Auffassung, dass „Bürgerbewegungen und Personen mit Armutserfahrungen [...] im Mittelpunkt eines demokratischen Plädoyers für die Menschenrechte stehen [müssen]. Die beste Methode zur Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere der sozialen Rechte, besteht darin, jenen, die am stärksten von Ungleichheit, Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, im öffentlichen Raum und in politischen Debatten Gehör zu verschaffen.“⁽¹⁰⁾

5.3. Er bekräftigt, dass die repräsentative Demokratie und Wahlverfahren nach wie vor das Rückgrat der Demokratie und der partizipativen Demokratie in der EU bilden und dass innovative Formen der Bürgerbeteiligung eine zusätzliche Möglichkeit zur Stärkung der Rechenschaftspflicht von Mandatsträgern bieten.

5.4. Er begrüßt die Empfehlung an die Mitgliedstaaten, einen maßgeschneiderten nationalen Rahmen für die Beteiligung von Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft zu schaffen, der sich über den gesamten Politikgestaltungszyklus von der Festlegung der Agenda bis zur Bewertung bestehender Rechtsvorschriften und politischer Initiativen erstrecken sollte.

5.5. Er bedauert, dass die Mitteilung über einen Aktionsplan für Demokratie in Europa keine Maßnahmen für den Ausbau der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene enthält, bei denen die Ergebnisse der Workshops, die im Anschluss an den Bericht 2022 über die Umsetzung der Charta der Grundrechte stattfanden, berücksichtigt und die Angemessenheit bestehender Instrumente, einschließlich der EBI, eingehend bewertet werden.

5.6. Er betont, dass die Adressaten der Empfehlung in einigen Mitgliedstaaten eine große Bedrohung für öffentliche zivilgesellschaftliche Räume und die gleichberechtigte Teilhabe an der Politikgestaltung darstellen. Einige Regierungen haben die direkte Demokratie genutzt, um die Demokratie in Europa zu untergraben. Daher muss die Kommission ihre Tätigkeiten fortsetzen, die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im Rahmen ihres gemeinsamen Engagements über zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen, direkt zu befähigen, sich für die Demokratie einzusetzen und den zivilgesellschaftlichen Raum zu schützen.

5.7. Seines Erachtens ist der diskriminierungsfreie Zugang zur Beteiligung unter besonderer Berücksichtigung der Rechte von jungen Menschen, Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen und von Minderheiten äußerst wichtig. Um eine breite Beteiligung zu fördern, muss es möglichst einfach sein, sich zu engagieren. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht durch Zugangshürden behindert werden.

5.8. Der Ausschuss teilt die Bedenken gegenüber Organisationen, die versuchen, die Demokratie zu untergraben und den öffentlichen Raum einzuschränken, und fordert Maßnahmen innerhalb der nationalen Rahmen, um Organisationen, die aktiv gegen Demokratie und europäische Werte kämpfen, von der Beteiligung an der Politikgestaltung auszuschließen.

5.9. Er fordert, die Ziele aller Instrumente innerhalb der nationalen Rahmen und der jeweiligen Feedback-Instrumente klar festzulegen. Die möglichen Auswirkungen der Instrumente auf die Politikgestaltung müssen transparent sein. Andernfalls geht das Vertrauen der Bürger weiter zurück, wenn die Reaktionen der Behörden auf Beiträge den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft nicht gerecht werden.

5.10. Der EWSA fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, neben den Deliberationsforen auch den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Politikgestaltung der EU zu stärken.

5.11. Er begrüßt das Ziel der Kommission, die Website „Ihre Meinung zählt“ zu einer zentralen Anlaufstelle für die Online-Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln, und fordert die Mitgliedstaaten auf, innerhalb ihrer nationalen Rahmen entsprechende Plattformen für Möglichkeiten einer Online- und Offline-Beteiligung vorzusehen.

⁽¹⁰⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit vermitteln“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 100 vom 16.3.2023, S. 25).

5.12. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, die Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative zu überarbeiten und das Mindestalter für die Unterstützung einer EBI in allen Mitgliedstaaten auf 16 Jahre zu senken. Außerdem sollte die Frist für die Sammlung von Unterstützungsbekundungen verlängert werden. Aufgrund des Brexits unterstützt er ferner eine Reform der EU-Verträge, um die Mindestzahl der Unterzeichner (derzeit sind es mindestens eine Million Unterschriften) zu senken.

5.13. Solange Transparenzregister nicht in allen Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben sind, empfiehlt er die Einrichtung eines Transparenzregisters auf freiwilliger Basis in allen Mitgliedstaaten, um eine transparente und ethische Interessenvertretung sicherzustellen und zu fördern, die für eine wirksame Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und anderer Interessenträger entscheidende Bedeutung hat.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4062

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelsysteme

Auf dem Weg zu einem resilienteren, wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren Europa

(COM(2023) 558 final)

(C/2024/4062)

Berichterstatter: **Alain COHEUR**

Ko-Berichterstatter: **Alain TACCOEN**

Berater	Olivier LEMAITRE (für den Berichterstatter, Gruppe III)
Befassung	13.11.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel
Annahme im Arbeitsorgan	8.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	163/0/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gibt eine Stellungnahme zu der im Vorfeld des Gipfeltreffens in Granada angenommenen Mitteilung COM(2023) 558 final der Europäischen Kommission ab, damit sein Standpunkt bei der Vorbereitung der nächsten europäischen Legislaturperiode berücksichtigt werden kann. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, die in der Mitteilung angesprochen werden, konzentriert sich diese Stellungnahme auf vier Schlüsselbereiche für die Zukunft der strategischen Autonomie Europas: Energie, Digitales, Verteidigung und Raumfahrt. Sie enthält konkrete Vorschläge zur nötigen Festigung der wirtschaftlichen Stärke und des politischen Einflusses der Europäischen Union.

1.2. Der EWSA ist äußerst besorgt über den Rückstand gegenüber den USA und China in so strategischen Bereichen wie den in dieser Stellungnahme thematisierten. Dadurch werden die Unabhängigkeit, die Souveränität und das Gesellschaftsmodell Europas weiter untergraben. Aufgrund der massiven Investitionsdefizite im Vergleich zur Konkurrenz verfügt die Europäische Union (EU) in diesen Industriesektoren über sehr wenig Gewicht, und sie nimmt keinerlei geostrategische Führungsrolle ein. Die Absicht der EU, die öffentlichen Ausgaben wieder strikt im Zaum zu halten, wird ihr Wirtschafts- und Sozialmodell nachhaltig schwächen.

1.3. Das Energiesystem der EU wird künftig hochelektrifiziert und von erneuerbaren Energieträgern mit schwankender Leistung dominiert sein. Es wird einen variablen Bedarf decken und muss unbedingt die Unabhängigkeit und Energieversorgungssicherheit der EU gewährleisten. Derzeit werden Angebot und Nachfrage weitgehend über Wasser-, Kern- und Wärmekraftwerke auf Basis fossiler Brennstoffe geregelt. Dieses Gleichgewicht wird in Zukunft schwieriger zu gewährleisten sein. Gleichzeitig geht es darum, die Energieversorgungssicherheit der EU durch umfangreiche Investitionen und günstige Rahmenbedingungen zu erhöhen.

1.4. Die europäische Energiewende setzt voraus, dass zahlreiche gute Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue Kompetenzen verfügbar sind. Des Weiteren muss die EU für ihre Bürgerinnen und Bürger Bildungspfade einrichten, damit sie Desinformationsmuster besser erkennen und ihnen entgegenwirken können.

1.5. Die digitale Unabhängigkeit der EU wird von mehreren Faktoren abhängen, nämlich ihrer Fähigkeit, Supercomputer zu entwickeln, ihre Daten in ihrem Hoheitsgebiet zu speichern und die Entwicklung starker Industrieunternehmen zu fördern.

1.6. Für die Nachhaltigkeit und Souveränität der europäischen Raumfahrtindustrie gilt es, viele Herausforderungen zu bewältigen: Durch Fragmentierung, Überlappung und das geringe Volumen ihrer wichtigsten institutionellen Märkte wird die EU geschwächt, während die Finanzierungslücke im Vergleich zu den USA und China weiter wächst und die EU mit privaten Wirtschaftsgiganten konfrontiert ist, die ihre internen Lieferketten optimieren. Die Krise in der europäischen Trägerraketenindustrie hat diese Schwachstellen deutlich gemacht. Gleiches gilt für Satelliten. Die Fähigkeiten der EU werden immer noch weitgehend aus dem engen Blickwinkel der nationalen Politik beurteilt. Dadurch fehlt es aber an einer europäischen Dimension für die großen Herausforderungen im Weltraum. Das führt für alle Akteure zu einem geringeren Produktionsvolumen und für die Kunden zu höheren Stückkosten.

1.7. In den kommenden Jahren muss die europäische Verteidigungsindustrie den Mitgliedstaaten und ihren Streitkräften hochwertige Verteidigungsgüter und -kapazitäten zur Verfügung stellen, die dem neuen strategischen Umfeld angepasst sind, aber auch der Ukraine und anderen Partnern weiterhin militärische Unterstützung leisten. Darüber hinaus müssen die Anpassungsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Kapazität, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der technisch-industriellen Basis der europäischen Verteidigung sichergestellt werden.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit der EU

2.1.1. Die EU ist Nettoimporteur: im Jahr 2020 stammten 58 % der in der EU verfügbaren Energiequellen aus einem Drittland. Nach der großen Abhängigkeit von Russland als Gaslieferant hängt Europa hier inzwischen von den USA ab. China dominiert nach wie vor einen großen Teil der industriellen Wertschöpfungsketten im Energiebereich.

2.1.2. Um den Risiken des Klimawandels zu begegnen, will die EU bis 2050 klimaneutral werden. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, die Treibhausgasemissionen bis 2040 um 85 % bis 95 % zu verringern, indem die Nachfrage gesenkt und der Endverbrauch durch eine starke Elektrifizierung dekarbonisiert wird. Auch bedarf es energetischer Gebäudesanierungen, deren Tempo derzeit deutlich zu niedrig ist.

2.1.3. Die Elektrifizierung muss künftig rasch fortschreiten und die Produktion muss von 2 901 TWh im Jahr 2021 auf 3 362 TWh im Jahr 2030 steigen. Zur Deckung dieser Endnachfrage bedarf es einer drastischen Erhöhung der dekarbonisierten Stromerzeugung und beschleunigter Genehmigungsverfahren für die Erzeugung.

2.1.4. Heizen, Kühlen, Mobilität und Industrie sind die drei Bereiche, in denen die meiste Energie verbraucht wird. Die EU hat beschlossen, zur direkten Elektrifizierung (Wärmepumpen, Batterien usw.), zur indirekten Elektrifizierung (über elektrolytischen Wasserstoff) und zu erneuerbaren und kohlenstoffarmen Kraftstoffen überzugehen, ohne dabei die CO₂-Abscheidung zu vernachlässigen.

2.1.5. Für den EWSA sind Referenzszenarien der Kommission, die der Industrie keine strategische Investitionsplanung ermöglichen, mit Fragezeichen versehen. 2009 wurde das Ziel für die CO₂-Abscheidung bis 2030 als entscheidend angesehen, bevor es 2013 auf 2035 und 2016 auf nach 2040 verschoben wurde, 2020 verschwand und 2024 erneut als grundlegend betrachtet wird. Auch die Wasserstoffmengen lassen sich hinterfragen: Für 2030 waren durch die Anpassung an das Ziel von 55 % 233 TWh vorgesehen, im Rahmen von REPowerEU 670 TWh und 2024 nur noch 105 TWh.

2.1.6. Das künftige europäische Elektrizitätssystem wird von erneuerbaren Energieträgern mit schwankender Leistung dominiert sein und muss eine variable Nachfrage decken. Derzeit werden Angebot und Nachfrage über Kernkraftwerke und mit fossilen Brennstoffen betriebene Wärmekraftwerke sowie über Wasserkraftwerke geregelt. Letzteren muss im Rahmen der Grundsätze und Maßnahmen des vom EWSA vorgeschlagenen Blauen Deals besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Mit den neuen Faktoren, die Flexibilität erfordern (Nachfrageelastizität, Speicherung), wird die Gewährleistung dieses Gleichgewichts künftig schwieriger werden.

2.1.7. Die Energieversorgungssicherheit der EU erfordert umfangreiche Investitionen in einem investitionsfreundlichen Rahmen. Sie werden weitgehend von privater Seite kommen, auch wenn die Mitgliedstaaten Beihilfen gewähren können.

2.1.8. Für die Energiewende werden gute Arbeitsplätze aller Qualifikationsniveaus benötigt. Sie setzt voraus, dass die erforderlichen Kompetenzen für die gesamte Bandbreite der Tätigkeiten verfügbar sind. Mit dem Kompetenzpakt fordert die Kommission alle Beteiligten auf, Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung zu ergreifen. Eine lokale und/oder regionale Koordinierung zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, lokalen Gebietskörperschaften, Hochschulen und Schulen ist unerlässlich.

2.1.9. Schließlich weist der EWSA auf das – wenn auch geringe – natürliche Risiko von Sonneneruptionen hin, deren derzeit unterschätzte Auswirkungen katastrophal wären und den Betrieb von Satelliten, Stromnetzen und digitaler Technologien beeinträchtigen könnten.

2.1.10. Der EWSA richtet folgende Empfehlungen an die Kommission:

- eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und den Einfluss Europas auf die Wertschöpfungsketten der verschiedenen Dekarbonisierungstechnologien zu verstärken;
- die Abhängigkeitsrisiken zu bewerten und im Falle eines hohen Risikos, oder gar eines globalen Monopols bzw. Quasi-Monopols Vorschläge für Abhilfemaßnahmen zu unterbreiten;
- die Nutzung dekarbonisierter Produkte durch Anreize (Steuern, Subventionen, Normen, Gütezeichen) technologieneutral zu fördern;
- zu eruieren, warum die Elektrifizierung energetischer Nutzungen nicht vorankommt, und entsprechende Abhilfemaßnahmen zu ergreifen;
- die Finanzierung durch einen angemessenen Rahmen sicherzustellen und die Mitgliedstaaten zu unterstützen, damit sie den Bedarf an energetischen Gebäudesanierungen effizient und schnell decken können;
- auf der Grundlage der nationalen Energie- und Klimapläne für 2024 zu überprüfen, inwieweit die Prognosen der Mitgliedstaaten mit den EU-Zielen in Einklang stehen, und daraus Konsequenzen zu ziehen;
- Strommarktmodelle zu untersuchen, bei denen Flexibilität je nach dem wachsenden Wert der erbrachten Dienstleistung vergütet wird;
- die Vorschläge des EWSA zum Blauen Deal zu berücksichtigen;
- die Auswirkungen von Sonneneruptionen zu evaluieren und Pläne für ihre Antizipation vorzuschlagen.

2.2. Gewährleistung der digitalen Sicherheit der EU

2.2.1. Digitale Technologien revolutionieren unser Leben und bieten viele unbestreitbare Vorteile, wie sofortige Kommunikation oder unmittelbaren Zugang zu Informationen. Das erleichtert viele alltägliche Aufgaben. Damit alle etwas davon haben, muss die digitale Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden; das ist auch für die Eindämmung der Desinformation und für die Bewältigung der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung. Der EWSA begrüßt auch die jüngsten Fortschritte im Bereich der KI.

2.2.2. Digitale Technologien erleichtern – wenn sie zweckentfremdet werden – die Verbreitung irreführender Informationen mit schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft. Der EWSA begrüßt die europäischen Maßnahmen wie das europäische Gesetz über digitale Dienste oder den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Dieses Instrument der Selbstregulierung beruht auf einer freiwilligen Zusage der Unterzeichner. Der EWSA dringt auf seine Überwachung, wie sie von der Europäischen Kommission vorgesehen ist.

2.2.3. Der Schutz der demokratischen Institutionen setzt die Bildung und Weiterbildung aller Europäerinnen und Europäer voraus, damit sie Desinformationsmuster besser erkennen und ihnen entgegenwirken können. Solche Schulungen müssen den Erwerb der erforderlichen Kompetenzen ermöglichen, um konstruktiv an sozialen Gesprächen teilnehmen, Desinformation erkennen und dagegen vorgehen zu können.

2.2.4. Die europäischen Daten werden in verschiedenen Ländern gehostet. Es ist bedenklich, dass im Jahr 2021 weltweit 35 % der Rechenzentren in den USA angesiedelt waren ⁽¹⁾. Auch wenn der Ort der Datenspeicherung laut EU-Recht frei wählbar ist, führt die Dominanz ausländischer digitaler Akteure in der Praxis zu einer Abhängigkeit der EU von Drittländern. Der EWSA ist besorgt über die extraterritoriale Anwendbarkeit des US-amerikanischen *Cloud Act*, die im Widerspruch zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) steht. Der EWSA unterstreicht die Bedeutung des Projekts Gaia-X zur Schaffung eines europäischen Cloud-Ökosystems dank eines gemeinsamen Ansatzes.

2.2.5. Die größten Risiken für die Cybersicherheit sind Bedrohungen, die die Sicherheit, die Vertraulichkeit, die Integrität oder die Verfügbarkeit von Daten und IT-Systemen beeinträchtigen können. Das kann schwerwiegende Folgen haben: Im Gesundheitssektor nehmen Cyberangriffe besorgniserregend zu, wie die Europäische Agentur für Cybersicherheit (ENISA) in ihrem Bericht *Threat Landscape: Healthsector* feststellt. Der EWSA verfolgt aufmerksam die Einführung des Rechtsakts zur Cybersicherheit und begrüßt das neue europäische Schema für die Cybersicherheitszertifizierung.

2.2.6. In der digitalen Industrie muss zwischen der Herstellung von Geräten und IT-Anwendungen unterschieden werden. Zwar kommen fast alle unsere Geräte aus Asien, dennoch verfügt Europa über starke Industriezweige, die Schlüsselstellungen einnehmen, etwa bei EUV-Lithografie-Geräten. Der EWSA unterstützt das europäische Chip-Gesetz, das für die digitale Reindustrialisierung der EU unabdingbar ist, und unterstreicht, dass es in Europa Unternehmen geben muss, die in ihrem Bereich weltweit führend sind.

2.2.7. Die digitale Unabhängigkeit der EU beruht auf ihrer Rechenkapazität und ihrer Cybersicherheit. Ende Dezember wurde MareNostrum ⁽²⁾ in Betrieb genommen, einer der zehn leistungsstärksten Supercomputer der Welt, der zu 50 % aus EU-Mitteln finanziert wurde. Diese Initiative muss in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden.

2.2.8. Der EWSA richtet folgende Empfehlungen an die Kommission:

- die IT-Kenntnisse der EU-Bevölkerung weiter zu überwachen und die Mitgliedstaaten zu ermutigen, die Bürgerinnen und Bürger für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Technologien zu sensibilisieren;
- die tatsächliche Umsetzung der Selbstregulierung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation zu bewerten, insbesondere in diesem Jahr der Europawahl;
- festzustellen, wo europäische Daten gespeichert werden, da sensible Daten innerhalb der EU gespeichert werden müssen;
- Lösungen für den Konflikt zwischen dem US-amerikanischen Cloud Act und der europäischen DSGVO vorzuschlagen;
- den Wissensstand der EU-Bevölkerung im Bereich der Cybersicherheit zu überwachen;
- Lehren aus dem industriellen Erfolg einiger Unternehmen in der EU und entsprechende Konsequenzen für die globale Wettbewerbssituation zu ziehen;
- weiterhin in die Entwicklung von Supercomputern in Europa zu investieren.

2.3. Sicherung der Zukunft der europäischen Raumfahrtindustrie

2.3.1. Weltraumdienste sind für die europäischen Gesellschaften und Volkswirtschaften strategisch wichtig geworden, der Weltraum ist für die Handlungsfreiheit und die autonome Entscheidungsfindung der EU von grundlegender Bedeutung. Zahlreiche Wirtschafts- und Politikbereiche sind von der Weltraumwirtschaft abhängig: Verkehr, Positionierung, Telekommunikation, Meteorologie, Umweltüberwachung, Verständnis des Klimawandels und Erdbeobachtung für Verteidigung und Sicherheit.

⁽¹⁾ <https://de.statista.com/>.

⁽²⁾ <https://de.wikipedia.org/wiki/MareNostrum>.

2.3.2. Die wichtigsten Kunden und Betreiber der Weltrauminfrastruktur sind mit öffentlichen Aufgaben betraute Behörden. Die für die entsprechende Datenerhebung und Dienstleistungserbringung erforderliche Infrastruktur wird von privaten Industrieunternehmen bereitgestellt. Die Raumfahrtindustrie ist von strategischer Bedeutung.

2.3.3. Mit einem durchschnittlichen Nettoüberschuss von 900 Mio. USD pro Jahr hat die Raumfahrtindustrie im vergangenen Jahrzehnt durch die Ausfuhr von Satellitensystemen und Startdiensten einen positiven Beitrag zur europäischen Handelsbilanz geleistet. Die Abhängigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie von ihrer Fähigkeit, Aufträge auf (sehr kleinen) offenen Märkten zu erhalten, ist eines ihrer wesentlichen Merkmale im Vergleich zur Situation anderer Raumfahrtmächte (30–50 % des Umsatzes werden auf diesen offenen Märkten erzielt).

2.3.4. Der europäische Raumfahrtsektor steht vor einer wachsenden Zahl von Bedrohungen:

- Die Finanzierungslücke im Vergleich zu den USA und China vergrößert sich: die europäischen Mittel für die Raumfahrt sind sechsmal niedriger als in den USA, und die in der EU verfügbaren Haushaltsmittel sind größtenteils nicht koordiniert, während die amerikanische Raumfahrtdoktrin den Weltraum zu einem wesentlichen Instrument für die Vorherrschaft und Unabhängigkeit des Landes gemacht hat. Das rasante Erstarken Chinas lässt sich nicht ignorieren. Auch andere Akteure wie Russland und Indien erhöhen ihren Einsatz. Schließlich sieht sich die europäische Raumfahrtindustrie inzwischen mit außereuropäischen Wirtschaftsgiganten konfrontiert, die ihre internen Lieferketten stark optimieren und die Märkte massiv stören (insbesondere SpaceX).
- Die Krise der europäischen Trägerraketenindustrie macht deutlich, wie anfällig dieses Segment ist, und dasselbe ist jetzt bei den Satelliten festzustellen: Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Raumfahrtindustrie selten rentabel ist, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem entscheidende Investitionen mehr denn je unabdingbar werden.
- Der Grundsatz des geografisch angemessenen Mittelrückflusses der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) hat sich als wirksam erwiesen, um den Großteil der Mittel für die Programme sicherzustellen, er hat jedoch auch seine Schwächen. Dieser Grundsatz kann durch die Präsenz sehr kleiner Akteure die Fragmentierung der Lieferkette begünstigen. Der Erhalt nationaler Kapazitäten um jeden Preis erhöht Doppelung und Fragmentierung auf einem sehr begrenzten Markt. Dies führt für alle zu einem geringeren Produktionsvolumen und für die Kunden zu höheren Stückkosten.

Der EWSA richtet folgende Empfehlungen an die Kommission:

- eine Strategie für die Raumfahrtindustrie auf europäischer Ebene zu konzipieren und umzusetzen, die der Fragmentierung, der Doppelung und dem geringen Volumen der wichtigsten institutionellen Märkte in der EU Rechnung trägt, da diese die Nachhaltigkeit und Souveränität der europäischen Industrie gefährden;
- den Behörden ungehinderten Zugang zu den für die Umsetzung staatlicher Maßnahmen notwendigen Weltraumkapazitäten zu gewährleisten, und dies mit dem erforderlichen Maß an Unabhängigkeit (d. h. Kapazitäten, die in Europa einheitlich erworben werden können und unter der Kontrolle europäischer Einrichtungen stehen);
- in Anbetracht der Abhängigkeit der Raumfahrtindustrie von offenen Märkten – und somit der existentiellen Notwendigkeit, wettbewerbsfähig zu sein – die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie zu fördern;
- den strategischen Charakter des Raumfahrtsektors, seine Merkmale (langfristig, hochriskant, kapitalintensiv) sowie die Politik anderer Mächte bei der Umsetzung einer solchen Strategie für die Raumfahrtindustrie zu berücksichtigen. Dabei können sich die europäischen Einrichtungen auf zahlreiche Instrumente stützen (Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge, Finanzierung von Forschung und Entwicklung, Rechtsvorschriften, Diplomatie).

2.4. Sicherung der Zukunft der europäischen Verteidigung

2.4.1. Die europäische Verteidigungsindustrie ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht,

- den EU-Mitgliedstaaten und ihren Streitkräften die Verteidigungsgüter und -kapazitäten zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um Europa und seine Bevölkerung vor einer Vielzahl komplexer Bedrohungen zu schützen;
- die Souveränität der EU zu erhalten und den langfristigen Schutz ihrer Demokratie und Stabilität mit einem adäquaten Maß an strategischer Autonomie sicherzustellen;
- die Stabilität, den Frieden und die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten und der EU sowie ihrer Verbündeten unmittelbar zu unterstützen.

2.4.2. Dabei steht diese Industrie vor zwei Herausforderungen, die durch die Aggression Russlands gegen die Ukraine noch verschärft wurden: In den kommenden Jahren wird es darum gehen, den Mitgliedstaaten und ihren Streitkräften kosteneffiziente und hochwertige Verteidigungsgüter und -kapazitäten zur Verfügung zu stellen, die dem neuen strategischen Umfeld angepasst sind, und ihnen die Möglichkeit zu geben, der Ukraine und anderen Partnern weiterhin militärische Hilfe zu leisten; längerfristig müssen die Anpassungsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Kapazität, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der technisch-industriellen Basis der europäischen Verteidigung sichergestellt werden.

2.4.3. Außerdem ist eine starke europäische Säule der NATO ohne eine glaubwürdige, autonome und nachhaltige industrielle Basis nicht möglich. Auch der NATO zufolge erfordert das Bündnis eine starke und leistungsfähige Verteidigungsindustrie mit verstärkter europäischer Zusammenarbeit.

Der EWSA richtet folgende Empfehlungen an die Kommission:

- dafür zu sorgen, dass die europäische Verteidigungsindustrie besser koordiniert wird (u. a. durch Unterstützung für die gemeinsame öffentliche Beschaffung) und in der Lage ist, jederzeit und unter allen Umständen die Ausrüstung bereitzustellen, die die europäischen Streitkräfte benötigen; deshalb muss sie in der Lage sein, ihre Produktion zur Deckung des jeweiligen dringenden Bedarfs rasch zu steigern und dann einen angemessenen Bereitschaftsgrad aufrechtzuerhalten;
- massiv in FuE zu investieren, um die technologische Souveränität Europas in kritischen Bereichen zu stärken und seine operative Überlegenheit gegenüber potenziellen Gegnern zu garantieren. Die EU sollte die Mittel für einen Europäischen Verteidigungsfonds erheblich erhöhen und diesen stärker strategisch ausrichten;
- sicherzustellen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Beiträge im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens und der Haushaltslinie für Verteidigung erheblich aufstocken, um die europäische Verteidigung dem neuen strategischen Umfeld anzupassen;
- den Zugang zu privaten und öffentlichen Investitionen und Finanzmitteln durch Strategien und Regulierungsmaßnahmen zu erleichtern und dafür Sorge zu tragen, dass deren Nachhaltigkeitsaspekte und -kriterien die europäischen Verteidigungsunternehmen nicht benachteiligen;
- die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu fördern und zu unterstützen, um die derzeitige Situation umzukehren, indem die Mittel überwiegend für Ausrüstung und Systeme europäischer Anbieter bereitgestellt werden, was eine unabdingbare Voraussetzung für die Unterstützung einer lebensfähigen europäischen Verteidigungsindustrie ist.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4063

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 in Bezug auf Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand, Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl, Änderungen der GAP-Strategiepläne, Überprüfung der GAP-Strategiepläne und Ausnahmen von Kontrollen und Sanktionen

(COM(2024)139 final – 2024/0073)

(C/2024/4063)

Berichtersteller: **Stoyan TCHOUKANOV**

Befassung	Rat der Europäischen Union, 19.3.2024 Europäisches Parlament, 22.3.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 43 Absatz 2 und Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	200/1/8

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt, dass die Europäische Kommission im Einklang mit seinen früheren Stellungnahmen ⁽¹⁾ mehrere Maßnahmen vorgeschlagen hat, um im Interesse der Landwirte in der EU für mehr Flexibilität zu sorgen und den Verwaltungsaufwand zu verringern. Auf diese Weise sollen Nahrungsmittelsouveränität garantiert und höhere landwirtschaftliche Einkommen ermöglicht werden. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), auch in einem vereinfachten Format, letzten Endes nachhaltige Lebensmittelsysteme unterstützt werden müssen, die gesellschaftlichen und umweltbezogenen Erfordernissen entsprechen und zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beitragen. Der EWSA möchte jedoch einige mit dem vorliegenden Vorschlag verbundene Grenzen und Unsicherheiten aufzeigen.

1.2. Der EWSA weist zunächst darauf hin, dass das Hauptproblem der Landwirte in der unfairen Verteilung der Wertschöpfung in der Lebensmittelversorgungskette besteht. Die Folge ist, dass Landwirte für die Nahrungsmittelerzeugung nicht fair entlohnt werden. (Die Einkommen der Landwirte bleiben etwa 40 % hinter den in anderen Branchen erzielten Durchschnittseinkommen zurück.) ⁽²⁾ ⁽³⁾ Dieses Problem wird durch den Vorschlag nicht gelöst. Daher dringt der EWSA

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Förderung einer autonomen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion — Strategien für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/2099, 26.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2099/oj>).

⁽²⁾ Die GAP auf einen Blick: https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/cap-glance_en.

⁽³⁾ Gegenwart und Zukunft der europäischen Landwirtschaft aus Sicht der organisierten Zivilgesellschaft: <https://www.eesc.europa.eu/en/news-media/news/present-and-future-european-agriculture-organised-civil-society-perspective>; Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Förderung einer autonomen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion — Strategien für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/2099, 26.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2099/oj>); Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber — Ein neuer Deal für Bestäuber“ (COM(2023) 35 final) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 173).

darauf, dass die anderen von der Europäischen Kommission in dem Paket (*) vorgeschlagenen Maßnahmen (betreffend Verträge, Erzeugerorganisationen, freiwillige Regelungen, unlautere Handelspraktiken und die Beobachtungsstelle für Produktionskosten, Gewinnspannen und Handelspraktiken) zügig erörtert und angenommen werden. Auch diese Maßnahmen dulden keinen Aufschub und sind in Bezug auf die übergeordnete Zielsetzung gerechterer Einkommen für die Landwirte und eines für jüngere Generationen attraktiveren Agrarsektors ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus sollte im Hinblick auf kurze Versorgungsketten und Qualitätsregelungen, auch durch Festlegung verbindlicher einschlägiger Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten für deren Einführung oder Verbreitung, weiter darauf hingewirkt werden, dass sie sich durchsetzen und bei Ausschreibungsverfahren der Mitgliedstaaten als vorrangige Kriterien gelten. Auf diese Weise können Mehrwert und Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe gesteigert werden. Nur wenn die Einkommen deutlich steigen, haben Landwirte ein gutes Auskommen und können durch umweltfreundlichere Gestaltung der Landwirtschaft stärker zu den Umweltzielen beitragen.

1.3. Der EWSA begrüßt grundsätzlich, dass die Mitgliedstaaten – und damit auch die Landwirte in der EU – im Hinblick auf die dynamische Anpassung der Bewirtschaftungsverfahren an regionale Gegebenheiten mehr Flexibilität erhalten¹. Er weist jedoch darauf hin, dass Umwelt- und Klimapolitik und Sozialstandards nicht als Belastung, sondern als Teil langfristiger Lösungen und Richtschnur für künftige Entscheidungen betrachtet werden sollten¹ und dass Flexibilität nicht bedeutet, dass die Ansprüche zurückgefahren werden und die Ökologisierungskomponente der reformierten GAP verwässert wird. Der EWSA weist darauf hin, dass die Konditionalität eingeführt wurde, um die Hektarprämien („Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit“) gegenüber dem Steuerzahler zu rechtfertigen. Mehr Ambition im Umweltschutz können Landwirte aber auch im Rahmen der Konditionalität nur zeigen, wenn sich die Landwirtschaft für sie rentiert. Sie müssen sich ständig an den Klimawandel anpassen, vertraglichen Initiativen zur Senkung der CO₂-Emissionen zustimmen usw. Landwirte sind stark durch die klimatischen Veränderungen gefährdet und müssen sich immer häufiger extremen Wetterbedingungen fügen. Das kann dazu führen, dass sie die idealen Zeiten und Zeiträume, z. B. für die Aussaat von Deckpflanzen, nicht mehr nutzen können. Durch die vorgeschlagenen vorübergehenden Ausnahmen im Fall widriger Witterungsbedingungen und Vereinfachungen in Bezug auf die Bodenbearbeitung, Bodenbedeckung und Wiederherstellung von Dauergrünland wird Landwirten ermöglicht, ihre Felder, soweit die klimatischen Bedingungen dies zulassen, optimal zu bewirtschaften.

1.4. Der EWSA weist darauf hin, dass der Binnenmarkt geschützt und für faire Wettbewerbsbedingungen für Landwirte und KMU gesorgt werden muss. Dazu müssen im Rahmen ausgewogener Handelsabkommen und autonomer Handelsmaßnahmen mit Drittländern Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards für Einfuhren festgelegt werden, die den in der EU vorgeschriebenen mindestens gleichwertig sind¹. Außerdem werden Schutzklauseln benötigt, die bei Marktstörungen leicht anzuwenden sind und greifen (Spiegelklauseln, Prinzip der Gegenseitigkeit).

1.5. Die GAP-Reform stammt aus der Zeit vor der COVID-19-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die beide für die Landwirte zu großen, unvorhersehbaren wirtschaftlichen Erschwernissen geführt haben. Im Interesse langfristiger Nachhaltigkeit und einer unabhängigen Lebensmittelerzeugung in der EU sollte die derzeitige GAP stärker darauf ausgerichtet werden, die Landwirte für die Beteiligung an Öko-Regelungen oder anderen Umweltleistungen wie der Erhaltung der biologischen Vielfalt zu gewinnen, und sollte ein Haushalt für die GAP vorgesehen werden, der den ehrgeizigen Zielsetzungen entspricht.

1.6. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Landwirte im Übergang angemessen unterstützt werden sollten. Aus öffentlichen Mitteln oder im Rahmen privater Verträge sollten Anreize für die positiven externen Effekte einiger landwirtschaftlicher Tätigkeiten für Landschaft, biologische Vielfalt, Umwelt und Klima geschaffen werden (*). Der EWSA vertritt diesbezüglich die Ansicht, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen für „nichtproduktive Landschaftselemente“, die es Landwirten ermöglichen, einen Teil ihres Ackerlands brach liegen zu lassen oder neue Landschaftselemente in diesen Gebieten zu schaffen (und im Rahmen einer Öko-Regelung zusätzliche finanzielle Unterstützung zu erhalten), bei Weitem mehr als im Rahmen der GAP ursprünglich vorgesehen bewirken könnten, wenn dafür ausreichende und angemessene zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt würden. So würde nicht nur dafür gesorgt, dass die GAP tatsächlich zum Schutz der Umwelt beiträgt, sondern landwirtschaftliche Betriebe wären auch in der Lage, den allmählichen Übergang bis zur nächsten Förderperiode zu planen.

(*) Memo über das Unterstützungspaket der Kommission für Landwirtinnen und Landwirte in der EU: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/QANDA_24_1494?s=09.

(*) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Förderung einer autonomen und nachhaltigen Lebensmittelerzeugung — Strategien für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/2099, 26.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2099/oj>) und Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber — Ein neuer Deal für Bestäuber“ (COM(2023) 35 final) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 173).

1.7. Der EWSA fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten deshalb nachdrücklich auf, Mittel in einer Höhe vorzusehen, die dem vereinbarten Ziel einer rentablen, umweltfreundlicheren und faireren GAP angemessen ist. Er empfiehlt, möglichst früh im Jahr 2025 zu überprüfen, was diese Vereinfachungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten bewirkt haben. Dabei sollte vor allem geprüft werden, ob die Einkommen der Landwirte davon beeinflusst werden und ob sich der Gesamtumfang der für Zwecke der biologischen Vielfalt vorgesehenen Flächen oder Landschaftselemente dadurch verändert.

1.8. Einige der Vereinfachungen werden zu weniger strengen GLÖZ-Verpflichtungen (guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand) führen, da Landwirte stärker selbst darüber entscheiden können, welche Maßnahmen zur Anwendung kommen sollen. Der EWSA weist deshalb darauf hin, dass für Landwirte und deren Betriebsberater entsprechende Schulungsprogramme vorgesehen werden müssen, um den Wissensstand zur umweltfreundlicheren Gestaltung der Landwirtschaft, unter anderem in Bezug auf die Fruchtfolge, die Bestäubungsökologie und die Ermittlung und Wiederherstellung von Lebensräumen, zu verbessern, da sich diese Maßnahmen wirtschaftlich auszahlen ⁽⁶⁾.

1.9. Der EWSA verweist zudem erneut auf seine Empfehlung, dass die Landwirte im Zusammenhang mit den unumgänglichen Kontrollen mehr Hilfestellung erhalten sollten¹. In dieser Hinsicht ist für den EWSA der Vorschlag, Betriebe mit höchstens 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche von Konditionalitätskontrollen und Sanktionen auszunehmen, nicht überzeugend. Diese Kontrollen und Sanktionen sind nach wie vor für alle Arten von landwirtschaftlichen Betrieben ein Problem, und zwar unabhängig von ihrer Größe. Deshalb ist der EWSA der Ansicht, dass die Kontrollbelastung aller europäischen Höfe vermindert werden sollte. Das von der Kommission vorgeschlagene Vorgehen würde zudem eine Spaltung bewirken und einen Teil der europäischen Landwirte in einer Weise benachteiligen, die rechtlich nicht zu rechtfertigen ist. In einigen Fällen, vor allem bei Kleinerzeugern (was als „klein“ gilt, ist von der Erzeugungsart abhängig) könnte die Befreiung von Kontrollen oder eine Absenkung der Kontrollhäufigkeit zwar angemessen sein, aber aus Sicht des EWSA kann ein gewisses Maß an angepassten, verhältnismäßigen Kontrollen eine Möglichkeit zur Sicherung des Informationsflusses und der Hilfe für Landwirte sein.

1.10. Der EWSA ist sich bewusst, dass diese Vorschläge keinen Aufschub dulden, wenn sie ab der nächsten Vegetationsperiode zur Anwendung kommen sollen. Die Zivilgesellschaft hätte zu diesen Vorschlägen jedoch auf andere Weise konsultiert werden müssen. Deshalb fordert der EWSA die Europäische Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass alle Beteiligten ordnungsgemäß zur Umsetzung dieser Maßnahmen und anschließend auch zu den anderen in dem Paket vorgeschlagenen Maßnahmen konsultiert werden. Außerdem sollten die Maßnahmen im Rahmen des laufenden strategischen Dialogs erörtert werden. Es muss darum gehen, dass langfristig wieder ein Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Landwirten stattfindet und dass die Landwirte im Mittelpunkt der GAP stehen.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽⁶⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber — Ein neuer Deal für Bestäuber“ (COM(2023) 35 final) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 173).



Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/44/EG über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft

(COM(2024) 33 final – COM(2024) 59 final – 2024/0011 (COD))

(C/2024/4064)

Berichterstatter: **Mateusz SZYMAŃSKI**

Beraterin	Krystyna WOJEWÓDZKA-KRÓL
Befassung	Europäisches Parlament, 29.2.2024 Rat, 15.3.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 91 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme im Arbeitsorgan	4.4.2024
Verabschiedung im Plenum	24.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	192/0/1

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. In Europa genutzte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (River Information Services, RIS) sollten heutzutage drei Zielen dienen, die auch in Zukunft Geltung haben müssen:

- Sicherheit,
- Nachhaltigkeit und
- Integrierbarkeit mit verschiedenen Verkehrsträgern.

1.2. Sie sollten daher so beschaffen sein, dass sie den sich wandelnden Herausforderungen und Chancen angepasst werden können und mit den einschlägigen Systemen der einzelnen Verkehrsträger kompatibel sowie benutzerfreundlich sind.

1.3. Das einzurichtende System sollte für Initiativen zur Förderung des Transports auf lokalen Wasserstraßen geeignet sein, auch in Klein- und Mittelstädten, die nicht zum TEN-V-Netz gehören. Die Entstehung lokaler Systeme, die mit RIS unvereinbar sind, muss vermieden werden.

1.4. Der Vorschlag lässt die Frage der Vorbereitung der Besatzungen auf die Nutzung der neuen digitalen Instrumente weitgehend außer Acht. Der EWSA hält es für grundlegend, die Menschen mit den neuen digitalen Technologien in der Binnenschiffahrt und ihrer Nutzung vertraut zu machen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Beschäftigten in die Beratungen über die Einführung von RIS einbezogen werden.

2. Änderungen des Legislativvorschlags

2.1. Richtlinie 2005/44/EG of the European Parliament and of the Council ⁽¹⁾

Änderung 1

Artikel 1 Nummer 1

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
Diese Richtlinie schafft die Voraussetzungen für die Einführung und die Nutzung harmonisierter Binnenschiffahrtsinformationsdienste (River Information Services, RIS) in der Union, um Sicherheit, Effizienz und Nachhaltigkeit der Binnenschiffahrt zu verbessern und Schnittstellen mit anderen Verkehrsträgern zu erleichtern.	Diese Richtlinie schafft die Voraussetzungen für die Einführung und die Nutzung harmonisierter Binnenschiffahrtsinformationsdienste (River Information Services, RIS) in der Union, um die Sicherheit und die nachhaltige Entwicklung der Binnenschiffahrt zu verbessern und Schnittstellen mit anderen Verkehrsträgern zu erleichtern.

Begründung

Effizienz ist integraler Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung. Das bedeutet, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Umweltschutz sowie unternehmerischen und sozialen Erfordernissen hergestellt werden muss.

Änderung 2

Artikel 1 Nummer 2

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
Diese Richtlinie bildet einen Rahmen für die Einführung und Fortschreibung technischer Anforderungen, Spezifikationen und Bedingungen, die harmonisierte, interoperable und offene RIS auf den Binnenwasserstraßen der Union gewährleisten sowie eine nahtlose Verknüpfung mit den Managementdiensten für den modalen Verkehr sicherstellen, insbesondere mit den Verkehrsmanagement- und -informationsdiensten des Seeverkehrs.	Diese Richtlinie bildet einen Rahmen für die Einführung und Fortschreibung technischer Anforderungen, Spezifikationen und Bedingungen, die harmonisierte, interoperable und offene RIS auf den Binnenwasserstraßen der Union gewährleisten sowie eine nahtlose Verknüpfung mit Managementdiensten für den modalen Verkehr und Informationsdiensten sicherstellen.

Begründung

Wichtig ist auch die Zusammenarbeit der Binnenschiffahrt mit anderen Verkehrsträgern. Siehe Ziffern 1.1, 1.2 und 4.1.

Änderung 3

Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe hg

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
„Intelligentes Binnenschiffahrtsinfrastruktursystem“ ist eine elektronische Plattform zur Unterstützung der halb- und vollautomatisierten Verwaltung der Binnenwasserstraßeninfrastruktur von Schleusen und beweglichen Brücken im TEN-V , die von den für Binnenwasserstraßen zuständigen Behörden betrieben wird.	„Intelligentes Binnenschiffahrtsinfrastruktursystem“ ist eine elektronische Plattform zur Unterstützung der halb- und vollautomatisierten Verwaltung der Binnenwasserstraßeninfrastruktur von Schleusen und beweglichen Brücken auf Binnenwasserstraßen gemäß Artikel 2 , die von den für Binnenwasserstraßen zuständigen Behörden betrieben wird.

⁽¹⁾ Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über harmonisierte Binnenschiffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 152).

Begründung

Auf allen Wasserstraßen sollte ein einheitliches System angewandt werden. Siehe Ziffern 1.3 und 4.9.

Änderung 4

Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe hi

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
„Binnenhäfen“ sind die an den Binnenwasserstraßen des TEN-V -Kernnetzes oder des TEN-V -Gesamtnetzes gelegenen Häfen gemäß der Auflistung und Einteilung in Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013.	„Binnenhäfen“ sind die an den Binnenwasserstraßen des Kernnetzes gemäß Artikel 2 oder an Binnenwasserstraßen des Gesamtnetzes gemäß Artikel 2 gelegenen Häfen gemäß der Auflistung und Einteilung in Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013.

Begründung

Siehe Begründung zu Änderung 3.

Änderung 5

Artikel 1 Nummer 4 Ziffer 3 Buchstabe b

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
gewährleisten, dass für alle ihre Binnenwasserstraßen im TEN-V den RIS-Benutzern über die unter Buchstabe a genannten Daten hinaus für Schifffahrtszwecke geeignete elektronische Navigationskarten zur Verfügung stehen;	gewährleisten, dass für alle ihre Binnenwasserstraßen gemäß Artikel 2 den RIS-Benutzern über die unter Buchstabe a genannten Daten hinaus für Schifffahrtszwecke geeignete elektronische Navigationskarten zur Verfügung stehen;

Begründung

Siehe Begründung zu Änderung 3.

Änderung 6

Artikel 1 Anhang 2 Ziffer 6 is amended as follows:

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
b) harmonisierter einziger Zugangspunkt für aktuelle Informationen über die Fahrwasserbedingungen im Interesse der Sicherheit und Nachhaltigkeit der Schifffahrt, der Reiseplanung und des Hafenbetriebs im TEN-V , wenn möglich in Echtzeit;	b) harmonisierter einziger Zugangspunkt für aktuelle Informationen über die Fahrwasserbedingungen im Interesse der Sicherheit und Nachhaltigkeit der Schifffahrt, der Reiseplanung und des Hafenbetriebs auf Binnenwasserstraßen gemäß Artikel 2 , wenn möglich in Echtzeit;
[...]	[...]
d) hohe Datengenauigkeit für den nahtlosen Datenaustausch zwischen den einschlägigen RIS-Benutzern im TEN-V (innerhalb und außerhalb der Union);	d) hohe Datengenauigkeit für den nahtlosen Datenaustausch zwischen den einschlägigen RIS-Benutzern auf Binnenwasserstraßen gemäß Artikel 2 (innerhalb und außerhalb der Union);
[...]	[...]

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
g) Verbindung mit anderen Systemen, die Informations-, Kommunikations-, Navigations- oder Positionsbestimmungs- bzw. Ortungstechnologien nutzen, um Infrastruktur im TEN-V wirksam zu betreiben und die Mobilität bzw. den Verkehr im TEN-V wirksam zu steuern und um Dienste von zusätzlichem Nutzen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu erbringen, einschließlich Systemen für eine sichere, umweltverträgliche und kapazitätsgerechte Nutzung des TEN-V;	g) Verbindung mit anderen Systemen, die Informations-, Kommunikations-, Navigations- oder Positionsbestimmungs- bzw. Ortungstechnologien nutzen, um Infrastruktur auf Binnenwasserstraßen gemäß Artikel 2 wirksam zu betreiben und die Mobilität bzw. den Verkehr auf Binnenwasserstraßen gemäß Artikel 2 wirksam zu steuern und um Dienste von zusätzlichem Nutzen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu erbringen, einschließlich Systemen für eine sichere, umweltverträgliche und kapazitätsgerechte Nutzung des TEN-V;

Begründung

Siehe Begründung zu Änderung 3.

Änderung 7

Artikel 1 Nummer 4 Ziffer 2

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
Die Mitgliedstaaten entwickeln RIS so, dass die RIS-Anwendungen effizient, erweiterbar und interoperabel sind, damit sie mit anderen RIS-Anwendungen und mit Systemen für andere Verkehrsträger in Wechselwirkung treten können und auch Schnittstellen zu Transportmanagementsystemen und kommerziellen Tätigkeiten bieten.	Die Mitgliedstaaten entwickeln RIS so, dass die RIS-Anwendungen effizient, erweiterbar und interoperabel sind, damit sie mit anderen RIS-Anwendungen und mit Systemen für andere Verkehrsträger sowie mit Transportmanagementsystemen und kommerziellen Tätigkeiten in Wechselwirkung treten können.

Begründung

Ziel ist die Wechselwirkung und nicht die Art und Weise, wie sie bereitgestellt wird.

Änderung 8

Artikel 1 Nummer 4 Ziffer 3

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
b) gewährleisten, dass für alle ihre Binnenwasserstraßen im TEN-V den RIS-Benutzern über die unter Buchstabe a genannten Daten hinaus für Schifffahrtsw Zwecke geeignete elektronische Navigationskarten zur Verfügung stehen;	b) gewährleisten, dass für alle ihre Binnengebiete den RIS-Benutzern für Schifffahrtsw Zwecke geeignete elektronische Navigationskarten zur Verfügung stehen;
c) insoweit nationale oder internationale Vorschriften ein Meldeverfahren für Schiffe vorsehen, die zuständigen Behörden in die Lage versetzen, elektronische Meldungen der erforderlichen Daten von Schiffen zu empfangen. Im Falle grenzüberschreitender Transporte sind diese Informationen den zuständigen Behörden des Nachbarstaats zu übermitteln. Eine solche Übermittlung muss abgeschlossen sein, bevor die Schiffe die Grenze erreichen;	c) insoweit nationale oder internationale Vorschriften ein Meldeverfahren für Schiffe vorsehen, die zuständigen Behörden in die Lage versetzen, elektronische Meldungen der erforderlichen Daten von Schiffen zu empfangen. Im Falle grenzüberschreitender Transporte sind diese Informationen den zuständigen Behörden des Nachbarstaats zu übermitteln. Sie müssen zugestellt sein, bevor die Schiffe die Grenze erreichen;

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
d) sicherstellen, dass Nachrichten für die Binnenschiffahrt, einschließlich Berichten über den Wasserstand (bzw. den maximal zulässigen Tiefgang) und Eisberichten für ihre Binnenwasserstraßen, in standardisierter, codierter und abrufbarer Form bereitgestellt werden. Die standardisierte Nachricht muss zumindest die für die sichere Schifffahrt erforderlichen Informationen enthalten. Die Nachrichten für die Binnenschiffahrt müssen aktuell und zumindest in einem gemeinsamen elektronischen Format zugänglich sein;	d) sicherstellen, dass Nachrichten für die Binnenschiffahrt, einschließlich Berichten über den Wasserstand (bzw. den maximal zulässigen Tiefgang) und Eisberichten für ihre Binnenwasserstraßen, in standardisierter, codierter und abrufbarer Form bereitgestellt werden. Die standardisierte Nachricht muss zumindest die für die sichere Schifffahrt erforderlichen Informationen enthalten. Die Nachrichten für die Binnenschiffahrt müssen aktuell und in einem gemeinsamen elektronischen Format zugänglich sein;
f) sicherstellen, dass zumindest verkehrsbezogene Informationen zwischen RIS und den von anderen Verkehrsträgern genutzten Umgebungen für den elektronischen Informationsaustausch, die durch Unionsrecht geschaffen wurden, auch über die nationalen zentralen Meldeportale für den Seeverkehr im Rahmen des europäischen Umfelds zentraler Meldeportale für den Seeverkehr (European Maritime Single Window environment, EMSWe), ausgetauscht werden;	f) sicherstellen, dass verkehrsbezogene Informationen zwischen RIS und den von anderen Verkehrsträgern genutzten Umgebungen für den elektronischen Informationsaustausch, die durch Unionsrecht geschaffen wurden, auch über die nationalen zentralen Meldeportale für den Seeverkehr im Rahmen des europäischen Umfelds zentraler Meldeportale für den Seeverkehr (European Maritime Single Window environment, EMSWe), ausgetauscht werden;

Begründung

- b) Siehe Begründung zu Änderung 3.
c), d), f) stilistische Korrektur.

Änderung 9

Artikel 1 Nummer 4 Ziffer 5

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
Die Mitgliedstaaten richten eine einzige RIS-Plattform, über die Fahrwasser-, Infrastruktur-, Verkehrs- und Transportinformationen bereitgestellt werden, ein und betreiben, nutzen und pflegen diese Plattform. Die RIS-Plattform muss allen RIS-Benutzern zugänglich und die Hauptplattform für den Austausch von RIS-bezogenen Informationen sein. Sie muss Schnittstellen für Verbindungen mit den Systemen der anderen Verkehrsträger und Binnenhäfen vorsehen . Die Mitgliedstaaten benennen eine oder mehrere Behörden, die für den Betrieb der RIS-Plattform zuständig ist bzw. sind.	Die Mitgliedstaaten richten eine einzige RIS-Plattform, über die Fahrwasser-, Infrastruktur-, Verkehrs- und Transportinformationen bereitgestellt werden, ein und betreiben, nutzen und pflegen diese Plattform. Die RIS-Plattform muss allen RIS-Benutzern zugänglich und die Hauptplattform für den Austausch von RIS-bezogenen Informationen sein. Sie muss mit den Systemen der anderen Verkehrsträger und Binnenhäfen verbunden sein . Die Mitgliedstaaten benennen eine oder mehrere Behörden, die für den Betrieb der RIS-Plattform zuständig ist bzw. sind.

Begründung

Das Ziel und nicht die Art und Weise, wie es erreicht werden soll.

Änderung 10

Anhang II Nummer 8 streichen

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
<i>Datenaustausch mit anderen digitalen Systemen oder Plattformen</i> <i>Für die technischen Spezifikationen für den Datenaustausch mit anderen digitalen Systemen oder Plattformen, einschließlich EMSWe, eFTI, ERDMS, Hafengemeinschaftssystemen von Binnenhäfen und intelligenten Binnenschiffahrtsinfrastruktursystemen gemäß Artikel 5 gelten folgende Vorgaben:</i>	

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
a) Aufbau auf den Funktionen der RIS-Plattform; b) Erleichterung des elektronischen Datenaustauschs zwischen RIS-Technologien und den von anderen Verkehrsträgern genutzten Datenbanken und Systemen über geeignete Datenverbindungen und Schnittstellen; c) Festlegung der Systemanforderungen und der Verfahren für den automatisierten Datenaustausch; d) Echtzeit-Informationsaustausch, insbesondere in Bezug auf zeitkritische Daten; e) Gewährleistung der Sicherheit des Informationsaustauschs im Rahmen eines umfassenden Zugangskontrollsystems auf der Grundlage von Zugangsrechten; f) Antizipation eines Rahmens für den Systemaustausch, der künftige Weiterentwicklungen und Verbindungen mit zusätzlichen Systemen ermöglicht, darunter den Austausch mit dem künftigen europäischen Mobilitätsdatenraum und jedem anderen System, mit dem die Innovation im Bereich des multimodalen Verkehrs gefördert wird.	

Begründung

Wiederholung von Ziffer 7.

Änderung 11

Anhang III

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung
Die technischen Spezifikationen für RIS sind im ES-RIS-Standard 2023/1 festgelegt.	Die technischen Spezifikationen für RIS sind im ES-RIS-Standard 2023/1, seinen weiteren Aktualisierungen und anderen einschlägigen Standards festgelegt ⁽²⁾ .

Begründung

Es sind Änderungen am Standard ES-RiS 2023/1 geplant (COM(2024) 59 final). Siehe Ziffer 3.8.

Artikel 1 Nummer 13 und Artikel 2:

Die Kommission streicht Artikel 12 Absatz 1 nicht, schlägt jedoch Artikel 2 mit neuen Umsetzungsfristen vor. Der EWSA empfiehlt eine Überarbeitung des vorgeschlagenen Textes, damit keine Unklarheiten über den Zeitplan der Umsetzung aufkommen.

3. Hintergrund der Stellungnahme und des erörterten Legislativvorschlags

3.1. Die Binnenschifffahrt ist ein wichtiges Element der nachhaltigen Entwicklung des Verkehrs, denn ihr Energieverbrauch ist um das Zwei- bis Vierfache, ihre Emissionen um das Vierfache und ihr Flächenverbrauch um die Hälfte geringer als beim Straßenverkehr, und anders als im Straßenverkehr gibt es keine Verkehrsüberlastung. In der EU verursacht dieser Verkehrszweig nur 0,3 % der externen Kosten des Verkehrs ⁽³⁾.

⁽²⁾ Zum Beispiel COM(2024) 59 final.
⁽³⁾ Europäische Kommission, *Handbook on the external costs of transport*.

3.2. Dreizehn Mitgliedstaaten der EU verfügen über ein miteinander verbundenes Wasserstraßennetz. Deshalb spiegelt der Anteil der Binnenschifffahrt an der Deckung des Verkehrsbedarfs (durchschnittlich 4 % der gesamten Verkehrsleistung und 5,4 % im Binnenverkehr im Jahr 2021) ⁽⁴⁾ ihre tatsächliche Bedeutung in einigen Einsatzgebieten nicht wider (57 % im North Sea Port ⁽⁵⁾), über 32 % im Hafen von Rotterdam ⁽⁶⁾, 40 % in Antwerpen ⁽⁷⁾ und fast 40 % im Binnenverkehr in den Niederlanden). In einigen Regionen gibt es noch Spielraum für den Ausbau der Binnenschifffahrt, der genutzt werden sollte.

3.3. Diesem Verkehrszweig wird aufgrund seiner geringen Umweltbelastung eine wichtige Rolle beim Aufbau eines umweltfreundlicheren Verkehrswesens beigemessen. Der Binnenschiffs- und der Kurzstreckenseeverkehr werden voraussichtlich bis 2030 um 25 % und bis 2050 um 50 % zunehmen ⁽⁸⁾.

3.4. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine höhere Wettbewerbsfähigkeit dieses Verkehrsträgers ist die Digitalisierung. Der Aufbau eines harmonisierten, interoperablen und offenen Informationssystems erforderte die Einführung gemeinsamer Standards und technischer Spezifikationen.

3.5. Die RIS-Richtlinie war eine Antwort auf diese Aufgabenstellungen und einer der wichtigsten Rechtsakte für die Binnenschifffahrt. Ihr Zweck war die Bereitstellung moderner Informationsdienste und -funktionen in diesem Verkehrszweig, die zu Folgendem beitragen sollten:

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit,
- bestmögliche Nutzung der Infrastruktur,
- höhere Sicherheit und
- besserer Schutz der natürlichen Umwelt.

3.6. Die Analyse der Auswirkungen der RIS-Umsetzung ergab, dass sich die Erwartungen nicht erfüllt haben. In dem Vorschlag heißt es dazu, „dass die RIS-Richtlinie nicht der Notwendigkeit Rechnung trägt, die Effizienz der Binnenschifffahrt und ihre Integration in multimodale Lieferketten zu verbessern [...] den neuen technologischen Herausforderungen und der weiteren Digitalisierung des Sektors nicht ausreichend Rechnung trägt“, und weiter: „Das Hauptproblem ist daher die langsame und fragmentierte Einführung von RIS, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der Binnenschifffahrt und ihr Beitrag zu den Zielen des europäischen Grünen Deals beeinträchtigt werden.“ ⁽⁹⁾

3.7. Es ist äußerst wichtig, dieses Problem in der Mitteilung über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraums ⁽¹⁰⁾ anzugehen. Der EWSA glaubt und erwartet, dass RIS-Daten Teil dieses Raums werden, denn das würde die Multimodalität des Verkehrs in der EU erheblich verbessern.

3.8. Das Europäische Parlament forderte in seiner Entschließung ⁽¹¹⁾ eine Strategie zur Entwicklung und zum Einsatz digitaler und automatisierter Technologien in der Binnenschifffahrt. Es betonte ferner, dass technische Standards im Europäischen Ausschuss zur Ausarbeitung von Standards im Bereich der Binnenschifffahrt (CESNI) aktualisiert und die Binnenschifffahrtsweginformationen weiter harmonisiert werden müssen. Das EP hob auch hervor, dass für einen gemeinsamen Rahmen für einen interoperablen Datenaustausch zwischen Verkehrsträgern gesorgt werden muss. Dabei befürwortete es uneingeschränkt eine stärkere Harmonisierung und höhere Interoperabilität von Daten in der internationalen Binnenschifffahrt.

⁽⁴⁾ EU-Verkehr in Zahlen. Statistisches Taschenbuch 2023, Luxemburg 2023.

⁽⁵⁾ North Sea Port, <https://en.northseaport.com/multimodal-port>

⁽⁶⁾ *Port of Rotterdam Container Facts & Figures 2021*, Schienengüterverkehrskorridor Rhein-Alpen Jahresbericht 2021.

⁽⁷⁾ *Port of Rotterdam Container Facts & Figures 2021*, Schienengüterverkehrskorridor Rhein-Alpen Jahresbericht 2021.

⁽⁸⁾ # Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen, COM(2020) 789 final.

⁽⁹⁾ SWD(2024) 16 final.

⁽¹⁰⁾ COM(2023) 751 final.

⁽¹¹⁾ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2021 zu der Verwirklichung einer zukunftssicheren Binnenschifffahrt in Europa (ABl. C 117 vom 11.3.2022, S. 7.).

3.9. In seiner Stellungnahme zum Aktionsplan NAIADES III⁽¹²⁾ wies der EWSA darauf hin, dass die wichtigsten Grundsätze für die Stärkung der Binnenschifffahrt die Multimodalität und intelligente Schifffahrtslösungen sind. Indem man darauf aufbauend die Vorteile der verschiedenen Verkehrsträger geschickt nutzt, können die besten Ergebnisse erreicht werden, wobei gleichzeitig die Sicherheit erhöht und die Umweltbelastung reduziert werden. Der EWSA betonte ferner, dass Schifffahrtsunternehmen ohne die Aussicht auf eine Verbesserung der Befahrbarkeit der Wasserstraßen das Risiko von Investitionen in eine moderne Flotte scheuen werden.

4. Allgemeine Bemerkungen

4.1. Im Zeitalter der Digitalisierung, da eine Menge Daten von einzelnen Organisationen mithilfe verschiedener Systeme gesammelt werden, ist ein multimodales, intelligentes Verkehrs- und Transportmanagementsystem mit integriertem RIS-System notwendig, damit die vorhandenen Transportkapazitäten besser genutzt, das Sicherheitsniveau in der Binnenschifffahrt erhöht und das Zusammenspiel mit anderen Verkehrsträgern verbessert werden können.

4.2. In diesem Zusammenhang ist der vorgelegte Entwurf einer Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2005/44/EG über harmonisierte Binnenschifffahrtswasserstraßen (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft als ein wichtiges Element für ein nachhaltiges Verkehrswesen in der EU zu sehen.

4.3. In der EU sind mindestens ein Dutzend RIS-Systeme im Einsatz, darunter mehrere Großsysteme. Sie unterstützen die Navigation und die Einsatzplanung. Darüber hinaus erhöhen sie die Sicherheit. Allerdings ist der Umfang der von den einzelnen Systemen erbrachten Dienste sehr unterschiedlich.

4.4. Im Laufe der Jahre wurde versucht, eine Plattform aufzubauen, die verschiedene regionale Systeme zu einem einzigen, öffentlich zugänglichen System zusammenführt. Die internationale Anwendung von RIS wurde als wünschenswert erachtet, auch im 2012 erschienenen Bericht der UNECE⁽¹³⁾. Diese Anliegen mündeten in das Projekt RIS COMEX, das schließlich zur Einrichtung der EuRIS-Plattform führte, die einen einfachen Zugriff auf alle Informationen ermöglicht, die für die Schifffahrt und Einsätze auf den wichtigsten Wasserstraßen Europas nötig sind.

4.5. Der EWSA stellt fest, dass die Intermodalität derzeit nur begrenzt gegeben ist. Ihr Schwerpunkt liegt auf Verbindungen von Seehäfen, Schienen- und Straßenverkehr. Leider ist die Binnenschifffahrt in einigen Regionen Europas nicht in gleichem Maße in die Verkehrssysteme einbezogen, obwohl ihr Potenzial, insbesondere in Städten, offensichtlich ist. Um es zu realisieren, ist es jedoch notwendig, Verkehrsdaten zur Planung des Verkehrs innerhalb ganzer Ballungsräume zu nutzen. Dies erfordert Interoperabilität und Datenaustausch sowie die Aufnahme der Binnenschifffahrt in die Planung der Infrastrukturentwicklung, der Stadtentwicklung usw. (Pläne für nachhaltige städtische Mobilität [SUMP] sind hier von besonderer Relevanz). E-Frachtdienste wären ebenfalls wichtig.

4.6. In der Gesellschaft hat die Sensibilität für Umweltanliegen und soziale Fragen zugenommen. Aufgrund dessen ist es erforderlich, bei der Planung von Transportvorgängen nicht nur die Transportkosten zu berücksichtigen (Rentabilität), sondern auch die externen Kosten (z. B. Lärm, Umweltverschmutzung, Staus usw.). Die Berücksichtigung der externen Kosten des Verkehrs spricht zweifellos für die Binnenschifffahrt nicht nur auf den wichtigsten europäischen Routen, sondern auch auf lokalen Wasserstraßen.

4.7. Zur Erweiterung der Einsatzbereiche der Binnenschifffahrt werden neue verkehrstechnische Lösungen entwickelt, z. B. Schiffe mit geringerem Tiefgang, aus leichteren Werkstoffen und autonom fahrende Schiffseinheiten.

4.8. Das Problem ist jedoch der Personalmangel, der zur Folge hat, dass sich Schifffahrtsunternehmen von weniger häufig befahrenen und weniger rentablen lokalen Wasserstraßen zurückziehen. Die Einführung digitaler Lösungen in diesen Abschnitten kann dieses Problem entschärfen, weil sie die Arbeit attraktiver machen oder aber den Personalbedarf verringern. Dies wäre der Entwicklung dieses Verkehrszweigs dienlich.

⁽¹²⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — NAIADES III: Förderung einer zukunftssicheren europäischen Binnenschifffahrt“ (COM(2021) 324 final) (ABl. C 194 vom 12.5.2022, S. 102).

⁽¹³⁾ UNECE (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa) (2012): *Intelligent Transport Systems (ITS) for Sustainable Mobility*.

4.9. Der EWSA betont ferner, dass nach Artikel 2 der Richtlinie Investitionen in RIS nicht nur auf TEN-V-Wasserstraßen getätigt werden können, sondern auch dort, wo interessierte Parteien dies von sich aus beschließen. Der Ausschuss ist deshalb der Ansicht, dass in der Richtlinie Standards festgelegt werden sollten und die Europäische Kommission alle Investitionen in digitale Lösungen auf Binnenwasserstraßen unterstützen sollte. Bei dem eingeführten System sollte darauf geachtet werden, dass es auch Wasserstraßen außerhalb des TEN-V offensteht, um die Schaffung RIS-inkompatibler Systeme auf lokalen Wasserstraßen zu vermeiden.

5. Besondere Bemerkungen

5.1. Die Frage der Besatzungen wird in dem Richtlinienvorschlag überhaupt nicht behandelt. Das ist ein Fehler. Ohne die Akzeptanz und Kenntnis digitaler Lösungen bei Besatzungen und Beschäftigten in Binnenhäfen dürften RIS ihre volle Wirkung wohl kaum entfalten können. Deshalb muss auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, Aus- und Weiterbildung im Bereich digitaler Lösungen in dieser Verkehrsart anzubieten. Hervorhebenswert ist des Weiteren, dass die Nutzung von RIS zu einem besseren Arbeitsschutz auf Schiffen und in Häfen beitragen wird. Das wäre wiederum ein Argument, das mehr Menschen zur Aufnahme einer Tätigkeit in diesem Wirtschaftszweig veranlassen könnte, was auch nötig ist, denn die Binnenschifffahrt ist gegenwärtig bei der Berufswahl wenig beliebt und auch die Arbeitskräftealterung ist ein Problem.

5.2. Darüber hinaus weist der EWSA darauf hin, dass RIS auch zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit auf Schiffen genutzt werden sollten, insbesondere im Zusammenhang mit den Arbeitszeiten. Ähnliche Lösungen bestehen bereits in anderen Verkehrssparten, z. B. im Straßenverkehr.

5.3. Der EWSA betont ferner die Bedeutung von Investitionen in die für einen effizienten Informationsaustausch innerhalb der RIS nötige Infrastruktur. Angesichts der hohen Kosten der für den Betrieb von RIS erforderlichen Ausrüstung (Basisstationen, Glasfasernetze, Funkverbindungen usw.) sollten interessierte Organisationen günstigere Bedingungen der finanziellen Unterstützung erhalten.

Brüssel, den 24. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4065

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Neuer Wachstumsplan und Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan

(COM(2023) 691 final und COM(2023) 692 final)

(C/2024/4065)

Berichterstatter: **Ionuț SIBIAN**

Ko-Berichterstatlerin: **Dragica MARTINOVIĆ DŽAMONJA**

Beraterinnen	Krisela HACKAJ (für den Berichterstatter) Milena MIHAJLOVIĆ (für die Ko-Berichterstatlerin)
Beschluss des Präsidiums	30.11.2023
Befassung	8.12.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme im Arbeitsorgan	3.4.2024
Verabschiedung im Plenum	25.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	152/0/3

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt, dass in den Vorschlägen für einen neuen Wachstumsplan und für eine Verordnung zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan das Engagement für sozioökonomische Konvergenz und grundlegende Reformen bekräftigt wird. Er ist der festen Überzeugung, dass der beste Weg zur Erweiterung der Union ein schrittweiser, verlässlicher und leistungsorientierter Ansatz ist, bei dem im Laufe des Beitrittsprozesses nach und nach mehr Vorteile gewährt werden. Die Europäische Kommission sollte sicherstellen, dass die Begünstigten rechtzeitig technische Hilfe für die Angleichung an den Besitzstand und dessen Umsetzung erhalten.

1.2. Der EWSA begrüßt die starke Konditionalität in der Reform- und Wachstumsfazilität, mit der die Bedeutung zentraler Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, einschließlich der Minderheitenrechte, unterstrichen wird. Dieser Ansatz ist nur dann wirksam, wenn die Kommission bei der Erstellung ihrer Bewertungen methodisch, objektiv und transparent vorgeht. Der EWSA empfiehlt der Kommission, klare und transparente Leitlinien für die Anwendung der vorgeschlagenen Konditionalitäten vorzugeben. Er bekräftigt ferner, dass dafür gesorgt werden muss, dass der Fokus der EU auf Stabilität und geopolitische Interessen nicht auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie geht.

1.3. Die Kommission sollte Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer dabei unterstützen, sowohl die Vor- als auch die Nachteile einer frühzeitigen Marktintegration zu bewerten und hierbei die negativen Auswirkungen zu ermitteln und maßgeschneiderte Minderungsmaßnahmen umzusetzen. Dies wird überaus wichtig sein, um zu verhindern, dass die öffentliche Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in den Kandidatenländern schwindet, und um ihre reibungslose Integration in den EU-Binnenmarkt zu erleichtern. Darüber hinaus sollte die Kommission bei der Ausarbeitung der entsprechenden Maßnahmen sicherstellen, dass Beiträge der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft rechtzeitig eingeholt und gebührend berücksichtigt werden.

1.4. Der EWSA betont, dass die Funktionsweise der Reform- und Wachstumsfazilität mit den Grundsätzen der Kohäsionspolitik und den Governance-Regeln der EU in Einklang gebracht werden muss, um die territoriale und soziale Entwicklung zu fördern und die Institutionen des Westbalkans auf die Zeit vorzubereiten, in der sie uneingeschränkten Zugang zu kohäsionspolitischen Mitteln haben werden. Die Unterstützung für Kandidatenländer sollte überdies an die Finanzierungsinstrumente der Mitgliedstaaten angepasst werden, um einen nahtlosen Übergang zur EU-Mitgliedschaft zu ermöglichen. Zur Vermeidung administrativer Engpässe sollten die Finanzierungsinstrumente für Heranführungshilfe künftig gestrafft werden.

1.5. Die Kommission sollte den Ansatz der schrittweisen Integration stärken, indem sie einen Vorschlag zur Förderung der institutionellen Vernetzung der Kandidatenländer und ihres Zugang zur Arbeit der EU-Organe (einschließlich der verschiedenen Generaldirektionen der Kommission) schon während des Beitrittsprozesses mit dem Ziel ausarbeitet, Peer-Learning anzuregen, die Verwaltungskapazitäten der Kandidatenländer kontinuierlich aufzubauen und sie an die Politikgestaltung und die Rechtsetzungsprozesse der EU heranzuführen.

1.6. Der EWSA unterstützt zwar uneingeschränkt den Ansatz der verstärkten Konditionalität im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität, betont jedoch, dass die Kommission für die Bewertung der Frage, ob die Vorbedingungen zufriedenstellend erfüllt und Reformen im Zusammenhang mit der Mittelauszahlung durchgeführt wurden, eine transparente Vorgehensweise wählen und entsprechende Leitlinien vorgeben muss. Der EWSA fordert die Kommission auf, in ihren regelmäßigen Berichten auf transparente, inklusive, kohärente und objektive Weise künftig auch die Fortschritte und die Beitrittsreife im Teilbereich „Funktionsweise der demokratischen Institutionen“ von Cluster 1 zu bewerten, da dieser Bereich eine wesentliche Voraussetzung für EU-Unterstützung aus der Reform- und Wachstumsfazilität ist. In Bezug auf alle in den Reformagenden dargelegten Reformen sollten Indikatoren zur abschließenden Bewertung der Wirksamkeit der Reformen sowie diesbezügliche Etappenziele in verbindlichen Folgevereinbarungen festgelegt werden.

1.7. Der EWSA ist der Ansicht, dass in den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt investiert werden muss, um Wirtschaftswachstum zu erzielen und Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Er empfiehlt der Kommission, auch die Einbeziehung von Reformen und Investitionen im Bereich Humankapital in die Reformagenden zu priorisieren, da im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans bisher kaum derartige Investitionen gefördert wurden⁽¹⁾. Der EWSA empfiehlt ferner, für alle in den Reformagenden enthaltenen Maßnahmen soziale und entwicklungsbezogene Ergebnisindikatoren festzulegen.

1.8. Der EWSA empfiehlt, dass im unmittelbaren Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Wachstumsplans auch Maßnahmen zum Ausbau der nationalen Verwaltungskapazitäten sowie der Kapazitäten der Sozial- und Wirtschaftspartner zu ergriffen werden, da diese für die Verbesserung der Qualität des sozialen und zivilgesellschaftlichen Dialogs in den Kandidatenländern von entscheidender Bedeutung sind.

1.9. Im Einklang mit dem Partnerschaftsprinzip der EU und den sozialen und wirtschaftlichen Zielen des Plans dringt der EWSA darauf, dass die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft rechtzeitig und sinnvoll in die Gestaltung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Reformagenden einbezogen werden. Der EWSA empfiehlt, dass die Reformagenden eine Zusammenfassung des Konsultationsprozesses enthalten sollten, in der dargelegt wird, wie die Beiträge der Interessenträger berücksichtigt wurden.

1.10. Ausgehend von den Erfahrungen mit der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) in den EU-Mitgliedstaaten empfiehlt der EWSA, länderspezifische Begleitausschüsse einzurichten, um die Umsetzung, Koordinierung und Überwachung des Plans zu stärken. Diesen Ausschüssen sollten Sozialpartner sowie einschlägige Organisationen der Zivilgesellschaft aus den Empfängerländern angehören.

1.11. Da mindestens die Hälfte der Mittel⁽²⁾ der Reform- und Wachstumsfazilität über den Investitionsrahmen für den westlichen Balkan (WBIF) bereitgestellt würde, bekräftigt der EWSA, dass einschlägige zivilgesellschaftliche Organisationen sinnvoll und rechtzeitig an der Steuerung der Fazilität beteiligt werden müssen, und betont, dass sie unbedingt auch in den WBIF⁽³⁾ und in die nationalen Investitionsausschüsse der Empfängerländer einbezogen werden sollten.

⁽¹⁾ Bis Dezember 2023 waren von den 59 im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans für den Zeitraum 2020–2023 getätigten Vorzeuginvestitionen nur drei Investitionen in Humankapital: <https://www.wbif.eu/storage/app/media/Library/FactSheets/Factsheets%202023/WBIF%20Endorsed%20Flagship%20Investments%20Dec%202023%20updates.pdf>

⁽²⁾ Mindestens 3 Mrd. EUR für den Zeitraum 2024–2027. Zwischen 2009 und 2023 leistete die Kommission einen Beitrag von rund 2,94 Mrd. EUR zum WBIF in Form von Mitteln für Infrastrukturinvestitionen im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe.

⁽³⁾ Abschlusserklärung – Achten Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans: <https://www.eesc.europa.eu/en/documents/final-declaration-8th-western-balkans-civil-society-forum#downloads>

1.12. Der EWSA fordert die Kommission nachdrücklich auf, Reformagenden, Folgevereinbarungen und einschlägige Berichte zeitnah öffentlich zugänglich zu machen. Im Sinne einer größeren Transparenz und gesellschaftlichen Eigenverantwortung in der Region sowie zur Förderung des regelmäßigen Dialogs und der öffentlichen Aufsicht über die Umsetzung des Plans empfiehlt der EWSA außerdem, einen Anzeiger (*Scoreboard*) für die Reform- und Wachstumsfazilität einzurichten und sich hierbei am Aufbau- und Resilienzscoreboard der EU zu orientieren.

1.13. Der EWSA bekräftigt die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen während des gesamten EU-Beitrittsprozesses und begrüßt, dass der Schwerpunkt im Kommissionsvorschlag auf die Entwicklung des Gemeinsamen Regionalen Marktes gelegt wird. Er schlägt jedoch vor, ein objektives und transparentes Überwachungssystem für die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen einzurichten. Hierfür bedarf es der Einbeziehung der Sozialpartner und zivilgesellschaftlichen Organisationen und des politischen Willens, erforderlichenfalls Reversibilitätsmechanismen anzuwenden.

2. Neue Impulse für die EU-Erweiterung

2.1. Infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine hat sich in der EU eine neue Dynamik im Hinblick auf die Erweiterung entwickelt. Im Dezember 2023 beschloss der Europäische Rat, Beitrittsverhandlungen mit Moldau und der Ukraine aufzunehmen und Georgien unter Auflagen den Status eines Kandidatenlandes zuzuerkennen. Bei diesen Entscheidungen spielen geopolitische Erwägungen eine große Rolle, da die Union bestrebt ist, bezüglich ihrer Grundwerte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem gesamten Kontinent Einigkeit zu erzielen. Der EWSA begrüßt überdies den Beschluss des Europäischen Rates vom März 2024, Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina aufzunehmen^(*).

2.2. Die Staaten auf dem Westbalkan, denen 2003 eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, waren im Laufe des schon zwei Jahrzehnte dauernden Integrationsprozesses mit Herausforderungen konfrontiert. Der EWSA betont, dass diesen Ländern trotz der schwankenden EU-Begeisterung und der wechselhaften Fortschritte bei den Reformen, einschließlich Phasen der Stagnation, eine glaubwürdige Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft im Zuge eines leistungsorientierten und vorhersehbaren Beitrittsprozesses gegeben werden muss.

2.3. Tempo und Ausmaß der sozioökonomischen Konvergenz zwischen den Partnern auf dem Westbalkan und der EU sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, was ihre Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt behindert. Die Konvergenzbemühungen müssen unbedingt intensiviert werden, insbesondere angesichts der Gefahr, dass die öffentliche Unterstützung auf dem Westbalkan schwindet. Alle Partner müssen ihre Reformbemühungen verstärken, um die derzeitige Erweiterungsdynamik zu nutzen und den Wert zusätzlicher EU-Finanzinvestitionen in die Entwicklung der Region unter Beweis zu stellen.

2.4. Die Länder des Westbalkans sind in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Hinsicht divers, und auch die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft ist unterschiedlich. Trotz interner Konflikte und der Anfälligkeit für geopolitische Einflussnahme von außerhalb der EU haben die Länder der gesamten Region gemeinsame Wurzeln und streben einen EU-Beitritt an. Die Pflege dieser Gemeinsamkeiten ist für die Zukunft der Region, ihre Sicherheit und die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung. Der EWSA hebt die zentrale Rolle der Sozialpartner und der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Bewältigung der Herausforderungen hervor, die sich aus den Unterschieden im Beitrittsprozess ergeben.

2.5. Der Transformationsprozess hin zu einer demokratischen Gesellschaft führte zuweilen – insbesondere auf regionaler Ebene – dazu, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften schlecht organisiert waren. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Sozialpartner und andere einschlägige Arbeitgeberverbände wie Handelskammern auf dem Westbalkan unbedingt bei der Schaffung von Anreizen für eine starke Vertretung von Arbeitgebern und Gewerkschaften unterstützt werden müssen. Darüber hinaus müssen sie dazu angehalten werden, sich an europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu beteiligen und so auf europäischem Sachverstand, Schulungsprogrammen und sozialen Praktiken aufzubauen.

2.6. Der EWSA betont, dass die EU bei der Beilegung bilateraler Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern eine proaktive Haltung einnehmen muss. Diese Streitigkeiten behindern häufig Fortschritte und wirken sich negativ auf pro-europäische politische Kräfte in Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern aus, was zu Stillstand oder sogar zu einer Rücknahme der auf den EU-Beitritt ausgerichteten Reformen führt.

^(*) Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 21./22. März 2024: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/03/22/european-council-conclusions-21-and-22-march-2024/>

3. Schrittweise Integration der EU und des Westbalkans

3.1. Seit der Veröffentlichung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Juni 2022 ⁽⁵⁾ hat die schrittweise Integration der Kandidatenländer während des Beitrittsprozesses als wirksamer Ansatz im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik Anerkennung gefunden. Dies ermöglicht es den Kandidatenländern, sich bereits frühzeitig darin zu üben, die mit der EU-Mitgliedschaft einhergehenden Verpflichtungen einzuhalten, wodurch sie sich besser auf ihre Pflichten nach dem Beitritt vorbereiten können. Des Weiteren hilft die schrittweise Aufstockung der finanziellen Unterstützung, die Kluft bei der sozioökonomischen Konvergenz zwischen diesen Ländern und dem EU-Durchschnitt zu schließen.

3.2. Der EWSA begrüßt den schrittweisen Ansatz, der in verschiedenen Vorschlägen wie jenem zu einem graduellen EU-Beitritt ⁽⁶⁾ und zu einer frühzeitigen Stärkung des Zusammenhalts im Rahmen der EU-Erweiterung ⁽⁷⁾ dargelegt wird. Diese Vorschläge stehen im Einklang mit der überarbeiteten Erweiterungsmethodik und spiegeln sich bis zu einem gewissen Grad in dem Ansatz wider, der dem neuen Wachstumsplan der Kommission für den Westbalkan zugrunde liegt. Die Kommission sollte sich im Hinblick auf künftige Maßnahmen an diesen Vorschlägen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Denkfabriken orientieren. Das endgültige Ziel sollte eine reformierte Erweiterungspolitik nebst weiteren Überprüfungen von EU-Maßnahmen sein, die sich auf die bisherigen Erfahrungen stützen und gleichzeitig für die aktuellen Herausforderungen geeignet sind.

3.3. Der EWSA begrüßt die zunehmende Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Denkfabriken an diesem Prozess und unterstreicht das wachsende Interesse der Kommission daran, bei der Ausarbeitung von Vorschlägen deren Beiträge einzuholen. Er betont jedoch nachdrücklich, dass alle Beteiligten, auch die EU, den sozialen Dialog auf der Grundlage des Partnerschaftsprinzips führen müssen ⁽⁸⁾.

4. Ein glaubwürdiger und vorhersehbarer Prozess nach dem Grundsatz „Wesentliches zuerst“

4.1. Der EWSA begrüßt, dass mit dem neuen Wachstumsplan die dringend benötigte Vorhersehbarkeit bezüglich des Verhältnisses zwischen Reformen und Finanzierung eingeführt wird. Er weist jedoch darauf hin, dass es im EU-Beitrittsprozess insgesamt nach wie vor weitgehend an Vorhersehbarkeit mangelt. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Beschlüsse in allen Erweiterungsfragen stets einstimmig gefasst werden müssen und die Mitgliedstaaten zögern, im Falle von Rückschritten auf Reversibilitätsmechanismen zurückzugreifen. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Fortschritte im Beitrittsprozess und auf die Art und Weise aus, wie dieser von den Menschen in den westlichen Balkanstaaten wahrgenommen wird. Der EWSA bekräftigt, dass dafür gesorgt werden muss, dass der Fokus der EU auf Stabilität und geopolitische Interessen nicht auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie geht.

4.2. Der EWSA hebt den überaus wichtigen Grundsatz „Wesentliches zuerst“ hervor und fordert eine strenge und objektive Bewertung der Reformen durch die Kommission, um die Glaubwürdigkeit des Erweiterungsprozesses zu gewährleisten. Er stellt fest, dass der Bereich „Funktionsweise der demokratischen Institutionen“ der einzige Bereich ist, in dem die Kommission immer noch keine Bewertung der erzielten Fortschritte und des Stands der Vorbereitung vorlegt.

4.3. Der EWSA unterstützt die starke Konditionalität in der Reform- und Wachstumsfazilität, mit der die Bedeutung zentraler Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, einschließlich der Minderheitenrechte, unterstrichen wird. Dieser Ansatz ist nur dann wirksam, wenn die Kommission bei der Erstellung ihrer Bewertungen methodisch, objektiv und transparent vorgeht.

⁽⁵⁾ Tagung des Europäischen Rates vom 23./24. Juni 2022 – Schlussfolgerungen, Brüssel, 24. Juni 2022, EUCO 24/22: <https://www.consilium.europa.eu/media/57442/2022-06-2324-euco-conclusions-en.pdf>

⁽⁶⁾ Mihajlović, M. et al., *Template 2.0 for Staged Accession to the EU*, European Policy Centre (CEP) und Zentrum für Europäische Politische Studien (CEPS), August 2023: <https://cep.org.rs/en/publications/template-2-0-for-staged-accession-to-the-eu/>

⁽⁷⁾ *Conditionality and Solidarity: Frontloading Cohesion into EU Enlargement to Southeast Europe 6*, Cooperation and Development Institute (CDI), April 2023: <https://cdiinstitute.eu/wp-content/uploads/2023/05/Tirana-Connectivity-Forum-2022-.pdf>

⁽⁸⁾ Im Einklang mit Buchstabe und Geist von Artikel 152 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem betont wird, dass sowohl die Autonomie als auch die Vielfalt der Sozialpartner geachtet werden müssen.

4.4. Der EWSA begrüßt, dass der Fokus der Vorschläge der Kommission deutlich auf dem Dialog zwischen Belgrad und Pristina liegt, der eine der Voraussetzungen für die Unterstützung der Union im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität ist. Weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo⁽⁹⁾ sind für das Funktionieren des Gemeinsamen Regionalen Marktes und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Der EWSA weist darauf hin, dass die vollständige Übernahme der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU durch die Staaten des Westbalkans nach wie vor ein Eckpfeiler der Konditionalitätsbestimmungen der EU ist, wie in der jüngsten Erklärung des Gipfeltreffens EU-Westbalkan aus dem Jahr 2023 hervorgehoben wurde⁽¹⁰⁾.

5. Stärkung der sozioökonomischen Konvergenz mit der EU

5.1. Auch wenn eine stärkere sozioökonomische Entwicklung einer der Hauptvorteile der EU-Mitgliedschaft ist, muss diese unbedingt schon im Heranführungsprozess unterstützt werden, um die Lebensqualität in den Kandidatenländern zu verbessern und ihren Übergang zur Mitgliedschaft zu flankieren. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission den Schwerpunkt auf die Förderung der sozioökonomischen Konvergenz des Westbalkans mit der EU legt. Die dortigen Volkswirtschaften sind im Rückstand und liegen derzeit bei 27 bis 50 % des EU-Durchschnitts. Sie werden wahrscheinlich noch Jahrzehnte brauchen, um den EU-Durchschnitt zu erreichen. Aufgrund der unterschiedlichen Unterstützung der EU für den Westbalkan und die benachbarten neuen EU-Mitgliedstaaten vertiefen sich die Unterschiede weiter.

5.2. Der neue Wachstumsplan kann einen unmittelbaren Beitrag zu lokalen Entwicklungsfaktoren leisten, indem er die Konvergenz in den Mittelpunkt stellt und sie finanziell unterstützt. Durch die Anwendung europäischer Verwaltungsstandards auf der Grundlage von Konditionalität und Solidarität kann vor Ort eine weit über eine aufgestockte EU-Finanzspritze hinausgehende Wirkung erzielt, die Glaubwürdigkeit der EU sowie die Legitimität des Plans und die öffentliche Wahrnehmung der damit erzielten Ergebnisse gestärkt werden.

6. Mehr Vorteile während des Beitrittsprozesses

6.1. Der EWSA unterstützt die im neuen Wachstumsplan dargelegte verstärkte wirtschaftliche Integration der Westbalkanländer in den EU-Binnenmarkt. Die Kommission weist zu Recht auf die Vorteile einer vertieften Marktintegration hin, die von den Fortschritten der Kandidatenländer bei der Übernahme des einschlägigen Besitzstands der Union abhängt. Der EWSA betont, dass die Regierungen bei allen Reformen unterstützt werden müssen, die für den Zugang zu den im Plan genannten Bereichen des Binnenmarkts erforderlich sind.

6.2. Der EWSA betont, dass die Marktintegration nicht nur Vorteile, sondern auch Risiken und Verluste für die Volkswirtschaften der Kandidatenländer mit sich bringen kann. Mögliche negative Auswirkungen der Marktintegration auf die sozioökonomische Entwicklung sollten sorgfältig überwacht und abgemildert werden. Der EWSA unterstreicht die Bedeutung des sozialen und zivilgesellschaftlichen Dialogs für die Ermittlung und Abmilderung solcher Risiken. Daher müssen die Regierungen unbedingt bei der Durchführung von Analysen, der Ermittlung potenzieller „Verlierer“ und der möglichst raschen Umsetzung maßgeschneiderter Hilfsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Wirtschaftsakteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt werden, damit die Wirtschaft besser auf den Wettbewerbsdruck im EU-Binnenmarkt vorbereitet ist.

6.3. Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Kommission, die finanzielle Unterstützung der Kandidatenländer durch die Reform- und Wachstumsfazilität aufzustocken. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die sozioökonomische Entwicklung und die Einhaltung der politischen Verpflichtungen, die diese Länder in Bezug auf die Durchführung der auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft benötigten Reformen eingegangen sind. Im vorgeschlagenen Paket werden Finanzhilfen und Darlehen kombiniert, womit die gleichen Synergien wie jene zwischen den Strukturfonds und der Aufbau- und Resilienzfazilität erzielt werden sollen, die den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Der EWSA betont, dass die Unterstützung für Kandidatenländer allmählich an die Finanzierungsinstrumente der Mitgliedstaaten angepasst werden sollte, um einen nahtlosen Übergang zur EU-Mitgliedschaft zu ermöglichen.

6.4. Der EWSA stellt fest, dass in der überarbeiteten Erweiterungsmethodik die Möglichkeit vorgesehen ist, dass die Kandidatenländer als Beobachter an wichtigen Treffen der Europäischen Union zu Themen teilnehmen, die für sie von wesentlicher Bedeutung sind⁽¹¹⁾. Im neuen Wachstumsplan wird jedoch nur eine „größtmögliche Beteiligung an den von der Kommission geleiteten Expertengruppen“ genannt, während andere mögliche Formen der institutionellen Beteiligung von Kandidatenländern nicht erwähnt werden. Der EWSA weist darauf hin, dass er die erste EU-Einrichtung ist, die es Vertretern der Kandidatenländer ermöglicht, sich vor dem Beitritt an seiner täglichen Arbeit zu beteiligen.

⁽⁹⁾ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

⁽¹⁰⁾ Erklärung von Brüssel, 13. Dezember 2023: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/12/13/brussels-declaration-13-december-2023/>

⁽¹¹⁾ „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“, Brüssel, 5.2.2020, COM(2020) 57 final.

7. Regionale Zusammenarbeit und Vollendung des Gemeinsamen Regionalen Marktes

7.1. Der EWSA bekräftigt die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen während des gesamten EU-Beitrittsprozesses und begrüßt, dass der Schwerpunkt im Kommissionsvorschlag auf die Entwicklung des Gemeinsamen Regionalen Marktes gelegt wird. Es bedarf jedoch dringend einer objektiven Überwachung der Umsetzung der Verpflichtungen und des politischen Willens, erforderlichenfalls Reversibilitätsmechanismen anzuwenden.

7.2. Der EWSA unterstützt die wirtschaftliche Integration des Westbalkans in den EU-Binnenmarkt als strategische Priorität der Entwicklungspolitik. In diesem Sinne erkennt er an, dass im Berlin-Prozess der dringend benötigte politische Wille zur Erweiterung zum Ausdruck gebracht wird, wird der Schwerpunkt darin doch auf die Schaffung, Umsetzung und Vollendung des Gemeinsamen Regionalen Marktes als Sprungbrett zum Binnenmarkt gelegt ⁽¹³⁾. Diese Entwicklung spiegelt sich vor allem in der starken Konditionalität des neuen Wachstumsplans wider. An den Fortschritten auf dem Weg zu dem vollständig auf EU-Standards beruhenden Gemeinsamen Regionalen Markt wird sich ablesen lassen, inwiefern die Partner auf dem Westbalkan in der Lage sind, die Binnenmarktvorschriften zu übernehmen.

7.3. Der EWSA bekräftigt, dass eine verstärkte intraregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Handel auf der Grundlage von EU-Standards das ungenutzte wirtschaftliche Potenzial der Region freisetzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Förderung grenzübergreifender Produktionsketten verbessern, eine Hebelwirkung in Bezug auf regionale komparative Vorteile entfalten, neue Arbeitsplätze schaffen, Vorteile für die Verbraucher bringen sowie Investoren anziehen werden, die von einem größeren Markt profitieren können.

7.4. Der Vorschlag der Kommission enthält eine Klausel, die sicherstellen soll, dass ein Land, das bei der regionalen Zusammenarbeit auf der Bremse steht, dadurch nicht auch seine Nachbarn behindern darf. Der EWSA begrüßt diesen neuen Ansatz, mit dem konstruktivere Beziehungen zwischen den Ländern des westlichen Balkans entstehen können und das Aufkommen neuer bilateraler Streitigkeiten verhindert wird. Gleichzeitig weist der EWSA darauf hin, dass es an Details zur Umsetzung eines solchen Ansatzes in der Praxis mangelt, insbesondere was die Funktionsweise des Gemeinsamen Regionalen Marktes betrifft.

7.5. Da der derzeitige Aktionsplan für den Gemeinsamen Regionalen Markt Ende 2024 ausläuft, begrüßt der EWSA, dass im neuen Wachstumsplan betont wird, dass ein ehrgeiziger neuer Plan für die Zeit nach 2024 entwickelt werden muss, um den schrittweisen Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erleichtern. Der EWSA unterstützt die Interessenträger, die die Entwicklung des Gemeinsamen Regionalen Marktes fördern, etwa den Regionalen Kooperationsrat und das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA).

7.6. Der EWSA betont, dass für Transparenz und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner in die Entwicklung, Überwachung und Bewertung der Auswirkungen des Gemeinsamen Regionalen Marktes gesorgt werden muss.

7.7. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Einrichtung zentraler Online-Portale, die umfassende und leicht zugängliche Informationen für den intraregionalen Handel bieten, eine schnellere regionale Integration fördern und Unternehmen und Einzelpersonen beim Umgang mit divergierenden Rechtsvorschriften und kostenintensiver Regulierung helfen könnte.

7.8. Der EWSA hält es für wichtig, dass ein harmonisierter Rechtsrahmen für EU-Qualitätssiegel, insbesondere für geografische Angaben, entwickelt wird. Die Reform- und Wachstumsfazilität und der Aktionsplan für den Gemeinsamen Regionalen Markt sollten die Zertifizierung von Produkten und die Bewerbung der lokalen Merkmale dieser Produkte sowohl im Binnenmarkt als auch in Drittländern unterstützen.

⁽¹³⁾ *Conclusions and Agreements – Berlin Process Summit 2023 in Tirana*: <https://www.berlinprocess.de/>

8. Inklusive Steuerung und Umsetzung der Reform- und Wachstumsfazilität

8.1. Der EWSA ist besorgt darüber, dass im Vorschlag für die Verordnung über die Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität weder eine öffentliche Konsultation noch eine Folgenabschätzung vorgesehen ist, durch die sich die von der Kommission genannten positiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft belegen ließen. Dies ist besonders wichtig, da derzeit keine Halbzeitbewertung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) vorliegt, was eine Bewertung der Auswirkungen der bisher im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans durchgeführten Reformen und Investitionen unmöglich macht. Der EWSA bringt seine Enttäuschung über die mangelnde Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung des Plans zum Ausdruck. Die Einbeziehung der Sozialpartner in die Ausarbeitung, Durchführung und Bewertung von Reformen – insbesondere in Bereichen wie Arbeitsmarkt, ökologischer Wandel, Jugend und Kompetenzentwicklung – stellt sicher, dass diese die gewünschte Wirkung entfalten.

8.2. Der EWSA betont, dass der Mechanismus der Reform- und Wachstumsfazilität mit den Grundsätzen der Kohäsionspolitik und den Governance-Regeln der EU in Einklang gebracht werden muss, um die territoriale und soziale Entwicklung zu fördern. So werden die Institutionen des Westbalkans auf die Zeit vorbereitet, in der sie uneingeschränkten Zugang zu kohäsionspolitischen Mitteln haben werden.

8.3. Um die Ziele des Plans im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Konvergenz zu erreichen, müssen nach Ansicht des EWSA im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität soziale Reformen und Projekte gefördert und unterstützt werden, indem die bezüglich Klimaschutzmaßnahmen dargelegte Prioritätensetzung gespiegelt wird ⁽¹³⁾. Der EWSA betont, dass soziale und entwicklungsorientierte Indikatoren festgelegt werden müssen, damit sie für die Berichterstattung über die Fortschritte und für die Überwachung und Bewertung der Fazilität angewendet werden können. Er hebt hervor, dass die europäischen Werte durch den Erweiterungsprozess gefördert und gestärkt und die Sozialstandards, die Qualität der Arbeitsplätze und die Lebensqualität in der Region verbessert werden dürften.

8.4. Der EWSA ist der Auffassung, dass es zur Umsetzung der Reform- und Wachstumsfazilität eines Multi-Level-Governance-Systems mit einer klaren Verteilung der Zuständigkeiten bedarf, damit sichergestellt wird, dass für jede Etappe strenge Auflagen gelten. Er schlägt vor, unter Beteiligung der Sozialpartner länderspezifische Begleitausschüsse für die Reform- und Wachstumsfazilität einzurichten, um die lokale und regionale Beteiligung zu stärken. So kann die geringe Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft am Budgethilfedialog auf dem Westbalkan sowie die Tatsache kompensiert werden, dass diese nicht in den nationalen Investitionsausschüssen vertreten sind.

8.5. Es sollte sichergestellt werden, dass die Empfängerländer selbst Verantwortung für die Reform- und Wachstumsfazilität übernehmen, da dies für eine erfolgreiche Umsetzung und eine dauerhafte Wirkung auf nationaler Ebene unerlässlich ist. Der EWSA betont, dass einschlägige zivilgesellschaftliche Organisationen sinnvoll und rechtzeitig an der Steuerung der Reform- und Wachstumsfazilität beteiligt werden müssen, und betont, dass sie – in gleicher Weise wie die Wirtschaft – in den Investitionsrahmen für den westlichen Balkan (WBIF) ⁽¹⁴⁾ und in die nationalen Investitionsausschüsse einbezogen werden sollten.

8.6. Der EWSA verweist auf das bestehende Aufbau- und Resilienzscoreboard der EU, das als Ausgangspunkt für den Dialog über Aufbau und Resilienz dient und diesbezüglich Transparenz und Inklusivität gewährleistet. Die Einrichtung eines Anzeigers für die Reform- und Wachstumsfazilität käme dessen ordnungsgemäßer Umsetzung und einer klaren Komplementarität mit der laufenden IPA-III-Unterstützung zugute.

8.7. Der EWSA fordert, alle wesentlichen Dokumente und Bewertungsberichte zur Reform- und Wachstumsfazilität sowie spezifische Websites für die Westbalkan-Scoreboards öffentlich und rechtzeitig in den lokalen Sprachen zur Verfügung zu stellen, um die Beteiligung und Überwachung durch die Zivilgesellschaft zu erleichtern.

Brüssel, den 25. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽¹³⁾ Mindestens 37 % der über den WBIF bereitgestellten nicht rückzahlbaren finanziellen Unterstützung sollten für die Verwirklichung von Klimazielen eingesetzt werden.

⁽¹⁴⁾ Abschlusserklärung – Ahtes Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans: <https://www.eesc.europa.eu/en/documents/final-declaration-8th-western-balkans-civil-society-forum#downloads>



Stellungnahme, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat EU-Fahrplan zur Bekämpfung
des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität**

(COM(2023) 641 final)

(C/2024/4066)

Berichterstatter: **Christian MOOS**

Befassung	Europäische Kommission, 28.2.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	12.4.2024
Verabschiedung im Plenum	25.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	147/1/7

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität erfordert mehr Zusammenarbeit und Koordinierung in Europa sowie angemessen finanzierte Sicherheitsbehörden. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Zollbehörden und Polizeikräfte personell und technisch angemessen ausstatten, für eine gute Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen sowie für Weiterbildung sorgen.

1.2. Zur Bekämpfung des Missbrauchs auch harter Drogen ist allerdings ein stärker differenzierter, gesamtgesellschaftlicher Ansatz erforderlich. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ist hinsichtlich des Drogenkonsums auf Prävention und flankierende Maßnahmen und weniger auf Repression zu setzen.

1.3. Der besondere Fokus auf Häfen ist aufgrund der dort abgewickelten Handelsvolumina begründet, darf aber nicht zur Vernachlässigung der Bekämpfung anderer Wege und Zugänge führen.

1.4. Die Verwendung des Begriffs „öffentlich-private Partnerschaft“ (ÖPP) für die Zusammenarbeit von Behörden mit Privaten ist in diesem Zusammenhang sehr unglücklich. Die Kommission sollte vielmehr einen Ansatz anstreben, der zahlreiche Akteure einbezieht.

1.5. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt alle wirksamen Initiativen zur Zerschlagung krimineller Netze. Das Bankgeheimnis sowie das Vorhandensein von Steueroasen, Geldwäsche und Korruption sind für die organisierte Kriminalität von größter Bedeutung.

1.6. Der EWSA unterstützt eine bessere grenzübergreifende Koordination der Strafverfolgung zwischen Polizei- und Zollbehörden sowie eine bessere Zusammenarbeit von Strafverfolgungs-, Justiz- und Steuerbehörden, damit die organisierte Kriminalität so wirksam wie möglich bekämpft wird.

1.7. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ausreichend in ihre öffentlichen Verwaltungen zu investieren und deren Digitalisierung voranzutreiben, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

1.8. Es ist wichtig, die gewerkschaftlichen Vertretungen der Polizei- und Zollbediensteten einzubeziehen, um personelle und materielle Bedarfe sachgerecht ermitteln und ihre Expertise berücksichtigen zu können.

1.9. Drogenabhängige sind, solange ihr Drogenkonsum nicht zu Beschaffungskriminalität oder zu Gefährdungen Dritter führt, Opfer und nicht Täter. Der EWSA empfiehlt nachdrücklich, die Erfahrungen von Ländern und Regionen zu studieren, in denen der Konsum bestimmter Drogen toleriert wird oder der Konsum von Cannabis entkriminalisiert worden ist.

1.10. Der EWSA empfiehlt mehr Initiativen zur Suchtprävention, um die Europäer und insbesondere junge Menschen vor den Gefahren einer Sucht (nicht nur vor einer Abhängigkeit von harten Drogen) zu schützen. Beschlagnahmte Gelder sollten für Präventionsprojekte genutzt werden.

2. Allgemeine Bemerkungen zum EU-Fahrplan

2.1. Der EWSA stimmt der Europäischen Kommission zu, dass die organisierte Kriminalität eine der größten Sicherheitsbedrohungen ist, vor denen Europa gegenwärtig steht. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität erfordert mehr Zusammenarbeit und Koordinierung in Europa sowie angemessen finanzierte Sicherheitsbehörden nicht nur auf EU-Ebene, sondern vor allem auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Zur Bekämpfung des Missbrauchs auch harter Drogen ist allerdings ein stärker differenzierter, gesamtgesellschaftlicher Ansatz erforderlich, bei dem es nicht nur um Strafverfolgung gehen darf. Dabei kommt der Zivilgesellschaft eine maßgebliche Rolle zu, denn sie ist mehr als ein Anhängsel.

2.2. Drogenmissbrauch führt zu enormen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden, der nicht nur den Abhängigen, sondern auch ihren Angehörigen und der ganzen Gemeinschaft schadet. Dieser Missbrauch gefährdet die gesellschaftliche Ordnung und geht mit zahlreichen weiteren Delikten sowie schweren bis schwersten Straftaten einher bzw. begünstigt diese.

2.3. Drogenhandel und organisierte Kriminalität sind nicht nur ein grenzübergreifendes Phänomen, sondern haben immer auch eine geopolitische Dimension. Die organisierte Kriminalität kann staatliche Strukturen untergraben und letztlich zu gescheiterten Staaten bzw. zu ihrer Vereinnahmung durch Diktaturen mit mafiaähnlich organisierten herrschenden Eliten führen. Dies wirkt sich auf die internationalen Beziehungen und die internationale Sicherheitsordnung aus.

2.4. Organisierte Kriminalität ist immer mit schweren Grund- und Menschenrechtsverletzungen verbunden. Sie trägt zur Destabilisierung der liberalen Demokratien bei. Wo der organisierten Kriminalität viel informelle Macht zufällt, stärkt dies autoritäre Tendenzen.

2.5. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist unverzichtbar, um Korruption und Geldwäsche, aber auch der Finanzierung von Terrornetzwerken, Menschenhandel und weiteren Straftaten entgegenzuwirken. Dabei müssen die EU-Mitgliedstaaten mit effektiver Unterstützung durch die Union auch mit Drittländern zusammenarbeiten, um Recht und Ordnung und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Banden, Clans und mafiösen Netzwerken durchzusetzen. Die strikte Einhaltung rechtsstaatlicher Standards ist dabei *sine qua non*.

2.6. Die Beschlagnahme von Vermögenswerten ist nach wie vor zu niedrig. Diese Maßnahmen sollten verstärkt werden, und die EU sollte Ziele (z. B. einen Mindestprozentsatz) für die soziale Wiederverwendung von beschlagnahmten Vermögenswerten für öffentliche Suchtpräventionskampagnen und zivilgesellschaftliche Projekte in diesem Bereich festlegen, die sich insbesondere an junge Menschen richten.

2.7. Sogenannte „Narco-Staaten“ spielen im weltweiten Drogenhandel eine große Rolle. Die Europäische Kommission und der EAD müssen über ausreichende Ressourcen verfügen, um den Zufluss illegaler Substanzen bereits an der Quelle zu erschweren. Die EU-Strategie Global Gateway kann für die Menschen in den Anbauländern ökonomische Alternativen anbieten.

2.8. Besonders der Finanzsektor muss in den Fokus genommen werden. In den Sicherheitsbehörden müssen das einschlägige Fachwissen gestärkt und die Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden gefördert werden. Das Bankgeheimnis und das Vorhandensein von Steueroasen haben für die organisierte Kriminalität eine viel größere Bedeutung als z. B. einzelne Drogenlieferungen über europäische Häfen.

2.9. Drogenabhängige sind, solange ihr Drogenkonsum nicht zu Beschaffungskriminalität oder zu Gefährdungen Dritter führt, Opfer und nicht Täter. Daher empfiehlt der EWSA diesbezüglich nachdrücklich, z. B. die Beispiele von British Columbia (Kanada), Oregon (USA) und Portugal zu studieren, wo der Konsum harter Drogen entkriminalisiert wurde. Die Legalisierung des Drogenkonsums ermöglicht eine stärkere Konzentration auf Prävention und Gesundheit, außerdem werden Mittel frei, die anderweitig eingesetzt werden können. Auf diese Weise kann die Beschaffungskriminalitätsrate effektiv gesenkt werden. Zudem können Drogenkonsumenten hierdurch sicherere Bedingungen geboten und die Auswirkungen auf das öffentliche Leben und die Sicherheit verringert werden. In Portugal ging die Zahl der Drogentoten von 369 im Jahr 1999 auf 30 im Jahr 2016 zurück. Zudem sanken auch die Gesamtzahl der Heroinabhängigen und die Zahl der neuen Infektionen mit HIV und Hepatitis C erheblich.

2.10. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ist hinsichtlich des Drogenkonsums auf präventive und flankierende Maßnahmen und weniger auf repressive Maßnahmen zu setzen. Die für eine wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität erforderlichen Mittel könnten gezielter eingesetzt werden, wenn statt der Drogenabhängigen kriminelle Netze und insbesondere deren finanzielle Vermögenswerte und Mechanismen in den Fokus genommen würden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass wesentlich mehr Menschen an den Folgen des Missbrauchs legaler Drogen (Tabak, Alkohol) als illegaler Drogen sterben. Nach Angaben der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) gab es 2021 in der EU 6 166 Drogentote. Der Kommission zufolge sterben jährlich fast 700 000 Europäerinnen und Europäer an Krankheiten, die durch den Tabakkonsum über Rauchen oder Dampfen verursacht werden. Auch Alkoholmissbrauch führt zu Hunderttausenden vorzeitiger Todesfälle.

2.11. Bei der weiteren Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität 2021–2025 sowie der EU-Agenda zur Drogenbekämpfung sind Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv einzubeziehen, da sie den Großteil der Hilfe leisten. Darüber hinaus unterstützen sie die Sozial- und Gesundheitssysteme in erheblichem Maße und verfügen über einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen.

2.12. Ebenso wichtig ist es, Sozialpartnerorganisationen und insbesondere die gewerkschaftlichen Vertretungen der Polizei- und Zollbediensteten in die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzubeziehen. Ihre Einbeziehung ist zentral, um Gefährdungspotenziale der Ermittler und Kontrolleure antizipieren und wirksam begrenzen, aber auch um personelle und materielle Bedarfe adäquat einschätzen und planen sowie fachliche Expertise *bottom up* berücksichtigen zu können. Dies gilt besonders für die angekündigte Evaluierung der Drogenstrategie im Jahr 2024.

2.13. Die Einhaltung der Grundrechte und rechtsstaatlicher Standards ist in einzelnen EU-Mitgliedstaaten aufgrund ihrer kritischen Rechtsstaatslage nicht mehr vollumfänglich gewährleistet. Wenn die Behördenzusammenarbeit aller 27 EU-Mitgliedstaaten nicht mehr grundrechtssicher abzubilden ist, sollte diese aus Sicht des EWSA im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit erfolgen.

3. Anmerkungen zu weiteren Initiativen

3.1. Der EWSA begrüßt alle wirksamen Initiativen zur Zerschlagung krimineller Netze, solange diese in Einklang mit rechtsstaatlichen Standards stehen. Das gilt ebenso für die weitere Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden sowie die damit verbundenen Digitalisierungsschritte.

3.2. Angesichts der hochdynamischen Entwicklung auf dem illegalen Drogenmarkt, der Entwicklung und Verbreitung immer gefährlicherer synthetischer Stoffe, sind die baldige Aufnahme der Tätigkeit der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA), die durch die Drogenagentur der Europäischen Union ersetzt werden soll, und die Stärkung ihres Mandats sowie das künftige Drogenwarnsystem sehr zu begrüßen.

3.3. Den Vorschlag zur Reform der Zollunion (COM(2023) 257 final) begrüßt der EWSA in seiner grundsätzlichen Zielsetzung. Es ist wichtig, die Zollverwaltungen und ihre Zusammenarbeit untereinander und mit den Strafverfolgungsbehörden zu stärken, um die Einfuhr unsicherer und illegaler Waren in die EU zu verhindern.

3.4. Der EWSA weist allerdings darauf hin, dass die Zollreform auch mit Blick auf die nun vorgeschlagene Europäische Hafenallianz praktikabel sein muss. Es steht zu befürchten, dass der Kommissionsvorschlag zwar Häfen und Hubs stärken will, die avisierte operative Steuerung auf EU-Ebene aber zu einer Schwächung der Kompetenzen der Zollverwaltungen und zu einer Reduzierung von Zollstellen außerhalb der identifizierten logistischen Knotenpunkte führen könnte. Eine solche Schwächung würde sowohl von der Wirtschaft, die kurze Wege und regionale Kenntnis braucht, als auch von den betroffenen Gewerkschaften abgelehnt werden.

3.5. Grundsätzlich sollte mit Blick auf die Kompetenzordnung ein starker Fokus auf der konkreten Feststellung und Stärkung des operativen Bedarfs der betroffenen Behörden der Mitgliedstaaten liegen. Hier sind die nationalen Regierungen materiell in der Verantwortung.

3.6. Wo eine vertiefte Zusammenarbeit aller 27 EU-Mitgliedstaaten noch schwierig ist und supranationale Ansätze somit leerlaufen, ist die gezielte Zusammenarbeit von Gruppen von Mitgliedstaaten zu bevorzugen, wie sie auch mit Unterstützung von Europol und Eurojust gegeben sind und bereits zu Erfolgen im Kampf gegen kriminelle Drogennetzwerke geführt haben.

3.7. Die Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) und das operative Netz gegen mafiaähnliche Gruppen der organisierten Kriminalität sind erfolgreiche Instrumente im Kampf gegen den Drogenhandel, die es auszubauen und zu stärken gilt. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht sollte allerdings immer beachtet werden, dass die Zusammenarbeit von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden nicht zu Missbrauch durch Behörden in Mitgliedstaaten oder Drittländern führt, die nicht oder nicht mehr nach rechtsstaatlichen Prinzipien funktionieren.

3.8. Der EWSA würde sich mehr Initiativen zur Suchtprävention wünschen, um die Europäerinnen und Europäer und insbesondere die jungen Menschen vor den Gefahren einer Sucht (nicht nur vor einer Abhängigkeit von harten Drogen) zu schützen. Unter Berücksichtigung der Gesundheitsgefahren muss auch Alkohol zu den harten Drogen gezählt werden, wenn es sich um schweren Alkoholmissbrauch handelt. Alkoholmissbrauch verursacht zudem erhebliche soziale Schäden, wenn Kinder unter betrunkenen Eltern und Missbrauch leiden und Alkoholiker nicht mehr erwerbstätig sein können.

4. Bewertung der vorrangigen Maßnahmen und der Aktionsbereiche

4.1. Der EWSA unterstreicht die Bedeutung der Häfen als Eingangstor für Drogen und Vorprodukte, die für die Herstellung synthetischer Drogen benötigt werden. Die vorgeschlagene Hafenallianz und eine optimale EU-weite digitale Vernetzung der Zollbehörden sind ein zielführender Ansatz. Die Finanzierung über das Programm „Zoll“ ist begrüßenswert.

4.2. Damit die Zollbehörden, wie die Kommission es formuliert, das wichtigste Bollwerk gegen den Handel mit illegalen und gefährlichen Gütern sein können, müssen die Mitgliedstaaten ihre Zollverwaltungen und Polizeikräfte personell und technisch angemessen ausstatten und für Weiterbildungsmöglichkeiten sorgen. Personelle und sachliche Unterausstattung, wie sie in vielen Mitgliedstaaten zu konstatieren sind, stehen zum Beispiel einer regelmäßigen Kontrolle von Containern entgegen. Sie öffnen kriminellen Netzen Zugänge zu den Hafenanlagen und reduzieren die Kontrolldichte. Sie erhöhen die Sicherheitsrisiken für die Zollbediensteten und sind mit einem verantwortungsvollen Risikomanagement unvereinbar.

4.3. Der EWSA sieht der Schengen-Evaluierung, dem Vorschlag für Empfehlungen des Rates und den in Auftrag gegebenen Studien zu Seeverkehrsdaten und zum Bedarf der Strafverfolgungsbehörden im Schienen- und Straßenverkehr mit Interesse entgegen. Da es richtig ist, dass kriminelle Netze anpassungsfähig sind, reicht es nicht aus, nur bestimmte logistische Knotenpunkte besser zu überwachen. Der besondere Fokus auf Häfen ist aufgrund der dort abgewickelten Handelsvolumina begründet, darf aber nicht zur Vernachlässigung der Bekämpfung anderer Wege und Zugänge für den illegalen Handel (z. B. Flughäfen, Straße und Schiene) führen.

4.4. Die Verwendung des Begriffs „öffentlich-private Partnerschaft“ (ÖPP) für die Zusammenarbeit von Behörden mit Privaten wie zum Beispiel Hafenbetrieben, um sie gegen die Unterwanderung durch kriminelle Netze zu stärken, ist sehr unglücklich. ÖPP stehen für die Teildelegation öffentlicher Aufgaben an Private, die einen Auftrag der Daseinsvorsorge mit Gewinnabsicht wahrnehmen. Hiervon kann und darf im gegebenen Fall keine Rede sein. Es handelt sich um hoheitliche Aufgaben. Vielmehr sollte die Kommission einen Ansatz anstreben, der zahlreiche Akteure einbezieht. Die freiwillige Mitwirkung etwa privater Schifffahrtsunternehmen sollte in ihrem eigenen Interesse liegen, weil sie im Zweifel haftbar für von Mitarbeitern verübte Straftaten sein könnten. Eine präventiv wirkende Kooperation beispielsweise von Europol mit Finanzdienstleistern ist durchaus sinnvoll.

4.5. Die avisierten Projekt- und Sachverständigenteams sollten aus Sicht des EWSA die Arbeitnehmervertretungen der Zollbediensteten einbeziehen, um optimalen Arbeitsschutz im Rahmen der koordinierten Zollmaßnahmen zu ermöglichen. Schulungen und eine angemessene personelle Ausstattung sind von entscheidender Bedeutung.

4.6. Der EWSA unterstützt eine bessere grenzübergreifende Koordination der Strafverfolgung zwischen Polizei- und Zollbehörden und eine bessere Zusammenarbeit von Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie den regelmäßigen Dialog zwischen Letzteren, damit der Einleitung von Ermittlungen keine unnötigen Barrieren entgegengestellt werden. Auch andere Verwaltungsbereiche, besonders die Kommunalverwaltung, müssen in die Gesamtstrategie integriert werden. Die Kommission hat hierzu dankenswerterweise praktische Leitlinien für 2024 angekündigt.

4.7. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, auch der Finanz- und Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, verläuft trotz harmonisierender europäischer Rechtsakte nicht einheitlich. Der EWSA appelliert an die Mitgliedstaaten, ausreichend in ihre öffentlichen Verwaltungen zu investieren und deren Digitalisierung voranzutreiben, weil nur unter der Voraussetzung größtmöglicher Interoperabilität und Datenverfügbarkeit in Echtzeit auch die europäische Zusammenarbeit gegen die organisierte Kriminalität erfolgversprechend verstärkt werden kann.

4.8. Der EWSA begrüßt die Abkehr vom Fokus auf einzelne Straftäter, um nicht nur „kleine Fische“ zu fangen, sondern ganze Netze trockenzulegen. Dafür sind u. a. die Verfolgung der Geldflüsse und die künftige Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche (AMLA) sehr wichtig. Die Schaffung der AMLA sollte allerdings nicht zu Doppelstrukturen führen, sondern die Tätigkeit der mitgliedstaatlichen Behörden sinnvoll ergänzen.

4.9. Der EWSA unterstützt die Aufforderung der Kommission an die Mitgliedstaaten, die im Schengener Informationssystem (SIS) verfügbaren Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in vollem Umfang zu nutzen.

4.10. Die Entwicklung eines IT-Tools zur Überwachung des Darknet wäre sehr nützlich, da dies in einigen Mitgliedstaaten noch nicht zur Verfügung steht. Grundsätzlich sollten solche Tools ohne Umwege für konkrete Ermittlungen der mitgliedstaatlichen Behörden zur Verfügung stehen.

4.11. Das Ziel einer Harmonisierung rechtlicher Definitionen wird befürwortet. Eine Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen sollte sich auf die Täter in den kriminellen Netzen konzentrieren. Die Konsumenten illegaler Drogen und Abhängige legaler oder illegaler Drogen generell betrachtet der EWSA in Bezug auf ihren Konsum gefährlicher Substanzen als Opfer. Der EWSA ruft dazu auf, diese Opfer und ihre Familien weitaus stärker zu unterstützen.

4.12. Es braucht mehr Präventionsarbeit und Hilfsangebote, die neben staatlichen Stellen vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen im Rahmen ihrer gemeinnützigen Tätigkeit leisten. Der EWSA begrüßt in diesem Zusammenhang den multidisziplinären und behördenübergreifenden Ansatz für die Kriminalprävention und den klaren Bezug der Kommission auf die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte.

4.13. Nicht thematisiert wird die Perspektive eines EU-einheitlichen Umgangs mit der Legalisierung oder Nichtlegalisierung bestimmter Drogen. Einzelne EU-Staaten verfügen bereits über umfassende Erfahrungen mit den Folgen für den Drogenkonsum und die Entwicklung der organisierten Kriminalität.

4.14. Da der Drogenhandel ein internationales Phänomen ist und, wie eingangs festgestellt, sogar eine geopolitische Dimension hat, sind die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur internationalen Zusammenarbeit sinnvoll. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die EU über genügend Einfluss in der Welt verfügt, entsprechend auf Drittstaaten einzuwirken. Allein die Macht des Binnenmarkts wird dazu nicht ausreichen. Eine bessere Koordinierung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik erscheint ebenso wie ein oben beschriebener gesamtgesellschaftlicher Ansatz auch in diesem Kontext unverzichtbar.

4.15. Der Ansatz, flexiblere Regularien zur Erfassung von Drogenausgangsstoffen zu finden, ist zu begrüßen. Dies kann aber erhöhten Vollzugsaufwand bedeuten, da ein erweiterter Kreis an Stoffen geprüft und überwacht werden muss. In vielen Mitgliedstaaten reichen die vorhandenen Zoll-Labore nicht aus. Das Netz zolltechnischer Prüfanstalten muss daher ausgebaut werden.

Brüssel, den 25. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4067

12.7.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Kompetenz- und Fachkräftemobilität

(COM(2023) 715 final)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines EU-Talentpools

(COM(2023) 716 final – 2023/0404 (COD))

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ – Lernmobilität für alle

(COM(2023) 719 final)

Empfehlung der Kommission zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen

(C(2023) 7700 final)

(C/2024/4067)

Berichterstatlerin: **Tatjana BABRAUSKIENĖ**

Ko-Berichterstatlerin: **Mariya MINCHEVA**

Befassung	Rat der Europäischen Union, 24.1.2024 Europäische Kommission, 21.12.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 165, Artikel 166 und Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	12.4.2024
Verabschiedung im Plenum	25.4.2024
Plenartagung Nr.	587
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	187/1/3

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) betont, dass der Arbeitskräftemangel, der auf verschiedene Faktoren, einschließlich demografischer Herausforderungen sowie des grünen und des digitalen Wandels, zurückzuführen ist, erhebliche Probleme für die Geschäftstätigkeit und das Wachstum der Unternehmen mit sich bringt. Das gilt insbesondere für benachteiligte Regionen⁽¹⁾. Der EU-Talentpool muss **ein praktisches, zuverlässiges und leicht zu nutzendes sowie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktives Instrument** sein und eine faire und ethische **legale Arbeitsmigration** in die EU fördern.

⁽¹⁾ Talenterschließung in den Regionen Europas: <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/harnessing-talents-eu-regions>.

1.2. Der EWSA fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern wirksam gegen den Arbeitskräftemangel in der EU vorzugehen, dafür zu sorgen, dass hochwertige Arbeitsplätze und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, und diese Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer attraktiv zu machen. Dabei ist der EU-Aktionsplan zur Behebung des Arbeits- und Fachkräftemangels zu berücksichtigen. Der Arbeitskräftemangel in bestimmten Berufen und die Ermittlung von Mangelberufen müssen mit den sektoralen und nationalen Sozialpartnern erörtert und dabei die Abstimmung von Kompetenzen und Arbeitsplätzen, angemessene Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Wohlergehen der Beschäftigten sowie der gleichberechtigte Zugang zur beruflichen Entwicklung als Schlüsselfaktoren für attraktivere Berufe berücksichtigt werden.

1.3. Der EWSA weist darauf hin, dass Drittstaatsangehörige, die sich bereits im Hoheitsgebiet der EU aufhalten und bereit sind, dort zu arbeiten (Asylbewerber, Personen ohne Arbeitserlaubnis, Personen, die zum Zweck der Familienzusammenführung in die EU eingereist sind) ein unzureichend genutztes Reservoir potenzieller Arbeitskräfte darstellen, das zur Deckung des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt beitragen kann. Diese Menschen müssen unterstützt werden, um ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

1.4. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, **in allen Mitgliedstaaten ein einladendes Umfeld für Wanderarbeitnehmer und Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis zu gewährleisten** und mit den Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um die zumeist durch rechtsextreme Bewegungen verbreiteten Diskurse und Narrative zur legalen Migration zu ändern, der feindseligen Haltung gegenüber Migranten Einhalt zu gebieten und die Rolle anzuerkennen, die legale Migration bei der Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und der regionalen Ungleichheiten spielen kann.

1.5. Der EWSA empfiehlt, die Initiative für einen EU-Talentpool mit der Initiative zur Talenterschließung in den Regionen Europas⁽²⁾ zu verknüpfen, um eine Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte – innerhalb und außerhalb der EU – aus Mangelberufen zu vermeiden. Hierfür kann auch die zirkuläre Migration ein nützliches Instrument sein.

Zum Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines EU-Talentpools

1.6. Nach Ansicht des EWSA sollte der EU-Talentpool die bestehenden Instrumente und Verfahren der EU und der Mitgliedstaaten zur Unterstützung von Drittstaatsangehörigen bei der Suche nach guten Arbeitsplätzen in der EU und von Arbeitgebern bei der Einstellung dieser Arbeitskräfte wirksam und effizient ergänzen. Wanderarbeitnehmer und Arbeitgeber in der EU sollten über den Talentpool Informationen über die einzuhaltenden Rechtsvorschriften sowie über ihre Rechte und Pflichten erhalten, z. B. über die Auswirkungen eines Arbeitsplatzverlusts nach einem kürzeren Zeitraum. Die Europäische Kommission sollte in Zusammenarbeit mit der Europäischen Arbeitsbehörde sicherstellen, dass geeignete Vorkehrungen für die Bereitstellung dieser Informationen getroffen werden.

1.7. Der EWSA betont, dass über den EU-Talentpool gute Arbeitsplätze vermittelt werden sollten, die den Fähigkeiten und Kompetenzen von Migranten entsprechen. Wanderarbeitnehmer sollten von den Volkswirtschaften der EU nicht als Notlösung betrachtet werden, sondern müssen genauso behandelt werden wie Unionsbürger. Sie sollten – sofern sie dies wünschen – die gleichen Karriere- sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten und in der EU bleiben können.

1.8. Der EWSA weist darauf hin, dass transparente und verlässliche Informationen über den Zugang zu Arbeitsplätzen in den EU-Mitgliedstaaten und über die Anforderungen, darunter die Anerkennung von Qualifikationen, auf einem einzigen EU-Internetportal für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bereitgestellt werden müssen. Bei dem derzeit von der Europäischen Arbeitsbehörde entwickelten neuen „Webtool“ zur Arbeitskräftemobilität handelt es sich um ein digitales Instrument zur Konsolidierung nationaler und europäischer Informationsquellen, beispielsweise der Europäischen Kommission und der EU-Agenturen. Der Abgleichalgorithmus sollte für eine Tätigkeit irrelevante personenbezogene Daten, wie Name, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit oder Wohnsitzland, nicht berücksichtigen. Bei der Einstellung von Drittstaatsangehörigen müssen Unternehmen auf Unterstützung aus dem EU-Talentpool zurückgreifen können.

⁽²⁾ COM(2023) 32 final.

1.9. Der EWSA hebt hervor, dass bei der Einrichtung des EU-Talentpools auf den Arbeiten zur Überarbeitung der **Richtlinie über die kombinierte Erlaubnis** ⁽³⁾ und der **Richtlinie über langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige** ⁽⁴⁾ aufgebaut werden sollte, um den effizienten und zeitnahen Zugang zu einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Wanderarbeitnehmer zu gewährleisten und Arbeitsstandards in der EU durchzusetzen. Die Mitgliedstaaten, die sich am Talentpool beteiligen, werden zudem aufgefordert, den auf nationaler und sektoraler Ebene von den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern vereinbarten Vorschlägen in der Empfehlung der Kommission zur Anerkennung von Qualifikationen aus Drittländern zu folgen.

1.10. Der EWSA begrüßt die Bestimmungen des Verordnungsvorschlags, betont jedoch, dass besonderes Augenmerk betrugsanfälligen Wirtschaftszweigen gelten muss, in denen Wanderarbeitnehmer besonders schutzbedürftig und einem hohen Risiko der Ausbeutung und des Missbrauchs ihrer Arbeitskraft ausgesetzt sind.

1.11. Nach Auffassung des EWSA sollte die Rolle von Vermittlern und Agenturen, einschließlich der Unterauftragsvergabe, geklärt werden, da derzeit viele Arbeitgeber deren Dienste auf nationaler Ebene in Anspruch nehmen.

1.12. Die Initiative sollte keinen höheren Verwaltungsaufwand für Arbeitgeber verursachen, die die nationale Kontaktstelle des EU-Talentpools im Mitgliedstaat ihres Firmensitzes um Übertragung ihrer Stellenangebote auf die IT-Plattform des Talentpools ersuchen. Für die Übertragung von Stellenangeboten von den nationalen öffentlichen Arbeitsverwaltungen auf den EU-Talentpool sollte es eine einfache Zusatzfunktion geben. Auch eine mögliche Rolle privater Arbeitsvermittlungen sollte erwogen werden.

1.13. Die Aussetzung des Zugangs eines Arbeitgebers, der seinen Pflichten nicht nachkommt, sollte in einem angemessenen Verhältnis zu dem Verstoß stehen und befristet sein. Ähnliche Beschränkungen sollten für Drittstaatsangehörige in Betracht gezogen werden, die das Recht, sich legal in der EU aufzuhalten und zu arbeiten, missbrauchen.

1.13.1. Eine demokratische Regierungsführung ist wesentlich, damit Maßnahmen und Instrumente im Bereich der Arbeitsmigration für Arbeitnehmer und Arbeitgeber konzipiert und entsprechend deren Anregungen weiterentwickelt werden. Der EWSA begrüßt, dass die für die Umsetzung zuständige Lenkungsgruppe auch europäische branchenübergreifende Sozialpartner umfassen wird. Die Initiative soll die Mitgliedstaaten dazu bewegen, die Sozialpartner auf branchenübergreifender und sektoraler Ebene, einschlägige zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten und Flüchtlingen arbeiten, sowie Akteure der allgemeinen und beruflichen Bildung in Beratungen und Entscheidungen auf nationaler Ebene einzubeziehen. Das gilt insbesondere für die Ermittlung von Mangelberufen sowie die regelmäßige Rückmeldung zur Bewertung der Funktionsweise des Talentpools.

Zur Empfehlung der Kommission zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen

1.14. Der EWSA betont, dass die Fähigkeiten und Kompetenzen von Arbeitnehmern aus Drittländern bewertet und rasch validiert werden müssen, damit ihre Kompetenzen zertifiziert werden und sie erforderlichenfalls (z. B. bei reglementierten Berufen) die entsprechenden Qualifikationen erwerben können. Die Verfahren sollten den Verwaltungsaufwand für Antragsteller möglichst verringern, insbesondere wenn Dokumente möglicherweise zurückgelassen wurden oder während der Migration verloren gegangen sind.

1.14.1. Der EWSA begrüßt, dass die Mitgliedstaaten in der Mitteilung daran erinnert werden, dass die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen auch für die Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen und von in der EU erworbenen Qualifikationen gelten kann, wenn in bestimmten, von den Mitgliedstaaten definierten Berufen („vorrangige reglementierte Berufe“) ein Arbeitskräftemangel herrscht. Der EWSA fordert, dass der Zugang für Personen, die in den EU-Mitgliedstaaten in **reglementierten** Berufen arbeiten möchten, erforderlichenfalls durch zügige und transparente Validierungs- und Anerkennungsverfahren unterstützt wird. Zugleich kann die Qualität von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen nur durch die Erfüllung von Qualifikations- und Kompetenzanforderungen gewährleistet werden. Deshalb müssen potenzielle Arbeitnehmer die Mindestqualifikationsanforderungen der Mitgliedstaaten erfüllen, um bestimmte reglementierte Mangelberufe ausüben zu können.

1.14.2. Der EWSA betont die Möglichkeit, den Zugang zu Berufen durch vereinbarte gemeinsame Ausbildungsrahmen in mindestens neun Ländern zu vereinfachen. Dies kann zur automatischen Anerkennung von Qualifikationen in bestimmten reglementierten Berufen auf EU-Ebene beitragen. Dadurch ließe sich die Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen in allen EU-Mitgliedstaaten ein Stück weit vereinheitlichen.

⁽³⁾ COM(2022) 655 final.

⁽⁴⁾ COM(2022) 650 final.

1.15. Nach Ansicht des EWSA müssen vertrauenswürdige Informationen für Drittstaatsangehörige darüber bereitgestellt werden, welche Agenturen, Sozialpartner und Interessenträger sie beim Eintritt in den Arbeitsmarkt und bei der Suche nach einem guten Arbeitsplatz unterstützen können.

1.16. Der EWSA unterstreicht, dass die Arbeitgeber und die öffentlichen Arbeitsverwaltungen bei der Einstellung von Fachkräften aus Drittländern, die über **nicht reglementierte** Qualifikationen verfügen, maßgeblich zur Gleichbehandlung beitragen können, wenn es um die Frage geht, ob die Lern- und Arbeitserfahrung des Drittstaatsangehörigen für den Arbeitsplatz relevant ist. In diesem Fall kann auf die Bewertung ihrer Kompetenzen und den „Skills-first“-Ansatz zurückgegriffen werden.

1.17. Der EWSA fordert, dass die Mitgliedstaaten den gerechten Zugang von Drittstaatsangehörigen zu **reglementierten Berufen** durch eine angemessene Unterstützung während des Anerkennungs- und Ausbildungszeitraums sicherstellen. Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass allen Drittstaatsangehörigen – nicht nur denjenigen, die einen vorrangigen reglementierten Beruf anstreben – Schulungen zur Verfügung stehen, da diese ein soziales Recht sind und den Weg zu hochwertiger Beschäftigung, beruflicher Entwicklung und sozialer Inklusion ebnen.

Zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ – Lernmobilität für alle

1.18. Nach Ansicht des EWSA sollte die Lernmobilität in der EU auf die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zur EU abzielen. Der EWSA bedauert, dass nur 15 % der Unionsbürger an einem Studium, einer Ausbildung oder Lehrlingsausbildung in einem anderen EU-Land teilgenommen haben, und betont, dass alle Studierenden und Lehrkräfte in allen Bildungsbereichen, insbesondere in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, einen stärker gleichberechtigten Zugang zur Mobilität haben sollten.

1.19. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, öffentliche Investitionen in Schulen und Bildungseinrichtungen zu gewährleisten, damit diese hochwertige und vertrauenswürdige Orientierungshilfe und Beratung zu Lernmobilitätsmöglichkeiten anbieten können, die die berufliche Entwicklung und das lebenslange Lernen fördern. Hilfe und Beratung müssen kostenlos sein, um die Lernenden zu motivieren, sich für ein Angebot zur Lernmobilität in einem anderen EU-Land zu bewerben. Der EWSA ruft die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Koordinatoren für die Lernmobilität in Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung zu einem kontinuierlichen Dialog mit den Sozialpartnern und sonstigen maßgeblichen Interessenträgern zu verpflichten.

1.19.1. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lernmobilität von Lehrkräften sicherzustellen, indem sie Probleme im Zusammenhang mit dem Ersatz von und dem Mangel an Lehrkräften beheben. Um hochwertige Bildung zu gewährleisten, muss der Beruf durch gute Arbeitsbedingungen, gerechte Gehälter sowie Zugang zu hochwertiger Erstausbildung, beruflicher Weiterbildung und Laufbahnentwicklung attraktiv gemacht werden.

1.19.2. Der EWSA ersucht die Kommission, für die Bereitstellung angemessener Mittel zu sorgen, um den tatsächlichen Kosten der Teilnahme an Erasmus-Mobilitätsprogrammen für Lernende, Lehr- und Ausbildungskräfte Rechnung zu tragen, und die Übertragbarkeit von Gehältern und anderen Leistungen, darunter Renten, für erwachsene Lernende und Lehrkräfte zu gewährleisten, die über ihre berufliche Weiterbildung an internationalen Mobilitätsprogrammen teilnehmen. Die Einbeziehung der Sozialpartner in die Überwachung dieser Probleme und in die Entscheidungen zu ihrer Lösung ist hier unabdingbar.

1.20. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, die europäischen Sozialpartner und einschlägigen Interessenträger wieder in den Erasmus+-Ausschuss, der die jährlichen Prioritäten des Programms Erasmus+ festlegt, einzubinden. Der EWSA ruft die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre nationalen Aktionspläne für die Initiative in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessenträgern und Sozialpartnern zu entwickeln.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Das Paket zur Mobilität von Fachkräften umfasst mehrere politische Initiativen für die Mobilität und Migration von Unionsbürgern und Drittstaatsangehörigen zu Bildungs- und Beschäftigungszwecken. Das Paket wird sich auf die nationale Politik in den Bereichen Migration, Beschäftigung, Qualifikationen und internationale Mobilität im Bildungswesen auswirken, da darin mögliche Lösungen für die Entwicklung von Maßnahmen im derzeitigen Kontext des Arbeits- und Fachkräftemangels vorgeschlagen werden.

2.2. Im Rahmen dieser verschiedenen Initiativen, insbesondere hinsichtlich der Migration aus Drittländern, müssen die Menschenrechte als Priorität erachtet und durch die Gleichstellung der Arbeitnehmer sowie klare Arbeitsmarktziele unterstützt werden.

2.3. In den EU-Ländern gibt es viele Mangelberufe, auch unter den reglementierten Berufen. Bei der Verknüpfung der Mobilität von Fachkräften mit der beruflichen Mobilität stellt sich die Frage, wie bei diesen Initiativen eine Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte – innerhalb der EU und weltweit – aus Mangelberufen vermieden werden soll. Hierfür sollte das vorliegende Paket mit der EU-Initiative zur Talentschließung kombiniert werden.

3. Besondere Bemerkungen

3.1. Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines EU-Talentpools

3.1.1. Der EU-Talentpool wird das erste **freiwillige Vermittlungsinstrument** auf EU-Ebene für interessierte Mitgliedstaaten bilden und „arbeitssuchenden Personen mit geringer, mittlerer und hoher Qualifikation“ offenstehen. Nur in diesen Mitgliedstaaten ansässige Arbeitgeber können dort ihre Stellenangebote veröffentlichen. Hierdurch wird auch die Umsetzung der **Fachkräftepartnerschaften mit Marokko, Tunesien, Ägypten, Pakistan und Bangladesch** unterstützt. Die Abstimmungs-Funktion sollte so aufgebaut sein, dass zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Übereinstimmungen angezeigt werden, die den Kompetenzen und Qualifikationen des Arbeitnehmers und dem Bedarf des Arbeitgebers entsprechen.

3.1.2. Der Talentpool bietet zwar keine spezifische Einreisemöglichkeit in die EU für den Erwerb einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, doch sollten Arbeitnehmer, die den Pool in Anspruch nehmen, beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Weiterbildung im Aufnahmemitgliedstaat beraten und unterstützt werden. Darüber hinaus muss der Talentpool die Information der Wanderarbeitnehmer und Arbeitgeber über die geltenden Gesetze sowie über ihre Rechte und Pflichten gewährleisten. Die Europäische Kommission sollte hier Impulse für die Annahme gemeinsamer Standards für die Bereitstellung von Informationen geben.

3.1.3. Bei der Weiterentwicklung des EU-Talentpools sollte auf den Arbeiten zur Überarbeitung der **Richtlinie über die kombinierte Erlaubnis und der Richtlinie über langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige** aufgebaut werden, um den Zugang zu einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Wanderarbeitnehmer zu verbessern und Arbeitsstandards in der EU durchzusetzen. Drittstaatsangehörige, die sich bereits im Hoheitsgebiet der EU aufhalten und bereit sind, dort zu arbeiten (Asylbewerber, Personen ohne Arbeitserlaubnis, Personen, die zum Zweck der Familienzusammenführung in die EU eingereist sind) stellen ein unzureichend genutztes Reservoir potenzieller Arbeitskräfte dar, das zur Deckung des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt beitragen kann.

3.1.4. Die Talentpool muss zu einem verlässlichen und vertrauenswürdigen Instrument mit aktuellen Profilen werden, die Arbeitgebern und Arbeitnehmern zumindest auf Englisch zugänglich sind, damit Wanderarbeitnehmer und Beschäftigungsmöglichkeiten in der EU besser miteinander abgeglichen werden können. Demensprechend müssen auch angemessene Übereinstimmungen hinsichtlich der Kompetenzen und Qualifikationen einer arbeitssuchenden Person für eine ausgeschriebene Stelle vorgeschlagen werden. Daher gilt es in diesem Zusammenhang auch verstärkt auf die Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen hinzuwirken, die im Ausland und/oder in nichtformalen und informellen Lernumgebungen erworben wurden.

3.1.5. Besonderes Augenmerk muss betrugsanfälligen Wirtschaftszweigen gelten, in denen Wanderarbeitnehmer besonders schutzbedürftig und einem hohen Risiko der Ausbeutung und des Missbrauchs ihrer Arbeitskraft ausgesetzt sind. Der Talentpool muss faire und ethische Einstellungsstandards gewährleisten und unter anderem ein Verbot von missbräuchlichen Praktiken, Einstellungsgebühren und Vergünstigungen umfassen. Die Rolle von Vermittlern und Agenturen, einschließlich der Unterauftragsvergabe, sollte geklärt werden, da derzeit viele Arbeitgeber deren Dienste auf nationaler Ebene in Anspruch nehmen.

3.1.6. Eine demokratische Regierungsführung ist wesentlich, damit Maßnahmen und Instrumente im Bereich der Arbeitsmigration für Arbeitnehmer und Arbeitgeber konzipiert und entsprechend deren Anregungen weiterentwickelt werden. Der für die Umsetzung zuständigen Lenkungsgruppe werden auch europäische branchenübergreifende Sozialpartner angehört. Die Mitgliedstaaten müssen die Sozialpartner und einschlägigen Interessenträger in Beratungen und Entscheidungen auf nationaler Ebene einbeziehen. Das gilt insbesondere für die Ermittlung von Mangelberufen sowie die regelmäßige Rückmeldung zur Bewertung der Funktionsweise des Talentpools.

3.1.7. Die Umsetzung des Talentpools und der Fachkräftepartnerschaften hängt auch von bilateralen Arbeitsmigrationsabkommen und Partnerschaften mit Drittländern als Mittel der Steuerung der Arbeitsmigration ab. Der EWSA betont, dass diese Partnerschaften den Schutz und die Rechte der in die EU einwandernden Arbeitnehmer sowie die Definition der Rolle der Arbeitgeber gemäß den EU-Richtlinien zur Arbeitsmigration gewährleisten müssen.

3.1.8. Die Initiative sollte keinen höheren Verwaltungsaufwand für Arbeitgeber verursachen, die die nationale Kontaktstelle des EU-Talentpools im Mitgliedstaat ihres Firmensitzes um Übertragung ihrer Stellenangebote auf die IT-Plattform des Talentpools ersuchen.

3.1.9. Der Talentpool und die Fachkräftepartnerschaften sollten dem Erfordernis der Transparenz Rechnung tragen, indem Informationen über bestehende EU-Rechtsvorschriften, wie die Zuständigkeiten für die Wahrung ihrer sozialen Rechte, die Erstattung von Reisekosten und die Bereitstellung einer hochwertigen Unterkunft, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sowie Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen, bereitgestellt werden. Nach Möglichkeit sollten Übersetzungsprogramme integriert werden, um die Arbeitnehmer in ihrer Muttersprache über den betreffenden Arbeitsplatz und die von den Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft bereitgestellte Unterstützung zu informieren.

3.1.10. Die Aussetzung des Zugangs eines Arbeitgebers zum EU-Talentpool im Falle eines Verstoßes gegen seine arbeits- oder sozialrechtlichen Pflichten sollte verhältnismäßig und zeitlich begrenzt sein. Um illegale Praktiken zu vermeiden, sollten vergleichbare Sanktionen für Drittstaatsangehörige vorgesehen werden, deren Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis aufgrund eines Verstoßes gegen die Einreiseanforderungen widerrufen wurden.

3.1.11. Gemäß dem Vorschlag der Kommission kann die Liste der Mangelberufe in Anhang 1 geändert werden, wenn eine erhebliche Zahl von Mitgliedstaaten dies beantragt. Um Rechtsunsicherheit in Bezug auf Mangelberufe zu vermeiden, könnte die Kommission die Liste auf Antrag zweier Mitgliedstaaten ändern.

3.2. *Empfehlung der Kommission zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen*

3.2.1. Der EWSA begrüßt, dass in der Empfehlung mögliche Lösungen für den erleichterten Zugang von Drittstaatsangehörigen zur Beschäftigung vorgelegt werden. Hierfür sollen Fähigkeiten und Kompetenzen validiert und die Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen anerkannt werden, was in der Praxis Hindernisse für Wanderarbeitnehmer mit sich bringt. Die Verfahren sollten den Verwaltungsaufwand für Antragsteller möglichst verringern, insbesondere in einem Kontext, in dem Dokumente möglicherweise zurückgelassen wurden oder während der Migration verloren gegangen sind.

3.2.2. Eine faire Behandlung während des Einstellungsverfahrens ist von zentraler Bedeutung. Bei der Einstellung von Fachkräften aus Drittländern, die über **nicht reglementierte** Qualifikationen verfügen, können die Arbeitgeber und die öffentlichen Arbeitsverwaltungen maßgeblich dazu beitragen, bei der Beurteilung der Frage, ob die Lern- und Arbeitserfahrung des Drittstaatsangehörigen für den Arbeitsplatz relevant ist, Gleichbehandlung zu erreichen. In diesem Fall kann auf die Bewertung ihrer Kompetenzen und den „Skills-first“-Ansatz zurückgegriffen werden. Zugleich begrüßt der EWSA, dass die Mitgliedstaaten in der Empfehlung zu Überlegungen aufgefordert werden, ob und wie Arbeitsmarkprüfungen durchgeführt werden, um sie, auch über den sozialen Dialog, so effizient wie möglich zu gestalten.

3.2.3. Bei **vorrangigen reglementierten Berufen** ist eine faire und zügige Bewertung und Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes äußerst wichtig. Die Mitgliedstaaten müssen sowohl sicherstellen, dass Drittstaatsangehörige, die einen vorrangigen reglementierten Beruf ausüben wollen, während des Anerkennungs- und Ausbildungszeitraums angemessene Unterstützung erhalten, als auch befristete Arbeitsverträge, einen niedrigeren Status und niedrigere Gehälter verhindern. Schulungen sollten allen Drittstaatsangehörigen zur Verfügung stehen und nicht nur denjenigen, die einen vorrangigen reglementierten Beruf anstreben.

3.2.4. Ein besserer Informationsaustausch über Qualifikationen in reglementierten Berufen zwischen der EU und Drittländern, z. B. durch Kommunikation zwischen Ministerien und Sozialpartnern, ist von entscheidender Bedeutung. Der EWSA begrüßt, dass die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, mit Drittstaaten zusammenzuarbeiten, um sich über die Qualifikationen und Anforderungen von Drittländern zu informieren und Datenbanken zur Vergleichbarkeit zu erstellen. Der EWSA weist darauf hin, dass dies insbesondere bei reglementierten Berufen wesentlich ist und die Datenbank in Zusammenarbeit von Gruppen von Ministerien, Sozialpartnern und Interessenträgern in der Beratenden Gruppe für den Europäischen Qualifikationsrahmen in Absprache mit dem Ausschuss für die Anerkennung von Berufsqualifikationen eingerichtet werden sollte.

3.2.5. Die Anerkennung von Qualifikationen erfordert eine Vereinfachung und Transparenz und ist für die Verringerung der Spannungen auf dem EU-Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Das Antragsverfahren gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁵⁾ kann nicht nur zeitaufwändig und belastend für die Antragsteller sein, sondern auch Kosten für die Einreichung von Anträgen und die Erfüllung der Kompetenzanforderungen durch Schulungen mit sich bringen. Während der Bearbeitungszeit erhalten die Antragsteller weder einen Lohnausgleich noch Arbeitslosenleistungen. Der EWSA begrüßt, dass eine Gleichbehandlung der Arbeitnehmer sichergestellt werden soll, indem die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die Kosten, die Drittstaatsangehörigen ⁽⁶⁾ durch die Beantragung der Anerkennung von Qualifikationen entstehen, den Kosten für Unionsbürger entsprechen. Zugleich sollten die Bewerber aus Drittstaaten darüber informiert werden, wie sie finanzielle und administrative Unterstützung im Aufnahmeland beantragen können. Verfügt ein Bewerber über ein höheres Qualifikations- und Kompetenzniveau als das für den Zugang zum reglementierten Beruf seines Heimatlandes erforderliche, sollte der Arbeitnehmer dabei unterstützt werden, einen seinem Qualifikationsniveau entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

3.3. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ – Lernmobilität für alle

3.3.1. Der EWSA begrüßt die größere Möglichkeit zur Teilnahme an den im Rahmen des Erasmus-Programms unterstützten Lernerfahrungen im Ausland. Der EWSA verweist auf seine Ausführungen in der Stellungnahme „Europabildung“ ⁽⁷⁾, dass die Vitalität der EU erheblich von einer starken europäischen Identität und von der Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit der EU abhängt; zudem wird darin eine Aufstockung der Finanzmittel für Erasmus+ empfohlen, um durch die Lernmobilität für alle, insbesondere für Menschen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund, das Zugehörigkeitsgefühl zur EU zu fördern. Des Weiteren wird in der Stellungnahme dafür plädiert, dass bei allen künftigen Projekten ein Schwerpunkt auf Europabildung, Schaffung einer europäischen Identität und Förderung generationenübergreifenden Lernens über die EU sowie das Erlernen von Sprachen und den zivilen Dialog für alle Altersgruppen, einschließlich der Erwachsenen, gelegt wird.

3.3.2. Der EWSA begrüßt die neuen sektorspezifischen Benchmarks für die Teilnahme an der Lernmobilität. Für die Erreichung der neuen Zielvorgaben fehlt es jedoch an entsprechenden Mitteln. Zudem wurden einige der ehrgeizigeren Zielvorgaben verwässert. So wurde z. B. die Zielvorgabe im Bereich Hochschulbildung erhöht, aber die Mobilität kann auch dann anerkannt werden, wenn sie nur drei Leistungspunkten des ECTS (Europäisches System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen) und nicht wie zuvor 15 entspricht. Zugleich könnten auch Benchmarks für die Lernmobilität erwachsener Lernender zur Teilnahme an einer anerkannten beruflichen Weiterbildung in einem anderen EU-Land festgelegt werden. Der EWSA begrüßt die Maßnahmen für Förderer von Lernmobilitätsprojekten wie Koordinatoren, Kontaktstellen, Botschaftern und speziellen Informationszentren für Lernmobilität.

3.3.3. Der EWSA stellt fest, dass eine demokratische Steuerung der Lernmobilität innerhalb der EU zur Erreichung der Ziele der Initiative wesentlich ist. Der EWSA begrüßt die vorgeschlagene „strukturelle Zusammenarbeit mit Interessenträgern im Bereich Lernmobilität [...], um diese Empfehlung umzusetzen“ und weist darauf hin, dass Bildungseinrichtungen zur Umsetzung dieser Mobilität mit Netzen zusammenarbeiten müssten, die über Fachwissen und Erfahrung in diesem Bereich verfügen.

3.3.4. Der EWSA begrüßt das Ziel der Initiative, die Lernmobilität für Lehr- und Ausbildungskräfte auszuweiten. Es bestehen viele Hindernisse für die Förderung der Lernmobilität von Lehrkräften, insbesondere fehlende integrierte Mobilitätszeiten in den Lehrplänen, unterschiedliche Schuljahresstrukturen in den einzelnen Mitgliedstaaten, mangelnde Sprachkenntnisse, familiäre Verpflichtungen der Lehrkräfte und Schwierigkeiten bei der Organisation eines angemessenen Ersatzes für Lehr- und Ausbildungskräfte. Darüber hinaus waren unangemessene finanzielle Mittel und unzureichende Erasmus-Stipendien die größten Hindernisse für die Teilnahme an früheren Erasmus-Austauschprogrammen. Der Hauptgrund ist jedoch der Lehrermangel in vielen EU-Ländern; ein gleichberechtigter Zugang zur Lernmobilität kann erreicht werden, indem für genügend Lehrkräfte als Ersatz für die an Mobilitätsprogrammen teilnehmenden Lehrkräfte gesorgt wird; dies ist für eine hochwertige Bildung äußerst wichtig.

⁽⁵⁾ Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22).

⁽⁶⁾ Infolge der Empfehlung vom April 2022 zur Anerkennung der Qualifikationen von Menschen, die vor der Invasion Russlands in der Ukraine fliehen, haben die Mitgliedstaaten eine Reihe innovativer Vorgehensweisen eingeführt, um die Anerkennung von Qualifikationen für Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, zu erleichtern. Einige dieser Vorgehensweisen sind in der Bewertung der Umsetzung der Empfehlung durch die Kommission aufgeführt. So haben beispielsweise Belgien, Portugal und Rumänien Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, von der Zahlung von Gebühren für das Anerkennungsverfahren befreit. Die Behörden der meisten Mitgliedstaaten akzeptieren auch alternative Nachweise. Solche Vorgehensweisen können übernommen und ausgeweitet werden.

⁽⁷⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Europabildung“ (ABl. C 228 vom 5.7.2019, S. 68).

Brüssel, den 25. April 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4125

12.7.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
11. Juli 2024
(C/2024/4125)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0855	CAD	Kanadischer Dollar		1,4796
JPY	Japanischer Yen		175,39	HKD	Hongkong-Dollar		8,4767
DKK	Dänische Krone		7,4606	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7836
GBP	Pfund Sterling		0,84305	SGD	Singapur-Dollar		1,4627
SEK	Schwedische Krone		11,4190	KRW	Südkoreanischer Won		1 498,04
CHF	Schweizer Franken		0,9749	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,6270
ISK	Isländische Krone		149,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8862
NOK	Norwegische Krone		11,6725	IDR	Indonesische Rupiah		17 562,25
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,0883
CZK	Tschechische Krone		25,361	PHP	Philippinischer Peso		63,278
HUF	Ungarischer Forint		393,95	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2545	THB	Thailändischer Baht		39,387
RON	Rumänischer Leu		4,9755	BRL	Brasilianischer Real		5,8792
TRY	Türkische Lira		35,6793	MXN	Mexikanischer Peso		19,4056
AUD	Australischer Dollar		1,6075	INR	Indische Rupie		90,7165

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/4414

12.7.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. FEBRUAR 2020

(C/2024/4414)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2019-2020

Sitzungen vom 10. bis 13. Februar 2020

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung der Präsidentschaft	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	3
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
6. Personelle Zusammensetzung der Ausschüsse	4
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
9. Arbeitsplan	5
10. Mitteilung der Kommission zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung (Aussprache)	10
11. Bewertung des Vorschlags der Kommission für ein überarbeitetes Erweiterungsverfahren (Aussprache)	18
12. Automatisierte Entscheidungsfindungsprozesse: Gewährleistung des Verbraucherschutzes und des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen (Aussprache)	30

Inhalt	Seite
13. KMU und bessere Rechtsetzung (Aussprache)	40
14. Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur – Einwand gemäß Artikel 111 GO: Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (Aussprache)	55
15. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	69
16. Tagesordnung der nächsten Sitzung; siehe Protokoll	75
17. Schluss der Sitzung	75

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. FEBRUAR 2020

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

President. – I declare resumed the session of the European Parliament adjourned on Thursday, 30 January 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 17.06)

3. Erklärung der Präsidentschaft

President. – Good evening colleagues. I beg your forgiveness for a slightly late start to the session. The President, as many colleagues, is delayed and makes his apologies to colleagues. Many of us had some flight issues. My flight tried to land twice in Basel and failed, but it did land in Strasbourg, which is why I am here. So that was a happy relief for me, but obviously I know other colleagues have had difficult journeys. And bear with me, because I have literally just received the files and I will do my very best.

* * *

I want to make an announcement please. On the occasion of the Day of Remembrance which is commemorated today, I would like to honour the memory of the Italian victims and all the victims of the Foibe massacres and the exodus of Istrians, Rijekans and Dalmatians from their land during and after the Second World War. The defence of democracy and tolerance and our daily commitment to European values are the best tribute to all those who are victims of these tragedies. The transition from opposing power blocs to a union for peace shows how important it is to continue working together for a Europe that puts values and respect for all its citizens in first place. Dear colleagues, we will stand for a moment in silence.

(The House rose and observed a minute's silence)

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

6. Personelle Zusammensetzung der Ausschüsse

President. – Following the new composition of Parliament and the numerical composition of the permanent committees adopted on 15 January 2020, I have received from the political groups and from the non-attached Members the appointments for Parliament's committees, in accordance with Rule 209.

The lists of the Members appointed to Parliament's committees are published on Parliament's website and will be annexed to the minutes.

* * *

Manon Aubry (GUE/NGL). – Madame la Présidente, chers collègues, je souhaite faire un rappel au règlement intérieur sur la base de l'article 125 et de l'annexe 7 à laquelle il se réfère.

Depuis le 1^{er} janvier dernier, les membres de la Commission européenne sont dans l'illégalité, mais personne ne semble s'en émouvoir. En effet, l'article 3 du code de conduite des commissaires leur impose de publier chaque 1^{er} janvier leur déclaration d'intérêts financiers mise à jour, or aucun ne l'a fait. Cet oubli n'est pas anecdotique.

Il y a plusieurs mois, notre Parlement a exigé de plusieurs commissaires qu'ils démissionnent de conseils d'administration et vendent des actions sources de conflit d'intérêts avec leurs fonctions. Pourtant, si l'on regarde la déclaration disponible en ligne pour le commissaire en charge de la taxation du numérique, cette déclaration indique toujours, par exemple, qu'il possède plus de 100 000 euros d'actions chez Amazon. Ne pas donner les preuves que cet engagement, parmi d'autres, a été tenu, c'est entretenir un doute inacceptable sur l'indépendance de la Commission.

Aussi, je voudrais vous demander, Madame la Présidente, d'exiger que la Commission européenne respecte cette obligation de publication des déclarations d'intérêts financiers et que prime, une bonne fois pour toutes, l'éthique sur le fric.

President. – Thank you for that information, Ms Aubry. We will pass it on to the President and ask him to take note.

There is another point of order, from Ms Pereira.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, invoco o artigo 196.º do Regimento para chamar a atenção deste Parlamento, no momento em que se prepara uma visita oficial a El Salvador da Delegação para as relações com os países da América Central, que ontem, por ordens do Presidente daquele país, forças militares e policiais invadiram o Congresso, violando a Constituição da República de El Salvador e procurando intimidar e chantagear aquele Parlamento, comprometendo o estado democrático de direito e a paz.

Aqui nos solidarizamos com as forças democráticas salvadorenhas, que denunciam esta inaceitável situação, exigindo que a União Europeia e as suas instituições não contribuam para branquear este ato de autoritarismo de cariz golpista.

President. – Colleagues, we are dealing with points of order, and while that is important information, it is a political statement. Are there any further points of order? If that is not the case, we will move to changes to the agenda. There are a number of requests for changes, so please bear with me in terms of the detail.

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Arbeitsplan

President. – The final draft agenda as drawn up pursuant to Rule 157 by the Conference of Presidents at its meeting of Thursday, 6 February has been distributed. The following changes have been proposed:

Monday: no request for change

Tuesday

The ID Group has asked for a debate on Council and Commission statements on the freedom of speech in the face of the rise of religious fundamentalism. They want this added as the fifth item in the afternoon of Tuesday, 11 February after the debate on the oral question on the New comprehensive EU-Africa strategy.

Jérôme Rivière, au nom du groupe ID. – Madame la Présidente, notre demande est motivée par une affaire maintenant appelée en France «l'affaire Mila», du prénom d'une jeune fille qui a osé critiquer l'islam. Cette adolescente de 16 ans subit une avalanche de menaces de mort, d'appels au viol et d'injures sexistes pour avoir insulté l'islam dans une vidéo postée sur Instagram.

Si ses propos étaient plus proches de paroles vulgaires de rappeurs que de la prose de Victor Hugo, il n'en demeure pas moins qu'ils relèvent de la liberté d'expression, de la liberté de critiquer une religion. En aucun cas ces propos ne peuvent justifier des menaces de mort.

Très peu de voix se sont levées en France pour défendre Mila. Pour la doxa dominante, tout est critiquable, on peut se moquer de tout, sauf de l'islam. Certains sont prêts à réinstaurer en France un délit de blasphème, mais à la condition qu'il ne s'applique qu'à l'islam. Cette histoire illustre, une fois de plus, l'incohérence intellectuelle et la lâcheté de nos soi-disant élites.

Nous refusons cette soumission à un islamo-gauchisme, à un communautarisme qui s'est installé dans notre pays, à une grande lâcheté qui fait que les hommes et les femmes politiques ne veulent plus imposer un mode de vie à la française, une identité, une histoire.

Tous les intégrismes religieux ne conduisent pas au terrorisme. Aujourd'hui, c'est au nom de l'islam radical que l'on assassine. Les attentats de *Charlie Hebdo* l'ont tragiquement rappelé.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, évidemment, il nous faut défendre la liberté d'expression, et ce qui se passe en France, en effet, en est un signe marquant.

Ma proposition n'est pas contre ce débat, mais simplement pour dire que je crois que nous devons le replacer dans un cadre plus large. Nous avons un débat prévu mercredi sur la lutte contre l'antisémitisme, le racisme et la haine en Europe, et notre groupe voudrait proposer que la défense de la liberté d'expression que nous devons collectivement assurer soit inscrite dans ce débat plus général sur la lutte contre la haine.

President. – I will put the request for the modification of the agenda for Tuesday to the vote by roll-call vote. This is the ID proposal. Can I just be very clear that you know what you are voting on: this is the proposal from our ID colleagues to change the agenda on Tuesday and to have a Commission statement on freedom of speech. Is everyone clear?

I shall halt the vote because there seems to be some confusion in the Chamber. The ID Group has proposed an amendment for Tuesday's agenda, of which I have spoken. Mr Bellamy, as I understood, you want this to be included in an item that is already on the agenda. Please can you clarify because I think that is necessary.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Notre proposition serait, si tous nos collègues l'acceptent, de voter plutôt sur cette proposition d'inclure la question de la liberté d'expression dans le débat qui aura lieu mercredi.

President. – Mr Rivière, do you accept that proposal?

Jérôme Rivière (ID). – S'il est clair qu'à l'occasion du débat de cette semaine, nous aurons bien un débat sur la liberté d'expression face à la montée de l'intégrisme religieux, alors oui, nous acceptons.

(Parliament rejected the modified request)

Jérôme Rivière (ID). – Si la proposition de M. Bellamy avait été acceptée, nous nous serions pliés, nous aurions retiré, à ce moment-là, notre demande. Dès lors qu'elle est refusée, nous souhaitons que notre demande soit passée aux voix.

(Parliament rejected the initial request from the ID Group)

Tuesday (continued)

President. – The Renew Group has asked that a debate on Council and Commission statements on the breach of Council Decision 2017/2074 concerning restrictive measures in view of the situation in Venezuela – illegal entry on the territory of an EU Member State of a person included in the list of sanctions be added as the second item in the afternoon after the debate on the Mavrides report.

Jordi Cañas, en nombre del Grupo Renew. – Señora presidenta, el objetivo de esta petición tiene que ver con el incumplimiento por parte del Gobierno español de la Decisión 2017/2074 respecto a la aplicación de las sanciones a miembros del régimen de Nicolás Maduro. La madrugada del 19 al 20 de enero, la vicepresidenta del Gobierno ilegítimo venezolano, Delcy Rodríguez, permaneció durante catorce horas ilegalmente en suelo español, violando así el régimen de sanciones que impulsó este Parlamento y aprobó el Consejo de la Unión.

El Gobierno español, después de negar los hechos, ha dado más de seis versiones diferentes, la última de las cuales reconocía que uno de sus ministros se reunió cerca de media hora con la número dos de Maduro. Esta violación del Derecho de la Unión se produjo, además, días después de que este Parlamento reconociera a Juan Guaidó e instase al Consejo a endurecer las sanciones contra el régimen de Maduro.

Ante ello, solicitamos que este Parlamento debata esta situación para que la Comisión y el Consejo informen de las explicaciones recibidas por parte del Gobierno español y asuman —con lo que ello supone— si las considera suficientes o no. Porque son los Estados miembros los encargados de hacer cumplir las sanciones que determina el Consejo y este Parlamento impulsa, y de no hacerlo estarían convirtiendo estas sanciones en papel mojado al perder toda su eficacia. Porque ¿qué eficacia pueden tener unas sanciones cuando cualquier gobierno puede incumplirlas con impunidad y sin ninguna consecuencia?

La credibilidad internacional de la Unión Europea y el respeto de las decisiones de su... *(la presidenta interrumpe al orador)* ... están en juego y este Parlamento debe debatir sobre ello.

Señora presidenta, solicitaría votación nominal.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señora presidenta, señorías, no me parece de recibo que utilicemos esta Cámara como trinchera para atacar sin motivos al Gobierno español, porque su petición, señor Cañas, corresponde solo a intereses partidistas y creo que la oposición se hace en el Congreso y no en esta Cámara. Dicho esto, el Gobierno español ha reiterado, desde el inicio, su compromiso con la línea europea respecto de Venezuela. Queremos una salida negociada, pactada, con unas elecciones libres y justas. Y solo quiero recordarles que es la Comisión la que ha reiterado varias veces que las sanciones acordadas en el Consejo las aplican los Estados miembros. No veo qué puede aportar este Parlamento a esa situación, son sus intereses propios, partidistas —ya lo he dicho—. Por eso estamos en contra.

(Parliament approved the request)

Wednesday:

President. – We are dealing here with two Groups with proposals in relation to Vietnam.

The Greens/EFA Group has asked that the consent vote on the conclusion of the EU-Vietnam Free Trade Agreement and the vote on the accompanying resolution be postponed to a future part-session.

The GUE/NGL Group has asked that the consent vote also on the conclusion of the EU-Vietnam Free Trade Agreement and the vote on the accompanying resolution [*and that the consent vote on the conclusion of the EU-Vietnam Investment Protection Agreement and the vote on the accompanying resolution*] be taken off the agenda.

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, nous demandons en effet un report du vote, parce que le texte – à la fois sur l'accord de libre-échange, mais aussi sur l'accord de protection des investissements – va clairement à l'encontre de ce que nous avons voté il y a quelques semaines tant sur l'état d'urgence climatique que sur le pacte vert européen. C'est un accord dont le chapitre «développement durable», notamment, n'est ni exécutoire, ni contraignant. Il y a donc un double langage de l'Union européenne qui est problématique.

Mais je voudrais aussi que tous les collègues, quelle que soit leur sensibilité politique, entendent ce que nous disent la Confédération européenne des syndicats et de très nombreuses ONG – presque 100 ONG européennes – qui nous alertent sur l'état du droit du travail, des libertés syndicales, mais aussi des droits humains, aujourd'hui, au Viêt Nam.

Nous ne pouvons pas nous contenter de vagues promesses du gouvernement vietnamien. Aujourd'hui, il nous faut des garanties, il nous faut des preuves, il nous faut du tangible, du concret. Nous ne l'avons pas, et c'est la raison pour laquelle nous demandons le report du vote.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the European Parliament has been calling in our Green Deal Resolution – not long ago, actually, this year – for binding and enforceable sustainable development chapters. Also, the Commission, which was just recently elected, has been saying that the Sustainable Development Goals (SDGs) are a key part of their agenda. This is the first free trade agreement (FTA) that will come with the Commission's mandate. However, the FTA was negotiated without such a commitment before Parliament asked, in January, for this binding trade and sustainable development chapter.

Also in January, this House voted on a report calling for streamlining human rights into all its policies. However, unfortunately, they're not being streamlined into the FTA with Vietnam, because we have seen a lot of human rights violations – also just recently with the crackdown of a peaceful protest in January — and we've been asking for a firm and sanctionable commitment from the Vietnamese Government to improving the human rights situation. Nothing of this sort has been done, and that's why we think this needs further commitment, from both the Commission and the Vietnamese Government. Therefore, we ask to postpone the vote on the four reports in total.

(Applause)

Geert Bourgeois, *Rapporteur*. – Madam President, it will be better with the micro, but I have nearly lost my voice so I will try to be clear.

I have to urge you, dear colleagues, not to postpone either the debate or the vote. There has already been a proposal in the Committee to postpone. It was rejected with a clear majority. The Committee chose a compromise: first, to monitor more the implementation of the two agreements, which is also the practice of the International Labour Organisation (ILO); and, second, to ask for more engagement from the Vietnamese authorities. Well, they delivered on the implementation of the ratification of the ILO Convention. They delivered on – and this is a precedent – a joint committee of our Parliament and the National Assembly to monitor the implementation of the two agreements. They delivered – and this is also a precedent – on the involvement of our Parliament in the human rights dialogue between Vietnam and the European Union. Lastly, they delivered on the independence of the organisations taking part in the domestic advisory groups. So it's also a question of credibility alongside all the other arguments, of course.

(Parliament rejected the two requests)

Wednesday (continued)

President. – The EPP Group has asked that a debate on an Oral question on ‘Better internet for children’ be added in the afternoon.

Jan Olbrycht, *on behalf of the PPE Group.* – Madam President, on behalf of the EPP Group, I would like to ask to add to our agenda the oral question to the Commission about better internet for children. It is important that 11 February is Safer Internet Day, which was initiated by the Commission in 2004.

What we really need is activity to promote the safe access of children to the internet. So that's why I think my colleagues will share the view that we need this kind of debate, not only among us politicians. It is also important for teachers and educators, so this is why maybe we can use the opportunity of Safer Internet Day to have this debate.

(Parliament approved the request)

Wednesday (continued)

President. – The Greens/EFA Group has asked that a Commission statement on the Intervention of four Member States regarding the revision of the EU-Competition Policy be added as the sixth item in the afternoon.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Madame la Présidente, chers collègues, le 4 février dernier, quatre États membres – la France, l'Allemagne, l'Italie et la Pologne – ont écrit une lettre ouverte à la Commission par laquelle ils enjoignent de manière, disons, assez énergique la commissaire Vestager à revoir profondément la politique de concurrence qui, je le rappelle, en droit européen, relève de la compétence exclusive de la Commission européenne, celle-ci ayant dans ce domaine une compétence quasi juridictionnelle.

Je pense qu'il est absolument crucial que ce Parlement puisse se prononcer sur cette lettre. Il est évidemment loisible à tout responsable politique de nourrir les opinions qu'il ou elle souhaite. Néanmoins, je trouve que le ton de la lettre et son caractère, je dirais presque, comminatoire justifient un débat dans ce Parlement en présence de la commissaire Vestager. Je vous propose donc de tenir ce débat mercredi.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, creo que el señor Lamberts tiene toda la razón en que este Parlamento tiene que pronunciarse sobre la política de competencia, sobre esa carta y sobre otros debates que hay sobre la revisión de las normas de ayudas de Estado. Pero creo que debe hacerlo a través de los canales oficiales, y exactamente la próxima semana la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios votará el Informe anual sobre la política de competencia y estamos a pocos días de cerrar la negociación para poder votar ese informe el próximo martes —que tendrá que ser a su vez validado en el próximo Pleno—. Por lo tanto, no veo motivos para adelantar el debate a esta semana, cuando los equipos negociadores de la Comisión ECON están trabajando para poder votar un texto de compromiso la próxima semana —como digo— en la comisión.

(Parliament rejected the request)

Thursday

President. – The GUE/NGL Group has asked that a Commission statement on the ‘EU-US trade relations’ be added as the first item in the morning. Therefore, the sitting would start at 9.00.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie.* – Voorzitter, over enkele weken wil de Europese Commissie een vrijhandelsakkoord beklinden met de regering van Donald Trump.

De Europese Commissie onderhandelt met de Verenigde Staten over vrijhandel in chloorkippen, hormoonvlees, Monsanto's gewassen en meer landbouwgif. Het toelaten van dit soort producten ondermijnt onze regels voor dierenwelzijn, milieu en volksgezondheid en het benadeelt de boeren in Europa.

Brussel onderhandelt bovendien zonder toestemming van de lidstaten: de Raad heeft geen mandaat gegeven om met de Verenigde Staten over landbouwproducten te onderhandelen. Bovendien heeft dit Parlement naleving van het klimaatakkoord van Parijs als absolute voorwaarde gesteld voor toekomstige handelsverdragen.

Collega's, de Europese Commissie trekt zich hier niets van aan. Daarom vraag ik uw steun voor een spoeddebat over de stand van zaken met betrekking tot de handelsbesprekingen tussen Europa en de VS.

Christophe Hansen (PPE). – Madam President, we, of course, are all concerned about our ongoing relations with the United States. We have to watch them very closely, but we have to do it the right way. That's why we have invited Commissioner Phil Hogan next week to the Committee on International Trade (INTA). This work should firstly be done by the committees. Afterwards, we will of course have a debate in plenary, but first let the committees do their work as they should.

(Parliament rejected the request)

Thursday (continued)

President. – The EPP Group has asked that a debate on the Oral question to the Commission's 'Farm to Fork Strategy – the key role of farmers and rural areas' be added as the first item in the morning on Thursday, 13 February 2020. I need to tell you that this means that the sitting would start at 9.00.

Norbert Lins, im Namen der PPE-Fraktion. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ soll Mitte/Ende März von der Europäischen Kommission vorgestellt werden. Betroffen von dieser Strategie sind vor allem unsere Landwirtschaft und unsere ländlichen Räume; deren Anliegen verdienen Gehör. Die EVP hält es deshalb für unabdingbar, dass die zentrale Rolle der Landwirtschaft und der ländlichen Räume vor Veröffentlichung der Strategie diskutiert wird. Nur so können wichtige Fragen des Europäischen Parlaments – wie zum Beispiel die Finanzierung, die Wettbewerbsfähigkeit und der Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik – in die Strategie aufgenommen werden. Aus diesem Grund beantragt die EVP-Fraktion eine Änderung der Tagesordnung nach Artikel 158, um die mündliche Anfrage zum Thema „Vom Hof auf den Tisch“ wieder auf die Tagesordnung dieser Plenarsitzung zu setzen.

(Parliament approved the request)

Thursday (continued)

President. – The last proposal for a change to the agenda on Thursday is from the Renew Group, and they have asked that the debate on the 'Human rights dimension of the Coronavirus outbreak' be taken off the agenda.

Jan Huitema, on behalf of the Renew Group. – Madam President, the outbreak of the coronavirus is a very serious matter, but for the Renew Group, this is not the right topic for an emergency resolution. Urgencies are there exclusively to say something. If there is an act of human rights violations, for example. Also, the situation is still developing very rapidly, so it's very difficult to come forward with concrete conclusions. Also, we risk, then, ending up with a very patronising stance, while we should focus much more on, for example, coordinating with other countries to prevent the spread of the coronavirus. I would like to ask you to withdraw this topic from the urgencies.

Esther de Lange (PPE). – Madam President, I will pick up on the last words of Mr Huitema, who said that there is concern and that, given the fact that developments are going so quickly and citizens are concerned, we might actually need a wider debate on this issue than just to take it off the agenda as an urgency. My concrete proposal, given the fact that developments, both in the area and in the EU, in terms of concern among our citizens, are going so quickly, I would propose to have a full-blown debate, without resolution, on the topic 'Coronavirus: ensuring fundamental rights and a coordinated European response', on Wednesday afternoon, by the way.

President. – We were talking about Thursday. So this is a proposal to move it back to Wednesday afternoon. I shall ask Mr Huitema how he would react to that proposal.

Jan Huitema (Renew). – Madam President, that would be an excellent idea. Let's do that.

(Parliament approved the request)

(The order of business was thus established)

* * *

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con riferimento all'articolo 3, paragrafi 5 e 6, del trattato sull'Unione europea e all'articolo 158 del nostro regolamento, volevo informare i colleghi della gravissima situazione che Patrick George Zaki, uno studente egiziano che da settembre, grazie ad Erasmus Mundus, frequenta a Bologna il master Gemma sugli studi di genere, sta in questo momento attraversando.

Un ricercatore, un attivista che ha dedicato la sua vita a diritti, uguaglianza e solidarietà e a criticare la negazione dei diritti umani nel suo paese. Atterrato al Cairo venerdì notte per visitare la famiglia, è scomparso per riapparire il giorno successivo a 120 chilometri dalla capitale, con evidenti segni di maltrattamenti fisici e violenze, in un'aula della procura generale egiziana, arrestato e accusato di aver criticato il governo tramite i *social media*. Patrick ha subito lo stesso trattamento di Giulio Regeni, caso per il quale il giovane egiziano si è tra l'altro speso.

Cari colleghi, invito tutte le istituzioni europee e la delegazione dell'Unione europea ad agire e a seguire questo caso con la massima attenzione e chiedo di aggiungere un dibattito su questo punto. Non ho potuto raccogliere... (*la Presidente toglie la parola all'oratore*)

President. – Mr Castaldo, I shouldn't have to explain to you the rules of the House. An important point was raised, but it would be a one-minute speech, not a point of order.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

10. Mitteilung der Kommission zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the Commission communication on the review of the economic governance (2020/2553(RSP)).

I would like to remind you that catch-the-eye and the blue-card requests can be presented either by using the consolidated way of registration or the electronic system. You will get the instructions in case you need them from the entrance of the Hemicycle.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank you and the Members for the opportunity to present here the communication that we adopted exactly five days ago. In this way, the European Parliament will trigger the debate on our six— and two-pack reforms and, in general, our economic governance rules.

I think that the targets of this debate are very clear. We have, on the one side, to preserve our stability and nobody should discuss this. On the other side, we have to relaunch our growth and nobody should ignore this. The Commission's Communication gives a clear and honest assessment on the functioning of these rules in the last ten years. The rules were created as a response to a deep economic and financial crisis and, after ten years, I think we can give a clear picture of how these rules have been functioning.

I think we had good results, first of all, in better coordination of fiscal policies, both on timing and on their content, among Member States, through the Semester and the whole surveillance process. Second, we were able to reduce our deficit-to-GDP ratio. I remember that in 2011, only three countries were respecting the rules on deficit-to-GDP. In the last assessment, not a single country was not respecting these rules. Third, I should say that all Member States that received financial assistance were able to return to the market, with enormous difficulties from a social point of view, but they have, at least, returned to the market.

After good results, we have also had mixed results in our ten years' functioning. First of all, I would say, on the reduction of debt, yes, debt was reduced from an average of 90% to an average of 80%, and this could be a satisfactory level if we consider other global economic players. The United States has 115% debt and Japan has 240% debt. But we know that, in this average reduction, we were not able to reduce high debt in several countries, so the discussion is still open. There were also mixed results because of the complexity of these rules. Complexity could also be an intelligent way to deal with problems but, if complexity is too complicated, in the end, it reduces ownership and confidence from Member States and stakeholders towards our rules.

Finally, we had clear shortcomings, first of all, because we were reducing our public investments. Our public investments are not yet at the level they were 20 years ago. Second, because we were not able to reduce surpluses in countries with a high level of surpluses, and, third, because, in general, we had pro-cyclical fiscal policies during this period and monetary policy is now at its lower bound. If we are not able to have anti-cyclical policies, this creates constraints in our general economic situation.

So, good results, mixed results and shortcomings. What next?

I think we live in a very different economic world from the one from ten years ago. We were able to overcome the deep crisis and we had several years of stable growth in all Member States. We have now been in a period of slower growth for a couple of years. The picture for the next months, and perhaps a few years, is characterised by uncertainty, uncertainty for internal reasons – I think we all saw the bad results in the last quarter of last year in some important European economies – and uncertainty due to external factors: trade relations that are not solved, Brexit, which is an open debate, and the consequences of the coronavirus. It is obviously too early to assess them, but for sure they contribute to this uncertainty.

In these uncertain times, I think we need a framework capable of avoiding what economists call a 'low for long' situation: a long situation of low growth, low inflation, low interest rate. This could be inconsistent with the strategy that we have in the green transition and in the digital transition. For this reason, the debate we are opening is very important, and we will define the scope and the conclusions of this debate during the next months in this process.

In conclusion, I would particularly underline two key words. One is 'investments'. We have to find ways to facilitate investments, especially those connected to the strategy of the Green Deal, which President von der Leyen rightly calls our new growth strategy. Second is 'simplification'. To promote simplification of these rules is also to promote their ownership. I think that to facilitate investment and make our rules simpler is something that should not divide our discussion into different camps, but is something on which we should work together to find a solution.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Stabilitäts- und Wachstumspakt enthält viele kluge und auch richtige Beobachtungen hinsichtlich der Frage, was beim Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht richtig funktioniert. Die Regeln sind sehr komplex, sie sind intransparent, sie sind manchmal auch prozyklisch in ihrer Wirkung, und sie haben selbst in guten Zeiten – Sie haben ja gesagt, wir hätten jetzt eine Wachstumsphase hinter uns – nicht dazu beigetragen, dass Defizite und Gesamtschuldenstände in ausreichendem Maße reduziert wurden.

Die Schlussfolgerungen, die die Kommission in ihren Leitfragen und Kommentaren für die Konsultation aus diesen Erkenntnissen zieht, haben aber mit den beschriebenen Problemen relativ wenig zu tun. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat kein Flexibilitätsproblem – schon die letzte Kommission hat ja ausgedehnt, was Flexibilitäten betrifft, was nur möglich ist; der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat ein Vollzugsproblem. Die Regeln müssen nicht flexibilisiert werden, sondern sie müssen mal zur Anwendung gebracht werden!

Und wenn wir das Problem zu hoher Verschuldung effektiv angehen wollen, dann bringt es natürlich gar nichts, bestimmte Arten von Ausgaben in den Verschuldungsregeln auszuklammern, das wird sogar den gegenteiligen Effekt haben. Ich möchte schon mal klar sagen: Schulden sind Schulden. Jegliche Art von neuen Schulden beeinträchtigt die Schuldentragfähigkeit eines Landes – egal, ob damit nachhaltige Investitionen finanziert wurden oder nicht. Und die Frage, ob die Schulden bedient und zurückgezahlt werden können, ist am Ende die einzige Frage, die die Finanzmärkte, nämlich die, die den Mitgliedstaaten Geld leihen, interessiert. Bevor die Finanzmärkte den Geldhahn zudrehen, werden sie nicht nachfragen, ob hier nachhaltig finanziert und investiert wurde oder nicht. Deswegen kann ich nur eindringlich davor warnen, grüne Staatsausgaben als gute Staatsausgaben zu klassifizieren. Wenn wir damit anfangen, ist der Weg in die nächste Schuldenfalle vorprogrammiert.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, bienvenido comisario, en la zona euro tenemos diecinueve políticas fiscales distintas; diecinueve Gobiernos elaboran sus presupuestos intentando cumplir el Pacto de Estabilidad y Crecimiento. Pero si uno consolida esas diecinueve políticas, en búsqueda de cuál es la posición fiscal en el conjunto de la zona del euro, el resultado puede ser coherente o no con las necesidades de la Unión Monetaria, con las necesidades cíclicas de la Unión Monetaria. Y por eso tenemos que reformar el Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

No se trata solo —aunque también— de mejorar la flexibilidad para que los Gobiernos nacionales puedan hacer políticas anticíclicas, sino que se trata, sobre todo, de dotar a la zona euro de una posición fiscal consolidada acorde con las necesidades en el ciclo de nuestra economía. Y en eso tenemos que centrarnos en los próximos meses.

Caroline Nagtegaal, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, de herziening van de regels voor het stabiliteits- en groeipact waar wij vandaag over spreken, is van groot belang. Wat wij met dit pact proberen, is zorgen voor een stabiele economie, voor een degelijk financieel overheidsbeleid. Dat is goed voor alle Europese landen, ook voor die landen die het misschien zelf nog niet zien.

Een Nederlandse volkswijsheid luidt: “Goed voorbeeld doet goed volgen”. Maar dat valt wat dit betreft tegen. Meerdere landen hebben de gunstige economische tijd niet of onvoldoende gebruikt om hervormingen door te voeren en de begrotingstekorten te verlagen. Voor die herziening wil ik u daarom graag een paar punten meegeven.

Allereerst, voor de effectiviteit van de begrotingsregels en de geloofwaardigheid van de Europese Commissie is het wat mij betreft cruciaal dat de regels transparant zijn en kunnen worden gehandhaafd. Ten tweede zou het zo moeten zijn dat de regels simpeler en minder complex worden gemaakt. Bij de herziening moet anticyclisch begrotingsbeleid voldoende worden gewaarborgd. Ten derde, de regels mogen niet flexibeler worden of ruimer worden geïnterpreteerd, wat mij betreft. Afspraak is gewoon afspraak.

Ik ben daarom ook zeer kritisch over het voorstel van het Europees Begrotingscomité om investeringen buiten de reikwijdte van het pact te plaatsen. Dat is wat mij betreft een open uitnodiging tot een soort creatief boekhouden dat al tot best wat drama heeft geleid.

Tot slot is een Europese stabilisatiefunctie echt onnodig. Lidstaten moeten wat mij betreft de schokken zelf opvangen. Daarom moet iedere lidstaat zijn eigen huis op orde hebben. Goed functionerende kapitaalmarkten zouden ook helpen bij het opvangen van juist die externe schokken. Daarom wil ik u zeggen: laten wij haast maken bij het ontwikkelen van de Europese kapitaalmarktunie.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, devo fare i miei sinceri complimenti al Commissario Gentiloni, perché non è facile parlare per dieci minuti senza dire assolutamente nulla. Non che mi stupisca, perché mi ricordavo il suo governo, però devo dire che sembrava l'ultimo dei burocrati, il classico del PD che viene in Europa per prendere ordini da altri, insomma.

Adesso arriva l'ennesima fregatura con l'approvazione del Fondo salva-Stati, con la complicità del Partito democratico e del Movimento 5 Stelle. Il Parlamento italiano si è espresso contro, Conte ha agito da solo, ha deciso di andare avanti ugualmente, senza alcun mandato, esclusivamente per salvare la propria poltrona, svendendo la nostra sovranità. All'ultimo ha promesso modifiche che sappiamo perfettamente non arriveranno mai. Un paese a elevato debito come l'Italia non avrebbe alcuna convenienza da attingere dal fondo. Saremo come dei donatori di sangue, nella piena consapevolezza di non avere diritto ad avere una goccia di sangue nemmeno in fin di vita.

Io mi chiedo, Commissario, perché nessun paese può avere un saldo positivo della bilancia commerciale superiore al 6 % del PIL nella media dei tre anni, ma la Germania può decidere di violare sistematicamente questo dato? Sembra di essere in un'Europa che è sceriffo solo quando le conviene, praticamente, solo quando le fa comodo. L'Italia per un po' di flessibilità è stata ricattata per anni. Allora sul Fondo salva-Stati noi faremo battaglia. Noi faremo battaglia contro un attacco alla democrazia e al risparmio degli italiani, che non potrà sicuramente avere il nostro appoggio.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, gracias, señor comisario, las reglas en los últimos años se han aplicado y han sido dogmáticas, ineficientes. Han contribuido a empeorar las cosas en la eurozona y deben ser revisadas. Yo comparto algunas de las reflexiones que hacen ustedes en su comunicación: son complejas, son procíclicas. Además —añadiría—, están basadas en algunos casos en elementos inobservables como el famoso «output gap» —que es totalmente inobservable— y es sobre el cual basamos toda la senda de consolidación de los presupuestos nacionales. Por lo tanto, necesitamos de alguna manera afrontar este debate y yo celebro que la Comisión lo haga a pesar de que creo que deberíamos ir mucho más allá.

Yo quiero pedirle dos cosas, señor comisario.

La primera: no tengamos miedo, a pesar de que sabemos que en el Consejo vamos a encontrar un muro, de abrir determinados debates como estos; vamos a ser valientes, vamos a poner al propio Consejo delante del espejo.

Y la segunda: usted va a tener que hacer una aplicación inteligente de las normas si queremos que el Pacto Verde sea una realidad, porque no habrá Pacto Verde con una aplicación estricta de estas normas —todos lo sabemos—, así es que esa segunda parte también está en sus manos y va a ser importante que lo haga.

Eugen Jurzyca, za skupinu ECR. – Vážená pani predsedajúca, v ostatných rokoch sme pri plnení fiškálnych pravidiel zaznamenali mierne zlepšenie. Väčšina členských štátov dokázala od európskej dlhovej krízy znížiť svoje dlhy v porovnaní k HDP z roku 2012. Niektorí politici sa domáhajú väčšej flexibility fiškálnych pravidiel, čím zrejme myslia najmä vyššie povolené deficity a dlhy. Preferujú totiž krátkodobý horizont, s vidinou znovu zvolenia v ďalších voľbách a nie dlhodobý horizont, ktorý je nutný pre plánovanie zdravých verejných financií a budúcnosť ľudí. Som presvedčený, že to, čo potrebujeme nie sú ďalšie výnimky umožňujúce obchádzania dohodnutých pravidiel, ale silnejší rámec na ne, na ich riadenie a dodržiavanie. Rozpočtové pravidlá máme v platnosti z dôležitého dôvodu, a tým je obmedzenie fiškálneho čierneho pasažierstva členských štátov a príprava na budúce krízy prostredníctvom nízkych dlhov.

Manon Aubry, au nom du groupe GUE/NGL. – Madame la Présidente, depuis trois mois, les Français manifestent dans la rue en chansons, en danses, contre la réforme des retraites. Depuis trois mois, ils se battent contre une réforme qui les fera travailler plus longtemps pour des pensions de misère.

Cette réforme ne vient pas de nulle part, elle est directement inspirée des recommandations de la Commission européenne et de sa procédure de contrôle budgétaire. J'ai là les recommandations faites par la Commission européenne à la France, et c'est écrit noir sur blanc, page 6: la réforme du système de retraite pourrait alléger la dette publique. Comprendre: il faut faire des économies sur notre système de retraite – et c'est exactement l'ambition du système français.

Mais la Commission ne s'arrête pas là. Page 5, on peut lire: la baisse de la dette publique dépendra de la capacité du gouvernement à réaliser les objectifs de dépense fixés pour le système de retraite. Comprendre: la santé publique coûte trop cher. Résultat: 17 500 lits fermés en six ans et des soignants en grève depuis un an, qui crient leur désespoir face à l'abandon de l'hôpital public.

Dans les recommandations de la Commission, il en va ainsi pour l'ensemble de nos services publics: la protection sociale, le niveau de salaire minimum... Des économies, toujours plus d'économies. Et bien entendu des baisses d'impôts pour les plus riches et les grandes entreprises. Exactement ce qu'applique avec zèle le gouvernement français d'Emmanuel Macron.

Toute cette procédure du Semestre européen repose sur un seul objectif: la sacro-sainte limite à 3 % de déficit – une règle fixée un jour sur un coin de table, qui n'a aucun fondement économique et qui est d'ailleurs critiquée même par les économistes les plus libéraux.

La Commission européenne s'interroge aujourd'hui sur la pertinence de ces règles. Il était temps! Mais si la révision s'en tient seulement – comme cela semble s'annoncer – à l'intégration des objectifs de développement durable des Nations unies, autant pisser dans un violon. C'est toute l'architecture de la gouvernance économique européenne qu'il faut revoir pour répondre aux deux défis de notre temps: la crise des inégalités et la crise climatique. Cette révision du semestre européen ne peut être cosmétique, car l'austérité ne sera jamais ni écologique, ni sociale.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, first of all, I thank the Commission for the good piece of work it has presented to us. I believe that the last big changes to the fiscal framework are fully justified to reverse unsustainable fiscal policies in many Member States. The changes that took place have helped the countries to reform economic policy and have brought the fiscal policy in the EU and the euro area closer to a sustainable path. But the mission is far from completed, because this is permanent work to perform just, responsible and sustainable fiscal policy.

The Member States should find good policies and the funds to promote the policies of the priorities, like the Green Deal. But at the same time, I am sure that increasing debt is not the right source of funding for these policies. Ultimately, after the consultation, I am open both to changes as well as to confirmation of the current set-up of the fiscal framework, depending on the result.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Viele Kritiker des Systems zur wirtschaftspolitischen Steuerung bezeichnen es als eine Zwangsjacke des Euro. Warum? Weil es den Mitgliedstaaten kaum politische Handlungsspielräume lässt, weil es den Mitgliedstaaten durch den Sparzwang mehr oder weniger so zusetzt, dass es sie zu erdrosseln droht. Der Budgetpolitik als einem wesentlichen Instrument der Konjunktursteuerung kommt eine wichtige Rolle für eine ausgewogene, wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik zu, und jede zukünftige Neuausrichtung der *economic governance* muss daher primär auf gesellschaftspolitischen Fortschritt und auf die Stärkung der sozialen und der ökologischen Infrastruktur abzielen.

Beim Kampf gegen den Klimawandel, aber auch für den digitalen Wandel brauchen wir mehr Europäische Union, um eine europaweit koordinierte Investitionsoffensive zu haben, und wir brauchen mehr Staat für öffentliche Investitionen. Daher ist für mich ein wichtiger Punkt: Die Definition des *net borrowing*, des Nettodefizits, muss so gestaltet sein, dass der *golden rule* Rechnung getragen wird, das heißt Ausgaben ohne öffentliche Investitionen.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Eine gemeinsame Währung braucht gemeinsame Haushaltsregeln. Doch dürfen wir uns nichts vormachen: Der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt hat weder die notwendige Koordination der Staatsausgaben verbindlich gemacht, noch hat er die Ausgaben der Staaten zukunftsorientierter gemacht. Die Regeln sind so komplex, dass selbst Finanznerds wie ich sie kaum verstehen können. Aus dieser Komplexität resultiert zu viel Spielraum für die EU-Kommission bei der Anwendung der Regeln. Das hat das Regelwerk zu einem politischen Instrumentarium gemacht, das unterm Strich nur wenig bewirkt hat. Schlimmer noch: Die europäischen Fiskalregeln haben eine flächendeckende Unterinvestition in unsere öffentlichen Güter gebracht. Bildung, Eisenbahn, Internet – alle leiden darunter. Zwischen 2009 und 2018 ist die staatliche Investitionsquote sogar gefallen – von 3,7 % auf 2,9 %. Wir brauchen aber investitionsfreundliche Haushaltsregeln; und das schaffen wir mit einer Abschreibungsregelung, die alle Investitionen begünstigt. Ausnahmen der Fiskalregeln für grüne oder digitale Investitionen alleine, wie Sie sie vorgeschlagen haben, lösen das Problem nicht. Denn wir haben die gleichen Probleme auch bei Bildung, bei Wohnen und auch bei Gesundheit. Deshalb sind zwei Dinge nun gleichermaßen wichtig: eine konsequente Zukunftsorientierung und eine Vereinfachung der Haushaltsregeln. Nur verständliche Fiskalregeln sind auch starke Fiskalregeln, die umgesetzt werden können.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Gentiloni, ένας πρώην επίτροπος και πρώην πρωθυπουργός της χώρας σας —της Ιταλίας, ο κύριος Protti, είχε αποκαλέσει το Σύμφωνο Σταθερότητας «ηλίθιο». Ήσασταν και εσείς πρωθυπουργός στην Ιταλία πριν γίνετε επίτροπος. Χρειάζονται αλλαγές σοβαρές και όχι απλώς συζήτηση για τις αλλαγές. Γιατί πρέπει να ενισχύσουμε τις επενδύσεις. Γιατί μαζί με την απλούστευση που σημειώσατε χρειάζεται και ευελιξία. Πώς θα μειώσουμε τις τεράστιες κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες, αν δεν συνδυάσουμε τη βιώσιμη ανάπτυξη με τα ασφαλή δημόσια οικονομικά; Είναι δυνατόν να εφαρμοστεί το Green Deal με αυτόν τον παράλογο θώρακα του Συμφώνου Σταθερότητας, όπως εφαρμόστηκε επί δέκα χρόνια; Και γιατί η Επιτροπή ήταν αυστηρή μόνο με τις χώρες που έχουν υπερβολικά ελλείμματα και δεν έκανε τίποτα για τις χώρες που έχουν υπερβολικά πλεονάσματα και παραβιάζουν τους κανόνες; Σε αυτά τα ερωτήματα θέλουμε απαντήσεις.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, συμφωνώ με τον κύριο Gentiloni ότι πρέπει να κάνουμε ό,τι μπορούμε για να αυξήσουμε τις δημόσιες επενδύσεις. Θεωρώ ότι εφαρμόζουμε τους κανόνες. Για παράδειγμα, αν συγκρίνετε, τα δημόσια οικονομικά των ευρωπαϊκών χωρών είναι πολύ πιο αυστηρά από του Ηνωμένου Βασιλείου ή των Ηνωμένων Πολιτειών —γιατί υποθέτω ότι τέτοιου είδους συγκρίσεις πρέπει να κάνουμε σε έναν σύγχρονο και ανταγωνιστικό κόσμο. Επίσης, θεωρώ ότι έχουμε επιτύχει σε πάρα πολλά. Σαν Έλληνας, μπορώ να σας πω ότι αν, το 2012 ή το 2015, λέγαμε ότι η Ελλάδα το 2020 θα δανειζόταν με τόσο καλούς όρους και με το δεκαετές ομόλογο στο 1,1-1,2 %, δεν θα μας πίστευε κανείς. Επομένως, δεν βλέπω να έχουμε χάσει τον έλεγχο. Δεν έχουμε χάσει κανέναν έλεγχο. Ακριβώς, όμως, επειδή έχουμε τον έλεγχο και επειδή έχουμε επιτύχει —με μεγάλο κοινωνικό κόστος βέβαια— πρέπει να οργανώσουμε μία επενδυτική εξόρμηση· δεν γίνεται διαφορετικά.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, caro Comissário Gentiloni, começo por agradecer a sua proposta e oportunidade de fazermos aqui este debate.

As regras do Pacto de Estabilidade e Crescimento mostram debilidades. Em 2020 está prevista uma taxa de investimento público abaixo dos níveis pré-crise em quase metade dos Estados-Membros.

Ora, o investimento público é condição essencial para apoiar um crescimento sustentável. A sustentabilidade no longo prazo pode ficar comprometida. Nesta avaliação em curso é importante: primeiro, assegurar a promoção de políticas anticíclicas; segundo, encontrar o equilíbrio entre um quadro menos complexo e simples e, ao mesmo tempo, flexível o necessário e suficiente; terceiro, explorar a flexibilidade das regras orçamentais, nomeadamente, para um investimento mais verde, e compreender se tal é suficiente para proceder à modificação necessária da estratégia orçamental da zona euro; quarto, promover uma maior transparência com indicadores e metodologias que assegurem mais democracia e maior apropriação e responsabilidade por parte dos Estados-Membros.

Damien Carême (Verts/ALE). – Madame la Présidente, moins 0,25 % pour le CAC 40, moins 0,5 % pour le Nasdaq – chaque matin aux infos, on nous bassine avec des chiffres dont on veut nous faire croire qu'ils sont signe de bonne ou de mauvaise santé économique. Trois pour cent de déficit, 60 % de dette, là encore, on fait de ces chiffres une règle d'or, censée montrer la bonne santé de nos économies. Mais quand s'intéressera-t-on enfin à d'autres chiffres bien plus importants pour notre avenir commun? Le nombre de degrés en plus, le coût du changement climatique ou celui de la détresse sociale, par exemple.

Étymologiquement, «économie» signifie «art de bien administrer une maison» – et notre maison, elle brûle. Une économie saine, c'est donc une économie qui fait tout pour éteindre le feu. Une économie responsable, c'est une économie qui encourage la transition vers la neutralité carbone en sortant, par exemple, les investissements verts du calcul du déficit public.

C'est pourquoi je vous le demande, chers collègues: profitons de la révision annoncée du cadre budgétaire européen pour sortir du dogme de l'austérité, répondre à l'urgence climatique. C'est le plus grand défi de ce siècle: fixons-nous des règles qui ne nous conduisent pas droit dans le mur, mais nous permettent au contraire de préserver la vie dans notre maison commune. Cela ne tient qu'à nous.

Pedro Marques (S&D). – Madam President, this is a core debate for the future of Europe and of the eurozone in particular. We have managed to stabilise the economic and budgetary situation in Europe as a whole, but I would say that the current economic governance has had a limited and not always positive role in this achievement. We need the margin for long-term growth through investment, particularly green investment. We need a framework that is more concerned about the sustainability of growth, not just short-term budgetary indicators. We need much more flexibility at times of difficulties and particularly countercyclical and not pro-cyclical rules. And we need true macroeconomic equilibrium for all, not just for some. Otherwise, we risk prolonged stagnation in Europe and, one day, we will be condemned to be exporting to Mars, if some countries insist in not correcting their huge surpluses. Tough challenges we have, but the very critical one is ahead of us. Let's embrace it, Commissioner.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Επίτροπε Gentiloni, το Σύμφωνο Σταθερότητας αποτελεί το πλέγμα των κανόνων που εγγυάται την ασφάλεια και την ευημερία του Ευρωπαϊκού Οικονομικού Χώρου. Ταυτόχρονα, όμως, πρέπει τώρα να αποτελέσει το εργαλείο για την εφαρμογή του Green Deal και χρειάζεται επείγοντως προσαρμογή. Η προσαρμογή ακούει στο όνομα «επενδύσεις»: πράσινες, βιώσιμες, αδρά χρηματοδοτούμενες —και από εθνικούς προϋπολογισμούς— επενδύσεις.

Στη βάση αυτή θα ήθελα να σας θέσω ευθέως δύο ερωτήματα. Πρώτον, σχεδιάζετε να δώσετε στην Ελλάδα την ευκαιρία να διαθέσει επιπλέον δημοσιονομικό χώρο σε πράσινες επενδύσεις, ειδικά στις περιοχές που βρίσκονται σε μετάβαση από τον άνθρακα; Πώς θα συμβεί αυτό όταν υπάρχει τόσο υψηλό υποχρεωτικό πρωτογενές πλεόνασμα; Δεύτερον, πιστεύετε ότι μπορούν να γίνουν επενδύσεις σε περιοχές σε μετάβαση με ειδικές φορολογικές ζώνες; Μειώνοντας, δηλαδή, ειδικά σε εκείνες τις περιοχές τον φόρο προστιθέμενης αξίας, προκειμένου οι επενδυτές να έχουν ένα ακόμη κίνητρο να κάνουν εκεί πράσινες επενδύσεις και να διατηρήσουν την κοινωνική συνοχή περιοχών μας, όπως η Δυτική Μακεδονία και η Μεγαλόπολη;

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiama Pirmininke. Komisare, ačiū už Jūsų pristatymą. Manau, kad tikrai visi suprantame, koks svarbus yra stabilumo paktas mūsų finansų saugumui. Bet mane išprovokavo atsistoti ir kalbėti iš tikrųjų Jūsų pasakymas dėl to, kad mūsų ateities augimas gali kirstis su žaliuoju kursu. Ar iš tikrųjų tos taisyklės, kurios yra (ir gal jūs galėtumėte daugiau pakomentuoti), kas galėtų apriboti, kad mes žaliąjį augimą suprastume kaip iššūkį, o ne kaip galimybę, kad mūsų ekonomika daugiau augtų. Ir ar taisyklių sudėtingumas neapriboja ypatingai svarbių investicijų į aukštas technologijas ir mokslą, kad mokslo pasiekimai galėtų būti įgyvendinami čia, Europoje.

Mauri Pekkarinen (Renew). – Arvoisa puhemies, kiitoksia komissaarille esittelystä. Teidän viestinne oli aika positiivinen, kiinnitin huomiota siihen. Kovin paljon huolta ette havainnut. Kuitenkin totesitte, että velkasuhteen määrä on edelleenkin 80 prosenttia. EMU-sopimuksessa olemme päättäneet, että jokaisessa maassa sen tulisi olla 60 prosenttia. Kaiken lisäksi EKP on viimeisen parin kolmen vuoden aikana työntänyt markkinoille ilmeisesti kohta 3000 miljardia euroa rahaa.

Ja nyt kysymykseni kuuluukin: Näettekö mitään uhkia markkinoilla siitä, että samanlainen kupla, joka koettiin runsas kymmenen vuotta sitten, kurkistaisi jonkun nurkan takaa? Suhtauduttko tässä mielessä edelleenkin rauhallisesti ja luotavaisesti siihen, että tasapaino toteutuu eurooppalaisilla markkinoilla?

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a governação económica pretendeu criar um quadro de constrangimento quase absoluto a qualquer projeto de desenvolvimento soberano. Como dizia a Senhora Merkel, a ideia é garantir que, mesmo que mudem os governos, nunca mude a política. As políticas da União Europeia, o mercado único, o euro, criaram desigualdades e desequilíbrios. A riqueza flui permanentemente para o centro à custa da periferia, dependente e endividada.

Quando as políticas que nos trouxeram à crise deviam ter sido postas em causa e abandonadas veio a governação económica, para garantir que eram impostas a ferros, se preciso fosse.

Estamos a pagar o preço disto, com a contínua drenagem de recursos nacionais para os credores, a falta de investimento público, a debilitação do aparelho produtivo, a degradação dos serviços públicos. Não há pretensa revisão ou flexibilidade que nos valha. É preciso livrarmo-nos da governação económica e do Semestre Europeu e do Pacto de Estabilidade, instrumentos que nos amarram aos salários baixos, à dependência e à estagnação e que ameaçam a própria democracia.

Senhor Comissário, bem sei que a Comissão descobriu recentemente a sua vocação ecológica, mas aqui nem a reciclagem nos serve, só mesmo o caixote do lixo definitivo.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich finde es hochinteressant, mit welcher Verve hier darüber diskutiert wird, dass wir nachhaltige Investitionen von den Investitionsregeln ausnehmen sollten. Das finde ich sehr sinnvoll, dem stimme ich sehr zu. Ich finde es aber gleichzeitig überraschend, dass diese Regel der Nachhaltigkeit bei anderen Investitionen anscheinend überhaupt keine Rolle spielen soll. Ich rede natürlich von der berühmten *PCI*-Liste, über die wir auch noch separat debattieren werden. Sprich: Hier werden Milliarden versenkt in Investitionen, in fossile Infrastruktur, die wir nachgewiesenermaßen nicht brauchen. Wir produzieren hier *stranded assets*, Investitionen, die für die europäischen Bürgerinnen und Bürger verloren sind, die die Klimakrise sogar eher noch anheizen. Ich finde es wirklich faszinierend, dass wir auf der einen Seite darüber reden, dass wir nachhaltige Investitionen vielleicht nicht ganz so streng betrachten wollen, aber auf der anderen Seite absolut nicht nachhaltige Investitionen mit beiden Händen ausschütten wollen.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, egregio Commissario, in un contesto economico ben diverso da quello di un decennio fa, con tassi di interesse persistentemente bassi e produzione al di sotto del potenziale è arrivato finalmente il momento di ripensare quello che è l'approccio prevalente al sistema dei vincoli di bilancio.

Le regole vigenti non sono in grado di adattarsi, infatti, alle esigenze del momento. Questo non solo per il contenuto delle regole stesse, ma anche in virtù di una loro applicazione asimmetrica che ha portato alla creazione di un'Europa a due velocità, attraverso l'eccessivo *pressing* dalla Commissione nei confronti della spesa pubblica e la completa mancanza di attenzione ai rischi sistemici legati agli squilibri macroeconomici di alcuni paesi.

Insomma, finalmente, anche la Commissione è giunta alla conclusione dell'importanza di ripensare le attuali regole di bilancio, per dare più spazio agli Stati per fare investimenti, per combattere la disoccupazione e i cambiamenti climatici, attraverso l'introduzione di una *Golden Rule* per lo scorporo degli investimenti quale noi auspichiamo, specialmente quelli verdi, e anche possibilmente dei *Green Bonds*. La posta in gioco è alta. Mi auguro, Commissario, che si perseguirà questa strada perché ripensarci sarebbe l'ultima cosa di cui la zona euro ha bisogno.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, domnule Comisar, sunt convinsă că ce vă spun eu, cunoașteți. Eu însă vreau un răspuns. Cum găsiți soluții? Sigur că trebuie să adaptăm guvernanta economică la situația reală.

Așa cum s-a spus aici, Europa este clar cu două viteze. Avem zona euro, zona non-euro. Avem zonă Schengen, avem zonă non-Schengen. Avem state cu dezvoltare economică diferită. În schimb, avem aceiași indicatori, același deficit. Nu putem face investiții păstrând un nivel de deficit foarte mic.

Cum facem ca fondul dedicat pentru Green Deal să fie alocat pentru zonele care sunt mai puțin dezvoltate? Ce veți face ca prin modificarea acestei guvernante economice, de fapt, să diminuăm disparitățile regionale? Pentru că fondul Juncker ne-a arătat că s-au concentrat fondurile în 4-5 state (ăsta este și raportul Curții de Conturi) și că, de fapt, au crescut disparitățile regionale. La acest lucru trebuie să răspundem prin modificarea guvernantei economice.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, there's been a lot of talk from the Commission about reviewing the fiscal policies and the measures taken after the financial crash, but for me there's precious little really in terms of the impact or the real effect on the citizens of Europe, and for me, the report is really a bit of a whitewash of austerity. I mean, you're actually proud of the fact that you have reduced excessive deficits, as you call it, but no attention paid to the impact that that has had on citizens: the debts of bankers foisted onto citizens. And the result of that was seen in the election in Ireland over the weekend, where the citizens rose up against economic austerity, against the rules which have prevented investment in social and public housing, with rising homelessness and people's inability to put a roof over their heads. The Commission says they're interested in what could be done better regarding economic governance. Well I put it to you: how about changing the EU debt and deficit rules so that they don't apply, for example, to investment in social housing. You've no problem doing it with arms expenditure. Could you not do it on social housing as well?

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, I too believe that the stability pact has to be revisited. We've got to have a better format. The truth be told, too many citizens of Europe are being left behind because of your strict rules. People say that we need these strict rules in order to have financial security and stability. Well, you know what – financial security and stability for who? Sadly, too many people are being left behind and Member States need the flexibility to take better care of those who most need our help and as my colleague said, in Ireland this weekend, the neoliberal parties that were in government got a real good kicking because they didn't serve the interests of those who most need it. My last point, on infrastructure and investment: we have been forced into public-private partnerships (PPPs) to do infrastructure, where we pay 15% for money. We can borrow money for less than 1% on the books if you don't hamper us with a 3% rule.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank you all the members of the Parliament very much for their interventions. I think this is just the beginning of a debate that will have in the next five or six months. If I want to find common views in this discussion, I understand that at least on three general things there is agreement. First, that this rule should be reviewed. Second, that we should change the fact that they are too procyclical. And third, that we should try to make them less complex. This is a limited base, but it is a base of bridging differences.

We have to avoid the idea of the fact that we have two different ideological positions – pro-stability against pro-growth – paralysing all the chance that we have to review our rules in the right direction. I think that the Parliament can give a strong contribution to bridge these ideological differences. There are strong differences that I perfectly understand, but if we are working on reducing complexity, fighting against procyclicality and changing these rules, I think we will work in the right direction.

My last point is this: is all this exercise connected to the main defining objective that the new Commission with the Parliament decided, which is the green transition? My answer is definitely 'yes', because it's very difficult to understand how we will be able to lead this transition without having a strong commitment from the point of view of public investment. This is the reason why I think there is a connection between our targets on the green transition and the review of our economic governance. So thank you again, and I think this is a first step in a discussion that we will continue with the Parliament, with the committees in the next weeks and months.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Alfred Sant (S&D), in writing. – The European Commission initiative to review the EU's economic governance makes sense but by not going far enough, risks being futile. Especially with regards to the eurozone. A major goal in eurozone guidance is that of achieving upward socioeconomic convergence between different communities and regions. The complexity of rules defining such guidance has hindered efforts to achieve the goal. Which is why they should be simplified. Commission proposals on this issue are worthwhile and should be followed up on. But I'm afraid they will not get us far. Stalemate on economic governance results from the incapacity of the eurozone to balance measures which dictate austerity to regions that systemically record structural financial deficits – with measures which have remained soft on regions that show an equally systemic propensity to accumulate surpluses. A monetary zone that functions properly needs to achieve such balance. Clearly current rules in the eurozone are not achieving it. It is a basic reason why economic and social development in the eurozone lags. We are experiencing all the constraints of a common monetary area but hardly most of the flexibilities it could provide. Meanwhile, the pain is being borne by those who are least able to afford it.

11. Bewertung des Vorschlags der Kommission für ein überarbeitetes Erweiterungsverfahren (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on assessment of the revised enlargement methodology proposal of the European Commission (2020/2554(RSP)).

Olivér Várhelyi, Member of the Commission. – Madam President, I thank the European Parliament for adding this very important issue to the agenda of the plenary immediately after the adoption of the Commission proposal on the revised enlargement methodology.

This is a good opportunity here to present our idea, how to enhance the accession process and how to give a credible EU perspective for the Western Balkans. Let me emphasise that for our geopolitical Commission, the full engagement with our neighbours is a top priority.

Europe needs to have a strong united voice in the world and it needs to play its geopolitical role to the fore, especially when it comes to its neighbourhood. This is especially valid where we must engage strongly in pursuit of peace, stability and prosperity. This is in our own interest. It is also a question of credibility.

The priority of this Commission is to accelerate progress in the Western Balkans, keeping a credible perspective for future accession. Therefore, we are working on three tracks. The first of these is the communication on the revised enlargement methodology, which I will outline for you in more detail shortly.

The second track is opening discussion negotiations with North Macedonia and Albania, before the Western Balkans summit in Zagreb. Ahead of the Zagreb Summit, we will complete the picture with the third track by presenting a major economic and investment development plan for the region. The objective will be to speed up the building of a solid and resilient economy and bring these countries faster and closer to our own standards.

When it comes to the first track, the revised enlargement methodology is based on four main principles, four principles that should work both for the accession countries and also for our own Member States. First, the process has to be more credible. Countries need to deliver on the reforms they promised, and the EU needs to deliver when they do so. To help credibility, you will see an ever-stronger focus on the fundamental freedoms and reforms, as this is the core for real transformation. This means the rule of law, but also functioning of democratic institutions, public administration reform and economic criteria.

The second principle is about putting the political nature of the process front and centre. We intend to ensure top-level engagement with the candidate countries through regular EU-Western Balkans summits and ministerial meetings. We want to involve Member States more strongly and give them better opportunities to monitor and review the process, to support and keep track of the fundamental reforms needed.

The third principle addresses the need to make the whole process more dynamic, with a stronger focus on core sectors. Clustering chapters by policy fields will allow for more thorough political discussions on thematic areas. It will also allow us to identify opportunities for early alignment and involvement in EU policies, such as our digital agenda or our trans-European networks in transport and energy.

I also want to highlight that when important reforms have been implemented already before the opening, then the timeframe between opening the cluster and closing individual chapters should be limited, preferably within a year, fully dependent on the progress of the reforms. This is an important political offer from our side to the whole region. If they deliver, we will also be ready to deliver.

The cluster on fundamentals, rule of law, economic criteria and public administration reform will of course take a central role. It will be the first chapter to be opened and it will be the last to be closed. And sufficient progress will be needed in these areas before other clusters can be closed.

The fourth principle is about making the process more predictable for both sides. This will mean ensuring that candidate countries have greater clarity on the conditions they need to meet and what is the positive impact when there is progress, and what are the negative consequences in case of non-delivery. We need clear and tangible incentives to encourage reforms. If countries move on agreed reform priorities sufficiently, citizens should see the benefits of accelerated integration and phasing into EU policies, markets and programmes, combined with increased funding and investments.

At the same time, Member States need to be confident that there is reversibility and corrective measures will be taken where reforms go off track. This will be done through more decisive measures, sanctioning and serious or prolonged stagnation or backsliding.

Finally, I have to reiterate that while we are strengthening and improving the process, the goal remains the same: accession and full EU membership. In parallel to this, as the second strand, the Commission stands by the recommendations to open accession negotiations with North Macedonia and Albania, and we hope that these can be opened before the Western Balkans summit in Zagreb.

Both countries have delivered on what they were asked. During my recent visit to Skopje and Tirana I underlined the importance of reforms and called for their implementation to continue. Both countries have engaged in further reform efforts.

At the same time, to be a credible partner, the EU needs to deliver on its promises as well. The Commission will give detailed information on the progress made by these two countries still in February, in order to prepare the ground for the Council for the decision. We are convinced that any further postponement would entail a strong risk, undermining the stability of the entire region. We would also risk further manipulation by third country actors and others offering false alternative narratives.

Finally, on the third track, these substantially transformative reforms that the Western Balkan countries need to carry out can be best supported by solid and accelerated economic growth and developing functioning market economies. Therefore, as input to the Zagreb Summit, the Commission would propose a new economic-based policy approach as the cornerstone of a forward-looking agenda for the region.

Our objective is to intensify our presence in the Western Balkans, to increase investment and to help to close the economic development gap between us. We have to look at what concrete measures we can take to bring forward investments in the Western Balkans, to enhance access to the EU single market, create jobs and entrepreneur opportunities, improve the business and the investment climate and stop the brain drain from the region.

As you can see, this is an ambitious agenda for the region. We will need the very strong political support of this House to deliver it. We collectively have to regain trust and credibility. This means we have to treat our Western Balkans partners more and more as future Member States, which is our commonly agreed destiny. This is for the benefit of the European Union as a whole.

Kinga Gál, a PPE képviselőcsoport nevében. – Elnök Asszony, Biztos Úr! Üdvözlöm a Bizottság eljárási javaslatát, amelyik alkalmas arra, hogy elmozdítsa holtpontjáról a nyugat-balkáni bővítés kérdését. Hidat képezhet a csatlakozási tárgyalások elkezdését támogató és a bővítésszkeptikus tagállamok között. Az új bővítési módszertan hatékony, eredményorientált és megfelelően rugalmas, hogy Montenegró, illetve Szerbia számára is előnyös legyen, és felgyorsulhattak általa a tárgyalások a nyugat-balkáni bővítés ezen kulcsországával is. Dicséret illeti Várhelyi biztos urat, hogy nagyon rövid időn belül egy jól megalapozott megoldással állt elő, épp időben ahhoz, hogy feloldódjon a patthelyzet a márciusi EU-csúcson, és még a zágrábi EU–Nyugat-Balkán csúcstalálkozó előtt megkezdődhessenek a csatlakozási tárgyalások Nyugat-Macedóniával és Albániával. Mindkét ország teljesített, most itt az idő, hogy az Unió is teljesítse ígéreteit, hogy ne veszítse el szavahihetőségét. Lényeges minden olyan lépése a Bizottságnak, amelyik sikeres bővítést segít elő, hiszen itt a Nyugat-Balkán országainak jövője, kontinensünk biztonsága és az EU hitelessége a tét.

Tonino Picula, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I would like to congratulate Commissioner Várhelyi on the document presented and the efforts invested. The new methodologies were set only three months after the European Council meeting at which two Western Balkans countries were denied the possibility of starting negotiations. This demonstrates how European Union institutions can still respond at times of crisis. It goes without saying that the primacy of democracy and the rule of law should be placed at the very centre of the enlargement process by opening first and closing last chapters related to the judiciary, corruption and organised crime, as well as respect for human rights and media freedom.

I agree that the new approach introduces some better elements. Above all, it allows negotiating countries to use European Union programmes before accession, such as the Trans-European Transport Network (TEN-T) or the European Green Deal. In essence, the new approach does not differ much in substance from the existing negotiation framework, which became more complex with every new enlargement.

It's also welcome that negotiating countries can already decide for themselves whether they want to negotiate according to the new methodology or not. For example, Montenegro has been negotiating for eight years, and only one chapter remains to be opened. Member States are invited to participate more systematically in the accession process than has previously been the case.

That's why I hope this document will convince more sceptical Members to open negotiations with North Macedonia and Albania, hopefully at the March Council meeting.

It's clear that the decision to postpone the opening of negotiations directly called into question reform processes in these countries, which have been required for years. That was directly denying support for those who implemented them. The new methodology offers a sustainable model, in that it is now up to Member States to deliver on their promises and thus to restore credibility to the enlargement process as such.

Ilhan Kyuchyuk, on behalf of the Renew Group. – Madam President, this time I want to start from the end of my speech, Mr Commissioner, from the failure of last October's Council. In my opinion, we cannot afford another failure in March. I am in agreement with you when you say that we have to learn our lesson and not promise something that we cannot deliver. But today, we have to see how we can go forward together and deliver on the European aspirations of the people of the Western Balkans, and I hope this time we will not see any last-minute surprises.

It is too early to come to a general conclusion on how the new methodology will work, but in order to enhance the effectiveness of the accession process, it should provide dynamism rather than complicating the enlargement process and this must mean a stronger focus on fundamental reforms, the organisation of the chapters in thematic clusters and clear conditionality. I am very much in favour of this new process, but I do not want to see this new idea turn into a new condition that will again leave the region in the backyard of the EU for a long time.

This is what we have tried to propose in our political group. We recently adopted the Renew Europe policy paper on the Western Balkans, which is based on our values and understanding of enlargement. We want the citizens and the societies of the candidate countries to be more closely associated with and benefit from the accession process. We want to integrate our partners there at an earlier stage in key policies, like the Green Deal, digital policies and connectivity, and to give them the chance to reform and benefit long before actual accession. The European perspective is a strong driving force for the reforms of the region. Realising that our group has always pursued a clear and consistent enlargement policy, we believe that reforms related to the EU should go hand in hand with the enlargement process. We need to reform the European Union not because of the Western Balkan countries, but because of the European Union itself.

Anna Bonfrisco, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, egregio Commissario, è lodevole l'offerta politica della Commissione ai Balcani occidentali, ma converrà anche una dichiarazione di fallimento delle azioni pregresse, cioè l'assenza di riforme di questi Stati nell'ambito dello Stato di diritto, unica salvaguardia della democrazia.

Infatti, disoccupazione, deficit economico, squilibri interni ed esterni espongono la regione a shock economici avversi. Ma lo Stato di diritto è solo un parametro o è piuttosto un enunciato garante della stabilità dell'inclusione e della convivenza in un sistema allargato tra di noi? È sufficiente per le particolarità dell'Albania? In guerra con sé stessa, tra corruzione, laicità e cultura democratica inesistenti, organizzazioni criminali sofisticate, divari oggi incolmabili.

Collegli ed egregio Commissario, la Commissione si ostina a proporre un metodo ma non riesce ad affrontare il merito delle questioni. Proprio il metodo era il motivo apparente per cui le trattative con Albania e Nord Macedonia sono state interrotte pochi mesi fa, ma sappiamo tutti che a preoccupare erano le prospettive future dell'ingresso di questi Stati. In tutto questo, nella proposta della Commissione, la problematica della sicurezza infatti è solo accennata, a fronte di un mandato chiaro che i cittadini europei ci hanno dato a proteggere e difendere quest'Europa.

Per concludere, ritengo insufficiente, signor Commissario, sostenere la mera promozione delle riforme, perché l'Unione europea non potrà trovarsi ad affrontare in corso d'opera le molte incertezze dei Balcani occidentali. Piuttosto deve essere garantita con certezza l'irreversibilità dello Stato di diritto come cardine del processo di allargamento.

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we welcome the new methodology on enlargement. The clusters give a new dynamic for the accession talks, but the fact that the cluster on fundamentals has special importance is highly appreciated by us. Without functioning democracy, without rule of law, and even without good governance, there is nothing to talk about it.

Unfortunately, democratic institutions are not safe once we see progress. Rule of law and media pluralism have been declining since Serbia started negotiations in 2014, yet we pretend as if nothing has happened and continue the negotiations and other chapters, but without the fundamentals we cannot progress in other fields either. With a new approach, we can move forward when we see progress. The more ambitious countries need to be included in as many EU policies as possible. With this, we could gain back credibility and work on real changes in every citizen's life in the region.

The southeast of Europe needs to become part of our Green Deal if we want to see Europe climate-neutral by 2050. However, we should keep our promises. Nothing is worse than the disappointment which the Council produced during the last summit in October. It urgently needs a green light for North Macedonia and Albania. Abolishing the visa regime for Kosovo is overdue, as they have fulfilled all the criteria required. A new methodology is only meaningful if we keep ourselves to it as well.

Jessica Stegrud, för ECR-gruppen. – Fru talman! Den brittiska flaggan har precis halats och EU:s hittills största misslyckande är snart ett faktum. En oerhört stor och viktig aktör och nettobidragsgivare lämnar EU, delvis på grund av misslyckade tidigare utvidgningar.

Brexit är dock inte EU:s enda problem. Sverige, liksom många andra medlemsländer, har problem med skuggsamhällen, arbetslöshet, lönedumpning, kriminalitet och bostadsbrist. Lägg till en stundande lågkonjunktur och politisk splittring. I en sund organisation hade man stannat upp och dragit vissa lärdomar, ödmjukt analyserat och, inte minst, fokuserat på de problem jag nyss nämnde.

Fru talman, jag vill ställa en fråga till mina svenska kolleger: Hur motiverar ni denna utvidgning med två länder som har omfattande problem med korruption, ekonomi och arbetslöshet, när det i slutändan kommer att vara svenska medborgare och skattebetalare som betalar priset?

Vladimír Bilčík (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for his presentation. As the standing rapporteur for Serbia and as the delegation chair for Montenegro, I really welcome the revised methodology on enlargement. I also welcome it as the first step: as the first step in a journey, a journey towards making enlargement a successful European political priority. Our partners in the Western Balkans must regain trust in their European perspective, and engaged communication is the key to this trust. I am therefore very happy that already last week, on a joint visit, we demonstrated this trust in Belgrade, when representatives of this Parliament and you yourself, Commissioner, visited our Serbian partners.

Now it is time to bring the Council and the Member States on board. We must be united when it comes to enlargement, and the first key step is to open accession negotiations with North Macedonia and Albania by March this year. Only then can we really engage on the fundamentals. Being united in enlargement means that we can succeed.

Isabel Santos (S&D). – Senhora Presidente, a política de alargamento da União Europeia é uma das suas ferramentas mais importantes e uma pedra fundamental na promoção da democracia, do Estado de direito, da paz e da prosperidade.

Esta proposta de revisão da metodologia de alargamento representa um novo momento, depois do desaire de outubro, vindo reforçar a dinâmica política do processo de adesão e introduzir maior previsibilidade no mesmo pela aposta na definição de objetivos claros, que garantem a tomada de decisões assentes no mérito, um passo fundamental para uma maior confiança.

O reforço da preponderância da reforma das instituições, do respeito pelo Estado de direito e das liberdades fundamentais dentro do conjunto de dossiês de adesão vem ao encontro das preocupações desde sempre expressas pelo Grupo dos Socialistas e Democratas e saudamos, por isso, a importância dada a este tema dentro do conjunto desta proposta. Mas não posso deixar de assinalar a timidez com que o Senhor Comissário se referiu a este tópico nesta reunião, ao contrário do que aconteceu noutras reuniões.

Saliento ainda a importância de envolver mais diretamente os Estados-Membros e espero que se construa um mecanismo de incentivo crescente à adoção por parte dos países em adesão das políticas da União Europeia, de forma a garantir a convergência económica e política essencial ao sucesso da integração.

Enquanto relatora para a Albânia, não posso deixar de sublinhar, de forma veemente, que não aceitaremos que esta reforma possa ser utilizada para dificultar, atrasar, ou impedir os processos de adesão em curso, especialmente com a Albânia e a Macedónia, com os quais o Parlamento, a Comissão e o Conselho têm um compromisso ...

(A Presidente retira a palavra à oradora.)

Nathalie Loiseau (Renew). – Madame la Présidente, il était temps: le débat sur l'élargissement sort enfin de la routine bureaucratique dans laquelle il s'était enfermé.

Agrandir notre Union est un choix politique. Il doit être assumé comme tel, à la fois par les pays candidats et par l'Union européenne.

Je salue la proposition de la Commission qui introduit de la clarté, de la progressivité, mais aussi davantage de prise de responsabilité de chacun dans le processus d'élargissement. Si des progrès sont réalisés, nous devons en tenir compte. Si des reculs sont enregistrés, il faut aussi en tirer les conséquences.

Je salue tout particulièrement l'accent qui est mis sur l'état de droit tout au long du chemin vers l'adhésion à notre Union. L'état de droit, ce n'est pas une case que l'on coche sur un papier que l'on signe, c'est le cœur de ce qui nous rassemble. Nous avons déjà trop d'adversaires de la liberté au sein de notre Union et nous ne voulons pas en faire entrer davantage. Nous ne nous contenterons pas de déclarations d'intention, de réformes annoncées ou adoptées sur le papier. Ce qui compte, c'est la réalité concrète, quotidienne, de la défense de nos valeurs fondamentales.

Pour finir, je souhaite nous alerter: si elle aspire à s'agrandir, l'Union européenne doit être capable de se réformer. Nous ne pouvons pas accueillir de nouveaux membres dans une maison en désordre; on le dit depuis longtemps, il est temps de passer aux actes. La conférence sur l'avenir de l'Europe nous en donne l'occasion, saisissons-la.

Jérôme Rivière (ID). – Madame la Présidente, la Commission propose une nouvelle méthode afin d'appréhender les problématiques des nouvelles adhésions, notamment celles des Balkans occidentaux. Une nouvelle méthode d'élargissement qui consiste à remplacer 35 chapitres par six thèmes de négociation.

La Commission considère ces adhésions comme des priorités essentielles de son mandat. Ce n'est pas le choix des peuples. Lors du sommet de Zagreb, la Commission, sourde aux précédents refus, proposera à nouveau d'entamer des négociations d'adhésion avec l'Albanie et la Macédoine du Nord.

Elle entend également promouvoir un vaste plan d'investissement pour les Balkans occidentaux. Ainsi, la Commission préconise le regroupement des 35 chapitres en six *clusters* – quel atroce anglicisme – thématiques. On s'étonnera de ne pas voir des *clusters* aborder des questions telles que la sécurité, le terrorisme, l'immigration illégale, les travailleurs détachés – autant de questions essentielles renvoyées au second plan.

Sur la méthode, ce regroupement des chapitres ne pourra que renforcer le pouvoir de la Commission. En effet, le Conseil se prononçait jusqu'ici à l'unanimité sur l'ouverture, la clôture ou le gel des 35 chapitres. Avec le regroupement en six *clusters*, le Conseil sera moins saisi, et marginalisé dans le processus d'élargissement.

Enfin, la Commission veut prendre la main grâce au plan d'investissement prévu pour l'ensemble des Balkans occidentaux. Les peuples ont manifesté par leur vote en mai leur souhait d'arrêter ces vagues successives d'intégration. Le Royaume-Uni a choisi de nous quitter. Vous avez brisé le projet européen. Nous ne pouvons accepter le renforcement constant de ce pouvoir européiste, incontrôlé, technocratique. Il faut stopper l'élargissement, arrêter de dissoudre les pays dans un grand ensemble technocratique, cheval de Troie de la mondialisation. Le coronavirus exposant nos pays qui, sur vos conseils, ont tout délocalisé, y compris leur sécurité sanitaire, sonne le glas de cette folle politique.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, we are happy that the Commission has released this proposal as we expect now from the Member States that the adoption of this proposal will lead to the start of the negotiations with North Macedonia and Albania. Can the Commission and Presidency assure us that once this methodology is adopted, the Council will show its green light in May? I hope that all the pressure will be exerted on the Member States.

We welcome the emphasis on rule of law, as well as the flexibility which enables the EU to more effectively support the candidate countries during the process. However, we have some concerns about the procedure to reverse the process without unanimity being required. This makes it easier to reverse the process than to start the process. How can the Commissioner prevent this from leading, for instance, to political arbitrariness in the decision-making and to more insecurity for the candidate countries?

It can also be questioned from an institutional perspective that a different legal procedure is applied in the reversal moment from the one applied in the moment of starting the accession. So can you please elaborate on this dilemma?

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, prijedlog nove metodologije proširenja u velikoj mjeri udovoljava francuskim zahtjevima i olakšava buduće makedonske i albanske pregovore o članstvu. Ovaj je kompromis važan zato što zemlje potencijalne kandidatkinje ne bi smjele plaćati cijenu naših unutarnjih neslaganja.

Ono što u ovom prijedlogu smatram posebno vrijednim jest veća fleksibilnost, pogotovo kada je riječ o sankcijama ili čak suspendiranju pregovora za one koji stagniraju ili nazaduju u udovoljavanju kriterijima.

Pristupanje Europskoj uniji u pravilu je dugotrajan i transformirajući proces. Pred zemljama koje kroz taj proces prolaze stoje veliki izazovi za koje trebamo imati razumijevanja, ali s druge strane moramo ostati dosljedni u inzistiranju da se kriteriji ispune i da jednaka pravila vrijede za sve. Samo tako EU može zadržati kredibilitet i ostati poželjna destinacija svim neintegriranim državama Europe.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, I would like to congratulate the Commissioner. Commissioner, last week you presented the new methodology for enlargement, hoping to send a positive message to the candidate countries and hoping to appease the concerns of the Member States. The reactions coming from both Member States and from the Western Balkan countries are very positive, and your work will be crucial to prevent a repetition of the blocking of accession talks.

I strongly welcome the two key concepts in the methodology: credibility and political steering. The Western Balkans need a credible accession perspective with appropriate European engagement based on the lessons learned. On the other side, it is up to the political leadership of the candidate countries to demonstrate their commitment to join the EU by enforcing fundamental political and economic reforms, assisted by the European Union and inspired by our recommendations.

As the co-rapporteur for the Instrument for Pre-accession Assistance (IPA III) and a directly elected representative of EU citizens, I expect in the future more involvement of the European Parliament in the accession process, and the acknowledgment and implementation of Parliament's resolutions. These resolutions, adopted by the majority of this House, focus on the progress of the way forward for these countries. We are facilitators for the enlargement, and we are the strongest advocate of the Western Balkans within the EU institutions. Therefore, we expect our resolutions to be heard, discussed and implemented.

Andreas Schieder (S&D). – Frau Präsidentin! Der Balkan ist Teil Europas – mit allen seinen Widersprüchen, vor allem aber auch mit den vielen Gemeinsamkeiten, die es am Balkan gibt. Eine dieser Gemeinsamkeiten ist diese große Hoffnung, die vor allem die Jungen in der Region auf Europa setzen. Das heißt, wir müssen Reformen ermutigen und unterstützen, und das müssen auch die neuen Regeln, die heute vorgestellt worden sind, erfüllen.

Im Zentrum steht das *rule of law*, das heißt Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Minderheitenrechte, saubere Verwaltung, eine starke parlamentarische Demokratie. *Rule of law* ist aber auch nur dann stark, wenn es uns gelingt, dass wir auch innerhalb der Europäischen Union alle Zweifel darüber, ob Rechtsstaatlichkeit eingehalten wird, beseitigen können – das heißt, wenn wir auch nach innen das *rule of law*, die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz so stark umgesetzt haben, dass wir mit gutem und starkem Beispiel allen vorangehen können.

Ich begrüße die neuen Regeln, die vorgestellt worden sind: Sie sind strukturiert, klar und nachvollziehbar. Das muss daher auch dazu führen, dass beim März-Rat ein grünes Licht gegeben wird – ein grünes Licht, dass die Verhandlungen mit Nordmazedonien, das vor allem so wichtige und tiefe Reformen unternommen hat, und mit Albanien aufgenommen werden können und aufgenommen werden. Das wäre das stärkste Zeichen, das der Balkan dringend braucht.

Petras Auštrevičius (Renew). – Madam President, the EU enlargement policy is one of the most empowering and successful policy instruments that we possess. If the proposed methodology will succeed to streamline the accession process, then it was worth approving.

However, success is embedded not in a smart methodology, but in a strong political will. From the EU side, it is a clear will to enlarge our European family, from the aspirants – a commitment to fully fulfil the membership criteria. We must preserve the integrity and inclusiveness of the enlargement process. The same rules must apply to all candidates.

Moreover, the candidate countries should reach the membership league with their hard work and no major concessions. Maintaining this understanding as well as mutual trust is a key for bringing neighbouring countries into our European family. This strategic approach has to be immune to political manipulations.

Nicolaus Fest (ID). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Warum haben die Briten die EU verlassen? Weil sie Souveränität über ihr Land wollten, aber auch deshalb, weil die EU seit Jahren ihr zentrales Versprechen bricht, nämlich das Versprechen, den Wohlstand der europäischen Bürger zu mehren. Das ist nicht der Fall. Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern dramatisch, tatsächlich sind wir technologisch auf zahlreichen Gebieten abgehängt, tatsächlich geht die Produktivität zurück, und die Rettung des Euros und die damit verbundene Nullzinspolitik haben viele Europäer arm gemacht. Aber nichts davon nehmen Sie zur Kenntnis, so als gäbe es den Brexit nicht, so als gäbe es die Gelbwesten in Frankreich nicht. Nun wollen Sie auch noch einige Balkanstaaten aufnehmen – ausgerechnet! Alle diese Länder stehen auf dem *transparency index* ziemlich weit unten, sind also mit einem Wort hochkorrupt, und alle werden als Transferempfänger den europäischen Bürgern auf der Tasche liegen. Die Erweiterung der EU zum jetzigen Zeitpunkt um weitere Länder ist ein weiterer Sargnagel für ihre Existenz. Lösen Sie erst einmal die Wirtschaftsprobleme der EU, dann sollten Sie weitersehen.

Lukas Mandl (PPE). – Madam President, we have lost Great Britain and Northern Ireland, and that weakens Europe. We should do all that we can not to lose the Western Balkans as well. The Western Balkans are not yet Member States but anyway they are European states with a European identity.

The new methodology for enlargement and accession was an extra homework, I would say, an extra homework for a small minority of Member States in the Council who had surprised all of us with the blockade of enlargement. Of course the six countries have to do a lot. They have to help each other more, they have to fight corruption. But the negotiations with Albania and Northern Macedonia have to start as soon as possible, even before the election in Northern Macedonia.

Elections in Montenegro and Serbia are running but Serbia has to recognise Kosovo as well as Kosovo has to withdraw the tariffs against goods and services from Serbia. We have to strengthen the European Union against other powers in the world by enforced work on this enlargement. I thank you, Commissioner, and Commission President von der Leyen for also quickly setting up this new methodology.

Ceterum censeo the United Kingdom should become a Member State again.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Jeg vil gerne starte med at rose Kommissionen for de tiltag, der er kommet her med justeringer i vores udvidelsesstrategi. Jeg synes, det er rigtig godt, at I har lyttet til de bekymringer, der var i forhold til den nuværende optagelsesstrategi.

Det er helt, helt afgørende, at der bliver lagt mere vægt på, at kandidatlandene rent faktisk overholder, eller er i gang med at arbejde med at styrke deres retsstat. Det har jo vist sig at være helt afgørende, at det fungerer, ellers skal man ikke kunne begynde optagelserne, og man skal heller ikke kunne blive optaget.

Jeg synes også, det er vigtigt at sige, at det er en god ting, at man principielt får bedre mulighed for at sætte forhandlinger på pause eller faktisk at stoppe dem, hvis det viser sig, at kandidatlandene ikke overholder reglerne, og det synes jeg er helt afgørende. For med disse ændringer bliver det nemmere også at sige ja tak til at åbne for forhandlinger med Nordmakedonien og med Albanien.

Klemen Grošelj (Renew). – Spoštovana predsedujoča, predlog metodologije pooseblja vse slabosti in prednosti evropskega kompromisa. Je tako kompromis, ki omogoča nadaljnji razvoj in krepitev Evropske unije ter hkrati ne zavira procesa širitve.

Je kompromis, ki na eni strani krepi možnosti in oblikuje pogoje za reformo EU, če se bodo zanjo opredelile države članice in če bodo to v okviru konference o prihodnosti Evrope podprli državljani.

Je pa tudi kompromis, ki blaži strahove nekaterih držav članic pred širitvijo.

Hkrati postavlja okvir širitve EU na Zahodni Balkan, ki zagotavlja več kredibilnosti in predvidljivosti za vse vključene v proces, tako za državljane EU, kot tudi za države kandidatke in njihove državljane.

Celoten proces širitve ta kompromis postavlja v kakovostno nov okvir, ki bo omogočil učinkovito in sprotno spremljanje napredka posamezne kandidatke, nagrajevanje napredka in krepitev procesa pogajanja, hkrati pa bo kandidatkam podajal predvidljiv in jasen okvir približevanja in vključevanja v Evropsko unijo.

Vendar pa glede na ostrino zahtev in pogojev v metodologiji obstaja resna možnost, da bodo države kandidatke temeljne pogoje in vrednote, zapisane v metodologiji, izpolnjevale bolje kot pa marsikatera država članica.

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, it is very clear that in this House the majority agrees that enlargement until now has been one of the most successful EU policies, which contributed to extending the area of democracy, peace and prosperity across Europe.

The prospect of EU membership always was, is and will be in the future a fundamental incentive for reforms in applicant countries. That is why, what the Commissioner proposed in the Commission's communication, I consider as a very important strategic and a good step forward, making the whole process, first of all, more credible.

Of course, credibility depends, first of all, on the efforts of applicant countries to reform themselves, but it also depends on the responsibility of the EU Member States. The whole process cannot depend on one or another EU Member State, which can block the whole enlargement process without any serious arguments. The qualified majority vote should become the rule in the whole enlargement process in order to make it more credible.

Mr Commissioner, I'm absolutely sure, your efforts to make credible enlargement happen will have credible and strong support in this House.

Andor Deli (PPE). – Madam President, first and foremost, I must commend the fast and efficient work of the new Commission, and especially you, Commissioner Várhelyi. In my view, 2020 will be a decisive year for enlargement policy. If things go well this year, we could have at least one candidate country that is ready for full accession by 2025.

Looking at the first reactions in the Western Balkans and also in the Member States, there is a positive anticipatory attitude on both sides and I think that's a good sign. The new proposal can make the accession negotiations more political but also more efficient, especially with the help of the thematic clusters, which will definitely make the opening of chapters faster, and if a cluster is closed, by allowing access to certain EU funds, there would be a tangible difference for the citizens and also for the companies in the region. I would also commend the flexibility of the system, as it can be used for countries such as Serbia, which is already well advanced in the negotiations. The cluster mechanism could significantly speed up the process. I wish you all the best and you can count on our support.

Catch-the-eye procedure

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, da, doista pozdravljam ovaj prijedlog.

Svi znamo da je jugoistočna Europa bitna za Europsku uniju. Dovoljno je pogledati na kartu pa vidjeti da je to jedini prostor zapravo u ovom dijelu Europe koji još nije postao, znači uključen u Europsku uniju a okružen je zemljama Europske unije sa svih strana. Također je činjenica da su se na tome prostoru često prelamali geopolitički interesi različitih država: Turske, Rusije, islamskog svijeta, itd. i naravno da u tom smislu europska perspektiva za te države jača i samu Europsku uniju a isto tako jača i same te države.

Naravno, to ne znači da one trebaju ući bezuvjetno. Potreban je individualan pristup svakoj državi i potrebno je honorirati upravo one države i one vlade koje su doista proeuropski orijentirane, dakle koje su svojim djelima proeuropski orijentirane a ne samo na papiru.

U tom smislu, još jednom pozdravljam ovaj izmijenjeni pregovarački okvir, pozdravljam vjerodostojnost kao novi naglasak.

(Predsednik je govorniku oduzeo riječ)

Milan Brglez (S&D). – Gospa predsedujoča! Po oktobrski napaki Sveta, ki je privedla do blokade širitvenega procesa, je spremenjena širitvena metodologija logična poteza Komisije. Vendar ta žal ostaja, oziroma ohranja pristop od zgoraj navzdol, in s tem ohranja obstoječe politične elite, tudi če so te del problema in ne del rešitve, in daje premalo vlogo tako državljanom kot civilni družbi.

Pomeni, ta večja vloga držav članic znotraj širitvenega procesa, tudi večjo odgovornost, ki jo bodo lahko izkazale na bližnjem vrhu, in upam, da ne bodo zopet zlorabljale svojih nacionalnih interesov, kot so to počele doslej.

Vsekakor mislim, da Evropska unija ne sme izgubiti kredibilnosti in se igrati z evropsko perspektivo držav članic in tudi vladavino prava mora vzeti resno, če jo hoče zahtevati od njih.

Končno pa potrebujemo kredibilen in transparenten postopek za obe strani.

Valter Flego (Renew). – Poštovana predsedavajuća, poštovani povjereniče, politika proširenja jedna je od temeljnih politika Europske unije a svako tijelo, svaka organizacija koja se ne širi, koja ne napreduje, već se začahuri, koja se zatvara, ona propada.

Iz toga razloga, ja dajem jednu veliku podršku Sjevernoj Makedoniji i Albaniji u njihovom europskom putu i želim da zeleno svjetlo damo im i prije Zagrebačkog samita. I da počne njihovo europsko putovanje. Tvrdim da trebamo njih, ali i ostale države koje žele u Europsku uniju, prihvatiti, pomoći im da se reformiraju i dati im snažnu podršku u tome. Poštovani povjereniče, mir i sigurnost ne samo Zapadnog Balkana nego i cijele Europe nemaju alternativu.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, I too am of the belief that the European Union should be more accommodating and a little bit less judgmental of the countries that want to join. There is no doubt that how things are organised in some of these countries can leave a bit to be desired, but things leave a lot to be desired in how we organise things in our own countries as well.

For example, corruption is very blatant and on the surface in many of these countries, and we are critical of it – and rightly so – but we're sometimes less critical of corruption in high places and big business in our own Member States. To give you an example, in Ireland, where we still have a 'bad bank' called NAMA, the manner in which they operate has probably cost the state about EUR 20 billion, but that's fine and it's almost legitimate. We need to be a bit more consistent in how we approach these new countries who want to join.

Traian Băsescu (PPE). – Doamna președintă, felicitări, domnule Comisar, pentru noua schemă de pregătire pentru admiterea în Uniunea Europeană a statelor membre. Cred că va fi mult mai eficientă și predictibilă.

Aș face însă o observație. Chestiunea fundamentală a acestor state este să fie stat de drept înainte de a deveni membre în Uniunea Europeană. În același timp, li se impune trecerea la economia de piață și realizarea pieței concurențiale funcționale. Acesta este motivul pentru care corupția înfloarește și experiența țărilor noastre ne spune acest lucru. Nu putem face privatizări majore până când nu avem un stat de drept solid, o justiție capabilă să supravegheze procesele de privatizare.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, áno, Macedónsko zmenilo aj názov svojej krajiny, aby vyhovel Európskej únii, ale aj tak nedostalo pozvanie na rokovania, pretože francúzsky prezident spolu s podporou Dánska a Holandska zablokovali proces otvorenia týchto rokovaní.

Myslím si, že to bol veľmi zlý signál, a teraz preto vítam iniciatívu Európskej komisie, ktorá určite obnoví aspoň z časti našu dôveryhodnosť ako globálneho hráča, ktorý sa snaží aspoň svoje krajiny, ktoré sa uchádzajú o členstvo v nej uspokojiť a umožniť im, aby sa tak aj stalo, keď splnia samozrejme všetky predpísané kritériá.

Tak isto táto nová metodológia umožní, aby tento proces bol viac dynamický, aby bol priehľadnejší, transparentnejší, to znamená, aby štáty vždy vedeli na čom sú, čo majú urobiť a aby sa už nedočkali takých nemilých prekvapení, ako to bolo na jeseň, keď sa mali začať tieto rokovania a sa nezačali. Myslím si, že je tu aj garancia pre členské štáty, že ...
(predsedajúca odobrala rečníkovi slovo)

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, I say to the Commissioner: welcome to Parliament and I would like to congratulate you on the new enlargement methodology just proposed. I was especially glad to see that you proposed on multiple occasions an objective criteria to evaluate the state of the rule of law in these accession countries.

I am wondering, do you think this criteria could be used to evaluate existing Member States as well? I know a lot of your colleagues in the Commission are already working on this project, maybe you could be helpful on that?

Unfortunately, Ms Judit Varga, the Justice Minister of Hungary, dedicated an entire opinion piece on Euronews to claim that there are no such objective criteria to evaluate the rule of law, but maybe if you have a talk with her, maybe you could convince her otherwise.

I have two questions for you: in your opinion, what would happen if existing Member States scored lower on the rule of law evaluation compared to candidate countries? Also, do you have a proposition on how to safeguard the rule of law once Member States have accessed the European Union in order to prevent democratic backsliding?

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I think it is a little bit ironic that we're having this conversation just a week after losing a major Member State ... that we're looking at a new enlargement methodology.

I think a period of reflection may have been a little bit more worthy. Because, let's face it, while we know that rule of law and fundamental rights are in the accession criteria, everybody knows that these rules are bent regularly by some countries, depending on who you are.

But what can't be bent, and what is not negotiable, is the neoliberal ideology at the heart of the Union, this is sacrosanct. The market economy and competition. And I don't think that's for the benefit of people in Albania or Macedonia, no more than I think that it is of the benefit to people in Ireland.

In actual fact it was the failure of these neoliberal policies that actually led to many of the people who voted for Brexit. It's the reason why so many people in Ireland turned out this weekend to vote for left-wing parties in an historic rejection of neoliberalism. If we want to build the union...

(The President cut off the speaker)

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, gracias por su presentación.

Yo no tengo objeciones con respecto a la nueva metodología, de hecho, me parece bien. También coincido con la mayoría de la Cámara en que tendríamos que dar ya luz verde al proceso de adhesión, a la apertura del proceso de adhesión de Albania y de Macedonia del Norte, por las razones que se han dicho. Pero también creo que es importante tener en cuenta -y no se ha dicho hasta ahora, ni en la presentación del señor comisario, ni en el debate- la dimensión constitucional de la ampliación.

No podemos seguir ampliando la Unión si no profundizamos al mismo tiempo nuestra unión política. Eso quiere decir, concretamente, que no podemos seguir decidiendo materias importantes, como la política exterior, por la regla de la unanimidad en el Consejo. No debíamos hacerlo con 27 y no debíamos hacerlo tampoco con 29 o con 30 o con 35 Estados.

Irena Joveva (Renew). – Spoštovana predsedujoča! Vsi izpostavljamo praktično eno in isto – nujnost reform. Unije kot take, pa tudi marsikaterega procesa.

Da brez reforme Unije širitev niti ne bo smiselna, seveda drži. A dejstvo je tudi, da se je širitveni proces marsikdaj zlorabil za takšne ali drugačne interese. To se ne sme več dogajati in morda sem naivna, toda vendarle upam, da bo s to preoblikovano metodologijo zdaj drugače.

Ker po mojem mnenju so zdaj pa res izpolnjene vse zahteve, tudi Francije, za začetek pirstopnih pogajanj s Severno Makedonijo in z Albanijo.

Ne bom hvalila prenovljene metodologije, ampak izključno zato, spoštovani komisar, ker želim najprej videti, kako bo delovala v praksi. Tega pa ne bom mogla videti, dokler se omenjenim dvem državam ne omogoči začetek pogajanj.

Torej – ne moremo in ne smemo več samo zahtevati in nič dati, tista oktobrska napaka je bila več kot dovolj.

(End of catch-the-eye procedure)

Olívér Várhelyi, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, I thank this House for the debate. I also thank this House for the renewed commitment to the Western Balkans. This is a very important sign that we need to send to the region. It is also clear from the debate that you all want a credible perspective for the Western Balkans to become EU Member States. This is also a very important political message that we are able to deliver today already.

I received several questions on the new methodology itself, but also on how it is linked to the possible opening of accession negotiations with North Macedonia and Albania. First of all, of course, new methodologies are proposed to make way to opening accession negotiations with North Macedonia and Albania. Therefore, this is – as I have said – part of a bigger strategy in which the second element is actually to deliver opening the accession negotiations.

When we were designing the whole structure of the new methodology, we were very clear that there are no new conditions. This is a question that I received from many of you. We're still working with the Copenhagen criteria and those are unchanged. They are unchanged, but they are going to be enforced better, more inclusively and more effectively through the better participation not only of our Member States, but also of our public.

This continues to be a merit-based process. This is what I have been describing to you, meaning that if there is delivery, there is going to have to be a delivery on our side. However, it also means that if there is backsliding, we would have to take steps in terms of going back to the whole process. The idea of the whole methodology is to tackle the substance much better, much more effectively, and in a more transparent manner.

I also received a question on how it is possible to start accession negotiations – the Member is no longer here – with countries that have high unemployment. Well, this is exactly why we have the third element of the strategy, which is the Zagreb package – the economic development package. We would want to create growth and jobs locally so that people can get jobs and create strong resilient economies for the whole region.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Andrea Caroppo (ID), *per iscritto*. – Apprezzabile nell'intento, la proposta di revisione della metodologia di allargamento presentata dal Commissario Várhelyi per aumentare la credibilità e dare nuovo slancio all'agenda UE-Balceni occidentali è ancora lacunosa. Rendere più credibile, più politico e più chiaro il processo di allargamento è lodevole, ma queste non devono rimanere petizioni di principio. Possibilmente prima dell'apertura dei negoziati con Albania e Macedonia del Nord e prima del vertice di Zagabria, la Commissione dovrebbe dire, come concretamente coinvolgere maggiormente gli Stati membri, attraverso quali strumenti e modalità operative; parimenti, dovrebbe chiarire come rendere effettiva l'esigenza che i cittadini apprezzino i vantaggi dell'adesione all'UE; è questo il punto decisivo di ogni adesione stabile e duratura. La Commissione dovrebbe focalizzarsi sul merito più che sul metodo. Posto che il processo di evoluzione degli ordinamenti dei Paesi dei Balcani occidentali, verso la reale protezione delle libertà fondamentali è ancora indietro, dai temi di discussione annunciati dalla Commissione sono assenti sicurezza, legalità, lotta alla criminalità organizzata e a qualunque tipo di traffico, questioni invece che i nostri cittadini chiedono come priorità assoluta. Ugualmente, la Commissione non può non discutere con i candidati, i medesimi impegni in tema di ambiente e contrasto al cambiamento climatico, assunti dagli Stati membri.

Ramona Strugariu (Renew), *în scris*. – Salut noua metodologie a Comisiei privind extinderea și sper că adoptarea ei va facilita deschiderea negocierilor de aderare cu Macedonia de Nord și Albania. Metodologia revizuită poate realiza potențialul transformator al politicii de extindere. Trebuie însă să avem curajul să confruntăm direct fenomenul capturării statului de către elitele aflate la putere în țările din Balcanii de Vest. Politica noastră de extindere trebuie să se adreseze în mod mult mai concret și aplicat cetățenilor acestor țări. Trebuie, totodată, să susținem vocile critice, avertizorii de integritate și societatea civilă – aceștia sunt aliații noștri naturali pentru implementarea reformelor cerute de aderare. Uniunea Europeană trebuie să dea o voce cetățenilor din regiune împotriva unor regimuri care de decenii întregi nu au

făcut decât să mimeze reformele. Forțele politice pro-europene trebuie întărite și trebuie să fim mult mai riguroși în condiționarea finanțării de pași concreți întreprinși pentru realizarea reformelor. Mă bucur că noua metodologie conferă un loc central statului de drept și drepturilor fundamentale. Este esențial ca toate statele care aspiră la statutul de membru să se comporte în litera și spiritul legislației europene. Situații precum expulzarea forțată a unor profesori sau activiști, solicitanți de azil politic, către țări precum Turcia ar trebui să nu existe.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

12. Automatisierte Entscheidungsfindungsprozesse: Gewährleistung des Verbraucherschutzes und des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen (Aussprache)

Presidente. – Segue-se o debate sobre a pergunta com pedido de resposta oral à Comissão sobre Processos automatizados de decisão: Garantir a defesa do consumidor e a livre circulação de mercadorias e serviços, apresentada por Petra de Sutter, em nome da comissão do Mercado Interno e da Proteção dos Consumidores O-000008/2020 - B9-0007/2020) (2019/2915(RSP)).

Como sabem podem utilizar os cartões para os procedimentos *catch the eye* e cartão azul, quer através do registo tradicional quer através do sistema eletrónico.

Petra De Sutter, author. – Mr President, the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) formulated a couple of questions regarding automated decision-making processes in anticipation of the European Commission's initiatives on artificial intelligence (AI), which will be presented in Parliament next week. For our committee, it is of utmost importance that in any future initiative on the matter, we do guarantee not only the free movement of AI-enabled goods and services, but also the trust of the consumer in these new goods and services because the applications are numerous and encompass virtually all sectors of the internal market. We are witnessing rapid development of AI technology. Consumers are being confronted on a daily basis with systems that use automated decision making, such as virtual assistance and chat-bots on websites, and as is the case with all technological advancements, this provides us with opportunities as well as challenges.

AI and automated decision making offers great potential in terms of innovative and higher quality products and services, but at the same time, various challenges need to be addressed in order to realise this potential. First and foremost, services and goods using AI and automated decision making create the risk of consumers being misled or discriminated against, for example, in relation to differentiated pricing. Will consumers be aware of the fact that the price displayed on their screen was adapted to their estimated purchasing power? The same goes for professional services. If important decisions are automated and thus carried out without sufficient human oversight by highly skilled professionals, are consumers aware that decisions affecting their professional, financial or personal lives are in fact not made by humans, and if they feel wronged, will they be able to demand a human review? Will a human, ultimately, be responsible for final decisions or will they be able to reverse them? So my first question to you is: how is the Commission planning to ensure that consumers are protected from unfair or discriminatory commercial practices or from potential risks entailed by AI-driven professional services?

Secondly, we risk that the existing EU product safety and liability frameworks do not adequately cover new AI-enabled products and services. Do concepts such as defective products and the legal provisions built around these adequately cover situations in which harm is caused by products operating under automated decision making? As is the case with other products and services, we should ensure that businesses and consumers are protected from harm and receive compensation if it occurs. This is important in order to ensure secured free movement throughout the single market. Therefore, our second question is: what initiatives may we expect from the Commission side to ensure that the EU safety and liability frameworks are fit for purpose? In that respect, we should ensure that market-surveillance authorities and other competent authorities possess adequate means and powers to act. This is especially important when competent authorities, businesses and consumers do not have access to clear information on how the decision was taken. How will the Commission ensure greater transparency in this respect?

Lastly, talking about biased or unlawfully obtained data sets, the IMCO Committee stresses the importance of respecting regulations such as GDPR when it comes to the collection of data, but also looking at non-personal data use, barriers and requirements. This is something we can and should address at this stage of the design. We should build in these safeguards – privacy by design. So I want to ask: how is the Commission planning to ensure that only high quality and unbiased data set are used in automated decision-making processes?

Dear Commissioner, as I said at the beginning, AI offers great potential in many aspects of our daily lives and many fields of the internal market, yet it confronts us with many new and unknown risks. We should address these risks in an adequate and timely manner because the trust of the consumer will be crucial for the acceptance of these new technologies in our society and economy. I thank you in advance for your answers on these very topical and societally important questions and I, and with me the whole IMCO Committee, look forward to the presentation of your plans next week.

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente De Sutter, merci pour votre question qui est plus qu'une question, puisqu'en fait elle couvre tout le panorama de ce sur quoi nous travaillons depuis maintenant plusieurs semaines et même plusieurs mois à la Commission, concernant les questions que vous avez soulevées, et en particulier, bien sûr, derrière, en sous-jacent, tout ce qui concerne l'intelligence artificielle, la gestion des données dans une économie numérique qui va changer radicalement notre marché intérieur.

La question que vous posez, en fait, consiste à nous demander comment cette évolution – cette révolution, diront certains – va effectivement modifier les comportements des consommateurs, mais aussi nous permettre, – c'est ce sur quoi nous travaillons – de consolider l'ensemble de notre marché intérieur.

Pour cela, évidemment, le premier mot, le maître mot qui était, du reste, assez présent dans votre intervention, Madame la Présidente, c'est évidemment instaurer un climat de confiance. Il est vrai qu'aujourd'hui, il y a de la défiance sur l'intelligence artificielle. Nos concitoyens se posent des questions, souvent légitimes, et nous sommes là pour essayer d'apporter des réponses – des réponses efficaces.

C'est dans cet esprit que, vous l'avez rappelé, la Commission va présenter le 19 février un livre blanc qui sera une sorte de consultation ciblée, sur laquelle nous allons évidemment exprimer nos positions, mais qui est aussi le moyen de poursuivre le débat que nous avons ce soir et de le prolonger pour vous écouter tous et toutes, mais aussi pour pouvoir apporter des solutions ensemble à cette évolution absolument essentielle qui marque désormais notre époque.

D'abord, il s'agit évidemment de bien cadrer les règles de développement de l'intelligence artificielle en Europe.

D'autre part, il s'agit aussi de faire en sorte que ces règles nous permettent de favoriser l'émergence d'une industrie européenne de l'intelligence artificielle.

Nous avons beaucoup travaillé, avec mes collaborateurs, avec l'ensemble de mes collègues, au cours des dernières semaines, et nous devons vraiment, ensemble, nous poser la question – vous l'avez rappelé tout à l'heure –, bien sûr, des algorithmes, quand on parle d'intelligence artificielle, mais aussi la question des données.

Ce sont évidemment les données qui sont, allais-je dire, le carburant qui va nous permettre précisément, en les entraînant à travers des algorithmes spécifiques, de développer des applications précises qui vont évidemment intervenir dans la vie de nos concitoyens. L'intérêt que nous allons donc porter aux données, aux données à valeur ajoutée, va être très importante dans la communication que nous ferons.

Je voudrais quand même rappeler, notamment pour répondre à un certain nombre de vos interrogations, Madame la Présidente, qu'évidemment, on ne part pas de zéro. Beaucoup de travail a été fait, et notamment de travail législatif, y compris dans ce Parlement, bien entendu.

D'abord, la législation en matière de protection des consommateurs. Elle couvre également des pratiques commerciales, vous y avez fait référence, faisant appel à des processus décisionnels automatisés, qui peuvent aussi être invoqués dans le cas de discriminations. De même, le cadre réglementaire oblige désormais les professionnels à informer les consommateurs, lorsque le prix est personnalisé – vous l'avez évoqué tout à l'heure –, sur la base d'un système de décision automatisée.

Je voudrais aussi évoquer, évidemment, le RGPD, dont on a beaucoup parlé, à juste titre, et qui impose qu'une analyse d'impact soit menée lorsque le traitement des données personnelles est susceptible de présenter un risque élevé pour les droits et les libertés des personnes.

Il y a encore d'autres exigences qui s'appliquent dans le cas de décisions automatisées prises dans le cadre, par exemple, d'un recrutement électronique. Il est évident qu'il va falloir bien veiller à ce qu'il n'y ait pas de discrimination, et donc comprendre comment ces algorithmes fonctionnent, tout simplement pour qu'ils respectent l'ensemble du corpus des valeurs européennes auxquelles nous sommes si attachés. Et évidemment, tout ce qui concerne des interventions humaines qui doivent, encore une fois, pouvoir nous permettre de contester éventuellement la décision, permettre à nos concitoyens de contester la décision s'ils considèrent qu'ils sont en droit de le faire.

Enfin, je rappelle le règlement dit *Platform to Business*, qui a été adopté l'année dernière et qui impose des obligations de transparence sur le classement réalisé par les algorithmes des plateformes en ligne et des moteurs de recherche.

Beaucoup de choses existent mais, bien entendu, il va falloir aller de l'avant et je voudrais enfin dire que nous allons évidemment nous servir de tout cela. Nous allons aussi réfléchir ensemble à l'adaptation de la directive relative à la sécurité générale des produits, la directive relative aux machines, ainsi que la directive relative aux équipements radio-électriques. Le secteur automobile va également être un sujet très important en ce qui concerne l'intelligence artificielle et les prises de décisions automatiques.

Le législateur, vous le savez, a déjà chargé la Commission de se pencher sur la question de l'approbation des voitures autonomes connectées, nous allons donc poursuivre dans cette voie. Il pourra aussi peut-être s'avérer nécessaire d'apporter certaines clarifications à la directive sur la responsabilité générale des produits à la lumière du développement des technologies émergentes et de l'économie circulaire. Enfin, vous le savez, la préparation de l'acte sur les services numériques, à laquelle nous travaillons, va nous permettre d'examiner avec une plus grande attention une série de processus algorithmiques, par exemple les systèmes de recommandations, les algorithmes de modération, ou encore, bien entendu, un sujet très important qui a été abondamment débattu dans ce Parlement, la publicité en ligne.

Un point également, si vous le permettez, sur les services aux professionnels. L'expertise proposée doit non seulement reposer sur des qualifications traditionnelles, mais aussi sur une nouvelle sorte de combinaison de compétences rassemblant technologies de l'information, connaissances et, bien sûr, expertise dans chaque secteur.

Je voudrais aussi vous indiquer que le livre blanc sur lequel nous allons travailler, qui va être porté à votre connaissance, sera suivi d'actions au quatrième trimestre, comme prévu dans le programme de travail de la Commission, et que, bien entendu, c'est dans cette perspective que nous souhaitons vraiment pouvoir travailler avec vous.

Je sais que beaucoup d'entre vous, Mesdames et Messieurs les parlementaires, travaillent depuis maintenant plusieurs mois, voire plusieurs années, sur ces questions. C'est tout à fait enrichissant pour nous, et pour moi en particulier, et donc à travers le livre blanc, on va avoir une plateforme pour poursuivre ces échanges.

Pablo Arias Echeverría, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, la Comisión Europea ha situado la inteligencia artificial como una de sus prioridades para esta legislatura. Como todos sabemos, la inteligencia artificial tiene múltiples aplicaciones prácticas con un enorme potencial para mejorar el funcionamiento de nuestras sociedades y economías. Para ello, y por ello, yo soy el primer partidario de priorizarla en la Unión Europea, pero tenemos que estar atentos.

Ya perdimos el tren en lo digital cuando en su antecámara liderábamos el mercado tecnológico con marcas como Nokia, que vieron cómo se quedaban atrás por no prestar atención y sobre todo por no mirar desde la perspectiva correcta. Europa se quedó descolgada.

Hoy no podemos permitirnos el lujo de volver a lo mismo con la inteligencia artificial. Para abordar este reto, debemos garantizar la confianza de nuestros consumidores. Los europeos no somos como los estadounidenses o los asiáticos, aquí antepone la privacidad y la transparencia a cualquier experiencia digital.

Debemos preguntarnos: ¿Qué quiere conseguir la Unión Europea de la inteligencia artificial? ¿Cómo pretende la Unión Europea lograrlo? Y, sobre todo, ¿para qué fines? Desde aquí, pedimos a la Comisión Europea que se haga estas tres preguntas antes de empezar cualquier iniciativa y que encuentre las respuestas correctas.

La transparencia debe ser la pieza angular de cualquier iniciativa relacionada con esta tecnología. Sin ella, los consumidores no confiarán y no lograremos su desarrollo ni por tanto la ventaja competitiva que nos puede dar respecto a nuestros competidores. Solo si prestamos atención, miramos desde la perspectiva adecuada y somos ágiles, lideraremos el desarrollo de la inteligencia artificial y crearemos el ecosistema que pedimos los europeos y que necesitamos.

Maria Manuel Leitão Marques, em nome do Grupo S&D. – Senhor Presidente, a aprendizagem automática ainda tem dificuldades em executar tarefas que nós consideramos fáceis. Por exemplo, uma rede neural cujo objetivo era distinguir entre cães e lobos aprendeu a diferenciá-los, não por aquilo que normalmente distingue estes dois animais, mas apenas através do seu ambiente. Assim, as imagens que tinham relva eram classificadas como cães e as que tinham neve como lobos.

Este exemplo pode parecer inofensivo, mas baseia-se nos mesmos mecanismos de aprendizagem que estão implementados nas plataformas digitais e que tomam decisões de forma automatizada. São eles que nos recomendam certos produtos ou serviços, tornam mais visíveis uns e ocultam outros. Estes mecanismos, é claro, também podem ser usados com benefícios coletivos, incluindo para melhorar os nossos serviços públicos, se tivermos algumas cautelas, de natureza ética, em matéria de regulação e em matéria de governação.

Nesta resolução defendemos, por isso, a necessidade de garantir maior transparência aos algoritmos que alimentam aquela aprendizagem, de modo a conferir segurança nas escolhas dos consumidores e, sobretudo, confiança quando estes interagem com sistemas automatizados sabendo, por exemplo, se estão a falar com um *ChatBot* ou com um humano por trás desse sistema.

Alertamos, também, para o impacto que estes sistemas podem ter na segurança dos produtos, como o Senhor Comissário já referiu, e nas regras sobre a responsabilidade em caso de defeito.

E, finalmente, salientamos a necessidade de os dados, de as bases de dados utilizadas para treinar estes algoritmos, o ponto crucial, como referiu, terem a devida qualidade e serem auditáveis, com regras de governança claras para assegurar, tanto quanto é tecnicamente possível, a remoção de qualquer viés.

Senhor Presidente, Senhor Comissário, na hora do passeio da floresta convém que confiemos no sistema que nos alerta: não se preocupe, é um cão e não um lobo que se está a aproximar.

Dita Charanzová, on behalf of the Renew Group. – Mr President, I very much welcome the fact that this new Parliament will adopt the first resolution on artificial intelligence (AI). I'm sure it is not the last one.

Automated decision-making is already affecting our lives. It is making our lives easier with new and better services, and making mundane tasks take up less of our time. If done correctly, they also have the possibility to reduce human bias and human errors in the decision-making process.

But as with any new technology, there will inevitably be legal and ethical questions raised that we must be aware of. Most of these issues can be addressed with the current rules; others may need to be adopted, but we need a measured approach.

We need to resist the temptation of over-legislating too quickly for these fast-evolving technologies. This would not only hinder innovation and developments in Europe, but also create more problems than it would solve.

Equally, we must not generalise our approach. The rules governing algorithms should be proportionate to the risk taken in using that algorithm. There is a difference between the algorithm of a power grid and the algorithm in a video game.

To conclude, while humans must always be in the driver seat, let's be guided by our heads and not by illogical fears.

Virginie Joron, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, Antoine de Saint-Exupéry disait «les yeux sont aveugles, il faut chercher avec le cœur». Aujourd'hui, dans nos recherches sur l'internet, dans notre vie de tous les jours, des robots, des algorithmes scrutent notre activité, nous analysent. C'est ce qu'on appelle le profilage. Deux heures sur l'internet, et on nous propose un voyage, un mari et une voiture dernier cri. Ces traitements automatiques, peut-on leur faire confiance? Est-ce que le prix est bien le prix normal? Est-ce que nos données sont protégées? Est-ce que nos pensées et nos désirs sont à exploiter dans un monde virtuel?

Il est donc essentiel que les critères et algorithmes utilisés par les applications qui nous aident, nous marient ou nous suivent au travail soient transparents et contrôlés. Nous pouvons faire trop ou pas assez confiance à un système automatisé. Les accidents malheureux causés par des véhicules autonomes peuvent être considérés comme des cas de trop grande confiance. Demain, nous verrons de plus en plus de camions sans chauffeur sur nos routes et en cas d'accident, qui sera tenu responsable? Qui indemniser? Le consommateur doit toujours être responsable en dernier ressort et être en mesure d'annuler les décisions automatiques prises par des ordinateurs ou des robots.

Concernant le texte qui est proposé, cette résolution manque un point crucial: elle ne dit rien de la concentration des données au sein de quelques entreprises non européennes et de notre émancipation nécessaire dans ce domaine. Nous ne croyons pas que les consommateurs aient été suffisamment protégés contre les dommages causés par des produits défectueux par les directives de Bruxelles. Vous le savez bien – depuis plus de 30 ans, les entreprises insèrent des clauses de non-responsabilité écrites en tout petit dans leur contrat. Pour toutes ces raisons et à ce jour, nous ne croyons pas qu'il serait plus efficace que Bruxelles décide des critères de gestion de risque de l'intelligence artificielle, mais nous croyons, en revanche, en nos ingénieurs français.

Alexandra Geese, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Automatische Entscheidungssysteme werden im wahrsten Sinne des Wortes über unser Leben entscheiden, und noch stärker über das unserer Kinder. Ausbildung und Beruf, Wohnung und Arbeitsplatz, Warenkauf und Nachrichten werden davon beeinflusst.

Aber es ist unsere Entscheidung, welchen Einfluss sie nehmen, auf welcher Datenlage die Maschinen urteilen und was sie entscheiden – und was nicht.

Wir wollen, dass künstliche Intelligenz wirklich allen dient, und dafür können wir jetzt die Weichen stellen – mit einem klaren Ja zu künstlicher Intelligenz, die dem Klimaschutz und der Nachhaltigkeit dient, aber auch mit einem klaren Nein, wenn sie Menschen diskriminiert.

Denn wir wissen, dass jeder in einer ungleichen Gesellschaft erhobene Datensatz eine diskriminierende Wirkung hat. Ein Beispiel: Frauen werden aktuell schlechter bezahlt und leisten mehr Sorgearbeit. Diese Tatsache fließt in die Daten ein und führt – wenn nicht korrigiert – dazu, dass Frauen auch in Zukunft schlecht oder sogar noch schlechter bezahlt werden. Solchen Fällen von Ungerechtigkeit müssen wir mit aller Entschiedenheit gesetzlich entgegenreten.

In der Europäischen Union haben wir das Recht auf sichere Produkte und Dienstleistungen. Aber dieses Recht ist nur etwas wert, wenn wir es auch durchsetzen können. Deswegen brauchen unsere Aufsichtsbehörden umfassende Befugnisse, um algorithmische Systeme auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen.

Europa hat jetzt die einzigartige Chance, einen Rechtsrahmen zu gestalten, der auf unseren demokratischen Werten gründet und der Vorbildcharakter für die Welt haben könnte. Lassen Sie uns dieses große Vorhaben mit Mut angehen.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, prudký rozvoj technologií umělé inteligence a automatického rozhodování znamená pro naši společnost obrovskou výzvu. Jak z hlediska práva, morálky, budoucího směřování lidstva, tak i z hlediska vnitřního trhu.

V binárním kódu můžeme najít stejné neduhy jako ve společnosti. Služby a zboží využívající umělou inteligenci a automatické rozhodování s sebou nesou riziko klamání, diskriminace či dokonce poškozování spotřebitelů, např. v souvislosti s diferencovanými cenami. Umělá inteligence a automatické rozhodování tak nemusí vést ani tak k jakési bezchybné společnosti racionality, ale možná spíše k zakotvení současného nespravedlivého společenského stavu. Stav, ve kterém vítězí chamtivost, klam a ohýbání práva.

Měli bychom tedy pracovat na tom, aby spotřebitelé byli chráněni před nekalými nebo diskriminačními obchodními praktikami či před riziky spojenými s profesionálními službami využívajícími umělou inteligenci. Automatické rozhodovací procesy by měly být transparentní a podléhat dohledu ze strany příslušných orgánů, které by k tomu měly mít odpovídající prostředky a pravomoci.

Je nutné stanovit normy a cíle mimo jiné v oblasti kvality údajů a odstranit zkreslení ve všech souborech údajů zavedením ochranných opatření. Evropský spotřebitel nesmí být vydán automatickým rozhodovacím procesům na pospas. Musí být chráněn, a proto by měla Komise konat.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážený pán předsedající, podporujem uznesenie parlamentu týkajúce sa automatizovaných rozhodovacích procesov v súvislosti s ochranou spotrebiteľa a voľného pohybu a tovaru a služieb.

Smernica rady číslo 85/374 už 35 rokov poskytuje ochranu spotrebiteľa pred škodou spôsobnou chybnými výrobkami a vzhľadom na nové automatizované procesy je veľmi podstatné na novo definovať pojmy ako škoda, výrobok, chyba, kaz výrobku. Je potrebné mať na zreteli, že pri online nákupoch spotrebiteľ priamo nekomunikuje s dodávateľom služby. Zo škodou úzko súvisí zodpovednosť za škodu a predovšetkým otázka dôkazného bremena, pričom zodpovednosť by mala byť objektívna na strane dodávateľa a dodávateľ by mal vždy znášať aj dôkazné bremeno. Aktualizovanie týchto pojmov treba, skut... aktualizovaniu týchto pojmov treba skutočne venovať náležitú, odborne kvalifikovanú pozornosť a nepodliehať prípadným lobistickým tlakom. Toto je veľmi podstatné pre ochranu spotrebiteľa ako subjektu vždy v slabšom postavení. Je však potrebné zaoberať sa aj novou definíciou pojmov reklamácia, právo na odstúpenie od zmluvy, vrátenie poštovného. Jednoducho pre spotrebiteľa musí byť vždy zrejmé, u ktorého subjektu sa môže aj v prípadnom súdnom spore domáhať svojich spotrebiteľských práv.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsedavajući, tehnologija se posljednjih desetljeća razvija nevjerojatnom brzinom. Ja, mada pripadam mlađoj generaciji, ponekad zapravo ne mogu povjerovati koje su stvari moguće danas, a koje nisu bile prije.

Posebno se to odnosi na umjetnu inteligenciju. Dok ona, naravno, donosi niz benefita u području znanosti i tehnologije, a to je prvenstveno da smanjuje mogućnost ljudske greške, ona isto tako dovodi i do različitih novih mogućnosti manipulacija i zloraba prikupljenih informacija o potrošačima. Prepoznavanje glasa, otisaka prstiju i lica, automatska prevođenja teksta, autonomna vozila i kućna robotika, sve su koristije koje danas imamo od razvoja tehnologije i umjetne inteligencije.

Međutim, mnogo je problema koji su već ovdje u raspravi spomenuti, a koje zakonska regulativa na razini Europske unije treba adresirati. Pri tome moramo napomenuti da je uvijek pravo i pravni sustav taj koji kaska za razvojem tehnologije i to treba uzeti u obzir. Naravno, tu je potreban balans, s jedne strane ne predstavljati dodatna i prevelika ograničenja na razvoj poduzetništva, pogotovo kad vidimo koliko Europa zaostaje za Sjedinjenim Državama i nekim drugim krajevima svijeta, ali istovremeno osigurati punu zaštitu potrošača.

U tom smislu svakako bih naglasio načelo zabrane agresivnog reklamiranja jer se doista ne smije dogoditi da se zahvaljujući analizama osobnih podataka pojedinih potrošača, primjerice ovisnicima o kockanju, ponude nove mogućnosti pristupa stranicama sa sličnim sadržajima ili da se zaduženim građanima nude nepovoljni krediti. To su stvari koje su svakako nedopustive i protiv kojih se moramo boriti.

Naravno, personalizirane cijene koje su također napravljene sukladno nečijem profilu također su opasne i predstavljaju oblik zlorabe protiv kojeg se treba boriti. Na kraju čovjek uvijek mora zadržati kontrolu nad autonomnim odlukama sustava, a naročito u području prava i medicine.

Dakle, potreban nam je uravnotežen pristup, izbalansiran pristup, ne stvarati histeriju, ali isto tako na pravi način adresirati sve mogućnosti manipulacija i donijeti regulativu na pravi način koji će sve suprotstavljene interese uzeti u obzir.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Vi har formodentlig kun set begyndelsen af betydningen af kunstig intelligens for vores samfund. Kunstig intelligens rummer masser af muligheder, men også masser af faldgruber. Når vi taler om forbrugerne, er der ikke nogen tvivl om, at jeg mener, at forbrugeren har krav på at få at vide, hvad det er for nogle automatiske beslutninger, der bliver taget på vegne af forbrugeren, men også på hvilket datagrundlag. Jeg synes, det er rigtig vigtigt, at man får mulighed for at få indsigt i dette som forbruger. Derfor tror jeg også, at vi i det kommende arbejde her i EU skal have set på, om der ikke er brug for at styrke EU's forbrugerbeskyttelseslovgivning. Jeg mener, at der er brug for langt mere transparens, bedre beskyttelse af forbrugeren, og der er i øvrigt også brug for at sikre, at denne automatiske beslutningsproces bliver mere objektiv. Det bliver spændende at se på, og jeg synes, at vi skal se på, at der er muligheder. Vi er allerede i gang med det. I sidste valgperiode lavede vi nogle forandringer af lovgivning for platforme – prisportalerne er et godt sted at starte. Men jeg tror, at vi skal længere end det, og vi skal have fokus på at beskytte forbrugeren mere med mere gennemsigtighed.

Stéphane Séjourné (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je dispose d'une petite minute, alors je vous adresse une remarque et une question.

La remarque, c'est qu'effectivement, pour la première fois dans l'histoire de nos révolutions industrielles, l'intelligence artificielle n'a pas été pensée avec ses régulations et l'innovation est venue du privé, à la différence d'ailleurs des grandes révolutions industrielles où l'État avait énormément d'emprise sur les infrastructures et où le coût de construction des infrastructures était élevé. L'IA s'est donc développée, ce qui pose la question pour nous, les législateurs, d'aller au fond d'une législation qui, année après année, doit être revue en fonction des usages de cette intelligence artificielle.

C'est cela qui, à mon avis, pose la question de la confiance, notamment, puisque les usages se développent, que, paradoxalement, la puissance publique met beaucoup d'argent pour l'innovation et que, paradoxalement, on court après la régulation, derrière les usages et l'innovation. J'ajouterai sur ce point-là, parce que c'est peut-être ça qui motive cette résolution du Parlement européen, qu'il nous faut trouver l'adéquation entre la compétitivité de nos entreprises, la confiance du public dans de nouvelles technologies et notre capacité à être des précurseurs, et pas des suiveurs dans la mondialisation.

Le livre blanc répondra peut-être à une partie de ces questions-là, et on souhaite évidemment travailler avec la Commission sur tous ces points, mais on attend d'en savoir plus dans les quelques jours et les quelques semaines qui viennent.

Edina Tóth (PPE). – Elnök Úr! A digitális egységes piac új esélyeket teremt a gazdaság fellendítésére és az életminőség javítására, a mesterséges intelligencia, és azon belül az automatizáció révén. A mobil és automatizált platformok, egyre inkább előtérbe kerülnek a digitális szolgáltatások fejlődésének köszönhetően. A mesterséges intelligencián alapuló technológia tehát a piac valamennyi ágazatát érinti, amely nemcsak rengeteg lehetőséget, hanem számos kihívást is jelent. Úgy gondolom, megfelelő tájékoztatást kell adni a fogyasztóknak arról, hogyan lehetséges emberi beavatkozás nélkül megfelelő döntést hozni. Csak egy példát említve: egyre gyakrabban fordul elő, hogy orvosi, jogi, vagy műszaki területen nem kizárólag szakemberek hoznak döntést, hanem az emberi beavatkozás nélkül, automatizált formában születik.

Végző soron minden fogyasztónak biztosítani kell a lehetőséget arra, hogy szakemberekhez fordulhassanak, akik felülvizsgálják a döntés helyességét. Fontos ezért, hogy önmagában a technológiai fejlődés sosem válthatja ki teljesen az emberi tényezőt. A belső piacon rejlő potenciál továbbra sincs teljes mértékben kiaknázva, ezért úgy gondolom, hogy további intézkedéseket kell tenni a hatékony digitalizáció érdekében úgy, hogy a lakosságot, a fogyasztókat, valamint a kis- és középvállalkozásokat helyezzük az egységes piac középpontjában.

Evelyn Gebhardt (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ja, es sind große Herausforderungen, die wir durch diese automatisierten Entscheidungsfindungsprozesse haben, denn diese sind alles andere als per se neutral. Es stellen sich am Ende sehr große Fragen, ethische Fragen, die wir auch beantworten müssen. Deswegen ist es wichtig und richtig, dass wir uns darüber unterhalten. Die Algorithmen, auf denen diese tatsächlich basieren, werden ja nicht aus dem Nichts geschaffen, sondern von Menschen geschaffen, die natürlich per se nicht neutral sind. Auch die Art und Weise, wie sie gefüttert werden, ist nicht neutral.

Und deswegen ist eine der ganz wichtigen Fragen in diesem Zusammenhang die Transparenz – dass die Bürger und Bürgerinnen, die Verbraucher und Verbraucherinnen auch erfahren können, woraus dieser Algorithmus geschaffen wird und welche Daten denn eigentlich tatsächlich benutzt worden sind, um mir diese Entscheidung anzubieten, die ich vielleicht beim Einkauf eines Kühlschranks haben soll, warum ich die eine Marke und nicht die andere nehmen soll, um mal ein ganz kleines Thema zu nehmen. Wenn es um das Autofahren geht – ein Auto, das in Großbritannien automatisiert wurde, wo Linksfahrgebot ist, wird ein Problem schaffen in unseren rechtsfahrenden Staaten. Auch da müssen wir darauf achten, was in Zukunft in diesen Bereichen gemacht wird.

Karen Melchior (Renew). – Hr formand! Det er ikke alt, der glimter, som er guld! Og det er ikke alle automatiske beslutningsprocesser, som er kunstig intelligens. Derfor er jeg glad for, at vi her i dag ikke kun taler om kunstig intelligens, men om alle former for automatiske beslutningsprocesser. Mange på vores indre marked bruger allerede automatiske beslutninger, og flere kommer til – og det er godt. Derfor er det vigtigt, at de rammer, vi nu sætter, gælder for al den teknologi, vi kommer til at se, og ikke bare vore dags buzzword: kunstig intelligens. Hvorfor skal vi det? Det skal vi, fordi en beslutning ikke bliver ufejlbarlig af at være truffet af en computer. Teknologi formes med de samme fejlslutninger og fordomme, som vi mennesker selv ligger under for. Derfor skal teknologien være kunstig. Måske er det lidt vintage at tale om kode, men vi skal huske, at ansvaret for en kodes beslutninger aldrig ligger hos koden selv. En beslutning truffet af en kode skal et menneske stadig kunne stilles til ansvar for. Når en beslutning træffes af en computer, skal den stadig leve op til de samme krav, som en beslutning truffet af mennesker. Beslutningen skal kunne forklares og forsvares. Faktisk skal vi måske kunne stille større krav til automatiske beslutninger end de menneskelige. Vi skal turde stille spørgsmål ved afgørelsen, også når vi får beskeden: »Computer says no«. Jeg ser frem til Kommissionens svar og til den kommende hvidbog.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, já jsem se zájmem vyslechl Vaše úvodní slovo. Je skvělé, že připravujete a předložíte Bílou knihu týkající se automatizovaných procesů a umělé inteligence. My jsme tomuto tématu věnovali velkou pozornost i v minulém volebním období ve výboru IMCO.

Je skvělé, že paní předsedkyně toto téma zde otevírá, protože debata musí pokračovat a zatímco v minulém volebním období jsme spíše řešili konkrétní dílčí témata související s automatizovanými procesy, třeba otázku automobilů, které se řídí bez řidičů, tak je třeba nyní podle mého názoru řešit otázku komplexní právní úpravy platné pro celou EU, která nastaví jasná pravidla pro problémy, které s užíváním umělé inteligence jsou spojeny. Některé zde již byly řečeny, ochrana spotřebitele. Téma, které já považuji za mimořádně důležité, je nastavení pravidel pro řešení odpovědnostních vztahů. Kdo zodpovídá spotřebiteli za škodu či jiné negativní následky způsobené výrobkem, který je řízen umělou inteligencí?

To jsou věci, které dnes odpovídáme pouze částečně, kde nemáme jasnou komplexní evropskou odpověď, a je na vás, abyste takovouto právní úpravu připravili. Nejsem příznivcem přebujelé evropské právní úpravy, ale jsem přesvědčen, že v této oblasti, oblasti moderních technologií, automatických technologií a umělé inteligence je evropská jednotná právní úprava nutná proto, aby zde dále probíhal volný pohyb zboží a služeb, které jsou nějakým způsobem spojeny s umělou inteligencí.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i processi decisionali automatizzati tramite algoritmi hanno un ruolo sempre più preponderante nelle nostre società e nelle nostre vite. Se da un lato consentono un esito rapido e certo di una decisione, esistono molti elementi da correggere a tutela dei cittadini e consumatori, in particolare i più vulnerabili, che spesso possono essere anche gravemente danneggiati da errori nel processo. Si pensi a un'errata decisione in campo medico o al rifiuto di un mutuo da parte di una banca.

Chiediamo quindi che gli algoritmi siano trasparenti e imparziali, che siano ideati tenendo conto della diversità delle nostre società, che si basino anche su dati aggiornati e di alta qualità. Chiediamo che i cittadini e i consumatori siano informati quando sono di fronte a decisioni automatizzate, quindi che queste siano sempre rivedibili da un essere umano e revocabili, e che la legislazione europea sia pienamente attuata e adattata ove necessario per tenere conto delle possibili lacune nella protezione dei consumatori.

La via europea del digitale è e deve necessariamente partire dalle persone e non dai profitti. Chiediamo quindi a lei, Commissario Breton, di lavorare di conseguenza rispettando questi principi.

Intervenções «catch the eye»

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já chci říci, že vítám tuto debatu, kterou otevřela paní navrhovatelka. Mně se líbí její přístup, který se snaží být komplexní.

Pokud jde o samotné automatické rozhodování, tak to skýtá nepochybně celou řadu výhod. Pokrok, inovace, moderní technologie, mohl bych zde provádět poměrně rozsáhlý výčet, ale ten výčet musím doplnit i o výčet nevýhod, rizik, které jsou spojeny právě s automatickým rozhodováním, které vyžaduje ohromující dokonalost takového kódu rozhodování strojů na základě naprogramovaných algoritmů. To je skutečně mimořádná náročnost a z toho vyplývají důsledky. Bylo zde již řečeno, pojištění, otázka odpovědnosti a také si myslím sankčních postihů, které poté z toho budou vyvolány.

My budeme udávat tón pro celou řadu členských států a myslím si, že je dobře, že zde bude vytvořena bílá kniha a že jsme zvolili tento komplexní přístup. Já tuto debatu vítám, ale myslím, že jsme stále na počátku.

Valter Flego (Renew). – Poštovani predsedavajući, poštovani povjereniče (*obraća se izravno povjereniku*), umjetna inteligencija ima za cilj bolji život i rad svih nas. I ona treba služiti apsolutno svima.

Naravno da najveću primjenu vidimo u prometnim rješenjima, u zdravstvu, u poljoprivredi, u marketingu, itd. Ali mislim da je najvažnije da potrošači moraju biti sigurni u proces donošenja odluka i moramo zato osigurati maksimalnu transparentnost ovoga procesa. Zato i predlažem novi pojam, odnosno oznaku „pouzdana umjetna inteligencija“, koja bi omogućila maksimalno povjerenje građana u takve procese, ali i bila odraz jasnih procedura i standarda, sigurnosti i transparentnosti.

Važno je čuvati osobne slobode svakoga građanina potrošača, a umjetna inteligencija mora biti dobrodošla inovacija puna povjerenja svih potrošača i bez ikakvih mogućnosti bilo kakve manipulacije.

Patrick Breyer (Verts/ALE). – Herr Präsident! *Code is law* – das heißt, das, was in Maschinencode geschrieben ist, ist in vielen Fällen so gut wie Gesetzgebung, und deswegen: Schlechter Code ist auch wie ein schlechtes Gesetz.

Das bedeutet, dass wir heute nicht mehr nur mit der Situation zu tun haben, in der Algorithmen wirklich Entscheidungen treffen, sondern in vielen Fällen ist es so, dass Algorithmen Entscheidungen treiben oder Entscheidungen auf Informationen gestützt werden, die von Algorithmen berechnet sind. Diese Situation darf man nicht unterschätzen, denn die Zahl, die angezeigt wird, ist bestechend – auch für einen Menschen, der vielleicht theoretisch die Entscheidung trifft –, aber bisher sind wir nur geschützt oder gibt es nur bestimmte Transparenzgarantien für die maschinell getroffenen Entscheidungen.

Ich glaube, das muss sich ändern. Wir brauchen künftig Transparenz auch dort, wo Algorithmen Entscheidungen beeinflussen und vorgeben, denn dass ein Mensch entscheidet, darf nicht nur reine Fiktion und Theorie sein, sondern muss auch in der Praxis gewährleistet sein.

(Fim das intervenções «catch the eye»)

Thierry Breton, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les parlementaires, très honnêtement, je ne connais pas beaucoup de parlements dans le monde où l'on peut avoir sur ces sujets, aujourd'hui, un débat de cette qualité.

Au-delà de nos différences partisans, nous avons tous partagé, en gros, les mêmes interrogations, les mêmes sentiments, les mêmes volontés, les mêmes souhaits.

Au fond, je retiens une chose. Dans cette évolution – cette évolution qui va durer, je n'ai pas peur de le dire, des années, voire des décennies, je retiens que ce que partage l'ensemble de votre parlement, et avec lui la Commission, c'est la place de l'homme, la place de l'humain, le respect de nos valeurs, le respect de ce que nous sommes, l'intégrité de nos décisions, la compréhension par rapport aux phénomènes qui nous entourent, l'intelligence des situations: que se passe-t-il? Qui prend les décisions? Cela va-t-il changer ma vie? Est-ce que je peux encore continuer à intervenir? Est-ce que je peux encore me retourner contre une instance qui aura pris une décision qui ne me convient pas? Toutes ces questions, Mesdames et Messieurs les parlementaires, sont effectivement portées dans ce livre blanc.

Je le redis, on l'appelle le livre blanc sur l'intelligence artificielle, mais ce n'est que le début de notre réflexion sur ce que moi-même j'ai appelé la réflexion, la structuration d'un nouvel espace dans lequel nous travaillons désormais, dans lequel nous nous formons, dans lequel nous nous distrayons, dans lequel nous échangeons, qui est l'espace informationnel. Il se superpose, au fond, aux trois autres espaces qui ont progressivement contribué à former ce que nous sommes aujourd'hui, à organiser aussi notre vie en société: l'espace territorial, d'abord, évidemment, puis, avec les conquêtes, l'espace maritime et l'espace aérien. Et aujourd'hui, l'espace informationnel. Alors oui, l'intelligence artificielle est l'un des premiers éléments.

Je partage un deuxième constat, que vous partagez toutes et tous, et qui me réjouit parce que c'était un combat que j'ai mené aussi moi-même. À travers les applications que nous allons avoir à gérer, qui vont façonner un peu nos décisions et notre vie, les applications d'intelligence artificielle, ou, comme vous l'avez qualifié vous-même, Madame la Présidente, de prise de décisions automatisées, il y a des données. Cela aussi, nous le partageons tous: pas de données, pas d'intelligence artificielle.

On a eu un peu trop tendance à se focaliser sur les algorithmes, ces lignes de code, comme vous le disiez. Ce n'est pas vintage, les lignes de code (peut-être que, demain, du reste, ce ne seront plus des lignes de code, quand on sera en informatique quantique, ce seront des processus différents). Aujourd'hui, c'est ce qui nous permet de travailler, avec cette relation intime entre une modélisation de notre environnement sous forme encore de 1 et de 0 (bientôt, ce seront des *qubit*) et, précisément, les décisions qu'on est prêt à prendre. Mais derrière cela, il y a évidemment des données – cela a été évoqué, du reste, par certaines d'entre vous, avec la parabole ou la métaphore du loup et du chien dans la forêt. Mais que vouliez-vous dire à travers cela? Vous vouliez évidemment dire que, lorsqu'on prend des données qui caractérisent un animal dans son environnement naturel, si l'on prend le même animal dans un autre environnement, évidemment, vous allez avoir des différences quant à l'application issue de l'algorithme et donc du processus de ce qu'on appelle phase apprenante, *machine learning*, qui va intégrer toutes ces données.

Oui, les données sont essentielles, et c'est aussi le combat que nous voulons mener à la Commission, avec vous, pour définir comment caractériser ces données et nos données européennes. Certains disent, je l'ai entendu sur les bancs de votre assemblée, qu'il ne faut pas rater ce virage. Nous avons peut-être été en retard, mais je ne le crois pas. Je ne crois pas que nous sommes en retard en matière de technologie. Mais en tout cas, ce virage-là, de ces données-là, il ne faut pas le rater. Vous avez raison, car les données qui sont devant nous et qui vont nous permettre précisément de nourrir intelligemment, avec des données qui contiennent nos valeurs, c'est évidemment tous les nouveaux processus devant nous, les données industrielles, ce qu'on appelle le «B2B», les données publiques, les données qui vont être issues évidemment du monde de la santé – tellement important pour nous tous –, du transport... Toutes ces données-là sont devant nous.

Tous les 18 mois, le nombre de données qui constituent aujourd'hui le portefeuille informationnel de la planète double. Donc, évidemment, il ne faut pas rater cette vague. Cette vague-là, c'est précisément tout ce que nous voulons faire à la Commission.

Plusieurs éléments: d'abord, évidemment, ne pas trop réguler à la sortie. C'est trop tôt. Aujourd'hui, on parle d'intelligence artificielle, une exploitation spécifique de ces données, demain on parlera encore d'autre chose. En revanche, il faudra être attentifs à ce que tout ce qui sort soit totalement compatible avec nos valeurs et donne la liberté aux citoyens de choisir. Souvenez-vous bien de ce que je viens de dire: choisir. La liberté du choix. Ne pas être prisonnier d'un algorithme, d'un système, d'un gestionnaire de données, d'une plateforme. Avoir la possibilité de maintenir ce choix, c'est une valeur fondamentale dans le monde de l'information. Il faut y travailler. Avoir la possibilité de trouver, dans ces solutions, ce à quoi nous sommes attachés. Enfin, évidemment, avoir la possibilité de le faire en toute sécurité – sécurité juridique bien sûr, sécurité éthique, mais aussi sécurité de l'information, cybersécurité. Ces sujets sont absolument essentiels.

À travers la réflexion que nous vous proposons, il y aura aussi une réflexion sur les infrastructures. Il faut des infrastructures qui permettent de stocker ces données, de loger les applications – des applications sélectives, des applications intelligentes. Il faut également avoir la maîtrise de nos systèmes d'information, des supercalculateurs, des machines apprenantes qui vont entraîner, mois après mois, ces données. Il faut avoir aussi la capacité de nous projeter dans les technologies de demain pour maintenir cette souveraineté et maintenir ce qui fait notre différence, c'est-à-dire la capacité de choisir, tout au long de la chaîne, ce qui va de plus en plus conditionner une partie de notre vie, tout en étant extraordinairement attentifs à ce que ce façonnement du quatrième espace informationnel, dont je parlais tout à l'heure, se superpose intégralement au socle de valeurs qui constituent notre continent européen.

Presidente. – Comunico que recebi uma proposta de resolução apresentada em conformidade com o artigo 136.º, n.º 5, do Regimento.

O debate está encerrado.

A votação realizar-se-á na quarta-feira.

13. KMU und bessere Rechtsetzung (Aussprache)

Presidente. – Segue-se o debate sobre a declaração da Comissão sobre as PME e uma melhor regulamentação [2020/2521(RSP)].

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, sans transition du monde de la donnée au monde des PME – mais il y a une transition, en fait, parce que le monde de la donnée va façonner beaucoup des activités économiques sur notre continent et va, j'en suis absolument convaincu, inspirer beaucoup de nos petites entreprises, socle si important pour tout notre tissu économique.

La présidente von der Leyen l'a rappelé ici même, du reste, dans cet hémicycle, il n'y a pas si longtemps: les PME représentent tout ce qui est l'essentiel et tout ce qu'il y a de bon dans notre économie. On connaît les chiffres; vous les connaissez comme moi. C'est un tissu extraordinairement dense, extraordinairement important, fait de femmes et d'hommes entrepreneurs, entrepreneurs qui, pour la quasi-totalité d'entre eux, ont créé leur entreprise et travaillent nuit et jour en se battant pour la développer – en se battant aussi contre les barrières, dont notre rôle à nous est de faire qu'elles s'amenuisent.

Quatre-vingt-dix-neuf pour cent des entreprises européennes sont des PME, et représentent deux tiers de nos emplois. Il est évident que les PME doivent par conséquent impérativement retenir toute notre attention. C'est pourquoi, dans le cadre de la responsabilité qui est la mienne, puisque je suis chargé du marché intérieur, il est absolument essentiel de faire en sorte que nos PME puissent précisément bénéficier aussi d'une partie de ce dont nous venons de parler, mais également des grands enjeux qui vont façonner l'évolution de notre continent, en particulier le pacte vert européen qui va modifier beaucoup de nos comportements et notre façon d'agir, de produire et de consommer.

Alors, pour aider l'ensemble des PME, d'abord il y a un élément important: la présidente de la Commission m'a demandé de nommer un *SME envoy* – je ne sais pas très bien comment traduire cela en français –, un représentant des PME qui va me permettre, précisément, d'être le lien entre les PME et tout le portefeuille dont j'ai la charge, en étant en permanence sur le terrain et en nous faisant remonter tous les problèmes qui existent sur le terrain et qu'on pourrait peut-être éliminer facilement pour faire en sorte que les énergies permettent d'aller de l'avant.

Pour ce faire, évidemment, il va falloir un peu mieux légiférer pour les PME; il y a encore trop de contraintes qui les enserrent et qui les freinent, qui par contrecoup limitent la fluidité du marché intérieur comme les PME dans leur capacité d'utiliser ce marché intérieur. Alors, une meilleure réglementation, cela veut dire aussi appliquer le principe *one in, one out* à toute nouvelle réglementation: faire en sorte que quand on propose une nouvelle réglementation, on en retire une. L'objectif, évidemment, n'est pas de déréglementer, mais de faire en sorte que nos législations soient plus souples, plus agiles, s'adaptent mieux à l'environnement actuel des PME, en particulier à l'ère du numérique, pour que les PME puissent bénéficier de tout ce que cette évolution va apporter en termes de changement dans leur façon de travailler, mais aussi de produire et d'établir une relation avec leurs propres clients.

Les tests PME font déjà partie de l'évaluation régulière, des analyses d'impact; il faut les poursuivre: là encore, il faut avancer en regardant ce qui marche bien, en corrigeant ce qui peut l'être, et c'est quelque chose que je compte développer précisément avec l'aide de ce fameux représentant des PME. La nouvelle stratégie sur laquelle nous travaillons pour les PME doit leur donner une voix plus forte dans le cadre de l'initiative «Mieux légiférer», et nous souhaitons proposer un certain nombre d'actions à cet égard. Je tiens à dire, du reste, que nous travaillons en étroite collaboration avec le vice-président Šefčovič dans cette perspective.

Notre objectif général est de veiller à ce que toutes les propositions de la Commission soit conçues sur la base du principe «penser d'abord en petit», en partant de là où se crée la valeur sur le terrain, au niveau des PME, pour ensuite remonter, et non pas l'inverse. Je l'ai dit, il faut vraiment accorder un rôle beaucoup plus important, une attention beaucoup plus grande à l'impact cumulatif de la législation lorsqu'on introduit de nouvelles obligations. Je l'ai vécu moi-même – ce n'était pas hier, mais j'ai été un créateur de PME et je sais ce que c'est que ces charges qui donnent souvent le sentiment de vous étrangler, de vous mettre – je l'ai vécu physiquement – la tête sous l'eau.

Voilà, il faut maintenant vraiment aider les entreprises, et le numérique va nous aider à changer tout cela. Nous avons la chance extraordinaire d'avoir un marché unique de 450 millions de consommateurs, un marché unique qui est en fait régi, on l'a dit au cours du débat précédent, par des valeurs communes, par des passions communes et aussi, bien entendu, par des règles communes, des normes communes. C'est notre marché. Beaucoup nous l'envient, du reste; c'est ce qui fait notre différence. C'est parce qu'il existe, aussi, que nous savons répondre à ceux qui frappent à nos portes, ou discuter avec ceux qui veulent nous quitter. Ce marché, c'est notre socle. C'est notre bien commun. Ce doit être aussi, évidemment, l'instrument mis à la disposition des PME.

Trop de barrières existent encore aujourd'hui, beaucoup trop. C'est difficile pour une PME de vendre ses produits en dehors des frontières, je le sais. Il faut donc travailler énormément dans ce domaine pour que cette extraordinaire opportunité que représente le marché intérieur soit ouverte à l'ensemble de nos PME. Il est vrai que le numérique va nous aider considérablement. On voit déjà que certains très grands acteurs bénéficient de ce que le numérique peut apporter aux plateformes pour la vente de leurs produits ou services de façon transfrontière. Voilà: cette transposition-là, moi, je veux la mener pour les PME européennes.

Je voudrais conclure en disant qu'il est indispensable, concernant la qualité de notre législation, d'évoquer aussi le comité d'examen de la réglementation, chargé de contrôler la qualité des analyses d'impact. C'est très important pour le monde des PME. Des évaluations majeures et des bilans de qualité accompagnent les propositions de la Commission. C'est donc un instrument essentiel. Encore une fois, en tant qu'ancien entrepreneur de PME, je sais qu'il est très important de pouvoir être écouté et, quand une nouvelle législation est créée, de pouvoir dire «Attendez! Là, ça va; là, ça ne va pas; voilà, si on changeait un petit peu ça?». Il s'agira d'un organisme évidemment indépendant, à l'écoute de ses parties prenantes, et non pas d'un comité consultatif. J'estime qu'il sera indispensable d'avoir un avis positif ou conforme de cet organisme pour qu'une initiative soit présentée à la Commission pour décision. C'est un instrument très important et, je crois, assez novateur, qui aidera les PME à nous faire part des problèmes qu'elles rencontrent et les parlementaires et la Commission à les régler.

Voilà donc ce que je voulais vous dire pour introduire ce débat. C'est un sujet absolument crucial. Beaucoup d'opportunités dans le monde qui s'ouvre à nous, beaucoup de défis aussi, et j'attends avec beaucoup d'impatience les termes de votre débat pour pouvoir ensuite y apporter quelques éléments de réponse.

Henna Virkkunen, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I would like to thank Commissioner Breton for presenting the views of the Commission. SMEs are really the backbone of our economy. They represent 99% of all businesses in the European Union, so their role is crucial when we speak about jobs and growth or innovations or competitiveness of Europe. I'm very happy that the new Commission has now many excellent goals to improve the position of SMEs in Europe. EU regulation needs to better help our SMEs to scale up, drive and expand.

I would like to stress three points here. First of all, better regulation, which is the main topic of today's discussion. I would like to put a very specific question to the Commission: how will the Commission measure implementation costs of European Union legislation *ex ante* and *ex post* so that the compliance costs for SMEs are reduced, while at the same time safeguarding environmental, labour and social standards? And because I know that Vice-President Šefčovič is responsible for this – better regulation, I would like to ask if it's possible to receive a written answer to this specific question.

But then two other points related to your portfolio, Commissioner Breton. First of all, I am very happy at the introduction of an SME envoy, which has been Parliament's request for a long time, and it would also be good to hear where the Commission is planning to locate the announced SME envoy in order to oversee all relevant DGs and services.

The third point is more for the preparation of the SME strategy, and it's about late payments, because this is something that we are now hearing very much from the SMEs and stakeholders: that they have bigger and bigger problems with late payments, and that often the big companies – big customers – do not respect the timelines. I hope that the Commission will address the problem of late payments when preparing the SME strategy, because better enforcement of the Late Payments Directive is needed so that SMEs too can benefit from the Directive.

Patrizia Toia, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il programma che lei ha portato qui per una strategia per le PMI non può che vederci partecipi e contenti. Anzi le dirò che non vediamo l'ora di cominciare a lavorare su questi temi, dopo anni in cui abbiamo chiesto appunto una strategia per le imprese e per le PMI senza avere alcun risultato.

Devo dirle che il primo punto per creare una buona regolamentazione è anche rivalutare bene il tema dei criteri per la definizione delle PMI. Le ricordo, signor Commissario, che il Parlamento si è recentemente espresso su questo punto, prima della consultazione, e ha riconfermato gli attuali criteri, soprattutto il numero degli addetti, e tutti quegli elementi che non devono appesantire la realtà della piccola e media impresa, ricordando che in alcuni paesi è addirittura piccolissima l'impresa, addirittura micro e addirittura familiare.

Sulla strategia in generale, le voglio ricordare, anche come relatrice di COSME, alcuni punti. Primo: il lavoro che lei sta facendo sulle catene del valore è molto importante; bisogna integrare il maggior numero possibile di piccole e medie imprese dentro queste strategie per rafforzarne la struttura, qualificarne l'operato e farle partecipare al tema della neutralità e alla transizione. Secondo: il dialogo tra impresa, ricerca, scuole e università per favorire le formazioni adeguate oggi è troppo debole, soprattutto in alcuni paesi.

C'è anche questo punto nella strategia, perché buoni strumenti legislativi sì, ma contenuti per favorire competenze e formazioni a supporto del personale delle PMI. Infine, innovazione, digitalizzazione e *scale-up* sono punti essenziali di questa strategia e siamo certi che ne terrà conto.

Io non vedo le buone norme separate dai buoni contenuti. Buone norme e buoni procedimenti legislativi, buone valutazioni preventive e di impatto non possono prescindere anche dai contenuti che noi metteremo come contenuti focali della strategia.

Martina Dlabajová, za skupinu Renew. – Pane předsedající, pane komisaři, děkuji za to pozitivní, co tady zaznělo. Je moc dobře, že držíme laťku tak vysoko a máme tak velké ambice. S velkým napětím všichni očekáváme, až Evropská komise představí svou vizi evropské průmyslové politiky, která přinese nový impuls pro hospodářský růst, půjde ruku v ruce s inovacemi, bude stát na pevných základech a obstojí tváří v tvář výzvám, které před námi stojí.

Rozumím tomu, že stále ještě hledáme ten nejlepší způsob, jak toho dosáhnout. Věnovali jsme např. nespočet diskuzí roli nadnárodních společností, řešili jsme také, co je nutné udělat, aby v EU vznikaly úspěšné a dynamicky se rozvíjející firmy. Někteří kolegové i tady v EP to vidí tak, že je potřeba upravit pravidla pro hospodářskou soutěž a umožnit tak rozmach opravdu velkých evropských firem, tzv. evropských šampionů, kteří by byli schopni konkurovat hráčům na globálních trzích.

Ale pozor, dovolte mi však připomenout a zdůraznit jednu podstatnou věc: žádná velká společnost nevznikla jako velká. Vždy se musela vypracovat, vždy musela nějak začít.

Evropa má v tomto ohledu jednu důležitou výhodu, a tím je nesmírný potenciál, který skrývají naše malé a střední podniky. Čísla hovoří jasně, tyto firmy vykazovaly v posledních letech pozitivní trendy, ať už ve vytváření přidané hodnoty nebo při tvorbě pracovních míst.

Zajímalo by mne proto, jak se Evropská komise chce postavit k volání po nutnosti mít na evropském trhu opravdu velké hráče schopné globální konkurence, ale zároveň nezapomenout na malé a střední podniky, které si nepochybně zaslouží opravdovou podporu, aby mohly prosperovat a růst, a to jak na vnitřním trhu, tak na tom mezinárodním.

Ještě jednou bych chtěla říci, že vítám snahy Evropské komise a Vás osobně soustředit se právě na malé a střední podniky. Zajímalo by mě ale, jak chcete a jak chce Komise zajistit, aby princip *Think Small First*, tedy zásada zohledňování potřeb malých a středních podniků, byl obsažen skutečně ve všech iniciativách, které Komise předkládá.

Presidente. – Duas informações, primeiro estamos ainda na ronda de declarações iniciais dos grupos políticos e, portanto, de acordo com as regras, nesta fase não há o procedimento de cartão azul.

Em segundo lugar, estamos atrasados no nosso horário e, portanto, não posso garantir, neste momento, que seja possível ter o procedimento *catch the eye*. Peço a todos para cumprirem os tempos de intervenção.

Gilles Lebreton, au nom du groupe ID. – Monsieur le Président, dans l'Union européenne, les petites et moyennes entreprises représentent plus de 99 % des entreprises et deux tiers des emplois du secteur privé. Il faut donc encourager leur création et leur compétitivité, car elles sont un levier essentiel du développement économique.

Il faut d'autant plus le faire que l'essor du numérique et de l'intelligence artificielle est pour elles une opportunité à saisir. Aidons-les à en profiter pour permettre aux plus inventives d'entre elles de devenir les géants économiques de demain.

L'Union européenne doit donc remettre de l'ordre dans sa politique économique. Elle doit faciliter leur accès aux financements en incitant les banques à leur accorder des prêts, notamment en leur consentant des garanties de prêt. Elle doit aussi créer en leur faveur les conditions d'une concurrence loyale au sein du marché européen, mais également renégocier les traités de libre-échange qui font la part trop belle aux grandes entreprises. Elle doit enfin simplifier l'attribution des aides financières dont la complexité décourage souvent les entreprises qui pourraient y prétendre.

En conclusion, je suis assez sceptique, Monsieur le Commissaire Thierry Breton, sur la volonté réelle de la Commission d'améliorer les choses, car votre idée de nommer un «Monsieur PME» me semble relever du gadget.

Damian Boeselager, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for coming here and talking about this very important topic. I am very happy to hear that you are an entrepreneur and founder yourself. I am as well. I founded a political movement so it was in a bit of a different sphere, but I'm also a huge fan of innovation and competitiveness. I also therefore welcome better regulation, especially decreased uncertainty. We know that especially for smaller businesses and start-ups it's really hard to keep up if there is legal uncertainty, regulatory uncertainty, so I hope we can get better at that.

But I also see, like my colleague from Renew, quite a boring trend: that we want to weaken competition, or at least, as the governments in Poland and Germany (my own country) and France and Italy have said, and that is exactly the opposite of innovation and competitiveness. So I hope that we can safeguard, with the Commission and Parliament together, the competitiveness of all the small players by not weakening competition.

Antonius Manders (PPE). – [*inaudible*] debate, then what is then the sense of sitting here?

Presidente. – O seu ponto de protesto está anotado, mas eu não tomei decisão nenhuma sobre essa matéria. Isso é uma orientação que todos os colegas conhecem sobre a gestão dos cartões azuis que não são concedidos nas intervenções iniciais dos grupos políticos, portanto, na primeira ronda. Isso é uma regra bem conhecida, não tomei nenhuma decisão sobre essa matéria.

Eugen Jurzyca, za skupinu ECR. – Vážený pán predsedaajúci, to, čo malé podniky potrebujú, je nižšia miera byrokracie, jednoduchý daňový systém, dobrá vymožitelnosť práva a ochrana hospodárskej súťaže. Prijatie mnohých pozitívnych opatrení tak majú v rukách členské štáty. Aby však podniky vedeli úspešne pôsobiť aj ponad hranice, potrebujú tiež fungujúci európsky trh bez zbytočných bariér.

Jednou z týchto bariér je prístup k financovaniu, ktoré je mimo daného členského štátu ešte vždy problematické. Z tohto hľadiska budú pozitívnym krokom jasnejšie pravidlá pre európsky kapitálový trh. S opatrením tohto typu budú mať benefity ako malé podniky, tak európsky spotrebiteľ, ktorým majú slúžiť, keďže obe skupiny sú ekonomicky na jednej lodi.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, egregio Commissario, le piccole e medie imprese rappresentano la spina dorsale dell'economia europea e riflettono anche importanti tradizioni imprenditoriali diffuse nei nostri territori. A causa però delle dimensioni delle risorse limitate spesso sono penalizzate da vincoli e norme non adeguate. La creazione di un quadro normativo e amministrativo loro favorevole è un obiettivo che sosteniamo per offrire loro nuovi strumenti per sostenere le sfide di un'economia globalizzata.

Fondamentale la sfida definitoria, l'inclusione anche di misure specifiche per le microimprese e l'occasione per declinare tali principi è immediata. Vogliamo un rafforzamento del programma InvestEU per un sostegno maggiore agli investimenti nelle PMI e anche una nuova strategia di politica industriale della Commissione che faccia leva su innovazione, internazionalizzazione e accesso al credito.

Sentiamo spesso dire, cari colleghi, che l'Unione europea è troppo lontana dalla realtà quotidiana delle piccole imprese. È bene che lo ricordiamo anche in quest'Aula. Colmare questa lacuna è nell'interesse non solo delle imprese ma di tutto il nostro tessuto sociale.

Jens Gieseke (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Breton, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich meiner Kollegin Henna Virkkunen anschließen und Sie und Herrn Vizepräsidenten Šefčovič auch um die schriftliche Beantwortung unserer Fragen bitten.

Erstens zum KMU-Filter: Derzeit wendet die Kommission den bestehenden KMU-Test freiwillig bei ihren Folgenabschätzungen an. Wie soll die Umwandlung dieses Tests zum angekündigten tatsächlichen KMU-Filter konkret aussehen, und wie wollen Sie die derzeitigen Mängel des KMU-Tests beheben und verbessern, sodass der KMU-Filter ein wirksames Instrument wird? Werden zukünftig bei der Durchführung umfassender Folgenabschätzungen zu geplanten Rechtsvorschriften die spezifischen Auswirkungen auf die kleinen und mittleren Unternehmen tatsächlich bewertet? Und der KMU-Filter sollte verbindlich sein und wirklich unabhängig. Ausdrücklich habe ich hier die Frage: Was ist mit dem europäischen *Green Deal*, wird der mit einbezogen? Denn ich glaube ganz sicher, dass die Gesetzgebung zum europäischen *Green Deal* erhebliche Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen haben wird.

Bei der Frage „Ausschuss zur Regelungskontrolle“: Bisher haben wir drei unabhängige Sachverständige – hier müssen wir diesen Ausschuss stärken und tatsächlich sehen, dass wir zu einem unabhängigen Überprüfungsgremium kommen.

Und letztlich zum dritten Punkt: Beim *gold plating* – oft werden national, regional Dinge verschärft, und da müssen wir sehen, dass dieses *gold plating* nicht stattfindet.

Ich möchte abschließend sagen, verehrter Herr Kommissar, was Sie zu Beginn gesagt haben zum KMU-Beauftragten, zum Prinzip „One in, one out“ und zur Frage „mehr Mitsprache des Parlaments“: volle Unterstützung der EVP. Bei besserer Rechtsetzung ist die EVP an Ihrer Seite.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, señor comisario, las pequeñas y medianas empresas constituyen el 99 % de todas las empresas europeas y generan 90 millones de puestos de trabajo. Por lo tanto, son la columna vertebral de nuestra economía.

Y realmente la Comisión ha propuesto un programa específico —el programa para el mercado único—, que solo dispone de 1 000 millones de euros; no parece la línea a seguir ante —digamos— un factor estratégico.

Las pymes deben ser prioritarias en la política comunitaria y espero ver esa prioridad en la estrategia industrial europea que vamos a decidir en los próximos meses: con objetivos concretos, mensurables y fundamentalmente ambiciosos para proveernos de las herramientas necesarias para atacar el Pacto Verde y para dar músculo ante la revolución digital.

Y, por último, está muy bien crear puestos, pero lo que necesitamos es un marco financiero potente que dé a oxígeno nuestras pymes ante el desafío que viene en los próximos años.

Liesje Schreinemacher (Renew). – Voorzitter, afgelopen vrijdag sprak ik Hans. Hans had zeven jaar geleden een innovatief idee: een online ticketverkoopplatform. Zijn bedrijf groeide van een zolderkamer naar een groot kantoor van inmiddels 1 200 vierkante meter. Geweldig!

Deze ondernemers met lef en visie hebben wij in Nederland en in Europa hard nodig. Hans vertelde mij blij te zijn met een geharmoniseerde Europese aanpak, maar de wirwar van regels maakt het nu bijna onmogelijk om overal aan te voldoen. Een veelgehoorde klacht als het gaat om zakendoen over de grens. Administratieve regeldruk, moeilijk te verkrijgen financiering en toegang tot andere markten zijn drempels waar deze ondernemers mee te maken krijgen. Dat is natuurlijk niet de bedoeling, want gemakkelijk over de grens kunnen zakendoen is nu juist een van de belangrijkste voordelen van de EU.

Kortom, Europees beleid moet ondernemerschap stimuleren en aansluiten bij de concrete behoeftes op de werkvloer.

Ten slotte wil ik de Commissie vragen om haar eigen “one in, one out”-beginsel mee te nemen in deze plannen, want voor iedere regel die wordt opgelegd, moet er immers ook een verdwijnen.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart” vraag overeenkomstig artikel 171, lid 8, van het Reglement)

Antonius Manders (PPE), *blue-card question*. – Mr President, thank you very much for your kindness, and Commissioner, thank you. I want to ask Ms Schreinemacher, because she gives an excellent example of how the burdens are for SMEs in the internal market. Perhaps an idea: what do you think of the idea of introducing a legally-binding arbitration for SMEs that SMEs can initiate, together with the national SOLVIT, and that the ECJ will take a short-track decision until, at the end of the procedure, the Member States will say ‘no’ or ‘yes’. What do you think of this idea? Perhaps Mr Breton can answer there too.

Liesje Schreinemacher (Renew), *blue-card answer*. – Thank you Mr Manders for your question. I don’t know the details now of your proposal and I wouldn’t know how it would fit in the Dutch or European justice system, but I do think the fact that you are making it easier and less time-consuming as a means to start and finish the legal procedure is a great idea. I’m happy to hear what Commissioner Breton has to say about this and how the details would work, but yes, I would support any way of making it shorter.

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident! Kleine und mittlere Unternehmen, kurz KMU, haben EU-weit einen Anteil von 56 % an der Volkswirtschaft und beschäftigen fast 100 Millionen Menschen. Sie haben kaum Zugang zum Finanzmarkt; Bankkredite sind deshalb essentiell. Der *Green Deal* ist mehr Vorwand fürs Gelddrucken ohne Ende als Umweltschutz, und die Kapitalmarktunion hilft Großbanken und Investoren, die seit 2011 im Gelde schwimmen, während KMU unter Kreditknappheit ächzen. Das gedruckte Geld fließt in unproduktive Finanzanlagen und Immobilien, nicht in die Realwirtschaft – bewusst. *Green Deal*, Notenpresse und Negativzinsen vernichten Wohlstand und verteilen, was bleibt, zum Wohle eines Finanzsystems, das die Bürger und KMU weiter zum Narren hält. Die EU ist leider Teil dieses Systems.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, ik heb de nieuwe EU-mkb-strategie aandachtig gelezen. Oprechte bedoelingen, maar ondernemers zijn eigenwijze mensen. Zij hebben een geheel eigen visie. Zij laten zich niet leiden door een overheid, juist niet, zou ik bijna zeggen. Een ondernemer heeft daar geen tijd voor, maar heeft daar ook geen zin in. Ik spreek uit ervaring, want ik was ondernemer voordat ik mijn intrede deed in dit huis.

Maar u kunt het mkb wel helpen, en niet met het bedenken van vijftig actiepunten, maar met het schrappen van regelgeving. De heer Trump stimuleerde mede op deze wijze de Amerikaanse economie. Voor elke nieuwe regel zijn er daar acht regels geschrapt.

Past u daarom alstublieft ook op met taxonomie. Dat gaat indirect veel extra regeldruk opleveren voor het mkb. En als u echt regels wilt invoeren, heb ik er twee voor u: zorg dat het mkb eenvoudiger toegang krijgt tot overheidsopdrachten en dat het mkb verplicht binnen dertig dagen betaald wordt.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag overeenkomstig artikel 171, lid 8, van het Reglement)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Tomislav Sokol (PPE), *blue-card question*. – You mentioned many problems that SMEs are facing, but I think most of these problems are actually at the level of national legislation, especially national procedural rules and national taxation rules. So my question is: do you think that, in order to get rid of these kinds of obstacles, we need to harmonise national taxation systems and procedural rules at the European level? Because the only way to get rid of many of these obstacles is to have one common rule at European level, which would get rid of these kinds of national obstacles. So my question is: do you think that we need more harmonisation at the EU level?

Robert Roos (ECR), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Neen, ik denk absoluut dat dat niet de oplossing is. Sowieso zijn wij tegen belastingen die door de Europese Unie geregeld worden, dat is een aangelegenheid van de lidstaten. Maar het betreft niet alleen belastingen, het betreft GDPR-regelgeving en allerlei zaken die gewoon heel belastend zijn voor het mkb. Dat betreft niet alleen belastingen. Maar belastingen zijn een nationale aangelegenheid en daar willen wij absoluut niet aan tornen.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα περί μικρομεσαίων επιχειρήσεων που επικαλείστε αφορούν στην πράξη ορισμένες πιο δυναμικές μικρομεσαίες επιχειρήσεις, που όντως σας ενδιαφέρουν, στις οποίες δεν περιλαμβάνονται οι αυταπασχολούμενοι —χωρίς προσωπικό ή με 1-2 άτομα προσωπικό— τους οποίους αντιμετωπίζετε ως «διαρθρωτικό πρόβλημα». Διαχρονικά, έχει αποδειχθεί ότι όποια κονδύλια περισσεύουν από το φαγοπότι των μεγάλων ομίλων και δίνονται σε αυταπασχολούμενους δεν είναι σε θέση να αντιστρέψουν το αδιέξοδο της αναδουλειάς, της άγριας φορολόγησης, των χρεών στην εφορία, στις τράπεζες και στα ασφαλιστικά ταμεία. Δεν αναιρούν τον νόμο σύμφωνα με τον οποίο «το μεγάλο ψάρι τρώει το μικρό», πολύ δε περισσότερο που η απελευθέρωση υπηρεσιών και ωραρίων και οι κανονισμοί της Ευρωπαϊκής Ένωσης ενισχύουν την τάση συγκέντρωσης των μεγάλων. Οι —με τη μεζούρα— φοροελαφρύνσεις της κυβέρνησης της Νέας Δημοκρατίας δεν ανατρέπουν την εικόνα στην Ελλάδα, που δείχνει ότι οι μικροί θα δίνουν μάχη επιβίωσης. Μόνη διέξοδος είναι η πάλη αυταπασχολούμενων και μικροεπαγγελματιών, όχι μόνο για την άμεση ανακούφιση από την αντιλαϊκή πολιτική Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυβερνήσεων, αλλά και για την κοινωνική συμμαχία με την εργατική τάξη και τη μικρομεσαία αγροτιά προκειμένου να ανατραπούν τα μονοπώλια και η εξουσία τους.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Wir haben schon das Gefühl, dass mittelständische Wirtschaft in der Kommission einen sehr hohen Stellenwert hat. Vizepräsident Šefčovič, Industrie- und Binnenmarktkommissar Breton, Forschungs- und Innovationskommissarin Gabriel – alle fühlen sich den Unternehmen verpflichtet, und diese Verpflichtung hat fast immer auch mit Geld zu tun: Horizon, Strukturfonds, Wagnisfinanzierung, Kapitalmarktunion. Danke für die vielen guten Vorschläge für SMIs.

Ich habe aber auch heute gelernt – und deshalb ausdrücklicher Dank an Herrn Breton –: Förderung ist nicht alles, Finanzierung ist nicht alles, der Mittelstand braucht Rahmenbedingungen. Wir brauchen einen Binnenmarkt ohne Abschottung, wir brauchen eine Rechtsetzung mit wenig Bürokratie, wir brauchen eine Digitalökonomie mit einem fairen und sicheren Zugang zu Daten als Rohstoff, wir brauchen einen *Green Deal* mit einem *Carbon-Leakage*-Verfahren und Folgenabschätzungen, speziell für kleine und mittlere Industriebetriebe.

KMU-Politik ist deshalb viel mehr als finanzielle Förderung. Zum Schluss zwei Punkte: Erstens wollen wir eine Kommission, die Mittelstand mehr im Querschnitt denkt. Herr Breton, herzlichen Dank, aber dass das bei Ihnen ist, das reicht uns nicht. Wir wollen es bei Frau von der Leyen haben, es muss eine Stabsstelle direkt bei der Kommissionspräsidentin sein; ansonsten bleibt es bei der Zersplitterung. Und zweitens wollen wir eine Neudefinition von KMU. Gerade eigentümergeführte *Mid Caps* sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Hier gibt es aber nicht die Stabsabteilung wie in großen Konzernen; auch *Mid Caps* brauchen Deregulierung. Auch das ist ein Thema für die Kommission, den Mittelstand eben nicht nur mit Subventionen zu verbinden. Viel wichtiger sind die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Firmen.

Josianne Cutajar (S&D). – Sur President, żgur li taqbel mieghi li biex l-industrija taghna tibqa' kompetittiva jehtieg li nadattaw. Strategija ġdida għall-intrapriżi żghar u medji se tiddetermina ir-rwol tal-Ewropa fis-suq globali. Jekk irridu lill-kumpaniji taghna jikkompetu rridu nġaġġu l-qalba diġitali billi qabel xejn naraw li l-lijijiet jirriflettu l-kuntest ekonomiku u teknoloġiku. Naraw li l-SMEs għandhom aċċess għall-finanzjament u għall-ghoti ta' kuntratti pubbliċi, anke billi nsahhu d-djalogu mas-suq u nħaffu l-proċessi. Insahhu l-kumpaniji billi ntejbu l-ghodda tagħhom kontra r-regoli diskriminatorji u iġusti fl-Istati Membri differenti. Fuq kollox irridu ntejbu l-gharfen tal-intrapriżi fuq dawn l-ghodod. L-intrapriżi żghar u medji huma s-sinsla tal-ekonomija Ewropea. Żewġ terzi tal-impjiegi li noholqu huma fl-SMEs. Daqshekk għandhom valur soċjali fil-komunitajiet taghna! Ninsabu fi dmir, għaldaqstant, li nappoġġjawhom u li naraw li s-sistemi edukattivi jisquhom bl-aqwa talent.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – *Κύριε Πρόεδρε, je vous salue M. le Commissaire*, întreprinderile mici și mijlocii reprezintă o parte însemnată a economiei Uniunii Europene. Este, ca urmare, firesc să ne asigurăm că legislația nu îngreunează, ba dimpotrivă, ajută la menținerea pe piață și dezvoltarea acestor actori economici foarte importanți.

Este îngrijorător însă faptul că, în Europa, un număr mare de IMM-uri se închid cu mai puțin de un an de zile de la înființare. Legislația greoaie, lipsa personalului specializat în probleme juridice, accesul împovărat la finanțare, controalele extrem de dure în anumite state membre și – trebuie să recunoaștem – pe alocuri corupția aparatului de stat sunt factori decisivi în eșecul microîntreprinderilor. Nu trebuie uitat că până și fondurile europene sunt inaccesibile IMM-urilor în diferite state membre, din cauza unor indicatori imposibil de îndeplinit în anumite zone sau din cauza procedurilor foarte greoaie de aplicare și implementare.

Este, așadar, necesar un studiu care să ne arate clar care sunt motivele ce duc cel mai des la falimentul start-up-urilor și care sunt modalitățile prin care acestea pot fi ajutate. Nu în ultimul rând mi-aș dori, domnule comisar, să ne asigurăm că legislația europeană îmbunătățită este rapid implementată în statele membre, respectând litera, dar, mai ales, spiritul legislației.

Gianantonio Da Re (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione ha fatto poco per creare i collegamenti fra il fabbisogno di finanziamenti delle piccole e medie imprese e gli strumenti finanziari garantiti dall'Unione europea.

Inoltre, la maggior parte dei beneficiari non sono a conoscenza degli strumenti finanziari garantiti dall'Unione e la Commissione ha una conoscenza limitata delle necessità finanziarie dei beneficiari. Questo è quanto affermato dalla Corte dei conti europea nella relazione n. 02 del 2020 pubblicata lo scorso 22 gennaio.

La discussione su una migliore regolamentazione a favore delle piccole e medie imprese richiede una conoscenza approfondita del settore imprenditoriale, quanto mai oggi assente. Le nostre piccole e medie imprese non necessitano di più regolamentazione, ma di una riduzione degli oneri amministrativi, di strumenti finanziari a supporto della loro competitività e di adeguate misure di difesa commerciale contro il *dumping* sociale ed ambientale.

Sono necessarie più agevolazioni fiscali sugli investimenti a carattere socio-ambientale per l'adeguamento delle proprie strutture. Bisogna dare una risposta coerente alle nuove necessità del sistema imprenditoriale per garantire alle imprese di operare in un contesto normativo ed economico stabile, affrontando i fattori che ostacolano la crescita e l'innovazione, meno burocrazia e più efficienza. Chi vi parla è un piccolo imprenditore: più fatti e meno chiacchiere.

Beata Kempa (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Małe i średnie przedsiębiorstwa stanowią podstawę gospodarki europejskiej. Zostało to już tu niejednokrotnie podkreślone. Ale liczne ograniczenia wewnętrzne i zewnętrzne, takie jak biurokracja czy rygorystyczne przepisy dotyczące prowadzenia działalności gospodarczej, mogą sprawić i sprawiają, że prowadzenie małej firmy jest dla przedsiębiorców bardzo trudne. Stworzenie otoczenia regulacyjnego przyjaznego dla przedsiębiorstw jest długoterminowym celem Unii Europejskiej.

Ale jak wygląda to w praktyce? Otóż w praktyce Unia tworzy jednak pakiet mobilności, który zabija konkurencję między firmami w sektorze transportowym i powoduje upadek tysięcy firm transportowych, np. z mojej ojczystej Polski, jednocześnie zwiększając koszty transportu między państwami członkowskimi. Unijne regulacje są niedostosowane do rynku, ograniczające i dyktowane partykularnymi interesami krajów członkowskich. Jak wskazują eksperci, deregulacja i uwolnienie, np. sektora usług, przyniosłyby europejskiej gospodarce wzrost o 1,8%. I właśnie w stronę otwarcia sektorów i deregulacji powinna iść dzisiaj gospodarka europejska.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor presidente, señor comisario, un placer verlo por aquí. Bueno, a estas alturas del debate todos sabemos que el 99 % de las empresas en Europa son pequeñas y medianas empresas y que más de 90 millones de trabajadores trabajan en pequeñas y medianas empresas. Se han dicho muchas cosas, y yo me voy a centrar en dos que creo que todavía no se han mencionado y que tienen un impacto realmente importante en la posibilidad de que las pymes aprovechen y optimicen todas las ventajas que da el desarrollo de las tecnologías digitales.

Por un lado, el tema de las infraestructuras digitales. En estos momentos se está transponiendo e implementando el Código Europeo de las Comunicaciones Electrónicas 4G, fibra y 5 G. Las redes son fundamentales para que haya la posibilidad de aprovechar esa transformación digital. La Comisión tiene la competencia de observar si la implementación es la adecuada y es fundamental que lo haga.

Y, en segundo lugar, algo en lo que encalla permanentemente la Unión Europea. Para gestionar los datos hace falta capacitación; para tener capacitación hace falta formación, hace falta un plan de acción de la Unión Europea que sea ambicioso, que tenga unos objetivos claros, que se puedan medir y que empujen a que cada uno de los países miembros cierren ese retraso que mayoritariamente hay en temas de formación y capacitación digital.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 171, apartado 8, del Reglamento interno))

Damian Boeselager (Verts/ALE), blue-card question. – I really like your idea of improving digitisation and training for SMEs, also to digitise further, especially since the Data Strategy is coming up. My question here is: where do you see the role of the EU in helping this digitisation to actually get the right set of data, to measure it and to be able to share it and to analyse it?

Pilar del Castillo Vera (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Hay muchas iniciativas. Sobre los datos, el comisario que tenemos en estos momentos tiene además una abrumadora experiencia y, además, en el debate anterior ha hablado ampliamente sobre este asunto. Vamos a tener una estrategia europea sobre los datos y ahí vamos a poder debatirlo.

Yo me he referido a dos porque me parecen esenciales. Una ya está en marcha, que es el Código Europeo de las Comunicaciones Electrónicas para el desarrollo de fibra y de redes 5G. Y la otra es absolutamente esencial: ¿Qué puede hacer la Unión Europea para que la capacitación, la formación digital sea una realidad y no estemos detrás en muchos casos? Bueno, pues la respuesta hay que buscarla aquí. La respuesta, para empezar, la tiene que dar la Comisión Europea.

Πρόεδρος. – Σας παρακαλώ να τηρούμε τον χρόνο. Όπως με ενημερώνουν οι συνεργάτες μου, είμαστε πίσω σε σχέση με το χρονοδιάγραμμα κατά 20 λεπτά. Επομένως, στο εξής δεν θα επιτρέπω ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα, για να κυλήσει η συνεδρίαση ομαλά και να μην διαρκέσει έως τα μεσάνυχτα.

Maria Manuel Leitão Marques (S&D). – Senhor Presidente, em 2005, em Portugal, foi criado um serviço chamado «Empresa na Hora». Permitiu abrir uma empresa, em média, em quarenta e cinco minutos e trinta e seis segundos, quando antes demorava cinquenta e cinco dias.

Regular melhor não significa, assim, regular menos, não significa desproteger os consumidores, os trabalhadores ou o ambiente. Significa usar a tecnologia e até a inteligência artificial para eliminar procedimentos inúteis, facilitando a vida aos cidadãos e às empresas.

Este esforço por uma regulação mais simples de cumprir é especialmente relevante para as pequenas e médias empresas. As grandes empresas têm e podem financiar departamentos de *compliance*. As pequenas empresas não podem dispensar recursos para essas tarefas sem que isso prejudique o seu negócio. Deixar as pequenas empresas para trás, afundadas em burocracia, é deixar também muita iniciativa económica e criação de emprego para trás na União Europeia.

Markus Buchheit (ID). – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei uns hat sich eine Lobby breitgemacht, und es ist dies die Lobby der blumigen Wohlstandsvernichter mit besonderer Abneigung gegen Großkonzerne, aber dann eben auch mit mittelbaren negativen Folgen gegenüber den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Insbesondere unsere grünen Kollegen hier sind der Ansicht, der Staat könne wirtschaftspolitische Probleme durch Eingriffe besser lösen als der Wettbewerb selbst. Das ist allerdings nicht der Fall. Wir wissen auch seit Jahren, wo die Probleme im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen liegen, nämlich insbesondere im Bereich der steuerlichen Belastungen und der Bürokratie.

Der *Green Deal* und die CO₂-Steuer belasten den Mittelstand in den kommenden Jahren immer mehr. Bürokratie trifft den Mittelstand in stärkerem Maße als die Großindustrie. Der Tagesordnungspunkt ist deswegen völlig verfehlt. Er sollte nicht „*Better Regulation*“ lauten, sondern „*Less Regulation*“. Befreit den Mittelstand endlich von seinen staatlichen Fesseln und lasst ihn wieder zu dem werden, was er einmal war, nämlich Motor unserer Beschäftigung und unserer Wirtschaft.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, en España —ya se ha dicho— las pequeñas y medianas empresas constituyen el 99 % del tejido empresarial. Sin embargo, a pesar de su importancia, siguen enfrentándose al problema de unas cargas fiscales desproporcionadas, una burocracia creciente y dificultades en el acceso a la financiación, así como a costes adicionales, como la subida del salario mínimo interprofesional aplicada por el nuevo gobierno socialcomunista, que supondrá 2 000 euros al año para cada empresario.

Nosotros queremos que los trabajadores españoles tengan sueldos más altos, para que puedan acceder a una vivienda digna y puedan fundar una familia, pero no a costa de las pymes, sino que sea el Estado el que asuma la reducción de las cargas sociales. Más salario para los trabajadores, pero el mismo rendimiento para el empresario. Eso es el bien común.

Nadie puede sorprenderse si en España siete de cada diez empresas mueren antes de los cinco años. Cualquier iniciativa para mejorar la legislación va a ser bienvenida, pero seamos valientes. Mejorar la regulación significa eliminar normas, no una a una, cinco a una, bajar impuestos y cotizaciones sociales, eliminar trabas y abrir vías seguras a la financiación.

En resumen, no son necesarias nuevas estrategias. La de siempre: libertad y seguridad.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, as pequenas e médias empresas são a base da economia europeia. No entanto, continuam a ser sujeitas a uma enorme burocracia nacional, regional e europeia, por vezes até antagónica.

É fundamental promover a simplificação. Assim, saúdo a Comissão por ter consagrado o objetivo central de reduzir os encargos burocráticos e regulamentares que prejudicam o desenvolvimento económico das PME. Além do plano regulamentar, há outros fatores determinantes para o sucesso das empresas. Desde logo, a necessidade de se criar um verdadeiro mercado interno europeu que dê às empresas dos diferentes Estados-Membros a possibilidade de se afirmarem em condições de igualdade.

Também o acesso aos fundos europeus deve ser transparente, com mais informação e regras mais simples. Devemos promover a compatibilidade entre as regras dos diferentes fundos, como por exemplo o «Horizonte da Europa» e os programas regionais, de forma a maximizar as oportunidades para as PME.

Enfim, menos burocracia, um mercado maior e mais aberto, um melhor acesso aos fundos. Três desafios para dar às PME as condições que estas merecem.

Johan Danielsson (S&D). – Herr talman! Små och medelstora företag är naturligtvis extremt viktiga för vår ekonomi, och minskad byråkrati och förenklade regler är viktiga för deras tillväxt. Låt mig dock vara tydlig på en punkt: Detta arbete får aldrig innebära en försämring av arbetstagarnas rättigheter.

Den av kommissionen introducerade principen om ”en in, en ut” gör mig därför lite orolig. För att alla nya regler ska kompenseras genom att företag, särskilt små och medelstora, befrias från motsvarande EU-regleringar på samma områden fungerar inte på till exempel arbetsmiljöområdet. EU:s arbetsmiljöarbete måste bli mer ambitiöst. Nya initiativ måste komma till, och de kan inte tillintetgöras av att man samtidigt tar bort existerande arbetsmiljölagstiftning.

Så låt oss den kommande mandatperioden slippa initiativ som vi hade från den förra kommissionens mandatperiod, där man föreslog att undantag från arbetsmiljöbestämmelser skulle tillämpas på företag med upp till 250 anställda. Sådana förslag är helt oacceptabla.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, mala i srednja poduzeća kralježnica su europske ekonomije pa je njihova dobrobit od ogromnog značaja za Uniju, države članice i europska društva. Da bi takva poduzeća prosperirala, važno je stvoriti dobru poslovnu klimu, držati porezno opterećenje u razumnim okvirima, olakšati im zajednički nastup u postupcima javne nabave, smanjiti administrativni teret te jačati cjeloživotno obrazovanje i učiniti ga dostupnim njihovim djelatnicima.

Ambiciozne javne politike, poput novih zelenih politika Unije, ne smiju se prelamati preko leđa malih i srednjih poduzetnika koji si to ne mogu priuštiti. Visoki administrativni zahtjevi i parafiskalni nameti ozbiljna su brana razvoju poduzetništva i zato je za svaki novi propis važno napraviti procjenu učinka.

Europska unija i države članice najviše za male i srednje poduzetnike mogu učiniti tako da im se maknu s puta. Zato podržavam sve inicijative koje u svojoj srži imaju deregulaciju i olakšavanje poslovanja.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážený pán predsedajúci, považujem za veľmi dôležité, aby Európska komisia pri tvorbe svojho programu zaradila medzi svoje priority tému malého a stredného podnikania. Vieme, že tieto firmy majú kľúčový podiel na našej ekonomike a sú aj najviac zraniteľné. Z diskusií z podnikateľmi, ktoré aj ako prezident SM Europe pravidelne vediem, viem, že jednou z hlavných prekážok pri rozvoji ich podnikania je byrokracia. A to nielen na národnej, ale ja európskej úrovni. Vieme, že malý podnikateľ má dosť čo robiť, aby riadil svoju firmu, a nemá čas ani chuť sledovať všetko nové čo, sa prijíma. Preto oceňujem antibyrokratickú iniciatívu Európskej komisie, princípu „one in, one out“, teda za jedno nové nariadenie sa jedno existujúce ruší, ale nemali by sme zostať len pri tomto. Malí podnikatelia potrebujú omnoho väčšiu podporu. Po prvé potrebujú lepší prístup k investičnému kapitálu, pomoc pri vývoze mimo Úniu a v neposlednom rade prístup k verejným zákazkám s garanciou, že za svoju prácu dostanú zaplatené. Po druhé potrebujú aj pomocnú ruku pri prechode na digitálnu ekonomiku, pretože nemajú personálne ani technické capacity, aby to zvládli. No a po tretie potrebujú aj sa učiť aj rozvíjať, a preto je dôležité rozšíriť také programy, ktoré im to umožnia. Za všetky môžem spomenúť len „Erasmus for young entrepreneurs“. Malí podnikatelia idú často až na dno svojich síl, aby rozvíjali svoje firmy, zamestnávali ľudí, tvorili hodnoty a z nich čerpá celá spoločnosť, je preto našou povinnosťou im pomôcť.

Marek Paweł Balt (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Małe i średnie przedsiębiorstwa stoją przed różnymi wyzwaniami. Należy okazać im wsparcie poprzez nową strategię, podać im pomocną dłoń w postaci finansowania celów, które będą przydatne dla przyszłości całej Unii Europejskiej. Jednym z głównych celów Komisji jest obecnie plan neutralności klimatycznej, który jest niezwykle ambitny. Musimy wesprzeć małe i średnie przedsiębiorstwa, aby włączyły się w nowe inicjatywy, innowacje, zielone technologie, edukację ekologiczną czy w rozwój gospodarki o obiegu zamkniętym. Niewystarczające są dotacje dla istniejących już firm. Przeznaczamy fundusze unijne na bezrobotnych, na rozpoczęcie działalności gospodarczej, ale w wielu krajach bezrobocie już nie jest problemem. Problemem staje się rozwój małych i średnich przedsiębiorstw oraz trwałość miejsc pracy w MŚP. Sektor małych i średnich przedsiębiorstw nie ma pieniędzy na dalszy rozwój i ambitne działania, które pozwoliłyby na sprawiedliwą konkurencję, co najlepiej przedstawia ich średnia żywotność. Zwiększenie kwot dotacji na projekty dla małych i średnich przedsiębiorstw pozwoli lepiej wykorzystać ich potencjał. Dlatego musimy dołożyć wszelkich starań i wesprzeć te przedsiębiorstwa i ich działania, tak aby mogły funkcjonować w warunkach uczciwej konkurencji.

Jörgen Warborn (PPE). – Herr talman! Att stärka småföretagarens villkor är kanske en av de absolut viktigaste uppgifterna som vi har just nu. Europa halkar efter på den globala marknaden, och därför måste vi sätta ett kraftfullt politiskt program för stärkt konkurrenskraft.

Kommissionen har ju lovat att införa principen ”en in, en ut”. För varje ny regel som införs ska en gammal regel tas bort. Detta är ett bra första steg, men i praktiken betyder det plus minus noll – och det räcker inte på långa vägar om EU ska bli bäst i världen på business.

Jag, och svenska företagare, skulle vilja ställa en fråga till kommissionen: Varför nöjer ni er med plus minus noll? Vi måste sätta ett betydligt djärvare mål än *status quo*. Utöver "en in, en ut" så vill jag och EPP-gruppen minska småföretagarens regelbörda med 30 procent. Europas småföretagare ska veta att jag och Moderaterna står på deras sida mot byråkratin för att stärka företagsklimatet.

Enikő Győri (PPE). – Elnök Úr! Az európai gazdaságnak nemcsak a gerincét, hanem a növekedési bázisát is a mikro-, kis- és középvállalkozások adják. E cégek jelenleg temérdek nehézséggel küzdenek, ilyenek a bürokrácia, s a legkülönbözőbb előírások. Elengedhetetlen tehát, hogy a belső piacon mindent megtegyünk annak érdekében, hogy csak az észszerű elvárások maradjanak fenn velük szemben, és ahol lehet, könnyítsük az életüket. Tudjuk, hogy az Unió komoly versenyképességi problémákkal küzd. A 2019-es globális versenyképességi index is megállapítja, hogy jelenleg Szingapúrral az élen Kelet-Ázsia a legversenyképesebb térség. Ezen államok vállalatainak – azaz a mi kkv-ink vetélytársaiknak – egy sor előírásnak nem kell megfelelniük, tehát előnyösebb helyzetből indulnak.

További kihívás – itt is sok szó esett róla –, hogy lépést kell tartanunk a digitalizációban és technológiai újításokban élenjáró harmadik országokkal. Ehhez know-how és forrás szükséges. Biztos úr, a vitából kiderült, hogy a célban egyetértünk, és most már viszont nagyon szeretnénk látni a részleteket, a megvalósítást. Várhatjuk-e, hogy a Bizottság minden jogalkotási javaslatot előzetesen megvizsgál abból a szempontból, hogy miként hat a versenyképességre, és a kkv-kra, és erről jelent is a Parlamentnek? Mert ugye a kkv-k: minden szabályváltozásnak a költségei aránytalanul nehezebben érinti őket. Kérem tehát, hogy lássanak munkához, és vezessék be a kkv-szűrőt, mert ezzel biztosíthatjuk nekik, a kkv-knak a jobb esélyeket, és ezáltal a gazdaságunk sikerét.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Kære kollegaer, kære kommissær Breton. Tak for denne debat. At passe godt på sin rygrad, det er vigtigt for et menneske, og det er afgørende for EU.

Som tidligere sygeplejerske og ejer/leder af min egen virksomhed gennem 12 år ved jeg lidt om begge dele.

Jeg har to konkrete spørgsmål: For det første oplever mange SMV'er desværre, at de byrder de bøvler med stammer fra slutfaserne af trilogforhandlinger. De når simpelthen ikke at blive fanget og udryddet. Hvad vil Kommissionen gøre for at undgå dette mere effektivt i fremtiden?

Mit andet spørgsmål er, hvad Kommissionen vil gøre for at styrke grønne SMV'ers adgang til og aktivitet på det globale marked gennem EU's handelsaftaler? Mange SMV'er har rigeligt at gøre med det indre markedes muligheder og udfordringer. Og mange synes, handelsaftalernes praktikker er besværlige og tidskrævende at finde ud af. Men klimaudfordringerne skaber behov for, at de massevis af grønne teknologier, som især SMV'erne udvikler, hurtigt skal bringes op på et niveau, hvor de kan realisere den forskel, de også kan gøre for klimaet uden for EU og hermed også for den Europæiske konkurrenceevne.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, as pequenas e médias empresas surgem, amiúde, no discurso da Comissão Europeia quase sempre com fins justificativos de legislação, seja de regulamentação, seja de desregulamentação, que serve, na verdade, interesses bem diversos dos das PME, as quais vivem, na sua esmagadora maioria, muito orientadas para os mercados nacionais.

É por essa razão que são as primeiras a asfixiar quando se asfixia o mercado interno nacional e as primeiras a sofrer com o domínio monopolista dos setores-chave da economia que resulta das liberalizações decididas pela União Europeia ou da dominação financeira da banca privada que se acentuará com a união bancária.

É também em nome das PME que se torna necessário recuperar o controlo público sobre setores estratégicos da economia, orientando-os para o desenvolvimento económico e não para os lucros predatórios dos grandes grupos económicos e financeiros, e romper com os constrangimentos impostos pela União Europeia, que vão das liberalizações ao Pacto de Estabilidade, só para referir alguns.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Радан Кънев (PPE). – Уважаеми г-н Председател, европейските институции трябва да защитят малкия бизнес от алчността на собствените му правителства, от прекомерна административна тежест и от непосилно данъчно бреме.

В този важен дебат, моето предложение към Вас е да се спрем на втория въпрос и да обмислим възможността да въведем минимален, универсален в Европейския съюз праг за регистрация по данък добавена стойност. Например, не по-малко от 100 000 евро праг за задължителна регистрация по ДДС във всяка европейска държава, защото в моята родина прагът за регистрация по ДДС е под 25 хиляди евро, което значи, че всеки предприемач, който не укрива доходи, е длъжен да се регистрира. Това просто не е честно.

Предлагам също така да обмислим възможността за максимални ставки на ДДС за храни и туристически услуги в целия съюз, например 10 процента, за да гарантираме честна конкуренция в рамките на Европейския съюз между малките предприемачи.

Robert Hajšel (S&D). – Vážený pán predsedajúci, áno, realizácia tzv. zeleného paktu alebo teda transformácia k zelenejšej a digitálnejšej ekonomike bude veľkou záťažou pre malé a stredné podniky, ktoré sú jednak síce chrbticou našej ekonomiky, ale na druhej strane sú aj veľmi zraniteľné aj voči krízam, ktoré sa môžu v blízkej budúcnosti vyskytnúť.

Čo však potrebujú malé a stredné podniky? Hlavne vymáhateľnosť práva, potrebujú aj dobrý daňový systém a ochranu hospodárskej súťaže. Potrebujú dobrý legislatívny rámec, a preto je dobré, že Európska komisia prichádza s touto iniciatívou. A následne ale potrebujú stabilné legislatívne prostredie, pretože malé a stredné podniky nemajú kapacitu vstrebávať rýchlo akékoľvek nové zmeny, ktoré by sa chrlili. A preto je aj dobré, že Európska komisia pristúpila k pravidlu jedno legislatívne opatrenie prijaté, druhé zamietnuté, resp. teda vyčiarknuté. Pretože toto, táto byrokracia, je možno že najväčšou záťažou pre malé a stredné podniky. Takisto potrebujú prístup k financiam a tu sú rôzne fondy a mi musíme prispôbiť tieto fondy k ich potrebám.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, I don't accept for a minute that good regulation is a problem for SMEs. I've been in business all my life. I'll tell you what is a problem: mindless, stupid bureaucracy is a problem for SMEs. But in actual fact, when it comes to good regulation, it's the lack of it that actually can damage SMEs a lot of the time.

For example, we don't regulate our banking industry properly, and that can be a huge problem for SMEs. They give you an umbrella if the sun is shining and they take it back off you if it starts raining. There are energy costs. Very often there isn't good regulation on how it's monitored by the state. Local authority rates in Ireland are killing small business. Rents: there's no proper regulation of rents in Ireland. I don't know what it's like across the rest of Europe, but it's this lack of good regulation that is really damaging SMEs, and it goes without saying that a lack of real good positive government support is also a problem. They give it to foreign direct investment but they won't give it to their own indigenous industry.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Firmen, unsere Unternehmen leiden an überbordender Bürokratie, das ist mehrfach angesprochen worden. Ich möchte ein konkretes Beispiel nennen, das ein großes Ärgernis für viele kleine und mittelständische Betriebe in meiner Heimatregion, in Bayern, ist – nämlich die sogenannte A1-Bescheinigung. Das ist der Nachweis, den man führen muss, wenn man in einem anderen europäischen Land eine Leistung erbringt. Da muss man aufzeigen, dass man in einem sozialen Sicherungssystem ist. Und wenn mein Schreinermeister aus Traunstein nach Salzburg fährt und dort einen Schrank montieren muss, muss er diese A1-Bescheinigung bei sich führen. Ansonsten – wenn er sie nicht vorlegen kann – muss er eine hohe Strafe, ein hohes Bußgeld zahlen. Also das schafft wirklich Verdruss und Ärger ohne Ende.

Herr Kommissar, ich setze auf Sie. Sie sind digitalaffin, lassen Sie uns doch in Europa ein Online-Clearingsystem für diese A1-Bescheinigungen aufbauen, damit es einfach ist für jemanden, der kontrolliert, um Schwarzarbeit bekämpfen zu können: Der loggt sich ein und kann dann online nachvollziehen, ob es jetzt hier eine A1-Bescheinigung gibt, ja oder nein. Das wäre eine tolle Sache, wenn Sie so etwas angehen könnten.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President, I'm very glad that we're talking about SMEs. They employ more people, they generally pay more taxes – or certainly they do in Ireland – and the environment that they have to work in is incredibly hostile, particularly when we compare it to the manner in which foreign direct investment and multinationals are treated, and indeed the supports given to the agricultural sector.

Now in Ireland, SMEs almost have to pick up the tax bill that the multinationals don't pay. They're the ones who take the hit when the economy goes into austerity, and they're the ones who carry the can for that. It's an affront to them that the Irish Government would take legal action in order to say that we shouldn't collect EUR 13 billion in tax from Apple: monies that could be collected in order to invest in small and medium-sized businesses. I would like to echo the points made that one man's bureaucracy is another man's regulation, and while we do not support bureaucracy in any way, regulation and good standards are important in terms of employment, in terms of environmental protection. But critically, small and medium businesses need to be supported.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-The-Eye»)

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les parlementaires, merci pour ce débat très riche, qui me démontre évidemment que, de là où vous venez, vous êtes tous confrontés à des problématiques assez similaires concernant nos PME, qui constituent, comme on l'a dit tout à l'heure, le tissu économique le plus actif de notre continent européen.

Je reprends quelques mots qui ont été partagés sur tous les bancs de cet hémicycle: retards de paiement; intégrer les PME dans des chaînes de valeur; aide financière; trop de bureaucratie; accès au crédit; nécessité d'avoir une formation plus spécifique, notamment en ce qui concerne les évolutions du numérique. Vous partagez tous, effectivement, les mêmes préoccupations.

Je vais essayer de répondre rapidement à tous ces sujets que vous avez évoqués et qui vont évidemment faire partie, pour beaucoup d'entre eux, du plan que nous proposerons en ce qui concerne la politique industrielle, tant il est vrai que les chaînes de valeur sur lesquelles s'appuie une politique industrielle digne de ce nom doivent intégrer, de bout en bout, tout notre tissu de PME.

D'abord, une question sur l'évaluation des coûts – dont on parle, évidemment, avec mon collègue, le commissaire Šefčovič. Les lignes directrices expliquent déjà la méthodologie et la prochaine communication «Mieux légiférer» (qui, je vous le rappelle, sera présentée en avril) développe précisément le principe *one in, one out*. Surtout, j'insiste sur un point: ce qu'il faut évaluer, ce sont les coûts de manière cumulée. évidemment, cela doit nourrir notre analyse d'impact, mais il faut être clair: beaucoup de charges viennent des lois nationales, on le sait tous.

À propos de l'émissaire PME – qui sera un ou une émissaire, je n'ai pas encore décidé –, le cadre exact n'est pas encore arrêté et j'ai plusieurs solutions, auxquelles je réfléchis aujourd'hui. Une chose est certaine: je souhaite vivement que cette personne soit proche de moi, avec un accès, évidemment, à une équipe spécifique. En même temps, cette personne devra être totalement disponible sur le terrain, comme je l'ai dit tout à l'heure, à la rencontre et à l'écoute de l'ensemble des PME du continent. Du reste, dès que j'aurai arrêté le choix de la personne, je viendrai, si vous en êtes d'accord, Mesdames et Messieurs les parlementaires, vous présenter l'architecture de ce fonctionnement.

Les retards de paiement sont un sujet absolument essentiel, dont vous avez beaucoup parlé, les uns et les autres. C'est un sujet que je regarde de près, bien sûr. Il doit s'intégrer dans la compréhension complète de la chaîne de valeur. Il y a évidemment les retards de paiement, il y a aussi la dépendance, désormais de plus en plus grande, de PME vis-à-vis de plus grands donneurs d'ordre. C'est tout ça qu'il faut regarder avec beaucoup d'attention.

Pour aller vite, certains l'ont évoqué, il est vrai qu'une solution d'arbitrage peut être intéressante. On peut l'examiner; je ne sais pas si les mécanismes qui avaient été proposés peuvent fonctionner. Mais c'est un sujet, effectivement, que j'ai connu moi-même. Il est vrai que beaucoup de PME n'osent pas aller devant la justice car elles savent que c'est trop long, trop coûteux et que, finalement, cela se fait à leur détriment. Les procédures d'arbitrage sont donc souvent des solutions intéressantes, que je vais examiner.

Point important sur la surréglementation, ou *gold plating*. Il faut faire très attention avec le fait, encore une fois – je l'ai dit tout à l'heure, mais je le répète –, que beaucoup de charges pesant sur les PME viennent des lois nationales, en particulier lorsqu'elles transposent les directives européennes. On doit les identifier et elles doivent être notifiées. Pour l'instant, seuls trois pays le font, c'est évidemment très peu, et je souhaite faire plus sur ce point. Je reviendrai vers vous à ce sujet, mais, effectivement, il faut aller beaucoup plus vite sur ce point.

L'accès au financement est un sujet absolument essentiel. Il le sera encore plus dans le cadre des transitions numériques et du pacte vert, dont on a également beaucoup parlé au cours de ce débat. On a évidemment des fonds régionaux, je le rappelle quand même, car c'est très important: COSME, avec 30 milliards mobilisés en soutien à 500 000 PME sur sept ans, c'est assez important. Mais aussi InvestEU, qui permet de garantir des prêts et d'améliorer l'accès au financement. La fenêtre PME, c'est 11,2 milliards, c'est-à-dire un tiers de l'instrument de garantie d'InvestEU. Évidemment, ce n'est pas assez, mais on a quand même des instruments importants à vocation de développement de nos PME.

Une question sur le filtre PME: le test PME qui existe déjà fait partie de l'analyse d'impact, il n'intervient donc qu'à un certain moment de la décision. Mais, je le répète, il n'influe pas sur le choix de l'option soutenue dans l'analyse d'impact. La responsabilité du test PME est décentralisée. Le futur filtre PME est pensé pour intervenir à tous les stades de la procédure, afin d'identifier les propositions qui pourraient être des barrières pour les PME. Le but est aussi d'impliquer tous les services de la Commission, en lien, bien sûr, avec le futur émissaire PME.

Des remarques très importantes ont été faites aussi sur l'accès aux contrats publics, aux marchés publics. Il s'agit évidemment d'un levier très important – 14 % de l'économie. C'est donc un levier qu'il faut utiliser davantage et je suis absolument d'accord pour qu'on fasse plus pour permettre aux PME d'avoir un accès privilégié aux marchés publics. Quand je parle des PME, c'est vrai aussi pour les start-ups, c'est donc un domaine que j'observe avec soin, notamment en ce qui concerne le cadre juridique des marchés publics, afin de déterminer ce que l'on peut faire de plus et comment.

Un dernier point, mais dont j'ai aussi beaucoup parlé dans mes propos liminaires, concerne le marché intérieur. Nos PME doivent pouvoir bénéficier de ce marché intérieur. C'est vraiment quelque chose d'absolument essentiel. Je l'ai dit, aujourd'hui, malheureusement, force est de constater qu'elles doivent bien souvent compter sur une ou deux plateformes, qui ne sont pas, du reste, d'origine européenne, et qui deviennent pour elles des sortes de *gate keepers* pour l'accès au marché intérieur. C'est vraiment quelque chose qui doit attirer pleinement notre attention.

Nous devons donc nous assurer que la transformation digitale permette à nos PME de trouver de nouveaux marchés, au-delà de leurs frontières nationales. J'ai noté aussi des idées intéressantes sur le fait que nos administrations doivent se numériser, notamment en ce qui concerne le formulaire A1. C'est un sujet important. On l'a fait dans beaucoup d'États pour les prélèvements des impôts automatisés, ce qui est beaucoup plus complexe, donc on devrait pouvoir y arriver au niveau national.

Enfin, un sujet qui a beaucoup mobilisé les débats de ce soir: le *one in, one out*. Je rappelle que le principe ne doit pas être mécanique. On regarde de près, évidemment, ce qui sera retiré. Il ne s'agit pas d'utiliser cet instrument pour déreglementer, bien entendu, et encore moins de compromettre la protection des travailleurs. Il s'agit tout simplement de voir ce qui a pu évoluer. Nous l'avons dit tout à l'heure, nous sommes dans un monde qui évolue vite, notamment sous la pression du numérique, mais aussi sous l'impulsion que nous voulons donner à notre continent sur le pacte vert. Dans tout ce contexte-là, dans une évolution aussi plus géopolitique des rapports de force qui nous lient aux autres continents, c'est quelque chose qu'il faut regarder, et donc qu'il faut moderniser.

Voilà, Mesdames et Messieurs, ce que je pouvais vous dire ce soir, en conclusion de nos travaux. Je constate qu'il y a beaucoup d'intérêt. Je vous donne donc rendez-vous pour la présentation de notre stratégie industrielle où, évidemment, il sera beaucoup question des PME.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 171 του Κανονισμού)

Tudor Ciuhodaru (S&D), în scris. – Sunt mici și mijlocii, sunt vulnerabile la schimbări și presiuni intempestive, dar au o puternică amprentă națională. De aceea trebuie protejate printr-o legislație unică, simplificată și ușor de aplicat. Vă întreb astăzi dacă există o strategie în acest sens și care sunt primele trei măsuri pe care le veți pune în practică pentru a încuraja aceste întreprinderi mici și mijlocii să se dezvolte, să creeze noi locuri de muncă și să adopte o strategie verde?

Beata Mazurek (ECR), na piśmie. – Małe i średnie przedsiębiorstwa są ogromnie ważnym elementem w gospodarce, stanowią jej podstawę, a 99% firm zarówno w Polsce, jak i całej Unii Europejskiej należy do tego sektora. Segment ten jest liderem w tworzeniu nowych miejsc pracy, dlatego też kluczowe jest, by regulacje unijne były proste, przejrzyste i by pobudzały konkurencyjność i innowacyjność. Kluczowe na poziomie unijnym jest zachowanie wolnorynkowych i równych zasad dla wszystkich państw członkowskich, nie zaś próba narzucania biurokratycznych barier dla funkcjonowania sektora MŚP. Doskonałym przykładem skutecznego dbania o interesy małych i średnich przedsiębiorców jest Polska, gdzie obecnie rządząca formacja wprowadziła szereg ułatwień i przejrzystych reguł dla sektora. Warto wspomnieć tu choćby o Konstytucji dla Biznesu, instytucji Rzecznika Małych i Średnich Przedsiębiorców, o licznych uproszczeniach w

prowadzeniu działalności gospodarczej i ulgach fiskalnych dla tych, którzy ją rozpoczynają, jak i dla tych, którzy już prowadzą własny biznes. Lepsze stanowienie prawa dla MŚP to gwarancja sukcesu gospodarczego Europy. Zróbmy wszystko, by tak się stało.

Andželika Anna Możdżanowska (ECR), *na piśmie*. – MŚP to 99,8 % wszystkich przedsiębiorstw w Polsce i 90% w całej Europie. Małe firmy nie mają zasobów i czasu, by na bieżąco reagować na nowe obciążenia regulacyjne. Przedsiębiorca potrzebuje stabilnego prawa, prostych i zrozumiałych przepisów. Prawo nie może być tworzone tylko przez urzędników. Musimy myśleć na małą skalę i słuchać przedsiębiorców na każdym etapie legislacji. Zanim wprowadzimy nowe obciążenie, zastosujmy zasadę „jeden na jeden” i usuńmy stare. Sięgajmy po dobre praktyki z państw członkowskich.

W Polsce wprowadziliśmy „Konstytucję Biznesu”, która jest fundamentem zmian otoczenia prawnego dla firm, i inicjatywę „Prostego języka” w urzędach. Powstała również Czarna Księga wewnętrznych barier, które są uciążliwe dla przedsiębiorców. Tworzenie dobrych regulacji jest możliwe tylko dzięki dialogowi urzędników z przedsiębiorcami. Lepsze prawo to zrównoważony rozwój i dobrobyt każdego mieszkańca Unii Europejskiej.

Rovana Plumb (S&D), *în scris*. – Întreprinderile mici și mijlocii (IMM-uri) din Uniunea Europeană se confruntă cu provocări legate de creșterea nivelului de concurență la nivel mondial, apariția unor noi modele de afaceri, digitalizare, schimbări climatice, implementarea unor noi tehnologii atât în sectorul industrial, cât și în cel al serviciilor și al dezvoltării economiei circulare. Agenda 2030 pentru dezvoltare durabilă nu poate fi realizată fără IMM-uri, având în vedere importanța lor uriașă pentru dezvoltarea socială, economică și de mediu. Totodată, fără ele nu poate exista o tranziție justă către o economie sustenabilă care să contribuie la crearea de locuri de muncă. Eforturile de a aduce alte regiuni, comunități alături pentru tranziția durabilă trebuie intensificate continuu, ca nimeni să nu fie lăsat în urmă. Coerența juridică și asigurarea surselor financiare adecvate vor contribui la consolidarea angajamentului tuturor părților din societate. Guvernele și partenerii sociali pot colabora pentru a furniza informații și consiliere de afaceri cu privire la practicile de afaceri ecologice, la eco-inovare și la sistemele de reglementare. Avem nevoie de instrumente și mecanisme care să asigure IMM-urilor europene condiții de concurență echitabile la nivel european și global, în special pentru tehnologiile de importanță strategică pentru Europa.

Susana Solís Pérez (Renew), *por escrito*. – Las pymes son el motor de nuestra economía ya que representan el 99 % de las empresas de la UE, y su papel es crucial cuando hablamos de empleo y crecimiento, innovación y competitividad. La nueva propuesta debe crear un entorno favorable para que surja un ecosistema emprendedor europeo, que facilite la entrada de nuevos productos y servicios al mercado. Es necesario que el Pacto Verde Europeo tenga en cuenta las especificidades de las pymes convirtiéndolas en protagonistas de la transición ecológica. Además, la legislación ha de ser más ágil, y adaptarse mejor a los cambios de la digitalización. Por otro lado, hace falta dinamizar la relación entre los centros de investigación, universidades y sector privado, e invertir en las habilidades digitales, cualificación y recualificación para asegurar que nadie se quede atrás. Asimismo, es fundamental que mejore la financiación en Europa, ya que en la actualidad casi el 45 % de las empresas abandonan la UE porque no hay fondos suficientes para escalar y transformar a las *startups* en grandes unicornios europeos. Finalmente, necesitamos un sector financiero fuerte que apueste por las ideas europeas. No es posible sigamos perdiendo ideas, empresas y capital humano. Apostemos por la innovación y por el emprendimiento.

14. Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur – Einwand gemäß Artikel 111 GO: Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η κοινή συζήτηση σχετικά με

— την προφορική ερώτηση προς την Επιτροπή σχετικά με την αναθεώρηση των κατευθυντήριων γραμμών για τις διευρωπαϊκές ενεργειακές υποδομές, του Cristian-Silviu Bușoi, εξ ονόματος της Επιτροπής Βιομηχανίας, Έρευνας και Ενέργειας (O-000012/2020 - B9-0008/20) (2020/2549(RSP), και

— την αντίρρηση σύμφωνα με το άρθρο 111 του Κανονισμού: Ενωσιακός κατάλογος έργων κοινού ενδιαφέροντος (2019/2907(DEA)

Cristian-Silviu Buşoi, *author*. – Mr President, the regulation on guidelines for trans-European energy infrastructure lays down rules for the timely development and interoperability of TEN-E networks, identifying the trans-European energy infrastructure priorities which need to be implemented in order to meet the Union's energy and climate policy objectives. It also identifies projects of common interest needed to implement those priorities.

The TEN-E regulation sets priority corridors and thematic areas of trans-European energy infrastructure and provides guidelines for the selection of Projects of Common Interest (PCI). The first list of PCIs was established by a delegated act in 2013. Now we are on the fourth PCI list, which was adopted by the Commission on 31 October 2019 with 151 - PCIs.

As reflected in Parliament's first reading position of 17 April 2019 on the proposal for a regulation on the Connecting Europe Facility for the period 2021-2027, the co-legislators provisionally agreed that the Commission should evaluate the effectiveness and policy coherence of the TEN-E regulation. For that evaluation, I would like to remind you that the Commission should consider *inter alia* the Union energy and climate targets for 2030, the EU long-term decarbonisation commitment and energy efficiency as a first principle.

I'd also like to stress that the TEN-E regulation was adopted before the adoption of the Paris Agreement. Energy plays a central role in the transition to a net-zero greenhouse gas (GHG) emissions economy, and therefore efforts to continue decarbonising the energy systems are necessary to enable the Union to reach its ambitious target and be world leader, while at the same time ensuring a coherent and inclusive transition of other sectors, maintaining the security of energy supply in the Union and coping with an increased demand for electricity.

With the aim of achieving its climate and energy goals and enhancing innovation, sustainability and growth, it is at the same time very important to remain competitive worldwide. The Union needs an up-to-date, high-performance energy infrastructure that is future-proof, cost-efficient and can provide a security of energy supply, including diversification of root sources and suppliers. Priority corridor scenarios, as well as eligibility criteria, should follow the evolution of the energy system and continue to be consistent with Union policy priorities, in particular in the context of long-term decarbonisation pathways. Adequate infrastructure, deployment and energy efficiency projects and policies should be used in a complementary way to help reach the Union's objectives and targets.

Building on the success of the Energy Union, we need to strengthen our efforts to improve energy efficiency, speed up deployment of clean energy and technologies, increase interconnectivity, and also of course further integrate our energy single market. In its resolution of January on the European Green Deal, Parliament called on the Commission to revise the TEN-E guidelines before the adoption of the next PCI list. The Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) welcomes the announcement in the European Green Deal Communication that the revision of the TEN-E guidelines will take place in 2020 and asks for a clear timetable.

As regards the fourth PCI list, new gas infrastructure under the fourth PCI list is designed to last at least 40 to 50 years, and in some cases even longer. May I remind you that the very same infrastructure will be able to be used in not so many years from now to transport biogas and hydrogen, and also – during the transition phase – gas pipelines and interconnections, which play an important role in ensuring the energy security supply, affordability and sustainability.

We need a balanced and realistic approach to achieve our common goal of carbon neutrality, and I would like to remind you that we still have 41 coal regions to support and sustain in a just and inclusive transition.

Marie Toussaint, *auteure*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, quelque chose ne va pas. La planète se meurt et, rapport après rapport, les experts nous rappellent qu'il faut renoncer aux énergies fossiles pour enrayer l'emballement climatique.

Pourtant, loin de ses engagements écologiques et en totale contradiction avec ses déclarations de bonnes intentions, l'Union s'apprête à déclarer prioritaire une liste de projets énergétiques dont plus d'un tiers sont des projets gaziers fossiles. Nous sommes 103 aujourd'hui à vous demander de revoir la copie. Cette liste est un non-sens scientifique, une erreur économique et, surtout, une faute politique.

C'est un non-sens scientifique, parce que l'on sait depuis longtemps déjà que 84 % des ressources fossiles connues aujourd'hui ne doivent pas être utilisées.

C'est une erreur économique, parce que continuer à investir dans des projets fossiles extrêmement coûteux entrave notre capacité à faire porter nos efforts d'investissement là où le besoin de financement est si important. Non, vraiment, quelque chose ne va pas quand l'Union veut injecter près de 29 milliards d'euros dans des projets climaticides.

Accepter cette liste serait une faute politique, enfin, parce que la liste qui nous est proposée est dangereuse pour la planète, et donc pour les populations qui l'habitent.

Oui, chers collègues, nous devons réviser au plus vite les orientations RTE-E et les critères qui les accompagnent, pour que plus jamais l'Europe ne puisse investir dans les énergies fossiles. Mais il nous faut déjà, pour les deux années à venir, une nouvelle liste de projets excluant les énergies fossiles.

Chers collègues, ne nous trompons pas sur le sens de l'Histoire. Au lendemain de la guerre, l'Europe s'est construite autour de l'acier et du charbon et a voulu asseoir la paix sur la croissance. C'est désormais autour des industries vertes et de la sortie des énergies fossiles que nous devons construire l'Europe. Notre prospérité doit nécessairement conjuguer sobriété et justice.

Ms Simson, you could have – you should have – turned your back on this proposal from your predecessor and chosen to become the Commissioner of the real Green Deal.

Dear colleagues, I know that many of you have doubts about this list. It is time to express them and to act accordingly.

Il est temps de changer de modèle pour protéger l'avenir, il est temps d'oser poser des actes forts.

Je vous appelle, ce mercredi, à choisir le pacte vert, à choisir l'écologie, à choisir l'avenir et à refuser cette liste.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Mr President, two months ago I presented my views on the future of the Trans-European Networks – Energy (TEN-E) Regulation before the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE). This evening I have the opportunity to address this important issue before this plenary.

In the Green Deal Resolution adopted in January, Parliament stressed the importance of modern, clean, secure and smart new energy infrastructure for delivering the European Green Deal. I share the same vision. Turning this vision into reality requires making the TEN-E Regulation adopted in 2013 fit for Europe's future energy system and fully aligned with the European Green Deal.

If we want to make Europe the first climate-neutral continent by 2050, we have no time to lose. As you know, the Commission was due to carry out an evaluation on TEN-E this year. I have decided to accelerate this evaluation and in parallel to start work on a revision of the TEN-E Regulation in order to present a legislative proposal in December 2020.

The overarching objective is to design a future-proof framework that will allow us to fund the infrastructure we need for the European Green Deal. The focus will clearly shift to deploying clean energy across the whole economy in the most efficient way. By 2050, the share of electricity in the total energy consumption is expected to be more than double. We need electricity infrastructures and innovative technologies such as smart grids, offshore wind and hydrogen that works. Also carbon capture, storage and utilisation and energy storage.

The new framework should in particular look at promoting sector integration, and I will consult widely stakeholders in the preparation of the proposal. And of course I will involve Parliament early on.

I commit to speed up work as much as possible, but we cannot risk cutting corners. That's why December is our targeted date for adoption. I hope Council and Parliament will be able to process this proposal quickly, as they have done for other priority proposals in the past. But it is possible that the new regulation will not be in force in time for the adoption of the 5th projects of common interest (PCI) list in fall 2021.

In this case, I intend to already ensure that the process for the selection of the 5th list of projects of common interest will already reflect the European Green Deal priorities. That means, firstly, that the sustainability criteria for all candidate projects will be strengthened to take better into account for each project its CO₂ and methane emissions.

Secondly, I will strive to integrate more energy transition projects in the 5th PCI process, in particular smart clean CO₂ infrastructure projects. I commit to work closely with the Member States and project promoters to help bring forward these projects. And, thirdly, I will strengthen the involvement of Parliament during key steps in the selection process, including the regional groups.

I intend to establish a continuous political dialogue with you and the ITRE Committee. I will be guided by the objective to include more innovative projects enabling the transmission of renewable and decarbonised gases and projects enabling the smart integration of electricity and gas networks.

Finally, the oral question asks how we will approach the funding from the Connecting Europe Facility (CEF) of the projects in the 4th PCI list. The PCI label is a precondition for CEF funding, but not a guarantee.

While respecting the current rules and procedures, the Commission will ensure that the European Green deal will provide the background against which the selection process for PCI funding will be assessed. I note that already the CEF Regulation governing the financing of PCIs gives priority to electricity projects over gas.

Honourable Members, I have set out my views for the future of TEN-E. In this light, I hope that Parliament will vote in favour of the 4th PCI list. The list includes key infrastructure projects that sustain the increasing share of renewables, address the remaining energy security challenges and underpin the modernisation of an integrated infrastructure.

Electricity projects make up three quarters of the 4th PCI list. An objection to the 4th PCI list would mean that the 3rd PCI list remains in force, a list with 40% more gas projects than the new list. As a consequence, key electricity inter-connectors and energy transition projects such as the North Sea wind-power hub, new smart green projects and new CO₂ network projects would not be eligible for funding under the Connecting Europe Facility.

I have set out how I intend to work on an energy infrastructure policy fit for the future. I will work closely together with Parliament. I count on your input and support for making the TEN-E policy a driving force for Europe's climate neutrality transition.

Maria da Graça Carvalho, on behalf of the PPE Group. – Mr President, Commissioner, I call for an urgent revision of the TEN-E Guidelines – a revision consistent with the energy and climate objectives in all the five dimensions of the Energy Union: decarbonisation, security of supply, internal energy market, energy efficiency, more research leading to affordability and breakthroughs in low-carbon technologies.

The European Commission has recently published the fourth list of projects of common interest. This list is based on the current guidelines, not taking into account the new climate ambition. On Wednesday we are voting on an objection to this list, but we must not forget that if the fourth list is rejected, we will fall back on the third. That list includes 40% more gas projects than the Commissioner just said, compared with the fourth.

It is much less ambitious in terms of climate change goals. The revision I'm asking for is also an opportunity to reassess some of the PCIs. The Commission should consider the crucial needs of certain regions, as is the case of the projects of the Iberian Peninsula and other regions in Europe.

Miriam Dalli, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we are discussing today concrete projects that should be in line with what we were discussing just a few weeks ago in this same Chamber: the European Green Deal. In our quest to move towards carbon neutrality by 2050, we need to make sure that we invest in the proper infrastructure today. We can do this with the full understanding that different parts of the EU have different realities, but at the same time also understanding that investments need to be made in cleaner sources and not locking countries' reliance on fossil fuels. In the full list of energy projects that we are discussing, there are still fossil fuel projects, including oil-supply projects. I understand that interconnection projects are necessary to ensure security of supply and solidarity among Member States, which until today are still disconnected; however, this 4th list goes further and opens the door to heavy investments in completely new fossil fuel pipelines and infrastructures.

Things have changed drastically since the fourth Projects of Common Interest (PCI) list was drafted, including in the formation of Member States that makes the European Union as a whole, and this has to be taken into account, something which is clearly lacking in the formulation of this list. Now, going back to the 3rd PCI list is not what we need, but money should be invested in projects that can really help us move forward in the right direction. It is for these reasons that the European Commission needs to carry out all the sustainability assessments required to ensure that money is invested in projects that can really make the European Union carbon neutral by 2050. It is only if we do this that we are really making sure that we have projects that are in line with what we want to achieve with the European Green Deal.

Morten Petersen, *for Renew-Gruppen*. – Hr. formand! Jeg er allerførst glad for at se kommissæren tilbage i god behold efter at have besøgt mit hjemland her i sidste uge. Og jeg håber, at kommissæren har haft god mulighed for at se, hvordan der arbejdes med den grønne omstilling, eksempelvis med udbygning af offshorevind på Nordsøen.

For det er jo netop et eksempel på et område, hvor der er brug for grænseoverskridende investeringer i den grønne infrastruktur. Grænseoverskridende grønne investeringer, som netop bør være i fokus i disse projekter af fælles interesse. Det er jo kun på den måde, vi kan få et reelt indre marked for energi, ved at vi binder markederne sammen. Og det haster med den grønne omstilling, det er – som vi alle ved – en politisk bevægelse, der kræver, at vi handler. Det gælder også den måde, vi investerer på, og ikke mindst hvad det er, vi investerer i, hvorfor den diskussion, vi har i aften om de såkaldte PCI'er, er utrolig vigtig.

Det duer selvsagt ikke, at vi investerer forkert, og at vi investerer sort i stedet for grønt. Og vi skal passe på, at vi ikke investerer i projekter, der risikerer at ende som det man kalder »stranded assets« på engelsk, og det er derfor, at vi fra Renew's side ønsker at skubbe mest muligt på, så vi kan ændre de grundlæggende kriterier for investeringer, vi foretager, så vi sikrer, at investeringerne er i overensstemmelse med Paris-målsætningerne. Vi vil også gerne sikre, at EU-Kommissionen bruger sin mulighed for at vurdere alle projekter, så vi sikrer, at de lever op til netop disse målsætninger, og jeg er glad for at høre kommissærens tilsagn om at speede processen op i forhold til revision af de grundlæggende kriterier, for det haster netop, så vi kan sikre, at vi investerer grønt og ikke sort.

Og så lad mig lige sige, at jeg er helt på linje med, hvad der er blevet sagt tidligere: Den her fjerde liste er at foretrække frem for den tredje liste, men vi skal sikre os, at vi reviderer de helt grundlæggende kriterier, det er vigtigt for den grønne omstilling.

Markus Buchheit, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind eine Volksvertretung, und daher Schluss mit Lobbyinteressen wie dem *Green Deal*. Worauf es den Bürgern doch eigentlich ankommt, sind im Wesentlichen zwei Faktoren: nämlich erstens eine günstige und zweitens eine sichere Energieversorgung. Ein wesentliches Ziel muss die Garantie von Versorgungssicherheit sein, und dabei geht es ganz klar um Diversifizierung. Abhängigkeiten von einzelnen Playern sind zu vermeiden.

Versorgungssicherheit muss auf mehreren Säulen ruhen, und Nord Stream 2 könnte einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten. Gemeinsam selbstverständlich mit LNG-Terminals und der besseren Anbindung an weitere Projekte zur Gasversorgung aus dem Ausland. Wenn ich höre, dass den Grünen zu viele Gasvorhaben in das TEN-E-Programm einbezogen werden, aus der gleichen Gruppe dann aber auch die Forderung nach der Abschaltung von Kohlekraftwerken kommt und in Ländern wie Deutschland auch der Atomstrom vor dem Aus steht, dann frage ich mich, ob Sie die Versorgung der Verbraucher einzig und allein den Launen der Natur überlassen wollen.

Gleichzeitig brauchen wir aber auch Kostensenkungen, insbesondere im Strombereich. Es kann nicht angehen, dass Privatunternehmen durch das Aufspringen auf die Fördermöglichkeiten des TEN-E-Programmes bisherige Investitionsversäumnisse auf den Steuerzahler umwälzen. Zudem muss eines ganz klar sein: Die Gas- und Stromversorgung ist ein hochsensibler, ja ein strategischer Bereich unserer Infrastruktur, bei der wir es nicht zulassen dürfen, dass sie zu Erpressungsmasse wird – weder durch ausländische Staaten, wie im letzten Falle China in Deutschland, noch durch Firmen wie 50Hertz.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, thank you Commissioner. I have to say, when I read the Green Deal of the Commission, it reads very promisingly.

It's talking about bringing Europe on a new path to a new economy, and it's talking about a move away from harmful subsidies. And then at the same time, you are defending here the 4th list of these projects of common interests, which are fossil subsidies. You are here defending just more fossil subsidies. Where is the Green Deal promise of a new path? Where is that? Even you acknowledged in your speech already that everything will be better when we do the 5th list, but for now we have to accept the 4th list. That's not how I expected a new Commission with a new ambition.

And to my colleagues who are saying: well, okay, it's not ideal but let's do it for now – are those the same colleagues who said a couple of months ago: 'there's a climate emergency, we need to act now'?

And now we say: oh, let's just give more fossil subsidies to fossil fuel projects which will make us more dependent of a gas lock-in and will not bring us to a climate-neutral economy that is so desperately needed.

This is really a mistake: you can change it. That was the old Commission. The new Commission can do better now.

Robert Roos, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de aanleg van het trans-Europees energienetwerk is bedoeld om de continuïteit van de energievoorziening te garanderen door overschotten en tekorten tussen Europese landen uit te wisselen. Een prima investering in essentiële infrastructuur. Het voorstel betreft onder andere ook hogedrukgasleidingen, maar onze groene collega's in dit huis zien niets in gas en willen investeringen in deze infrastructuur geschrapt zien.

Maar hoe naïef is dat? Zij willen namelijk ook geen kernenergie. Alleen zonne- en windenergie, maar met die keuze heb je altijd een *back-up* nodig, voor als er geen zon en wind is. De groene collega's moeten toch erkennen dat gasgestookte energiecentrales dan de beste oplossing zijn. Wij moeten deze investering doorzetten omdat betaalbare energie en betrouwbare energievoorziening noodzakelijk zijn voor onze economie.

Met deze gasnetwerken hebben wij ook het probleem in Nederland opgelost en kunnen acht miljoen huishoudens hun gasaansluiting behouden. Dan hoeven wij niet met zijn allen aan zo'n malle warmtepomp.

Sira Rego, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, sin duda alguna este debate hubiese sido impensable hace un tiempo y seguramente es posible gracias, en parte, al empuje de los jóvenes que luchan en contra del cambio climático en las calles. Y por esa razón también, desde nuestro Grupo hemos considerado hoy hablar de la objeción a los proyectos de interés común, porque entendemos que en algunos casos no están justificados ni económicamente ni ambientalmente.

Un ejemplo: el proyecto de interconexión del golfo de Vizcaya. Un proyecto de un enorme coste económico que solo garantiza el beneficio de los lobbies del oligopolio, y que en ningún caso resolverá el problema energético de nuestro país.

Por todo ello, lo que les pido es que nos contagiemos de ese espíritu, de ese sentido común de la juventud que lucha en la calle, y que hagamos que el dinero público vaya destinado a proyectos que sirvan para desarrollar de forma sostenible nuestros territorios.

Ignazio Corrao (NI). – Mr President, as one of the 17 MEPs who supported the veto against the 4th PCI list during the last vote in the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE), I can unequivocally confirm my intention to vote against this list again.

After the many nice words and promises I heard on a greener future, it would be interesting to see the results of this objection, because we have to be clear: by allowing this 4th list, we would once again be in favour of a future made of fossil fuel. By allowing this list, we would spend billions of euros in investments that could become obsolete in the not-so-distant future. By allowing this list, we would go against the aspirations and dreams of thousands of young people who, in recent years, have taken to the streets in an awe-inspiring call for a better, greener future. We cannot just ignore that. We can't answer passion with indifference and inaction. We can't lose credibility. That's why I confirm my firm support to this objection and against this 4th list of Projects of Common Interest, which is nothing but a betrayal of the new generation, who want fewer words but real change.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Wir alle wollen die Energiewende so schnell wie möglich. Deshalb enthält die PCI-Liste auch Vorschläge für den Ausbau grenzüberschreitender Stromnetze. Wir bauen Netzengpässe an den Grenzen wirklich wunderbar aus. PCI leistet so einen entscheidenden Beitrag für einen echten europäischen Binnenmarkt, den wir ja gerade für die Erneuerbaren so dringend benötigen.

PCI bereitet aber auch das Wasserstoffzeitalter vor. Dafür brauchen wir Investitionen in Gasnetze und Gasspeicher. Wir brauchen Gas als Brücke für die Energiewende, gerade in Osteuropa. Von 80 % Kohle wie in Polen auf erneuerbare Energien umzusteigen – natürlich geht das nur mit flexiblen Gaskraftwerken, die für Energiesicherheit sorgen.

Liebe Kollegen von den Grünen, wie kann man dagegen sein? Die Grünen sagen: Wir investieren nicht in fossile Energieträger, nicht in Gas, wir lehnen die Liste ab. Das ist blanker Populismus, um schöne Schlagzeilen im *greater mainstream* zu bekommen. Sie wissen genau, dass eine Energiewende nur mit dieser Liste funktioniert, mit Gasinfrastrukturen, mit neuen Stromnetzen. Sie wissen aber auch genau, dass diese Liste im Europäischen Parlament natürlich eine Mehrheit bekommt. Sie wollen schön sauber bleiben, andere sollen die Drecksarbeit machen. Die machen wir gerne, weil wir Nachhaltigkeit und Verantwortung ernst nehmen.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi ci rendiamo conto che questa lista contiene anche dei punti critici e naturalmente legittima anche dei dubbi. Tuttavia noi riteniamo – perlomeno per quanto riguarda la mia opinione e le opinioni dei membri della ITRE e del mio gruppo – che oggi in qualche modo in questa lista ci sia un certo equilibrio e che tenga conto anche di fonti che sono innegabilmente utili nella fase di transizione.

Aggiungo che questa è una lista indicativa, che non tutti i progetti saranno approvati, e quindi se le priorità sono cambiate si potrà lavorare anche all'interno di questa lista. Non va presa tutta come oro colato. E poi la considerazione prevalente, e giuridicamente nessuno la può smentire, è che se rifiutiamo questa lista torna in vigore il terzo elenco che è innegabilmente peggiore, è innegabilmente contro gli obiettivi ambientali.

Allora il punto adesso è lavorare perché nella prossima lista ci sia innanzitutto un coinvolgimento pieno, signora Commissaria, del Parlamento, e soprattutto lavorare, da qui alla risoluzione che verrà presentata a marzo, perché si possa anche in questo margine di tempo cogliere tutti quegli elementi che possono anche non solo modificare e magari rivedere i progetti o mettere in fondo alle priorità i progetti più critici, ma anche decidere come dobbiamo lavorare perché nelle prossime scelte ci sia un rigoroso rispetto degli obiettivi ambientali e dei temi posti da tutte le nostre scelte sulla transizione e sulla decarbonizzazione. Ma per queste ragioni riteniamo che sia sbagliato respingere, cogliendo l'obiezione, questo quarto elenco.

Christophe Grudler (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, nous devons développer nos réseaux transfrontaliers d'énergie pour garantir à nos citoyens une énergie accessible, sûre et durable.

Si nous votons pour l'objection et donc contre la liste, c'est la liste de 2017 qui sera active avec 53 projets gaziers, contre seulement 32 pour la nouvelle. Cette quatrième liste n'est pas parfaite, mais elle va dans le bon sens, celle du pacte vert. 98 % des nouveaux projets sont de bons projets, respectueux de l'environnement. Ne les bloquons pas.

Il faut aussi arrêter le psychodrame populiste: non, les infrastructures gazières ne transportent pas que du gaz fossile. Demain, elles transporteront de l'hydrogène décarboné, du biométhane, des gaz verts. Nous en avons besoin.

Alors, oui à cette liste et améliorons ensemble la concertation et les critères avec la Commission, avec le Parlement, pour élaborer dès maintenant la cinquième liste de 2021, sur la route du pacte vert.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich möchte mal ein paar Dinge geraderücken: Es ist jetzt mehrfach gesagt worden, dass die dritte PCI-Liste ja viel schlimmer ist als die vierte. Das stimmt, das hat niemand bestritten. Aber der springende Punkt ist der: Die großen Gasprojekte, die auf der dritten Liste standen, sind entweder fertiggestellt oder wurden längst abgebrochen. Das heißt, wenn wir auf die dritte zurückfallen, ist das aus dem Blickwinkel gar nicht so schlimm. Und ich will noch etwas geraderücken: Anscheinend hat hier niemand die Artelys-Studie gelesen, die ja jetzt vor Kurzem auch erst veröffentlicht wurde, und die Energieberatungsagentur stellt ganz klar: Um unseren Gasbedarf bis 2050 zu decken und um auch grüne Gase und Wasserstoff transportieren zu können, was hier alles genannt worden ist, brauchen wir keine neue Infrastruktur. Das heißt, diese 29 Milliarden Euro sind *stranded assets*, wie es vorhin schon gesagt worden ist, und dieses Geld sollten wir besser für eine echte Energiewende investieren, und darum bitte ich Sie.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Próba zatrzymania czwartej listy PCI pokazują ideologiczną ślepotę. Lista ta jest wynikiem osiemnastomiesięcznych konsultacji z różnymi zainteresowanymi stronami, łącznie z przedstawicielami organizacji konsumenckich i ochrony środowiska. De facto została ona zaaprobowana przez komisję ITRE poprzez odrzucenie dużą większością głosów rezolucji blokującej. Przeciwnicy tej listy powinni po prostu uszanować ten wynik, tym bardziej że dane dotyczące produkcji energii są jednoznaczne. Według nowego badania think tanków Agora Energiewende i Sandbag produkcja energii z węgla w Unii Europejskiej spadła w 2019 roku o 24%. Mniej więcej połowa produkcji energii została zastąpiona przez odnawialne źródła energii, druga połowa jednak została zastąpiona przez gaz. Liczby te wyraźnie pokazują, że nawet najbardziej ambitne plany nie mogą pozostawić gazu w tyle. Kraje Europy Środkowej i Wschodniej rozumieją tę logikę. Ich koszyk energetyczny nie może zostać zmieniony z dnia na dzień. Gaz pozostanie tu przez kolejne dziesięciolecia, czy to się podoba, czy nie.

Jeszcze ideologiczna... (Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Marc Botenga (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je pense que nous devons changer les règles de manière urgente.

Vous nous présentez aujourd'hui une liste avec quelques dizaines d'investissements dans le gaz fossile polluant. Ce sont des milliards d'euros dans des énergies qui, finalement, risquent de tuer, parce que c'est du poison pour l'environnement, du poison pour notre planète, du poison même pour notre air.

Vous proposez d'investir notre argent, l'argent du contribuable, dans du poison, plutôt que de prendre cet argent et le mettre dans du renouvelable, dans des énergies propres. Cela, je ne le comprends pas.

Il y a un deuxième aspect qui me dérange. La semaine passée, j'ai discuté avec votre collègue de la Commission, je lui ai posé la question et que m'a-t-il répondu? D'abord, il m'a dit que je ne devais pas prendre trop au sérieux ce qu'il avait écrit. Ensuite, il m'a quand même dit que vous alliez taxer davantage. Cela, pour moi, est inacceptable. On va vendre du poison aux gens et on va les taxer sur ce poison. Ils vont payer deux fois. S'il vous plaît, arrêtez ça, changez les règles.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, ovdje govorimo o strateškim projektima za Europu, međutim moramo reći kako oni utječu na naše sugrađane i na kućanstva.

Ovdje ću spomenuti jedan projekt koji nažalost demantira ovaj Vaš zeleni plan, a i demantira Europu kao prostor vladavine prava. Naime, pod točkom 6. točka 5. ove liste nalazi se LNG terminal u Omišlju na Krku. Radi se o neekonomičnom, netransparentnom i nedemokratskom projektu. Projekt je protivan prostornim planovima općine i Županije primorsko-goranske, projekt je protivan volji građana općine i županije.

Ovim projektom gasi se Aarhuška konvencija koja dozvoljava građanima pravo na pristup informacijama, koja im daje pravo na suodlučivanje u ovakvim okolišnim stvarima. Kako je projekt uopće završio na ovom popisu nije jasno jer je potreban interes barem dvije države da bi on ovdje bio, a osim dvije javne hrvatske kompanije nitko se nije javio. Dakle, radi se o dvije i pol milijarde metara kubnih plina kojeg nemamo gdje skladištiti, nemamo kome prodati i nemamo gdje potrošiti. A što je najgore, člankom 12. posebnog zakona definirano je da ako će se javiti gubitci, a hoće, da se oni prebacuju na korisnike. *(Predsjedavajući je prekinuo zastupnika)*

Tom Berendsen (PPE). – Voorzitter, wij staan voor een complexe opgave en wij kunnen onze doelen alleen bereiken door stap voor stap verstandige keuzes te maken. Zo is het een verstandige keuze om te investeren in haalbare en betaalbare oplossingen en om geen technologieën van tafel te vegen omdat zij simpelweg niet passen in een bepaald ideaalbeeld. Een voorbeeld daarvan is CO₂-afvang en -opslag, een technologie die essentieel is voor het verduurzamen van de industrie. Ik vind het dan ook mooi om te zien dat er geïnvesteerd wordt in dit soort projecten op de Noordzee.

Het is ook een verstandige keuze om in bepaalde delen van de Europese Unie te investeren in de overstap van kolen op gas. Want dat is een stap die met het oog op een haalbare en betaalbare transitie in bepaalde delen van de Europese Unie simpelweg niet overgeslagen kan worden.

Het is een verstandige keuze om te investeren in Europese infrastructuur. Dit moeten wij bij uitstek op Europees niveau aanpakken en niet in de lidstaten afzonderlijk, want straks kan iedere lidstaat wel zelf invullen hoe energie wordt opgewekt. Maar tezamen kunnen wij ervoor zorgen dat wij elkaar aanvullen, elkaars pieken en dalen opvangen en de efficiëntie, energiezekerheid, flexibiliteit en betaalbaarheid vergroten.

Maar, collega's, laten we dit niet vergeten: de Europese Unie kan dit niet alleen. Om de klimaatverandering tegen te gaan, zal de rest van de wereld mee moeten doen. De enige manier waarop wij hen kunnen inspireren, is door in Europa een haalbare en betaalbare transitie tot stand te brengen en verstandige keuzes te maken.

Robert Hajšel (S&D). – Vážený pán predsedajúci, ja chápem obavy všetkých kolegov, ktorí hovoria, že nie je dobré, ak budeme znova investovať do projektov, ktoré zahŕňajú aj fosílnu palivá. Na druhej strane treba si povedať, že tento štvrtý zoznam je pokrokom oproti tretiemu zoznamu. Ten tretí zoznam obsahoval naozaj viac ako 40 % plynových projektov o viac ako 40 % viac, a takisto treba povedať, že tento štvrtý zoznam obsahuje teda menej o 40%, a takisto obsahuje oveľa viac elektrických interkonektorov, ako aj inteligentné elektrické siete.

Ja viem, že to nie je, má ďaleko tento štvrtý zoznam, aby bol dokonalý, ale je to dobrá cesta k tomu, aby sme začali plniť tie ciele, ktoré sme si určili v našej zelenej dohode. Treba však povedať, že tým, ak schválime tento štvrtý zoznam, musíme nástožiť na Komisii, aby predložila revíziu nariadenia o transeurópskych energetických sieťach, ktoré určujú kritériá ako selektovať tieto programy a ako selektovať projekty do budúcnosti. Aj som za to, aby sme do budúcnosti a aby aj piaty zoznam zahŕňal predovšetkým tie projekty, ktoré sa zameriavajú na využívanie obnoviteľných zdrojov a samozrejme aj elektrických inter- interkonektorov a samozrejme aj všetkých inteligentných sietí. To je jediná cesta, ak chceme naplniť to, čo sme si predsavzali v našom, v našej zelenej dohode.

Martin Hojsík (Renew). – Mr President, Commissioner, I would be so happy if we would have time to wait until the new 5th list comes out and it's going to be all green and better, but we should listen to the science. We all say that we listen to the science and not to the people on the street, so let's listen to the science. Let's actually realise that we don't really have that time. We don't have time to wait for the 5th list. We actually have to use every euro we have for the transition. We cannot afford a stranded investment that we're going to face in a number of those projects on the 4th list.

Of course, the situation is not black and white. What we see is an increased number (of course it's the 3rd list) of good projects. So what should we do? Yes, I believe we should reject this list, and it's up to your Commission to immediately then come up with a new version of the 4th list: a version that would be climate-proof and Green Deal-proof. And I hope this is something that you can make for the Europeans and for the planet.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiamas pirmininke, gerbiama Komisare, labai apgailestauju, kad Europos Parlamentas turi teisę tik atmesti arba pritarti visam bendro intereso projektų sąrašui neišskiriant konkrečių projektų. Nors pritarti kolegų susirūpinimui dėl vis dar didelių investicijų į dujų infrastruktūrą. Šįkart ketvirtam sąrašui pritarisiu, kadangi jame yra Baltijos šalims svarbus elektros sinchronizacijos su Europa projektas. Tai ne tik geopolitiškai svarbus projektas. Ateityje jis padės išskleisti ir vėjo potencialą Baltijos jūroje. O kalbant apie būsimąjį penktąjį sąrašą norėčiau, kad transatlantinės energetikos infrastruktūros gairės būtų pakeistos taip, kad ateityje Europos Parlamentas galėtų ir pats atrinkti projektų sąrašą. Kad nebūtų tik tarp pritarimo ir atmetimo. Ačiū.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, laissez-moi vous raconter une histoire.

C'est celle d'une Commission européenne qui, poussée par la mobilisation des jeunes pour le climat, prétendit faire de l'urgence écologique sa priorité. Elle se vêtit d'un habit vert et multiplia les belles promesses; elle leur donna même un joli nom, le *green deal*, pour montrer à quel point elle était sérieuse.

Mais la Commission se trouva fort embarrassée quand le temps des décisions fut venu. Augmenter les objectifs de réduction des émissions? N'allons pas trop vite! Réviser la politique agricole commune? Trop tard, le projet est déjà bouclé! Arrêter de financer les énergies fossiles? Un autre jour, peut-être... La Commission proposa plutôt de soutenir de nouveaux projets gaziers. Pourtant, les études qu'elle avait faites étaient sans appel: une baisse de la consommation de gaz naturel était indispensable pour atteindre la neutralité carbone en 2050. Mais il ne fallait pas déranger les amis des lobbies du gaz.

Ce mercredi, notre Parlement peut mettre un terme à cette triste fable. En votant notre objection, vous refuserez de financer des projets anti-écologiques et mettrez un coup d'arrêt au double discours de la Commission. Soyons enfin cohérents.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Grüne Deal kann nur funktionieren, wenn wir für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung Sorge tragen, und dazu braucht es eine Energieinfrastruktur. Und zur Energieinfrastruktur gehören zwingend die Projekte, die auf Ihrer vierten PCI-Liste aufgeführt sind. Ich unterstütze Sie nachdrücklich, Frau Kommissarin, mit Blick auf den Vorschlag, den Sie vorgelegt haben.

Es ist völlig richtig, dass wir auch Gasprojekte weiter unterstützen und fördern. Gas ist eine Übergangstechnologie, eine Brückentechnologie, auf die wir nicht verzichten können. Der Kollege Pieper hat es angesprochen: ein Land wie Polen, das aus der Kohleverstromung aussteigen soll. Ja, also in welcher Welt leben wir denn? Natürlich brauchen wir als Übergangstechnologie Gas. Und deshalb halte ich es für verantwortungsvoll und kann Sie nur unterstützen, dass wir auf diese Brückentechnologie eben auch setzen. Mit Blick auf die Wasserstofftechnologie, die zu entwickeln ist – auch dafür können wir die Leitungen brauchen. Es stimmt eben nicht, dass alles schon gebaut ist – Gott behüte. Wenn ich in meine Heimatregion schaue: In Bayern ist südlich und südöstlich noch nicht ein Kilometer gebaut, und natürlich brauchen wir diese Projekte auch.

Also, Frau Kommissarin, ich hoffe sehr, dass Sie für Ihren Vorschlag morgen eine solide Mehrheit bekommen. Unsere Fraktion wird Ihren Vorschlag unterstützen. Und ich bitte einfach auch die Kolleginnen und Kollegen, doch mit Augenmaß heranzugehen. Wer den Grünen Deal will, muss auch manchen Ländern die Gelegenheit geben, eben für eine Übergangszeit noch auf Gas zu setzen, und dazu brauchen wir die Infrastruktur.

Mohammed Chahim (S&D). – Mr President, unfortunately, we can only object to or accept the current projects of common interest (PCI) list as a whole. We do not have a say on individual projects, and I have many objections. First, no environmental assessment has been undertaken. What are the effects of the current list with respect to the European Green Deal and ambition of this Parliament? This list will lock us into fossil fuels for the next decades. It would be irresponsible to spend billions of taxpayers' money on these projects. Second, talking about the taxpayers' money, the current PCI list contains more than 20 UK projects, of which 6 are not linked to the EU at all. Should we really pay with our taxpayers' money for projects between the UK and Norway while we know that many regions in Europe need

that money for their transition? The only way for us to get an adapted list is to vote against the current list. We need a list that serves the European common interest, and is in line with our ambition towards a sustainable Europe.

So, colleagues, vote like I will – for the objection.

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Mr President, three months ago in this Parliament, in this House, we declared a climate emergency. A month after that, the Commission came forward with its answer: the Green Deal. It was supposed to be ambitious climate leadership from Europe, and now we are here today looking at a list where we continue funding fossil gas projects on a massive scale.

If we are honest about it, this is nothing more than self-betrayal. This is not the climate leadership that our youth and the climate movement are expecting of us. So the Commission has to think again about not continuing the policies of the past, but instead investing in the future.

The UN Environment Programme's Emissions Gap Report called on the EU to refrain from any investment in fossil fuel infrastructure, including new natural gas pipelines. We are locking our emissions to a level which is unsustainable for decades to come. So I appeal to the Parliament that we vote down this list and start a Green Deal today rather than just talking about it.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, this vote is a defining moment for this Parliament. The projects of common interest list of energy infrastructure projects contains 55 fossil fuel projects. The recent Artelys report on gas supply security in the EU, commissioned by the European Climate Foundation, acknowledges the role of existing gas infrastructure in protecting the EU's energy security, and the report says the new gas projects on the PCI list are not necessary. Therefore, we risk wasting EUR 39 billion of unnecessary money on gas infrastructure projects. Gas is not a transition fuel and its total greenhouse gas emissions surpass those of coal. We should acknowledge, as well, that the PCI process is legally unsafe and is leaving itself open for legal challenge in the Member States due to the reckless behaviour of the Director-General for Energy in compiling a list of projects without taking on board the climate impacts. If we vote for this, it just means that we don't give a damn about the Paris Agreement and that the Green Deal is a load of nonsense.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Kære kollegaer, kære kommissær Kadri Simson, endnu engang er den grønne omstilling blevet til en ordenes kamplads, der ikke handler om de rigtige og de ansvarlige løsninger for miljøet og klimaet, men snarere om politisk profilering.

Vi hører nu skoleeksempler på grøn populisme, når det handler om den fjerde PCI-liste. Det er trist, og det varsler ilde for den grønne omstilling. Den fjerde PCI-liste indeholder bl.a. den såkaldte »North Sea Wind Power Hub«, et samarbejde mellem Danmark, Storbritannien, Tyskland, Holland, Norge, Sverige, Irland, Frankrig og Luxembourg. Et projekt, der har potentiale til at levere omkring 20 % af EU's energiforbrug. Afviser vi derfor den fjerde PCI-liste, vil dette projekt blive udskudt på ubekendt tid.

Modstanderne af den fjerde PCI-liste er utilfredse med de gasprojekter, der findes på listen. Det er på trods af, at gas er en vigtig energikilde i overgangen til en fossilfri fremtid. På den nye liste er der faktisk kun 32 gasprojekter mod 53 på den gamle.

Lad os nu gå pragmatisk til den grønne omstilling, den er for vigtig til populistiske snuftagsløsninger. Den fjerde PCI-liste er et vigtigt skridt mod en bæredygtige fremtid med forsyningssikkerhed og grønne arbejdspladser.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, comisaria Simson, todo este debate puede evitarse si la próxima lista se consulta de verdad y se planifica con este Parlamento. Llama a veces también la atención ver cómo países que no cumplen sus objetivos de renovables en 2020 quieren dar lecciones a quien sí ha cumplido, sí que está cumpliendo, y nos quieren decir cómo hay que hacer las cosas en el futuro. Los colistas en renovables no pueden decir que abandonar el carbón es tan simple y que no podemos utilizar el gas.

Por tanto, necesitamos planificar ese futuro. Más del 60 % de nuestro consumo final son energías fósiles, y eso es lo que tenemos que cambiar en la próxima generación. Y tenemos que hacerlo de forma justa, evitando frustraciones en todas las direcciones. Necesitamos avanzar en energías renovables, en electrificación, en desarrollo de redes inteligentes, en el acoplamiento sectorial y, además, en conexiones para la energía eólica marina.

¿Conseguimos alguno de esos objetivos rechazando la cuarta lista y volviendo a la tercera? Mi respuesta es no. No vamos a tener más proyectos eléctricos, sino menos. No vamos a garantizar más proyectos de redes inteligentes, sino menos. No es garantizar menos proyectos de gas, sino que es poner más gaseoductos. Por lo tanto, no traslademos mensajes engañosos a los ciudadanos. Hay que alinearse con los objetivos climáticos de la Unión Europea, garantizando la seguridad energética a los Estados miembros y, además, trabajar por la neutralidad con ambición, pero también con rigor.

Descarbonizar nuestra economía es un proceso que tenemos que hacer entre todos.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Herr Präsident! Frau Kommissarin, Sie sagten uns gerade, Sie möchten beim PCI-Prozess möglichst schnell vorankommen. Möglichst schnell – das reicht uns nicht. Die Europäische Kommission legt uns eine PCI-Liste vor mit Energieprojekten, die im gemeinsamen europäischen Interesse liegen soll. Und was finden wir darauf? 32 fossile Erdgasprojekte. Diese Liste bindet uns in Europa jahrzehntelang an fossile Energie, gegen den *Green New Deal*, gegen die Erfordernisse der Pariser Klimaziele und gegen die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Klimanotstand. Diese Liste versenkt Milliarden Steuergelder in einem fossilen Grab, in einem Europa, das laut derselben Europäischen Kommission bis 2050 klimaneutral sein will. Das ist total absurd!

Wir wollen eine Ablehnung dieser PCI-Steinzeitliste und eine neue Bearbeitung der TEN-E-Regulierung, und zwar nicht möglichst schnell, sondern jetzt! Wir wollen, dass fossile Erdgasprojekte ersetzt werden durch Elektrizitätsprojekte, durch *smart build* und durch erneuerbare Energieprojekte. Wir wollen, dass im Herzen der zukünftigen Strategie zur Industriepolitik der Kommission der Klimaschutz liegt, und zwar mit einem eigenen Kapitel über erneuerbare Energien. Das wollen wir diese Woche, hier und jetzt, und zwar schnell.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – Mr President, we declared a climate emergency; now the hard work begins to deliver on the Paris Agreement and increase our ambition to reduce emissions by 55% by 2030. We're not going to do this by building terminals for importing fracked gas. We're not going to do this by increasing leaks of methane. If projects of common interest don't protect our common home, if they're not Paris compatible, then they must be scrapped. So let's power-up offshore wind, invest in energy efficiency and retrofit every home in Europe over the next 30 years. Lower fuel bills, saving the planet: it's a win-win. What's not to like? Commissioners, back to the drawing board. Fáilte mhór and welcome to my new colleagues in the Green Group here in Europe and a big shout out and comhghairdeas to my newly-elected Teachtaí Dála in the Irish parliament in Dáil Éireann. Let the green wave continue.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Moim zdaniem wniosek o odrzucenie listy czwartej, która ujrzała światło dzienne po kilkunastu miesiącach konsultacji i pracy, również legislacyjnej, i która jest listą wyważoną, gdyż uwzględnia cele klimatyczne, ale też konieczność zapewnienia bezpieczeństwa energetycznego, jest niezgodny ze zdrowym rozsądkiem. Państwo nie patrzą bowiem na całą Europę, gdyż pochodzą z jednego kraju albo przynajmniej z tych krajów, które gospodarczo dosyć dobrze sobie radzą. Co więcej, wniosek ten nie traktuje poważnie uzgodnień legislacyjnych z ubiegłej kadencji Parlamentu. Większość z Państwa jest w Parlamencie po raz pierwszy i nie brała udziału w tamtych negocjacjach, więc przypomnę, że chodzi między innymi o pakiet elektroenergetyczny „Czysta energia”, w którym zobowiązaliśmy państwa członkowskie do zwiększenia liczby połączeń transgranicznych oraz przejścia na mniej emisyjne niż węgiel źródła energii elektrycznej. O tym była już mowa, że musimy mieć rzeczywiście możliwość dokonania transformacji energetycznej, odpowiedniego przejścia z węgla na gaz i w związku z tym na gospodarkę mniej emisyjną niż dotąd. Wydaje mi się to zupełnie oczywiste, zwłaszcza że idzie o projekty o znaczeniu strategicznym.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Επίτροπε Simson, ασφάλεια εφοδιασμού, διαφοροποίηση πηγών ενέργειας και ενέργεια σε χαμηλές τιμές για τους πολίτες και τη βιομηχανία είναι οι βασικοί άξονες στους οποίους οφείλουμε να κινούμαστε ενόψει της μετάβασης στην οικονομία χωρίς άνθρακα το 2050. Η διαδικασία της μετάβασης είναι απαραίτητο να υποστηριχτεί από έργα κοινού ενδιαφέροντος, αλλά και από το καύσιμο μετάβασης που είναι το φυσικό αέριο. Χώρες που καθορίζουν την επιτυχία του εγχειρήματος του Green Deal, όπως η Γερμανία, στηρίζονται στην ενεργειακή ασφάλεια που προσφέρει το φυσικό αέριο. Στον τέταρτο κατάλογο έργων κοινού ενδιαφέροντος περιλαμβάνονται ο EastMed, ο IGB, το FSRU στην Αλεξανδρούπολη και η αποθήκη φυσικού αερίου στην Καβάλα. Είναι όλα έργα μετάβασης και μεγάλης γεωπολιτικής σημασίας. Καλύπτουν την ασφάλεια εφοδιασμού στην Ελλάδα και είναι απαραίτητο να γίνουν για να μπορέσουμε να προχωρήσουμε στον δρόμο προς την πλήρη απολιγνιτοποίηση. Σημασία έχει οι υποδομές αυτές να μπορούν να χρησιμοποιηθούν και για υδρογόνο και για πράσινο φυσικό αέριο. Όχι να πυροβολήσουμε σήμερα τα πόδια μας· όχι να επιστρέψουμε στον τρίτο κατάλογο· όχι να στερήσουμε από τις χώρες που δεν έχουν τις οικονομικές δυνατότητες τη δυνατότητα να προχωρήσουν στη μετάβαση με τον καλύτερο δυνατό τρόπο.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, j'avoue que je comprends les citoyens qui commencent à ne plus nous faire confiance, à nous, les élus européens.

Lors de cette session, le Parlement européen sera amené à voter un accord commercial avec une dictature, au nom des droits de l'homme. Et nous avons aujourd'hui une liste de la Commission, liste d'infrastructures de 29 milliards pour des projets gaziers, au nom de l'environnement. Alors je vous avoue qu'il est difficile de s'y retrouver.

On sait très bien que le gaz fossile contribue à un quart du réchauffement climatique. En plus, le gaz fossile que vous voulez soutenir est un gaz qui soutient la fracturation, hautement polluante et dangereuse pour l'air, pour l'eau et pour la santé.

Soyons cohérents avec nos engagements et les engagements qui sont demandés non seulement par les citoyens, mais aussi par les scientifiques. Des centaines de scientifiques du GIEC nous demandent de prendre des mesures tout de suite.

Rejetons la liste, mais aussi, Madame la Commissaire, venez au plus vite avec un changement de règlement et avec une liste revue.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President. I agree with colleagues who said that this is one of the most serious decisions that this Parliament has been faced with.

If we don't reject this list, then it will stand as a monument to our hypocrisy. Because what we're looking at is Member States who committed to stopping subsidising fossil fuels by 2025 actually agreeing to commit and tie us – lock us – into that dependence for 40 years. It is utter lunacy when we're supposed to be committing to being carbon neutral by 2050, and you simply can't do it if we agree with this list.

Projects which have been assessed as being unnecessary and unviable. A waste of EUR 29 billion that could be used elsewhere, and scandalous projects like liquid natural gas, importing fracked gas into Ireland. And I genuinely believe that the PCIs are legally unsafe, as there hasn't been an assessment of the climate impacts.

And can I ask what the common interests are on the list, when they've been put together with so much pressure from the Trump administration, be it through tariffs on the auto industry or the military presence on Polish soil? It's a long way away from an independent, environmentally-friendly energy policy.

Eleonora Evi (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, delle due l'una: o la nuova Commissione europea capisce di aver presentato una lista totalmente sbagliata, e quindi capisce l'errore e ritira la proposta e ne propone una nuova che sia veramente *climate proof* e *future proof*, oppure il *Green Deal* è una grande menzogna.

Oggi usare soldi pubblici, soldi dei cittadini europei per finanziare progetti che sono ancora legati alle fonti fossili è qualcosa di folle e inaccettabile. Costruire oggi infrastrutture che diventeranno presto degli *stranded assets* non ha senso. Costruire oggi delle infrastrutture per trasportare il gas con tutte quelle che già esistono, con la domanda in calo, con le previsioni che peraltro la stessa Commissione europea fa in tutti gli scenari della *long-term strategy* che indicano una riduzione della domanda fino al 90 %, non ha senso.

Se almeno noi qui al Parlamento europeo vogliamo essere credibili davanti ai cittadini, non possiamo approvare questa lista presentata dalla Commissione. Dobbiamo assolutamente rigettarla e non possiamo permetterci di sbagliare, perché non abbiamo altro tempo.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Mr President, I say to the House: Members, I have listened very carefully, and what I can say is: I heard different views on the project list. But there was one common thing, a common call for more climate action and increased ambition, and the Commission shares your call.

We are committed to make Europe the first carbon-neutral continent by 2050. And I'm glad that most of you expressed support for the Commission's plan to revise the TEN-E Regulation by December 2020. Because a modern, secure and smart energy infrastructure will sustain this energy transition and help us roll out the large-scale deployment of energy from renewable sources.

With a future revision, we intend to bring the TEN-E framework fully in-line with, and fully supportive of, Europe's climate objective. We will be supporting investments that help to bring about more renewable energy solutions and new technological innovation.

On the 4th PCI list, I hope you can see this list as another step forward, a cleaner energy infrastructure system. It supports key new electricity projects that help us step into more renewables and the digital potential of our grid. We will have, clearly, the European Green Deal in mind when addressing the funding of projects from this list and other self-regulation. This list is not a guarantee.

However, it is clear to me that the 5th PCI list will be a very different list. Two years after the launch of the Green Deal, sustainability criteria will be thoroughly applied for any projects, including gas candidate projects.

The sustainability tests to pass to be eligible for funds will be stronger, and this Parliament will have a greater say in project selection than its predecessor.

I look forward to our cooperation and future dialogue to make our common vision for tomorrow's energy infrastructure a reality. And a more modern TEN-E Regulation will help us fund the right projects to deliver a cleaner, more secure and more competitive energy system for Europe.

Πρόεδρος. – Η κοινή συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία σχετικά με την αντίρρηση σύμφωνα με το άρθρο 111 του Κανονισμού σχετικά με τον ενωσιακό κατάλογο έργων κοινού ενδιαφέροντος θα διεξαχθεί την Τετάρτη 12 Φεβρουαρίου 2020, στις 12.00 το μεσημέρι. Η ψηφοφορία για την περάτωση των προτάσεων ψηφίσματος σχετικά με την προφορική ερώτηση προς την Επιτροπή θα διεξαχθεί κατά την περίοδο συνόδου του Μαρτίου 2020.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 171 του Κανονισμού)

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament közelmúltbeli döntései megteremtették az alapot és az Európai Unió kötelezettségét arra, hogy a klímaváltozáshoz felelős és megfontolt módon közelítsen. Olyan energetikai átmenetre van tehát szükség, amely nem vezet a fogyasztói energia- és élelmiszerárak emelkedéséhez és nem rontja a gazdasági versenyképességet. Ezért a klímavédelmi erőfeszítéseket össze kell hangolni az ellátásbiztonság és az olcsó, megbízható energiához való hozzáférés fenntartásával. Ebben a folyamatban a 4. PCI-lista fontos előrelépést jelent. A lista egyszerre tartalmaz rekordszámú megújuló energia-projektet, valamint a Közép-Európai régió számára elengedhetetlen földgázinfrastruktúra-fejlesztéseket.

A régió dekarbonizációs erőfeszítéseiben ugyanis megkerülhetetlen szerepet tölt be a földgáz. Végül különösen fontosnak tartom az okoshálózati projekteket, melyek a megújuló energiaforrások rendszer-integrációját fogják elősegíteni Európa-szerte. A 4. PCI-listán szereplő beruházások kivitelezése 2025-ig egy integrált összeurópai hálózat létrejöttéhez vezetne, amivel az Energiaunió célkitűzései is megvalósulnának. Összességében egyetérték a listán szereplő projektekkal, hiszen azok egyidejűleg segítik a klímavédelmet, növelik a tagállamok versenyképességét és az ellátásbiztonságot.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), γραπτώς. – Ο αγωγός EastMed και το ηλεκτρικό καλώδιο Euroasia Interconnector περιλαμβάνονται στα Έργα Κοινού Ενδιαφέροντος στο πλαίσιο του 4ου ενωσιακού καταλόγου στον τομέα της ενέργειας και αφορούν σχεδιασμούς στην περιοχή της Αν. Μεσογείου. Η ανάπτυξη τέτοιων ενεργειακών υποδομών είναι ζωτικής σημασίας για την επίτευξη ασφάλειας, σταθερότητας και ευημερίας στην περιοχή. Η Αν. Μεσόγειος μπορεί να καταστεί εναλλακτική πηγή εφοδιασμού φυσικού αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας προς την ΕΕ, συμβάλλοντας σημαντικά στην ενεργειακή ασφάλεια της ΕΕ. Άλλωστε, στην προηγούμενη ολομέλεια ψηφίσαμε έκθεση που αναφέρει την ενεργειακή ασφάλεια ως σημαντικό παράγοντα για την επίτευξη της στρατηγικής αυτονομίας της ΕΕ. Οι γεωστρατηγικές εξελίξεις και η επιθετική συμπεριφορά της Τουρκίας καθιστούν επιτακτικότερο να προχωρήσουμε με τα έργα αυτά. Επιπλέον, η προώθηση των έργων αυτών δεν αντιβαίνει στους στόχους μας για την κλιματική αλλαγή. Το φυσικό αέριο μπορεί να αποτελέσει εναλλακτική πηγή για τη μεταβατική περίοδο έως ότου επιτύχουμε τον στόχο για μια Ευρώπη ουδέτερη από πλευράς εκπομπών άνθρακα μέχρι το 2050. Η ηλεκτρική διασύνδεση EuroAsia Interconnector θα τερματίσει την ενεργειακή απομόνωση της Κύπρου· του τελευταίου κράτους μέλους της ΕΕ που είναι ακόμη ενεργειακά απομονωμένο. Οποιαδήποτε προσπάθεια διαγραφής του καταλόγου δεν συμβάλει στον στόχο της κλιματικής αλλαγής, αλλά θα έχει σημαντικές οικονομικές και γεωστρατηγικές αρνητικές επιπτώσεις και, ενδεχομένως, ευρύτερα ανατρεπτικές.

15. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι οι αγορεύσεις διάρκειας ενός λεπτού σύμφωνα με το άρθρο 172 του Κανονισμού.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, prošli tjedan smo u Bruxellesu prisustvovali početku rada na Europskom planu borbe protiv raka. I doista, bila je riječ o jednom fenomenalnom događaju gdje smo čuli mnogo priča ljudi i pacijenata iz prakse koji su pokazali koliko Europska unija može razliku napraviti u tom smislu.

Međutim, ja se nadam da neće sve ostati samo na riječima. U tom smislu bih naglasio da Europska unija ima itekakve i regulatorne i financijske instrumente da doista učini borbu protiv raka realnošću i da postigne kvalitetne rezultate u tom smislu. Jedan od najvećih problema je, što se tiče borbe protiv raka, nejednaka dostupnost zdravstvene zaštite u različitim regijama. U tom smislu, velike razlike postoje između srednje i istočne Europe s jedne strane i zapadne i sjeverne Europe s druge strane.

I ovim putem pozivam Europsku komisiju da prigodom izrade Višegodišnjeg financijskog okvira uzme u obzir ove razlike, da investira kroz kohezijsku politiku i druge instrumente u razvoj centara izvrsnosti za liječenje bolesti u zemljama srednje i istočne Europe kako bismo doista omogućili i postigli tu jednaki pristup zdravstvenoj zaštiti za pacijente u svim državama Europske unije.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, Marruecos es un socio preferente de la Unión Europea y en el caso de Canarias y España además un país vecino. Dicho esto, la Unión Europea no puede admitir bajo ningún concepto que Marruecos apruebe de forma unilateral una nueva delimitación marítima de las aguas del Atlántico oriental junto a Canarias, que afecta sin duda alguna a la competencia española sobre dichas aguas.

No estamos ante un asunto menor, tampoco ante un asunto meramente bilateral. Estamos ante una clara vulneración de la legalidad internacional y de las resoluciones de las Naciones Unidas. Estamos ante un ataque a la integridad territorial de un Estado miembro. No caben declaraciones tibias. No cabe esperar a ver qué pasa. La Unión Europea tiene que comprometerse de forma activa para frenar cualquier actuación unilateral por parte de Marruecos.

Y de la mar a la tierra. Me preocupan también enormemente los acuerdos entre Londres y Rabat en relación con los contingentes y precios de entrada del tomate —pero de eso hablaremos en un futuro inmediato—. En esta mi primera intervención en el Pleno, exijo a la Unión Europea que tome cartas en ambos asuntos.

Traian Băsescu (PPE). – Domnule Președinte, zilele trecute aveam sentimentul că cel mai puternic lucru de care avem nevoie este solidaritatea. Tehnologia 5G ne prilejuiește ocazia să ne arătăm solidaritatea.

Din acest motiv, pentru a nu crea discrepanțe între statele membre, propun Comisiei să aibă în vedere realizarea unui plan de implementare uniform pe întregul teritoriu al Uniunii Europene, cu utilizarea unei tehnologii strict produse în Uniunea Europeană și cu reglementări strict emise la nivelul Uniunii Europene, valabile pentru toate statele. Sunt convins că o astfel de abordare va consolida coeziunea între toate statele Uniunii Europene.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych se chtěl věnovat tématu kohézní politika, protože to je podle mého názoru jedna z těch páteřních politik v EU a je skutečně nezastupitelná svým významem pro řadu členských států EU.

Já bych nejprve připomněl smysl kohézní politiky, protože jejím smyslem je zejména odstranit znevýhodnění, kterým trpí určité regiony, slabé regiony, a pomoci jejich růstu. Také samozřejmě pro nové země za to, že splnily všechny standardy EU, které byly naplněny při přístupových rozhovorech, tak je dáno toto dotační pravidlo, resp. tato podpora, která jde především od přímých plátců.

Je velmi nebezpečné, pokud tato politika, která skutečně přispívá k odstraňování rozdílů, by byla oslabována a takhle zatím vypadá, že bohužel bude vypadat nový víceletý finanční rámec. Já chci před tímto oslabováním kohézní politiky skutečně varovat, protože to může vykopat velmi hluboké rozdíly. Samozřejmě, pokud to snížení je objektivní v důsledku brexitu a jiných důvodů, tak tomu rozumím, ale myslím si, že bychom se měli zastat kohézní politiky jako páteřní politiky EU.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedo, já jsem chtěl informovat kolegy a také zástupce Komise o tom, že český Senát, druhá komora Parlamentu, přijal novelu trestního zákoníku, na které jsem pracoval se svými kolegy, která zpřísňuje tresty za týrání zvířat, zpřísňuje otázky tzv. množírny a obecně řeší otázku trestního práva a problematiky zvířete jako živého tvora.

Při těch debatách, které probíhaly na půdě obou komor Parlamentu a také v odborné veřejnosti, se jasně ukazuje, že toto téma je téma evropské a že nemohou jednotlivé země dostatečně efektivně chránit zvířata, která jsou dnes po desítkách tisíc kusů transportována za hrůzných podmínek po Evropě, zvláště z tzv. nových zemí EU do zemí starých.

Jedná se zvláště o tzv. domácí mazlíčky, a byť na první pohled se může jednat o téma marginální, je to téma velmi závažné. Jedná se o obrovské daňové a ekonomické úniky a je třeba, aby Evropská komise toto začala brát konečně vážně a začala toto konečně řešit. Tedy mým cílem je zde vyzvat Evropskou komisi, aby se tomuto tématu začala věnovat.

César Luena (S&D). – Señor presidente, esta legislatura va a ser la del Pacto Verde Europeo y también la de la transición ecológica justa. Hay compromiso político, hay acuerdo, pero, señorías, en este punto quería reflexionar en la Cámara: tiene que haber también recursos. Son muy importantes, imprescindibles, los discursos, pero tenemos que reforzarlos con recursos.

Quiero llamar la atención sobre varios aspectos. El plan de inversiones sostenibles necesitará más fondos; el Fondo para la Transición Justa necesitará más fondos. Y, además, los dos, una mayor claridad y precisión en sus funciones y estructuras. El cambio de modelo productivo y económico, para que se dé de verdad un cambio sostenible, necesitará una reforma fiscal. Por tanto, señorías, conocemos ahora los retos y los objetivos, pero necesitamos más recursos, más fondos, más precisión, más claridad y, sobre todo, una nueva fiscalidad ambiental.

Robert Hajšel (S&D). – Vážený pán predsedajúci, cieľom zabezpečiť spravodlivú transformáciu našej ekonomiky na zelenšiu a digitálnejšiu musíme urobiť všetko preto, aby sme naozaj dosiahli, že táto transformácia bude spravodlivá pre všetkých. To znamená, že ju nezaplatia tie najzraniteľnejšie skupiny obyvateľov a že ju nezaplatia dvakrát. To znamená, že nedostanú žiadnu pomoc zo strany Európskej únie a zároveň sa zvýšia ceny energií. O toto všetko sa musíme postarať. Zároveň máme tu nástroje, ktoré predložila Európska komisia, sú správnym krokom vpred. A to je aj napríklad fond spravodlivej tranzície. Tu opäť musíme zabezpečiť, aby sa peniaze z tohto fondu dostali tam, kde to najviac potrebujeme, teda to tých regiónov, ktoré budú touto transformáciou najviac postihnuté a k tým ľuďom, ktorí budú najviac trpieť. Potrebujeme, aby sme naozaj dokázali pomôcť týmto regiónom, ale aj krajinám, ktoré spolu s týmito regiónmi a v spolupráci s Európskou komisiou vypracujú tieto plány transformácie, ktorá musí byť úspešnou.

Sara Cerdas (S&D). – Senhor Presidente, estamos de momento a trabalhar no novo programa para a investigação e desenvolvimento, o Horizonte Europa. Este programa irá formar os nossos jovens e dotá-los de competências para as mais diferentes áreas profissionais e a investigação. Contamos que essas competências sejam transmitidas por parte do sistema de ensino.

Os Estados-Membros devem, assim, aproveitar os instrumentos da União Europeia para a investigação e inovação, de modo a dotar os alunos e o corpo docente de competências que estejam adaptadas às necessidades reais do mundo laboral.

Tive, recentemente, a oportunidade de reunir-me com empresas ligadas à área da investigação e inovação da Madeira – uma região ultraperiférica – que diziam, justamente, que as necessidades de hoje em dia não são as mesmas do passado.

Espero, assim, que o Horizonte Europa seja usado e potenciado por parte dos Estados-Membros, de forma a apostar numa verdadeira transformação curricular e que se traduza em investigação pioneira e de excelência.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, los pasados 6 y 7 de febrero tuvo lugar en San Martín (Francia) la 24.^a Conferencia de las Regiones Ultraperiféricas, conocidas como RUP. ¿Qué son? Territorialmente, territorios fragmentados y alejados del espacio de integración supranacional. Jurídicamente, las únicas regiones europeas mencionadas por su nombre en el Derecho europeo primario —en el Tratado de Lisboa, artículo 349—. Pero, políticamente, son una plataforma de conciencia identificada con la razón de ser de Europa, que es la cohesión territorial, social e intergeneracional, que está amenazada por un marco financiero plurianual a la baja, lo que en ningún caso puede ser a costa de las políticas ahora llamadas tradicionales como la agricultura, la cohesión y el Fondo de Desarrollo Regional.

Por eso es imprescindible que las regiones ultraperiféricas mantengan el 85 % de cofinanciación para sus proyectos estratégicos. Y su singularidad energética, en integración del comercio global, protegiendo sus productos sensibles, y también frente al reto migratorio en sus fronteras vulnerables. Para mantener a flote a las regiones ultraperiféricas, cuentan con el compromiso de los eurodiputados nacidos y residentes en esas regiones.

Adrian-Dragoș Benea (S&D). – Domnule Președinte, trebuie să conștientizăm că pentru a atinge obiectivele ambițioase din Pactul ecologic european avem nevoie nu doar de soluții inteligente și durabile de transport, ci și de căi durabile de transport, construite în respect față de mediul înconjurător.

Vin dintr-o țară care se confruntă cu consecințele lipsei unui Plan național de management al siturilor și ariilor naturale protejate. Sunt afectate, între altele, lucrări de mare infrastructură, precum autostrada Sibiu-Pitești, sau varianta ocolitoare a municipiului Bacău. Fără aceste investiții nu putem dezvolta România și regiunea Nord-Est, una dintre cele mai sărace din Uniunea Europeană. E de datoria guvernului de la București să urgenteze planurile de management ale siturilor naturale protejate, pentru a nu bloca respectivele lucrări de infrastructură. De aceea, autostrada Moldovei trebuie să fie una prietenoasă cu mediul și să afecteze cât mai puțin flora și fauna din siturile protejate. Pledez în favoarea variantei de autostradă Iași-Bacău-Brașov, soluția optimă de conectare a Moldovei cu Transilvania, doar 8 % impact pe ariile protejate, față de 55 % impact pentru varianta Târgu-Mureș – Iași.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, πριν από αρκετούς μήνες πήραμε την απόφαση —ως Ευρωπαϊκή Ένωση— για επιβολή κυρώσεων στην Τουρκία, λόγω των παράνομων επεμβάσεων της στην κυπριακή ΑΟΖ. Ενώ περιμένουμε ακόμη τα μέτρα, η Τουρκία συμφώνησε με το καθεστώς της Τρίπολης για διαμοιρασμό της θάλασσας μεταξύ τους, πράγμα που ήδη κρίθηκε από την Ευρωπαϊκή Ένωση εντελώς αβάσιμο νομικά και άκυρο.

Τις προάλλες, η Τουρκία ανακοίνωσε νέες παράνομες ενέργειες σε όλη την Ανατολική Μεσόγειο. Διερωτώμαι λοιπόν: αυτή είναι η αποτελεσματικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσον αφορά την επιβολή μέτρων και κυρώσεων σε ένα τέτοιο αρπακτικό κράτος, όπως η Τουρκία; Αυτή είναι η αποτελεσματικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσον αφορά την προάσπιση των δικών της συμφερόντων και του διεθνούς δικαίου; Θεωρώ λοιπόν ότι, όπως το έθεσε και ο κ. Borrell, είναι απλώς θέμα εφαρμογής του διεθνούς δικαίου και η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να βρει τους τρόπους να προασπίσει τα ίδια τα συμφέροντά της.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Domnule Președinte, această decizie poate salva milioane de vieți. Redeschiderea Institutului Cantacuzino din România trebuie să devină o prioritate pentru Uniunea Europeană. În contextul multiplelor îngrijorări actuale legate de evoluția gripei, a rujeolei, mai nou a coronavirusului și a rezistenței microbiene, precum și dată fiind necesitatea creșterii încrederii în soluțiile de imunizare, vă solicit astăzi, onorată Comisie, finanțarea prioritară a acestui obiectiv strategic.

Soluția mea legislativă a fost adoptată de Parlamentul României – ce-i drept, după ce am depus-o de șapte ori acolo –, dar, pentru a fi cu adevărat eficientă, acest obiectiv trebuie să intre într-un plan integrat la nivel european și poate deveni un obiectiv strategic pentru Uniunea Europeană. Astfel vom putea asigura vaccinuri sigure, ieftine și la timp. 21 de vaccinuri strategice erau produse în România, iar Institutul era unul dintre cele șapte institute producătoare de vaccin antigripal la nivel european. Putem asigura produse unice care cresc imunitatea, precum Qantas Timus și Polidinul, și, mai mult decât atât, în situații de criză cum este coronavirusul acum, se poate pune diagnostic precoce și rapid și preveni epidemiile. Cred că acest standard european de calitate în sănătate pe care l-am propus... (Președintele a întrerupt vorbitorul) ... deja în Parlamentul European trebuie să devină realitate.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiamas Pirmininke, šiuo metu aktyviai diskutuojame apie Europos žaliąjį kursą – Europos Sąjungos augimo strategiją, kuri turi ne tik neutralizuoti mūsų poveikį klimatui ir sustiprinti aplinkos ir bioįvairovės apsaugą, bet ir užtikrinti Europos žmonių gerovę.

Bendroji žemės ūkio politika taip pat turės siekti didesnio aplinkosauginio, ekonominio ir socialinio tvarumo. Drauge turės skatinti gyvybingų kaimo vietovių vystymąsi, užtikrindama teisingas pajamas ūkininkams ir kaimo gyventojams.

Tačiau socialinio ir ekonominio tvarumo, būtinų žaliajo kurso sėkmei, mes nepasieksime, jei žemdirbiai skirtingose Europos Sąjungos šalyse ir toliau už tą patį darbą gaus skirtingą atlygį. Lietuvoje ir kitose Baltijos šalyse žemdirbiai, dirbantys pagal tuos pačius reikalavimus, užtikrinantys aukštus maisto saugos ir kokybės, aplinkosaugos ir gyvūnų gerovės standartus, vis dar gauna tiesiogines išmokas, kur kas mažesnes už Europos Sąjungos vidurkį.

Naujasis žaliasis kursas yra istorinė galimybė. Siekiant išsaugoti mūsų planetą ir mūsų vaikų ir anūkų ateitį, mes privalome užtikrinti ir teisingumą, lygias ir sąžiningas galimybes visiems Lietuvos žemdirbiams, taip pat ir vienodai teisingas išmokas.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule Președinte, ieșirea Marii Britanii din Uniunea Europeană reprezintă un moment care nu trebuie tratat cu lejeritate. Este vorba despre pierderea unui membru important al Uniunii Europene, dar și despre modul în care vom continua să cooperăm pe viitor, în interesul tuturor părților implicate, inclusiv a celor 3 milioane de europeni care trăiesc acolo.

Deja aproape jumătate de milion de români s-au înscris pentru dreptul de ședere și se așteaptă ca noi, aici, în Parlamentul European, să le apărăm drepturile, dar mai ales să identificăm noi soluții pentru a relansa proiectul european. În calitate de europarlamentar, reiterez nevoia creării unui statut nou pentru cetățenia europeană, o garanție juridică explicită a statutului de cetățean al UE, fără diferențe, fără inegalități, o garanție pentru un tratament egal. Cetățenii UE susțin acest deziderat, iar în România, de exemplu, zeci de mii de persoane au semnat petiția inițiată împreună cu PES activists România pentru acest lucru. Dezbaterile privind viitorul UE trebuie să pună accent pe viitor, pe cetățeni și pe acest statut nou al cetățeniei europene.

Klemen Grošelj (Renew). – Spoštovani gospod predsednik! Zahodni Balkan so tudi ljudje, ki tam živijo, ne le geopolitični interesi. Ena takšnih zgodb, pomembnih za regijo in Bosno in Hercegovino, so lokalne volitve v Mostarju. Tam preko 105.000 prebivalcev zaradi političnih blokad vse od leta 2008 dalje ne more voliti predstavnikov lokalne samouprave. Vlada jim tehnični župan brez demokratične legitimnosti.

Neznosnost razmer, na katere so s tožbo pred Evropskim sodiščem za človekove pravice opozorili sami prebivalci, je Sodišče potrdilo in razsodilo, da stanje v Mostarju predstavlja kršitev človekovih pravic ter naložilo spremembo volilne zakonodaje.

A BiH je posebna država in Mostar je tudi posebno mesto, v katerem je krvava vojna pustila globoke in marsikje nezaceljene rane. Zato pozivam Evropsko komisijo, naj pomaga prebivalcem Mostarja in Bosne dopolniti volilni zakon v roku, postavljenem s strani Sodišča, ter omogočiti izvedbo demokratičnih volitev.

To sicer ne bo realizacija Komisijinih 14 točk, bo pa konkreten korak naprej v demokratizaciji države, konkreten korak v korist prebivalcem Mostarja in korak v približevanju Bosne vrednotam Evropske unije in članstvu.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Domnule președinte, pădurea face parte din ADN-ul românesc și european. Nu este o surpriză că, la noi, ONG-uri și asociații de cetățeni se ocupă activ de pădure.

Excluderea prin lege a ONG-urilor din administrarea ariilor protejate este o limitare de neînțeles, deoarece ele ar trebui să poată face în continuare proiecte. Acești oameni nu doar cunosc bine pădurea, ei o iubesc, sunt gardienii pădurii, au arătat acest lucru de nenumărate ori. De ce să punem opreliște între ei și menirea lor?

Să nu uităm că, până în 2019, o treime din toate siturile Natura 2000 era administrată de societatea civilă. Statul nu are capacitatea să protejeze pădurea, nu are nici banii, nu are nici oamenii necesari. Ce logică are să oprească cetățenii de la a oferi o mână de ajutor?

Pactul ecologic european este un contract între cetățeni și instituții, dar el nu se va face singur, e nevoie de implicarea oamenilor. Pădurile României sunt pădurile Europei. Aerul nostru, aerul Uniunii Europene vine din pădurile europene.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señor presidente, el Parlamento Europeo es la casa de la libertad y, por eso mismo, la semana pasada invité a ocho líderes de la oposición cubana para que pudieran venir a esta casa a explicar cuáles son las tropelías que está ejerciendo y ejecutando, realizando en definitiva, el dictador Díaz-Canel en Cuba.

Pero el problema es que, cuando uno trata con dictaduras, aparecen los dictadores. Y así se produjo el hecho de que Díaz-Canel y su régimen impidieron la salida de cinco opositores cubanos. No pudieron impedir, eso sí, que tres de esos opositores, porque viven fuera de Cuba, porque viven en el exilio, sí que pudiesen estar en esta casa, en el Parlamento Europeo.

Pero, pese a ello, se produjo una vergonzosa situación y es que el régimen infiltró en esta casa a una serie de personas para acosar y para agredir verbalmente a los opositores. Y lo más vergonzoso de todo es que esas personas pudieron entrar en esta casa como consecuencia de que el Grupo parlamentario GUE/NGL -los que son Podemos en España- les permitió acceder precisamente para boicotear, para romper nuestro acto.

En definitiva, que sepa el señor Díaz-Canel, que sepan los dictadores, que, mientras exista ese tipo de acción contra los derechos humanos y civiles, este Parlamento... *(el presidente retira la palabra al orador).*

Irena Joveva (Renew). – Gospod predsednik, ne gre več z manj. Veste, nisem dolgo v politiki, vendar dobro vem, da gre vsa politika skozi sredstva. Skozi denar, namenjen financiranju skupnih projektov.

Prihajajoči proračun ne bo učinkoval samo v naslednjih sedmih letih, temveč bo podlaga za desetletja prihodnjega razvoja evropskega projekta. Brez zadostnega primerne proračuna ne bo mogoče financirati ambicioznih in potrebnih načrtov za varno, digitalno in zeleno Evropo. Niti ne bo mogoče ohranjati ravni kohezijske in kmetijske politike, ki sta ključni za razvoj Evrope. Pa je nujno tako prvo kot drugo. Kohezijska sredstva se sicer izplačujejo manj razvitim regijam, da, vendar vplivajo na razvoj celotne Unije. Ta pa mora nujno poskrbeti za dve stvari, sicer je v prihodnosti ne bo. To sta enotnost in solidarnost.

In točno temu je namenjena kohezija. Čas je, da se vsi zavemo te realnosti. Potrebujemo več za več.

André Rougé (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, les départements, régions et collectivités d'outre-mer françaises de Guadeloupe, de Guyane, de Martinique, de la Réunion, de Mayotte et de Saint-Martin, que l'on appelle ici les RUP, ne doivent pas être les sacrifiés de la future politique agricole commune.

En 2018, la Commission européenne a proposé de réduire de 3,9 % le budget du POSEI. C'est grâce à ces régions ultramarines que les consommateurs peuvent déguster de nombreux produits exotiques: des bananes, du rhum ou du sucre de canne. Les filières agricoles et agroalimentaires de l'outre-mer doivent être impérativement soutenues. Il en va de la prospérité de nos agriculteurs et de leur famille, de la pérennité de la production agricole locale et des régimes spécifiques d'approvisionnement.

C'est pourquoi, avec Marine Le Pen et le Rassemblement national, nous demandons à la Commission de maintenir *a minima*, voire d'augmenter le budget actuel du régime POSEI.

Gilles Lebreton (ID). – Monsieur le Président, en vertu d'une étrange tradition, les pays qui prennent pour six mois la présidence du Conseil se font sponsoriser par des entreprises privées. De mon point de vue, c'est scandaleux, car cette pratique jette un doute sur l'impartialité des décideurs publics.

L'an passé, la Roumanie s'est ainsi fait sponsoriser par Coca-Cola. Cette multinationale américaine lui a versé plus de 40 000 euros et, en contrepartie, a reçu le droit d'offrir des invitations à des événements publics organisés par la présidence roumaine. Le mélange de l'intérêt général et des intérêts privés était à son comble. Cette année, la Croatie s'était engagée à être exemplaire. Hélas, c'est raté, puisque ce pays s'est fait sponsoriser par le groupe INA, une compagnie pétrolière. Le moins qu'on puisse dire, c'est que ça ne cadre pas très bien avec le projet de pacte vert qui constitue la priorité de la Commission von der Leyen.

Il faut en tirer les leçons et interdire immédiatement le *sponsoring* des présidences du Conseil, sans attendre que l'Allemagne se fasse sponsoriser demain par BMW et que la France en fasse autant après-demain avec la banque Rothschild.

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nei giorni scorsi ci siamo fatti promotori di una lettera al Presidente Sassoli, a mia prima firma e sottoscritta da altri 35 colleghi eurodeputati italiani, con cui chiedevamo che oggi 10 febbraio, in apertura di sessione, venisse dedicato un momento di ricordo ai circa 30 000 martiri delle foibe, profonde cavità carsiche, e a 350 000 italiani esuli da Istria, Fiume e Dalmazia.

Diamo atto al Presidente Sassoli di aver accolto questa richiesta. Un minuto di silenzio e un asciutto messaggio di ricordo. Rimane il rammarico che non si sia, nemmeno in quest'occasione, trovato il coraggio di indicare chiaramente le responsabilità storiche dei partigiani slavo-comunisti del maresciallo Tito, spesso aiutati da quelli italiani, in quella efferata pulizia etnica contro gli italiani.

Quegli italiani sono morti o sono fuggiti da esuli, sì, ma non si dice mai uccisi da chi o per scappare da chi. L'oblio di ieri e il negazionismo e il giustificazionismo di oggi si combattono con il coraggio della verità storica. Finché ci saranno morti di serie A e di serie B, non ci potrà essere vera pacificazione.

Πρόεδρος. – Τον λόγο έχει ο κ. Wallace για ένα λεπτό.

Mr Wallace, did you ask for the floor? Your name is written down on my list.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, what's the topic?

President. – The irregular handling of the Democratic Party's Iowa caucus by the Iowa Democratic Party and the National Committee in the United States and the concerns it raises for the integrity of the US electoral system.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, my colleague, seemingly, is going to speak on that subject. While I have the opportunity, I might as well use my minute. We had a very interesting election in Ireland at the weekend, where the neoliberal parties of Fianna Fáil and Fine Gael got their comeuppance and we had an absolute upheaval. It was a direct response from the people to incredible unfairness in how the country is governed. So many people have been left behind by the so-called 'economic recovery', and sadly, the government have failed to deal with serious problems that were affecting the people. We have a homelessness crisis. We have a housing crisis. They failed to deal with them. We bailed out the banks. We borrowed billions, and we loaded the burden on the ordinary people. We set up a bad bank

called NAMA to deal with distressed assets – they cost the state over EUR 20 billion, and nobody blinks an eyelid. We have a lot of problems, but maybe the elections this weekend will go a little bit towards addressing them.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President, *(inaudible passage)* that this Parliament never misses the opportunity to lecture other countries about their electoral processes or to have a meltdown about electoral interference and yet we're letting the Iowa caucus go without a mention. Bernie Sanders is on top in the polls, even though we all know the Democrat establishment hates him. Then we find out that the Democrats used an app for the Iowa vote count, built by a company that had taken USD 42 000 from another candidate, Pete Buttigieg. The app broke. The Democrats suppressed the result. Mr Buttigieg himself comes out, announces himself the winner and happy days. Now, if this was a reality TV show, we'd be laughing. If it was Iran, Syria or Russia, we'd be suspending the debate here, we'd be apoplectic in our condemnation, but because it's the United States, that great country that spent so much time bringing democracy to the rest of the world, we say nothing. Well, it's a bad day and a blight on any semblance of democracy that this type of carry-on would go on, and I didn't want this to pass without comment.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στις 18 Φεβρουαρίου οι εργαζόμενοι στην Ελλάδα απεργούν ενάντια στο νομοσχέδιο της κυβέρνησης, που διαλύει περαιτέρω την κοινωνική ασφάλιση με συνέπεια η πλειοψηφία των σημερινών εργαζομένων να πάρει λιγότερα από 450 ευρώ σύνταξη. Κατοχυρώνονται οι μειώσεις της προηγούμενης κυβέρνησης του ΣΥΡΙΖΑ και διατηρούνται τα αυξημένα όρια συνταξιοδότησης και η εγγυημένη εθνική σύνταξη φτώχειας των 384 ευρώ. Ανοίγεται ο δρόμος για να τζογάρονται τα αποθεματικά σε επενδυτικά προϊόντα υψηλού ρίσκου. Με την ιδιωτικοποίηση, την εξατομίκευση και τις περικοπές υπάρχει ο κίνδυνος να χαθούν οι κόποι μιας ολόκληρης ζωής.

Η υπονόμευση όμως της κοινωνικής ασφάλισης είναι στρατηγική σας επιλογή. Οι αναφορές σας περί κοινωνικών δικαιωμάτων είναι μεγάλο ψέμα. Ανάλογα αντεργατικά σχέδια προωθούνται σε Γαλλία, Βέλγιο και αλλού και οι εργαζόμενοι απαντούν αγωνιστικά. Με το βλέμμα στραμμένο στη νέα ύφεση που έρχεται διευκολύνετε τους εργοδότες μειώνοντας τις ασφαλιστικές εισφορές, ανοίγετε μια αγορά δισεκατομμυρίων για τα κέρδη των ασφαλιστικών μονοπωλίων και τους μοιράζετε «ζεστό» χρήμα.

Με την πάλι τους εργαζόμενοι και αυτοαπασχολούμενοι θα ανατρέψουν τα σχέδια Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυβερνήσεων, απαιτώντας κοινωνική ασφάλιση με ευθύνη του κράτους και με δωρεάν υπηρεσίες υγείας και πρόνοιας.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule președinte, intervenția mea de astăzi vizează o țară aflată în imediata noastră vecinătate din Parteneriatul estic.

În Uniunea Europeană avem 24 de limbi oficiale. Se pare însă că, pentru autoritățile de la Kiev, nu este suficient că limba română este limbă oficială a Uniunii Europene și, prin legea educației modificată în 2017, prin care li se interzice minorităților accesul la limba maternă, se întâmplă un lucru extrem de grav: minoritatea română se confruntă cu o teză pe care Uniunea Sovietică a creat-o, și anume că limba română nu este altceva decât o limbă străină pentru românii de acolo și că aceștia vorbesc un grai numit limba moldovenească.

Această teză este astăzi un pericol pentru 500 000 de români care vorbesc limba română și, pentru că profesorii de limbă română din Ucraina cer să se revină la limba română, solicit și eu o comisie care să intervină pe această temă. *(Președintele a întrerupt vorbitorul)*

Πρόεδρος. – Η εξέταση επί του σημείου αυτού εληξε.

16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

(Η συνεδρίαση λήγει στις 23.30)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4415

12.7.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. FEBRUAR 2020

(C/2024/4415)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2019-2020

Sitzungen vom 10. bis 13. Februar 2020

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Vorgeschlagenes Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Aussprache)	3
3. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	26
4. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam – Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (Entschließung) - Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam – Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (Entschließung) (Aussprache)	26
5. Wiederaufnahme der Sitzung	48
6. Mitteilung des Präsidenten	48
7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	48
8. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018 (Aussprache)	48
9. Verstoß gegen den Beschluss (GASP) 2017/2074 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela – Illegale Einreise einer in der Sanktionsliste genannten Person in das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaats (Aussprache)	63
10. Plan der USA für den Nahen Osten: Reaktion der EU im Einklang mit dem Völkerrecht (Aussprache)	70
11. Aktuelle Sicherheitslage in Syrien (Aussprache)	80
12. Die neue umfassende EU-Afrika-Strategie (Aussprache)	87

Inhalt	Seite
13. Der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass in Europa (Aussprache)	96
14. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	112
15. Die anhaltende Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Polen (Aussprache)	112
16. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	125
17. Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU (Aussprache)	125
18. Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung: siehe Protokoll	134
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	134
20. Schluss der Sitzung	134

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. FEBRUAR 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.06)

2. Vorgeschlagenes Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Aussprache)

Presidente. – Buongiorno colleghe e colleghi. Saluto la Presidente della Commissione von der Leyen e la ministra della Presidenza di turno.

L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla proposta di mandato per i negoziati per un nuovo partenariato con il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord (2020/2557(RSP)).

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, following the entry into force of the Withdrawal Agreement and the actual withdrawal of the United Kingdom, we are about to embark on the new phase of negotiations. In order to do so, we obviously need to give a mandate to the Union negotiator. Such a mandate should be put on sound foundations. I would like in this respect to set out a few considerations that should guide us when preparing this mandate.

First of all, given the comprehensive mandate called for by the European Council, the scope of the negotiations is very broad. We cannot therefore afford to delay their start. An early start calls for an early adoption of the mandate.

We intend to do that at the General Affairs Council on 25 February. This time constraint is made all the more stringent by Prime Minister Johnson's decision not to extend the transition period beyond the end of 2020. Given the broad scope of the mandate, this will require that several strands of negotiations have to proceed in parallel.

This is a negotiating mandate, not the final outcome of the negotiations. Therefore, it cannot spell out in full detail our expected landing zones, our final offers and the trade-offs we may have to contemplate. Adequate negotiating space should be preserved. Besides – and this goes back to my point about unity and time constraints – a very prescriptive mandate would require more time to resolve possibility, diverging interests and priorities. What we should focus on is the Union's interest in achieving an outcome that is fair and equitable for all Member States and their citizens. Last, we have to factor in the UK red lines. The UK Government's intention is to discontinue free movement, with an obvious impact on mobility and citizens' rights, and also to diverge from the Union's regulatory framework with no less obvious consequences in terms of access to the single market and trade in general.

On the substance of the mandate, regarding the various sectors that should be covered, I think that we largely share the view in the Parliament's position, as reflected in your draft resolution. This means a fair degree of ambition as compared to the Union's relationship with other countries. It should be clear, however, that this cannot amount to giving the UK the same benefit as a Member State, especially in the light of its red lines.

But let me focus briefly on more horizontal aspects of the partnership: governance and level playing field. There should be no doubt here. The EU might be prepared to offer an ambitious free trade agreement with significant market access, but this cannot be to the detriment of the competitive position of EU companies, social and health standards, or state aid rules. In other words, the partnership should include wide ranging provisions on a level playing field, based on high standards. This is all the more relevant given the UK's stated intention to diverge from the European Union. In my view, this is closely linked to the issue of effective dispute settlement enforcement and remedies. There is no point in developing wide ranging level playing field provisions if they cannot be enforced.

I will make two important remarks before closing. First, although we are well aware that the line of the UK's Government is to put an end to the free movement of persons, we should see to it that the future relationship that we will start to negotiate shortly will be ambitious enough in terms of mobility.

Second, and this is a link to my previous remark, these negotiations will keep both our institutions and the Commission busy for quite some time, but this should not make us forget about the Withdrawal Agreement. We should continue to monitor its thorough implementation. There is therefore once again a shared interest all along the coming negotiations in pursuing the good cooperation that we expected during the Brexit phase.

Ursula von der Leyen, *President of the Commission*. – Mr President, it's just two weeks ago that we bid farewell to our British friends by singing 'Auld Lang Syne', and I think it was a most emotional, a very powerful moment in this Parliament: a moment to celebrate the good old times, and I thank you very much for the grace and the kindness of this gesture. This was extraordinary.

Since then, we've set our sights on the future of our relations with the United Kingdom, and we will enter these negotiations with the highest ambition. Because good old friends like the UK and us shouldn't settle for less than this. Prime Minister Johnson said in Greenwich earlier this month that the United Kingdom will, I quote, 'be a global champion of free trade'. Frankly, this is music to our ears, because at a moment when the rules-based trade system is so challenged, we need our partners to join us in making the system fairer and stronger.

And this is what we Europeans have always fought for over the years: a trade system that is open on one side and that is fair on the other side. Because what do free trade agreements do? Free trade agreements must replace uncertainty with a sound set of rules. They create new markets for small and medium enterprises. Free trade agreements must benefit the people. And this is just the rationale that is behind our trade agreements, for instance with Canada and Japan. They are not just increasing our bilateral exchanges of goods, services, people and ideas. They do that too, but not only. They also raise standards on a broad range of issues, from labour rights to environmental. And this is what makes us proud of them: ask our Japanese friends or ask our Canadian friends. They are glad that we have joined forces to put fairness into our globalised economic system. They are glad that they could join forces with the European Union, because frankly, in today's world, size does matter – and we have a Single Market of 440 million people. What I just described – this is the ambition we have for our free trade agreement with the United Kingdom.

And when we agreed the Political Declaration with the United Kingdom, we ambitioned zero tariffs and a zero-quota trade relation for all goods: something we have never ever before offered to anybody else. A new model of trade, a unique ambition in terms of access to the Single Market. But of course, this would require corresponding guarantees on fair competition and the protection of social, environmental and consumer standards. In short: this is plain and simply the level playing field.

We are ready to discuss all different models of trade agreement. But all these models, whatever you choose, have one thing in common: they all come not only with rights, but also with obligations for both sides. For example, if we take the Canada model – and this is a model Prime Minister Johnson referred to – of course, our deal with Canada eliminates tariffs on a wide set of goods, but not on all. And of course, our deal with Canada eliminates most quotas, but certainly not all. For instance, there are still quotas on beef and sweetcorn. And of course, we still have our standards that have to be respected.

And honestly, I was a little bit surprised to hear the Prime Minister of the United Kingdom speak about the Australian model. Australia, without any doubt, is a strong and like-minded partner. But the European Union does not have a trade agreement with Australia. We are currently trading on WTO terms. And if this is the British choice, well, we are fine with that, without any question. But in fact, we are just in the moment where we are agreeing with Australia that we must end this situation, and we work on a trade deal with them.

Of course, the UK can decide to settle for less, but I personally believe that we should be way more ambitious. And the Prime Minister's speech in Greenwich is an encouraging starting point. He recalled everything the United Kingdom has achieved in terms of social protection, climate action, competition rules, and I commend the UK for all of that. Indeed, it is not the time to lower social protection or to be lukewarm on climate action. It is not the time to decrease in terms of competition rules. I have heard ambition in Boris Johnson's speech: ambition on the minimum wage, ambition on parental payments, and he has an ally in me where that is concerned. I have heard ambition on cutting carbon emissions. Ambition on guaranteeing that our firms are competing in full fairness. This is what we also want. Let us formally agree on these objectives. We can trigger an upward dynamic competition that would benefit both the United Kingdom and the European Union.

To our British friends I say: it's in our mutual interest. And most importantly, it would be consistent with the values we share – values of openness, values of fairness, values of social justice and free enterprise. These are not only values for the good old times. These are values to stay.

Thank you very much for your attention. I just wanted to inform you that the Task Force is ready to start the negotiations. We're all set.

(Applause)

David McAllister, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, ladies and gentlemen, the resolution on the draft mandate, which we are debating this morning, is the first proof of work of the newly created UK Coordination Group. As the Chair, I would like to thank all members of our group, as well as the involved Committees and the political groups, for their contributions in an extremely short period of time. In my opinion, the result is a very good and balanced resolution only nine days after Michel Barnier presented the Commission's draft mandate.

Our resolution contains Parliament's views on the content and on the architecture of a future EU-UK relationship. Let me highlight three main principles of particular importance.

Firstly, the integrity and the correct functioning of our internal market, the customs union and the Four Freedoms must be maintained. Secondly, a third country cannot have the same rights and benefits as a Member State of the EU. And thirdly, a level playing field is an overall priority and precondition for any future agreement. We should not, and we will not, enter a race to the bottom.

As Ursula von der Leyen has pointed out, together with our British friends, we should aim for a partnership that goes well beyond trade and is unprecedented in scope: everything from climate action to data protection, fisheries to energy, transport to space, financial services to security. We are indeed ready to design a new partnership with zero tariffs, zero quotas and zero dumping. However a free trade agreement with the UK will not be equivalent to frictionless trade.

Ladies and gentlemen, besides the negotiations on the future relations, the implementation of the Withdrawal Agreement is of particular importance. This concerns especially citizens' rights, financial duties on the protocol on Ireland-Northern Ireland.

Our chief negotiator Michel Barnier, whose work is highly appreciated across party lines in the institutions, has already assured us in the UK coordination group's first meeting to keep Parliament fully informed at all stages of the procedure.

(Applause)

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en nombre del Grupo socialdemócrata queríamos agradecer a la Comisión Europea, y en particular al equipo del señor Barnier, su esfuerzo en la elaboración de las directrices para la negociación del futuro marco de relación entre la Unión Europea y el Reino Unido.

Con la resolución que este Parlamento se dispone a aprobar, juntos lanzamos un mensaje firme: la ambición de la futura relación dependerá de la voluntad del Gobierno británico de aceptar la conformidad con las normas comunitarias en materia social, laboral, fiscal y medioambiental.

El pasado 1 de febrero el Reino Unido se convirtió formalmente en un país tercero y perdió todos sus derechos políticos. Pero en todo lo demás nada cambiará hasta que termine este periodo transitorio. Tenemos once meses para negociar un complejo acuerdo que defina nuestras relaciones futuras. En la construcción de esta nueva asociación debemos asumir que nada será tan próspero como los derechos y los beneficios de la pertenencia a la Unión Europea.

El Grupo socialdemócrata se ha comprometido a alcanzar un acuerdo integral con el Reino Unido. Sin embargo, cuantas más barreras levante el Gobierno británico, más difícil será lograr un acuerdo ambicioso. Por el contrario, si el Reino Unido tiene la voluntad de mantenerse en un terreno de juego equilibrado como un competidor leal, estaremos en condiciones de ofrecer una asociación que garantice la prosperidad de los ciudadanos y ciudadanas de ambos lados del Canal de la Mancha. Y, para garantizar esta prosperidad, estamos dispuestos a ofrecer un ambicioso acuerdo de libre comercio, sin aranceles ni cuotas, para todos los bienes que entren en el mercado común y otro para los servicios.

Además, si queremos que este beneficio sea real también necesitamos una asociación sólida en materia de cooperación judicial, de seguridad y defensa, de apoyo al orden multilateral, así como abordar cuestiones como la pesca, el transporte, la energía y los servicios financieros.

Pero nuestra oferta no puede hacerse a cualquier precio. Permítanme que sea clara. El Reino Unido tiene que garantizar una competencia leal, autorizar el acceso de las flotas europeas a sus aguas y mantener su compromiso con el Tribunal Europeo de Derechos Humanos en cuanto al cumplimiento de sus sentencias. Además, exigiremos que España tenga la última palabra en los debates entre la Unión Europea y el Reino Unido que afecten a Gibraltar, tal y como ha sido ratificado en las directrices de la Comisión.

Nuestro éxito en las negociaciones dependerá de si somos capaces de hacer prevalecer la que ha sido hasta ahora nuestra mejor arma: la unidad. Solo con la Comisión como única interlocutora con el Reino Unido, y con la plena implicación de este Parlamento para la aprobación última, podrá la Unión Europea preservar el nivel de unidad alcanzado hasta ahora. Juntos hemos logrado proteger la integridad del mercado único, la Unión Aduanera y las cuatro libertades —incluyendo la libre circulación de los ciudadanos—.

No olvidemos que nuestro proyecto se articula sobre la base de un compromiso con valores que son exactamente los contrarios a los manifestados por algunos líderes británicos, impregnados de nacionalismo y de una falsa idea de superioridad. Ahora que afrontamos la relación futura, tenemos la obligación de defender los principios democráticos y las libertades fundamentales que han permitido que nuestro proyecto europeo siga adelante.

Nathalie Loiseau, au nom du groupe Renew. – Monsieur le Président, le Royaume-Uni a choisi de quitter l'Union européenne et nous, nous avons choisi de la renforcer. Certains pourraient y voir une contradiction qui rendrait la négociation sur l'avenir de notre relation plus ardue. Je crois qu'il n'en est rien.

Il n'en est rien, parce que nous respectons le choix des Britanniques. Ce choix de sortir non seulement de l'Union européenne, mais aussi du marché unique et de l'union douanière, est un choix assez radical, mais nous le respecterons. Il a des conséquences qui sont loin d'être négligeables et qui changent profondément la relation que nous pouvons bâtir ensemble.

Il n'en est rien, parce qu'une Europe forte est dans l'intérêt du Royaume-Uni. Nous sommes des voisins, des alliés et nous sommes le premier partenaire de Londres en termes d'échanges commerciaux, mais aussi d'échanges humains. La géographie est têtue, les faits sont têtus, et nous devons les regarder en face.

Il n'en est rien, parce que nous avons d'immenses défis à relever ensemble: le changement climatique, le terrorisme, les cyberattaques, les virus se moquent des frontières. Il nous faut inventer de nouvelles manières de les combattre ensemble car séparément, nous serions tous perdants.

Nous sommes prêts à un partenariat étroit, solide, durable avec le Royaume-Uni, mais nous sommes aussi porteurs de convictions fortes auxquelles nous sommes profondément attachés et que le Brexit ne peut remettre en cause. Nous avons des normes élevées pour protéger les consommateurs, pour protéger les travailleurs, pour protéger la vie privée et les données personnelles de nos concitoyens et pour protéger notre planète. Nous ne sommes pas prêts à marchander ce pourquoi nous nous sommes tant battus, ce pourquoi nous continuons à nous battre.

Le projet de mandat que nous soutenons pour la négociation avec le Royaume-Uni est l'illustration de ces convictions fortes qui nous animent; il propose un partenariat sans précédent par son étendue et par son ampleur, à la hauteur de ce qui nous rassemble. Il demande donc en retour des contreparties sans commune mesure avec celles qui figurent dans d'autres accords avec d'autres partenaires de l'Union européenne – parce que le Royaume-Uni n'est pas pour l'Europe le Canada, ni le Japon, ni la Corée du Sud, ni Singapour; il est bien plus proche, bien plus important, bien plus interdépendant. Le Brexit n'a vocation à détruire ni les liens qui unissent nos économies, nos cultures et nos peuples depuis des siècles, ni à détruire la construction européenne.

Peter Kofod, *for ID-Gruppen*. – Hr. formand! Briterne er og bør fortsat være vores gode venner, tætteste allierede og nærmeste samarbejdspartnere. Jeg ønsker en aftale med briterne, der klart tilgodeser og respekterer de britiske ønsker om at kunne bestemme mere selv hjemme i nationalstaten, f.eks. over, hvem man ønsker at give adgang til sit eget land eller give adgang til forskellige ydelser.

På samme tid ønsker jeg et stærkt samarbejde med briterne, f. eks. på handelsområdet, hvor det er væsentligt hjemme, i mit eget land, i Danmark, for fortsat at kunne holde fast i en af vores tætteste og allerbedste handelspartnere. Faktisk trådte Danmark i sin tid ind i det, der var forløberen for EU, netop fordi vi ønskede at blive ved med at handle med Storbritannien.

Da briterne meldte sig ud, gjorde de det klart, at det ikke var en udmeldelse af verden eller Europa, men at det bare var en udmeldelse af EU-systemet. Det synes jeg på mange måder er sympatisk. Jeg håber, vi kan lave en aftale med briterne, der betyder, at brexit respekteres, samtidig med at vi fortsat kan have et meget tæt partnerskab til glæde og gavn for briterne og for os andre, hvor vi reelt deler interesser og værdier; et samarbejde, der baserer sig på sund fornuft og ønsket om fælles bedste i stedet for nærmest nyreligiøs dyrkelse af EU-føderalisme, hvilket desværre engang imellem kan ske i dette hus.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, deux faits: le premier, c'est que le Royaume-Uni et l'Union européenne sont liés par la géographie. Ça ne risque pas de changer, donc nous avons intérêt à entretenir des relations aussi étroites et aussi amicales que possible. Deuxièmement: tout le monde au Royaume-Uni, loin s'en faut, n'est pas un nationaliste anglais. L'Union européenne compte au Royaume-Uni beaucoup, beaucoup d'amis; ne nous les aliénons pas.

En matière commerciale, a priori, les ambitions de l'Union européenne et du Royaume-Uni sont antagoniques, puisque le Royaume-Uni souhaite un accès maximal au marché européen, mais refuse l'alignement réglementaire qu'exige, de son côté, l'Union européenne.

Je nous invite donc tous à être créatifs en la matière. Je m'explique: en règle générale, les accords de libre-échange sont utilisés par les milieux d'affaires, je veux dire les détenteurs de capitaux, pour forcer un nivellement par le bas des conditions de travail et de rémunération, des normes sociales, environnementales ou fiscales. Nous pourrions nous saisir de l'occasion d'un traité de libre-échange avec le Royaume-Uni pour faire l'inverse.

Aujourd'hui, les législations du Royaume-Uni et de l'Union européenne sont parfaitement alignées dans les domaines de compétence de l'Union européenne, mais donc pas en tout. Dans certains domaines – je pense à la protection de la vie privée, je pense évidemment aux normes sociales – l'Union européenne a des normes plus ambitieuses que le Royaume-Uni. Mais il est d'autres domaines où c'est le Royaume-Uni qui a des normes plus ambitieuses que l'Union européenne – pour certains aspects de la politique environnementale, ou encore en matière de régulation bancaire.

Nous pourrions fixer dans le nouvel accord une règle par laquelle les deux partenaires s'engageraient à appliquer celle des deux normes qui est la plus ambitieuse – et par la plus ambitieuse, j'entends la plus protectrice de la santé, de la vie privée, des conditions de travail et de rémunération, de l'environnement. De la sorte, nous aurions une forme d'émulation vers le haut entre le Royaume-Uni et l'Union européenne. Vous allez me dire que cela ne s'est jamais fait. Eh bien, figurez-vous que je pense que c'est le genre d'accord de libre-échange que beaucoup de nos concitoyens souhaitent aujourd'hui, autrement dit à des lieues de celui que nous allons voter bientôt avec le Viêt Nam.

Derk Jan Eppink, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the EU and Britain have entered a tense year. Time is limited and pressure is mounting to agree on an FTA this year. Formally, the negotiation is aimed at agreeing to a legal set of rules, but there is more to it. There is a mindset that varies on both sides of the Channel.

Every bureaucracy tends to cling to its own rules, awarding them holy status. In that respect the EU bureaucracy is not much different from the mandarins that once ruled the Chinese empire. It regards itself as the centre of the world, and of all wisdom. The British mindset is different. Having been an empire itself, Britain derives cultural self-confidence from the idea that it is still an empire. The old empire does not want to be run by a possibly new one, so it left.

What are the lessons, Mr President? The EU should not be bitter. Brexit is done and we have to put our citizens first. The EU has to be pragmatic and purpose-driven rather than rules-obsessed; focussed on tangible mutual interests, not on bad feelings. The current British government is the most stable in Western Europe – a big majority for five years. Who else can say that? But it should not overestimate the margins of divide and rule that worked for centuries – but not anymore.

Results will only be attainable through political will: the will to succeed. This – though wordy – resolution is the starting point to negotiate. Mr Barnier, you are an experienced negotiator. I hope you will be able to bridge both mindsets – divided by 30 kilometres of water, but still two worlds apart.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Bei den Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union geht es eben nicht nur darum, wie die zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gestaltet sein werden – nein, es geht um viel mehr: Es geht eigentlich um die Zukunft der Europäischen Union und – missverstehen Sie mich nicht, das ist nicht das Endspiel, und die kommenden elf Monate werden auch kein Endspiel werden, aber es kann ein entscheidender *game changer* sein. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird auch darüber entscheiden, ob die Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder eine Entwicklung außerhalb der Union das attraktivere Entwicklungsmodell ist.

Bislang fehlt in dieser Debatte hier heute ein zentraler Aspekt: Es ist am Ende nicht die Wirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern es sind die Bürgerinnen und Bürger, es sind die sogenannten einfachen Leute, die darüber entscheiden werden, welches das attraktivere Entwicklungsmodell sein wird. Das lehrt uns der Brexit. Das Mandat, das wir hier besprechen, muss deshalb die Interessen der Bevölkerung der Europäischen Union und der britischen Bevölkerung in das Zentrum der Verhandlungen stellen.

Meine Fraktion begrüßt die klaren Aussagen zur Vermeidung von Steuerdumping, zum Schutz von Arbeitnehmerinnenrechten und Arbeitsstandards, zum Verbraucherschutz, zum Umweltschutz. Kein Mensch braucht einen weiteren verschärften Steuerdumpingwettbewerb, kein Mensch will schlechtere Arbeitsbedingungen, außer denen, die davon profitieren, und das sind nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kurz, wir wollen höchste Standards, den Schutz des Friedens in Nordirland und die demokratische Kontrolle des Verhandlungsprozesses. Viele andere Aspekte des Mandats sehen wir jedoch sehr kritisch bis ablehnend, zum Beispiel die Fragen der militärischen Zusammenarbeit, den positiven Bezug auf die NATO, die geheimdienstliche Zusammenarbeit. Wir werden uns im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler konstruktiv in den Planungsprozess einbringen, in dem Wissen, dass ein harter Brexit noch immer möglich ist und das in niemandes Interesse ist.

Christophe Hansen (PPE). – Monsieur le Président, au terme de la phase de transition, le coût du Brexit aura dépassé les contributions cumulées du Royaume-Uni au budget depuis son adhésion, il y a 47 ans. Ce fait ne vient que confirmer la conviction de tous ceux qui disent que le Brexit est une folie du point de vue économique.

Le Royaume-Uni quitte l'Union, mais reste en Europe et restera sans aucun doute l'une des économies les plus dynamiques à nos portes.

En tant que rapporteur de la commission du commerce international, je dis clairement que ce que nous offrons au Royaume-Uni va au-delà de tous les accords de libre-échange conclus à ce jour par l'Union européenne. Nous offrons une relation libre de droits de douane et libre de quotas limitatifs. Ce qu'on demande en contrepartie, c'est une concurrence à armes égales, pour éviter toute course vers le bas en matière réglementaire, fiscale, environnementale et sociale.

Ce qu'on appelle dans notre jargon le *level playing field* doit être digne de la *Premier League*, aujourd'hui et après la phase de transition. À cette fin, nous avons aussi besoin d'un arbitre à la hauteur du défi. Pour ce Parlement, il est clair que lorsqu'il s'agit de droit européen, cette instance ultime ne peut-être autre que la Cour de justice européenne.

Il est évident qu'un accord de libre-échange ne pourra jamais reproduire l'appartenance au marché unique, mais soyons clairs: le niveau d'ambition de cet accord sera aussi fonction du calendrier restreint imposé par la contrepartie britannique.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

Pedro Silva Pereira (S&D). – Madam President, we are here to discuss a very important resolution on the political guidelines for the negotiations between the European Union and the UK – 21 pages, 103 paragraphs, but perhaps the most important is the front page, the signatures of the leaders of a number of major political groups in this Parliament, showing that there is a vast majority supporting this resolution and how united we are in defending our common vision and our common interests. We call on the Member States to do the same, to refuse any bilateral negotiations at this stage, and to act as a bloc, with the Commission and Mr Barnier being the sole negotiators on our part.

We are clear about what we want to achieve – a sound and ambitious strategic, political and economic relationship – but we also say, loud and clear, that we will ensure open, but also fair, competition, a proper level playing field and no regression on the high European standards of environmental, social and labour protection, and also consumer rights and food safety.

We've heard some messages of refusal of this by the UK Government, but this will have proportional consequences in terms of the access of the UK to the European market, undermining the ambition of our trade agreement.

Let me conclude by recalling that the first pillar of the future economic relationship with the UK was already agreed in the Withdrawal Agreement. It has to do with Northern Ireland, the alignment of Northern Ireland and border controls in the Irish Sea. So we will work for a new agreement for the future, but we will also ensure full implementation of the commitments in the existing Withdrawal Agreement.

Morten Petersen (Renew). – Fru formand! Det er på alle måder trist, at et så stort og nærtstående land har valgt at melde sig ud. Det er trist for dem, det er trist for os. Til gengæld er det godt og stærkt, at den beslutning, vi behandler her i dag, er så omfattende, og at den er udarbejdet af så bredt et flertal i Europa-Parlamentet, som tilfældet er. For det sender et meget vigtigt politisk signal om, at vi fra Europa-Parlamentets side vil sikre ensartede og fair spilleregler i det videre samarbejde, såkaldt *level playing field*. Hvorfor? fordi det ikke går, hvis vi skal konkurrere på lavere standarder inden for miljø, inden for klima, inden for forbrugerbeskyttelse. Det går ikke, hvis vi skal konkurrere på lavere skattesatser, og det går ikke, hvis England måtte forvente fuld og fri adgang til EU's indre marked uden samtidig at leve op til de regler og krav, der måtte gælde her.

Vi må ikke gamble med EU's indre marked. Det er en kronjuvel i samlingen, som vi skal passe på.

Vi har på helt kort sigt en ganske særlig udfordring hvad angår fiskeriet: Der er mange jobs på spil, der er mange menneskers levebrød på spil. Det er vigtigt at sige i den sammenhæng, at forhandlingerne om fremtidens fiskeri hverken kan eller skal ses isoleret fra forhandlingerne om samhandlen generelt.

Så det bliver alt sammen svære forhandlinger på en meget trist og dramatisk baggrund, men ambitionen må være, at vi skaber et stærkt partnerskab til glæde for alle.

Nicolas Bay (ID). – Madame la Présidente, oui, nous devons, bien sûr, avoir une relation privilégiée avec le Royaume-Uni. Notre niveau de vie similaire et notre civilisation commune nous y invitent. Mais cela ne signifie pas pour autant qu'il faille tout lui céder.

Monsieur Barnier, vous avez proposé il y a quelques jours, je cite, «d'éliminer tous les droits de douane et tous les quotas sur les biens échangés avec le continent». En clair, il s'agirait d'un accord de libre-échange et Philippe Lamberts, il y a quelques instants, a fait la même proposition. Vous passez des accords de libre-échange avec le monde entier – ce sera le cas tout à l'heure avec le Vietnam – mais vous ne supportez pas, finalement, que le Royaume-Uni ne fasse plus partie de l'union douanière. Il est désormais un pays tiers, et il faut s'en rendre compte.

Le risque serait de le transformer demain en une porte d'entrée des produits venus du monde entier ne respectant pas nos normes et de mauvaise qualité. La priorité est de protéger nos intérêts, par exemple ceux des pêcheurs français qui réalisent 30 % de leur chiffre d'affaires dans les eaux britanniques. Soixante-dix pour cent des exportations de pêche du Royaume-Uni sont faites vers l'Union européenne; nous avons là un levier colossal pour les négociations futures, pour qu'elles nous soient favorables. Je sais que vous n'appréciez pas la méthode Trump, mais elle fonctionne en matière économique. Nous devons nous en inspirer. Notre marché, nos consommateurs et nos pêcheurs ont droit à ces protections que vous leur refusez systématiquement.

Le Brexit est l'occasion de changer de modèle et d'en mettre en place un nouveau.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, I have to be honest: it's a very special moment I think, because it's the first time that we discuss Brexit here in this House without having our UK colleagues being here, and I must say that apart from a bunch that was sitting over there, I really truly miss them, and I think it shows again how sad it is that this Brexit is happening.

Now, I had the great pleasure and the honour to do my Erasmus year in the beautiful city of Edinburgh. Still, when I go there today, I really feel at home, and I think these are really the ties that we have to cherish also for the future.

And the economic and trade relationships are going to be absolutely crucial in the future. But if we want to build strong foundations, we also have to look at other issues, and that is why I think we have to fight to keep the United Kingdom in the Erasmus programme. Young people did not vote for Brexit, and I think it would be wrong to take away the opportunities from them that I and many millions of Europeans had in the past after Brexit. And that is why, if we want to build a strong relationship for the future, we should fight for a strong Erasmus programme with the UK in it.

Let us leave a light on and build bridges so that the Brits can find their way back home.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Projekt rezolucji zawiera wiele trafnych stwierdzeń i myślę, że grupa ECR może go poprzeć. Bardziej niepokoi jednak duch, który może ożywiać, lub wręcz przeciwnie, negocjacje. Ostatnia wymiana argumentów między Brukselą a Londynem nie napawa wielkim optymizmem. Jest przy tym oczywiste, że kraj trzeci nie może mieć tych samych praw i korzyści co członek Unii, członek EFTA czy członek EEA, ale Wielka Brytania nie będzie jednym z wielu krajów trzecich. Także poza Unią pozostaje wielkim krajem europejskim związanym z innymi krajami Europy historią, gospodarką, współpracą w zakresie bezpieczeństwa. Trzeba przypomnieć, że w najciemniejszych chwilach europejskiej historii w latach 1939-1945 to Wielka Brytania, podobnie jak Polska, heroicznie broniła wartości europejskich. W interesie Europejczyków po obu stronach kanału La Manche leży to, aby nasze wzajemne relacje były jak najlepsze. Nasi negocjatorzy nie powinni o tym zapominać.

Idoia Villanueva Ruiz (GUE/NGL). – Señora presidenta, la salida del Reino Unido nos abre una ventana de oportunidad para aprender de los errores cometidos y no volver a cometerlos.

Los discursos del odio, la desafección o la incertidumbre pesan sobre quienes entienden que el proyecto europeo debería ser un espacio de progreso y solidaridad y se sienten decepcionados. No podemos ahondar en modelos fallidos que están expulsando a la ciudadanía afuera.

Ahora tenemos la responsabilidad de garantizar los derechos de la gente, de los ciudadanos que viven en el Reino Unido —casi 140 000 españoles residen actualmente allí—. Nos preocupa la situación de los trabajadores, de las 15 000 personas que cruzan cada día la frontera de Gibraltar, cuya situación todavía es incierta.

Necesitamos luchar de forma decidida contra el dumping social y fiscal. No estamos de acuerdo con gran parte del contenido de este mandato en el ámbito de la política exterior y en el de defensa. Creemos que es necesario cambiar hacia posiciones mucho más anticipatorias de los conflictos y no ahondar en sanciones que solo pagan los pueblos.

Desde este grupo parlamentario vamos a seguir trabajando por blindar los derechos de la ciudadanía, los derechos medioambientales y los del sector primario —agricultura, ganadería— para evitar la despoblación de nuestros pueblos. Hay que evitar que se conviertan en moneda de cambio de otros intereses.

Antonio Tajani (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il testo che voteremo punta a rafforzare l'unità tra i 27 paesi e a sostenere in maniera forte Michel Barnier per tutelare i nostri interessi durante la trattativa.

Primo fra tutti interessa tutelare la difesa del mercato interno. Il Regno Unito non può rientrarvi, come un cavallo di Troia, senza rispettare regole e standard. Tutto ciò per garantire sempre di più cittadini ed imprese. La salute degli europei, deve essere garantita, impedendo che entrino prodotti agroalimentari che non rispettino i nostri standard, né facciano concorrenza sleale. Noi siamo italiani e vogliamo mangiare Parmigiano e non Parmesan e credo che tutti gli europei preferiscano mangiare il Parmigiano e non il Parmesan.

I diritti dei cittadini vanno tutelati, per esempio, garantendo l'utilizzo di documenti cartacei e non solo online. E poi le nostre commissioni parlamentari dovranno impegnarsi per tutelare i settori chiave, come la pesca, lo spazio, l'energia, e poi gli interessi della pace in Irlanda e gli interessi spagnoli a Gibilterra, e naturalmente la difesa e la lotta contro il terrorismo.

In conclusione, dobbiamo evitare che il Regno Unito si trasformi in una Singapore europea, che magari non abbia severe regole antiriciclaggio. Tutto ciò per avere relazioni sempre più positive con Londra, che è uscita dall'Unione europea ma che rimane Europa.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin! Die Entschließung zeigt, dass wir bereit sind, zu verhandeln. Und ich glaube, wir können es auch schaffen, innerhalb von neun Monaten Handelsabkommen zu organisieren, denn die Situation ist nun ein bisschen anders. Normalerweise haben wir zwei unterschiedliche Partner, die sich irgendwie aufeinander zubewegen, und man verständigt sich über gemeinsame Standards oder erkennt Standards an. Jetzt haben wir ein harmonisiertes System und müssen entscheiden, wie weit wir auseinandergehen können. Insofern ist das ein bisschen komfortabler als bei anderen Handelsverhandlungen. Deswegen die drei Pfeiler, normale Handelsverhandlungen müssen eben in den Blick genommen werden. Die Frage der Zollfreiheit ist das gemeinsame Ziel. Das kann man auch aushandeln, wenn sichergestellt ist, dass die Produkte aus Großbritannien, die in die Europäische Union kommen, auch wirklich britische Produkte sind und nicht Produkte, die über Großbritannien aus anderen Ländern in die Europäische Union kommen.

Zum Zweiten geht es um die Standards von Produkten und Dienstleistungen. Da haben wir ein klares Set von Regeln, was Verbraucherschutz und Gesundheitsschutz betrifft. Die SPS-Standards werden in gar keiner Art und Weise anzugreifen sein. Also glaube ich, auch da wird es leicht sein, sich zu verständigen.

Und der dritte Pfeiler ist der komplizierteste. Natürlich gilt es, auch Regeln, die den Handel betreffen, zu diskutieren, damit keine Wettbewerbsverzerrungen da sind. Also die Frage der gleichen Arbeitnehmerrechte, die Frage der gleichen Umweltstandards, die Frage der gleichen Beihilferegelung – ganz wichtig – und die Frage eines harmonisierten Steuersatzes. Denn ansonsten würden wir Wettbewerbsverzerrungen haben, und das kann nicht sein. Wenn es Wettbewerbsverzerrungen geben sollte, dann werden wir natürlich Zölle einführen müssen, um das auszugleichen. Es ist völlig absurd, zu meinen, es gibt eine Dumpinginsel jenseits des Kanals mit vollem freiem Marktzugang.

Luis Garicano (Renew). – Madam President, I would like to thank Mr Barnier for his work and his words.

As the EU and the United Kingdom embark on this new relationship, which I hope is a fruitful one, I want to send a very clear message to the United Kingdom. This Parliament will not allow the United Kingdom to become a tax haven or a money laundromat just offshore Europe. I want to remind you about paragraph 21 of the resolution. It says, 'We strongly believe that the UK should adhere to the evolving standards on taxation and anti-money laundering legislation within the EU acquis, including tax transparency, the exchange of information on tax matters and anti-tax avoidance measures'. This applies to the territories as well. I would remind you that British overseas territories include Bermuda, the Cayman Islands, Gibraltar, the Virgin Islands: crown dependencies include all of those islands that have no taxes on deposits, etc.

Mr Barnier, this is an existential question for Europe. If we allow tax avoidance and money laundering just offshore Europe, our way of life is in danger and our welfare state is in danger. This has to be one of the highest, if not the highest, priority for our negotiations.

Marco Campomenosi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io vedo tanta ipocrisia. Certo, la risoluzione di domani è un testo che probabilmente è fatto anche molto bene, ma il nostro emiciclo di Bruxelles, dove ci siamo riuniti due settimane fa, è ancora bagnato dalle lacrime di molti di voi. Vedo un atteggiamento schizofrenico anche nelle parole usate dalla Presidente della Commissione, che continua a insistere chiamando amici, amici, amici chi avete cercato di umiliare per tre anni. Perché di tre anni persi, stiamo parlando, perché potevamo essere già molto più avanti se qualcuno non avesse fatto finta che la Brexit non ci sarebbe mai stata, che i cittadini britannici si sono sbagliati.

Quindi parliamo di standard, ma domani voterete un accordo commerciale con un paese asiatico che da questi standard che voi pretendete dalla Gran Bretagna è lontanissimo. Quindi dovete solo sperare che non facciano l'accordo prima con gli Stati Uniti, che sostituirebbero i nostri prodotti, e dovete ascoltare i nostri produttori che esportano tanto in Gran Bretagna. Il tempo perso in questi anni è un danno a loro ed è tutta responsabilità vostra.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, het is nu aan de Commissie om snel te handelen, vernuftig te handelen en tegelijkertijd pragmatisch te handelen. In dit verband ga ik akkoord met het zeer brede mandaat voor de Europese Commissie en stel ik mijn volle vertrouwen in Michel Barnier, die tot nu toe een uitstekend parcours heeft gereden.

Het doel moet zijn een allesomvattend handelsakkoord zonder barrières, met respect voor onze rode lijnen: de correlatie tussen een *level playing field* en de diepgang van het akkoord, maar ook een "plusverdrag": O&O, veiligheid, visserij, defensie, noem maar op.

In dit verband een vraag aan de Commissie: is de Commissie inderdaad van plan om een einde te maken aan de samenwerking met het Verenigd Koninkrijk in de *North Sea Energy Corporation*? Ten eerste: volgens mij is de Commissie niet bevoegd. Ten tweede: het zou een kapitale fout zijn. In de 21e eeuw moeten wij intenser samenwerken in de *blue economy*: de 21e eeuw wordt de eeuw van de oceaan!

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Wir alle sind uns bewusst, dass es sehr viele und wichtige Aspekte unseres Verhältnisses zu Großbritannien gibt, die nun geregelt werden müssen. Das ist unsere Aufgabe – im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger, in der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und auch kulturellen Dimension. Deshalb geht es weniger um ein Freihandelsabkommen, sondern mehr um faire und inklusive Handelsbeziehungen. Ich halte es für bedenklich, alles in einem einzigen De-facto-Assoziierungsabkommen regeln zu wollen, wie es bei TTIP der Fall war. Fragen der Kooperation von Streitkräften, Fragen der Energie- und Netzkooperation, Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit oder die Regelung des Luftraums dürfen nicht der parlamentarischen Kontrolle entzogen und den innerhalb des Abkommens geschaffenen Ausschüssen überantwortet werden.

Ich appelliere an den Rat: Schaffen Sie Transparenz, wahren Sie demokratische Ansprüche! Ich lobe ausdrücklich den Ansatz der Kommission, die UN-Nachhaltigkeitsziele zu verankern, dem Pariser Abkommen, der ILO und den Grundrechten, inklusive Datenschutz, großen Raum zu geben. Bremsen Sie nur nicht den ambitionierten Ausbau unserer künftigen Regulierung zum Schutz von Umwelt und Produktsicherheit, indem Sie Themen als eine Frage von Handelshemmnissen handhaben.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, cuando alguien organiza un *Brexit* es para irse, no para quedarse de otra manera. El Reino Unido no puede tener más ventajas estando fuera que las que se tienen estando dentro. Hemos pasado tres años lamentando que se fueran. Ahora no puede confundirnos la nostalgia porque se fueron. Ahora son un país tercero. Negociemos con ellos duramente -como hacemos con todo país tercero- y defendamos a los nuestros.

Defendamos la descolonización de Gibraltar; que no se convierta en un paraíso fiscal, que no siga siendo un paraíso fiscal. Defendamos a nuestros pescadores, que todos los días tienen que jugarse la vida para poder ganarse el pan. Defendamos a nuestros agricultores. Defendamos nuestros productos. Si ellos, si los políticos británicos han querido ser un país tercero, tratémoslos como lo que son en la negociación, un país tercero. El Reino Unido se ha ido de Europa. No consintamos que se convierta en el nuevo Sudeste Asiático a la puerta de nuestras casas.

Tonino Picula (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, Europski parlament mora jasno predstaviti svoje prioritete o budućim odnosima s Ujedinjenom Kraljevinom.

Je li moguće postići sporazum do kraja ove godine? Kakav sporazum? Treba naglašavati da nijedna zemlja izvan Unije ne može uživati ista prava kao članica. Pregovori se zasnivaju na četiri temeljne slobode, a dobrobit i prava građana Europske unije u Ujedinjenoj Kraljevini i obratno moraju ostati u fokusu.

U kontekstu vanjskih poslova i obrane nadam se da će Ujedinjena Kraljevina kao stalna članica Vijeća sigurnosti NATO-a nastaviti dijeliti s nama ciljeva i vrijednosti. Isto se odnosi na zajedničke civilno-vojne misije, usklađenost sankcija, sporazum s Iranom te sporazume o kontroli oružja i neširenju nuklearnog oružja. Nadam se da ćemo kao Europska unija i tijekom ovih pregovora zadržati jedinstvo, uspješno postignuto u pregovorima o izlasku.

Hvala još jednom britanskim kolegama na dugogodišnjem radu i njihovom velikom doprinosu europskim standardima koji su našim građanima poboljšali kvalitetu života.

Liesje Schreinemacher (Renew). – Madam President, today it is time to start building our future relationship with our British friends. So let's look at our common interests and goals and see how these can best be served instead of only looking at what divides us.

Therefore, I insist on an ambitious Free Trade Agreement that creates the right conditions for open and fair competition. Having said that, a third country can obviously not enjoy the same benefits as an EU Member State, and the openness of our markets must directly correlate with the willingness of the UK to align with EU rules and standards.

It remains essential that the EU continues to stand united. We need to maintain our high standards, have clear rules on state aid and competition and strive for a Fisheries Agreement before the summer.

I regret Brexit and will continue to do so, but now it is time to move forward and build our new relationship.

Ivan David (ID). – Paní předsedající, obávám se, že velmi mnoho nadšenců pro integrovanou EU bez národů a hranic hrozí touhou pomstít se za brexit. Pan Verhofstadt řekl jasně, že Spojenému království neměla být v ničem přiznána autonomie. Jenže dnes je Spojené království členem Evropského sdružení volného obchodu, takže na základě Smlouvy mu nemůže EU klást omezení v obchodu s průmyslovými výrobky.

Fakticky tedy zbývá jako nástroj kamionová doprava, finanční služby a zemědělství. Jenže v době internetového bankovníctví nelze účinně překážet britským bankám. Pokusy o překážky v zemědělském trhu mohou dopadnout mnohem hůře na EU podobně jako odvetné sankce Ruské federace. Ta bez dovozu z Evropy dosáhla soběstačnosti za 2 roky. Spojené království sotva stojí o poškozování svého zemědělství dovozem za dumpingové ceny. Nevstřícnost ke Spojenému království poškodí mnohem více EU než naopak.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señora presidente, señor Barnier, señorías, se acabó el circo de la salida del Reino Unido del club comunitario y hay que ponerse a trabajar.

Hay que ponerse a pactar acuerdos comerciales y económicos que garanticen los derechos de nuestros nacionales. Como ejemplo, el derecho a pescar en aguas británicas de los pescadores españoles o tratados comerciales que garanticen efectivamente la libre competencia de los productos agrícolas del Reino Unido, pero también en materias como la seguridad o la cooperación judicial.

Negociemos fuerte, pero negociemos no menos fuerte de lo que se tiene que negociar con otros países ajenos a Europa con los que cerramos también acuerdos comerciales. En este sentido, creo que es el momento adecuado para dar la batalla y acabar con el proceso de descolonización de Gibraltar, impidiendo que esa colonia británica en territorio nacional español siga parasitando la economía española con prácticas fiscales desleales. Bajo el paraguas de la Unión Europea, Gibraltar se ha consolidado como una base para el lavado de dinero proveniente de actividades criminales.

Por tanto, le exigimos a la Comisión que plante las bases para ese proceso de descolonización. Sabemos que es responsabilidad del Gobierno de España, pero de socios leales, como son los de este club, debe exigirse la colaboración y el respeto a la dignidad de nuestra nación.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, I would like to talk about financial services, which I believe are crucial for future relations with the UK. We know that an FTA can have only a very small chapter on financial services, addressing only the right of establishment and prudential carve-out mechanism, and EU financial services are about the single market, and it is clear now that it will be an equivalence mechanism that will provide the main framework for the relationship. The Commission has just a few months to prepare all those unilateral equivalence decisions – around forty, I understand – and the financial industry should be fully aware of how little time they have to adjust to the future situation.

Efforts have been made recently, also in this House, to enhance the equivalence framework as the main regulatory tool for financial services in the future relationship with the UK. As equivalence is a unilateral discretionary policy tool, in order to make it deliver, we will need constructive cooperation with UK regulators and supervisors to protect the financial stability and integrity of our financial markets, protect investors and consumers, as well as ensuring LPF. But all of us here in this House must also be aware that for an ambitious, beneficial and successful future relationship with the UK in the area of financial services, it is our duty also to complete as soon as possible the Banking Union and build a genuine capital market union. The EU will preserve regulatory and supervisory autonomy, but so will the UK, and we just heard from the former governor of the Bank of England that the UK will not be a rule-taker. So let me emphasise that, while we should maintain close and ambitious relations with the UK in financial services, we should also spare no effort to reduce potential systemic risk.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, capo negoziatore Barnier, dopo una delle pagine più buie della storia dell'Unione, abbiamo l'obbligo di fare oggi tutto il possibile per garantire ai nostri cittadini i risultati ottenuti in 45 anni di integrazione europea, salvaguardando i nostri rapporti con il Regno Unito e basandoli sul principio dell'equità sociale e ambientale e della equa concorrenza.

Serve un accordo ambizioso, che impegni il Regno Unito a mantenere i nostri standard produttivi e di sicurezza alimentare e scongiuri il rischio che l'accesso al mercato unico dei prodotti d'oltremania rappresenti un cavallo di Troia per prodotti che metterebbero a rischio la salute dei nostri consumatori e la sostenibilità economica delle nostre aziende.

Le relazioni future non possono prescindere dalla condivisione di un patrimonio culturale comune, che include anche le produzioni agroalimentari di qualità. Per questo tutte le nostre eccellenze dovranno vedersi garantito l'attuale livello di tutela.

Proprio su questi principi si fonda la nostra convinzione che dopo la Brexit non ci sarà il vuoto, ma un'Europa sempre più forte e sostenibile, pronta a difendere i suoi cittadini.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, it is with mixed feelings that I make this first contribution to the proceedings of this Chamber because, naturally, it has been difficult to see the departure of the UK for any Irish person, given the very close political, social and cultural affinity that we have with the UK. I'd much rather be here in very different circumstances, but it is fitting that I should speak, for my first contribution, on Brexit, because essentially it is one of the reasons I put my candidacy forward a year ago and, ironically, one of the reasons that I've ended up here in the difficult circumstances.

We're at a delicate stage in proceedings, and there is no example in history where negotiating parties are seeking to impose trade barriers. So it will be difficult. It is amazing to continue to hear UK government officials expressing astonishment that the EU would exercise power, leverage and influence in trade negotiations, given the fact, on the one hand, that the UK were one of the architects of this system and that they have benefited from it so much.

So I would call upon Mr Barnier to continue to speak about the UK as a trading partner and not a trading competitor, and not to imagine that the UK has to be punished in order for the EU to thrive.

Harald Vilimsky (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nachdem die britischen Mandatäre heute zum ersten Mal nicht mehr unter uns sind, Großbritannien alles Gute zu wünschen für die neu gewonnene Unabhängigkeit und dass nicht länger Brüssel das Zentrum ihrer Entscheidungen ist, sondern in London das Epizentrum der politischen Willensbildung entsprechend vorhanden ist. Das kann einem gefallen, oder das kann einem nicht gefallen. Faktum ist, dass es auf Basis eines demokratischen Mehrheitsentscheides passiert.

Man hat lange genug versucht, hier mit Tricks eines zweiten Referendums und ähnlichem die Briten zu zwingen, in dieser Gemeinschaft zu bleiben. Aber erst die Wahlen ins britische Unterhaus haben klargemacht, dass diese britische Mehrheitsentscheidung eine unerschütterliche ist. Jetzt wird es an Ihnen liegen, an der Europäischen Union liegen, wie man den Briten in ihrer neu gewonnenen Unabhängigkeit begegnet: in Freundschaft und mit Flexibilität, oder dass man die Briten weiter mit einer Regulierungswut so malträtirt, dass sie in weiterer Konsequenz sagen werden „nein, danke“ und sie in eine transatlantische Achse mit den Amerikanern getrieben werden – zum Nachteil auch Europas, zum Nachteil der Arbeitsplätze und der Wirtschaft in Europa. Und Sie werden es bewerkstelligen müssen, den Briten mit Freundschaft und Flexibilität zu begegnen.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o quadro de relação futura entre o Reino Unido e a União Europeia dependerá, inevitavelmente, da natureza das forças que o negoceiam.

O que temos, de um lado e do outro, são forças apostadas na liberalização e mercantilização dos serviços públicos, no ataque às funções sociais do Estado, na limitação da intervenção dos Estados na economia, na desregulamentação social e laboral, numa perigosa escalada militarista no quadro da NATO e numa agressiva e intervencionista política externa.

Opomo-nos e combatemos firmemente este caminho. Não vemos razão para que não se mantenham, e mesmo reforcem, laços de cooperação mutuamente vantajosos com o Reino Unido, além do campo económico, em domínios como a ciência, o ensino e a cultura, entre outros.

Um quadro de cooperação leal, respeitador da soberania de cada país e dos direitos das comunidades migrantes, em que ganhem os povos, e não um quadro concorrencial que aproveite o grande capital à custa dos povos.

Não é aceitável, em nenhuma circunstância, que se impeça os Estados de construírem este quadro assente nas relações bilaterais com o Reino Unido, nem é aceitável que se atribua o exclusivo do direito de negociação à União Europeia. Dessa forma sabemos sempre que interesses serão servidos e em detrimento também de que interesses.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, dear Michel Barnier, please continue to work as you have done in recent years, preserving the unity of all European institutions. Dear colleagues – let's be aware – let me underline that Brexit was tearing apart the UK society for years. It was tearing apart political parties, it was tearing apart the UK government and it needed two early elections to settle.

Meanwhile, in the European Parliament, we have fulfilled our mission. We work in a noiseless, very professional way to fulfil our missions. For this I would like to thank colleagues from all political groups which were part of this united majority.

What do we need to achieve as of now? Priority number one needs to be citizens' rights. We need to give certainty to students, to farmers, to researchers about the future relationship. The objective needs to be as close a relationship as possible, but the instruments are clear – a rules-based relationship. The principle is clear – please respect the rules – and the outcome needs to be in line with today's mandate of the European Parliament. Only then can we approve it in the end.

Evin Incir (S&D). – Fru talman! Brexit är ett sorgset kapitel i Europas historia. Vi behöver mer samarbete, inte mindre. På så sätt tryggar vi stabiliteten och freden på vår kontinent – en kontinent där konflikter och krig en gång i tiden avlöste varandra.

Nu när de nationalistiska krafterna i Storbritannien har fått sin dröm uppfylld gäller det att vi som tror på samarbete ser till att vi får ett avtal som sätter framtiden först. Det gäller att vi lyckas få till stånd ett avtal som möjliggör ett bra handelsutbyte men likväl står upp för EU:s inre marknad, skyddar EU:s rättsordning, inte tummar på miljö- och klimatpolitiken, står upp för våra arbetstagares rättigheter samt grundläggande fri- och rättigheter.

Boris Johnson kan inte äta kakan och ha kakan kvar. Hans lögner har redan ställt till alltför mycket. Vill han säkerställa ett bra frihandelsavtal, gäller det att han även står upp för de krav som jag nyss nämnde.

Till ungdomen i Storbritannien, som i överlägsen majoritet röstade för att stanna kvar i EU, vill jag slutligen säga: Ge inte upp! Vi är många som ser fram emot en framtid där ni får styra. Våra vägar kan gå samman igen.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, we have heard tough language on assuring a level playing field and not lowering our European standards, for example when it comes to food safety or environmental standards. But I do hope that the negotiating team will be just as tough when it comes to data protection standards. I'm quite worried to see the eagerness of the Commission to issue a so-called 'adequacy decision' when it is far from clear that the UK Government can be trusted with our data. I refer to recent scandals like the gross abuse of UK access to the Schengen database.

In addition to discussing our future relationship, let's not forget the implementation of what has been agreed so far and in particular citizens' rights. I strongly urge the Commission to make sure that the rights of 3.5 million EU citizens in the UK and 1.5 million British citizens in the EU27 will be secured not just on paper, but also in practice.

Markus Buchheit (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Plenarsaal! Ich werde wahrgenommen als ein Vertreter einer Gruppe, die gemeinhin Ängste schüren würde, unbegründete Emotionen und dergleichen mehr. Nun, wir haben zumindest nichts gesagt in Bezug darauf, dass es in Großbritannien nach dem Brexit zu Lebensmittel- oder Arzneimittelengpässen kommen würde, oder gar zu Verkehrschaos an den Grenzen. Das waren nicht unsere Worte, diese Ängste wurden hier von Vertretern der selbst ernannten bürgerlichen Mitte geschürt.

Ich darf Sie nur um eines bitten – und ich weiß, es fällt Ihnen insbesondere in diesen Tagen schwer –, und das ist die Anerkennung eines demokratischen Prozesses, eines demokratischen Entscheides in Großbritannien: Akzeptieren Sie Großbritannien als Partner, als Gesprächspartner auf Augenhöhe, und betrachten Sie die nun kommenden Möglichkeiten eines neuen Freihandelsabkommens eben auch als Möglichkeit eines Neustartes, als Möglichkeit zum Brückenbau – statt hier mit harter Hand, wie es eben gefordert wurde, vorzugehen – und zum Neustart für unsere Beziehungen diesseits und jenseits des Kanals.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, nous le savons bien: la relation qui se construira entre l'Union européenne et le Royaume-Uni, entre nos pays et le Royaume-Uni, sera décisive dans de très nombreux secteurs.

Beaucoup de choses importantes ont été dites, mais je voudrais revenir sur un point fondamental, qui est la question de la pêche. En effet, nous le savons bien, la pêche a été dans le débat britannique un enjeu essentiel qui a décidé du Brexit. Aujourd'hui, nous aurions tout à perdre si la pêche devait être séparée de la négociation globale avec les Britanniques. Je me félicite, je suis très heureux que, grâce au travail énergique de Michel Barnier, en particulier, la pêche ait pu être incluse dans ce mandat de négociation pour faire en sorte qu'un accord global soit négocié, incluant cette dimension.

En effet, si nous n'arrivons pas à avoir d'accord sur la pêche, les tensions seront très vives en mer et le désastre pourrait être grand d'un point de vue économique, mais aussi d'un point de vue écologique. Il nous faut une politique commune de la pêche pour préserver les espèces et cet aspect-là est fondamental pour l'avenir de nos pays.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Målet med vores forhandlinger her må være at få en ambitiøs frihandelsaftale mellem to nære allierede, EU og Storbritannien. Vi skal i mål, det er efter min mening en bunden opgave; men vi skal også være rigtig klare i vores krav til briterne. Og vores krav er, at vi siger nej til, at briterne svækker arbejdstagerbeskyttelsen eller miljøbeskyttelsen. Vi siger nej til, at briterne sænker deres skatter og hæver deres statsstøtte. Med andre ord: Vi skal være krystalklare i vores krav om at sikre fair konkurrence, lige konkurrence, level playing field.

Når det er sagt, så er det også i EU's interesse at få en aftale, og vi må derfor ikke lade ærgrelsen over, at vi fik et brexit, stå i vejen for, at vi finder løsninger, der for eksempel sikrer, at EU-fiskere fortsat kan få adgang til britisk farvand. Det er i vores allesammens interesse, at vi får en god handelsaftale med briterne.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Presidência croata, Comissão, Senhor Michel Barnier, julgo que será de sublinhar dois aspetos que não foram, talvez, ainda devidamente sublinhados aqui.

O primeiro, é que é essencial, em qualquer circunstância, que as questões de segurança sejam reguladas na relação entre o Reino Unido e a União Europeia. Basta pensar no que foram os atentados terroristas, no que foi a cooperação policial entre os serviços do Reino Unido e os serviços de vários Estados europeus para ter uma ideia do que seria não ter uma base de acordo entre os dois lados do Canal da Mancha.

Finalmente, parece-me também importante que se possa estender este acordo à área da defesa e a algumas áreas da política externa. Basta, por exemplo, olhar para o que foi a questão do Irão para verificar que o Reino Unido está muito mais alinhado com a visão da União Europeia do que com outras visões. E, por isso, nós devemos trabalhar, quer no campo da cooperação criminal e da segurança, quer no campo da política de defesa e externa.

Clara Aguilera (S&D). – Señora presidenta, señor Barnier, usted ha sido un buen negociador durante todo el proceso y estoy convencida de que nos va a llevar a un gran acuerdo. Necesitamos, en primer lugar, que haya acuerdo. Como dice mi colega Juan Fernando López Aguilar, necesitamos un acuerdo antes para evitar el abismo.

En segundo lugar, necesitamos que el acuerdo con el Reino Unido sea ambicioso y que defienda y represente bien los intereses del sector agrario y del sector agroalimentario europeos, con nuestros estándares de calidad, que bien conoce el Reino Unido.

Uno de los aspectos importantes del mandato negociador y al que se han referido varias señorías es la pesca. También usted lo conoce perfectamente, puesto que ha tratado estos temas como ministro de Pesca en Francia. Es importante que pudiera cerrar un acuerdo antes del 1 de julio para poder saber si podemos hacer un reparto responsable del TAC y de las cuotas y que, desde luego, nuestro sector pesquero no se vea indefenso ante esta situación.

Y, por último, preservar la opinión de España en todo lo que se negocie con Gibraltar. Es muy importante para nuestro país y yo creo que para la Unión Europea.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, first of all, many thanks to the Commission and Michel Barnier for their excellent work, and also thanks to the team drafting Parliament's resolution. This is a very good resolution and I guess the debate was also good. At the end, almost everything was said, so let me just stress a few points.

First of all, free goes together with fair. These elements cannot be divided. And the second, rights goes together with obligation. Based on those principles, we would be able to build a very extensive, very deep agreement with the UK. We could, but it's probably not very likely, because we have two constraints. The first is too many red lines and the second is too little time. Nevertheless, we should try our best, and there should be two principles guiding us. First of all, we cannot give up our principles. Principles are very important for us and for our partners. The second was stressed by the Council. Time is short; we must be quick and flexible to get the best results for all Europeans.

Johan Danielsson (S&D). – Fru talman! Det är viktigt att förhandlingarna nu sker efter tydliga principer. För det första måste vi förhandla som en union; det kan inte fortgå parallella, bilaterala förhandlingar. För det andra måste varje grad av tillträde till vår gemensamma marknad följas av motsvarande regelefterlevnad från Storbritanniens sida. Den framtida relationen ska, som flera redan har sagt, bygga på konkurrens på lika villkor, inklusive arbetsrättsliga och sociala standarder.

Ta transportområdet som exempel. För att kunna garantera fortsatta transporter mellan EU och Storbritannien behöver vi ett avtal. Utan avtal, inga transporter, vilket vore en katastrof, både för EU och för Storbritannien.

Samtidigt måste det märkas att Storbritannien inte längre är en medlem. För vägtransporter, till exempel, är det inte rimligt att Storbritannien fortfarande har möjlighet till cabotagetrafik i EU, och möjligheten till transit genom Kontinentaleuropa måste åtföljas av att EU:s regelverk respekteras fullt ut.

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, de brexit is een feit en de volgende stap is een nieuw associatieakkoord met het Verenigd Koninkrijk. De Britse regering wil dit akkoord binnen slechts acht maanden sluiten, zo niet belanden wij bij een harde brexit, hetgeen voor België betekent dat 42 000 jobs op het spel staan.

Het is dus van essentieel belang dat wij een akkoord sluiten dat vanaf 1 januari 2021 in werking kan treden. Maar vergis u niet: in acht maanden tijd een volledig associatieakkoord sluiten is praktisch onmogelijk. Daarom moeten wij prioriteiten durven stellen.

Ten eerste: onze vissers moeten kunnen blijven vissen in de Britse wateren. Ten tweede moet er een gelijk speelveld zijn voor de handel. Onze voedingssector, textielsector en farmaceutische sector verdienen zekerheid. Ten derde moet er ook een akkoord zijn over de samenwerking op het vlak van defensie en justitie. Het Verenigd Koninkrijk zal immers een naaste buur blijven.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, yo solo quiero referirme a un asunto de gran importancia en las relaciones entre la Unión Europea y el Reino Unido: la pesca; en particular, la continuación del acceso recíproco a aguas y recursos pesqueros tan necesaria —como bien conoce el señor Barnier—.

A mí me parece imprescindible —como otros ya han mencionado— que los pescadores europeos mantengan el acceso a las aguas y los recursos del Reino Unido. Son muchas e importantes las comunidades pesqueras y las regiones altamente afectadas por esta cuestión.

Por otra parte, no podemos olvidar que los consumidores europeos constituyen el principal mercado para los productos de la pesca de los pescadores británicos. Son pues intereses complementarios, por así decirlo. Pero lo que yo quiero subrayar especialmente aquí es que tenemos que ser firmes en la defensa de una vinculación que vaya más allá de lo expresado anteriormente. Para mí —como para el propio señor Barnier, según sus declaraciones públicas—, un acuerdo que mantenga el acceso a las aguas y los recursos del Reino Unido es condición necesaria para que pueda haber un acuerdo de libre comercio.

Me gustaría que esto quede muy claro en el mandato negociador que adopte el Consejo y, desde luego, celebro que la propuesta de Resolución del Parlamento recoja claramente esta vinculación en su apartado 24.

„Catch the eye eljárs”

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, señor negociador Barnier, después de tres años agónicos para evitar el abismo de un *Brexit* sin acuerdo, nos enfrentamos ahora en apenas diez meses a un escenario no menos estresante -la necesidad de un acuerdo- y que solo puede ser afrontado desde el criterio de la unidad, la exigencia de reciprocidad y el respeto de los estándares europeos con el Reino Unido, que nunca fue Schengen, nunca fue euro y ahora ha pasado a ser un país tercero con todas las de la ley.

Y es importante asegurarlo para evitar que exista un paraíso fiscal en nuestra fronteras -por ejemplo en Gibraltar-, evitando esa tradición de fraude, ocultación de capitales y contrabando, pero, sobre todo, garantizando en la inclusión del acuerdo el tratamiento que merece la circulación de personas, la cooperación judicial y policial en materia de seguridad y la protección de datos y evitando que pueda producirse nunca más un escándalo como el de la violación de las reglas europeas de protección de datos en el Sistema de Información Schengen. Es importantísimo, por tanto, prestar la atención que merece este capítulo sobre la circulación de personas y las libertades al que hago referencia como presidente de la Comisión de Libertades Justicia e Interior.

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, I say to Michel Barnier: to use your phrase, ‘the clock is ticking’. And we all know that it took three years, three torturous years, to negotiate the Withdrawal Agreement with only three key points in it. So, therefore, in 10 months we have to do much more and we have to be very careful of the detail. As others have said, we need a level playing field, we need a good relationship with the United Kingdom, so I wish us well in those negotiations.

Colleagues will also know that there is and has been a general election in Ireland and there will be a new government. We hope that that government gets into place rather swiftly, because there is much work to be done.

I hope, too, that they can build on the incredible work and achievements of Taoiseach Leo Varadkar, Tánaiste Simon Coveney, and Minister for European Affairs Helen McEntee, who helped and worked with the European Union to reach that Withdrawal Agreement, in particular on the Irish Protocol.

Ten months is a very short space of time. This Parliament will be watching under the leadership of David McAllister, and we have to work together to keep our unity.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, sometimes, when I come in here I wonder am I living on the same planet as everyone else. I heard someone say that we shouldn’t allow the UK to become a tax haven.

My God, right now sub-Saharan Africa loses three times as much in capital flight each year as it gains in aid investment and loans. And much of it is channelled, illegally and legally, through the banks in the city of London. It is a tax haven, and it has a network of tax havens to work with. If you are in denial about that, I just don’t understand the thinking.

Unfair trading practices, talk about the merits of a free trade. The truth be told: unfair trade practices are killing farmers, indigenous people trying to make a living all over the planet. When is it ever going to stop?

Brexit should be used as an opportunity to move towards a system in which capital is embedded in local economies, and not moving all over the planet at the expense of the environment and the people of the planet.

Victor Negrescu (S&D). – Doamna președintă, avem nevoie de un parteneriat cuprinzător cu Marea Britanie. Este evident în interesul nostru, dar este și în interesul Regatului Unit. Un astfel de parteneriat presupune să negociem în detaliu fiecare componentă a acestui acord, în interesul cetățenilor pe care îi reprezentăm.

Am vorbit de protecția datelor, de protecția inovației, de schimburile comerciale, de standardele europene, dar, evident, toate aceste lucruri trebuie să ia în considerare și nevoia unui parteneriat care să cuprindă și alte dimensiuni: partea de securitate și de apărare, protecția drepturilor europenilor care locuiesc acolo și, de ce nu, poate continuarea participării Marii Britanii la o serie de programe europene, în măsura în care își doresc acest lucru și noi ne dorim acest lucru.

De aceea, sunt convins că negociatorul nostru, domnul Michel Barnier este mai mult decât capabil să facă lucrul acesta. Am avut plăcerea să lucrez cu el în trecut și sunt convins că putem livra un astfel de parteneriat strategic în timp util, în așa fel încât toate aceste lucruri să fie garantate pe mai departe.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna președintă, domnule Michel Barnier, avem o situație pe care noi nu ne-am dorit-o. Nu noi am dorit ca Marea Britanie să plece din Uniunea Europeană, nu noi am dorit să creăm acest moment pe care trebuie să-l gestionăm în prezent. Însă, vă rog un lucru foarte important, să respingeți ferm orice condiționalități inacceptabile, orice chestiuni absurde pe care guvernul de la Londra va dori să le discute cu noi. Trebuie însă să vă gândiți la trei elemente importante: să vă gândiți și la britanicii care nu și-au dorit ca Marea Britanie să plece din Uniunea Europeană; atunci când discutăm cu Londra, să vă gândiți că sunt 3,5 milioane de cetățeni europeni în Marea Britanie și 1,5 milioane de cetățeni britanici în Uniunea Europeană. Pe ei trebuie să-i protejăm. Și nu în ultimul rând, toată acțiunea noastră trebuie gândită în perspectivă, pentru că într-o zi, Marea Britanie va trebui să revină alături de noi.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! W Polsce mówi się, że nie szkoda róż, gdy płonie las, więc wspólnie powinniśmy ten pożar pobrexitowy ugasić. Podkreślam: wspólnie. I mam nadzieję, że takie intencje wszystkim nam tu przyświecają. Oczywiście nie po to był brexit, żeby było, tak jak było. Jako Unia Europejska i Zjednoczone Królestwo będziemy trochę ze sobą współpracować, trochę konkurować. Ale jedną z naszych pierwszych potrzeb jako Europejczyków jest bezpieczeństwo. Zatem czy zechciałby Pan Komisarz powiedzieć kilka zdań na ten temat? Chodzi mi w szczególności o bezpieczeństwo zewnętrzne. Czy nie widzi Pan jakiegoś zagrożenia w tym obszarze? Jest to bowiem dla nas wszystkich bardzo ważne.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, as an Irish citizen, we've obviously always had a very close and intertwined history with the UK – not all of it welcome, but that's another story. But that relationship will continue, and it is in our mutual interest that it should be a cooperative one.

Now, Ms von der Leyen talked about there needing to be rules to bring fairness to the heart of business. But the key question is: fairness for who? Because if the rules continue to favour big business, the big corporations, the arms industry, the big farmers, and so on, then citizens will be left behind. That was one of the reasons for Brexit, and it was one of the key reasons for the almighty trouncing that Leo Varadkar's team got in the Irish election this weekend. It was a rejection of neoliberalism.

Now, I wish you well in your negotiations. You have a number of issues to deal with, not least the situation of the medical profession and the need for you to work inter-institutionally to deliver progress. I echo the points of my colleagues about the data issues and the breaches by the UK. But critically, I urge you to protect, and have no backtracking on, the Good Friday Agreement.

Александър Александров Йорданов (PPE). – Уважаема г-жо Председател, г-н Барниє, между нас и Великобритания тепърва ще има проблеми. Вече е ясно, че те ще проличат в преговорите за търговското споразумение, но тези преговори, тези проблеми, не трябва да се отразят на общите интереси и политика в сферата на сигурността и отбраната. Необходимо е да засилим сътрудничеството си в рамките на НАТО, като единствен в момента гарант за европейската, а и за световната сигурност.

Трябва да бъдем в позиция да координираме взаимоотношенията си с Великобритания във външната политика. Имам предвид съществуването на горещи или замразени конфликти като Руската агресия срещу Украйна, кризата в Сирия, напрежението в Близкия Изток, политиката на Иран, тероризма. Ситуацията всъщност след Брекзит ни дава възможност за по-добро сътрудничество в триъгълника Европейски съюз – Великобритания – Съединени щати.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, ja by som sa chcel naozaj zastaviť nad tým, ako by mali vyzerat naše vzťahy do budúcnosti s Veľkou Britániou. Musíme sa snažiť naozaj o najvyššiu, čo najvyššiu možnú úroveň vzťahov a usilovať sa o niečo viac, ako je jednoduchá zmluva alebo dohoda o voľnom obchode. Musíme aj počas týchto negociácií zostať dôveryhodnými partnermi, ktorí sa môžu spoľahnúť na seba aj z hľadiska pretláčania zahranično-politických priorít. Potrebujeme férovú súťaž, aby tu nebol žiadny dumping, aby sme naozaj mohli spolu obchodovať bez nejakých bariér, ale zároveň Veľká Británia tiež nemôže napríklad aplikovať prehnanú štátnu pomoc, nemôžu, nemôže uvoľniť zo svojich vysokých európskych, doteraz európskych sociálnych a environmentálnych štandardov, ale musí sa pridržiavať svojich záväzkov v rámci boja s klimatickými zmenami. V prvom rade však ide o zaistenie čo najvyššej úrovni práv pre našich občanov, ktorí tam študujú, pracujú alebo obchodujú. Musíme im dať istotu, aby mohli žiť čo najlepšie, tak ako žili doteraz.

(„Catch the eye” eljárás vége)

Michel Barnier, Chef de la task-force pour les relations avec le Royaume-Uni. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, Madame la Ministre, à l'occasion de votre dernière session à Bruxelles – et Ursula von der Leyen a fait référence à cette séance émouvante –, vous avez dit au revoir à tous vos collègues britanniques quittant le Parlement en raison du Brexit. Vous me permettez, au début de cette session, de saluer les nouveaux collègues qui vous rejoignent et de leur dire, aussi, la disponibilité qui est la nôtre, celle de la Commission, pour leur mandat.

Je voudrais commencer par vous remercier pour votre confiance, qui me touche, et encourage une équipe exceptionnelle que j'ai l'honneur d'animer et qui est celle de la Commission européenne, qui est aussi votre équipe de négociation. Je voudrais aussi vous remercier pour le contenu de votre résolution, qui marque des principes, des valeurs, des positions. Votre négociateur a besoin et aura besoin tout au long des mois qui viennent de cette détermination, de cette résolution, pour l'aider dans cette négociation, qui sera difficile.

Tout à l'heure, Mairead McGuinness a dit: «the clock is ticking». Je veux juste rappeler, sur ce sujet du temps, que le temps de la transition, qui est fixé dans le traité de retrait, est un temps en effet limité, qui peut être prolongé d'un an ou de deux ans par un accord commun. S'il n'est pas prolongé, comme nous le comprenons, cela veut dire que le Royaume-Uni quittera le 31 décembre de cette année le marché unique et l'union douanière. C'est un choix, et ce choix du temps est fixé par le premier ministre britannique, pas par nous.

Et il faut que chacun comprenne bien que ce temps contraint, avant que le Royaume-Uni ne quitte le marché unique et l'union douanière, ce temps contraint choisi par le premier ministre britannique a des conséquences. Chacun doit évidemment les assumer. Cette contrainte du temps, ce n'est pas nous qui la posons dans la négociation.

Mais cette contrainte veut dire aussi une chose, car nous ne sommes pas dans une négociation commerciale – quand nous négocions avec le Canada ou avec le Japon, nous essayons de nous rapprocher, de faire de la convergence. Certains pensent que cette convergence n'est pas suffisante, mais nous y arrivons. Si nous ne parvenons pas à un accord avec ces pays, nous prenons plus de temps. Nous donnons plus de temps à la négociation: un an, deux ans... Pour le Canada, cela a pris sept ans. Et en attendant de trouver un accord, c'est le statu quo, pour les deux parties.

Mesdames et Messieurs les députés, je veux rappeler que, dans le cas précis où nous sommes, ce ne sera pas le statu quo. Si nous ne trouvons pas d'accord le 31 décembre sur le commerce, ce ne sera pas le statu quo puisque ce jour-là, comme l'a choisi le premier ministre britannique, et pas plus tard que ce jour-là, le 31 décembre prochain donc, le Royaume-Uni sortira du marché unique et de l'union douanière et reviendra en arrière, si je puis dire, dans le cadre de l'OMC.

Ce qui veut dire qu'au-delà des contrôles que nous ferons de toute façon, en raison du Brexit, sur l'ensemble des produits qui viendront du Royaume-Uni (comme nous faisons ces contrôles sur tous les produits qui viennent de pays tiers et qui entrent dans le marché unique, pour protéger les consommateurs et les entreprises), au-delà de ces contrôles, qui de toute façon sont nécessaires, il y aura dans ce cas précis, s'il y a un échec, s'il n'y a pas d'accord, il y aura des quotas et des droits de douane sur tous les produits britanniques. Voilà la conséquence, si nous ne parvenons pas à un accord dans cette contrainte de temps choisie par le premier ministre britannique.

Mesdames, Messieurs, tous vos groupes ont appelé à une relation forte, à la hauteur de notre histoire commune. Et nous n'oublions pas, je n'oublie pas, cette histoire commune et cette solidarité du Royaume-Uni, en particulier dans les heures les plus sombres du siècle dernier. Une relation logique, évidemment, Philippe Lamberts le disait, quand on regarde la géographie. Une relation nécessaire, quand on mesure les intérêts économiques, mais aussi les enjeux climatiques ou les enjeux de sécurité. Une relation lucide et exigeante, quand on écoute – ce que je fais très soigneusement – certains discours britanniques en ce moment sur l'usage qui serait fait – je parle au conditionnel, je ne veux pas faire de procès d'intention – de la nouvelle capacité de divergence réglementaire que le Royaume-Uni a voulu obtenir avec le Brexit.

Cette relation forte, ambitieuse, lucide, exigeante, c'est l'état d'esprit de la Commission européenne, comme l'a dit notre présidente Ursula von der Leyen tout à l'heure, et c'est ce qui est contenu dans la proposition de mandat qui est sur votre table et qui est en discussion au Conseil pour être approuvé, j'espère, le 25 février prochain.

Une négociation, Mesdames et Messieurs, avec un partenaire – je reprends les mots de Barry Andrews tout à l'heure –, un partenaire qui doit bien comprendre – et je le dis calmement mais fermement – que l'ouverture de nos marchés, l'accès aux données – je réponds, Madame in't Veld, à votre question –, les équivalences pour les services financiers – évoquées par Danuta Hübner –, je répète: l'ouverture de nos marchés, l'accès aux données, les équivalences – je dis bien les équivalences pour les services financiers – seront proportionnelles aux engagements pris ensemble pour respecter un vrai *level playing field*. Une cohérence réglementaire dans certains domaines, la protection des citoyens et, je me permets de l'ajouter, n'ayons pas la mémoire courte: la stabilité financière de notre continent et de la zone euro.

Je voudrais télégraphiquement répondre à quelques points précis.

D'abord, Geert Bourgeois a évoqué tout à l'heure la question de la coopération, notamment en mer du Nord, sur l'énergie. Je ferai d'ailleurs le point aujourd'hui avec le vice-président Timmermans sur cette question. Nous souhaitons évidemment, Monsieur Bourgeois, une coopération avec le Royaume-Uni dans cette région de la mer du Nord sur les questions énergétiques. Cette coopération est d'ailleurs prévue dans notre projet de mandat. Mais le Brexit a des conséquences mécaniques et logiques. Les Britanniques ne sont plus dans l'Union européenne, donc le cadre de coopération doit être revu, logiquement. Le Royaume-Uni ne participe plus aux instances européennes parce qu'il l'a voulu, c'est son choix, et donc nous devons trouver, Monsieur Bourgeois, un autre moyen de coopérer avec eux et nous le recherchons.

Paulo Rangel tout à l'heure, M. López Aguilar à l'instant, M. Rzońca également, ont évoqué la sécurité interne et externe. C'est aussi dans notre mandat que d'ouvrir plusieurs tables de négociations sur les sujets de la sécurité intérieure, la coopération en matière d'extradition, Europol, Eurojust, *anti-money laundering*, Prüm, le PNR... Autant de sujets qui exigent un accord avec les Britanniques dans l'intérêt commun, pour la protection de la sécurité des citoyens. Mais aussi, et M. Alexandrov l'évoquait à l'instant, la sécurité extérieure. Je veux dire à ce sujet de la défense et de la politique étrangère que le Brexit ne doit pas normalement avoir de conséquences sur la coopération bilatérale que plusieurs de vos pays ont avec le Royaume-Uni – je parle de coopération entre tel ou tel pays de l'Union et le Royaume-Uni –, et donc ne doit pas non plus avoir de conséquences sur ce que nous faisons ensemble dans l'OTAN.

Ce dont il s'agit là, pour cette négociation, c'est la coopération entre l'Union européenne, notamment les nouvelles initiatives que nous prenons pour la défense, et le Royaume-Uni, s'il le veut bien. Donc, nous avons fait une proposition et nous avons confirmé cette proposition d'ouverture d'une table de négociation sur ces sujets. La déclaration politique fait référence clairement à la sécurité extérieure et à la défense. Nous avons besoin de textes sur ces sujets pour insérer dans le droit et dans les textes juridiques des coopérations administratives ou politiques – je pense à l'Agence de défense, je pense à la lutte contre les cyberattaques, je pense à la coopération entre les services de renseignement, je pense aussi à la possibilité pour les Britanniques de participer, s'ils le veulent, à des opérations extérieures de l'Union, militaires ou civilo-militaires, et je pense évidemment à la coopération politique avec un pays très important qui reste membre du Conseil de sécurité des Nations unies.

Tout cela doit se traduire dans des textes et nous sommes prêts à en discuter, encore faut-il que nous soyons deux pour le faire. Donc, nous sommes ouverts et nous restons ouverts à cette négociation pour améliorer la gestion en commun des enjeux de sécurité et de la stabilité du continent.

Nous sommes également prêts à discuter de tout le reste. Tout à l'heure, M^{me} Terry Reintke évoquait Erasmus. Nous devons évidemment continuer la coopération en matière universitaire, la coopération en matière de recherche, la participation des Britanniques, s'ils le souhaitent, aux programmes européens. Et nous aurons une table de négociations, dès le mois de mars, sur l'ensemble des programmes européens – je dis bien l'ensemble des programmes, y compris Erasmus –, mais ce sera avec un cadre juridique et un cadre financier différents d'aujourd'hui.

Danuta Hübner a évoqué tout à l'heure la question des services financiers et de cette relation que nous devons avoir avec le Royaume-Uni. Au-delà de ce qui est écrit dans le projet de mandat et de ce que nous faisons habituellement dans des accords avec des pays tiers, il n'y aura pas de négociations à proprement parler sur les services financiers. En revanche, nous devons trouver une relation avec le Royaume-Uni, compte tenu de l'importance de la place de Londres et de la City, que je connais bien. Nous allons donc utiliser – Danuta Hübner y a fait référence – la boîte à outils des équivalences. Comme nous le ferons en matière de données, nous utiliserons la boîte à outils des *adequacy decisions*. Nous ne négocions pas sur ces sujets avec le Royaume-Uni, nous vérifions la cohérence et, quand nous le jugeons possible, nous donnons des équivalences sur tel ou tel secteur de l'industrie financière. C'est ce que nous avons fait avec le Canada, ce que nous faisons avec les États-Unis, ce que nous faisons avec le Japon, et ça marche. Je ne vois donc pas pourquoi ça ne marcherait pas avec le Royaume-Uni.

Mais je voudrais profiter de cette session pour dire clairement à certains responsables britanniques qu'il ne doit pas y avoir d'illusion sur cette question: il n'y aura pas d'équivalence générale et globale, ou permanente, sur les services financiers. Il n'y aura pas non plus de cogestion d'équivalence financière avec le Royaume-Uni. Nous garderons la maîtrise de ces outils et nous garderons l'autonomie de décision. Je veux aussi, parallèlement, rappeler que dans cette période-là, nous avons des raisons supplémentaires de continuer à agir, et c'est l'objet du travail de notre vice-président Valdis Dombrovskis pour l'union des marchés de capitaux et la poursuite et la consolidation de l'union bancaire.

Enfin, la pêche. M. Bellamy, mais aussi M. Millán Mon, M. Peeters, M^{me} Schaldemose, M^{me} Aguilera ont évoqué, parmi d'autres, cette question que je connais assez bien pour avoir eu l'honneur d'être ministre des pêcheurs de mon propre pays pendant quelques années. Je veux simplement dire à ce sujet que l'accès réciproque aux eaux territoriales et aux marchés – je dis bien l'accès réciproque aux eaux et aux marchés – sera un point indissociable de l'accord de commerce, car il s'agit bien de commerce. Ce sera donc un point indissociable de l'accord de commerce et du *level playing field* dans cette négociation.

Mesdames et Messieurs, nous avons toujours respecté, même si nous l'avons regretté, le choix du Royaume-Uni de quitter l'Union européenne. Le premier ministre, Boris Johnson, que nous respectons, a dit qu'en quittant l'Union européenne, le Royaume-Uni ne quittait pas l'Europe. Nous sommes heureux de cette résolution. La question qui est posée et à laquelle, pour l'instant, nous n'avons pas de réponse est la suivante – elle est assez simple, mais assez grave: le Royaume-Uni quitte l'Union européenne, quitte le marché unique et l'union douanière, mais veut-il aussi quitter ou s'éloigner de notre modèle économique, social et réglementaire européen? Un modèle qu'il connaît bien, puisque nous l'avons construit avec lui depuis 47 ans. Telle est la question à laquelle nous attendons une réponse. De quelle distance le Royaume-Uni veut-il s'éloigner de notre modèle social, économique et réglementaire? Et je voudrais simplement dire que c'est lui, Mesdames et Messieurs, je le dis avec beaucoup de clarté et de calme, c'est le Royaume-Uni qui fixera le niveau d'ambition de notre future relation dans ces domaines, c'est lui qui choisira le niveau de cohérence réglementaire, qui déterminera, du coup, l'ambition, ou qui choisira le niveau de concurrence réglementaire. Et je recommande que la réponse à cette question que nous posons soit bien réfléchie dans le temps contraint que nous avons devant nous.

Je termine par trois réflexions télégraphiques. Mesdames, Messieurs, j'ai toujours dit la vérité devant vous et je continuerai. Le Brexit, ça ne peut pas être *business as usual*. Il y a des changements dans tous les domaines. Certains changements peuvent être plus ou moins grands ou temporaires, d'autres changements sont définitifs. Le Brexit fait que le service financier britannique perd son passeport financier. Il n'y a pas de reconnaissance mutuelle.

Le Brexit a pour conséquence qu'en toute hypothèse, Mesdames et Messieurs les députés, nous imposerons le 1^{er} janvier prochain des contrôles sur tous les produits qui rentreront dans le marché unique, comme nous le faisons pour tous les autres pays tiers du monde. Nous devons cette protection aux consommateurs, aux budgets nationaux et européens, et nous la devons aussi aux entreprises. Donc, ce ne sera pas *business as usual*. Mais nous allons essayer de limiter les conséquences en trouvant un bon accord.

Deuxième réflexion: nous devons nous attacher à faire respecter et à respecter aussi nous-mêmes l'accord de retrait. Ce n'est pas une banalité. L'accord de retrait comporte 600 pages, il est maintenant ratifié par vous et par la Chambre des communes, il doit être mis en œuvre. Je ferai rapport publiquement devant vous et devant le Conseil, régulièrement, sur l'état de préparation tout au long de cette année, en particulier sur la mise en œuvre du protocole en Irlande, qui garantit une paix toujours fragile.

Enfin, cette négociation sera difficile, très difficile, Mesdames et Messieurs les députés. Je recommande donc que nous restions prêts à toutes les hypothèses, y compris celle où nous ne parviendrions pas avant le 31 décembre à un accord basique. Nous restons prêts à mener cette négociation avec du respect, comme je l'ai toujours fait, et beaucoup de calme, sans aucune agressivité. Je ne perdrai jamais de vue, au-delà des difficultés de la négociation quotidienne, la nécessité de trouver, en votre nom, un accord ambitieux avec un grand pays ami, voisin et allié, et je continuerai toujours, avec une détermination totale, à défendre les intérêts de l'Union européenne, de ses citoyens, de ses entreprises, à défendre l'intégrité du marché intérieur et unique, qui ne sera pas, n'a jamais été et ne sera jamais négociable.

Enfin, évidemment, Madame la Présidente, le Parlement peut être assuré que la Commission européenne, que votre négociateur, seront toujours prêts à travailler avec vous, à vous écouter, à faire rapport devant vous. Je marquerai donc la même disponibilité, comme je l'ai dit tout au long de ces trois années avant le Brexit et comme je l'ai dit l'autre jour – c'était un groupe animé par Guy Verhofstadt, en présence de David McAllister et du groupe de coordination et en présence de tous les présidents de groupe – je continuerai d'être totalement disponible pour travailler avec le Parlement européen, en confiance avec vous.

VORSITZ: KATARINA BARLEY*Vizepräsidentin*

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I also join Mr Barnier in greeting the new Members of the European Parliament and I'm looking forward to our discussions here.

With your vote on the resolution on the proposed mandate for negotiations for a new partnership with the UK, you will provide a timely and useful input into the finalisation of this mandate. We should aim to build a relationship that is comprehensive, based on high standards and that guarantees a level playing field. The very comprehensive nature of the proposed mandate and likely long negotiations that may ensue in certain sectors will probably call for further debates in the coming months and years.

This new phase should not make us forget about the Withdrawal Agreement, which has just been concluded, and the need to remain vigilant as regards its implementation, first and foremost with respect to the preservation of citizens' rights, be it during the transition period or under whatever future relationship with the United Kingdom.

But our vigilance will have to be no less thorough when considering the intended economic partnership, where strong safeguards and robust governance will be called for to protect the integrity of the EU single market and the competitive position of EU firms. We will therefore count on your cooperation in this respect as well.

Die Präsidentin. – Gemäß Artikel 132 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurde ein Entschließungsantrag eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 12. Februar 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Carmen Avram (S&D), *în scris*. – Aparent, din Brexit, UE iese slăbită, ca imagine, dar și numeric. Dar forța Uniunii nu stă în numere, pentru că, dacă ar fi stat, nu ar fi fost atât de puternică și de atractivă încă de la început. Țările membre au ales de bunăvoie să adere, nu au fost forțate. Tăria Uniunii reiese din valori și principii și din grija constantă pe care o are față de cetățenii ei. Suma acestor elemente o face nu doar puternică, ci și un model pe care și alții au ales fie să-l respecte, fie să și-l dorească. De aceea, chiar dacă în negocierile din acest an trebuie să se țină seama că în spatele fiecărui sector sunt oameni, e vital să nu renunțăm la niciuna dintre valorile, principiile și convingerile noastre. Ele ne-au ținut laolaltă în toate aceste decenii și au făcut din Uniunea Europeană cel mai de succes proiect geopolitic din istorie. Un parteneriat supranational unic. Dacă am arăta că suntem dispuși să ne compromitem valorile, am încuraja alte state membre să-și rezolve diversele dispute amenințând cu exit-ul. Trebuie să ne asigurăm că pozițiile Uniunii vor fi respectate. Trebuie să negociem ca și până acum, dintr-o poziție de putere, cu fermitate.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR), *γραφώς*. – Μετά το Brexit, της 31ης Ιανουαρίου 2020, είναι σημαντικό να οικοδομηθεί μια ισχυρή νέα συνεργασία της ΕΕ με το Ηνωμένο Βασίλειο, προς όφελος των πολιτών του Ηνωμένου Βασιλείου και προς όφελος όλων των Ευρωπαίων πολιτών. Το Ηνωμένο Βασίλειο θα παύσει να έχει τα προνόμια ενός κράτους μέλους και την πρόσβαση σε κοινοτική χρηματοδότηση. Πιστεύουμε ότι η οριστική συμφωνία μεταξύ ΕΕ και Ηνωμένου Βασιλείου πρέπει να στοχεύει, κατά κύριο λόγο, στο ελεύθερο εμπόριο, βάσει όμως —πάντοτε— των αρχών του ελεύθερου ανταγωνισμού. Σημαντικό, επίσης, θεωρούμε ότι είναι το ζήτημα των ελεύθερων μετακινήσεων των φοιτητών, των τουριστών και των εργαζομένων· ένα δικαίωμα που πρέπει να διασφαλιστεί. Τομείς στενής συνεργασίας πρέπει να αποτελέσουν και τα ζητήματα της καταπολέμησης της τρομοκρατίας και της ασφάλειας. Τέλος, ζητούμε να διασφαλίσει η Ένωση τα συμφέροντα των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων και των Ευρωπαίων πολιτών, στον βαθμό που κλονίζονται από το Brexit.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Plecarea Marii Britanii din UE nu este o bucurie, dar este un fapt împlinit. Accentul trebuie pus acum pe Acordul care se va încheia între UE și Marea Britanie. Fără taxe și cote este un principiu care ar fi benefic pentru ambele părți. Important este să se respecte standardele de produs pentru a avea o concurență corectă și o securitate a consumatorilor. Parteneriatul economic, securitatea și respectarea principiilor nediscriminării și reciprocității depline în domeniul mobilității sunt lucruri care trebuie cuprinse în acord. Transportul terestru și cel european trebuie abordate ambițios în acordul negociat cu Marea Britanie și trebuie identificate soluții optime pe aceste subiecte. Drepturile cetățenilor trebuie respectate și trebuie să fie plasate pe primul loc în Acordul de retragere.

Sandra Kalniete (PPE), *rakstiski*. – ES nākotnes partnerībai ar Lielbritāniju jābalstās vienlīdzīgas konkurences apstākļos, un pēc iespējas ciešāka asociācijas nolīguma pamatā jāliek ekonomiskā partnerība, partnerība ārlietās un konkrēti nozaru jautājumi. Tāpat AK kā “trešā valsts” nevar baudīt tādas pašas priekšrocības kā ES dalībvalstis, un visos apstākļos jānodrošina vienotā tirgus un muitas savienības nedalāmība. Turpmāk Lielbritānijas konkurencei ar ES ir jābūt atvērtai un taisnīgai, kas nozīmē garantēt vienlīdzīgus standartus attiecībā uz sociālo aizsardzību, vides aizsardzību, nodokļiem, valsts atbalstu, patērētāju aizsardzību un klimatu. Tas nozīmē arī Lielbritānijas un ES normatīvu “dinamisku saskaņošanu”. Mēs EP prasām arī Lielbritānijas garantijas iedzīvotāju tiesību un pārvietošanās brīvības jomā, attiecībā uz datu aizsardzību, finanšu pakalpojumiem, situāciju Īrijā un Eiropas Tiesas lomu strīdu izšķiršanā.

Łukasz Kohut (S&D), *in writing*. – In the discussions concerning future relations between the European Union and Great Britain we have to remember that we are talking not only about the economy, not only about capital flows, taxes or physical borders. We are also talking about education, culture and exchange of scientific research. We should create such conditions in which the latter are not hindered by the mere fact that Great Britain is not a member of the EU anymore. Most young people in Great Britain voted against Brexit – some polls say that 7 out of ten young Britons, aged from 18 to 24 years of age, voted against it. Thus, it is my strong belief that Great Britain should be as closely involved in programmes like Erasmus+, Creative Europe, Horizon Europe etc. as possible. If the bridge between the EU and the Great Britain is to connect and be ready for a future come-back of Great Britain to the EU, it has to be open. As a former Erasmus student myself I can testify to the power of such connections first-hand.

Grace O’Sullivan (Verts/ALE), *in writing*. – The result of the Irish election this weekend was a Green wave of two shades, delivered big gains for Greens and for Sinn Féin. Brexit did not figure in the election, thanks to the EU’s work in minimising the damage to Ireland from the UK’s exit. But challenges remain, and this election result could foreshadow more issues regarding the Irish border into the future. This Parliament, and the Commission, must do all they can to ensure that the free movement of peoples and the permeability of the border is maintained into the long term. We need clarity from the UK government on the protocol for Northern Ireland, and the highest level of alignment possible. Another immediate issue facing the negotiations is the July deadline for an agreement on reciprocal access to each other’s waters so we can allow our fishers to keep fishing in a sustainable manner, with minimised disruption. Such a timeline seems unrealistic for an area of such complexity, and the Parliament’s PECH Committee will have to play an active role in ensuring we reach a deal that prevents significant damage being done to both EU and UK fishers and the sustainability priorities of the CFP.

Kathleen Van Brempt (S&D), *schrijftelijk*. – Groot-Brittannië mag dan vertrokken zijn uit de EU, het land blijft niet enkel een naaste buur maar het liefst ook een trouwe bondgenoot waarmee we nauwe betrekkingen onderhouden. Het Parlement is duidelijk: wij verlangen een ambitieuze deal met onze Britse vrienden, niet alleen over onze toekomstige handelsbetrekkingen, maar ook over andere aangelegenheden waar samenwerking in ons beider voordeel is. Zo’n hechte relatie veronderstelt dat het VK de Europese sociale, arbeids- en milieunormen respecteert.

Maar laat ons duidelijk zijn: wij willen een hechte, duurzame relatie met het VK, haar burgers, ondernemers en wetenschappers, niet noodzakelijk met de huidige regering. Regeringen zijn tijdelijk. De deal die we beogen, moet lang meegaan. Laten we dus koelbloedig blijven als de regering-Johnson bizarre voorstellen doet die mogelijk leiden tot een No Deal en erop gericht zijn de Europese lidstaten uit elkaar te spelen. Wij moeten nu standvastigheid tonen en aan de regering-Johnson duidelijk maken dat we een zeer nauwe samenwerking willen, maar mocht de Britse regering alsnog de sprong in het duister wagen, dan is Europa klaar voor een No Deal. De regering-Johnson moet goed beseffen dat de EU solidair aan één zeel trekt.

Loránt Vincze (PPE), in writing. – The mobility of persons and workers was always directly linked to the smooth functioning of the internal market of the European Union the United Kingdom would like frictionless access to. Over the years, however, it has also changed the social fabric of the societies on both sides of the channel. A too severe approach to immigration risks tearing apart myriad links in this fabric. We can just think of the relatives of the 3.5m citizens of EU countries who have the right to remain in the UK, whose relatives would not be able to move back and forth between their countries of residence and the UK under current UK plans. But we can also think of UK citizens remaining in Europe who would be tied to their EU countries of residence and the young Britons who treasure the possibility to go to Europe without a visa and get study, work and life experiences on the continent. Any ambitious agreement on the future relationship should be mindful of these social links and would need to ensure the continuation of rights for EU and UK citizens to the largest degree possible.

3. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

4. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam – Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (Entschließung) - Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam – Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (Entschließung) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— die Empfehlung von Geert Bourgeois im Namen des Ausschusses für internationalen Handel zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam (06050/2019 — C9-0023/2019 – 2018/0356(NLE)) (A9-0003/2020),

— den Bericht von Geert Bourgeois im Namen des Ausschusses für internationalen Handel mit einem nichtlegislativen Entschließungsantrag zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam (2018/0356M(NLE)) (A9-0017/2020),

— die Empfehlung von Geert Bourgeois im Namen des Ausschusses für internationalen Handel zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss im Namen der Union des Investitionsschutzabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits (05931/2019 — C9-0020/2019 – 2018/0358(NLE)) (A9-0002/2020) und

— den Bericht von Geert Bourgeois im Namen des Ausschusses für internationalen Handel mit einem nichtlegislativen Entschließungsantrag zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss im Namen der Europäischen Union des Investitionsschutzabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits (2018/0358M(NLE)) (A9-0014/2020).

Geert Bourgeois, Rapporteur. – Madam President, tomorrow we will vote on the EU-Vietnam Free Trade Agreement and the Investment Protection Agreement. These are the first state-of-the art trade and investment agreements on which this newly-elected Parliament is asked to give its consent.

It's a unique opportunity for this Parliament to underline the ambition of the EU to become a geopolitical actor and player: not as an empire that imposes rules, but as a global power that defends multilateralism, resists protectionism and reaches out to partners such as Vietnam. It is up to the European Union to promote rules-based trade and show by example that trade delivers, brings peoples together and raises standards worldwide on safety, labour, environment and human rights. It's also a question of credibility. We need to show Vietnam and future trading partners that the EU is a credible partner that sticks to its commitment and that we are still able to negotiate, sign and conclude trade agreements.

Eight years after starting the negotiations with Vietnam, this Parliament has been given the opportunity to debate the most comprehensive trade deal between the EU and a middle-income country in its history. As such, this deal with Vietnam sets a new benchmark for Europe's engagement with emerging economies. If we look at this trade agreement, it is of the utmost importance to stress, first of all, the economic value that will give a boost to the prosperity of both the EU and Vietnam. It represents a great opportunity for European exporters and investors. It will eliminate 99% of tariffs within seven years, and this will result in additional exports in both directions. This will clearly result in many tens of thousands of new and, on average, better-paid jobs through increased use of international standards. This deal will also cut non-trade barriers and reduce costs for our companies. We will gain better access to each other's public markets, including for SMEs.

Vietnam has a vibrant economy of more than 90 million consumers, a growing middle class and a young, dynamic workforce. The country is open to the world and embraces modern standards. Vietnam was the first in the world, even before Canada, to accept the principle of a modern investment court system (ICS), a modern ICS proposal that has mostly been drafted by this very Parliament with independent judges, a code of conduct, protection of the right to regulate and facilitated access to the court for SMEs. This agreement thus brings new opportunities for companies, both big corporations and SMEs.

Vietnam is also the gateway to the entire Asian region. This agreement brings the long-term goal of an EU-Asian trade agreement from region to region a step closer, and this should be our objective. These agreements are also instruments to promote and protect European standards and values. Vietnam respects clear commitments to the ratification of two additional core International Labour Organization (ILO) Conventions: its revised Labour Code, its improved labour and human rights situation and the implementation of the Paris climate agreement.

For all these reasons and the creation of prosperity by free and fair trade and the fact that the EU is taking responsibility to set the standards worldwide and taking the lead on rules-based trade in times of rising trade tensions, protectionism and unilateralism, I therefore ask for the consent of this House so that the peoples of the European Union and the people of Vietnam can further strengthen their ties in the future and so that we can allow free and fair trade to bring people closer together.

(Applause)

Phil Hogan, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, the Free Trade Agreement and the Investment Protection Agreement with Vietnam are the most ambitious ever concluded with a developing country.

The agreements will further reinforce our already-strong trade and investment ties, and they will also provide an additional opportunity to strengthen the cooperation established under other EU instruments, for example on illegal logging or IUU (Illegal, Unreported and Unregulated) fishing.

The agreements will strengthen our presence in Asia, following the 'new generation agreements' in force, such as those with Korea, Japan and Singapore. They will constitute an additional stepping-stone towards our engagement with the ASEAN region.

The benefits of the agreements are many: preferential access to a vibrant economy of almost 100 million people; removal of non-tariff barriers for our exporters, which they currently face, for example, on cars, on wines, and spirits; harmonised sanitary and phytosanitary rules allowing for more predictable procedures; and removing access barriers for EU products.

EU companies will have access for the first time to the Vietnamese public procurement market, and there will be protection of the European geographical indications such as Parmigiano-Reggiano, Champagne and Rioja wines. We will also have improved access to the Vietnamese market in services, such as finance, distribution, logistics or environmental services.

The Investment Protection Agreement, similar to agreements with Singapore and Canada, includes the modern and reformed investment protection framework with an investment court system for the resolution of investment disputes.

However, our agreements will be on trade and investment, and I'm aware that the European Parliament has put a strong emphasis on the trade and sustainable development chapter of the Vietnam Agreement. And I fully agree with this approach. It is encouraging to see the level of engagement by Vietnam in order to prepare for the implementation of their commitments, with important progress made even before the agreements are in force at all. The pressure that has been exerted by the European Union is bearing fruit, and I welcome this development.

On labour issues, Vietnam adopted a new labour code last November, which recognises the principle of freedom of association at enterprise level. The revised code also includes new provisions on collective bargaining in line with the ILO Fundamental Convention, which was recently ratified by Vietnam.

Vietnam has now ratified 6 out of the 8 ILO conventions, and it has a clear plan to ratify the outstanding conventions by 2021 and 2023. Work is also ongoing in Vietnam to eradicate child labour, with encouraging preliminary results unveiled recently by the ILO, which is a significant reduction of more than 40% since the last survey of 2012.

So these developments are remarkable. But nevertheless, the Commission will scrutinise implementation to ensure that Vietnam effectively pursues this ambitious labour reform agenda.

Vietnam has also started preparing the ground for the institutional structure that is foreseen under the Free Trade Agreement, including the involvement of independent civil society organisations, such as domestic advisory groups.

The human rights situation is certainly an area of concern in our relationship with Vietnam, but I remain convinced that constructive channels of communication, including the Annual Human Rights Dialogue, is the way to voice our concerns and address these shortcomings.

So Madam President, I firmly believe that these agreements will create the best platform for further engagement and constructive dialogue with Vietnam in all fields. On the other hand, our failure to ratify the deal would leave the European Union with fewer options to pursue a reform agenda in Vietnam and would undermine the credibility of the European Union as a reliable partner.

Isabel Wiseler-Lima, *rapporteure pour avis de la commission AFET*. – Je vais voter pour ces deux accords avec le Viêt Nam, parce que je suis intimement convaincue qu'ils sont une chance tant pour le peuple vietnamien que pour les Européens.

Du point de vue des droits humains au Viêt Nam, bien sûr que nos réticences sont énormes, mais là aussi, je suis convaincue que nous devons profiter de l'ouverture que crée l'implantation d'entreprises et d'investissements européens soumis à des critères et obligations européens. L'isolation du Viêt Nam serait à mes yeux la pire des situations. Avec cet accord, le gouvernement vietnamien s'engage à respecter les droits fondamentaux et surtout, il accepte le suivi de l'application des règles par une commission conjointe des parlements européen et vietnamien. L'accord prévoit également, et c'est une grande victoire, que la Commission européenne instaure un mécanisme de plaintes indépendant en ce qui concerne les droits de l'homme. Enfin, le Viêt Nam a proposé que la commission des droits de l'homme du Parlement européen participe au dialogue Viêt Nam-Union européenne sur les droits de l'homme. Ceci est une première et permet au Parlement d'être présent à une table de négociations où d'habitude il ne siège pas. Profitons de toutes les ouvertures pour faire avancer les droits de l'homme.

Tomas Tobé, *rapporteur for the opinion of the Committee on Development*. – Madam President, free trade is one of the best tools to lift people out of poverty. History proves that with all clarity.

With this agreement, we ensure that Vietnam can go forward on a path of inclusive growth, and also with this Free Trade Agreement we set a very high standard as a comprehensive agreement with a developing country. And, as Chair of the Development Committee, I'm very pleased that this agreement has a very dedicated chapter also on sustainable development, and this needs to be effectively implemented.

I would also welcome the timetable from Vietnam on when to ratify the outstanding core ILO conventions, and I urge both parties to make full use of the provisions in the agreement in order to contribute to strengthening human rights in Vietnam and towards the Sustainable Development Goals.

I also urge the Commission to work closely with civil society to ensure that growth in Vietnam now also will strengthen environmental protection and labour rights. To conclude, the Committee on Development recommends that we give our consent to this agreement.

Pietro Bartolo, *relatore per parere della commissione per la pesca*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo di libero scambio con il Vietnam prevede un capitolo che include l'importante commercio di prodotti ittici già esistenti tra i due partner. Assieme ai colleghi della commissione per la pesca abbiamo lavorato ad un parere che non si limitasse a un'accettazione passiva dell'accordo ma che potesse contribuire al dibattito parlamentare, alzando l'asticella e fissando priorità ben precise.

Il Vietnam ha senza dubbio compiuto sforzi significativi per allineare il proprio settore ittico ai nostri standard e ha dimostrato di volere continuare anche in futuro a lavorare per migliorare la situazione esistente. Al contempo non si possono negare le numerose lacune che ancora persistono, in particolar modo in materia di pesca illegale. Proprio per questo in commissione per la pesca abbiamo chiesto che la Commissione europea rimanga vigile e attenta per assicurarsi che il Vietnam continui negli sforzi già intrapresi e che al contempo utilizzi tutti i mezzi a sua disposizione, incluso il cartellino rosso nel caso il Vietnam non dovesse adempiere alle condizioni di sviluppo sostenibile concordate con l'Unione europea.

Iuliu Winkler, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, honourable colleagues, distinguished Commissioner, the negotiations between the European Union and Vietnam started in 2012. They were first concluded in 2015, subsequently reopened and then finalised in June 2019.

These eight years has witnessed dramatic progress in Vietnamese society, economy, labour conditions, environmental protection and sustainability. One of the crucial ferments of these changes is the European Union. The perspective of enhancing EU-Vietnam cooperation by implementing the Free Trade Agreement and the Investment Protection Agreement gives positive motivation to the Vietnamese authorities.

Just recently we have received a work plan on domestic advisory groups, a work plan and implementation plan on the Labour Code and a positive answer to the establishment of a Joint Parliamentary Oversight Committee between the National Assembly of Vietnam and the European Parliament.

This House faces tomorrow a crucial choice: to grant or not to grant consent to the EU-Vietnam agreements. Postponement would be the 20th century choice. When we give homework to Vietnam and then send them home to do the work. Granting consent is the 21st century European choice, when we formulate our expectations and then we say to our Vietnamese partners: 'let's do it together'.

As the shadow rapporteur for the EPP Group, my appeal is to vote for consent tomorrow and then to work together – the EU and Vietnam – for a better, freer and more sustainable future.

Bernd Lange, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Willy Brandt hat vor fünfzig Jahren das Konzept „Wandel durch Annäherung“ entwickelt, um mit Ländern, die fundamental andere Auffassungen haben, trotzdem in den Dialog eintreten zu können und über eine Verbesserung der Situation für die Menschen vor Ort zu diskutieren. Das ist genau der richtige Weg, auch in der Beziehung zu Vietnam zu versuchen, über einen Dialog eine Verbesserung der Situation der Menschen vor Ort zu erreichen – gerade mit Vietnam, einem Land, mit dem wir viel Handel treiben. Ich bin überzeugt, dass viele von Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Kleidungsstücke aus Vietnam tragen, Schuhe aus Vietnam tragen, alle Smartphones von Samsung kommen aus Vietnam, alle Tablets von Samsung kommen aus Vietnam. Und ich möchte, dass wir hier Regeln setzen, damit die Produktion in Ordnung ist, was die Standards anbetrifft, was den Einsatz von Chemikalien anbetrifft und vor allen Dingen, was die Arbeitnehmerrechte anbetrifft. Und Herr Kommissar, bei aller Wertschätzung: Diese Errungenschaften hat das Europäische Parlament durchgesetzt. In den letzten zwei Jahren haben wir intensiv verhandelt. Und ich bin stolz auf dieses Parlament, dass es die Möglichkeiten, die wir haben, genutzt hat, indem wir durchgesetzt haben, dass fundamentale ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert und umgesetzt werden, dass wir es hingekriegt haben, dass ein verbindlicher Umsetzungsplan, der von der ILO kontrolliert wird,

von Vietnam auf den Tisch gelegt worden ist, dass wir es durchgesetzt haben, dass die *Domestic Advisory Groups* der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen besetzt werden, dass der Raum für die Zivilgesellschaft erweitert worden ist, dass wir wirklich eine Verbesserung auch der Menschenrechtssituation hingekriegt haben, dass der Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlamentes erstmalig in den Menschenrechtsdialog integriert worden ist – das hat es bisher noch nie gegeben –, und dass wir auch eine Zusammenarbeit der Parlamente bei der Umsetzung des Abkommens durchgesetzt haben. Also insofern können wir als Parlament wirklich stolz sein, dass wir das erreicht haben.

Aber ich sage auch: Die Arbeit fängt jetzt an, weil wir weiter dafür streiten werden, dass durch das Abkommen die Situation der Menschen vor Ort verbessert wird. Also die Arbeit fängt an!

Karin Karlsbro, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, honourable Commissioner, Members of Parliament, Europe stands strong for free trade. Tomorrow we can make history. These are the most ambitious agreements that the EU has ever negotiated with a developing country. There will be an economic win-win for both parties.

The EU and Vietnam are already important trading partners. This trade will continue, with or without agreements. But with these agreements, our trade will become more equitable, more predictable and more sustainable for the environment, for the people and for the climate.

During the negotiation, Vietnam has improved workers' rights; 6 out of 8 ILO conventions have been signed; child labour has been significantly reduced. We know that some voices have been raised wanting to postpone tomorrow's vote, as the democratic development in Vietnam has not been enough, and yes, we wish that we could have seen much more progress when it comes to democracy and human rights. But we have to ask ourselves in this Chamber: do we want to have a better chance to promote democracy without the Agreement?

Let's not make the reformists or the freedom fighters who want more EU presence disappointed. We should take every opportunity to use these agreements as platforms for freedom and for democracy, and during the last week under the Parliament's scrutiny, some small positive signals have come.

Let us now vote in favour of these agreements, and let us use the monitoring time to promote democracy, to promote human rights in Vietnam together.

Danilo Oscar Lancini, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, prima ancora di qualsiasi valutazione commerciale, dobbiamo ricordare che il Vietnam è uno Stato politicamente repressivo in cui il partito comunista ha il monopolio del potere e non ci sono media indipendenti. Nessun dissenso è tollerato, le critiche al governo sono punite con lunghe pene detentive, non vi sono sindacati liberi, i culti religiosi sono controllati dallo Stato. Molti degli impegni enunciati dalle autorità vietnamite sono formulati senza precise scadenze. Accontentarsi di dichiarazioni di intenti troppo generiche è un'imperdonabile ingenuità.

A livello ambientale è evidente il contrasto con i sacrifici che l'UE impone ai suoi paesi membri: in Vietnam il carbone è la principale risorsa per la produzione di energia elettrica, si prevede un contributo del carbone al mix energetico di oltre il 40 % e il completamento di circa 100 centrali a carbone entro il 2030. Mancano poi sia i progetti che un serio impegno finanziario per la depurazione delle acque industriali e di quelle del fiume Mekong, una minaccia per i mari e per la salubrità di quel riso vietnamita a cui si vorrebbe concedere l'accesso a dazio zero in Europa per un quantitativo di 80 000 tonnellate all'anno, con rischio di triangolazioni da paesi limitrofi come la Cambogia. Questo purtroppo è indice della scarsa sensibilità mostrata dalla Commissione verso un settore importante e sensibile come quello risicolo.

Resta pericolosamente in bilico la questione della tutela della proprietà intellettuale, oggi affidata in Vietnam ad una normativa farraginosa e per nulla efficace. Ciò potrebbe causare danni alle nostre aziende.

Abbiamo il dovere di non dimenticare queste considerazioni al momento del voto, affinché non vengano traditi quei valori che la nostra Europa proclama da sempre e che dovrebbe anche difendere invece di pensare solo al tornaconto economico.

Saskia Bricmont, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, après avoir voté contre un report de l'accord hier, notre assemblée s'apprête à faire le premier grand écart depuis l'investiture de la Commission européenne: entre ses valeurs, ses principes, ses déclarations en matière de respect des droits humains – dont votre rapport, Madame, le rapport Wiseler-Lima sur les droits humains dans le monde, que nous votions pas plus tard que l'an dernier –, mais aussi le pacte vert, en ratifiant l'accord de libre-échange et d'investissement avec le Viêt Nam.

Le Viêt Nam s'est engagé dans une réforme de son code du travail, certes, et ratifiera les conventions de l'OIT, mais pour rendre effectives la liberté d'association et d'expression et l'émergence de syndicats indépendants, c'est une réforme du code pénal qui doit avoir lieu; elle est indispensable. Et c'est ce que nous avons demandé par des courriers adressés aux autorités vietnamiennes; nous avons demandé un report du processus de ratification pour y travailler ensemble avec le Viêt Nam, par le dialogue. Mais, Monsieur Lange, le Viêt Nam a opposé une véritable fin de non-recevoir à ces questions, à ces demandes.

Nous savons donc aujourd'hui que les réformes demandées n'auront pas lieu, notamment au niveau pénal, et nous serions pourtant prêts, en tant qu'assemblée parlementaire, à accepter cela, au nom de quoi? D'intérêts économiques. Mais lesquels, Monsieur Hogan, lesquels, Monsieur Bourgeois? Puisque le rapport, l'évaluation économique de la Commission européenne montrent que le déficit de notre balance commerciale va être encore aggravé par cet accord. Nous n'avons apparemment pas rencontré les mêmes secteurs économiques du bois, du textile, du riz, qui demandent, comme nous, un report de cet accord. Pire, les autorités vietnamiennes justifient l'arrestation de journalistes indépendants – pour ne pas le citer, M. Pham Chi Dung –, au nom des limites à la liberté de la presse. Un beau pied de nez pour notre assemblée qui, par la voix de son président, avait interpellé le Viêt Nam à ce propos. Un grand écart aussi avec le pacte vert. Effectivement, nous allons récompenser un pays qui pratique pêche et déforestation illégales en renforçant sans condition un accord de libre-échange et nos investissements sur place.

C'est sans parler aussi du conflit d'intérêts potentiel qui secoue ce dossier depuis le début, puisque nous avons continué nos travaux comme si de rien n'était. Chers collègues, ces dernières semaines, vous avez reçu comme moi les appels de centaines d'ONG, de citoyens, de syndicats qui, apparemment, n'ont pas votre oreille aujourd'hui. La demande de report est relayée de leur part aussi au motif de la dégradation ces dernières semaines, ces derniers mois, ces dernières années, de la situation des droits humains au Viêt Nam.

J'osais espérer, chers collègues libéraux socialistes, un revirement de votre part par rapport à la négociation que nous avons depuis quelques semaines. Force est de constater aujourd'hui que le pacte vert et les droits de l'homme ne sont pas encore en voie d'être respectés par notre assemblée.

Jan Zahradil, *za skupinu ECR*. – Paní předsedající, po 8 letech vyjednávání a projednávání jsme skoro u cíle. Dovolte mi proto několik slov z pozice bývalého zpravodaje těchto smluv od začátku až do loňského podzimu.

Především bych rád zdůraznil, že tu smlouvu dojednala řádně Evropská komise podle zásad obchodní politiky EU a podle mandátu, který udělila Evropská rada. Myslím, že EU musí vyslat signál, že stojí na straně volného obchodu, že stojí na straně odstraňování obchodních překážek v době rostoucího protekcionismu a v době, kdy Spojené státy se stáhly z již dojednané obchodní dohody se zeměmi jihovýchodní Asie. Máme jedinečnou šanci toto vakuum vyplnit.

Žádná jiná dohoda s žádnou jinou zemí jihovýchodní Asie v tuto chvíli není na cestě, není v dohledu. Myslím, že Vietnam vyrůstá v geopolitickou mocnost, je to země s více než 90 miliony lidmi. Je to předsednická země ASEAN, je to nestálý člen Rady bezpečnosti OSN a je v politickém i v ekonomickém zájmu EU tuto dohodu mít. Pokud ji neuzavřeme, nevyhraje EU, vyhrají Spojené státy nebo Čína, ale my z toho rozhodně profitovat nebudeme.

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, alors, est-ce qu'il faut approfondir un partenariat avec le Viêt Nam? Oui, nous sommes tous d'accord. Est-ce que ça passe nécessairement par un accord de libre-échange? Eh bien non, et c'est là que le débat intervient entre nous.

Vous, vous pensez – c'est un peu la pensée magique – qu'un accord de libre-échange, ça règle forcément tous les problèmes. Or non, ce n'est pas vrai. D'abord, je ne partage pas l'optimisme de la Commission, qui dit que c'est un accord gagnant-gagnant. Non! Aujourd'hui, le déficit de la balance commerciale de l'Union par rapport au Viêt Nam représente 30 milliards. Dans l'étude d'impact de la Commission, on nous dit que d'ici 10 ans, ce sera 40 milliards. Et qui va payer? Sans aucun doute, un certain nombre de salariés européens dans les secteurs les plus vulnérables, par exemple le textile. Alors, pour faire du Viêt Nam une sorte de grand atelier du monde, le risque, c'est quand même des délocalisations.

On nous dit que les salariés vietnamiens vont y gagner parce qu'ils vont adopter les normes de l'OIT, mais enfin, on a des exemples! Regardez la Corée du Sud: on nous avait fait des promesses qui n'ont jamais été tenues.

Donc moi, je crois que vous faites preuve soit d'une grande naïveté, soit d'une vraie hypocrisie, une hypocrisie sur les droits de l'homme, parce que franchement, on ne peut pas dire aujourd'hui que le gouvernement vietnamien ait répondu à nos attentes. C'est même tout le contraire: au dernier classement sur la liberté de la presse, le Viêt Nam arrive 176e sur 180 pays dans le monde.

Mais surtout, je renvoie la Commission à cet incroyable double langage: on vote l'état d'urgence climatique, on vote le pacte vert européen et en même temps on passe, *business as usual*, un accord de libre-échange qui est clairement climaticide et qui ne protège pas le développement durable. Franchement, ça donne l'impression d'une Union européenne qui préfère toujours le commerce à des valeurs fondamentales qui devraient normalement tous nous animer dans cet hémicycle.

Tiziana Beghin (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, tre anni fa, votando la mia risoluzione sulla Strategia commerciale per l'Unione europea, il Parlamento chiedeva a gran voce accordi con paesi ad alto tasso di crescita. Ed è stato ascoltato!

Il Vietnam è la nuova tigre asiatica: con un PIL che aumenta del 7 % all'anno, è un paese che sta diventando velocemente più prospero e che incrementa quindi la sua richiesta di beni ad alto valore aggiunto, proprio i beni che noi produciamo qui in Europa.

L'accordo porterà a zero quasi tutti i dazi doganali su questi ed altri prodotti. Alcuni di questi dazi, come quelli sui vini e sui formaggi per esempio, oggi arrivano fino al 50 %, per non parlare poi di quelli delle auto fino all'80 %.

Quest'accordo poi tutelerà 169 DOP, DOC e IGP, di cui ben 38, il 22 %, sono italiane. Quindi, se penso per esempio al mio paese, l'interscambio non fa che aumentare. Le nostre esportazioni sono aumentate del 12 % lo scorso anno, spingendo l'import-export a quota 3,7 miliardi e facendo del Vietnam il nostro primo partner commerciale per quel che riguarda i Paesi ASEAN. È un numero che migliorerà ancora grazie all'accordo. La domanda di prodotti italiani è altissima: oltre 300 milioni di euro per il nostro export di moda, oltre 65 per il cibo e quasi mezzo miliardo per i macchinari.

Collegli, non c'è dubbio che l'accordo da un punto di vista strettamente commerciale sia vantaggioso, e che quindi meriti il nostro voto favorevole, ma c'è un problema. La situazione dei diritti umani in Vietnam non sembra fare progressi e alcune riforme migliorative in questo senso sono ancora in corso di approvazione.

Personalmente sono certa, come altri colleghi, che l'accordo porterà prosperità, aiuterà a cambiare la situazione in futuro e per questo, se ci sarà il voto domani, lo approveremo. Ma io vorrei chiedere a voi colleghi di posticipare la votazione. Vorrei chiedere di lasciare tempo agli amici vietnamiti per completare le riforme democratiche che abbiamo chiesto loro, mostrandoci ancora un po' di buona volontà. Vorrei inoltre che il Vietnam liberasse i prigionieri politici e di coscienza, che approvasse le convenzioni fondamentali sui diritti dei lavoratori. Collegli, il Vietnam è un paese amico. Non c'è dubbio che l'accordo entrerà in vigore prima o poi, ma è proprio agli amici che si deve chiedere di più.

Christophe Hansen (PPE). – Madame la Présidente, le gouvernement américain affirme que la règle du plus fort serait le principe directeur des modèles commerciaux du XXI^e siècle. Demain, Mesdames et Messieurs, nous aurons la chance historique de leur prouver le contraire, montrant au monde entier que notre engagement au regard d'un commerce juste et basé sur des règles claires, indépendamment de la taille du partenaire, reste la règle d'or à suivre.

Oui, le Viêt Nam est un pays en voie de développement et évidemment, le processus de modernisation économique, environnementale et surtout sociale est loin d'être achevé. Or la ratification de cet accord n'équivaut pas, comme le président Bernd Lange l'a souligné à juste titre, à mettre fin à la conversation, il n'équivaut pas à fermer les yeux sur la situation des droits de l'homme au Viêt Nam, et surtout pas à donner un chèque en blanc au gouvernement vietnamien. D'ailleurs, notre Président Sassoli rencontre le vice-ministre aux Affaires étrangères, Bui Thanh Son, aujourd'hui, ici, au Parlement européen.

Quarante-cinq ans après la fin de la guerre du Viêt Nam et trente ans après l'ouverture de nos relations diplomatiques, l'approbation que je soutiens et qui n'attend que d'être prononcée nous permettra justement d'intensifier le dialogue avec nos homologues vietnamiens en nous appuyant, cette fois-ci, sur de véritables leviers et plateformes crédibles. Le comité conjoint revendiqué et obtenu par ce Parlement nous permettra justement de faire pression afin de promouvoir le changement socioéconomique et l'amélioration de la vie de tous les Vietnamiens.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono indubbi i vantaggi che questo accordo potrà portare sia all'economia europea e all'economia italiana, alle esportazioni italiane, sia certamente anche in quel paese per un salto in avanti anche del loro sviluppo. Ne siamo ben consapevoli e lo consideriamo un fattore importante.

Tuttavia, non possiamo nasconderci. La situazione è ancora molto critica che permane in quel paese. Critica sotto il profilo dei diritti umani in generale, per quanto riguarda i diritti sindacali, per quanto riguarda le libertà politiche e i prigionieri. Io continuo a sottolinearlo, e mi stupisco che non ci sia attenzione anche dalla Commissione – signor Commissario, posso avere la sua attenzione? Posso avere la sua attenzione? Mi rivolgo alla Commissione! Vabbè scriveremo –, per chiedere che ci sia, anche per quanto riguarda l'intervento della cooperazione allo sviluppo, qualche cosa di coerente. Sottolineo il tema del lavoro forzato minorile e del lavoro delle donne in condizioni non accettabili.

Non è colpa solo del Vietnam. È la catena del valore globale che porta alcuni paesi a essere subfornitori di lavoro al minimo ribasso. Dobbiamo ribellarci a questo. Allora non so, certamente i passi avanti sono stati fatti, lo dico con orgoglio a nome di chi del mio gruppo ha trattato e ottenuto moltissime cose. Però, forse, dobbiamo ancora chiedere di più per il lavoro delle persone, donne e bambini. Quindi dovremo monitorare molto bene quest'accordo. Qui si giocherà la serietà della Commissione e in particolare di chi si occupa di cooperazione internazionale.

Svenja Hahn (Renew). – Madam President, let's be clear: Vietnam is a communist country. It's not a democracy, and a trade agreement won't make it one overnight. But the agreement will boost economic development. It will lift people out of poverty and give them more rights and protection. The new Labour Code especially protects vulnerable groups. Unions will be allowed and freedom of assembly will follow. Increased transparency and international observation bear huge potential for better protection of human rights.

We are already trading with Vietnam. This is not about if we want trade or not. This is about improving the circumstances. So let's send a strong signal of cooperation to the whole ASEAN region, to reformist forces that believe in cooperation with the European Union, and let's not give room to actors that don't want to combine trade and values, like China. Let's support the agreement and let's support the people of Vietnam in their development.

Herve Juvin (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, nous ne voterons pas un traité dont nous estimons qu'il n'est pas bon pour l'Union européenne, qu'il n'est pas bon pour la France et qu'il n'est pas bon pour le Viêt Nam.

Depuis des années, nous dénonçons l'aberration écologique des *supply chains* qui font trois fois le tour de la planète. Depuis des années, nous soulignons les dangers de la dépendance stratégique à l'égard de sources d'approvisionnement situées à des milliers de kilomètres et où, en dépit de nos belles intentions, nous ne contrôlons rien réellement. Et depuis des années, nous dénonçons aussi les ingérences dans les affaires intérieures de pays souverains auxquelles donnent trop souvent lieu les traités de libre-échange.

Voilà pourquoi nous ne signerons pas ce traité, parce que nous pensons que le XXI^e siècle tourne la page du libre-échange et de la globalisation. Nous considérons que le XXI^e siècle va être celui des relocalisations, de la poursuite de l'autonomie industrielle des nations, conscientes des exigences de leur indépendance. Par-dessus tout, nous considérons que le XXI^e siècle va être le siècle du patriotisme économique.

Nous souhaitons que le Viet Nam, comme l'Union européenne, travaille à son indépendance et à ses libertés stratégiques.

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Madam President, this Parliament decided in November that the Paris Agreement should be anchored in all chapters of our trade agreements, and this Parliament decided in December that all our trade agreements would have enforceable environmental and social standards. Also, this Parliament considers itself to be at the forefront of human rights, and yet the majority of this House is ready to vote 'yes' on the trade and investment deal with Vietnam, in a situation where human rights are deteriorating in Vietnam and the numbers of political prisoners has been on the rise since 2016; in a situation where civic and political rights are systematically being cracked down; and in a situation where the deal on the table still does not contain enforceable social and environmental standards – and not only the Social Democrats in this House always pretended that this was a red line. I understood that there is a majority in this Parliament to make trade more sustainable and climate-proof, which is good. But dear colleagues, we really make a fool of ourselves if we then, at the first best opportunity, give in and let a trade deal pass that does not live up to the Green Deal. I urge you today: say no to this deal. Let's ask the Commission to renegotiate and to align the Vietnam deal with the Green Deal. And let's send a strong signal to the Vietnamese Government to improve the devastating human rights situation before we sign the deal and not after.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señora presidente, lo acabamos de oír esta mañana. Globalmente, el Acuerdo comercial con Vietnam beneficia a varios sectores de la Unión Europea y, en el ámbito agroalimentario, la carne o el vino o el queso pueden ser varios de ellos. Sin embargo, es lamentable, una vez más, que la Comisión Europea renuncie a proteger a uno de sus sectores sensibles, como es el arroz.

Vietnam tienen los precios del arroz más bajos de todo el Sudeste Asiático y compite directamente con variedades que se producen en España e Italia. Los arroceros españoles están indignados con esta nueva concesión y su impacto en los precios de un sector ya de por sí en crisis.

Ser deficitarios en la producción de arroz no significa que la apertura de fronteras no cause un daño irreparable a la producción europea. No consigo entender por qué, después de aplicar la cláusula de salvaguarda a principios del año 2019 con Myanmar y Camboya, la Unión Europea siga cometiendo los mismos errores y no valore el impacto que estas importaciones van a causar en el mercado europeo y en un producto sensible como es el arroz.

El sector arrocero europeo cumple un papel clave tanto en la economía como en la conservación de áreas geográficas con un alto valor ambiental. Exigimos a las autoridades de la Unión Europea que realicen estudios de este impacto y que den los pasos necesarios para aplicar nuevas y más efectivas cláusulas de salvaguardia.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, mnogo je razloga za odbacivanje ovog sporazuma. Treba samo reći da je ovaj ugovor, odnosno ugovori pošto imamo objedinjenu raspravu, napisan na način da je prilagođen interesu korporacija.

Navest ću tri stvari. Prva stvar, ugovor daje posebna prava investitoru, dakle radi se o ISDS-u, odnosno *state dispute settlement* mehanizmu, radi se o tome da kada dođe do nekog spora nije nadležan domaći sud, nego nekakav tamo daleki međunarodni arbitražni sud.

Mного je tragičnih primjera i ovdje kod nas u Europi na narodu Europe gdje se takav mehanizam pokazao štetnim, navest ću samo recimo iz regije Abruzzo gdje je odbijeno, dakle, produljenje koncesije na eksploataciju ugljikovodika i onda su naftne korporacije tužile tu regiju. Ili recimo kod nas u Dubrovniku gdje je investitor u slučaju golfa na Srđu izgubio na hrvatskim sudovima. To mu nije bilo dosta pa je pokrenuo arbitražni spor za 500 milijuna dolara.

Ovaj mehanizam jednostavno potkopava vlastite institucije, kakve jesu da jesu, i suverenitet zemalja pa će tako i Vijetnama. Zamislite jedan veliki sraz između neke općine u Hrvatskoj od par tisuća stanovnika i desetak milijuna kuna proračuna protiv neke mega korporacije u milijardama. Zamislite tek kako bi to moglo biti u Vijetnamu.

Ovdje nema govora o zelenom planu u koji se Komisija toliko kune. Također, kao što se krše ljudska i temeljna prava recimo u Hrvatskoj, što Komisija ignorira, Hrvatska je članica, zamislite što će tek biti u Vijetnamu. Mi u Hrvatskoj znamo dobro kako to izgleda, tu stradaju prava okoliša, samo se bogati establišment.

Jörgen Warborn (PPE). – Fru talman, kommissionär Hogan, ärade kollegor! Vietnam är, efter Singapore, EU:s viktigaste handelspartner i Sydostasien. I och med avtalet tar vi bort nästan alla tullar och ger europeiska företag tillträde till en marknad med nästan hundra miljoner konsumenter, en snabbt växande medelklass och ökad köpkraft.

Det här innebär fina möjligheter för de cirka 600 företag från Malmö i söder till Vilhelmina i norr som exporterar dit, men också en stor potential för alla dem som importerar från Vietnam. Min förhoppning är att det ska bli ännu enklare för företag att börja handla med denna stora marknad.

Jag reste med Europaparlamentets delegation till Vietnam i höstas. Alla som vi träffade – från partilöjala ministrar till människorättsaktivister, näringslivet, humanitära organisationer och den internationella arbetsorganisationen – alla uppmanade oss att ratificera det här avtalet.

EU:s export till Vietnam förväntas öka med 16 procent. Det här är bra för svenska företag och europeisk konkurrenskraft. Det är bra för tillväxten, det är bra för jobben. Det är bra för företaget. Därför kommer jag att rösta ja till de här avtalen.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, nous avons décrété l'état d'urgence climatique, nous avons voté le pacte vert il y a tout juste un mois de cela et demain, on nous demande quoi? On nous demande de voter un accord de libre-échange de plus, comme si de rien n'était.

Cet accord, contrairement à nos promesses écrites noir sur blanc dans la résolution sur le pacte vert européen, ne comprend aucun mécanisme contraignant concernant le chapitre «Développement durable». Alors la question qui se pose à nous est simple: accordons-nous le moindre prix à nos paroles, à nos propres paroles?

Chers collègues, le Viêt Nam enferme les activistes écologistes, les syndicalistes, les défenseurs des droits humains. L'un d'entre eux, Pham Chi Dung, a été arrêté précisément parce qu'il nous a écrit une lettre pour nous demander de ne pas signer l'accord en l'état. Si vous n'accordez aucun prix à vos propres paroles, ayez la décence d'accorder du prix à ses paroles à lui. Ne validez pas l'accord tant qu'il est en prison pour nous avoir parlé.

Chers collègues, il y a quelque chose au-dessus du dieu Commerce. Il y a notre avenir à tous, il y a nos principes. Eh bien demain, c'est l'occasion de le démontrer.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, le Viêt Nam est notre deuxième partenaire économique en Asie du Sud-Est et l'Union européenne attend de nombreux bénéfices de cet accord commercial. Oui, cet accord permettra de protéger 169 indications géographiques, dont 36 AOP françaises. Nos entreprises pourront exporter de nombreux produits sans droits de douane. Nous bénéficierons d'un meilleur accès aux marchés publics. Autant de points offensifs obtenus dans ces négociations.

Mais la situation des droits de l'homme reste préoccupante. De nombreux prisonniers politiques et journalistes sont toujours détenus, malgré les demandes répétées de libération de l'Union européenne.

Si des progrès ont été réalisés avec les ratifications de conventions internationales, nous devons être intransigeants sur le respect du chapitre sur le développement durable. Notre politique commerciale doit être guidée par nos valeurs et le respect des droits de l'homme, mais la ratification de cet accord, chers collègues, n'est pas une fin en soi. La clé de la réussite résidera dans le succès de sa mise en œuvre, tout cela dans un contexte international synonyme de guerre commerciale.

Roman Haider (ID). – Frau Präsidentin! Um es gleich vorwegzunehmen: Ich werde diesem Abkommen zustimmen. Ich bin prinzipiell ein Befürworter des Freihandels. Der freie Handel hat sich immer als gewinnbringend für beide Seiten und auch als Wachstumsmotor erwiesen. Das trifft auch in ganz besonderem Maße auf die Verbindungen zwischen Europa und Ostasien zu. Vietnam ist dazu noch ein ganz besonders dynamisches Land in einem auch sehr dynamischen Umfeld. Das Wirtschaftswachstum Vietnams liegt seit den 90er Jahren konstant über 5 %, und auch die Infrastruktur und die Rechtssicherheit sind in den letzten Jahren stark ausgebaut worden. Und dazu ist Vietnam auch noch als Exportland für Europa besonders interessant.

So positiv das alles klingt, so möchte ich doch auch die negativen Seiten Vietnams nicht verschweigen: Kritische Journalisten, religiöse Minderheiten, Menschenrechtsaktivisten werden vom sozialistischen Regime unterdrückt, außer Landes gejagt oder sterben unter ungeklärten Umständen. Es bleibt deswegen zu hoffen, dass dieses Freihandelsabkommen auch dazu beiträgt, die Menschenrechtslage in Vietnam zu verbessern.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, que n'avons-nous pas entendu pendant la campagne électorale des européennes, partout en Europe? C'en était fini des accords de libre-échange qui donnent des droits aux multinationales contre les États, contre les législations environnementales, contre les législations de protection de la santé ou des droits sociaux. C'en était fini de ces accords de libre-échange qui participent au dérèglement climatique, notamment à travers la déforestation. C'en était fini des accords de libre-échange qui attaquent la biodiversité, par exemple à travers la pêche illégale. C'en était fini de ces accords de libre-échange contraires à la démocratie, aux libertés individuelles.

Et là, le premier accord arrive et tous ces groupes, les sociaux-démocrates, Bernd Lange, les libéraux et En marche, les conservateurs: vous allez tous voter un accord de libre-échange contraire aux déclarations et aux engagements de la Commission européenne sur le pacte vert, sur les valeurs de l'Europe et sur une mondialisation régulée.

Comme par hasard, nous avons ce débat après un débat sur le Brexit. Mais n'avez-vous pas compris aussi que le Brexit a été voté parce que nous abandonnons les classes populaires ici pour aller les exploiter dans des conditions abominables sans liberté, sans droits sociaux, de l'autre côté de la planète?

Alors, chers collègues, un peu de décence vis-à-vis des Vietnamiens, un peu de décence vis-à-vis de vos électeurs. Rejetez cet accord de libre-échange qui n'est en rien compatible avec les valeurs de l'Europe.

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážená pani predsedajúca, hoci Vietnam nie je demokratická krajina, zmluvu s ním podporujem z nasledujúcich dôvodov:

v roku 2009 bol Vietnam tridsiatym druhým najväčším importérom z pomedzi krajín EÚ, do krajín EÚ, v 2008 už bol na desiatom mieste. Táto zmena prebiehala a bude prebiehať so zmluvou alebo bez zmluvy. Rozdiel je v tom, že ak bude prebiehať so zmluvou, tak sa dramaticky zvýši šanca, že sa vo Vietname vďaka zmluve pretlačí viac demokracie. S odchodom Veľkej Británie z EÚ narástlo riziko zmenšenia obchodného priestoru, teda aj potenciálu ekonomického rastu. Navyše EÚ predsa ostáva možnosť uvaliť sankcie, či dokonca odstúpiť od zmluvy, ak by sa demokracia vo Vietname nezlepšovala. Verím, že po desiatich rokoch od podpisu týchto zmlúv bude Vietnam oveľa demokratickejší a bližší trhovej ekonomike, než je dnes. Bude bohatší, bude v ňom žiť menej chudobných, prevažovať bude trhová ekonomika a ľudské práva budú chránené lepšie, rovnako ako životné prostredie.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážená pani predsedajúca, budem podporovať dohodu uzavretú s Vietnamskou socialistickou republikou, a to z toho dôvodu, dňa 5.2.2020 som sa zúčastnil konferencie v Bruseli za účasti predstaviteľov Bangladéša.

Riaditeľka asociácie odevných výrobcov a exportérov Bangladéša okrem iného uviedla: „Priatím dohôd medzi Európskou úniou a Vietnamom by prišiel Bangladéš o vývoz textílií do USA v zhruba v hodnote 13 miliárd ročne.“

Je každému z nás zrejmé, že Európska únia je najväčším importérom odevov z Bangladéša. Ak Vietnam ako hlavný konkurent Bangladéša získa nulové dovozné cla do EÚ, bangladéšsky podiel na trhu sa výrazne zmenší.

Verím, že odporcovia dohôd medzi EÚ a Vietnamom nie sú ovplyvnení veľkými kooperáciami v odevnom priemysle. Všetci vieme, aké pracovné podmienky vrátane pre maloleté deti pri výrobe odevov, ktoré nosíme, sú v Bangladéši. A ešte jedna vec, som jeden z mála teda europoslancov, ktorý si pamätá vojnu vo Vietname. Pamätá si dedinku My Lai, pamätá si Dien Bien Phu, my sme dlžní Vietnamu, hrdinskému ľudu Vietnamu, aby sme túto dohodu uzatvorili. Neuzatvorením tejto dohody by sme opätovne bombardovali vietnamský národ. To je všetko.

Sven Simon (PPE). – Madam President, this trade agreement between the EU and Vietnam is proof that we can establish European standards in the world through trade agreements. A significant improvement in workers' rights; a ban on forced labour; the approval of independent unions; an enforcement mechanism for the Paris Agreement, which we wouldn't have without the agreement. What a great success.

Colleagues from the Greens and the left are generally against trade agreements. They share this in common with the right-wing populists, by the way. The question you have to answer is now: how do you want to implement European standards worldwide? Through speeches in this House? Demonstrations? Letters?

The only realistic way to promote European influence globally in an age of shifting geopolitical distribution of power is through trade agreements. Those who vote against it will have to explain how they want to realistically achieve our common goals while, at the same time, following an agenda which is isolating and disabling the European Union as a trading partner.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, i dati ci dicono che nel 2018 l'interscambio commerciale di beni tra l'Unione europea e il Vietnam è pari a circa 40 milioni di euro. Questo significa che già oggi il Vietnam è un partner commerciale importante e che ogni giorno i nostri cittadini usano prodotti «made in Vietnam».

Questo accordo può migliorare le relazioni commerciali e politiche con un partner strategico in un'area molto importante come il sud-est asiatico, inquadrando queste relazioni in un sistema di regole certe e condivise.

Il Vietnam, in questi anni ha avviato un percorso di riforme significative, soprattutto sul diritto del lavoro, i cui progressi sono stati certificati dall'Organizzazione mondiale del lavoro. Certo, questo è solo un punto di partenza e dovremmo pretendere sia su questo che sul rispetto dei diritti umani e delle libertà di espressione fatti e atti concreti da parte delle autorità vietnamite.

In questo senso l'accordo commerciale rappresenta una leva importante nelle mani dell'Unione europea per stimolare e richiamare il Vietnam al rispetto degli impegni solennemente presi.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, Mr Commissioner, this will be the first major trade agreement that this new Parliament will ratify, and it will send several positive messages. Firstly, to an ever more protectionist world, that the EU still believes in rule-based free trade. Secondly, to the region, bringing us one step closer to a regional ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) agreement. Thirdly, to our citizens and businesses, that we are dedicated to expanding better conditions for business to thrive, grow and generate more jobs. And finally, it is proved that trade can positively influence other areas. The negotiations helped push Vietnam towards important labour reforms. By having this framework in place, we will now have a way to constructively engage on topics ranging from human rights to the environment and, as with any agreement, implementation will be the key. And you can count on this Parliament to do our job.

Marco Campomenosi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, bisogna usare le parole giuste per commentare quello che dice la Commissione europea. Bugia: no sviluppo locale, non creerà sviluppo ad aziende vietnamite, servirà solo a incentivare la delocalizzazione di imprese europee e di grandi multinazionali verso un paese come il Vietnam.

Ennesimo colpo, peraltro, al settore risicolo italiano ed europeo, in generale. Vergogna! Vergogna, perché – l'hanno detto in molti – i diritti umani non sono certo rispettati in Vietnam, gli standard sociali sono bassissimi. Ennesimo accordo commerciale che favorirà una concorrenza salariale al ribasso e i nostri lavoratori lo sanno bene.

Ipocrisia! Ipocrisia perché il *Green New Deal* che volete imporre alle nostre aziende e che costerà loro moltissimo, ovviamente non può essere imposto al Vietnam e il Vietnam si guarderà bene dall'andare in quella direzione, peraltro con standard che pretendete magari di chiedere alla Gran Bretagna, che già rispetta, e invece non vi fate alcun problema, nella vostra fallimentare politica commerciale, a stringere accordi con paesi lontanissimi da ogni livello di tutela sociale e ambientale.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Madam President, agreements between the EU and Vietnam are undoubtedly important geopolitically, and Vietnam has also made progress in reforming its labour laws – but it has, on the other hand, failed to amend its penal code to allow workers to enjoy those rights. Oppression has become more severe even during the last stage of the finalisation of these agreements. Parliament, if giving its consent tomorrow, takes a heavy responsibility of making its own demands happen in reality on sustainable development, human rights and participation of an independent civil society, and, as our own Committee on Foreign Affairs demands, the Commission and its Vietnamese counterparts still must set up an independent monitoring mechanism on human rights and an independent complaints mechanism with the recourse to remedy. So this all is why our Group, the Greens/European Free Alliance, cannot yet support these agreements.

Adam Bielan (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zarówno umowa o wolnym handlu (FTA), jak i umowa o ochronie inwestycji (IPA) to rzeczywiście najambitniejsze umowy tego rodzaju zawarte kiedykolwiek z krajem rozwijającym się. Negocjując je, Komisja starała się osiągnąć dwa podstawowe cele: po pierwsze, zapewnić podmiotom gospodarczym z Unii możliwie najlepsze warunki dostępu do wietnamskiego rynku; po drugie, zapewnić cenny drugi punkt odniesienia (po umowie z Singapurem) dla innych negocjacji prowadzonych przez Unię w tym regionie. Oba te cele zostały w pełni osiągnięte. Umowy wykraczają poza istniejące zobowiązania podjęte w ramach WTO w wielu obszarach, takich jak usługi, zamówienia, bariery pozataryfowe oraz ochrona praw własności intelektualnej, w tym oznaczeń geograficznych. We wszystkich tych obszarach Wietnam zgodził się również przyjąć nowe zobowiązania, które znacznie wykraczają poza to, do czego zobowiązał się w innych umowach, w tym we wszechstronnym i progresywnym porozumieniu o partnerstwie transpacyficznym. Umowy zniosą niemal wszystkie ograniczenia celne dla wzajemnej wymiany handlowej. Są dobrze zbilansowane i pozytywnie wpłyną na gospodarkę zarówno Unii, jak i Wietnamu. Dzięki tym umowom Unia zyska większe możliwości wywarcia nacisku na Hanoi w kwestii praw człowieka. Dlatego apeluję o głosowanie za ratyfikacją tych dokumentów.

Enikő Győri (PPE). – Elnök Asszony! Látom, a szélsőségek összeérnek ma ebben a Házban. Javaslom az ellenzőknek átgondolni, hogy mi is a mi elsődleges dolgunk. A mi dolgunk az, hogy az európai vállalatoknak lehetőségeket teremtsünk, és ebből pedig a mi polgáraink hasznát húzzanak. A több kereskedelem Vietnám polgárainak is esélyt jelent a fejlődésre, és arra, hogy a mi normáink követésével a szabadságuk kiteljesedjen. Szereptévesztésben van az, aki azt gondolja, hogy az Uniónak állandóan oktatni és kioktatnia kell, ahelyett, hogy kis tisztelettel közelít a partnerekhez és jó kapcsolatokra törekszik. A párbeszéd és a vállalatok ellenőrzése fog hozzájárulni Vietnám emberjogi, munka- és környezetvédelmi fejlődéséhez, nem pedig az, ha hátat fordítunk.

Aki a két egyezmény ellen érvel, az nem akarja, hogy az európai vállalatok hozzáférjenek, Hanoi vagy Ho Si Minh-város közbeszerzési piacához. Kedves ellenzők, ne akarjanak rosszat az európai vállalatoknak és a vietnámiaknak. A Bizottságtól azt kérem, hogy naprakész, gyakorlati információkkal segítse, hogy az európai kkv-k a legteljesebb mértékben kihasználhassák a két egyezményt.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D). – Señora presidenta, señor Hogan, el acuerdo entre la Unión Europea y Vietnam tiene una gran importancia estratégica por el impulso que da a nuestras relaciones comerciales con la región de la ASEAN y por el firme compromiso de Vietnam en defensa del multilateralismo y del desarrollo sostenible cuando el mundo más lo necesita.

Se ha negociado una reducción arancelaria ambiciosa, una cooperación reforzada y, sobre todo, un capítulo vinculante de desarrollo sostenible que define un marco de relaciones laborales con Vietnam más acorde a los principios y convenios de la OIT.

El Parlamento Europeo, gracias al empuje de mi grupo parlamentario y también de otros grupos, ha conseguido medidas y compromisos fehacientes del Gobierno vietnamita en materia de derechos laborales y de respeto de los derechos humanos, especificados en programas de trabajo. Y quiero agradecer los esfuerzos realizados a las autoridades de Vietnam. Pero todavía queda mucho por hacer y a los socialistas nos sigue preocupando la situación de los derechos humanos, en especial en lo que afecta a las libertades fundamentales.

Por ello seguiremos de cerca el cumplimiento de lo acordado y le pido, señor comisario, que también tome las medidas adecuadas para asegurarnos de que este acuerdo no perjudica a los agricultores europeos y, en particular, a los productores de arroz. Pero creo que este acuerdo es un instrumento importante para avanzar y lo apoyaré.

Pierre Karleskind (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je voudrais rejoindre notre collègue Bartolo, qui était rapporteur pour la commission PECH, sur la nécessité de lutter contre la pêche illégale.

Lutter contre la pêche illégale, c'est évidemment assurer une gestion durable des ressources halieutiques, c'est aussi s'assurer d'éviter la concurrence déloyale avec les pêcheurs qui sont soumis aux contraintes que nous avons sur notre continent.

Le Viêt Nam a un carton jaune sur la pêche illégale, mais il faut souligner les efforts qui ont été entrepris par ce pays, notamment dans le cadre des négociations qui aboutissent aujourd'hui à cet accord de libre-échange. Il faut aussi noter que dans cet accord, il est mentionné explicitement que les partis qui signent l'accord lutteront activement contre cette pêche illicite.

Alors est-ce suffisant? Eh bien, si ce n'est pas suffisant, allons plus loin. Allons plus loin et mettons en place des garde-fous, comme la suppression des tarifs préférentiels pour les produits de la pêche tant que, à l'avenir, il y aura carton jaune. C'est le sens de l'amendement que Renew a déposé et que je vous invite à soutenir.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Handel nutzt grundsätzlich beiden Seiten. Als ständiger Berichterstatter für Bangladesch und andere Länder weiß ich, wie Entwicklungsländer auf Vietnam schauen, weil zum ersten Mal ein Schwellenland die Möglichkeit erhält, sich über ein individuelles Freihandelsabkommen an die europäische Wirtschaft anzukoppeln und zu entwickeln. Gerade deshalb ist dieses Abkommen wichtig, weil es den vielen Schwellenländern eine Chance und einen Weg bietet, den wir ihnen einräumen sollten. Aus diesem Grunde werbe ich um Ihre Zustimmung.

Das Freihandelsabkommen ist ausgewogen, es reflektiert die verschiedenen Ansichten hier im Hause zum Handel mit anderen Ländern, und es macht allen Schwellenländern ein eigenes europäisches Angebot für die weitere Entwicklung, damit es zu einem Wohlstand in der Heimat kommt und nicht dazu, dass diese Menschen ihr Glück anderweitig und in anderen Ländern suchen müssen.

Insofern: ein gutes, ausgewogenes Abkommen, das ein positives Licht auf Europa und den Handel wirft. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Paní předsedající, volný obchod obecně vytváří bohatství pro obě strany. Jak tedy jako proevropská politička mohu být proti ratifikaci současné dohody EU-Vietnam? Protože tím dáme autoritářskému režimu bílanku šek na obchod s největším ekonomickým blokem na světě bez vymahatelných podmínek. Ratifikací smluv dnes komunistické straně Vietnamu řekneme, že EU podporuje sledovací stát s monopolem jedné strany, který utlačuje své obyvatele. Nenechte se totiž mýlit tzv. zárukami lidských práv a demokratických reforem. Za 8 let vyjednávání této dohody se situace ve Vietnamu zhoršila.

Nejde jen o lidská práva, nejsou-li někomu dost. Zahodit silnou vyjednávací pozici je chyba i pro samotný obchod. Na dohodě vydělá značně více Vietnam než EU a v takovou chvíli máme my chtít záruky pro naši politiku a byznys. Otázka zní: Skutečně chceme Evropu, kterou mohou autoritáři všech zemí hýbat, jak potřebují, bez nutnosti uvolnit své režimy?

(Řečnice souhlasila s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 171 odst. 8 jednacího řádu))

Sven Simon (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Kollegin, ich verstehe eins nicht an Ihrer Argumentation: Sind Sie der Meinung, dass wir mit dem Abkommen oder ohne das Abkommen mehr Einfluss auf das autoritäre Regime haben? Das ist doch die Frage, die im Raum steht: Sind wir mit dem Abkommen einflussreicher in Vietnam oder ohne das Abkommen?

Markéta Gregorová (Verts/ALE), blue-card answer. – I will answer in English if you don't mind. We see that the agreement didn't help to do anything for now, because apparently the negotiations haven't been led properly with regard to human rights. So what is necessary is actually to follow what we originally approved as the European Parliament also, and to push for the reforms and for what we want. As I said, we are now giving a blank cheque on our trade, because they didn't do anything that we wanted from them and that they promised to us.

Carlo Fidanza (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo accordo tra UE e Vietnam presenta come sempre aspetti contraddittori. Il tema dei diritti umani ripetutamente violati, alcune opportunità significative per le nostre imprese e una tutela ampia per le nostre denominazioni d'origine.

Eppure rimane una grande criticità irrisolta su un settore cruciale come quello del riso. La produzione risicola italiana, la più importante dell'Unione europea, e quella europea sono già da anni sotto attacco per via dell'accordo EBA con Cambogia e Myanmar. La clausola di salvaguardia è stata applicata tardi e male ed è di questi giorni la notizia che nell'ambito del blocco delle agevolazioni commerciali con la Cambogia non rientrerà il riso. In questo quadro è evidente che l'immissione sul mercato di ulteriori ingenti quote di riso vietnamita a bassissimo prezzo rischia di mettere in ginocchio un settore già provato.

La nostra delegazione non intende quindi essere complice di questo disegno e non sosterrà questo accordo fino a quando non verrà salvaguardato il riso italiano ed europeo.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, στηρίζουμε τη συμφωνία ελεύθερου εμπορίου μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης και Βιετνάμ, διότι είναι μία πολύ καλή συμφωνία η οποία έχει οικονομικά οφέλη για όλους: με τη σταδιακή κατάργηση σχεδόν όλων των δασμών, με την άρση των δασμολογικών ποσοστώσεων, ανοίγοντας τις αγορές στους παρόχους υπηρεσιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και δίνοντας πρόσβαση στους διαγωνισμούς δημοσίων συμβάσεων. Η συμφωνία έχει οφέλη για πολλά κράτη μέλη, μεταξύ των οποίων και για τη δική μου χώρα —την Ελλάδα, όπου θα βοηθήσει στις εξαγωγές φαρμακευτικών ειδών και αγροτικών προϊόντων, εξασφαλίζοντας την προστασία γεωγραφικών ενδείξεων σημαντικών ελληνικών προϊόντων, όπως είναι η φέτα και το ούζο. Επιπλέον, η συμφωνία θα θωρακίσει τα εργατικά δικαιώματα, θα ενισχύσει τη δημοκρατία και τον σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και θα συμβάλει στη μάχη κατά της κλιματικής αλλαγής. Οπότε, στην εποχή των εμπορικών πολέμων, έχει και μία συμβολική αξία. Καταδεικνύει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση επιμένει σε ένα πολυμερές σύστημα ελεύθερου εμπορίου βασισμένο σε δικαίους κανόνες, που συνάδει με τις αρχές και τις αξίες της ενωμένης Ευρώπης. Σας καλώ να την υπερψηφίσουμε.

Marianne Vind (S&D). – Fru formand! I en tid, hvor frihandel og samarbejde er under pres for gamle venner, er det vigtigere end nogen sinde, at EU bliver ved med at åbne markeder. Vi er nu garanten for retfærdig og bæredygtig og regelbaseret handel. Derfor bør vi også godkende denne aftale, der er den mest omfattende handelsaftale nogensinde imellem EU og et udviklingsland.

Vietnam har forpligtet sig til alle ILO's otte kernekonventioner, og seks af dem er allerede ratificeret. Et land med kommunistisk styre har nu anerkendt retten til kollektiv forhandling og er på vej mod forsamlingsfrihed. 95 millioner flere mennesker har i dag ret til at organisere sig og til at kæmpe sammen. Det er et stort skridt, der aldrig var sket, hvis vi ikke havde rakt hånden frem.

Aftalen med Vietnam er langt fra perfekt. Men politik handler ikke om perfektionisme. Det handler om konkrete fremskridt for konkrete mennesker, og det får vi ved at holde Vietnam tæt.

Angelika Winzig (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Die Geschichte hat gezeigt, dass Handel und offene Märkte Wohlstand schaffen und sichern. Ich komme aus einem Land mit einer 60 %-igen Exportquote, sechs von zehn Euro werden im Ausland verdient, und jeder zweite Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Export ab, und es soll mir jemand sagen, wie wir in Zukunft ohne Export unsere Sozialsysteme weiter sichern.

Das Handelsabkommen mit Vietnam ist in der Tat ein besonderes, weil es in dieser Form noch nie mit einem kommunistischen Schwellenland geschlossen wurde und weil es auch ein Türöffner für weitere Abkommen sein wird. Es hat neben der Implementierung europäischer Standards auch eine große politische Dimension, nämlich die Einhaltung der Grundrechte. Deshalb wurden Mechanismen für die Evaluierung der Grundrechte, aber auch Sanktionen bei Verstößen verankert.

Positiv anzumerken – und Herr Lange hat es ja bereits gesagt – sind die Arbeitsrechtsnormen, die 2023 endgültig ratifiziert werden. Die politischen Alphawölfe haben kein großes Interesse an einem wirtschaftlich erfolgreichen Europa, und deshalb ist es wichtig, dass wir unsere erfolgreiche Handelspolitik mit weiteren Abkommen auch konsequent fortführen.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, Commissioner Hogan, our rapporteur, Mr Bourgeois, and others have outlined many of the benefits of this Free Trade Agreement, both for Vietnam and for the European Union, because free trade agreements are, after all, about a win-win for both sides.

As a standing rapporteur for the ASEAN region and a former rapporteur for the EPP for Singapore, I welcome our Free Trade Agreement with Vietnam. This is the first really comprehensive agreement we will be doing with a developing country, and that's very important. Because it's one thing to do it with a developed economy, and it's another thing – so it's a very positive message – to be doing agreements with developing countries like Vietnam.

To those who oppose it, I would say to them: will any of the issues that you have be improved by opposing this agreement? The answer is no. As has been pointed out, there were already huge improvements even during negotiations that will continue when we develop the Agreement.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señora presidenta, comisario Hogan, el acuerdo de libre comercio con Vietnam supone una señal importante, tanto fuera como dentro de Europa.

Fuera, porque la Unión Europea demuestra una vez más que es la gran potencia comercial a nivel mundial; demuestra que, a pesar de los intentos de los populistas por levantar barreras arancelarias y volver al proteccionismo, Europa sigue siendo la mayor defensora del libre comercio.

Y es importante también dentro de Europa; es importante para las miles de empresas que ven en la desaparición del 65 % de los aranceles una gran oportunidad de negocio, un nuevo mercado que se abre cuando otros se cierran.

Para España esto será esencialmente beneficioso para sectores como el cárnico, cada vez más presente en Asia, así como para el sector del aceite de oliva, del vino y de las bebidas espirituosas, que ven reconocidas muchas de sus indicaciones geográficas y denominaciones de origen.

Para aquellos que no resulten beneficiados estaremos vigilantes para garantizar que este acuerdo no se firme a costa de nadie y que todos los españoles y los europeos salgamos ganando con él. Por ello, pido el apoyo para este acuerdo.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, Vietnam is an important partner in Southeast Asia. This year they hold the chairmanship of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) and we aspire to foster closer trade relations with them. With this free trade agreement we are starting a new era in our relations. Vietnam is a fast-growing economy and by facilitating European-Vietnamese trade, this agreement offers ample opportunities for companies on both sides.

We encourage cultural and economic cooperation. We create a stepping stone to the European Union's longer term goal of region to region EU-Southeast Asia trade relations. In addition, we will enhance European visibility in the emerging Asian market.

But next to closer trade cooperation we should also keep in mind the situation of human rights in our partner country. We see that the government restricts the freedom of religion through legislation and surveillance. Local authorities often seize properties in places of worship. Next to our strengthened trade with Vietnam, the European Union should also push for improved inter-religious dialogue. We should not only work on strengthening the economic ties but also respect the right of belief as a fundamental aspect of our future relations. I do support this trade agreement but also I expect much closer ...

(The President cut off the speaker)

Hildegard Bentele (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich unterstütze den Abschluss des EU-Vietnam-Abkommens, weil wir damit neben der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen in Vietnam und auch in der EU eine gute Entwicklung in Gang gesetzt haben, die insgesamt eine positive Auswirkung auf die vietnamesische Gesellschaft haben kann. Das Wichtigste ist, dass wir mit dem Abkommen einen festen Rechtsrahmen, eine Plattform für Dialog, Kontrollmechanismen und eine ständige Kommission, die mit Abgeordneten aus beiden Ländern besetzt ist, eingesetzt haben, in denen wir nicht nur über die Inhalte des Handelsabkommens sprechen können, sondern auch über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und den *Green Deal*, über Pressefreiheit und über Menschenrechte. Wir geben eben keinen Blankoscheck. Wir stehen am Anfang einer Partnerschaft, die wir mit Leben erfüllen müssen. Die

Kommission und wir als Abgeordnete haben jetzt die Verpflichtung und Aufgabe, dieses Abkommen zum Modell und Vorbild zu machen. Ich freue mich, dass offensichtlich eine große Mehrheit in diesem Haus diese Chance nutzen möchte.

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, caros Colegas, o acordo de comércio livre entre a União Europeia e o Vietname, além de economicamente vantajoso, já conseguiu influenciar a adoção de um novo código de trabalho no Vietname.

Os reconhecimentos do direito à negociação coletiva, juntamente com o direito à liberdade sindical, devem-se à nossa ação. No entanto, não posso deixar de sinalizar que devíamos ter sido mais ambiciosos no prazo para a ratificação da Convenção da OIT sobre a Abolição do Trabalho Forçado e na adoção de medidas para o cumprimento do Acordo de Paris.

As alterações climáticas não conhecem fronteiras e temos pouco tempo para o muito que há para fazer. Ainda assim este acordo é um excelente exemplo da utilização da nossa política comercial para a promoção dos princípios e dos valores europeus.

Caro Comissário, caros colegas, perdemos o Reino Unido, mas não deixámos de ser uma potência comercial e não podemos, por isso, dar qualquer passo atrás no exercício da nossa capacidade para a promoção dos direitos humanos, para o reconhecimento dos direitos sociais e laborais e, não menos importante, para a proteção do meio ambiente e da biodiversidade.

Spontane Wortmeldungen

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, it is clear that business is already booming in Vietnam: huge growth and opportunities in profits, and it is an opportunity to exploit a population of almost 100 million people. That's why we've had the substantial lobbying by the European institutions and the various business organisations not to defer ratification of this Treaty.

Don't kid ourselves that we're doing this for the benefit of the Vietnamese people, that this agreement is to lift them out of poverty, as somebody ridiculously claimed. These agreements have resulted in a transfer of wealth from the Global South to the West, exploiting their resources and their assets and undermining jobs in countries like those in the European Union.

Someone asked how will these issues be sorted out if we don't deal with them? The arrogance of such a question! They'll be dealt with by the Vietnamese people organising themselves in the same way as people did in these countries. And if we were serious about their concerns we'd listen to the NGOs and the trade unions who are telling us not to ratify this deal.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señora presidenta, comisario, la política de acuerdos comerciales que está desplegando la Unión en los últimos años se está revelando como una de las herramientas más eficaces para extender nuestros estándares sociales y ambientales en el mundo global; también para fomentar avances en materia de derechos humanos, algo muy notable en este Acuerdo.

Así, la Unión Europea es capaz de implementar políticas imposibles Estado a Estado. Añade valor; se revela como el actor global que necesitamos; resulta útil a la ciudadanía. Me alegro, además, de que este proceso en favor de un comercio mundial más justo no olvide ningún sector.

Considero un enorme acierto haber incluido una salvaguardia para garantizar que nuestros productores —especialmente las empresas transformadoras de productos de la pesca y, muy en particular, las conserveras— vean defendidos sus legítimos intereses y reconocidas sus buenas prácticas frente a las amenazas de la pesca ilegal no declarada y no reglamentada.

Mientras la Comisión no retire la tarjeta amarilla a Vietnam por esta razón, la Unión debe proteger sus producciones contra el dumping social y ambiental propiciado por estas prácticas pesqueras.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, voter un accord commercial libéral avec un régime autoritaire communiste au nom de la défense des droits de l'homme relève vraiment du surréalisme – et vous savez que je suis belge d'origine, pays du surréalisme, comme M. Bourgeois. Mais je pense qu'ici, nous décrochons la palme d'or.

Pourtant il était, il est possible de faire mieux par rapport à cet accord. Pourquoi le mécanisme de règlement des différends entre États ne couvre-t-il pas le développement durable? Pourquoi, quand il s'agit des droits sociaux et environnementaux, n'y a-t-il plus de mécanismes contraignants assortis de sanctions?

Un changement de ce type, Monsieur le Commissaire, est tout à fait possible, mais encore faut-il en avoir la volonté politique. Vous, Monsieur le Commissaire, mais aussi nous, en tant que Parlement, donnons-nous le temps encore de modifier cet accord, comme nous l'avons fait avec l'ISDS en son temps. Tout le monde, ici au Parlement, disait que l'ISDS était magnifique. Nous avons mené la bataille, nous avons gagné en changeant l'ISDS en ICS. Nous avons une bataille à mener ici: faisons du développement durable un chapitre contraignant, avec sanctions.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, Commissioner, you told us that human rights was an issue of concern in Vietnam. Now Phil, tell me, in God's name when did you ever allow any concerns about human rights to interfere with our business interests? I mean, we even do business with Israel and Saudi Arabia. These trade deals don't do anything for the people from these regions. They decimate indigenous industry, they impoverish small farmers. The people of Vietnam will not benefit from this. Big business in Vietnam will benefit from it.

The main problem with this type of agreement is that it guarantees enforceable rights to foreign investors and multinationals through the arbitration clause but doesn't provide a mechanism for sanctions for noncompliance with social and environmental standards. What are the chances of trading with someone on the far side of the planet being good for our environment? Zero. What are the chances of being consistent with the Paris Agreement? Zero.

Jordi Cañas (Renew). – Señora presidenta, la ignorancia no debería ser excusa que justificase argumentos demagógicos. Sinceramente, el comercio existe con Vietnam. Es que a algunos parece que se les tiene que explicar lo obvio. El comercio existe: 43 000 millones en importaciones; 13 000 millones en exportaciones. Es que, de verdad, existe.

Entonces, ¿queremos que ese comercio este ajustado dentro de unas reglas y unas normas? Sí. ¿Este acuerdo beneficiará e impulsará el cumplimiento de esas normas, el cumplimiento de los Objetivos de Desarrollo Sostenible, de los derechos humanos, de condiciones medioambientales? ¿Las mejora o no? Las mejora. Es mejor un acuerdo que un no acuerdo.

Yo no sé si algunos quieren cambiar el mundo desde declaraciones, desde posiciones extremistas, Savonarolas medioambientales, pero así igual ganan votos, pero no contribuirán a mejorar la calidad de vida de ningún ciudadano en ninguna parte del mundo. Este es un acuerdo que puede intentar lograrlo, que define un marco y crea obligaciones. Y será nuestra responsabilidad intentar que se ejecute adecuadamente, y ahí tenemos que ser vigilantes. Pero lo que no lo haremos será desde declaraciones extremistas que solo tienen como objetivo reforzar y ganar votos en vez de intentar avanzar en los derechos humanos, en los derechos sociales, en los Objetivos de Desarrollo Sostenible y en el respeto medioambiental.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jestem za wolnym handlem i dlatego oczywiście będę popierał zawarcie tej umowy. Mam tylko jedną wątpliwość i proszę ewentualnie o odpowiedź. Należy bowiem przypuszczać, że po wejściu w życie tej umowy import towarów spożywczych z Wietnamu do Unii Europejskiej wzrośnie. Teraz jest to piąta czy czwarta pozycja, w przyszłości może być tych towarów dużo więcej. Chciałem zatem zapytać, czy Unia Europejska jest przygotowana na dobrą kontrolę napływu tej żywności wysokiej jakości? Czy nie będzie zakłóceń na rynku spożywczym spowodowanych przemytem czy nielegalnym transferem do Europy żywności niższej jakości?

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Blicken wir auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts – Stichwort Befreiungskrieg, Vietnamkrieg, Agent Orange –, wird die gewaltige Dimension der Herausforderung der wirtschaftlichen Aufholprozesse, der Transformation in Vietnam durchaus deutlich – und damit auch die Aufgabenstellung, die sich die damalige Führung gestellt hat: Öffnung hin zum Weltmarkt, um diese wirtschaftliche Sozialentwicklung zu ermöglichen.

Deshalb, liebe Kollegen Simon und Cañas: Anstatt ein reines Freihandelsabkommen und zusätzlich noch ein Investitionsschutzabkommen mit der Sozialistischen Republik Vietnam abzuschließen, hätten wir die Gelegenheit nutzen sollen, ein Kooperationsabkommen abzuschließen. So hätten wir die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Vietnam, die Fragen des Klimawandels gemeinsam mit unseren Partnern in den Vordergrund rücken können. Ich begrüße durchaus die Schritte Vietnams zur Ratifizierung bestimmter Kernarbeitsnormen der ILO und erkenne die Hoffnung an, die vietnamesische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dieser Entwicklung entgegengebracht haben. Dem Kapitel über Arbeits- und Umweltschutz fehlen jedoch die Zähne. Deshalb meine Unterstützung für den europäischen Gewerkschaftskongress, wenn er vor dem Abkommen in der jetzigen Form und seiner Ratifizierung warnt.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, I want to thank the House for their contributions, but it is an opportunity as well to thank some people that have been involved in the EU-Vietnam negotiations.

Can I thank Mr Lange, the Chair of the Committee on International Trade (INTA), Mr Bourgeois, the rapporteur, and all the shadows who have been involved in the scrutiny of this particular deal? To note that the four committee Chairs that are indirectly involved in this scrutiny have given their support for the deal. Can I thank former Commissioner, Cecilia Malmström, and the DG TRADE officials for their tremendous work over many years in relation to this deal?

As many speakers have said, these are the first trade and investment agreements to be voted on by this Parliament. And I hope that they will receive your approval so that our companies, particularly our SMEs that have been mentioned by many of you, can start tapping into the potential and generate growth and employment.

In such uncertain times for global trade, a positive vote of course will send a strong signal in relation to the EU's commitment to an open and fair trade based on rules and values. I can assure you that we will monitor implementation very closely, because I agree with many of you that there are issues that have to be resolved and will constantly require us to ensure the Vietnam lives up to its commitments. I'm fully aware of these particular sentiments.

But, in relation to some of the specifics that we mentioned, horse trade is usually associated with market access, and this has been a very good deal in terms of EU-Vietnamese reciprocity in so many products. Mr Juncker has mentioned issues in relation to food and can I confirm that the Free Trade Agreement liberalises all EU export offensive interests, like beef, pork, poultry, wines, spirits and beer, but it also has safeguards for some of our sensitive issues, like rice, sugar, sweet-corn and canned tuna.

These safeguards are a new dimension in relation to our free trade agreements in recent years, which includes for the first time a free trade agreement that we are ratifying where safeguards are given in respect of tariff rate quotas (TRQs). We have also got recognition by Vietnam in this deal for the European Union to be treated as a single entity for sanitary and phytosanitary terms, which will reduce a lot of the non-tariff barriers that we have. Equally, our 169 geographical indications right around the European Union have been protected.

On the trade and sustainable development (TSD) chapter, improving the implementation and enforcement of all our agreements is very important, and this is a key priority for the Commission. Vietnam is a good example of where they are making considerable efforts even before the deal has been implemented in relation to TSD matters, with important progress being made.

So the pressure that you've applied is certainly bearing fruit. But we have also established an institutional structure through the domestic advisory groups, which will include all stakeholders, including NGOs, civil society, businesses and all the services that will have an input in relation to the implementation of this agreement.

The implementation is very important. That's why we're establishing as well in the Commission a chief trade enforcement officer during the course of the next few months. The new labour code, which was adopted in November 2019, recognises the principle of freedom of association possibly to set up independent trade unions at enterprise level, as I mentioned earlier, which is outside the scope of the dominant Vietnam general confederation of labour.

So Vietnam has started the implementation. It has a master plan that's going to be implemented by January 2021 and one of the aspects is to check its consistency with all other legal documents, including the penal code and the criminal code. The ILO Conventions has said that six out of eight are implemented. We're at the same stage as we were in terms of the implementation of this agreement with Japan. So I think this is good progress by Vietnam.

Vietnam has started preparations to set up these independent civil society organisations, and last week they gave me an action plan and a timescale in relation to their implementation. I mentioned child labour. There has been a 40% reduction since 2012 and of course they are committed to a new action plan to eradicate poverty over the 2021-2025 period.

Some Members have mentioned human rights, and rightly so. It does remain an area of concern in our relationship with Vietnam, but we must take into account where the country has come from and see clear evidence of progress in the last 25 years, notably in the socioeconomic domain.

Human rights improvements are central to our engagement, and there's a binding and enforceable link between the FTA, investment protection agreement (IPA) and the partnership and cooperation agreement (PCA) that allows for total or partial suspension of the agreement in case of systemic or severe breaches on human rights. We also have an annual human rights dialogue and there's a meeting next week in Hanoi so these are all, I think, positives.

There are divergences between us and I'm not saying anything otherwise, but we are convinced that the agreements provide an initial platform to engage with Vietnamese society and governments on these issues. This is the view of several Vietnamese NGOs who say that the implementation of this agreement would open more space for civil society. Now clearly Ms Daly and Mr Wallace have not heard those particular voices in relation to that part of the deal.

The EU is of course also closely concerned about political prisoners and persons of concern. We have a list of persons of concern that we have been regularly raising in our exchanges at the highest level. And we are striving to make sure that the EU delegation are not only consistently ensuring that these people are released, but also attending trials, meeting family members and providing the best possible facilities for the families of these political prisoners.

The FTA and the IPA will create another important and conducive environment to ensure that these issues are not put under the table, but are consistently high on the agenda. The lack of ratification of the agreement would leave the European Union with no instrument at all to support a reform agenda for Vietnam, and we will push Vietnam closer to other partners that do not necessarily share the same values if we don't have this agreement.

The institutional set up again, as I mentioned in the context of various fora to speak about these issues, is very important. Environment was mentioned: of course Vietnam is one of the countries that are most affected by climate change. So surely they are interested in implementing the Paris Agreement, which they have signed up to. And, under the trade and sustainable development chapter, this is explicitly mentioned. So their national determined contributions are going to ensure, like other partners around the world where we do deals, that are going to have to implement this in a legally binding way, as they have signed up to in relation to the Paris Agreement.

So this is another win and another example of where we are providing the framework where we can implement, through this free trade agreement, the necessary leverage to ensure that these commitments are met.

Vietnam has also concluded with the EU a forest law enforcement, governance and trade voluntary partnership agreement (FLEGT VPA), which has been enforced since 1 June 2019. And this particular partnership agreement aims to ensure that all timber products imported into the European Union from Vietnam are legal. This is very significant as Vietnam is a major processing hub, importing timber from over 80 countries, including from a number of high-risk countries in the region such as Cambodia.

Under the VPA, Vietnam has to introduce mandatory due diligence obligations for its importers. Vietnam is currently working on the implementation of this particular scheme through the various licences that will have to ensure traceability.

So our one major success in this field has been the open and constructive participation of all the relevant stakeholders in Vietnam during the negotiation phase. These are the issues that have come to the fore and we have got a response. We have to continue ultimately of course to reach our final destination and our objectives.

Finally, on this issue in relation to concern about the investment court system, following the European Parliament's demands, the investment protection agreement with Vietnam includes the most modern and reformed investment protection framework in any agreement with an investment court system for the resolution of investment disputes, replacing the traditional investor-state dispute settlement (ISDS) arbitration mechanism, and this has been confirmed as the proper way to go by the European Court of Justice decision that was recently made.

So all of the elements of the ISDS under CETA are included in the IPA with Vietnam, which is an additional stepping stone towards the establishment of a multilateral investment court.

Finally, in conclusion, could I say that, by voting in favour of this free trade agreement, you are voting in favour of a deal that will give us the political and institutional influence and the proper structures to make improvements on issues like human rights, like labour rights, like climate change and like environment policies. By voting 'no' you are consigning our influence to resolutions and letters that may or may not be taken into account and will most probably be ignored.

This agreement puts the EU and Vietnam together in a political structure and enforcement mechanisms that will deliver common objectives, in particular in the policy areas that have been mentioned in this House. I know that many of these issues have been of concern for many years. Now we have a structured way in which we can deal with these issues. So it is time to be positive, to acknowledge that the EU stands together with the people of Vietnam, and vote positively for this deal.

Geert Bourgeois, Rapporteur. – Mr President, at the end of the debate, first I want to thank my colleagues in the Committee on International Trade (INTA), the shadow rapporteurs, and especially our Chair, Mr Lange. I want to thank my predecessor, the former rapporteur Jan Zahradil, and I would also like to thank Commissioner Hogan for our good cooperation and for rightfully underlining the importance of this trade and investment agreement with Vietnam. I totally agree with your conclusion, Mr Hogan, and I take note of your clear commitment to oversee all aspects relevant for the implementation of the agreement and the continuous assistance of the Commission in order to help Vietnam pursue its reform process and to lend the country the financial and technical aid necessary to achieve its goals.

I would like to thank colleagues for all their valuable contributions. Most of the points of concern raised during this debate were also my concerns. However, I think we have sufficiently addressed most of the concerns during our preparatory work. I believe these agreements will serve as an effective instrument to promote fundamental values and create a more level playing field.

Vietnam has committed to a series of important measures, and I agree with you, Mr Lange: thanks to the clear political messages of this Parliament, I'm happy to say that during the negotiation process ahead of this debate and during my own interactions, the Vietnamese Government has demonstrated a trustworthy and clear political will to deliver on important issues. The role of the European Parliament was, and is, essential in this respect. We will continue to closely follow up on the proceedings of the independent organisations taking part in the domestic advisory groups. After ratification, we are also looking forward to strengthening political dialogue with our Vietnamese colleagues through the establishment of a joint parliamentary cooperation framework. We will also look into the proposal of associating our colleagues on the Subcommittee on Human Rights (DROI) to the already existing annual human rights dialogue.

Vietnam is a country in transformation. I believe these agreements will further contribute to the improvement of its prosperity, labour, human rights and living standards. The EU needs to support this aim fully in order to bring forward this positive agenda for change in Vietnam, and therefore I passionately call upon all my colleagues in this House to vote tomorrow in favour of the consent for both agreements, so that the EU can take up its role as a geopolitical actor in the region and show Vietnam that we are a genuine and reliable partner today and for the future.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 12. Februar 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – Pendant que Donald Trump élague les facilités accordées à des partenaires soi-disant en développement – la Chine n'en est-elle pas un du point de vue de l'OMC ? – l'Union européenne s'enfonce dans un suicide économique dont les résultats désastreux sont toujours plus apparents.

Sans discernement dans l'octroi des préférences généralisées, dont le Viêt Nam bénéficie, elle aura été tout aussi inapte dans les négociations commerciales. Les échanges avec ce pays devaient pourtant la placer en position de force. Il n'en est rien. Un exemple cocasse le démontre: alors que l'Union européenne reconnaît 39 IGP vietnamiennes, le Viêt Nam n'en reconnaîtrait que 36 françaises, dont le champagne – avec une période transitoire de dix ans!

L'accord n'est évidemment pas une bonne nouvelle en matière de droits de l'homme. Outre la liberté syndicale, en 2012, 1,75 million de Vietnamiens âgés de 5 à 17 ans étaient toujours concernés par le travail des enfants. Quant à nos industries – notamment le textile, historiquement implanté dans le Grand Est – elles paieront par une nouvelle saignée cette course au moins-disant social, les salaires vietnamiens plafonnant à 59 % des salaires chinois, ce qui explique vraisemblablement l'empressement déployé pour conclure cet accord.

Robert Hajšel (S&D), *présomne*. – Vietnam je dynamicky sa rozvíjajúcou krajinou juhovýchodnej Ázie, ktorá má pre obchodné vzťahy EÚ so štátmi ASEAN strategický význam. Navyše, vláda tohto ázijského tigra podporuje multilaterálny prístup k medzinárodnému obchodu a Vietnam na rozdiel od niektorých iných štátov prijal na seba aj záväzky v boji proti klimatickým zmenám, čím je pre nás spojencom aj v dekarbonizácii, kde chce byť EÚ svetovým lídrom. Schválením štyroch rezolúcií týkajúcich sa ratifikácie dohôd o voľnom obchode a ochrane investícií sa úroveň našich vzťahov posunie ďalej, poslúži ako páka pre ďalší rozvoj, ako aj pre ďalšiu demokratizáciu politických pomerov v krajine. Mnohí z radov europoslancov, ako aj mimovládnych organizácií vyčítajú Vietnamu nízku úroveň ochrany ľudských práv a pracovného práva, ale aj v týchto oblastiach urobil Hanoj nepopierateľný pokrok. Nedávno sa Vietnam pripojil k ďalším dohovorom v rámci Medzinárodnej organizácie práce a uskutočnil reformu pracovného práva. Ďalší pokrok sa očakáva v oblasti zabezpečenia práva na kolektívne vyjednávanie. Vietnam musí vyvinúť ďalšie úsilie v zabezpečení základných ľudských práv a slobôd, najmä pokiaľ ide o právo prejavu a zhromažďovania sa. EÚ a jej inštitúcie nemôžu nad nedostatočným stavom v tejto oblasti zatvárať oči, ale ratifikácia dohôd je isto nielen na prospech obchodu, ale aj kvality života vietnamského ľudu.

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult*. – ELi-Vietnami vabakaubandusleping loob uusi võimalusi nii Eesti ja ELi kui ka Vietnami jaoks. Lisaks omab see ka märksa laiemat tähendust, sest ajal, mil mitmepoolsetel eeskirjadel põhinev kaubandus on kahtluse alla seatud, tugevdab Euroopa Liit suhteid Aasiaga (varem on juba sõlmitud sarnased lepingud Singapuri ja Jaapaniga). See annab ülejäänud maailmale ja eriti just proteksionistlikele suundadele signaali, et EL on konstruktiivsele rahvusvahelisele koostööle avatud. ELi ja Vietnami vabakaubandusleping on kõige terviklikum ja ambitsioonikam sedalaadi kokkulepe, mis on kunagi ELi ja arenguriigi vahel sõlmitud. Vietnamiis elab peaaegu 100 miljonit inimest ning see on üks kiireima majanduskasvuga Kagu-Aasia Maade Assotsiatsiooni ehk ASEANi riike. Lepinguga kaotatakse kümne aasta jooksul peaaegu kõik Vietnami ja ELi vahelised tariifid, kaitstes samas sümboolse tähendusega Euroopa tooteid ja võimaldades Euroopa ettevõtjatele juurdepääsu Vietnami riigihanketurule. ELi peamine import Vietnamiist hõlmab telekommunikatsiooniseadmeid, rõivaid ja toiduaineid. Vietnamiisse eksporditakse EList peamiselt masinaid ja transpordivahendeid, kemikaale ja põllumajandustooteid. Veel annab leping jõustumisel ELile suurema võimaluse avaldada Vietnamiile mõju inimõiguste ja keskkonnaga seotud küsimustes. Vabakaubandusleping hõlmab kohustust kaitsta töötajate põhiõigusi, elanike inimõigusi laiemalt ja keskkonda.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Susitarimas dėl laisvosios prekybos su Vietnamu yra šansas visam Europos Sąjungos ūkiui padidinti naujų prekybos rinkų kiekį ES prekėms. Susitarimas taip pat sudaro ES prekybinių santykių su kylančiais ūkiais modelį. Modelis, pagal kurį vedame derybas kaip partneriai vienodomis sąlygomis ir dalijamės ekonomikos augimo ir užimtumo skatinimo, konkurencingumo palaikymo, kovos su skurdu ir konsolidavimo struktūrinių reformų programa. Vietnamas yra augančios, konkurencingos ir susietos ekonomikos šalis, turinti beveik 100 mln. piliečių, augantį vidurinį sluoksnį ir jauną bei dinamišką darbo jėgą. Vietnamas taip pat yra viena iš sparčiausiai augančių ASEAN šalių – jo vidutinis BVP augimo rodiklis 2000-2018 m. buvo apie 6,51 %. Vietnamas taip pat yra viena iš labiausiai atvirų ir į laisvąją prekybą orientuotų ekonomikos šalių regione. Susitarimas dėl laisvosios prekybos padės atverti naujas ekonomikos augimo ir vystymosi galimybes abiem šalims, nes pavyzdžiui, bus gerokai sumažinti muitai ES produktams, įskaitant automobilius, automobilių dalis, mašinas ir naminius paukščius, bet tuo pačiu metu bus saugomi ypač jautrūs sektoriai. Šiuo metu ES yra didžiausia Vietnamo prekybos partnerė po Kinijos ir antra pagal dydį eksporto rinka po JAV. Vertėtų šitą tendenciją išlaikyti ir ateityje.

Monika Vana (Verts/ALE), *schriftlich*. – Wir Grünen lehnen sowohl das Handels- als auch das Investitionsschutzabkommen mit Vietnam ab. Es handelt sich dabei um „Abkommen der alten Schule“ mit Sonderrechten für Investoren und ohne einklagbare Umwelt- und Sozialstandards. Die EU vergibt mit diesem Handelsabkommen die Chance, sich aktiv für Menschenrechte und Umwelt entlang der globalen Produktionsketten einzusetzen, obwohl das Europäische Parlament am 15.1.2020 in der Entschließung zum *European Green Deal* die EU-Kommission dazu aufgefordert hat. In Vietnam beobachten wir Menschenrechtsverstöße und Repressionen gegenüber organisierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Wir brauchen endlich einen Paradigmenwechsel in der europäischen Handelspolitik. Die EU-Kommission muss den *European Green Deal* in zukünftigen Handelsabkommen umsetzen!

(Die Sitzung wird um 12.41 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 15.07)

6. Mitteilung des Präsidenten

Presidente. – Conformemente al regolamento ho deciso di irrorare una sanzione nei confronti di Ioannis Lagos per aver turbato la seduta in Aula del 29 gennaio 2020 con l'uso di un linguaggio ingiurioso e l'esposizione e lo strappo di un foglio che simboleggiava una bandiera nazionale.

La sanzione consiste nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di sette giorni e nella sospensione temporanea dalla partecipazione alle attività del Parlamento e dei suoi organi per un periodo di quattro giorni consecutivi a partire da oggi 11 febbraio.

Questa decisione è stata notificata naturalmente oggi all'interessato che può introdurre un ricorso interno contro questa decisione dinanzi all'Ufficio di presidenza conformemente al regolamento.

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

8. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Costas Mavrides, a nome della commissione per i problemi economici e monetari, sulla relazione annuale della Banca centrale europea per il 2018 (2019/2129(INI)) (A9-0016/2020).

Do la parola subito al relatore, onorevole Mavrides, e saluto per la loro presenza in Aula la signora Lagarde e il Commissario Dombrovskis.

Costas Mavrides, Rapporteur. – Mr President, this report reflects the well-established relationship between the European Parliament and the ECB. In fact, such a report is the main instrument for expressing our views towards ECB policies for maintaining price stability and strengthening the eurozone economies, thereby leading to a higher degree of real economic convergence.

The timing is important. This report is the first of the new legislative term and following the election of the new ECB President. And, of course, like the President has said, we are very glad to have you here today with us, Ms Lagarde. The report focuses on the review of the current ECB policies, future monetary policy, actions against climate change, and a stronger global role for the euro.

Regarding the monetary policy actions of the ECB in 2018 and their impact on the euro area economy, we welcome the ECB's role in safeguarding euro stability. The non-standard monetary policy measures put in place by the ECB contributed to economic recovery, to an improvement in financing conditions and to compressing yields across a wide range of asset classes. We also stress that the very low or negative interest rates offer opportunities to consumers, companies (including SMEs), workers and borrowers who can benefit from stronger economic momentum, lower unemployment and lower borrowing costs. At the same time, we ask the ECB to keep monitoring potential risks to its balance sheets, asset price inflation, disadvantages to savers and the potential impact on pension and insurance schemes. However, we are concerned that after a short economic recovery, euro area growth momentum has slowed to 1.1% of GDP in the euro area, and therefore we note the need to maintain both the liquidity conditions and a degree of monetary accommodation. Recognising the sustainable growth cannot be achieved by monetary policy alone. We underline that supportive fiscal policy is also necessary.

We also agree with ECB President Christine Lagarde's statement that a review of the ECB's monetary policy framework is timely and warranted, and we stress that this should be done by organising a public consultation and involving Parliament. An important point also raised in this report is the finding of the European System of Central Banks Expert Group on low wage growth, stating the disconnect between wage growth and labour market recovery *ceteris paribus*. Accordingly, the unemployment rate in August 2019 stood at 6.2% in the EU and 7.4% in the euro area, the lowest since July 2008. But this drop in unemployment has not been reflected in wage growth.

Two words strengthening the role of the euro area. It requires the right structural conditions, including the deepening of the European Monetary Union, the completion of the Banking Union with the European Deposit Insurance Scheme and the completion of the Capital Market Union. Special emphasis is given to the fight against climate change and the implementation of the Paris Agreement. We stress that the ECB is bound by the Paris Agreement on climate change and this should be reflected by implementing the environmental, social and governance principle into its policies.

We underline other aspects interrelated with ECB policies regarding Brexit, the Capital Markets Union, crypto-assets, the need to increase monitoring and to have a comprehensive regulatory framework, the importance of micro, small and medium-sized businesses in the EU and their access to credit, more efforts to ensure the financing of the real economy and much more.

On accountability, we welcome the increasing accountability under the Presidency of Mario Draghi and we express our will for even greater accountability, dialogue and openness with the current President.

A final point. It is essential to formulate our monetary policy but also to communicate it to our citizens, as they need to understand the importance and the impact of those policies on their lives. I would like to thank all the shadow rapporteurs for their constructive and fruitful collaboration during the negotiations, and I do believe that the European Parliament and the ECB have a common objective. This was my primary objective when I drafted this report – to improve the lives of our citizens by achieving real economic convergence and to strengthen the role of the EU as it is our common home.

Christine Lagarde, *President of the European Central Bank*. – Mr President, Executive Vice-President Dombrovskis, rapporteur Mavrides, honourable Members of the European Parliament, I am delighted to participate for the first time in a plenary session and to discuss your draft resolution on the ECB's Annual Report for 2018.

Independence and accountability are two sides of the same coin for the ECB, and one will not exist without the other. This is why the ECB's relationship with the European Parliament is so important. The ECB's Annual Report is a central element of this relationship, and Parliament's resolution and the subsequent feedback we publish are evidence of the good dialogue between our two institutions.

Having only joined the ECB almost to the day 100 days ago, I read the draft resolution with particular interest. What struck me in particular was our shared assessment of many of the challenges facing the ECB and the euro area. I felt exactly the same as I was listening to you, Mr Mavrides. Indeed, the universal nature of these challenges underscores the need for our continued dialogue.

Today, I would like to focus on two of the overarching concerns that stand out from the draft resolution. Number one, the role of monetary policy in the current economic environment and, number two, the structural challenges facing the euro area economy.

Euro area growth momentum has been slowing down since the start of 2018, largely on account of global uncertainties and weaker international trade. Moderating growth has also weakened pressure on prices, and inflation remains some distance below our medium-term aim.

Against this background, the ECB's Governing Council has acted in a determined fashion to achieve price stability, which is the mandate that we have under the ECB Treaty. The ECB's monetary policy since 2014 relies on four elements: a negative policy rate, asset purchases, forward guidance, and targeted lending operations. These measures have helped to preserve favourable lending conditions, support the resilience of the domestic economy and – most importantly in the recent period – shield the euro area economy from global headwinds.

Our policy stimulus has supported economic growth, resulting in more jobs and higher wages for euro area citizens. As you just mentioned, Mr Mavrides, euro area unemployment, at 7.4%, is at its lowest level since May 2008. Wages, as you have mentioned as well, increased at an average rate of 2.5% in the first three quarters of 2019, significantly above their long-term average. 2.5%.

But monetary policy cannot, and should not, be the only game in town. The longer our accommodative measures remain in place, the greater the risk that side effects will become more pronounced. We are fully aware that the low interest rate environment has a bearing on savings income, asset valuation, risk-taking and house prices. We are closely monitoring possible negative side effects to ensure that they do not outweigh the positive impact of our measures on credit conditions, job creation and wage income. Such reflections played a role, for example, when the Governing Council decided to introduce a new regime for remunerating the excess reserves held by banks with the Eurosystem, the famous clearing system that we introduced.

Other policy areas – notably fiscal measures and structural policies – also have to play their part. These policies can boost productivity growth and lift growth potential, thereby underpinning the effectiveness of our measures. Indeed, when interest rates are low, fiscal policy can be highly effective: it can support euro area growth momentum, which in turn intensifies price pressures and eventually leads to higher interest rates. The European Green Deal and national initiatives to finance the ecological transition could add to these dynamics by contributing to stronger and more sustainable growth.

The European Parliament's draft resolution on the ECB's Annual Report highlights three structural developments affecting the ECB's operating environment: digitalisation, climate change and the institutional architecture of Economic and Monetary Union. I would like to use the remaining time that I have to discuss very briefly these three challenges.

Digitalisation and climate change were not made in Europe. They are global phenomena. They will not wait for us to gear up and get ready; they will affect us whether we are ready or not. So we need to prepare as best we can. In this spirit, the ECB is assessing the potential and implications of technological developments for payment services and financial stability, and it is also making an active contribution to such innovations.

To this end, we set up a Eurosystem task force in January to investigate the opportunities and challenges associated with different potential designs for a central bank digital currency and to test how they would work in practice. In particular, we want to assess whether a central bank digital currency could serve a clear purpose for the public and support the ECB's objectives. Together with five other central banks and the Bank for International Settlements, we will share experiences in this area and assess the potential cross-border use of such digital currencies.

We also have to gear up on climate change – and not only because we care as citizens of this world. Like digitalisation, climate change affects the context in which central banks operate. So we increasingly need to take these effects into account in central banks' policies and operations.

The ECB has already moved in this direction. First, we are working to extend our knowledge about the economic impact of climate change and ensure that its effects are better reflected in our economic analyses, in our models and in our forecasting methods. Second, through its financial stability tasks, the ECB is monitoring systemic risks stemming from climate change and the transition to a carbon-neutral economy. This work will ultimately enable us to test how well the euro area banking sector is able to withstand climate-related risks.

Finally, the ECB has taken steps to align its own investment decisions with the objectives of the Paris Agreement. This is so in our staff pension fund, for instance, where we decided to switch to a low-carbon index, and we are investigating what else we can do in our market operations.

The strategy review launched by the ECB's Governing Council last month will also take stock of how rapid digitalisation and the threat to environmental sustainability – together with globalisation and evolving financial structures – have further transformed the environment in which monetary policy operates. The strategy review will consider all aspects of the ECB's policy framework. We need to reflect on how we can best deliver on the ECB price stability mandate for the benefit of all European citizens. As part of this process, we will consult with the public and listen to their views, expectations and concerns with an open mind.

We will indeed also work very closely with those in your Parliament who are directly interested and concerned about those particular matters and we have begun that journey.

While I have thus far focused on the ECB, it is important to recognise that digitalisation and climate change are universal developments that affect all of us in Europe and worldwide. But Europe is uniquely positioned to master these challenges. Building on common safeguards and competitive incentives, the Single Market offers enormous potential for economic modernisation. Europe can harness this potential in its quest to design effective and affordable responses to the challenges at hand.

But an important pillar of Europe's response to an increasingly globalised world – Economic and Monetary Union (EMU) – should not be forgotten in the process. And the role of the European Parliament, as co-legislator, in getting our response right cannot be understated.

Over recent years, the euro area's architecture has evolved substantially. But as you know, some essential elements are still missing or are incomplete, hampering its ability to deliver its full potential for euro area citizens. This is why the ECB has been advocating and will continue to make the case for a more complete EMU: Economic and Monetary Union.

Very quickly, I will remind you of what I mean by that. It is a full banking union underpinned by a common deposit insurance scheme; it's a true capital markets union that channels investment to innovative and productive uses; and it is a central stabilisation function as a common line of defence in case and when we have shocks. A more resilient Economic and Monetary Union with these elements would not just help to protect our living standards from adverse domestic and global developments. It would also support Europe's influence in the world, including by making the euro more attractive worldwide.

Let me close by highlighting the joint nature of the challenges. What I have discussed will require all parties to do their bit to enable Europe to perform at its best for all of its citizens. This includes the ECB, which within its mandate is ready to play its part. As I said at the beginning, the universal nature of these challenges also underscores the need for continued dialogue between the ECB and the European Parliament. In this spirit, I am very much looking forward to the exchange that we will have during the rest of this afternoon.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, it's a pleasure to be here today to discuss with you and with Christine Lagarde, President of the European Central Bank (ECB), the very timely report on the ECB annual report.

By a coincidence of the calendar, the European Central Bank launched a review of its monetary policy strategy on 23 January, the day of adoption of the report at committee level. I would like to thank the rapporteur, Costas Mavrides, and the members of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) for their work.

The Commission largely shares the general lines of the report. We concur with the view that the ECB's statutory independence in the conduct of monetary policy is crucial to the objective of safeguarding price stability.

Today's debate reinforces this independence in that it bridges political independence and democratic accountability. Like the report, the Commission considers that monetary policy alone, which is an ECB competence, is not sufficient to achieve sustainable growth and price stability. The euro area economy should also be supported by a mix of growth-friendly structural reforms and by appropriately-differentiated fiscal policy. This is all the more important as the European economy, while continuing to expand, has entered a period of more subdued growth. This is linked to the less-supportive external environment, ongoing structural shifts and high uncertainty, for instance regarding trade policies.

Let me make specific reference to a couple of points in the report that are relevant to the Commission's political agenda. First, the Commission has made the transition to a climate-neutral economy a priority with the European Green Deal. The European Green Deal will make consistent use of several policy levers: regulation and standardisation, investment and innovation, national reforms, dialogue with social partners and international cooperation.

In the context of the European Green Deal, we agree with the ECB's conclusion that climate-change-related financial stability risks hold the potential to become systemic for the euro area, in particular if markets are not pricing these risks correctly. We will soon launch a consultation on the next steps on the sustainable finance agenda. Our aim is to develop a renewed sustainable finance strategy by early autumn which, among other things, will aim to improve the way climate and environmental risks are managed and integrated into the financial system. We will also establish the EU Green Bond standard and explore how it can increase public and private finance for sustainable investments.

The review of our own economic governance framework will, just like the ECB strategic review, look into the effectiveness of our rules in delivering on its key objectives. Debt sustainability remains important, as financial stability is a precondition for growth and job creation. But we will also encourage broad debate on the framework in order to make it more efficient.

Second, we welcome the call for swift completion of the Capital Markets Union and the Banking Union, including setting up a European deposit insurance scheme. A strong monetary union is key to fostering the international role of the euro. In this respect, we welcome Parliament's encouragement to work with the ECB and all relevant stakeholders on those projects.

The Commission has started technical work on crisis management and insolvency law. This is an important avenue to be further considered to complete our crisis management framework and help make progress towards a steady-state Banking Union.

Third, I would like to underline the importance of our work on payments and crypto-assets. I would like to thank the ECB for their crucial work on payment infrastructure. This is essential to make instant payments in Europe a reality. I also welcome that the ECB and other central banks are looking at the potential of central bank digital currency and are engaging with European payment actors to bring about faster, more efficient and cheaper payments.

I have no doubt that today's debate will be very fruitful, and I trust that you will confirm the constructive engagement that has developed between the European Parliament and the ECB over the past years.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal ein ganz herzliches Dankeschön, dass Sie heute zum ersten Mal in Ihrer Funktion als Präsidentin der Europäischen Zentralbank zu uns gekommen sind. Sie lösen damit auch ein Versprechen ein, das Sie uns im Ausschuss für Wirtschaft und Währung gegeben haben, sich nicht nur um die Geldwertstabilität zu kümmern, was ja Ihr Mandat ist, sondern auch einen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit zu führen, und das über diesen Resonanzboden des Europäischen Parlaments. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ihr Vorgänger, der auch regelmäßig hier erschienen ist, hat mit seinen geldpolitischen Maßnahmen sicherlich einen Beitrag dazu geleistet, Zeit zu kaufen, die die Mitgliedstaaten hätten nutzen sollen, um ihrerseits entsprechende Vorbereitungen auch für schwierigere Zeiten zu treffen. Sie haben jetzt angekündigt, eine neue geldpolitische Strategie vorzulegen und zu diskutieren, und ich hoffe, dass in der Phase, in der diese Diskussion innerhalb der Zentralbank stattfindet, geldpolitische Entscheidungen nicht auf Eis gelegt sind, sondern Sie trotzdem in der Lage sind, aktuell zu reagieren, denn Ihr eigener Finanzstabilitätsbericht weist ja mittlerweile doch auf eine Reihe von Problemen hin, mit denen wir es aufgrund dieser langen Phase von niedrigen Zinsen zu tun haben, mit denen wir konfrontiert sind.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie heute das Thema angesprochen haben, über eine eigene Digitalwährung nachzudenken. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir als EVP haben lieber eine Digitalwährung der EZB als eine von Facebook, und in dem Sinne haben Sie unsere Unterstützung.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, presidenta, vicepresidente, en primer lugar, quiero agradecer los nuevos prismas, los nuevos aires que la presidenta del BCE ha traído a esta Cámara y ha traído al Banco Central Europeo. Pero me gustaría insistir en que aún estamos lejos de cumplir con el mandato de la institución —que, además, los agregados monetarios, la evolución del crédito, no apuntan hacia el cumplimiento rápido del objetivo de situar la inflación cerca del 2 %— y, por lo tanto, dentro de la independencia de la institución, me gustaría insistir en la necesidad de nuevos instrumentos, de nuevas políticas, para poder situar la inflación cerca de su objetivo.

Por otra parte, me gustaría también recomendarle o pedirle que pida un apoyo sincero desde el lado fiscal para ayudarla a usted a cumplir con el objetivo de inflación. Y celebro el inicio de esa revisión estratégica, que debería ser algo más que un retoque en la metodología del índice de inflación, para introducir nuevos objetivos, nuevos instrumentos, nueva comunicación —como usted quiere— en el trabajo del BCE.

Luis Garicano, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to thank Mr Dombrovskis and to welcome Madame Lagarde. It is really great to have her here.

First of all, I would like to thank Mr Costas Mavrides for his excellent work on the report. As you see in the report, Madame Lagarde, we are worried about the incompleteness of our banking union. I'm glad to hear Mr Dombrovskis say that the Commission's work programme is going to push in this direction.

We share very much the views that you expressed about what the priorities are, Madame Lagarde. We think that the 'doom loop' is alive and well. We think that it is still the case that, if we have a big bank fail, there will only really be states behind that bank and that our construction will not be sufficient. Because we have done a banking union that was supposed to consist of three pillars.

The first pillar, which is supervision, is in place. The second pillar, which is resolution, is kind of in place, but not really in office – 'in office but not in power' I guess is a better way to put it. It is not really acting to resolve most situations and most banks which are failing. The third pillar, as Madame Lagarde has pointed out, the deposit insurance, is not yet there.

We believe that we need a banking union that cuts this knot between the banks and the states. We think that we need this principle of bail-in, rather than bail-out, to be enforced. And that means that the Commission has a lot of work to do.

We will support that work and will really encourage you. We realise that it is politically difficult. I think the Parliament is ready to come behind a solution and I ask Madame Lagarde for your support. And Mr Dombrovskis for your work on this, thank you very much.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Anwesende, sehr geehrte Frau Präsidentin! Mit diesem Jahresbericht huldigt dieses Haus Mario Draghi. Die EZB schaffe Wachstum und Beschäftigung, nur die Inflation müsse steigen, deshalb werde weiter Geld gedruckt. Draghi hat fürwahr mehr Geld gedruckt als irgendwer, irgendwann, irgendwo seit 1925. Die EZB druckte 40 % der Wirtschaftsleistung, Fed und Bank of England nur 25 % und 15 %, und freudiger als Draghi brach noch niemand EU-Recht. 2009 war die Wirtschaft der EU deutlich größer als die US-Wirtschaft. Auch die Finanzkrise traf die USA härter.

Dann kam Draghi, und 2018 hatte die EU weiter mehr Menschen, aber die kleinere Wirtschaft. Die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa beträgt bis zu 35 % – welch ein Erfolg bei immer weniger Jugendlichen! In Deutschland schmelzen Ersparnisse und Altersversorgung dahin wie die Gletscher im Sommer. Draghi hinterlässt verbrannte Erde. Wem zum Nutzen? Erstens den Großvermögenden, die weiter das Ihre mehren, und zweitens den unverantwortlichen Regierungen, denn ohne Draghis Negativzinsen könnte sich Frau Merkel ihre Weltrettungsfantasien gar nicht leisten.

Stasys Jakeliūnas, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I'd like to thank Mr Mavrides, the rapporteur, for working and putting together all the different opinions of the different groups, and putting that into a future vision for the ECB and for us here, at Parliament.

Let me highlight a couple points in addition to what was already said.

Madame Lagarde, when we asked you about the Central Bank digital currencies at the ECON hearing, you responded that we need to 'rush slowly' and welcome you elaborating on that here. Mr Dombrovskis also concurred. That means that the importance of this project is well understood, and I think that it will be supported by Parliament here.

The second point I would like to mention is probably the need to renew discussion on the financial sector supervision architecture. It remains very fragmented in the European Union with four models or so being used, and the mandates of the European institutions either overlapping or not very clear. If we are very serious about the banking union, capital markets union, etc., if we want the financial sector – which is a significant part of the economic infrastructure – to work for people, we need to revitalise discussion on that. I would welcome your participation in that discussion too. The European Commission, and we at the European Parliament, would be ready to contribute to revitalising that discussion.

Johan Van Overtveldt, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Madame Lagarde, I think price stability was and remains the primary objective of the ECB. You cannot have price stability without financial stability; financial stability is a precondition for price stability. Now what do we see in the world and in Europe today? Extreme low interest rates, strongly-reduced credit spreads, softened credit terms, feverish mergers and acquisition activity, high levels of speculative IPOs, spectacular growth of shadow banking, equity valuations totally out of line with historic price-earnings ratios, and USD 15 trillion of negative-yielding debt. I think it's fair to say, if you see those eight developments all together, that financial stability is under a lot of pressure – and that's an understatement. Unconventional monetary policies have been contributing to these developments and so should really be, basically, fundamentally reconsidered.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Lagarde, σας καλωσορίζουμε στην ολομέλεια, όπως και εσάς, κύριε Dombrovskis. Νομίζω ότι ο μεγάλος ένοχος γι' αυτά που κάνουν το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να ανησυχεί είναι απών από αυτήν τη συζήτηση. Το μεγάλο φρένο σε αυτά που πρέπει να κάνουμε είναι το Συμβούλιο· είναι οι κυβερνήσεις. Εκεί μπλοκάρει η ολοκλήρωση της τραπεζικής ενοποίησης και ο τρίτος πυλώνας, κύριε Garicano· στο Συμβούλιο. Γιατί η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα ζητάει το EDIS, η Επιτροπή το προτείνει και στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο η πλειοψηφία το θέλει. Και ο κίνδυνος δεν είναι μόνον η οικονομική επιβράδυνση. Ο κίνδυνος είναι μια νέα οικονομική κρίση, κυρία Lagarde.

Δέκα χρόνια μετά την κρίση που ξέσπασε στις Ηνωμένες Πολιτείες, οι Ηνωμένες Πολιτείες έχουν ανακάμψει και εμείς ακόμη συζητάμε το ενισχυμένο πλαίσιο της οικονομικής διακυβέρνησης που θα βαρύνει την οικονομική πολιτική και τη νομισματική ενοποίηση και θα καταστήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση και την ευρωζώνη πιο ισχυρές. Και αυτό λείπει. Όπως λείπουν και τα χρηματοδοτικά μέσα για να υλοποιηθεί το Green Deal. Διότι —και πάλι— το Συμβούλιο θέλει να περικόψει τον οικονομικό προϋπολογισμό για το νέο πολυετές πλαίσιο, σε αντίθεση με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο που ζητάει περισσότερα χρήματα για να μειωθούν οι ανισότητες, για να επενδύσουμε στην αντιμετώπιση της κλιματικής κρίσης, για να κρατήσουμε την πολιτική συνοχής και για να φύγουμε μπροστά με επενδύσεις στην καινοτομία. Επομένως, η έκθεση του κυρίου Μαυρίδη είναι μια ευκαιρία για να δούμε τι πρέπει να αλλάξει για να συμπαρασύρουμε και αυτούς που βάζουν φρένο.

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, as the report quite rightly points out, the euro is more than just an economic and monetary instrument. It is a symbolic issue, hence a political project too. But if we want to see the euro as a global reserve currency and stand competition, then we have to deal with the root of the problem, and the root of the weaknesses that are mentioned in the report.

The long-term stability of the euro as a currency depends on whether the European Central Bank can tackle the geographic differences and the structural nature of differences that persist between Member States of the European Union and that manifest themselves in extraordinary wage differences between old and new Member States. These imbalances have a detrimental social effect, not only in growth and in competitiveness but in youth unemployment and in extreme labour migration across the European continent.

As you quite rightly pointed out, Ms Lagarde, not only monetary instruments but fiscal instruments and cohesion policy must be taken into consideration and the fight against corruption must be taken on board to close the wage gap across the Member States of the European Union.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, I would like to wholeheartedly thank Ms Lagarde, and congratulate the European Central Bank (ECB) and its new leadership for, may I say, finally taking the climate and environmental risks as economic risks, as financial stability risks and, hopefully, also as systemic risks to be judged by the systemic risk board in the future.

I am very happy to hear that that is going to be reflected in the ECB's strategy review, and I am looking forward to that. I hope that will be reflected in all of the ECB's market operation that these substantial amount of financial flows we have to use either against or for the environment.

Also, I'm glad to hear that the Commission is moving rapidly with the sustainable finance package and a plea for both actors: please ensure that indicators, the metering system and the lifecycle analyses there is harmonised and, overall, used in the same methodology in different institutions so that we duly know what we are doing.

Irene Tinagli (S&D). – Mr President, this report to the European Parliament expresses its support for the ECB's monetary policy and recognises that the measures implemented are consistent with its mandate, and have been decisive in preserving the euro area from deflation and also in contributing to the ongoing economic recovery. I challenge anyone to prove that today we'd be better off had we adopted different policies.

But many of the challenges we face today are new and they require further innovation in the way monetary policy is conducted. Madame Lagarde, you mentioned many of those: climate change, digitalisation... I would also add economic inequalities, especially in certain areas. All of these factors will have a significant structural impact on the way the economy works. They will affect key economic variables, financial stability and the effectiveness of monetary policy.

To fulfil its mandate of delivering price stability, the ECB will better understand how the changing climate, technological innovation and economic inequalities will affect the behaviour of households, firms and financial institutions. The ECB has the analytical capacity and resources to push the frontier of knowledge on these issues and we are definitely keen to do our part.

Stéphanie Yon-Courtin (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, Madame la Présidente Lagarde, merci de votre présence parmi nous; merci, Monsieur le rapporteur, pour votre excellent rapport.

Nous partageons, Madame, vos constats quant à une situation économique en faible croissance et aux nombreux défis qui sont à relever pour l'économie. Représentants directs des citoyens européens, nous constatons toutes ces inquiétudes sur nos territoires. La croissance modérée n'apporte finalement pas l'effet escompté sur les salaires, ni sur la consommation. Les prix du logement dans certaines régions augmentent de façon exponentielle. Plus globalement, le ralentissement de l'activité économique en Chine ou le Brexit risquent de perturber davantage l'économie.

Dans cette période d'incertitude et de transition numérique et écologique, je me réjouis de votre initiative de lancer la révision de la stratégie de politique monétaire de la BCE, qui devra intégrer tous ces changements. De nombreux chantiers sont donc à prendre en compte dans cette feuille de route de la BCE, notamment la réalisation de vrais progrès – bien réels – en matière d'équilibre hommes-femmes dans la nomination aux postes à responsabilité; l'étude de la pertinence d'une monnaie numérique BCE, certes, mais également la surveillance de l'évolution des cryptomonnaies pour lutter plus efficacement contre le blanchiment d'argent dans le financement des territoires; et des efforts visant à conférer une vraie dimension internationale à l'euro et à renforcer son rôle de monnaie de réserve.

Dans l'élaboration de cette stratégie, Madame, je me réjouis de la méthode de dialogue et d'ouverture que vous envisagez, conformément à l'engagement pris lors de votre première audition au Parlement. Je salue enfin, à ce titre, les consultations publiques que vous allez mener, dont la première fin mars à Bruxelles avec la société civile, et j'espère que nous y serons associés.

Hélène Laporte (ID). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, mes chers collègues, Madame, vous êtes connue pour faire preuve de sagesse en raison de votre habileté à gérer des intérêts contradictoires, un tableau qui est très flatteur, mais qui va être mis à rude épreuve à ce poste de présidente de la BCE, tout d'abord parce que la future revue de la politique monétaire, c'est un petit peu le serpent qui se mord la queue. Pour lutter contre la déflation et le chômage, votre prédécesseur, Mario Draghi, a adopté, en plus de la baisse des taux d'intérêt directeurs, des mesures non conventionnelles. Cette politique présente malheureusement les défauts de ses qualités: les taux d'intérêt négatifs sont nuisibles aux épargnants et favorisent l'émergence de bulles spéculatives, appelant une normalisation de cette politique monétaire, normalisation qui fragilise la reprise économique. Tout d'abord, comment comptez-vous sortir, entre guillemets, de cette impasse?

Par ailleurs, en dépit de votre attachement à l'indépendance la plus totale de la BCE, vous avez déclaré vouloir faire du changement climatique un sujet prioritaire pour répondre aux attentes de la Commission. En somme, une BCE plus verte, mais surtout, il faut l'admettre, plus politisée. Une orientation qui risque pourtant d'outrepasser les statuts de la BCE en empiétant sur les compétences souveraines des États membres. Comment appréhendez-vous cette contradiction?

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Lagarde! Vielen Dank für Ihre Worte hier und gut, Sie hier zu sehen. Ich möchte Sie eigentlich ebenso wie ein Vorredner auch auffordern, sich diesen Bereich der Kryptowährungen und der Chancen der Digitalisierung für neue Zahlungsverkehrsmethoden genau anzuschauen. Eine Zentralbank, die tatsächlich Bürgerinnen und Bürgern über Methoden des Internets und der Digitalwährung direkt Zugang zum Zahlungsverkehr verschafft, kann letztlich dafür sorgen, dass digitale Dienstleistungen billiger werden, und damit etwas in der öffentlichen Hand halten, wo es auch hingehört. Digitale Währungen sind kein Raum für Kriminelle wie heute, wo illegaler Zahlungsverkehr durchgeführt wird, und digitale Währungen gehören auch nicht in die Hand von transnationalen Unternehmen. Daher bieten Sie doch hier einen echten Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger, indem Sie selber elektronisches Geld auf den Weg bringen, mit der Sicherheit der Zentralbank und den neuen Technologien, die uns zur Verfügung stehen. Ich hoffe, das nehmen Sie mit auf den Weg.

Piernicola Pedicini (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Lagarde, noi non voteremo a favore di questa risoluzione del Parlamento sulla relazione annuale della BCE perché non bastano le buone intenzioni di voler combattere i cambiamenti climatici per assolvere la BCE dal fallimento nelle azioni di sostegno all'economia reale. Perché non basta la scusa delle incertezze internazionali della Brexit per giustificare il calo improvviso del PIL che c'è stato nell'area euro tra il 2018 e il 2019 ma non in quegli Stati dell'Unione che non hanno adottato l'euro.

Le misure non convenzionali poi sono state l'ennesimo rifinanziamento alle banche, agli istituti bancari, ma le famiglie e le imprese non hanno visto un euro di quel denaro. Denaro che la BCE ha anche prelevato dagli Stati membri più indebitati per distribuirlo agli Stati più ricchi e per darlo alle banche piene di derivati e piene di crediti deteriorati. È per questo che la produzione industriale è calata vertiginosamente in questi anni e adesso la BCE si deve prendere la piena responsabilità di questo fallimento.

Stefan Berger (PPE). – Herr Präsident! Frau Lagarde, ich finde es gut, dass Sie angetreten sind, einen neuen Stil in der EZB zu etablieren, dass Sie die Politik überprüfen wollen und auch neu kommunizieren und besser erklären wollen. Das ist richtig, das ist notwendig, aber wenn sich nach der Überprüfung herausstellt, dass die Politik falsch ist, dann kann sie nicht nur anders kommuniziert werden, sondern sie muss dann auch geändert werden.

Der Bericht zeigt, dass der HVPI – also der Wert, in dem Inflation gemessen wird – 1,2 % für 2019, 1 % für 2020 und 1,5 % für 2021 aufweist. Wenn das so ist, dann werden Sie Ihr Ziel von 2 % nicht erreichen. Und wenn das so ist, dann stellt sich doch die Frage, ob die EZB vielleicht ihr Ziel nicht mal in einen Korridor stellen sollte, denn wir sehen, dass nach einer Dekade Niedrigzinsen insbesondere Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland durchaus von negativen Effekten betroffen sind. Wir sind eine Nation von Sparern mit hohen Spareinlagen bei den Banken, und das ist ein schwieriges Problem. Deswegen bitte ich Sie, diesen Punkt in ihre kritische Überprüfung mit einzubeziehen.

Letzter Satz: Die EZB möchte die Bankenunion und die europäische Einlagensicherung vorantreiben. Das ist grundsätzlich in Ordnung, aber bevor man die Einlagensicherung vorantreibt, müssen die Voraussetzungen geschaffen sein. Man schließt keine Feuerversicherung mit einem Partner ab, dessen Haus schon brennt. Ich bitte Sie, dass Sie auch das berücksichtigen.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, como este Parlamento já reconheceu, a intervenção do Banco Central Europeu, sob a liderança de Mário Draghi, foi essencial para corrigir os erros iniciais de resposta à crise, salvar o euro e ajudar a economia europeia a recuperar da grande recessão.

Hoje, com a nova liderança da Sr.^a Lagarde, há ventos novos, designadamente uma revisão estratégica importante para alinhar a política do BCE com os objetivos de combate às alterações climáticas e o Pacto Verde, sem prejuízo do seu mandato. Mas se o que está a mudar é importante, não menos importante é o que se mantém: uma política monetária de estímulo à economia que continua a ser necessária com o atual abrandamento económico e a necessidade de cumprir as metas de inflação confiadas ao BCE.

Enquanto os governos com margem de manobra orçamental se recusarem a contribuir com uma política orçamental mais expansionista é de uma política monetária expansionista que a zona euro continua a precisar.

Engin Eroglu (Renew). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Präsidentin Lagarde, sehr geehrter Herr Dombrovskis, liebe Kollegen! Ich möchte bei dem Bericht einen Fokus legen, und zwar ist das das Bargeld. Sie, Frau Lagarde, haben in letzter Zeit sehr oft darüber gesprochen, dass Sie das Vertrauen der Bürger gewinnen wollen. Das habe ich mir zu Herzen genommen und möchte Ihnen da gerne etwas auf den Weg mitgeben: Die Bürger in der Europäischen Union haben Angst vor der Abschaffung des Bargelds. Die Abschaffung des 500-Euro-Scheins ist sozusagen ein Indiz dafür. Dadurch verlieren die Bürger weiter an Vertrauen in die Europäische Union. Bargeld ist jedoch ein wichtiges Zeichen von Freiheit und Unabhängigkeit. Hinzu kommt, dass Bargeld vor Negativzinsen geschützt ist. Daher war es für mich wichtig, die Beibehaltung des Bargelds als Position des Parlaments hervorzuheben, und ich habe einen Änderungsantrag gestellt, der nunmehr auch in Nummer 75 in diesem Papier dargestellt ist. Ich möchte Ihnen gerne mitgeben, dass Sie den Bürgern sozusagen die Gewissheit geben, das Bargeld zu erhalten als vertrauensbildende Maßnahme, und aber auch, um Unabhängigkeit und Freiheit der Bürger zu gewährleisten.

Antonio Maria Rinaldi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Lagarde, dalla lettura delle relazioni annuali della BCE vi è il costante elogio dei tassi negativi come la migliore strategia per il rilancio dell'economia dell'eurozona.

Non crede invece che il perdurare di questa politica di tassi negativi abbia avuto come effetto deleterio quello di aver messo in ginocchio le banche commerciali, il vero motore propulsivo per le piccole e medie imprese oltre che per le famiglie, riducendo ai minimi i margini d'intermediazione, quindi lo stimolo a concedere credito, paradossalmente invece favorendo le banche d'affari, proprio quelle a più forte operatività speculativa?

Inoltre, non crede che, dopo le operazioni straordinarie come il QE, che hanno aumentato il bilancio della Banca centrale europea a più di 4,65 trilioni di euro facendo esplodere la massa monetaria M3 senza tuttavia né raggiungere, se non marginalmente, l'economia reale né il *target* inflativo, ottenendo uno stato di deflazione permanente, sia arrivato il momento di prendere in considerazione strategie da «*Helicopter money*» per rilanciare i consumi, visto i dati catastrofici delle produzioni industriali registrati nell'eurozona?

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, I would like to welcome Madame Lagarde. Last week in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), you said that more attention should be given to the cost of housing and home ownership when it comes to the European Central Bank (ECB) inflation measure.

I want to welcome those comments. We just had an election in Ireland where the cost of housing was one of the main issues that dominated voters' intentions. Serious advances have been made to address the problems but in Dublin, for example, rental prices have doubled since 2010 and property prices have gone up 85% since 2013. I think one should be putting more focus on the fact that house prices and rent rises are increasing rapidly across Europe and I think that we need to have more diverse financial instruments to deal with this. It goes back to a very important remark that you made yourself before you were appointed President of the ECB. You said the ECB needs to understand and explain to people not only the markets.

I think if we are to rebuild trust with citizens, I think your consultation project in the Member States is very important. I see that as really democracy building, very important, but I think the housing issue is crucial because if we want to keep in touch with our citizens, we need to understand properly and account for the serious issues that they face in society. I think that we really need to look at this. It's an emerging serious social and economic issue across many, many Member States and I think it's one where you and the ECB could have a very crucial role to play in terms of leadership and understanding and looking at alternative solutions.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, congratulations to my friend Costas Mavrides on an excellent report. I would also like to focus on an area which merits greater attention in my view, but from a different perspective to what has been done up to now, namely the situation of banks, big and small, in the eurozone.

We are underestimating how difficult the situation has become. Discussion of the subject is constrained because many would not like it to sound as an attack on the ECB's monetary easing policies. True. So long as fiscal policy is not being deployed to bolster economic growth, such policies remain essential, and I agree with that. But, they're also causing collateral damage to banks.

Other very significant factors are adding to the damage, like an overload of regulations raising operational costs. Yet, while the Capital Markets Union is being promoted in Europe, the reliance on banks for business financing has grown. Banks are curtailing their services to cut costs and to remain profitable, with negative economic and social consequences.

It is illusory to hope that this will lead to the emergence of European champions in the banking sector. If eurozone banks retract their capillary outreach in national economies, citizens and SMEs – but not only they – will suffer.

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! Der vorliegende Bericht ist gelinde gesagt eine Verhöhnung des Europäischen Parlaments. Dieser Bericht ist geradezu ein Paradebeispiel für Schönfärberei einerseits und Vertuschung andererseits. Das leichte Wirtschaftswachstum in der Eurozone wird als Ergebnis der fatalen Niedrigzinspolitik dargestellt, obwohl es dafür überhaupt keine Anhaltspunkte gibt. Die enormen Verluste, die die Sparer in der Eurozone erleiden müssen – kein Wort in diesem Bericht. Die immer höheren Risiken, die institutionelle Anleger, wie etwa die Pensionskassen, nehmen müssen – nicht in diesem Bericht. Die Überhitzung der Finanzmärkte durch die lockere Geldpolitik – nicht in diesem Bericht. Die durch die Geldpolitik verursachte steigende soziale Ungleichheit – kein Wort dazu in diesem Bericht. Die durch die Geldpolitik verursachten ausufernden Staatsschulden in der Eurozone – kein Wort in diesem Bericht. Mich erinnert dieser Bericht an die Berichte im kommunistischen Ostblock. Darin stand auch immer nur das, was die Parteiführung wollte, und wozu das geführt hat, das wissen wir alle sattem.

Aurore Lalucq (S&D). – Monsieur le Président, je remercie M^{me} Lagarde d'être avec nous.

Vous avez choisi, Madame, de poursuivre une politique monétaire dite d'assouplissement quantitatif pour soutenir l'activité économique, et nous sommes nombreux dans cette maison à avoir reçu cette annonce avec un certain soulagement car, du fait des égoïsmes nationaux et de l'idéologie dominante sur ce continent, nous n'avons malheureusement toujours pas de budget réel, ce qui est absolument incroyable et inconcevable pour la première puissance économique mondiale. Mais cette situation fait que beaucoup repose sur vos épaules et que votre politique doit être parfaite.

Nous avons entendu énormément d'avancées dans votre discours, mais il manque encore un point, qui est celui de la spéculation. Sur ce point, je reste sur ma faim. Nous savons que les politiques d'assouplissement quantitatif ces dernières années ont certes soutenu l'économie réelle – il fallait le faire –, mais qu'elles ont aussi engendré une hypertrophie de la sphère financière, et je voudrais savoir ce que la Banque centrale européenne compte concrètement faire pour lutter contre la spéculation.

Paul Tang (S&D). – Mr President, I would like to welcome Ms Lagarde. A fresh wind is blowing through the ECB. No public spats, but a constructive dialogue: how can we prop up eurozone growth? How can the ECB stop funding polluting activities? How can we promote gender equality among ECB decision-makers? And of course, every new job starts with credit, and the trick is: don't waste it.

That is why, Ms Lagarde, I call upon you to make real progress now that you can. The ECB needs to get in gear to implement the EU taxonomy and avoid activities that do 'significant harm'. Besides, you should encourage governments to invest substantially in sustainability, reaping the benefits of the low interest rate and pushing that rate upwards, and in that way restore the full potential of monetary policy. Continue confidently along this path, Ms Lagarde, and I have no doubt that the male central bankers will dance to your tune.

Agnès Evren (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le rapport annuel sur la Banque centrale européenne 2018 que nous voterons demain en séance plénière sera le premier document que nous vous transmettrons au nom du Parlement européen. J'espère que ces recommandations permettront de servir de base pour un dialogue fréquent avec notre commission des affaires économiques et monétaires.

Dans ce rapport, nous évoquons notamment les enjeux auxquels seront confrontées nos économies, et donc la Banque centrale européenne, dans les années à venir. En janvier, à Davos, lors du Forum économique mondial, vous avez notamment évoqué la nécessité de renforcer la cyber-résilience en Europe. Dans le top 5 des risques mondiaux pour 2020, une cyberattaque de grande ampleur aurait des conséquences considérables pour l'économie européenne.

Il est donc plus urgent que jamais de renouveler l'architecture de coopération européenne et internationale en la matière. Nous devons élaborer des stratégies communes et déployer des efforts coordonnés pour faire face aux risques créés par la transformation numérique.

L'acceptation des risques auxquels nous sommes confrontés est une première étape, mais la prochaine doit être l'action. Nous devons garantir la résistance des infrastructures des marchés financiers et promouvoir la coopération en la matière entre les banques de la zone euro. Je sais, Madame Lagarde, pouvoir compter sur votre fermeté et votre implication pour relever ce défi.

Spontane Wortmeldungen

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, καταρχήν να ευχαριστήσω τον κύριο Μαυρίδη και όσους συνεργάστηκαν μαζί του για την πολύ καλή έκδοσή του, και να ευχηθώ στην κυρία Lagarde να έχει παρεμβάσεις εξαιρετικά σημαντικές —ακόμα πιο σημαντικές και από εκείνες του κυρίου Draghi— στην πορεία της. Θα ήθελα να προσθέσω δύο ερωτήσεις —σε έναν βομβαρδισμό ερωτήσεων, βέβαια.

Η πρώτη έχει σχέση με το ελληνικό τραπεζικό σύστημα. Ξέρουμε ότι από το 2018 η κατάσταση του έχει γίνει καλύτερη, αλλά θα ήθελα αν μπορεί συνοπτικά να μας πει δυο πράγματα, δηλαδή προς ποια κατεύθυνση πρέπει να κινηθούμε και πόσο γρήγορα. Υπάρχει και ένα δεύτερο θέμα, το οποίο είναι ευρύτερου ενδιαφέροντος και τέθηκε από συναδέλφους που προηγήθηκαν. Είναι φανερό ότι για να πάμε στην πράσινη μετάβαση χρειαζόμαστε πρόσθετες επενδύσεις και, όπως έλεγε ο Draghi και το 2018 αλλά και γενικότερα, πρέπει να βελτιώσουμε τη σύνθεση των δημοσίων δαπανών ώστε να τις κάνουμε περισσότερο ποιοτικές και —αν είναι δυνατόν— επενδυτικές. Θα ήθελα λοιπόν κάποιο σχόλιο και από την κυρία Lagarde.

Margarida Marques (S&D). – Senhor Presidente, parabéns Mavrides pelo teu relatório, obrigada Senhora Lagarde. Todos sabemos que precisamos de progressos significativos na união bancária e no mercado de capitais. Até hoje esses progressos têm sido lentos e muito limitados. O terceiro pilar da União Bancária está longe de estar finalizado. Um papel fortalecido do euro precisa, antes de tudo, de vontade política. Há que completar a união económica e monetária como um instrumento orçamental capaz de responder a choques exógenos e com *safe assets*.

O BCE precisa de ter um papel fundamental neste debate, como precisa de ter um papel fundamental no combate às alterações climáticas. O BCE tem que trabalhar com as restantes instituições europeias e com os seus pares para fortalecer o papel do euro como moeda de reserva, nomeadamente nas instâncias internacionais onde está presente.

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, just to say at the outset, Madame Lagarde, I want to raise the issue of the Stability and Growth Pact and the restrictive practice that it has on European economies and their ability to invest in both the Green Deal, but in just normal fiscal stimulus that is required to stimulate the broader economies of the European Union.

And I think in that context, the EU Commission is carrying out a review of the Stability and Growth Pact in the near future, and I'm wondering whether or not the ECB will have an official role in observing that particular review and having input into that particular review. Because we have to accept that if we want to create a dynamic European economy, I believe that the Stability and Growth Pact is too restrictive on the ability of governments to invest in the economic aspects of economies across the eurozone.

Finally, I would ask that you would also look at Irish banks and the interest rates that they are charging for mortgages and small and medium-sized businesses. Bearing in mind we're in the eurozone and our banks are charging two to three times the interest rates that the rest of Europe pays in mortgages and lending to small and medium-sized businesses.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, como aqui foi reconhecido, as prolongadas medidas não convencionais de política monetária não têm sido suficientes por si só para travar a pronunciada desaceleração económica, além de que tendem a esgotar o seu alcance.

Não sabemos quando virá o próximo pico da crise, mas sabemos que encontrará as economias da periferia da zona euro tão desprotegidas como há uma década. Com um elevado endividamento, ele próprio uma consequência da moeda única, e esgotado o alcance das medidas não convencionais ficará exposta, mais exposta, toda a sua vulnerabilidade, a vulnerabilidade destes países, presos na armadilha do euro, armadilha que impõe políticas, designadamente no plano orçamental, que trava o crescimento, esmaga o investimento e os salários, degrada o aparelho produtivo e os serviços públicos. Os mesmos que dizem ser necessária uma política orçamental favorável ao crescimento tudo fazem para impor o obstinado cumprimento de um pacto de estabilidade em versão revista e reforçada.

Eis a armadilha do euro. Dizem que é preciso aprofundá-la. O que é necessário, porém, é desmontá-la.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la strada verso una Unione economica e monetaria più solida è piena di questioni ancora irrisolte. Questioni che richiedono sforzi da parte di tutti per la loro soluzione. Dopo alcuni progressi timidi registrati durante la crisi, il ritmo delle riforme è totalmente rallentato. Alcuni progetti, anche se fra i meno controversi, sono stati attuati, ma una proposta fondamentale per completare l'unione bancaria come il sistema europeo di assicurazione universale dei depositi fatica ancora a procedere.

Data la persistente vulnerabilità dell'Eurozona e il completamento dell'EDIS, un pezzo fondamentale per garantire i risparmiatori con un rafforzamento delle misure di riduzione dei rischi, restano una necessità per l'Unione. Andando avanti con l'EDIS potremmo ridurre la frammentazione finanziaria, garantendo un ruolo più ampio ai capitali privati nell'ammortizzare gli shock economici e finanziari.

Ma voglio ribadirlo: insistere solo sulla riduzione del rischio come condizione preliminare per il lancio dell'EDIS è sbagliato. Non si può cercare di ridurre il rischio mettendo ponderazione, ad esempio, sui titoli di Stato. Sarebbe assurdo. Lasceremo un sistema finanziario europeo più fragile e sottoposto all'influenza dei contingenti. Dobbiamo agire subito, il prezzo da pagare sarebbe terribile per rimanere immobili.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, first of all, it is good to see Madame Lagarde here. I congratulate her on her appointment. And, indeed, herself and her predecessor Mr Draghi are to be congratulated on keeping the euro afloat and keeping the European economy in a stable position. Having said that, I want to ask one question in particular.

We have had an election in Ireland and one of the big issues there was in relation to housing. Mr Kelleher referred to the interest rates, but not only the interest rates, but also the rules of borrowing. We have a situation now where people who are well educated, with very good jobs, cannot afford to buy a house.

There are other issues in relation to the supply of housing, but even where the supply is available, this is causing a huge concern for them. And many people are now living with their parents because, while having been well educated, as I said, good jobs, well paid, they cannot afford to buy a house because of the rules implemented by our banks.

Can she offer some leeway in that regard and some hope to those people that what was the norm in the past can apply in the future – you have a good job, you can buy a house?

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señor presidente, señora presidenta Lagarde, vicepresidente Dombrovskis, yo, en primer lugar, quiero trasladar mi apoyo al informe que ha preparado Costas Mavrides, del Grupo Socialista. Creo que es muy completo y contiene los elementos esenciales.

Quizás un elemento adicional, en la línea de lo que también ha señalado el portavoz en la materia del Grupo Socialista, el señor Fernández, es la consideración de nuevos instrumentos. Yo creo que es evidente que, solamente con los tipos ultrabajos y con el programa de compras, va a ser difícil conseguir el objetivo. Es verdad que se necesita el apoyo fiscal, pero el objetivo de inflación del Banco Central Europeo es incondicional; debe tender, debe cumplir su mandato, de manera incondicional.

Tal vez este instrumento, a su consideración, podría ser una transferencia directa a los hogares de la eurozona para impulsar el consumo y alcanzar de esta manera el objetivo de cerca pero debajo del 2 %.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Mr President, this debate has demonstrated that there is a large convergence of views on most aspects of the report and I'm very pleased to see the common ground emerging from the views of the three institutions.

Let me conclude by mentioning the point directly concerning the Commission. Your last report encouraged the Commission and the ECB to study schemes such as a central bank digital currency and digital base money and to liaise closely. Like many central banks and institutions, the Commission and the ECB are now analysing the potential benefits and challenges associated with these schemes. Further work is needed, but these examples show that the three institutions – and this includes the European Parliament – can fruitfully interact in respect of their respective roles. So we count on your continued support in building the foundations for sustainable growth in Europe.

Der Präsident. – Ich darf nun die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Frau Lagarde, ersuchen und ihr gleichzeitig für die nette Aufnahme der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung gestern in Frankreich und die sehr offene, konstruktive Aussprache danken.

Christine Lagarde, *President of the European Central Bank*. – Mr President, I didn't know that you had to be standing to address this Assembly, so I offer my apologies for not having done so in the first place and therefore I will align with the rule that you seem to have amongst you. I would like to first of all thank you very much for this dialogue that we had. It's very much part of what we at the European Central Bank, and more broadly within the euro system, want to actually have with public opinions, with civil society representatives, but more importantly, with those who represent the citizens of Europe: that is you, Members of Parliament, who have been elected by them. This is very much part of the accountability that we have towards you and, through you, to the citizens of Europe. We have conducted a few changes in the last few months, but certainly one of those that I very much look forward to implementing as we go into the strategy review that has been approved last month, is the constant dialogue that we need to have, and what we have called the outreach with you and, through you, with the citizens of Europe. So thank you for that.

I thought I would just touch on some items of our strategy review to address some of the points that you have made. First of all, some of you have touched on the monetary policy and the current components of the instruments that we use in order to implement our policy and have been doing so since 2014. To those who argue that this monetary policy, and particularly its unconventional tools, have been counterproductive, I would very strongly encourage them to look at the impact that those unconventional tools have had on the economy – in which way it has actually increased growth and helped our economies around Europe and the euro area in particular to fare better than it would have had it not been for those instruments that were used as part of the unconventional policy.

It's obviously very difficult to quantify carefully and precisely by how much growth has been lifted in the euro area, but our models actually indicate that that growth has been probably higher by a margin of about 2.5% to 3% ever since those policies were put in place. In the same vein, it has contributed to inflation which, as you know, ever since the euro was put in place and ever since the strategy was revisited in 2003, is measured with reference to inflation, and clearly those unconventional tools that have been used since 2014 have helped inflation go up a bit. Well, certainly we would have liked it a lot more than that, and maybe this would have been the case if other tools had been used in conjunction with our monetary policy. But be it as it was, certainly inflation has increased by a factor of about half a percentage point probably, which is certainly not bad, given the level where we are. To those who were mentioning, by the way, that inflation was hovering around 1%, I would simply remind you that in January inflation was at about 1.3%, which is certainly not the goal that we have, but certainly a bit more than the 1% that was mentioned.

Those unconventional tools that were used and the instruments that were deployed helped our economies and continue to help our economies. When you look at the volume and the number of new financing that are put in place for the real economy, whether it's the corporate or whether it's the households, we are seeing clearly financing that is very low in terms of cost, and I take the point that you made, sir, about the Irish banks and how much they charge and what interest rates they include, and we'll look into that for sure. But the cost of financing has been low and lower for the real economy. And number two, the volume of financing of the economy has increased and has continued to increase. You will have seen some comments recently about the fact that this continuum is slowing down. Yes, it is a little bit – for the corporate, not for the households – but it is continuing to grow nonetheless. So I would contend that, in the main, it has had a very positive effect on our economies, and as part of our strategy review, we'll look at how much and how effective it has been. But we will also look, as some of you have mentioned, to the potential side effects and to the accumulated side effects that it could have on citizens and on the economies as well. So that will be very much part and parcel of our review.

The second point that I would like to emphasise briefly, and I've focused on the monetary policy tools and how we will look at them and measure them and measure the benefits as well as the negative effect, is climate change. Nobody can ask the European Central Bank to substitute what governments should do and what policies should be in general. As former managing director of the IMF, I think I'd be remiss not to remind all of us that one of the key tools in relation to climate change is clearly the proper pricing of carbon, and this is not something that a European Central Bank or any central bank in the world can actually decide. So as we go through our strategy review, we will determine where and how the issue of climate change and the fight against climate change can actually have an impact on our policies, whether it's in relation to our price stability primary objective and how it impacts this primary objective, or whether it's in relation to the management of risk that we are accountable to our European citizens and to you when we look at the composition of our portfolios and the one that we manage, and whether or not risks are actually properly priced and whether the climate change risks associated with some of the collateral that we have in our portfolios, for instance, are measured or not. So in that respect, climate change will be one of the items that we will take into account, together with the more traditional aspects that we will be measuring, and it's in the context of that strategy review, Mr Vice-President, that we will continue this dialogue, not only with you, but also with the Committee on Economic and

Monetary Affairs (ECON). The president of ECON was here and many members of the Committee are present in this room. We will continue to engage: we will have that dialogue, and we want that very much to be a two-way street.

Now, I offer our apologies to those who had very specific questions on particular countries, but I propose to take that up bilaterally with those who are interested in specific countries or banks going forward.

Der Präsident. – Ich kann Ihnen nur persönlich und im Interesse der Europäischen Union und im globalen Interesse für Ihre Arbeit alles erdenklich Gute wünschen.

Costas Mavrides, Rapporteur. – Mr President, I too will be brief. I'd like to note two points. Madame Lagarde, today you have seen that in the European Parliament we can have different views. And a thing about the past, about Mr Draghi. Mr Draghi might not have been perfect, but his legacy was that he was determined to save the eurozone, and in fact I would say that maybe he has also saved the European project. Some people cannot forgive him for that.

As far as today is concerned, though, you rightly said in your initial statement that we basically share the same view about challenges, and I would add that even Mr Dombrovskis and to some extent the Commission shares that same view.

That's why I would add to that, though, that certain elements, just like what you noted before, are missing. I think that the major challenge for all of us is to deliver – to deliver to the European citizens and to improve their lives in certain specific ways – completion of the Banking Union, completion of the Capital Markets Union, and much more. Therefore it is up to you, Madame Lagarde, and we are going to support you in striving towards a real convergence of the economies. Thank you for being here today with us.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 12. Februar 2020, statt.

9. Verstoß gegen den Beschluss (GASP) 2017/2074 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela – Illegale Einreise einer in der Sanktionsliste genannten Person in das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaats (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Rates und der Kommission zu dem Verstoß gegen den Beschluss (GASP) 2017/2074 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela – Illegale Einreise einer in der Sanktionsliste genannten Person in das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaats (2020/2564(RSP)).

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the current subject of debate concerns an alleged breach of European Union sanctions currently in force vis-à-vis Venezuela. These were put in place in 2017 as part of the European Union's efforts to foster a credible and meaningful process that can lead to a peaceful, negotiated solution for the reinstatement of democracy and the rule of law in Venezuela.

These measures include a travel ban and asset freeze regarding 25 individuals, among them the Vice-President of Venezuela, Delcy Eoloína Rodríguez Gómez, included on this list having been designated by the European Union on 25 June 2018. A travel ban requires the European Union Member States to take the necessary measures to prevent the entry into, or transit through, their territories by the listed persons.

As you know, there is a division of competences in the area of sanctions within the European Union. First of all, Member States are responsible in all cases for the implementation and verification of sanctions adopted by the European Union in their own jurisdictions. Member States, I repeat, are responsible in all cases for the implementation and verification of sanctions adopted by the European Union. Therefore, when the issue of a possible violation of sanctions arises, for example an assets freeze or, as here, a travel ban, it is for the Member States concerned to investigate and determine whether this has in fact been the case.

With regard to the wider oversight of the implementation of sanctions, the Commission has an overall monitoring role concerning the uniform application of such measures in an area with these competences. For example, this is the case for asset freeze and sectoral measures, but it is not the case for travel bans or arms embargoes. We can discuss the political appropriateness for Member States to give this competence to the European Union, although this would require a treaty change. But the situation, for the time being, is clear. The Commission cannot initiate any infringement procedure regarding a possible travel ban violation. Travel bans are, in practice, only contained in Council decisions and they do not therefore fall under Union law. Consequently, the Commission does not play a role in monitoring the implementation and cannot initiate an infringement procedure.

As High Representative, talking here from the side of the Council, I am also responsible for ensuring the consistent application of the common foreign and security policy, including sanctions adopted by Member States in Council. In this context, the European External Action Service, in consultation with the European Union, where competent, would be directly in touch with the European Union Member States regarding alleged violations in order to ensure that these sanctions are being applied in a homogenous way in all Member States.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Dolors Montserrat, *en nombre del Grupo PPE.* – Señor presidente, Venezuela y la política venezolana han venido a España de la mano de Iglesias y Monedero. No son mis palabras, sino las de Pedro Sánchez, actual presidente del Gobierno de España. Las dijo en el año 2016, y ahora sabemos que para él no era una crítica, sino un elogio. Hoy, Iglesias es el vicepresidente de su gobierno y la política chavista ensucia la imagen de su gobierno.

El Gobierno de Sánchez es quien ha abierto las puertas de Europa al chavismo, porque un ministro socialista, José Luis Ábalos, se reunió con la vicepresidenta del dictador Maduro, Delcy Rodríguez, en territorio español, en suelo europeo, vulnerando el régimen de sanciones que la Unión Europea impone a un régimen totalitario, que pisotea los derechos humanos.

El Gobierno de Sánchez no solo ha incumplido. El Gobierno de Sánchez miente. Cualquier nueva versión sobre el encuentro convierte en mentira la anterior. Ha perdido toda la credibilidad y deben ser las instituciones europeas las que investiguen la verdad.

El venezolano es un pueblo hermano para el español. Por los millones de venezolanos pisoteados por el déspota Maduro, por los millones de venezolanos que han huido de su país, necesitamos conocer la verdad y que se cumpla el régimen de sanciones.

Los españoles y el resto de los europeos, este Parlamento, siempre hemos alzado la voz en defensa de la libertad de Venezuela. Por ello, pedimos al Consejo de la Unión Europea que investigue lo ocurrido, que ayude a esclarecer la verdad y que nunca más se repita un escándalo que avergüenza a Europa.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 171, apartado 8, del Reglamento interno))

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Señor presidente, quisiera preguntarle a la señora Montserrat si ve procedente utilizar el Parlamento Europeo como instrumento para atacar al Gobierno de España, incluso sabiendo que esta Cámara no tiene competencias en lo que usted está trasladando. Si la respuesta es que sí es procedente, tal vez algunos grupos políticos se vean tentados a llevar otros asuntos de interés nacional, sobre los que muchos ciudadanos quieren saber, como, por ejemplo, que por primera vez dos presidentes del Gobierno, Aznar y Rajoy, hayan sido llamados... *(el presidente retira la palabra a la oradora)*.

Dolors Montserrat (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Como siempre, cortinas de humo. La campaña contra España es la que hacen ustedes, abriendo las puertas de Europa al chavismo. Ustedes lo saben, han incumplido el régimen de sanciones. Ustedes han mentido, expliquen el porqué. Ustedes han perdido toda la credibilidad y pretenden que todos los españoles perdamos toda la credibilidad detrás de ustedes. Por tanto, les pedimos que ustedes sean los que se alejen del populismo y del chavismo y que realmente defiendan a Europa, hoy, aquí.

Javier Moreno Sánchez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señorías, Dolors, Jordi, en este debate nueve de los diez oradores somos españoles. A los promotores de esta iniciativa les pregunto —además el hemiciclo está casi vacío—: ¿Siguen pensando que este es un debate europeo? ¿No estarán haciendo el ridículo? ¿Piensan seguir utilizando esta Cámara para hacer oposición desleal al Gobierno de España?

Señorías del PPE, de Ciudadanos y de Vox, ustedes son unos irresponsables y unos desleales que están dañando gravemente la imagen de España en este Parlamento. Ustedes no han pensado ni un minuto en el pueblo venezolano, que lo que espera de nosotros es apoyo, diálogo, unidad, y no división y confrontación.

El Gobierno de España ha actuado y actúa como interlocutor reconocido por el Gobierno y la oposición venezolana para conseguir una solución política, democrática y negociada, que conduzca a unas elecciones libres y justas. Y, en ese momento, en ese momento, el Parlamento Europeo actuará enviando una misión electoral.

Por favor, aprendan a trabajar en esta casa y no hagan el ridículo.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 171, apartado 8, del Reglamento interno))

Mick Wallace (GUE/NGL), *blue-card question*. – Mr President, I would like to put a question to the last speaker. He says that the European Union is doing the right thing by recognising Spain's position here. I have no problem with Spain's position on this, but I have had a big problem with Spain's position on a lot of aspects in relation to Venezuela, and in particular to the Europeans' attitude. Do you not agree that the recognition of Guaidó is an absolute embarrassment to anyone who has to occupy this Chamber and it is a disgrace on the part of the Member States of Europe that so many of them have recognised an unelected gobshite?

Javier Moreno Sánchez (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor presidente, brevemente -creo que ya lo he dicho- el Gobierno socialista de España es coherente. Lo que queremos es buscar una solución con todos los venezolanos. La diferencia es que nosotros buscamos el diálogo y no la confrontación y la división. Solo se podrán encontrar soluciones —porque el pueblo de Venezuela está sufriendo— si unimos a los venezolanos y no los dividimos, y por eso el Gobierno de España está haciendo todo lo posible para buscar una solución -como he dicho- negociada, pactada, democrática, y que le permita... *(el presidente retira la palabra al orador)*.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Moreno Sánchez.

Herr Kollege Wallace: Ich rufe Sie für die Verwendung des Begriffs „Dreckskerl“ zur Ordnung.

Jordi Cañas, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, va a ser complicado sobrevolar el barro socialista, pero lo voy a intentar.

A mí, señor Borrell, me hubiera gustado que usted hubiera intervenido como alto representante y no como exministro de Asuntos Exteriores del Gobierno del señor Sánchez. Y le explicaré el porqué. Pues porque este no es un debate nacional. Este es un debate sobre la legitimidad, la credibilidad de la política exterior europea y sobre el respeto a esta Cámara. Yo no sé cómo respetan esta Cámara trayendo aquí este chapapote. Sinceramente, lo lamento muchísimo, lo lamento muchísimo.

Porque el respeto a esta Cámara significa respetar lo que impulsa. Y esta Cámara, por ejemplo, ha pedido redoblar los esfuerzos, redoblar las sanciones contra el régimen de Nicolás Maduro —con su voto, quiero recordar—. Por lo tanto, cuando un Estado miembro decide violar las Resoluciones de esta Cámara está faltando a la legitimidad que tiene esta Cámara y el conjunto de sus instituciones.

¿Cómo van a confiar los demás en la Unión Europea cuando ni los Estados miembros respetan las decisiones adoptadas por esta Cámara y sus instituciones? Tenemos que recordar que esas Resoluciones nos obligan a todos, también a los Estados miembros, al Consejo y, perdone, a la Comisión. Porque la Comisión tiene el rol de velar para que los incumplimientos se sancionen. Es evidente que el Gobierno de España ha faltado a la verdad, es evidente que ha incumplido la decisión adoptada por esta Cámara.

Lo que es evidente es que la Comisión no ha hecho nada. Y es muy sencillo. ¿Notificó el Gobierno al Consejo la excepción al Gobierno del señor Maduro? No, no lo hizo. ¿Está ese documento al alcance de los ciudadanos? No, no lo está. Y a usted no le preocupa... *(el presidente retira la palabra al orador)*.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege.

Sie haben nicht mehr das Wort, Herr Kollege Cañas.

Ich weise darauf hin, dass es meine ständige Praxis ist, Kollegen, denen ich wegen überzogener Redezeit das Wort entzogen habe, keine „blaue Karte“ zuzugestehen.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, no hay caso europeo, porque la aplicación de las sanciones y de la decisión del Consejo es una competencia nacional. Lo que hay es que se ha traído aquí un debate que debería estarse produciendo en el Congreso de los Diputados. Y yo quiero pedir perdón al conjunto de señorías por haber ocupado una parte del debate del Parlamento Europeo con un debate que, básicamente, estamos manteniendo nueve españoles entre nosotros, y creo que es bastante lamentable.

Tengo que decir, además, de forma muy honesta, que creo que, haciendo este tipo de cosas, degradamos la imagen de la delegación española en esta casa, y me parece que no deberíamos hacer este tipo de ejercicios —de verdad lo digo y lo digo con toda sinceridad—. Y después me gustaría trasladar un mensaje a los diputados europeos de Renew y del Partido Popular Europeo que hoy no han venido —la gran mayoría, algunos sí; a los que están les respeto mucho— y, en cambio, el lunes decidieron votar celebrar este debate.

¿Qué vamos a hacer a partir de ahora? ¿Cada vez que en algún Estado miembro haya un debate de política nacional vamos a traerlo aquí? ¿En qué vamos a convertir esta Cámara? Yo pido un poco de respeto y de responsabilidad por los trabajos muy serios e importantes que tenemos que hacer aquí, en esta casa.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Urtasun.

Ich will das noch einmal erläutern, weil Rückfragen kamen. Es gehört zu meiner ständigen Praxis, dass ich einen Redner, dem ich das Wort entzogen habe, weil er die Redezeit überschritten hat, nicht damit belohne, dass ich ihm eine Frage zukommen lasse.

Und ich werde auch, Herr Kollege Cañas, Ihre „blaue Karte“ jetzt nicht zulassen.

Hermann Tertsch, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, la verdad es que tiene guasa, señor Borrell, que nosotros —el Parlamento, la Comisión, el Consejo—, que estamos haciendo inferencias permanentemente en todas partes, resulta que es una inferencia que reaccionemos a la violación de una decisión de la Unión Europea de imponer sanciones a una serie de criminales que gobiernan en esa mafia comunista y narcotraficante de Venezuela. Tiene guasa que ante eso resulta que nosotros no podemos hacer nada, cuando nos estamos metiendo en la educación de los húngaros, nos estamos metiendo en la justicia de los polacos, etcétera, etcétera.

Y, por otra parte, por Dios, no digamos que esto es un debate español. Esto es un debate sobre el respeto de las reglas de la Unión Europea, que han sido violadas groseramente por un gobierno socialcomunista que tenemos en España desde hace un mes y que ya ha hecho una cita clandestina con un régimen criminal en territorio español, quién sabe para qué, quién sabe con qué condiciones y quién sabe con qué razones oscuras.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, miren, es absolutamente grotesco e irresponsable el uso que se hace, una y otra vez, del pueblo de Venezuela. Solo les deja en evidencia —bastante poco les importan a ustedes los venezolanos y las venezolanas—. Venezuela es un país dividido. Lo que necesita es responsabilidad; necesita que acabemos con las sanciones que sufre el pueblo, que apoyemos el diálogo, la negociación y que se puedan celebrar elecciones con garantías.

Veíamos al señor Tertsch mandar un mensaje a todo el Parlamento Europeo diciendo que en España creaba una enorme ansiedad con quién se encuentra el ministro de nuestro país. ¿En serio? ¿De verdad? ¿Ansiedad? Ansiedad, señor Tertsch, genera el poder dar un futuro a nuestros jóvenes; ansiedad generan los agricultores que no están recibiendo precios justos; ansiedad generan los cortes de luz en Granada por parte de multinacionales como Endesa que se saltan los derechos fundamentales. Pero poco les veo yo a ustedes defender los derechos de los españoles y las españolas frente a esas élites.

Ustedes criminalizan el diálogo, alientan a rebeliones armadas. Y yo les digo solo una cosa. Nuestro país, España, es mucho mejor que el blanco y negro con el que ustedes lo quieren pintar. Nuestro país tiene futuro y lo va a llevar adelante nuestra gente.

Leopoldo López Gil (PPE). – Señor presidente, la verdad es que no se trata de un debate sobre España ni sobre Venezuela. Es una necesaria actuación sobre el valor de nuestras sanciones y nuestros principios. Hay valores intrínsecos a la formación de esta Unión, como lo es el funcionamiento de un país que respete su Estado de Derecho, la transparencia, la legalidad.

Recientemente hemos conocido como el Gobierno de España ha burlado la aplicación de las sanciones aprobadas por el Consejo en junio de 2018. Son medidas que prohíben la entrada al territorio europeo a la vicepresidenta del régimen de Maduro, sanciones que castigan por violar la democracia, por usurpar los poderes a la Asamblea Nacional.

Pedimos al Consejo que investigue a fondo este asunto mediante la sección de sanciones del Grupo de Consejeros de Relaciones Exteriores —el RELEX— e informe oportunamente a esta Cámara.

Ciertamente, nadie debe estar por encima de la ley. Tampoco los Estados ni sus gobernantes.

Mónica Silvana González (S&D). – Señor presidente, efectivamente, este no es un debate europeo, este es un debate que se debe discernir en el Congreso español. Están ustedes haciendo el ridículo y, por mucho que se pongan todos juntos, son los que son. Son una minoría que no alcanzan a construir una mayoría en el Parlamento español.

Yo también pido disculpas al resto de diputados por tener que soportar un debate que debería haberse producido en el Congreso de España. Obedece a que su fuerza política no tiene más que diez diputados; su fuerza política va a desaparecer, porque todas las estadísticas, todas las encuestas, dicen justamente que son insignificantes. Así que, señor Cañas, señorías del Partido Renew, señorías de Ciudadanos, traigan a este Parlamento soluciones constructivas para aliviar el dolor del pueblo venezolano.

Les invito a que vengan a la Comisión de Desarrollo y busquemos juntos soluciones para paliar el dolor con ayuda humanitaria y desarrollo para el pueblo venezolano.

Señorías, aquí no hay caso, porque la vicepresidenta de Venezuela no estuvo en territorio Schengen. Por lo tanto, no cruzó ningún filtro de pasaporte. ¿Creen ustedes que esto aporta algo para aliviar el dolor del pueblo venezolano? El Gobierno de España continuará, liderado por Pedro Sánchez, buscando una solución democrática... *(el presidente retira la palabra a la oradora)*.

Dita Charanzová (Renew). – Señor presidente, parece que soy la única extranjera en este debate. Pues quiero decir que tenemos el debate hoy porque ayer la mayoría de esta Cámara votó en favor de este debate. Y lamento que esto se haya convertido en un debate nacional español, cuando se trata de las sanciones europeas y lo que está en juego es la credibilidad de la Unión Europea.

Este caso socava seriamente nuestra credibilidad frente a los ciudadanos venezolanos que esperan justicia y nuestro apoyo. Ustedes, especialmente los que estuvieron aquí en el último mandato, sabrán que, cada vez que tenemos un debate sobre Venezuela, he dicho lo mismo: sanciones selectivas.

Pasaron tres años antes de que el Consejo diera por fin el primer paso. Las sanciones selectivas son la herramienta pacífica más fuerte que tenemos para presionar al régimen para negociar y parar la represión violenta contra los venezolanos.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 171, apartado 8, del Reglamento interno))

Ibán García Del Blanco (S&D), pregunta de «tarjeta azul». – Señora Charanzová, quería preguntarle a su señoría, que se lamentaba profundamente de que esto se hubiera transformado en un debate español, que qué esperaba. Si, al final, evidentemente, esto es un asunto de política nacional, que se va a dirimir, además, en el Congreso de España, que tiene un debate previsto para los próximos días. Al final, aquí, simplemente se trata de la imposibilidad de un Grupo que no acaba de encontrar su espacio político y que, de alguna manera, quiere saber qué es lo que tiene que hacer y cuáles son las competencias de cada uno de los parlamentos ¿No se siente usted engañada por sus compañeros de Ciudadanos?

Dita Charanzová (Renew), respuesta de «tarjeta azul». – Ustedes han votado en contra de la investigación en el Congreso español hoy. Por eso tenemos el debate. Y, como ya he dicho, es un problema europeo, son las sanciones europeas y es la credibilidad europea frente a los ciudadanos de Venezuela.

Javi López (S&D). – Señor presidente, sin duda, lo que está en juego es la credibilidad de la Unión Europea. La credibilidad de esta Cámara, que se dedica ahora a fiscalizar la labor de los gobiernos nacionales. Porque esto es lo que hoy estamos debatiendo aquí.

No es que hoy Borrell haya dicho que, competencialmente, son los Estados miembros y los gobiernos los que aplican las sanciones. Es que lo han dicho una docena de portavoces durante las últimas semanas. Una Comisión Europea que, por cierto, tiene miembros del Partido Popular Europeo y de los liberales —que les han repetido una y otra vez el mismo mensaje—. Y, además, hoy merece la pena recordar que, este debate, ¿qué es lo que nos muestra? Que a ustedes les importa poco España y nada Venezuela. Lamentablemente, ustedes traen aquí el debate para tapar sus problemas a la hora de fiscalizar y hacer su labor en el Congreso de los Diputados.

Los socialistas continuamos comprometidos con Venezuela, y no con el uso político del dolor de los venezolanos, que es lo que ustedes hacen aquí una y otra vez. El dolor de un pueblo como el de Venezuela no es un arma arrojadiza y menos para hacer política nacional aquí en el Parlamento Europeo.

(El orador se niega a que Hermann Tertsch le formule una pregunta con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul»)

Der Präsident. – Wir kommen dann zu den spontanen Wortmeldungen. Ich habe mehr als doppelt so viele Wortmeldungen wie die, für die wir Zeit haben. Ich werde auch spanische Kollegen berücksichtigen, aber die nichtspanischen jedenfalls auch. Herr Kollege López Aguilar.

Spontane Wortmeldungen

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, soy canario, próximo al pueblo venezolano, que incluye a los descendientes de la comunidad canaria en Venezuela.

He participado en todos los debates sobre Venezuela y advertí al alto representante Borrell de que no habría Pleno sin un debate sobre Venezuela. He votado las Resoluciones que intentan apoyar el cambio democrático en Venezuela y que exigen la unidad del Parlamento Europeo.

Pero esto no es un debate sobre Venezuela, ni sobre el sufrimiento del pueblo venezolano. Ni siquiera es un debate sobre España. Es un debate traído por quienes se oponen al Gobierno de España, porque están en minoría en el Congreso de los Diputados y pretenden, por tanto, banalizar, multiplicando los debates sobre Venezuela, la posición del Parlamento Europeo, haciéndole daño también al Parlamento Europeo y a su credibilidad, que tanto invocan.

Porque nada perjudica tanto la credibilidad de las Resoluciones del Parlamento Europeo como la desunión en el Parlamento Europeo, intentando criticar al Gobierno de España a propósito del sufrimiento del pueblo de Venezuela. Por tanto, señores del Partido Popular y de Ciudadanos, no hagan el ridículo ni rayen en lo grotesco. Ayuden al pueblo venezolano en lugar de traer aquí un debate que no tiene otro objetivo que criticar al Gobierno de España.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, se preciso fosse ainda, este debate descredibiliza, ainda mais, a direita mais reacionária e descabelada deste Parlamento. O ódio que os move leva-os agora a transportar a política espanhola aqui, para o Parlamento. No fundo, tudo serve para alimentar esta sanha irracional.

Uma sanha que omite as consequências desumanas das sanções que continuam a defender, para o povo venezuelano e para as comunidades imigrantes na Venezuela, designadamente a comunidade portuguesa. Uma sanha que expõe, que os expõe, aliás, como à União Europeia, ao ridículo internacional pelo não reconhecimento de um Governo sucessivamente sufragado pelo voto popular e pela insistência no apoio a um fantoche de Trump, que perdeu qualquer crédito, mesmo junto da oposição venezuelana.

E, enfim, quem assim age, movido pelo ódio, e só pelo ódio, acaba, inevitavelmente, a tropeçar nos próprios pés, como aqui ficou demonstrado neste debate.

Sira Rego (GUE/NGL). – Señor presidente, yo no sé ustedes, pero, con este debate, yo tengo la sensación de estar ante el berrinche de un niño al que se le ha roto un juguete. Solo así se puede entender que el grupo parlamentario que más representación ha perdido en las elecciones generales en mi país se empeñe en mantener abierto un debate que hasta la propia Comisión Europea entiende que está cerrado.

La verdad es que es lamentable ver que, mientras nuestro gobierno hace un esfuerzo porque les vaya bien a las familias trabajadoras —subiendo el salario mínimo interprofesional, reforzando los servicios públicos, luchando contra la ludopatía—, ustedes se dedican, aquí y en otros lugares, a lo mismo, al chascarrillo, al veto fanático y a hacer piña con sus amigos de la extrema derecha. Yo les pediría que nos hicieran un favor y nos ahorraran a todos y a todas este bochorno, ahora y en el futuro, y sugeriría un poquito más de responsabilidad y un poquito más de trabajo por los intereses de nuestro pueblo.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President, I think it's an absolute joke, actually, that we are here discussing this nonsense. I've been very open in my criticism of the Spanish Government in different situations, so now, when they do something that's correct, I will be equally forthright in welcoming the initiative that they took, and in their stance in supporting dialogue in this situation. How else do you think that this situation is going to be resolved!

We should be discussing here, actually, the situation where we have supported the imaginary president Juan Guaidó, the chosen one of a nakedly US-backed coup, a defeated attempt, a crowd who have been exposed for embezzling the humanitarian aid and squandering it. We should be dealing here with the impact of the sanctions on the people of Venezuela, the hardship that that has caused, the difficulties there. That is not something that any of us should be standing over – we should be working to end that nightmare. I salute the efforts that have been taken, and I condemn the initiatives taken here to derail that project.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Josep Borrell Fontelles, *Vicepresidente de la Comisión / Alto Representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad*. – Señor presidente, en efecto, se trata de sanciones europeas. Pero, de acuerdo con las normas europeas, la implementación de estas sanciones y la vigilancia de las mismas corresponde a los Estados miembros. Eso también es una norma europea. ¿O no lo es? Para cambiarla haría falta cambiar el Tratado.

Ustedes saben —o deberían saber perfectamente— que esta clase de restricciones a los viajes son decisiones del Consejo y, por lo tanto, no caen bajo el control de la ley europea, no son *Union law*. Puede que a un ciudadano normal, un ciudadano que no es un experto en estas cuestiones, le pueda sorprender, pero a ustedes no les debería sorprender. ¿Por qué les sorprende? Es la decisión del Consejo y, como tal, no es *Union law*. Y, en consecuencia, la Comisión no tiene ningún papel en controlar su aplicación y no puede iniciar un procedimiento de infracción.

Ustedes son eurodiputados. Ustedes deben saber eso, ¿no? ¿Les sorprende? Les sorprende. Pues tendrán ustedes que estudiar un poco más, porque no les debería sorprender. Que una decisión del Consejo no es *Union law*, eso lo saben ustedes de sobra, y, por lo tanto, la Comisión Europea no puede intervenir ni puede iniciar un procedimiento de infracción. Y también, de acuerdo con nuestras normas, hemos dicho que son los Estados miembros quienes tienen que vigilar su implementación.

Entonces, se trata de una norma europea que tiene que aplicar un Estado miembro y cuya aplicación tiene que ser controlada a nivel del Estado miembro. ¿Dónde está el fallo lógico en mi argumento? Porque, si yo no tengo fallo lógico, lo tienen ustedes.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Sandra Pereira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Parlamento promoveu mais um debate sobre a Venezuela, país constantemente atacado pela direita mais reacionária que não aceita a luta de um povo que resiste de pé. Desta vez, o ódio que os move impeliu-os a trazer a política espanhola para este parlamento, continuando a alimentar os sentimentos mais antidemocráticos e ingerencistas, insistindo no não reconhecimento de um governo sucessivamente sufragado pelo voto popular e na insistência no apoio a um fantoche de Trump, que perdeu qualquer crédito já mesmo junto da oposição venezuelana. Prosseguem na defesa de sanções cujos principais prejudicados são o povo venezuelano e as comunidades imigrantes na Venezuela, como a comunidade portuguesa. Ao povo venezuelano que resiste e não se vende, apesar das sanções e de todos os ataques externos, expressamos a nossa solidariedade.

10. Plan der USA für den Nahen Osten: Reaktion der EU im Einklang mit dem Völkerrecht (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zum Plan der USA für den Nahen Osten: Reaktion der EU im Einklang mit dem Völkerrecht (2020/2559(RSP)).

Ich möchte Sie auch daran erinnern – während der Kommissar auf Wanderschaft ist –, dass Sie spontane Wortmeldungen und Wortmeldungen nach dem Verfahren der „blauen Karte“ sowohl auf herkömmliche Weise als auch elektronisch beantragen können. Die Anleitung finden Sie am Eingang zum Plenarsaal.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, I am really grateful for having this opportunity to address you today on the Middle East peace process. This issue is of fundamental strategic importance to the European Union. For too long, we have been witnessing a conflict that has caused endless suffering for generations of Israelis and Palestinians alike. The increasingly dire situation on the ground, including violence, terrorism, incitement, settlement expansion – illegal, by the way – and the consequences of the ongoing occupation, has destroyed hope on both sides and reduced the viability of a two-state solution.

At an international level for a number of years there has been little or no substantive engagement in efforts to resolve the conflict. Indeed, as one observer pointed out to me recently, there is neither peace nor a process. In recent years, we on the European Union side are perhaps the only actor who has stayed the course. We have been vocal in our support for a negotiated two-state solution based on the internationally agreed parameters and in accordance with international law. This means a two-state solution based on the parameters set in the Council Conclusions – our Council – of July 2014, that meets Israeli and Palestinian security needs and Palestinian aspirations for statehood and sovereignty, ends the occupation that began in 1967, and resolves all permanent status issues in order to end the conflict.

Our vision, our European vision, is a principled one and a pragmatic one. It reflects our broader attachment as Europeans to the rules-based international order. We are also active on the ground. No other international actor has been as engaged as we have been in practical efforts to build a future Palestinian state. In 2019 alone, the European Union and its Member States had an open portfolio of some 600 million in assistance to the Palestinians. I said during my hearing: it means – 600 million is almost EUR 1.5 million a day.

Where are we today? It remains my firm view that there is still a way forward if both parties are willing to resume credible and meaningful negotiations. International support for any such efforts would clearly be crucial to their success. In this regard, the tabling of concrete proposals, such as the United States one, could be helpful, both as a catalyst for deeper reflection on the way forward and as a potential opportunity to quick-start a political process which has been at a standstill for too long.

However, as I have said, the proposal tabled two weeks ago clearly challenges the internationally-agreed parameters, and it is difficult to see how this initiative can bring both parties back to the table. 25 out of 27 Member States in the Foreign Affairs Council supported this consideration. Two were against, so it was not a unanimous decision of the Council and I could not present it like this, but as a statement of the High Representative, which I am repeating here again.

Last week I was in Washington; they were very busy days, talking with all foreign affairs external policy higher authorities of the US Government. I put this point to my interlocutors. We need to ask ourselves whether this plan provides a basis for progress or not. We need to know whether the proposals themselves are really open for negotiation. Is it the starting point, or the end point? For the European Union's part, our position is clear. We are ready to work with the international community to revive a political process in line with international law, which ensures equal rights and which is acceptable to both parties. Thank you for your attention and I am looking forward to an important discussion, which I'm sure will follow.

Anna-Michelle Asimakopoulou, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would say the following to Mr Borrell.

Mr Borrell, you stated that the United States Middle East peace plan departs from internationally agreed parameters. You also used rather pointed language originally when you said that part of this plan, if implemented, could not pass unchallenged. Naturally this evoked a reaction from our Israeli friends, who warned that this type of – what they called – ‘threatening’ language could lead to the EU's role in the peace process being minimised. Meanwhile, the Palestinian leadership has angrily dismissed President Trump's plan as a conspiracy.

I think it's frankly unreasonable to expect that either side would greet this proposal with any real enthusiasm, but I would like to choose to view the glass as half full and not half empty. So this plan could perhaps serve as a basis for resuming talks in earnest with the understanding that there are, in fact, painful concessions to be made on both sides. This is your moment to shine, Mr Borrell. Europe could perhaps assume a much more prominent role, an active role, as an honest broker of just and lasting peace. It could encourage both sides to consider the plan as a starting point for reopening meaningful goodwill negotiations.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we do not know what President Trump's deal of the century actually is apart from being one-sided, illegal and intentionally provocative, but it is most certainly not a genuine effort at finding a peaceful resolution to the Israeli-Palestinian conflict. Let me be clear, negotiations between Israel and Palestine were broken off in 2014 and must be resumed as soon as possible. But that is not what this plan will lead to. This plan disregards the international rules-based order. It not only normalises illegal settlements but also clears the way for the utterly illegitimate annexation of the Jordan Valley and 30% of the West Bank. We must make clear that such actions will have serious consequences for our relationship with Israel if that happens. Inevitably, it will also lead to more suffering for the Palestinian people, whether that is because their land is annexed, their water resources are taken or because they lack control over their own borders. This is a cynical plan of two far-right leaders seeking a cheap popularity boost ahead of elections. This is a slap in the face of Israelis and Palestinians who genuinely want to find a solution. I therefore call on you, Mr High Representative, to continue supporting all efforts that truly involve both parties. The people of Israel and Palestine need a real peace plan and if we, as Europeans, can play a constructive role in that, we should do so.

Hilde Vautmans, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, geachte hoge vertegenwoordiger, wij zijn de afgelopen weken weer eens meegezogen in een Trumpiaanse *rabbit hole*: een tweestatenoplossing voor Israël en Palestina, met alle voordelen voor Israël en de kruimels voor de Palestijnen. Trumps plan was eigenlijk niet meer dan een eenstaatplan voor Israël, vermomd als tweestatenoplossing. Een gemiste kans, zou je zeggen, ware het niet dat Trumps voorstel de fragiele relatie tussen Israël en Palestina nu helemaal heeft doen afspringen.

Daarom, mijnheer Borrell, is er meer dan ooit een rol voor de Europese Unie weggelegd. Amerika heeft de voorbije jaren veel te eenzijdig de Israëlische kaart getrokken. De geloofwaardigheid van de VS in het Midden-Oosten ligt aan diggelen. Een geloofwaardigheid die u, die Europa nog wel heeft. Gebruik deze geloofwaardigheid dus, door op te treden als onpartijdige partner, als *honest broker*, om als het ware de door Trump gemaakte brokken te lijmen, zodat Israël en Palestina opnieuw aan tafel gaan of zodat er op zijn minst indirecte onderhandelingen kunnen plaatsvinden.

En laten wij duidelijk maken dat onze Europese rode lijnen breed gedragen zijn door de internationale gemeenschap. Ik denk, meneer Borrell, dat een internationale vredesconferentie op hoog niveau waarvan u de leiding neemt, de weg vooruit is. Onze steun heeft u alvast.

Anna Bonfrisco, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, egregio Vicepresidente e anche Alto rappresentante, questa è una discussione particolarmente delicata. Come Unione europea abbiamo l'obbligo di chiarire la nostra posizione, soprattutto perché Belgio, Estonia e Germania, come membri non permanenti, stanno affiancando la Francia nel Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite.

Essendo poi avvenuta la Brexit, siamo chiamati a esercitare un'azione di politica estera che sia allo stesso tempo nuova e prospettica, in una geopolitica da XXI secolo, che passa dalla tutela della sicurezza europea, dal grande tema dell'immigrazione, dall'energia, dal cambiamento climatico, dal 5G fino agli investimenti europei in quei paesi.

Il trattato di Lisbona le attribuisce la promozione della pace e della sicurezza nel mondo. E per questo, con riguardo al Medio Oriente, la invito a considerare principalmente tre elementi: la minaccia esistenziale allo Stato di Israele è viva più che mai, e questo è inaccettabile. Israele è primariamente uno Stato nazione ebraico. Noi europei, nella nostra radice più profonda, siamo ebrei. Non perda, signor Alto rappresentante, la sua più importante occasione di dimostrare da che parte sta l'Europa.

Reinhard Bütikofer, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, a great number of victims of the Israeli-Palestinian conflict have long been languishing for a peace plan. Such a peace plan must, of course, include painful concessions, but concessions from both sides. It must include security for Israel, but it must also include a viable sovereign, contiguous state for the Palestinians living side by side with the Israelis.

This is not what Trump is presenting to us. It's not a fresh start, it's a dead end. The so-called peace plan is neither about peace, because it doesn't overcome it prolongs the conflict, nor is it a plan as a point of departure for negotiations. It's rather a dictate. When they talk about a peace plan they are effectively pushing for annexation – and a two-state solution is different from one state plus one canton. We cannot ...

(The President cut off the speaker)

Charlie Weimers, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, High Representative Mr Borrell, you called on both sides to reengage and refrain from any unilateral actions that would exacerbate tensions. This is a peace plan widely accepted in Israel, but fully rejected on the Palestinian side. Fine, but Palestinians will not even sit down at the table. Many in the Palestinian population prefer violence.

In fact, last month, Palestinian NGOs refused EU funding rules prohibiting our aid to be channelled to terrorist groups. In their refusal, these NGOs, 70% funded by the EU, are calling what they believe to be your bluff. High Representative, show them that the EU means business; encourage long-term re-engagement and easing of tensions; say a thousand times: no, no, no to EU funding Palestinian rejectionist and terrorist policies.

(Applause from certain quarters)

Manu Pineda, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, el tándem Trump-Netanyahu, en un alarde de cinismo sin precedentes, ha presentado lo que ellos han calificado como el «gran acuerdo del siglo». Pero no es legítimo hablar de acuerdo cuando una de las partes afectadas, el pueblo palestino, ni ha sido consultado ni ha firmado ningún tipo de pacto.

Esta parodia no es legal, porque vulnera el Derecho internacional e infinidad de resoluciones de las Naciones Unidas. Así que, si esto ni es acuerdo, ni es legal, ni es legítimo, no se puede llamar el «gran acuerdo del siglo». Podríamos llamarlo la «gran estafa del siglo», que tiene como objetivo acabar con el pueblo palestino y, además, tapar las vergüenzas de dos criminales perseguidos en sus distintos países. Podríamos hablar de eso y sería más acertado.

El señor Borrell hizo recientemente un pronunciamiento que me parece que es excelente, y quiero desde aquí felicitarle y agradecerse. Pero creo que es el momento, señor Borrell, de pasar a los hechos. Es necesario su pronunciamiento, pero es necesario que en un momento como este la Unión Europea rompa el Acuerdo de Asociación con Israel y reconozca al Estado... *(el presidente retira la palabra al orador)*.

Lukas Mandl (PPE). – Mr President, each and every force in this world is more than welcome if this force puts a proposal for a solution on the table, especially when it's a proposal for a solution with the objective of a two states perspective in it – a two states solution in the end.

The EU has not contributed much with a concrete proposal in the past, so we should deal with the proposal from the United States constructively. The EU is contributing a lot in terms of development aid and other terms, but has not proposed anything in the past, so let's deal constructively with the US proposal. If somebody reacts with violence to a solution proposal, this is not a reliable partner, and reaction with violence in the past has been wrong. Dear Commissioner, take that into consideration in order to deal constructively with the US proposal and in order to be connected with the values of the pro-western powers in this world.

(Applause from certain quarters)

Sven Mikser (S&D). – Mr President, it is hard to regard the most recent US peace plan as credible since it does not meet the principal parameters for peace. It is not fair and even-handed, it does not follow the basic principles of international law and its drafters only managed to engage one of the two parties to the conflict.

Whatever domestic political ends in the US or in Israel the plan's launch may have served, its chances of revitalising the peace process are, unfortunately, virtually non-existent. Moreover, if Israel, following Palestinian rejection of the plan, were to restart settlement activity or go on to annex parts of the occupied territories, it may be entirely counterproductive to sustainable peace and eventually prove detrimental to the two- state solution altogether. The EU must stick to its principal position of holding firm to international law. We must continue to uphold the position that only a negotiated two-state solution can, in a sustainable manner, address the legitimate Israeli security concerns and deliver a Palestinian statehood.

But, in addition to having a clear and principled understanding of where we need to be at the end of the process, the EU also needs a credible plan of its own on how to get there from where we are today. This is ever more critical as the US appears to be abandoning its role as an even-handed broker.

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, comme il a tort! Comme M. Trump se trompe avec ce plan de paix qui n'en a que le nom, car enfin la paix, Monsieur le Président, n'est pas seulement celle des rapports de force. La paix, Monsieur le Président, doit être fondée sur assez d'équité pour assurer un avenir d'entente et non pas seulement de coexistence.

Entre Israël et la Palestine, il n'y aura de paix durable et vraie qu'à cette condition: l'équité. Et ce n'est pas elle que vous proposez. Alors, nous ne vous appuierons pas, nous ne vous suivrons pas, mais continuerons à dire à nos voisins et amis israéliens et palestiniens que Jérusalem doit être la capitale partagée de deux peuples égaux en dignité, sécurité et bien-être. Les aveugles diront que ce n'est plus possible, car les faits accomplis primeraient. Mais le réalisme, le vrai, commande de s'en tenir à l'utopie de la justice, celle qui, toujours, finit et doit finir par triompher.

Jaak Madison (ID). – Mr President, first of all I think it's a very important debate because in the last weeks it has been the main topic in the media – a peace plan by the US in the Middle East. First of all, I think it's very important for the European Union to understand international law, because in international law we have to understand that it has to be respected on both sides, by Israel and also by Palestine.

From the Palestinian side, we have to recognise that they haven't really understood the meaning of international law – that you can't support terrorist organisations against Israel. You can't support the way you're using your children, how you're using them like bombing attacks against neighbouring countries. So in this case I think Palestine is really breaking international law, something we have to also recognise.

The second thing is there have been many critics against the US about this peace plan, but I've never heard of any other solution or any other plan for the Middle East, so I really want ...

(The President cut off the speaker)

Margrete Auken (Verts/ALE). – Hr. formand! Tak til hr. Borrell for den klare erklæring om Israels ulovlige besættelse af Palæstina. De har både ret og pligt til at sige sådan, uanset hvad for eksempel Ungarn måtte mene. Hvis EU passivt lader Israels besættelse ekspandere, bryder vi ikke bare FN's, men også vore egne love. Jeg vil imidlertid godt vide, hvad der konkret menes med, at annekteringer ikke vil forblive »unchallenged«. Forhåbentlig at EU omsider reagerer med handling, ikke kun med ord.

I 2016 vedtog FN's sikkerhedsråd resolution 2334. Den omfatter også »differentiation«, altså en adskillelse mellem Israel og bosættelserne. Vi bør derfor gøre »differentiation« til EU's styrende princip og stoppe al samkvem med bosættelserne om handel, økonomi, kultur osv. Og så har vores høje repræsentant myndighed til ikke blot at fordømme Israels ødelæggelse af EU's betalte projekter, til at lindre palæstinenserne's liv, men også til at kræve kompensation. Israel har ødelagt for millioner. De penge skal tilbage til EU's skatteborgere. Men tak for indsatsen indtil nu.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, wij kunnen natuurlijk van alles vinden van het vredesplan en op allerlei onderdelen kritiek gaan leveren. Maar laten wij dat vandaag alstublieft niet doen. Dat brengt het vredesproces echt geen stap verder. De meerwaarde van het plan is nu juist dat er tenminste iets op tafel ligt. Laten we dat dan ook een eerlijke kans geven.

Ik heb eigenlijk maar een oproep aan de Palestijnse Autoriteit: stop met het in bescherming nemen van terroristen, erken de staat Israël en ga rond de tafel zitten, ga praten.

Ik neem nadrukkelijk afstand van de verklaring van de hoge vertegenwoordiger. U komt in uw verklaring van 4 februari niet verder dan Israël en de Verenigde Staten te bekritisieren, waarmee u feitelijk tegen Abbas zegt: "Ik kan heel goed begrijpen dat u niet gaat onderhandelen, ik zou het zelf ook niet doen."

Ik vind dat een verkeerde boodschap op het verkeerde moment. Ten onrechte heeft u deze verklaring geuit als een verklaring namens de Europese Unie. Als ergens geen unanimité over bestaat in de Raad, kunt u niet namens de EU een standpunt uitdragen!

Niyazi Kizilyürek (GUE/NGL). – Mr President, the so-called 'deal of the century' is a plain violation of international law. It was prepared without consulting one of the parties concerned – the Palestinians – and it tends to legitimise illegal Israeli settlements, which is a crime of war.

It rolls back from the agreements of 1967 and denies Palestinians issue to Jerusalem as their capital. I regret to say that Trump's plan is not only an assault on Palestinian rights, but also an attempt to put forward a new regional order that completely undermines international law. It is a deal which can harm the whole region and is not less unacceptable and not less dangerous than the colonialist Sykes-Picot Agreement from 1916.

In an era of chaotic international relations, the EU must stand firm and continue to support the two-state solution with an independent Palestinian state within the 1967 borders. Furthermore, the EU should make a stand against Israeli settlements which violate the relevant UN resolutions and show support for the right of Palestinian refugees to return to their homes.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Jag vägrar att kalla Trumps förslag för en fredsplan, som vissa vill göra, för det enda förslaget är en plan på, det är hur Trump ska säkra sin valvinst i november i USA och hur han ska säkra sin vän Netanyahus valvinst i det israeliska valet. Planen går stick i stäv med internationell rätt, ger grönt ljus för annektering av ännu mer palestinsk mark och omöjliggör möjligheten till en tvåstatslösning där två demokratiska stater – Israel och Palestina – samexisterar sida vid sida i fred och säkerhet.

I en tid där USA inte längre respekterar internationell rätt gäller det att EU nu visar att vi inte bara pratar om våra grundläggande värderingar, utan att vi också kämpar för dem, oavsett var i världen orättvisor dyker upp.

Det palestinska folket och det israeliska folket förtjänar båda sina respektive stater. Tiden är nu inne för att alla EU länder ska erkänna Palestina enligt 1967 års gränser. Det gjorde min svenska regering 2014, vilket jag är stolt över.

Min fråga till den höga representanten är därför: Hur kommer kommissionen konkret att agera för att internationell rätt ska respekteras?

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Als ich zur Grundschule ging, stand über dem Gebiet von Ostdeutschland, also dem der ehemaligen DDR, die Zeile: „Zurzeit unter sowjetischer Verwaltung“, und bei den weiter östlichen Gebieten Pommern und Schlesien stand „Zurzeit unter polnischer Verwaltung“. Das war eine der großen Lebenslügen der Nachkriegszeit: der Glaube, dass die im Krieg verloren gegangenen Gebiete jemals zurückkommen würden. Erst Willy Brandt hat mit dieser Lüge Schluss gemacht.

Eine ähnliche Lüge herrscht seit 53 Jahren in Bezug auf Gaza und Westjordanland. Beide Areale gingen den Arabern verloren, weil sie Kriege gegen Israel verloren. Wenn man einen Krieg beginnt, muss man damit rechnen.

Die Zweistaatenlösung von 1967 ist die große Lebenslüge der UN, und sie ist auch die große Lebenslüge der EU. Präsident Trumps Friedensplan ist keineswegs ideal, aber er bringt immerhin Bewegung in eine völlig festgefahrene Situation. Seit mehr als 50 Jahren sind Gaza und Westjordanland Konfliktzonen. Wollen wir also weiter an einer Lebenslüge festhalten? Der Friedensplan der UN von 1967 mit der Zweistaatenlösung: funktionieren – das tut er nicht.

Mounir Satouri (Verts/ALE). – Monsieur le Président, le plan pour le Moyen-Orient de l'administration Trump est un pas en arrière dangereux et une étape de plus dans la négation du droit international. Ce n'est pas un accord, mais la validation de la politique du fait accompli d'Israël. Une vision unilatérale du conflit que vous avez le mérite, Monsieur Borrell, d'avoir condamnée.

On se contente décidément de bien peu face à la gravité des faits. Puisque les États membres sont incapables d'unanimité pour appeler au respect des résolutions des Nations unies, faisons respecter le droit avec les moyens qui sont les nôtres. D'abord, exigeons d'Israël qu'il compense ou restitue ces destructions de projets financés par l'Union. Pas moins de 97 structures sont concernées, pour une valeur de 500 000 euros en 2019. Approfondissons la politique de différenciation entre les frontières internationales reconnues d'Israël et les colonies. Condamnons clairement l'institutionnalisation des discriminations. Enfin, j'allais dire, et surtout, remettons sur la table, comme le demandent les Palestiniens, une conférence internationale pour la paix au Moyen-Orient.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani gospod predsednik, Trumpov tako imenovani mirovni načrt za Bližnji vzhod je prevara, je umazana igra in je udarec mednarodnemu pravu proti prizadevanjem pri iskanju mirovne rešitve za enega najbolj perečih vprašanj Bližnjega vzhoda. Miru, zato ne bo.

Načrt ameriškega predsednika je še en korak na poti do uveljavitve popolnega apartheid režima, ki ga Izrael že izvaja nad Palestinci in v praksi povsem onemogoča vzpostavitev suverene in sploh mogoče palestinske države. Trump se očitno ne zaveda, da miru na Bližnjem vzhodu, predvsem za Izrael, ne bo mogoče doseči brez rešitve izraelsko-palestinskega konflikta. Zato vas, spoštovani Borell, podpiram pri vztrajanju pri mednarodnem pravu in boju proti nezakoniti priključitvi Zahodnega brega in doline reke Jordan Izraelu.

Evropa bi morala takoj prepovedati uvoz izdelkov, proizvedenih v nezakonitih judovskih naselbinah, ter ustaviti vse evropske investicije. Izraelski dostop do programov Unije pa nujno pogojiti z napredkom v mirovnem procesu.

Laura Huhtasaari (ID). – Mr President, the 1967 Israeli border is not realistic anymore, because the circumstances in the region have changed completely in the past 50 years. The Americans have promised to invest USD 50 billion in the Palestinian state if Trump's Israeli-Palestinian peace plan is implemented. Israel will also commit not to build any new settlements for the next four years. At the same time, this treaty will safeguard the security of the State of Israel.

The EU should support this plan. This could be the last chance to achieve lasting peace after many decades of violence. It is time to put an end to this pro-launch and hard conflict. The EU should not object to this deal because the EU hates Trump.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, el plan de Trump supone una voladura del consenso internacional sobre el conflicto israelopalestino. Está basado en la unilateralidad, en la anexión, en la desigualdad de derechos, en el desprecio del Derecho internacional y provocará una ocupación perpetua y un conflicto permanente. Como decía mi colega anteriormente, no es un plan de paz, es un dictado.

Ante ello, quiero agradecer el comunicado valiente del alto representante sobre la materia y también decir que es el momento de defender los consensos básicos internacionales en materia de este conflicto: que queremos un proceso político negociado, una solución de dos Estados, el respeto del Derecho internacional y la igualdad de derechos. Y para ello creo que los Estados miembros, para mantener y seguir manteniendo viva la esperanza de una solución con dos Estados, deben empezar a considerar seriamente el reconocimiento de Palestina como Estado para hacer que ello sea posible.

Y, finalmente, quisiera pedir al alto representante —y eso es muy importante en estos momentos— que la política de diferenciación entre las fronteras del 67 y las anexiones ilegales de territorio por parte de Israel sea mantenida por parte de la Unión Europea.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi unisco a molti colleghi nel condannare e rigettare fermamente il piano proposto da Trump per la soluzione della questione israelo-palestinese, un puro atto di propaganda elettorale a favore di Netanyahu, il quale da mesi cerca di recuperare una solida maggioranza e sviare l'attenzione dai suoi processi per corruzione, e un atto di propaganda per Trump stesso, che cerca di mostrarsi un leader mondiale di grande influenza.

Il piano è inaccettabile. Nessuna consultazione dei palestinesi, l'annessione della Cisgiordania, Gerusalemme capitale esclusiva di Israele: questi sono solo alcuni punti dell'accordo che viola il diritto internazionale praticamente in ogni modo possibile.

Penso che abbia fatto bene, quindi, signor Alto rappresentante a rigettarlo con fermezza e ribadire la posizione europea per una soluzione a due Stati sulla base dei confini del '67. Ha fatto bene ad avvertire che qualsiasi atto di annessione avrà gravi conseguenze. È ora di cominciare a dirlo, non può l'Europa essere condiscendente. Noi non staremo mai in silenzio davanti alla negazione della storia e del diritto internazionale.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, nijedan mirovni plan ne može uspjeti ako nema podršku svih sukobljenih strana, a način na koji je objavljen ovaj plan najviše govori o političkim slabostima dvojice lidera koji su ga predstavili.

Plan je izraz unilateralne politike trenutne američke administracije i kroničnog odbacivanja multilateralizma. Sjetimo se Pariškog sporazuma, odnosa prema Kurdima, uloge u Siriji, sporazuma s Iranom. Određeni elementi koji su predstavljeni kao veliki ustupci zapravo su već dogovoreni tijekom ranijih pregovora i pokušaja pronalaska rješenja. Posebno zabrinjavaju dijelovi plana koji se odnose na Jordansku dolinu i dijelove Zapadne obale.

Ovaj prijedlog samo demonstrira dubinu razlika između suprotstavljenih dionika. Svi uključeni trebaju se suzdržati od jednostranih poteza i iskreno se uključiti u istinske pregovore o pronalasku trajnog rješenja, a ono je dvije neovisne, demokratski konsolidirane suverene države, koje će omogućiti miran i siguran suživot ljudi s obje strane granice. Takvo rješenje mora, naravno, biti utemeljeno na međunarodnom pravu.

Spontane Wortmeldungen

Milan Zver (PPE). – Gospod predsjednik, pozdravljam Trumpov bližnjevzhodni mirovni predlog, predvsem zaradi tega, ker je uravnotežen, nekaj dobijo Izraelci, zagotovilo za mir in varnost, nekaj pa tudi Palestinci, in to svojo državo.

Demokratske države so več ali manj ta predlog podprle, vse tiste druge, ki to niso, pa so ga zavrnille skupaj s Palestinci, ki jim očitno ta status quo ustreza in nočejo miru. Tudi Iran je to zavrnil, ta predlog. Vprašal bi gospoda Borella, ki je nedavno bil v Iranu, ali ste se z oblastmi v Iranu pogovarjali o tem predlogu? In drugič, ali ste režim opozorili na drastične kršitve človekovih pravic v tej državi? In pa tretjič, zakaj ste sploh bili tam glede na to, da samo pomagatega legitimirati režim, ki drastično krši človekove pravice?

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señor presidente, señor alto representante, Josep Borrell. Yo respaldo el comunicado que ha emitido. Me parece importante también en términos procedimentales para superar los bloqueos que se dan a menudo en el Consejo por solamente uno o dos países. Y sobre la materia, que es la propuesta de paz del presidente Trump, no voy a repetir lo que ha dicho usted y lo que ha dicho la mayoría de los oradores sobre los problemas que presenta y que, por tanto, es impracticable.

Pero, también, algunas señorías han aludido a la necesidad de que haya una alternativa europea. Si bien no una propuesta detallada como la que ha presentado el señor Trump, quizás algún tipo de iniciativa procedimental en el sentido de una nueva conferencia de paz sobre Oriente Medio —como la que en su día tuvo lugar en Madrid en el año 1991— y, si no es posible en este momento, empezar a trabajar para que se den las condiciones para que se pueda realizar.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Domnule președinte, domnule înalt Reprezentant Borrell, în ultimele decenii de negocieri pentru pace în regiune, întreaga comunitate internațională a afirmat importanța promovării unui plan bazat pe principiile dreptului internațional. Orice plan de pace este binevenit, atât timp cât este în conformitate cu aceste principii, este incluziv și propune existența a două state, două state pentru două popoare, care să coexiste în pace și în securitate. În lipsa unui astfel de plan, *status quo*-ul actual se va menține, din păcate. Nu putem grăbi oportunist ceea ce pentru decenii a trenat în durere. De aceea, vreau să menționez ideea kolegi Vautmans, potrivit căreia o conferință de pace multilaterală, care să asigure un format incluziv, unde să fim și noi la masă, este direcția în care trebuie să mergem.

Beata Kempa (ECR). – Panie Przewodniczący! Przysłuchiwałam się dzisiaj tej debacie: z jednej strony zwolennicy planu pana prezydenta Trumpa, a z drugiej strony przeciwnicy tego planu. Bardzo mało konkretów, a tam rozgrywają się dramaty. Każdy, kto był chociażby w Jerozolimie, rozmawiał, wie, że tych dramatów jest bardzo wiele i że tak naprawdę dorasta nowe pokolenie, które znowu możemy nazwać pokoleniem straconym, bo jest przygotowywane do tego, jak ze sobą walczyć, a nie jak ze sobą współistnieć po obu stronach.

Panie Przedstawicielu, Pan powiedział, że odbył Pan bardzo wiele rozmów z partnerami w Stanach Zjednoczonych. Proszę powiedzieć, z kim Pan odbył te rozmowy i jakie są konkluzje tych rozmów. Plan konstruktywny jest bardzo potrzebny. Każdy, kto o takim planie myśli i przedstawia konstrukcje, propozycje, może nas przybliżyć wreszcie do tego, żeby w tym regionie nastąpił pokój. Dlatego myślę Panie Przedstawicielu, że... (*Przewodniczący odebrał mówczyni głos*)

Silvia Modig (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, YK on todennut moneen kertaan, että miehitykselle alueille siirtokuntien rakentaminen on kansainvälisen oikeuden mukaan laitonta. Siten USA:n esittämä malli on kansainvälisen oikeuden näkökulmasta täysin kestävä. Se on myös täysin vastoin kahden valtion periaatetta – sitä mallia, joka takaisi myös palestiinalaisille oman valtion. Mikä ikinä onkaan se malli, jolla tälle alueelle saadaan rauha, sen on taattava palestiinalaisille oma valtio, täysi vapaus ja täysi oikeus saada päättää itse omista asioistaan.

Tämä Trumpin ”rauhanratkaisumalli” on aivan muuta. Se antaa Israelille hedelmälliset viljelymaat ja palestiinalaisille aavikkoja. Se pirstaloi palestiinalaisalueet siten, että palestiinalaiset ovat jatkuvasti alistettuja Israelin kontrollille. Trumpin ehdotus on luultavasti huonoin koskaan tehty esitys saada rauha tälle alueelle. Toivon, että korkea edustaja aloittaisi proaktiivisen toiminnan saadakseen israelilaiset ja palestiinalaiset saman pöydän ääreen käymään neuvotteluja, jotta alueelle saadaan aito kahteen valtioon perustuva rauhan malli.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, καταδικάζουμε το απαράδεκτο σχέδιο των Ηνωμένων Πολιτειών για το Παλαιστινιακό, που διαιωνίζει και θωρακίζει την ισραηλινή κατοχή. Η προωθούμενη συμφωνία εντάσσεται στους ιμπεριαλιστικούς σχεδιασμούς των ΗΠΑ στην ευρύτερη περιοχή. Προβλέπει παραχώρηση της Ιερουσαλήμ στο Ισραήλ, προσάρτηση της κοιλάδας του Ιορδάνη και διατήρηση των εποίκισμών. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις της —και οι ελληνικές κυβερνήσεις της Νέας Δημοκρατίας και του ΣΥΡΙΖΑ— έχουν πάρα πολύ βαριές ευθύνες. Κρατούν ίσες αποστάσεις μεταξύ θύτη και θύματος: επέκτειναν και αναβαθμίζουν συνεχώς την πολιτική, οικονομική και στρατιωτική συνεργασία με το ισραηλινό κράτος.

Η τοποθέτηση του κυρίου Borrell, που βρίσκει την πρόταση Trump συγκεκριμένη και βοηθητική, επί της ουσίας έρχεται σε αντίθεση με τα συμφέροντα του παλαιστινιακού λαού. Παράλληλα, εάν η θέση που εξέφρασε η κυρία Ασημακοπούλου είναι και θέση της ελληνικής κυβέρνησης, τότε είναι και απαράδεκτη και επικίνδυνη. Τέτοιες τοποθετήσεις αποκαλύπτουν τους λόγους για τους οποίους δεν τίθενται σε εφαρμογή οι αποφάσεις κοινοβουλίων που έχουν αναγνωρίσει το ανεξάρτητο παλαιστινιακό κράτος.

Υποστηρίζουμε τον δίκαιο αγώνα του παλαιστινιακού λαού για τερματισμό της ισραηλινής κατοχής και για ανεξάρτητο παλαιστινιακό κράτος στα σύνορα του '67 με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I would like to thank all of you. We know this is a very divisive issue. It is in the Council and it is in the Parliament. But I would like to remind you that I'm not expressing my personal opinion. My job is to be the High Representative of the Council and I have to represent what I think is the opinion of the Council.

Mr Zver, I haven't said that this statement was the position of the European Union. I precisely said – and you should have listened to me – that since it was not unanimous – and it is in the records – I could not present an agreement of the Council. It was a statement of the High Representative, representing whom? Representing the 25 Member States who agreed with the statement. I said very clearly – you didn't notice – so I will repeat it. It was not a statement of the European Union. It was a statement of the High Representative and was not unanimous.

Mr Zver, why did I go to Iran? Because I have a mandate – a unanimous mandate – from the Member States of the Council asking me to go and talk with everyone in the broader region of the far Middle East to try to see if there is any possibility for us, the European Union, to contribute to increasing stability and peace in the region. I have a mandate to go and talk to everybody. Everybody means everybody, and I have been talking with the Foreign Affairs Minister of Saudi Arabia, I went to Jordan, I have been talking with the Emirates, I went to Tehran and I will go to Iraq in order to have a look at what we Europeans can do in order to contribute, if we can, to the peace and stability of this region.

I am sorry, Mr Zver. I was confused. It was not you who spoke about what was or was not in the statement of the European Union. I think it was our colleague, Mr Ruissen. Sorry, I made a mistake. So my answer was directed to Mr Ruissen. My answer to you was relating to what I did in Iran. For sure we talked with the Iranians about everything that worries them and that worries us, but the main purpose was to ask what we can do in order to save the nuclear deal and what we can do in order to stabilise the region. We didn't spend much time talking about the Israeli-Palestinian issue because the Iranians are very much aware that they have nothing to say on that problem.

Another Member – I think it was Ms Kempa – asked with whom I have been talking in the USA. Well, with the most prominent people, with Secretary of State Pompeo, with the National Security Advisor, Mr O'Brien, with Mr Kushner, the author of the plan, and with Ms Nancy Pelosi. And for sure the first three were very much in favour of their plan, while Ms Nancy Pelosi, who as you know is a Democrat, was very critical of it.

As I say, I am not expressing my opinion. In fact my opinion is of no interest here. I am expressing the majority of the Council, and the majority of the Council has supported the statement in which we sent a message saying that, first, everybody has to refrain from any unilateral actions contrary to international law which could exacerbate tensions further. We are asking that no one annexes the Jordan Valley. Yet this may happen. If it happens, you can be sure that it is not going to be peaceful. Maybe for some it doesn't matter, but for us it matters a lot because we cannot provoke a wave of violence – another wave of violence – in Palestine.

We are asking Palestinians to keep calm and not go to violent demonstrations. We asked for the proposal to be considered as a starting point and I said clearly that maybe it could break the stalemate and create the dynamics in which we can go and talk again about what we can do in order to look for a solution to this very old, damaging and painful problem.

I am not denying the possibility of this being a starting point. What I am denying is not this possibility, but the fact that it is being considered as an end point because, if I tell you 'come and negotiate, but I'll tell you one thing. If we don't agree, I will implement my proposal anyway.' – this is not a big incentive to negotiate. 'Come and negotiate but be aware that, if you don't agree with me, I will implement the proposal anyway.' Do you call that a negotiation? That's what we refuse. And that is what we have been saying.

And believe me, we invited Secretary of State Pompeo to come to the Foreign Affairs Council to explain directly to all Member States their proposal. I know that there are some who are closer to this position and others who are very far away from it. I know that there is not going to be a unanimous position on this. It's too divisive. But we have to discuss and we have to look, if not for unanimity, for the majority – whatever it is – and, believe me, I don't think the majority of the Member States of the European Union are considering this proposal as a good starting point. But we'll do our best and talk with everyone in order to try to break this stalemate and push for negotiations.

Some very optimistic people asked me why we don't try to do something like we did many years ago in Madrid – the Oslo process and the Madrid process. I think we have the commitment to do something. We cannot just refuse. We cannot say that's not good enough. We have to look for something that works and this is going to be part of the discussions that we are going to have next Monday in the Foreign Affairs Council.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – O plano Trump é uma agressão ao povo palestino e ao direito internacional. Este plano enquadra-se na escalada belicista do imperialismo norte-americano e do regime sionista de Israel, que serve uma estratégia de desestabilização, provocação e domínio, que poderá ter graves consequências para os povos do Médio Oriente e do Mundo. Com este plano são violadas décadas de resoluções da ONU que reconhecem e consagram os direitos nacionais do povo palestino. Procura-se legitimar décadas de ocupação e terror contra o povo palestino. Ao prever, entre outras inaceitáveis medidas, a ocupação e anexação efetiva por parte de Israel de Jerusalém e de cerca de metade da Margem Ocidental do rio Jordão, assim como a legalização e continuidade territorial dos colonatos israelitas construídos em território palestino, o plano da Administração Trump tem como principal objetivo impor um novo e mais grave patamar na ocupação e anexação por Israel de territórios palestinos, e o abandono da solução de dois estados, com as fronteiras de 1967 e a capital da Palestina em Jerusalém Leste. O plano Trump configura um gravíssimo abandono de qualquer perspetiva para uma solução justa, negociada e duradoura da questão palestina. Merece um pronto e inequívoco repúdio. Aqui sublinhamos a importância da unidade e da solidariedade em torno da causa palestina.

11. Aktuelle Sicherheitslage in Syrien (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur aktuellen Sicherheitslage in Syrien (2020/2560(RSP)).

Auch hier möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie spontane Wortmeldungen und Wortmeldungen nach dem Verfahren der „blauen Karte“ sowohl auf herkömmliche Weise als auch elektronisch beantragen können. Die Anleitung finden Sie am Eingang zum Plenarsaal.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the war in Syria is now in its ninth year. It is the most severe humanitarian catastrophe and security crisis; it is unfolding right now in the north-west of the country, and in other parts of Syria we continue to see instability and dramatic human suffering.

Last Thursday, we heard the United Nations Special Envoy Geir Pedersen and the Head of the United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) Mark Lowcock briefing the United Nations Security Council on the situation in Idlib. They described how regime forces led by Russia and Iran are launching heavy military offensives with no regard for the civilian population or civilian infrastructure. ‘We appear to have lost sight of the principle of proportionality’, the United Nations Special Envoy said.

The intensification of military operations in Idlib has resulted in the indiscriminate killing of hundreds of civilians. Attacks continue on civilian targets in densely populated areas, on medical facilities and settlements for internationally displaced people. These are blatant and serious violations of international humanitarian law. There has to be accountability for those responsible.

Since military operations began in Idlib in February 2019, one year ago, more than one million people have been displaced towards Turkey – we are talking about one million displaced people in one year – and every day more Syrians are fleeing the fighting and another wave of refugees is quite possibly in the making.

We also see clashes between the Syrian regime and Turkish forces, plus the risk of Turkish and Russian militaries confronting each other. These tensions could in turn trigger a wider regional conflict. The ceasefire agreed between Ankara and Moscow must be implemented. This is the situation.

Now, let me say this. After almost a decade of violence, the suffering of the Syrian people at the hands of the regime and its backers must cease. Too many people have died and those that are alive face a bleak future. The EU has major stakes in Syria, and in the surrounding region. We cannot afford more regional instability and another migrant crisis. We must avoid a resurgence of Daesh and other terrorist organisations on Europe’s doorstep.

The EU has a duty to preserve the rules-based international order, including the legitimacy of the United Nations Security Council. Yes, I know, we say that again and again, and we have to continue saying that. Recent military gains by the Syrian regime are not translating into stability. On the contrary, the Syrian regime will not bring peace and stability to Syria if it continues to pursue on military logic and the repression of its people. The economic situation is deteriorating rapidly, exacerbated by the banking crashes in Lebanon. The regime must change its behaviour.

We have stated from the very beginning that only a comprehensive and inclusive political solution, in line with United Nations Security Council Resolution 2254, will allow sustainable peace and stability in Syria and the region. The EU will continue to support the efforts of United Nations Special Envoy Pedersen in relaunching the Constitutional Committee in Geneva. We also need to focus on other parts of this resolution, such as a nationwide ceasefire, the release of detainees, and making progress on the file of missing persons.

Let’s recall that the European Union is, and remains, the largest humanitarian donor to Syria and its people, both inside, and to Syrian refugees and host communities in neighbourhood countries. We are supporting the resilience of ordinary civilians and civil society to maintain the social fabric of Syrian society. We are convinced that our support is a fundamental investment – it is not an expenditure, it is an investment – in the future of Syria and the region, which is part of our future, and as a partner of the global coalition to defeat Daesh the EU is conducting stabilisation projects in the north-east of Syria. We are always prepared to do more on all these lines of action, within the limits of our common red lines. These are: no normalisation with the regime, no risking of our funding being diverted to the regime or to the terrorists, and no reconstruction before a political process is firmly under way.

We will continue to apply European Union sanctions targeting individuals and entities associated with the regime and responsible for its repressive and inhuman policies – and not the Syrian people. As I said before, the conflict in Syria is a geopolitical struggle. The European Union has a responsibility to lead for the sake of the Syrian people and to protect our own interests. While difficult, we must redouble our efforts to identify common interests with our other international stakeholders – Russia, the US, Turkey and others – and maybe I will have occasion to update on our discussions with Washington about this issue.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Michaela Šojdřová, za skupinu PPE. – Paní předsedající, vážený pane vysoký představiteli, děkuji za Vaši zprávu. Válka v Sýrii, jak jste již uvedl, trvá 9. rok. Provincie Idlib je posledním bojištěm syrského konfliktu, kterým se zřejmě Asad vypořádá s opozicí a upevní svoji moc.

Civilisté utíkají před vládními Asadovými jednotkami k turecké hranici, ta je nepropustná a podle humanitárních organizací se tam tísní kolem milionu lidí, někteří se stěhují opakovaně. Souhlasím s tím, že EU musí těmto lidem poskytovat humanitární pomoc a apelují také na pokračování v projektech v provinciích zasazených konfliktem.

Víme, že zhruba 70 % prchajících civilistů jsou ženy a děti. Právě proto chci vyzvat, aby EU pokračovala v podpoře vzdělávání dětí i ve velmi těžkých podmínkách uprchlických táborů. Víme, že je to důležité, aby tyto děti neztratily perspektivu, ale není to řešení, o které nám musí jít dlouhodobě.

V této chvíli je osud Idlibu závislý na jednáních mezi Damaškem, Moskvou, Ankarou a Spojenými státy a já se chci zeptat: Jakou roli zde hraje a bude hrát EU? Vy jste zde velmi správně zmínil roli Spojených národů. Myslím si, že dlouhodobé řešení musí být v režii OSN. Sankce a humanitární pomoc, kterou prosazuje EU, jsou na místě, ale já Vás vyzývám k tomu, aby zde byla daleko silnější role EU pro dlouhodobé uspořádání v Sýrii.

Kati Piri, on behalf of the S&D Group. – Madam President, the title of today's debate on the security situation in Syria carries with it the painful irony of reality because, colleagues, the reality is that there is no security in Syria. There is no security for the millions of civilians first bussed into the province and now besieged, bombed and starved in Idlib. There is only despair, destruction and death for the injured in the sixty-eight attacked hospitals, for the 373 killed, for the 700 000 refugees stuck in the freezing mud with no place to go, no clothes and no food.

Once again the Syrian regime, and its Russian and Iranian backers, are using their inhumane tactics. By explicitly targeting civilians and hospitals, they act in direct violation of humanity. Colleagues, I hope one day soon we will see Bashar Assad in my city – the Hague – so some justice can at least be done to the suffering of millions of Syrians.

Hilde Vautmans, namens de Renew-Fractie. – Voorzitter, al sedert 2018 weten wij dat Idlib onder enorme druk staat, een cruciaal bolwerk van verzet tegen het Assad-regime. Amerika heeft de Syrische bevolking in oktober vorig jaar in de steek gelaten. En Europa heeft nagelaten ooit iets voor die democratische verzetsgroepen te doen, dat moeten wij eerlijk durven zeggen. Wij zijn nu in een uitzichtloos conflict beland. Iedereen zegt het hier al: een proxyoorlog tussen Rusland en Turkije, met miljoenen mensen op de vlucht.

De vraag wat Europa kan en moet doen, is natuurlijk eenvoudiger gesteld dan beantwoord. Dat beseft ik heel erg goed. Maar Europa, daar moeten wij eerlijk in zijn, heeft de boel wel mee laten verrotten. Want wij hebben Poetin en Trump vrij spel gegeven en daardoor zitten wij nu in deze zeer onveilige situatie. Wat ons parten heeft gespeeld, dat moeten wij ook duidelijk durven zeggen, is de verdeeldheid in de Raad. Met onder meer, maar niet alleen, de Italiaanse regering die toenadering zocht tot Assad. Ik verwijt het de Italianen niet, maar ik verwijt Europa wel in dat verband geen eenheid te bereiken.

Europa kan enkel bijdragen aan een duurzame oplossing als wij één strategie hebben, één strategie die wij samen uitdragen. De tijd dringt, want zowel Turkije als Israël hebben redenen om de greep op Assad te lossen. Europa moet dus heel snel met een nieuw plan komen en zijn engagement verhogen, met als eerste doel voor mij – misschien het eerste en enige doel – een staakt-het-vuren. Daar hebben de mensen, de kinderen recht op.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID.* – Madame la Présidente, neuf ans d'erreurs et l'Europe persévère. L'Union européenne et bien des États membres ont tenu des positions radicales sur le conflit syrien. D'un côté, au départ, il y avait le bien: les rebelles; de l'autre, le mal: le gouvernement syrien. Et puis il y a eu la réalité: en quelques semaines, les favoris des Occidentaux et des Américains ont été mis sur la touche par les factions islamiques, parce qu'elles ne représentaient que peu de chose dans le conflit en cours.

Dans les camps de la rébellion, on fomentait des attentats contre la France, contre les minorités, notamment chrétiennes. On changeait d'allégeance pour plaire tantôt à M. Erdoğan, tantôt aux wahhabites saoudiens, tantôt aux Frères musulmans de Doha.

L'Union européenne a voulu mettre les casques blancs en avant; on découvre que leur centre de commandement côtoyait ceux des djihadistes à Alep. La France a voulu ignorer l'idéologie des groupes concernés, elle se retrouve la semaine dernière avec le porte-parole de Jaich al-Islam, qui a terrorisé la région de la Ghouta, arrêté à Marseille grâce à un visa Erasmus.

Puis ce fut le temps de la condamnation de Poutine. Ces bombes étaient pourtant aussi meurtrières que celles de notre coalition à Mossoul ou à Raqqa. Pourtant, il faudrait maintenant préserver les djihadistes à Idlib. Mais mes chers collègues, je vous rappelle la phrase du rapport du Conseil de sécurité, en juillet dernier: Idlib est désormais le plus grand dépotoir de combattants terroristes étrangers au monde.

Oui, il faut préserver les civils. Mais aujourd'hui, que fait-on de ces terroristes? On ne veut pas les reprendre en Europe. Excusez-moi, soit on les reprend en Europe, si ce sont de gentils rebelles, et personne n'en veut, soit on laisse le gouvernement syrien faire ce que ferait tout gouvernement sur son territoire, à savoir: reprendre le contrôle de son territoire et ramener la paix en exterminant les rebelles.

Hannah Neumann, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Nach Idlib sind all jene Menschen geflohen, die es bisher nicht aus Syrien heraus geschafft haben. Drei Millionen sind dort eingeschlossen – eingeschlossen in einem Stellvertreterkrieg auf dem Rücken der Schwächsten. Zivilisten werden gezielt angegriffen, Krankenhäuser und Schulen bombardiert, Streumunition eingesetzt – was in Idlib gerade herrscht, das ist das Recht des Grausamsten.

Ja, die EU leistet humanitäre Hilfe. Das ist wichtig, und es muss weitergehen. Aber sie kann mehr tun: voller diplomatischer Einsatz für einen Waffenstillstand, Dokumentation der Kriegsverbrechen, Ausweitung der Sanktionen auch auf Verantwortliche in Russland und der Türkei, und ja, Aufnahmekontingente für die Schwächsten, sollten sie es je aus Idlib heraus schaffen.

Herr Borrell, diese umfassende politische Lösung für Syrien, die hat gerade niemand. Aber gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir die kleinen Schritte, die wir gehen können, auch konsequent gehen, um der Grausamkeit in Syrien etwas entgegenzusetzen. Ich hoffe, dass wir da am Montag auf dem Außenministerrat auch einen großen Schritt weiterkommen.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR.* – Уважаема г-жо Председател, уважаеми колеги, уважаеми г-н Върховен представител, чувам от много от Вас въпроси какво трябва да направи Европа и защо нищо не прави.

Уважаеми, Вие прекрасно знаете, че нищо не може да се направи от Ваша страна, и че никой от Вашите правителства няма да направи нищо. Дотогава, докато продавате оръжие на Саудитска Арабия. Дотогава, докато си затваряте очите за един диктатор, какъвто е Ердоган. Дотогава, докато се правите, че има умерени ислямисти, нищо няма да направите, освен този дебат тук, който е чисто и просто измиване на гузна съвест и губене на време.

Защото, уважаеми, Вие прекрасно знаете, че „умерените“ ислямисти режат главите на християните в Сирия. Вие прекрасно знаете, че тези групи, които финансират Вашите правителства, всъщност са военнопредстъпници. Дотогава, докато ги подкрепяте, няма да можете да направите нищо, съжалявам. Губите Вашето време, губите времето и на европейските данъкоплатци.

Γιώργος Γεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Borrell, δεν μας χρειάζονται Πόντιοι Πιλάτοι. Η τραγωδία στη Συρία είναι πλέον απεριγράπτη και κάθε νέα της πτυχή είναι και πιο ντροπιαστική. Το τελευταίο επεισόδιο διαδραματίζεται στο Ιντλίμπ, εκεί όπου εκατοντάδες Σύριοι φοιτητές έχουν απαχθεί από τρομοκρατικές δυνάμεις που υποστηρίζονται από την Τουρκία. Άλλοι ναρκώνονται και άλλοι φανατίζονται και ρίχνονται στην πολεμική κρεατομηχανή. Ένα εκατομμύριο άνθρωποι έχουν προστεθεί στις προσφυγικές ροές.

Η ζώνη ασφαλείας που θα δημιουργούσε ο Ταуγίρ Ердоған, ο ανηλεής Ердоған, έχει ανοίξει τις πύλες της κολάσεως. Ακούτε τι συμβαίνει; Δεν μιλάμε για ψυχρούς αριθμούς, μιλάμε για ανθρώπους, μιλάμε για μικρά παιδιά τα οποία έχουν όνειρα και ψυχή. Ή μήπως αυτά δεν λογαριάζονται; Στη Συρία κρίνεται το μπόι της Ευρώπης· στην Ανατολική Μεσόγειο κρίνεται το κύρος της ανθρωπότητας. Τα λαμβάνουμε όλα αυτά υπόψη ή τα αφήνουμε σε διαβολικά μυαλά ή στις διαβολικές, δαιμονικές, δήθεν «συμφωνίες του αιώνα»;

Isabel Santos (S&D). – Senhora Presidente, mais de trezentos e setenta mortos e quase seiscentos mil deslocados nos últimos dois meses. Estes são os números esmagadores da realidade no noroeste da Síria, palco de uma catástrofe humanitária devastadora num país destruído por nove anos de conflito que tem exposto os sobreviventes a um sofrimento atroz.

Ataques indiscriminados atingem a população civil e infraestruturas fundamentais, apesar dos constantes apelos ao fim das hostilidades. As populações deslocadas, neste momento, vivem com falta de abrigo e de bens elementares. É imperativo continuar o fornecimento de assistência humanitária à população, enquanto se empregam os esforços necessários para um acordo sustentável, em conformidade com a Resolução 2254 do Conselho de Segurança da ONU.

O Senhor Alto Representante Borrell e o Comissário Lenarčič lançaram um apelo a que sejam criados corredores humanitários e condições de segurança necessárias para que as equipas possam assistir as populações.

Gostaria de saber que resposta obtiveram a este apelo.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Frau Präsidentin! Seit Februar 2019, Sie haben es erwähnt, Herr Borrell, ist der Konflikt neu aufgeflammt. Es gibt über eine Million Vertriebene, und seit Dezember 2019, das müssen Sie sich einmal vergegenwärtigen, wird die Provinz Idlib und ihre Umgebung fast täglich durch das Regime von Baschar al-Assad bombardiert und dabei von der russischen Luftwaffe unterstützt.

Seit Freitagabend hat die Türkei mehr als 600 Militärfahrzeuge über die gemeinsame Ländergrenze gebracht. Es wird befürchtet, dass die Lage weiter eskaliert und es zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Syrien und der Türkei kommt. Allein seit Dezember sind über 500 000 Menschen in Syrien geflüchtet, davon sind 80 % Frauen und Kinder. Diese Vertreibung ist eine der größten seit dem Beginn des Konflikts im Jahre 2011.

Seitdem dauert der Konflikt nun an – fast neun Jahre. In dieser Zeit sind über 400 000 Menschen getötet worden – darunter 22 000 Kinder –, und wir Europäer schauen immer noch zu.

Wir müssen uns jetzt für einen Waffenstillstand einsetzen, die Geflüchteten schützen, eine politische Lösung des Konflikts fordern, das sagen auch Sie, Herr Borrell. Aber was soll das konkret sein? Ist eine Blauhelmission der richtige Weg? Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir eine Verantwortung gegenüber den Kurden und Jesiden in der Region und eine moralische Pflicht haben.

Ivan David (ID). – Paní předsedající, klíčovým problémem situace v Sýrii je mocenské postavení a vyjednávací pozice Turecka.

EU je slabá a podléhá korupci, protože v ní vládou nadnárodní koncerny a ty mají v Turecku své významné investice. EU je vydíratelná a je vydírána. EU si nedovolí zavést proti Turecku opravdu účinné obchodní sankce, zato pomohla Turecku sankcemi proti Sýrii. EU si nedovolí ani zrušit s Tureckem přístupové pohovory. EU sice zrušila předvstupní pomoc ve výši 150 milionů EUR, ale současně navýšila platby za nevypouštění imigrantů o 500 milionů EUR. Proto si Turecko dělá v Sýrii, co chce, a bude v tom pokračovat, dokud nenarazí na odpor.

Turecko vojensky obsazuje severní Sýrii, vyhnalo téměř milion Kurdů a křesťanů a dalších a usídluje tam veterány Islámského státu. EU ani není schopna se zastat svých členských zemí a zabránit Turecku v kradení plynu, v dávne okupaci severního Kypru. EU nese za situaci v Sýrii odpovědnost, ale nabízí morální postoje.

Assita Kanko (ECR). – Madam President, the situation in Syria is dire. The conflict has killed almost 400 000 people since 2011. This is an entrenched conflict rife with opposing interests and objectives. A solution must be found. The suffering of the Syrian people and the risk to long-term global stability have been too great for too long. The EU and its Member States have provided more than 17 billion in aid and the Council has targeted sanctions in place. But these are sticking plasters on a gaping wound.

EU Member States, the US and other international players must do everything they can to push for de-escalation and the freezing of this conflict so that a cease-fire can be honoured and a fragile peace can be maintained. Europe's influence in achieving this aim will be severely diminished if it cannot speak with one voice at both an EU or NATO level. There are no elegant solutions available, simply the urgent need for pragmatism and diplomatic determination. Let's do this.

Nikolaj Villumsen (GUE/NGL). – Fru formand! Revolutionen i Syrien startede som et folkeligt oprør mod et brutalt diktatur. Oprøret blev mødt med ekstrem undertrykkelse fra Assad-regimet, og oprøret blev svigtet af Europa. Nu er Syrien blevet en slagmark for regionale og globale stormagter. Den tyrkiske præsident Erdogan bruger ekstreme islamistiske militser til etnisk udrensning og erobring i det nordvestlige Syrien. Putin og det iranske præstestyre bruger Assad-regimet til krigsforbrydelser og masse mord.

Hr. Borrell, EU skal sige fra over for Erdogan, Putin og Assad. Hr. Borrell, EU skal støtte kurderne og de pro-demokratiske kræfter i deres kamp mod Daesh og Assad-regimet. Lad os anerkende selvstyret i det nordøstlige Syrien diplomatisk. Lad os indføre økonomiske sanktioner mod Erdogan, indtil han stopper invasionen, og lad os kræve indsættelse af fredsbevarende FN-styrker, så civilbefolkningen i det nordvestlige Syrien kan blive beskyttet mod etnisk udrensning og overgreb. Hr. Borrell, det er tid til handling!

(Taleren accepterer at besvare et blåt kort-spørgsmål (forretningsordenens artikel 171, stk. 8))

Mick Wallace (GUE/NGL), blue-card question. – Madam President, I'd just like to ask the last speaker, does he not accept the role that the EU, the US, Saudi Arabia, UAE have played in destabilising the region? Do you not accept the fact that this is a war made by interference by these powers? You arm the jihadists with the hope that they destabilise Syria; you went for regime change. It's a nonsense to suggest that the Kurds are even fighting the Syrians. The Kurds have their problems with Turkey, not with Assad's regime. It's absolute nonsense. The EU has blood on its hands.

Nikolaj Villumsen (GUE/NGL), blue-card answer. – Of course there is due political interest in Syria, but as we all saw, there was a peaceful demonstration by hundreds of thousands of civilians in Syria demanding freedom and democracy, and that cry for help was met with brutal oppression from the Assad regime. What shall we do?

The EU must stand on the side of the Kurds and the pro-democratic forces in Syria to fight for democracy and freedom. That's the only way we can have stability and peace in Syria and in the Middle East.

Tonino Picula (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, rat u Siriji traje već devet godina, a eskalacija nasilja u i oko grada Idliba rezultirala je, uz Jemen, najgorom humanitarnom krizom u regiji. Zbog sukoba turske i sirijske vojske gotovo 400 000 ljudi moralo je napustiti svoje domove od prosinca prošle godine. Većini to nije bio prvi put, 80 % ovih izbjeglica su najranjivije skupine, žene i djeca. 53 zdravstvene ustanove su morale prestati s radom, a među izbjegličkom djecom manje od četvrtine su u sustavu obrazovanja. Raste broj civilnih žrtava. Ukupno 2 800 000 ljudi treba humanitarnu pomoć. Humanitarnu krizu zaoštravaju zimski uvjeti.

Geopolitička komisija i Europska unija kao jedinstveni svjetski promotor mira, stabilnosti, dijaloga mora od pasivnog promatrača preuzeti ulogu aktivnog predlagatelja rješenja. To je naša uloga. Trebamo intenzivirati razgovore sa sukobljenim stranama, ali ponuditi multilateralnu platformu za postizanje sporazuma. Za početak razmotrimo i za ovaj slučaj format nedavne briselske konferencije koja je ipak postigla određene rezultate u slučaju Libije.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, monsieur le Haut représentant, cher collègue, je vous invite tous à regarder les vidéos postées sur les réseaux sociaux ces derniers jours par les soldats de Bachar El-Assad. On les voit détruire des tombes, déterrer des corps, s'amuser avec la tête de leur victime. On les voit rire – et ce rire gras est un crachat à la face du monde. Actuellement, dans la région d'Idlib, le boucher de Damas et ses parrains russes rasent des hôpitaux, des écoles, des boulangeries, et nous les laissons faire comme nous les avons laissé faire depuis neuf ans.

Et aujourd'hui, qu'est-ce que j'entends? J'entends ici, dans cette enceinte, certains faire l'apologie du régime et exhorter à l'extermination des rebelles. Alors laissez-moi vous faire part de ma honte et de mon indignation et vous demander, Monsieur le Haut représentant, de jamais céder à ces sirènes de la normalisation avec le régime d'Assad. N'oublions pas qui sont les victimes et qui sont les bourreaux, et n'oublions pas que la place de Bachar El-Assad est devant la Cour pénale internationale.

Zgłoszenia z sali

Traian Băsescu (PPE). – Doamna președintă, legat de Siria trebuie să înțelegem că Uniunea Europeană a trecut prin mai multe etape. Prima etapă a poziției Uniunii față de Siria a fost aceea în care Uniunea Europeană voia pe loc capul lui Bashar al Assad. În ultimii 2-3 ani am ajuns să spunem: îl vom judeca, nu îi vrem capul, dar să organizeze alegeri în Siria. Asta arată inconsecvență.

În fapt, am ezitat de la bun început să intervenim, n-am știut cum să-i facem pe francezi să se oprească și astăzi ne plângem de ce este în Siria. Siria va rămâne sub control rusesc, asta e adevărul. Ne plângem că intră Turcia în nordul Siriei. Orice stat ar fi intrat pentru a-și proteja frontiera.

Așa că, dragi colegi, cât timp n-o să înțelegem că a fi parte a deciziei înseamnă a participa, o să stăm să jeluim ce dezastru este în Siria. Ori intervenim și îi lăsam foarte bine pe francezi s-o facă, ori dacă nu, trebuie să ne abținem, pentru că suntem responsabili.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, gracias al alto representante por su planteamiento en la cuestión de Siria. Yo no voy a repetir: los ataques a la población civil en el noroeste de Siria, las muertes, las atrocidades. Lo han dicho muchos diputados en esta Cámara. Por supuesto, lo condenamos e insistimos en la necesidad de garantizar el acceso de la ayuda humanitaria, pero es verdad que parece que nos encontramos ante una situación en la que no podemos intervenir de una manera más práctica y efectiva.

En el caso de Libia, la Unión Europea ha sido exitosa en declarar un embargo de armas, y el alto representante impulsó que fuéramos los europeos los que vigiláramos en el mar ese embargo. Es evidente que el régimen sirio dispone de armamento y de municiones. La pregunta a la que a lo mejor tendríamos que tratar de responder es si podemos promover un embargo de armas al régimen de Bashar al-Asad.

Leszek Miller (S&D). – Pani Przewodnicząca! Mamy do czynienia z wielkim dramatem i tysiącami problemów. Chciałem powiedzieć o trzech. Po pierwsze mamy do czynienia z kryzysem humanitarnym i ponad milionem uchodźców, którzy uciekają przed działaniami wojennymi w kierunku Turcji. Ludzie ci koczują przy granicy tureckiej. Po drugie – z nielegalną inwazją turecką na Syrię, która ani nie zapobiega działaniom wojennym, ani też nie odgrywa żadnej roli w pomocy humanitarnej. Wreszcie po trzecie – z uzbrajaniem przez Turcję następców Al-Kaidy w Syrii oraz innych organizacji terrorystycznych. Ponieważ za każdym razem występuje tu Turcja, to jest wskazówka dla Unii Europejskiej, żeby negocjować i wywierać presję na Turcję. Trzeba też zdecydowanie przeciwstawić się prześladowaniom ludności

kurdyjskiej, masowym wysiedleniom, grabieżom, a także zbrodniom wojennym popełnianym przez uzbrojonych i opłacanych przez Turcję dzihadystów na tym jakże ciężko doświadczonym narodzie.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, να το ξεκαθαρίσω, κύριε Borrell, δεν είμαι καθόλου θαυμαστής του καθεστώτος Assad, του οποίου τα χέρια είναι βουτηγμένα στο αίμα. Αλλά, ακούγοντας σήμερα κάποιες από τις απόψεις, νομίζω ότι υπάρχει μια σύγχυση. Θεωρούσα μέχρι τώρα ότι είχαμε πάρει ομόφωνη απόφαση, ότι ο στόχος μας και ο στόχος της Δύσης, του πολιτισμένου κόσμου, είναι η εξουδετέρωση του ισλαμικού κράτους και των τζιχαντιστών. Αν αυτό άλλαξε, κάποιος να το πουν δημόσια.

Επομένως, το ερώτημα είναι ποιος χρηματοδοτεί τους τζιχαντιστές; Ποιος στέλνει στρατεύματα για να συνεχίζουν τις σφαγές τους; Ποιος τους χρηματοδοτεί εδώ και χρόνια; Έχει όνομα: είναι ο νεο-σουλτάνος στην Άγκυρα και το όνομα αυτού είναι Recep Erdoğan. Αυτό είναι το μεγάλο πρόβλημά μας και όσοι το λέμε δεν είναι γιατί συγχωρούμε τα εγκλήματα του Assad. Είναι γιατί έχουμε την τόλμη να λέμε την αλήθεια: γιατί πιστεύουμε στις ευρωπαϊκές αξίες.

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Przedstawicielu! Ja się zgadzam z tym, co Pan powiedział na początku, że w Syrii, a także w krajach ościennych, jest katastrofa humanitarna. Tylko w samym Aleppo jest około 10 tysięcy sierot, które wymagają natychmiastowego wsparcia. Mój kraj angażuje się. Oprócz wpłat do agend Unii Europejskiej, tak jak się zobowiązaliśmy, angażuje również dodatkowe środki na pomoc humanitarną, szczególnie właśnie w Syrii, w Libanie, a także w Jordanii. Dlatego myślę, że to, co Pan powiedział (że wsparcie to inwestycja), jest ważne, ale trzeba nam dzisiaj powiedzieć, i to jest bardzo ważne, że Unia jest największym darczyńcą.

Chciałabym też powiedzieć, że mamy informacje, że z półtora miliona chrześcijan w Syrii zostało już tylko niewiele ponad dwieście tysięcy i ich sytuacja jest bardzo dramatyczna. Trzeba postawić na NGO, na misjonarzy, na tych ludzi Kościoła, którzy tam prowadzą wielką akcję pomocową, proteżują dzieci, na pomoc medyczną. To jest wielkie apel do całego świata, a Baszar al-Assad tak naprawdę tę wojnę już wygrał.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, este debate surge num momento em que o exército árabe sírio e os seus aliados avançam a grande ritmo nas províncias de Alepo e Idlib, recuperando controlo sobre regiões ocupadas por organizações terroristas.

Mas, o que este debate procura aqui, em Estrasburgo, está alinhado com o que se passa no terreno, com a entrada de um comboio militar turco em Idlib e o ataque de mísseis israelenses, e mais não é do que dar proteção a terroristas, assegurar controlo sobre os recursos naturais sírios, questionar a legitimidade das autoridades sírias e a integridade do seu território e ocupar essa região nevrálgica do ponto de vista geoestratégico.

Os interesses do imperialismo são contrários à defesa dos direitos humanos e do direito internacional e expressa-se, como neste Parlamento, de forma absolutamente hipócrita. A resolução deste conflito exige o fim da desestabilização e da agressão externa contra a República Árabe da Síria, a defesa da sua soberania, independência e integridade territorial e o respeito pelo direito internacional e pela Carta das Nações Unidas.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, the Syrian army is making progress against the Turkey- and US-backed jihadists in Idlib Province. The Syrian Government is restoring its own borders and finding troves of US-made weapons as the jihadists flee.

Idlib Province was controlled by Al Qaeda local affiliates for years. These genocidal fanatics were armed, trained and given logistical assistance by the US, Britain, Turkey, France, Saudi Arabia and the UAE under Obama's Timber Sycamore programme. This helped prolong the war for several years and resulted in hundreds of thousands of deaths that were unnecessary.

The EU is now calling for unrestricted access for humanitarian aid to Idlib Province. You are imposing sanctions that are causing untold hardship on the Syrian people. You let these jihadists into the place: why won't you take them back out of it? You do not want them now. You were offered them; you won't take them.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, there's no doubt about it, the Syrian people have been suffering for nine years and more. But why did it happen? Because the discontent of the people against the Assad Government was hijacked by international players to try and achieve regime change. Armed by the US and some EU Member States, jihadists poured into their country through Turkey. And ten years on, they weren't able to overthrow the government, who have regained control. And as they regained control they settled with people: some agreed to come back to the Government, some didn't and went to Idlib. So this day was always going to come.

And there is an irony, when we talk about foreign fighters who came from countries here, and we won't take them back, but we expect the Syrians to deal with them. The key issue here is ending the sanctions, sitting down with the Syrian Government, and restoring peace in that country. Take responsibility for Europe's role in this disaster and acknowledge the role of the Syrian Government in stopping the jihadists and the rise of ISIS.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Josep Borrell Fontelles, *Vicepresidente de la Comisión / Alto Representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad*. – Señora presidenta, gracias a todos los diputados al Parlamento que han participado en este debate. No puedo sino decirles que comprendo y comparto el sentimiento de frustración de muchas de sus intervenciones porque, ante la crisis siria, lo cierto es que la Unión Europea ha quedado impotente. Y por mucho que digamos «deben cesar, deben, deben, deben, *il faut, il faut, il faut, they should, they should, they should*», ¿con qué leverage, con qué fuerza, con qué capacidad podemos actuar sobre los actores?

Nos hemos pasado muchos años diciendo que no había solución militar al conflicto en Siria y, al final, ha habido una solución militar. La está habiendo. ¿Por parte de quién? Por parte de los que son capaces de utilizar la fuerza militar. Y Europa no está en esa situación. Entonces, seguiremos urgiendo a todos a que paren los ataques contra la población civil, a que dejen de impedir el acceso de la ayuda humanitaria, a que respeten las reglas y las obligaciones del Derecho humanitario internacional, a que protejan a los civiles. Pero todos sabemos que eso es una declaración de principios que no se apoya en una fuerza coercitiva que permita hacerla realidad.

Lo que ha ocurrido en Siria es una gran lección para Europa. Es una gran lección para ese actor geopolítico que decimos querer ser. Y si de verdad lo queremos ser tenemos que tomar las medidas y tener los medios necesarios para ello. De lo contrario, seguiremos haciendo sesiones parlamentarias como esta para seguir diciendo «*il faut, il faut, il faut*».

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

12. Die neue umfassende EU-Afrika-Strategie (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Tomasza Tobę w imieniu Komisji Rozwoju w sprawie nowej kompleksowej strategii UE–Afryka (O-000007/2020 – B9-0006/2020) (2020/2500(RSP)).

Tomasz Tobé, *author*. – Madam President, the comprehensive EU-Africa strategy is a window of opportunity for a much needed fresh start for EU-Africa relations, and let us promise each other here today that we will now try to move forward beyond words and good intentions to concrete actions. Let us be strategically action-oriented and not waste any more time. A new strategy must recognise the strength and potential in the African economy, pursue the long-term strategic and mutual interests of the EU and our African partners, and support the implementation of the Sustainable Development Goals (SDGs).

For the EU-Africa strategy to be successful, I believe that three things are necessary. Firstly, a clear vision of the end game, and a concrete plan to use a comprehensive approach with all available tools. Secondly, an awareness of what can be gained if we succeed in strengthening our partnership and what is at stake if we don't. Thirdly, defining how we can better use aid-effectiveness tools at our disposal and that the Commission take a lead in coordinating all EU institutions and Member States.

There are plenty of mutually beneficial opportunities – economic growth, employment and trade. There are also immediate challenges – climate change, poverty, conflict and irregular migration. The high population growth that we see in Africa also means that poverty levels will continue to increase. In 2030, global poverty is expected to be almost exclusively centred in Africa. Conflicts tend to brew in countries facing poverty and with high levels of unemployment.

On behalf of the Committee on Development, I have tabled a series of questions to the Commission and hopefully today we can get some clear answers. Firstly, how does the strategy effectively contribute to the implementation of the SDGs and the fundamental objectives of poverty eradication? What measures and what mechanisms will be put in place?

Secondly, how will the new strategy contribute to the strategic interests and common priorities of both partners with a view to good governance, human rights, the fight against inequalities, climate change, etc.? Thirdly, how will the Commission ensure the involvement of numerous stakeholders, like national parliaments, governments, local authorities, the private sector, civil society, in the design of the strategy?

And fourthly, let me also express some concern regarding the potential for overlaps. What I'm talking about is the Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (NDICI), in which Africa is of course a priority, as well as the negotiations on the future of the ACP-EU Partnership Agreement. To be concrete, how will the Commission ensure consistency and avoid the risk of developing overlapping strategic frameworks?

Finally, development policy coherence is something that is in our Treaty obligations and it's high time that we tried to deliver on that commitment. Therefore, I would like to know: how will you make sure to incorporate development policy coherence in the strategy design.

To conclude, from the colleagues in the Committee on Development: we do look forward to working together with the Commission. We have a huge task in front of us but also great opportunities. Let's get the work started together.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to start by thanking you for inviting me to discuss such a milestone in Europe-Africa relations as the new EU strategy for Africa. As I committed during my hearing to do my utmost to strengthen and deepen the cooperation between the Commission and the European Parliament, I am glad to exchange with you here today.

How more appropriate for my first address to this Chamber than discussing our relationship with the African continent? I value your experience, knowledge and views and believe them to be important for a topic such as this one. On our first trip outside Europe, President von der Leyen and I went to Hear Africa. We experienced a continent of youth, brimming with confidence, full of potential and attractive for the global players. We met a partner that deserves a more positive engagement from us.

We have already paved the way for change with the Africa-Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs, supported by the External Investment Plan for sustainable investments, and have achieved, in such a short amount of time, tangible progress. Now we can capitalise on those achievements and go further. It is time for a new chapter that brings a step change in our relationship.

For that to happen, we need a new, comprehensive strategy, a strategy that supports Africa's potential political economic governance efforts and moves to bolster peace and resilience, a strategy with Africa that ensures partners' ownership and commitment, and a strategy that better positions the EU in the new global context, reflecting the aims of this geopolitical Commission and the ambitions of the European Green Deal.

The Abidjan priorities we set back in 2017 remain valid today. Our approach is not to change direction, but to step up a gear for better results. The strategy's comprehensive character will be ensured by its inbuilt links with the 2030 Agenda for Sustainable Development, the Paris Agreement on climate change, the EU Global Strategy, the European Consensus on Development and Agenda 2063 of the African Union.

We will continue to work on economic continental integration, human development, mobility and migration. Thematically, apart from addressing the climate and environmental challenges, we will focus on digitalisation and gender equality, which are major enablers for development. There cannot be development without solid governance, respect for human rights, the rule of law and democracy. Therefore, we will pursue our efforts in these areas, along with the fight for peace and security, and against extremism.

Finally, yet importantly, we would like to work closer with our African partners on the multilateral rule-based system that is being called into question more and more. A key priority through my mandate, I will ensure that the implementation of this strategy supports the power that youth represents. Young people, including young women, must also own this strategy. Work on the new ambitious framework is already ongoing, both at political and technical level. In the meantime, we continue listening and trying to ensure broad ownership of the strategy, both by yourselves and our Member States, as well as by our African partners and civil society, including young people.

We will hold an EU-AU 'college to college' meeting on 27 February in Ethiopia and a ministerial meeting in May. Both events will provide key opportunities for dialogue with our African partners. I intend to travel to Africa in February and March to consult as broadly as possible. The proposal for the new strategy will be on our college agenda for adoption in early March. That will mark the beginning of more concrete work with our key stakeholders.

I look forward to our debate and hearing your views on what you see as priority areas for a renewed Africa-EU partnership.

Hildegard Bentele, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Weshalb brauchen wir eine neue EU-Afrika-Strategie? Weil sich die EU-Kommission ausdrücklich erstmals als geopolitisch definiert und sich als Ganzes der Umsetzung der VN-Nachhaltigkeitsziele verschrieben hat, wegen der drängenden Probleme Klimaschutz und Migration, weil das Cotonou-Abkommen neu abgeschlossen werden muss und wir den *Green Deal* haben, wegen der schnellen Entwicklung der Digitalisierung und einer neuen Freihandelszone in Afrika. Das alles sind neue Gegebenheiten, auf die eine EU-Afrika-Strategie eingehen muss.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass wir den ganzen Instrumentenkasten der EU und der Mitgliedstaaten in kohärenter Weise zur Anwendung bringen und Lektionen aus der Vergangenheit ziehen. Das heißt in erster Linie: Fokussierung auf faire Handelsbeziehungen und Generierung von Steuereinkommen in den afrikanischen Staaten, Bildungsmöglichkeiten, Demokratie- und Rechtsstaatsförderung, leistungsfähige Verwaltung und Sicherheitsstrukturen, stärkere Förderung von Frauen und Mädchen und die Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene anstatt bloßer klassischer Budgethilfe. Ziel des Ganzen muss sein, dass jede Afrikanerin und jeder Afrikaner eine gesicherte Lebensperspektive in seinem Heimatland oder seiner Heimatregion hat.

Wir brauchen sowohl auf Seiten der EU als auch auf Seiten Afrikas Verantwortung für eine echte Partnerschaft, die zum beiderseitigen Vorteil ist. Unser Fraktionsvorsitzender, Manfred Weber, hat im letzten Jahr unter anderem mit seinem Vorschlag für einen Afrika-Kommissar sehr deutlich gemacht, welche hohe Priorität das Thema EU-Afrika für die EVP hat. Ich sage Ihnen hiermit jegliche Unterstützung und Engagement zu, damit wir am Ende dieser Wahlperiode die EU-Afrika-Beziehungen auf eine neue und bessere Grundlage gestellt haben werden.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind froh, dass Sie genau an dieser Stelle stehen und ein großes Herz für diese neue Aufgabe mitbringen.

Ja – Europa, Afrika, wir sind Partner. Und wir sind in einer Schicksalsgemeinschaft, und wir meistern unsere Probleme in den nächsten Jahren zusammen – oder wir werden beide scheitern. Deswegen ist die erste Konsequenz eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Wenn wir das aber sagen, heißt das: keine kurzfristigen nationalen Interessen, auch nicht vermeintliche, kurzfristige europäische Interessen, sondern eine Partnerschaft für gute Ausbildung. Ja, lasst die Mädchen in die Schule gehen – insbesondere auch die Mädchen, mindestens für zehn Jahre –, damit sie ihrem Land helfen können; eine Gesundheitsversorgung für alle, gute Arbeit – und das ist mehr als *employability* – gute Arbeit, um die Länder aufzubauen, um nachhaltige Gesellschaften zu entwickeln, in Europa wie in Afrika.

Das ist unser Job, und dazu wollen wir von Herzen beitragen und Sie nach Kräften unterstützen.

Charles Goerens, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, le Congo est le premier pays francophone au monde. Parmi les langues les plus parlées en Afrique figurent le portugais, le français et l'anglais. Par ailleurs, l'Union européenne est de loin le premier partenaire de l'Afrique en matière commerciale et dans le domaine du développement. Autant dire que nous avons, en tant qu'Union européenne, d'ores et déjà des liens extrêmement étroits.

Tabler sur le maintien du statu quo pourrait cependant s'avérer extrêmement contre-productif. Ce qu'il nous faut, c'est une stratégie globale couvrant tant les domaines politique, sécuritaire, développemental et économique que commercial. Une vraie stratégie de cette envergure se doit de fixer des objectifs clairs dans le temps, ainsi qu'une feuille de route pour les réaliser. En fait, c'est la transposition, d'une certaine façon, de la méthode Delors qui, dans les années 1990, a permis à l'Union européenne de faire des progrès considérables, dans nos relations avec le continent africain. De nos jours, le développement en Afrique est conditionné, de toute évidence, par les Africains eux-mêmes, mais aussi de plus en plus par la Chine, l'Inde et la Russie qui tissent des liens de plus en plus étroits sur le plan économique, politique et militaire. C'est sur cette toile de fond que doit s'affirmer la coopération de l'Union européenne avec l'Afrique.

Pourquoi n'avoir pas en commun une approche sécuritaire permettant à l'Union africaine de siéger au sein du Conseil de sécurité de l'ONU? Pourquoi ne pas s'entendre, dès à présent, sur une démarche commune en matière de changement climatique? Qu'est-ce qu'on attend finalement pour mettre sur les rails une coopération commerciale visant l'instauration d'une zone de libre-échange entre l'Union économique et l'Union africaine? L'Afrique doit se développer elle-même, bien évidemment, ce qui n'exclut aucunement un partage de nos expériences.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, ce n'est pas un hasard si, au tournant du Brexit, Londres lançait le 20 janvier dernier son sommet Royaume-Uni-Afrique. Cette initiative nous rappelle à quel point l'Union européenne risque d'y perdre encore du terrain, puisque privée de son allié britannique, acteur diplomatique et commercial majeur sur ce continent. D'autant que les sommets similaires se multiplient de la Russie en passant par la Chine ou le Japon, avec, la semaine dernière la tournée africaine du premier ministre canadien Justin Trudeau.

Dans ce contexte, les vagues promesses de partenariat d'égal à égal arrivent un peu tard, d'autant que, des accords de pêche inévitables aux velléités d'ingérence politique accrue en Afrique, rien ne confirme ce soi-disant nouveau départ diplomatique et commercial.

Mais le plus consternant, c'est l'attentisme sur l'urgence migratoire, cruciale aux yeux de tant d'Européens. La question orale plaidait même pour l'élargissement du programme Erasmus, alors qu'on sait pertinemment qu'on ouvrira ainsi une nouvelle filière d'immigration africaine. Bref, l'Union s'apprête à rééditer l'échec de Cotonou, avec à la clé une décennie perdue.

Pierrette Herzberger-Fofana, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, le partenariat entre l'Union européenne et l'Afrique est fondé sur une stratégie commune qui souligne la nouvelle coopération en matière de politique sur une base de valeurs négociée, partagée d'égal à égal, et qui détermine ces relations. Les nouveaux accords sur cette stratégie ont été conclus lors du sommet Union européenne-Afrique à Abidjan en 2017 par les chefs d'État, qui ont mis l'accent sur leurs priorités.

Ils ont identifié quatre priorités d'action commune, dont l'investissement dans le capital humain, la résilience, la paix, la bonne gouvernance ainsi que l'investissement dans des structures pour un développement durable et la migration. Ce choix en matière de coopération est aussi une façon de prendre ses distances par rapport aux relations paternalistes qui ont jusqu'ici prévalu. Aux négociations concernant les relations économiques et celles de développement vient s'ajouter, entre autres, le nouvel aspect de la stratégie.

Cette nouvelle initiative soutenue par la Commission européenne soulève cependant de nombreuses questions: comment parviendra-t-on à éradiquer la pauvreté? Comment parviendra-t-on à enrayer les grands mots qui freinent le développement et à donner une perspective sûre aux jeunes et aux femmes, qui représentent 60 % de la population sur ce continent?

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Pani Komisarz, pilnie potrzebujemy przede wszystkim nowej strategii Unia-AKP. Powinniśmy zmierzyć się z nowymi wyzwaniami, szczególnie z problemem migracji. Młodzież migruje z Afryki i z innych krajów AKP, bo ograniczone są możliwości jej dostępu do edukacji, do rozwoju osobistego, do godnego życia. Dlatego dziś powinniśmy postawić sobie pytanie i poszukać odpowiedzi na nie. Czego potrzebuje młodzież z krajów AKP? Przede wszystkim dobrej edukacji. Najlepszą inwestycją jest inwestycja właśnie w edukację. Niedostateczny dostęp do niej jest realną przeszkodą dla rozwoju gospodarczego i eliminacji ubóstwa. Tak więc stawiamy na edukację i wspieramy przedsiębiorczość młodych ludzi. Stwarzamy im dostęp do mikrokredytów. Unia Europejska powinna ustanowić łatwy, prosty, skuteczny mechanizm, który pozwoli młodym ludziom zakładać firmy w krajach, z których się wywodzą. Oni chcą budować dobrobyt swoich ojczyzn.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, es evidente que la Unión Europea necesita una nueva estrategia para África. El problema es que parece ser que Europa quiere una estrategia que responda a los intereses de sus multinacionales y de las élites políticas y no a los objetivos de desarrollo y a los intereses de las mayorías sociales africanas. ¿Por qué? No nos hagamos trampas. Migraciones, seguridad, comercio o inversiones son en realidad la agenda geopolítica de la Unión Europea.

Lo que África y Europa necesitan es una relación duradera basada en los derechos humanos, el desarrollo social y la sostenibilidad medioambiental. Y, para ello, este tipo de estrategias no pueden ser herramientas de los intereses comerciales o securitarios europeos, sino que tenemos que darle una vuelta de 180 grados a nuestras políticas, para que sean coherentes desde un enfoque de derechos.

Empecemos practicando con África un comercio justo, abriendo vías legales y seguras para migrar y exigiendo a las empresas europeas que cumplan con sus obligaciones fiscales y con el respeto de los derechos laborales y de los derechos humanos.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, saúdo a opção da Comissão Europeia por se ter afirmado como uma Comissão geopolítica e escolhido as relações com África para demonstrar na prática essa opção.

A União Europeia precisa, para se posicionar com sucesso no quadro geopolítico em transformação, de continuar a desempenhar o seu papel de potência multilateral que promove parcerias entre iguais.

A parceria estratégica com a África tem que conter as ferramentas de resposta aos anseios dos povos num quadro de respeito pelos direitos humanos.

Estar alinhada com a concretização dos objetivos do desenvolvimento sustentável em todas as suas dimensões.

Apostar no empoderamento e reforço da sociedade civil.

Assegurar a consistência e a estreita articulação desta estratégia com o acordo pós-Cotonou de que é um dos pilares e garantir a valorização e o envolvimento dos parlamentos, designadamente através da manutenção da dimensão parlamentar da parceria ACP-União Europeia e das relações do Parlamento Europeu com o Parlamento Pan-Africano.

Este é um caminho de sucesso que juntos vamos trilhar.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, regardons l'Afrique de 2020: elle a un nouveau visage, celui de sa jeunesse et de ses femmes. L'Afrique est prête à relever les défis auxquels elle fait face, et le choix qu'elle fera aujourd'hui aura un impact décisif sur l'avenir du monde.

Regardons maintenant l'Europe de 2020: un continent de valeurs et d'expérience, mais aussi un continent qui, plus que jamais, a besoin d'alliés. L'Europe a besoin d'une Afrique forte et fière d'elle-même, comme l'Afrique a besoin d'une Europe unie qui lui parle d'une seule et même voix. C'est la condition pour faire vivre le multilatéralisme et atteindre les objectifs de développement durable.

Madame la Commissaire, la nouvelle stratégie devra incarner une relation refondée entre nos deux continents. Il faut mettre définitivement fin à l'époque postcoloniale et à ce récit. Nos partenaires africains sont demandeurs d'une relation d'égal à égal. Nous aussi, Européens, voulons écrire cette nouvelle page avec eux et élaborer une stratégie non pas pour l'Afrique, mais avec l'Afrique.

Nous avons aussi un autre devoir, celui de permettre aux Européens de comprendre l'Afrique dans toute sa diversité, et non plus sous le seul angle de la migration.

Madame la Commissaire, le nouvel intitulé de votre portefeuille, «partenariats internationaux», ouvre cette nouvelle page de notre histoire. En tant que parlementaire, je suis fière de l'écrire avec vous, avec le Conseil, avec nos alliés africains et avec tous mes collègues.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, madame la Commissaire, depuis la fin de la période coloniale et les indépendances des pays africains, l'Union a multiplié les accords de coopération avec l'Afrique. Nous avons eu, bien sûr, les accords de Yaoundé et de Lomé, l'accord de Cotonou, et j'en passe, mais la plupart de ces accords, avouons-le, étaient certes de nature à définir notre rapport à l'Afrique, mais surtout souvent là pour maintenir notre influence et nos intérêts sur le continent.

Le bilan, après un demi-siècle de coopération, n'est pas brillant. Il n'est pas brillant si on regarde les indices de développement, si on regarde la diversification économique, si on regarde les inégalités, ou encore la sécurité sur le continent africain. Loin de moi l'idée d'abandonner notre relation à l'Afrique, et je salue l'initiative de la future stratégie Union européenne-Afrique, mais il va de soi que nous devons faire preuve de plus de cohérence et de plus de transparence.

De la cohérence dans les différents instruments que nous avons, et c'est le travail que nous avons à réaliser dans le cadre du NDCI, mais aussi de la cohérence par rapport à nos politiques. Nous ne pouvons plus, par exemple, défendre une relation commerciale qui ne favorise pas le développement régional et qui détruit les agricultures locales au profit des agriculteurs européens. Il faudra aussi de la transparence et de la gouvernance, donc oui à une stratégie Union-Afrique, mais en évitant les erreurs du passé.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, el continente africano no es el continente solo de la inmigración, es el continente del futuro, de los jóvenes y de las mujeres, que cada vez pisan más fuerte y pisan más lejos. Creo que esta nueva estrategia con Europa tiene que ser una estrategia verde. La lucha contra el cambio climático y las energías limpias tienen que ocupar un elemento central de nuestra nueva relación con el continente africano.

En el último siglo, África solo ha contribuido con un 2 % de emisiones al calentamiento global. Sin embargo, hoy sufre las peores consecuencias. Los efectos del cambio climático son una realidad, y es precisamente en África donde muere el mayor número de personas como consecuencia de las sequías y las inundaciones. Por lo tanto, adaptación, resiliencia, energía limpia, energía renovable tienen que ocupar un elemento central en nuestra nueva relación. Europa necesita más recursos, pero sobre todo necesita más responsabilidad por parte de la Unión Europea.

Giuliano Pisapia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel dibattito di oggi una sola parola si è ripetuta più volte: la parola «migrazione». Pur riconoscendo la sua portata e le sfide che l'accompagnano, sono convinto che lo sviluppo sociale, economico e democratico sia e debba essere l'obiettivo prioritario. Ridurlo a mero mezzo per frenare la migrazione è ciò che rende la nostra strategia debole, ipocrita e inefficace.

Pace, diritti e sviluppo sono il DNA dell'Unione europea. Condividiamoli con il popolo africano ed evitiamo gli errori del passato. I fondi europei devono essere investiti per la crescita del continente e non per finanziare i *lager* che macchiano la nostra coscienza. Il 2020 potrebbe e dovrebbe essere l'anno della svolta nei rapporti tra Unione europea e Africa.

Concludo con le parole di Nelson Mandela: «Nessuno è nato schiavo, né signore, né per vivere in miseria, ma siamo tutti nati per essere fratelli».

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, firstly, I would like to thank Commission President von der Leyen for undertaking her first international trip to the African Union – an important signal. Africa and Europe are at a crossroads, and we need to change our mindset, it is time to see each other as equals.

We have the most promising continent right at our doorstep. Highly promising initiatives are being taken, and the African Continental Free Trade Area is the latest example of this. This ambitious project can transform Africa into a bastion of multilateralism. I call on the European Commission to do everything it can to support and facilitate the creation of the African Continental Free Trade Area.

The upcoming paper from the Commission should reflect this and contain a number of concrete measures on this. It is very much in our own interest to have a united African Union. We should embrace it when others seek to unite themselves, especially in times when certain forces are out there to defeat us. The partnership between the European Union and the African countries should be one of equals.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, África, este continente vecino, tiene que ser una prioridad. Debemos contribuir a su paz y seguridad, a su desarrollo, a la mejora de las instituciones de los países africanos y también a la formación de su juventud. Y es importante, asimismo, que los flujos migratorios procedentes de África sean ordenados.

Se trata de un continente, como es sabido, con un enorme reto demográfico. Necesitamos una nueva estrategia para África y también que la cumbre UE-África del próximo semestre sea un hito importante.

Quiero referirme a la ribera sur del Mediterráneo, a nuestra vecindad meridional, la más cercana. Se cumplen 25 años del llamado Proceso de Barcelona, pero no hemos podido construir ese espacio de prosperidad compartida, estabilidad y libertad que buscábamos. Me atrevo a decir que, en algunos casos incluso, la presencia de la Unión Europea ha retrocedido. ¿Qué potencias extranjeras están en Siria? ¿Quién tiene el protagonismo en Libia? ¿Desempeña algún papel la Unión Europea en el proceso de paz en Oriente Próximo? Las respuestas no ayudan al optimismo.

Insisto, tenemos que redoblar nuestros esfuerzos en África y, particularmente, en el Mediterráneo sur.

Maria Manuel Leitão Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, África é hoje o continente mais jovem do mundo. Tal como entre nós, as tecnologias digitais despertam curiosidade e criam oportunidades. Oportunidades para encontrar novas soluções para velhos problemas. Para combater a mutilação genital feminina, através de uma *app* como as jovens do Quênia aqui mostraram. Para a inclusão financeira, através de moeda virtual, com o telemóvel, como o MPESA, no Quênia e em Moçambique. Para diminuir o desequilíbrio de género, na área da tecnologia, com o concurso *Miss Geek Africa* ou o *Tech needs girls* no Gana.

O foco na economia digital, a prevenção dos riscos que esta comporta, o investimento na formação, a capacitação dos jovens e mulheres nas STEM são, portanto, tão fundamentais em África como na União Europeia. Por isso, esta estratégia deve promover e estreitar as nossas parcerias, também na área da transição digital. Devemos olhar para a África como um parceiro, com necessidades, desafios e oportunidades iguais às nossas.

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Dziękujemy za nowe podejście i nową strategię dla Afryki. Strategia ta jest niezwykle potrzebna. Rozmawialiśmy o tym w komisji DEVE i dziękuję. Skupia się jak w soczewce: wojny plemienne, bezrobocie, ubóstwo, brak perspektyw dla młodych ludzi, co jest niestety źródłem nielegalnej imigracji. Bardzo ważne zjawisko, które nadal jest dzisiaj obserwowane w Afryce, to przede wszystkim handel ludźmi.

W Polsce w ubiegły piątek rozpoczęliśmy wielką akcję zbiórki, poprzez dwie organizacje: Pomoc Kościołowi w Potrzebie i Fundację HAART, na wsparcie osób, które wyzwalają się z tego potężnego procederu. Wiemy, że potrzeba też takiej pomocy dzieciom, które są sprzedawane do niewoli. To są często też pięcioletnie dziewczynki, które są sprzedawane do niewoli seksualnej. Są takie kraje jak Kenia, gdzie są targi i nadal odbywa się sprzedaż ludzi. Młody chłopczyk kosztuje trzysta dolarów. Pani Komisarz, myślę, że warto w naszej strategii dla Afryki, strategii Unii, ująć jednak też tę kwestię. Nie może być tak, że będziemy aktywni tam, gdzie jest zalegalizowany handel ludźmi.

Silvia Modig (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari Urpilainen, pidän erittäin tärkeänä, että Afrikkaa tässä strategiassa lähestytään aidon tasavertaisen ja samanarvoisen kumppanuuden kautta. Sen tulee olla aitoa kumppanuutta niin koulutuksen, kaupan kuin ilmastomuutoksen ratkaisujen saralla. Afrika ja sen kehitys ovat monella tapaa aivan keskeinen kysymys koko maailman tulevaisuuden kannalta, mutta Afrika mantereena on niin laaja ja suuri – yhtä laaja kuin edustaja Tobén tärkeä kysymys, joten siitä keskusteleminen veisi viikon aikaa.

Haluan nostaa esille yhden asian, jonka toivon näkeväni tulevassa strategiassa vahvana ja konkreettisena, eli naisten ja tyttöjen aseman. Naisten aseman parantaminen lisää kehityksen mahdollisuuksia kaikilla aloilla. Kuten myös Euroopassa, mikään mantere tai maa ei selviä, jos se ei ota toista puolta väestöstä mukaan. Naisten aseman kautta paranee myös tyttöjen asema, mahdollisuus koulunkäyntiin, seksuaaliterveyteen ja myös perhesuunnitteluun, jossa lasten määrä on vapaa ja positiivinen valinta, ei pakon sanelema. Toivottavasti tämä, komissaari Urpilainen, tulee näkymään vahvasti tulevassa strategiassa.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, Madam Commissioner, I welcome your statement when you said you went with Ms von der Leyen to Africa, to Hear Africa. I think that was a very important trip and, as you said, it's a continent full of youth, confidence and potential. I think it's very important at this stage that we would review and have a look at the cooperation and the operations between the European Union and Africa. I think there has been success there but now, in times when we have developed sustainable development goals, when we have the Paris Climate Change Agreement, it is time for a renewed focus on that relationship.

I particularly think the issues around high-level unemployment is somewhere where Europe can act in facilitating and supporting job development and creation. I have visited the continent myself on a number of occasions in the previous mandate, and there is certainly a lot that Europe can do in supporting indigenous industries, in developing jobs there, and certainly through education also. So at this point, I think it's very positive for Europe that we would develop with our neighbours, Africa, a renewed strategy.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I think the EU strategy on Africa can be loosely summed up as a lot of very nice soft language – we talk about empowerment, we talk about development, we talk about equality – but really in many ways they are just a figleaf for the imposition of neoliberal globalisation. We see it in many of the trade arrangements, where the least-developed countries in the ACP lose their non-reciprocal tariff exemptions and preferences, but meanwhile European, particularly the agricultural file and so on, keeps its protectionist mechanisms that we have adopted for ourselves.

I think that neoliberal trade agreements aren't the only feature of an unbalanced EU-Africa relationship. I think of particular concern is the growing military presence in that area, particularly in the Sahel, led by the French, backing up as a permanent aid to dictators in that region in order to try and support their French interests in raw materials and cheap labour. That isn't good enough when we're talking about equality.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Szanowne Koleżanki i Koledzy! Nowa strategia UE-Afryka musi być dopasowana do zmieniającej się sytuacji politycznej i środowiskowej. Jej podwaliną, a także podstawą jakichkolwiek wzajemnych relacji i porozumień muszą być prawa człowieka i demokracja. Aby promować wolność słowa i wprowadzać demokratyczne standardy, niezbędne jest pogłębienie dialogu politycznego i współpraca z Unią Afrykańską. W centrum strategii powinny znaleźć się działania na rzecz poprawy bezpieczeństwa, pokoju, redukcji ubóstwa, dobrego systemu edukacji i służby zdrowia, walki z terroryzmem i handlem ludźmi. W tym celu konieczne jest uruchomienie pomocy finansowej dla krajów borykających się z tymi fundamentalnymi problemami. Nie możemy zapomnieć o działaniach na rzecz klimatu. Unia Europejska powinna kontynuować wsparcie dla afrykańskiej inicjatywy dotyczącej energii ze źródeł odnawialnych.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, let me thank you for this constructive exchange. I have to say that I'm confident in our ability to build a new strategic and fruitful partnership with Africa which is focused on sustainable development. Your contribution to the strategy is key in the process of shaping its basis. The Commission, together with the European External Action Service, are still drafting the strategy in order to make it as comprehensive as possible.

Dear Members of Parliament, please be assured your comments here today have been noted. I am especially happy that so many of you mentioned youth and young people. The strategy will constitute a significant change in strengthening our partnership with Africa. The strategy will work towards fighting global challenges that both our continents simply cannot, and must not, ignore. 2020 will be a pivotal year for the Africa-Europe partnership. We agreed with the ACP chief negotiator, the Minister of Foreign Affairs of Togo, Professor Robert Dussey, that we will aim at closing the post-Cotonou negotiations by the end of March, and we will hold in the run up to the African Union-European Union summit a number of side events, with the main stakeholders all providing opportunities to design our partnership together. We will also strive to ensure that we will dispose of the right means to implement our policies by facilitating the agreement of the MMF in good time.

We need to join forces as institutions to deliver on these important milestones. Only together – only together – we can create sustainable safe and peaceful communities in which our planet can recover and all of us can learn, work, grow and build fulfilling lives. I am really looking forward to continuing our fruitful exchange.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Kinga Gál (PPE), *írásban.* – Európa biztonsága és jövője függ az afrikai kontinensről. Az kell a célunk legyen, hogy a Száhel övezet stabil legyen. Minden politikai, gazdasági és humanitárius támogatást meg kell adni azoknak az érintett országoknak, amelyek a stabilitás megőrzésének letéteményesei és a válságok továbbterjedésének megakadályozói. Olyan infrastrukturális fejlesztésekre van szükség, amelyek javítják a helyiek életminőségét, pontosabban az érintett országok egészségügyi, öntözéstechnikai, élelmiszeripari és vízgazdálkodással összefüggő rendszereinek működését. Például egy adott közösségnek víztisztító berendezést adva több ezer ember életminőségének javításához járulhatunk hozzá.

Magyarország a Hungary Helps humanitárius-segélyezési programján keresztül élen jár a téren tett erőfeszítésekben, 16 millió eurós ugandai ivóvízellátás fejlesztési programja követendő példát mutat. Az unió forrásait a migrációs válság gyökereinek kezelésére kellene használnia, hiszen segíteni ott kell, ahol a baj van, nem pedig a bajt kell Európába hozni. Egy élehető afrikai jövőkép tudatában az emberek nem indulnának el saját és gyermekeik életét kockáztatva Európába. Az afrikai problémákat csakis Afrikában lehet megoldani, Európának pedig vezető szerepet kell vállalnia az afrikai lakosság helyben maradásának segítésében.

György Hölvényi (PPE), *írásban.* – Tisztelt Biztos Asszony! Tisztelt Képviselő Társaim! Afrika lakosságánál, földrajzi helyzeténél, országai jelenleg zajló politikai átalakulása miatt is Európa elsődleges, stratégiai partnere, szövetségese kell hogy legyen. Jelenleg a két kontinens összekapcsoló legnagyobb kihívás a migráció. A migráció kiváltó okainak kezeléséhez az afrikai országokban mindenek előtt a biztonság megteremtését kell segítenünk, valamint hozzá kell járulnunk a szegénység felszámolásához, a munkahelyteremtéshez, egy szóval a fenntartható fejlődéshez. Ennek elsődleges eszköze az oktatás kell, hogy legyen.

A minőségi oktatáshoz való hozzáférés az a kulcs, amellyel egyszerre, horizontálisan hathatunk a különböző szektorokra. Az oktatással képessé tesszük a fejlődő országok lakosait arra, hogy hazájukban, helyben segítsék saját közösségeiket. Az alap- és középszintű oktatás mellett nem szabad megelégednünk a felsőfokú oktatásról sem, amely innováció motorjai. E téren ösztöndíj programokkal tudunk a legtöbbet segíteni, ahogyan ezt Magyarország is teszi. Az új átfogó EU–Afrika Stratégiának a megoldást kell kínálnia az elvándorlás kiváltóokainak kezelésére, és hozzá kell járulnia a fenntartható fejlődéshez mind gazdasági mind pedig társadalmi téren az Afrikában.

Ehhez a Bizottság kezében a legfőbb forráscsoport a Szomszédsági, Fejlesztési és Nemzetközi Együttműködési Eszköz (NDICI) lesz, amely közel 30 milliárd eurót szán a Szub-Saharai régió fejlesztésére. Bízom benne, hogy ez a hatalmas forrás érdemben tudja majd a helyben maradást elősegíteni Afrikában.

Karol Karski (ECR), *na piśmie.* – Stosunki Unii Europejskiej z państwami Afryki mają bardzo długą historię sięgającą Traktatu ustanawiającego Europejską Wspólnotę Gospodarczą.

Obecnie Afryka przechodzi dynamiczną transformację geopolityczną i gospodarczą, zajmując coraz ważniejszą pozycję w polityce międzynarodowej. To właściwy moment, by dokonać próby bilansu naszego zaangażowania w tym regionie oraz zasygnalizować kierunki możliwych zmian. Dlatego bardzo cieszy mnie zawarta w Strategii UE–Afryka wizja naszej przyszłej współpracy. Powinniśmy opierać ją na naszych wspólnych wartościach i na zasadzie partnerstwa rozwijać relacje gospodarcze. Naszym wspólnym celem jest zapewnienie bezpieczeństwa i dobrobytu. Przykładem kraju, który ma ogromny potencjał do rozwoju naszej współpracy w tym zakresie, jest Zambia, która w latach 2004–2014 zanotowała imponujący wzrost gospodarczy, sięgający średnio 7,4% rocznie.

Kraje Afryki dają nam obecnie ogromne pole do rozwoju naszych działań, między innymi w obszarze rolnictwa, badań naukowych czy edukacji. Musimy zagwarantować jednak, by realizacja Strategii UE–Afryka nie pozostawiła nikogo w tyle. Mam nadzieję, że dołożymy wszelkich starań, aby zwiększyć ilość inwestycji strategicznych i wzmocnić rolę sektora prywatnego w tworzeniu miejsc pracy.

Chciałbym zaznaczyć niezwykle ważną rolę inwestowania w kapitał ludzki poprzez rozwój edukacji, wspieranie lokalnej przedsiębiorczości i innowacyjnych rozwiązań. To właśnie kapitał ludzki jest kluczem do rozwoju Afryki.

Janina Ochojska (PPE), na piśmie. – Cieszy mnie fakt, że nowa Strategia UE–Afryka powstanie we współpracy z krajami afrykańskimi, czyli będzie oparta na zasadzie równości, partnerstwa oraz wspólnej odpowiedzialności. Oznacza to, że potrafimy wyciągać wnioski z przeszłości, kiedy to relacja dawca–biorca nie sprawdziła się. Mam też nadzieję, że będzie oparta na dogłębnych i szerokich konsultacjach ze społeczeństwem obywatelskim, które zna realne problemy na miejscu i w większym stopniu zostanie zaangażowane w realizację projektów pomocowych.

Przed nami wiele wyzwań, którymi chcielibyśmy się zająć. Zadbajmy o to, aby strategia była spójna z politykami na rzecz rozwoju, komplementarna w stosunku do nowej umowy o partnerstwie z Kotonu oraz by przyczyniała się do osiągnięcia celów zrównoważonego rozwoju. Celem nadrzędnym polityki rozwojowej jest wyeliminowanie ubóstwa i temu przede wszystkim powinna ona służyć.

Mamy przed sobą także nowe wyzwania jak zmiany klimatu, które będą miały wpływ na kreowanie polityki migracyjnej oraz pomoc humanitarną. Pokój i bezpieczeństwo powinny więc stanowić ważny filar strategii. Musimy wspólnie zadbać o ochronę środowiska, w tym dostęp do czystej wody, odnawialne źródła energii, a także zapewnić szeroki dostęp do edukacji. Nasze działania powinny aktywizować i włączać młodzież! Strategia jest podstawą wzajemnych relacji, a jej realizacja wymaga zwiększenia ODA, naszym zadaniem jest uwzględnienie tych zobowiązań w wieloletnich ramach finansowych.

13. Der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass in Europa (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie Rady i Komisji w sprawie walki z antysemityzmem, rasizmem i nienawiścią w Europie (2020/2561(RSP)).

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, having recently celebrated the 75th anniversary of the liberation of Auschwitz, this discussion is today more important than ever. For several years now, a worrying increase in the number of manifestations of hate speech, hate crimes, racism, xenophobia and intolerance in Europe has been observed, affecting minorities and other vulnerable groups, including Jewish people. In particular, we note with strong concern that anti-Semitic hatred remains widespread. Let me be clear on this: there is no justification for this phenomenon and we are obliged to take such issues extremely seriously.

There are a number of legal instruments that offer protection against racism and related forms of intolerance. All EU Member States have accepted the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination. The EU's Charter of Fundamental Rights also prohibits discrimination on the grounds of race, colour, ethnic origin and religion or belief.

The EU has furthermore adopted specific legislation on combating intolerance and hatred. I refer in particular to the 2008 Framework Decision on combating racism and xenophobia. In June 2016, the Council invited Member States to ensure the effective transposition and implementation of the Framework Decision and other relevant hate-crime laws at national level. In addition, it asked Member States to develop effective methods to report and ensure proper recording of hate crimes.

On 6 December 2018, the EU Member State Governments also sent a clear message by adopting a Council Declaration on the fight against anti-Semitism and the development of a common security approach to better protect Jewish communities and institutions in Europe. The Council notes that anti-Semitic hatred remains widespread and invites EU Member States to take measures to tackle anti-Semitism and improve the security of Jewish communities.

Social media is one of the main vehicles enabling hate speech to go viral. One possible remedy against this epidemic is a harmonised and determined European response. In this area, the Council conclusions on the application of the EU Charter of Fundamental Rights, adopted in October 2017, welcomed the measures coordinated by the Commission's High Level Group on combating racism, xenophobia and other forms of intolerance. We also welcome and support the ongoing EU level dialogue with major IT companies, and address hate speech online, including through the implementation of the Code of Conduct launched in 2016 by the Commission for this purpose.

Last but not least, we should remember and commend the remarkable work done by the Fundamental Rights Agency in this field.

The countermeasures I have mentioned so far would, however, be insufficient without recognising the important role of education and youth work, and, more precisely, the need to develop democratic resilience, media literacy, tolerance, critical thinking and conflict resolution skills in the learning process.

It is important to bear in mind that the measures in place to fight hate crime can only fulfil their potential if victims report hate motivated harassment and violence to the police, and if police officers record such incidents as hate crimes. According to the Fundamental Rights Agency, only a fraction of victims report hate motivated harassment and violence and, when they do, police officers do not always recognise them as hate crimes. Fortunately, Member States are increasingly introducing measures to address this issue. This includes providing relevant guidance for police officers, requiring the collection of detailed data on crime and working with civil society organisations experienced in dealing with hate crime.

In short, the responsibility rests with all of us – politicians, teachers, civil servants, students, parents and, where appropriate, judges and prosecutors – not to close our eyes or ears and pretend not to see injustice, discrimination or hatred. From the horrors of Auschwitz, the world learned its lesson and built an order of peace, founded upon human rights and international law. We are all committed to defending this.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, two weeks ago we commemorated in Brussels the 75th anniversary of the liberation of Auschwitz-Birkenau. Holocaust survivor Liliana Segre shared with us her moving story about the evils of humanity she confronted as a young girl. She reminded us that hatred, racism and anti-Semitism is still today haunting European societies and endangering our diverse societies and the minorities in our midst.

It is the duty of the EU to prevent history from repeating itself and to uphold the values upon which the Union is based. The Holocaust has shown us where anti-Semitism and racism can lead and its memory is at the very core of the European project of a Europe that protects its Jewish communities and all other minorities.

We have seen that fear and hatred against 'the other' has become normalised in recent years. It flourishes in mainstream media, in political debate and in the online world. It is a major challenge to our whole society and not only to the affected communities. The anti-Semitic attack against the synagogue in Halle is only the most recent example but, on a daily basis, minorities become victims of hatred online and offline.

It has been a key priority for the EU to ensure first and foremost the correct transposition and implementation of the relevant EU legislation, including the Racial Equality Directive, the Employment Equality Directive and the Framework Decision on racism and xenophobia. The Commission has been working closely together with Member State authorities and civil society in the EU High-Level Group on combating racism and xenophobia to ensure the effective application of the rules against hate speech and hate crime by the whole enforcement chain. The developed tools will assist Member States in strengthening a practical response to implement.

Dedicated formats of the high-level group will ensure in the future that the tools are implemented by Member States to make tangible progress in recording and responding to hate crime and hate speech. In particular, as regards hate speech, the Commission has pushed for stronger action; it initiated the code of conduct on combating illegal hate speech online whereby major IT companies have committed to review flagged hate speech within 24 hours and remove content when necessary. Fast progress has been achieved. In 2016, only 28% of the content was removed. Now it is above 70%, and 89% of the notices are assessed within the committed period.

We regularly monitor the progress. Next month we will present the results of the fifth monitoring exercise carried out together with civil society organisations. We managed to bring together all actors from civil society, IT companies and state authorities to strengthen our response to hate speech online. Our two coordinators on combating anti-Semitism and anti-Muslim hatred have been proactively reaching out to Jewish and Muslim communities, and strengthening the collaboration with international organisations, Member States' authorities and non-governmental organisations. We also intensively work on implementing the EU-Roma strategy containing measures against anti-Gypsyism.

The adoption of the Council Declaration on combating anti-Semitism was a milestone. All Member States unanimously agreed on actions and were invited to develop national strategies. The Commission created a dedicated working group to ensure concrete follow-up to the Council declaration and support Member States and Jewish communities to work together on developing these strategies. We are glad that the incoming German Presidency has announced already their intention to place the fight against anti-Semitism high on the agenda.

Distorting our common history has been one of the trademarks of fanning the flames of hatred and division, be it by third countries or within our own societies. Where today there are attempts to deny or distort the memory of the Holocaust, where people are vilified because they are Jews, this is where Europe is called into question. Attempts to distort our history are threatening our foundations. Disinformation and fake news attack our past but also, and first of all, our present. Our democracies must be harnessed to respond to this challenge and they must themselves adapt. Online platforms have been misused to disseminate and amplify manipulative messages to distort the democratic debate and interfere in the political process.

For four out of five Europeans, disinformation is a problem for democracy. We must ensure that democracy remains well protected in Europe. To better harness our democracy, the Commission will put forward a European democracy action plan. It will help counter disinformation and support free and independent media and will also aim to ensure greater transparency of paid political advertising and provide clearer rules on the financing of EU political parties. Transparency and accountability is essential, as well as not allowing external interventions in our democratic systems by those who wish to divide and destabilise our Union. This is a common priority for the Commission, European institutions and the Member States. As we see minorities under pressure again today, we must raise our voices and redouble our efforts to ensure that Europeans can go about their lives free from the threat of anti-Semitism, racism and xenophobic hatred.

The Commission is looking forward to working with the European Parliament and in particular the Anti-Racism and Diversity Intergroup and the Working Group on Anti-Semitism.

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I have listened to many speeches, but one that will stay with me for a long time to come was given by Marian Turski last month, 75 years after he, weighing all of 32 kilos, walked out of Auschwitz. He called for an end to indifference. 'Auschwitz did not fall from the sky,' he said. It happened slowly, because too many people turned a blind eye to justice, too many people found comfort in scapegoats, and too many people accepted prejudiced laws.

That is why we fight anti-Semitism, racism and any hatred everywhere today, because in Europe we know only too well the depths of horror that man has sunk to and can sink to. If we teach people not only about what happened, but about how it happened, slowly through gradually increasing measures, then maybe we can truly learn the lessons of history, even when the voices of the survivors can be heard no more.

Now, today, we still witness attacks on Jews and synagogues in Europe, we still see the scapegoating going on, and we are still seeing states move slowly away from the values this Union was founded upon. We see our fundamental rights under threat in too many places.

So we cannot be silent when Europeans live with a packed suitcase by their door, just in case. We cannot be silent in the face of injustice anywhere. Let no one fighting for justice ever look to Europe and be met as they have been met – with shrugs of shoulders or excuses that favour political expediency. Our European history has too often been built on the backs of the broken. When we say ‘never again’, we must mean it, and that means taking action.

And in conclusion, Roman Kent coined the eleventh commandment: ‘Thou shalt not be indifferent’. May it become our guiding principle.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, 75 years ago we Europeans agreed on ‘never again’, and yet in 2020 anti-Semitism is on the rise. Hatred and intolerance across the European Union are on a trend of steady growth. Political parties, also in this House, fuel a climate of racism and anti-immigration with their rhetoric, be it against Jews, Muslims, migrants, Roma or LGBTI people.

We cannot tolerate populist rhetoric, prejudice and nationalism to become part of mainstream politics; to become the new normal. We cannot allow far-right parties, such as the AFD in Germany, Fidesz in Hungary, Lega in Italy, to become the dominant voice of our public debates. As progressives, we will always stand up for freedom: freedom for all to be who you want to be, to believe what you want to believe.

We need stronger commitments in the EU against hate speech and racism, and we will continue to fight for an EU in which minorities and vulnerable groups are protected from any form of discrimination. An EU with respect for rule of law and not the rule of a majority. We believe in a European Union in which we actually do justice to 75 years of liberation; in an EU where we stand up, we speak up and act when fellow Europeans are discriminated against.

Frédérique Ries, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, il aurait eu 37 ans. Ilan Halimi a été enlevé parce que juif. Brûlé, poignardé, torturé à mort pendant trois semaines dans une cité HLM de la région parisienne. C’était il y a 14 ans, presque jour pour jour. Son meurtre nous ampute d’une petite part de notre humanité.

Sarah Halimi aurait eu 66 ans. Battue à mort, elle aussi, parce que juive, elle a ensuite été défenestrée par Kobili Traoré. Ce procès-là n’aura pas lieu, il a été déclaré pénalement irresponsable parce que sous l’emprise du cannabis. Le cannabis, la bêtise, l’ignorance comme circonstances atténuantes... Curieuse jurisprudence que celle-là.

L’antisémitisme tue. Aujourd’hui, à nouveau, des Européens ont peur parce qu’ils sont juifs, beaucoup s’en vont d’ailleurs. Aujourd’hui encore, écoles, synagogues et cimetières doivent être protégés.

Un tiers des Européens affirme ne connaître qu’un petit peu ou rien du tout de l’Holocauste. Se souvenir, éduquer, c’est essentiel, mais ça ne suffit pas. Barrer la route à la violence raciste qui gangrène les cours, les cités, les réseaux sociaux, c’est ne pas tolérer, c’est condamner, sanctionner.

Le monde entier avait les yeux rivés sur Jérusalem il y a 15 jours. Cinquante chefs d’État avaient fait le voyage pour commémorer les 75 ans de la libération du camp d’Auschwitz et prendre un engagement formel: plus jamais ça. Le président hongrois en était. Pourtant, il y a deux jours – je conclus, Monsieur le Président – à Budapest, plusieurs milliers de nazis sont venus des quatre coins d’Europe défilier sous les yeux de la police pour leur «jour d’honneur», je cite, hommage infâme à leurs héros du IIIe Reich.

Madame la Commissaire, on connaît tous votre engagement. Peut-on dire aujourd'hui vraiment que l'Europe en fait assez?

Filip De Man, *namens de ID-Fractie*. – Voorzitter, het geweeeklaag over blank racisme was al niet min in de Belgische Kamer waar ik 23 jaar vertoefde. In dit Parlement is het al niet beter: overal ziet men racisten, antisemieten en nazi's.

Maar het echte probleem wordt zelden of nooit benoemd: de massale toestroom van moslimracisten die verantwoordelijk zijn voor 99 % van het antisemitisch geweld in de Europese Unie. Dat is de waarheid.

Collega's, houdt op met nazispoken na te jagen. Jullie lopen eigenlijk een oorlog achter. Voorts moet ik jullie aanmanen om te stoppen met rechtse nationalistische collega's racisten te noemen als zij kiezen voor het eigen volk en de bescherming van onze grenzen. Er zijn nu eenmaal verschillende culturen en religies en er bestaat een oplossing voor de problemen die dat geeft: grenzen.

Sergey Lagodinsky, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Dämme brechen – das war der erste Gedanke, den so viele von uns gehabt haben, als wir gesehen haben, wie der Rechtsextreme Höcke, der Freund von denen, die jetzt gerade gesprochen haben, und der frisch gewählte Thüringer Ministerpräsident Hände geschüttelt haben. Die Dämme brechen. Sie brechen lange schon, wenn der ungarische Ministerpräsident antisemitische Klischees vertont, wenn Rechtsradikale in Österreich und in Estland mitregieren und sich in vielen anderen Ländern warmlaufen, wenn jüdische Menschen hier in Europa sich nicht mehr wohlfühlen und die Sinti und Roma sowieso nicht mehr. Die Dämme brechen, sie brechen in unseren Köpfen, wenn es zunehmend normal wird, über jüdischen Einfluss zu scherzen, über jüdisches Kapital zu schimpfen, wenn es normal wird, ein paar Kilometer von hier, in Aalst, beim Karneval jedes Jahr Wagen zu haben, die antijüdische Motive haben, wenn es zunehmend normal wird, nichts dagegen zu sagen. Die Dämme – sie brechen.

Was tut die EU dagegen? Ich frage die Kommission, ich frage die Mitgliedstaaten, ich frage uns alle. Unsere EU-Präsidentinnen hielten schöne Reden letzte Woche in Jerusalem. Doch mit Worten alleine können wir nichts bekämpfen, wir brauchen mehr. Denn die Dämme brechen. Und wir brauchen nicht nur Betroffenheit, wir brauchen Haltung und Handlung! Was machen wir? Wir haben hier den Stab der Kommissionsbeauftragten gegen Antisemitismus ausgestattet. Hat sie genug Arbeitsressourcen, um diese Arbeit zu machen? Wie konkret gestalten denn die Mitgliedstaaten den Ratsbeschluss in der Wirklichkeit, wie setzen sie das um? Das wissen wir nicht. Auf diese Antworten warten wir, und diese Antworten erwarte ich nicht nur als Vorstandsmitglied der Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus in diesem Haus, sondern als Bürger Europas. Denn die Dämme – sie brechen, und wir müssen ihnen standhalten.

Nicola Procaccini, *a nome del gruppo ECR*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sarebbe bastato essere dentro quest'Aula due ore fa per ascoltare parole di odio ed antisemitismo. Due ore fa il popolo di Israele è stato accusato di: apartheid, sfruttamento dei palestinesi, violenta annessione, violazione dei diritti umani, violazione del diritto internazionale, crimini di guerra.

A dire queste cose sono gli stessi che nascondono le responsabilità del radicalismo islamico nei confronti della maggior parte degli attacchi antisemiti in Europa, sono gli stessi che contestano al popolo ebraico il diritto di poter praticare le proprie tradizioni religiose in Europa. Allora forse ha ragione Goldschmidt, il presidente della Conferenza dei rabbini europei, che poche settimane fa in Italia ha detto: «Oggi i maggiori problemi li abbiamo dalle sinistre, questa è la grande novità sul fronte dell'antisemitismo».

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro) ... natürlich grober Unfug, was mein Kollege hier gerade gesagt hat, indem er auf den Linken hier herumgehackt hat.

Angeichts der Tatsache, dass Synagogen wieder Ziele rechtsextremer Anschläge sind, schwer bewaffnet bewacht werden müssen, damit es überhaupt weitergehen kann, dass gläubige Juden auf Europas Straßen angefeindet werden, dass es in diesem Haus Parteien gibt, die den Hitler-Faschismus als Vogelschiss in der Geschichte bezeichnen – angesichts dieser Dinge ist es höchste Zeit zu handeln.

Und Handeln heißt eben nicht nur, bei Gedenkfeiern oder bei Anschlägen gewissermaßen die richtigen Worte zu finden: Es gilt, Geist und Tat der neuen und alten Nazis – ja der Rassisten aller Art – entschlossen zu bekämpfen: im Staat, in der Gesellschaft, auf der Straße, per Justiz, in Parlamenten und im Alltag. Dazu gehört auch, der Geschichtsklitterung in diesem Hause eine klare Absage zu erteilen, weil man Faschismus und Kommunismus nicht in einen Topf werfen kann.

Wir sind der Wahrheit verpflichtet, und auch Sie, die Sie dort sitzen. Den Opfern von Faschismus und Rassismus sind wir das auch schuldig.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, fenomeni come antisemitismo, razzismo, xenofobia, omofobia e altre forme di intolleranza destano un grande allarme sociale in diversi Stati membri. Si nutrono di pregiudizio e odio, che hanno una preoccupante diffusione sia online che offline.

Proteggere persone e gruppi sociali da qualsiasi forma di discriminazione e violenza dettate da motivi legati al colore della pelle, alla religione, alle opinioni personali o all'orientamento sessuale significa non soltanto garantire a tutti il pieno godimento dei diritti umani e delle libertà fondamentali, ma anche avere una società più coesa e inclusiva.

È necessario che l'Unione europea e gli Stati membri adottino delle iniziative e delle misure di prevenzione, di educazione e di sensibilizzazione, soprattutto per i più giovani, in merito a crimini e discorsi di incitamento all'odio. La maggior parte di essi non viene ancora denunciata e perseguita in modo adeguato. Diverse condotte rimangono impuniti, con gravi ripercussioni sulla protezione a sostegno delle vittime. È dunque nell'interesse generale dell'Europa invertire questa tendenza.

Peter Pollák (PPE). – Vážený pán predsedajúci, som veriaci a mnohí z vás sú tu tiež veriaci. Dokonca aj tí, ktorí sympatizujú s fašizmom a nacizmom, sa tvária, že sú veriaci. Boh však chcel, aby sme každý boli iní. Ak by dnes mohli neonacisti vládnuť, tak verte, že polovička z nás by tu dnes nebola. Možno sa líšime vierovyznaním, možno sa líšime kultúrou, či jazykom, možno sa líšime farbou pleti, no farba krvi každého z nás je rovnaká. V žilách Žida, Róma a každého Európana, dokonca aj neonacistu, koluje červená krv. Milióny ľudí zomrelo rukami tých, ktorí sa považovali za dokonalých. V mnohých krajinách zneužívali nacisti a fašisti na svoju zvrhlú ideológiu Boha.

V mojej krajine na Slovensku počas druhej svetovej vojny fašisti obhajovali svoje zverstvá heslom „Za Boha, za národ!“ Boh však nie je nenávisť.

Na jednej strane, dámi a páni, je tu bohatá, prosperujúca Európa, na druhej strane korupcia, chudobné a úbohé regióny, v ktorých ľudia nepracujú, kde deti nedokáže škola pripraviť na pracovný trh, kde ľudia nemajú kanalizáciu, či prístupovú cestu, a dokonca niektorí ľudia pijú vodu z potoka. Aj toto je obraz Európskej únie 21. storočia. Ak budeme ignorovať tieto problémy, ujmú sa ich fašisti.

Ideológiu nadradenej rasy môžeme poraziť aj tým, že politici začnú riešiť skutočné problémy ľudí. Zároveň je však dôležité, aby sme sa postavili k ideológii o nadradenej rase nie ako k názoru, ale ako k zločinu. Ten kto hrá sa, hlása, že nejaká rasa je dokonalejšia ako tá iná, to nie je o slobode prejavu. To je o zločine. Je to zločin. Všetky demokratické inštitúcie sa musia postaviť k tomuto názoru ako k zločinu. História ukázala, kam môže zájsť extrémizmus, ak mu dovoľíme rásť. História ukázala, že extrémizmus rastie vtedy, ak mu dáme príležitosť. Nedajme do rúk agendu extrémistom, ktorú sme schopní vyriešiť sami. Extrémisti v mnohých krajinách poukazujú na korupciu, neriešenie problémov migrácie, či chudobných rómskych komunít. Európa musí výrazne riešiť svoje problémy, ktoré trápia ľudí v Európe.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, vicepresidenta Jourová, este debate contra el antisemitismo, el racismo y el odio en Europa está cargado de sentido. No porque el Eurobarómetro indique que crecen las actitudes discriminatorias contra personas y categorías enteras de ciudadanos europeos —cuyos derechos fundamentales están protegidos por el Derecho europeo—, sino porque aumentan los delitos de odio, porque está aumentando la violencia real contra esas personas y categorías enteras.

Por eso, este Parlamento no solamente tiene el deber de expresar tristeza y preocupación sino, sobre todo, motivación para apoyar todas las actuaciones de la Comisión y del Consejo que conduzcan a ese combate y a fortalecer los instrumentos. Por eso aprobamos el 1 de junio del año 2007 nuestra Resolución sobre el antisemitismo y nuestro compromiso contra la negación del Holocausto.

Pero también por eso hemos dado seguimiento a la decisión que adoptó el Consejo Europeo en diciembre de 2018 para proporcionar los instrumentos necesarios para actuar en un doble campo: el de la educación contra el odio, pero también la legislación contra los delitos que instiguen directamente a la violencia. Y es ahí donde entra en juego la correcta transposición de la Decisión marco de 2008 y la necesidad de que la Comisión cuente con el apoyo del Parlamento Europeo para aportar todos los instrumentos necesarios.

Primero, formación de las autoridades competentes. Segundo, registro de los delitos de odio y, tercero, protección de sus víctimas y garantía de seguridad de esas comunidades amenazadas en Europa, no solo la comunidad judía —por supuesto—, sino también la comunidad gitana y cualquiera que sirva al discurso del odio como chivo expiatorio de actitudes de intolerancia y desprecio contra el prójimo que no pueden ser toleradas porque son profundamente incompatibles con el Derecho europeo.

Anna Júlia Donáth (Renew). – Mr President, recently, in Hungary, an anti-Roma governmental campaign has been launched. The Prime Minister approves of the segregation of Roma children in the countryside, discourages the payment of compensation for the segregation of these children and enrages others by saying that Roma people get this money without doing any work.

Hate speech and openly racist politics are on the rise in many EU countries. They have always been present in society, but in recent years they have been spreading instead of receding. Populist and racist movements have a strong role in this as they build on people's fear and designate scapegoats: others towards whom to channel negative emotions and fears generated by the changing world.

If we don't act now this can cause a domino effect, as extremists learn from each other. For example, with the spread of exclusionary law-making practices and propaganda methods. If we do not speak out and take decisive action now they will keep undermining EU values and principles which, like solidarity, respect of human dignity, human rights and non-discrimination will have no role to play in the future of Europe. We must act now.

(Applause from certain quarters)

Susanna Ceccardi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la storia del mondo occidentale ha dimostrato che l'antisemitismo è una cartina tornasole della decadenza di una società e ne prefigura il crollo. Chiunque abbia a cuore la società in cui vive dovrebbe combattere l'antisemitismo.

La lotta all'antisemitismo deve prevedere la difesa dello Stato di Israele nella sua integrità territoriale, politica e religiosa, poiché Israele è il baluardo delle libertà democratiche in Medio Oriente. Il contributo che la tradizione giudaico-cristiana ha dato alla formazione della cultura e della civiltà occidentale europea è stato fondamentale.

Combattere l'antisemitismo significa pertanto non solo difendere Israele, che al tempo stesso è la patria dell'ebraismo e il custode della memoria cristiana, ma anche difendere la stessa Unione europea dal terrorismo islamico, dal fondamentalismo religioso e da ogni movimento illiberale e antidemocratico.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Herr talman! Det är nästan, men bara nästan, förförande att lyssna till alla vackra ord om hur vi ska bekämpa hatet mot judar, mot muslimer, mot dem som skiljer sig från mängden – sådana som jag.

Lyckligtvis är vi många som är medvetna om att det är en hel del tomt prat. Bakom retoriska krumbukter finns olika måttstockar och helt olika upplagor av rättigheter, beroende på var du kommer ifrån, var dina föräldrar kommer ifrån, vilket namn du bär och hur mycket pigment du har i huden. Rasismen och diskrimineringen sprider sig som en löpeld.

Vi måste ta hoten på allvar. Det är oacceptabelt att EU:s ledare, som har haft 15 år på sig, inte har lyckats skriva under antidiskrimineringsdirektivet.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Rzeczywiście ta debata na temat źródeł antysemityzmu musi być oparta na prawdzie. Zatem jeśli prawda, to nie jacyś enigmatyczni naziści, nie 75. rocznica wyzwolenia obozu w Auschwitz, tylko wyzwolenie niemieckiego nazistowskiego obozu zagłady w Auschwitz. To po pierwsze. Po drugie ze zdumieniem słuchałem przedstawicieli lewicy, którzy oburzali się na stawianie znaku równości między faszyzmem i komunizmem. Tej oburzonej pani chciałbym zacytować jedną bardzo łagodną wypowiedź Stalina na temat Żydów właśnie. Mówił on, że należy robotnikom rozdać pałki, aby mogli sobie na koniec pracy použíwać na Żydach. Polscy komuniści, których synowie zasiadają również dzisiaj w tej izbie jako demokraci, jeszcze w latach sześćdziesiątych przeprowadzali czystki antysemityczne w polskim wojsku. Dlatego trzeba powiedzieć, cytując wielką pisarkę Zofię Nałkowską, „to ludzie ludziom zgotowali ten los”. Natomiast antysemityzm będzie można

wyrugować jedynie pod warunkiem, że będziemy bardzo konsekwentnie, zgodnie z prawdą sprzeciwiać się tym, którzy stoją za antysemityzmem we współczesnej Europie, nie dbając przy tym o poprawność polityczną.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, one of the most hideous crimes against the Jewish people took place in 1492 when the so-called Catholic kings ordered the general expulsion of the Jews from Sepharad. This first episode of state anti-Semitism, one that Adolf Hitler admired and sought to surpass, stands as a cornerstone of the Spanish tragic record of intolerance.

Today, this intolerance takes the form of contempt for the rights of the Catalan minority. This happens in the background of laughter and indulgence with fascism apologies. While the Francisco Franco Foundation remains legal, Spanish judges use anti-hatred laws to prosecute Catalan teachers that criticise the violence of the Civil Guard. We do need laws to protect minorities from hatred but, without democratic judges to enforce them, they are useless.

Tomas Tobé (PPE). – Herr talman, ärade kolleger! Allra helst skulle vi inte behöva ha en debatt om antisemitism, rasism och hat i Europa, men den är viktig – och tyvärr så behövs den. Antisemitismen ökar i Europa, också i mitt eget hemland, Sverige. Enligt Eurobarometern växer antisemitismen som allra mest just nu i Sverige. Judar vittnar om att man inte vågar bära sin davidstjärna eller sin kippa. Religionsfriheten begränsas.

Jag anser att arbetet mot antisemitism borde vara en mycket tydligare prioritering från kommissionens sida. Jag förstår inte varför det inte ens nämns i kommissionens arbetsprogram och skulle gärna vilja få en förklaring till varför det inte nämns.

Jag skulle avslutningsvis också vilja lämna tre konkreta förslag till initiativ som kommissionen borde ta. För det första: Öka finansieringen för att utbilda ungdomar om Förintelsen, kring rasism och kring hatbrott i Europa. För det andra: Se till att stoppa utländsk finansiering av extrema trossamfund genom hela Europa. För det tredje: Sätt stopp för hatpredikanter möjlighet att resa in i Europa och sprida sina extrema åsikter.

Visa att vi är beredda att göra någonting konkret för att stoppa antisemitism och rasism i Europa, för det hör inte hemma här.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi anni abbiamo visto un aumento preoccupante dei casi di antisemitismo in Europa e nel mondo. Anche nel mio paese, l'Italia, di recente sono comparsi scritte e simboli antisemiti sulle case di sopravvissuti alla Shoah o di attivisti per i diritti umani. Si tratta di un fenomeno gravissimo che spesso viene coperto da partiti che usano il razzismo per guadagnare consenso. I leader di queste forze spesso fanno dichiarazioni antisemite, talvolta negano addirittura l'Olocausto.

Qualche settimana fa questo Parlamento ha ospitato Liliana Segre, sopravvissuta ad Auschwitz. Oggi è necessario seguire il suo esempio. Così come lei ha rifiutato l'invito a un dibattito sull'antisemitismo insieme a esponenti dell'estrema destra, noi dobbiamo dire chiaramente che solo essendo nettamente antirazzisti possiamo combattere veramente l'antisemitismo. Dobbiamo essere come Parlamento in prima fila, quindi a combattere tutto questo, e la ricostituzione del nostro gruppo di lavoro sull'antisemitismo è un segnale importante, ma dobbiamo proseguire in questa direzione.

Teuvo Hakkarainen (ID). – Arvoisa puhemies, jottei totuus unohtuisi, juutalaisille suunnatun kyselytutkimuksen mukaan väkivalta tai sen uhka Euroopassa suuntautui heihin pääsääntöisesti muslimien taholta. Toiseksi suurin uhkaryhmä on äärivasemmisto ja äärioikeisto. Kaikkein tähän vainoon on luonnollisesti puututtava lujin ottein.

Rasismi sanana on kokenut täyden inflaation. Rasismisyyöksillä hyökätään erityisesti kaikkia kansallismielisiä kohtaan. Tässäkin salissa tuo syytös kuuluu hyvin usein. Kun omat faktat loppuvat, voi ainakin toisia rasistiksi syyttämällä röyhistellä rintaansa. Olihan fariseuskin onnellinen siitä, ettei ollut sen kurjan publikaanin kaltainen. Vihapuhe on kehitettyä uussanastoa, jolla käydään toisinaajattelijoiden, siis kansallismielisten, kimppuun ja jonka perusteella jopa jaetaan tuomioita eri oikeuslaitoksissa.

Salima Yenbou (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, en janvier nous avons commémoré la découverte des atrocités du camp d'Auschwitz pour que ces horreurs ne se reproduisent plus jamais. Malheureusement, crimes et discriminations continuent depuis, entre autres en Europe (dans les Balkans), mais aussi contre les Tamouls, les Tutsis, les Yézidis, les Kurdes, les Coptes, les Falachas, les Ouïgours, les Indiens musulmans, les Rohingyas, les Palestiniens, les Roms...

Aujourd'hui, devant ce constat, nous devons repenser la lutte contre l'ensemble de ces atteintes morales, psychologiques et physiques. La lutte contre les discriminations ne doit plus être comparée, concurrencée par un vocable spécifique qui divise plutôt qu'il ne rassemble. L'intersectionnalité et le mot discrimination sont pertinents pour appréhender ce défi majeur avec solidarité et lutte par tous et pour tous.

Cet engagement contre les discriminations doit être universel, sans considération sur l'origine, le genre, la religion, l'orientation sexuelle ou tout autre critère pouvant définir l'opprimeur et l'opprimé. En effet, nul besoin d'être une femme pour défendre une femme, nul besoin d'être juif, chrétien, musulman pour défendre un juif, chrétien, musulman, nul besoin d'être homosexuel pour défendre un homosexuel. Levons-nous tous, à chaque fois qu'un être humain est discriminé.

Alexandr Vondra (ECR). – Pane předsedo, já myslím, že veškeré politické řeči blednou, když se podíváme na ta čísla. Antisemitismus v dnešní Evropě je na pochodu a je to mega problém. Jen za 10 let opustilo 60 000 Židů Francii. Z údajů Evropské agentury pro lidská práva je evidentní, že 38 % Židů zvažuje odchod z Evropy. Některá ta čísla jsou strašlivá. Německo zdvojnásobení na 44 % za 5 let. Švédsko zdvojnásobení na 35 % za 5 let. Francie 44 %, Belgie, kde je sídlo EP, 42 %. Naopak Maďarsko, které je tady často na tapetě, je jediná země, kde se snížil počet Židů, kteří chtějí odejít, o celých 10 %.

Čili: Co dělat? Ustavit definici antisemitismu, zakázat Hezbolláh a skončit s protiizraelskou antisemitskou zahraniční politikou.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 171 odst. 8 jednacího řádu).)

Stanislav Polčák (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Já děkuji, že pan kolega přijal moji modrou kartu a že se třeba tento institut také může trochu více naučit. Já jsem velmi vnímal jeho vyjádření a musím říci, že mi mluvil samozřejmě z duše, ale chci mu poskytnout prostor pro to, aby zároveň reagoval na to, že rasismus není pouze omezen na antisemitismus.

Vy jste se ve své řeči vyjádřil pouze k židovskému rasismu, tzn. k antisemitismu, ale my máme i další formy rasismu. Vnímáte i ty ostatní formy jako zásadně důležité a odsouzeníhodné?

Alexandr Vondra (ECR), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Samozřejmě, že je vnímám za zásadní a důležité, ale antisemitismus vzhledem na historii tohoto kontinentu, na to, co se odehrávalo ve 20. století, vnímám jako mega problém.

Z těch čísel to jasně vyplývá, že to je mega problém, že to souvisí prostě s naší politikou vůči migraci. Nesmíme toto prostě zastírat a ty politické řeči blednou ve světle těch čísel, která tady máme. Je to průzkum, kdy naše agentura, evropská agentura, se ptala 16 000 Židů, prosím pěkně. To není žádná skupina 500 dotázaných.

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). – Mr President, in the last decade anti-Semitism has raised its ugly head again in Europe. Sadly, though this is factually substantiated, according to a 2019 Eurobarometer survey there's a striking discrepancy in the perception of anti-Semitism. Almost 90% of Jews feel that anti-Semitism is on the rise, but only 36% of European citizens agree.

Europe cannot allow the poison of anti-Semitism to spread. It needs to support, it needs to protect its Jews and it needs to effectively combat anti-Semitic perpetrators, and there is no question that Hezbollah, Iran's most deadly proxy, is an indoctrinated, violent anti-Semitic group which poses serious threats to Jews in Europe and not just in Europe. Yet the European Union refuses to follow in the footsteps of some of its most adored allies like the United States, like the United Kingdom, like Canada, and to end this false distinction between the political wing and the military wing of Hezbollah – a distinction which, by the way, Hezbollah calls a joke and dismisses. This hypocrisy must end now. The EU must place Hezbollah in its entirety on the EU terrorist list if it is going to be credible and, more importantly, effective in combating anti-Semitism and the atrocious acts it leads to.

Sylwia Spurek (S&D). – Mr President, as we've already heard, FRA and Eurobarometer research shows that anti-Semitic abuse and violence is increasing in the EU. According to the FRA survey, people cannot live a life free of worry for their own safety and the safety of their family members.

But racism and anti-Semitism are still denied by many politicians, media and scientists all over Europe. When I was a Deputy Commissioner for Human Rights, I often heard that there is no anti-Semitism in Poland, while dealing with anti-Semitic attacks, hate speech and violence. It is the 21st century and more and more people here in the European Union feel they can treat someone differently or hate someone because of his or her religion, ethnic origin or skin colour. It is unacceptable. The European Union urgently needs a strategy to fight anti-Semitism, racism and xenophobia, to prevent and combat these phenomena and to protect human rights.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 171(8))

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Mam pytanie do mojej przedmówczyni. Czy w czasach, kiedy pełniła Pani funkcję u boku rzecznika praw obywatelskich, pamięta Pani, jak na wszelkie ekscesy antysemickie reagowała policja? Ja miałem zaszczyt być ministrem spraw wewnętrznych i administracji w rządzie Prawa i Sprawiedliwości i chcę podkreślić bardzo mocno, że każdy przejaw antysemityzmu spotykał się z natychmiastową reakcją polskiej policji i był zwalczany. Nigdy nie było akceptacji i nie może być akceptacji dla przejawów antysemityzmu, dlatego proszę nie wprowadzać tej izby w błąd.

Der Präsident. – Jetzt haben wir zwei Fehler gemacht:

Zum einen waren Sie als Redner dran, daher haben Sie kein Recht mehr auf eine „blaue Karte“.

Zum Zweiten haben Sie jetzt keine Frage gestellt, sondern eine Feststellung gemacht. Ich überlasse es daher der Frau Kollegin Spurek, dazu Stellung zu nehmen – ja oder nein? Bitte.

Sylwia Spurek (S&D), blue-card answer. – Yes, I would like to answer this non-question.

Nie wystarczy, że policja reaguje. Nie wystarczy, że prokuratura ściga, a sądy orzekają, zwłaszcza że nie zawsze obserwowałam taką determinację, jaka jest potrzebna. Zabrakło mi w czasie pełnienia przeze mnie funkcji zastępczyni Rzecznika Praw Obywatelskich całkowitego potępienia ze strony osób sprawujących wysokie funkcje publiczne w rządzie.

Jean-Paul Garraud (ID). – Monsieur le Président, le sujet en débat ce soir est souvent abordé dans cet hémicycle et c'est une excellente chose. Mais il est toujours traité d'une façon incomplète, partisane et à sens unique.

Incomplet, car personne, ici, de la majorité, n'abordera dans le cadre de ce débat le sujet pourtant considérable des actes antichrétiens dans le monde, visant des personnes mais aussi des biens, des églises quotidiennement vandalisées, des cimetières profanés.

Partisan et à sens unique, car une majorité de députés de cet hémicycle ne veulent pas poser la vraie question, celle qui gêne, celle qui dérange: quelle est la cause principale de la forte hausse des actes antichrétiens et antisémites? Vous connaissez la réponse: c'est évidemment la montée de l'islamisme, ce nouveau totalitarisme que vous refusez de voir, que vous vous interdisez de critiquer, alors que nos peuples le subissent et en souffrent.

Quant à la haine que vous dénoncez, vous vous trompez de cible. Vous visez toujours et encore ce que vous appelez avec dédain et mépris les «populistes». Vous devriez porter tous vos efforts sur ceux qui détestent notre civilisation européenne, nos cultures, nos identités, nos libertés individuelles. Vous devriez combattre ceux qui veulent violemment nous imposer une société barbare qui n'est pas la nôtre. Ce devrait être cela, notre combat commun: lutter de toutes nos forces contre l'islamisme, ce radicalisme, ce terrorisme qui est bien la menace la plus grave qui pèse sur nos démocraties du XXI^e siècle.

Helmut Geuking (ECR). – Herr Präsident! Ich bin sehr verwundert, was ich hier gerade so alles gehört habe. Der Antisemitismus gipfelte einst in dem schlimmsten, menschenverachtendsten und grausamsten Völkermord, den die Menschheit je kannte. Er brachte das abgrundtief Schlechteste der Menschen hervor. Auch durch Neuordnung des demokratischen Europas nach 1945 verschwand der Antisemitismus nicht, er nahm aber neue Formen an. Antisemitismus wurde anpassungsfähig, veränderbar und verwurzelte sich dabei tief in unserer Gesellschaft. Das zeigte auch heute wieder die Debatte. Die Rechtspopulisten Europas bedienen den Antisemitismus nicht nur unterschwellig; offen schüren sie zielgerichtet Hass, um vorhandenen Antisemitismus in den Köpfen der Menschen in Stimmung und Stimmen umzuwandeln. Es ist unser aller Verpflichtung, dieser zynischen, menschenverachtenden Vorgehensweise in unserer

Gesellschaft und politischen Landschaft entgegenzuwirken. Es ist unser aller Verpflichtung, den Antisemitismus aus den Köpfen der Menschen zu tilgen. Dazu braucht es unberufene Helden – Bürger, die widersprechen und entschieden ihr Wort gegen jede Form von Antisemitismus erheben. Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss: Werden auch Sie unberufene Helden in Ihren Ländern!

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, quando hoje se debate o antissemitismo, nomeadamente, homenageio o português Aristides Sousa Mendes, cônsul em Bordéus, exemplo ímpar de humanismo de dimensão mundial, que, durante a Segunda Guerra Mundial, foi responsável pelo salvamento de até trinta mil judeus que fugiam às atrocidades do nazismo. Pai de catorze filhos, quando Portugal era um país neutro, desobedeceu às instruções do governo, que então tinha suspenso a autorização de vistos a judeus, continuando a atribuí-los sem distinção de raça ou de religião. Pelo seu ato pagou o preço mais alto. Foi demitido da função de cônsul, despromovido, aposentado e até proibido de exercer a função de advogado por ter salvo da morte milhares de seres humanos. Perdeu tudo e morreu na mais completa pobreza, enterrado até com um fato vestido oferecido por caridade.

Em 1966, o Memorial do Holocausto em Jerusalém, Yad Vashem, prestou-lhe homenagem e atribuiu-lhe o título de *Justo entre as Nações*. Em Portugal obteve, a título póstumo, mas só recentemente, as mais amplas distinções. Merece, todavia, o reconhecimento mundial e merece, com toda a certeza, como extraordinário e superior ser dotado de verdadeira humanidade e amor ao próximo, a justa evocação neste Parlamento Europeu.

Como democrata cristão e português que sou, honra-me poder fazê-lo.

Łukasz Kohut (S&D). – Mr President, 75 years after the Holocaust, anti-Semitism, hatred, discrimination and xenophobia are all on the rise in Europe. In my own country, Poland, we have LGBT-free zones, which the Parliament has rightly condemned.

I'm not a Jew and I'm not an LGBT person, but this does not mean that I can stay idle, for hatred and discrimination are evil. They hurt people and they destroy the very fabric of democracy, freedom and solidarity. I also think: what if it were me, if they proclaimed Silesian-free zones, for example? As already mentioned, Marian Turski, a Holocaust survivor, said the Shoah did not suddenly fall from the sky: it took hold step by step, with society accepting small acts of discrimination, then bigger ones, leading to ghettos and extermination camps. We know this history in Europe all too well, and we must never let it repeat. As the European Parliament, we must be firm and fight hard all forms of hatred and discrimination.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Eines der Hauptprobleme ist die ungeheure Verlogenheit hier in diesem Hause. Frau Ries redet über einen gefolterten und ermordeten Juden in Frankreich, erwähnt aber nicht mal seinen Namen. Der hieß übrigens Ilan Halimi, und sie erwähnt vor allem nicht, wer der Täter war, nämlich natürlich ein muslimischer Einwanderer. Hier wird bei solchen Diskussionen nicht darüber diskutiert, dass natürlich BDS niemals auf die Liste terroristischer Organisationen kommt, und natürlich auch nicht – wie eben hier schon erwähnt – die Hisbollah. Gleichzeitig setzt sich dieses Parlament dafür ein, dass die Grenzen geöffnet werden, dass wir Resettlement-Programme bekommen und *global compact on migration*, also dass immer mehr Muslime nach Europa kommen.

Die Berliner Juden sagen, dass ungefähr drei Viertel aller Attacken von Muslimen kommen, und man muss ergänzen: Der Rest kommt wahrscheinlich von Antizionisten und Anhängern von *Boycott, Disinvest and Sanctions*. Und natürlich finanzieren Sie auch den Antisemitismus in Palästina, nämlich die Al Fatah und die Hamas mit 1,5 Millionen pro Tag, wie Herr Borrell heute sagte. Wenn Sie den Antisemitismus bekämpfen wollen, dann sollten Sie diese Finanzierung erst einmal stoppen.

Der Präsident. – Herr Kollege, ich würde Sie bitten, das Wort „Verlogenheit“ in diesem Raum nicht als Unterstellung gegenüber anderen Kolleginnen und Kollegen zu verwenden.

Lena Düpont (PPE). – Herr Präsident, verehrte Kollegen! Die erste Debatte in diesem Haus zum Thema Antisemitismus in dieser Wahlperiode hatten wir vor dem Eindruck des tragischen Anschlags von Halle. Die Debatte heute findet vor dem Eindruck des Holocaust-Gedenktages vor zwei Wochen statt. Beide Ereignisse, wenn auch leider nicht nur diese beiden, führen uns vor Augen: Unser Einsatz gegen Antisemitismus ist heute wichtiger denn je. Er kann und er wird kein Ende haben. Antisemitismus, Rassismus, Hasskriminalität steigen weiter an. Unsere Aufmerksamkeit demgegenüber darf nicht sinken, unser Einsatz dagegen darf nicht beendet werden.

Noch nötiger aber als nur Aufmerksamkeit sind unsere Taten, die wir diesem Hass und dieser Spaltung entgegensetzen. Die OSZE hat in ihrem letzten Bericht zu Hasskriminalität herausgestellt, dass viele Taten gar nicht als Hasskriminalität eingestuft werden – auch, weil gleichzeitig viele Opfer die nötigen Informationen dazu nicht abgeben. Sie befürchten schlicht, dass es an ihrer Situation nichts ändert.

Für uns kann das nur eins bedeuten: Wir müssen die Situation der Opfer noch ernster nehmen, wir müssen Hassrede, Drohung, Antisemitismus im Internet online und offline bekämpfen und hier ambitionierter vorgehen. Denn nur alle gemeinsam können dagegen aufstehen.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, anti-Semitism is a diagnosis of a serious disease in society. However, finding the right treatment requires knowing the causes. They are internal and external. The internal ones are clear. They are like mutating viruses, becoming active in the dirty environment of angry nationalism. We must root them out.

One of the external causes wasn't mentioned today. It comes from the double-faced Kremlin policy against Europe. On the one hand, they attack some countries for being anti-Semitic and pretend to fight Nazism, but on the other hand, they finance nationalistic parties in the EU. Putin's suggestion for Permanent Security Council Members to discuss threats of anti-Semitism in the UN is fake, because Russia itself is reviving totalitarian Stalinism based on hatred. The fight against anti-Semitism should be seen in the context of the fight against rehabilitation of all totalitarian regimes.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, vedeme tuto diskuzi, protože vidíme nárůst antisemitismu, rasismu a nenávistných projevů. My nechceme další eskalace, protože víme, že mohou vést k politickému zneužití, tak jako v minulosti vedly k diktaturám. 81 % židovské populace dnes v Evropě uvádí obavy z antisemitismu, ale to se nevyhýbá ani střední a východní Evropě, kde muslimská populace je nízká. Tady dokonce v Polsku uvádí pocit antisemitské nálady 48 % občanů a v Maďarsku 42 % občanů.

Jak se bránit těmto projevům nenávisti, ať už je to rasistická, antisemitská či jen obyčejná lidská nenávist, která je proti lidské důstojnosti? Především je potřeba znalost historie a také vzdělávání a já doporučuji etické vzdělávání, etickou výchovu. Netolerance a netolerovat ve veřejném prostoru tyto projevy. O mnoha nástrojích zde hovořila paní místopředsedkyně Komise.

Potom konkrétní příklad a já bych poprosila, abych ho mohla uvést, protože je to konkrétní příklad statečného projevu proti nenávisti, kdy se náš kardinál Duka jasně vymezil a ohradil proti nenávistnému nápisu na muslimské mešitě v ČR, a toto je třeba ocenit.

Magdalena Adamowicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Dziś już kilka razy wspomniano poruszającą mowę Mariana Turskiego, byłego więźnia obozu Auschwitz. Pokazał on, skąd się wzięło Auschwitz, wytłumaczył, że nie spadło ono z nieba. Opisał mechanizmy stopniowego, początkowo niewinnego wykluczania, stygmatyzowania, alienowania, piętnowania, potem agresji, aż po eksterminację tego innego. Przemowa Turskiego jest przerażająco aktualna. Pokazuje, że brak reakcji, przyzwolenie, cicha akceptacja nieuchronnie prowadzą do tragedii. Zawsze. Dlatego odpowiedzialność spoczywa na nas wszystkich. Nie tylko na siejących nienawiść – oni muszą się opamiętać – ale także na nas wszystkich, którzy się temu przyglądamy i biernie akceptujemy.

Musimy powiedzieć „stop”, musimy stanowczo działać. To nasz obowiązek. Milczenie oznacza de facto przyzwolenie, a potem już będzie za późno, jeżeli zaczniemy traktować to jako normalność. Dlatego Turski apelował do wszystkich, niezależnie od wyznania czy światopoglądu: „nie bądźcie obojętni”. To jedenaste przykazanie. Nie bądźmy obojętni my, parlamentarzyści. Nie możemy sobie pozwolić na grzech zaniechania, gdy łamane są prawa mniejszości czy ograniczana jest przestrzeń życia bez nienawiści. Spróbujmy wyobrazić sobie świat bez nienawiści.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, 75 jaar na Auschwitz is jodenhaat in Europa nog springlevend. De Britse organisatie Community Security Trust (CST) houdt al sinds 1984 bij welke incidenten er zijn geweest tegen joden. CST concludeerde onlangs dat er in 2019 1 800 incidenten zijn geweest tegen joden in Engeland, het hoogste cijfer ooit.

Helaas kunnen we talloze dieptepunten noemen als het over jodenhaat gaat. Denk aan de aanslag van een rechts-extremist op de synagoge in Halle op Grote Verzoendag vorig jaar. Maar denk ook aan links: 7 leden van de Labourpartij stapten onlangs op omdat Corbyn onvoldoende optrad tegen jodenhaat in de Labourpartij. Of denk aan Frankrijk, waar de Holocaust-overlevende mevrouw Mireille Knoll op 23 maart 2018 werd vermoord in haar appartement in Parijs. Maar ook in mijn eigen land: begraaftplaatsen die onlangs zijn beklad in Dordrecht.

Weg met antisemitisme. Steun onze petitie op stopantisemitism.eu: allemaal ondertekenen, die petitie.

Balázs Hidvéghi (PPE). – Elnök Úr! Ma egy nagyon fontos témáról van itt szó, amelynek kapcsán teljesen világosan ki kell mondani azt, hogy a második világháborút követően egyetlen lehetséges megközelítésként kizárólag a zéró tolerancia létezhet az antiszemitizmussal szemben. Magyarországon e kérdésben teljes a társadalmi és a politikai egyetértés. A zsidó közösség tagjai biztonságban élnek, gyakorolhatják vallásukat és megélhetik az identitásukat. Ennek biztosítása, amellet, hogy alkotmányos kötelezettség, egyben erkölcsi kötelességünk is.

Büszkék vagyunk arra, hogy Magyarországon virágzik, és ma reneszánszát éli a zsidó kultúra, a zsidó emberek és családok biztonságban érzik magukat és ápolják az örökségüket. Ezzel szemben Nyugat-Európában nő a zsidó közösségek elleni erőszakos cselekmények és támadások száma. Amellet, hogy minden ilyen támadást határozottan el kell ítélni és vissza kell utasítani, beszélni kell arról is, hogy a radikális muszlim antiszemitizmus európai megjelenése és terjedése hozzájárul az antiszemita támadások számának növekedéséhez. A nyugat-európai zsidóság elleni támadások tehát még egy indokot jelentenek arra, hogy az illegális migráció ellen határozottan fellépjünk.

Arba Kokalari (PPE). – Herr talman! Vi måste på allvar trycka tillbaka det hat, de hot och den diskriminering och rasism som judar i Europa utsätts för.

Judar i Sverige är alldeles särskilt utsatta. De är faktiskt angripna från flera håll, från både nynazister, vänsterextremister, islamister och dem som helt enkelt har ett stort hat mot staten Israel.

Vem är det då som höjer rösten när unga inte vågar visa sin judiska tro av rädsla för att få hot och diskrimineras i skolan? Vem agerar när synagogan i Malmö eller Göteborg utsätts för hat och attacker? Inte Sveriges regering i alla fall!

Jag vill att EU börjar agera för att skydda judarna i Europa, att vi utbildar fler skolungdomar och att vi satsar på att skapa EU-regler, som gör att vi tillsammans kan stoppa finansiering från extrema trossamfund som sprider antidemokratiska värderingar. Det räcker nu!

Асим Адемов (PPE). – Г-н Председател, уважаеми колеги, днес в този дебат осъждаме насилието и езика на омразата, основани на расова, етническа, религиозна принадлежност и антисемитската пропаганда. Това е логично, защото такива неща нямат място сред нас.

Но сега е времето всеки един от нас да си зададе един важен въпрос към себе си – след като се обръщаме към нашите избиратели и изискваме от тях да имат цивилизовано отношение към тези проблеми, дали ние с нашето поведение сме добрият пример.

На миналата мини сесия в Брюксел един наш колега от Гърция в пленарната зала, в храма на демокрацията, си позволи да скъса знамето на Република Турция. Питам аз това пример за уважение и добро поведение ли е или е проява на омраза. Имаме ли право ние, евродепутатите, да се отнасяме по този начин с националните символи не само на Турция, но и на която и да е държава?

Затова, колеги, аз мисля, че преди да изискваме от нашите избиратели да не допускат прояви на антисемитизъм, расизъм и омраза, самите ние с нашите действия трябва да дадем личен пример за европейско и цивилизовано поведение.

Spontane Wortmeldungen

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Dosłownie kilkanaście dni temu obchodziliśmy w Polsce i w Europie rocznicę wyzwolenia obozu w Auschwitz. Wydawać by się mogło, że te tragiczne wydarzenia z II wojny światowej pozostaną dla nas wszystkich bolesną lekcją historii, o której każdy będzie pamiętać. Niestety nikt chyba nie może powiedzieć, że dziś, na początku 2020 r. nasz kontynent jest wolny od choroby antysemityzmu, rasizmu i ksenofobii, która doprowadziła do tragicznych wydarzeń zaledwie siedemdziesiąt parę lat temu. W dzisiejszych czasach cieszymy się wspólnym rynkiem czy swobodą podróżowania, lecz nie zapominajmy, że Unia Europejska narodziła się przede wszystkim z potrzeby zachowania pokoju i zapobieżenia nowym konfliktom. Dlatego też ochrona praw podstawowych, a do nich należy idea sprawiedliwych, pokojowych i tolerancyjnych społeczeństw, jest naszym

obowiązkiem. Komisja Europejska, Parlament i rządy państw członkowskich muszą wspólnie kontynuować działania na rzecz eliminacji wszelkich objawów rasizmu, ksenofobii i dyskryminacji w naszych społeczeństwach.

Milan Brglez (S&D). – Gospod predsednik, antisemitizem, rasizem in sovražstvo so pojmi, ki so se v zgodovini, žal tragični evropski in svetovni, napolnili s pomenom, vendar pa so danes pomembni predvsem zato, da prepoznamo, poimenujemo in obsodimo sodobne oblike tovrstnih pojavov, zato da bi jih lahko preprečevali.

V današnji Evropi je mogoče zmotno prepričanje, da je to odvisno zgolj od avtoritarnih voditeljev, ki vsiljujejo, manipulirajo ljudi. Dejansko pa lahko velik požar povzroči šop vžigalic stereotipov in predsodkov, ki temeljijo na nacionalni osnovi. Tako so se denimo včeraj v Italiji, na območju, kjer živi avtohtona slovenska narodna skupnost, pojavili številni neofašistični napisi, za katere pričakujem, da jih bodo italijanske oblasti obsodile in bodo ustrezno reagirale na ta skrajni desni pojav.

Vsekakor ni potrebe oz. ima evropska politika veliko odgovornost, da zatre vsako obliko nestrpnosti.

Илхан Кючюк (Renew). – Г-н Председател, уважаеми колеги, взимам думата в този дебат, защото проявите на антисемитизъм, расизъм и език на омраза не са грижа на едно или друго малцинство, нито на една или друга общност. Това е общ европейски и световен проблем, който заплашва основните ни ценности.

Но как да се справим с него, когато в самия Европейски съюз той е овластен. Давам за пример моята родина Република България, където крайният националист Валери Симеонов бе избран за заместник-председател на българския парламент и то с подкрепата на политическите сили, членуващи в Европейската народна партия и Партията на европейските социалисти. И това е човек, който блъскаше възрастни жени на границата с Република Турция, дошли да гласуват или просто да видят роднините си. Мотивът му – че са етнически различни.

Колеги, да не бъдем безгласни, никога не е късно злото и нас да ни настигне. Вдигнете глас, бъдете хора с достойнство и зачитайте правата и свободите на всички граждани.

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE). – *(Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro)* ... Antisemitismus und Gewalt machen sich in Europa immer mehr breit. Die Debatten in Sitzungen, auf der Straße oder im Alltag werden immer rauer, aggressiver und abwertender. Beleidigungen werden hingenommen und leider juristisch abgesegnet, wie in Deutschland die Debatte um das N-Wort. Dies wird als Freibrief seitens der Rassisten bewertet und ist indirekt Nährboden für entwürdigende Handlung. Rassistische Angriffe nehmen drastisch zu. Menschen anderer Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit, schwarze Menschen, Juden, Sinti und Roma sind oft die Zielscheibe rassistischer Gewalt. Nach dem Anschlag in Halle gegen die jüdische Gemeinschaft im vergangenen Jahr wurde in der gleichen Stadt ein zweiter Anschlag gegen einen Abgeordneten des Bundestages mit afrikanischer Herkunft verübt. Erst letzte Woche bei der Wahl in Thüringen wurden wir Zeugen eines alarmierenden Tabubruchs, bei dem eine Partei der Mitte aus Machtgründen eine Allianz mit einer populistischen Partei einging.

Leider mussten ich und andere afrikanische Menschen vergangenes Wochenende in Ludwigsburg ein Theaterstück mit rassistischen und abwertenden Begriffen wie dem N-Wort ertragen. Die ausdrücklichen Hinweise verschiedener Akteure, das Stück in dieser Form nicht zuzulassen, wurden nicht angenommen. Die UNO hat für 2014-2024 die Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen, denn wir sind immer noch Opfer von Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz. Gerade in Zeiten, wo die schlechte Stimmung an Boden gewinnt und jede Anstandslinie überschritten wird, ist es wichtiger denn je, dass sich jeder von uns für eine politische Kultur der Gleichberechtigung, für Respekt und Solidarität einsetzt und sich klar gegen Rassismus positioniert. Die Menschenwürde gilt für ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Gilles Lebreton (ID). – Monsieur le Président, l'antisémitisme connaît une recrudescence en Europe. En France, par exemple, le rapport 2019 du ministère de l'Intérieur fait état d'une augmentation de 74 % des faits antisémites en un an. Selon un sondage de janvier 2020, 34 % des juifs vivant en France se sentent menacés.

Il faut lutter contre ce phénomène inquiétant. Mais pour mieux le combattre, il faut d'abord prendre conscience qu'il y a aujourd'hui trois sources à l'antisémitisme. Il y a tout d'abord l'antisémitisme d'extrême droite, qui est le plus ancien, mais qui subsiste. Il y a ensuite, et c'est plus nouveau, l'antisémitisme d'extrême gauche, qui est une dérive haineuse de l'idéologie antisioniste. Il y a enfin un antisémitisme islamiste qui est né dans la plupart des États d'Europe de l'Ouest à la suite d'une immigration incontrôlée.

C'est ce dernier qui me semble aujourd'hui le plus dangereux des trois. On l'a trop longtemps laissé prospérer sans réagir. Il faut aujourd'hui mettre fin à cette honteuse tolérance et le combattre sans faiblesse.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, rast antisemitizma i posljedično povećanje osjećaja nesigurnosti među europskim Židovima veliki je poraz moderne Europe. I dok europski *mainstream* političari redom pričaju priču o zaštiti ranjivih skupina, u isto to vrijeme veći dio židovske zajednice razmišlja o emigraciji. To je pravi primjer europskog licemjerja i nažalost nije jedini.

Neke su društvene skupine danas postale jednakije od drugih. I dok se nariče nad sudbinom onih koji u puno većoj mjeri ovise o pomoći države, uspješnije zajednice, poput one židovske, u potpunosti su zanemarene. Porast antisemitizma ujedno je i poraz europske integracijske i integracijsko-migracijske politike koja dozvoljava bujanje uvoznog ekstremizma na europskom tlu. Tome se mora stati na kraj dok je još vrijeme.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, temos um grande património de luta e de solidariedade com todos os que foram ou são vítimas do racismo, da xenofobia ou do fascismo. Rejeitamos quaisquer revisionamentos históricos sobre o terror do nazi-fascismo. Não permitiremos que se instrumentalize o combate ao antissemitismo para criminalizar a ação e a opinião de todos os que condenam as ilegalidades e os crimes do regime de Israel contra o povo palestino. Não permitiremos a acusação de antissemitismo a quem se oponha à criminoso política de Israel, enquanto a cooperação económica e os acordos da União Europeia com o Estado israelita prosseguem.

A liberdade e a justiça defendem-se condenando a política de Israel que, com a cumplicidade da administração Trump e da União Europeia, afronta o direito internacional, as resoluções da ONU e os acordos internacionais e desrespeita os direitos humanos.

Não confundimos agressores com agredidos. É o povo palestino o agredido por um regime sionista que, na sua ação racista e de extrema-direita, desrespeita a história do seu próprio povo.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – (*Deputatul se adresează președintelui în germană*). Nu voi vorbi despre principiile care stau la baza combaterii antisemitismului, rasismului și a urii. Este foarte clar că avem nevoie de o strategie încheiată și de politici aplicate pentru combaterea lor. Doresc să atrag însă atenția asupra faptului că aceste politici trebuie să fie elaborate și aplicate cât mai repede, în toate statele membre ale Uniunii, de la capitalele lor, dar și în localitățile mici, în sate și-n comune. Fără această aplicare generală ne vom trezi că avem multe situații, precum cazul Ditrău de acum două săptămâni din România, unde doi bucătari de origine asiatică au fost nevoiți să accepte poziția de muncitori necalificați, pentru a nu supăra comunitatea locală revoltată de prezența unor muncitori străini în localitate. Instigarea cetățenilor la ură, la discriminare nu a fost pedepsită de autorități, ba mai mult, a fost acceptat ca cei doi bucătari să fie transferați la o muncă sub pregătirea lor, creând astfel un precedent extrem de periculos. Am avut în Europa mai bine de 1500 de ani de ură, de bigotism, de teamă de ceilalți, oricare ar fi ei, o numim Evul Mediu. Cred că trebuie să acționăm rapid și hotărât, pentru a nu ne întoarce acolo, la ororile trecutului.

(*Ende der spontanen Wortmeldungen*)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I am very grateful for the dedication and support of the European Parliament for this issue.

I say to the House: I would like to react on several comments. Indeed, you quoted here the survey of Fundamental Rights Agency and Eurobarometer, which really show alarming and shocking figures.

When you ask the Jewish citizen in the EU what is his or her main concern, the answer is security. When you ask the European people who are not of Jewish origin, they will say 'we have concerns about our health, our jobs, our family'. And this is really very alarming that the Jewish people have such an elementary fear and that they plan to leave Europe. Jewish people leaving Europe has never been a good sign, and this is not a Europe we want.

And I think it was Ms Ries, who left already, she asked whether we are doing enough. I regret to say 'no, we are not doing enough yet', and we have all of us the obligation to do much more.

The Commission worked hard to deliver or achieve some tangible results in the fight against anti-Semitism. We decided to promote the adoption of the International Holocaust Remembrance Alliance definition of anti-Semitism, which now is used also by the majority of the Member States.

We are openly speaking and addressing the sources of anti-Semitism and it was also mentioned here: it is far-right, far-left, it is Islamist radicalism and also old conspiracy theories. That's why we urged the Member States, the ministers of home affairs, to adopt the decision to create the strategies on a Member States level. The anti-Semitism strategies, which will bring very concrete plans especially into areas, in the security area and in education.

The strategies are now in the in the process of creation and under the German Presidency, we will look at these strategies and will decide on how to continue further.

We want to see concrete measures accompanied with money. On security, I think it is absolutely intolerable that the Jewish communities have to finance their own security and the protection of Jewish premises, such as schools and synagogues.

We have to do much more on education. It should also be reflected in the national strategies and accompanied by money, and here comes also European money because we have in the values programme a dedicated amount for education in this field.

I was also in Auschwitz two weeks ago, commemorating the 75 years after liberation of the camp and I was listening to authentic testimonies of the survivors. We will not be able to hear these testimonies from authentic people very soon.

We have to find a way how to explain to the younger generation what the Holocaust was, and to change the narrative, because we keep discussing about the results of the Holocaust, the horrifying statistical figures. But we have to start speaking seriously about the sources of the Holocaust. How it started, because this is exactly what Marian Turski spoke about in Auschwitz-Birkenau, at that commemoration event.

He didn't speak about the past, he spoke about the present. How it can happen again. That it will be innocent at the beginning, slow and it will be driven by our passivity and our being indifferent. He warned very strongly against being indifferent.

The last comment on your contributions on online hate speech. We have an agreement with the big players in the tech industry to remove hate speech, but it cannot be enough. There must be a 'crime and punishment' principle also online. That's why I urged very strongly the law enforcement authorities in all the Member States to go after these cases and to show that it is not possible just to rely on the fact that, or the impression that, online has no law.

We have to do much more. Law enforcement authorities have started to be more active. But what they keep telling me is that in Europe, in the 21st century, crime has no borders, the digital area has no more borders and that law enforcement authorities are trapped by the national borders. And they cannot reach for the evidence of crime in another Member State.

That's why I wanted to ask you to look at again at the regulation on evidence which the Commission developed because if this is adopted, it will help a lot to go after crime wherever it happens in the EU.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, let me assure you once again that the Presidency and the Council as a whole rejects any form of anti-Semitism, racism and hatred. We have a legal framework in place which needs to be effectively implemented in practice, but we also need to support it with targeted measures to prevent and tackle intolerance, such as education, public debate and counter narratives.

The Council will continue to follow the matter closely, and I can assure you that we pay particular attention to the views expressed here today during this debate.

Der Präsident. – Ich möchte mich bei Ihnen allen für die Art und Weise, wie diese Debatte geführt wurde, und bei jeder und jedem Einzelnen für die Wortmeldungen recht herzlich bedanken.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Kiedy mówimy o „antysemityzmie”, „rasizmie” czy „nienawiści”, to warto zauważyć, że dziś coraz częściej spotykamy się także z antypolonizmem, również tu w Parlamencie. Widać antypolonizm w próbach zniekształcania historii II wojny światowej, w szczególności kiedy mowa o „polskich obozach śmierci”, których nigdy nie było. Widać antypolonizm w oskarżeniach Polski o antysemityzm. Tymczasem Centrum Szymona Wiesenthala opublikowało listę najbardziej antysemickich wydarzeń 2019 roku. Najwięcej było ich w Wielkiej Brytanii, Francji, Włoszech, Niemczech, Szwecji, Danii, Stanach Zjednoczonych. W Polsce żadnych. Przed II wojną światową najliczniejsza populacja Żydów na świecie mieszkała właśnie na terenie Polski. Mieszkali na naszych ziemiach ponad 800 lat. I dziś wobec rosnącej fali antysemityzmu w Europie znów stają się bezpieczną przystanią. Polska przez stulecia stanowiła schronienie również dla innych mniejszości etnicznych i religijnych – prześladowanych w pozostałych częściach Europy.

Podczas II wojny światowej to poczynania takich polskich bohaterów jak rotmistrza Witolda Pileckiego miały na celu zwrócenie uwagi świata zachodniego na największą zbrodnię w historii świata – Holokaust. Ale świat milczał. Dziś wobec zła nie możemy milczeć. Ale pamiętajmy też, że ideologia hitlerowska odrzuciła wartości, na których opierała się europejska cywilizacja, w tym wartości chrześcijańskie. Bez tych wartości niemiecka demokracja przerodziła się w zbrodniczy totalitaryzm.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *γραφτως*. – Τα τελευταία χρόνια, ο αριθμός των κρουσμάτων αντισημιτικής βίας στα κράτη μέλη της ΕΕ έχει, δυστυχώς, αυξηθεί σημαντικά. Ενέργειες όπως η πρόσφατη επίθεση στην εβραϊκή συναγωγή στην πόλη Χάλε της Γερμανίας, η βεβήλωση εβραϊκών μνημείων και νεκροταφείων και η επίθεση στο εβραϊκό μουσείο των Βρυξελλών δεν αποτελούν μεμονωμένα περιστατικά. Σύμφωνα με τον Ευρωπαϊκό Οργανισμό Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων, παρατηρείται αύξηση της βίας κατά των Εβραίων σε αρκετές ευρωπαϊκές χώρες, ακριβώς και μόνον επειδή είναι Εβραίοι. Η ρητορική του μίσους και κάθε μορφή βίας εναντίον της εβραϊκής κοινότητας στην Ευρώπη δεν συνάδουν με τις αρχές μας και δεν έχουν θέση σε μια Ευρώπη αξιών και δημοκρατίας. Τέτοιου είδους περιστατικά προκαλούν μόνο φόβο και μας θυμίζουν εφιαλτικές εποχές του παρελθόντος, που προσπαθούμε να ξεχάσουμε. Σημαντικό ρόλο στην πρόληψη και την καταπολέμηση κάθε μορφής μίσους και μισαλλοδοξίας μπορεί να διαδραματίσουν οι τοπικές κοινωνίες, η κοινωνία των πολιτών αλλά και η εκπαίδευση. Το σχολείο αποτελεί μοναδικό περιβάλλον για τη μετάδοση των αρχών της ανοχής και του σεβασμού, αφού μπορεί να απευθυνθεί σε όλα τα παιδιά, ήδη από μικρή ηλικία. Πρέπει να δράσουμε ενωμένοι και με αποφασιστικότητα για να καταπολεμήσουμε αυτήν τη μάστιγα· είναι χρέος όλων μας.

14. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

15. Die anhaltende Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Polen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur anhaltenden Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Polen (2020/2561(RSP)).

Das Handhaben der „blauen Karte“ sowie der Anmeldungen für das „Catch-the-Eye“-Verfahren brauche ich nicht zu wiederholen – sie sind bekannt.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, let me stress once more that the rule of law plays a crucial role in all our democracies. As recalled by the EU's strategic agenda, the rule of law is a key guarantee that our common values are well protected and complied with.

Democracy, the rule of law and fundamental rights cannot be seen in isolation from one another. These elements are interlinked, interdependent and mutually reinforcing. One cannot exist without the others. It is a joint responsibility of the EU institutions and the Member States alike to ensure that respect for the rule of law is strengthened and that the rule of law remains the cornerstone of our common project. The independence of the judiciary is of crucial importance for the rule of law. It is also essential to ensure the application of EU law and the sound functioning of our common EU legal order.

As regards the Article 7 procedure concerning Poland triggered by the Commission on 27 February 2018, as I had the opportunity to tell you when we discussed this topic at your January part-session, three hearings took place in June, September and December 2018 at the General Affairs Council. Subsequently the Council was kept regularly informed of the developments on the ground in Poland. Updates on the state of play were discussed at the General Affairs Council repeatedly in the course of 2019, in February, April, July, September and December.

The Council remains seized of this matter and our Presidency is ready to continue proceeding at the General Affairs Council. At the same time, we very much hope that a continuing dialogue at the political level between the Commission and Poland will bear concrete results.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, you will remember that on 15 January Commissioner Reynders and I updated you on the state of play of the rule of law in Poland. Since then, the Commission has been in contact with the Polish authorities. Commissioner Reynders met a representative of the Polish Ministry of Justice on 24 January, and I visited Warsaw on 28 January.

At that occasion, I made the speakers of the Sejm and the Senate, the Minister of Justice, the First President of the Supreme Court of Poland, the President of the Constitutional Tribunal, and the Ombudsman. I carefully listened to the arguments of the Polish Government and explained to them the Commission's stance. The Commission is committed and available to have an open and fair dialogue to resolve the issues at hand.

At the same time, the Commission will always fulfil its responsibility as the guardian of the Treaties. To that end, it will make use of infringement procedures whenever there are issues of compatibility with Union law. Likewise, the Article 7 process continues as long as the situation points to serious systemic threats to the rule of law.

At our last debate in this House, we informed you in particular about the draft new law governing the functioning of the judiciary. I explained that the draft legislation touches upon matters such as the independence of the judiciary, further raising the Commission's concerns in this area. For this reason, I sent a letter to the Polish authorities on 19 December 2019. The letter recalled that the Commission wants to work with the Polish authorities to strengthen the rule of law by preventing problems and by working towards resolving them when they arise. I also invited all state organs not to take forward the proceedings on the new draft legislation before carrying out all the necessary consultations.

On 16 January, the Venice Commission issued an urgent opinion on this new law raising serious concerns and recommending not to adopt it. On 24 January the new law on the judiciary was adopted by the Sejm, and on 4 February the President of the republic signed the law. This law raises a number of concerns as regards the rule of law. As noted by the Venice Commission, there is concern that this new law may further undermine judicial independence in Poland. It also raises concerns of compatibility with EU law and the Commission is now assessing these issues in detail. I can assure you that the Commission is committed to ensure the full respect of EU law and will take all necessary measures in that regard.

In addition to the adoption of the new law, a number of other developments took place. On 15 January, the Supreme Court issued two judgments implementing the preliminary ruling of the European Court of Justice regarding the independence of the disciplinary chamber. The Supreme Court confirmed the position taken in its ruling of 5 December 2019 and stated that the disciplinary chamber is not an independent court within the meaning of EU and national law.

Furthermore, in a resolution of 23 January the Supreme Court decided that the judges appointed at the request of the new national council for the judiciary, are not permitted to adjudicate cases. The resolution also invalidated all the rulings handed down by members of the disciplinary chamber.

Another important development is the fact that the Constitutional Tribunal has been seized on the constitutionality of the approach on judicial independence that had been developed by the Supreme Court following the Court of Justice preliminary ruling on 19 November 2019.

On 28 January 2020, the Constitutional Tribunal took an interim decision aimed at suspending the applicability of the Supreme Court's resolution. As regards the disciplinary regime, you will remember that on 14 January the Commission decided to make a request for interim measures, asking the Court of Justice to order Poland to suspend the functioning of the disciplinary chamber. Meanwhile, I can only observe that the disciplinary chamber continues to operate.

To conclude, I regret to say that these recent developments show that the situation is very serious. This is also reflected in the recent decision of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe to open a monitoring procedure over the functioning of Poland's democratic institutions and the rule of law. At the same time, I want to reiterate that the Commission remains ready to continue a dialogue with the Polish authorities to solve the issues at hand. During my visit to Poland, the authorities expressed openness for having such dialogue both at political and technical level.

I trust that we can embark on an open discussion with Poland. Respect for the rule of law is a matter for both EU institutions and Member States, and it is an essential element for the functioning of the internal market based on mutual trust and recognition.

Roberta Metsola, on behalf of the PPE Group. – Mr President, it is telling of the urgency of the situation that we are back here discussing Poland today. We are here because Polish citizens are Europeans too, and they are no less deserving of the same protection and the same rights as anyone in Sweden, Italy or Germany. Where every avenue for justice available to them on a national level has been blocked, neutered or taken over, then we will not shy away from playing our role. We are having this discussion now as a measure of last resort, as an appeal to the Polish Government to choose dialogue over confrontation, to choose justice over prejudice, and to choose European values over the failed populism of the past. I take no satisfaction in pointing out the irony of the fact that the last time the judicial system in Poland was under such pressure from the government was before 1989.

What this Polish Government has done is move to the past. They have used the same tired tactics of regression and oppression that fly in the face of everything Europeans have fought against and everything that Europe stands for today. But, if that is what the Government symbolises, then the brave judges stand for exactly the opposite and we look to those judges with respect and honour. Their bravery to their oath is a true symbol of the Polish courage that the world admires.

There are consequences to being an EU Member State. There are rules of this club that states agreed to follow. So now the Commission must use all the possible tools to immediately apply interim measures to prevent further repression, to protect the European way and to protect the Polish people. The disciplinary chamber, the 'Muzzle Law', the continued anti-European path of the Government means that Poland is drifting away and we are here extending a hand. Do not turn your backs on Europe.

(Applause)

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, vicepresidenta Jourová, como sabe, tengo el honor de presidir la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, que debate sobre el cumplimiento de los principios consagrados en el artículo 2 del Tratado de la Unión Europea: Estado de Derecho, democracia, que no es la regla de la mayoría, sino el respeto de las minorías, del pluralismo político y del derecho de la oposición a disentir, pero que requiere separación de poderes e independencia del poder judicial.

Por eso, lamentablemente, tuvimos que poner en marcha lo previsto en el artículo 7 en relación con Hungría. Y, de nuevo, con Polonia, que es la que ahora nos ocupa. Porque en Polonia hemos visto una acumulación de reformas legislativas que amenazan seriamente la independencia del poder judicial: la Oficina Judicial, la Cámara Disciplinaria, que ha sido declarada inconstitucional e incompatible con el Derecho europeo por el Tribunal de Justicia de la Unión Europea, y las amenazas de sanciones a los jueces que se atreven a discrepar, cuyo testimonio dramático hemos escuchado en este mismo Parlamento Europeo.

Por eso, todo nuestro apoyo para proseguir y para garantizar que lleva usted a cabo el mandato de la Comisión LIBE de que exista un mecanismo marco permanente —*framework for fundamental rights, democracy and Rule of Law*— que sea objetivo, permanente, comprensivo, que involucre a todos los Estados miembros y que, con carácter periódico, revise el cumplimiento de los principios proclamados en el Derecho europeo y en la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea.

No podemos consentir, en ningún caso, que exista lo que se ha calificado como un *constitutional breakdown*, es decir, un *anticonstitutional populist backsliding* en ningún Estado miembro de la Unión Europea. Desde luego, no en Polonia.

Michal Šimečka, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, I remember when we had this debate last time, four weeks ago. I remember saying that the situation in Poland is unprecedented and that in fact never in the history of the EU has any Member State government exerted so much control over the judiciary. Now here we are, four weeks later, and the situation is even worse.

Poland is now the first Member State where applying EU law can actually get judges fired. Worst of all, the Constitutional Court, which is supposed to be the ultimate guardian of checks and balances, is actually doing the Government's bidding in its war on independent judges. Time is indeed running out because, if the Supreme Court is fully captured, which seems to be where we are headed, then it could spell the end of the separation of powers in one of our Member States. This is why the EU must indeed act.

As has been said, this is not to punish Poland or the Polish Government. This is for one simple reason: we must act to protect the civil and democratic rights of EU citizens, in this case Polish citizens. I often hear – and we'll hear it here as well – that there's a Western bias in our approach to Poland and that people in western Europe can't understand the legal tradition and what it means to inherit the communist judiciary and try to reform it. So let me say, as a Slovak politician and as someone whose parents and family were actually persecuted by the communist judiciary, that judicial independence and rule of law is not a matter of legal tradition, but is a core constitutional principle of the European Union.

(Applause)

Hynek Blaško, *za skupinu ID*. – Paní předsedající, je skutečně s podivem, že se na půdě EP opět probírá jakési pofidérní vyjádření o ohrožení právního státu v Polsku.

Normální člověk by se domníval, že se vyhodnotí, proč Velká Británie odešla, že se změní rétorika. Opak je pravdou. Znovu jsou pronášena silná slova o omezování národní suverenity, o tom, jak tvrdě potlačovat snahy o prosazování vlastenectví atd. Svazování občanů různými směrnici je dalším zásahem do jejich života.

Nyní zde máme tažení ochránců demokracie proti Polsku, které si dovolilo doma prosazovat svoje pojetí demokracie, což je pro ochránce nepřijatelné. Pouze jejich pohled je ten správný, a proto jsou Poláci povinni ho přijmout.

Jsem přesvědčen osobně, že nikdo nemá právo se vměšovat do vnitřních záležitostí suverénního státu, protože historie ukazuje, že kdykoli se tak stalo, nikdy to nedopadlo dle očekávání. Ve vzduchu visí otázka: Děláte vše proto, aby nastal dominový efekt?

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, one thing is true. There is not only one way to build a democratic system; not all legal traditions in Europe are the same. But for all democratic systems there is a precondition, and that is that winning a majority does not mean that you can undermine rule of law and fundamental rights. I mentioned both of them, because actually both of these are currently under attack in Poland.

The independence of the judiciary and thus the separation of powers, which is the cornerstone of rule of law instead of the law of the ruler, but also fundamental rights, especially of those from whom they are most easy to be taken away. I believe that in our reply in the future on the discussion under the Article 7 procedure and the mechanism on the rule of law and also in the future debate, we should take both of these dimensions into consideration.

Poland is a country in the heart of Europe. Without Poland, this Union could never be complete. Polish citizens are indeed European citizens. So instead of blaming Brussels or the European Court of Justice or whoever they want for what is going on, the Polish Government should actually engage in an open and constructive dialogue to solve these very urgent and important problems. And I urge you, colleagues, to also bring this message to Poland.

Colleagues, no matter where you stand in this debate, what we have seen in smear campaigns, in hate campaigns, also against Members of this Parliament in Poland in the past month and years, is absolutely unacceptable. We can only engage in a democratic debate if we uphold the rights of, and respect towards, the other.

Beata Szydło, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Polska wspiera wszelkie działania zmierzające do wzmocnienia ram praworządności w Unii Europejskiej, pod warunkiem że mają one bezpośrednie umocowanie w traktatach, szanują istniejące obszary kompetencji oraz tożsamość narodową państw członkowskich, a także mają charakter obiektywny i niedyskryminujący. Dlatego wyrażam ubolewanie, że Parlament Europejski prezentuje ton wyraźnie polityczny i tak jawnie nawołuje do instrumentalnego wykorzystywania praworządności. Polski system sprawiedliwości wymaga reform. Od 4 lat polski rząd zgodnie z konstytucją, w ramach kompetencji określonych unijnymi traktatami i zgodnie z oczekiwaniem Polaków, bo to oni są naszym suwerenem, takie reformy przeprowadza. Rozpoczęliśmy reformowanie wymiaru sprawiedliwości i tę reformę dokończymy.

Faktem jest, że w Polsce toczy się spór prawny i polityczny, ale rozstrzygnięcie tego pierwszego należy do polskich sądów i trybunałów, a tego drugiego do polskich polityków. Ustrój sądownictwa jest dziedziną nieobjętą prawem Unii Europejskiej i angażowanie w te sprawy Parlamentu czy Komisji Europejskiej narusza podstawowe zasady traktatowe Unii. Warto też zaznaczyć, że wprowadzane reformy są wzorowane na rozwiązaniach funkcjonujących już i niekwestionowanych nigdy przez organy unijne w innych krajach członkowskich. Na przykład nie są podważane przepisy zakazujące sędziom wypowiedzi o charakterze politycznym, funkcjonujące we Francji, czy mianowanie przez polityków sędziów w Czechach lub Niemczech.

Reforma sądownictwa jest oczekiwana przez większość polskiego społeczeństwa, a polski rząd działa w jego interesie, a nie w interesie wybranej grupy społecznej, zawodowej czy politycznej. Chcemy dokończyć reformy polskiego sądownictwa i zgodnie z traktatami, tak jak każdy kraj we Wspólnocie, mamy do tego prawo. Dzisiejsza debata ma niestety wymiar polityczny. Nie znajduję tutaj żadnego uzasadnienia dla jej prowadzenia.

Na temat praworządności w Polsce debatowaliśmy tutaj trzy tygodnie temu. Nie zostały wówczas wskazane żadne uzasadnione fakty dowodzące, że w Polsce łamana jest praworządność. Dzisiaj wracamy do tematu. Można by odnieść wrażenie, że Parlament Europejski na siłę takie fakty, taką fikcyjną rzeczywistość chce wykreować.

Pani komisarz Jourová była w tym czasie w Polsce. Uzyskała zapewnienie od najważniejszych osób w państwie o woli współpracy i gotowości do dialogu, ale żeby dialog i współpraca były możliwe, muszą chcieć ich obie strony, a ja odnoszę wrażenie, że póki co ta gotowość jest tylko po stronie polskiego rządu.

Od 4 lat tłumaczmy się z tego, co w innych krajach Unii Europejskiej funkcjonuje od dawna. Wyjaśniamy reformy, które są wprowadzane na wzór rozwiązań obowiązujących w innych krajach członkowskich. Odmawia się Polsce podejmowania suwerennych decyzji wynikających z traktatów. Dlaczego tak się dzieje? Odpowiedź na to pytanie pozostawiam Wam, Koleżanki i Koledzy, bo wydaje się, że potrzebna jest refleksja Parlamentu nie nad tym, co dzieje się w Polsce, ale nad tym, co dzieje się tutaj. Zastanówcie się, dlaczego Polska jest krytykowana za rozwiązania, które znacie z własnych krajów. Zadajcie sobie pytanie, dlaczego debatujecie nad kompetencjami, które traktaty unijne dały parlamentom narodowym, a nie nam tutaj. Zadajcie sobie wreszcie pytanie, czy chcecie być nadal wykorzystywani do politycznych rozgrywek, które nie są waszymi. Czy wreszcie nie jest waszym obowiązkiem strzeżenie Parlamentu Europejskiego przed traktowaniem go jako narzędzia w walce wyborczej w jakimś kraju członkowskim?

W Polsce trwa kampania wyborcza. Z dużym prawdopodobieństwem można założyć, że celem inicjatorów dzisiejszej debaty było uwikłanie Parlamentu w jej przebieg, chęć wpłynięcia w ten sposób na wynik wyborczy w Polsce. Instytucje unijne nie powinny mieszać się w proces wyborczy w żadnym kraju członkowskim. Dlatego zwracam się do Was, Koleżanki Europosłanki i Koledzy Europosłowie, nie ulegajcie presji politycznych frustratów, którzy, nie mogąc pogodzić się z demokratycznym wyborem, w ten sposób chcą wpływać na ten wynik. Mogę Was tylko przeprosić za tych polskich polityków, którzy nie rozumieją, że krajowe spory polityczne przenoszone na arenę unijną szkodzą Wspólnocie. Jest mi z tego powodu przykro i czuję się po prostu taką postawą zażenowana.

Polska jest członkiem Unii Europejskiej, ale przede wszystkim jest suwerennym krajem i jako taki ma prawo i obowiązek dbać o interes Wspólnoty i dobro obywateli, i to czyni polski rząd zgodnie z polską konstytucją, zgodnie z unijnymi traktatami. Współtworzymy Unię Europejską i współodpowiadamy za nią tak jak wszystkie kraje członkowskie i na takich samych zasadach chcemy być traktowani.

Wielokrotnie, również w przeszłości jako polski premier, mówiłam tutaj w Parlamencie Europejskim, a dzisiaj mówię to jako polski europoseł, że Polska jest krajem praworządnym, a polski rząd działa zgodnie z polską konstytucją i traktatami unijnymi. Polska jest członkiem Unii Europejskiej i jest suwerennym krajem. Tak jest i tak będzie.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, είναι άδικο να ακούγονται γνώμες ότι το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ή οι ευρωβουλευτές δεν αγαπούν την Πολωνία. Είναι άδικο. Αλλά δεν μπορούμε να επιτρέψουμε ευκαιριακές πολιτικές σε κράτη μέλη για να καθορίζουν και να επαναδιατυπώνουν και να αλλάζουν τον οδικό χάρτη των θεμελιωδών δικαιωμάτων και των αρχών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η τρέχουσα κυβερνητική πολιτική στην Πολωνία έρχεται σε αντίθεση και σε σύγκρουση με πολλές από αυτές τις αρχές: σε θέματα κράτους δικαίου, διάκρισης εξουσιών, ελευθερίας της έκφρασης, δικαιώματα των μειονοτήτων, ακόμα και στο δικαίωμα των γυναικών για έκτρωση. Και στην Πολωνία —απ' ό,τι ξέρουμε— υπάρχει κυβέρνηση, δεν υπάρχει καθεστώς. Στη δημοκρατία οι κυβερνήσεις αλλάζουν· οι θεμελιώδεις μας αρχές όχι. Βελτιώνονται, ανανεώνονται, αλλά δεν ανατρέπονται. Αυτή είναι η θέση μας και σας παρακαλώ πολύ να ακούσετε όλες τις πολιτικές ομάδες και όχι την ακραία δεξιά. Το EPP, το Renew, τους Σοσιαλιστές, τους Πράσινους και την Αριστερά. Δεν είμαστε όλοι λάθος.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madam President, today we speak about the rule of law in Europe and particularly in Poland. This is very necessary because if part of the Union lacks respect for the rule of law, this affects the whole Union.

The problem is, however, if the EU is applying a double standard, acting in a different way depending on the country. If the rule of law in the Union has to be protected, the EU institutions have to be ready to go until the end with any state. To be strong with the weak and weak with the strong is also a violation of the rule of law.

People from Poland that are following this debate can ask themselves: 'and what of Spain?' Why can Spain ignore the Committee of Human Rights of the United Nations or the resolutions of the European Court of Justice? Why is it okay when Spain imprisons political dissidents and its constitutional court manoeuvres to delay access to the European Court of Human Rights?

Seriously, to strengthen the rule of law in the European Union we must finish with double standards.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 171(8))

Domènec Ruiz Devesa (S&D), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Señor Puigdemont, con todo el respeto, cómo viene usted a la Cámara a darnos lecciones sobre el Estado de Derecho y el imperio de la ley. Usted fue el primero, como presidente del Gobierno de Cataluña, que despreció el Estado de Derecho cuando declaró unilateralmente la independencia, pasando por encima del Estatuto de Autonomía y de la Constitución española. Ignoró repetidas veces sentencias del Tribunal Constitucional. ¿No le parece inconsistente todo eso que usted ha hecho con la afirmación que acaba de hacer en la Cámara?

Carles Puigdemont i Casamajó (NI), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Ruiz Devesa, gracias, me da usted una gran oportunidad para explicar un ejemplo claro de ese doble estándar. Fíjese, si yo mañana viajo a Polonia, estoy convencido de que en Polonia se va a respetar mi inmunidad como miembro de este Parlamento Europeo y no voy a ser detenido. Si mañana viajo a España, estoy convencido de que las autoridades españolas no van a respetar la inmunidad que me reconoce este Parlamento y voy a ser detenido y puesto en prisión por el resto de mi vida. Esa es exactamente la actitud que no le conviene a Europa para defender el Estado de Derecho donde está amenazado.

Andrzej Halicki (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rzeczywiście to nie jest debata o reformie sądownictwa, bo takiej reformy w Polsce nie ma. Dostęp do sądów jest dłuższy, opłaty droższe, obywatele rzeczywiście mogą czuć się zawiedzeni. To jest debata o chęci zawłaszczenia sądownictwa przez jedną partię, o zbudowaniu takiego systemu, który władzy daje bezkarność. Symbolem ostatnich dni w Polsce stał się nominat partyjny, rządowy, który podał uchwale, działając nie tylko niezgodnie z prawem, ale arogancko sugerując, że będzie bezkarny. Tak właśnie rząd chce traktować konstytucję, traktaty unijne czy inne zobowiązania i na to nie może być zgody.

Na to nie może być zgody w naszej wspólnocie, dlatego że obywatele mają prawo oczekiwać, że będą chronione ich prawa, prawa obywatelskie, prawa człowieka, a sędziowie są sędziami, którzy wykonują pracę w całej Unii Europejskiej na rzecz nas wszystkich, i też muszą mieć gwarancję prawną.

Słyszę, że Polska jest nękana przez Unię Europejską. No – nie. To wy – mówię do Prawa i Sprawiedliwości – nękacie sędziów i Polaków. Tu jest raport, który dotyczy 64 sędziów represjonowanych nielegalnie przez Izbę Dyscyplinarną, która nie powinna działać. To wy używacie fałszu i propagandy – i na to też nie ma zgody. Mam jednak jedną dobrą informację dla Komisji: polskie społeczeństwo w historii dawało radę tym, którzy gwałcili prawo i chcieli być bezkarni. Tak samo będzie teraz.

Katarina Barley (S&D). – Frau Präsidentin! Die unabhängigen Expertinnen und Experten der Venedig-Kommission hätten in ihrem Urteil nicht klarer sein können: Sollte Polen die jüngste Justizreform beschließen, werden Richterinnen und Richter in die – so wörtlich – unmögliche Situation gebracht, dass ihnen Disziplinarstrafen drohen, wenn sie europäisches Recht anwenden. Die Experten warnten die polnische Regierung eindringlich davor, dieses Gesetz zu verabschieden. Was haben wir letzte Woche gesehen? Der polnische Präsident unterschreibt genau jenes Gesetz gegen alle Warnungen.

Das hat Folgen für die polnische Gesellschaft, das hat auch sehr persönliche Folgen. Erst letzte Woche hat die Disziplinarkammer den Richter Paweł Juszczyszyn vom Dienst suspendiert und seine Bezüge um 40 % gekürzt. Sein Vergehen – sein angebliches: Er zweifelte die Besetzung eines Spruchkörpers an, die vom neuen regierungstreuen Landesjustizrat ernannt wurde. Jener Justizrat, den Polens Oberster Gerichtshof im Einklang mit einem Urteil des EuGH für rechtswidrig erklärt hat. Und von wem wurde er suspendiert? Von der Disziplinarkammer, die ebenfalls schon längst außer Funktion sein sollte. Auch sie wurde vom Obersten Gerichtshof Polens für rechtswidrig erklärt, und die EU-Kommission hat ihre sofortige Aussetzung beim EuGH beantragt.

Man sieht also, in vielen kleinen Mosaiksteinchen: Viele, viele kleine Gesetze führen dazu, dass in Polen der Vorrang des europäischen Rechts nicht mehr gelten soll, die Unabhängigkeit der Justiz nicht mehr gelten soll. Wir brauchen jetzt ein Tätigwerden der Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof und wir dürfen nicht mehr zulassen, dass es ein *cherry picking* gibt. Es gibt nicht nur Rechte in der Europäischen Union, es gibt auch Pflichten, und die Rechtsstaatlichkeit gehört dazu.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 171 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Patryk Jaki (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Chciałem zapytać Panią Poseł, bo jest Pani z Niemiec. Mówi Pani bardzo ogólnie, ale porozmawiajmy o szczegółowych rozwiązaniach. We wspomnianej przez Panią ustawie, w artykule 107 mówi się, że za obrazę przepisów prawa, za działania mogące uniemożliwić funkcjonowanie organów wymiaru sprawiedliwości w Polsce sędzia odpowiada dyscyplinarnie. Natomiast mam tłumaczenie niemieckiego kodeksu karnego, zgodnie z którym sędziemu lub innej osobie prowadzącej sprawę w przypadku naginania prawa grozi od roku do pięciu lat pozbawienia wolności. Pytam Panią, która ustawa jest w takim razie kagańcowa: polska czy niemiecka.

Katarina Barley (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also erstens, ich vertrete hier nicht Deutschland, ich vertrete hier Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Zweitens, Frau Szydło hat vorhin gelogen, indem sie gesagt hat, dass deutsche Richterinnen und Richter sich nicht politisch betätigen dürfen. Es gibt sogar Kolleginnen und Kollegen der AfD, ihrer sehr geliebten Schwesterpartei in Deutschland, die im Deutschen Bundestag sitzen. Also das ist gelogen. Und was Sie zitieren, ist Rechtsbeugung. Das ist etwas völlig anderes – das ist, wenn man Gesetze bewusst verdreht. Was Ihr Kollege gemacht hat, ist, ein europäisches Gericht anrufen zu wollen, Europarecht anwenden zu wollen. Dafür, dass man eine andere Rechtsauffassung hat, wird in Deutschland ganz sicher niemand bestraft, leider in Polen schon, und das ist der Unterschied.

Ramona Strugariu (Renew). – Madam President, in January, judges from 20 European countries marched silently on the streets of Warsaw in solidarity with their Polish colleagues. We should manifest the same solidarity here with all those in the Polish legal system who are desperately trying to defend their independence – but not in words, in decisions.

Commissioner, you are right. What is going on right now in Poland, when it comes to the judiciary, is not reform but destruction. We cannot sit and watch when the Government is dismantling, bit by bit, what defines the identity of an EU Member State, because it is in the Union's legal DNA to have independent, impartial courts operating in accordance with fair trial rules which are able to uphold Union law.

Now the Polish authorities, through their recently-adopted legislation, are moving the country further away from Europe and threatening the supremacy of EU law. I was hearing my colleagues earlier speaking about reform. I think it is that reform, from the time of Arabela and Pani Rumburak and the magic ring, which made EU law and EU rule of law disappear. So please, Commissioner, go back to Poland and remind them that Poland is the main beneficiary of EU funds in the Union and then, when you come back, let's get that legislation done, making EU funding conditional on EU law.

(The speaker refused to take a blue-card question from Jadwiga Wiśniewska)

President. – Maybe you will have the possibility to answer if you accept a blue card. There were several blue cards, I can take only one, from colleague Wiśniewska. Do you accept it?

Ramona Strugariu (Renew). – *(start of speech inaudible)* somebody sitting in a European institution but ignoring European rules and rule of law.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, with the 'Muzzle Law', the Polish Government has outlawed their judges. They are now not only intimidated, but also criminalised for exercising their profession, which is judging independently and in line with EU law. This is another alarming step towards a dictatorial and undemocratic state because this curtailment not only destroys the checks and balances, but it also deprives citizens of their right to be protected against their authorities, and, in the end, it affects all of us as it puts our core values at risk. Impunity also fuels the erosion of the rule of law elsewhere. I therefore urge the Commission to continue its actions and to start infringement procedures, asking for an interim measure in order to suspend the enforcement of the 'Muzzle Law'.

But I also urge the Member States not to leave the work only to the EU institutions. It's high time that government leaders take their own responsibility by addressing the Polish Government. They have all the instruments in place – political and legal ones – but, until now, have preferred to hide behind the Commission. The house of the rule of law is on fire and citizens, not only from Poland, rightly demand that we act.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 171(8))

Jadwiga Wiśniewska (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Poprzedniczka Pani mówiła o tym, że w Polsce protestowali sędziowie przeciwko reformie wymiaru sprawiedliwości. Tak, protestowali w sposób pokojowy, bo polskie władze zapewniały bezpieczeństwo protestujących w przeciwieństwie do Francji, gdzie protestujących prawników pałowano. To po pierwsze.

Po drugie, gdzie ta wasza lewicowa wrażliwość? Kto upomni się o skrzywdzonych przez sądy, w tym na przykład o rolnika, któremu w obliczu niesprawiedliwości (bo trudno nazwać to sprawiedliwością) odebrano cały majątek życia i który zmarł w więzieniu niesłusznie skrzywdzony? Gdzie jest ta praworządność?

Tineke Strik (Verts/ALE), blue-card answer. – Sorry, I really don't understand the context of this question. I'm sorry. There was a reference to the previous speaker, who talked about a silent protest, which is true. We have all seen that. They protested, very rightly, against the curtailment of their professional task, namely judging independently. You think that democracy is only the right of a majority, but that's not the case. Democracy is about protecting everyone, including minorities, and democracy cannot go without the rule of law.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, las autoridades polacas parecen estar más interesadas en la confrontación que en el compromiso. Tras la visita de la comisaria Jourová esperábamos que se abriera el camino para un diálogo honesto, serio y transparente. En cambio, lo que hemos visto es esta nueva ley que supone otro ataque más a la independencia del poder judicial.

Solo desde enero de este año más de cuarenta jueces han sido puestos en el punto de mira por el simple hecho de no estar de acuerdo con las decisiones del gobierno. ¿Qué clase de justicia es la que persigue a los jueces? ¿Cuál es el verdadero propósito de esta reforma? ¿Mejorar la administración de justicia o poner la justicia bajo control político? Una justicia bajo control político no es compatible con los valores democráticos que nos hacen europeos.

Lamento decirlo tan crudamente, pero lo que vemos en Polonia no es reforma, es represión. Cuando la independencia de la justicia es puesta en peligro, es hora de que la Comisión, el Tribunal de Justicia de la Unión Europea y nosotros intervengamos. El papel de los jueces es asegurar que se cumpla el Estado de Derecho en la Unión Europea.

Robert Biedroń (S&D). – Od czasu przejścia władzy przez PiS minister sprawiedliwości i prokurator generalny Ziobro na skinienie Kaczyńskiego niszczy polski system prawny. Zmierza niestety do całkowitego starcia z instytucjami europejskimi i własnymi obywatelami. Polski rząd jest gotowy doprowadzić do kolejnej katastrofy: do zamrożenia środków unijnych i do powolnego polexitu. Oczywiście przyświeca mu jeden cel: obrona swoich interesów partyjnych. I to jest realne zagrożenie, za które niestety zapłacić mogą zwykli obywatele.

Na szczęście w Polsce nadal nie ma znaku równości pomiędzy Polakami a partią rządzącą. Dziś Polska to ludzie, którzy bronią demokracji i chcą żyć w praworządnym kraju, a przez szalony amok PiS niestety nie mogą. Dlatego dzisiaj debatując o rządach prawa, musimy pamiętać o zwykłych ludziach, którzy przez nieudolność i szaleństwo rządów PiS mogą zapłacić największą cenę: zamrożenia środków i powolnego polexitu. I my, strona prodemokratyczna, musimy bronić pozycji Polaków przed Waszym szaleństwem.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 171 ust. 8 Regulaminu))

Joanna Kopcińska (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Każdy, kto mówi o polexicie, chce tylko i wyłącznie awantury. Jestem eurodeputowaną wybraną z Polski. Jestem Polką dumną ze swojego kraju, z narodu z przepiękną historią i przepięknymi ludźmi. Nie straszmy ludzi polexitem. Jest on tak samo możliwy, jak wyjście Niemiec czy Francji z Unii Europejskiej.

Robert Biedroń (S&D), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Szanowna Pani Posłanko, ja też jestem dumny z Polski. Jestem dumny z kraju, który miał drugą najstarszą konstytucję na świecie. Jestem dumny z kraju, który obalał komunizm, ale wstydzę się, że w moim kraju żyją ludzie, którzy są gorsi od komunistów, bo zniszczyli ten kraj bardziej, niż zrobili to komuniści. I to jest największy wstyd III Rzeczypospolitej.

President. – Please, no debate, I will not allow a debate. I allowed the blue card but there was no question in the blue card, so I just state that the next blue card has to have a question inside – this is not additional speaking time.

Fabienne Keller (Renew). – Madame la Présidente, chère Madame la Commissaire Jourová, cher Monsieur Reynders, Commissaire à la Justice, Madame Brnjac, secrétaire d'État aux Affaires européennes, chers collègues, ce sont des mâts produits à Gdansk qui soutiennent les 27 drapeaux européens sur le parvis de notre Parlement. Nous respectons le peuple polonais. Nous ne le reconnaissons plus à travers son gouvernement.

Ce nouveau régime disciplinaire contre les juges réticents envers les réformes judiciaires qu'a mises en place le gouvernement actuel n'est pas acceptable. Nous assistons au démantèlement progressif, brique par brique, d'acquis historiques. Ce sont les piliers de l'état de droit et de notre modèle démocratique.

Or, chers collègues, nous avons besoin de renforcer l'espace de liberté et de justice, nous avons besoin d'institutions judiciaires fortes pour mettre en œuvre des textes ambitieux, importants, comme le retrait des contenus terroristes en ligne ou le recours aux preuves électroniques par les juges.

Madame, Monsieur le Commissaire, quelles actions allez-vous mettre en œuvre pour mettre fin à cette situation qui fragilise l'état de droit en Europe?

Vladimír Bilčík (PPE). – Madam President, Madam Vice-President Jourová, I am a proud European from Central Europe, a region where some 30 years ago our leaders followed a political vision of a return to democratic and free Europe. Let's remember: Central and Eastern Europe's return to Europe has changed the European Union fundamentally and for the better. Peace and democracy have spread across the continent, and the European sense of dignity, reliable rules and due justice should nowadays be the same across the different parts of our Union. The problem is that it is not. As a Slovak Member of this House, I am concerned about the quality of justice and credibility of European rules across the whole Union, and therefore I am standing here to defend the independence of both Polish and European justice. Do believe me, and I'm saying this is a fellow Central European: there is no hidden agenda other than our concern for quality of democracy and credibility of rule of law in Poland and our Union. Dear colleagues, for the sake of all Europeans, we cannot risk the return of a misuse of justice that will undo Europe as we know it now.

Lukas Mandl (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Lassen Sie mich damit einleiten, dass ich eine tiefe Verbundenheit mit den Bürgerinnen und Bürgern von Polen empfinde. Ich sage das besonders als Österreicher. Österreicherinnen und Österreicher haben Polen historisch viel zu verdanken. Wir müssen auch wissen, dass Polen unter den Ideologien des 20. Jahrhunderts besonders zu leiden hatte. Wir müssen auch wissen, dass der Zweite Weltkrieg mit einem Überfall auf Polen begonnen wurde, und an diesem nationalsozialistischen Verbrecherstaat waren auch Österreicherinnen und Österreicher beteiligt. Und der Überfall hatte eine Lüge zur Grundlage. Ich sage das deshalb, weil ich gleichzeitig sagen möchte, dass die Polinnen und Polen diese Führung, die den Rechtsstaat in Zweifel zieht, die den Rechtsstaat aushöhlt, nicht verdienen. Sie verdienen, wie alle Europäerinnen und Europäer, alle Bürgerinnen und Bürger dieser Union, eine Führung, die den Rechtsstaat lebt. Auch die Menschen in der Führung sollen an die Zukunft denken, an ihre Kinder und Kindeskinde, die einen Rechtsstaat verdienen.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, the current Polish Government and the so-called Law and Justice Party proclaims the rule of law, but in fact it acts against the rule of law every day. We should look at the actions of this Government, not at the statements of this Government.

What the Polish Government sells to its people as judiciary reform is in fact erosion of democracy. They call it decomunisation, but we know it is censure. They say it is modernising the system, but we all recognise it is authoritarianism. More than this, we know that Poland is more than its current government. Governments come and go. We know that Poland is the honest judge who protects the independence of the judiciary and the rule of law, despite intimidation and repression. Poland is the courageous citizen who protects against the Government's attacks on the rule of law and Poland is the honest and objective journalist who defies the Government's propaganda by promoting the freedom of speech. We stand with the people of Poland, and to the Polish Government I say: listen to the people of your country.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 171(8))

Anna Zalewska (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Drogi Kolego! Nie wiem, czy Pan się orientuje, ale 20 tysięcy obywateli Polski stanęło w obronie polskiego rządu, chcąc, by dalej reformował sądy. To po pierwsze.

Po drugie, nie wiem, czy zna Pan Traktat o Unii Europejskiej i Traktat o funkcjonowaniu Unii Europejskiej, ponieważ z żadnego artykułu i paragrafu nie wyczyta Pan kompetencji Parlamentu i Komisji Europejskiej do tego, żeby tego rodzaju debaty się odbywały.

I proszę na koniec do pani przewodniczącej. Pani Przewodnicząca! Bardzo Panią proszę, żeby nie używano epitetów w stosunku do żadnego kraju, żadnego kraju nie oskarżano i nie obrażano.

President. – There is no question, so how do you want the colleague to answer? For the last time I will give him the opportunity because you tried to have extra speaking time, but this is not acceptable. So please, 30 seconds, but we will only accept questions.

Siegfried Mureşan (PPE), blue-card answer. – Madam President, the question was clear: whether I know the Treaty of the European Union and the Treaty on the Functioning of the European Union. And the answer is simple: yes I do. And I also know the articles of the Treaty which speak about the European values, and I also know that it is our duty to defend the rule of law in every single corner of Europe, because this is a European value. And I also know about the tens of thousands of people in Poland who have gone to the streets, marched for the rule of law, spoken against the Government – and we are in solidarity with them.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, bývalá premiérka Szydłová zmiňovala ve svém vystoupení také ČR. Paní kolegyně, já jsem byl 5 let ministr spravedlnosti v ČR a my české soudce za jejich politické názory netrestáme. Vy se mýlíte, my nemáme takovouto právní úpravu, já jsem sám připravil tyto zákony.

My trestáme soudce za průtahy v řízení a zjevné excesy, ale pokud někdo vyjadřuje své politické názory, má na to právo. Je to občan demokratického právního státu. Ten Váš zákon z 5. února, bohužel, je velkým excesem, není srovnatelný s tím, co je třeba v ČR nebo v jiných státech EU, a mě také mrzí jako mé kolegy, že místo snahy najít kompromis a najít řešení tak Váš pan prezident bohužel podepsal zákon, který přitvrzuje disciplinární odpovědnost soudců. Místo toho, abyste soudce trestali, pokud poruší zákony, pokud mají průtahy, pokud mají zjevné excesy, tak je trestáte za to, že mají svůj názor na Vaši reformu. Je to opravdu špatná úprava.

Radosław Sikorski (PPE). – (początek wystąpienia poza mikrofonem) ... w Polsce dochodziło do łamania praworządności, domagając się przykładów. Otóż dam jej przykład z dnia dzisiejszego. Obecny rząd od lat próbuje zrobić poprzedniego przewodniczącego Rady Europejskiej Donalda Tuska w odpowiedzialność za urojony zamach smoleński. Jego adwokat, skądinąd były wicepremier w rządzie Jarosława Kaczyńskiego, powiedział, że postawienie mu zarzutów byłoby absurdalne. Za to na wniosek obecnego ministra został dzisiaj postawiony przed tzw. izbą dyscyplinarną. Zatem fakt, że adwokat mówi, że jego klient jest niewinny, już dzisiaj jest powodem do szykan. To nie jest europejskie rozumienie pojęcia praworządności. Dlatego dziękuję Pani Komisarz i Komisji za to, że próbują nam pomóc przywrócić praworządność w Polsce.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem skutečně přesvědčen, že my máme společné hodnoty a společná pravidla, a pokud dochází k ohrožení těchto hodnot, tak musíme reagovat. To je důvod, proč se dnes zde bavíme. Já mám za to, že dochází k jasnému ohrožení právního státu v jedné zemi, a toto poškozuje naši vzájemnou důvěru. Takového chování je podle mého názoru zcela nepřijatelné.

Já bych byl velmi rád, kdyby i paní Szydłová si vzpomněla na svůj projev, který měla na tomto místě ještě v roli premiérky, kdy jsme debatovali o ústavních reformách, které prováděla, a ona nám řekla, že bude respektovat záběry Benátské komise. Nic takového se nestalo. Benátská komise vydala závěry, které byly jednoznačně proti polské reformě. A Vy si nám dnes dovoluujete říci, že Vaše reformy jsou v pořádku? Takového chování je pro mne naprosto nepřijatelné. Podle mne byste se měla paní Szydłová stydět!

Sylvia Spurek (S&D). – Pani Przewodnicząca! Byłam zaskoczona, gdy po spotkaniu z Ursulą von der Leyen premier polskiego rządu stwierdził, że przedmiotem tego spotkania nie była praworządność. Jak to możliwe, że przewodnicząca Komisji Europejskiej nie poruszyła tego tematu podczas spotkania z premierem tego rządu? Jestem zaniepokojona, kiedy prezydencja chorwacka sugeruje, że praworządność nie jest jej priorytetem, bo nie wyobrażam sobie, żeby wstrzymać na sześć miesięcy debatę dotyczącą praworządności.

Wiemy, że wiele działań okazało się nieskutecznych. Wiemy, że artykuł siódmy jest nieskuteczny. Wiemy też, że bez mechanizmu łączącego praworządność i fundusze unijne nie zatrzymamy ciągnącego się od lat festiwalu łamania konstytucji. Oczywiście ten mechanizm ma uderzyć w sprawców naruszeń, a nie w obywateli i obywatelki. I będę tego pilnować, ale przede wszystkim musimy mieć świadomość, że czas dyplomacji dobiegł końca. Polki i Polacy oczekują od Komisji Europejskiej jasnych deklaracji i działań. Oczekują, co konkretnie chce Komisja zrobić, by bronić polskich obywateli i obywaterek, polskich sędziów nękanych za obronę polskiej konstytucji.

Pani Komisarz! Oczekujemy konkretnych działań.

Irena Joveva (Renew). – Gospa predsednica, Evropska unija je zgrajena na vladavini prava, na tem stoji ali pade. Parlament je že leta 2017 jasno izrazil stališče, da situacija na Poljskem predstavlja resna tveganja glede kršitev temeljnih vrednot Unije in neodvisnosti sodstva.

Nedavno smo ponovno potrdili to stališče in z resolucijo ocenili, da se je stanje vladavine prava od začetka uporabe člena 7 poslabšalo. Vendar očitno vse to ne pomaga, saj je sedaj, po sprejetju slavnega „muzzle law“, ki omogoča politiki, da kaznuje in odpusti sodnike, stanje na Poljskem še slabše. Resnično je skrajni čas in očitno tudi edini način, da izplačila sredstev Unije povežemo s finančnim mehanizmom spoštovanja vladavine prava in v primeru kršitev ta sredstva zamrznemo.

Pravila je pač treba spoštovati. To, kar se dogaja na Poljskem, pa vpliva na ves pravni sistem Unije. Da tokrat sploh ne govorim o tem, da lahko nespoštovanje vladavine prava vidimo tudi v nekaterih drugih državah članicah ali političnih strankah v njih.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jedes Mal, wenn wir in Straßburg sind, diskutieren wir über die polnische Justizreform, und ich muss sagen, ich bin erstaunt, mit welchem Eifer die polnischen Abgeordneten von Links und der Mitte dabei sind, wenn es darum geht, ihr eigenes Vaterland in die Pfanne zu hauen. Sie sollten doch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 19.11.2019 gelesen haben. Allein deshalb, weil die Richter sich nicht selbst ernennen, sondern weil die Richter von dem Parlament und dem Justizministerium ernannt werden, steht die Gewaltenteilung nicht infrage, ansonsten gäbe es zum Beispiel in Deutschland oder den USA keine Gewaltenteilung. Das, was Sie in Polen fordern, nämlich, dass die Richter sich selbst ernennen und befördern können, ist ein polnischer Sonderweg, der mit Gewaltenteilung nichts zu tun hat. Gewaltenteilung heißt: Unabhängigkeit bei der Entscheidung, Unabhängigkeit nach der Ernennung, aber nicht Ernennung aus sich selbst.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, Poljska se našla na udaru europskih institucija zato što želi demokratizirati svoj politički i pravosudni sustav. To je tužna istina kojoj moramo pogledati u oči.

Nerazumijevanje koje stare članice i europska birokracija pokazuju prema postkomunističkim članicama, poput Poljske, dovodi do sukoba koji nikome nije u interesu. Stare demokracije moraju razumjeti da bez lustracije nove demokracije nikada neće dostići njihove standarde.

Korupcija i klijentelizam u postkomunističkim državama nisu slučajni. Radi se o sustavnoj pogrešci koja je posljedica činjenice da su dijelovi starog komunističkog sustava preživjeli i kao takvi su uklopljeni u novi demokratski sustav. Oni sprječavaju rasvjetljavanje prošlosti, štite političare, suce, javne djelatnike i poduzetnike komunističkih korijena i onemogućavaju dovršetak tranzicije koju nažalost sve postkomunističke države itekako trebaju.

(End of catch-the-eye procedure)

Didier Reynders, *Member of the Commission*. – Madam President, allow me to come back to certain issues raised during this debate. First, as regards the new law (because there's a new law since our last debate some weeks ago), I would like to assure you that the Commission is always open to a fair dialogue with Member States to solve problems but will not hesitate to use all the tools at its disposal to ensure the respect of EU law.

The new law raises concerns of compatibility with EU law, including the principle of the primacy of EU law, the requirements of judicial independence under EU law, and the right to refer questions to the European Court of Justice. The Commission is analysing the law in detail, and in reply to comments from some Members, let me reiterate that the European Court of Justice ruled that until the organisation of justice in the Member States falls within their competence, the fact remains that when exercising that competence, the Member States are required to comply with their obligations under EU law. EU law requires respect for the rule of law, in particular judicial independence. This is crucial, because Polish courts are European courts and they have to ensure that Polish citizens can fully enjoy their rights under EU law. This is why I'm seriously concerned by the new law, and I can assure you, as Commissioner for Justice, that the Commission will take its responsibility as the Guardian of the Treaty and take all necessary measures to ensure the respect of EU law.

I also note that the Disciplinary Chamber continues to operate, despite the rulings of the Supreme Court. In those rulings, following the Court of Justice judgment of 19 November, the Supreme Court concluded that the Disciplinary Chamber is not a court within the meaning of EU and national law. I would like to stress that preliminary rulings of the Court of Justice are binding and need to be fully respected. National courts must apply national law in line with the interpretation of the Court of Justice. Notably, on 4 February 2020, the Disciplinary Chamber decided to suspend in office the first judge seeking to apply the ruling of the Court of Justice of 19 November 2019. He has also been subject to a 40% reduction of his salary. The Supreme Court also ruled that the National Council for the Judiciary is not an independent and impartial body. However, the Council continues to operate. As an example, on 31 January it selected six candidates to the Disciplinary Chamber, two of which being current members of the National Judicial Council.

In the light of today's debate, let me say a few words on the situation of the Constitutional Tribunal. I want to recall that in its reasoned proposal of December 2017 triggering the Article 7 procedure, the Commission concluded that the independence and legitimacy of the Constitutional Tribunal are seriously undermined and consequently, the constitutionality of Polish laws can no longer be effectively guaranteed. I can only note in this respect that, following the rulings of the Supreme Court and the European Court of Justice judgment, the tribunal has been seized by a number of authorities.

Your debate reminds me of statements warning that the current situation leads to legal chaos. I will simply reply that the remedy to such a situation is that rulings rendered by independent courts must be fully respected by all authorities.

To conclude, let me add that the Commission is working on a comprehensive European rule of law mechanism. It will be a preventive tool covering all Member States and will provide a synthesis of significant developments related to the different components of the rule of law. It will be based on a variety of sources of information in order to reflect the reality on the ground. This will allow us to identify and prevent early on rule-of-law-related issues. This new mechanism will cover all Member States in the same way.

The first annual Rule of Law Report is one of the key initiatives of the Commission Work Programme for 2020. The preparation of this report is already in an operational phase. We have established a network of contact persons of Member States which will help with its preparation. The report will also be part of the new rule-of-law cycle, with strong involvement of the European Parliament and the Council. However, let me be clear that this preventive mechanism does not replace response mechanisms like infringement procedures and the Article 7 procedure where they prove necessary. We will continue to use all the tools at our disposal to promote and protect the rule of law in all the Member States, including Poland.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me stress once again that the Presidency, and the Council as a whole, attach great importance to upholding the rule of law and protecting fundamental rights. They are at the heart of our concerns. I can assure you that the Presidency will pay particular attention to the views expressed here today during this debate.

On the next steps regarding the Article 7 procedure in the Council, although the rule of law is one of the priorities of the Croatian Presidency, the Presidency cannot prejudge the Council's deliberations nor the outcome of the procedure. The Council will continue to follow developments closely and will remain to be seized of this issue at the upcoming General Affairs Council meeting.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Die richterliche Unabhängigkeit ist das wesentliche rechtsstaatliche Prinzip, auf dem unsere Europäische Union basiert. In Polen beobachten wir mit Sorge, wie die rechtskonservative Regierung systematisch die Justiz umbaut. Das neue Gesetz schafft nun die richterliche Unabhängigkeit weitgehend ab. Das ist ein schwerer Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat in Polen. Richter und Richterinnen politisch zu kontrollieren, setzt das rechtsstaatliche System welches auf Gewaltenteilung aufbaut, außer Kraft. Zudem wird es polnischen Richterinnen und Richtern erheblich erschwert, Vorentscheidungen beim EuGH einzuholen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, denn polnische Gerichte sind europäische Gerichte. Der Europäische Gerichtshof hat in vielen Urteilen klar gestellt, dass die Ausgestaltung der Justizsysteme in den Mitgliedstaaten mit EU-Recht und europäischen Werten im Einklang sein muss. Ich möchte betonen: Alle Menschen in Europa haben das Recht auf bestmögliche, selbstbewusste und unabhängige Gerichte. Der Erfolg der neuen Kommission – als Hüterin der Verträge – wird sich schlussendlich an der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit in Europa messen lassen.

16. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

17. Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat über den Schutz des EU-Binnenmarkts und der Verbraucherrechte vor den negativen Auswirkungen des illegalen Handels mit Heimtieren von Stanislav Polčák, Sylwia Spurek, Martin Hojsík, Alexandra Louise Rosenfield Phillips, Jadwiga Wiśniewska, Anja Hazekamp und Eleonora Evi im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-00010/2020 – B9-0003/2020) (2019/2814(RSP)) und

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über den Schutz des EU-Binnenmarkts und der Verbraucherrechte vor den negativen Auswirkungen des illegalen Handels mit Heimtieren von Stanislav Polčák, Sylwia Spurek, Martin Hojsík, Alexandra Louise Rosenfield Phillips, Jadwiga Wiśniewska, Anja Hazekamp und Eleonora Evi im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-00011/2020 – B9-0004/2020) (2019/2814(RSP)).

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass Sie die spontanen Wortmeldungen und „blauen Karten“ sowohl elektronisch als auch mit dem Hochheben der jeweiligen Karten hier anzeigen können.

Stanislav Polčák, autor. – Paní předsedající, já věřím, že toto téma nebude tak výbušné a že budeme mít daleko vyšší míru jednoty a pochopení napříč politickými frakcemi.

Jedná se o ústní otázky Komisi a Radě a na ně navazující návrh usnesení ohledně nezákonného obchodu se zvířaty v zájmovém chovu EU. Chci říci, že zde navazujeme na práci mé kolegyně Renaty Sommerové z minulého období. Parlament již na tomto poli učinil řadu usnesení i v předchozím období, ale slova a sebelépe napsaný text usnesení však nestačí, a myslím si, že je třeba přikročit k činům.

Chci proto vyzvat Komisi a členské státy, aby nám pozorně naslouchaly a přišly s rychlou a účinnou reakcí. Jedná se o téma skutečně důležité pro každého, komu není lhostejné utrpení nelegálně chovaných zvířat. Jedná se o miliony poškozených spotřebitelů a samozřejmě o miliony poškozených zvířat i s ohledem na jejich pohodu, ve které mají být chována. Pašerákům dnes bohužel v cestě nestojí téměř žádné překážky a tito pašeráci na současném stavu nejvíce vydělávají. Tento nelegální obchod se zvířaty je, dámy a pánové, třetím nejvýnosnějším nelegálním byznysem hned po prodeji zbraní a drog.

Obrovským problémem zejména v zemích střední a východní Evropy jsou tzv. množírny, tedy chovná zařízení, kde psi a kočky jsou chováni skutečně v otřesných podmínkách s vidinou rychlého a snadného výdělku. Bohužel jsou také samozřejmě klamáni spotřebitelé, kteří se velmi často o původ zvířete vůbec nezajímají anebo jsou dokonce předkládány falešné podklady. Nelegální chovatelé také používají různé velmi rafinované triky, kterými potenciální kupující lákají ke koupi štěňate či kočky z množírny. Bohužel ti na ně velmi často slyší právě tím, že dostanou velmi rychle žádaného mazlíčka a mnohdy tedy za nižší cenu. To paradoxně za situace, kdy psi útulky jsou přeplněné jinými kvalitnějšími kusy.

Je zároveň třeba se připravit na to, že nelegální chovatelé i přes zpřísnění pravidel budou hledat cesty, jak tato pravidla obcházet. Pokud by někoho nepřesvědčilo to, že z množíren jsou vypouštěna do světa zvířata nemocná nebo náchylná k nemoci, doporučuji se podívat k sousedům přes Atlantik do USA, kde se aktuálně potýkají s epidemií nemoci, která je odolná proti většině antibiotik a která je právě spojená se štěňaty z množíren. Americké centrum pro kontrolu a prevenci nemocí v lednu informovalo, že toto vysoce infekční onemocnění již dostalo také nejméně 30 lidí. K tomu je důležité si uvědomit, že kromě negativních dopadů na samotná zvířata má nezákonný obchod se zvířaty v zájmovém chovu také samozřejmě širší dopady, např. na náš jednotný vnitřní trh, ochranu spotřebitele, který si právě nevědomky kupuje nemocné a traumatizované zvíře.

Proto vyzýváme Komisi a členské státy k vypracování strategií pro regulaci internetové inzerce zvířat v zájmovém chovu za účelem potlačení klamavé reklamy a lepší kontroly internetového prodeje koček a psů. Myslím si, že dnes je již naprosto zjevné, že neetické zacházení s domácími mazlíčky je skutečně celoevropský problém, který vyžaduje také celoevropské řešení, ten problém je skutečně přeshraniční. Součástí tohoto řešení by mělo být plošné a povinné značení domácích miláčků, jejich sdílená evidence, díky které budou také dohledatelná nejen domácí zvířata na obchod, ale zároveň veškerá zatoulaná zvířata, a také samozřejmě zpřísnění podmínek chovu.

Utrpení zvířat při nelegálním chovu a následném transportu napříč Evropou, při kterém ročně trpí statisíce štěňat a koťat, je třeba samozřejmě také učinit přítrž. Neobejde se to bez důsledných kontrol, které jsou v současnosti bohužel ovšem bezzubé. Právě divoké množírny v domech veterinářů často neodhalí, tam jsou samozřejmě pouze ty registrované chovné stanice.

Je toho hodně, co je třeba udělat pro zlepšení situace, a proto oceňuji dobrá jednání se svými kolegy. Je zde návrh několika zásadních změn, které by znamenaly velký krok vpřed v boji s nelegálním chovem se zvířaty v zájmovém chovu. Apeluji proto na Komisi a členské státy, aby tomuto problému skutečně věnovaly náležitou pozornost a vystoupily jasně a rozhodně na obranu těch, kteří se sami bránit nemohou.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, in the recent years the illegal trade in companion animals has become a growing challenge for Member States' competent authorities, and it has also raised concerns among EU citizens.

The main difficulty relates to the abuse of the so-called 'pet travel scheme', the rapid development of online sales of companion animals and the risk associated with these activities. Indeed, we all know that illegal trade in pets may have negative consequences, not only in terms of public health and consumer protection, but also for animal welfare and animal health.

I agree that this situation requires our full attention, and I can assure you that the Member States are fully aware of this problem. At the end of 2018, 17 Member States participated in an EU-coordinated control plan on the online sales of dogs and cats in order to gain insight into practices in this field.

It turned out that a high percentage of the animals offered for sale was non-compliant. This confirmed the clear need to strengthen controls. I agree that identification and traceability of cats and dogs are key elements in this respect. The existing EU legislation already requires pet animals which are moved between Member States or imported into the EU to be marked. In addition, the new regulation on animal health and official controls offers further tools to fight illegal trade.

Proper enforcement of the existing rules is of crucial importance. This is primarily the responsibility of the Commission and the Member States. I should also mention that since the adoption of the new regulation on animal health and official controls, the Council working party of Chief Veterinary Officers has intensively discussed how to better fight illegal trade in companion animals. These discussions highlighted the complexity of the problem and the need for continued cooperation between all competent authorities, including among Member States.

We expect these discussions to continue within the Working Group on e-commerce that the Commission has established, as well as within the voluntary initiative group of the EU Platform on Animal Welfare devoted to the health and welfare of pets in trade.

Finally, I would like to remind you that the Council, in its recent conclusions on animal welfare, has encouraged the Commission and the Member States to continue their work on the effective enforcement of the existing animal welfare legislation. The Council has also invited the Commission to assess the need for the impact of the possible new legislation.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, this is an issue that I personally feel strongly about and it's something that we, like Parliament, are committed to controlling and stopping. But in order to guide our discussion correctly, we need to start from the fact that the welfare of companion animals in the EU is mainly regulated at the national level. Member States have sole competence for cat and dog welfare, and they also have the sole responsibility for the identification, registration and conditions for keeping and moving these animals within their natural territory.

EU rules cover cross-border trade in cats and dogs. Clear rules apply to both commercial and non-commercial movements and cover both animals moved within the EU and also those entering from the outside. These rules are mainly designed to protect animal health and prevent the spread of animal diseases, especially rabies. They also ensure any dogs and cats entering the EU or moved between countries are properly identified and vaccinated.

Where illegal trade in cats and dogs is identified, it is therefore not due to a lack of legislation but because the legislation that is in place is not properly enforced by the Member States, and this is where we need to invest a lot more energy.

In recent years we have tried to strengthen the legal framework to help Member States tackle illegal trade. The new Animal Health Law, which comes into force in April 2021, has made important changes. Firstly, it requires compulsory registration of all establishments breeding dogs and cats, and all transporters who take dogs and cats between Member States. Secondly, it obliges Member States to improve all shelters and assembly centres from which dogs and cats are moved to other Member States.

These new measures will help to control trade of companion animals in a better way, and we consider that they are sufficient for tackling illegal trade. But again, it is crucial that these rules are properly applied and enforced, and for this we have taken several actions in Member States. The first of these is the EU coordinated control plan on the online sale of dogs and cats, this in order to give Member States insight into fraudulent practices and encourage them to control the online market more effectively. And the second is the voluntary initiative launched in the framework of the EU Animal Welfare Platform: the sub-group on health and welfare of pets, and this involves all relevant stakeholders and provides guidelines to ensure better animal health and welfare for companion animals.

Thirdly, and finally: training provided for national authorities via the Better Training for Safer Food initiative, which encourages best practices to control imports and trade of dogs and cats. One element the new rules do not cover is the development of interconnected databases, and I believe that this is a question of proportionality. We consider that this would be disproportionate to the animal health risk without a clear indication of EU added value. We will, however – and I want to be clear on this – monitor the situation closely, continue working with Member States and stakeholders to ensure the illegal trade in cats and dogs in the EU is brought to an end.

Liudas Mažylis, *PPE frakcijos vardu*. – Ponia pirmininke. Pirmojo pasaulinio karo metais šaunusis kareivis Šveichas turėjo patikimą verslą – prekiaavo vogtais šunimis. Po šimto metų mes sumodernėjome, augintiniai perkami internetu, tik ne visada panaršoma dėl atsakomybės ir dėl rizikos. Suprantame zoonozių grėsmę, alima vardinti plačiai žinomus jų pavyzdžius, kad ir šiomis dienomis vis minima Koronavirusą. Gebame skiepais suvaldyti pasiutligę, bet nelegali prekyba augintiniais didina užkrato tikimybę. Pasiutligė atrodo įveikta ir Lietuvoje, ir Olandijoje, o va Olandijoje vėl užfiksuota. Skiepijami per jauni skiepyti gyvūnėliai. Kita grėsmė, netinkamos sąlygos, kurias patiria nelegaliam veisimui laikomi gyvūnai, jų transportavimas. Net ir teisėtai išsigytas gyvūnėlis traktuojamas kaip prekė, o juk tai yra gyvas padaras. Taigi kalbame ir apie sveikatą, ir apie gyvūnų gerovę, ir pagaliau apie vartotojų apsaugą. Privalomas Europinis kačių ir šunų ženklinimas būtų tam tikra išeitis. Ir jau nebe pirmame kontekste, šioje salėje tenka kalbėti, apie mokslinių tyrimų stygių. Be to, pritarčiau, kad įvairių lygių institucijoms, kurios žiūri į šį nelegalų verslą pro pirštus, būtų griežtinamos sankcijos.

Sylwia Spurek, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, each year a significant number of companion animals is illegally traded across the Member States. They are often subjected to long journeys across the EU without food and water. The trafficking in companion animals has negative implications not only on animal welfare, obviously, but also on public health and consumer protection. We need tougher sanctions on the traffickers, better cross-border cooperation on law enforcement, and stricter animal health requirements. We need training for the law enforcement to better react in specific cases related to illegal trade in companion animals.

We call on the Commission for stricter rules on the identification and registration of cats and dogs, as well as the registration and licensing of all breeders and sellers. The systems for registration shall be interconnected among the Member States also to secure online trading, since 80% of the whole illegal trade is online trade. Last but not least, more public awareness campaigns should be carried out to inform citizens about the negative effects of the illegal trade in companion animals and the importance of purchasing only companion animals that have been bred, kept and traded in a responsible manner and with due concern for animal welfare.

Moreover, we call on the Member States to carry out more information and awareness-raising campaigns to encourage adopting, rather than buying, companion animals. If more people adopted pets instead of buying, or at least did better research on animal breeders, illegal traders would see their business slowly diminish.

Martin Hojsík, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, dear Commissioner, dear Presidency, 100 000 puppies – that's the approximate estimate of the number of puppies exported from my country, Slovakia, every year. That's just the export, and it's an estimate because a large part of it is illegal trade: trade that is not only a problem for animal welfare of the puppies, of the kittens and other companion animals; trade that is also a problem from the point of view of organised crime, that I actually have witnessed first-hand as part of the animal welfare movement. The same organised crime that's handling people, that's handling heroin and weapons, is also handling puppies. It sounds weird, but that's the case. It's also a problem of the tax losses, and above all, it's also problem of human health.

There is a new phenomenon that is now dominating the entire trade, and that's the online platforms. And that's what makes it even more of a European problem.

That's why we need the European Commission to step up its efforts and to really provide proper guidance for identification and registration of animals across the borders, and for the Member States to actually start properly implementing and enforcing the regulation that's out there, especially the animal health law. Because what we face is a crisis, and what we need is action, not words.

Marco Dreosto, *a nome del gruppo ID.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, il traffico illegale di cuccioli non deve continuare a riempire le tasche della criminalità organizzata, minando la salute pubblica e soprattutto il benessere degli animali.

Secondo la Coldiretti, ci sono in Italia oltre 400 000 cuccioli di cani e gatti vittime dei trafficanti, per un giro di affari di circa 300 milioni di euro l'anno. Recentemente, la polizia italiana nel Friuli Venezia Giulia ha sgominato vere e proprie bande che trafficavano cuccioli provenienti dall'Est Europa, trasportati in condizioni orribili, strappati anzitempo alle loro madri.

Serve quindi una risoluzione che preveda un sistema di identificazione obbligatorio e l'inasprimento delle sanzioni, al fine di contrastare efficacemente la deprecabile pratica del commercio illegale dei cuccioli. Ben venga quindi il regolamento, ma è soprattutto necessaria la cooperazione transfrontaliera tra le autorità doganali dei paesi europei per combattere questo traffico illegale che fa così male a noi, ma molto di più ai nostri cari amici a quattro zampe.

Francisco Guerreiro, *em nome do Grupo Verts/ALE.* – Senhora Presidente, na Sérvia um *bulldog* francês custa em média trezentos e setenta e cinco euros, na Alemanha e França mil e quinhentos, já na Suécia estes valores podem chegar aos mil oitocentos e setenta euros.

Esta diferença de preços entre os vários países tem exponenciado o comércio ilegal de cães e de gatos na União Europeia. Este mercado negro incentiva, assim, os criadores ilegais a transportarem estes animais até aos países onde a sua venda é mais rentável. Mas este sistema, doentio e ilegal, que altera as idades e falsifica os boletins de vacinação destes animais, apenas é possível devido à ausência de um registo comunitário de criadores certificados.

Acrescem a esta omissão comunitária as condições deploráveis e ilegais em que estes animais são transportados dentro do espaço comunitário. E para travarmos este comércio ilegal a União Europeia tem que criar legislação que obrigue os Estados-Membros a garantirem registos oficiais de todos os animais de companhia, mas não só. Este sistema só será eficaz se as bases de dados nacionais puderem ser cruzadas a nível supranacional dentro da União Europeia.

A conclusão para nós é clara: qualquer lei nacional sem um sistema de registo europeu falhará.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie.* – Voorzitter, huisdieren zorgen voor veel plezier, maar achter de huisdier-enhandel gaat ook enorm veel dierenleed schuil. Huisdieren worden in een opwelling gekocht en met hetzelfde gemak weer weggegooid. Elke dag worden in Europa dieren verwaarloosd, mishandeld, gedumpt of gedood.

Mevrouw de commissaris, wist u dat in Ierland windhonden drugs en steroïden krijgen om te presteren op de renbaan, waardoor zij aan het einde van het seizoen tandeloos en verzwakt zijn? Wist u dat in Spanje galgo's die gebruikt worden voor de jacht, worden gestraft door aan bomen te worden opgehangen tot ze uitgeput stikken? Wist u dat in veel Oost-Europese landen zwerfhonden in brand worden gestoken of gevoerd worden met antivries of gebroken glas? Wist u dat in heel Europa zwerfkatten worden vergiftigd, doodgeschoten, dat hun staarten worden uitgetrokken, oren worden afgeknipt of hele nestjes worden verdronken? Wist u dat voor de malafide puppyhandel puppy's worden gefokt in grote schuren, waarna ze via internet worden verkocht?

Mevrouw de commissaris, deze handel moet keihard worden aangepakt. Puppyschuren moeten voor eens en voor altijd worden verboden. Daarnaast moeten alle honden en katten verplicht worden gechipt en geregistreerd, moeten er meer controles zijn en moet er zwaarder worden gestraft, zeker voor het vervalsen van paspoorten en chips. Er moet een einde komen aan deze georganiseerde criminaliteit en aan dit dierenleed.

Eleonora Evi (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, chi acquista un cucciolo non vuole certo finanziare il terzo crimine organizzato più lucrativo in Europa, preceduto solamente da traffico di droga e di armi. Chi acquista un cucciolo non vuole certamente che migliaia di cani e gatti siano strappati precocemente alle loro madri e costretti a viaggi infernali in cui talvolta soltanto la metà arriva vivo a destinazione. Eppure questo è ciò che accade a moltissimi ignari cittadini europei che acquistano un animale tramite alcuni annunci online o senza effettuare i dovuti controlli. Questo incubo deve finire e la soluzione è a portata di mano.

Serve un sistema obbligatorio di identificazione e registrazione che sia armonizzato a livello europeo, che permetta la creazione di banche dati nazionali che siano interconnesse tra di loro così da rendere possibile una piena tracciabilità degli animali. Serve anche inasprire le sanzioni e i controlli, punire severamente, non solo chi traffica animali, ma anche veterinari e le autorità che si rendono complici di questo business.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, sehr geehrte Frau Ratsvertreterin! Wer kennt sie nicht? Den Hund oder die Katze als treuen Begleiter. Ich selbst komme von einem kleinen Bauernhof, wo man sehr würdevoll und sehr natürlich mit Tieren umging und umgeht. Tiere können nicht für sich sprechen, deswegen müssen wir das hier tun, und viele Hunde und Katzen werden in Europa nicht artgerecht behandelt. Illegaler Handel mit diesen Tieren floriert, oftmals unter sehr schrecklichen Bedingungen. An der Gesundheit und artgerechten Haltung der Tiere wird gespart, damit zusätzlicher Profit geschaffen wird. Wir müssen etwas tun.

Vier Maßnahmen schlage ich vor: Erstens, wir müssen die Kontrollen in den Mitgliedsstaaten verschärfen, das ist Mitgliedstaatskompetenz, nicht Kommissionskompetenz, dessen bin ich mir bewusst. Wir brauchen aber einheitliche Standards im Tierschutz. Drittens, wir brauchen ein einheitliches europaweites Registrierungssystem sowie verknüpfte Datenbanken; und viertens, wir brauchen bessere Regulierung im Internethandel. In Wallonien – dort, wo ich herkomme – gibt es diese Maßnahmen, dort hat man ein Gesetz gemacht, mit dem man den Onlinehandel reguliert, das kann man zum Vorbild nehmen, dann geht es den Tieren vielleicht ein Stück besser.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Doamna președintă, vorbim despre o problemă extrem de importantă, atât prin amploare, cât și prin gravitate. Eu sunt medic de urgență în Iași, România, Spitalul Clinic de Urgență „Nicolae Oblu” și consider, doamna comisar, la fel ca și dumneavoastră, că viața fiecărei ființe trebuie protejată.

Pe de o parte, cruzimea față de animale este inacceptabilă și cred că aici trebuie să venim cu măsuri mult mai dure. În România deja am depus un proiect în plenul parlamentului României prin care cruzimea față de animale este pedepsită cu ani grei de închisoare și aici sugerez că poate fi înăsprită legislația care condamnă acest fenomen. În al doilea rând, vorbim de o problemă importantă de sănătate publică și mai ales în contextul noilor îngrijorări legate de răspândirea bolilor infecțioase, mai ales că acum vorbim despre Coronavirus, cred că acest lucru trebuie făcut și la nivel european.

Așa că din punctul meu de vedere, trei lucruri clare trebuie făcute, chiar dacă aici vorbim despre politici de subsidiaritate. O legislație unitară la nivel european, o mai mare fermitate în ceea ce privește condamnarea celor care fac acest comerț ilegal și în al treilea rând, educație făcută la nivel european pentru a proteja viața acestor ființe.

Jan Huitema (Renew). – Voorzitter, ik kan me nog goed herinneren dat wij toen ik klein was een puppy kregen en dat was echt het beste cadeau ooit! Puk heeft ook echt een prachtig leven gehad op onze boerderij. Helaas is dat niet zo vanzelfsprekend in de Europese Unie en dat is eigenlijk schandalig. Het gebeurt nog steeds dat puppy's geboren worden in slechte hygiënische omstandigheden, dat ze de ontwormingskuren niet krijgen, de inenting niet krijgen, zelfs mishandeld worden of geen daglicht zien.

Zulke puppy's komen dan bij liefdevolle gezinnen waarbij de puppy's ziek worden of zelfs doodgaan. Dit is onacceptabel dierenleed en het brengt ook heel veel leed bij die gezinnen teweeg. Ook moeten zij dan weer naar een dierenarts gaan en hebben zij hoge kosten.

Deze illegale handel, deze fok van katten en honden moet stoppen. Dit is de EU niet waardig en ik vraag de Europese Commissie daarom ook om streng te controleren en dit keihard aan te pakken.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chaque année, des milliers d'animaux de compagnie font l'objet d'un trafic illégal au sein de l'Union. Ces animaux sont mal nourris, séparés trop jeunes de leur mère, souvent malades et non soignés, puis vendus illégalement en Europe.

Au-delà du bien-être animal, c'est aussi une question de santé publique et de protection des consommateurs. Ces animaux ont parfois des maladies contagieuses et les consommateurs non avertis risquent de se retrouver avec des animaux condamnés, des factures impayées et un cœur brisé.

Pour faire cesser ce trafic illégal, nous demandons à la Commission, premièrement, d'améliorer la traçabilité en proposant un système harmonisé d'enregistrement des animaux. Deuxièmement, de mettre fin aux publicités illégales en ligne. Pour cela, nous exigeons l'identification systématique des vendeurs. Et troisièmement, d'améliorer la coopération entre les États membres pour arrêter ces trafiquants. Ces mesures sont urgentes et indispensables pour lutter contre ces réseaux criminels.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señora presidenta, el Reglamento (UE) n.º 576/2013 se pensó para el movimiento no comercial de animales de compañía. Y el comercio ilegal dentro de la Unión Europea de este tipo de animales vulnera este Reglamento; además, atenta contra el buen funcionamiento del mercado único, porque a menudo estamos hablando de malas praxis en el ámbito de la compraventa digital.

El plan de acción de la Comisión ENVI para resolver este problema es claro: una mejor implementación del Reglamento; sanciones para los agentes que se involucran en este tráfico ilegal: veterinarios, comerciantes, vendedores, publicidad; instauración de un sistema europeo de identificación de gatos y perros; animar a los ciudadanos a que adopten animales como alternativa a la compraventa; y mejor cooperación y formación de las autoridades aduaneras.

Este es el camino. Además, no debemos olvidar que el bienestar de los animales va estrechamente ligado al bienestar de las personas. Traficar con animales, muchos de ellos no vacunados o sin las certificaciones necesarias, significa también traficar con enfermedades.

Una sociedad que protege los derechos de los animales es una sociedad más humana.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, procjenjuje se da se mjesečno među državama članicama Europske unije trguje s oko 46 000 pasa od kojih većina nije registrirana, mnogi su bolesni, nisu cijepljeni i imaju krivotvorene ili nikakve dokumente, ne zna se njihovo podrijetlo i mnoge životinje umiru kratko nakon prodaje.

Nezakonita trgovina životinjama najunosniji je kriminal na svijetu nakon droge i oružja. Osim zaštićenim i divljim životinjama, nezakonito se trguje kućnim ljubimcima. To ima negativne posljedice za javno zdravlje, dobrobit životinja i zaštitu potrošača. Zato su identifikacija i registracija svih mačaka i pasa prvi korak u borbi protiv njihove nezakonite trgovine.

U zaključcima Vijeća iz prosinca prošle godine, usvojenih tijekom predsjedanja Finske, Vijeće je dodatno pozvalo Komisiju na procjenu potrebe za novim zakonodavstvom o dobrobiti životinja. U Hrvatskoj je takvo zakonodavstvo dobro regulirano.

Kolegice i kolege, ovi podaci tužna su realnost koju svi zajedno moramo promijeniti.

Isabella Adinolfi (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'articolo 13 del trattato di Lisbona sancisce che gli animali sono esseri senzienti e come tali devono essere trattati e tutelati. Eppure ancora oggi vengono considerati soltanto come degli oggetti. Qui parliamo di commercio illegale, con cuccioli stipati in camion e stive come qualsiasi merce o bagaglio per essere venduti illegalmente in diversi paesi dell'Unione europea, riportando traumi di natura fisica e psicologica.

Ma vorrei sollevare anche il problema del trasporto dei nostri animali domestici. Per molti cittadini europei viaggiare con i propri amici a quattro zampe è impossibile, in particolar modo se si tratta di un viaggio aereo. Non tutte le compagnie aeree infatti permettono di viaggiare con animali domestici, e quelle che lo prevedono pongono dei limiti di peso e di numero per l'accesso in cabina, e trasportando in stiva, come oggetti, gli animali in eccesso.

Dobbiamo aggiornare le norme, obbligando tutte le compagnie ad accettare gli animali e a prevedere che essi viaggino in tutta sicurezza. Viaggino, non che siano trasportati come dei pacchi. Adottate, non comprate!

Spontane Wortmeldungen

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, Vy jste řekla ve svém úvodu, že nelegální obchod se zvířaty v zájmovém chovu je věcí národních států. Promiňte, ale to považuji za alibismus.

My se v českém parlamentu pokoušíme prosadit tvrdší úpravu trestního zákoníku, postih množiren, postih tohoto obchodu a ty debaty jasně ukazují, že žádná členská země není schopna tento problém zcela vyřešit. Jedná se o organizovaný mezinárodní zločin, to zde kolegové jasně řekli, jedná se o statisíce štěnat a kořat, jedná se o obrovské utrpení těchto živých tvorů a bez toho, že EU a její orgány, konkrétně Evropská komise, připraví účinná celoevropská opatření, tak žádný členský stát tento problém sám nevyřeší, byť bude mít sebelepší vůli.

Já Vás prosím, věnujte se pořádně tomuto tématu. Vaše odpověď byla vyhýbavá. Snažte se najít řešení, které efektivně postihne tento organizovaný zločin, kde unikají miliardy na daních, ale hlavně trpí nevinná zvířata.

Petras Auštrevičius (Renew). – Gerbiama pirmininke, komisijos nare, kolegos. Europa uždraudė vergų prekybą devynioliktame amžiuje. Tačiau dvidešimt pirmajame amžiaus jo pradžioje negalime sudaryti normalių sąlygų mūsų mažiesiems draugams, apribodami nelegalią prekybą. Europos Sąjunga, kuri sugebėjęs sukurti pasaulinio lygio ekonominę gerovę, pirmąja technologinių išradimų srityje, tačiau tebestokoja valios sukurti privalomą šunų ir kačių registracija ir ženklinimą. Iškilmingai kalbėdami apie skaitmeninį amžių, apie būtinus pasiekimus, mes neturime vieningos registracijos duomenų sistemos mūsų Sąjungoje. Rizikuodami gyvūnų gerovę, apgaudinėdami neinformuotus pirkėjus ir pažeisdami visuomenės sveikatos reikalavimus, mes palaikome nelegalų ir nešvarų verslą. Kviečiu Europos Komisiją nedelsiant imtis privalomų sprendimų, kurie ir sukurs Europinę gyvensenos pagrindus gyvūnų gerovės srityje. Baikime šiuolaikinę vergovę.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, I'd like to thank you all for this important debate. I have heard your interventions very carefully. What you don't need to do is to try and convince me that we need to do more. I am a very proud owner of a companion animal. I have myself been following what has been going on for the last few years online, and really I must admit that I share with you that a lot of what we are seeing is, to say the least, extremely sad and even shocking. So you don't need to convince me that more needs to be done.

Now I'm going to restate that the Commission, and myself personally, are committed to look at finding ways to end the illegal trade of cats and dogs.

I do believe that the new Animal Health Law will address many of these issues. It does have compulsory registration, finally, of establishments breeding cats and dogs, and we do now have, if not all the necessary measures, a great deal more necessary measures to help Member States prevent and detect this unacceptable practice. But it is also important that we enforce the rules, and I think we all need to understand that these are not being enforced. All the stakeholders have an important role to play in this by developing guidelines, and I was very interested and I agree that we need to also have more public awareness campaigns of this problem.

The new Official Controls Regulation provides far stronger penalties and more tools to address online sales, and I believe that by working together we can stop the illegal trade of companion animals. It is a threat to the internal market and public and animal health, as well as animal welfare, and what I can commit to, as a Commissioner, is that I will be looking at this even more closely and seeing how the Animal Health Law is implemented and, if necessary, what else we can do.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, to conclude, I wish to thank you for this useful debate on the protection of the internal market and consumer rights from the negative implication of illegal trade in companion animals. This is a complex issue which has to be tackled by Member States' competent authorities, which remain primarily responsible for ensuring, together with the Commission, enforcement of the rules adopted by the co-legislators. The recently-adopted Council conclusions on animal welfare are an important contribution for making further progress in this area.

Finally, let me also emphasise that we are looking forward to the continued discussion in the context of the EU Platform on Animal Welfare in the Working Group on e-commerce.

Die Präsidentin. – Gemäß Artikel 136 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurde ein Entschließungsantrag eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 12. Februar 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The illegal trade of companion animals is a highly organised criminal activity that puts animal and human lives at risk. The illegal dog trade alone impacts on approximately 8 million puppies annually, is the third most profitable organised crime network in the EU, and poses a massive public health risk to European citizens. Illegally bred pets are seldom vaccinated. They can spread infectious diseases and cause a re-emergence of once-eradicated diseases. They are also subject to unequal and appalling living conditions, leading to genetic defects and behavioural problems.

To fight the criminal trade in pets the EU must create a common definition of puppy and kitten farms. A common definition would eradicate differences in animal welfare standards, price inconsistencies and pet exploitation. We must also implement a mandatory, EU-wide system for pet identification and registration. All Member States should provide registers of authorised pet breeder and sellers. I also encourage people to adopt animals instead of purchasing them. Finally, I call on the Commission to implement tougher sanctions for criminals participating in the illegal pet trade. Member States must shut down these crime networks for the sake of our citizens' health and the safety of our pets.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, eläinten kaupan laajennuttua verkkoon yhä useampi ostaa lemmikkinsä netistä. Jo 2017 EU-maissa tehdyn kyselyn mukaan yli puolet ostivat lemmikkinsä verkossa.

Suurimmassa osassa EU-maista ei kuitenkaan ole lainsäädäntöä eläinten verkkokaupalle. Sääntelyn puute ruokkii laitonta kauppaa ja helpottaa epärehellisten myyjien toimintaa. Lemmikkieläinten laiton kauppa lisää sairauksien riskiä sekä eläimillä että ihmisillä. Eläimen alkuperän ollessa epävarma on mahdotonta varmistua rokotuskorttien ja passien aitoudesta. Jos rokotuskortti onkin väärennetty, voi ulkomailta jäsenvaltioon tuotu eläin levittää eläinsairauksia, joita jäsenvaltioissa ei ole tavattu. Lemmikeillä voi olla perinnöllisiä sairauksia, pennut syntyvät ja kasvavat huonoissa olosuhteissa, eikä kasvattaja myöskään aina välitä, millaiseen kotiin pentu päättyy. Kaikki tämä myös kostautuu usein kärsimyksenä ja taloudellisenä menetyksenä omistajalle.

Jokainen kissa ja koira ansaitsee arvoisensa elämän – kuten me kaikki muutkin elolliset – ilman kipua, kauhua ja kärsimystä. Me tarvitsemme EU:n tasolle seuraläinlainsäädännön, johon sisältyisi lemmikkien sirutuspakko ja eurooppalainen rekisteri.

Peter Pollák (PPE), *písomne*. – Nelegálny obchod so zvieratami znamená často trýznenie, bolesť a krv. Počuli sme o ilegálnom obchodovaní vo viacerých členských krajinách EÚ, napríklad v Španielsku či Grécku. Naše členské krajiny potrebujú silnú legislatívu a pomoc. Ilegálny obchod so zvieratami je porovnateľný s inými formami čiernej ekonomiky, napríklad s obchodom s drogami a zbraňami. Odhaduje sa, že hneď po týchto nelegálnych oblastiach nasleduje práve predmetný sektor. Chceme upozorniť aj na predaj suvenírov, ktoré majú zvierací pôvod. Stále sa kvôli slonovine, kožušine či iným artefaktom zvieratá zabíjajú. Je potrebné, aby sa Európska únia zamerala aj na túto formu nekalých praktík.

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – Отдавна призовавам за по-строги мерки в борбата с насилието срещу животни и нелегалната им търговия. Контрабандата и нелегалният трафик се свързват с наркотици и оръжие. Истината е, че друг незаконен бизнес изживява бум – търговията с домашни любимци. За ден в Европа има близо 400000 обяви за продажби на кучета. Предвид цената от стотици евро, ясно е какви са годишните печалби. По данни на Европол, дилърите на наркотици печелят 24 млрд. евро годишно, сумите от незаконната търговия на кучета са подобни. Сериозен проблем е липсата на задължителна общоевропейска система за идентификация и регистрация. Тя би ограничила незаконната продажба на домашни животни, защото проверката статута на животното е по-лесна – кога е родено, кой е собственика, какви ваксини има. Това ще спомогне за по-добрия контрол над общественото здраве и по-добрата защита на потребителите. Системата трябва да бъде обвързана с паспортите на животните, за да не може да се фалшифицират. Важно е обществото да налага граждански контрол и да настоява за спазването на законовите изисквания за хуманно отношение към животните. Това действа като двигател за въвеждането на промени. Призовавам всички отговорни институции да изработят европейска правна рамка за защита на домашните любимци и бездомните животни, чиято цел е справяне с незаконната търговия.

Edina Tóth (PPE), írásban. – A kisállatok illegális kereskedelme hatalmas méreteket ölt az Európai Unióban, nem áll meg az országhatároknál és rengeteg állat pusztulását okozza évente. A legtöbb esetben elmondható, hogy az illegális állatkereskedelem a háziállatok szaporításához vezet. A szaporítók a kölyökkutyákat és cicákat gyakran akár 4-5 hetes korban is elválasztják az anyjuktól, megfelelő regisztráció és oltások nélkül adják el őket egyik tagállamból a másikba. Továbbá a kereskedelmi célból kutyát vagy macskát tenyésztő vállalkozások pedig a kedvtelésből tartott állatok nem kereskedelmi célú utazására vonatkozó uniós előírásokat használják ki jogosulatlanul.

Az ilyen illegális állatkereskedelem a benne rejlő közegészségügyi, állatjóléti és fogyasztóvédelmi kockázat mellett ráadásul a nemzetközi szervezett bűnözés számára is jelentős bevételforrássá vált. Éppen ezért az állatok illegális kereskedelmének azonnal véget kell vetni! Felszámolni a jelenséget azonban nagyon nehéz feladat. Úgy gondolom, hogy erre az évek óta tartó problémára kizárólag egy Uniós szintű szabályozással találhatunk megoldást, amellyel sok ezer kisállat életét menthetjük meg és biztosíthatunk számunkra jobb életet. Szükség van szigorításra és a büntetések bevezetésére.

18. Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung: siehe Protokoll

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.47 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. FEBRUAR 2020

(C/2024/4416)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2019-2020

Sitzungen vom 10. bis 13. Februar 2020

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Personelle Zusammensetzung der interparlamentarischen Delegationen: siehe Protokoll	4
3. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	4
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
5. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	4
6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
7. Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates am 20. Februar 2020 zum Mehrjährigen Finanzrahmen (Aussprache)	4
8. Wiederaufnahme der Sitzung	36
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	36
10. Mitteilung des Präsidenten	37
11. Abstimmungsstunde	37
11.1. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (A9-0003/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)	37

Inhalt	Seite
11.2. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (Entschließung) (A9-0017/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)	37
11.3. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (A9-0002/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung) . . .	37
11.4. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (Entschließung) (A9-0014/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)	37
11.5. Einwand gemäß Artikel 111 GO: Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (B9-0091/2020) (Abstimmung)	37
11.6. Einwand gemäß Artikel 112 GO: Blei und seine Verbindungen (B9-0089/2020) (Abstimmung) .	38
11.7. Strategie der EU zur weltweiten Einstellung der Verstümmelung weiblicher Genitalien (B9-0090/2020, B9-0092/2020) (Abstimmung)	38
11.8. Automatisierte Entscheidungsfindungsprozesse: Gewährleistung des Verbraucherschutzes und des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen (B9-0094/2020) (Abstimmung)	38
11.9. Vorgeschlagenes Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (B9-0098/2020) (Abstimmung)	38
11.10. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018 (A9-0016/2020 - Costas Mavrides) (Abstimmung)	38
11.11. Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU (B9-0088/2020) (Abstimmung)	38
12. Erklärungen zur Abstimmung	38
12.1. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (A9-0003/2020 - Geert Bourgeois)	39
12.2. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (Entschließung) (A9-0017/2020 - Geert Bourgeois)	42
12.3. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (A9-0002/2020 - Geert Bourgeois)	43
12.4. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (Entschließung) (A9-0014/2020 - Geert Bourgeois) . .	43
12.5. Einwand gemäß Artikel 111 GO: Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (B9-0091/2020)	44
12.6. Strategie der EU zur weltweiten Einstellung der Verstümmelung weiblicher Genitalien (B9-0090/2020, B9-0092/2020)	46
12.7. Automatisierte Entscheidungsfindungsprozesse: Gewährleistung des Verbraucherschutzes und des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen (B9-0094/2020)	50
12.8. Vorgeschlagenes Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (B9-0098/2020)	51
12.9. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018 (A9-0016/2020 - Costas Mavrides)	55
12.10. Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU (B9-0088/2020)	56

Inhalt	Seite
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	58
14. Wiederaufnahme der Sitzung	58
15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	59
16. Ein soziales Europa in einer digitalisierten Welt (Aussprache über ein aktuelles Thema)	59
17. Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter (Aussprache)	73
18. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)	88
19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	99
20. System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (Aussprache)	99
21. Aktueller Stand beim Kampf der EU gegen Geldwäsche – Luanda Leaks (Aussprache)	107
22. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	115
23. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	115
24. Die humanitäre Lage von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU (Aussprache)	116
25. Ein besseres Internet für Kinder (Aussprache)	134
26. Coronavirus: Gewährleistung der Grundrechte und eine abgestimmte Reaktion der EU (Aussprache)	141
27. Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung: siehe Protokoll	149
28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	149
29. Schluss der Sitzung	149

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. FEBRUAR 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.06)

2. Personelle Zusammensetzung der interparlamentarischen Delegationen: siehe Protokoll

3. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates am 20. Februar 2020 zum Mehrjährigen Finanzrahmen (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla preparazione del Consiglio europeo straordinario del 20 febbraio 2020 sul Quadro finanziario pluriennale (2020/2538(RSP)).

Ringrazio per la presenza la Presidente della Commissione Ursula von der Leyen e do la parola, salutandola e ringraziandola, alla Ministra Brnjac per il suo intervento.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Mr President, it is my pleasure to address this assembly today to discuss the preparation for the special European Council meeting on the Multiannual Financial Framework (MFF) that will take place on 20 February.

Following the presentation by the Commission of its proposal for the next Multiannual Financial Framework, the Bulgarian, Austrian, Romanian and Finnish Presidencies worked hard at the technical and political levels to prepare the ground for an agreement.

We have now entered a decisive phase. Following the discussion at the December European Council, the President of the European Council has carried out extensive consultation with his counterparts. On this basis, he will submit, with a view to the General Affairs Council (GAC) on 17 February, his proposal for a deal at the level of the European Council.

The Croatian Presidency fully supports the view that a deal must be found swiftly. This will not be easy, as we all know, but there is still, in many parts, an expectation gap between what we want to achieve at EU level and the funds to achieve these goals. However, postponement would not make things easier, quite the contrary.

The departure of the UK creates a budgetary gap, further tightening the situation, with the Union facing, at the same time, a number of new challenges and, hence, priorities. A balanced agreement reflecting the ambitious objectives of the strategic agenda at the level of the European Council in February is necessary to open the way for concluding the negotiations on the many pending sectoral codecision files so as to be ready for the beginning of the new cycle in January 2021. The urgency to adopt the draft MFF regulation at the Council level also stems from the fact that this will not be the end of the road, since the European Parliament must give its consent to this regulation.

We are aware of the concerns and the positions expressed by the Parliament. That is why, all along the process, the successive presidencies have taken great care to keep Parliament informed, for instance, through regular meetings both before and after the General Affairs Council meetings discussing the MFF, which will be the case next week as well.

The Croatian Presidency will continue with this practice whenever the MFF is on the GAC formal agenda. Moreover, that is also why the President of the European Council has had several high-level contacts with the representatives of the Parliament. Once unanimous agreement is found at the level of the European Council, the Croatian Presidency will work very hard with the Parliament to ensure a positive outcome when the House votes on this regulation.

Reaching a timely and balanced agreement on the whole MFF package, including the own resources part, is in the common interest of all institutions, Member States, and their citizens. I very much hope that we will achieve that objective. The Croatian Presidency will do all it can in that respect.

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Kommission. Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! In der Tat, wir werden nächste Woche den außerordentlichen Europäischen Rat haben, und das ist ein wichtiger Moment für Europa. Die Ausgangsposition ist im Prinzip gut, denn alle drei Institutionen – das Parlament, der Rat und die Kommission – sind sich einig über die strategische Agenda. Wir wissen alle, was auf dem Spiel steht.

Wir haben sehr klare gemeinsame politische Ziele: Europa soll 2050 der erste klimaneutrale Kontinent sein, und zwar nicht nur, weil es um die Gesundheit des Planeten geht – das ist das Hauptziel –, aber auch, weil wir wissen, dass dahinter, wenn wir eine saubere und umweltfreundliche Wirtschaft entwickeln, neue Jobs stehen, die nachhaltig sind und die damit auch Zukunft bedeuten. Wir wollen vom digitalen Wandel in der Welt profitieren, und zwar nicht nur passiv, sondern wir wollen auch aktiv Akteure sein. Und wir wollen die Menschen in Europa stärken, indem wir einerseits den Übergang, der durch die ökologische und digitale Transformation ausgelöst wird, abfedern und andererseits genau das machen, was richtig ist, nämlich investieren in die Bildung und Ausbildung, gerade mit Kompetenzen auf dem ökologischen und digitalen Feld.

Doch uns läuft die Zeit davon, und lassen Sie es mich noch einmal ganz deutlich formulieren: Wenn der Haushalt nicht bald beschlossen wird, dann werden wir im nächsten Jahr nicht in der Lage sein, mit dem neuen Haushalt die neuen Prioritäten tatsächlich auch so zu finanzieren, wie wir uns das alle vorstellen.

And, therefore, after nearly two years of deliberations it is high time now.

All of us must be ready to find common ground. And what is important: we have to find the right balance between old priorities and new priorities. Because if you look at the negotiations, while there are many, many Member States that strongly defend cohesion policies, and rightly so. And there are many Member States that strongly defend the common agricultural policies, and rightly so.

But I also expect to see the same dedication when it comes to defending our new priorities. Because the day the budget will be signed, the day we have agreed on a budget – and I know that – everybody will turn around towards the Parliament and towards the Commission and will ask for: Horizon Europe, will ask for Erasmus, ask for migration funds, for defence, for digitalisation, for infrastructure, you name it. And, therefore, we really have to make sure that these new priorities get the attention they deserve.

We have to deliver on a European budget that is able to invest in digital start-up, to explore the potential of artificial intelligence, to anchor Europe's position as the world's leading research region, to offer young people a better future and all parts of Europe, to address the root causes of migration, to allow us to demonstrate solidarity in cases of humanitarian or natural catastrophes, to allow to build the European Union of security and defence.

But, most of all, we need a budget so that citizens and companies see that we are able to act on climate change. For citizens this is the top priority. For us, it's a challenge, but it's our duty to turn this challenge into an opportunity.

Le succès de ces négociations budgétaires dépendra des moyens que nous nous donnerons de financer notre pacte vert pour l'Europe. Moi, je n'accepterai aucun résultat qui ne garantisse pas qu'au moins 25 % du budget soit consacré à la lutte contre le changement climatique. J'attends un budget qui alloue les nouvelles ressources nécessaires au mécanisme pour une transition juste. La raison en est simple: si nous ne nous donnons pas les moyens nécessaires pour soutenir les régions et les travailleurs les plus exposés aux conséquences économiques et sociales des politiques relatives au changement climatique, nous ne réussirons tout simplement pas à atteindre la neutralité climatique.

Le pacte vert pour l'Europe se fera avec les citoyens européens, avec les chercheurs européens, avec les entreprises européennes, ou il ne se fera pas du tout.

Je pense, tout comme vous, que de nouvelles ressources propres pour l'Union constitueraient une avancée importante. Pour cela, j'ai instamment prié les États membres de tenir pleinement compte de la position du Parlement européen à cet égard. Je suis convaincue que cela donnera un coup d'accélérateur à notre programme commun et allégera la pression exercée sur les budgets nationaux, rendant ainsi possible l'allocation des fonds supplémentaires nécessaires. Ainsi, c'est véritablement une solution gagnant-gagnant que nous recherchons.

Honourable Members, we all know the negotiations will not be easy. As a Union of 27, as you said, we have fewer resources. It's about EUR 75 billion less for the whole 7-years period, but more common challenges that no Member State can solve on its own. And at the same time, expectations towards the next long-term budget of the Union could not be more diverse.

As Members of Parliament, you are well aware of the discussions in your home countries, while you also see the different positions in the Member States of your colleagues. Arriving at an agreement will therefore be a serious challenge. We all know this. But we also know that citizens will not understand it if decision-makers fail to make the funding available for policies needed.

It's our common responsibility in the European Council, and in the European Parliament to deliver for Europe.

(Applause)

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Ratsvertreterin! Wenn wir über Geld sprechen, über Budget sprechen, sprechen wir über Politik, über die Zukunft Europas. Wo können wir Schwerpunkte setzen? Ich möchte zunächst unterstreichen, dass es aus unserer Sicht gut gewesen wäre, wenn Charles Michel heute da gewesen wäre. Das Zuhören wäre gut gewesen. Wir wissen, dass er im engen Austausch mit unserer *Steering Group* ist, sich mit den Fachleuten trifft, aber ins Plenum zu kommen hat auch noch einmal eine andere Bedeutung; deswegen möchte ich das zu Beginn schon sagen, dass es schön gewesen wäre, wenn er da wäre. Aber positiv ist, dass er den 20. Februar gesetzt hat. Er macht Druck bei der MFR-Diskussion, er versucht, Antworten zu geben, er versucht, Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Die Bauern, die Studenten, die Forscher – alle warten auf Klarheit, wie es in den nächsten Jahren weitergeht. Deswegen: Für den 20. wünschen wir ihm viel Erfolg.

Es ist der richtige Moment, das zu machen: Wir haben ein frisches Mandat – wir als Abgeordnete des Parlaments von den Wählerinnen und Wählern, die Kommission hat ein frisches Mandat. Wir alle sind mit neuem Schwung ausgestattet, und wir wissen, was die Menschen uns auf den Weg gegeben haben nach diesen Europawahlen, und das gilt es jetzt, gemeinsam umzusetzen.

Der erste Punkt ist, dass wir deutlich machen als europäische Ebene, dass es nicht nur darum geht, die bestehenden Mittel zu verteidigen. Ich möchte schon deutlich sagen, dass auch wir zur Selbstkritik fähig sind, und es muss auch bei Budgetverhandlungen möglich sein, dass man zunächst selbstkritisch darauf blickt, ob die bestehenden Gelder ordentlich ausgegeben werden. Das haben sowohl Günther Oettinger als auch jetzt Johannes Hahn in ihrer Verantwortung gemacht mit den Vorschlägen, die vorliegen. Das heißt, in den Bereichen wirklich selbstkritisch darauf zu blicken. Ein Thema, das uns als EVP wichtig ist, ist aus dem Bereich der Haushaltskontrolle: die mögliche Begrenzung für Zahlungen an eine individuelle Person. Wenn eine Person in Europa aus dem EU-Budget große Summen bekommt, dann kann das nicht richtig sein. Wir sprechen uns für eine Art Anti-Oligarchengesetz in der Europäischen Union aus, wo wir deutlich machen, dass die Gelder nicht in einer Hand dann landen dürfen.

Ein zweites Thema ist für uns, dass wir die bestehenden Gelder auch verteidigen und deutlich machen, dass sie gut investiert sind. Die Bauern brauchen Unterstützung im globalen Wettbewerb, die ländlichen Räume brauchen Unterstützung in der Globalisierung. Die Regionalförderung führt dazu, dass Europa zusammenwächst. Das ist richtig, und die Solidarität ist weiter notwendig. Im Bereich von Forschung: Erasmus zeigt Europa den *European added value*, den zusätzlichen europäischen Vorteil.

Als Drittes ist uns wichtig, dass wir nicht an der Zukunft sparen dürfen. Agrar ist wichtig, Regionalförderung ist wichtig – wir haben das in unseren Positionen immer unterstrichen –, aber es darf jetzt nicht die Dynamik entstehen, dass an den Zukunftsfeldern der Europäischen Union gekürzt wird. Ich würde mir wünschen, dass im Rat jetzt nicht nur eine Ein-Prozent-Diskussion entsteht, dass nicht nur eine Prozentdiskussion über die Obergrenze weitergeführt wird, sondern dass wir konkret über Inhalte reden. Wenn der Europäische Rat beschließt, 10 000 Frontex-Beamte in Kraft zu setzen, die unsere Außengrenzen besser schützen, dann ist es inakzeptabel, wenn die finnische Präsidentschaft diesen Budgetanteil um ein Drittel reduziert. Entweder man steht zu seinen Zusagen oder man steht nicht zu seinen Zusagen. Das gilt auch für die Forschung. Unser Projekt beispielsweise, das uns als EVP sehr wichtig ist: Im Kampf gegen Krebs brauchen wir dann auch die notwendigen Mittel, um erfolgreich zu sein. Bei Erasmus hatte ich es bereits angesprochen, und da bedanke ich mich bei Johannes und auch bei Ursula von der Leyen für die Klarheit, dass diese Themenfelder nicht unter den Tisch fallen dürfen.

Ich würde mir auch wünschen – das sage ich auch als Deutscher –, dass wir endlich die Nettozahlerdiskussion beenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir einen ordentlichen Grenzschutz in Europa aufbauen, wenn wir einen Marshallplan für Afrika aufbauen, dann sind das beides keine Gelder, die in die Niederlande, nach Österreich oder nach Deutschland zurückfließen werden, aber es ist im tiefen Interesse der Deutschen, der Österreicher und auch der Niederländer. Deswegen: Hören wir bitte auf mit der Nettozahlerdiskussion. Der beste Ansatz, sie zu überwinden, wäre, endlich den Einstieg in die *own resources* zu schaffen, wenn europäische Aufgaben mit europäischen Mitteln finanziert werden, dass das gemeinsame Interesse der Europäer auch über europäische Mittel finanziert wird, dann wäre das die beste Antwort, die wir geben können. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass der Rat wissen sollte, dass für uns als EVP-Fraktion die Frage der Eigenmittel auch eine rote Linie ist. Wir brauchen eine systemische Veränderung der Finanzierung der Europäischen Union, und das werden wir auch bei den weiteren Beratungen unterstreichen.

Ein weiteres systemisches Thema ist *rule of law*: Steuergelder der Europäer können nur ausgegeben werden, wenn Rechtsprinzipien eingehalten werden. Eine unabhängige Justiz, eine freie Medienlandschaft ist die beste Garantie dafür, dass Gelder ordentlich ausgegeben werden. Und deswegen vertreten wir den Ansatz, dass eine Kombination von *rule of law* mit dem MFR sinnvoll ist.

Und zu guter Letzt: David Cameron hat in der letzten Diskussion über den MFR intensiv dafür geworben: nur ein Prozent, nur ein Prozent, nur ein Prozent! Damit könne er die Briten überzeugen, dass dann Europa effizient ist, zukunftsfähig ist und schlank aufgestellt ist. Wir haben am Brexit-Beispiel erlebt: Wenn wir den Populisten Futter geben, wenn wir den Populisten nachgeben, dann wird das die Populisten stärken und sie nicht schwächen. Und deswegen brauchen wir jetzt einen ambitionierten Ansatz – nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern Ambition für Europa!

(Beifall)

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señoras presidentas, señorías, estamos en uno de los debates más importantes y que van a marcar toda la legislatura europea, pero también el futuro de la Unión. De nada sirve marcarnos objetivos de aquí a 2050 si nos atamos las manos durante los próximos siete años.

Que estamos en un momento crucial para Europa lo sabemos todos. También el Consejo. Que Europa necesita realmente poner en marcha una gran transformación para liderar la sostenibilidad en el mundo, una transformación en materia económica, social, medioambiental. Por supuesto que esa agenda de la transformación es necesaria. Lo sabemos todos y también el Consejo.

Ahora solo hace falta que seamos capaces de poner encima de la mesa los medios necesarios para llevarlo a cabo. La propuesta de este Parlamento es muy razonable y afronta esta necesidad: un 1,3 % del producto nacional bruto, más recursos adicionales para nuevas políticas que se tienen que poner en marcha, como abordar la transición justa en esta materia.

La propuesta de este Parlamento es muy clara y tiene una gran mayoría de apoyo por parte de los distintos grupos políticos. La presidenta Von der Leyen ha insistido mucho en la necesidad de que esta sea una Comisión geoestratégica y de que tengamos nuestra posición en el mundo. Y también el presidente del Consejo, el señor Charles Michel, ha aludido a la necesidad de liderar la lucha por la neutralidad climática en el mundo. Ahora solo hace falta que convenza a sus socios del Consejo —y también quiero decir en este momento que nos hubiera gustado que el señor Charles Michel estuviera hoy aquí; quizá todavía tiene poco que decir, pero tiene mucho que escuchar—. Para convencer a los socios del Consejo creo que es necesario entender la gran responsabilidad a la que nos enfrentamos y es necesario tener delante un acuerdo en el que no haya ganadores y perdedores porque entonces estará perdiendo Europa.

Esto no va de quitar dinero a unas políticas para ponerlo a otras. Esto no va de quitar dinero a unas regiones para ponerlo a otras. Quiero recordar aquí una cosa: fue Jacques Delors el que puso en marcha el primer programa plurianual. Y lo hizo teniendo en cuenta que era necesario hacer una gran agenda europea y que debía estar por encima de los intereses nacionales. Que era mucho más importante avanzar en la solidaridad del proyecto europeo. Y esa es la ambición que debemos tener en este momento.

Le pido a los jefes de Gobierno una visión europea, porque estamos en un momento importante y nos estamos jugando también ahora mismo el futuro del proyecto de la Unión. Es importante que entendamos que es necesario abordar ya de una vez por todas el discurso de los recursos propios para esos fondos adicionales que necesitamos. Es un presupuesto fuerte y ambicioso. No podemos hacer más con menos.

Necesitamos abordar las políticas europeas para los jóvenes. Necesitamos abordar las políticas europeas para el sector primario, para los agricultores y para los ganaderos. Necesitamos abordar la política europea para apoyar a los nuevos emprendedores, a los investigadores. Son tantas y tantas las políticas a las que Europa en estos momentos puede responder que no vamos a cejar en el intento de continuar con esta cuestión.

El tiempo pasa y el reloj corre. Y para nosotros podemos decir: «En este Parlamento somos pacientes». Solo voy a decir dos últimas cuestiones. El Parlamento decide en igualdad de condiciones junto con el Consejo y no vamos a ceder a la presión del tiempo porque el futuro de la Unión Europea está en nuestras manos y es la responsabilidad más importante que tenemos en estos momentos.

Dacian Cioloș, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, chers collègues, nous voyons ces dernières années combien il est attendu de l'Europe qu'elle apporte des réponses aux défis qui se présentent à nous – la crise financière, la crise migratoire, les changements climatiques... Crise après crise, on en appelle de plus en plus à l'Europe. Plus que jamais, l'Europe apparaît comme nécessaire; il est donc nécessaire, aussi, d'adapter le budget à cette nouvelle réalité.

Je souhaite saluer la détermination et l'engagement de Charles Michel qui, aux côtés de la présidence croate, cherche à trouver un accord sur le budget européen. Il a notre plein soutien pour y parvenir, mais à condition que ce soit un bon budget.

L'Europe n'est pas seulement une affaire d'engagement, puisque nous avons pris beaucoup d'engagements politiques ces dernières années. Nous avons aussi besoin de garantir que ces engagements se traduisent par des faits tangibles pour les citoyens. L'adoption d'un bon budget montre la détermination d'agir ensemble. C'est seulement quand nous accordons le budget à nos ambitions politiques que nous sommes crédibles.

Les effets du changement climatique sont tangibles et appellent des solutions, de même que la transformation numérique, mais nous avons aussi besoin de moderniser notre politique agricole commune et notre politique de cohésion. Tout cela appelle des actions urgentes de la part de l'Union européenne.

Je souhaite souligner trois points clés pour mon groupe. Tout d'abord, la taille du budget. Il nous faut des moyens pour relever les défis actuels et futurs, et nous ne pouvons pas nous entendre sur de belles ambitions un jour et, le lendemain, limiter nous-mêmes notre capacité à atteindre nos ambitions. Il en va de la crédibilité de l'Union européenne devant les citoyens de mettre en accord nos déclarations politiques et notre capacité d'agir.

Deuxièmement, les nouvelles ressources propres. La partie «recettes» du budget européen doit maintenant être modernisée et alignée sur les traités. Un budget européen réel appelle des ressources propres solides. La dernière réforme à ce sujet a été faite en 1988. Il est temps maintenant de repenser et de moderniser ce budget.

Troisièmement, un mécanisme solide d'état de droit. Nous devons disposer de mesures efficaces pour protéger le budget européen, dès lors que les valeurs européennes sont attaquées. Mon groupe n'est pas prêt au compromis sur la question de l'état de droit. Erasmus, l'emploi des jeunes, la sécurité et la défense, la protection des frontières et la gestion de la migration: tout cela demande un budget solide.

Après le Brexit, après les crises que nous avons traversées, nous sommes d'accord sur la nécessité maintenant de renouveler l'euro, et la décision sur le budget doit être la preuve que nous en sommes capables. Le Parlement européen ne doit pas accepter un compromis qui mine la crédibilité d'une Europe capable d'agir pour ses citoyens.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è un peccato che il Presidente Michel non sia qui con noi a discutere di questo punto importante, perché mi pare abbia messo sul tavolo, convocando questo *meeting* straordinario, tanto del credito politico iniziale che si è guadagnato con la sua nomina a Presidente del Consiglio europeo.

Aspettiamo quindi la nuova proposta per vedere i numeri, per vedere se qualcosa è cambiato, ma dalle notizie che riceviamo e dagli incontri bilaterali non sembra che questa proposta si discosti molto da quanto presentato dalla Presidenza finlandese, che era una proposta che aveva scontentato quasi tutti, sia gli Stati membri in Consiglio, sia questo Parlamento, sia la Commissione.

Io credo che a pochi mesi da una *deadline* importante per il nuovo Quadro finanziario pluriennale sia opportuno chiudere un inutile libro dei sogni e avere più pragmatismo e più realismo e accettare il fatto che le risorse sono limitate. Le risorse sono limitate perché – e condivido quanto detto dal collega del PPE – molto spesso questo Parlamento e queste istituzioni non sono stati in grado di dare un'attuazione concreta e positiva del bilancio. Non solo casi di frodi, ma in molti casi i programmi su cui si era politicamente puntato molto non hanno portato i risultati positivi.

Questo è chiaro che si traduce in un atteggiamento degli Stati membri più conservativo. Se noi non siamo in grado di dimostrare l'efficienza e il valore aggiunto del bilancio europeo, è normale che si sia più restii a dare del denaro. E poi questo stesso Parlamento e queste stesse istituzioni più volte hanno votato risoluzioni direttive e regolamenti che chiedevano agli Stati membri disciplina di bilancio. Allora ci vuole un po' di coerenza anche per avere disciplina nella gestione del nostro bilancio e nella gestione delle nostre risorse.

Io credo che le priorità che ci sono, quelle che sono fondamentali, quelle che sono iscritte nei trattati europei possano essere finanziate senza richiedere risorse aggiunte. L'agricoltura, la pesca, il supporto allo sviluppo regionale e alla politica di coesione: credo che ci sia spazio in questo bilancio per finanziare queste priorità senza chiedere risorse aggiuntive.

Si possono tagliare i 20 miliardi di euro di un inutile programma di supporto alle riforme strutturali, che si tradurrà solamente in un condizionamento delle scelte degli Stati membri, si possono tagliare drasticamente i 13 miliardi destinati ai fondi di preadesione, soprattutto alla Turchia. Insomma, abbiamo spazio per fare una proposta veramente pragmatica e per trovare un accordo il prima possibile. Per fare questo però è necessario pragmatismo, realismo e smetterla di sognare perché le risorse non ci sono.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, le budget est un outil. Mais vous savez, on peut discuter à satiété de la taille de l'outil – un gros marteau, un petit marteau sera toujours un marteau, et quand vous avez besoin d'un tournevis, hé bien ça ne vous aide pas d'avoir un gros marteau. Ce que je veux dire, c'est que ce qui compte d'abord, c'est ce que nous voulons faire du budget de l'Union européenne.

J'ai beaucoup aimé ce que vous avez dit, Madame la Présidente, à un point près. Quand vous dites «je n'accepterai pas un budget dont moins de 25 % soit consacré à la lutte contre le changement climatique», j'ajouterais: et si les 75 autres pour cent aggravent le changement climatique, on est évidemment à côté de la plaque. Je sais que ce n'est pas ce que vous pensez, mais je crois qu'il est important d'assurer la cohérence de tout le budget européen avec la transition écologique et solidaire. Et là, je serais d'accord avec presque 100 % de ce que Manfred Weber a dit mais, sur la politique agricole commune, je ne suis pas d'accord. Le but de la politique agricole commune n'est pas d'aider nos fermiers dans la mondialisation de l'agrobusiness; le but de la politique agricole commune doit être d'aider nos fermiers à la transition vers l'agroécologie. C'est là qu'on marquera la différence. Même chose pour les fonds structurels, même chose pour les programmes de recherche de l'Union européenne: tout doit contribuer à cet effort.

Et donc, la question de la cohérence est le premier élément qui nous permettra de juger de la qualité de la proposition du Conseil. Je rappelle qu'il s'agirait d'une proposition, pas d'un disque – ce n'est pas parce que le Conseil approuve quelque chose que le Parlement se comporte comme une chambre d'enregistrement.

Deuxième élément, comme Manfred l'a dit, le lien entre le budget et le respect des valeurs de l'Union européenne. L'Union européenne est une union de valeurs. Avant d'être une union économique et monétaire, avant d'être une union financière, c'est une union de valeurs, et on ne peut pas profiter des bénéfices économiques et financiers de l'appartenance à l'Union européenne si on ne joue pas l'air selon les règles du jeu, c'est-à-dire en respectant les valeurs de l'Union. Et on est encore loin du compte.

Et puis il y a le volume. Bien sûr, le volume est une vraie question. Je pense, comme l'a dit Iratxe, que la proposition du Parlement est raisonnable – 1,3 % du PIB! Tout le monde sait très bien que, macroéconomiquement, nous sommes en manque d'investissement. Le pacte vert est précisément ce qui, je pense, va stimuler l'investissement dans les années qui viennent. Bien sûr, le gros de l'investissement sera de l'investissement privé, mais on ne peut pas nier le rôle moteur et pilote que doit jouer l'investissement public, ne serait-ce qu'en matière d'infrastructures, par exemple ferroviaires. Et donc là, il nous faut évidemment un budget qui soit suffisamment volumineux pour assumer les nouvelles missions.

Je dirais donc au Conseil européen, soit vous signez pour 1,3 ou 1,5, soit vous nous donnez les ressources propres, mais vous ne pouvez pas continuer à dire «on vous serre le kiki sur le volume et en plus de ça, on ne vous donne pas la possibilité de mettre en place des ressources propres», c'est-à-dire des impôts européens. Dernier point, et je termine, Monsieur le Président: j'étais ici il y a sept ans et j'ai entendu à l'époque Joseph Daul, Martin Schulz, Guy Verhofstadt dire avec Daniel Cohn-Bendit: «*Over our dead body!*» Nous n'accepterons jamais un budget pluriannuel en recul pour la période qui nous a menés à 2020 par rapport à la période précédente.» Qu'est ce qui est arrivé, à la fin? Les trois premiers ont accepté ce qu'ils avaient jugé inacceptable.

Je nous enjoins, à nous tous, d'être cohérents, et donc de tenir bon si la proposition que le Conseil avancera après le sommet extraordinaire ne correspond pas à nos critères. Nous ne devons pas avoir peur d'aller au conflit. Il n'y a d'accord que quand les deux sont d'accord. Le Parlement n'est pas une chambre d'enregistrement du Conseil et Charles Michel aurait été bien inspiré d'être présent pour entendre cela.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io mi voglio unire al richiamo che è stato fatto da chi mi ha preceduto sulla opportunità che oggi fosse qui con noi il Presidente Michel per poter avere un'interlocuzione diretta con lui rispetto alle questioni di cui noi parliamo.

Io non voglio fare un intervento elencando le priorità. Come si può non essere d'accordo sugli obiettivi o sulla gran parte degli obiettivi che sono stati indicati? I discorsi che noi ascoltiamo e che facciamo sono una lotta ai cambiamenti climatici. Non c'è nessuno che non è d'accordo su questo, magari possiamo discutere sul come. Un intervento sull'innovazione, un aumento delle risorse per i nostri giovani, per i ricercatori, potrei unirmi anch'io ad un elenco di priorità che disegnano un'Europa più bella, migliore, come tutti noi la vogliamo.

Il tema però e i nodi stanno arrivando al pettine. I nodi sono costituiti da una situazione per la quale bisogna fare i conti con un bilancio diverso e soprattutto con dei rischi che possono ricadere in modo indiretto su alcuni Stati, a differenza di altri. È evidente che noi stiamo andando dritti verso una discussione che inevitabilmente riporterà il rischio che, per poter garantire una buona parte delle politiche alle quali è stato fatto riferimento come programma della Commissione, si vada a incidere e a tagliare su alcune voci che sono fondamentali e che costituiscono per questo Parlamento dei punti sui quali non si può arretrare. Mi riferisco in modo particolare alla politica di coesione e alla politica agricola.

Manca il coraggio di guardare – lo ha detto qualche collega e io sono d'accordo – a quella che è stata l'efficacia del precedente bilancio. Manca il coraggio di intervenire con dei tagli drastici e chiari su alcune voci che non hanno prodotto alcun tipo di risultato. Manca un'idea forte rispetto a come poter sviluppare e rilanciare gli investimenti. In questo senso, la discussione che si è aperta lunedì sulla riforma del Patto di stabilità mi sembra distante da quelli che sono gli obiettivi rapidi che dovrebbero accompagnare anche l'approvazione del bilancio.

Chiudo con un'ultima riflessione. Anche questa mattina riecheggia in quest'Aula il tema dello Stato di diritto. Noi abbiamo chi è il depositario dei valori europei, perché c'è questa presunzione e quindi si ha la convinzione di poter spiegare quali sono i criteri che reggono lo Stato di diritto e addirittura di collegare questi valori dei quali qualcuno è depositario alla possibilità o meno di utilizzare le risorse. Trovo tutto questo stucchevole e soprattutto non rispettoso del volere degli elettori, perché tutti coloro i quali sono qui dentro parlano perché hanno una legittimazione popolare.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, η απουσία του Charles Michel από τη σημερινή συζήτηση είναι απαράδεκτη και είναι επίσης κακό σημάδι για όσα θα ακολουθήσουν. Κυρία von der Leyen, παρουσιάσατε ένα πρόγραμμα πενταετίας και πήρατε ψήφο εμπιστοσύνης από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Ως εκ τούτου, δεν είναι σωστό αυτό που λέει ο κύριος Hahn, που κάθεται δίπλα σας, ότι εσείς είστε απλώς ένας «honest broker» στη συζήτηση μεταξύ Συμβουλίου και Κοινοβουλίου. Για να χρηματοδοτηθεί το πρόγραμμα που εσείς παρουσιάσατε χρειάζεται τουλάχιστον το 1,3% του ευρωπαϊκού ΑΕΠ, που ζητά το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο με μια τεράστια πλειοψηφία. Γιατί αλλιώς δεν είναι δυνατό να υλοποιηθεί το Green Deal χωρίς να περικοπούν δραστηριότητες οι πολιτικές συνοχής ή η κοινή γεωργική πολιτική, και δεν θα υπάρχουν χρήματα για την καινοτομία και τις επενδύσεις. Και πρέπει να αντιμετωπίσουμε όχι μόνο την επιβράδυνση της ευρωπαϊκής οικονομίας αλλά και την πιθανή κρίση που έρχεται, και αυτό μπορούμε να το κάνουμε μόνο με έναν πιο φιλόδοξο προϋπολογισμό.

Και επειδή πρέπει να μιλάμε πρακτικά, για να πετύχουμε —οι τρεις συννομοθέτες— έναν ικανοποιητικό συμβιβασμό, πρέπει να τον αναζητήσουμε στην πλευρά αυτών που προτείνει το Κοινοβούλιο, πάνω από αυτά που προτείνει η Επιτροπή, τα οποία είναι πια ξεπερασμένα, κυρία von der Leyen. Διότι ο προϋπολογισμός που παρουσίασε η Επιτροπή, έναν χρόνο πριν ως πρόταση, είναι 5% κάτω από το ισχύον δημοσιονομικό πλαίσιο. Για να έχουμε αποτέλεσμα πρέπει εσείς, κύριε Weber, να καταφέρετε να πείσετε την κυρία Merkel και τον κύριο Kurz γι' αυτά που είπατε εδώ. Εσείς, κύριε Ciolos, να καταφέρετε να πείσετε τον κύριο Rutte γι' αυτά που είπατε εδώ, και εσείς, αγαπητή Iratxe, να πείσετε τους πρωθυπουργούς της Δανίας και της Σουηδίας. Αλλιώς θα αναγκαστεί το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να ψηφίσει έναν προϋπολογισμό απαράδεκτο και αυτό κατά τη γνώμη μας δεν πρέπει και δεν πρόκειται να συμβεί.

Piernicola Pedicini (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, al momento la proposta più vicina alla nostra visione sul Quadro finanziario pluriennale è proprio quella della Commissione europea. Siamo pienamente a favore ovviamente – è stato già detto dai colleghi che ci hanno preceduto – di un contributo sostanzioso al *Green Deal* e alle politiche mirate alla crescita della competitività e all'innovazione. Come si potrebbe essere contrari?

Crediamo inoltre che il contrasto al fenomeno migratorio debba essere sostenuto in proporzione all'impegno reale degli Stati che si impegnano in questo, ma anche contrastando le cause profonde e le politiche di integrazione. Ma tutto questo non può avvenire a scapito delle politiche tradizionali, con i tagli alla politica di coesione e i tagli alla politica agricola che sono il cuore pulsante dell'Europa dei popoli. Per questo va migliorato il concetto di indice di prosperità relativa e corretto quello di convergenza esterna.

In ogni caso, i contributi nazionali non possono aumentare. L'Unione europea deve avere il coraggio di finanziarsi con risorse proprie, introducendo, finalmente una *carbon tax* e introducendo e implementando una vera e propria coraggiosa *web tax*.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Debata budżetowa nigdy nie jest debatą czysto finansową, rozmawiamy bowiem o kwestiach przyszłych polityk. Pamiętajmy, że jesteśmy w okresie pobrexitowym. Ten moment to jest czas, w którym wielu mówi, że trzeba zrewidować, trzeba poprawić, trzeba coś uzupełnić. Tylko że sposoby rewidowania mamy jednak inne. Parlament Europejski zdecydowanie mówi o tym, że po wyjściu Zjednoczonego Królestwa Unia Europejska powinna jednak utrzymać zakres swoich działań i go poszerzyć, powinna utrzymać swój poziom ambicji. Program powinien odpowiadać temu co było, dodając nowe zadania dotyczące przyszłości.

Ale w Radzie widzimy inne podejście. Część państw chce nie tylko obniżenia budżetu, ale chce po prostu ograniczenia działań i zmniejszenia zakresu Unii Europejskiej. Chce bardzo często wrócić do starego pomysłu Brytyjczyków, a mianowicie renacjonalizacji niektórych polityk. Stąd właśnie bierze się hasło: nie damy więcej pieniędzy. Nie chodzi tylko o budżet, lecz o to, że Unia po brexicie ma być po prostu mniejsza w zakresie swoich działań.

Parlament Europejski zdecydowanie w swojej większości mówi „nie”. Nie, Unia po brexicie nie może rezygnować ze swoich ambicji, bo to będzie tylko dowód na to, że nie daje sobie rady. Unia Europejska musi znaleźć sposób, żeby uzupełnić pewne elementy i znaleźć środki na nowe zadania, np. przez dochody własne. Jeszcze raz chciałem powiedzieć: Parlament będzie bronił Unii Europejskiej i jej ambicji i nie będzie zgadzał się na działania prowadzące do jej stopniowego redukowania.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Presidente, Secretária de Estado, Comissários, a finalidade do quadro financeiro plurianual é conciliar prioridades políticas com despesa, ou seja, mobilizar os recursos necessários para os compromissos políticos, para os compromissos com os cidadãos. Conhecemos as expectativas dos cidadãos na União Europeia. Elegeram-nos para que as cumpríssemos. E o ciclo institucional que acabou de começar tem um desafio fundamental pela frente: reganhar a confiança dos cidadãos na União Europeia.

Na negociação do quadro financeiro plurianual estamos confrontados com um exercício em que cada Estado-Membro precisa de sair dos seus egoísmos nacionais. Mas é possível, como quase sempre mostramos ao longo da história da União Europeia, compatibilizar interesses nacionais com interesses europeus.

Uma oportunidade que permita que as prioridades políticas que preconizamos e que ouvimos, sistematicamente repetidas no discurso político de todos, ou quase todos, os líderes políticos europeus, não sejam palavras vãs, mas reflitam uma verdadeira vontade política.

Apenas alguns exemplos. Queremos promover o investimento, o crescimento económico e a criação de emprego: temos o programa InvestEU. Queremos promover a coesão e combater as desigualdades: temos a política de coesão. Queremos gerar inovação e promover a transição para o digital: temos o Horizonte Europa e o Digital Europa. Queremos promover a cooperação entre sistemas educativos identitários de cada Estado-Membro e a mobilidade dos jovens: temos o programa Erasmus. Queremos combater as alterações climáticas: temos a política de coesão, a PAC e o *Just Transition Mechanism*.

E poderia continuar! Mas para tudo isto precisamos de um financiamento adequado. A contribuição direta dos Estados-Membros não é suficiente. Precisamos de compensar e aumentar o financiamento da União Europeia recorrendo a recursos próprios sem penalizar os cidadãos.

Finalmente, não queremos uma crise institucional. Só estamos dispostos a dar o nosso consentimento, como temos vindo a dizer, se tivermos um orçamento à altura das prioridades políticas e se tivermos um acordo político sobre recursos próprios.

Valerie Hayer (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Madame la Ministre, après deux longues années de procrastination, un vent d'urgence souffle dans le dos des chefs d'État et de gouvernement. Et c'est heureux.

C'est heureux, car l'Europe est à un tournant de son histoire; cela a déjà été dit. Les défis collectifs qui s'offrent à nous sont gigantesques; ils exigent des efforts rapides et sans commune mesure – nous le savons tous ici. Pourtant, après plus de 60 ans de vie commune, le dogme d'un budget aux alentours de 1 % du PIB n'est absolument pas remis en cause.

Comme tous les sept ans, les États s'écharpent et s'enferment dans des comptes d'apothicaire: combien vais-je donner? Combien vais-je recevoir, surtout? Plus 0,01 % par-ci? Certainement pas. Moins 0,02 % par-là? Ah oui, certainement! C'est un fait: pour certains États, la quête du Graal, c'est la diminution de leur contribution nationale. Et cette obsession est facilitée, voire encouragée par notre système de financement.

Assis à 80 % sur les contributions nationales, ce système de financement actuel est pervers. Pour satisfaire les uns et les autres, on rivalise d'ingéniosité, on introduit des complexités et des rabais en tous genres. La tâche du président du Conseil n'est pas simple, mais il a tout notre soutien, tout comme la Commission.

Pour résoudre la quadrature du cercle, un seul combat: celui des ressources propres. Avec les ressources propres, jadis marque d'identité, les contributions nationales seront réduites – c'est d'ailleurs la solution gagnant-gagnant qu'a évoquée M^{me} la Présidente tout à l'heure.

L'Union sera aussi renforcée, avec plus d'autonomie financière pour répondre aux priorités des Européens. Or aujourd'hui, disons-le, l'heure est grave. Dépeçé de sa philosophie originelle, notre système de financement vit une crise existentielle. Soyons clairs: sans réforme, il risque d'emporter dans sa chute tous les espoirs que nous fondons sur notre Union.

Chers collègues, le sommet de ce 20 février sera crucial. Crucial pour mesurer la réalité des ambitions des États avant le grand face-à-face avec le Parlement. En tant que négociatrice pour le Parlement, je m'engage à défendre cette réforme pour le bien de notre Union et des citoyens européens.

Nicolas Bay (ID). – Madame la Présidente, le cadre financier pluriannuel et nos projets budgétaires sont normalement la traduction sur le plan financier de choix et de priorités politiques. Porter le budget de l'Union à 1,1 ou 1,3 % du revenu national brut, c'est-à-dire 1 100 à 1 200 milliards d'euros sur six ans, c'est en vérité une fuite en avant.

Le retrait britannique, qui représente 12 milliards de contribution annuelle, devrait nous conduire à revoir à la baisse le budget, à nous recentrer sur l'essentiel, c'est-à-dire sur des projets concrets, au service de nos peuples et de nos citoyens. Qu'est-ce que nos citoyens, qu'est-ce que le reste du monde peuvent penser d'une Union européenne que le Royaume-Uni vient de quitter et qui s'apprête, non pas à se remettre en question, mais à se précipiter pour s'élargir à l'Albanie ou à la Macédoine du Nord?

Au cours des six dernières années, l'Union européenne a consacré moins de 1 % de son budget à la maîtrise de ses frontières et à la lutte contre l'immigration. Aujourd'hui, le projet de CFP présenté par la présidence finlandaise et les objectifs de la Commission consistent à sacrifier notre agriculture – moins 17 % du budget qui lui est consacré – et à porter à 25, voire à 33 %, le budget consacré aux objectifs climatiques. Mais tout repeindre en vert ne réglera rien. Trois cents milliards d'euros pour ajouter des normes, des contraintes à nos entreprises dont la compétitivité est déjà terriblement fragilisée par la logique du libre-échange, cela va encore les affaiblir sur la scène mondiale.

Madame von der Leyen, vous nous dites que vous voulez construire ce budget avec les citoyens européens, mais alors il faut les écouter. Ils attendent des protections économiques, ils attendent la maîtrise de nos frontières, ils ne veulent pas des ressources propres qui seront en fait un impôt européen, une couche supplémentaire au mille-feuille fiscal de pays tels que la France, qui sont déjà à 47 % du PIB en prélèvements obligatoires. C'est totalement déraisonnable!

Enfin, les citoyens ne veulent pas d'une Union européenne qui, aujourd'hui, pour masquer son impuissance, multiplie les leçons données à la terre entière: des leçons d'état de droit à ses États membres, en conditionnant au respect de certains critères le versement des aides financières, et des leçons de droits de l'homme au reste du monde.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Milliardenpoker um das EU- Budget – jetzt muss Merkel um Deutschlands Rabatt kämpfen. Die Schlagzeilen zum Mehrjahreshaushalt haben es in sich. Doch wenn sich die Staats- und Regierungschefinnen hinter Rabattzahlungen und Zahlenbergen verstecken, geht es in Wirklichkeit um die Zukunft der EU. Wollen wir die EU klimaneutral machen? Wollen wir Jugendarbeitslosigkeit und Armut bekämpfen? Wollen wir mehr in Forschung und Digitalisierung investieren? Wir Grüne wollen das, und wir wollen deshalb den Vorschlag, den Herr Michel jetzt ausarbeitet und der nächste Woche auf dem Tisch liegen wird, auch genau danach beurteilen und nach nichts anderem.

Denn wir wissen, dass 1,0 % oder 1,07 % viel zu wenig sind. Es bedeutet Kürzungen für das EU-Budget und für die Zukunftsfragen. Wir brauchen mehr gemeinsame Investitionen in der EU, um die EU klimaneutral zu machen, wir müssen die Mittel aber auch klimagerechter ausgeben. Weniger für Kohle und industrielle Landwirtschaft, mehr für erneuerbare Energien und eine klimagerechte Landwirtschaft. Für uns ist die EU aber nicht einfach nur eine Geldmaschine, wo alle etwas bekommen, sondern für uns geht es in der Debatte um Demokratie und Werte, und wer unsere Demokratie mit Füßen tritt, darf kein Geld aus dem EU-Budget bekommen. Deshalb brauchen wir einen starken *Rule-of-law*-Mechanismus, und wir sagen ganz deutlich: Wenn Viktor Orbán zusammen mit anderen den *Rule-of-law*-Mechanismus kickt, dann werden wir dem Finanzrahmen zum Schluss als Parlament insgesamt nicht zustimmen.

Kein Land profitiert mehr von einer starken EU als Deutschland, und deshalb finden wir die Position der Deutschen Bundesregierung besonders kleinkariert. Deutschland wäre ohne die EU deutlich schwächer. Deutsche Unternehmen exportieren extrem viel ins EU-Ausland und profitieren von Investitionen in alle Mitgliedsstaaten. Deshalb wünschen wir uns, dass sich die deutsche Bundesregierung für ein starkes EU-Budget engagiert. Gerade einmal 87 Cent pro Tag und Bundesbürger bzw. -bürgerin investiert Deutschland in die Europäische Union. Wir glauben, dass es gut verträglich wäre, auch 20 oder 30 Cent mehr auszugeben. Wir sind gespannt auf nächste Woche; wir Grüne kämpfen für ein starkes Budget und für mehr Klimaausgaben.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, er wordt ons een enorme opportuniteit geboden door de huidige constellatie van de Europese instellingen. We hebben een pas verkozen parlement met 60 % nieuwe leden, er is een nieuwe Commissie met steile ambities en er is een vers aangestelde Europese president. Het is eigenlijk uniek dat we aan de start van de onderhandelingen rond het MFK een dergelijke institutionele convergentie zien. Aan de Raad zou ik nogmaals met aandrang willen zeggen dat een meerderheid in het Parlement – met 60 % nieuwe leden, zoals gezegd – niet zomaar voor lief kan genomen worden.

De Commissie von der Leyen stelt ambitieuze doelen op het vlak van het klimaat, inzake digitalisering, inzake haar geopolitieke rol. Dat zijn prioriteiten die van groot belang zijn voor onze toekomst, voor de toekomst van de welvaartsstaat, voor onze competitiviteit. Maar daar moeten ook middelen voor zijn. Vandaar het belang van deze begroting.

Ik wil ook waarschuwen voor financiële avonturen. Als ik sommige commissarissen hoor zeggen dat de Green Deal hoe dan ook voortgeduwd zal worden, of er nu financiering is of niet, dan vind ik dat behoorlijk onverantwoord. Met dat soort uitspraken jaag je namelijk – denk ik – investeerders die je absoluut nodig hebt eerder weg dan dat je ze aantrekt.

Tot slot wil ik ook nog blijven benadrukken dat we erop moeten toezien dat performantie van alle programma's gegarandeerd wordt. Elke euro die wordt uitgegeven door de EU moet een meerwaarde bieden voor de Europese burger.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Madame la Présidente, ce qui me frappe dans ces négociations sur le CFP, c'est le manque de sens de l'histoire dont font preuve les chefs d'État. L'Union européenne, vous le savez, est à la croisée des chemins. Et quand les basculements économiques, démographiques, climatiques du monde obligent l'Europe à un bond en avant, quand grandissent partout les tentations de repli, nous avons au Conseil européen des chefs d'État qui ne sont pas à la hauteur de ce moment et qui se comportent en petits gestionnaires d'un syndicat de copropriétaires.

Au Conseil, il n'y a plus de grandes voix, ni de courage d'ailleurs, pour ouvrir le chemin d'une Europe débarrassée de l'austérité et capable de tirer le meilleur des promesses de ce siècle ainsi que de placer les peuples à l'abri des dangers qui les guettent. Ne pas avancer, c'est reculer et avec un petit budget, l'Europe reculera pour les dix ans à venir – car le coût des coupes dans le budget de la PAC et de la cohésion sera très élevé. Moins de cohésion, ce sera moins de croissance, moins d'investissements, moins d'emplois, plus de fractures et plus de pauvreté.

Je veux terminer en disant que la politique de cohésion est une politique d'avenir. Sur la programmation 2014-2020, près de 100 milliards d'euros ont été investis pour l'environnement et le climat au moyen de cette politique.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 171, paragraphe 8, du règlement intérieur).)

Pedro Marques (S&D), blue-card question. – Madam President, I say to Mr Omarjee: in my country, in Portugal, we did turn the page of austerity, we did bring hope to our country and also to many Europeans that it was possible to turn the page of austerity.

And as you say in this new budget, it is about a new hope for Europe. It is about us delivering on the promises that we made to the Europeans that we will have a Europe of more ambition, and also the modernisation, but defending the policies in which we believe, millions of Europeans....

(The President cut off the speaker)

Younous Omarjee (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – Cher collègue, Pedro Marques, je crois que nos visions sont tout à fait convergentes. Il est vrai que la politique de cohésion est une politique qui va participer aux nouvelles priorités définies aujourd'hui. Et cette distinction entre politiques traditionnelles et politique nouvelle, en réalité, est une distinction qui n'a pas de fondement véritable.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η συζήτηση του προϋπολογισμού είναι σημαδεμένη από μεγάλα συμφέροντα και ναρκοθετημένη για τον λαό. Εντείνεται με ταμεία και μηχανισμούς η στρατιωτικοποίηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διαγκωνίζονται χώρες, κλάδοι και όμιλοι για να ωφεληθούν περισσότερο από τους ανταγωνιστές τους στο έδαφος του Brexit. Επιδοτούνται οι όμιλοι στο όνομα της ψηφιακής μετάβασης, για να διευρυνθούν η εργασιακή γαλέρα, οι απολύσεις και η φτώχεια. Στην Ελλάδα, με Δούρειο Ίππο τα κονδύλια της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η κυβέρνηση της Νέας Δημοκρατίας —σε συνέχεια του ΣΥΡΙΖΑ— κλείνει τις λιγνιτικές μονάδες οδηγώντας στην ανεργία πάνω από πέντε χιλιάδες εργάτες και στερώντας από τη χώρα τη δυνατότητα αξιοποίησης εγχώριων πηγών, ενώ ενισχύεται η εξάρτηση από εισαγόμενη ενέργεια την οποία ακριβοπληρώνει ο

λαός. Με όχημα το Green Deal και τη νέα —ακόμα πιο αντιδραστική— ΚΓΠ προωθείται η κερδοφορία των ομίλων και το ξεκλήρισμα των βιοπαλαιστών αγροτών με μείωση των ενισχύσεών τους. Δεν μας ξαφνιάζει ο ταξικός αντιλαϊκός χαρακτήρας του προϋπολογισμού, γι' αυτό στηρίζουμε την πάλη των εργαζομένων για τις δικές τους ανάγκες ενάντια σε επιχειρηματικούς ομίλους και αντιλαϊκή πολιτική.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 171 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Doamna președintă, stimată coleg, înțeleg că vă orpuneți politiciii agricole comune, spuneți că ar profita cineva. Considerați că din noul buget, în noul cadru financiar, ar trebui să diminuăm banii pentru acest buget sau ar fi mai bine să găsim, să aducem bani din evaziune fiscală, din criminalitate economică, din evaziunea pe TVA, pentru a nu diminua bugetul pe Politică Agricolă?

Κώστας Παπαδάκης (NI), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κυρία Πρόεδρε, σε κάθε περίπτωση, οι ωφελημένοι και της νέας ΚΓΠ θα είναι οι επιχειρηματικοί όμιλοι. Άλλωστε, ο πυλώνας των καπιταλιστικών επενδύσεων είναι αυτός που ενισχύεται και αυτό που συρρικνώνεται είναι το ποσοστό των ενισχύσεων της μικρομεσαίας αγροτιάς. Οι μικρομεσαίοι αγρότες είναι τα θύματα, για ακόμη μια φορά, και οι όμιλοι είναι αυτοί που κερδίζουν. Αυτή είναι η νέα γραμμή, που αποτελεί συνέχεια και των προηγούμενων ΚΓΠ και θα εντείνει ακόμα περισσότερο τα προβλήματα για τους μικρομεσαίους αγρότες, που μόνος δρόμος τους είναι να οργανώσουν την πάλη τους πριν να είναι αργά.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, estamos à espera da reunião do Conselho desde novembro de 2018. Mais vale tarde do que nunca!

Nós precisamos de recursos financeiros suficientes para termos uma União Europeia coesa, solidária, competitiva, produtiva, uma União Europeia onde haja crescimento sustentável e amigo do ambiente. Os novos recursos próprios são a solução. Novos recursos próprios que têm de acabar com a lógica do *juste retour* e que permitirão termos o nível necessário para o orçamento da União Europeia e que não podem penalizar os cidadãos da União Europeia. E, por isso, há um princípio muito simples: quem não paga deve pagar. Por isso defendemos a taxa sobre as transações financeiras. Por isso defendemos, também, uma taxa sobre as grandes companhias do digital.

Para além disso, o mercado de carbono, as emissões desse mercado, e, além disso, nas fronteiras, o mercado do carbono será também uma receita importante para a União Europeia.

Eu espero que o Conselho esteja à altura e que não venha a trair os cidadãos da União Europeia, que não prejudique os agricultores, as regiões mais pobres, o desenvolvimento rural e que ajude, também, a um crescimento que seja amigo do ambiente. Essa é uma obrigação do Conselho que, se não for respeitada, nós rejeitaremos a sua proposta.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señora presidenta, la verdad es que llevamos dos años hablando del marco financiero y, desde luego, ahora que llega el momento de la verdad, no empezamos muy bien.

No empezamos bien porque el señor Michel no ha querido venir a escuchar a este Parlamento. Y no empezamos bien porque lo que nos llega del Consejo no es muy positivo. Si sus discusiones se van a centrar en cuántas centésimas vamos a ahorrar aquí o allá, lo que se pueden ahorrar es el Consejo, porque este Parlamento va a rechazar esa propuesta.

Lo que tienen que discutir el 20 de febrero es qué políticas queremos hacer a nivel europeo y cómo las vamos a financiar. Y hay muchos motivos por los que hacer políticas a nivel europeo: porque los resultados son mejores si se hacen a nivel europeo que a nivel nacional, es decir, porque Europa es más eficiente; porque se reducen las desigualdades, es decir, Europa es más solidaria; o porque solo se puede hacer a nivel europeo y, por lo tanto, Europa es la única solución.

Y en todos los casos salimos ganando, todos, toda Europa. Así que, sinceramente, no entiendo por qué las discusiones del Consejo se siguen basando en falsas premisas. Pero, más allá de este debate contable, lo que tenemos y lo que me preocupa es el debate político porque, ¿cómo piensan llevar a cabo todas sus discusiones y todos sus acuerdos del Consejo?

Y voy a coger un ejemplo: el Pacto Verde Europeo. ¿Cómo lo piensan financiar? Porque si algunos de ustedes se creen que la transición hacia una economía neutra en carbono se va a hacer sin apoyar a nuestros agricultores, sin apoyar a nuestras empresas, sin apoyar a nuestras regiones y sin apoyar a nuestros trabajadores, tienen un verdadero problema.

Y yo solo les digo una cosa: si no tenemos un presupuesto razonable, la alternativa es la irrelevancia política, la irrelevancia económica y el fracaso del proyecto europeo.

Moritz Körner (Renew). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die meisten hier reden nur von einem größeren Haushalt. Ich finde, wir müssen von einem besseren Haushalt reden. Und das geht, wenn wir wirklich eine Priorität auf die Ausgaben mit einem wirklichen europäischen Mehrwert setzen. Es geht um den Arbeitnehmer in einem Industriebetrieb, der sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz macht. Der kann doch erwarten und sich erhoffen, dass wir in Innovation und Digitalisierung investieren, damit auch in Zukunft in Europa bessere und gute Jobs und Wertschöpfung entstehen. Es geht um die alte Dame, die sich Sorgen macht, Angst hat vor Terrorismus. Die kann erwarten, dass wir Europol und Eurojust anständig finanzieren, damit sie gegen Terrorismus und Kriminalität kämpfen können. Und es geht um jeden Studierenden, um jede Auszubildende in Europa, die mit Erasmus überall in Europa tatsächlich einen Auslandsaufenthalt machen können, damit Europa zusammenwächst an dieser Stelle.

Übrigens, klar muss auch sein: Wenn wir sinnvolle zusätzliche Aufgaben auf europäischer Ebene machen, dann heißt das manchmal auch, dass wir im Mitgliedstaat auch darüber nachdenken müssen, wo wir dann entsprechend einsparen können. Auch das müssen wir und das müssen auch die Mitgliedstaaten an dieser Stelle diskutieren.

Klar ist aber auch: Es darf keinen Rabatt in Europa auf die Rechtsstaatlichkeit geben. Es kann nicht sein, dass manche Staaten das europäische Geld gerne nehmen und anschließend europäische Regeln und Werte mit Füßen treten. Deswegen brauchen wir einen robusten Rechtsstaatsmechanismus, nicht einen, der Spielball ist von irgendwelchen politischen Spielchen, sondern wo objektiv festgestellt wird: Wenn die Rechtsstaatlichkeit nicht eingehalten wird, dann kann es kein Geld geben. Denn auch das erwarten die Steuerzahler in Europa, dass wir anständig mit europäischem Geld umgehen.

Harald Vilimsky (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den ganzen EU-Fanatikern, die jetzt nach mehr und nach noch mehr Millionen für die Europäische Union rufen, möchte ich entgegenhalten: Es kann doch nicht die richtige Reaktion sein, nachdem uns die Briten als großes Land verlassen haben, nach noch mehr Geld zu rufen. Eine kleinere Union bedingt logischerweise auch weniger Mittel, und darauf sollte man sich einstellen.

Sie haben auch gar nicht die Frage beantwortet, ob wir jetzt mehr an Kompetenzen nach Brüssel verlagern wollen oder mehr an Kompetenzen wieder Richtung Mitgliedstaaten kommen. In Wahrheit ist diese Frage seit dem Jahr 2016 nicht beantwortet, als nach der Schrecksekunde des Brexit-Referendums die Kommission fünf Szenarien für eine mögliche Zukunft gestellt hat und bis heute keine Antwort darauf gegeben wird. Jetzt, im Jahr 2020, nach einer Schrecksekunde von über vier Jahren, beginnt endlich eine Zukunftskonferenz. Die beginnt aber auch nicht am Anfang des Jahres, sondern irgendwann inmitten des Jahres und wird bis in das Jahr 2022 hinein dauern. Also die Frage, jetzt nach mehr Geld zu rufen, ist eine völlig überflüssige, nachdem die Antwort nicht gegeben werden kann, wohin sich die Europäische Union entwickelt.

Klarheit herrscht allerdings beispielsweise im Lissabon-Vertrag: Die Reduktion der Kommission um ein Drittel. Alle sind sie säumig, hier entsprechend zu liefern. Weniger Kommissare, das heißt weniger an Richtlinien, weniger an Bürokratie und damit auch weniger an Kosten. Ich bin als Vertreter eines Nettozahlerstaates nicht bereit, einen Cent mehr an diese Europäische Union abzuliefern.

David Cormand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, le débat sur le budget est un débat qui concerne notre avenir. Sa technicité rebute parfois les citoyennes et les citoyens, alors je veux dire ici les choses le plus simplement possible, pour qu'il ne soit plus possible d'ignorer les enjeux. Le budget de l'Union européenne pour les sept prochaines années est celui qui permettra ou non à l'Europe de répondre à l'enjeu climatique et à l'urgence sociale. Il doit donc nécessairement être un budget de combat.

Un budget de combat, c'est un budget global qui augmente au moins à hauteur de 1,3 % du revenu national brut pour donner à l'Union européenne les moyens de mener sa transition écologique. Un budget de combat, c'est un budget dont au minimum 50 % sont consacrés à la protection de l'environnement pour préserver le climat. Enfin, un budget de combat met l'outil fiscal au service de la justice sociale et de la transition écologique, par exemple en taxant comme il se doit les émissions de carbone, le kérosène et les transactions financières. Ces taxes pourront alors alimenter des ressources budgétaires propres. Pour deux euros levés par ces taxes, un euro irait dans les caisses nationales et l'euro restant serait reversé au budget européen. Ce serait à la fois une victoire de l'Europe politique et la marque d'une volonté de sortir d'un modèle irresponsable qui nous mène droit dans le mur. Il est grand temps de s'engager dans cette voie.

Roberts Zīle (ECR). – Prezidentes kundze! Vispirms, ja Eiropadomē ir valstis, kuras nevēlas budžetā iemaksāt vairāk kā 1 % no nacionālā ienākuma, bet vēlas redzēt federālu Eiropas attīstību, tad jāatgādina, ka tas nestrādās — ASV federālais budžets ir krietni virs 20 % no nacionālā ienākuma.

Budžeta izdevumu debatēs diemžēl pozīcijas tiek pretnostatītas: vecās politikas, kā kohēzijas un lauksaimniecības, pret jaunām, perspektīvākām, kurām jādod vairāk naudas. Kaut gan, ja mēs paanalizējam, piemēram, militārās industrijas pētniecību un attīstību būtu labāk finansēt no nacionālajiem budžetiem, jo tāpat šī nauda paliks tikai dažās valstīs.

Bet, atgriežoties pie kohēzijas, ja mēs iedomājamies: jauns ambiciozs Eiropas Savienības kohēzijas valsts pilsonis uzzina, ka viņa kohēzijas aploksne būs par 25 % mazāka šīnī jaunajā perspektīvā nekā vecajā, — tad viņš aizbrauks. Viņš aizbrauks uz attīstības centriem Rietumeiropā, un līdz ar to demogrāfiskā situācija un attīstības iespējas perifērijā kohēzijas valstīs kļūs vēl sliktākas, nekā tās ir tagad, un demogrāfija kopumā.

José Gusmão (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a Comissão e o Conselho vieram aqui hoje anunciar cortes na coesão e na agricultura, enganar os cidadãos sobre o novo Pacto Verde e chantagear o Parlamento com o fantasma de uma crise institucional.

Não há dinheiro novo para o novo Pacto Verde. O que há são cortes, propostas de cortes, nas políticas que o poderiam implementar e uma aldrabice orçamental que é contar o velho dinheiro duas vezes. Continua a haver dinheiro, sim, para o velho Pacto Castanho e o financiamento das energias fósseis. E há dinheiro novo, sim, mas para a militarização da Europa, ou seja, para a indústria de armamento alemã e francesa.

Se houver uma crise institucional ela acontecerá porque a Comissão e o Conselho não querem pôr o dinheiro da União Europeia onde põem os seus discursos, porque falam sobre objetivos sociais e ambientais, mas não é aí que querem, realmente, investir.

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, I would also like to start off by expressing my regret that the President of the Council is not present in this debate.

I was extremely happy to see the priorities of the Commission last year, especially the ones that were designed to improve European competitiveness through strengthening European solidarity via the social pillar. It would be a disastrous message if the adoption of the budget were to be delayed or if there were not sufficient funds to cover the implementation of the objectives.

Ms von der Leyen said that it is extremely important to get the balance right between all the new priorities and all the new objectives. However, new objectives, especially the ones that seek to improve the EU's positions in global competition, can only be achieved if the old objective of cohesion is completed.

Europe cannot function with economic and structural differences. They have to be eliminated or reduced. We cannot possibly look bravely into the future if a social and a wage gap exists between Member States. Therefore, we must strengthen our cohesion instruments and the EPP ought to fight corruption.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, the person preparing the budget of the European Union for the next seven years is the President of the European Council, Charles Michel. He has to be in Parliament. If he has no mandate, if he has nothing to tell us, at least he should come and listen.

Why? Because the last word on the EU budget for the next seven years lies with the European Parliament. We will only give our approval to the EU budget if our priorities are in. And what are our priorities? Firstly, cohesion and agriculture: finance them properly, they continue to be important all over Europe.

Secondly, finance the new priorities of the Union, in line with the political ambition. The Commission asks for support in financing future-oriented priorities. Let me tell you what happened to the budget for research this year. The Council says research is important. What does it do? It cuts it by EUR 500 million. Parliament says research is important, but we increased it by EUR 700 million.

We need to put our money where our statements are, and we should not play farmers against Erasmus students. We should not play researchers against the security of the European Union. And let's be honest: the position of the European Parliament is the only position which enables us to finance properly what we have agreed to do. It's the only position which enables the von der Leyen Commission to implement its programme.

Dear colleagues, the Parliament can be included in the negotiations before the European Council on 20 February. Or we can reject the agreement of the Council and we should be included afterwards, but we prefer it to be included before.

And let me say very clearly, if we are to choose between a delay of two months and a poor budget for the Union for the next seven years, we will choose to reject a bad Council compromise and have a delay of two months.

But we are ready to negotiate since November 2018. Council, stop dragging your feet.

Elisabetta Gualmini (S&D). – Madam President, it is really time to stand up and act and the Multiannual Financial Framework is really the last opportunity we have to change Europe for the next seven years and to shock our European citizens – yes, to shock them, to shock every single person in the EU – because we have to increase the total amount of available resources, not renounce it to 1.3 of GNI in order for our promises to become true: a Green New Deal, the additional unemployment benefit and the Child Guarantee of six billion. No one dares to take away from children what are their basic rights – food, health and education – and the traditional mainstream European programmes have to be financed as well, so we cannot deal with a war between the poor – agricultural policies, cohesion policies, Erasmus, have to be financed as well. And on the revenue side, let us think also of a digital tax and the Common Consolidated Corporate Tax for multinationals.

On this side of the Hemicycle we believe in more Europe and not less. We believe in more public investments and not in cutting down and downsizing. We believe in a good society which is a society for the many and not for the few, so the European Council has to listen to our voice.

Clotilde Armand (Renew). – Doamna președintă, vreau să vorbesc despre trei aspecte legate de fondurile de coeziune.

Primul aspect: volumul acestor fonduri. Dacă din o sută de euro o țară ca România absoarbe 60 de euro, din 60 de euro va absorbi 36 de euro. Investiția va fi nesemnificativă, impactul va fi mic.

Al doilea aspect: ratele de cofinanțare și prefinanțare. Dacă crește nivelul acestor rate de prefinanțare și cofinanțare, sunt niște state care, pur și simplu, vor renunța la fondurile de coeziune.

Al treilea aspect este durata în care se pot depune cererile de plată. La ora actuală aceasta este de trei ani. Dacă scade brusc la doi ani, în contextul în care vom avea întârzieri în bugetul actual, va avea un impact, de asemenea, pe absorbție – un impact negativ.

Paolo Borchia (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ogni sette anni assistiamo a questo gioco delle parti, dove da un lato ci sono i pragmatici, i realisti, quelli che devono far quadrare i conti, dall'altro lato invece c'è qualche venditore di fumo che invece si spaccia per ambizioso.

Ma di questi tempi è il realismo che serve. Questa mattina, francamente, di realismo ne ho sentito poco. Ho sentito invece auspici da mille e una notte. Ho sentito vagheggiare di un bilancio in grado di ridurre le disuguaglianze, l'inquinamento, la disoccupazione, insomma una lunga e costosa lista dei desideri.

Ma chi ha la capacità di amministrare la cosa pubblica inizia prima a riflettere sugli sprechi e sulle inefficienze. Infatti, ormai da anni da questi banchi sottolineiamo la necessità di dare la priorità alle politiche di bilancio più efficaci, dall'impresa all'agricoltura, alla ricerca e all'innovazione. Ma puntualmente, quando si tratta di tagliare i fondi destinati per esempio al Servizio di azione esterna, che è un inutile doppione delle ambasciate nazionali, oppure di ridurre i contributi alla Turchia, della quale l'Unione europea è diventata il bancomat, quest'Aula improvvisamente diventa sorda.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, I say to the Presidency: don't you feel it's Groundhog Day? Some are defending in the Council the cohesion funds, the others the agriculture funds, and then you have countries that want less money.

But where is the fundamental discussion about modernisation? Where is the discussion that we are really preparing our economy for a green deal? Where is the discussion on the fundamentals of the rule of law? Where is that discussion? I challenge those countries that will have a big mouth about modernisation afterwards.

I challenge Finland, Sweden, Denmark, Germany, Netherlands, Austria. If you want modernisation, if you want a new economy, if you want to have rule of law, you cannot exchange that for just a penny or some percentage points. This is about the fundamentals of our future. This should not be about 0.1% more or less. That is what our British friends would call 'penny wise, pound foolish'.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca, Panie Komisarzu! My, konserwatyści, uważamy, że finansowanie polityki spójności na okres 2021-2027 powinno być takie samo jak z lat 2014-2020. Należy też zachować współfinansowanie przy obecnych stawkach płatności zaliczkowych.

Obniżenie środków na spójność jest niedopuszczalne i spowoduje turbulencje między dwoma okresami programowania. Ponadto mamy brexit. Daje nam on okazję do zniesienia rabatów od 2021 roku. Wszystkie państwa członkowskie powinny wносить wkład na podstawie tych samych zasad. Przyczyny stojące za obecnymi mechanizmami korekcji są już nieaktualne. Struktura wydatków uległa bowiem zmianie i nie ma państw członkowskich z nadmiernym obciążeniem. Obecnie kraje korzystające z rabatów wnoszą około 0,70% swoich dochodów narodowych brutto, podczas gdy inne państwa członkowskie, w większości słabiej rozwinięte – 85%. Należy wprowadzić fundusz sprawiedliwej transformacji, jakkolwiek jego finansowanie nie powinno odbywać się kosztem innych polityk.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Till skillnad från kommissionen och många av kollegerna här i parlamentet som alltid ropar efter mer EU-pengar så anser vi att EU måste rätta mun efter matsäcken. Vi accepterar inte en ökad EU-avgift eller en skenande EU-budget. EU:s budget måste ställas om inom de existerande ramarna och inte heller "boostas" med egna ökade medel. Vi är inte emot till exempel klimatskatter naturligtvis, men de behövs för välfärden i medlemsländerna.

Andra krav som måste ställas på EU:s långtidsbudget är följande: Alla medel ska klimattestats, inte en enda euro till klimatskadlig verksamhet, strukturfonderna måste ställa om för att leverera klimaträttvisa, EU:s korrupta och ineffektiva jordbrukspolitik måste göras om i grunden, ingen finansiering till Fästning Europa, Erdogan, gränspoliserna, och ingen finansiering till europeisk krigsindustri. Det är en skam att den nya kommissionen vill militarisera EU-samarbetet. Slutligen: Villkora EU:s budget i förhållande till rättsstat och demokrati. Inga pengar till medlemsländer som inte respekterar de grundläggande värdena.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, nous demandons un meilleur budget, plus important, et une Commission dotée de plus grands pouvoirs. Mais cela implique une plus grande légitimité démocratique. Nous ne parviendrons à un véritable budget européen, conforme à nos ambitions, que si nous sommes en mesure de conférer à la Commission une légitimité démocratique directe. Ce cadre financier pluriannuel représente au mieux 11 % du PIB continental. Comment construire une Europe unie avec un budget aussi faible? La Catalogne est un contributeur net au budget européen et nous voulons continuer ainsi, mais sans l'intermédiation de l'Espagne.

Pour les perspectives financières 2021-2027, quelques priorités: privilégier la recherche et l'innovation, qui sont le pétrole de notre siècle; conditionner l'attribution des fonds de cohésion au respect de l'état de droit et de la démocratie; lutter contre le changement climatique; lutter contre les inégalités sociales et économiques, etc.

De même, quand aurons-nous le courage de construire un vrai système de ressources propres? La taxe carbone, la taxe numérique, la taxe sur les transactions financières devraient servir à nourrir un budget européen. La légitimité démocratique, les pouvoirs politiques et la capacité financière sont les trois côtés d'un triangle dont dépend l'avenir de l'Union.

Monika Hohlmeier (PPE). – Frau Präsidentin, lieber Herr Kommissar, liebe Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Art und Weise, wie derzeit der Rat mit dem mehrjährigen Finanzrahmen umgeht, ist außerordentlich problematisch. Ein bisschen Kohäsion, ein bisschen Landwirtschaft, kein Ehrgeiz für Wissenschaft und Forschung, am liebsten weniger Erasmus, 1,0 ist das Maximum, möglichst viele Programme, aber möglichst viel unterfinanzieren – das ist das Motto. Jeder für sich, nur ich für mich. Das reicht nicht!

Die EU müssen wir aufgabenbezogen angehen. Das bedeutet: Wir müssen mehr in Wissenschaft und Forschung investieren, wir müssen auch die Kohäsionsländer dazu bringen, mehr in Wissenschaft und Forschung zu investieren, ihnen dabei helfen, dass sie mehr in Wissenschaft und Forschung investieren. Denn wenn wir in den Sektor nicht investieren, dann – ganz trocken und nüchtern – werden wir nicht mehr wettbewerbsfähig sein gegenüber China, dann werden wir auch nicht wettbewerbsfähig sein gegenüber den USA, dann werden wir auch unsere Aufgaben nicht angehen können. Wir müssen eine aufgabenbezogene Betrachtung haben. Wenn wir uns Aufgaben wie Außengrenzschutz vornehmen, dann muss das ordentlich finanziert und auch mit ordentlichen Kompetenzen versehen werden.

Wenn sie weniger bezahlen wollen, dann soll der Rat doch bitte auch mal sagen, welche Aufgaben er denn streichen möchte, welche Agentur er nicht mehr haben möchte, welche Aufgaben er nicht mehr beansprucht von der Europäischen Union. Aber mehr Aufgaben zu geben und anschließend eine geringere Finanzierung – das kann nicht funktionieren. Den Klimawandel bewältigen wollen, aber gleichzeitig nicht in Wissenschaft und Forschung hineingehen, kann auch nicht funktionieren. Der *Just Transition Fund* kann nicht alles lösen. Ich bitte die Mitgliedstaaten, endlich wegzugehen von der nationalen Brille und sich klar mit den europäischen Perspektiven auseinanderzusetzen und mit den Aufgaben, die vor uns stehen.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, parce qu'on combine de moins en moins de budget avec de plus en plus d'attentes, on obtient de plus en plus de déception et de moins en moins d'Europe. Voici la situation dans laquelle nous sommes, alors qu'il faudrait davantage d'Europe pour amener plus d'efficacité, plus de cohésion et améliorer le quotidien des citoyens européens.

Mais pour faire plus d'Europe, nous avons besoin d'investir dans cette Europe. Or force est de constater que c'est l'inverse qui est en train de se produire. Le pacte vert européen et le mécanisme pour une transition juste dont on attend tant de choses sont sabordés dès le départ, et avec eux la politique de cohésion et la future politique agricole commune, qu'il nous faudra réformer à l'aune du réchauffement climatique. Oui, car le réchauffement planétaire est bien là, bien réel, et le pacte vert doit être une réelle opportunité pour changer profondément le modèle économique.

Dans ce contexte, il est déterminant d'associer l'agenda des ressources propres à celui du pacte vert. L'Europe doit se donner les moyens de se réformer, mais je constate que, malgré le soutien de la Commission dans ce combat, le Conseil n'est pas à la hauteur de la tâche de l'intérêt général, l'intérêt général se trouvant souvent subordonné aux intérêts particuliers. Alors j'en appelle à la présidence du Conseil. L'heure n'est plus à l'égoïsme, ni à faire la somme des intérêts particuliers, ni aux retouches cosmétiques ou à de petites mesures qui ne règlent que les petits problèmes de conscience. L'heure est à une vraie ambition européenne. Il y a des actions concrètes pour redresser la barre et se donner les moyens. Et ces moyens, c'est d'abord obtenir un cadre financier et un budget à la hauteur de cette ambition.

Mesdames et Messieurs les membres du Conseil, arrêtez de jouer les petits bras! À ce niveau de pouvoir et eu égard aux attentes légitimes des citoyens européens comme à l'urgence de la situation, ce n'est plus acceptable – c'est même aujourd'hui irresponsable.

Ondřej Knotek (Renew). – Paní předsedající, dovolu mi konstatovat, že doposud předložené návrhy finančního rámce neodpovídají představám velké části občanů. A to se prosím musí změnit.

17 zemí EU se řadí do skupiny, která prosazuje zachování financování politiky soudržnosti a zemědělství ve stávající výši. Nemůžeme souhlasit s tím, že by méně rozvinuté země v příštím období měly čerpat méně finančních prostředků, než je tomu doposud. Je také nepřijatelné, aby investice do koheze, infrastruktury a zemědělství klesaly a zároveň centrální programy byly navyšovány, a to dost zásadně. Je důležité, aby si členské státy do značné míry mohly samy rozhodovat, na co peníze použijí.

Evropská komise musí více naslouchat potřebám členských států a měla by co nejméně určovat jejich priority. 17 států EU chce právě kohezi, investice včetně investic do základní infrastruktury. Toto prosím nesmí být přehlíženo.

Joachim Kuhs (ID). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wundere mich etwas über den Ton der Debatte, denn das Thema lautet ja eigentlich: Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates am 20. Februar zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Aber was tun wir hier? Wir beschädigen regelrecht den maßgeblichen Beteiligten hier, den Rat, indem wir uns darüber beklagen, dass Herr Michel nicht da ist. Ich weiß nicht, ob das dem Ergebnis zuträglich ist, auch den Verhandlungen zuträglich ist. Ich glaube, wir müssen einfach zurückkommen zu dem, was wir eigentlich wollen, was wir wirklich wollen. Und da geht es eindeutig darum, dass wir nur einen begrenzten Rahmen haben, nur begrenzte Gelder, die müssen wir nutzen. Hören wir doch endlich auf, jetzt dem Spatz in der Hand nachzujagen – oder uns mit dem nicht zufriedenzugeben, der Taube auf dem Dach nachzujagen. Begnügen wir uns mit dem Spatz in der Hand und lassen wir doch den Rat jetzt entscheiden, was passiert. Die 1,7 % oder 1,11 % sind doch wirklich genug.

Petra De Sutter (Verts/ALE). – Madam President, the next seven years will be crucial. They will determine how our children will live on this planet. Our societies have to undergo a digital and ecological transition in a socially fair way, and we need sufficient funds for this.

The EU budget is more than a membership fee. It is the mirror of our political ambitions. Therefore, a massive investment boost is needed without necessarily increasing Member States' resources. We shouldn't be afraid to go and get own resources from plastic polluters, carbon emissions, big financial transactions, and a fair share from multinationals and kerosene because, if we don't find additional money to realise the ambitions of the Green Deal, citizens will feel it. They will see fewer infrastructure works happening in their region or have fewer opportunities to get reskilled after they have lost their jobs. If we want our citizens to embrace the European project, this must be reflected in our budget.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, de meerjarenbegroting is duidelijk uit het lood geslagen, dat hebben we gezien. De Britten gaan eruit en de begroting gaat ineens weer enorm omhoog. Nederland is sinds 2000 de grootste nettobetaler per hoofd van de bevolking. En nu wordt die bijdrage zelfs nog vergroot met 62 %, tot 13 miljard bruto. Dat is een enorm bedrag. Dat betekent 1 600 euro per jaar per huishouden in Nederland. Dat is onbetaalbaar.

Dan vraag ik me af: waar zijn de leden van de CDA en de VVD om op te komen voor die Nederlandse burger? Ik heb hier de hele ochtend gezeten en niemand gezien. Ik zal eventjes mijn bril erbij pakken om te kijken waar ze zijn. Daar zit er één. Heeft u al gesproken, mevrouw, want u zit daar nu als een pudding?

Laat ik het dus duidelijk maken, en laat ik dan opkomen voor de Nederlandse burger. Ik zeg: premier Rutte, gebruik uw veto. Toon moed, zoals Oostenrijk doet, en zeg eindelijk een keer nee, en spoel deze begroting door de wc.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, à mesa do Conselho Europeu os mal chamados «contribuintes líquidos do orçamento» que, com mais propriedade, deveriam ser chamados «beneficiários líquidos da integração», sabem que o tempo corre a seu favor. Jogam com a pressão do atraso nas verbas da coesão e com o prejuízo que tal causaria aos países que mais dependem dessas verbas para tornarem inevitável uma proposta que é, na verdade, inaceitável. Ora, se é inaceitável, ela não pode ser inevitável.

Para os países da coesão este é o momento de virar o jogo, lembrar aos que se recusam a dar a justa contribuição para o orçamento que uma integração que só produz desigualdade e divergência está condenada a não ter futuro. Lembrar que, se a política de coesão não foi suficiente para travar a divergência no passado, então ela precisa de ser reforçada e não enfraquecida. Denunciar que as ditas «novas prioridades» do orçamento são uma forma de os países mais ricos lá irem buscar mais dinheiro.

Para os países da coesão este é o momento de perceberem que, no dia em que decidirem afirmar a sua dignidade e a sua soberania, terão muito mais a ganhar do que aquilo que lhes possa vir do orçamento.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, gospodo von der Leyen, govoreći ovdje o financiranju i financijskim politikama ne mogu ne reći kako se financira politika zaštite okoliša u Hrvatskoj, odnosno usmjerit ću se na sustav gospodarenja otpadom.

Mi u Hrvatskoj imamo u planu napraviti 11 centara za gospodarenje otpadom, od kojih su dva već napravljena, Mariščina i Kaštijun, i od njih nismo dobili ništa osim zagađenja i velikog poskupljenja računa. Sad forsirate još ovih drugih devet. Zašto dolazi do tih kapitalnih promašaja? Prvo je pogrešna zajednička okolišna politika. Uzmimo u obzir samo Njemačku i Hrvatsku. Hrvatska ima svega 75 stanovnika na kilometar kvadratni, Njemačka 230. Tu je isto velika razlika u dohotku. Ne možemo mi platiti što vi možete. Na kraju krajeva i ne trebamo, imamo neke svoje specifičnosti. Tu je također korupcija, sve se kod nas radi naopako. Umjesto da se reciklira koliko se može, radi se kao da se ništa ne reciklira. Centri su predimenzionirani, naravno preplaćeni su, jer je poanta da se izvuče što više novaca za klijente hrvatskog establišmenta. Krajnji proizvod će biti RDF koji nećemo imati kome prodati. Sve to prelit će se na račune stanovnika koji idu u nebo i na taj način se prazni Hrvatska. Ono što se nije postiglo u Domovinskom ratu, prazni se Hrvatska preko računa skupih.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Historia podobno się nie powtarza, ale w przypadku WRF powtarza się w sposób niekorzystny dla Parlamentu Europejskiego. Od czasu przedłożenia projektu Komisji, czyli od maja 2018 roku, Parlament jest w bardzo niewygodnej *wait and see position* i słusznie nie negocjuje dalej projektów sektorowych, dlatego że trudno jest rozmawiać o regulach, jeśli nie zna się liczb. Budżet to są liczby, a nie deklaracje.

Teraz wszystko jest w rękach przewodniczącego Michela. Jest dzisiaj nieobecny, więc nie dowiemy się, czy jego spotkania z liderami państw członkowskich, zwane w budżetowym slangu *confessionals*, doprowadziły do zbliżenia stanowiska czy nie. Jeżeli doprowadziły, to jakieś szanse powodzenia ma nadzwyczajny szczyt 20 lutego i nowy *negotiating box*, ale ja pamiętam, że nigdy nie udawało się osiągnąć porozumienia za pierwszym razem, więc tego się dzisiaj nie dowiemy.

Wiemy natomiast jedno: opóźnienie jest większe niż kiedykolwiek. Perspektywa 2014-2020 została uzgodniona między rządami 8 lutego, a z Parlamentem w czerwcu. Ten kalendarz wydaje się mało realny w tym roku. Jednak najgorszy scenariusz to długotrwały przetarg pomiędzy instytucjami. Tego ludzie nie lubią, to buduje zły wizerunek w Unii Europejskiej, bo beneficjenci chcą mieć przewidywalność inwestowania. To jest największa zaleta budżetu europejskiego.

Pierre Larroustourou (S&D). – Madame la Présidente, «whatever it takes»: en 2012, Mario Draghi explique que la banque centrale est prête à faire tout ce qui sera nécessaire pour sauver la zone euro. Et la Banque centrale va mettre 2 600 milliards sur la table. 2 600 milliards d'euros en quatre ans pour sauver la zone euro. Et pour sauver le climat, on va mettre combien?

Sauver la monnaie unique, évidemment, c'était très important, mais sauver notre planète unique, sauver notre humanité unique, n'est-ce pas encore plus important? Sommes-nous prêts, nous aussi, à faire, *whatever it takes*, tout ce qui sera nécessaire pour réussir le pacte vert, une transition juste?

La Commission elle-même dit qu'il manque chaque année entre 300 milliards et 500 milliards d'euros pour réussir le pacte vert. Il manque chaque année entre 300 et 500 milliards d'euros et, pour le moment, ce qui est concret, c'est un fonds pour une transition juste avec 7 milliards sur sept ans.

La solution serait de développer les ressources propres pour avoir un budget «climat» très ambitieux, sans demander un euro aux familles modestes ou aux États membres. Quand j'étais petit, l'impôt sur les bénéfices était à 45 % en Europe. Aujourd'hui, l'impôt sur les bénéfices est tombé à 20 %, alors que les dividendes explosent. Il est temps d'avancer sur les ressources propres. Un vrai pacte vert ou du *greenwashing*: c'est dans les mois qui viennent que ça se décide.

Jérémy Decerle (Renew). – Madame la Présidente, chers collègues, ceux qui savent que je suis non seulement français, mais aussi agriculteur et ancien représentant agricole, ne s'étonneront pas que j'insiste sur l'enjeu capital que représente le budget de la politique agricole commune. Je crois pourtant que c'est dans l'intérêt de toute l'Europe que je m'exprime.

Que pour financer les nouvelles ambitions législatives de l'Union européenne, on soit tenté de faire des coupes dans les politiques historiques, je peux l'imaginer. Ce serait pourtant une grave erreur, pour trois raisons simples. Toutes les grandes puissances agricoles mondiales soutiennent fortement leur agriculture et nous avons la responsabilité d'être, nous aussi, à la hauteur. La transition agroécologique en cours, que le pacte vert accompagnera, ne peut être couronnée de succès sans une PAC qui s'en donne les moyens. Du budget de la PAC dépendent aussi, je le rappelle, la qualité et la diversité de notre alimentation, l'équilibre de nos territoires ruraux, et aussi le maintien d'agriculteurs nombreux.

Ce ne sont pas de petits enjeux. Le budget de la PAC ne doit pas baisser. Je vous remercie de m'avoir écouté; je vous remercierai encore plus de m'avoir entendu.

Ivan David (ID). – Paní předsedající, Hospodářský a měnový výbor Evropského parlamentu je nespokojen s nízkým ekonomickým růstem v eurozóně, jen 1,1 %.

Očekával bych tedy řadu opatření, aby EU tolik v růstu nezaostávala za Čínou a Spojenými státy. Ale co navrhuje EU? Věnovat 40 % rozpočtu na chimérický projekt *Green deal*, který životnímu prostředí nepomůže a hospodářství uškodí. Přechodem na elektromobilitu a obnovitelné zdroje se Evropská komise chystá rozvrátit energetiku a dopravu současně, a tím snížit konkurenceschopnost Evropy. Pak ať projevuje uspokojení nad stagnací nebo spíše úpadkem.

Snaha přímo z Bruselu podporovat nikým nevolené nátlakové skupiny, zvané neziskové organizace, ukazuje na postoj k demokracii. Místo vlastních obyvatel má být podpořena migrace. Snížit se mají výdaje na zemědělství a venkov. V roce 2004 po vstupu nových členských zemí slíbila vyrovnání evropských dotací na zemědělství do roku 2013, dosud se tak nestalo. Jak dlouho má ještě trvat taková politika, než přivolá spravedlivý hněv občanů?

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama pirmininke, noriu paraginti visus atsitraukti nuo skaičių. Sprendžiant dėl daugiametės finansinės perspektyvos svarbiausia yra tikslai. Ar mes nebesieksime, kad visuose regionuose gyventojams būtų užtikrintas geras gyvenimo lygis? Žiūrint į skaičius atrodo, kad taip, nes sanglauda karpoma labai ženkliai. Ar mes toleruosime, kad kai kurie žemdirbiai yra laikomi antrarūšiais? Atrodo, kad taip, nes Komisijos siūlyme nėra tiesioginių išmokų suvienodinimo. Ar mums svarbiausi atskirų valstybių, o ne bendri tikslai? Ir šis klausimas yra susijęs su diskusijomis dėl valstybių narių įnašo dydžio į bendrąjį biudžetą.

Sutinku, kad Europos Sąjunga turi naują iššūkį, bet naujus iššūkius ir reikia finansuoti naujais pinigais. Nes atimti finansavimą iš konkrečių sričių galima tik tada, kai bendrai sutariama, kad jų vykdyti jau nėra prasmės.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca, Panie Komisarzu! Zaproponowane przez poprzednią Komisję cięcia w unijnym budżecie na dwie najważniejsze polityki, spójności o 10% i WPR o 15%, zostały właśnie odrzucone w stanowisku przyjętym na początku lutego w Portugalii przez 17 krajów z grupy przyjaciół spójności. Konieczne jest więc zwiększenie budżetu zarówno przez podniesienie składek członkowskich, jak i likwidację istniejących rabatów, a być może również uruchomienie nowych źródeł dochodów własnych.

Kompromis w Radzie w tym zakresie jest możliwy, ale pod warunkiem, że odejdziemy od negocjacji opartych na konstrukcji „płatnicy netto kontra beneficjenci netto”, a weźmiemy również pod uwagę korzyści poszczególnych krajów unijnych wynikające z uczestnictwa we wspólnym rynku, a także przepływy kapitałowe. Płatnicy netto z reguły korzystają bardzo mocno z udziału we wspólnym rynku. Na przykład Niemcy wpłacają 27 miliardów euro składki rocznie, a korzyści ze wspólnego rynku wynoszą aż 210 miliardów rocznie. Ponadto kraje Europy Zachodniej osiągnęły inne korzyści z rozszerzenia Unii. Jedną z nich są dywidendy i odsetki od kapitałów. Tylko wzięcie pod uwagę tych wszystkich przepływów daje moim zdaniem możliwość racjonalnej rozmowy o kształcie przyszłego budżetu i szansę na porozumienie.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, uspješna Europa nove generacije moguća je jedino još snažnijim ulaganjima i u poduzetništvo i u istraživanje, razvoj, mlade i obrazovanje. Moramo osigurati kvalitetnu prilagodbu našeg kontinenta za digitalnu revoluciju, ali isto tako i pripremiti se na ubrzanu utrk u primjeni novih tehnologija sa sve snažnijim globalnim konkurentima.

Istodobno, sljedeći sedmogodišnji proračun Europske unije mora nastaviti smanjivati ekonomske i društvene razlike koje nažalost još uvijek postoje između država članica, budući da je upravo to jedan od ključnih ciljeva koji je upisan i u samim temeljima Europske unije. To je i razlog zbog kojeg i Ugovor o funkcioniranju Europske unije izričito naglašava da se posebna pozornost poklanja regijama koje su izložene ozbiljnim demografskim poteškoćama, kao i područjima zahvaćenim industrijskom tranzicijom.

Ne možemo ignorirati negativne demografske trendove koji ugrožavaju razvoj velikog dijela Europe. Vrijeme je da europski proračun prepozna da je i radi kohezije, ali i radi prave ravnopravnosti svih europskih građana, potrebno i europskim instrumentima još snažnije podržati demografski ugrožene dijelove Europe.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la prossima settimana il Consiglio europeo speciale affronta un tema dirimente: di quali risorse potrà disporre l'Unione europea dal 2021 al 2027 per far fronte alle nuove sfide che abbiamo davanti e dare ai cittadini europei una società più sostenibile ambientalmente, più giusta, più sicura, più moderna.

Il Parlamento ha chiesto un bilancio adeguato. Fino a ora la risposta dei governi è stata insufficiente. Da una parte assegniamo nuovi compiti e responsabilità all'Europa, a cui i governi non possono far fronte da soli, ma poi teniamo ben stretti i cordoni della borsa. Come dire: fare di più ma senza risorse. La ricetta perfetta per permettere di continuare a usare il progetto europeo come il migliore dei capri espiatori per le cose che non vanno.

Qui colleghi non c'è in ballo un bilancio ma la credibilità stessa dell'Unione. Allora chiediamo alla Presidenza del Consiglio di portare ai capi di Stato e di governo il messaggio di quest'Aula. Ci aspettiamo immediatamente un'inversione di tendenza, basta giocare con il futuro dell'Unione, con il futuro di tutti noi.

Nils Torvalds (Renew). – Fru talman! Vi måste ställa oss frågan: Vilka utmaningar står vi egentligen inför? Den utmaningen låter kanske så här: Vi står inför utmaningen att skapa ett nytt industriellt ekosystem. Detta är alltså inte science fiction, detta är inte Jules Verne, detta är inte Aldous Huxley, detta är inte Isaac Asimov, utan detta är den verklighet vi står inför. Då behöver vi för det första en budget som är Paris-kompatibel, en *green deal*-budgetram för de kommande åren.

Vi behöver dessutom en forskningsbudget som står pall för de utmaningar som vi står inför, och den forskningsbudgeten måste vara i överensstämmelse med medlemsländernas forskningsbudget. Detta är alltså ingen liten uppgift för rådet, men om rådet inte kan lösa det, så står vi där med skammen.

Mara Bizzotto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vi chiedo: ma voi pensate che gli italiani siano stupidi? Pensate di prendere in giro i cittadini all'infinito? Secondo voi gli italiani dovrebbero subire in silenzio le rapine fatte dall'Europa? Siete completamente fuori strada, cari burocrati europei, perché gli italiani sono stanchi di essere il bancomat d'Europa e di essere derubati ogni anno di miliardi di euro. Tutti noi siamo stanchi di vedere come l'Europa regala i nostri soldi alla Turchia del dittatore islamico Erdogan, o a qualche ONG che ci porta gli immigrati clandestini in casa.

È una grande vergogna, ma state preparando anche di peggio! Per i prossimi sette anni siete pronti a mettere una nuova tassa a carico dei nostri cittadini, una tassa che cercate di mascherare con nome di «risorse proprie» e da ultimo ci volete fregare anche con il MES. Fate attenzione, però, la pazienza degli italiani è finita! E noi faremo di tutto per fermare le follie di questa Europa.

Veronika Vrecionová (ECR). – Paní předsedající, já jsem poslankyně Evropského parlamentu z ČR, tedy ze země, která se řadí mezi tzv. přátele koheze. Přesto přese všechno je mi daleko bližší ten původní návrh Evropské komise než verze Evropského parlamentu. Důvod je jednoduchý, vyšší výdaje, se kterými právě Evropský parlament počítá, znamenají vyšší příjmy. Čistí plátcí ale nechťejí zvyšovat své příspěvky do společného rozpočtu a navíc jedna z těch silných zemí, Británie, minulý týden odešla.

Budou proto dále sílit snahy vytvořit dodatečné vlastní zdroje Evropské unie a slyšíme to v dnešní rozpravě a to já považuji za špatné. Evropská unie není stát, je to mezinárodní organizace vytvořená jednotlivými státy, která by měla jednat dle zadání těchto států. Nelze vůli těchto států obcházet tím, že zdaníme jejich obyvatele přímo. Konkurenceschopnost Evropské unie nezvýšíme dalším přerozdělováním, zvýšíme ji podporou inovací a lepší infrastrukturou. Finální verze by se tak měla podobat té původní verzi Komise.

Niclas Herbst (PPE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir auf die Tribüne blicken, dann sehen wir viele junge Menschen, die Hoffnung setzen in Erasmus, in Forschung und Entwicklung, Kampf gegen den Klimawandel. Ich freue mich auch besonders, dass wir viele Soldaten sehen, die bereit sind, ihr Leben zu geben. Denen sind wir eine Antwort schuldig im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik, und das geht nur mit einem vernünftig ausgestatteten mehrjährigen Finanzrahmen, weil der die Planken setzt. Charles Michel sagt jetzt, er will die Verhandlungsführer am 20. Februar erst aus dem Saal lassen, wenn es eine Lösung gibt. Er darf nicht vergessen, dass er auch uns mit einberechnen muss. Wenn man hört, dass zum Beispiel die Kohäsionsstaaten – also die Staaten, die besonders von Kohäsionspolitik profitieren – mehr Flexibilität beim System der Implementierung bekommen sollen, dann ist das gut, aber es ist keine Lösung für ausreichende Mittel. Wenn wir hören, dass wir als Haushaltsgesetzgeber mehr Flexibilität bekommen sollen, ist das gut, aber es ist kein Ersatz für fehlende Mittel.

Es ist jetzt ganz wichtig, dass wir kein Spiel spielen, so nach dem Motto „Wir geben euch als Europäischem Parlament zu wenig Mittel für zu viele Aufgaben, und ihr dürft dann am Ende mit Haushaltsflexibilität vielleicht noch darüber entscheiden, wem ihr besonders wehtut“. Wir sitzen hier schon alle zusammen in einem Boot, und ich bitte, das Charles Michel doch auszurichten, falls einer der Kollegen ihn treffen sollte bis zum 20. Februar. Das ist ganz wichtig: Wir sitzen zusammen in einem Boot; und wir müssen jetzt Schritt für Schritt vorangehen, systemische Fragen können wir danach klären. Jetzt ist wirklich die Frage der Ausstattung im Mittelpunkt.

Rovana Plumb (S&D). – Doamna președintă, domnule comisar, doamna ministru, sigur, bugetul Uniunii Europene trebuie să fie unul solid și care să reflecte capacitatea noastră de a susține dezvoltările necesare în fiecare dintre statele membre, dar și răspunsul la noile provocări. Mai mult decât atât, cred că el nu trebuie să se rezume doar la un exercițiu matematic, ci să continue proiectele de care avem nevoie.

Politica de coeziune – politica de coeziune pentru care Parlamentul European și-a exprimat deja punctul de vedere – nu trebuie să fie redusă sau relocată sub nicio formă ca urmare a apariției noilor inițiative, cum ar fi Fondul pentru o tranziție justă, care, desigur, trebuie să dispună de toate resursele necesare, astfel încât această tranziție să fie echitabilă.

Iar, dacă ne referim la domeniul transporturilor, principalul instrument de finanțare, Mecanismul pentru interconectarea Europei, de asemenea, pentru el Parlamentul European și-a exprimat poziția și, de asemenea, el nu trebuie să fie diminuat, pentru că tot ceea ce înseamnă buget este o chestiune de credibilitate a noastră în fața provocărilor, în fața cetățenilor europeni.

Luis Garicano (Renew). – Señora presidenta, Europa se encuentra ahora mismo enfrentada a una crisis existencial. Vemos cómo los partidos populistas crecen en cada elección —ahora mismo acabamos de verlo en Irlanda con el Sinn Féin—. Vemos que, en el caso del crecimiento económico, esta semana todos los datos que hemos tenido son malos: las economías europeas se están parando. Vemos que no tenemos la unión bancaria terminada. Vemos que, realmente, con la salida del Reino Unido perdemos un miembro clave para Europa.

Y, en el medio de esta crisis existencial, nos encontramos con un presupuesto que nos tememos pueda ser el más bajo de la historia en proporción al PIB. Tenemos muchísimos retos y no vamos a tener los recursos para hacerles frente. Parte del problema es esta discusión continúa entre contribuyentes netos y los que reciben, que al final no nos permite avanzar.

Necesitamos un sistema de recursos propios. Un sistema de recursos propios que nos ayude a resolver los problemas a los que nos enfrentamos: cambio climático y evasión fiscal. Este Parlamento no aprobará un acuerdo de MFP que no haga frente a estos problemas a la vez que resuelve para siempre el problema de la financiación de Europa, que no puede depender de estas negociaciones que siempre nos dejan por debajo de nuestras necesidades.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, el proyecto europeo no será más fuerte con una Unión Europea más débil. Por ello, no son buenas las noticias que nos llegan de la Comisión y del Consejo a propuesta del marco financiero plurianual.

Reducir la PAC, reducir los Fondos de Cohesión o el Fondo Social Europeo es alejar de la Unión a aquellos que más lo necesitan. Los agricultores y ganaderos españoles sufren por las crecientes exigencias —también del Pacto Verde Europeo—, y con una mano les exigen más competitividad pero, con la otra, se pretende reducir la financiación que necesitan, como es la PAC.

O, por ejemplo, los jóvenes, que son los más perjudicados en España, alcanzando una tasa de desempleo del 30 %. Por un lado, se les dice que son el futuro de Europa pero, por el otro, pretenden reducir el Fondo Social Europeo, dedicado a la inserción laboral de estos jóvenes. Y, ante el reto digital, la despoblación, la necesidad de fomentar la industria, las pymes y la conectividad de nuestras regiones, es incoherente pretender dejar a nuestras regiones con menos fondos para su desarrollo y para su cohesión.

Los Estados miembros juegan un papel fundamental. Por tanto, como delegación española del Partido Popular Europeo, exigimos al Gobierno de Sánchez que no siga de brazos cruzados, que las batallas que no se dan se pierden, y los gobiernos socialistas nos tienen demasiado acostumbrados a volver a España con las manos vacías.

Los recortes en Fondos Estructurales, Fondos de Cohesión y fondos agrícolas golpearían especialmente a España y, por tanto, el Partido Popular, vamos a ser firmes, como siempre, en la defensa de los intereses de los sectores productivos y económicos de España. Vamos a dar la batalla.

Erik Bergkvist (S&D). – Fru talman, ledamöter! Detta är ju ändå märkligt. Vi har fantastiska möjligheter. Vi har aldrig haft så fantastiska möjligheter som nu att skapa ett bättre Europa. 70 år av samarbete och gemensamma satsningar har skapat en välfärd, en fredlig utveckling och möjligheter som vi nog aldrig trodde att vi skulle få, och allting tyder på att fortsatt samarbete och fortsatta gemensamma satsningar faktiskt kommer att göra allting ännu bättre.

Hotet eller det som ibland kryper upp ur kloakerna är ju rädsla, nationalism, populism. Om vi hemfaller vi till det är det klart att ingenting möjligt. Men om vi tänker bort det ett tag, så är vi faktiskt världens största ekonomi – en enorm välfärdsregion med en teknik som faktiskt gör det möjligt att lösa de utmaningar som vi i dag står inför. Men det måste ske rättvist. Det måste ske med en faktiskt utökad och starkare sammanhållningspolitik. Vi får aldrig hemfalla till utökad nationalism.

François Mitterrand sa så här: Nationalism är krig. Krig tillhör det förgångna, men det kan också vara vår framtid. Du är garanten för fred och säkerhet.

Caroline Nagtegaal (Renew). – Voorzitter, de Europese Unie betreedt op dit moment een *make-or-breakfase* in haar bestaan: gaan we zwichten voor de gevestigde belangen van gisteren, of durven we eindelijk te kiezen voor het gedeelde belang van alle Europeanen van deze toekomst. Als het aan mij ligt, dan wordt dat het laatste. Laat de Unie zich durven focussen op de gezamenlijke uitdagingen waar we voor staan: migratie, veiligheid, infrastructuur, klimaat. Daarvoor kijken Europeanen naar deze Unie en daarvoor willen ze op deze Unie van 27 lidstaten kunnen rekenen.

Een automatische reflex voor een hoger budget is bij een kleinere Unie niet op z'n plaats. Kijk nou eens heel goed hoe we het geld beter kunnen besteden en zorg ervoor dat landen met een gelijkwaardig welvaartsniveau ook in gelijke mate kunnen bijdragen aan de Europese begroting. Laten we ons hard maken voor strenge voorwaarden aan die Europese financiering. Is er in een land bijvoorbeeld sprake van fraude of corruptie, of worden de regels rondom democratie en rechtsstaat niet nageleefd, draai dan wat mij betreft de geldkraan dicht. Laten we wegblijven van een discussie tussen Oost en West, Noord en Zuid, maar inzetten op een toekomstbestendig Europa dat past hierbij: *Let's make it together*.

Tamás Deutsch (PPE). – Elnök Asszony! Először is, a finn kormány ezt nagyon elrontotta. A finn soros elnökség, finoman fogalmazva is, szuboptimális teljesítményének köszönhetően ma messzebb vagyunk a megállapodástól, minsem a bolgár, a román és az osztrák soros elnökség munkája kapcsán. Nagy a feladata a Tanács állandó elnökének, és nagy a feladata a horvát elnökségnek. A probléma lényege az, hogy a finn soros elnökség munkája kapcsán egy tisztességtelen és igazságtalan, az alapelgondolásában, a logikájában, a rendszerében tisztességtelen és igazságtalan költségvetési javaslat fekszik a Tanács asztalán, és ezen kell majd az állam- és kormányfőknek dolgozniuk.

Tisztességtelen és igazságtalan az a megközelítés, függetlenül a hétéves keret költségvetés főösszegétől, ami a gazdagabb európai uniós tagállamok irányába von el pénzt a szegényebb európai uniós tagállamoktól. Ez képtelenség. Másodsorban, engedjék meg, hogy formabontó legyek, egy költségvetési vita kapcsán beszéljünk végre a számokról is a nagyon fontos, elvek, értékek és politikai kijelentések mellett. Ha a legkisebb költségvetési főösszegre vonatkozó javaslat és a legnagyobb közötti különbséget nézzük, ez háromszázötven milliárd euró, első hallásra nagyon sok pénz. Ez valójában azt jelenti, hogy minden európai uniós polgárnak, havonta mintegy 9 eurót kéne befizetnie a költségvetésbe. Havi 9 euróról beszélünk, azt gondolom, hogy ennyi pénzt az európai jövő megér.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei den letzten Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen haben die Staats- und Regierungschefs am 8. Februar 2013 eine Einigung gefunden. Dem vorausgegangen war bereits ein erster Gipfel im November 2012, bei dem über den mehrjährigen Finanzrahmen gestritten wurde. Den Rest der Geschichte kennen wir schon: Formal verabschiedet wurde der MFR am 2. Dezember 2013. Erst dann konnten die operationellen Programme geschrieben werden, und durch diese Verzögerung lagen Projektträger auf dem Trockenen, mussten von anderen Stellen gestützt werden.

2014 war ein verlorenes Jahr des EU-Haushalts – so hat es der ehemalige Haushaltskommissar Günther Oettinger völlig zu Recht gesagt, denn es kam zu fast keinem Mittelabfluss. Das heißt, wir sind im Grunde heute schon zu spät dran und auf dem besten Weg dahin, 2021 wieder zu einem verlorenen Jahr zu machen. Nach dem Brexit, mit dem Blick auf den Präsidenten im Weißen Haus, angesichts der Klimakatastrophe und dem globalen Ziel, Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen herzustellen: Wollen wir uns das wirklich leisten?

Und an all diejenigen in den nationalen Haushalten, die auf ihre Haushalte gucken, was ich verstehen kann: Sie sind herzlich eingeladen, auf die Vorschläge dieses Hauses für ein besseres Eigenmittelsystem zu schauen. Ich denke, das könnte eine Lösung sein. Es geht am 20. Februar darum, Handlungsfähigkeit zu zeigen. Wer europäisch denkt, stellt die Lösung der gemeinsamen Aufgaben in den Mittelpunkt. So sollten wir handeln!

Mircea-Gheorghe Hava (PPE). – Doamna președintă, stimați colegi, Uniunea Europeană are nevoie de acces la banii din viitorul CFM cât mai repede, cât mai predictibil și simplificat.

130 de miliarde de euro anual este suma cu care statele contribuie la bugetul propus de Comisia Europeană pentru viitoarea perioadă de programare. Conform aceleiași instituții, mai bine de 923 de miliarde de euro se întorc în statele membre din piața unică europeană – un raport fantastic. Este vorba de faptul că la un euro investit se întorc nouă euro în țările noastre.

Cifre din surse ale Comisiei arată că Belgia, la 4,36 miliarde de euro investiți, recuperează 56,49 de miliarde de euro, Olanda, la 6,85 miliarde de euro, recuperează 84 de miliarde de euro, Austria, care investește 3,84 miliarde de euro, recuperează 35,61 miliarde de euro, Finlanda va contribui cu 2,22 miliarde de euro și va încasa 13,2 miliarde de euro, iar țara mea, România, va contribui cu 2,41 miliarde de euro și va câștiga 16,59 miliarde de euro.

Vrem pact ecologic, vrem banii Băncii Europene de Investiții în proiecte de energie curată, vrem bani investiți în decarbonizarea industriilor, vrem Europa superputere digitală, să aprobăm cât mai repede CFM-ul, deoarece de aici pornește totul, de la acordul politic asumat rapid.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, als je de kranten leest, vergeet je het snel, maar eens in de 7 jaar heeft de EU een enorme kans. De enorme kans om antwoorden te vinden op de uitdagingen van deze tijd. De kans om landbouw groener te maken, om Europese treinverbindingen op te zetten of onze wetenschap wereldwijd te laten leiden. De kranten doen echter geen verslag van deze enorme kans, maar van de hoogte van het EU-budget.

Meneer Rutte, Mark Rutte, deze oproep is voor u. Ten eerste: geef de bedrijven geen gratis abonnement op de interne markt. Laat niet de burgers, maar de grootste bedrijven betalen. Een kwart miljoen voor de allergrootste bedrijven levert al snel 5 miljard euro op. Ten tweede: focus niet op één komma nul, nul, nul procent. Liever iets meer dan 1 % van ons inkomen dat goed besteed wordt. Kijk niet naar de percentages, maar kies voor de kans.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich appelliere für mehr Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit in der Budget-Debatte, denn es geht um unsere Zukunft. Aus diesem Grund startet das Europäische Parlament auch eine Informationsoffensive, weil die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger meint, dass die Mehrheit des Geldes primär in die Verwaltung geht, obwohl 94 % des gesamten Budgets in unseren Regionen, in den Gemeinden ausgegeben werden: für unsere Universitäten, für den ländlichen Raum, für unsere Betriebe, für die Entwicklung der Zukunft. Jeder Euro bewirkt drei Investitionseuros zuhause, weil die Argumentation der meisten Mitgliedstaaten in die Irre führt. Sie verschweigen, dass der Mehrwert der Mitgliedschaft ein Vielfaches größer ist als der Mitgliedsbeitrag. Es gibt keine Nettozahler, weil die Mitgliedstaaten über Prozente statt über Aufgaben, Projekte, Inhalte und den Wert sprechen. Ich halte es für unverantwortlich, dass das Programm von Ursula von der Leyen nicht das nötige Geld bekommt.

Ich komme zum Schluss: Wo sind die größten Unterschiede? Bei Bildung, bei Forschung, bei Investitionen in den *Green Deal*, bei der ländlichen Entwicklung, bei Sicherheit, bei den Eigenmitteln und dem sozialen Zusammenhalt. Lösen Sie die Fesseln, Herr Kommissar und liebe Ratsmitglieder! Legen wir eine Zukunftsanleihe auf – mit den Bürgern – und sorgen wir für ein europäisches Crowdfunding-Modell und Eigenmittel, dann können wir die Lücke schließen.

Βαγγέλης Μεϊμαράκης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, τα επόμενα χρόνια η Ευρωπαϊκή Ένωση καλείται να υλοποιήσει το *Green Deal*, μια εξαιρετικά φιλόδοξη πολιτική. Η επιτυχία αυτής της πολιτικής θα κριθεί από την ικανότητά μας να εξασφαλίσουμε ως νομοθέτες την ίση μετάβαση των κοινωνιών μας στην πράσινη οικονομία. Για να μπορέσει αυτό να υλοποιηθεί χωρίς ανισότητες, δεν επαρκεί η συνεισφορά του 1 % από τους ετήσιους εθνικούς προϋπολογισμούς. Μέχρι τώρα, με το ποσό αυτό η Ευρωπαϊκή Ένωση υλοποιούσε πολιτικές-ορόσημα όπως η Κοινή Γεωργική Πολιτική και η πολιτική συνοχής και τώρα κάποιοι θέλουν με την ίδια χρηματοδότηση να εφαρμόσει και την πιο φιλόδοξη πολιτική των τελευταίων ετών. Αυτό δεν γίνεται. Νέες πολιτικές απαιτούν νέες χρηματοδοτήσεις. Η πρόταση, λοιπόν, του Κοινοβουλίου για 1,3 % θεωρώ ότι είναι πάρα πολύ λογική. Εξασφαλίζει την υλοποίηση των πολιτικών που δικαιώνει τα οράματα των πολιτών για την Ευρώπη του μέλλοντος χωρίς να περικόπτει τις απαραίτητες χρηματοδοτήσεις για την υλοποίηση της αγροτικής πολιτικής και της πολιτικής συνοχής, και μπορεί — ταυτόχρονα — με τη μεγαλύτερη χρηματοδότηση να εξυπηρετηθούν όλες αυτές οι ανάγκες. Γι' αυτό και δεν είναι υπεύθυνο να γίνονται βαρυσήμαντες εξαγγελίες από τις εθνικές κυβερνήσεις χωρίς αυτές να συνοδεύονται από toλμηρές πρωτοβουλίες και χρηματοδότηση. Η πρόταση του Κοινοβουλίου περιμένουμε —και πρέπει— να γίνει αποδεκτή.

Catch-the-eye procedure

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, a nossa posição aqui no Parlamento ficou extremamente clara, aliás, inequivocamente, clara. Não aceitamos um quadro financeiro reduzido, onde os cortes que se apresentam são em políticas cruciais para o desenvolvimento económico e social dos nossos países.

Não aceito, não aceitamos, cortes que sejam altamente penalizadores para o nosso país, para Portugal. Estamos perante um conjunto de propostas que afetam, claramente, quer a política de coesão, quer a política agrícola comum. São setores cruciais para o desenvolvimento dos nossos países. E há duas matérias aqui que eu gostava de deixar claras e que são uma enorme preocupação para os deputados provenientes de três Estados-Membros: Portugal, Espanha e França, que têm as suas regiões ultraperiféricas e que podem ver cortada aqui a possibilidade de desenvolvimento destas regiões. Estamos a falar de questões de pesca, de questões económicas, de questões ligadas ao turismo e que podemos ver em causa perante aquilo que se nos é apresentado.

Queremos uma União que olhe para as pessoas, para as suas regiões e que não permita estes cortes.

Victor Negrescu (S&D). – Doamna președintă, în urmă cu aproape doi ani discutăm pentru prima dată în Consiliul Uniunii Europene, la vremea aceea eram ministru al afacerilor europene din România, despre bugetul european. Astăzi au trecut aproape doi ani de la acel moment și iată că nu avem nicio soluție, nicio soluție clară, nicio propunere adecvată deși au trecut doi ani și poate ar fi timpul să ne gândim la viitorul Uniunii Europene, pentru că, dacă vrem să construim un viitor, avem nevoie de un buget adecvat și de o contribuție mai mare din partea statelor membre la tot ce înseamnă acest proiect european.

Nu există priorități vechi sau priorități noi, așa cum s-a spus greșit mai devreme. Există, pur și simplu, priorități ale cetățenilor europeni la care noi trebuie să răspundem.

Avem nevoie de un buget axat pe dezvoltarea Uniunii Europene și asta înseamnă și bani pentru coeziune și bani pentru agricultură și bani pentru cercetare și bani pentru mediu. Toate aceste lucruri pot fi făcute dacă suntem dispuși să luăm decizii astăzi.

De aceea, liderii europeni la Consiliul European trebuie să adopte o soluție. Sunt soluțiile pe masă, sunt ideile pe masă, trebuie să le adopte, să-și asume responsabilitatea în a sprijini acest proiect european pe mai departe. Cred că cetățenii europeni se așteaptă de la noi să venim cu un buget adecvat pentru anii care urmează.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señora presidente, este debate en sesión plenaria ha evidenciado tres grandes coincidencias al margen de diferencias ideológicas. Todos somos conscientes de la dificultad y complejidad añadida que supone negociar el presupuesto en un contexto post-Brexit, y es por lo que apostamos por un acuerdo rápido, que proporcione seguridad jurídica a los principales sectores de nuestra economía. Y exigimos, más allá de cifras y porcentajes, un presupuesto que refleje las nuevas prioridades de la Unión Europea.

El Pacto Verde va a ser el protagonista legislativo en los próximos cinco años. Pero ese Pacto y todas las medidas que se van a derivar del mismo, como, por ejemplo, la estrategia «de la granja a la mesa», solo van a conseguir la adhesión de los ciudadanos europeos si, en lugar de recortar presupuesto y pedir más contribución ambiental, somos capaces de ofrecer a los agricultores el apoyo necesario, no solo para que persigan objetivos ambientales más ambiciosos, sino para que puedan desarrollar una actividad económica rentable.

Debemos enfrentarnos al abandono de nuestras zonas rurales y al hartazgo y frustración de nuestros agricultores a través de un presupuesto que no margine los desafíos del mundo rural y su notable contribución a la sostenibilidad.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, if the EU wants to sufficiently fund the Green Deal, clean food production, cohesion and maintain peace, we should take the opportunity presented by the exit of the UK, one of its most militaristic and belligerent members, and we should use the opportunity to move away from the mindless militarisation of Europe.

We should scrap the European Defence Fund, the Permanent Structured Cooperation (PESCO) and other measures that have been brought forward and propelled by those that have been the victim of corporate capture by the military-industrial complex. Even the European Court of Auditors have said that it is a waste of money.

If we want our farmers to move away from the use of chemicals and pesticides and towards the production of clean food, we must help them to do so. It will cost money. We must stop enriching the bigger farmers that don't need our help and instead fund the farmers that do need our help to produce cleaner food and to survive in the process.

We don't need a bigger budget, but we need a much better budget. And the notion that we are increasing defence spend at the expense of the citizens of Europe is not acceptable.

Ljudmila Novak (PPE). – Gospa predsednica, z manj denarja ne moremo uresničiti več projektov in skupnih nalog. Lahko smo sicer bolj racionalni, lahko varčujemo, preoblikujemo naš proračun, vendar ohraniti moramo vse tisto, kar je dobro, in dobrih projektov v Evropski uniji je veliko.

Imamo pa tudi nove potrebne projekte. Skupaj lahko naredimo več, pri podnebni politiki, pri varnostni politiki, na področju raziskav, novih tehnologij, boja proti raku in tako naprej. To so projekti za ljudi.

Razmisлити moramo tudi o naših skupnih vrednotah, zakaj smo skupaj. Neto plačnice ne smejo pozabiti na solidarnost in na to, da imajo od tega, da dajo denar manj razvitim, tudi same koristi. Več nemških avtomobilov bo prodano, več bodo prodali v trgovinah Spar ali pa nizozemskih tulipanov. In pa neto prejemnice ne smejo pozabiti, od kod je denar, ker se obnašajo včasih preveč samozadostno in pa tudi ne spoštujejo evropskih pravil.

Ne smemo pozabiti na prihodnost, zato moramo imeti dober proračun.

Isabel Carvalhais (S&D). – Senhora Presidente, aquilo que eu vou dizer basicamente já foi dito, mas sinto-me nessa obrigação e é uma obrigação ética.

De facto, a Comissão Europeia apresenta-nos um plano de trabalho muito ambicioso para responder aos grandes desafios que a Europa, as nossas sociedades enfrentam, mas é fundamental que nessa resposta não haja sacrifícios de políticas que são absolutamente estruturantes das nossas sociedades. Numa errada dicotomia entre políticas tradicionais e políticas modernas, e falo aqui, em concreto, na necessidade de mantermos ou de reforçarmos as dotações orçamentais de políticas tão importantes como a política agrícola, as pescas, a coesão regional, porque, efetivamente, se não o fizermos os nossos cidadãos não perceberão em que sentido é que pretendemos que o projeto europeu continue a ser um projeto de solidariedade e de coesão.

E deixo, então, aqui este meu apelo para que estas políticas estruturantes continuem a ser de forte investimento na União Europeia.

Mauri Pekkarinen (Renew). – Arvoisa puhemies, lisää rahaa jäsenvaltioilta EU:n budjettiin, tämä on ollut keskustelun selvä viesti. 1,07 prosenttia voi minunkin mielestäni olla vähän liian vähän. Minun toiveeni kuitenkin on, että meillä olisi rohkeutta arvioida myös niitä prioriteetteja, joihin yhteisiä varoja käytetään, samoin kuin työnjakoa EU:n ja jäsenvaltioiden välillä monissa tärkeissä asioissa.

Jäsenvaltioilla itselläänkin pitää olla mielestäni nykyistä suurempi vastuu esimerkiksi oman maansa alueellisten kehityserojen tasaamisesta. Eri maiden kehityserot ovat lähentyneet, mutta monien maiden sisällä maan sisäiset kehityserot eivät ole lähentyneet. Näin ollen jäsenvaltioiden pitää omilla toimillaan huolehtia siitä, että EU-rahoja ja omia rahoja käytetään tavalla, joka edistää aitoa alueellista ja tasapainoista kehitystä.

Tai tutkimus- ja innovaatorahoitus: EU:n menestyminen suorastaan edellyttää, että voimavaroja tuntuvasti lisätään. Tässäkin asiassa vastuu on myös jäsenvaltioilla. Monien maiden omat sijoitukset koulutukseen, tutkimukseen ja innovaatioihin ovat aivan liian vähäisiä. Myös jäsenvaltioiden itsensä pitää priorisoida ja sijoittaa sinne, mikä sekä jäsenvaltion itsensä että unionin yhteisen edun kannalta on viisainta.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, πιστεύω ότι οφείλουμε να είμαστε ειλικρινείς, τόσο με τους εαυτούς μας όσο και απέναντι στους Ευρωπαίους πολίτες. Εάν είμαστε πραγματικοί ευρωπαίοι, εάν πραγματικά θέλουμε και διεκδικούμε μια καλύτερη και πιο ισχυρή Ευρώπη, εάν θέλουμε πραγματικά η Ευρώπη να έχει μέλλον και προοπτική και να μπορέσει να χρηματοδοτήσει τα μεγάλα οράματα και τις φιλοδοξίες της, όπως είναι η πράσινη πολιτική, η καταπολέμηση του καρκίνου, ο ευρωπαϊκός στρατός και η ενιαία άμυνα και ασφάλεια, τότε ένας τρόπος υπάρχει: μία προϋπόθεση: να επαυξηθεί ο προϋπολογισμός από το 1 % της συνεισφοράς των χωρών μελών στο 1,3 %. Δεν γίνεται διαφορετικά να έχουμε μεγάλες φιλοδοξίες, μεγάλα οράματα και μεγάλα λόγια. Δεν μπορούν αυτά να χωρέσουν σε έναν προϋπολογισμό όπου τα κράτη συνεισφέρουν μόνον το 1 %. Εγώ στηρίζω τη θέση και την άποψη του αγαπητού προέδρου της ομάδας μου, του Manfred Weber, ότι δεν μπορούν χώρες οι οποίες δεν εφαρμόζουν το κράτος δικαίου και το ευρωπαϊκό και διεθνές δίκαιο να λαμβάνουν έστω και ένα ευρώ από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρώτη και καλύτερη που πρέπει να εξαιρεθεί από αυτά τα κονδύλια είναι η Τουρκία, η οποία δεν τα σέβεται και δεν τα εφαρμόζει. Έτσι λοιπόν, τελειώνοντας, εάν θέλουμε αυτή η Ευρώπη να έχει ισχυρό μέλλον, ισχυρή προοπτική και να είμαστε περήφανοι, χρειάζεται ένας ισχυρός προϋπολογισμός που να ανταποκρίνεται στις απαιτήσεις των καιρών.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, domnule comisar, dezbateră de astăzi evident că ține de viitorul Europei și sigur, este regretabil, s-a spus aici, că lipsește președintele, noul președinte al Consiliul European. Tocmai va avea o ședință cu acest subiect.

Dar să revenim la importanța bugetului noului cadru financiar. Doamna președintă a Comisiei ne spunea că trebuie să facem un echilibru între vechile priorități și noile priorități. Din punctul meu de vedere, vechile priorități rămân în actualitate: programul agricol comun, de asemenea, coeziunea nu pot să lipsească chiar dacă adăugăm priorități, cum ar fi, sigur, pactul ecologic. Dar nu putem să nu ținem de acele două priorități – politica agricolă comună și coeziune – pentru că, domnule comisar, se vorbea aici de cei care au contribuții nete.

În țara mea, top zece capital, investiții, în toate domeniile, de la bănci, energie, comerț, sunt cei care sunt contribuitori neți, deci au la dispoziție o piață. Noi trebuie să mergem să ajungem la o adevărată coeziune pentru că doar atunci asigurăm viitorul Europei printr-o solidaritate, printr-o viață mai bună, iar la politica agricolă comună vreau să mai spun ceva, pentru că nu am putut cu întrebarea: dacă nu vom ajunge să avem aceeași subvenție la agricultori, Franța cu România cu Cehia cu Slovacia, nu putem să vorbim de o piață unică.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, το πρόβλημα που αντιμετωπίζουμε είναι ότι οι Βρετανοί έφυγαν από την Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά η νοοτροπία τους έμεινε πίσω. Αυτά που έλεγε η Thatcher —«I want my money back»— και η αρνητική λογική του Cameron έχουν, δυστυχώς, μεγάλη επιρροή στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, ακόμη και μετά το Brexit. Η συνέχιση της βρετανικής μεθόδου δημιουργεί προβλήματα. Εμποδίζει την αποτελεσματική λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και εμποδίζει την αποτελεσματική εφαρμογή των αναγκαίων νέων πολιτικών. Κυρίως, όμως, στέλνει ένα μήνυμα παραίτησης σε ό,τι αφορά το κοινό μας ευρωπαϊκό μέλλον. Θεωρώ ότι η πρόταση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου δεν λύνει όλα τα προβλήματα· εγγυάται, όμως, ότι δεν θα ξεφύγουν από τον έλεγχο.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, áno, boj s klimatickými zmenami je pravdepodobne budúcou najväčšou prioritou. Netreba však zabúdať, že pribudnutie nových priorít neznamená, že by staršie priority, ako je kohézia, strácali na význame, práve naopak. Občania, obyvatelia našich zaostalejších regiónov očakávajú, že práve pomoc Európskej únie prispeje k tomu, aby úroveň ich regiónov sa zvyšovala. Preto my musíme urobiť všetko preto, aby sme našli nové nástroje na financovanie nových priorít, to znamená nové peniaze zo štátneho rozpočtu, či už by boli dosiahnuté navýšením príspevkov zo strany členských štátov, alebo novými vlastnými zdrojmi, ako je karbonizačná uhlíková daň. Preto treba urobiť tiež všetko preto, aby sme to dobre vedeli odkomunikovať našim občanom. Ja chápem tzv. čistých platiteľov do európskeho rozpočtu, že sa im nechce platiť viac, že je to ťažko komunikovať. Ale treba zdôrazniť aj ich obyvateľom, že aj ich ekonomiky profitujú z našej Európskej únie, pretože nejde iba o rozpočet, ale ide o našu súdržnosť, o našu kohéziu a ide takisto o to, aby sme boli dôveryhodní.

Traian Băsescu (PPE). – Doamna președintă, astăzi am avut o dezbatere care arată cât de departe suntem unii de alții. Mai mult decât atât, constatăm că se lărgeste nivelul de ambiții de proiecte noi și se micșorează resursa de finanțare a proiectelor vechi și noi.

Cred că suntem într-o situație extrem de curioasă. Soluția corectă este ca atât Consiliul, cât și Comisia să țină cont de punctul de vedere al Parlamentului: o finanțare de 1,3 % pentru a ne putea permite menținerea programelor de coeziune a politicii agricole comune și mai ales, pentru a putea implementa și noile programe extrem de importante.

Aș mai face o ultimă observație: este nejustificată reticența contribuitorilor neți. Ei trebuie să țină cont că statele noi membre le-au dat o piață, trebuie să țină cont de faptul că în momentul de față, spre exemplu, România a pierdut 16 000 de medici și 220 000 de ingineri care sunt în statele net contribuatoare. Este nedrept să se reducă programele de coeziune.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisario Hahn, le recuerdo como comisario de Política Regional, sensible con las regiones ultraperiféricas y, ahora, comisario de Presupuestos. Lo ha escuchado usted en todos los idiomas y en todos los rincones del espectro de este Parlamento Europeo, incluido el Grupo del que procede usted —el popular— y el grupo del que procedo yo —el socialista—. No es aceptable que, ante las mayores ambiciones, la Unión Europea proponga el marco financiero más tacaño de su historia.

De modo que las conclusiones son muy claras. La primera, no se puede hacer más con menos. La segunda, no es admisible que las nuevas políticas, que son necesarias, tengan lugar a costa de las políticas que son la razón de ser de Europa: la política de cohesión; la política regional, que protege a las regiones menos favorecidas y alejadas, como las ultraperiféricas, y a los sectores más desfavorecidos, como los agricultores y los productores. Y la tercera —muy clara—, el Parlamento Europeo tiene la última palabra. Que nadie lo olvide, que nadie lo ignore en esta Cámara.

Somos decisivos. Sin este Parlamento Europeo y su aprobación definitiva, no habrá marco financiero. Por tanto, habrá que cambiarlo y hacerlo al alza, satisfaciendo las necesidades planteadas por este Parlamento Europeo en su amplísima mayoría.

Porque la alternativa no es simplemente el bloqueo del actual marco financiero, sino la impotencia, la irrelevancia y el desfallecimiento del proyecto europeo.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the MFF to the European Union is like oil to an engine. Without oil the engine can't function; the better the oil, the more efficient the engine. The same applies to the European Union. Without a budget we can't function; the bigger the budget, the more efficient we can be. So it is appropriate that the House should call upon the Member States, and especially the Prime Ministers, to show some vision and broad-mindedness to ensure that we have the budget to do the things that we can do best in the interests of their own Member States and their own citizens. The evidence is there: the added value, the economies of scale in relation to things like CAP, cohesion, climate change, Erasmus, research and so on. The return to Member States is in the region of three-to-four to one for every euro put in. It's logical. It's sensible. It's in the interest of citizens. All we want is for the Prime Ministers to show genuine broad-mindedness and I'm pleased to say that our Taoiseach, Leo Varadkar, has indicated that Ireland is prepared to increase its contributions. But all 27 Member States must do so.

(End of catch-the-eye procedure)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, thank you for this very fruitful exchange of views. Discussions on the next MFF, over many months, have underlined how passionate we are about the positive impact of policies on our citizens. We don't agree on all the details, but we see a lot of consensus on our shared priorities. The budget is the policy cast in numbers and it needs to be big enough to meet our ambitions. Yet compromise is needed and, as President Ursula von der Leyen has made clear, time has run out. Next week it is crucial that an agreement is reached. We all want to see an ambitious budget, but we cannot ignore the reality that filling the gap of now being a Union of 27 comes with its challenges.

This is why I would urge you to aim for a budget that can deliver as of day one. This is why it is important to continue working on the sectoral proposals. Moreover, we should also work together towards a better outcome for a budget that is able to deliver on our common Strategic Agenda for Europe by focusing on, first, equipping ourselves with the means to deliver the Green Deal for climate neutrality, and, second, ensuring new own resources are created, for example plastics and ETS to help finance European public goods.

We also look forward to a constructive and productive discussion at the European Council on 20 February and an outcome that's good for Europe. The Union cannot deliver on its ambitions when cuts are in areas where European citizens expect us to do more. Many of you have mentioned examples – climate, borders, digital, Erasmus, defence, you name it – and therefore the Finnish negobox is not yet the finish. Why the urgency? We are already very late, as several speakers have said, even later than 2013, where that delay led to a lost year for many programmes. I am talking about 2014.

Our focus must be on making sure that all the new programmes are up and running by 1 January 2021. Let's avoid delays, let's be positive and let's stay united. We owe this to ourselves and to our institutions, but, most importantly, to our citizens, who expect results. The Commission remains committed to a continuous dialogue and to engage fully to support the forthcoming negotiations.

By the way, regarding the negotiations, I have been asked in the past couple of days and even today by many people if I believe that it is possible or likely to strike a deal next week, meaning that, according to tradition, it is unlikely that only one meeting will be sufficient to get the deal. But I think it's time to break with this tradition and to work for a deal struck in one meeting. I have been travelling to many Member States, participating in many meetings and conferences during the past couple of weeks, and I believe there can be a consensus amongst Member States, even already next week, provided there is some goodwill and energy and – may I say and this is very important – that, in particular, bigger, leading Member States become more active and work for a deal. In that respect, I urge all of you to use your contacts and your networks to put some pressure on the European leaders, your party leaders and your party friends in order to work for a deal which, finally, is in the interest of all of us and enables us to enter into negotiations with the European Parliament. The Commission, and I myself, we will do everything to support all these negotiations.

President. – Thank you Commissioner Hahn, and I hope the goodwill continues.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, to conclude, I wish to thank you for a very useful debate. I have taken good note of your expectations and concerns and I will convey them to President Michel.

It is important that Europe continues developing and its socio-economical gaps are being reduced, meaning that our Treaty-based policies are effective and need to be continued, while also taking into account new challenges outlined in the EU's strategic agenda. Furthermore, one of the biggest EU Member States and budget contributors has left, so we need to find a compromise that will address the budgetary gap while at the same time ensuring sufficient resources to achieve objectives, priorities and challenges arising from the ambitious strategic agenda. We are therefore committed to a balanced, efficient and effective budget in line both with our strategic agenda as well as the citizens' expectations.

I am confident that, in cooperation with you, it will be possible to ensure a smooth transition to the next long-term financial cycle. As soon as our leaders reach agreement in the European Council, the Croatian Presidency will be ready to step up our work with you in order to deliver for our citizens and for the future for our Union.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult*. – Kahetsusväärselt on eelarveläbirääkimised jälle kord keskendunud eelarve mahule. Neli liikmesriiki (praeguseks küll kolm) hoiab jäigalt kinni maksimaalselt 1,0 protsendist rahvuslikust kogutulust ja Euroopa Parlament nõuab mahuks 1,3 protsenti RKT-st. Võimalikult suurte rahvuslike ümbrike asemel peaks läbirääkijad keskenduma üleeuroopalistele projektidele, st projektidele, kus koos tegutsemine annab lisaväärtust (taristuprojektid, superarvutite ja kvantarvutite ehitamine, tehisintellekt jne). Pean eelarvekõnelustega kiiret edasiminekut väga oluliseks, hääletasin poolt.

Robert Biedroń (S&D), *na piśmie*. – Negocjacje w sprawie wieloletnich ram finansowych na lata 2021-2027 powodują coraz większe tarcia między krajami członkowskim. Unijny budżet osłabiony przez wyjście Wielkiej Brytanii wymaga bardziej solidarnej postawy państw członkowskich. Tradycyjny podział na beneficjentów i płatników netto nie pomoże nam w finansowaniu obecnych i nowych programów. Dopóki nie zrozumiemy, że wszyscy korzystamy ze wspólnego rynku wewnętrznego, dopóty ciężko będzie przekonać wszystkie kraje, by wpłacały więcej niż 1% PKB.

W trakcie jednej z niedawnych debat moi koledzy z krajów będących płatnikami netto nie bali się zauważyć, jak bardzo korzystne jest dla gospodarek ich krajów bycie na wspólnym rynku. Ostateczny bilans to nie tylko wpłaty i wpływy do budżetu EU, ale także dochód małych i średnich przedsiębiorców, jak i gigantów gospodarczych korzystających z udogodnień wspólnego rynku.

Politykom ciężko przychodzi mowa o podwyżkach, jednak obywatele powinni wiedzieć, że programy takie jak Nowy Zielony Ład nie mają granic, że bez porozumień co do ich finansowania wszyscy tracimy. Traci na tym polska i europejska nauka, studenci, osoby inwestujące i rozwijające start-upy.

Inną formą rekompensaty dziury budżetowej powinna być reforma zasobów własnych UE, ale od powołania grupy ds. własnych środków finansowych w 2014 nadal nie widzimy dostatecznego postępu.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Artėja Vadovų Tarybos susitikimas, kuriame pagrindinė tema bus daugiametės finansinės perspektyvos klausimas. Labai tikimės, jog bus pasiekta pažanga derybose ir kad Vadovų Taryba sugebės rasti susitarimą dėl derybinio mandato. Mūsų prioritetai dėl sekančios daugiametės finansinės perspektyvos yra aiškūs – tai užtikrinti tinkamą finansavimą socialinės Europos kūrimui. Suomijos pirmininkavimo metu pateikta derybinė pozicija mūsų netenkina ir ji visiškai neatitinka mūsų patvirtintų prioritetų. Turime nepamiršti, jog būtina skirti finansavimą ir dar nepradėtoms programoms, kaip pavyzdžiui, Europinei vaiko garantijai, kuri bus pateikta tik ateinančiais metais, tačiau dėl finansavimo turi būti susitarta jau dabar, kad ši programa galėtų tinkamai veikti ir kad parama pasiektų skurstančius vaikus. Nesutiksime su finansavimo mažinimu socialiniai sričiai, nes mūsų piliečiai tikisi daug iš Europos, o daugiametė finansinė perspektyva privalo atitikti mūsų piliečių, ypač pačių pažeidžiamiausių, lūkesčius.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – In the light of the budgetary negotiations of the European Council, I stress the importance of establishing a budget proportional with our objectives. The Von der Leyen Commission has an ambitious programme ahead, which requires an ambitious budget. As Chair of the Committee for Industry, Research and Energy of the European Parliament, I am particularly concerned about an eventual cut in the Horizon Europe budget. This instrument is a key factor for the success of the Green Deal and EU's assumed mission to fight cancer. Proper investment in digital research and innovation will be critical for increasing the global competitiveness of Europe's industries while helping them to achieve carbon emissions reductions in line with our climate-neutral objectives. Europe needs to support uptake of innovative technologies in relation to the development of CO₂ absorption capacities, develop innovative negative emissions technologies, and enable digital technologies such as artificial intelligence, 5G and supercomputing in order to better design climate and environment policies. These actions cannot be performed without an adequate budget and their financing should not come at the cost of EU cohesion policy, which is crucial for a uniform transition process.

Leszek Miller (S&D), *na piśmie*. – Przystępując do negocjacji w sprawie kolejnych wieloletnich ram finansowych na lata 2021-2027, przywódcy państw członkowskich zgromadzeni w Radzie Europejskiej powinni pamiętać, że budżet UE ma zapewnić odpowiedni poziom finansowania ambitnych i prorozwojowych polityk oraz programów unijnych, które zostały przedstawione przez nową Komisję Europejską i zatwierdzone przez Parlament. Szczególnie istotne są w tym zakresie programy socjalne przewidujące pomoc dzieciom zagrożonym ubóstwem, zwalczanie bezrobocia wśród młodzieży, badania i innowacje, transformacja cyfrowa oraz inwestycje środowiskowe i dotyczące zmian klimatycznych (European Green Deal). Odpowiednie finansowanie powinno zostać także utrzymane w dziedzinie polityki spójności i wspólnej polityki rolnej.

Kluczowym elementem prowadzonych negocjacji w sprawie WRF 2021-2027 jest także reforma systemu zasobów własnych UE przewidująca ustanowienie dodatkowych źródeł dochodów Unii. Obecnie lwią część budżetu Unii (ok. 70%) stanowią składki płacone przez państwa członkowskie; w konsekwencji ich ostateczna kwota stanowi każdorazowo przedmiot trudnych negocjacji międzyrządowych. Reszta to bezpośrednie wpływy do budżetu UE z celi, opłat rolnych, opłat wyrównawczych od cukru oraz wpłaty oparte na VAT.

Pogłębianie procesu integracji europejskiej wymaga zwiększenia niezależności budżetowej Unii. Dlatego podzielam stanowisko Parlamentu, że dodatkowe źródło zasobów własnych powinny stanowić m.in. dochody ze zniesienia rabatów i korekt oraz opodatkowania działających na jednolitym rynku międzynarodowych przedsiębiorstw mających siedziby w rajach podatkowych lub cyfrowych gigantów spoza Unii.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Pogajanja o tem, kako velik del evropskega kolača si bo zagotovila posamezna država, so v zadnji fazi. Denarja za vse projekte je premalo, zato je tekma za evropski denar zelo trda. Moja država, Slovenija je pri tem v zelo nerodnem položaju, saj v ključnem trenutku nima operativne vlade.

Kohezijska sredstva pomenijo pomemben vir za naš razvoj, zanje bi se morali boriti z vsemi močmi, tako kot to delajo druge države. Voditelje držav članic pozivam, naj upoštevajo dejstvo, da je Evropa tako močna, kot je močan njen najšibkejši člen. Vesela pa sem, da ima zadnjo besedo pri odločitvi Evropski parlament.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Neuvotteluihin EU:n monivuotisesta budjettikehyksestä on nyt saatava neuvostossa vauhtia. Komission alkuperäinen ehdotus, jossa maatalouden ja aluetukien osuutta oli maltillisesti pienennetty ja resursseja tutkimukseen, koulutukseen ja turvallisuuteen lisätty, antaa hyvät raamit jatkoneuvotteluille.

Valitettavasti Suomen puheenjohtajamaana valmisteleva neuvoston ehdotus ei vastaa sen enempää komission kuin EU-parlamentintakaan kantaa. Ensinnäkin raami on liian tiukka, 1,07 prosenttia bruttokansantulosta. Lisäksi rahoitusta on karsittu juuri sieltä, missä tulevaisuuden tarpeita on: turvallisuudesta, digitalisaatiosta ja ilmastomuutoksen torjunnasta.

Brexitistä aiheutuva lovi EU-budjetissa on ilman muuta mittava. Osa siitä on katettava jäsenmaiden rahoitusta kasvattamalla, osa säästöillä, mutta myös omien varojen osuutta on jatkossa vahvistettava. Maatalous- ja aluepolitiikan lisäksi uuden budjetin tulee pystyä vastaamaan tulevaisuuden haasteisiin: teollisuuden uudistamiseen ja kestäväan kasvuun, erityisesti innovaatioihin, digitalisaatioon, pk-yritysten kasvun tukemiseen ja koulutukseen sekä laajasti turvallisuuspolitiikkaan.

Itse nostan esiin erityisesti kaksi vuosien 2021-27 ohjelmaa, joissa olen ollut vastuutehtävissä parlamentissa. Ensinnäkin Verkkojen Eurooppa (CEF), jolla rahoitetaan rajat ylittävää liikenne-, energia- ja digitaalista infrastruktuuria: teollisuusvaliokunnan esittelijänä pidän pöyristyttävänä, että neuvosto esittää ohjelmaan leikkauksia samalla kun sekä Euroopan kilpailukyky, toimivat sisämarkkinat että ilmastonmuutoksen torjunta edellyttävät nopeita, moderneja yhteyksiä. Toiseksi tutkimusohjelma Horisontti, jossa toimin liikennevaliokunnan vastaavana: investointeja Euroopan tieteeseen, tutkimukseen ja innovaatioihin tarvitaan teollisuuden kilpailukykyyn vahvistamiseksi ja globaaleihin haasteisiin vastaamiseksi. EU-parlamentti esittää ohjelman kasvattamista 50 prosentilla. Tästä pidämme kiinni.

Iuliu Winkler (PPE), în scris. – Consiliul European extraordinar din 20 februarie dedicat bugetului multianual 2021-2027 este primul test relevant al solidarității UE27. Negocierea bugetului multianual al UE este întotdeauna un exercițiu dur, dar niciodată în ultimii 20 de ani tensiunile dintre est și vest, nord și sud nu au fost mai mari decât acum. Transformarea digitală, Pactul ecologic, noile nevoi de securitate și cele din domeniul migrației reprezintă sarcini noi pentru UE27, care trebuie finanțate corespunzător. Viziunea grupului de state adevrate ale austerității de a finanța noile provocări pe seama Politicii de coeziune și a PAC este inacceptabilă. Pentru sarcini sporite avem nevoie de un buget majorat, nicidecum de tăieri iraționale. Apropierea UE de cetățean înseamnă și acțiune, nu doar vorbe. În România și în estul Europei, UE este personificată prin trei programe: coeziunea, cu investiții vizibile și în cele mai mici comunități, PAC, care aduce bunăstare pentru milioane de fermieri, și Erasmus+ pentru tineri. Aceste programe nu pot suferi nicio tăiere a bugetului. Salut poziția PPE în Parlamentul European conform căreia prioritatea este mai degrabă un buget solid decât rapiditatea adoptării lui. Voi milita pentru un vot împotriva oricărei propuneri de buget care ar diminua finanțarea Politicii de coeziune și a PAC.

(The sitting was suspended at 11.43)

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.00)

9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The EPP Group has notified the President of decisions relating to changes to appointments within committees. Those decisions will be set out in the Minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

Mr Glucksmann, on a point of order.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, oui, c'est un rappel au règlement. Je me réfère à l'article 10, paragraphe 4, qui dispose que lors des débats parlementaires, les députés s'abstiennent de tout propos offensant. Or hier, lors du débat sur la Syrie, un député du Rassemblement national, M. Mariani, a exhorté l'Europe à soutenir Bachar El-Assad pour ramener la paix en exterminant les rebelles. Je souligne: en *exterminant* les rebelles. Non pas les terroristes de l'organisation «État islamique», mais les rebelles. Non pas «combattre», mais «exterminer».

Cet appel à l'extermination est une offense. Ce langage, caractéristique du fascisme, n'a rien à faire dans cette enceinte. Nous ne pouvons pas laisser les petits télégraphistes de Vladimir Poutine, l'homme qui veut buter ses ennemis jusque dans les chiottes, importer son langage abject dans notre Parlement. Nous pouvons avoir des désaccords profonds, virulents, mais nous ne pouvons pas, dans notre enceinte, tolérer l'apologie de crimes de guerre ou de crimes contre l'humanité.

Ces propos constituent un discours haineux au sens de l'article 10, paragraphe 4, du règlement et je vous demande de les sanctionner. Cela ne doit pas passer et cela ne passera pas.

President. – Mr Glucksmann, thank you for bringing that to our attention. We will indeed look at the transcript and advise the President about this.

Mr Mariani, on a point of order.

Thierry Mariani (ID). – Paradoxalement, je voudrais remercier Raphaël Glucksmann pour son intervention, le dernier mot de mon...

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

President. – This is not a debate on Mr Glucksmann's intervention. I will continue with the order of our business. That point is now covered. We will move on.

10. Mitteilung des Präsidenten

President. – I now have to read a statement which will generate the ire of some colleagues, so I will do it in a calm way and please just listen to what I have to say.

I am obliged to remind Members that under the Rules of Procedure, the display of banners and flags is not allowed. I would invite the ushers to ask those Members who have flags to remove them from the desk, or indeed I would invite colleagues to respect the Rules of Procedure as I have just outlined.

11. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

11.1. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (A9-0003/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)

11.2. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (EntschlieÙung) (A9-0017/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)

11.3. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (A9-0002/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)

11.4. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (EntschlieÙung) (A9-0014/2020 - Geert Bourgeois) (Abstimmung)

11.5. Einwand gemäß Artikel 111 GO: Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (B9-0091/2020) (Abstimmung)

11.6. Einwand gemäß Artikel 112 GO: Blei und seine Verbindungen (B9-0089/2020) (Abstimmung)

11.7. Strategie der EU zur weltweiten Einstellung der Verstümmelung weiblicher Genitalien (B9-0090/2020, B9-0092/2020) (Abstimmung)

11.8. Automatisierte Entscheidungsfindungsprozesse: Gewährleistung des Verbraucherschutzes und des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen (B9-0094/2020) (Abstimmung)

11.9. Vorgeschlagenes Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (B9-0098/2020) (Abstimmung)

— *Before the vote on paragraph 50:*

José Gusmão (GUE/NGL). – Senhora Presidente, nós acompanhamos o sentido geral do relatório no que diz respeito à proteção dos direitos dos cidadãos europeus no Reino Unido, mas, como é do conhecimento de certamente todos os deputados, a implementação do que foi acordado com o Reino Unido está a enfrentar um conjunto de problemas na vida quotidiana dos cidadãos europeus que vivem, por vezes há décadas, no Reino Unido em aceder a serviços básicos, celebrar contratos de trabalho ou contratos de arrendamento. E, por isso, elaborámos uma alteração oral que consagra o estatuto automático da regularização da situação desses cidadãos e assegura a entrega de um documento físico que possa comprovar o estatuto de residência desses cidadãos.

A alteração é a seguinte: «apela à atribuição automática de vistos de residência permanentes a todos os cidadãos europeus a viver no Reino Unido, até 31 de janeiro de 2020. Sublinha a necessidade de que estes vistos incluam um documento físico que prove a sua situação de residência.» Estas duas frases seriam acrescentadas ao artigo 50.º da resolução.

(Parliament agreed to put the oral amendment to the vote)

11.10. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018 (A9-0016/2020 - Costas Mavrides) (Abstimmung)

11.11. Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU (B9-0088/2020) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

ELNÖKÖL: LÍVIA JÁRÓKA

alelnök

12. Erklärungen zur Abstimmung

12.1. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (A9-0003/2020 - Geert Bourgeois)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, this morning we voted in favour of the agreements with Vietnam. It has not been an easy process but, after due consideration, I have decided to vote in favour of these agreements.

While the situation in Vietnam is still far from ideal, the Vietnamese Government has taken valuable steps in the right direction. The FTA and IPA with Vietnam will not only improve the trade relationship between the EU and Vietnam, it will also create a platform for continuous dialogue on human rights with the Vietnamese that will benefit the people of that country.

Our trading partners should keep human rights and environmental standards to the highest level. I would like to recommend the Commission investigate how the use of a set of objective and transparent criteria would serve as guidance to find trading partners, thus enabling the negotiated FTAs to benefit from broader support amongst all political colours in the EU.

Manon Aubry (GUE/NGL). – Madame la Présidente, chers collègues, bravo, vous venez de voter un accord de libre-échange avec le Viêt Nam qui piétine l'environnement et les droits humains, dans le seul but de contenter les lobbies qui vous ont abreuvés par ailleurs de champagne.

Vous êtes directement responsables d'une catastrophe écologique qui va accroître de 20 à 30 % les transports de biens entre l'Union européenne et le Viêt Nam, accélérer la déforestation, aggraver le développement d'industries polluantes comme le cuir et l'acier. Mais parler de pacte vert avec des trémolos dans la voix ne vous empêche absolument pas de voter un tel accord, climaticide. Vous êtes directement responsables d'un scandale social qui vise à profiter d'une main-d'œuvre exploitée, prise entre le marteau du capitalisme globalisé et l'enclume de l'autoritarisme. Avec en plus un État qui ferme les yeux sur le travail forcé, interdit les syndicats et emprisonne les opposants politiques à tour de bras.

Les ONG vous ont alertés, vous ne pouviez pas ignorer l'impact écologique et social désastreux de cet accord. Si vous ne le saviez pas, vous êtes coupables de suivisme. Et si vous le saviez, c'est pire encore: vous êtes coupables de cynisme.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, this deal will boost our trade exchanges and will deliver more jobs and growth into this continent. We badly need more jobs for people within Europe and we must support job creation and innovation.

I want to say that I believe that closing the door does not get any closer to improving Vietnam's human rights record or indeed the policies and attitudes on climate change. The UN and some NGOs have already acknowledged the improvements and indeed there is a chapter on workers' rights in the agreement, which is fully compliant with ILO standards. So we want to engage rather than isolate and, of course, we still have to be very cognisant in relation to human rights and climate change and there has to be ongoing monitoring. This is also allowed for. We do need to keep our businesses and get our businesses involved in new regions and countries, and of course this is the way that we spread the standards and the values of the European Union.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěla vysvětlit, proč jsem se zdržela v hlasování o této dohodě o volném obchodu.

Já obecně podporuji – a to velmi silně – dohody o volném obchodu, protože vím, že je to velká oboustranná příležitost. Zároveň jsem si také vědoma, že tato dohoda poměrně dobře ošetřuje ta ustanovení, která se týkají standardů práce, pracovního prostředí, životního prostředí, ale bohužel tato dohoda nebyla dostatečně silným impulzem pro vietnamskou vládu, aby propustila alespoň některé politické vězně. Ve Vietnamu je 140 politických vězňů a vietnamská vláda nebyla ochotna udělat toto gesto, kterým by dala jasně najevo, že zlepšení lidských práv myslí vážně.

Já nejsem proti této dohodě, hlasovala jsem pro její odložení a nakonec jsem se zdržela právě proto, abychom dali jasně najevo náš jasný postoj k lidským právům ve Vietnamu.

Alexandr Vondra (ECR). – Paní předsedající, já jsem hlasoval pro. Ta hysterie, kterou slyším tamhle naproti, tak mě utvrzuje v tom, že jsem hlasoval správně. Přesto přiznávám, že to nebylo jednoduché zvažování, protože jsem člověk, který si ještě z dob komunismu pamatuje, že hrát to občas s režimem, který lidi zavírá, tvrdě, má smysl. A Vietnam to s lidmi doma hraje tvrdě.

Jsem přesvědčen, že volný obchod může pomoci, ale zároveň považuji za důležité naplňovat to, co je v té doprovodné rezoluci, a v tomto smyslu si dovoluji žádat Evropskou komisi, aby ve svých jednáních s Vietnamem problém lidských práv nastolovala a aby nám konečně předložila i ten *impact assessment*, který jsme bohužel jako podklad k tomuto jednání nedostali.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Madame la Présidente, mes chers collègues, notre Parlement vient d'adopter, pour la première fois depuis l'investiture de la Commission von der Leyen, un accord de libre-échange, celui avec le Viêt Nam.

Cet accord est néfaste pour la démocratie, les travailleurs et l'environnement. Néfaste pour la démocratie, parce que cet accord avec un régime autoritaire et répressif consacre le triomphe des tribunaux d'arbitrage qui privilégient systématiquement les multinationales et les actionnaires aux dépens des peuples. Néfaste pour les travailleurs européens – ce sont notamment les deux millions de travailleurs du textile qui subiront de plein fouet le dumping social – et vietnamiens – parce que cet accord renforcera leur exploitation par des multinationales et un gouvernement qui n'ont que faire des conventions de l'OIT, de la liberté syndicale et du droit de grève. Néfaste pour l'environnement, enfin, parce que cet accord ne prévoit aucun mécanisme permettant de s'assurer du respect des objectifs fixés par les accords internationaux sur l'environnement. Sans parler de la hausse des émissions de gaz à effet de serre qui résultera de l'intensification de ces échanges.

C'est pourquoi je rejette avec force ce mauvais accord.

Milan Brglez (S&D). – Gospa predsedujoča, vladavina prava ter spoštovanje temeljnih demokratičnih načel in varstva človekovih pravic, vključno s pravicami delavcev, so vrednote, na katerih je utemeljena Evropska unija.

V svetu, kjer mednarodno sodelovanje ter spoštovanje pravil vse bolj nadomešča politični pragmatizem in populizem, EU nima boljšega vzvoda za uveljavljanje teh vrednot, kot so trgovinski in investicijski sporazumi s tretjimi državami.

Sam sem žal v manjšini evropskih poslank in poslancev, ki je prepričana, da si EU zaradi gospodarskih interesov ali zgolj zato, da spravi problematičen pogajalski dosje z mize, ne sme zatiskati oči pred grobimi kršitvami človekovih pravic ter slabim stanjem demokracije v Vietnamu.

Zaradi vsega navedenega sem glasoval proti priporočilom in resolucijam, ki EU kot tretjo najpomembnejšo gospodarsko partnerico Vietnama oddaljujejo od načelnosti pri spoštovanju človekovih pravic. Nenačelnost je pač nekaj, pri čemer ne moremo in ne smemo tekmovati s prvima partnericama Vietnama – ZDA in Kitajsko.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, if the situation regarding human rights in Vietnam has improved so much, then how is it that journalist Pham Chi Dung is detained in prison now on anti-state charges for having the audacity of what? Contacting this Parliament and asking us to postpone the vote. Seriously. And for those people who say, 'oh well, sure, look, if we don't do business with them, how can the situation ever improve?' that's an affront to the tons of people who've contacted us and begged us to postpone this vote.

It's an outrage that we have betrayed them and that's why I stood by them and voted against this agreement. For that reason and, critically, because we've just shown ourselves up as being an absolute bunch of hypocrites. We passed a resolution on 15 January, regarding the European Green Deal, saying we would only enter trade agreements with strong, binding, enforceable agreements on sustainable development and the Paris Agreement. We've done the complete opposite here. Shame on us.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, chers collègues, le vote de cet accord a été une question infiniment difficile. Toutes les objections qui viennent d'être évoquées ici ont un sens, bien sûr, et en particulier celles qui concernent l'état des droits de l'homme, très préoccupant, au Viêt Nam.

Cependant, nous ne partons pas de rien, nous ne partons pas d'une situation inexistante. Nous échangeons déjà aujourd'hui avec le Viêt Nam, qui est un partenaire commercial majeur de l'Union européenne – très largement au bénéfice du Viêt Nam, excédentaire commercialement par rapport à nous.

La vraie question qui nous est posée est donc: faut-il maintenir cet état de fait, ou faut-il tenter d'arrimer le Viêt Nam en le tirant de notre côté pour lui faire adopter, ce qui a été le cas, des objectifs en matière écologique, des objectifs en matière de droits humains et, bien sûr, aussi, en le faisant commercer avec nous, selon des règles qui nous ouvrent ses marchés avec une véritable exigence de réciprocité?

Il me semble que cet accord nous permet d'aller dans le bon sens sur ce plan-là, et si nous ne l'avions pas signé, nous aurions risqué de laisser le Viêt Nam partir vers son grand voisin, la Chine. Est-ce vraiment le monde que nous voulons? L'Europe doit-elle renoncer à agir? Je ne le crois pas.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, j'ai voté contre le projet d'accord de libre-échange avec le Viêt Nam, car j'estime qu'il va avoir des conséquences négatives sur notre économie et sur nos emplois.

Le Viêt Nam nous inonde en effet déjà de ses produits à bas coût, comme le prouve le déficit commercial de l'Union européenne, qui s'établissait par rapport à lui à 27 milliards d'euros en 2018. La quasi-suppression des droits de douane que prévoit l'accord va inévitablement aggraver ce déficit. Elle encouragera en outre nos entreprises à se délocaliser vers ce pays. Le Viêt Nam est par ailleurs une dictature communiste qui ne respecte ni les droits de l'homme, ni l'environnement; il est donc hypocrite de prétendre que cet accord va miraculeusement le rendre exemplaire.

Force est en définitive de conclure que l'Union européenne a une fois de plus trahi les valeurs qu'elle prétend défendre.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, the EU-Vietnam Free Trade Agreement is the first of its kind by the EU with a developing country. Vietnam is not a perfect or easy partner. It has a long way to go with improving human, civil and political rights but, for a developing country, Vietnam has made very ambitious commitments in this deal, an arrangement which will bring opportunities for both European and Vietnamese workers and businesses. With this agreement, Vietnam commits to high-quality rules. On labour rights, for example, it commits to following all core International Labour Organisation (ILO) Conventions. So this agreement is of great importance, also from a geopolitical point of view. This will enforce its reliance not only on China. The country's Government is, however, now clearly committed to reform. The EU needs to continue. It is not an end to agree on the deal, but we have to continue cooperation and dialogue during the implementation process.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, I supported the resolution today and am supporting a trade deal with Vietnam because I believe that trade agreements offer opportunity to engage on all areas, such as the environment, human rights and social standards. Trade agreements benefit consumers, they benefit companies and they create jobs on both sides. I recognise that Vietnam is not ideal in terms of human rights. Nonetheless, I think the engagement that the European bloc will have in terms of trade – companies engaging at that level and, indeed, individuals – will certainly benefit. I think it's important that we have monitoring in place to ensure the effective implementation of all the commitments that have been made in these negotiations with regard to environmental standards, social standards and human rights. So I support a rules-based trade agreement with Vietnam because I think that's far better than having no rules and no trade. We must recognise that we already do trade with Vietnam as a bloc.

Veronika Vrecionová (ECR). – Paní předsedající, dohodu o volném obchodu a ochraně investic mezi EU a Vietnamem jsem podpořila. V době, kdy řada států zavádí cla a vyhlašuje obchodní války, si myslím, že je to skvělý moment v mezinárodní obchodní politice.

Já jako člověk, který vyrůstal v komunistickém Československu, jsem samozřejmě velice zvažovala otázku lidských práv ve Vietnamu. Já situaci tam sleduji a vím, že k porušování lidských práv dochází, že jsou tam političtí vězni, nicméně jsem přesvědčena, že právě touto smlouvou získává EU nástroj, jak na zlepšování stavu lidských práv nebo také životního prostředí tlačit. Dosud jsme takový nástroj v ruce neměli. Věřím, že kromě zlepšení vzájemného obchodu dojde i ke zlepšení v této oblasti.

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, já jsem byl zpravodajem obou těchto dohod od roku 2012 do roku 2019 a vzdal jsem se toho zpravodajství po sérii lživých obvinění vůči mé osobě ze strany frakce Zelených, včetně české Pirátské strany a jejich kamarádů v médiích, protože mi bylo jasné, že to bude sloužit jako záminka k odsunutí nebo potopení obou těchto dohod.

Proto jsem rád, že se tak nestalo. Jsem rád, že EP obě tyto dohody schválil výraznou solidní většinou, a jsem rád, že si EP uvědomil, že má šanci stanout v čele tažení za volný obchod v době, kdy protekcionismus ve světě narůstá, a že si také uvědomil rostoucí geopolitickou roli Vietnamu v regionu jihovýchodní Asie.

Samozřejmě jsem obě tyto smlouvy podpořil a mám z toho opravdu velkou radost, že prošly.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I'm delighted to fully support the Free Trade and Investment Agreement with Vietnam. As the PPE standing rapporteur for the Southeast Asian region and having guided the agreement with Singapore through this House last year, I'm well aware of the enormous potential these agreements have to boost our trade exchanges with this region, bringing positive effects on growth and employment and in terms of a secure investment environment.

The new agreement with Vietnam opens new perspectives, especially with the elimination of 99% of tariffs and non-tariff barriers. For example, it will be much easier for EU exporters of dairy and livestock food products, such as skimmed milk, cheese and meat, like pork and beef, to trade there. Finally, I welcome the huge opportunities for Ireland, in particular, with this agreement and of course in reverse for Vietnam. This is a good agreement and I hope it gets into operation as soon as possible.

Samira Rafaela (Renew). – *(Due to technical issues, Ms Rafaela was asked to repeat her earlier speech)* Madam President, this morning we voted in favour of the agreements with Vietnam and it has not been an easy process, but after due consideration, I have decided to vote in favour of these agreements. While the situation in Vietnam is still far from ideal, the Vietnamese Government has made valuable steps in the right direction. The free trade agreement (FTA) and investment protection agreement (IPA) with Vietnam will not only improve the trade relationship between the EU and Vietnam; it will also create a platform for continuous dialogue on human rights with the Vietnamese that will benefit the people of that country. Our trading partners should keep human rights and the environmental standards to the highest level. I would like to recommend that the Commission investigate how the use of a set of objective and transparent criteria could serve as guidance to find trading partners. Therefore, the negotiated FTAs can benefit from broader support amongst all political colours in the EU.

12.2. Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Vietnam (Entschließung) (A9-0017/2020 - Geert Bourgeois)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Caroline Roose (Verts/ALE). – Madame la Présidente, le vote de l'accord de libre-échange avec le Viêt Nam est une très mauvaise nouvelle.

Mes collègues ont expliqué hier pourquoi cet accord était en complète contradiction avec la volonté de lutter contre le réchauffement climatique et avec le pacte vert européen. Ils ont aussi expliqué pourquoi il était inconvenable pour les Verts de voter contre cet accord, compte tenu de la situation des droits humains au Viêt Nam, pays autoritaire où même les règles de l'OIT ne sont pas respectées.

Nous avons aussi rejeté cet accord en raison de son impact très négatif dans la lutte contre la pêche INN – la pêche illicite, non déclarée et non réglementée. Depuis 2017, le Viêt Nam est sous le coup d'une procédure de «carton jaune» de l'Union européenne pour ne pas avoir respecté ses obligations en matière de lutte contre la pêche illicite. Si le Viêt Nam coopère depuis quelques mois avec l'Union, il n'est toujours pas en conformité avec les conventions internationales sur la pêche illicite. En votant cet accord, le Parlement affaiblit le système de carton jaune et la lutte contre la pêche illicite. Plus encore, l'accord de libre-échange pourrait conduire à des importations de produits issus de la pêche illicite.

Il m'était donc impossible de voter en faveur de cet accord.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, skutečně to nebylo jednoduché rozhodování v této věci. Pro nás, kteří pocházíme z bývalých komunistických zemí, uzavírat obchodní dohodu s komunistickou zemí je vzhledem k otázce lidských práv skutečně velmi složité.

Já jsem se nakonec rozhodl pro, protože ta pozitiva podle mého názoru převažují. Je samozřejmě lepší obchodovat podle pravidel, podle určitých zajištěných standardů než bez pravidel, bez jakékoli možnosti ovlivnit vnitřní dění v dané zemi a přiznejme si to, že už za současné situace s Vietnamem spolupracujeme.

Pevně věřím, že ta obchodní výměna bude mít rostoucí potenciál i při zachování environmentálních standardů, a také doufám, že bude skutečně ctěna ochrana investic, ochrana označení země původu. Všechny ty pozitivní kroky, které byly obsaženy v těchto návrzích. Proto jsem je, byť ne úplně lehkou rukou, podpořil.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, this agreement has a lot in common with many free trade deals before it, like CETA, the Japan and South Korea agreements, and Mercosur. These deals have much the same effect. The scant protections the EU still has in place are routinely undermined in the name of free trade, and the climate, our health and our indigenous industries always suffer.

As the Commission is a revolving-door catastrophe, we see the powers of the corporate sector all over these deals, again and again, with a scant look in for those looking to protect workers' rights and stop this being used as a back door to a further race to the bottom that would devour the planet and ensure that we see climate system breakdown in our lifetime.

This system of unfettered capitalism is locking us into the corrosion of environmental protections and public health standards, and the attached system of globalised trade is sending carbon emissions skyrocketing as we ferry the cheapest (meaning the most exploitative) goods around the planet in order that corporations make buckets of money. There's no such thing as a free trade deal. This system is costing us the Earth.

12.3. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (A9-0002/2020 - Geert Bourgeois)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, tuto dohodu o ochraně investic mezi EU a jejími členskými státy a Vietnamem jsem podpořila. Je to dohoda, která má jiný charakter než ta předchozí. Jedná se o to, že už dnes je EU pátým největším investorem ve Vietnamu. Vietnam je proto důležitým partnerem pro EU a je důležité, aby evropští investoři a jejich investice byli ve Vietnamu chráněni. A tato dohoda stanoví jasná pravidla.

Zároveň tyto investice ve Vietnamu umožní vytváření nových pracovních míst a my očekáváme, že Vietnam se tedy bude přibližovat EU nejen ekonomicky, ale právě i v oblasti lidských práv a životní úrovně obyvatelstva. V ČR žije zhruba 60 000 vietnamská komunita a víme, že ta jejich situace není lehká. Věřím, že tato dohoda by mohla motivovat vietnamskou vládu k dalšímu přibližování evropským hodnotám.

12.4. Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam (Entschließung) (A9-0014/2020 - Geert Bourgeois)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, je regarde le Viêt Nam avec sympathie et amitié, ayant été député des Français de l'étranger, et notamment de la zone Asie-Pacifique pendant cinq ans. Je connais les souffrances de ce peuple et les efforts qu'il fait pour se redresser. Toutefois, il en va des relations entre les nations comme avec la réalité: il faut travailler avec des données objectives et réussir à établir des relations avec l'ensemble des pays du monde. Enfin, c'est notre conception des relations internationales, en principe, pas celle de l'Union européenne qui brandit la question des droits de l'homme à chaque occasion.

J'ai voté contre cet accord, parce qu'il ne bénéficie pas aux Européens, parce qu'il est toujours marqué par une conception idéologique du libre-échange et parce que l'union douanière européenne a cessé depuis longtemps de servir les peuples. Nous ne devons signer aucun accord qui irait contre la relocalisation des activités industrielles en Europe, qui ne donnerait pas aux nôtres avant d'aider au développement des autres. Par ailleurs, nous ne pouvons pas accepter qu'une justice arbitrale privée se substitue aux justices nationales.

Voilà les raisons de mon vote sur les textes qui concernaient les accords entre l'Union européenne et le Viêt Nam.

12.5. Einwand gemäß Artikel 111 GO: Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (B9-0091/2020)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Ich habe für die Entschließung gestimmt und damit auch gegen die Liste der *Projects of Common Interest*. Warum ist das so? Ich will noch einmal deutlich sagen, dass auf dieser Liste circa 50 Gasprojekte gefördert werden sollen – 50 Gasprojekte, und das im Zeitalter des Klimawandels. Es sollen damit Projekte in allen Mitgliedstaaten gefördert werden, die tatsächlich auch umweltschädlich sind.

Wenn wir uns das genauer anschauen, dann müssen wir sagen, weder mit dem Klimaabkommen von Paris noch mit anderen Abkommen, die abgeschlossen wurden, ist dies vereinbar. Und es ist auch ein Armutszeugnis, weil damit die Erklärung des Klimanotstandes in der EU, die wir ja hier abgegeben haben – diese Erklärung wird praktisch zum Teufel gejagt. Stattdessen sollen Gelder aus dem europäischen Haushalt für Gas ausgegeben werden, und wir sind in keiner Weise damit einverstanden. Vielmehr brauchen wir Gelder für erneuerbare Energien, zum Beispiel auch für grenzüberschreitende Stromleitungen, die bezahlt werden müssen. Ich denke da zum Beispiel an Solarstrom aus Spanien, der in den Norden der Europäischen Union transportiert werden kann, oder auch *smart grids*, die tatsächlich gefördert werden müssen. Das wäre wichtig und ist mit dem Bisherigen hier nicht vereinbar.

Manon Aubry (GUE/NGL). – Alors que la Commission européenne vient de présenter en grande pompe son pacte vert, vous venez, chers collègues, de voter une liste d'investissements ironiquement appelés «d'intérêt commun» qui ne comporte pas moins de 32 projets gaziers. Oui, rien que ça.

De quel intérêt commun parlez-vous quand vous soutenez le développement d'infrastructures gazières, alors que le gaz représente 20 % des émissions mondiales de CO₂? De quel intérêt commun parlez-vous quand vous choisissez de déverser 29 milliards d'euros d'argent public pour financer ces projets climaticides? De quel intérêt commun parlez-vous, enfin, quand ces projets comprendront du gaz issu de la fracturation hydraulique, qui met en danger la planète et la santé des communautés locales? Vous décredibilisez totalement ce Parlement en applaudissant des deux mains l'état d'urgence climatique, tout en signant un chèque en blanc aux multinationales pollueuses.

L'intérêt commun, c'est tout le contraire de ces projets absurdes et inutiles, c'est regarder en face la catastrophe climatique et c'est nous donner une chance d'y répondre, en commençant par laisser les énergies fossiles sous terre.

Silvia Modig (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, äänestin tuota luetteloja vastaan, koska se sisältää useita hankkeita, jotka perustuvat fossiilisiin energialähteisiin. Vaikka maakaasua haluttaisiin ajatella siirtymäkauden vaihtoehtona, on tunnusmerkkinä se tosiasia, että nämä investointien elinkaaret voivat olla 40-50 vuotta. Se ei voi olla minkään siirtymäajan pituus.

Me emme voi luoda uutta energiainfrastruktuuria, joka perustuu fossiilisiin polttoaineisiin. Se on täysin vastoin Pariisin sopimusta ja täysin vastoin niitä julkilausuttuja ilmastotavoitteita, joita tämä parlamentti on itsellensä ja komissiolle asettanut.

Kun nämä hankkeet nyt siirtyvät jatkokäsittelyyn, toivon, että komissio jatkokäsittelyssä tarkastelee näitä hankkeita pitäen mielessään sen, että tämä parlamentti on julistanut ilmastohätätilan, tämä parlamentti on sitoutunut noudattamaan Pariisin sopimusta ja tämä parlamentti on sitoutunut hiilineutraaliin Eurooppaan. Sen takia tästä listasta on poimittava pois ne hankkeet, jotka ovat ristiriidassa ilmastotavoitteiden kanssa.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! To bardzo dobra wiadomość. To głosowanie to bardzo dobra wiadomość dla wielu krajów, dlatego że gaz jest bardzo potrzebnym i niezwykle trwałym źródłem energii dla wielu krajów, także krajów postkomunistycznych. I tam trwają inwestycje gazowe, które pomagają wydobyć się tym krajom, krajom postkomunistycznym, z bardzo ociężałych kwestii związanych ze starym systemem energetycznym.

Dzięki temu głosowaniu Parlament Europejski pokazał, że można wspólnie porozumieć się w zakresie zrozumienia punktów wyjścia różnych krajów europejskich i odpowiedzialności energetycznej. Dzięki temu głosowaniu w dalszym ciągu będą mogły być finansowane połączenia gazowe między Polską a Czechami, Polską a Słowacją, Polską a Ukrainą, Polską a Norwegią, Baltic Pipe, a systemy gazowe związane z gazem skroplonym będą budowane i będą stanowić o niezależności energetycznej Polski.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, protiv sam ove liste projekata jer se na njoj, među ostalim, nalazi LNG terminal u Omišlju na Krku.

Kad vi donesete bilo koji dobar projekt u nekorumpiranu zemlju, on će vjerojatno biti dobar. A zamislite sad tek kad loš projekt donesete u korumpiranu zemlju kao što je Hrvatska što se tu tek dešava. Dakle, kod provedbe takvih projekata imamo podmićivanje, preplaćivanje projekata, gušenje struke i znanosti, pogodovanje rođacima. Gleda se po konceptu da ja zaradim sada, a to što će svi drugi dugoročno trpjeti štetu, to me ne zanima. Takav pristup je katastrofalan. Protiv sam svih projekata koji opterećuju hrvatska kućanstva.

U Hrvatskoj zbog promašenih sustava gospodarenja otpadom već plaćamo sve veće cijene za smeće i vodu, lijekove i njihove cijene uspoređujemo s najbogatijim zemljama Europe. Imamo skup i spor telekom te smo među najgorima u indeksu digitalne razvijenosti. Benzin nam je cijenom blizak cijeni u Austriji ili Italiji s višestrukim dohodcima. Porezi su jako visoki i sad da još plaćamo promašene Plenkovićeve projekte koji će poskupiti cijenu plina i struje. Ne, hvala!

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, уважаеми колеги, гласувах убедено срещу този доклад, срещу това възражение, защото на това безумие трябва да се сложи някакъв край.

Вие гласувате, уважаеми колеги отляво, против атомната енергетика, доказано най-сигурната и най-чистата, гласувате против газовите тръбопроводи, гласувате против въглищната енергетика. С всяко едно ваше действие, вие деиндустриализирате европейските държави, вие изнасяте работни места извън европейския континент. Вие унищожавате възможността на обществата да се издържат, да работят и да имат просперитет, и то предимно тези всичките ви промени засягат държавите в Централна и Източна Европа.

Съзнавам вашето желание да правите енергия от виолетки и маргаритки, но ви уверявам, че това няма да се случи. Много е хубаво да си мечтаете за слънчеви паркове, обаче през нощта слънце няма. Много е хубаво да си мислите, че с вятърните перки на Карлсон ще постигнете нещо, само че вятърът е нещо променливо. Затова се радвам, че тук се сложи един път в колелата на тази политическа лудост, в каквато се превръща така наречената „Зелена тема“.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Arvoisa puhemies, tämä PCI-lista, joka on rahoituskelpoisten hankkeiden hakemuslista, josta tänään äänestimme, on osa isompaa kokonaisuutta, osa TEN-E-sääntelyä, jossa odotamme komissiolta pikaisesti parempaa sääntelykehystä.

Itse olin Verkkojen Eurooppa (CEF) -neuvottelija tälle tulevalle rahoituskaudelle. Siinä saimme kriteerejä paremmin vastaamaan Euroopan unionin poliittista tahtoa vastata ilmastonmuutoshaasteisiin. Salista ja tämän viikon keskusteluista lähti tänään komissiolle tärkeä viesti, että myös nämä listat on saatava yhteensopiviksi poliittisilta tavoitteiltaan niin, että siirtymä vähähiiliseen talouteen ja vuoden 2050 hiilineutraaliustavoite toteutuu. Itse äänestin tämän listan puolesta, vaikka se ei ole täydellinen, sillä se sisältää myös kolme neljäsosaa sähköverkkojen parantamishankkeita.

Minun mielestäni nyt täytyy kiinnittää huomio siihen, että näitä hankkeita haetaan. En tiedä, onko monella mepillä on täällä esimerkkejä hankkeista, jotka ovat jääneet rahoittamatta. Niitä ei olla haettu ja nyt uuteen lainsäädäntöön täytyy saada energiatehokkuus, älyverkot ja muut paljon paremmin mukaan.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I was one of the 443 MEPs who did not support this objection to the 4th PCI list.

I believe the projects on this list are important for the creation of a well-functioning internal energy market in the EU, as I support the ambition of a stable, secure and affordable supply of energy.

Additional investments will, of course, create jobs and growth in the regions concerned. The list of energy projects comes as a package, and I support it as a package. This list contains a number of key projects across the European Union that will help us meet all objectives of the Energy Union.

In Ireland, these include a number of important new projects, including the Celtic Interconnector (Ireland's proposed electricity interconnection with France), additional electricity connections between Ireland and the UK, and the proposed Silvermines renewable hydroelectric power station.

These are all important elements of Ireland's move towards renewable energy and, notably, our objective of reaching 70% renewable electricity by 2030.

While I understand concerns about the inclusion of gas projects, projections show that gas will play an important role in transition by reducing greenhouse gas emissions in the power-generating industrial and commercial, residential and transport sectors by replacing more CO₂-intensive fossil fuels like coal and oil.

12.6. Strategie der EU zur weltweiten Einstellung der Verstümmelung weiblicher Genitalien (B9-0090/2020, B9-0092/2020)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, I voted in favour of this resolution, and I also spoke on this particular issue in 2011 when Ireland brought forward legislation to the parliament to ban this insidious barbaric act.

Regardless of culture, religion or creed, this is something that goes against the fundamental principles of bodily integrity and of right to life and a right to health, so from all these perspectives, I welcome the resolution, and I ask the Commission, and I ask Member States in particular across the European Union, to ensure that legislation is robust in national parliaments to address this particular issue, to ensure that there are prosecutions of people who partake in female genital mutilation and encourage it and facilitate it.

Equally, we have to ensure that we have in place support through our health services so that victims – people who have been genitally mutilated – have the confidence to seek support, to seek assistance if they need it in the context of the damage that it does to their health. I commend the motion and I ask national parliaments to endorse it as well in legislation.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, j'ai bien sûr voté pour cette résolution. L'excision est une violence très souvent liée à des conceptions dégradantes et inadmissibles de la femme, ou à certaines sectes islamistes.

Une horreur qui a été importée sur le sol européen et qui scandalise nos sociétés, puisqu'elle est associée à une immigration de masse. Inviter des personnes de cultures différentes et s'étonner ensuite qu'elles pratiquent des coutumes différentes est vraiment le lot des naïfs. Cette horreur ne peut pas supporter les a priori idéologiques inscrits dans la résolution commune – il n'y a qu'à dire simplement et clairement notre écœurement devant des pratiques qui abîment la nature humaine.

Il convient ensuite de distinguer ce qui choque nos principes universels et ce qui met en danger notre continent. Six cent mille jeunes femmes courent le risque de ces pratiques sur notre continent, une pratique qui jusqu'à présent était ignorée. Pour mettre en œuvre une stratégie européenne de défense et de promotion du mode de vie européen qui refuse toute pratique de ce genre, il convient bien sûr d'en étudier les causes. Et les causes, c'est notre absence de maîtrise dans les origines de l'immigration, notre mise en avant d'un multiculturalisme hors d'âge qui justifie des pratiques de plus en plus révoltantes et, bien sûr, qui justifie que nous ayons voté pour cette résolution.

Anne-Sophie Pelletier (GUE/NGL). – Madame la Présidente, je me réjouis de l'adoption de cette résolution pour laquelle j'ai voté favorablement, évidemment.

Après l'adoption de la résolution sur l'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul en novembre 2019, je pense que c'est encore un message fort que nous envoyons concernant les violences faites aux femmes et l'égalité femmes-hommes.

Alors que l'ONU avait inscrit parmi ses objectifs de développement durable l'éradication des violences génitales d'ici à 2030, on voit que les mutilations génitales touchent encore 200 millions de jeunes filles et de femmes dans le monde, et qu'en Europe 600 000 femmes y sont exposées.

Les mutilations génitales sont une attaque à la chair et à l'esprit de la femme. Cette résolution montre bien que les mutilations génitales féminines sont une manifestation des inégalités entre les femmes et les hommes, et je serai contre ce que dit M. Mariani: nous n'allons pas stigmatiser des religions.

à ce titre, il convient donc d'adopter une approche systémique pour lutter contre ce phénomène, qui doit être fondée sur la prévention et l'émancipation économique des femmes.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Stanowczo sprzeciwiam się wszelkim formom przemocy wobec kobiet, a zwłaszcza okaleczaniu narządów płciowych. Praktyka ta występuje również w państwach Unii Europejskiej. Jest ona bestialską formą okaleczania, głównie młodych dziewczynek, dlatego głosowałam za tą rezolucją.

Niestety niektóre grupy polityczne nie powstrzymały się od promowania swoich ideologicznych pomysłów również i w tej rezolucji. Dlatego nie poparłam większości motywu J. Okaleczanie narządów płciowych można co prawda postawić na równi z przymusowymi małżeństwami, w tym szczególnie małżeństwami dzieci, ale nie da się tego porównać z brakiem kompleksowej edukacji seksualnej. Wątpliwości też budzą zapisy w motywie J, ust. 5 i ust. 21, w których użyto sformułowania „zdrowie seksualne i reprodukcyjne”. O ile faktycznie opieka okołoporodowa kobiet okaleczonych wymaga szczególnych starań, to zdecydowanie sprzeciwiamy się rozumieniu tego sformułowania jako dostępu do aborcji. Ponadto nie zgadzam się z ust. 20, który traktuje o ratyfikowaniu przez Unię konwencji stambulskiej.

Christine Anderson (ID). – Frau Präsidentin! Das EU-Parlament hat heute eine Entschließung angenommen, mit der unsere Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht werden sollte, weibliche Genitalverstümmelung zu bekämpfen. Leider ist es wieder einmal nichts anderes als reine Symbolpolitik, sind es wieder nur leere Lippenbekenntnisse. Weibliche Genitalverstümmelung bekämpft man nicht, indem man betroffene Reden hält oder sich Sticker an die Brust heftet, gleichzeitig aber – wie hier im Dezember geschehen – meine Initiative abschmettert, mit der ich die Entschließung um die Istanbul-Konvention umfangreich zum Thema „Weibliche Genitalverstümmelung“ erweitern wollte. Es hilft auch nichts, wenn man einen priorisierten Asylanspruch für von Genitalverstümmelung betroffene Mädchen schafft. Man schafft damit nur weitere Motive, nun noch mehr Mädchen dieser menschenverachtenden Praxis auszusetzen, indem man sie dann als Ankerkinder nach Europa schicken kann. Es nutzt auch nichts, so zu tun, als hätte dieses grausame Verbrechen nichts mit einer bestimmten Kultur oder einer bestimmten Religion zu tun, denn wir alle wissen: Der Islam ist Frauenverachtung in Reinkultur. Wer das nicht klar benennt, der kann diese Probleme auch nicht lösen, und deswegen sage ich ganz klar: Die weibliche Genitalverstümmelung gehört genauso wenig zu Europa wie der Islam, von wo sie kommt.

Annika Bruna (ID). – Madame la Présidente, 500 000 femmes auraient été victimes de mutilations génitales. Si les mutilations génitales féminines existent en Europe, elles n'ont rien d'européen. On n'en trouve ni dans l'histoire de nos pays, ni dans les traditions, ni dans les exigences religieuses. Il n'en a existé que quelques cas marginaux dans une secte russe du XIXe siècle, encore s'agissait-il d'automutilation.

L'excision en Europe est le fait exclusif de populations immigrées qui n'ont pas été assimilées et n'ont pas adopté les valeurs civilisationnelles et les mœurs européennes. Leur développement est la démonstration de la submersion migratoire que nous subissons et de l'absence d'intégration de certaines populations.

Si nous pouvons lutter contre cette barbarie dans certains pays extérieurs à l'Union, nous devons le faire dans ces pays et non importer cette problématique en Europe, comme le suggère la convention d'Istanbul. Trente millions de femmes dans le monde sont menacées d'excision. Protégeons-les dans leur pays, mais ne faisons pas des mutilations génitales un motif supplémentaire d'immigration.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem samozřejmě podpořil toto usnesení, protože mrzačení ženských pohlavních orgánů je naprosto nepřijatelné, je to zločin proti lidskosti, proti lidským právům.

Bylo by dobře, kdyby na základě tohoto usnesení opravdu alespoň v Evropě státy spolu více spolupracovaly a bojovaly proti této trestné činnosti. Kdyby se nám dařilo výrazně snižovat množství těchto zločinů na území Evropy a kdyby toto usnesení nezůstalo pouze u slov na papíru, ale mělo faktický dopad v té rovině, že policie jednotlivých členských států, orgány činné v trestním řízení jednotlivých členských států tuto trestnou činnost budou více vyhledávat a podaří se ji u evropských soudů více odsuzovat.

To je asi jediná forma, jak do budoucna tuto ohavnou praxi vymýtit na území EU. Z hlediska třetích zemí, tam je třeba podle mého názoru navazovat ekonomickou podporu státům podle toho, jak přistupují k lidským právům, a tedy ochraně práv žen.

Jessica Stegrud (ECR). – Fru talman! Flickan som ska könsstympas går oftast i lågstadiet. Först får hon sina ben fastbundna. Sedan tar man den ena halvan av ett rakblad och skär av hennes klitoris. Med den andra halvan skär man sedan av blygdläpparna för att därefter sy ihop det som är kvar. Följden är alltid psykiskt trauma, livslånga smärtor och ofta stora problem senare i livet vid förlossning, menstruation och samlag. Ibland är konsekvensen döden.

Amnesty International likställer könsstympning med tortyr och anser att förövarna, oavsett var brottet begås, ska ställas inför rätta och straffas.

Trots att den första lagen mot könsstympning i Sverige kom redan 1982 har vi nu, 38 år senare, flest stympade kvinnor per capita, och endast tre förövare har blivit dömda. Vi röstar i dag självklart ja till resolutionen men konstaterar återigen att den svenska regeringen har gjort alldeles för lite, alldeles för sent.

Guido Reil (ID). – Frau Präsidentin! Wir haben heute über eine Entschließung zur Genitalverstümmelung abgestimmt. Worüber reden wir da? Wen betrifft es? Es betrifft junge Mädchen, die in der Regel fünf bis 13 Jahre alt sind. Diesen Mädchen wird ohne Betäubung mit einer Rasierklinge die Klitoris entfernt, die äußeren Schamlippen abgeschnitten, die inneren Schamlippen abgeschnitten, und danach werden sie in der Regel zugenäht, von oben nach unten, bis nur noch ein ganz kleines Loch bleibt. An dem Tag, an dem sie verheiratet werden, in ihrer Hochzeitsnacht, werden sie von ihrem Ehemann aufgeschnitten – mit einem Messer.

Diese unglaubliche Barbarei mussten 200 Millionen Frauen ertragen – im 21. Jahrhundert, 200 Millionen Frauen. Und wo passiert denn das? Es passiert ihnen in islamischen Ländern; und darüber müssen wir endlich reden und wir müssen uns darüber klar werden: Es passiert in islamischen Ländern. Mit der Zuwanderung ist diese unglaubliche Barbarei auch nach Europa gekommen. 600 000 Frauen sind mittlerweile auch hier betroffen. Wir müssen diesen Wahnsinn endlich beenden.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, I support this resolution. I am delighted to see so many people in the European Parliament supporting it. FGM is an act of physical, sexual, and psychological violence and mostly carried out against infants and young girls up to the age of 15 years of age, and of course beyond. There are 200 million world-wide.

It's not something that just happens, for example, on the African continent. People often think of that, although 97% of women in Guinea have undergone FGM, including 45% of girls below 14, and in Ethiopia 65% of women, but of course it is happening in countries around the world. It is happening in Indonesia, Malaysia, South America and so on, and here in Europe. Let's remember that 180 000 young girls, attending our schools, attending our youth clubs and involved in our communities are at risk of FGM in Europe.

We have to take action to make sure that we have zero tolerance. I'm delighted to see across continents – and we saw this in Nairobi at the recent conference – young boys and men working to eliminate FGM. That's also very important. We have to have this comprehensive strategy to end FGM now.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidenta, nuestro voto ha sido la abstención. Estamos totalmente en contra de la mutilación genital femenina, pero no puede considerarse solo una forma de discriminar a la mujer. Meterlo en el mismo saco, como propone este documento, es parte del problema. Va mucho más allá. Es una forma de no considerar a la mujer persona, de querer matar su iniciativa, sus deseos, su esencia. Tiene la única intención de convertir a la mujer en una esclava y, aunque este texto lo niegue, sí es una cuestión de religión; es algo completamente cultural; no solamente es de hombre contra mujer, también es de mujer contra mujer, de mujeres contra mujeres.

Se ha utilizado este doloroso asunto para movilizarnos en masa hacia la agenda feminista, mientras se blanquea a quienes promueven esta espantosa práctica. En el entorno de los valores occidentales, de los valores cristianos, la mujer nunca ha tenido este tipo de desprotección. Ensalzar estos valores es urgente, es nuestra brújula ante semejante confusión. No puede haber una estrategia de éxito si ignoramos las causas del problema.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Madam President, human beings are not property. Children are not property. We all state very loudly and clearly that we want to make our own choices, especially when we are talking about our own bodies. Four million girls every year are in danger of having that right taken from them. Four million girls between the ages of 1 month and 15 years old are at risk of undergoing female genital mutilation (FGM) for no reason other than that the parents or the grandparents or somebody in the family considers that it is nice to do it, or it is culturally appropriate. There are no health benefits from this procedure, and there are too many health hazards involved – from infection to excessive bleeding, from physical discomfort to sterility and to child death. We cannot allow these practices to go on in Europe. We cannot allow these girls, who have become European, to be taken away in countries where the practices are still in high fashion, to be mutilated. We have to protect their human rights – and not to be mutilated is one very important right of girls, of women. If we want them to become strong, healthy members of our society, if we want them to become protectors of human rights, we have to protect them now, when they need it most. I voted for this resolution, and I think this is a big start.

Veronika Vrecionová (ECR). – Paní předsedající, ženská obřízka je jedním z nejstrašnějších činů, které lze zahrnout do násilí na ženách. Kromě fyzické bolesti souvisí i s mnohaletými psychickými a samozřejmě zdravotními problémy.

Je otřesné, že v 21. století je tento čin stále praktikován v několika desítkách zemí světa a každoročně jím projdou desítky až stovky tisíc žen. Dokonce i v EU žije přes 600 000 žen, které podstoupily obřízku, a téměř 200 000 mladých dívek a žen je tímto zákrokem ohroženo.

Jestliže chceme chránit ženy a zasazovat se o rovnost pohlaví, tak kroky k ukončení této kruté praktiky pomohou ženám daleko více než mediálně skloňované kvóty na počty žen v politice, případně ve firmách. Samozřejmě jsem tuto rezoluci podpořila.

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, myslím, že se všichni shodneme v EP na nutnosti boje proti této nelidské, nehumánní praxi.

Já bych v této souvislosti chtěl jen připomenout, že to byla naše frakce Evropských konzervativců a naše poslankyně Assita Kanko ze strany N-VA, kdo jsme navrhli na loňskou Sacharovovu cenu skupinu aktivistek z Keni známou pod názvem *The Restorers*, která aktivně bojuje jak v Africe, tak jinde ve světě proti této nelidské zvyklosti.

Budeme v tom samozřejmě pokračovat, máme nějaké plány. Konkrétně bych i Vás paní místopředsedkyně chtěl pozvat k této aktivitě a brzy obdržíte od nás v této věci nějaký návrh a doufám, že ho podpoříte. Samozřejmě, že jsem tuto rezoluci podpořil.

12.7. Automatisierte Entscheidungsfindungsprozesse: Gewährleistung des Verbraucherschutzes und des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen (B9-0094/2020)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Anne-Sophie Pelletier (GUE/NGL). – Madame la Présidente, j'ai voté en faveur de cette résolution qui va pour moi dans le bon sens, c'est-à-dire la protection de la liberté des données et la protection des consommateurs, et je voudrais ici reconnaître l'engagement de la présidente de la commission IMCO.

Vous savez, Rabelais disait: «science sans conscience n'est que ruine de l'âme», et c'est pourquoi il me semble que nous devons rester vigilants sur les technologies liées à l'intelligence artificielle. En effet, ce ne sont pas des algorithmes qui peuvent aujourd'hui gérer des pans entiers de la société et de notre quotidien – je veux penser aux services publics, aux réclamations, aux opérations bancaires –, et c'est pour cela que j'attire votre attention sur deux points où le texte aurait, à mon sens, pu être plus ambitieux en matière de transparence. La transparence est une donnée essentielle pour la confiance de nos concitoyens. Nous pouvons aussi renforcer ce texte en nous assurant que les logiciels ne seront jamais discriminatoires envers les personnes les plus fragiles.

Alors, oui à la science, oui au progrès, si et seulement s'ils sont conjugués à l'éthique et à la morale.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Głosowałam za przyjęciem rezolucji w sprawie zapewnienia ochrony konsumentów oraz swobodnego przepływu towarów i usług w zakresie zautomatyzowanych procesów decyzyjnych, bowiem uważam, że sztuczna inteligencja stanowi potencjał w zapewnieniu udogodnień dla życia obywateli.

Systemy sztucznej inteligencji znajdują zastosowanie w różnych branżach ze względu na swoją zdolność do poprawy wydajności. Są innowacyjne i upraszczają skomplikowane procesy, ale ważne jest, by były bezpieczne dla konsumentów i działały zgodnie z przeznaczeniem. Równie ważne jest to, by regulacje prawne nie były nadmiernie uciążliwe i nie zniechęcały europejskich firm do wdrażania i adaptacji tych rozwiązań. Ta rezolucja jest krokiem w kierunku znalezienia właśnie takiej równowagi.

Łukasz Kohut (S&D). – Madam President, the general definition of automated decision making is the process of making a decision by automated means without any human involvement. This decision can be based on factual data as well as on digitally created profiles or inferred data. Let's give examples here: an online decision to award a loan or an ability test in recruitment using pre-programmed algorithms and criteria. There are a number of benefits to such decision making – a quicker and more consistent decision among them – but what about risks, the risk of profiling, misuse of data, limiting consumers' choices. We must be aware of these risks. That is why I voted for the resolution, which calls on the Commission to closely monitor developments in this area.

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, am votat și eu această rezoluție. Consider că este foarte important să acordăm atenția cuvenită întregului mecanism ce ține de procesele decizionale automatizate și cred că tehnologia ne influențează viața de zi cu zi în sens pozitiv, însă trebuie să ne gândim foarte bine și să găsim mecanismele necesare pentru a reglementa acest proces pentru a proteja consumatorii.

În primul rând, inteligența artificială este extrem de importantă și a pătruns în toate domeniile, însă consumatorii finali, în mod special copiii, trebuie protejați. Pentru că transparența este cheia în acest mecanism, consumatorul final trebuie să aibă parte de acces la modul în care inteligența artificială și procesele automatizate ne influențează viața de zi cu zi. De mai multă transparență este, așadar, nevoie, de aceea am susținut această rezoluție.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, the shift towards automated decision-making and artificial intelligence will change the way in which consumer markets and our societies in general function. We need to ensure that people are protected from unfair or discriminatory commercial practices and we need to ensure that these processes are transparent and do not involve profiling. In this respect, auditing of automated decision-making should be carried out by independent third parties. People need to be able to contest these types of decisions. The Commission needs to ensure that the EU safety and liability frameworks are fit for purpose and that market watchdogs and other competent authorities are properly resourced and empowered to act. We need to be extremely wary of the concentration of data in the hands of a few private companies and we need to adhere to the principles of the GDPR, specifically in terms of purpose limitation and privacy by design.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, artificial intelligence makes it possible to process much more data than humans can do in a fraction of the time. It's becoming increasingly common in finance, healthcare, education and the legal system. It's increasingly evolving algorithmic decision systems. In many situations, the impact of the decision on people can be significant, such as access to credit, employment, medical treatment and judicial sentences.

So I was happy to support this resolution, as it urges the Commission to examine whether additional measures are needed in order to guarantee a strong set of rights to protect consumers in AI decision-making; to ensure that consumers are protected from unfair and discriminatory practices, as well as from the risks entailed by AI-driven professional services; to guarantee greater transparency in these processes; and to ensure that only high-quality and non-biased data sets are used in algorithmic decision-making systems. The bottom line is we need to ensure that EU rules on safety and liability for products and services are fit for the digital age.

12.8. Vorgeschlagenes Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (B9-0098/2020)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, just to say at the outset: I welcome the opportunity to speak on this very important issue, particularly in the context of Ireland itself and the citizens in Northern Ireland, in particular. While this is primarily about a trade deal with the UK and the European Union over the next number of months, it is critically important that Irish citizens are kept at the heart of this particular debate. There are hundreds of thousands of Irish citizens – who are European Union citizens as well – who are now living in Northern Ireland, outside of the European Union. I think that we have to when debating these issues – and I make no apologies for consistently raising the concerns of many Irish citizens living in Northern Ireland, so it must be at the heart of it. The integrity of the Good Friday Agreement must be upheld in any future deal as well.

Finally, professional qualification recognition is something that will have to be to the fore to ensure that people can work on both sides of the border and that professional qualifications are recognised on both sides – in the UK and the European Union – and that is critically important to the free movement of people on the island of Ireland.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, nos collègues britanniques ont donc quitté notre hémicycle. Nous leur devons de bons souvenirs. Nigel Farage symbolisa ainsi longtemps l'excellence produite par l'attachement à une terre et à une identité, contre tous ceux qui rêvent d'un grand vide où les nations devraient se noyer.

Alors comment confier un mandat de négociation qui se structurerait sur autre chose qu'une arrogance des institutions européennes et qui éviterait, à l'inverse de la résolution, les enfantillages provocateurs niant la souveraineté de la Grande-Bretagne?

En réalité, le comportement des institutions européennes pendant le Brexit est un argument supplémentaire contre toute avancée de leurs prérogatives: incapacité à respecter l'équilibre entre les nations, déséquilibre entre les objectifs et les atouts... Rien n'a été abordé avec le tact et la mesure qui doivent prévaloir dans ce genre de situation. Les débats sur le Brexit étaient une sorte de cour de récréation; les voix les plus inconnues et les moins soutenues dans leur propre pays faisaient la leçon à des personnalités établies en Grande-Bretagne.

Voilà où l'arrogance peut par moments nous mener, quand des peuples voulant se faire respecter demandent simplement à être écoutés. Pour ces raisons, je me suis abstenu.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, I voted in favour of the resolution establishing the European Parliament's position on the future relationship between the UK and the European Union. Establishing a new trade agreement with the UK must be of the utmost importance to the EU in this period, ensuring that as close and prosperous a relationship as possible can be established. This will of course require commitment from both sides and it's certainly not helped by ambivalent statements that we hear at times from the UK. It will be key for the European Union, but particularly for Ireland and Northern Ireland and I welcome the ambition in this resolution to see such a relationship through a level playing field as part of an economic partnership and I hope that we can work with the UK, to ensure that we have a close and mutually beneficial relationship. I stress mutually beneficial because the UK's trade with the EU is very substantial.

What is even more crucial is the continued preservation of the peace in Northern Ireland. The final agreement cannot in any way jeopardise the peace established by the Good Friday Agreement, and the final future relationship can in no way undo what has been previously agreed to in the Withdrawal Agreement and that will need ongoing monitoring in the months ahead.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Po brexicie relacje Unia Europejska – Zjednoczone Królestwo muszą zostać uregulowane. Ta rezolucja zawiera zalecenia Parlamentu Europejskiego dla Komisji do negocjacji w sprawie nowego partnerstwa ze Zjednoczonym Królestwem. Rezolucja obejmuje szeroki zakres polityk skupionych w trzech głównych kategoriach: partnerstwo gospodarcze, konkretne kwestie sektorowe i współpraca tematyczna, a także partnerstwo w zakresie bezpieczeństwa i spraw zagranicznych.

Podczas gdy oczywistym jest, że państwo spoza Unii nie może mieć takich samych przywilejów, praw lub korzyści jak państwo członkowskie, to musimy pamiętać, że przyszłe stosunki Wielkiej Brytanii i Unii Europejskiej powinny być możliwie jak najbardziej oparte na współpracy. Wielka Brytania – nawet jeśli jest poza Unią – pozostaje wielkim krajem europejskim związanym z innymi krajami Europy historią, gospodarką czy współpracą w zakresie bezpieczeństwa. W interesie zarówno Unii, jak i Wielkiej Brytanii jest, żeby nasze wzajemne relacje były jak najlepsze. Dlatego głosowałam za przyjęciem tej rezolucji.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, přestože jsem nesouhlasila s odchodem Velké Británie, tak nezbyvá než hlasovat pro mandát, který umožní vznik dohody s Velkou Británií o příští spolupráci, partnerství. Považuji za důležité, že EP v tomto našel velmi širokou shodu napříč politickým spektrem a zeměmi, a to, aby EU v tomto zůstala jednotná. Jsem také velmi ráda, že máme shodu na tom, že tato spolupráce musí být co nejužší.

EP bere na vědomí rozhodnutí Spojeného království uzavřít s EU dohodu o volném obchodu a my si samozřejmě dáváme podmínky, aby tyto překážky byly co nejmenší, a budeme požadovat, aby přístup potravinových a zemědělských produktů na vnitřní trh byl podmíněn dodržováním všech vnitřních norem – požadavků na kvalitu, bezpečnost, označování, omezení používání pesticidů atd. EP požaduje zachování práv občanů EU a jejich rodin, které žijí v Británii a pocházejí z EU.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem také podpořil tento mandát a považuji za velmi důležité dvě věci v mandátu. Za prvé to, že hovoříme jasně o právech občanů, občanů našich zemí, ale také o právech Britů, o jejich právu na volný pohyb. To je třeba, aby budoucí vztahy jasně potvrdily a aby tedy tyto dohody byly výhodné pro naše občany. Z ČR žije ve Velké Británii 30 000 občanů a naším cílem má být jim poskytnout maximální ochranu a podporu.

Vedle toho potom je sama o sobě dohoda o volném obchodu, která musí být nastavena tak, aby pro obě strany, pro exportéry z obou stran byla výhodná. Zkrátka musíme udělat maximum proto, aby export z EU do Velké Británie nebyl brexitem poškozen. Z ČR celá řada firem exportuje do Velké Británie a my musíme udělat vše proto, aby tyto firmy a jejich obchodní zájmy nebyly poškozeny.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem byl nešťastný z brexitu a musím říci, že přeji Velké Británii hodně úspěchů, na druhou stranu tento mandát jsem podpořil, a to z mnoha důvodů.

Za prvé, já mám za to, že stále není ještě odvráceno riziko tvrdého brexitu, protože bohužel britský premiér k těm pobrexitovým jednáním přistupuje velmi zvláštním způsobem a myslím si, že není možné tvrdit, že za každou cenu jsme schopni se dohodnout s Velkou Británií na uspořádání obchodních vztahů.

Mluvila už o tom kolegyně Šojdrová, je zde celá řada požadavků, na kterých musíme trvat. Je zde celá řada citlivých oblastí, zajištění práv Irské republiky, otázka Severního Irska, zemědělských produktů, naplňování standardů, to jsou věci, které budeme muset sledovat. A myslím, že se nemáme nechat vydírat termínem ukončení těchto vyjednávání, které má být na konci letošního roku, navíc do toho vyjednávání se má zapojit řada regionálních parlamentů. Myslím si, že to je věc, kterou musíme zvážit velmi důkladně, a nemáme se nechat tlačit do kouta.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Madame la Présidente, chers collègues, le mandat de négociation avec le Royaume-Uni prépare le plus grand accord de libre-échange jamais conclu par l'Union européenne.

Bien sûr, comme toujours, ce mandat est enrobé de belles intentions sur le modèle social européen et de vœux pieux sur le respect de nos normes, mais nous ne sommes pas dupes, car derrière le beau vernis, que trouvons-nous? Une obstination dans l'idéologie du libre-échange qui broie les peuples européens et détruit notre écosystème, l'introduction d'un mécanisme d'arbitrage qui usurpe au profit de tribunaux privés la souveraineté des peuples européens, l'attachement au système de quotas d'émissions de gaz à effet de serre – comme si les mécanismes du marché pouvaient répondre à la crise climatique – et l'ambition, enfin, d'une coopération renforcée dans le domaine militaire en partenariat avec l'OTAN, alliance belliciste et périmée.

Chers collègues, alors que les Britanniques viennent de quitter l'Union européenne, tout continue donc comme avant. Mais que vous faudra-t-il pour que ce Parlement en tire enfin des leçons?

Илхан Ключюк (Renew). – Г-жо Председател, подкрепих днешната резолюция, защото има нужда от всеобхватно споразумение между Обединеното кралство и Европейския съюз. Мишел Барние трябва да продължи с добрата си работа да намери обща позиция на Европейския съюз, но и да задълбочи отношенията между нас и Обединеното кралство... *(председателят прекъсва оратора)*

Благодаря, г-жо Председател, подкрепих днешната резолюция, защото има нужда от всеобхватно споразумение между Обединеното кралство и Европейския съюз. Намирам я за амбициозна и задълбочена. Нека да си припомним в името на кои цели се случи Брексит. Най-важната измежду тях беше Обединеното кралство да може самостоятелно да подписва така наречените „Big Trade Deals“. Точно това предлага и самият Европейски съюз – широкообхватна и справедлива търговска сделка, без мита, без квоти, но и без дъмпинг и занижаване на европейските стандарти.

Но премиерът Джонсън иска нещо друго, сделка от канадски тип или дори, чух, от австралийски. В единия случай има ограничения, а в другия важат правилата на Световната търговска организация. Тук е мястото да се каже, каквато и сделка да има между Великобритания и Европейския съюз, страната ще бъде трета за нас. Важно е да продължим сътрудничеството си. Предизвикателствата пред нас ще го налагат все повече и повече.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna președintă, ne aflăm în situația în care discutăm deja la trecut despre Marea Britanie, care nu mai este în Uniunea Europeană, însă avem obligația să construim o relație specială cu Marea Britanie.

Tocmai de aceea cred că trebuie să privim acest lucru în trei chei. În primul rând: în Marea Britanie există mulți britanici care nu și-au dorit ca Marea Britanie să plece din Uniunea Europeană. În al doilea rând: sunt 3,5 milioane de cetățeni europeni în Regat astăzi și ei nu trebuie să suferă pentru că politicieni populisti au adus Marea Britanie în acest punct. Și, în al treilea rând: toată acțiunea noastră politică trebuie să plece de la premisa că, la un moment dat, Marea Britanie va reveni în Uniunea Europeană.

Milan Brglez (S&D). – Gospa predsedujoča, še vedno obžalujem dejstvo, da je Združeno kraljestvo zapustilo Evropsko unijo. Teža tega odhoda za obe strani se bo šele pokazala, a me veseli, da se je preprečilo izhod brez dogovora.

Ne pričakujem enostavnih pogajanj. Vsekakor pa mora biti vanje tesno vpet Evropski parlament, ki kot edina evropska institucija neposredno zastopa evropske državljanke in državljane ter je dolžan poskrbeti za to, da so njihove pravice ustrezno zavarovane.

Glasoval sem za resolucijo glede mandata za pogajanja o novem partnerstvu, ker mandat zelo jasno utemeljuje na pravicah in obveznostih, izhajajočih iz prihodnjega partnerstva, ter dejstva, da Združeno kraljestvo ne more uživati enakih prednosti, kot jih je imelo kot članica EU.

Zelo pomembno je, da so v resolucijo vključeni najpomembnejši pomisleki, ki so jih odbori Evropskega parlamenta, še zlasti Odbor za zaposlovanje in socialne zadeve, izrazili glede doseženega sporazuma o odstopu.

S sprejetjem te resolucije je Evropski parlament določil svoje rdeče črte, ki se jih bo moral držati, ko bo dal svoje mnenje glede sporazuma o novem partnerstvu.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! Mamy do czynienia z sytuacją bez precedensu. Unia Europejska po brexitie jest organizmem ważnym, ale słabszym, i trzeba rzeczy nazywać po imieniu. Niemniej jednak dzisiaj też jest dzień i rozpoczynamy dyskusję na temat umowy Zjednoczonego Królestwa z Unią Europejską.

Życzę Panu Komisarzowi Barnierowi, żeby ta umowa była jak najlepsza, ale przede wszystkim życzę mieszkańcom – i Wielkiej Brytanii, i Unii Europejskiej – dobrych relacji między sobą. To bardzo ważne, żebyśmy umieli zgasić ten pożar i żebyśmy umieli popatrzeć razem w przyszłość. Wielka Brytania jest trwałym elementem – zawsze, w każdej sytuacji, gdy chodzi o bezpieczeństwo. Uważam, że kwestie bezpieczeństwa obywateli Wielkiej Brytanii, Unii Europejskiej i świata powinny być w pierwszym rzędzie przedyskutowane, bo wszyscy potrzebujemy bezpiecznej Europy i bezpiecznego świata.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, the future trade agreement – when and if it is finalised – must have the approval of this Parliament and so I welcome the resolution today that I supported that sets out our priorities and what we see should be included in that agreement. Particularly the Good Friday Agreement and the unique situation that exists on the island of Ireland must be protected. The common travel area between Ireland and the United Kingdom, mentioned by the Commission in setting out their mandate for negotiations, must also be recognised. And a significant trade deal that would be mutually beneficial is needed for both sides. We need to ensure that European companies are not disadvantaged and put at a competitive disadvantage and we need to protect European consumers as well and recognise that this is unique; it's with the sixth largest economy in the world, a former member of the European Union and a close neighbour.

Radosław Sikorski (PPE). – Madam President, I voted for the agreement because it adequately protects our interests. But given what it is and given the British Government's red lines – no customs union, no jurisdiction of the European Court of Justice and no freedom of movement – I think this will lead to a barebones agreement on goods. The pyramid of lies peddled by europhobes in Britain is beginning to crash. The British Government is beginning to acknowledge that there will be customs and other checks on the border between us from January next year. Therefore, in the name of freer trade, Britain will be erecting barriers with her biggest trading partner. What a disaster.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I too am pleased to support this important resolution on the draft negotiating mandate. This is a key step towards the opening of negotiations in the future EU-UK relationship.

It is very welcome that the draft reflects the breadth and ambition of the scope of the political declaration for a broad and deep partnership with the UK. It is also important that the effective implementation of the Withdrawal Agreement continues in parallel with the negotiation of the future relationship and that this is reflected in the mandate. There is a continuing focus in the draft mandate on protecting the Good Friday Agreement and the Common Travel Area. Protecting the Good Friday Agreement and maintaining the Common Travel Area in all circumstances continue to be key priorities for Ireland and also, thankfully, for the EU 27. I thank my colleagues for their continued support of Irish priorities and I am hopeful that, with genuine cooperation from the United Kingdom, a good outcome can be reached.

12.9. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2018 (A9-0016/2020 - Costas Mavrides)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, the Irish Central Bank is still destroying the EUR 31 billion promissory note bonds that resulted from the bank bailout in 2008. The banks in question were eventually liquidated, but the European Central Bank (ECB) still insist that the entire EUR 31 billion be taken out of circulation by the Irish Central Bank. Irish people have suffered a decade of austerity and as head of the International Monetary Fund (IMF) at the time, Ms Lagarde was front and centre of this imposition of austerity on Ireland. The eurozone crisis also provided an excuse for the previous head of the ECB, Mr Mario Draghi, to introduce a fiscal compact in 2012. It institutionalised and made permanent what were supposed to be emergency austerity programmes. It accomplished a lifelong neoliberal dream – the complete separation between the democratic process and economic policies. As Germany's Finance Minister said in 2015 elections change nothing, there are rules. The ECB and Ms Lagarde as Managing Director of the IMF, brought Ireland to its knees. I don't recall any ECB annual report in recent years mentioning this. It should never be forgotten. Of course we opposed it.

Charlie Weimers (ECR). – Fru talman! I dag har ni, majoriteten här i Europaparlamentet, flera gånger krävt att Sverige ska införa euron. I årsrapporten för Europeiska centralbanken skriver ni att det är obligatoriskt att anta den gemensamma valutan.

Låt mig då få upplysa er om att Sverige hade en folkomröstning om EMU år 2003 där en massiv majoritet röstade emot ett svenskt medlemskap. I dag vill endast en av fem svenskar ha er euro. Vi vill inte gödsla pengar över länder som inte kan ta ansvar för sina egna ekonomier. Vi vill ha den svenska kronan.

Vad är det ni inte fattar? Ni kallar er demokrater, men ni agerar som arroganta, odemokratiska översittare utan respekt för folkviljan. Vi må ha haft en svag regering som inte förhandlade fram ett officiellt svenskt undantag, men respektera den svenska folkviljan. Vi vill inte ha euron, och vi kommer att jobba för att rösta fram ett svenskt undantag.

Manon Aubry (GUE/NGL). – Madame la Présidente, il y a quelques mois, tout le monde applaudissait la nomination d'une femme à la tête de la Banque centrale européenne. Mais ne nous y trompons pas: c'est l'arbre qui cache la forêt, tant le sexisme règne encore en maître dans les institutions économiques européennes.

à ceux qui en douteraient, j'ai amené ici quelques photos de ceux qui décident aujourd'hui de la gouvernance économique et monétaire de la zone euro. Ici, c'est le directoire de la BCE: deux femmes sur six personnes. Le conseil des gouverneurs de la Banque centrale européenne, encore mieux: deux femmes sur 25 personnes. La liste est encore longue et notre commission aux affaires économiques et monétaires ne fait pas mieux, avec seulement 11 femmes sur 60 membres.

Il n'y aurait donc aucune femme assez compétente pour ces postes, comme a osé nous répondre un député de droite dans notre commission? Franchement, ce n'est pas sérieux, et une telle absence de parité est inacceptable. Il est temps que cela change, en prenant des mesures enfin contraignantes.

Soyez-en sûrs, les femmes ne se laisseront plus intimider ni marginaliser. Nous avons toute notre place aux manettes de la gouvernance économique européenne et nous comptons bien la prendre.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I was very glad to see Madame Lagarde here yesterday and very disappointed that I didn't get the chance to put these points to her myself, because she is, of course, a household name in Ireland from her role in the IMF and the crushing austerity imposed on the citizens of Ireland. The result of that has been, in effect, a lost decade. The official cost of the bailout was EUR 64.6 billion, but the human cost is still being paid: the welfare cuts, the housing crisis, infant malnutrition, dying family members on hospital trolleys, and a generation of young people who left our shores.

But last weekend the price was paid back by the Irish citizens when Fianna Fáil and Fine Gael, the two ruling parties responsible for that austerity, were given an almighty hammering in the election, and I think that is the face of things to come. The neoliberalism at the heart of the ECB is something that will not be tolerated by citizens.

Silvia Modig (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, euroalueen suurin finanssipoliittinen ongelma on kasvu- ja vakaussopimus, joka kurjistaa maita, tekee mahdottomaksi aktiivisen suhdannepoliitiikan ja tekee mahdottomaksi panostukset sosiaaliseen hyvinvointiin, joka pidemmän päälle on viisainta talouspolitiikkaa koskaan. Tällä hetkellä se tekee mahdottomaksi myös investoinnit ilmastoon ja siirtymään kohti hiilineutraalia yhteiskuntaa.

EKP:llä on aivan sama velvollisuus kuin kaikilla muillakin osallistua ilmastotyöhön, ja se on sen mandaatin puitteissa täysin mahdollista tehdä, koska jos tehtävänanto on pitää yllä hintavakautta, hiiliriski on suuri riski hintavakaudelle.

Viime vuosina on tyhjästä luotu miljardeja ja taas miljardeja rahaa, jotka on pumpattu finanssimarkkinoille tukemaan finanssipelureiden aiheuttamia ongelmia. Se sama voima ja se sama rahamäärä pitäisi voida ohjata myös ilmastotyöhön. Yksi keino, joka valitettavasti tänään äänestyksessä hylättiin, on se, että keskuspankki sitoutuisi ostamaan investointipankin vihreitä velkakirjoja. Tämä olisi täysin mandaatin puitteissa, ja on sääli, että parlamentti tämän ehdotuksen hylkäsi, ja siksi äänestin tätä päätöslauselmaa vastaan.

12.10. Illegaler Handel mit Heimtieren in der EU (B9-0088/2020)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, just to say at the outset that I welcome the opportunity to speak on this particular resolution, and I would ask that immediate steps be taken by the Commission to address the issue of illegal trade in cats and dogs, primarily in the context of industrial-scale breeding farms across the European Union whereby animals are incarcerated for years and years just to produce puppy dogs and kittens. I believe we have an obligation as a civilised society to, at the very least, ensure there is some form of registration of these particular puppy farms and cat farms, that this trade is registered in some way and that there are regulations governing it.

There's no doubt that there is a large criminal element involved in the smuggling and moving of animals within the European Union. It has public health implications, but most importantly of all it is an animal cruelty issue, it is an animal welfare issue, and the Commission itself must ensure that the internal market governs these particular farms to ensure that there are standards of decency in them.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I am absolutely delighted to be able to support this motion and to really welcome the initiative taken to address the illegal pet trade, which is a phenomenal problem in Ireland, actually, where a number of individuals have been finally brought to court for treating animals so appallingly and for their own private profit. This issue has evoked huge sympathy from the Irish public and grave concern about the lack of enforcement by our regulatory authority. I do think that the motion was very much strengthened by the addition of the amendments calling for mandatory identification and registration, which will be an assist, but also calling on the Commission and Member States to take measures to prohibit breeding and marketing practices that are detrimental to the health and welfare of these animals. This is a great step forward and I'm delighted to be able to support it.

Charlie Weimers (ECR). – Fru talman! Förra året kom lilla Astrid till vår familj – en alldeles bedårande cavalier king charles som var full av kärlek. När vi köpte henne fick vi reda på att hon var importerad till Belgien från Slovakien, och när vi kom till veterinären för en rutinkontroll så berättade de för oss, som var orutinerade hundägare, att det förekommer ett systematiskt fusk.

Vad är det då de gör i ursprungsländerna? Vad hade de gjort mot Astrid? De fuskar med födelsedatumen. De tidigarelägger datumen så att valparna kan komma ut på marknaden snabbare. De skiljs från mammorna alldeles för tidigt, långt innan de åtta veckor som krävs för att skapa trygghet för valparna. Det skapar ett livslångt trauma som visar sig i stressbeteende. Valparna vaccineras för tidigt, så att det inte ger tillräckligt skydd. Problemet här är att många oseriösa aktörer, illegala aktörer, kommer undan med det.

Jag röstade därför för en europeisk samordning av registrering och identifiering av sällskapsdjur i hopp om att andra djur, andra katter och hundar, ska få en bättre start än vad vår Astrid fick.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem velmi rád, že přes 600 poslanců podpořilo návrh usnesení proti nelegálnímu transportu zvířat po Evropě.

Je to velmi silný signál, že EP chce tuto hroznou činnost pašeráků a nelegálních chovatelů řešit, a doufám, že EK na základě tohoto usnesení připraví jasná opatření, která zamezí tomu, aby desítky tisíc štěňat a koťat z východní části EU za hrozných podmínek byly transportovány každý rok do západních zemí EU a tam takto prodávány.

Je dobře, že má toto usnesení takovou podporu, a vyzývám Komisi, aby toto téma přestala konečně zlehčovat a opravdu začala tomuto tématu věnovat pozornost. Jak jsem včera řekl, žádná členská země tuto otázku sama nemůže vyřešit. Je to evropský problém a děkuji navrhovatelům, že tento návrh předložili.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tento návrh jako spoluzpravodaj a navrhovatel samozřejmě také podpořil. Jsem velmi rád, že pouze 3 naši kolegové byli proti, jinak tento návrh našel zjevně průřezovou podporu.

Rovněž souhlasím s tím, že toto není v ambici a v možnostech řešit pouze izolovaně v jednotlivých členských státech. Toto – nelegální chování, výnosný byznys pro skupinu pašeráků – musí skutečně řešit EK spolu s členskými státy. Ten přeshraniční efekt je tam zcela jednoznačný – trpí zvířata, jsou klamáni spotřebitelé, dochází k nekalé soutěži, je narušován náš vnitřní trh, to jsou všechno negativa, která skutečně volají po akci zejména ze strany EK.

Já jsem byl včera trochu zklamán z vystoupení paní komisařky, pevně věřím, že si Komise uvědomí, kolik statisíců spotřebitelů, řekl bych i miliony podvedených rodin, dnes upírají své zraky k EK a pevně věřím, že Komise bude jednat.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Madame la Présidente, chers collègues, le trafic d'animaux gangrène l'Europe depuis des années. Il est, selon Interpol, le troisième au monde, juste derrière le trafic d'armes et le trafic de drogue. Depuis les années 2000, l'essor des animaleries, des annonces en ligne et des réseaux sociaux, la situation s'aggrave chaque jour un peu plus.

D'après l'ONG Four Paws, environ huit millions de chiots sont nécessaires chaque année pour satisfaire la demande européenne en ligne et le marché génère plus d'un milliard d'euros de revenus. Les grands perdants, ce sont les animaux. La plupart sont élevés illégalement et en batterie par des filières organisées, dans des conditions indignes. Ce sont des femelles traitées en machines à reproduire jusqu'à épuisement, ce sont des dizaines de milliers de petits chiots et chatons arrachés bien trop tôt à leur mère, peu ou pas soignés, pas vaccinés, élevés parfois sans égard pour leurs besoins de base avant d'être transportés à travers l'Europe dans des conditions auxquelles certains ne survivent tout simplement pas.

Il est plus que temps que nos pays se dotent d'un système d'identification obligatoire et harmonisé pour contrer les trafiquants. Il est plus que temps d'encadrer les ventes d'animaux sur l'internet comme une première étape vers, nous l'espérons, leur interdiction pure et simple. C'est pourquoi j'ai voté pour cette résolution.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Madam President, two weeks ago, I had the pleasure to organise a debate in my hometown of Arad, Romania, regarding this issue, with animal lovers. I am glad to see that pets, our best friends, have come to the attention of the European Union and that today we are voting on a motion on this.

It is time that we stopped the illegal pet trade. Trade in cats and dogs must have at the centre the welfare of the animals and the joy they bring to their new owners, not just financial gain. They become part of our families. They are not just objects to buy. Because of that – because of the role they play in our lives – I think it is time to do much more for them. We cannot stop at regulating the trade. We need to consider the lives of the pets too. There are many dogs and cats that are abandoned when humans do not want them anymore. It is a sad reality and any NGO dealing with abandoned pets can give you many sad details about this ugly side of being a pet. This must be regulated, too.

What do we do with the litters of the dogs that the owners do not want? What do we do with the kittens found in sealed bags, discarded at the side of the road? They are not in the trade market. We have to think of European legislation to protect them, too. These unwanted puppies and kittens also deserve our attention. We should be doing something for them.

*
* *

Elnök asszony. – Most megadnám a szót Thierry Mariani-nak, aki Glucksmann úrnak még a szavazás előtt elhangzott felszólalására szeretne egy személyes megszólalást.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, j'aurais préféré répondre à cette mise en cause personnelle juste après les propos de M. Glucksmann, mais merci de me donner la parole, même si l'hémicycle est un peu clairsemé.

Cela m'aurait permis de m'excuser pour une maladresse que je regrette sincèrement, en ce qui concerne les tout derniers mots de mon intervention d'hier. Comme en témoigne la vidéo, je parlais sous la pression logique du marteau qui signalait la fin de mon temps de parole. Je ne lisais plus mon texte et je regrette sincèrement d'avoir parlé de « rebelles » au lieu de dire « l'élimination des terroristes ».

Cela dit, ces propos ne sont en rien des propos de haine et je pense en conclusion qu'il est temps de reconnaître qu'il n'y a plus de rebelles depuis longtemps, mais des islamistes dans cette région. Je laisse le dernier mot au rapport de l'ONU qui disait, en juin dernier: « Idlib est désormais le plus grand dépotoir de combattants terroristes au monde ».

Je vous réitère mes excuses sincères.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Az ülést 14.17-kor felfüggesztik)

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

14. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.03)

15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

16. Ein soziales Europa in einer digitalisierten Welt (Aussprache über ein aktuelles Thema)

President. – The next item is the topical debate (Rule 162) on A Social Europe in a Digital World (2020/2550(RSP)).

I would like to inform Members that for this debate there is no catch-the-eye procedure and that no blue cards will be accepted.

Ismail Ertug, author. – Madam President, first of all, thank you for this opportunity. I guess that digital technologies provide us with a big opportunity of possibilities at our fingertips and never before have people had so many opportunities to learn, to communicate, to participate or to create. Unfortunately, a lot of Europeans still lack the necessary digital understanding and skills in order to fully embrace the opportunities of the digital revolution.

Yesterday, we celebrated the Safer Internet Day, but one day a year might not be enough to stress the importance of media competence and safety. European education systems, therefore, must be modernised across Europe to prevent a digital divide in society. I would like to thank, in particular, the Finnish Presidency at that time for providing European citizens with free access to online courses on artificial intelligence (AI). AI can have enormous benefits for people and society, but we have to put humans – and this is important for us – in first place.

Employment and social policies must keep pace with the digitalisation of our labour markets. We need a social contract for the new world including minimum wages, strengthening collective bargaining and, in particular, the right to disconnect. We need, also, to create fair working conditions for workers, no matter whether offline or online. And we have to tackle the tech giants, their abusive market-dominant power and create a level playing field and taxes should be paid where profits are generated.

The European Union needs to have a new legal framework on artificial intelligence and robotics, including a guarantee for upholding fundamental rights. The EU Commission will present the White Paper on AI next week. It should tackle this ethical aspect of AI, legal safeguards and liability. The algorithms must be free of bias. AI must not discriminate on the grounds of gender or ethnicity, and we say, 'No AI without ethics'. Therefore, we urge the European Commission to come forward with a regulatory framework for this. Large sets of data are key for AI applications. They will fuel them.

Cambridge Analytica and Clearview – these companies are the most prominent examples for the invasive use and abuse of their personal data. Voter manipulation and deepfakes, for example, are serious threats to our democracies.

The digital revolution is nothing new, and it has been going on for years, but we constantly need to find new answers to the new technologies. Just a reminder, the General Data Protection Regulation (GDPR), for example, took almost six years from the start until adoption and this shows us that artificial intelligence, surveillance and facial recognition are already rolled out across the European Union and we need to hurry up in structuring them.

It is our duty as the European Parliament and representatives of the people of the European Union to make sure that nobody is left behind. The European digital agenda must be based on our European values and should offer opportunities for everyone.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, thank you for the opportunity to participate in this debate today. It is indeed important to reflect on how the Union can, within its competences, help to ensure that an increasingly digitalised Europe remains recognisable as the social Europe we know.

Our social market economy is our competitive advantage globally. We need to defend it but also to adapt it to the changing world. Digitalisation is a broad and cross-cutting transformation process which presents opportunities and risks. It can be an engine for innovation and the creation of new quality jobs. It can increase labour productivity. It can enhance the well-being of workers, thereby also contributing to the reconciliation of work and private life. It can also offer new opportunities to people from vulnerable groups, including persons with disabilities.

As with any change, however, there are also risks which we need to be aware of. The EU stands at the forefront in efforts to ensure that technological developments result in social equitable benefits and in protecting those at risk of falling behind. EU Member States played an important role in the 2019 ILO Declaration on the Future of Work, which they promptly endorsed and promoted.

Today I would like to address three aspects related to digitalisation, which we can already see will have a significant impact on our lives: first, required skills; second, the platform economy; and third, the broader social impact of digitalisation.

On skills: the impact of digitalisation on the labour market is twofold. First, it increases the demand for highly-skilled workers and other workers with the right skills. Second, certain jobs change significantly or even disappear. This risks increasing structural unemployment, creating new inequalities and leading to the polarisation of the labour market due to a loss of intermediate-level jobs. We already observe a skills mismatch today with the skills shortage, notably in ICT but also in related fields like engineering, mathematics, science and technology. In these fields, we also observe a high gender imbalance. This is likely to get worse if we do not react.

To face this, we need to take into account the impact of the digital revolution over the whole human life cycle, from early childhood to old age. No one should be left behind, and well-being is an important factor in this regard. Both women and men are needed to fill the shortage in ICT skills across all occupations and sectors. Education and training systems should systematically prevent and combat stereotypes and discrimination. Collaboration between all stakeholders is vital for the successful management of tomorrow's job requirements. The social partners play a crucial role in this process, helping to maintain the adaptability of the labour force.

Regarding the platform economy, we all struggle to clearly define what is meant by this widely-encompassing term. Digital platforms bring service providers and their customers into direct contact. Many platforms work with people who are formally self-employed but who depend economically and organisationally on the platform. This form of organisation often has a negative impact on the level of pay, social protection, occupational health and safety, the right to paid leave, and other aspects. Effective social dialogue at all levels and a balance in the bargaining power is indispensable for securing a fair and equitable future of work, but it is difficult for platform workers to organise their presentations, as they often do not know each other.

The Council has already addressed a number of issues related to new forms of work. Decent working conditions must be ensured for all, regardless of changes in employment patterns and, where necessary, by adapting the national legislative frameworks. At Union level, a first step has been made with the Directive on Transparent and Predictable Working Conditions adopted in June last year, which notably protects on-demand workers.

The Recommendation on access to social protection for workers and the self-employed, adopted by the Council in December, makes explicit reference to platform workers. It recommends that Member States provide access to social protection for all, including the self-employed. The Council also highlighted that social protection policies should be balanced with making work pay policies. In this regard, it is important that people in a non-standard employment relationship can also benefit from collective bargaining.

On a number of occasions, the Council has made it clear that workers in new forms of work should also be adequately protected in terms of occupational health and safety, irrespective of the size of the enterprise or the type and duration of the employment relationship. The Council also stressed the need to ensure an effective implementation and enforcement of EU law on working conditions and health and safety, including for new forms of work. A better understanding of platform work is a prerequisite for defining further policy responses. In this respect, we look forward to the platform work summit organised jointly by the future German Presidency and the Commission in October 2020.

Thirdly, and finally, regarding the social impact, changes related to digitalisation have different impacts on different actors. On one hand, people can organise their work more flexibly and, on the other hand, face-to-face interactions decrease and constant connectivity means that people can never truly disconnect. New job opportunities can be created, for example for rural populations or people with disabilities. Working people have access to better tools to perform their jobs more efficiently. At the same time, employers are provided with better tools to monitor and optimise output efficiency.

To conclude, technological development is inevitable and should be embraced. Fostering the development of new technologies will give us more control over the direction it takes, to make it more ethical and human-centred. As policy-makers, we should be aware of the full picture and make informed decisions, without forgetting that our social market economy remains one of our strongest assets.

Nicolas Schmit, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, la transformation numérique va avoir, est déjà en train d'avoir, des répercussions sans précédent sur nos économies, nos sociétés, notre façon de travailler, de communiquer, de consommer.

La question de l'emploi est sûrement au centre des interrogations. Combien d'emplois vont disparaître, remplacés par des robots? Ce qui est d'ores et déjà certain, c'est que la majorité des emplois vont être transformés. De nouveaux emplois vont apparaître quand d'autres disparaîtront ou connaîtront de profonds bouleversements.

Il est prévu que l'intelligence artificielle et la robotique créeront à elles seules près de 60 millions d'emplois dans le monde au cours des cinq prochaines années et déjà aujourd'hui, cela a été mentionné, près d'un million d'emplois TIC sont vacants, faute de candidats ayant les bonnes qualifications. C'est d'ailleurs le principal souci de nombreuses entreprises, surtout de PME, qui ne trouvent pas de personnel qualifié. C'est aussi un défi majeur pour nos politiques de l'emploi et de qualification.

We have acted on the green transition by launching the Just Transition Fund for regions and people most affected by these changes. Likewise, we need to strengthen much more our employment and social policies to anticipate and manage the disruptive changes expected from digitalisation. There are – and it has been already mentioned – a lot of very good opportunities, but there are also risks of widening inequalities and more precariousness. Over 90% of jobs now require some level of digital skills, as does participation in society at large, yet 43% of the EU population have an insufficient level of digital skills and 17% have none at all.

Next month we will propose a new skills agenda to address the skills challenges through concrete instruments and this challenge is huge because, according to a lot of forecasts, about half of the European workforce, meaning more than 120 million people have to be re-skilled or upskilled.

So, we have three major aims. The first one is engaging employers to upscale their training provision, and for that purpose, we want to launch a skills pact committing companies, committing the business community to invest in their workforce.

Second, we have to step up public and private investment in training according to this need I just mentioned. And third, we have to empower people to invest in their own skills and qualifications.

Many of our initiatives post 2020 will address these challenges linked to digitalisation. The European Social Fund Plus (ESF+) will support projects, such as the creation of e-schools with digitally trained teachers or training unemployed people for ICT jobs. And I'm working on a reinforced Youth Guarantee to provide a much stronger coverage of digital skills.

Non-standard forms of work are on the rise, and come with flexible but also very often with inadequate working conditions, insufficient access to social protection, decreased coverage by social dialogue and absence of a right to collective representation. This challenges our labour laws and social protection systems and calls for a rethink of existing models to match the needs of old and new work arrangements and ensure decent working conditions, inclusion and high level of social protection. The digitalisation is changing notions of work of employer-employee relationships and of workplaces and it is absolutely indispensable that we create some clarity in this new world of work.

New technologies also blur the lines between work and private life. This creates new physical and mental health risks and, therefore, the right to disconnect has to be dealt with. The use of data in employment has led to new algorithm-based management and an increased profiling in social protection provision. These can improve productivity but also increase control on individuals and surveillance of workers' performance. It raises questions of protection of personal data; we should pay attention to this in the context of the regulation of artificial intelligence.

We need accessible and interoperable digital technologies in order to exploit the potential of digitalisation to increase the autonomy of persons with disabilities and to boost their participation in society and the economy. The digital transformation must also be an opportunity in the context of the demographic challenges we face in particular in relation to our aging population and the existing rural and remote areas.

We also should devote special attention to the gender gap that exists in the digital world. Europe has to be a competitive and innovative player in the digital economy. New initiatives on the Digital Services Act and artificial intelligence will play a key role, while also addressing risks of bias and discrimination.

On 22 September I'm organising together with Executive Vice-President Vestager, a summit on platform work where we discuss how to improve working and social conditions on online platforms. Beyond this, we have launched the process leading to an action plan on the European Pillar of Social Rights, because the principles of the pillar should also apply fully to the new digital world of work. The pillar frames our social strategy to make sure that the transition towards a digital and climate-neutral society is socially fair and sustainable.

Dennis Radtke, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erstmal beim Kollegen Ismail Ertug bedanken, dass er das Thema hier heute auf die Agenda gesetzt hat und damit sozusagen auch nochmal die Verknüpfung der sozialen Dimension und der Diskussion, die wir hier über das soziale Europa führen, mit diesem wichtigen Thema, der Digitalisierung, herstellt. Ganz herzlichen Dank dafür.

Ich teile vieles von dem, was hier schon vorgetragen worden ist. Bei den Diskussionen, die wir jetzt noch zu führen haben, dürfen wir nicht übersehen, dass wir in den letzten 20 Jahren fundamentale Umwälzungen in der Arbeitswelt innerhalb der Europäischen Union erlebt haben: auf der einen Seite Arbeitsverhältnisse, die sich total verändert haben – Stichwort Arbeit auf Abruf, aber auch *crowd worker* und *click worker* –, aber auf der anderen Seite haben wir mittlerweile an vielen Stellen eben auch eine ganz andere Art und Weise zu arbeiten. Wir alle haben diese Geräte in unseren Taschen, und wir alle wissen, wie schwierig es ist, wenn man solche Geräte in der Tasche hat, irgendwann auch mal Feierabend zu haben und irgendwann auch mal abschalten zu können.

Mir ist ganz wichtig bei den Diskussionen, die wir jetzt führen, dass wir auf der einen Seite die Chancen, aber auch die Risiken ganz nüchtern und sachlich bewerten und schauen, wo wir eingreifen müssen und wo wir unterstützen müssen. Denn für mich ist klar: Egal ob es um Technik geht, ob es um Wirtschaft geht – und die Chancen sind, finde ich, auch gerade zutreffend dargestellt worden –, beides hat eine dienende Funktion dem Menschen gegenüber. Das muss auch das Leitmotiv für unsere politische Arbeit auf diesem Feld sein.

Agnes Jongerius, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, over 10 jaar ziet het werk van mensen er totaal anders uit dankzij digitale technieken die we nu nog niet eens kennen. Dat kan heel veel kansen bieden, maar dan moeten we de veranderingen wel de goede richting op duwen.

Nu al vragen platformwerknemers, zoals de Uberchauffeurs in Amsterdam, om een eerlijk inkomen. Ze vragen om normale arbeidstijden en ze vragen om invloed op de *ratings*, want bij één slechte *rating* – weten zij – zijn zij de sjaak. Zij weten wat het betekent als algoritmes je werk bepalen.

Het kan ook anders. Daarom moeten we in Europa inzetten op digitalisering waarbij het om mensen draait, met goed werk en met een fatsoenlijk inkomen. We hebben sterke en sociale Europese regels nodig voor de platformeconomie en we willen over die regels heel graag afspraken maken op de *Platform Work Summit* die aangekondigd is voor 22 september.

Dragoş Pîslaru, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, we Europeans believe in democratic values and a citizen-oriented democracy means an inclusive society in which citizens have access to and benefit from the opportunities offered by the EU. We owe this to our citizens. The European Union is well known as a champion of legislation, regulation, directives that have brought positive changes alright, but this time law is not enough. It must be accompanied by concrete action for a bold objective to transform the EU into a champion of innovation in digital. Alas, we are lagging behind. We cannot do this when almost one out of five EU citizens had no digital skills in 2017 and the situation is no different now.

Digital literacy and skills are key pillars of adapting European citizens to a labour market that is constantly transforming and changing our work arrangements. This is the priority, the key priority of today and tomorrow. We need to answer the daily concerns of European citizens by providing them ways of adapting to the new challenges and opportunities to develop new skills and access to the labour market. The question is how, and the best way we can do this is by literally investing in people this time. We need investments that can bring together expertise and capital from the public, private and non-profit sectors together in order to ensure the digital transformation that we want to put forward is paving the way for all citizens to achieve a high level of well-being and overcome inequalities of technological use at EU level. What if we established an EU public-private fund that will invest immediately and massively in digital literacy and skills, based on the principle of social impact investment? We have investEU. We have the private sector recognise the importance of digital education. What do we wait for? The impact is also easy to monitor the measure. I launch hereby, a call for action to invest in digital education for a more competitive and social Europe and thus expanding opportunities provided by digital technology so that the children of today successfully shape the renewed digital Europe of tomorrow.

France Jamet, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, une Europe sociale dans un monde numérique: il est étonnant que tout le monde, ici, ait pris le parti de ne pas parler tout simplement de l'Europe sociale avant d'aborder le monde numérique. Est-ce que cette Europe sociale existe? Je le sais, parce qu'ici tous mes collègues de la commission «Emploi et affaires sociales» sont présents.

Nous savons, par exemple, que la coordination des systèmes de sécurité sociale est particulièrement difficile et je sais que certains, ici, pensent que la numérisation de nos données serait la panacée. Moi, je dirais qu'effectivement, l'intelligence artificielle et la robotique présentent des risques et qu'il faut absolument adopter un cadre réglementaire. Mais je voudrais vous mettre en garde sur de tels projets qui porteraient gravement atteinte à nos souverainetés nationales. De tels projets où la protection des données est d'autant moins assurée que l'Union européenne a fait l'impasse sur la souveraineté numérique et nous a rendus totalement vulnérables face à la Chine et aux états-Unis. J'ajouterai que le principe du consentement à la collecte des données de nos travailleurs, assurés sociaux ou retraités est gravement remis en question. Cela pourrait dériver vers un flicage systématique, vers un trafic des données à caractère commercial, ou pire.

Alors oui, nous devons œuvrer et aller vers une coopération entre les États et une numérisation et faire des efforts en ce sens, mais mes chers collègues, nous sommes aujourd'hui confrontés à des défis autrement plus immédiats et plus profonds, comme le dumping social, le dumping fiscal ou les dérives du mondialisme. Avant tout, réglons là l'essentiel, c'est ce que nos compatriotes attendent.

Alexandra Geese, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Sie haben das gerade schon kurz angesprochen: Digitale Technologien benachteiligen immer häufiger arme Menschen. Weltweit werden wir alle zunehmend überwacht. Besonders perfide trifft es aber Menschen, die auf Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind. In Europa wurde einem solchen System letzte Woche gerichtlich ein Ende gesetzt – wegen Menschenrechtsverletzungen. Es handelt sich um das niederländische SyRI-System, das vorhersehen soll, bei welchen Sozialhilfeempfängern eine höhere Wahrscheinlichkeit für Betrug besteht. Dazu werden umfassende, sehr persönliche Daten zusammengeführt und mit einem geheimen Algorithmus ohne demokratische Kontrolle analysiert.

Aber der Sozialstaat heißt doch sozial, weil er für die Menschen da ist, und digitale Systeme, die Menschen demütigen und ausspionieren, haben dort nichts zu suchen. Gegenfrage: Warum ist denn noch niemand auf die Idee gekommen, mal da nachzuschauen, wo dem Staat genau diese großen Summen fehlen, die wir jetzt für Investitionen in digitale Bildung benötigen? Warum nutzen wir künstliche Intelligenz nicht, um Steuerhinterziehung aufzudecken? Die Maßstäbe, die durch ein solches System angelegt werden würden, die brauchen wir jetzt schon dringend.

Elżbieta Rafalska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Ciągłe słyszymy, że w sercu gospodarki cyfrowej musi znajdować się człowiek. Jak pogodzić te ambitne wyzwania związane z nowymi technologiami cyfryzacji i poczucie, że to najlepsze rozwiązanie i zmiany są dobre dla pracownika? To, że robotyka i sztuczna inteligencja to szansa na nowe miejsca pracy, to wiemy, ale musimy też dostrzegać ryzyka. Chcemy też, aby były to miejsca pracy wysokiej jakości oferujące nowe formy zatrudnienia i atrakcyjne miejsce zatrudnienia.

Musimy zadbać o to, by była to szansa dla wszystkich krajów Unii Europejskiej i by wykluczenie cyfrowe nie dotyczyło Europy Środkowo-Wschodniej, krajów będących na dorobku. Unia Europejska musi bardziej wspierać uboższe regiony. Jednak przed tymi zmianami nie ma odwrotu. W gospodarce cyfrowej nie same regulacje, dyrektywy będą rozstrzygające, ale nowa rzeczywistość zawodowa, która będzie gwarantowała ochronę socjalną, dobre warunki pracy i włączenie społeczne.

Leila Chaïbi, au nom du groupe GUE/NGL. – Madame la Présidente, la modernité, ce n'est pas les travailleurs jetables, sous-payés, sans protection sociale. Cela, ça s'appelle le retour au Moyen-âge.

Partout dans le monde, en Espagne, en Belgique et jusqu'en Californie, la justice arrive à la même conclusion: les plateformes numériques trichent et exploitent les plus précaires. Pour la première fois en France la semaine dernière, Deliveroo a été condamnée pour travail dissimulé. En fait, la justice a reconnu que, sous prétexte de liberté et de flexibilité, Deliveroo fraudait le code du travail, en obligeant ses livreurs à vélo à être de faux indépendants plutôt que de leur donner un contrat de travail.

Monsieur le Commissaire, à l'extérieur de ce Parlement, dehors, dans les rues de toutes nos villes en Europe, ces nouveaux forçats du numérique nous regardent, ils vous regardent et ils n'en peuvent plus d'attendre. Qu'attendez-vous, qu'attendons-nous pour obliger les plateformes à reconnaître les livreurs, à reconnaître les chauffeurs comme ce qu'ils sont réellement, c'est-à-dire des salariés? Des salariés à qui nous devons garantir les mêmes protections et le même accès à la représentation collective qu'à tous les autres salariés.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι εκτιμήσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης χαρακτηρίζονται από έντονη ανησυχία για νέα ύφεση και κρίση. Σε αυτό το περιβάλλον, παρουσιάζετε σαν λύση —μεταξύ άλλων— την ψηφιοποίηση της οικονομίας.

Όμως, στα πλαίσια της καπιταλιστικής οικονομίας, αυτές οι καινοτόμες εφαρμογές γίνονται αντικείμενο έντονου ανταγωνισμού μεταξύ ευρωπαϊκών, κινεζικών και αμερικανικών τεχνολογικών κολοσσών, για το ποιος θα προπορευθεί στην κούρσα κερδοφορίας —και με επιδοτήσεις δισεκατομμυρίων ευρώ.

Αντί οι καινοτόμες εφαρμογές να ανακουφίσουν τους εργαζόμενους και να βελτιώσουν τις συνθήκες εργασίας, θα ρίξουν στην ανεργία χιλιάδες εργαζόμενους —σύμφωνα με τις δικές σας προβλέψεις. Θα τσακιστούν μισθοί και θα διαλυθούν ωράρια, συμβάσεις και ασφαλιστικά δικαιώματα. Αυτή η αξεδιάλυτη αντίφαση είναι ιδιον του συστήματος της εκμετάλλευσης που με ζήλο υπερασπιζέστε και το οποίο υπηρετούν η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις της, και στην Ελλάδα τόσο η Νέα Δημοκρατία σήμερα όσο και ο ΣΥΡΙΖΑ προηγουμένως.

Μόνο η εργατική εξουσία και η κεντρικά σχεδιασμένη οικονομία, αξιοποιώντας την επιστημονική και τεχνολογική πρόοδο, είναι αυτή που θα λυτρώσει τους λαούς από τα βάσανα· αυτό είναι το μέλλον της ανθρωπότητας.

Sara Skyttedal (PPE). – Madam President, the European Union is a social success and the single market is the main reason for this. Since my own country, Sweden, entered the Union 25 years ago, we have seen an exceptional increase in our GDP which has given us the opportunity to increase our welfare spending. Our real wages have almost doubled and social protection is at an all time high. The same pattern is also visible in newer Member States. So the EU has a role to play in terms of social welfare, partly through legislative proposals but especially by championing a social market economy that makes the Member States prosper. As we enter a new world of work with opportunities and challenges rising in the wake of digitalisation, we must look at what we have done and ask ourselves how we can do the same again. We should strive for social protection and welfare for our citizens. However, if the EU loses its competitiveness in

the digital era due to bad regulation there will be no jobs to go to, let alone welfare for our citizens.

Alex Agius Saliba (S&D). – Madam President, yes, digital technologies have changed every aspect of our life, including the existing working and business models and the way we communicate with each other. There are no physical boundaries in the digital world, but there are also no clear rules. A few big companies are setting the new digital values and ethics, shaking up existing rules, raising questions of equal conditions, responsibility, safety and protection of employees. It's time that we delivered a strong social dimension and a safe online environment for our citizens. What is not allowed offline should not be allowed online, especially if it is done to the detriment of the people.

New working models in the digital age must not become a synonym for exploitation and surveillance of workers' performance. One way to address this is through the digital right to disconnect. Just like the eight-hour working day, workers and employees should have a mandatory minimum level of digitally disconnected time per day. The Commission must also examine the new digital risks and consequences for the wellbeing of workers, including the issues of additional working hours.

Sylvie Brunet (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Madame la Secrétaire d'État, chers collègues, je voudrais insister sur deux points.

Tout d'abord, une des conséquences les plus visibles de la numérisation dans le domaine social et de l'emploi, nous l'avons dit, est l'apparition de nouvelles formes de travail, notamment à travers le développement des plateformes. Ces plateformes recouvrent en pratique des réalités très différentes, ce qui peut rendre plus complexe notre tâche de législateurs. Nous devons trouver le juste équilibre entre l'opportunité de nouvelles perspectives d'emploi et la protection de ces travailleurs, en leur évitant une éventuelle précarisation.

Je pense, à cet égard, en priorité à leur garantir des conditions de travail décentes, ainsi qu'un accès à la protection sociale – en cas de maladie ou d'accident du travail. Je ne doute pas, Monsieur le Commissaire, que vous allez vous y employer avec détermination. Il nous faut également permettre à ces travailleurs de s'organiser collectivement pour défendre leurs intérêts. Enfin, garantir des possibilités de formation est indispensable pour assurer la qualité de la prestation de services et des perspectives de carrière individuelle.

Le second point sur lequel je voudrais insister est le très mauvais positionnement de l'Union européenne en matière de compétences numériques, puisque 40 % de notre main-d'œuvre ne dispose actuellement que de compétences numériques faibles, voire nulles. Il me semble qu'il est temps de mettre à jour notre logiciel de formation. Investissons massivement dans les compétences numériques! Il y a urgence, notamment sur la huitième des compétences clés, qui est la compétence numérique. Pourquoi pas un passeport numérique dans l'Union européenne, qui serait visible et sur lequel il faut que nous investissions massivement.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, à l'heure de la 5G, certains territoires dans la France périphérique n'ont pas encore accès au monde du numérique. Qu'a fait l'Union européenne? Sur ces sujets comme sur tant d'autres, elle est très en retard et son fonctionnement actuel ne lui permet pas de servir les nations. Retrouver une Europe des nations, qui propose une politique sociale vis-à-vis du monde numérique dans l'intérêt des nations, doit être aujourd'hui une priorité. À l'inverse de l'Union européenne actuelle, qui agit dans une logique de libre-échange toujours moins juste et toujours moins égalitaire.

L'Europe sociale que nous voulons, c'est une coordination entre les nations européennes et une égalité entre les territoires. Le mondialisme prôné dans cette assemblée, qui concentre toutes ses activités dans quelques métropoles, nous n'en voulons pas, nous n'en voulons plus. Nous opposons à votre ultralibéralisme le juste échange. Nous opposons à votre concentration urbaine le localisme de proximité. Tout cela dans une Europe démocratique et moderne, qui s'appuie sur le numérique pour faire rayonner les peuples et les nations, à défaut de se soumettre à l'Union européenne et à sa Commission.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Madam President, the Commission has promised us a more social Europe time and time again, and if we want to deliver on these promises we need to look at the real life effects the digital economy has. Finding an affordable place to live has become nearly impossible in many European cities. Mayors of major cities such as Amsterdam, Prague and Barcelona have declared that short-term rental platform such as Airbnb and Booking are one of the main causes of the housing crisis we are currently in.

Airbnb wasn't set up to let private investors buy dwellings in big cities to turn them into illegal hotels, but we have moved far beyond the initial idea of the airbed and occasional renting out of a spare room, and due to intensive lobbying European market rules are currently protecting the billions these platforms are making, rather than ensuring that people have an affordable house to live in.

We need to make sure that a social Europe will be at the core of our efforts towards a Europe fit for the digital age, and that this isn't an opening, a back door, for the big corporations to undermine a social Europe.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidenta, hoy podemos reconocer la importancia que tienen las tecnologías digitales en nuestras vidas, el impacto en nuestro modelo productivo y social.

Los Estados tendrán que tomar decisiones importantes para preparar esta transición. La digitalización no puede provocar una deshumanización. Nos enfrentamos a un nuevo modelo laboral. Deberíamos impedir que la automatización provoque la desaparición de un elevado número de puestos de trabajo. La formación de jóvenes y trabajadores debe adaptarse con agilidad y flexibilidad a las nuevas profesiones.

Debemos garantizar una protección real y adecuada a los trabajadores ante estos nuevos retos, a la vez que favorecemos la competitividad de nuestras empresas, sus inversiones y su crecimiento. Tenemos la gran oportunidad de revitalizar las zonas rurales y despobladas mediante el acceso a la digitalización de sus habitantes, para conseguir una mayor cohesión económica, social y territorial.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto è necessario che nessuno rimanga indietro rispetto alle opportunità offerte dalla rivoluzione digitale. Poiché disparità ci sono, dobbiamo intervenire subito affinché l'Europa digitale sia una *chance* per ridurre le disparità, non per aumentarle, e questo vale anche per gli imprenditori, non solo per i singoli cittadini. Si sono creati oligopoli che nella tradizione europea per la libera concorrenza vanno regolati, assicurando che i colossi del digitale paghino le tasse ed evitando concentrazioni eccessive e un tipo di concorrenza sleale, penso specialmente al commercio digitale nei confronti dell'economia tradizionale.

Infine, medicina digitale, agricoltura, informazione: nei prossimi anni dovremmo essere in grado di utilizzare il digitale per tutelare meglio la salute, per implementare la produzione agricola e certificare provenienza e qualità dei nostri prodotti e combattere le *fake news*, poiché è vero che una bugia in rete può viaggiare più rapidamente, ma altrettanto rapidamente può essere smascherata e abbiamo il dovere di creare strutture e sistemi in grado di farlo in maniera veloce, continua ed efficace.

David Casa (PPE). – Sinjura President, it-teknoloġija qed tbiddel il-mod ta' kif nahdmu, kif nistudjaw, kif nitharrġu. Qed tohloq ukoll tipi ta' xogħlijiet ġodda u l-konnettività tagħtina opportunitajiet ġodda, imma tfisser ukoll sfidi ġodda għalina.

Id-Direttiva tal-bilanċ bejn il-hajja u x-xogħol li nnegożajt b'suċċess fil-legiżlatura li għaddiet tindirizza dan l-iżvilupp kollu. Se tkun aktar faċli għan-nisa li jidhlu u jibqgħu fid-dinja tax-xogħol biex innaqqsu l-qgħad kif ukoll biex innaqqsu d-differenza gravi li għandna fil-pagi u fil-pensjonijiet bejn l-irġiel u n-nisa.

Jien nilqa' l-impenn tal-Kummissjoni li qed tagħmel l-istrategija, għaliex qed niffaċċjaw sfidi psikoloġiċi f'dak li għandu x'jaqşam mal-użu tal-mobile phones u l-laptops. Id-dritt magħruf bħala r- "right to disconnect" għandu jkun parti minn dan il-proċess.

Għal dawn ir-riskji ġodda l-haddiema Ewropej għandhom ikunu salvagwardjati u jkollna salvagwardji ġodda. U rridu nkunu aħna fuq quddiem biex nassiguraw li d-drittijiet ikunu aċċessibbli għal kulhadd.

Patrizia Toia (S&D). – (inizio dell'intervento senza microfono) ... sarà mantenere nella nuova era digitale di Internet e delle mille applicazioni i valori sociali e democratici europei e dimostrare che il cittadino è il fine di tutto. Questa è la nostra sfida, ma ciò non è scontato. Nuovi strumenti non faranno automaticamente questo salto di qualità. Occorre perciò la politica, la buona politica che orienti e faccia le norme adeguate. Infatti non ci sarà una vera giustizia digitale se i cittadini e i lavoratori non avranno formazione e aggiornamento per le proprie competenze, come ha detto il Commissario, per i nuovi lavori, per i quali dovremmo garantire diritti e condizioni eque di lavoro, penso in particolare ai lavoratori delle piattaforme.

Non ci sarà giustizia sociale digitale se non firmeremo regole minime di responsabilità legale per quegli operatori online che hanno un potere di mercato e finanziario enorme e preoccupante e che non devono diventare i padroni assoluti dei dati disponibili. Non ci sarà giustizia sociale digitale se i giganti del web non pagheranno le tasse sui profitti fatti in Europa, e qui aspettiamo ancora una decisione del Consiglio.

Jordi Cañas (Renew). – Señora presidenta, el 47 % de los empleos actuales probablemente desaparecerá en los próximos 25 años, y el 85 % de los de los empleos del año 2030 todavía no están inventados. Esos son datos —pueden moverse en algunos porcentajes, pero eso es una realidad—.

La economía digital ofrece oportunidades, pero nos ofrece serios riesgos que ya vivimos, entre ellos la brecha digital, una brecha que es de edad, que es geográfica, que es de género, que es social. Y, ante este crecimiento de la desigualdad, ¿qué podemos hacer? Más Europa social, es decir, más educación, más formación, más protección.

Eso significa que tenemos que hacer un acercamiento holístico a la problemática. Nos hemos acercado con el Pacto Verde a una voluntad de transformación de nuestro modelo económico. Qué tal si apostamos por un *social deal*, por un nuevo contrato social que sea capaz de aunar esos cambios y evitar daños colaterales a personas, a millones de ciudadanos europeos que no van a poder, sin ayuda y sin medidas concretas, acogerse a esa transición, a ese cambio, y pueden quedarse atrás. Ese riesgo es un riesgo cierto. Tenemos que hacer lo posible para que no suceda.

Guido Reil (ID). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute über die Folgen der Digitalisierung für ein soziales Europa reden. Die Digitalisierung bringt uns riesige Chancen, aber leider auch große, große Risiken. Wir müssen gewappnet sein, und wir müssen handeln. Wir müssen zum Beispiel in Infrastruktur investieren. Deutschland zum Beispiel hat eines der schlechtesten Mobilfunknetze der Welt. In Frankreich haben 13 - Millionen Menschen noch kein Internet. Wir müssen über Bildung reden. Fast die Hälfte der Bevölkerung der EU ist noch nicht mal in der Lage, mit den digitalen Medien umzugehen. Da muss unglaublich viel getan werden. Und was mir besonders Sorgen macht, sind die Rechte der Arbeitnehmer. Ich möchte hier die Plattformarbeit ansprechen. Also es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen in Arbeitsverhältnissen leben, in denen sie keine Rechte haben, in denen die Arbeitszeitverordnung nicht gilt, in denen es keine Mitbestimmung gibt, in denen es keinen Kündigungsschutz gibt. Also es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Raffaele Stancanelli (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Internet in generale da semplice infrastruttura di comunicazione è divenuto un fenomeno di massa d'interesse sociologico. Stiamo vivendo un'era di trasformazione digitale che sta cambiando le nostre abitudini, innegabilmente semplificando la nostra quotidianità ma celando alcuni aspetti che se non monitorati costantemente possono avere ripercussioni negative.

La semplicità con la quale condividere e rendere accessibile qualsiasi tipo di contenuto è un'arma molto potente per chi vuole approfittare di situazioni poco regolamentate e facilmente manipolabili. Per questo dobbiamo impegnarci in un costante controllo di tutte quelle applicazioni tecnologiche, nonché dei contenuti digitali, che potrebbero mettere in pericolo la libertà individuale. Pertanto, è di vitale importanza che l'ordinamento giuridico predisponga norme chiare che garantiscano la libertà del cittadino per non sacrificarla con mere regole artificiali.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, de digitale kloof verschuift steeds meer van wie wel of geen internet heeft naar wie er wel of niet mee kan werken. De digitalisering werkt als een speedboot: e-learning, e-banking, e-commerce, e-government, ... als we niet achterom kijken, vallen er mensen uit de boot. Wie niet snel genoeg is, haalt hem niet in.

We denken vaak spontaan aan mensen met lage scholing of een gebrek aan financiële middelen die daardoor de digitale boot missen, en terecht: de digitale kloven zijn zeer uitgesproken en moeilijk te dichten. Maar de uitdagingen gaan nog verder dan dat. Vandaag is mijn garagist een computerspecialist, de jeugdzorgwerker een data-analist. Meer dan negen op de tien nieuwe jobs vragen digitale vaardigheden, maar 40 % van de Europeanen is niet of onvoldoende digitaal geterd. U heeft de cijfers zelf aangehaald.

Daarom moet het digitale actieplan van de Europese Commissie investeren in computer- en internetvaardigheden van de mensen en in alternatieven voorzien. Het Europees Sociaal Fonds moet inzetten op digitale opleidingen, ook op onverwachte plaatsen, en we moeten klaarstaan met het Globaliseringsfonds om wie zijn job door digitalisering verliest naar een nieuwe baan te helpen.

Het Europees Parlement heeft het begrepen. De Commissie duidelijk ook. Hopelijk volgt de Raad ook.

Tiemo Wölken (S&D). – Frau Präsidentin! Wenn wir über die sozialen Aspekte der Digitalisierung sprechen, denken wir im Kontext oft an die Frage: „Ist das Internet ein öffentlicher demokratischer Raum?“ Aber es geht eben nicht nur um die Frage der Freiheit im Internet, sondern auch gerade um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Soziale Gerechtigkeit im Internet bedeutet für mich in erster Linie Schutz von digitalen Grundrechten. Und da gibt es einiges, was wir gemeinsam tun können: Wir müssen die digitale Zeitsouveränität der arbeitenden Menschen stärken, mehr Zeit für Familien einräumen; das kann die Digitalisierung machen. Wir müssen digitale Plattformen in die Pflicht nehmen; sie können sich nicht darauf zurückziehen, dass sie keine Verantwortung für die Menschen haben, die für sie arbeiten. Und wir müssen die Gewerkschaften europaweit vernetzen; auch das geht über digitale Kanäle viel besser. Ein digitales Europa ist dann ein soziales Europa, wenn wir die Tarifparteien in der Europäischen Union stärken und nicht nur die Profite der großen Konzerne maximieren, und da haben wir jetzt die Gelegenheit, in dieser Periode in allen Ausschüssen – vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz bis zum Rechtsausschuss – gemeinsam daran zu arbeiten.

Karen Melchior (Renew). – Madam President, the digital world, the internet, has been removing barriers to work and been removing the power of gatekeepers through many decades now. Digitalisation has provided for more opportunities, more power for the individual and more possibilities. It is also the opportunity to specialise, even in rural areas, to create your own job, to seek your own opportunities where it would not have been possible before. This requires, however, that we have a high-quality internet provided in these areas.

That is why we need to extend the network services also in rural areas, so that we provide greater opportunities for the individual to create their own jobs and their own opportunities. We need to remember to embrace the opportunities of digitalisation and not only focus on the challenges, because a digital social Europe is the future and that's what we will be creating together.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, θέλω πρώτα από όλα να ευχαριστήσω και να καλωσορίσω όλους αυτούς τους νέους ανθρώπους που βρίσκονται γύρω μας. Αυτοί είναι το μέλλον της Ευρώπης· γι' αυτούς αγωνιζόμαστε.

Το θέμα της ψηφιακής μετάβασης είναι σημαντικό, διότι μπορεί να διευκολύνει τις ζωές όλων. Ζητούμενο είναι, μέσα από τις νέες ψηφιακές τεχνολογίες, να απλοποιήσουμε τις διαδικασίες προς όφελος του πολίτη και να διασφαλίσουμε ισότιμη πρόσβαση για όλους και ιδιαίτερα για τα άτομα που κινδυνεύουν από τη φτώχεια και τον κοινωνικό αποκλεισμό. Είναι μια ευκαιρία που δεν πρέπει να χάσουμε, ώστε να εντάξουμε καλύτερα στην αγορά εργασίας και τα άτομα με αναπηρία. Να ανοίξουμε νέες θέσεις εργασίας. Είναι μια ευκαιρία που δεν πρέπει να χάσουμε και για να ενισχύσουμε την υγειονομική περιθάλψη. Τα κράτη μέλη οφείλουν να προωθήσουν πολιτικές που θα καταστήσουν τις δημόσιες υπηρεσίες πιο φιλικές προς τον χρήστη, αντιμετωπίζοντας δυναμικά τη γραφειοκρατία. Οι μισοί πολίτες μας εξακολουθούν να μη διαθέτουν βασικές ψηφιακές δεξιότητες. Αυτό που οφείλουν τα κράτη μέλη είναι να προσαρμόσουν τα εκπαιδευτικά συστήματα στις νέες προκλήσεις, ώστε να μειωθεί το χάσμα που υπάρχει σήμερα στην Ευρώπη.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Digitaliseringen rummer mange nye muligheder. Den ældre borger, der falder på gulvet i badeværelset, kan få hjælp ved, at gulvet kalder på hjælp. Eller hvis vi kører i bil, og der er kø, kan vores bil komme uden om køen. Eller vi får mulighed for at få adgang til offentlige services klokken tre om natten. Det er rigtig dejligt, men der er også udfordringer. Vi ved, at rigtig mange arbejdstagere ikke har tilstrækkelige kvalifikationer til dette, og i øvrigt heller ikke tilstrækkelige rettigheder, især hvis de er platformsarbejdere. Det skal vi gøre noget ved. Vi skal også sikre, at borgerne ikke får invaderet deres privatliv i takt med, at vi genererer stadig flere data. Og så skal vi i øvrigt sikre os, at forbrugerne forstår, hvad der ligger til grund for de forbrugsvalg, de bliver stillet over for på nettet. Der er meget, vi skal gøre, men grundlæggende set handler det om, at vi skal indrette vores digitale samfund efter

menneskers behov. Det er ikke mennesker, der skal rette sig ind efter det digitale.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, la pregunta inicial es: ¿Qué es una Europa social? Pues una Europa social, en esencia, es una Europa en la que todos tienen la capacidad de desarrollarse profesionalmente y personalmente, y en la que nadie quede excluido. Esa es la esencia.

Las tecnologías digitales, precisamente, lo que ofrecen es la posibilidad de que todos puedan cumplir esos objetivos. Ahora bien, ¿qué es lo fundamental para que ello ocurra? Solo hay una respuesta, un concepto, una idea: la formación, la capacitación digital. Hace falta capacitación digital en toda la cadena de valor de la formación. Desde el inicio, los niños, los jóvenes, los que están en las universidades, los que están trabajando, los que no están trabajando y los mayores. ¿Qué hace falta? Hace falta un plan de acción en formación digital que sea contundente, que lo lidere Europa, con objetivos y que sean medibles. Esto va a ser determinante, señor comisario.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, Europa debe prepararse para la revolución digital sin dejar —como se ha dicho— a ninguna persona ni a ningún territorio atrás, ni los rurales, ni los periféricos. La digitalización tiene que beneficiar a todas las personas, contribuir a reducir las desigualdades, mejorar los servicios públicos y crear puestos de trabajo de calidad.

Sabemos que se van a destruir muchísimos empleos, pero también que se van a generar muchos nuevos, sobre todo, por ejemplo, vinculados a la inteligencia artificial, para la que se espera que se creen 58 millones de puestos de trabajo. Pero precisamente en esos sectores digitales faltan las mujeres. Solamente el 22 % de las personas empleadas en esos sectores —usted lo ha dicho, señor comisario: hay una brecha de género muy importante—, solamente el 22 %, son mujeres.

Necesitamos invertir en una formación integral y en una cultura digital que apoye el desarrollo de habilidades y de competencias adecuadas, pero no podemos prescindir absolutamente de ningún talento. Los talentos están igualmente repartidos pero las oportunidades no lo están, y tenemos que trabajar precisamente para que esas oportunidades lleguen absolutamente a todas las personas, incluidas también las mujeres.

Tom Berendsen (PPE). – Voorzitter, digitalisering biedt volop kansen om onze economie en samenleving te versterken. Efficiëntere productieprocessen, betere en betaalbare zorg, veilig verkeer: met digitalisering ligt het binnen handbereik. Maar bij de toenemende digitalisering van onze samenleving moeten we drie zaken goed in de gaten blijven houden.

Ten eerste: er mag niemand aan de kant blijven staan. Mensen moeten meekunnen als hun omgeving digitaliseert. Opleiding en omscholing zijn daarbij van groot belang.

Ten tweede: we mogen niet afhankelijk zijn van andere delen van de wereld voor de ontwikkeling van nieuwe technologie, want we willen technologie op basis van onze normen en waarden. De mens moet centraal staan, niet de techgigant of de overheid die zijn burgers wil onderdrukken.

Ten derde: technologie moet werken voor mensen. We moeten daarom in de digitale strategie een kader scheppen voor wat we wel en wat we niet willen in onze maatschappij.

Niemand aan de kant, geen afhankelijkheid van andere delen van de wereld en technologie die werkt voor mensen. Dan kunnen we mensen beschermen en kunnen we profiteren van de kansen die digitalisering biedt voor onze samenleving en onze economie.

Marianne Vind (S&D). – Fru formand! Den digitale revolution er hurtigt krøbet ind i alle afkroge af vores liv. To procent af den europæiske befolkning får i dag hovedparten af deres indkomst gennem arbejde på digitale platforme, og antallet er i vækst. Overgangen fra analoge til digitale arbejdsformer udfordrer vores traditionelle arbejdsmarkedslovgivning, f.eks. ved mindsteløn, men også ved kollektive aftaler og organisering. Lønninger på platforme afgøres nemlig ikke gennem kontrakter, men ved hjælp af hemmelige algoritmer. Hvis vi skal forhindre, at det for fremtiden bliver Uber eller Deliveroo, der afgør lønvilkårene for Europas arbejdstagere, så skal vi sikre, at myndighederne får adgang til platformenes algoritmer. Det er bydende nødvendigt for at sikre, at Europa ikke blot bliver et digitalt, men også et socialt Europa.

Barbara Thaler (PPE). – Madam President, we heard wonderful speeches earlier so let me boil down the discussion to the essence. As an IT entrepreneur and as a woman, I was more than once on the receiving end of well-intended advice. However, after 15 years, my employees and my company are proving, day by day, that digitalisation is creating jobs and securing jobs.

Needless to say, it also affects very traditional crafts and industries. In my constituency, Tyrol, a carpenter saw these chances, instead of worrying about the risks, and switched the entire production line from analogue to digital. Against all the fearmongering we heard in the past, he did not have to fire his workers. Quite on the contrary, he increased his market share and his workforce. This is the point of view that the economy has and politicians need.

Ibán García Del Blanco (S&D). – Señora presidenta, la digitalización, la implementación de la inteligencia artificial supone una enorme, enorme oportunidad; prácticamente podríamos hablar de un grandísimo salto evolutivo como no ha tenido parangón prácticamente desde la revolución industrial. Pero es evidente también que comporta riesgos, que comporta cambios; y es evidente también que comporta muchos miedos que tienen que ver con el control, que tienen que ver con la pérdida de puestos de trabajo, y hay solo una manera de confrontar esos miedos y subrayar la enorme oportunidad, y así aprovecharla, que es la alfabetización digital.

La alfabetización. Que es mucho más que dar capacidades digitales, que es mucho más que dar herramientas digitales. Significa una aproximación humanística a la cuestión para democratizar también la implementación de cosas como la inteligencia artificial para que las personas, no solo los expertos, sean conscientes de cuáles son esos riesgos, esas contradicciones, esos valores que están contrapuestos, y así tomar mejores decisiones y de alguna forma ser cada vez una sociedad que va más de la mano y de manera más integrada hacia el futuro. Así que yo lo que les pido a la Comisión y al Consejo es que hagan un esfuerzo en ello, en un proceso participado, abierto, en que puedan subrayar y desentrañar ese arcano para transformarlo en algo comprensible y que pueda ser compartido por todos y todas.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the digital world offers people a wonderful opportunity now, both in terms of their leisure and work lives. I have seen in my own country towns like Skibbereen developing digital hubs where people can work from, rather than commuting long distances to cities and so forth, and this is a wonderful opportunity. To do that, and also to work from home, you of course need high-speed broadband and that's a priority right across Europe, which I'm pleased our Government at home has prioritised. Working from home or working close to home means that you are cutting down the time you're commuting, you're also cutting down CO₂ emissions and you have a better work-life balance.

All that's very positive, but it has been pointed out by psychologists that there can be a negative side, where people can suffer psychologically. I think that has to be addressed, particularly in line with the OECD recommendations for the classification of work and also, I think very importantly, for the development of skills. One thing that has emerged is that in Europe, at this minute, there are a million jobs lying idle because we don't have the IT skills. A big challenge for us.

Maria Manuel Leitão Marques (S&D). – Senhora Presidente, quando, em 1834, foi aprovada a lei que criou os comboios na Bélgica, um deputado alertou no Parlamento para o medo que os agricultores tinham que lhes expropriassem as terras, que os cocheiros tinham de perder o seu emprego, enfim, até para os rumores de que o leite chegaria em manteiga ao seu destino.

Parece, portanto, que a transição digital não será pior do que foi a revolução industrial. Mas talvez seja mais exigente.

Em primeiro lugar, a mudança que provoca é muito mais rápida e não tem fronteiras. Em segundo, é muito mais exigente na alteração das competências. Em terceiro lugar, ocorre em sociedades, felizmente, muito mais atentas do ponto de vista social. E em quarto, não se limita à fábrica, toca as nossas vidas todas, as profissionais e as pessoais.

Exige, assim, não deixar ninguém para trás, democratizar o conhecimento e garantir uma distribuição equilibrada dos benefícios financeiros e em tempo livre. É preciso que isso seja feito em grande colaboração entre a política social, Senhor Comissário, e a digital. Como se fosse uma peça composta a quatro mãos com a harmonia semelhante a uma sonata de Mozart.

Paul Tang (S&D). – Madam President, we will witness an historical moment soon. The Commission will present three digital strategies next week, therefore 2020 could very well be the year that gives birth to the digital counter-revolution.

We must decide what digital dignity means in the future. Do we let companies break into our private lives through targeted personalised ads or will we make the brave decision to kill this business model? We must decide how we use data for us, in the public interest. In the Netherlands, Google software is used in 70% of all primary schools. Do we want Google to determine how our children learn or do we want to use data to learn about our children's learning ourselves? In short, we must decide how to defend or to promote the European way of life in a digital era. Let's work on that.

Nicolas Schmit, membre de la Commission. – Madame la Présidente, honorables députés, après avoir écouté vos débats, je constate qu'il y a un très large consensus entre vous, à la fois sur la nécessité de continuer à développer l'économie numérique, parce qu'il n'y a pas vraiment d'alternative pour l'Europe à ce développement, et sur la nécessité d'accorder beaucoup d'importance aux différents aspects, aux différents risques que comporte cette économie, cette nouvelle économie – risques sociaux, risques en matière de protection sociale, risques de voir quelques entreprises contrôler les données.

Il n'y a pas de fatalité entre, d'une part, la promotion de l'économie numérique et, d'autre part, les droits, les protections sociales, les protections en matière de données. Nous ne devons pas simplement subir les développements de la technologie. Nous devons les façonner. Après avoir écouté vos débats, je crois que la Commission est fortement invitée à travailler sur ces deux volets. Il est vrai que nous allons présenter à la fois ce *digital agenda* et, en même temps, lancer des travaux sur les protections et la garantie des droits.

J'ai annoncé que la Commission allait réunir une grande conférence sur le travail sur les plateformes. J'espère que le Parlement y participera – et j'en suis sûr, le Parlement y participera – pour qu'effectivement, le modèle européen en matière de technologies numériques soit un exemple. Nous avons déjà donné un exemple avec la protection des données. Hé bien, nous pouvons aussi donner un exemple en matière de protection sociale, de droits sociaux, pour à la fois promouvoir cette économie et la mettre au service de tous.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, the principles of equality in the labour market, the role of social partners, the improvement of the health and safety of workers and fair working conditions have been time and again reaffirmed in numerous Council conclusions, Parliament resolutions and in legislation we adopt together.

I am, therefore, confident that the EU is on the right track. What we might be lacking are dedicated strategies to set the framework for addressing digital developments but I understand from the Commission that these proposals will be soon on our table. I look forward to the Commission's proposals and I'm confident that we will continue to have a fruitful and good cooperation with the European Parliament on these important matters.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Josianne Cutajar (S&D), in writing. – The digital revolution we are witnessing entails an endless number of opportunities. I believe that everyone should be able to reap the benefits of this new way to conceive our society, our economy and our daily routine: there is still a long way to go and we need to fight to achieve this result. A still relevant portion of the European population still lacks the basic skills to face this digital challenge; women choosing careers in science and technology are still few; many areas of Europe have not yet bridged the digital divide that reduces their economic potential. We need to be vigilant so that inequalities will not increase. The smart use of data enabling AI applications can be either an ally to improve many aspects of our daily life or a setback in the reduction of disparities. No discrimination based on gender, sexual orientation, disability, ethnic or social background should be allowed. The European Parliament is ready to contribute to the upcoming European Data Strategy and to the future AI legislation, but it will be vocal as nobody should be left behind.

Jarosław Duda (PPE), *na piśmie*. – Cieszę się, że przewodnicząca Komisji Europejskiej, przedstawiając plan pracy na rok bieżący, podkreśliła, że transformacja cyfrowa, aby była skuteczna i służyła wzrostowi gospodarczemu i rozwojowi Europy, musi uwzględniać interesy wszystkich grup obywateli, być sprawiedliwa i korzystna dla wszystkich.

Nasze społeczeństwo starzeje się, a w interesie nas wszystkich jest to, aby osoby starsze mogły jak najdłużej pozostawać niezależne, aktywne zawodowo i społecznie. Warto podkreślić, że osoby starsze mają do zaoferowania ogromny potencjał, zarówno w postaci wiedzy, doświadczenia zawodowego i życiowego, zaangażowania obywatelskiego. Są także bardzo ważną grupą konsumentów. Dlatego też planując rozwój Europy cyfrowej, należy wziąć pod uwagę to, aby nowe rozwiązania technologiczne nie przyczyniały się do wykluczania osób starszych, ograniczania ich szans na rynku pracy, samodzielności.

Usługi, w tym także bankowe, muszą być bardziej przyjazne konsumentom i nie ograniczać swojej oferty wyłącznie do osób sprawnie posługujących się aplikacjami mobilnymi. Nowe technologie i sztuczna inteligencja mogą i powinny służyć wyrównywaniu szans i kompensowaniu deficytów związanych z wiekiem lub niepełnosprawnością. Uważam też, że w nowej agendzie na rzecz umiejętności powinien znaleźć się plan działań na rzecz rozwijania umiejętności cyfrowych dostosowanych do potrzeb grup nieuprzywilejowanych, takich jak osoby starsze, długotrwale bezrobotne, osoby z niepełnosprawnościami oraz osoby, które wcześniej opuściły system edukacji.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A digitalizáció kapcsán gyakran csak azt hangsúlyozzuk, hogy a robotizáció veszélyezteti a munkahelyeket, vagy arról beszélünk, hogy a munkavállalók digitális írástudása alacsony. Ez igaz, ezért nagy hangsúlyt kell helyezni a képzésre. Ne feledkezzünk meg azonban arról sem, hogy a digitális világ fejlődése a felhasználóknak anélkül is hozhat kézzelfogható eredményeket, hogy értenék annak működését. Mára megegyezés van abban, hogy a fogyatékossággal élők autonómiáját a megfelelő technológiák javíthatják. Ennek nagyon jó példáját mutatja hazám: Európában egyedülálló, hogy Magyarországon a hallássérült személyek akadálymentesítésen intézhetik ügyeiket a kormányablakoknál, köszönhetően a Siketek és Nagyothallók Országos Szövetsége (SINOSZ) által kifejlesztett KONAKT online videó-alapú jelnyelvi tolmácsszolgáltatásnak.

Emellett a Magyar Vakok és Gyengénlátók Országos Szövetsége (MVGYSZ) gondozásában a látássérültek akadálymentesítését támogató Távszem szolgáltatás is elkészült már. Természetesen nem hallgathatjuk el a magánélettel kapcsolatos kockázatokat sem: az automatikus döntéshozatal alapján félok, hogy a kisebbségek megkülönböztetése beépül az algoritmusokba, mint ahogyan sajnos látunk rossz példát az AI-alapú felvételi eszközöknél vagy a biztosítási vagy pénzügyi szolgáltatásokra való jogosultsági kritériumoknál. Ezeket meg kell előzni, ezért fontos, hogy megfelelő jogszabályi is garanciákat alkossunk. Foglalkoznunk kell a platform munkavállalók helyzetével is: biztosítani kell számukra is a megfelelő szociális védelmet és az a jogot is, hogy kikapcsolják számítógépeiket és pihenjenek.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O Parlamento Europeu tem tido um papel fundamental na definição do enquadramento legislativo para a transição digital e para a transição energética, promovendo uma abordagem articulada e valorizando o impacto social da transformação tecnológica e da modernização dos processos, usando-os como ferramentas de combate às desigualdades e de aumento de oportunidades para os cidadãos europeus.

A introdução da designada Internet das Coisas, com velocidades e capacidades de processamento e transmissão exponencialmente maiores que as disponíveis até hoje, não é apenas um desafio tecnológico ou económico. Ele é mais do que tudo um desafio político e social. Por isso, o debate hoje promovido pelo Parlamento Europeu sobre a dimensão social da transição justa é muito oportuno.

Os valores partilhados no mundo analógico devem ser transpostos para o mundo digital, aproveitando a transição para corrigir distorções. Isso pode ser conseguido através de três linhas de ação estruturantes. Usar o património comum de valores e princípios partilhados como a base de uma prática fundada na ética e na prioridade às soluções para os cidadãos, tornar o acesso à Internet de alta qualidade universal e desenvolver redes de qualificação generalizada das populações para lidar com o novo contexto tecnológico, social, económico e político.

17. Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on Gender Equality Strategy (2020/2515(RSP)).

I remind you that it's possible to request catch-the-eye and blue cards using both the standard registration and the electronic system. Instructions are available at the entrance of the Hemicycle.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you for putting the Gender Equality Strategy on today's agenda. The first months since the start of the Commission mandate I have had the opportunity to meet many of you already. All the exchanges we have had have confirmed that all of us, together, have so much work to do in this area of policy. I am grateful for the support you have shown me and this Commission on many occasions.

The European Union and its citizens need your full support in making Europe an equal place for women and men in all their diversity. Gender equality is a founding principle of the European Union. Europe is a good place to live for many, but it would be an understatement to say that we are still not there yet when it comes to gender equality. Women are still being underpaid compared to men. One in three women in the EU have experienced physical or sexual violence, or both since the age of 15 – and that's millions of women. We cannot accept these appalling inequalities. President von der Leyen, Vice-President Jourová, and the whole College support me and this fight for equality.

Gender equality is a key theme in the mandate of this Commission and the first key milestone will be the launch of the Gender Equality Strategy. The adoption is foreseen for the week of International Women's Day in early March. The strategy will underpin the political commitment to gender equality and support strategic and systematic work for gender equality in the Union and beyond.

We are aiming at an ambitious strategy. In the context of a visible and organised movement opposing progress in women's rights and gender equality which has emerged in recent years in Europe and internationally, it is more important now than ever to restate in the strongest of terms the Commission's continuing commitment to gender equality.

There has been a wide consultation on the strategy, including a public consultation that gathered more than 1 300 responses. As gender equality is a cross-cutting issue, the strategy will strengthen the Commission's dual approach of gender mainstreaming combined with targeted actions on specific topics. We aim to introduce a more systematic approach at an early stage of policy design to include a gender perspective in all EU policy areas. As regards content, we intend to present a positive future-oriented vision for a gender equal Europe – a Europe where women and men, girls and boys, in all their diversity, are free from gender-based violence and gender stereotypes, where they have the opportunity to thrive in the labour market, lead our businesses, politics and participate equally in all sectors.

Important horizontal considerations that will be emphasised in the strategy are challenging gender stereotypes and intersectionality. In terms of topics, the strategy will address the priorities highlighted in the President's political guidelines – increasing women's economic-empowerment by closing the gender pay gap, including by introducing binding pay-transparency measures, getting better gender balance on company boards and improving parents' and carers' work-life balance. We also continue our efforts to combat violence against women. EU accession to the Istanbul Convention therefore remains a priority. If EU accession remains blocked in the Council, despite our joint efforts, we will table legislative proposals to strengthen the Victims' Rights Directive and include or add specific forms of gender-based violence to the list of EU crimes.

We shall also address other important and emerging aspects of gender equality, such as online violence against women or the gender perspective in digitalisation, including an artificial intelligence to avoid bias.

Together with the adoption of the strategy, we will launch a wide-ranging and inclusive consultation process on binding pay transparency measures which we aim to table by the end of the year. I am aware that introducing binding pay-transparency measures can be challenging, and I want to find the right balance for such EU intervention, taking into account the interests of employers, employees and national administrations.

I look forward to hearing your views and discussing with you. I sincerely hope to get your support so we, as the EU, can make the so much needed leap towards a gender equal Europe in a more gender equal world.

Cindy Franssen, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, vooreerst wil ik de voltallige Commissie bedanken om gendergelijkheid zo hoog op de Europese agenda te plaatsen. Gendergelijkheid is een van de fundamentele waarden waarop deze Europese Unie is gestoeld. Welnu, een score van 67.4 op de laatste Europese genderindex toont aan dat we er nog lang niet zijn. We vragen dan ook een ambitieuze strategie die sterke stappen vooruitzet.

Talenten van vrouwen zijn nog steeds een onderbenutte bron van expertise, creativiteit en veranderende kracht. Een allesomvattende genderstrategie stroomlijnt het beleid rond drie belangrijke assen: kansen creëren voor vrouwen, vrouwen aan boord houden in een snel evoluerende wereld – denken we hierbij aan de digitalisering, migratie en klimaatverandering, en we moeten bovendien rekening houden met de nieuwe vormen van arbeid zoals platformwerkers. En ten derde, aandacht hebben voor de kwetsbare positie van vrouwen.

Daarom moeten we sleutelen aan die nieuwe genderstrategie die de lijnen voor de komende jaren uitzet voor een gendergelijk Europa. Dit betekent concreet het wegwerken van de genderloonkloof en de genderpensioenkloof. Vrouwen economisch versterken en de armoede wegwerken. Het promoten van vrouwelijk ondernemerschap, de strijd tegen geweld op vrouwen, het doorbreken van genderstereotypen en de verdere implementatie van de sociale pijler, met in het bijzonder de richtlijn betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven. Het is slechts een greep uit de concrete maatregelen.

Eén ding is zeker: een Europese Unie die vrouwen de kansen geeft die ze verdienen, zal socialer, veerkrachtiger en sterker zijn.

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kommissarin Dalli, Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es um wirkliche Fortschritte für die Gleichstellung in Europa geht. Zu meiner Vorrednerin möchte ich nur sagen: Frauen sind nicht schwächer, sondern sie werden geschwächt – von Systemen, von Regeln, von Traditionen. Sie werden geschwächt, wir sind nicht schwächer. Aber diese Schwächung kommt von außen.

Wenn wir jetzt auf die Strategie blicken, die hoffentlich jetzt – nach fünf Jahren Abstinenz – wieder in Europa Einzug hält, dann haben wir ganz klare Forderungen: Wir möchten eine neue, eigenständige, ambitionierte Strategie. Wir möchten eine Strategie mit einem klaren Aktionsplan. Wir möchten klare Fortschritte sehen. Wir wollen keine Rückschritte sehen, und wir wollen vor allen Dingen keine Angriffe auf Frauenrechte. Wir wollen die Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellen und alle Formen der Diskriminierung beenden. Und wir wollen es – wie es die Kommissarin auch betont hat – in allen Politikfeldern, nicht nur in Politikfeldern, die uns zugewiesen werden. Wir wollen es im Außenhandel, in der Steuerpolitik, in der Digitalpolitik, in der Umweltpolitik, im Budget, in der Forschung, bei Agrar und so weiter und so fort. Gender Mainstreaming betrifft alle Politikfelder, deshalb wollen wir auf allen Politikfeldern gesehen werden und berücksichtigt werden.

Ich möchte nicht zu den Hauptthemen – Prävention und Kampf gegen die Gewalt an Frauen – sprechen, ich möchte nicht das Hauptthema Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder den Arbeitsmarkt oder die sexuellen Rechte ansprechen. Ich möchte ein ganz anderes Thema in den Mittelpunkt stellen. Dieses Thema, das ich in den Mittelpunkt stellen möchte, ist die Verbindung von Gleichstellung und Demokratie. Und hier, Frau Kommissarin, stehen wir an einem ganz, ganz wichtigen Punkt. Wir fordern, dass es eine Studie gibt, die die Auswirkungen von nationalistischen Politiken auf die Gleichstellungsbewegungen analysiert. Wir fordern, dass der Status der Frauenrechte in allen Mitgliedstaaten immer und immer wieder kontinuierlich untersucht wird. Und wir fordern vor allen Dingen, dass es jährliche Fortschrittsberichte gibt. Gleichstellung hat etwas mit Rechtsstaatlichkeit zu tun, und wer Gleichstellung bricht, muss es als Mitgliedstaat am Kontoauszug merken.

Irène Tolleret, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, merci pour votre engagement et votre énergie à mener à bien la mise en place de cette stratégie pour l'égalité. Il est temps.

Face aux grands bouleversements auxquels le monde et l'Union européenne sont confrontés, il est grand temps que l'égalité entre les hommes et les femmes soit une réalité. L'égalité devant la santé, tout d'abord. Dans mon pays, l'avortement a été légalisé en 1974. Pourtant, en 2020, il y a encore des femmes et des hommes dans l'Union européenne qui n'ont pas un accès égal, gratuit, bienveillant à l'avortement et, bien entendu, à l'éducation sexuelle. Car oui, le droit à l'avortement est un sujet de santé et tous les citoyens européens devraient être égaux en ce qui concerne la santé. Les violations des droits de la santé sexuelle et reproductive sont des violations des droits des femmes, ce sont des violations

des droits de l'homme, ce sont des violences inadmissibles contre lesquelles nous devons lutter sans merci.

L'égalité devant les violences, parlons-en! Nous devons les éradiquer, en commençant par les violences économiques et financières. Si hier, nous célébrions les femmes et filles de la science, notre réalité financière, c'est un écart salarial inadmissible entre les hommes et les femmes au travail, qui s'aggrave encore à la retraite. C'est absolument inadmissible. À travail égal, salaire égal! Hommes, femmes, quelles que soient les origines, les handicaps, les convictions: à travail égal, salaire égal. Il est inadmissible que les femmes voient leur retraite handicapée par le fait qu'elles portent des enfants. Le seul être humain qui a eu deux prix Nobel est une femme. Il est inadmissible que les femmes soient sous-représentées dans les filières des STEM. Il faut une égalité de carrière, une égalité d'accès au pouvoir. Cette stratégie, comme vous l'avez bien dit, doit porter des choses concrètes, avoir caractère obligatoire. Nous avons des exemples dans l'Union européenne démontrant que cela ne gêne pas la performance des entreprises.

Il faut également combattre les violences physiques. La convention d'Istanbul est bloquée? Qu'à cela ne tienne, développons des solutions alternatives. Le Conseil la débloquera. Cela n'empêche pas de mettre en place une directive qui coupe toute forme de violence et harmonise les définitions des différentes formes de violence, en adoptant une approche intersectionnelle.

Je terminerai en disant que l'on a proposé, avec le pacte Simone Veil, de partir des législations existantes dans tous les pays européens qui participent de l'égalité homme-femme. Mettons-le en place pour tirer la législation européenne vers le haut.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Przewodnicząca. – Dziękuję Pani Poseł! Przypominam o przestrzeganiu czasu swoich wystąpień. Proszę o zabranie głosu panią Christinę Anderson i jednocześnie pragnę przypomnieć kolegom, że zgodnie z naszym Regulaminem na sali nie można umieszczać flag i symboli. Zwracam się przede wszystkim do Pani Poseł, która za chwilę będzie zabierać głos. Chciałabym zatem prosić posłów, by usunęli chorągiewki, a obsługę sali, by osobiście przypominała o tym kolegom. Bardzo proszę, Pani Poseł!

Christine Anderson, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich nehme zur Kenntnis, dass das Sitzungspräsidium furchtbare Angst vor nationalen Flaggen hat, was ich für eine große Schande halte. Ich komme der Aufforderung nach und habe meine Nationalflagge jetzt entfernt.

Wir reden aber hier über die EU-Gleichstellungsstrategie. Es gibt bereits die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, wir wurden nämlich alle gleich geboren. Männer und Frauen – es wird auch niemand bestreiten können, dass obwohl Mann und Frau den gleichen Wert haben, sie doch ganz unterschiedliche Neigungen haben, auch Stärken und Schwächen. Männer und Frauen sind unterschiedlichen Herausforderungen ausgesetzt. Anstatt aber Männer für angebliche, teils eingebildete Vorteile verantwortlich zu machen, gar büßen zu lassen, warum konzentriert sich die Kommission nicht darauf, die Harmonie zwischen den Geschlechtern zu fördern? Warum nicht Männer ermutigen, Männer zu sein, und Frauen ermutigen, Frauen zu sein? Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz, die entweder Frauen oder Männer begünstigt, sollte die nicht von Nationalstaaten und Unternehmen angegangen werden?

Aber nein, es muss das Diktat des Zentralbüros der EU sein. Lassen Sie doch Familien selbst entscheiden, wer den Abwasch macht, die Kinder erzieht, das Geld nach Hause bringt. Ich warte gespannt auf den Tag, an dem die Kommission einen Aktionsplan vorlegt, um das Stillen von Säuglingen zwischen Vater und Mutter gerechter aufzuteilen. Warum wird Frauen eingeredet, sie wären nur dann etwas wert, wenn sie arbeiten gehen? Das ist eine unglaubliche Herabsetzung und Diskriminierung all jener Frauen, die sich ganz bewusst dafür entscheiden, Familienarbeit zu leisten. Aber nein, Sie sind fest entschlossen, Frauen in die Arbeitswelt zu zwingen. Interessant ist aber, dass nach Frauenquoten nur in den Chefetagen gerufen wird. Wo ist die Frauenquote bei Maurern, LKW-Fahrern oder Kanalarbeitern? Hören Sie endlich auf, die Menschen zu bloßen Objekten ihre Gesellschaftsexperimente zu machen. Hören Sie auf, die Menschen umerziehen zu wollen. Hören Sie auf, die Menschen Ihren wahnhaften Vorstellungen von Gesellschaft entsprechend anzupassen. Lassen Sie die Menschen wieder Menschen sein!

Przewodnicząca. – Bardzo dziękuję, Pani Poseł. Dziękuję również za usunięcie flagi. To nie jest kwestia obaw, ale Regulaminu, który obowiązuje nas wszystkich.

Alice Kuhnke, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman! Det som måste vara med i EU:s nya strategi för jämställdhet är som vi hör en lång lista – allt ifrån en jämställdhetssäkrad budget till en feministisk utrikespolitik. Som gröna politiker saknar jag emellertid den självklara fokusen på vår tids stora utmaning: klimatet. Alla vi är väl medvetna om att det är kvinnor som drabbas mest och värst av klimatförändringarna på grund av ekonomiska och sociala orättvisor.

För att lyckas med Parisavtalet behövs därför en omställning som är jämställd. När Ursula von der Leyen blev vald till ordförande lovade hon att sätta jämställdheten först och främst, högst upp på dagordningen, men när hon presenterade den gröna given, EU:s strategi för klimatomställning, fanns inte ett enda ord om jämställdhet. Kommissionären med ansvar för jämställdhet som har kunskapen och engagemanget för klimaträttvisa, Helena Dalli, hade inte ens fått vara med i arbetet.

Därför har jag och den gröna gruppen i samtal med kommissionen och Helena Dalli krävt två saker, nämligen att EU:s gröna giv måste vara jämställd och att klimatomställningen måste vara en självklar del i jämställdhetsstrategin. Vi har nu fått positiva signaler, och jag ser fram emot att fortsätta ett konstruktivt arbete tillsammans med kommissionär Dalli.

Jadwiga Wiśniewska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Równość jest podstawową wartością Unii Europejskiej, dlatego nowa strategia na rzecz równouprawnienia płci powinna być jednocześnie ambitna i realistyczna. Jaki zatem powinien być jej kształt? Przed nami stoi wiele wyzwań, jak na przykład walka z luką płacową i emerytalną, szeroko pojętą feminizacją biedy. Chciałabym, żebyśmy zaproponowali regulacje prawne, które wzmocnią kobiety łączące pracę zawodową z wychowaniem dzieci, żebyśmy wspierali je w macierzyństwie i docenili nieodpłatną pracę wykonywaną przez kobiety w domu. Musimy również stawić czoła przemocy wobec kobiet, w tym cyberprzemocy, pornografii i handlowi ludźmi. Niestety w Unii Europejskiej nawet małe dziewczynki narażone są na przymusowe małżeństwa i okaleczanie narządów płciowych.

Chciałabym również, Pani Komisarz, żeby nowa strategia nie wkraczała w obszar kompetencji państw członkowskich. Niech Parlament szanuje swoją dewizę „zjednoczeni w różnorodności”.

Sandra Pereira, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhora Presidente, qualquer estratégia para a igualdade terá de passar necessariamente pelo combate à pobreza e à exclusão social e terá de contribuir, de forma concreta, para o combate às discriminações no acesso ao trabalho e às diferenças salariais entre mulheres e homens, num quadro em que se exige o aumento geral dos salários e das pensões e da elevação das condições laborais.

A defesa e a promoção dos serviços públicos, universais e de qualidade, como a habitação e a justiça e o acesso gratuito à saúde e à educação, é também central para a igualdade.

A proteção da maternidade, com licenças pagas a 100% e a proteção na doença são fundamentais para que a estratégia não passe de um rol de boas intenções e para que vá ao encontro de uma verdadeira conciliação entre a vida pessoal, familiar e profissional.

Simultaneamente, os Estados devem garantir a implementação dos mecanismos e instrumentos de combate a todos os tipos de violência, seja no contexto familiar, seja no contexto laboral ou outros.

Isabella Adinolfi (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in quest’Aula discutiamo molto della parità di genere e dei diritti della donna. Però diciamoci la verità e ammettiamo che non esiste la parità tra uomo e donna. Nei fatti consentiamo che essa venga svilita e umiliata. Non esiste parità di trattamento, non esiste parità salariale. In Europa in molti paesi la prostituzione è legalizzata e invece di combattere questa piaga sociale si preferisce girarsi dall'altra parte. In Europa esiste ancora la riduzione in schiavitù per molte donne, considerate merce da mettere in vendita. In Europa le donne vengono uccise e sfregiate dagli uomini.

Possiamo imporre delle regole, ma sono soltanto un palliativo perché si basano per lo più su sanzioni inflitte a chi le viola. Dobbiamo invece formare le nuove generazioni e qui mi rivolgo alle madri: insegnate il rispetto per le altre persone, insegnate ai vostri figli maschi a essere degli uomini con la U maiuscola e insegnate alle vostre figlie femmine a non dover dipendere da nessuno e a difendere i propri diritti e la propria libertà fisica e morale.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, hemos acabado la Estrategia europea de igualdad 2016-2019. Afrontamos ahora una nueva Estrategia 2020-2024. Tiene que ser una prioridad para este Parlamento, para la Comisión y para el Consejo avanzar de una manera decidida y con un compromiso firme para hacer lo que exige Europa: la igualdad de todos los ciudadanos. Es una cuestión democrática. No hay democracia sin igualdad. No hay una sociedad próspera y con futuro sin derechos humanos.

La igualdad es un derecho humano y por eso tenemos que combatir la brecha salarial, la brecha en las pensiones, apostar por la Directiva que nos anunciaba la comisaria sobre transparencia salarial o la Directiva sobre conciliación. Hay todavía estereotipos que hay que combatir para poder conseguir esa verdadera igualdad. Tampoco hay igualdad en la toma de decisiones, por eso se tendrán que tomar medidas específicas que sean inclusivas y accesibles.

Hay violencia de género —las últimas estadísticas nos dicen que dos de cada tres mujeres han sufrido violencia—. Hay que hablar de inteligencia artificial por los temas de ciberacoso y, sobre todo, hay que conseguir que esta Estrategia hable de discapacidad y de mujer. Tiene que tener indicadores de edad, indicadores de discapacidad, indicadores de mujer. Habremos conseguido así estar a la altura de lo que exigen los valores europeos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Gerbiama pirmininke, pirmiausia noriu padėkoti Jums, pone komisare, už aktyvią poziciją dėl to, kad būtų kaip galint greičiau pateikta konkreti lyčių lygybės strategija. Linkiu kuo geriausias sėkmės, kad tikrai Komisijoje Jums pavyktų tą strategiją patvirtinti. Bet mes turime labai aiškią poziciją, kas joje turi atsispindėti. Jau ir mano kolegos minėjo, kad pirmiausia mes turime turėti konkrečias priemones, kaip įveikti smurtą prieš moteris, kaip įgyvendinti Stambulo konvenciją valstybėse narėse. Pagaliau kaip kovoti su moterų skurdu? Kaip įgyvendinti mūsų jau priimtą praeitoje kadencijoje darbo ir šeimos suderinimo direktyvą? Tam reikalingos konkrečios priemonės ir kontrolė valstybėse narėse, kad jos teisingai perkeltų direktyvos nuostatas. Pagaliau, iš tikrųjų, mes turime užtikrinti, kad atlyginimai ir pensijos moterų ir vyrų tikrai nesiskirtų taip baisiai, kaip yra iki šiol. Tam reikalingi konkretūs sprendimai. Linkiu labai sėkmės, kad iš tikrųjų strategija neliktų vien popieriuje, bet būtų rimtai įgyvendinta Europos Sąjungoje.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – *(inicio de la intervención fuera de micrófono)* ... es muy importante esta estrategia de igualdad entre hombres y mujeres y hoy lo es más que nunca, cuando emergen ideologías totalitarias en Europa que —como han hecho siempre—, para acabar con los derechos de todos, comienzan atacando los derechos y libertades de las mujeres.

La peor expresión de la desigualdad entre hombres y mujeres es la violencia y la peor expresión de la violencia de género son los asesinatos. Los asesinatos de mujeres no cesan en Europa. Por lo tanto, tenemos que ser claros: estamos estancados en el Convenio de Estambul y debido a los seis países que se niegan a ratificarlo. Pero ellos no pueden paralizarnos. Por lo tanto, en esta estrategia tenemos que avanzar.

Y tenemos que avanzar en dos elementos fundamentales. Uno son los datos -señora comisaria, no puede ser que en la Unión Europea no dispongamos de datos-, que sepamos las cifras de la realidad de la violencia en la Unión Europea contra las mujeres. Tenemos datos limitados; tenemos datos que no son homologables. Por lo tanto, según el artículo 11 del Convenio de Estambul, tenemos que avanzar para tener datos homologables que nos digan cuál es la realidad de las cifras de la violencia, para acabar con ella. Y, por lo tanto, junto a los datos, tenemos que dar nombre a esta violencia y el nombre de la violencia se llama un delito, un crimen que debe estar en los Tratados de la Unión Europea.

Estoy convencida de que avanzaremos en este camino, y este Parlamento es su socio para ello.

Elena Lizzi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, sosteniamo l'importanza della parità di genere come valore comune. Se vogliamo essere coerenti, operiamo per promuoverla in tutte le politiche dell'Unione europea, nonché del Parlamento, ma come rivoluzione culturale e non come atto impositivo.

Le barriere che impediscono la partecipazione femminile al mondo del lavoro comportano costi di benessere e crescita particolarmente elevati. Rimuovere gli ostacoli è importante. Le ricerche dell'Istituto europeo per l'uguaglianza di genere provano che la parità di genere favorirebbe la crescita economica. Però l'Istituto monetizza anche il ruolo delle donne nella conciliazione famiglia-lavoro?

I miglioramenti dell'uguaglianza di genere creerebbero oltre dieci milioni di opportunità di lavoro aggiuntive in Europa e il PIL pro capite crescerebbe di quasi il 10 % entro il 2050. Ma quale equilibrio per le famiglie? La parità di genere dovrà essere promossa anche nell'ambito delle nuove politiche dell'Unione europea – mercato unico digitale, *Green Deal* e intelligenza artificiale – nelle quali il divario occupazionale è ancora più drammatico.

Ora una nuova Commissaria con delega esclusiva alle pari opportunità dovrà cambiare la gestione delle precedenti politiche in materia, anche perché la Corte dei conti europea esaminerà l'integrazione della dimensione di genere nel bilancio dell'Unione europea e, stando a quanto reso pubblico oggi, la relazione di audit sarà diffusa nella primavera del 2021. Allora vedremo quale ricaduta avranno le politiche della Commissione von der Leyen nel mondo delle donne.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Madam President, it is extremely good news that we will finally have a strategy. Somebody said before that the last strategy came to an end in 2019, and I hope so, because there was no strategy at all in the last mandate. This was extremely shameful, and now we will change that. We will have one, and I hope this will be a truly feminist drive, which is what a lot of people are expecting in the streets

I would also like to urge you to be extremely ambitious in different fields. In the socio-economic area, we are very much looking into the proposals for the tax transparency directive. This is going to be extremely important in the first weeks and months of our legislature. We need to continue working on violence; this stopping of the ratification of the Istanbul Convention is absolutely unacceptable. We have a lot of work to do together here.

I would like also to urge you to focus on the mainstreaming of all the policies of the Commission. This is extremely important. In the different consultations within the services of the different initiatives of the Commission, we want a gender equality footprint there, and this is also your responsibility. So, Commissioner, we stand behind you. Let's make this strategy something different and important for the people.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR). – Szanowna Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! To bardzo dobrze, że pracujemy nad strategią na rzecz równouprawnienia płci. To wyzwanie, z którym musimy się zmierzyć. Mówimy o czwartej rewolucji przemysłowej, o postępie technologicznym, o rewolucji cyfrowej, a dalej nie osiągnęliśmy równouprawnienia w tak ważnym aspekcie jak równouprawnienie płci. Przecież mamy twarde dane. Gdyby do 2030 roku wszystkie państwa świata zlikwidowały zjawisko dyskryminacji ze względu na płeć i zagwarantowały obywatelom równouprawnienie w tym jednym aspekcie, światowe PKB zwiększyłoby się o 6 bilionów dolarów. Przecież i świata, i Europy nie stać na to, żeby zrezygnować z zaangażowania kobiet. Nie stać ani gospodarczo, ani społecznie. I tylko w tych kwestiach, o których dzisiaj mówimy – nie tylko luki płacowej, nie tylko tego, że kobiety są zagrożone ubóstwem (bo różnica w wynagrodzeniu wynosi 16%, a w emeryturze ponad 35%), że są niedostatecznie reprezentowane w parlamentach i rządach, że nadal napotykać na „szklany sufit” w świecie biznesu – musimy na to zwrócić uwagę. Ubóstwo europejskie nie może mieć twarzy kobiety.

Silvia Modig (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, hyvä komissaari, lista asioista, joita toivoisin näkeväni tässä strategiassa on pitkä, mutta nostaan esille yhden asian, joka olisi todella tärkeä: seksuaaliterveys. Seksuaaliterveys kuuluu jokaiselle tytölle riippumatta siitä, mikä on uskonto, mikä on kulttuuri, mikä on vallassa oleva politiikka. Se on jokaisen tytön oikeus, ja toivon tulevan strategian ottavan tähän vahvasti kantaa.

Matkalla kohti todella oikeasti tasa-arvoista yhteiskuntaa meidän on vahvistettava monia asioita. Yksi niistä on naisten työmarkkina-asema. Naisten asemaan työelämässä vaikuttaa vahvasti hoivavastuu, se kuka kantaa vastuun lapsista, lasten hoivasta. Siihen vaikuttaa se, miten on tarjolla päivähoitoa, miten on tarjolla varhaiskasvatusta, kuinka laadukasta, kuinka saatavilla olevaa. Suomessa hallitus on juuri esittänyt uuden perhevapaamallin, joka kiintiöi vapaat tasan isän ja äidin välillä ja täten parantaa naisten työmarkkina-asemaa, parantaa heidän palkkakehitystään ja vaikuttaa aina sinne eläkkeiden kehittämiseen asti.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, disse Rita Levi Montalcini: «Le donne hanno sempre dovuto lottare doppiamente. Hanno sempre dovuto portare due pesi, quello privato e quello sociale. Le donne sono la colonna vertebrale delle società». Nonostante questo, diciamo noi, o proprio per questo, ci sono molte donne in Europa oggi a cui non sono pienamente garantiti i loro diritti in modo efficace. Dati della Commissione: negli ultimi tre anni la differenza nel tasso di occupazione tra uomini e donne è ancora di un 11,78% tra gli uomini e 66% tra le donne. E c'è ancora un divario tra la remunerazione maschile e femminile del 16%. Per non parlare della violenza contro le donne.

Il cambiamento sociale di cui le donne hanno bisogno per poter vedere pienamente garantiti i loro diritti riguarda tutti noi, donne e uomini. Se noi uomini non cambiamo i nostri ruoli, sia nella sfera pubblica e nel mondo dell'impresa sia nella sfera familiare, sarà impossibile per le donne liberarsi delle situazioni in cui i loro diritti vengono violati così spesso. Cambiare i ruoli, lo dico per esperienza personale. Il femminismo non è una causa delle donne, è una causa di tutta la società.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Myślę, że wstydem jest, że w XXI wieku kobiety w Europie i na świecie doświadczają tyłu nierówności. Cieszę się, Pani Komisarz, że ten temat jest jednym z ważnych priorytetów Komisji Europejskiej. Uważam, że strategia powinna uwzględniać potrzeby i doświadczenia kobiet z różnych środowisk.

Myślę o kobietach z obszarów wiejskich i oddalonych, które muszą każdego dnia mierzyć się z utrudnionym dostępem do żłobków, przedszkoli, informacji, opieki zdrowotnej, a na starość muszą mierzyć się z ubóstwem. Myślę o kobietach, które umierają na nowotwory, bo przez utrudniony dostęp do specjalistów zbyt późno rozpoczynają leczenie. Myślę o kobietach, które pomimo lepszego wykształcenia przegrywają walkę o wysoko płatne stanowiska lub otrzymują niższe wynagrodzenie za pracę na tym samym stanowisku. Myślę o kobietach, które doświadczają hejtu, przemocy seksualnej i przemocy domowej, gdyż muszą się mierzyć z wyzwaniem niezależności ekonomicznej. Myślę o kobietach niepełnosprawnych, które codziennie muszą borykać się z barierami.

I mam nadzieję, że my, kobiety w Parlamencie Europejskim pomimo wielu różnic będziemy umiały mówić jednym głosem w tym ważnym dla milionów obywateli Unii Europejskiej temacie.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, poštovane kolegice i kolege, povjerenice, izražavam veliko zadovoljstvo zbog činjenice da je Europska unija izradom nove strategije rodne ravnopravnosti jasno iskazala svoje prioritete. Ona se donosi u vrijeme kada je važno poduzeti snažne korake kojima bi se zaustavili regresivni pokreti i nazadovanje ženskih prava, a koji šalju poruku da Europska unija danas nije unija ravnopravnosti, solidarnosti i tolerancije.

Seksualna i reproduktivna prava jedno su od područja u kojem je došlo do najveće regresije. Uskrata medicinske skrbi zbog osobnih uvjerenja, rodno uvjetovano nasilje, zakonska diskriminacija, manjak seksualne edukacije i druge štetne prakse utemeljene na patrijarhalnim obrascima potkopavaju same temelje europske demokracije.

Očekujem da izradom i provedbom nove strategije Europska unija pokaže da nije napustila svoju ulogu progresivnog predvodnika u zaštiti ljudskih prava i da neće posustati pred onima koji nas žele u neka mračna i tužna vremena. To je naša odgovornost i mi na tom ispitu ne smijemo i nećemo pasti.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, I'm very glad to hear that the EU is working on a Gender Equality Strategy: it's very important for me. Let me just highlight one aspect of this very broad and important topic – violence against women. When we talk about violence against women, we usually talk about numbers: one in every three European women, right? I would like to talk about people.

(Speaker holds up a photograph)

For me, she is the face of violence against women. She is Bernadett Orosz, a very brave woman who was brutally assaulted in the privacy of her home by her ex-partner. Afterwards, she was denied proper medical care, she was denied proper police protection, and later on, the Justice Minister of Hungary repeatedly said that ratifying the Istanbul Convention is political hysteria. Well, Bernadett is a brave woman. She has been to the European Parliament; she will be back. She's advocating for protection of females, and I'd like to echo her voice. I'd like to call on the Commission to act upon their promises and to add violence against women to the list of the EU crimes in the Treaty and also for the European Union to join the Istanbul Convention.

Przewodnicząca. – Dziękuję, Pani Poseł, ale proszę o zapoznanie się z Regulaminem i nieużywanie plakatów podczas następnych wystąpień. Jak Pani wie, Regulamin obowiązuje nas wszystkich.

Luisa Regimenti (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la donna è un mistero che costituisce nella storia delle generazioni umane un'opera immensa per la sua missione e per la sua vocazione al servizio dell'umanità e della vita, per il contributo quotidiano fatto di sensibilità, intuizione, dedizione e generosità verso la famiglia e la vita civile, e per l'elaborazione di una cultura in grado di coniugare la ragione con il sentimento, caratteristica propria della femminilità, con la quale la donna arricchisce la comprensione delle cose del mondo e contribuisce alla piena autenticità dei rapporti umani. Costantemente è visibile la propria dignità nelle instancabili battaglie per l'uguaglianza dei diritti della persona e non vi è dubbio che ancora oggi siano molti gli ostacoli che ne impediscono la piena realizzazione.

Il crescere dell'emancipazione reale femminile è una questione che non può essere più rinviata. E ciò per tutte quelle donne che silenziosamente, con sacrificio, si impegnano e sperano, pur consapevoli di vivere una realtà ostile complessa, quella stessa realtà che le sottopone a ingiustizie sul merito, a maltrattamenti, e che spesso non riesce a proteggere neppure la loro vita.

La violenza e le ingiustizie sulle donne si nutrono di omertà, di stereotipi, di solitudine, di indifferenza, di ignoranza, di sonno delle coscienze. Per questo accogliamo con favore l'iniziativa della Commissione europea di proporre una strategia per la parità di genere, che dovrebbe contenere impegni forti, indicatori chiari e un meccanismo di monitoraggio per rendere responsabili... *(la Presidente toglie la parola all'oratrice)*

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, there is actually a long list of things that I would like to put into this Gender Equality Strategy. I will only focus on two, because I believe they are absolutely crucial. The first one is indeed to have a legal proposal on the gender pay gap. It's long overdue, and maybe we could suggest that it has the title: 'We only waited 63 – I repeat 63 – years for the EU to make a proposal on the question of pay equality'. I think that would serve the purpose.

The second issue that I believe is absolutely crucial – and colleagues have said this – is to have a directive against gender-based violence. The accession to the Istanbul Convention is not enough. The backlash against women's rights is getting stronger across the European Union, and we need to have a clear position to stand up to that. I really believe that, with Trump in the US, with Putin in Russia and with Bolsonaro in Brazil, the European Union, despite the problems that we have in this union, is still the beacon of hope and freedom for feminists around the world. This gender-equality strategy really is one of the chances that we have to live up to their expectations, and that's why we need to make it a success.

(Applause)

Jessica Stegrud (ECR). – Fru talman! Jag är oerhört tacksam över tidigare nationers kvinnokamp och landvinningar, något som vi svenska kvinnor av i dag skördar frukten av. Kvinnor dominerar till exempel alltmer på universiteten, på chefsnivåer i offentlig sektor och i sociala medier. Jag är därför bekymrad över den bild som fortsatt odlas i jämställdhetens namn – ett narrativ där kvinnor ska ses som offer och där ojämlika utfall oftast förklaras med diskriminering och vita patriarkala strukturer.

Det finns fortfarande saker kvar att göra. Risken är dock att den nya strategin siktar fel och i stället för att öka jämställdheten ytterligare snarare skapar privilegier för en ny grupp. Med tvingande åtgärder som könskvotering och delad föräldraledighet är vi dessutom inte bara på väg att ersätta en gammal orättvisa med en ny, utan vi förhandlar bort det som vi också länge kämpat för, nämligen valfrihet och rätten att själva styra våra liv.

Έλενα Κουντουρά (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, για να πετύχει η στρατηγική σας για την ισότητα των φύλων, πρέπει πρωτίστως να φροντίσετε να δεσμευτούν τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε ένα νέο πλαίσιο, με κατευθυντήριες γραμμές και υποχρεωτικά συγκεκριμένα μέτρα για την ισότητα των φύλων. Προτείνω δεσμευτική νομοθεσία και, συγκεκριμένα, να κυρωθεί και να εφαρμοστεί χωρίς περιορισμούς η σύμβαση της Κωνσταντινούπολης από όλα τα κράτη μέλη για να καταπολεμηθεί η βία κατά των γυναικών. Χρειάζονται δεσμευτικά μέτρα για τη διαφάνεια των αμοιβών, για να καταπολεμηθεί το χάσμα των αμοιβών μεταξύ των φύλων. Πρέπει να καμφθούν τα εμπόδια για την έγκριση της σχετικής οδηγίας για την ίση εκπροσώπηση των γυναικών σε διοικητικές θέσεις, που έχει παγώσει στο Συμβούλιο από το 2013. Να ληφθούν μέτρα πρόληψης και να θεσπιστούν αποτελεσματικές, διαφανείς και εμπιστευτικές διαδικασίες καταγγελιών και αυστηρές αποτρεπτικές νέες κυρώσεις κατά των δραστών, για την πρόληψη και την καταπολέμηση της παρενόχλησης στον χώρο εργασίας. Τέλος, πρέπει να συμπεριλάβετε ξεχωριστό κεφάλαιο στη στρατηγική για τις γυναίκες όσον αφορά την υγεία, ώστε να μειωθούν οι ανισότητες μεταξύ των φύλων στον τομέα της υγείας.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea e gli Stati membri sono da anni impegnati nella battaglia per l'uguaglianza di genere, ma fino ad oggi i risultati testimoniano che le politiche poste in essere non sono state sufficienti a superare il danno economico, sociale e culturale generato da queste discriminazioni verso le donne. Il motivo è molto semplice, perché il mondo economico e produttivo non ha mai voluto intervenire in maniera convinta nei luoghi di lavoro dove le discriminazioni trovano una loro sistematica e quotidiana applicazione.

È quindi per noi estremamente positiva questa strategia per la parità di genere, purché sia innovativa rispetto ai grandi cambiamenti in atto, come la rivoluzione industriale e digitale che, se non ben gestita, aumenterà sicuramente le disparità tra uomini e donne. Dobbiamo quindi dedicare a questa strategia tutte le risorse e le politiche possibili per porre fine a ogni forma di discriminazione verso le donne nei luoghi di lavoro e nella loro permanenza nei mercati del lavoro. Come istituzioni europee, insieme alla società civile, dobbiamo fare tutto quanto possibile per porre fine una volta per tutte a queste violenze fisiche e psichiche verso le donne.

Commissaria Dalli, se la strategia sarà all'altezza di tutte queste sfide, noi la sosterrremo e insieme vinceremo queste battaglie che sono di civiltà, ma soprattutto di giustizia sociale.

Maria Walsh (PPE). – Madam President, I welcome the publication of the Gender Equality Strategy. Promoting gender equality needs to be enshrined as a core activity for the EU. Equality between men and women is fundamental to our shared European values and goals. As our society evolves, it is imperative that we enshrine the principle of consent in our shared values.

As many colleagues have already shared right now, violence against women and coercive control are problems that can only be tackled when we face them head on. Not only do we need to put support in place to help women affected, but we also need to address the root causes through education and social development. Women must never feel threatened or coerced over the decisions they make in their lives. Promoting women's equal status in our society is fundamental to creating a vibrant and tolerant union.

Thank you, Commissioner Dalli, for taking the lead on this, for driving it and I also want to acknowledge the many male colleagues that we have in the Chamber right now. Thank you for putting your support behind this because if we don't work together it is going to fall on deaf ears.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, l'Unione europea tra poche settimane avrà una sua strategia per la parità di genere, e questa è una buona notizia, di più, è un'ottima notizia se si tiene conto che nella scorsa legislatura non ne abbiamo avuto una di strategia. Quindi noi accogliamo positivamente, la sosteniamo Commissaria, accogliamo positivamente questa notizia perché l'Europa è certamente la parte del mondo dove le donne godono di maggior diritti e dove la disparità di genere è minore.

Ma tanto, troppo, resta ancora da fare. Ce lo raccontano le statistiche, il divario salariale pensionistico, le percentuali residuali, vorrei dire ridicole, delle donne che siedono in posizioni apicali. Ma ce lo raccontano anche drammaticamente l'attualità. I giornali e i *social media* sono pieni di notizie di discriminazioni, di molestie, di *mobbing*, di violenza contro le donne e contro le ragazze, che costituiscono un limite insopportabile alla nostra libertà e alla nostra vita.

Per questo, Commissaria, noi abbiamo bisogno di misure vincolanti, non di un elenco di buone intenzione. Di misure vincolanti e quindi di una direttiva contro la violenza, di una direttiva che introduca misure vincolanti, per evitare questo dramma di nostre sorelle annichilite prima nell'animo e poi uccise da assassini, che hanno sì un nome e un cognome, ma anche da una cultura patriarcale.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Doamna președintă, doamna comisar Dalli, am venit pregătit inițial cu un discurs formal, pe care l-am abandonat pentru a transmite mai degrabă un mesaj emoțional mai direct.

Pe toți bărbații care văd încă problema egalității de gen ca fiind ceva minor, marginal, îi invit să se gândească la cum și-ar dori să le fie tratate mamele, surorile și fiicele. Începând cu importanța egalității de șanse până la problema dramatică a violenței verbale sau fizice împotriva femeilor.

Ca tată a patru copii, toți băieți, consider că e datoria mea să le transmit valorile de bază și să-i învăț să lupte activ pentru o societate cu drepturi egale și egalitate de șanse între femei și bărbați.

Trebuie să internalizăm importanța problemei stereotipurilor și a preconcepțiilor de gen, care încă dezvoltă în Uniunea Europeană atitudini misogine, de desconsiderare față de femei, violență verbală și chiar fizică. E crucial să începem de aici să luptăm, în special noi bărbații, să devenim garanți în lupta împotriva violenței la adresa femeilor. Avem cu toții această obligație. Strategia propusă are exact valoarea pe care i-o vom da prin modul în care fiecare dintre noi vom acționa personal mai departe.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin! Der große amerikanische Präsident Ronald Reagan hat einmal gesagt, die zehn schlimmsten Worte der englischen Sprache seien: „Hi, ich komme von der Regierung und bin hier, um Ihnen zu helfen“. Die Frage der Geschlechter zueinander ist eine der intimsten, persönlichsten und individuellsten Angelegenheiten des Menschen. Und die Vorstellung, dass die Europäische Union jetzt mit einer eigenen Strategie meint, da eingreifen zu müssen, ist – unabhängig von der Frage, ob das, was in der Strategie ist, richtig oder falsch ist – immer falsch. Es ist ein Übergriff des Staates in das individuelle Leben, und das gehört sich nicht, das ist illiberal, das ist totalitär. Wir wissen aber – und die Kollegen der Linken haben es ja klargemacht –, dass es hier nur darum geht, den eigenen Entwurf einer Zerstörung der Familie und letztlich einer sozialistischen Umgestaltung des Individuellsten, was wir haben, voranzutreiben. Genau deshalb sind wir dagegen.

Kira Marie Peter-Hansen (Verts/ALE). – Fru formand! Kære kommissær. Tak for dit oplæg. Det er rigtigt glædeligt at se, at du igen tager opgaven om et ligestillet Europa på dig. Jeg byder i den grad denne strategi velkommen. Det er mit håb, at det med denne strategi er slut med bare at sende tomme signaler til Europas kvinder om, at vi tager deres problemer alvorligt. Det er tid til at sætte handling bag ordene, hvilket jeg ved, du er klar til. Det er særligt vigtigt, at vi med strategien formår at komme ud i alle hjørner af Europa med et løfte om, at den politiske vilje er med kvinderne, og ikke imod dem. Og her mener jeg alle steder i Europa, hvor der ikke er fuldstændig fri adgang til fri abort, alle steder, hvor kvinder ikke er beskyttet mod vold i hjemmet af Istanbul-konventionen, alle steder, hvor chikane på gaden begrænser kvinders adgang til det offentlige rum, og alle steder, hvor kvinder stadig bliver betalt mindre end deres mandlige kolleger for det samme arbejde. Det skal være slut nu – det er uacceptabelt.

Kommissionens strategi er et første skridt. Næste skridt må være konkret lovgivning, for det er den eneste måde, vi kan opnå fremskridt. Vi skal ikke være bange for at sanktionere, for de sidste par år er det kun blevet tydeligere, at det er nødvendigt. Europas kvinder kræver handling, og det skal vi levere. Jeg ser frem til at følge vores fælles fremskridt.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, gender equality is a matter of justice to women. Even in the most conservative societies, we see brave women putting the issue of their rights on the public agenda, but their demands are not always turned into policies; change does not always happen. Politicians often pay lip service to gender equality, but fail to recognise the genuine role of women in society, the economy, business and politics.

If Europe wants to achieve its strategic goals, we cannot miss out on the issue of the participation of half of the population. If we want to make the planned conference on the future of Europe a game changer, based on an authentic dialogue with citizens, we have to listen to the perspective of women as citizens. We have to go beyond the European Union and offer our solidarity to women who are out there fighting for equality in their own cultural and national context.

The new strategy presented by the Commission is a good blueprint for action, but it is also a signal that Europe will never give up on human rights and justice. I strongly believe, as a woman and as a Member of this House, that the EU can be the beacon of courage and hope for women.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Miałem wystąpienie z innej perspektywy, ale po raz kolejny biorę udział w debacie na temat równości kobiet i mężczyzn, w której uczestniczą przede wszystkim kobiety. I natchodzi mnie taka refleksja, że za każdym razem, gdy rozmawiamy na tej sali o wielkich pieniądzach, o bombach, o rakietach, o władzy, to sala debata zdominowana jest przez mężczyzn. A kiedy mówimy o równości, to mówią przede wszystkim kobiety. Gdyby dyskryminacja, przemoc, izolacja, nierówność dotyczyła mężczyzn, jestem przekonany, że ta strategia już dawno zostałaby przyjęta przez Unię Europejską. A przecież mówimy o większości, o większości naszego społeczeństwa. Mówimy o naszych córkach, które są ofiarami przemocy, mówimy o naszych matkach, które zarabiają mniej, mówimy o naszych babkach, które będą miały mniejsze emerytury właśnie dlatego, że przez całe życie zarabiały mniej od mężczyzn. Dlatego apeluję do moich kolegów zarówno na tej sali, jak i w ogóle w polityce, żebyśmy byli solidarni z kobietami, które walczą o swoje prawa, bo dotknie to naszych córek, matek, babek, przyjaciółek i koleżanek.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 171 ust. 8 Regulaminu).)

Niklas Nienaeß (Verts/ALE), blue-card question. – Thank you for this statement. I have one personal question: what do you think men can do to encourage women, and do you think that there's more action needed by men? Do you think that men should step down more, or do you think that woman should improve? What is your personal opinion on this issue? Since we are all politicians, what can you do to increase the number of women politicians in your party as well?

Robert Biedroń (S&D), blue-card answer. – Yes, since we are men and for hundreds of years we have been promoted, we should always look behind us. So many women every day are left behind, and we as politicians have a responsibility for that. So we as politicians, male politicians, have extra power which we can use to liberate women, to help them become equal – nothing more, nothing less – just equal. This is our obligation.

(Applause)

Michal Šimečka (Renew). – Vážená pani predsedajúca, mne sa zdá, že sme v takej zvláštnej paradoxnej situácii, že na jednej strane vnímame ten mohutný, silnejúci občiansky tlak na rodovú rovnosť a na druhej strane tá situácia v podstate zostáva naďalej alarmujúca v mnohých členských štátoch Európskej únie. Ak špeciálne, keď sa pozrieme na čísla a na ekonomické ukazovatele, tak vlastne v každom sú ženy na tom v porovnaní s mužmi horšie. Majú o 16% nižší plat v rovnakých pozíciách ako kolegovia, sú dvakrát menej zastúpené v riadiacich funkciách ako muži a samozrejme už nehovoriac o problémoch v pracovnom prostredí, ako je diskriminácia, sexuálne obťažovanie, ktoré sa často boja oznámiť. A teraz mne sa zdá, že to už nie je otázka akoby ideológie alebo veľkých debát, ale je otázka základnej spoločenskej spravodlivosti. Ako môžeme tolerovať situáciu, v ktorej polovica občanov Európskej únie nemá rovnaké podmienky a rovnaké šance na život a prácu. Tak ja len dúfam, že tá stratégia, ktorú pripravujete, aspoň trochu pomôže dobehnúť ten silnejúci občiansky tlak aj samotnými politikami.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, estimada comisaria, nos alegramos mucho de que haya una estrategia, de que se presente una estrategia de igualdad de género en esta legislatura; también de que se recojan algunas medidas concretas, como la transparencia salarial. Pero me alegro especialmente de que usted hable de transversalidad de género en relación con el Pacto Verde Europeo o a la inteligencia artificial.

Porque, hasta ahora, no ha habido realmente una incorporación de la perspectiva de género en las políticas europeas. Ha habido más bien una política de empleabilidad, a pesar de que mujeres y hombres nos incorporamos de manera muy desigual al mercado de trabajo. Por tanto, mientras realmente no haya una incorporación de la perspectiva de género en las políticas europeas, difícilmente vamos a avanzar, muy especialmente si no lo conseguimos en la política económica, donde brilla y sigue brillando por su ausencia. A veces es simplemente una guinda que se pone en el pastel, pero que no tiene realmente ninguna importancia.

Comisaria Dalli, hagamos que realmente tenga importancia. Aquí en el Parlamento Europeo hay una red de incorporación de la perspectiva de género con representantes en todas, absolutamente todas, las comisiones, que vamos a estar muy dispuestas a trabajar con usted y a hacer posible que realmente avancemos en una Europa mucho más igualitaria.

Radka Maxová (Renew). – Paní předsedající, paní komisařko, velmi Vám děkuji, že se věnujete strategii pro rovnost žen a mužů. Mám pocit, že je to těžké portfolio, možná těžší než sestavení víceletého finančního rámce.

K tomu, abychom prosadili tuto strategii, budeme potřebovat odblokovat ratifikaci Istanbulské úmluvy. Bohužel, Slovensko včera oznámilo, že chce stáhnout podpis z této ratifikace a že chce odstoupit. S tímto já nesouhlasím a neměli bychom tomu přihlížet jen tak v tichosti.

Dále potřebujeme odblokovat antidiskriminační směrnici. Na co bych chtěla upozornit, abychom ve strategii velmi apelovali na dobrý školský systém, na vzdělávání od nejmenších dětí až po vysokoškoláky. Myslím si, že je to velmi důležité, protože bez změny systému vzdělávání a přístupu pedagogů k vysvětlování, že rovnost je vlastně velmi výhodná pro hospodářský růst, pro ekonomiku, nám nic jiného nezbyde.

Zgłoszenia z sali

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, I would like to thank Commissioner Dalli for coming here today to outline the future Gender Equality Strategy. It's extremely important. It's a very good time. We have the political commitment at the top of the Commission, and hopefully across the Commission. I do want to say to you that I don't believe that you can do this on your own. It is important that every Commissioner looks at these issues, and that gender equality is mainstreamed.

We can diagnose the issues very clearly. You've heard from all my colleagues here today. There are newer issues emerging, but there are very many issues that have been around for quite a long time. We do need to pay attention to climate change, to what's happening in technology, to the economic empowerment of women, and to dealing with the pay gap and the pension gap. But we also have to, for example, look at the budget and the gender-proofing of all of the budget decisions. That's also really important, but we do need binding measures, we need strict implementation, and we need monitoring.

Maria Manuel Leitão Marques (S&D). – *(início da intervenção com o microfone desligado)* ... a estratégia que vai apresentar, espero que ela tenha medidas concretas, tenha metas e tenha meios, tenha recursos para ser executada, senão será mais um bonito texto que ficará no arquivo da Comissão Europeia.

Precisamos de uma estratégia que combata problemas, vença batalhas que já não deviam estar na nossa agenda, como a violência doméstica, e de uma estratégia que olhe para o futuro e combata, por exemplo, a desigualdade na participação em profissões tecnológicas que é, neste momento, muito desequilibrada.

Precisamos, também, de que esta estratégia esteja presente em todas as políticas da Comissão Europeia, que discrimine as empresas que têm boas políticas de igualdade na contratação pública ou no acesso aos fundos, e que também seja incluída nos acordos de parceria internacional.

Conte conosco se a sua estratégia for ambiciosa. Conte com o nosso apoio. Conte com a nossa crítica também e o nosso contributo.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, el valor que puede añadir la Unión a las políticas de igualdad pasa por cuatro aportaciones.

La primera, exigir unos estándares mínimos en todos los países miembros tanto en políticas contra la discriminación como en tareas de prevención y represión de la desigualdad y especialmente de la violencia de género. Por eso es imprescindible homogeneizar el tratamiento legal de este problema.

La segunda, mejorar las estadísticas y los indicadores para mejorar la evaluación de esas políticas.

La tercera, asumir que la lucha por la igualdad necesita criterios globales pero actuación en el nivel más próximo a la ciudadanía, lo que requiere incorporar los niveles local y regional a este trabajo.

Finalmente, necesitamos mover conciencias, aplicar ideas globales que han funcionado a la tarea de cambiar estereotipos y los tópicos que alimentan la desigualdad y que hay que empezar a cambiar a nivel de cada individuo.

Acabamos de declararnos en emergencia climática. Siglos de discriminación, de violencia, de terrorismo doméstico — diez mujeres en seis semanas, solo en mi Estado miembro— deberían animar a una declaración europea de emergencia por la igualdad.

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, se siamo qua a parlare di parità di genere, dovete sapere che nel mio paese, in Italia, solo il 4 % degli amministratori delegati sono donne, nonostante il livello di istruzione sia molto alto.

Si è parlato in quest'Aula di differenze salariali, è indubbio, ma io non credo che la soluzione siano le quote. Io non voglio essere definita un panda o un qualcosa da proteggere in quanto donna. Io rivendico il diritto di essere valutata per le mie capacità e per le mie competenze e, se sono più brava di un uomo, di essere pagata di più, non in maniera uguale.

Quindi io concludo il mio intervento dicendo che vorrei evitare questa continua campagna degli uomini e delle donne di prevedere delle quote o in qualche modo trattare le donne come se fossero una riserva. Dovremmo invece continuare a portare avanti l'idea delle donne come persone e quindi valutarne davvero le capacità e premiarle nel caso in cui se lo meritano.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Frau Dalli, ich freue mich sehr, dass wir jetzt mit so viel Energie in diesen Prozess der Strategie starten, und ich freue mich auch, dass unsere Parlamentsentschließung, über die wir morgen abstimmen, eine starke außenpolitische Dimension hat. Denn zum einen macht Solidarität uns Frauen stark, und zum anderen haben wir in so vielen Friedensverhandlungen gesehen, und das ist auch wissenschaftlich bewiesen: Je mehr Frauen am Verhandlungstisch sitzen, umso länger hält der Frieden. Ich finde es gleichzeitig wichtig, dass wir uns auch an unsere eigene Nase fassen. Mir ist es oft wirklich hochnotpeinlich, wenn wir mit EP-Delegationen ins Ausland reisen, und da sind nur Männer; wenn unser Europäischer Auswärtiger Dienst in den Krisenregionen keine einzige Botschaft hat, die von einer Frau geführt wird. Ich würde mich einfach sehr freuen, wenn wir in dieser Strategie nicht nur innenpolitisch rangehen und nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern uns auch wirklich an unsere eigene Nase fassen und unsere eigenen Strukturen da nochmal angucken. Da haben Sie, glaube ich, in uns Grünen eine starke Unterstützerin, aber nicht nur da. Mutig voran! Das wäre sehr schön.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, ženama moraju biti dostupne sve prilike koje imaju muškarci. To je temelj ravnopravnosti u društvu, da svi pod istim uvjetima mogu iskoristiti određene životne prilike i voditi živote po vlastitom izboru.

No, jednake prilike ne znače nužno i jednake ishode. Osigurati ženama priliku da se bave istim poslovima kao muškarci i da za njih budu jednako plaćene ne znači da će se one u većem broju tim poslovima doista željeti baviti. Različitost u ponašanju u društvenim ulogama i životnim izborima među spolovima nije samo društveno uvjetovana nego i biološki. Eliminacija društveno-političkih barijera neće staviti znak jednakosti između žena i muškaraca zato što oni jednostavno nisu i ne mogu biti isti, ali svakako moraju biti jednakopravni. Oko toga ne smije biti spora.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I think equality for women is a pipe dream unless women have control over their own bodies, and while I very much welcome the progress made in Ireland and Cyprus in other areas in terms of access to abortion, we have to be careful that in some countries there has been an attempt to roll back some of the gains, with conscientious objection being misused, with regressive preconditions being put on women's decisions, and even attempts to ban abortion. I think this is something we must take great care of.

I note that the strategy singles out women who face multiple forms of discrimination such as Roma and migrant women, and I welcome that, but we should really call this out. I mean it is a scandal that we have, in Bulgaria, Roma women segregated in maternity hospitals, not allowed to use toilet facilities or to eat with other women. We need concrete solutions for this, we need legislation outlawing such discrimination, and we need to facilitate women in the best possible way.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, οφείλω να πω ότι σε προηγούμενες ομιλίες μου ευχόμουν να μην χρειαστεί να ξανα συζητήσουμε για θέματα ισότητας των δύο φύλων, διότι η Ευρωπαϊκή Ένωση θα μπορούσε να αρθεί στο ύψος των περιστάσεων γι' αυτήν την ισότητα και να την έχει εφαρμόσει μέχρι σήμερα. Θεωρώ προσβολή το γεγονός ότι, εν έτει 2020, στην Ευρωπαϊκή Ένωση —για την οποία υπερηφανευόμαστε για τον πολιτισμό της, για τα ανθρώπινα δικαιώματα, για τις αρχές και τις αξίες— συνεχίζουμε να αγωνιζόμαστε για κάτι που έπρεπε να θεωρείται αυτονόητο: για την ισότητα των δύο φύλων. Το συζητάμε σαν στόχο τον οποίον οφείλουμε να κατακτήσουμε, ενώ εδώ και τόσα χρόνια δεν έχει επιτευχθεί.

Αρα θεωρώ —και πραγματικά επιβραβεύω την επίτροπο Dalli για τις πρωτοβουλίες της— ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να είναι πρωτοπόρος και πρέπει να λάβει συγκεκριμένα μέτρα, ούτως ώστε να επιβληθεί αυτή η ισότητα με κυρώσεις στις χώρες που δεν την εφαρμόζουν. Να στηριχθεί αυτή η προσπάθεια ακόμη και από τους προϋπολογισμούς και να εγκριθεί —αν γίνεται— σχετική οδηγία από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Ευρώπη χωρίς εξάλειψη της διάκρισης και της βίας κατά των γυναικών δεν νοείται και δεν μπορούμε να είμαστε περήφανοι χωρίς αυτό. Αρα, είναι πρώτος και μοναδικός στόχος να πολεμήσουμε μαζί γι' αυτόν τον σκοπό.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, stratégia pre rodovú rovnosť musí byť niečo, čo sa aj do budúcnosti stane veľkou inšpiráciou pre všetky členské štáty, a mal by to byť minimálne politický záväzok pre ne a aspoň v niektorých oblastiach by to malo byť aj právne záväzné.

Ja sa pozastávam minimálne na tom, že je nepredstaviteľné a veľmi nespravodlivé, aby ženy mali stále nižšie platy a nižšie dôchodky, ako majú muži, a dokonca aj vo verejnom sektore v rámci štátov Európskej únie. Na tomto musíme naozaj popracovať. Ďalej ja sa zastavujem aj na tom, že zosúladenie rodinného a pracovného života pre ženy, to je veľmi dôležité, aby mali ženy väčší a ľahší prístup pre svoje deti do materských škôl, aby tieto materské školy boli nielen finančne dostupné, ale aby ich bolo aj dostatok kapacitne. No a potom samozrejme ide aj prístup k zdraviu. Boli spomínané aj diskriminácie rómskych žien. S týmto musíme naozaj skoncovať čím skôr. No a samozrejme treba bojovať proti všetkým formám násilia, domáceho násilia, sexuálneho harasmentu na pracovisku a podobných nepríjemných sexuálnych narážok, s ktorými sa stretávajú ženy často ešte aj teraz.

Milan Brglez (S&D). – Gospa predsedujoča! Diskriminacija večine evropskih državljanek v vseh sferah družbenega, političnega, gospodarskega in zasebnega življenja ter v vseh starostnih obdobjih ni sprejemljiva in ni v skladu s temeljnimi načeli in določbami pravnega reda Evropske unije.

Odpravljanja neenakosti med spoloma se očitno ne lotevamo na pravi način. Ozaveščanje glede neenakosti spolov preko mednarodni dni, kakršni je bil včerajšnji mednarodni dan žensk in deklet v znanosti, ni dovolj.

Žal je tudi v tem parlamentu večina zgolj za retorično enakopravnost. Kako naj si drugače razlagamo dejstvo, da poslanke in poslanci LLS in Renew zavrnejo ključne amandmaje v resoluciji za zagotovitev enakega plačila moških in žensk za enako delo.

Ali da tako na ravni držav članic kot v naših vrstah primanjkuje politične volje za to, da bi enakost spolov ter načelo zagotavljanja enakega plačila za enako delo bila dela evropskega semestra.

To so nujni strukturni ukrepi, brez katerih prihodnja strategija za enakost spolov žal ne bo več kot lep šopek besed za 8. marec, mednarodni dan žensk.

Sylwia Spurek (S&D). – Madam President, I come from Poland, a country in which women are still not properly protected from violence; a country in which women who are living in villages still do not have proper access to health care, in which the burden of childcare is put on women, and only one per cent of men take paternity leave. I come from Poland, a country in which women do not have the right to safe and legal abortion.

The list of issues is long and the situation affects even more women with disabilities, the elderly, LGTBI, Roma women and Muslim women, and it is disgraceful that in the 21st century in the centre of Europe there are women who cannot enjoy their fundamental human rights. The ambition of the European Union should be to ensure unified standards and the highest level of protection of women's human rights in all Member States. It should be the goal of Gender Equality Strategy.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, thank you all for your valid contributions and yes, it's 2020 and we are still discussing the rights of more than half the world's population. We're discussing rights which men take for granted. I really thank you all for the call also for more men to take part in debates regarding gender equality. We all have mothers, some of us have daughters and we are speaking about more than half the population. One of the men here said feminism is not just for women, but for the whole of society. So yes, as has rightly been pointed out, yes, when we are discussing war and armaments, which will kill people like you and me, then many men contribute there. I don't wish for more women to contribute there but less men. I want to all of us to discuss peace but this is the reality, so it's important that we point this out and that we look at gender equality as something for all of us, for all of our societies, for all of Europe, for all the world.

The new Gender Equality Strategy will address the many topics which you have highlighted and what was highlighted in the President's political guidelines. I will set out an ambitious agenda for combating and preventing all forms of violence against women, including online violence. I will present a legislative proposal to ensure better transparency on pay levels in European businesses and organisations and take other non-legislative measures to close the gender pay gap. I want to finally get to EU rules adopted to ensure progress on gender balance on company boards, because we know that targets work. I want to make sure that the Work-life Balance Directive is implemented in the Member States to help women and men reconcile work and caring responsibilities. Also, I want all major EU policy initiatives to be assessed from a gender lens. I will ensure that the Commission's work on gender mainstreaming is more comprehensive and systematic than has been previously been the case.

We must pay attention to the gender and equality perspective when addressing some of our society's main challenges, such as digitalisation and transition to a greener economy, as was mentioned also here. And yes, we are targeting the feminisation of poverty. The gender gap in poverty is, after all, the result of the many inequalities women and girls face in all spheres of life. I reiterate that I count on the strong support of Parliament because equality for all its citizens is one of the founding values of the EU, and we need to make this a reality, all of us together, for all of our citizens.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Il 4 marzo, sarà pubblicata la Strategia europea per il Gender equality (2020-2024) allo scopo di eradicare le inaccettabili discriminazioni che ancora persistono in Europa, tra uomini e donne nel mercato del lavoro, sul piano retributivo, sociale e culturale. L'auspicio è che sia una strategia ambiziosa comprendente misure giuridiche e non, per lottare contro il gender pay gap e il conseguente divario pensionistico, per assicurare parità di genere nelle posizioni di vertice del settore pubblico e privato, e per debellare forme di discriminazione indiretta, causate dalla mancanza di accesso a servizi di assistenza, che permettano di conciliare concretamente vita familiare e professionale, in particolare in presenza di bambini, persone anziane o disabili; carenze che, di fatto, continuano a negare a troppe donne, il libero godimento dei loro diritti. Occorrerà, inoltre, imperativamente prevedere misure più incisive, per impedire che si allunghi la lista dei delitti, spesso annunciati, di cui sono vittime troppe donne. La drammatica portata del fenomeno riguarda ogni Stato membro. Occorrerà pertanto, stabilire che ogni violenza contro le

donne sia riconosciuta come reato, ai sensi dell'articolo 83 TFUE, e promuovere quel cambiamento socio-culturale senza il quale, ogni misura normativa non potrà che avere un effetto limitato.

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – La parità di genere è un principio fondante dell'Unione europea, disatteso in tanti settori della vita sociale. Anche in Europa abbiamo donne con diritti limitati, che vivono condizioni di disuguaglianza economica, non adeguatamente rappresentate nei processi decisionali, sottopagate in ambito lavorativo, che subiscono discriminazioni e violenze non solo fisiche ma anche di natura morale e sessuale. Nella nuova strategia per la parità di genere, annunciata dalla Commissione europea, avremo bisogno, oltre alle dichiarazioni di principio, la previsione di strumenti per combattere una duplice battaglia: essa va condotta sia sul piano dei diritti, con misure vincolanti, sia sul piano culturale, principale fonte delle disuguaglianze di genere.

Livia Járóka (PPE), *in writing*. – The phenomenon of sexual exploitation is full of gender inequality. The majority of humans providing sexual services are women and a majority of them are trafficked into the sex industry by male pimps. These women are victims of sexual trafficking and exploitation. Of all the registered victims of trafficking for sexual exploitation in Europe, 95% are female. Unfortunately, Roma are one of the most vulnerable and more affected group. Paternalistic societies are at the core of that. The demand for sexual services is also mostly coming from men. This means there are several types of power imbalances between men and women in the sex industry. These women also suffer emotional and physical abuse. Violence against women is also a part of gender inequality. This gender inequality is a European problem; trafficking for the purpose of sexual exploitation is a transnational problem. The victims are trafficked across Europe. Human trafficking and sexual exploitation are fuelled by prostitution. The reintegration of victims of human trafficking can be added to the Gender Equality Strategy as well, so as to facilitate and encourage the Member States to support such programmes.

18. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Rady przez Evelyn Regner w imieniu Komisji Praw Kobiet i Równouprawnienia w sprawie priorytetów UE na 64. sesję Komisji ONZ ds. Statusu Kobiet (O-000006/2020 - B9-0005/2020).

Evelyn Regner, *Verfasserin*. – Frau Präsidentin! Wir feiern das 25-Jahr-Jubiläum eines Dokuments, das so umfassend und klar die Rechte der Frauen zusammenfasst und definiert wie noch nie ein Dokument zuvor. Nach wie vor stellt die Peking Erklärung, die bei der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking verabschiedet wurde, eines der progressivsten, eines der umfassendsten und am klarsten formulierten Dokumente über die Rechte der Frauen dar, die es gibt. Alle Lebensbereiche sind abgedeckt, die vollständige Gleichstellung von Frauen mit Männern ist gedacht – ob jung oder alt, reich oder arm, ob Frauen, die im Frieden leben, Frauen, die im Krieg leben, das öffentliche sowie das private Leben – umfassend und progressiv haben 1995 alle teilnehmenden Regierungen deklariert: „Wir erkennen Frauenrechte als Menschenrechte an.“ Wir haben eine 25 Jahre alte Magna Charta der Frauen, die alle Frauenrechte zu Menschenrechten macht und Frauen in allen Lebensbereichen mit Männern gleichstellt. Die Deklaration enthält umfassende Handlungsanweisungen an alle Regierungen, an NGOs und bezieht sämtliche weitere *multi-level stakeholder* in die Handlungsvorschläge mit ein. 189 Regierungen haben sich zur Mitarbeit, Umsetzung, Realisierung der Rechte für die Frauen in der Welt verpflichtet, und seitdem wird alle fünf Jahre der Fortschritt überprüft.

Was ich besonders an der Deklaration hervorheben möchte, ist, dass wir durchwegs von der Machtgleichstellung der Frauen sprechen. „Machtgleichstellung“ – was für ein modernes *wording*. Dass die volle und ausdrückliche Anerkennung und Bekräftigung des Rechts aller Frauen, über alle Aspekte ihrer Gesundheit, insbesondere ihre eigene Fruchtbarkeit, zu bestimmen, eine Grundvoraussetzung ihrer Machtgleichstellung ist; dass der Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, zu Grund und Boden, Krediten, Wissenschaft und Technologie, Berufsausbildung, Information, Kommunikation und zu den Märkten voll und gleichberechtigt gewährt wird – also ich zitiere daraus.

25 Jahre nach der Verabschiedung muss jedoch ein schlechtes Urteil gefällt werden. In keinem Land wurde die vollkommene Gleichstellung von Frauen erreicht. Kein Land – nicht einmal die Staaten der Europäischen Union – kann die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper gewährleisten. Wir als Europäische Union stecken fest, wenn es um die gemeinsamen Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen geht, und dürfen uns nicht als gut dastehende Region rühmen. Die Richtlinie *Gender Balance on Boards*, die Frauen in Entscheidungspositionen stärken soll – seit acht Jahren blockiert. Dieses Jahr hätte sie in ganz Europa vollständig umgesetzt werden sollen. Wir haben keine vollkommene Gleichstellung beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen. Immer noch gibt es Diskriminierung, und Bereiche wie zum Beispiel Werbung sind ausgenommen. Wir haben ganz klar eine europaweit bestehende Diskriminierung beim Verdienst. Selbst nach bereinigten Zahlen sehen wir, dass die Lohn- und Gehaltsschere nach wie vor gewaltig auseinanderklafft. 500 000 junge Frauen, also eine halbe Million Frauen und Mädchen, werden Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung – und das nicht irgendwo außerhalb, sondern innerhalb Europas. Diese Beispiele, diese Zahlen sind beschämend für Europa und die meisten Regierungen. Berechtigterweise richte ich meine Kritik an den Rat, an die Regierungen, die verpflichtet sind, die Hälfte ihrer Bevölkerung, nämlich ihre Staatsbürgerinnen, gleichwertig zu vertreten, gleichwertig zu unterstützen und positiv zu fördern, bis eine vollkommene Gleichstellung erreicht ist.

Traditionelle, kulturelle, religiöse Machismen verhindern nach wie vor und mehr denn je den Abbau von patriarchalen Machtstrukturen und messen Frauen einen geringeren Wert als Menschen zu als Männern. Deshalb müssen wir gerade auch auf europäischer Ebene als Garant für Frauenrechte als Menschenrechte kämpfen. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Rückschritte innerhalb der EU in einzelnen Mitgliedstaaten oder als gemeinsamer globaler Akteur in der restlichen Welt geschehen. Ich mahne Sie. Es geht um die Hälfte der Bevölkerung! Negieren Sie die Menschenrechte von Frauen nicht!

Wir wissen, die Pekingener Erklärung von 1995 bindet die Regierungen nicht verpflichtend, aber wir Frauen in dieser Welt haben damit ein Dokument in der Hand, das internationale Legitimität verschafft. Wir werden nicht loslassen, wir werden kämpfen für einen echten Fortschritt. Das Dokument muss jetzt mit Leben erfüllt werden. Die Vereinten Nationen sind jetzt voll dahinter, in Aktion zu treten. Die UN braucht aber Mitarbeit der Regierungen. Sie richtet *action coalitions* ein, Engagement – Mexiko und Paris möchte ich erwähnen –, engmaschigere Kontrollen des Fortschritts und der Umsetzung sind notwendig. Hier platziere ich daher meinen Appell an die sehr geehrten Abgeordneten, morgen bei der die Anfrage begleitenden Abstimmung meine zwei Abänderungsanträge zu den *action coalitions* zu unterstützen.

Wir im Europäischen Parlament wollen eine starke Beteiligung und ein multilaterales Vorgehen. Die Vereinten Nationen leben von der Zusammenarbeit, dem gemeinsamen Willen, dem gemeinsamen Handeln. Als Europäische Union müssen wir voll dafür eintreten – gemeinsam und in Vielfalt.

(Beifall)

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, thank you for this opportunity to exchange views on the next session of the UN Commission on the Status of Women. I shall also touch on the question of gender equality more broadly. 2020 is a pivotal year for the realisation of gender equality and the empowerment of all women and girls everywhere. It will also be the year of a series of milestone anniversaries relevant to gender equality. We will celebrate the 20th anniversary of the UN Security Council Resolution 1325 on women, peace and security; the fifth anniversary of the sustainable development goals; and not least, the 25th anniversary of the Beijing Declaration and Platform for Action.

Gender equality matters to all our citizens. It is not just a women's issue but a social issue and also an economic issue: allowing everyone an equal chance to contribute brings significant benefits in terms of our economic strength. The upcoming session of the Commission on the Status of Women will be dedicated to the Beijing Declaration and Platform for Action. At the next session of the Commission on the Status of Women, we should identify gaps in the implementation of the Beijing Declaration and Platform for Action and reconfirm the full validity of the commitments undertaken 25 years ago. We should re-energise international efforts towards gender equality, the full enjoyment of all human rights by all women and girls and their empowerment.

The UN Secretary-General highlighted that process and progress in many areas is lagging behind. This is in particular the case concerning the exposure of women and girls to extreme poverty and violence against women and girls. We also continue to have a gender gap in labour force participation and under-representation in decision-making and a leadership role across all sectors. The EU will set the bar high in all these areas. They should be backed up by substantial financial resources.

When it comes to the negotiation of the political declaration, the EU will demonstrate its strong leadership role on gender equality. The EU's agreed position is rooted in the EU's legal and policy framework and is intended to guide our negotiators in New York. Some of the most critical issues include the following: equality and non-discrimination, sexual and gender-based violence, family and family oriented policies, health, education, social protection, decent work, sexual and reproductive health and rights as per the new European consensus on development, and desegregated data collection. Furthermore, the position paper also includes guiding principles on climate change and information and communication technology. The EU will make every effort to ensure that past achievements are safeguarded and that further progress is achieved on the road to full equality among women and men.

The EU will also strive for a political declaration which recognises women civil society organisations and women human rights defenders. They play a critical role in the promotion, protection and fulfilment of the human rights of all women and girls. The EU will therefore pledge to continue supporting civil society and ensuring a safe and enabling environment for them to operate effectively at local, national, regional and global levels.

As to the EU's political statement at the opening session, we are convinced that the European Parliament and the Council share the same values and interests and the same priorities. We therefore look forward to hearing your suggestions today.

President, honourable Members, on the issue of gender equality more broadly, you rightly underlined in your question for today's debate that gender equality is not a separate domain, but one that cuts across the whole of society and the economy. Progress in this field, therefore, requires the integration of gender equality goals into all relevant strategies and policy goals. In other words, we need gender mainstreaming as well as specific actions. Precisely in this spirit, in its conclusions from December last year, the Council called on the new Commission to adopt a stand-alone, high-level EU gender equality strategy and I'm delighted that the Commission has undertaken to do just that. The Council, furthermore, called for an effective and systematic implementation of gender mainstreaming in all policy areas. The Council also called on the Commission and the Member States to pursue a stronger focus on gender equality within the different phases of the European Semester process.

Finally, a few words about the Council's work programme in the months to come. We of course look forward to the initiatives that the Commission has announced, such as measures relating to pay transparency. Meanwhile, as you are aware, gender equality and non-discrimination is one of the priorities of the Croatian Presidency. We intend to table a set of Council conclusions on the impact of long-term care on work-life balance, as we all know women perform a far greater share of informal care work than men and this limits their ability to participate in the labour market. On 30 January the Croatian Presidency organised a high-level conference on the topic: Participation of women on the labour market – Benefit for society! Its results will be discussed within the UN Commission on the Status of Women. While a lot has been done, there is still a long way to go in order to achieve full equality both within the EU and especially beyond its borders.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members. Thank you for including the preparation of the UN's 64th session of the Commission on the Status of Women (CSW) in today's agenda. This is very good timing. The negotiations on the political declaration and the preparation of the EU statements are ongoing, and the aim is that the CSW will start with a strong and action-oriented political declaration focused on the implementation of the existing commitments.

At the same time, we are preparing our side events, which will be melting-pots for good practices and new ideas on how to take the Beijing Agenda forward. This is the strength of the CSW – a place to meet and discuss gender-equality which many actors in the field.

The session will celebrate the 25th anniversary of the Beijing Declaration and Platform for Action. We also celebrate the 75th anniversary of the United Nations and the 5th anniversary of the Sustainable Development Goals.

Gender-equality and the empowerment of women and girls is not only a question of justice. It also makes economic sense to ensure that women and men, girls and boys, reach their full potential.

I have read with great interest the report of the UN Secretary-General on the state of play with regard to the situation of women and girls in the world. It is a good, nuanced report based on 167 national reviews and regional review meetings, which took place in various regions across the globe.

While we have seen some progress, we have not advanced as much as we wanted to. Female labour market participation was increasing, but has stagnated over the last five years. Women still carry out a disproportionate share of household work and care. Women's and girls' voices and participation are far from being on an equal footing to those of boys and men.

Women are 25% more likely to live in poverty. Gender stereotypes still determine the paths of women and girls. Gender-based violence is a recurrent issue. Next to this, new issues are emerging like climate-change and digital technologies. We must turn these changes into opportunities. Digitalisation can open doors for women and girls, but can also be misused to silence them.

As the UN Secretary-General highlighted, gender-equality and empowerment of women and girls is crucial to an economically uncertain world with increasing polarisation, environmental threats and conflict. The unequal distribution of power, resources and opportunities perpetuates gender-inequalities.

I welcome very much the input of the European Parliament, including your forthcoming resolution on this topic, and the Parliament's presence during this CSW.

Gender-equality is a priority for the European Commission, both in our internal and external relations and actions. The Commission will present a new gender-equality strategy in March, and still in 2020, launch the third action plan on gender-equality and women's empowerment in external relations.

A stronger, ambitious and holistic approach will address the issues identified globally and for the EU. Our approach will be based on gender-mainstreaming in all policy areas. The task force on equality, with members drawn from all the Commission's services and the European External Action Service, will be fundamental for this.

Next to this, targeted actions on specific gender-equality issues will continue. We will continue to tackle the gender pay-gap and introduce pay transparency measures. We will continue to develop measures to end gender-based violence. We will continue to push for gender-balanced company boards.

I am looking forward to hearing your views and discussing these ideas. Thank you again for putting the CSW on today's agenda.

(Applause)

Frances Fitzgerald, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I want to welcome the three speeches that we have just heard from Evelyn Regner earlier. These are actually a very clear outline of the priorities that we should be presenting at the UN Conference. The language is right, the words are right, and we can do our best to bring forward what you've heard here today. The priorities that people across this Parliament have outlined: these are the priorities, clearly, that we have to bring to the UN.

What's very clear is that progress has been made, but there are the most extraordinarily serious issues still affecting women around the world. We also have to note that, after the Nairobi Conference on Population and Development, the USA did not sign the statement or the priorities at the end of that conference, and that is very serious. This is, as you said, the 25th anniversary of Hillary Clinton's famous line: 'women's rights are human rights, and human rights are women's rights'. Hard to believe that it actually needed to be said, but it did, and it accelerated change.

There is much more to do. It is a very important year. It's about acceleration; it's about implementation; it's about targets, and it's also about monitoring. It's also about budgets, and that has to be a particularly important element of the debates in the UN this year. Also, of course, we do have to watch out for attitudes that are still far too prevalent, where we see everyday sexism. That's very important to address as well, in terms of the perception of women, the reporting on women, and so on. That is critical.

Just a final word on quotas: we've heard some criticism of them here today. What does the UN say about quotas? They say they are a temporary, necessary measure. Let's face it, quotas have been operating on the side of men for quite a long time.

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Fru talman, kommissionär Dalli! Förra gången som jag var i New York på FN:s kvinnokommission var det skamligt att EU saknade en jämställdhetsstrategi. Denna gång kan vi som åker dit för att representera parlamentet se till att EU tar ledartröjan globalt när kommissionär Dalli nu kommer att presentera en strategi.

Att världens kvinnor samlas i FN-skrapan har faktiskt betydelse. Kvinnor bidrar till konfliktlösning och fredsbyggande. Kvinnor främjar en hållbar utveckling, och jag ser fram emot arbetet i kvinnokommissionen. Jag vill driva på för kvinnors rätt till sin egen försörjning, utbildning och jobb. Jag vill ta fajten mot våldet mot kvinnor och flickor och få bort löneklyftan. Vi måste också ha ett jämställdhetsperspektiv i klimatomställningen. Detta är viktigt inte bara för alla kvinnor, alla barn och unga, utan också för alla män.

Samira Rafaela, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, Commissioner, women's rights are human rights, and I would love to live in a world where I would not need to stress that women's rights are human rights. Men and women, the previous and the current generation, have worked hard to reach a point where we can advance on these issues. We should not take these rights for granted, and we should not take our democratic European society for granted. Women's rights continue to be heavily challenged, and there are recent trends of an organised backlash against women. We must not yield, but evermore show our commitment and use our voices to create a more social Europe – an inclusive Europe where all have the same equal opportunities, including women.

This motion for a resolution is our commitment to the visionary worldwide agenda of the United Nations for the empowerment of women. As representatives of our European citizens, we know that it is important to put into action our commitment for Agenda 2030. Women need to be on board for everything, gender equality is necessary for sustainable development, and 2020 is the year for the rapid realisation of gender equality and the empowerment of all women and girls. I welcome the Gender-Equality Strategy by Commissioner Dalli, which is due this March.

On 8 March, the world celebrates the advancement of women's rights, but also we review all that still needs to be done. For example, improving the conditions for women in the labour market. The persistent and increasing burden of poverty on women cannot continue, and I urge Members and the Commission to take every single step to make sure women can reach their full potential and have equal access to the labour market and the economic opportunities our European society provides.

Let us continue to use our voices and acknowledge the voice of all women everywhere. Our commitment to participate at the 64th Session of the UN Commission on the Status of Women shows that we take this seriously.

Christine Anderson, *im Namen der ID-Fraktion*. Frau Präsidentin! Das EU-Parlament spricht jetzt von seinen Prioritäten für die Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau und will zu der Erkenntnis gelangt sein, dass die Rechte von Frauen nur dadurch gestärkt werden könnten, wenn Abtreibungen endlich als nachträgliches Verhütungsmittel akzeptiert werden; dass Frauen ihre Möglichkeiten nur ausschöpfen können, wenn umfassende LGBTI-Rechte garantiert sind; dass die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen nur zu gewährleisten ist, wenn sie darauf verzichten, ihr Leben mit einem Partner zu teilen; dass Frauen nur mittels gesetzlich festgelegter Quoten in Führungspositionen gelangen könnten. Mein Gott – wie anmaßend, lächerlich und sexistisch ist es, zu behaupten, die Frauen kämen ohne die EU nicht vorwärts im Leben!

Wer die Rechte von Frauen stärken will, der sollte durch einen effizienten Grenzschutz dafür sorgen, dass Frauen nicht zum Freiwild importierter Männergruppen in Europa werden. Eine der größten Errungenschaften einer zivilisierten Gesellschaft besteht in der Befriedung des öffentlichen Raums, und das hatten wir in Europa weitgehend realisiert, und nun opfern wir diese Errungenschaften auf dem Altar von Diversität, Toleranz und Humanität und bezeichnen es gar noch höhnisch als Kulturbereicherung. Als Frau genieße ich in Europa – ebenso wie jeder Mann – Freizügigkeit. Bevor wir also hier in Entschließungen lächerliche Quotenregelungen fordern und damit völlig irrelevante Nebenkriegsschauplätze eröffnen, frage ich: Was unternimmt das EU-Parlament, um uns Frauen vor angeblich

Schutzsuchenden zu schützen?

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Monika Vana, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was diese Debatte heute ganz deutlich zeigt, ist, wofür wir uns gemeinsam als Europäisches Parlament, Kommission und Rat vehement im Rahmen der UN mit starker und geeinter Stimme einsetzen müssen, und das ist der Kampf gegen den Backlash, das ist der Kampf gegen die Lächerlichmachung des Kampfes um Gleichstellung, und das ist der Kampf für internationale Gleichstellung für Frauen in allen Bereichen. Die Peking-Erklärung ist der weltweit umfassendste politische Rahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung, und 25 Jahre später haben wir als Europäerinnen die Verpflichtung, uns deutlich als globale Pionierinnen im Multilateralismus hervorzuheben und vereint aufzutreten. Wir Europaabgeordnete beziehen klar Stellung mit einer Entschliebung, die wir morgen verabschieden werden, und ich hoffe, auch der Rat – und der Rat ist aufgefordert, hier auch klar Stellung zu beziehen und sich zur Aktionsplattform von Peking zu bekennen und die EU als Vorreiterin zur Gleichstellung zu positionieren.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Komisja Praw Kobiet i Równouprawnienia dyskryminuje mniejsze grupy polityczne i odbiera im prawo reprezentowania wyborców na corocznej konferencji Komisji ds. Statusu Kobiet w Nowym Jorku. Naprawdę dobrze się państwo z tym czujecie? Dlatego też na konferencji nie wybrzmi głos kobiet konserwatywnych, które chcą łączyć życie zawodowe z rodzinnym. Kobiet, które małżeństwa i macierzyństwa nie traktują jak przysłowiowej kuli u nogi, która przeszkadza w karierze zawodowej. Nie wybrzmi też głos mówiący o tym, że życie trzeba chronić, że życie jest cudem i że jest ono najwyższą wartością. Za to bardzo mocny będzie głos lewicowo-liberalnych środowisk dążących do uznania aborcji za prawo człowieka i metodę planowania rodziny, jak również dążących do seksualizacji dzieci i manipulowania płciowością. Dlatego wzywam do opamiętania się. Proszę zagłosować zatem za rezolucją, która bez niepotrzebnej ideologii wyraża troskę o przyszłość kobiet. To rezolucja EKR-u.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, tampoco el Grupo GUE/NGL estará representado.

Señores y señoras del Consejo, presentamos una propuesta de Resolución en la que les hacemos una serie de recomendaciones que consideramos prioritarias para las mujeres en la Unión Europea. Pero lo cierto es que, hasta ahora, no se les ha visto muy animados con la perspectiva de género y el feminismo. El Consejo es el órgano en el que se han frenado las iniciativas más importantes para las mujeres.

Por ejemplo, resulta que tenemos una Directiva antidiscriminación que lleva diez años bloqueada en el Consejo. ¿Piensan ustedes hacer algo? El EIGE nos dijo hace poco que caminábamos hacia la igualdad a paso de tortuga y de manera claramente desigual.

Resulta también que la Unión Europea no ha ratificado el Convenio de Estambul gracias al boicot de una serie de Estados en el Consejo -el eje de Visegrado y su círculo de influencia y connivencia- y gracias a los mismos lobbies religiosos que han apoyado las campañas antielección en todas las partes del mundo. Unos y otros empeñados en tratar a las mujeres como incubadoras y máquinas reproductoras, esclavas de sus parejas o de sus gobiernos.

Son ellos los que han conseguido que en la Unión no se legisle sobre derechos sexuales y reproductivos, aunque este Parlamento reconoció que la denegación de servicios de salud sexual y reproductiva y derechos afines es una forma de violencia contra las mujeres, en línea, por cierto, con el Tribunal Europeo de Derechos Humanos.

Son ellos los que quieren eliminar la educación en igualdad en las escuelas, y los que criminalizan al colectivo LGTBIQ. No olvidemos que Polonia, Bulgaria, Hungría y Eslovaquia lideran hoy una brutal resistencia contra la llamada «ideología de género».

La Unión Europea tampoco ha adoptado una Directiva sobre la violencia de género, porque para algunos Estados y grupos políticos que se sientan en este Pleno esa violencia ni siquiera existe. Hace solo unos meses este Parlamento reconocía que asistimos a una ofensiva visible y organizada a escala mundial y europea contra la igualdad de género y los derechos de las mujeres.

El Consejo tendrá que elegir. Espero que elija bien.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Wniosek z najnowszego raportu przygotowanego przez międzynarodową organizację humanitarną Oxfam na ostatni szczyt w Davos jest jednoznaczny: światowa gospodarka opiera się w dużej mierze na wyzysku kobiet. Okazuje się, że inwestowanie w równość coraz mniej się opłaca, a to dlatego że kobiety i dziewczęta na świecie wykonują ponad 3/4 nieodpłatnej pracy opiekuńczej, czyli 12,5 miliarda darmowych roboczogodzin.

Dlatego równość wynagrodzeń, likwidacja barier dla kobiet niepełnosprawnych, przemoc, aktywizacja zawodowa kobiet po 50. roku życia, zmniejszający się udział kobiet w rynku pracy, ubóstwo kobiet, dostęp do rynku pracy i aktywizacja kobiet z terenów wiejskich i oddalonych, wpływ zmian klimatu na ubóstwo, zdrowie fizyczne i psychiczne kobiet to tematy, które na pewno będą poruszane na 64. sesji ONZ, i mam nadzieję, że uda nam się znaleźć skuteczne rozwiązania, a także przyjąć perspektywiczne zobowiązania w deklaracji politycznej.

Maria Manuel Leitão Marques (S&D). – Senhor Presidente, a igualdade de género é uma questão de poder e o poder nunca foi dado, foi sempre conquistado. «Serei claro: não se trata de fazer um favor às mulheres. A igualdade de género tem a ver com direitos humanos e é do interesse de todos: homens e mulheres.» Palavras sábias do Secretário-Geral das Nações Unidas. Cito um homem que sempre foi um militante desta causa, não apenas agora na posição que ocupa.

Que prioridades devemos levar às Nações Unidas, vinte cinco anos depois de Pequim?

Em primeiro lugar, a luta pelas mulheres que não têm direitos, que não têm direito a estudar, que não têm direito a casar, que não têm direito à sua vida sexual, que não têm direito à sua vida profissional. Essas são aquelas que estão sempre à frente das nossas prioridades.

Depois, a prioridade da luta contra a violência, também a nova violência, que ocorre através da Internet e que, mais uma vez, afeta sobretudo mulheres e raparigas.

E, depois, as outras desigualdades: aquelas que serão desigualdades no futuro se não as prevenirmos agora, como aquelas que se relacionam com o desequilíbrio das profissões tecnológicas. Creio que temos muito trabalho a fazer. Com o mundo todo, unidos seremos mais fortes.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Madame la Ministre, comme vous le savez, le droit à la santé sexuelle et reproductive est la condition fondamentale pour atteindre l'égalité. Malheureusement, ces dernières années, on constate un recul et une remise en cause de ce droit dans le monde entier – et souvent, avec le soutien de grandes nations comme les États-Unis. L'Union européenne perd quant à elle sa crédibilité quand elle ne parle pas d'une seule et même voix. Le sommet de Nairobi pour la conférence des Nations unies sur la population et le développement, en novembre, en est un exemple. J'ai trouvé choquant, inacceptable, que des États membres, la Pologne et la Hongrie, se rangent du côté de ceux qui remettent en cause les droits des femmes.

Madame la Commissaire, Madame la Ministre, la nouvelle génération n'a jamais été aussi consciente des inégalités entre les femmes et les hommes. Partout dans le monde, elle fait entendre sa voix: au Chili, en Argentine, au Mexique, en Espagne, en France, en Belgique... Car cette génération ne supporte plus cette injustice. C'est celle-là qu'on appelle la «génération égalité». Alors, que le 25e anniversaire de la déclaration de Pékin soit leur moment! Écoutons ces filles et ces garçons, ces femmes et ces hommes du monde entier qui exigent une société de dignité, une société de justice, une société d'égalité. C'est cela, l'Europe et ses valeurs. C'est pour eux que nous, responsables politiques, nous nous engageons.

Annika Bruna (ID). – Monsieur le Président, il s'agit de définir les priorités de l'Union européenne en matière de condition de la femme.

Notre délégation défendra la lutte contre les écarts salariaux à travail égal, contre les cyberviolences, les mariages forcés et les mutilations génitales. Nous plaiderons aussi pour la reconnaissance du travail des mères au foyer et du travail domestique. Évidemment, nous ne voterons pas votre résolution caricaturale, qui remet en cause la souveraineté des États et entend imposer la convention d'Istanbul.

Je profite de cette intervention pour pointer un sujet capital, qui est pour vous tabou: le poids de l'islam radical dans les atteintes aux droits des femmes dans le monde, mais aussi en Europe. En France, une jeune fille nommée Mila, harcelée dans son lycée, a critiqué vertement l'islam sur les réseaux sociaux. Elle a reçu plusieurs centaines de milliers de messages agressifs, dont des menaces de mort et de viol. Elle n'a pas pu réintégrer son lycée, sa sécurité n'y étant pas assurée, et a été placée sous protection policière. Après trois semaines de déscolarisation, elle a dû changer d'établissement.

Cette jeune fille symbolise le quotidien de milliers de femmes en Europe qui subissent les influences de l'islam radical, propagé par des populations non assimilées. Les féministes, souvent si braillardes, ont été totalement silencieuses sur ce sujet, visiblement tabou pour elles. Notre groupe a demandé un débat sur ce thème lors de cette plénière, mais cela a été refusé. Pourtant, il est grand temps que vous ouvriez les yeux sur le rôle néfaste de l'immigration et de l'islam radical dans les conditions de vie des femmes en Europe.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señor presidente, señora comisaria, señora ministra, vivimos un momento en el cual muchos derechos que dábamos por garantizados ahora vuelven a ponerse en tela de juicio. Una ola de movimientos reaccionarios, a menudo teñidos con tintes xenófobos y misóginos, intenta frenar cualquier avance hacia una sociedad más justa e igualitaria, y esto nos afecta especialmente a nosotras, las mujeres.

El sexagésimo cuarto período de sesiones de la Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer de las Naciones Unidas es una magnífica oportunidad para que Europa abandere a escala internacional la lucha por los derechos de las mujeres y exija un compromiso férreo con la Plataforma de Acción de Beijing.

A día de hoy, muchas de las metas que estableció esta Plataforma siguen siendo solo esto —metas—. Europa debe ser una herramienta útil al mundo que ayude a frenar el retroceso global en materia de derechos de las mujeres y, en este sentido, se puede hacer más y mejor. La ratificación del Convenio de Estambul o la aprobación de la Directiva sobre las cuotas en los consejos de administración siguen encalladas en los Consejos. Les pedimos valentía, determinación y celeridad, y hagamos que las metas sean finalmente logros.

Beata Mazurek (ECR). – Choć minęło 25 lat od Światowej Konferencji w sprawie kobiet, która odbyła się w Pekinie, to ta debata uświadamia nam, że jest jeszcze wiele do zrobienia w kwestii ochrony i wzmocnienia roli kobiet w różnych obszarach. Musimy odpowiedzieć sobie na pytanie, co już udało się zrobić, i jakie kroki należy podjąć, by kobiety na całym świecie przestały borykać się z takimi problemami jak przemoc, szeroko pojęte nierówności ekonomiczne, czy choćby dyskryminacja kobiety jako matki w środowisku zatrudnienia.

Może Parlament Europejski powinien wziąć przykład z Polski, w której to różnice w wynagrodzeniach kobiet i mężczyzn są jednymi z najniższych w Europie, a niski wskaźnik przemocy wobec kobiet plasuje Polskę w czołówce najbezpieczniejszych krajów Starego Kontynentu. Jednocześnie mówimy stanowcze „nie” dla postulatów niektórych środowisk, by aborcja była jedną z metod planowania rodziny, oraz by Unia Europejska finansowała organizacje zaangażowane w jej promowanie. Nasuwa się pytanie, co tak naprawdę zamierza zrobić Parlament Europejski w kwestii pełnego poszanowania praw kobiet i równouprawnienia płci. Konkrety, harmonogram działań, jakie są plany na przyszłość?

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, gendergelijkheid stopt natuurlijk niet bij de grenzen van de Europese Unie. 25 jaar na Peking, naar aanleiding van de vierde Wereldvrouwenconferentie, krijgen vrouwen en meisjes wereldwijd nog steeds niet de kansen die zij verdienen. Gendergelijkheid is meer dan enkel maar strijden voor pariteit in raden van bestuur of voor het doorbreken van het glazen plafond. Het veronderstelt internationale solidariteit met alle vrouwen, uit het noorden, het oosten, het zuiden en het westen.

De volgende bijeenkomst in New York dwingt ons tot bijzondere aandacht en politieke actie voor vrouwen in kwetsbare posities, en ik wil kwetsbaar echt wel juist vertaald zien. Dat gaat over vrouwen in armoede, vrouwen als slachtoffers van oorlogsgeweld, uitbuiting van huishoudelijk personeel.

Wij moeten als Europese Unie het voortouw nemen en met een krachtige en eenduidige stem spreken, het liefst met een megagrote parlofoon. Ik sluit graag af met een citaat van Michelle Obama:

To echo Michelle Obama, when you have worked hard and walked through that doorway of opportunity, you reach back and give other women the same chances that helped you succeed.

Alessandra Moretti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono passati 25 anni dalla Dichiarazione della Piattaforma d'azione di Pechino, ma la discriminazione di genere è ancora purtroppo rimasta. Ancora oggi si chiede com'era vestita una donna che ha subito uno stupro. Ci sono due paesi all'interno dell'Unione europea che non consentono di abortire e Stati membri che non hanno ancora ratificato la Convenzione di Istanbul. In Europa le donne guadagnano il 16 % in meno dei colleghi uomini e viene considerato normale che sia la donna a sacrificare la carriera per i servizi di cura.

Per 25 anni ci si è solo riempiti la bocca di propositi. Oggi, alla vigilia della conferenza dell'ONU, chiedo che l'Europa con un'unica voce ribadisca che non accettiamo più questo immobilismo. I diritti sessuali e riproduttivi delle donne devono essere garantiti ovunque, in particolare l'accesso a metodi contraccettivi, a un aborto sicuro e legale, all'assistenza sanitaria e all'educazione nelle scuole. La parità di genere deve essere messa al centro della sfida al cambiamento climatico, perché saranno le donne a soffrirne l'impatto peggiore. Confido in lei, Commissaria, e confido in una donna che guida la Commissione europea.

Mathilde Androuët (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, à votre féminisme petit-bourgeois, je préfère celui du réel. Que comptez-vous faire, non pas pour améliorer la vie des femmes, mais vraiment pour sauver leur vie? Mutilations génitales, viol, violence, harcèlement. Chaque jour, une nouvelle atrocité est commise contre les femmes.

Alors de quoi parlerez-vous devant les Nations unies? De ces fois où vous avez demandé à des responsables d'associations pro-migrants de taire des viols, parce que cela faisait le jeu des populistes? De la police anglaise qui refuse des dépôts de plainte contre les gangs pédophiles indo-pakistanaï, par crainte des accusations de racisme? De la prostitution d'adolescentes africaines, roumaines ou albanaises, à cause de votre sacro-sainte liberté de circuler? Des féministes qui condamnent une adolescente menacée de mort en France pour injure à l'islam? Je m'interroge. Irez-vous avouer que vous avez laissé la loi des quartiers devenir la seule loi? Que vous avez abandonné les femmes à leurs bourreaux, juste parce qu'ils étaient et sont encore vos électeurs? Je ne vous demande même plus d'être féministes. Les femmes sont pour vous des variables d'ajustement électoral.

Juste une chose donc: rappelez-vous que vous êtes Européens et qu'à ce titre, vous devez retrouver le courage de cette civilisation qui a su faire de femmes des saintes, des reines, des ministres, des impératrices ou des chefs de guerre. Devant les Nations unies, souvenez-vous d'où vous venez.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! W swoim pytaniu pani Regner stwierdziła, że 25 lat po przyjęciu deklaracji pekińskiej prawa kobiet wciąż nie są w pełni respektowane. Całkowicie się z tym zgadzam, bowiem są kobiety, które nie mają głosu i nie mogą decydować o swojej przyszłości. Są kobiety, których przetrwanie zależy od decyzji ich matek, biorących pod uwagę tylko swoją własną sytuację społeczno-ekonomiczną. Są wreszcie kobiety, które najpierw są okaleczane fizycznie lub chemicznie, a następnie zabijane bez żadnych konsekwencji dla sprawców. Jeśli są Państwo tym przerażeni i oburzeni, to słusznie, bo de facto miliony nienarodzonych dziewcząt są w wyniku aborcji haniebnie odsuwane właśnie od walki o prawa kobiet. Mają one jednak prawo do życia, do posiadania własnego ciała i do wyboru własnej przyszłości. Tego prawa żaden człowiek nie powinien im odbierać, nawet matka. Ruch na rzecz praw kobiet, który nie broni praw wszystkich kobiet i popiera aborcję, jest czystą hipokryzją. Dość zabijania nienarodzonych dzieci. To po prostu jest barbarzyństwo.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, since the Beijing Declaration women's rights have experienced some progress but quite significant backlash also. We haven't been able to make any significant progress at convention level internationally, not to push women more in politics or other leading positions increase the use of quotas and we know that the funding for women's organisations for sexual and reproductive rights has been decreasing globally. So I wholeheartedly look very happily towards the new Commission and its initiative to have the equality programme and hopefully seek the leadership globally to push women's rights and gender rights on the next level on the ongoing negotiations, including proper metering with the SDGs, including gender budgeting, including gender impact assessment of politics and, of course, including the Istanbul Convention and hopefully with Africa strategy some better funding for the female NGOs.

Mónica Silvana González (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, la declaración de Pekín, 25 años después, sigue siendo el indicador para medir la igualdad de género. Pero seamos realistas, en muchos Estados de las Naciones Unidas no se cumple.

Las prioridades de la Unión para este 64.º período de sesiones de la Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer de las Naciones Unidas son una buena oportunidad para defender con cosas concretas los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres y, en concreto, de las mujeres que viven en Latinoamérica, desde la política exterior de la Unión Europea.

La desigualdad en Latinoamérica se ensaña con las mujeres. Más allá de la desigualdad solo en cuanto a las condiciones económicas; en concreto, con los derechos básicos, como la vida, la integridad física, la libertad sexual y la salud reproductiva.

Latinoamérica y el Caribe soportan las tasas más altas de abortos clandestinos y de muertes por abortos clandestinos. Seis Estados no lo permiten en ninguna condición y veintiuno solo lo hacen si hay riesgo de vida para las mujeres gestantes.

La Unión Europea debe seguir apoyando a las organizaciones que defienden un aborto seguro, libre y gratuito. Los pañuelos verdes de la Argentina son una movilización internacional. Al grito de educación para decidir, anticoncepción para no abortar y aborto... *(el presidente retira la palabra a la oradora).*

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, celebramos el vigésimo quinto aniversario de la Cuarta Conferencia Mundial sobre la Mujer, que se celebró en el año 1995 en Pekín. Fue un punto y aparte. Y fue la agenda más visionaria por la igualdad de la mujer a nivel mundial.

Los cambios han sido desesperadamente lentos y tenemos que ahora, en las Naciones Unidas —este marzo—, hacer evaluación de esta Conferencia. Han sido lentos porque todavía hay brecha salarial —lo hemos dicho—, brecha en las pensiones, empleo de baja calidad y poco empleo para las mujeres, dificultades en la conciliación, pocas mujeres en los poderes de decisión, violencia de género y un largo etcétera.

Por eso tenemos que mantener en las Naciones Unidas, en marzo, una posición común. Tenemos que ser ambiciosos. El año 2020 va a ser un año decisivo. Todos tenemos responsabilidad —no podemos dejar a nadie atrás— y todos la tenemos, no solamente la tenemos a nivel colectivo, sino también a nivel individual. Quiero decirles que la sostenibilidad medioambiental es fundamental para el planeta, pero también la sostenibilidad de la dignidad de la mujer, de la justicia y de la igualdad.

Peter Pollák (PPE). – Vážený pán predsedajúci, chudobné ženy sú dnes na okraji spoločnosti. Chcem upriamiť pozornosť aj na zlé postavenie veľkého počtu rómskych žien, ktoré čelia nielen sociálno-ekonomickej marginalizácii, ale mnohým formám nerovnakého prístupu ako napríklad v oblasti zdravotnej starostlivosti. Práve kvôli sociálnemu vylúčeniu, nedostatočnému vzdelaniu, otrasným podmienkam, v ktorých žijú, o skúsenostiach so zdravotnou starostlivosťou často mlčia.

V mojej krajine na Slovensku mnohé rómske ženy z chudobných osád nezdediajú spoločné nemocničné izby s ostatnými ženami. Sú umiestňované do oddelených izieb. Veľakrát musia ženy znášať ponížovanie, zanedbanú starostlivosť, či nepríjemný prístup personálu. V minulosti boli mnohé rómske ženy násilne sterilizované, a to bez vlastného súhlasu.

Výbor OSN pre ľudské práva požiadal v roku 2016 slovenskú vládu, aby zriadila nezávislý vyšetrovací orgán a zabezpečila nedobrovoľne sterilizovaným ženám odškodnenie. V novembri minulého roka po 15 rokoch od protizákonnej sterilizácie bola odškodnená jedna poškodená. Musíme hovoriť aj o tom, ako sa správajú naše členské štáty k ženám so sociálne znevýhodneného prostredia, a zabezpečiť im dostatočné postavenie a ochranu. Priority pri zasadnutí komisie OSN musia odzrkadľovať aj problémy týchto žien.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, Ministra, Comissária, a igualdade entre mulheres e homens é um princípio basilar, consagrado no Tratado da União Europeia e na Carta dos Direitos Fundamentais. Este princípio deve integrar todas as políticas da União, bem como a sua ação externa em todo o mundo. É crucial que alcancemos um resultado positivo na próxima sessão da Comissão da Condição da Mulher das Nações Unidas, assumindo um papel de liderança na aplicação dos direitos das mulheres e raparigas e da igualdade de género.

Somos o maior doador de ajuda ao desenvolvimento, facto que nos orgulha. Devemos estar também na linha da frente na emancipação das mulheres, no combate à violência e exclusão, promovendo oportunidades de educação, emprego e empreendedorismo feminino.

Faço votos para que se alcance um compromisso ambicioso e que as intenções tenham aplicação prática, materializando a Agenda 2030 e os Objetivos de Desenvolvimento do Milénio.

Catch-the-eye procedure

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, vreau ca această nouă strategie să devină o veritabilă revoluție privind drepturile omului, și nu doar la nivel european, și să fie dublată de măsuri concrete și obligatorii. Susțin ca acest demers să fie concretizat într-o directivă europeană și aș cere acest lucru în plen, dar sunt consternat de numărul mic de parlamentari, mai ales bărbați, cred că sub cinci prezenți în acest moment în sală.

Soluția sănătoasă, ușor de pus în practică, ar fi adoptarea cetățeniei unice europene, proiectul meu de suflet, care ar prevedea foarte clar că drepturile și obligațiile sunt aceleași pentru toți. Așa că vă solicit azi să susțineți acest demers.

Silvia Sardone (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, qualche mese fa in Iran è stata condannata una donna avvocato che difendeva il diritto delle donne sue connazionali di non portare il velo. È stata condannata a 33 anni di carcere e 148 frustate.

Ma episodi altrettanto gravi accadono anche in Europa. A Milano, nella mia città, l'anno scorso, una ragazza di 15 anni è stata picchiata violentemente dai familiari perché non voleva portare il velo; un'altra ragazza incinta è stata presa a calci nel ventre perdendo il proprio bambino perché faceva caldo e non voleva portare il velo. Anche in Francia vi ricorderete l'episodio delle due donne picchiate perché volevano andare in giro con i pantaloncini corti.

Allora, dato che il Parlamento europeo si affretta a definire le priorità per 64a sessione dell'ONU per lo stato delle donne, a me piacerebbe che l'Europa smettesse con questa ipocrisia di voltarsi dall'altra parte, non vedendo che evidentemente determinati atteggiamenti sono comunque collegati anche ad una certa cultura e religione.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, razina ravnopravnosti žena koja postoji u zapadnom svijetu nažalost nije prisutna i u drugim kulturno-civilizacijskim krugovima. Europska unija ima priliku u okviru globalnih foruma i međunarodnih organizacija poput UN-a istinski promovirati ženska prava i ravnopravnost spolova.

U nekim su kulturama žene u tolikoj mjeri drugorazredne da društvo radi veliki pritisak na trudnice da pobace žensku djecu. U tim je kulturama broj muške djece nesrazmjerno visok i to upravo zbog ovakvog razloga. Djevojčicama ne daju priliku ni da se rode i protiv toga se svim silama moramo boriti.

Smatram da jedan od glavnih prioriteta Unije na sjednici Komisije UN-a o statusu žena mora biti borba za život od začeća i zaustavljanje grozne prakse abortiranja djevojčica koja je nažalost raširena u pojedinim kulturama.

(End of catch-the-eye procedure)

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Mr President, the EU will approach the 64th Session of the Commission on the Status of Women with a high level of ambition. It will, from an early stage, engage with all countries in an open and constructive spirit. Our ultimate goal is the adoption of a consensual concise and action-oriented political declaration. This should reaffirm the Beijing Declaration and Platform for Action and outcomes of their review conferences. The overall objective of the EU is to reaffirm the full validity of the international acquis on gender equality, the full enjoyment of all human rights by all women and girls, and their environment.

We are all responsible for making things happen. Each EU institution plays a crucial role. I am proud to say that the Council has consistently played an active part in advancing gender equality in Europe and beyond. We look forward to continued cooperation with the European Parliament in the field of gender equality, and I would like to thank you for being so active in keeping this vital topic high on the EU's agenda.

President. – I have received two motions for resolutions tabled in accordance with Rule 132(2) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 13 February 2020.

Written statements (Rule 171)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η ισότητα μεταξύ γυναικών και ανδρών αποτελεί θεμελιώδη αρχή της ΕΕ, που κατοχυρώνεται στη Συνθήκη για την Ευρωπαϊκή Ένωση και στον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Κατά συνέπεια, η ενσωμάτωση της διάστασης του φύλου αποτελεί σημαντικό εργαλείο για την ενσωμάτωση αυτής της αρχής σε όλες τις πολιτικές, τα μέτρα και τις δράσεις της ΕΕ, καθώς και στην εξωτερική της διάσταση. Είναι αδιανόητο να εξακολουθούν να υφίστανται οποιοδήποτε είδους διακρίσεις μεταξύ ανδρών και γυναικών. Άλλωστε, η διασφάλιση της ισότητας των δύο φύλων είναι υπόθεση όλων μας και υπόθεση καθημερινή. Ο αγώνας αυτός πρέπει να διεξάγεται σε κάθε επίπεδο μέχρις ότου η ισότητα ανδρών και γυναικών καταστεί πράξη και βίωμα όλων.

19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

20. System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (Aussprache)

President. – The next item is the report by Roberta Metsola, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on the European Border and Coast Guard and repealing Council Joint Action No 98/700/JHA, Regulation (EU) No 1052/2013 of the European Parliament and of the Council and Regulation (EU) No 2016/1624 of the European Parliament and of the Council (COM(2018)0631 – C8-0150/2019 – 2018/0330B(COD)) (A9-0022/2019).

I remind you that it is possible to request catch-the-eye and blue cards using both the standard registration and the electronic system. Instructions are available at the entrance of the Hemicycle. Please also be reminded that blue-card questions can be raised only after the speeches on behalf of political groups.

Roberta Metsola, Rapporteur. – It-triq biex wasalna sa hawn kienet wahda twila, imma wasalna. Meta jkun hemm dokumenti li jigu ffrodati jimminaw is-sigurtà interna fiż-żona Schengen, li hi żona ta' moviment hieles minghajr kontrolli fil-fruntieri.

Din il-liġi l-għdida tindirizza din il-problema billi tassigura li jkun hemm tishih ta' kooperazzjoni bejn il-pajjiżi membri tal-Unjoni Ewropea flimkien ma' pajjiżi msiehba, biex jiehdur passi dwar l-awtenticità jew il-falsità tad-dokumenti. B'hekk ikun hemm garanzija ta' sigurtà akbar fil-fruntieri esterni u s-sigurtà taċ-ċittadini li ahna nirrappreżentaw.

Ahna nafu li l-uniku mod kif nistghu ngawdu l-benefiċċji li ggħib magħha ż-żona Schengen huwa li ċ-ċittadini tagħna jkollhom fiduċja fl-immaniġġjar tal-fruntieri esterni. U din il-liġi hija strumentali u essenzjali f'dan kollu – il-fruntieri, is-sigurtà u l-ġlieda kontra l-kriminalità.

Il-liġi l-għdida se tgħin biex jiġu identifikati u jinqabdu dokumenti li jkunu gew iffalsifikati. Din il-liġi tipprovdi qafas biex dan isir bla ma jkun hemm telf ta' hin u dan isir bl-assistenza tal-Frontex li tkun responsabbli wkoll mill-qsim tal-informazzjoni mal-pajjiżi kollha parteċipanti li jkunu meghjuna u infurmati kif jistghu jaqbdur sitwazzjonijiet fejn ikun hemm falsifikazzjoni ta' dokumenti.

Il-liġi tiċċara r-rwol tal-Frontex fit-twaqqif tal-FADO. Ahna sahhahna dak li jaqa' taht din il-liġi sabiex il-FADO tinkludi iżjed informazzjoni milli tagħmel illum.

Ahna rridu uniformità u konsistenza fil-livell ta' informazzjoni li l-FADO jkollha dwar il-ġenwinità, il-falsità u l-iffrodar tad-dokumenti u biex l-informazzjoni tkun iċċentralizzata.

Ahna ridna wkoll li l-Frontex ikollha l-flessibilità neċessarja biex tistabbilixxi u ttejjeb il-FADO. Assigurajna li l-Aġenzija tfassal dokument għdid dwar miżuri effettivi biex jiġu identifikati metodi ta' ffalsifikar.

Naturalment għamilna dak kollu li stajna biex id-data personali tkun konformi mal-liġijiet Ewropej. Ir-riżultat għandu jwassal għal protezzjoni akbar u fl-istess waqt ikun hemm garanzija ta' sigurtà aktar stretta.

Il-FADO hija essenzjali fil-ġlieda kontra l-falsifikazzjoni partikolarment fil-fruntieri esterni. Il-parteeipazzjoni ta' pajjiżi li mhumix imsieħba fl-Unjoni Ewropea imma li jipparteċipaw fiż-żona Schengen hija wkoll kruċjali għax fl-ahhar mill-ahhar din ikollha impatt pozittiv fuq is-sigurtà tal-fruntieri esterni. Din tista' tidher bħala sistema teknika wisq, imma hija sistema li nahseb naqblu li hija essenzjali biex tikkomplementa r-riforma tal-fruntieri Ewropej u l-harsien tal-istess fruntieri.

F'dawn in-negożjati ahna għamilna l-almu tagħna biex ir-responsabbiltajiet li jaqghu taht dan ir-Regolament jitwessghu. Dan fil-waqt li nizzilna r-responsabbiltajiet speċifiċi tal-Aġenzija u assigurajna li l-ipproċessar tad-data personali mill-Aġenzija u l-Istati Membri jkun konformi mal-liġijiet Ewropej.

Assigurajna wkoll li l-Parlament ikollu sehem akbar fil-FADO. Fl-ahhar nett jiena nixtieq niringrazzja lill-Kunsill, lill-Presidenzi Finlandiżi u Kroati, kif ukoll lill-kollegi tiegħi minn kull grupp politiku għall-hidma kostruttiva hafna li ahna għamilna. Jiena nhares 'il quddiem lejn dan id-dibattitu li se jsir f'din il-plenarja biex imbagħad nasal biex nikkonkludi wara l-intervent ta' kulhadd.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for this debate. Our citizens consider security one of their top concerns and expect the EU to deliver. Security and freedom go hand in hand, so we need to create a safe space for all Europeans. Being safe is indispensable to live, enjoy rights, work, study and it is also indispensable for the economy. Every person present in Europe has the individual right to be safe. The 2019 Eurobarometer on attitudes towards cybersecurity published recently shows, however, that two thirds of respondents are concerned about falling victim to identity theft. Moreover, a well-functioning Schengen area of free movement requires a common policy on the EU external borders. We need to effectively monitor and control persons crossing the external borders for the benefit of all of us.

The need to strengthen our internal security and our EU external borders has led to the adoption of a variety of recent legislative acts, for example, the European travel and information and authorisation system, the entry-exit system, the regulation of inter-operability between EU information systems and the new European border and Coast Guard regulation.

Today, we have another example, which is the new false and authentic documents online system: a European image database supporting Member States in the recognition of authentic and false documents. I thank both the European Parliament and the Council for your constructive work on this final compromise that ensures real added value. The new false and authentic documents online system is very useful for border guards when performing border checks. It provides information to Member States' authorities on new forgery methods and new genuine documents in circulation. It contains thousands of descriptions of authentic documents, hundreds of descriptions of false documents, covering more than 30 participating countries, and more than 180 third countries' international organisations. It helps to detect attempts at identity theft for purposes of irregular migration. The final political agreement will further improve the functioning of the false and authentic documents online system by transferring its management to the European Border and Coast Guard Agency.

Security is a top concern for citizens. They expect the EU to deliver in this area as every citizen has the right to feel and be protected. The rise of threats posed by organised crime, terrorism and the drug market are poison to our societies. This is why the Commission has announced a new security union strategy for the second quarter of this year. As part of the strategy, on internal security, there will be a focus on three priority areas: organised crime, which would include drugs, firearms, corruption, trafficking in human beings, terrorism and radicalisation, and fighting crimes in a digital age. Strong borders to support the area of free movement, which is emblematic for our Union, will also be a key element of the new pact on migration, as announced in the political guidelines of President von der Leyen. In this respect, the timely implementation of all EU information systems will be a key objective of our comprehensive approach to migration, focusing on both external borders and security, but equally on strong and resilient internal procedures, stepping up the legal pathways and fostering integration into our societies. I thank you again for your support and look forward to this debate.

Емил Радев, *от името на групата PPE*. – Г-н Председател, уважаеми колеги, измамата с документи сериозно подкопава вътрешната сигурност и Шенгенското пространство като зона без контрол на вътрешните граници. Използването на фалшиви документи от търсещите по-добър живот в Европа чужди граждани е често срещано, а цената на един такъв документ може да достигне до 5-6 хил. евро.

Документните измами са един от основните подпомагащи фактори за тероризма и организираната престъпност и са свързани както с контрабандата на наркотици, оръжие и откраднати автомобили, така и с трафика на хора и, особено в последните години, с трафика на мигранти. Нерядко получаването на автентични документи за пътуване се базира на фалшиви документи за легитимация. Именно това прави разкриването им толкова трудно.

В тази връзка, от ключово значение е да се повиши сигурността на документите за пътуване, издадени в Европейския съюз, включително и свързаната с това инфраструктура за управление на самоличността. От друга страна, сътрудничеството между различните органи трябва да надхвърля дейността по правоприлагането, тъй като се изисква установяване на връзка с органите, които издават документи, както и с международни организации, авиокомпани, корабни компании и други.

Предвид всичко това ви призовавам да подкрепите предложението за интегриране на системата за фалшиви и автентични документи онлайн в Европейската гранична и брегова охрана, като последна стъпка към завършването на нейната реформа.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisaria Dalli, ¿tienen los Estados miembros de la Unión Europea el derecho y la responsabilidad de controlar quién accede al territorio de libre circulación Schengen? La respuesta es sí. ¿Plantea problemas el crecimiento, la multiplicación de documentos falsos y de fraude de identidad en ese espacio de libre circulación? Una vez más, la respuesta es sí. ¿Es ese un peligro para la seguridad? Sí, en la medida en que pueda dar lugar a criminalidad, blanqueo de dinero procedente de negocios ilícitos o incluso terrorismo. ¿Tiene el Parlamento Europeo algo que decir? La respuesta es sí; lo estamos diciendo.

Estamos dispuestos a apoyar un instrumento que garantice el almacenamiento, el intercambio y la verificación de los documentos falsos, para combatir el fraude, y estamos dispuestos a confiar en la Agencia Europea de la Guardia de Fronteras y Costas, a la que hemos reforzado con el Reglamento que aprobamos en 2019, para que sea la responsable de compartir esa información de manera segura con los Estados miembros, con la Unión Europea, con las relaciones internacionales y, en definitiva, con todas las entidades que pueden ser relevantes para dar cuenta de la identidad verdadera de las personas que disfrutan de libre circulación en el espacio Schengen.

Nuestra exigencia es siempre que esto sea compatible con el trabajo que hemos hecho para garantizar la confidencialidad de los datos, los derechos fundamentales. En definitiva, los valores fundacionales de la Unión Europea. Pero es un hecho que tenemos que combatir la inseguridad relativa a las personas que circulan en nuestro espacio Schengen con cuantas herramientas tecnológicas estén disponibles y con la garantía jurídica necesaria.

Y para eso hemos apoyado también la interoperabilidad de todos esos datos, insistiendo siempre en que todo esto se haga con pleno respeto de los derechos fundamentales consagrados en la Carta.

Dragoș Tudorache, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Ms Metsola, for her work. As a new Member of this House working on my first legislative file, I very much appreciated her lead.

Now on substance. Verifying the authenticity of travel documents has been turning for quite some time into a pressure point in the work of border guards, because of time constraints, the tremendous increase in the number of travellers in Europe, and the diversity of travel documents that are being used.

Furthermore, the sophistication of forgery techniques has been a constant challenge for our law enforcement officials. The new FADO system has already been in use for some time, serving these needs. What we are now doing, and this is very important, is to bring it from the intergovernmental into the Community method by adding it to the list of instruments entrusted to the EBCGA (European Border and Coast Guard Agency) as part of the enlarged mandates that we decided to give last year.

This means increased accountability towards, and scrutiny by, this House, and higher safeguards in the regime applicable to the data contained therein and the measurement of access rights. The protection of personal data was one of the main issues that we had to deal with during the negotiations of this file, and we made sure that the processing of personal data is limited to what is strictly necessary for the purpose of detecting or investigating document fraud.

We also introduced clear rules on accessing the database, with Member States now having an express obligation to determine which authorities competent in the area of document fraud are to have access to the FADO system and their level of access, and then to notify the Commission and the Agency. The Commission, upon request, will now have to transmit this information to this House.

The negotiated text complements the reform of the EBCGA and will ensure better protection of the Union's external borders and more efficient law enforcement. I therefore encourage my fellow MEPs to support this text.

Annalisa Tardino, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la collega Metsola per il lavoro svolto. Negli ultimi anni abbiamo assistito ad un aumento notevole delle frodi documentali nello spazio Schengen, realizzate sia attraverso la falsificazione di documenti autentici che l'utilizzo di documenti contraffatti.

Il presente provvedimento ci consentirà di inquadrare la gestione del sistema relativo ai documenti falsi e autentici online, cosiddetto FADO, all'interno di Frontex, il cui modello di gestione è ormai obsoleto. L'esigenza di difesa e sicurezza che i nostri cittadini ci chiedono ci impone di garantire un livello di allerta contro i documenti falsi molto alto, poiché strumenti criminali idonei ad un riutilizzo per reati diversi, tra cui il riciclaggio di denaro e il terrorismo, ma soprattutto l'immigrazione clandestina. Infatti, documenti contraffatti sono stati spesso usati dai richiedenti asilo che cercavano di entrare in Europa.

Si tratta di condotte che non possiamo tollerare e che vanno fermate. Diventa quindi essenziale fornire alla polizia, alla guardia di frontiera e alle dogane una banca dati più efficiente, capace di consentire una rapida individuazione dei documenti falsificati e un efficace contrasto di questi fenomeni.

Per questi motivi supportiamo la proposta, nonostante il nostro manifestato dissenso a che alcuni soggetti privati accedano a FADO anche se limitatamente. Seppur contrari alla riforma del regolamento dell'agenzia Frontex, riteniamo oggi prevalente l'importanza che l'uso di FADO riveste nelle attività di contrasto alle frodi portate avanti dalle autorità degli Stati membri.

Saskia Bricmont, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, merci pour la bonne collaboration sur ce dossier. C'est un dossier, effectivement, qui est technique, mais qui appelle quand même quelques considérations plus politiques.

Tout en comprenant les raisons juridiques du changement de base légale, nous regrettons que Frontex se voie confier la gestion de cette base de données. Nous serons évidemment attentifs à ce que cela n'augure pas d'un renforcement du mandat de l'agence – FADO n'est pas un outil de lutte contre les migrations, mais bien un instrument de lutte contre les faux documents de manière générale. Le compromis global est équilibré, notamment par la mise en place de garanties pour que des tierces parties, les compagnies aériennes des États tiers, puissent accéder à la base de données, mais avec un accès toutefois limité. Si la base de données ne contient que peu de données personnelles, il nous semblait toutefois nécessaire de rendre impossible toute identification via les documents dans FADO, ce qui est désormais le cas.

Enfin, nous suivrons attentivement la publication des différents actes délégués.

Jorge Buxadé Villalba, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, cada año se detectan miles de documentos falsos en las fronteras exteriores de la Unión Europea. En el año 2018, según Frontex, fueron detectadas 7 000 personas extranjeras que presentaron documentos falsos de viaje en los puntos de cruce de las fronteras exteriores de la Unión. Diversos métodos de falsificación son utilizados como una auténtica herramienta multiusos en la comisión de delitos — blanqueo de capitales, terrorismo— y una llave de entrada ilegal al territorio de la Unión Europea.

Este hecho pone de manifiesto la gran importancia que la protección de nuestras fronteras y el control migratorio tienen para la seguridad de nuestros nacionales. El Reglamento, el sistema FADO, favorecerá, aprovechando la experiencia de Frontex, un intercambio rápido y eficiente de información, sin perjuicio además de que los Estados miembros puedan desarrollar mejores sistemas para la detención, prevención y persecución de los delitos.

En este caso, nuestro grupo, preocupado por esa investigación y persecución de los delitos y por el control riguroso de la entrada legal o ilegal de los extranjeros en nuestro territorio, votará a favor, y animamos al resto de la Cámara a que así lo haga.

Sira Rego, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, conviene recordar que durante los años del fascismo en Europa miles de personas se vieron obligadas a utilizar documentos falsificados para huir del horror.

Conviene recordar nuestra historia, incluso en debates técnicos —aparentemente técnicos— de este tipo para entender el alcance de nuestras medidas. Y es que esta propuesta de Sistema Documentos Auténticos y Falsos en Red, en el contexto de la Europa fortaleza, condena a miles de personas refugiadas a utilizar estos documentos falsos. Incluso contradice en algún aspecto el Convenio de Ginebra, que reconoce que quienes se ven obligados a huir pueden utilizar documentos falsos.

Por eso, frente a quienes se empeñan en blindar la Europa fortaleza y convertirla en una agencia de deportación masiva, nosotras seguiremos defendiendo los derechos humanos, defendiendo vías legales y seguras de acceso, defendiendo visados humanitarios en origen y defendiendo que se reconozca la figura de refugiadas climáticas.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, het vervalsen van documenten is een beproefde methode voor criminelen en terroristen om onder de radar te blijven. We zien dat Frontex er jaarlijks al zo'n 7 000 detecteert en dat aantal neemt in het Schengengebied de laatste tijd alleen maar toe. Dat is zorgelijk, want waar valse documenten gebruikt worden, is onze veiligheid in het geding. Het is dan ook cruciaal dat politiemensen en grenswachten in heel Europa de echtheid van documenten uit andere lidstaten kunnen controleren, dat ze op de hoogte zijn van de technische specificaties van die documenten uit andere landen, en dat valse exemplaren die in omloop zijn in de EU ook echt overal bekend zijn.

Daar zit dan ook echt een Europese meerwaarde: informatie delen tussen lidstaten, ervoor zorgen dat die informatie altijd geüpdatet is en ervoor zorgen dat die informatie 24/7 bereikbaar en beschikbaar is voor iedereen. Dit nieuwe systeem is dan ook een zeer welkom nieuw systeem en hoognodig, want ook op het gebied van veiligheid staan we gezamenlijk sterker dan alleen. Ik feliciteer dan ook Roberta Metsola voor het uitstekende resultaat, samen met haar collega's, en ik kijk ernaar uit om het systeem daadwerkelijk in de praktijk te zien functioneren.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la lotta ai documenti falsi e alla loro circolazione nello spazio Schengen si pone ormai come una priorità dell'Unione europea nell'ambito della cooperazione fra le autorità di contrasto e nel contrasto alle organizzazioni criminali.

Per un'efficace azione di contrasto, però, è necessario un costante scambio di informazioni che non deve avvenire solo fra le autorità dei paesi dell'Unione ma anche, con le necessarie cautele sui dati personali, con le istituzioni europee, i paesi terze gli enti privati, come le compagnie aeree, che possono contribuire al buon funzionamento del sistema FADO.

Numerose indagini condotte da Europol hanno infatti dimostrato ripetutamente come i documenti falsi siano spesso i mezzi adoperati dalle organizzazioni criminali per commettere altri ben più gravi reati, come la tratta di esseri umani, il traffico di migranti, o addirittura per la preparazione degli attacchi terroristici.

Per prevenire la commissione di tali reati, quindi, è necessario, fra le altre misure, un maggiore controllo alle frontiere esterne. Si accoglie pertanto con favore il fatto che il regolamento trasferisca la competenza relativa al sistema di gestione dei documenti falsi e autentici al FADO, dal Consiglio a Frontex, così finalmente completando la riforma legislativa di tale agenzia, riforma alla quale tuttavia dovrà far seguito una corretta e completa implementazione per rendere davvero efficaci le norme finora approvate.

Io ringrazio quindi la collega Metsola per il lavoro svolto e mi auguro che questo provvedimento possa avere il più ampio consenso in questo Parlamento.

Nicola Procaccini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo in votazione ha una natura tecnica, ma ci sono almeno due connotati politici che vorrei sottolineare. Innanzitutto, la frode documentale rappresenta una grave minaccia per tutti quanti noi e la cooperazione fra gli Stati membri che è insita nel sistema FADO rappresenta un successo evidente, uno di quei casi in cui il concetto di «più Europa» viene declinato in modo funzionale e non strumentale.

Il secondo dato politico, purtroppo molto meno positivo, è riassumibile nella definizione «minimizzazione dei dati». Le limitazioni introdotte per il recupero dei dati personali rappresentano un'occasione mancata per contrastare efficacemente la criminalità organizzata e l'immigrazione irregolare. Per l'ennesima volta la sinistra in questo Parlamento dimostra il proprio scollamento dalla realtà.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, paní zpravodajko, chtěl bych Vám poděkovat za skvělou práci.

V roce 2015 jsem byl na hranicích Řecka a Severní Makedonie. Viděl jsem tam 55 druhů syrských pasů, ale ani jeden z těchto pasů nebyl pas skutečný. A to je důležité zdůraznit, že řada lidí sem přicházela na různé falešné pasy, které se vyráběly všude v Evropě. Proto je tato databáze důležitá, i když se to zdá jako technická norma, je velmi důležité ochránit občany EU před lidmi, kteří sem přicházejí na falešné doklady, a je potřeba také dále spolupracovat v odhalování třeba falešných dokladů, které jsou u automobilů a u dalších technických zařízení.

Je potřeba, abychom s touto databází i nadále pracovali a aby všechny členské státy opravdu tento nástroj náležitě využívaly a snažily se o to, aby v budoucnu byla Evropa maximálně bezpečná.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Fałszowanie dokumentów jest często pierwszym etapem do tworzenia zorganizowanej przestępczości na terenie Unii Europejskiej: prania brudnych pieniędzy, działalności terrorystycznej i innych nowoczesnych odmian działalności przestępczej, również mafijnej. Dlatego to jest bardzo dobry ruch, ruch w dobrym kierunku, aby stworzyć spójny system, zunifikować swoją wiedzę i doświadczenie, aby walczyć z tego typu praktykami. Dlatego należy z przychylnością patrzeć na program FADO.

Jednocześnie cieszę się, że tym narzędziem będzie dysponował Frontex, który ma bardzo pozytywne i dobre doświadczenia, jeżeli chodzi o bezpieczeństwo całej Unii Europejskiej. Jeżeli Unia Europejska chce być silna i skutecznie konkurować na świecie, musi sobie poradzić z tymi nowymi zagrożeniami, również zagrożeniami terrorystycznymi i zorganizowaną przestępczością.

Na sam koniec trzeba rzeczywiście podziękować sprawozdawczyni, pani Metsoli, za ciężką pracę nad tym dokumentem.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, kao što smo danas čuli, pitanje sigurnosti je danas jedno od najvažnijih pitanja za građane Europske unije, a kao što znamo, mnoge su prijetnje koje tu postoje, a koje se sastoje od terorizma, organiziranog kriminala i ostalih nezakonitih radnji.

U tom smislu upravo krivotvorenje dokumenata predstavlja izuzetnu opasnost jer ono omogućava ljudima za koje uopće ne znamo tko su i koji im je identitet da uđu na teritorij Europske unije, a koji mogu biti teroristi, kriminalci ili se baviti sličnim nedopuštenim stvarima. Dakle, ovaj sustav je dobar, omogućava razmjenu informacija o oglednim primjercima isprava i poznatim metodama krivotvorenja između tijela država članica i upravo predstavlja jedan od odgovora na ovo pitanje ugroženosti sigurnosti koja je europskim građanima izuzetno bitna.

Dakle, podržavam uvođenje i stvaranje ovakve baze podataka, podržavam jačanje sigurnosti schengenskog prostora u koji moja država će nadam se uskoro ući, zahvaljujem kolegici Mezzoli na velikom poslu koji je napravila vezano uz ovo i pozivam da nastavimo raditi na jačanju sigurnosti građana Europske unije.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, čestitam na početku kolegici Metsoli na odlično odradenom poslu, pozdrav i gospodi Dalli. Prema podacima Frontexa, kolegice i kolege, tijekom 2019. godine zabilježeno je gotovo 14 200 ilegalnih prelazaka granice na zapadnobalkanskoj ruti na kojoj se nalazi i Republika Hrvatska koja je u FADO sustavu od 2014. Godine 2018. hrvatska granična policija otkrila je 236 krivotvorenih isprava i 60 tuđih isprava, što je povećanje od gotovo 40 % u odnosu na godinu dana ranije.

Metode izrade krivotvorenih dokumenata sve su sofisticiranije te je potrebna razmjena visokokvalitetnih informacija kako bi se ona otkrila. Pojačan pritisak nezakonitih migracija na vanjskim granicama Europske unije zahtijeva koordinirano i pojačano djelovanje svih snaga uz primjenu suvremene tehničke opreme te razmjenu podataka koje države članice prikupljaju poštujući ljudska prava. Poseban naglasak potrebno je staviti na suradnju među državama članicama.

Na kraju želim naglasiti da je jedan od prioriteta hrvatskog predsjedanja Europa koja štiti, ključna je riječ sigurnost. Nemojmo dozvoliti da se njome trguje.

Catch-the-eye procedure

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamna comisar, sigur că e un subiect foarte important și este bine că avem aici un raport legat de sistemul FADO. Cine își falsifică actele și cine face uzurpare de identitate? Nici într-un caz o persoană care are bune intenții, da? Deci de la bun început cei care falsifică documente vin cu intenția de a face ceva rău, într-un anumit stat, ne putem gândi la criminalitate, terorism.

Evident că sistemul trebuie îmbunătățit și, așa cum se spunea aici, cu cât sunt mai sofisticate mijloacele prin care pot fi falsificate documentele, cu atât mai mult noi trebuie să venim cu măsuri, cu un sistem de contracarare a acestor falsificări. Și da, miile de persoane care au trecut la graniță cu documente falsificate ne îngrijorează.

Sigur, țara mea nu este încă în Schengen, sper să fie, însă vorbim aici de toată piața Uniunii Europene, nu numai de zona Schengen, și cred că securitatea cetățenilor, a tuturor cetățenilor europeni, indiferent în ce țară trăiesc, trebuie să o asigurăm noi prin mijloace de protecție – Frontex, sistemul FADO sau alte mijloace prin care putem să descoperim aceste falsuri și să asigurăm securitatea cetățenilor.

Bogdan Rzońca (ECR). – Panie Przewodniczący! Bardzo popieram ten projekt, który został zaprezentowany. Dziękuję pani sprawozdawczyni za wielką pracę. Uważam, że bezpieczeństwo jest pierwszym wspólnym interesem całej Europy. Także ważne jest to, że poprzez popieranie FADO wzmacniamy Frontex – niezwykle ważną agencję, która ma pracować – coraz lepiej – na rzecz bezpieczeństwa całej Europy.

Mamy bardzo wiele przykrych doświadczeń, jeśli chodzi o lekceważenie spraw związanych z bezpieczeństwem. W tym przypadku mogę powiedzieć, że – idąc śladem Polski – Unia Europejska buduje swoje bezpieczeństwo. Polska jest bezpiecznym krajem, Europa musi być bezpiecznym miejscem do życia, a ten projekt dobrze i doskonale to wzmacnia.

(End of catch-the-eye procedure)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank Ms Metsola for her work and thank all the honourable Members for this debate.

As I mentioned, the False and Authentic Documents Online (FADO) system will help maintain a high level of security within the Union and strengthen controls at our external borders.

The final political agreement on the Commission proposal provides significant improvements to the current functioning of the system and contributes to the fight against document and identity fraud. It also provides, as mentioned by several honourable Members, robust data protection and fundamental rights safeguards.

In the light of our debate, I look forward to a positive vote on the final compromise.

Roberta Metsola, Rapporteur. – Segwejt b'attenzjoni l-interventi li saru u nirringrazzja l-appoġġ, nista' ngħid, unanimu f'din il-Kamra, għal din il-liġi. Nahseb li huwa importanti li nishqu għal darb'ohra dwar xiex qed nitkellmu hawnhekk.

Il-FADO hija sistema li għet maħluqa biex tagħti appoġġ lill-membri tal-Unjoni Ewropea biex ikun hemm qsim ta' informazzjoni mingħajr dewmien ta' dokumenti ġenwini, [dawk] iffalsifikati jew addirittura mbagħbsa.

L-użu ta' dokumenti ffalsifikati fiż-żona Schengen żdied, kif qalu l-kollegi tiegħi, b'mod konsiderevoli matul is-snin, u speċjalment fl-aħhar snin u għalhekk huwa essenzjali li niehdu azzjoni. Il-mod kif jiġu ffalsifikati qed jinbidel u għaldaqstant irridu nkunu dejjem pass qabel min għandu intenzjonijiet ħżiena. U b'hekk inkunu nistghu nassiguraw il-protezzjoni aħjar tal-fruntieri esterni tal-Unjoni Ewropea, inharsu l-moviment shih tal-persuni, li huwa punt, per principju, fundamentali li għandna u niffacilitaw il-moviment tan-nies bejn il-fruntieri li jkunu qed iġorru fuqhom dokument ta' identità, vjaġġar jew residenza valida.

Dan jgħin lill-awtoritajiet biex jidentifikaw dokumenti li huma ffalsifikati b'ghodod li jeħtieġu u li ilhom jitolbu sabieħ sempliciment ikunu jistghu jagħmlu xogħolhom u dan kollu jkollu effett pożittiv li jiġu protetti d-drittijiet tal-persuni li l-identità tagħhom tkun qed sfortunatament tiġi użata miċ-crieki kriminali, naturalment mingħajr ma jkunu jafu li qed isir abbuż mill-identità tagħhom.

Nixtieq nirrispondi wkoll għal intervent partikolari mill-kollegi tiegħi, minn tal-Partit tal-Hodor; irnexxielna nsibu l-bilanċ bejn il-protezzjoni tad-drittijiet fundamentali u s-sigurtà. Dak li għamilna u ddiskutejna mhuwiex il-bidu u t-tmiem, fejn jidhlu l-ġlieda kontra l-kriminalità, imma dak li qed nagħmlu huma elementi essenzjali meta jiġu magħquda ma' miżuri oħra.

Jiena, Sur President, nagħlaq dan id-dibattitu billi nappella biex għada ninghaqdu f'din il-Kamra b'appoġġ u nivvutaw favur din il-liġi.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 13 February 2020.

Written statements (Rule 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – System FADO to bardzo istotne narzędzie wspierające walkę z nielegalną migracją i wykorzystywaniem fałszywych dokumentów. Jest to internetowy system UE przeznaczony do archiwizacji obrazów, utworzony w celu wspierania szybkiego udostępniania między państwami członkowskimi UE obrazów autentycznych, fałszywych i podrobionych dokumentów.

Świat przestępczy wykorzystuje dziś coraz nowocześniejsze metody fałszowania dokumentów, a walka z tym procederem stanowi ogromne wyzwanie dla szeregu służb odpowiedzialnych za nasze wspólne bezpieczeństwo. Dlatego system FADO przyczynia się do utrzymania wysokiego poziomu bezpieczeństwa w Unii, ponieważ pomaga policji, straży granicznej, organom celnym i innym organom ścigania w państwach członkowskich w walce z przestępstwami przeciwko wiarygodności dokumentów. Z tego też względu system FADO stanowi ważne narzędzie stosowania dorobku Schengen.

Wzywamy zatem Komisję do jak najszybszego sfinalizowania prac nad tym systemem, gdyż stanowi on ważne narzędzie w walce z przestępstwami przeciwko wiarygodności dokumentów, w szczególności na granicach zewnętrznych UE, co stanowi ważny element wzmocnienia kontroli granicznej i walki z nielegalną migracją.

Ondřej Kovařík (Renew), *in writing*. – I will support the Parliament's legislative resolution on the false and authentic documents online system (FADO) because it is outdated and needs to be adjusted for the new TFEU institutional environment. The regulation that is to be adopted repeals the joint action formerly establishing the FADO, and sets up new legal basis for the updated FADO system with information on authentic documents issued by the EU, the Member States and also third parties, as well information on the false versions of such documents. I believe this will improve our fight against document and identity fraud by working together and sharing information between the relevant national authorities and with other actors as well as with the general public.

21. Aktueller Stand beim Kampf der EU gegen Geldwäsche – Luanda Leaks (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on the state of play of the EU's fight against money laundering, in light of the Luanda Leaks (2020/2562(RSP)).

I remind you that it is possible to request catch-the-eye and blue cards using both the standard registration and the electronic system. Instructions are available at the entrance of the Hemicycle. Please be reminded that blue-card questions can be raised only after the speeches on behalf of the political groups.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, thank you for inviting the Presidency to contribute to this debate.

Let me start by assuring you that the Council, like the Parliament and the Commission, is fully committed to the fight against money laundering and terrorism financing. Together, we have made substantial progress in this area, including with amendments to the Anti-Money Laundering Directive and the Banking Package, the European Banking Authority Regulation and in the Criminal Law Framework.

All these recent rules now need to be implemented and enforced. The speculations raised by the Luanda Leaks case are indeed alarming and damaging if confirmed. Damaging not only to the country in question, which may have been deprived of essential revenues, but also for EU banks if it turns out that not all applicable rules were followed. I understand that related investigations are being undertaken, including in Angola and Portugal, which now need to follow their course.

Last July, the Commission published, at the request of the Council, a post-mortem review of alleged money-laundering cases involving EU banks. In that report, the Commission identified concrete problems with the supervision and enforcement of any anti-money laundering rules across the European Union. And I think it is not excluded that we may now see some of these same issues repeated if, in fact, confirmed.

Looking ahead, however, in spite of the challenges and setbacks, there are also causes for more optimism. Indeed, there is a sense of urgency shared by Parliament, the Commission and the Council, and more than that, I would say that there is also a shared sense of ambition in tackling the big problem that is money laundering.

This brings me to the strategic conclusions that the Council adopted last December. In these conclusions, the Council advised the Commission to look into ways to increase harmonisation in the anti-money laundering area, as well as to consider the possibilities, advantages and disadvantages of establishing an EU supervisory body.

The Council is advising on other fronts as well. For one, we still have the Anti-Money Laundering Action Plan, agreed by Ecofin in December 2018, which is running its course and which we continue to monitor.

Additionally, our Presidency has started a broader discussion on fighting serious and organised crime by tracing its proceeds more effectively.

We stand at an important crossroads from where we have the opportunity to proceed towards an effective regime to counter money laundering and the financing of terrorism. In this sense, I very much look forward to the Commission's upcoming initiatives and proposals and I trust that the Commission will take on board any lessons learned in this last case, the Luanda Leaks, as appropriate.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission recognises the importance of this debate and welcomes the opportunity to clarify its approach to matters such as those revealed to be at the heart of the Luanda Leaks. We have consistently stressed that better enforcement of anti-money laundering rules across Europe and stronger supervision are essential to increase the resilience of our financial system.

Beyond stability, we need to ensure the integrity of our financial system. It is not a problem of one country. The European Union should have zero tolerance for dirty money. We are willing to apply all of the tools at our disposal and to the fullest capacity. Moreover, we are ready to strengthen them. We will not hesitate to propose changes to the legislative and institutional architecture that supports our fight against money laundering, terrorist financing, as well as tax evasion and avoidance.

Following up on the European Parliament's resolution and the Ecofin conclusions of December, the Commission will adopt a new action plan on anti-money laundering that will seek to improve the enforcement of the rules.

Much has been done in recent years. The fifth Anti-Money Laundering Directive, which should have been transposed by Member States by 10 January, allows greater scrutiny of information around beneficial ownership by civil society, including by the press or civil society organisations and contributing to preserving trust in the integrity of business transactions and of the financial system. The legal framework currently in force seeks to ensure a proper balance between the need to ensure protection of privacy and of personal data and the need for more transparency in financial and economic activities. By establishing accessible registers of beneficial ownership information, the Union has achieved the gold standard worldwide in this respect.

Regrettably, not all the Member States have transposed the fifth Anti-Money Laundering Directive. Today, the Commission has started infringement procedures against eight Member States which are signalling a complete lack of transposition. However, our real problem is not a lack of rules; it is that the enforcement of rules is done at national level and is uneven from country to country. Recent legislative changes to the mandate of the European supervisory authorities granted new powers to the European Banking Authority to lead, coordinate and monitor the EU Supervisor's fight against money laundering and terrorist financing. This covers the entire financial sector.

The Commission, however, acknowledges that more must be done. There is a need to address structural weaknesses linked to regulatory fragmentation among Member States. This is where European added value lies. The Commission intends to work towards the establishment of a unified, comprehensive anti-money laundering policy, building on existing rules and introducing all necessary improvements. There is scope for harmonising the existing rules. There is need for more information sharing between law enforcement authorities to detect and prosecute criminals and to recover assets. In addition to a more detailed and harmonised set of rules based on regulations rather than on directives, a greater role for the EU in overseeing their implementation is justified. This applies as regards both supervision and coordination of the Financial Intelligence Units.

An EU supervisory body for AML is a must-have, but creating a structure should not be our aim in itself. The body, be it a new one or building on the existing one, has to have a clearly-defined scope, powers and, very importantly, efficient governance. We know that we can count on the support of the European Parliament to bring about a revamped and more efficient supervisory and enforcement architecture. This is our ambition.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Frau Ratspräsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Luanda Leaks zeigen einmal mehr, dass die Europäische Union trotz mittlerweile fünf Anti-Geldwäscherichtlinien nach wie vor erschreckend attraktiv für Geldwäscher ist. Wir müssen uns schon mit der Frage beschäftigen, warum das nach wie vor der Fall ist. Natürlich ist ein großes Problem die schleppende Umsetzung des geltenden Rechts. Frau Kommissarin, ich kann Ihnen da nur zustimmen.

Die Umsetzungsfrist für die fünfte Richtlinie war vor wenigen Tagen, am 10. Januar. Zu diesem Zeitpunkt haben ganze fünf – fünf! – von siebenundzwanzig Mitgliedstaaten die Richtlinie vollumfänglich umgesetzt, fünfzehn nur teilweise – Frau Ratspräsidentin, auch wenn Sie nicht zuhören, Ihr Land gehört zu diesen fünfzehn –, und der Rest hat die Kommission noch nicht mal über die Umsetzung informiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie heute ein Vertragsverletzungsverfahren gegen diese Mitgliedstaaten eröffnet haben. Wenn das aber die Art und Weise ist, wie die Mitgliedstaaten in der Praxis gegen Geldwäsche vorgehen, dann sind all die schönen Entschlüsse der EU-Finanzminister doch nur Lippenbekenntnisse. Da die Mitgliedstaaten offenbar nicht in der Lage oder willens sind – und jetzt auch nicht zuhören –, effektiv gegen Geldwäsche vorzugehen, müssen wir schon darüber nachdenken, wie wir das Problem auf europäischer Ebene bekämpfen können.

Thank you very much, President, that you are listening now again.

Immerhin geht es hier um die Integrität des europäischen Finanzsystems und auch um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, denn Geldwäsche und organisierte Kriminalität sind unmittelbar miteinander verknüpft. Wir haben mit der Europäischen Staatsanwaltschaft ein Modell dafür, wie man eine Behörde aufbauen kann, die auch eine europäische Perspektive in strafrechtlichen Fragen einnehmen kann. Und deswegen fordere ich die Mitgliedstaaten wirklich auf, hier mitzuarbeiten, dass wir zu europäischen Verfolgungsbehörden kommen, damit wir dieses Problem dauerhaft in den Griff bekommen. Immer darauf zu warten, bis das letzte EU-Land alles umgesetzt hat, wird nicht ausreichen.

Eero Heinäluoma, *S&D-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, olemme jälleen kiitoksen velkaa toimittajille, riippumatomille journalistille, jotka ovat tehneet arvokkaita paljastuksia kertoessaan, miten todellisuudessa raha liikkuu ja vastoin niitä sääntöjä, jotka meillä on. Erityisen järkyttävää on, että tämä tapahtuu maassa, jossa kolmasosa kansalaisista elää alle kahden dollarin päivätuloilla. Satoja miljoonia, miljardeja on viety maasta pois, ja monet eurooppalaiset konsultit, asianajajat ja lakimiehet ovat avustaneet tässä – jopa viranomaisia on ollut mukana tukemassa tätä toimintaa.

Ryhmämme on pitkään vaatinut pelisääntöjen tiukentamista, todellista muutosta. Nyt on aihetta sanoa, että tuskin selviämme enää näillä direktiiveillä, joita kansallisesti toimeenpannaan vaihtelevalla tavalla. Tarvitsemme yhtenäistä lainsäädäntöä, ja tähän meitä kehoittaa myös finanssimaailma itse. Tämä on myös pankkien toivomus. Joten on muutoksen aika, ja se vaatii myös parempaa valvontaa eurooppalaisella tasolla.

Ramona Strugariu, *în numele grupului Renew*. – Domnule președinte, nu transpunem complet, corect și la timp directivele europene adoptate pentru combaterea eficientă a spălării de bani. Este o realitate!

Comisia a început astăzi procedurile de infringement împotriva mai multor state, inclusiv împotriva României pentru că nu a transpus la timp Directiva a cincea. Mai mult decât atât, niciunul dintre statele membre nu a transpus corect și complet cea de-a patra Directivă, pentru care termenul de transpunere era luna iunie 2017.

Sunt câteva linii de acțiune clare care se desprind, în special, în lumina ultimelor dezvăluiri din scandalul Luanda Leaks. În primul rând, avem nevoie, doamna comisar, de regulamente pentru combaterea spălării de bani. Este o abordare curajoasă, dar absolut necesară. Directivele nu sunt un instrument suficient de puternic. Trebuie schimbată paradigma.

Apoi trebuie să cunoaștem cu adevărat beneficiarii reali. Transparența este un exercițiu absolut obligatoriu în tot acest proces.

Lacunele legislative creează situații de mare vulnerabilitate pentru Uniune și pentru statele membre. Este inacceptabil ca una din cele patru mari firme de consultanță europene, care lucrează inclusiv cu instituțiile Uniunii, să ofere consultanță financiară și legală rudelor și camarilei dictatorilor din state terțe pentru a-i ajuta să spele bani, să-și transfere activele în paradisuri fiscale și să evazeze bugetele statelor în care operează. Răspunsul este legislație Magnitsky, orizontal, la nivel european, așa cum am cerut inclusiv prin scrisoarea trimisă Comisiei în luna decembrie.

Nu în ultimul rând, trebuie subliniat că jurnaliștii de investigație ne-au demonstrat din nou, prin dezvăluirile din Luanda Leaks, cât de importantă este munca lor pentru lupta împotriva spălării banilor și a corupției. Protecția lor, inclusiv legislativ, trebuie să fie o prioritate absolută a Comisiei și a noastră.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wenn ich mir die öffentliche Debatte nach den Enthüllungen von Luanda Leaks anschau, dann beschleicht mich wirklich ein ungutes Gefühl. Es scheint mir so, als ob wir uns an solche Steuerskandale langsam gewöhnen. Die Aufregung nimmt ab, es scheint für die Öffentlichkeit, dass die Politik machtlos ist gegenüber einer immer weiter große Geschäfte machenden Steuervermeidungsindustrie für einige Reiche und Mächtigen. Aber Politik darf niemals aufhören, gegen Unrecht und gegen Ungerechtigkeit anzugehen, um unserer Demokratie willen, egal wie mächtig die Gegner sind.

Es ist kein Zufall, dass wir es bei Luanda Leaks wieder mit unserem Mitgliedstaat Portugal zu tun haben. Schon bei den Football Leaks vor einem Jahr stand Portugal im Zentrum eines Korruptionsskandals – und was ist daraus gefolgt? Der Whistleblower, Rui Pinto, sitzt im Gefängnis, aber die wahren Verbrecher wurden nicht verfolgt. Genauso hat Portugal in großem Maße Tausende von *golden visa* verkauft und in Madeira eine Steueroase aufgebaut. So tritt man das Rechtsempfinden der Menschen mit Füßen, und das können wir als europäische Rechtsgemeinschaft nicht zulassen. Die EU-Kommission muss das europäische Recht in allen Mitgliedstaaten durchsetzen, und sie darf mit Vertragsverletzungsverfahren nicht warten. Sie hat diesem Treiben in Portugal leider auch viel zu lange zugesehen, während eben gleichzeitig große Skandale am Laufen waren – Geld nicht eingezogen wurde, Täter nicht verurteilt wurden.

Wir haben daher ein Rechtsstaatlichkeitsproblem in Portugal, und die EU-Kommission muss sich dieses Problems schleunigst mit gezielten Vertragsverletzungsverfahren annehmen. Die kommende Revision der Wirtschaftsprüferrichtlinie brauchen wir, um dafür zu sorgen, dass gerade Wirtschaftsprüfer in Zukunft mit schmutzigem Geld keine Geschäfte mehr machen können, so wie es in den Luanda Leaks leider wieder aufgedeckt wurde. Dieses Problem ist noch lange nicht gelöst, wir müssen da dranbleiben.

Beata Kempa, *w imieniu grupy ECR* – Panie Przewodniczący! Tylko twarde prawo, którego przekroczenie zagrożone jest nieuchronną karą, jest w stanie powstrzymać międzynarodowe grupy przestępcze. Pozwólcie Państwu, że posłużę się polskim przykładem wprowadzenia takich reguł. W ostatnich latach pod wodzą prokuratora generalnego Zbigniewa Ziobry Polska wytoczyła ciężkie działa przeciw praniu brudnych pieniędzy. Dzięki konfiskacie rozszerzonej i uszczelnieniu systemu udało się przejąć i zabezpieczyć w krótkim czasie około 4 miliardów złotych, czyli około miliarda euro. Na polski sukces składa się bezwzględność, odwaga, upór prokuratury i Ministerstwa Sprawiedliwości oraz wprowadzenie nowych środków walki z praniem brudnych pieniędzy. Konfiskata rozszerzona, wzmocniona kooperacja w ramach podmiotów międzynarodowych i banków, ograniczenia wobec rajów podatkowych i tzw. podmiotów niechętnych współpracy oraz szybko i bezwzględnie działające służby – to najważniejsze elementy nowej architektury walki ze zorganizowaną przestępczością i praniem brudnych pieniędzy. Istotnym narzędziem staje się wprowadzana, piąta już, dyrektywa w sprawie zwalczania brudnych pieniędzy. To kolejne ważne usprawnienie systemu i wzmocnienie kooperacji w walce z najcięższą przestępczością.

José Gusmão, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, o escândalo dos Luanda Leaks tem, certamente, muitas responsabilidades nacionais, também no meu país, onde, durante muitos anos, a elite económica e a elite política não viu nenhum problema nos negócios de Isabel dos Santos, e colaborou com eles. E tem, também, problemas nacionais noutras jurisdições como a de Malta, que colaborou ativamente com todo o ciclo da lavagem de dinheiro que foi acontecendo.

Agora, há uma responsabilidade também das instituições europeias em perceber que, se há jurisdições nacionais que estão a facilitar o branqueamento de capitais, a evasão fiscal, a criminalidade financeira, então os restantes membros da União Europeia, e a União Europeia como um todo, têm que impedir que isso aconteça.

E há o risco de a multiplicação destes escândalos terminar sem responsabilidades e sem consequências para todos os que colaboram na lavagem de dinheiro, sejam eles Estados, sejam eles as empresas de consultoria financeira que a Comissão Europeia contrata para trabalharem para instituições europeias e que estão também envolvidas nestas operações que sabem ser ilegais, e nas instituições financeiras da União Europeia. Se nada disto tem consequências, se no final deste processo a única pessoa que for responsabilizada for o Rui Pinto, que é a pessoa que trouxe estes documentos a público, então a única lição que os cidadãos irão retirar da atuação da União Europeia a é de que, nestes escândalos, só há consequências para aqueles que não cometeram crimes.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, o branqueamento de capitais é um crime com muitas faces. Tem legitimado fortunas e investimentos, aberto a porta à contaminação de empresas e à viciação da economia. No entanto, o dinheiro lavado não perde a sua origem criminoso. Combatê-lo é mais que um imperativo económico ou de supervisão, é uma questão de Estado de Direito e, não poucas vezes, de defesa dos direitos humanos. Exigem-se respostas determinadas e sólidas.

Hoje há possíveis processos de infração de Estados-Membros por falha na transposição da 5.^a Diretiva no combate ao branqueamento de capitais. Falta determinação e falta solidez, porque cada um dos vinte e sete tem a sua própria abordagem, como a Senhora Comissária bem disse na sua intervenção inicial.

É na divisão que se encontra a porta entreaberta para o crime. No final de março, a Comissão apresentará o seu plano de ação. Cabe a este Parlamento responder, com ainda maior determinação e solidez, nem que para isso diretivas tenham de passar a regulamentos, e nem que para isso tenhamos de reforçar a supervisão europeia e o Banco Central Europeu, quando os reguladores nacionais continuam a falhar.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le rivelazioni dei Luanda Leaks, che coinvolgono anche operatori di alcuni Stati membri, confermano che la lotta al riciclaggio deve rimanere fra le priorità dell'Unione europea.

Il riciclaggio, insieme a corruzione e frode, rappresenta infatti uno dei mezzi attraverso cui le organizzazioni criminali si radicano sul territorio e penetrano nell'economia ledendo la libertà economica e la libera concorrenza. Ed è il riciclaggio una delle fonti di finanziamento del terrorismo.

È necessario quindi rafforzare la normativa europea antiriciclaggio ed armonizzare le legislazioni nazionali. Ed è necessario monitorare l'attuazione delle direttive sulla lotta al riciclaggio, anche quella in materia penale. Occorre poi dare all'autorità giudiziaria ed investigativa pieno accesso alle informazioni raccolte dalle FIU e dotare le autorità di contrasto di efficaci poteri di controllo già sul piano amministrativo e di un'adeguata specializzazione, come avviene ad esempio nel mio paese, l'Italia, con la Guardia di Finanza. E tutto questo anche al fine di recuperare i proventi di tali gravi reati che oggi sappiamo avviene solo nella misura dell'1 %.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Senhor Presidente, Luanda Leaks, este escândalo espelha bem como o sistema financeiro, económico e fiscal promove autênticas passadeiras vermelhas de lavagem de dinheiro, corrupção e tráfico de influências.

Veja-se o caso gritante e incompreensível do sistema de vistos Gold em Portugal. Em sete anos, este regime de vistos não só pressionou os preços da habitação, tornando-os incomportáveis para a maioria dos cidadãos, como foi um falhanço a nível económico, criando apenas duzentos e treze postos de trabalho e dezasseis empresas.

Mas mais, os dados que relacionam os vistos com a entrada de capitais duvidosos são tão evidentes que este próprio Parlamento já recomendou o fim dos vistos Gold em todos os Estados-Membros, recomendação essa a que Portugal fez, e faz, vista grossa.

Mas o Luanda Leaks faz também reabrir o tema da proteção dos denunciantes e a garantia da não interferência do sistema político no jornalismo de investigação. É urgente garantir a transposição da Diretiva de 2019, nomeadamente em Portugal, sobre a proteção de denunciantes e garantir que o jornalismo de investigação tem todas as ferramentas para exercer o seu trabalho de guardião da democracia.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, escândalos fiscais como o Lux Leaks e outros revelaram ao mundo um sistema que promove a opacidade e o anonimato e que permite o branqueamento de capitais. Na reação a tais escândalos a União Europeia mostrou que continua fortemente condicionada pelos interesses das multinacionais e não só. Medidas tidas por elementares para lutar contra o branqueamento de capitais foram travadas e, se alguma coisa mudou, foi para que ficasse tudo na mesma.

Quanto a recentes alegações vindas a público, cabe às autoridades dos países envolvidos averiguar a existência de ilicitudes ou ilegalidades e agir em conformidade. Aquilo que estes acontecimentos não podem justificar, em nenhum caso, são atitudes hipócritas e de ingerência de quem aqui vê uma oportunidade para dar força às suas ambições de domínio neocolonial.

O combate ao branqueamento de capitais, assim como à evasão e elisão fiscais, continua limitado por um nó que a União Europeia não se mostra interessada em desatar: os paraísos fiscais com os quais a União Europeia convive e é conivente. Continua a ser necessário desatar este nó.

Емил Радев (PPE). – Г-н Председател, уважаеми колеги, днес на ниво Европейски съюз сме въвели строги правила, залегнали в Четвъртата и Петата директива за борба с прането на пари и финансирането на тероризма, която трябваше да бъде транспонирана от държавите членки до 10 януари тази година.

Но Луандалийкс ясно показват, че не всички държави и банки в Европейския съюз все още са приложили тези правила. Обезпокоителен е фактът, че имаме силно регулиран сектор. Разполагаме с необходимите инструменти за разкриването на всяка потенциално рискова за пране на пари дейност, но въпреки това нищо не се е случило.

Виждаме, че през последните години заплахите не идват само отвън, а има фрапиращи случаи на пране на пари вътре в Европейския съюз. По този начин целият финансов пазар на Европейския съюз е изложен на заплахата от страна на престъпници и терористи. Луандалийкс са поредният пример за неприлагането на европейското законодателство и в частност механизмите за установяване на самоличността на клиентите, докладване на подозрителни транзакции, свързани с определени сметки и т.н.

В тази връзка Европейската комисия трябва да следи за правилното въвеждане и прилагане на съществуващата правна рамка, и ако е необходимо, да започне процедури за нарушения срещу държавите членки. Благодаря Ви!

Pedro Marques (S&D). – Mr President, with this timely debate we go back to a recurrent concern of this Parliament. These practices harm the European society because relevant parts of our resources are directed to criminal activities. The scope of innovation in financial transactions is enormous. Digital transactions grow every day and become more and more sophisticated. We have to recognise that regulation in actual practices by the authorities have been insufficient. We need coherent regimes of supervision and on the actual definition of illegal practices. We need much more cooperation between the different authorities in Member States. We need to consider an additional role for the European authorities. We need compliance to step up in the institutions, even through the enforcement of public authorities. For all this to happen, we probably have to step up the legislative and regulatory process at European level, considering seriously the possibility of approving a European regulation. Finally, we need people to trust the banks, financial institutions, public authorities. Therefore, this battle is far from won. Let's keep fighting the good fight.

David Casa (PPE). – Il-hasil tal-flus jibqa' delitt diffiċli biex jiġi skopert u aktar diffiċli biex min jahsel il-flus, jitressaq il-qorti.

Ġurisdizzjonijiet sigrieti jagħmlu minn kollox biex jiffaċilitaw l-attività kriminali. Informazzjoni kruċjali għall-prosekuzzjonijiet mhux qed tingħadda lil min jinvestiga u dan kollu qed iwassal biex il-kriminali jgawdu minn impunità.

Naturalment il-ġurnalista Ewropea Daphne Caruana Galizia nqatlet biex ma tibqax tikxef il-korruzzjoni u l-hasil tal-flus; l-istess korruzzjoni u hasil tal-flus li saru minn kumpanija rreġistrata fid-Dubai. Minkejja dan kollu, l-Emirati Gharab Magħquda jibqgħu jinsistu li ma jgħaddux informazzjoni importanti, li jfisser li l-ġustizzja ma tistax issehh.

Għandu jkollna qafas f'postu biex dan it-tip ta' informazzjoni tkun tista' tingħadda kif suppost, anke bejn l-FIAUs fl-Ewropa. Irridu nkunu b'saħħitna biex nassiguraw li pajjiżi terzi jikkoooperaw ma' investigazzjonijiet Ewropej dwar il-hasil tal-flus.

Fl-aħhar mill-aħhar, irid ikun hemm konsegwenzi għall-ġurisdizzjonijiet li ma jikkoooperawx. Ma jistax ikollna din is-sitwazzjoni u nhalluha għaddejja kif inhi.

Paul Tang (S&D). – Mr President, she took EUR 2 billion from the Angolan people, bought companies at a great discount, and got loans she never repaid. How did Isabel dos Santos become Africa's richest woman? Many say it's corruption, but we only seek money that we can spend, and she did her spending here. Her EUR 50 million superyacht was Dutch; her GBP 30 million mansion is in London. The real enablers of her crimes are those who cleaned her money: bankers from Liechtenstein, tax advisers from Luxembourg, and trust firms in Amsterdam, my hometown.

These enablers roam free, while Rui Pinto, the source behind the Luanda Leaks and the Football Leaks, has already been in prison for one whole year. Is he not a whistle-blower? Doesn't he deserve protection? These are my specific questions to the European Commission.

We need to acknowledge the problem. We need to acknowledge that the problem is also ours, and to protect those that expose these crimes. So let's fight money laundering. Let's gather our resources, European and national. Let's fight.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! 2 000 Milliarden Euro werden pro Jahr auf der Welt gewaschen. Aber wir brauchen nicht nur auf andere zu sehen; das Problem beginnt nicht außerhalb der Europäischen Union. 110 Milliarden Euro werden innerhalb der Europäischen Union gewaschen – das kommt dem jährlichen EU-Haushalt schon sehr nahe. Es ist daher eine Frage der Glaubwürdigkeit der Rechtsgemeinschaft, es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der europäischen parlamentarischen Demokratie. Es ist haarsträubend, dass es noch immer einen Widerspruch zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten gibt; dass es noch immer die Situation gibt, dass die vierte Geldwäscherichtlinie nicht umgesetzt ist, obwohl die fünfte seit Jänner bereits umgesetzt hätte werden sollen; und dass es noch immer einen durchlässigen Fleckerlteppich gibt und wir noch immer eine gemeinsame Geldwäschaufsicht benötigen, die über den Finanzsektor hinausgeht, eine europäische Finanzpolizei und eine europäische Meldestelle. Machen wir endlich das, was wir seit Jahren versprechen.

Marek Belka (S&D). – Mr President, after discussions connected to the Panama Papers, Paradise Papers, Luxleaks and you name it, here we are again with Luanda Leaks.

Getting into detailed discussions about Ms dos Santos' potential wrongdoings makes little sense now. What we need to look at is own European plate.

Firstly, if Dubai is so often mentioned in the Luanda leaks as a destination country for illicit wealth, why are the United Arab Emirates not on our European blacklist of non-cooperative jurisdictions? I call on the Commission to look into this issue whilst reviewing the lists.

Secondly, if a Portuguese bank and Maltese financial service providers have helped Ms dos Santos in her actions, where are the loopholes in our fight against tax fraud and against money laundering? This year's anti-money laundering action plan and legislative files on taxation have to address these points. While rightly criticising the wrongdoings of Africa's richest woman, we need to also ask ourselves why in the EU we facilitate such actions.

Procedura «catch the eye»

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, we all know that the biggest fault of the Anti-money Laundering Directive lies in the Member States; in poor implementation, lacking European powers on European prudential supervision, poor cooperation between financial intelligence units, the limited scope of powers of the Financial Intelligence Unit Platform to set standards. We know that the system is not working, because it's not made to be working.

That is the reason, once again reminded, how ineffective we are. What I do hope is that the Commission would consider seriously chasing the anti-money laundering Directive to be a Regulation and to increase substantially the transparency of the beneficial ownership registers, increase the European prudential supervision, and to really set the system on place to function.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisaria Dalli, bienvenida a este debate contra el blanqueo, que no es el primero, tiene mucha historia, porque antes de Luanda Leaks hubo Lux Leaks y hubo Panamá Leaks, y hubo una comisión de estudio e investigación, de la que fui miembro, que arrojó conclusiones y mandatos de actuación para la Comisión. Por eso hemos pasado de la cuarta a la quinta Directiva contra el blanqueo, que refuerza la transparencia y la identificación de los beneficiarios de las cuentas; porque cada uno de estos casos que acabo de citar empeora el trasfondo de corrupción y tráfico de influencias.

El caso Luanda Leaks es paroxístico porque afecta a la mujer más rica de África —la hija del antiguo presidente de Angola—.

Pero hay otro mandato: proteger a los *whistleblowers* —a los denunciantes—, porque es intolerable que haya países que no han traspuesto la Directiva sobre los *whistleblowers* —entre ellos, Portugal—, y resulta que Rui Pinto, el denunciante, es el que está en la cárcel, cuando quien tenía que estar en la cárcel no es el denunciante, sino los criminales y los delincuentes.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Wiele już tutaj zostało powiedziane. Po raz kolejny debatujemy nad aferami, po raz kolejny zastanawiamy się, czy proceder prania brudnych pieniędzy to domena tylko i wyłącznie państw tzw. Trzeciego Świata, czy to tylko Afryka, tanie raje podatkowe. Natomiast dziwnie się składa, że beneficjenci najczęściej te pieniądze albo lokują, albo wydają tutaj – w Europie. Dlatego trzeba powiedzieć wyraźnie: przestępcy dotychczas zawsze są krok przed demokratycznymi państwami prawa i przed służbami, które z tym procederem walczą.

Żadne poszczególne państwo nie będzie w stanie poradzić sobie, jeżeli nie będzie pełnej koordynacji. Jesienią ubiegłego roku pojawił się postulat 6 państw, aby tutaj – w Brukseli – powstał jeden urząd do walki z tym procederem. Ja mogę powiedzieć również z własnego doświadczenia, jako były minister spraw wewnętrznych i administracji w rządzie Rzeczypospolitej Polskiej, że sukcesy służb, które nadzorowałem, w dużej mierze były sukcesami wynikającymi ze współpracy z innymi służbami, z Europolem, z Interpolem. To jest jedyna droga, która pozwoli nam być krok przed przestępcami.

Milan Uhrík (NI). – Mr President, in many EU Member States, the legislation regarding money laundering is being made increasingly strict, including by restricting the space for casinos and other games. However, this kind of online gambling remains still quite untouchable because it's operated on a global, multinational level, and for a single state it is quite hard to touch it and to control it. My question is: are there any further plans for fighting against this kind of money laundering, this kind of criminality?

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, witwassen gaat de laatste jaren steeds vaker via grote banken in Europa en het wordt tijd dat de bestuurders van die banken een gevangenisstraf krijgen in plaats van een bonus. Dat wil ik toevoegen, heel kort.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, tady jsme svědky mezinárodní zločinecké aktivity a zároveň našich nízkých pravomocí a schopností tuto situaci řešit. Jedná se o zločin bílých límečků, který je velmi sofistikovaný, a já bych chtěl poděkovat samozřejmě novinářům, kteří se podíleli na odkrytí této aktivity, a také oznamovatelům. Ukazuje se, jaké máme výrazné mezery na ochraně oznamovatelů na mezinárodním poli.

Zároveň je pro mne šokující, kolik evropských struktur, myšleno tedy těch bankovních nebo svěrenských, bylo zapojeno do zakrývání právě podstaty vyvádění peněz a nelegálních aktivit v rámci Angoly. Co s tím? Máme 5 směrnic, zdá se, že potřebujeme překonat roztržistěnost, potřebujeme lépe implementovat. Je nepochybně nutné příslušné úřady více vybavit kompetencemi a hlavně, podle mého soudu, zajistit zisky. Není možné, aby zisky byly zajišťovány v tak mizivém procentu, jak se ukazuje např. v těch předchozích případech.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, on behalf of the Commission, I thank the European Parliament for taking the time to debate this topical matter, and for its commitment to further strengthening all our tools to deal with situations such as the one at stake. We need to act upon all these findings, and I am confident that we have already identified the way to ensure that the Union's financial systems' integrity is more effectively protected. We are determined to work with international partners on new threats from innovation and it is critical to already deploy all our efforts to ensure the current legislative framework is applied fully, and correctly. This also includes protection of whistleblowers and to give renewed impetus to the role of the Union in ensuring more effective and coordinated action.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I have followed this debate with great attention, and I have also heard the input from the Commission. I take this opportunity to reaffirm the importance which the Presidency attaches to the fight against money laundering and the financing of terrorism, and I look forward to our continued work on these matters. The Presidency will remain available for exchanges on the subject as needed.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Enikő Győri (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság részéről érkeztek olyan javaslatok, miszerint az EU pénzmosás és terrorizmus finanszírozása elleni fellépésének hatékonyabb módja az EU-szintű szabályozás jelentős megerősítése, valamint a felügyeleti funkciók uniós szintre emelése lenne. Aggályosnak tartom a felügyeleti funkciók új EU-szintű intézményekre való áthelyezését, a jelenlegi helyzet ugyanis nem támasztja alá, hogy a megoldást feltétlenül ez jelentené. Ehelyett a nemzeti hatóságok megerősítése és a nemzeti hatóságok közötti fokozottabb együttműködés a célravezető.

A nemzeti hatóságok ugyanis képesek kezelni a kihívásokat; ők vannak mindennapi szoros kapcsolatban a bankokkal, biztosítótársaságokkal, ügyvédekkel, valamint részletes és naprakész ismeretekkel rendelkeznek a helyi körülményekről. Egy központi felügyeleti szerv hatékonysága nem érheti el a tagállami intézmények által biztosított hatékonyságot. Bármiféle továbblépésnek a jelenlegi helyzet kiértékeléséből kell kiindulnia, és figyelembe kell vennie a már elfogadott uniós szabályozási elemek gyakorlati működését.

Annál is inkább, mert még nincs tapasztalatunk a közelmúltban bevezetett jogszabályok miként működnek a gyakorlatban. Az EU pénzmosás elleni rendszerének továbbfejlesztése természetesen kulcsfontosságú. A továbblépési módzatok között mérlegelni kell azonban a tagállami sajátosságokat figyelembe vevő és a szükséges tagállami mozgásteret továbbra is biztosító megközelítéseket is.

22. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

23. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

24. Die humanitäre Lage von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla situazione umanitaria dei rifugiati alle frontiere esterne dell'UE (2020/2523(RSP)).

Vi ricordo che è possibile presentare le richieste di intervento secondo la procedura «catch-the eye» e di domande «cartellino blu» utilizzando sia il sistema di «registrazione standard» sia il sistema elettronico, che vi invito assolutamente a testare. Le istruzioni sono disponibili all'ingresso del nostro emiciclo.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Mr President, it is the second time under our Presidency that we have the possibility to discuss in the plenary the humanitarian situation of refugees at our external borders. This shows the importance Parliament attaches to this issue and we fully support it.

Our Presidency is closely monitoring events on all migratory routes and will continue to do so throughout this semester. In 2019, the total number of illegal border crossings at the EU external borders was estimated at 139 000 which is a 6% decrease compared to 2018 and the lowest level in six years. However, while the central and western Mediterranean routes saw a decrease of 40% and 50% respectively compared to 2018, arrivals on the eastern Mediterranean route have increased by 50%.

The situation on the Greek islands is, in particular, a source of concern as we all noted during our last debate in the plenary on 29 January. The number of people present on the Aegean islands reached a peak of over 40 000 migrants. It is the first time since the implementation of the EU-Turkey statement that we have reached such a high number. The Greek government is taking concrete measures to improve the situation. It has announced a new national strategy designed to protect minors who have arrived and who are resident in Greece and it aims to increase the number of transfers to the mainland. In 2019, more than 35 000 migrants have been transferred and these transfers have continued at a fast pace since the beginning of 2020.

Arrivals from the eastern Mediterranean route have direct impact on the flow of migrants in south east Europe. In 2019, there were over 14 000 illegal border crossings on the western Balkan route, which represents 140% increase compared to 2018. Since the beginning of 2020, the pressure on this route has decreased, due also to winter conditions. Nevertheless, this winter the pressure is higher when compared to the previous winter.

Our Presidency will continue to devote much attention to the migratory situation and increasing migration management capacities in the entire western Balkan region, with a particular focus on Bosnia and Herzegovina in order to ensure adequate protection of migrant population where, according to UNHCR, more than 8 000 migrants and refugees are currently present, mainly in the North West. The situation in the country remains challenging, but in the last weeks, there have been some positive developments regarding the increase of adequate reception capacities.

On 3 February, the Croatian Interior Minister Božinović, held a meeting with the new Bosnian Minister of Security, Mr Radončić. The ministers agreed to strengthen the cooperation in several key areas: implementation of accelerated readmission procedures, more intense implementation of mixed border patrols and support of the Republic of Croatia in strengthening the Bosnia-Herzegovina security forces in border control. The ministers also agreed to strengthen the cooperation in combating smuggling networks, which was also a topic of a ministerial debate at the informal meeting of EU interior ministers in Zagreb on 24 January 2020.

Minister Radončić commented that Bosnia-Herzegovina lacks over one thousand border guard for better border control, as well as the 93% of EU funds approved to Bosnia and Herzegovina last year were intended for humanitarian treatment of migrants but only 7% to strengthen security forces. The EU will continue to support Bosnia and Herzegovina in its efforts to guarantee the dignity and safety of all migrants, especially the most vulnerable ones, while at the same time seeking a more permanent and comprehensive solution.

We will also continue to support work with all partners in the Western Balkans. The overreaching goal of our efforts is to ensure that the migration flows at our borders are well managed and migrants' fundamental rights are always respected. We expect the recent measures taken by the Greek government to bring positive change. The new asylum legislation which has recently entered into force in Greece should speed up the streamline of both asylum and return procedures.

The return rate has been very low for far too long. Returns are instrumental in managing the migratory flows. The plan of the Greek government to return 10 000 migrants by the end of 2020 is ambitious but it can be achieved, also with necessary EU support. Effective returns also require the good cooperation of Turkey. To ensure that the situation is well managed, it is also important that our Western Balkan partners enhance their migration management capacities, also in the area of return and particularly assisted voluntary return, conclude readmission agreements with third countries and further align their visa policies. We are ready to assist them in these tasks by all means at our disposal.

On the central Mediterranean route, conditions for migrants in Libya have deteriorated due to security issues arising from the internal conflict in the country. To alleviate the suffering of migrants and detained refugees in Libya, the EU individual Member States have funded UNHCR and International Organisation for Migration (IOM) programmes via EU trust fund for Africa.

IOM is funded to carry out voluntary returns to countries of origin and to provide humanitarian emergency assistance and has done so at an impressive level. UNHCR is funded to evacuate persons of concern to either Niger or Rwanda in view to a settlement in the EU or other receiving countries. These relevant actions require our further support, especially in view of ongoing conflicts in Libya.

To conclude, I would like to stress once again that the humanitarian situation at our external borders is a cause of great concern and we have to work closely together with our neighbouring countries and international organisations to improve it. Let me also express here our appreciation for the work of all humanitarian partners. I will let the Commission further elaborate on the comprehensive assistance the EU provides at our external borders to improve the situation.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you Minister and honourable Members for this important debate.

The humanitarian situation of refugees at our external borders is of great importance and of concern to us all. The EU promotes the respect of the rights of refugees, asylum seekers and migrants, both in the EU and outside of our borders in our neighbourhood.

Any form of violence against refugees and migrants is, needless to say, unacceptable. Respect for fundamental rights and the rule of law must be ensured without exception. Member States must fully comply with these principles when implementing the EU acquis on border management, asylum and return. Pushbacks are not acceptable. Access to asylum procedures and respect for the principle of non-refoulement, in line with the EU Charter, must always be guaranteed.

Member States must have in place the mechanisms needed to prevent pushbacks in the first place. Equally, they need to ensure that they have appropriate mechanisms to guarantee a prompt reply and investigate any alleged pushbacks.

But challenges at external borders are many, and the Commission is in constant contact with Member States and provides them with support, including financial support for training the national border guards to act in conformity with fundamental rights requirements. The Commission is also closely monitoring the situation at external borders and is in contact with Member States regarding allegations of non-compliance with EU law at the external borders. As Guardian of the Treaty, the Commission will take the necessary action where necessary. Moreover, we now have in place a new European Border and Coast Guard Agency with a significantly reinforced mandate and an increased focus on the imperious need to respect fundamental rights.

It is for this reason that a specific Fundamental Rights Strategy has been drawn up by the new European Border and Coast Guard Agency. A fundamental rights officer was appointed to contribute to the Agency's fundamental rights strategy and monitor compliance with fundamental rights. Fundamental rights monitors will also constantly assess the fundamental rights compliance of Frontex operational activities. They will be deployed as part of the joint operations and they will be the eyes and ears of the fundamental rights officer. The Agency must recruit 40 monitors by 5 December of this year.

The new Agency has also set up a complaints mechanism. This mechanism allows any person who is directly affected by the actions of staff involved in the activities of the Agency and who considers himself or herself to have been the subject of a breach of his or her fundamental rights due to those actions, or to any party representing such a person, to submit a complaint in writing to the Agency.

What happens at our external borders affects Europe. This is why the EU has always supported and also always stood at the side of our partners at the external borders as well as at the side of refugees and migrants in those countries. The EU is globally a key actor in providing assistance to refugees worldwide, especially in neighbouring countries, and in supporting third countries in developing their asylum system and their capacities to fight against smuggling. For instance, the EU supports Turkey in its efforts to host more than 4 million refugees. The EUR 6 billion facility for refugees in Turkey has been fully mobilised and clearly produces tangible effects. Over 1.7 million vulnerable refugees benefit from the emergency social safety net, the largest EU humanitarian project ever.

The EU is also supporting more than 500 000 refugees' children to regularly attend school. Our Western Balkan partners have proven to be reliable and strong partners of the EU in managing migration and countering security challenges. However, reception capacities, in particular in Serbia and Bosnia and Herzegovina, are stretched to the maximum, and migrants are often living in extremely difficult conditions. Further capacity assistance is needed to help these countries to pursue their efforts to manage migration, addressing the issue of secondary movements in the region and treating migrants in a humane manner.

To support all these actions, the EU provides financial and technical support to the Western Balkans through the regional programmes funded under the Instrument for Pre-Accession so that they increase their capacity to build their national migration management system.

In addition, the EU has recently provided EUR 135 million in additional assistance to Serbia, North Macedonia and Bosnia and Herzegovina through the Instrument for Pre-Accession and EUR 32.6 million through the EU humanitarian aid.

In all these actions inside and outside the EU, the protection of the most vulnerable, especially of children and unaccompanied minors, remains a priority for the Commission. The Commission is doing all it can to help Member States to address the situation at our external borders. The dignity and safety of all affected persons needs to be ensured and protected.

A lot has been achieved, but more remains to be done. We need to find a common understanding on how we collectively shape and manage the realities of migration. We must unite around our common values and humanitarian responsibilities and seek to make our society more cohesive and integrated.

I count on your continued support and that of the Council as well.

Емил Радев, *от името на групата PPE*. – Г-н Председател, уважаеми колеги, известно е, че маршрутът през Западните Балкани е един от основните миграционни пътища към Европа, което го прави и най-натоварения. За съжаление държавите членки на първа линия, като Хърватия, Гърция и други, винаги носят непропорционална тежест, тъй като поради своето географско местоположение те винаги са държавата членка на първо влизане. Свидетелство за това е случващото се както на границата между Хърватия и Босна и Херцеговина, така и на гръцките острови, където притокът на мигранти не намалява.

Парадоксално е, че макар търсещите убежище да могат да подават молби за международна закрила на официалните гранични пунктове, техният брой е минимален. Вместо това те използват нерегламентирани места за преминаване на границите, често дори използвайки мрежи от контрабандисти, с една единствена цел – да достигнат до Западна Европа.

В края на 2018 г., вследствие на засилен мигрантски натиск, Европейската комисия отпусна 6,8 млн. евро на Хърватия за подпомагане на управлението на външните граници на Европейския съюз. Това бе направено при пълно спазване на правилата на Европейския съюз, гарантиращи, че всички мерки, прилагани по външните граници на Съюза, са пропорционални и са в пълно съответствие с основните права и законодателството на Европейския съюз в областта на убежището. От началото на 2018 г. помощ в размер на 36 млн. евро е предоставена и на Босна и Херцеговина, за да отговори на непосредствените нужди на мигрантите и търсещите убежище.

Защитата на външните граници може да бъде постигната единствено в съответствие с правото и международните конвенции, както и зачитането на основните права и достойнството на мигрантите. Държавите членки по външната граница и европейските институции добросъвестно пазят границите ни и прилагат тези правила.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the unprecedented peak in refugee arrivals in 2015 exposed the gaps in the EU's policies at our borders, but it is now 2020 and the Member States have had five years to find solutions. And yet, in many places, the situation of refugees at our external borders, instead of improving, continues to deteriorate. We still stand by and watch pregnant women and children losing their lives in the Mediterranean Sea. We still accept thousands of people, including unaccompanied minors, living in camps for years in inhumane conditions, waiting for their asylum procedure to advance. And we still consent to people being forced to return to unsafe countries. Detention centres, illegal push-backs and floating sea fences are not the solutions we are calling for.

I hope the Croatian Presidency will take note of this debate and our concerns on behalf of the European Council. And let's not forget that countries surrounding the EU are still taking in the vast majority of refugees. But also let's not forget that countries who are our neighbours sometimes have their own citizens fleeing from the country, so we must address human rights with countries such as Turkey and Morocco.

In this Parliament we often talk about the European values. They include respect for human dignity and human rights. That also applies to refugees seeking protection.

Malik Azmani, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to thank the Commission and the Council representatives for being here this evening. I think it's high time to get out of the migration deadlock. We owe it to our own citizens to get back into the driver's seat.

In order also to preserve free movement within the Schengen area, we need strong external borders. Awaiting the Commission's New Pact on Asylum and Migration, Renew Europe proposed its own comprehensive approach a few weeks ago: a Renew pack on asylum and migration. To relieve the pressure on EU external borders we need new international partnerships with third countries on migration. That's the only way. Meanwhile, we need a common approach for those asylum seekers still arriving irregularly at EU external borders. We want 'direct registration upon arrival' amended to read: security checks; humane reception conditions; a first assessment at a European reception centre between potentially failed asylum applications and those that are not; shared responsibility for those people in need of international protection; shared responsibility and effort to quickly return rejected asylum seekers to safe third countries.

I have high expectations for this new pact on migration and asylum and hope that Renew Europe's concrete proposals will also be taken on board. But I have still two questions: does the Commissioner agree with Renew Europe that the EU must be able to step in when the Member States at external borders cannot or will not deliver? Because that's what we saw in the past. And how will the Commission address unwanted secondary movement of asylum seekers within the EU?

Tom Vandendriessche, *namens de ID-Fractie*. – Voorzitter, sinds enkele jaren worden we overspoeld door ongewenste migratie. Maar dit is nog maar het begin. De bevolking van Afrika gaat deze eeuw van 1 naar 4 miljard inwoners. Honderden miljoenen zullen naar Europa komen. Daarom moeten we de grenzen bewaken. Niet uit haat tegenover wie zich buiten onze grenzen bevindt, maar wel uit liefde voor ons eigen volk.

Linkse activisten en malafide advocaten misbruiken de mensenrechten om migratie te stimuleren en te propageren. Zij willen dat niet-burgers rechten kunnen afdwingen in onze thuislanden. Migratie willen ze verheffen tot een afdwingbaar mensenrecht, met de medewerking van wereldvreemde rechters, voor wie trouwens niemand ooit gestemd heeft.

Het Europees Verdrag voor de rechten van de mens bijvoorbeeld was ooit bedoeld om burgers uit Europese landen te beschermen tegen tirannie. Vandaag echter is het geëvolueerd tot een instrument om een opengrenzenpolitiek door de strot te rammen van onze bevolking. We moeten de migratiecrisis aan onze grenzen oplossen. Dat doen we door economische gelukzoekers zonder pardon terug te sturen. Echte vluchtelingen moeten we opvangen in de regio van herkomst, en vooral moeten we de mensenrechtenverdragen aanpassen aan de realiteit van 2020, zodat ze niet langer misbruikt kunnen worden door de migratielobby.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, if we talk about common external borders we also talk about common responsibility, not only for controlling who is coming in, but also how we treat people – if they get access to an asylum procedure, if they are treated with dignity and if the procedures are followed. However, we know that at many borders the rules are not always complied with. Push-backs are widespread in Europe. We know that from reports and judgments, and even tomorrow the Strasbourg Court will come up with a decision on Spain.

Push-backs can also go hand in hand with brutal violence and causing traumas to people, and this is especially the case at the Croatian borders, according to numerous reports and testimonies. During our working visit last weekend, we were shocked by the fact that all actors involved acknowledged this widespread violence and push-backs, but that the Government of Croatia still denies this, and this discrepancy exactly shows that the violence will not stop if the EU continues to shy away and react indifferently.

We can only stick to our rules and values if we care about violations at the borders and if we take steps to ensure compliance. I would therefore urge the Commission to investigate thoroughly the allegations and complaints, and that investigation also needs to be part of the Schengen evaluation.

The Commission informed us that it had financed the monitoring mechanism in Croatia and that this would lead to improvement, but we learned that this money is not spent on monitoring but on border control, and that no monitoring body enters the green area where the push-backs take place. So how seriously does the Commission take these allegations on push-backs? Is it only interested in a smooth Schengen accession or also in banning human rights violations at the border? So I would like to hear from the Commissioner what steps he's going to take instead of monitoring but also ensuring...

(The President cut off the speaker)

Joachim Stanisław Brudziński, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Walka ze źródłowymi przyczynami emigracji jest jednym z kluczowych elementów skutecznego i odpornego na kryzys zarządzania migracjami. A jakie są te źródłowe przyczyny? W sposób oczywisty destabilizacja i wojna w państwach sąsiednich, ale też – trzeba to sobie uczciwie w tym miejscu powiedzieć – skrajnie nieodpowiedzialna, naiwna, często oparta o swoistego rodzaju terroryzm politycznej poprawności naiwność i to słynne „Herzlich willkommen” w 2015 r. Drodzy uchodźcy, przybywajcie! Czekamy tutaj na was! Skutkowało to tym, że bardzo wielu ludzi – rzeczywiście uchodźców – nie znalazło potrzebnej pomocy, bo zostało wypartych przez migrantów ekonomicznych i gospodarczych.

Dotychczasowy wpływ Unii na procesy występujące w naszym bezpośrednim sąsiedztwie okazał się niewystarczający, a realne zagrożenia nie zostały skutecznie zminimalizowane. Te nierozwiązane problemy poza granicami zewnętrznymi Unii mogą doprowadzić do kolejnego kryzysu migracyjnego, z którym być może będziemy musieli sobie radzić. Tutaj trzeba powiedzieć bardzo wyraźnie: podejmowane przez instytucje unijne działania muszą być spójne, celowe, właściwie skoordynowane, a zaangażowanie państw członkowskich w tych rejonach powinno być wyrazem dobrej woli.

Cornelia Ernst, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Ja, es ist richtig, dass die Grenzpolitik eine europäische ist und nicht einem Mitgliedstaat wie etwa Kroatien angelastet werden kann. Es ist auch richtig, dass die Asyl- und Migrationspolitik einer europäischen Lösung bedarf. Ich kann sogar nachvollziehen, dass Kroatien angesichts der Katastrophe in den griechischen Hotspots verhindern möchte, selbst ein EU-Hotspot-Land zu werden. Aber all das berechtigt die kroatische Grenzpolizei nicht – und darum geht es mir –, Flüchtlinge zu prügeln, zu quälen, Hunde auf sie zu hetzen, sie maskiert mit Waffen zu bedrohen, in den Grenzfluss Richtung Bosnien zu werfen, ihnen Sachen – Geld, Handys, ja sogar Essen – zu stehlen, sie mit offenen Wunden im Wald zurückzulassen und Menschen, die Hilfe gewähren, zu traktieren. Ungelöste europäische Fragen rechtfertigen einen solchen Sadismus gegenüber Flüchtlingen nicht. Folterverbot, *non-refoulement*, Schutz von Kindern – das sind Abkommen, die auch Kroatien unterschrieben hat. Menschenrechte müssen überall gelten, und bitte schön auch an den Grenzen.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η κυβέρνηση της Νέας Δημοκρατίας στην Ελλάδα —παίρνοντας την σκυτάλη από τον ΣΥΡΙΖΑ στην ευρωενωσιακή πολιτική καταστολής— χτίζει, με πράξη νομοθετικού περιεχομένου, φυλακές στα ελληνικά νησιά, όπου —με βάση και τη γερμανική πρόταση για το Δουβλίνο— θα συνεχίζει να εγκλωβίζεται ο κύριος όγκος των αιτούντων άσυλο. Στην πλειοψηφία τους θα απελαύνονται, ελάχιστοι θα παίρνουν άσυλο και ακόμα πιο λίγοι θα πηγαίνουν τελικά σε χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το τι πραγματικά ετοιμάζεται φανερώνεται από τη διεύθυνση επιστροφών που ανακοίνωσε η ελληνική κυβέρνηση, δηλαδή μια φάμπρικα απελάσεων για να γυρίσουν οι πρόσφυγες πίσω στην κόλαση του μπερλεζιανού πολέμου, τον οποίον φουντώνουν η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι ΗΠΑ, το ΝΑΤΟ και οι κυβερνήσεις έχοντας τεράστιες ευθύνες. Να ακυρωθεί η υπογραφή της Ελλάδας στη συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας και στον κανονισμό του Δουβλίνου. Να καταδικαστεί η πολιτική των δολοφονικών πλωτών φραγμάτων-παγίδων, της εμπλοκής και της χρηματοδότησης ΜΚΟ και της ανοχής στη δράση ακροδεξιών ομάδων, που πυροδοτεί εντάσεις στα νησιά, σε μια ούτως ή άλλως πολύ δύσκολη κατάσταση για νησιώτες και πρόσφυγες. Να κλείσουν τα hotspot και να δημιουργηθούν κέντρα φιλοξενίας στην ενδοχώρα για μετάβαση στις χώρες πραγματικού προορισμού.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, meni je upravo nevjerojatno da ovdje, po ne znam koji put više, moramo slušati laži, neistinite informacije i *fake news* o tzv. nelegalnim *push-backovima* od strane Hrvatske.

Jedini izvor informacija za takve tvrdnje su pristrane nevladine udruge koje imaju svoju političku agendu ocrnjivanja Hrvatske, hrvatske Vlade, kompromitiranja hrvatskog ulaska u Schengen a koje svoje izvore informiranja baziraju isključivo na tvrdnjama samih nelegalnih migranata čiji identitet najčešće uopće nije poznat i za koje uopće ne znamo tko su, koji su pet ili šest puta pokušavali nelegalno prijeći granicu i sada, zato što nisu uspjeli, okolo tužakaju hrvatske vlasti bez ikakvih dokaza. Niti jedan takav slučaj nije utvrđen od strane nadležnih tijela, od strane suda, nadzornih tijela policije, itd.

Hrvatska nadzire vanjsku granicu Europske unije, bori se protiv vanjskih nelegalnih migracija, čuva 1300 km vanjske granice na kvalitetan način i prošle godine je otkriveno i spriječeno više od 20000 pokušaja nelegalnih prelazaka granice. Također bih istaknuo da je samo prošle godine 995 nelegalnih krijumčara ljudi uhićeno. Možda je to, ta praksa hrvatske policije, ono što nekima ovdje smeta i zbog čega šire ovakve laži i neistine.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice u skladu s člankom 171. stavkom 8. Poslovnika)

Cornelia Ernst (GUE/NGL), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ja, ich bin schon erstaunt. Es gibt ja nun eine Menge Nachweise dafür, dass es massenhaft *pushbacks* gibt, illegale *pushbacks* an der kroatischen Grenze, und dass nahezu alle Migrantinnen und Migranten, die davon betroffen sind, mindestens drei, vier Mal abgeschoben wurden, und zwar ohne dass sie Asyl begehren konnten. Ist Ihnen das bekannt? Haben Sie davon jemals etwas gehört? Und haben Sie davon gehört, dass viele, viele Flüchtlinge beispielsweise klagen, dass ihnen in schlimmster Art und Weise Gewalt angetan wurde? Haben Sie das immer noch ignoriert oder sind Sie bereit, auch mal anzuerkennen, wie die Realität tatsächlich ist?

Tomislav Sokol (PPE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Poštovani predsjedavajući, čuo sam mnogo laži u životu, ali to što tisuću puta ponavljate jednu laž to ju neće učiniti istinom.

Naravno da osobe koje pokušavaju izigrati sustav azila, koje pokušavaju iskoristiti Hrvatsku kako bi došli na područje drugih država, koji ne dolaze uopće iz ratnih područja nego kao što je rekao i ministar sigurnosti BiH gospodin Radončić, iz zemalja koje uopće nisu ugrožene, koje nisu u ratu, naravno da takvi ljudi koji krše zakone govore neistine. To su vaši izvori informacija a to, takvim ljudima, ja iskreno ne mogu vjerovati. Vi možda možete, ali ja ne.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, não podemos ignorar a terrível situação dos refugiados imigrantes em diversas partes do mundo, mas sobretudo às portas da União Europeia como, recentemente, fui testemunha na fronteira entre a Croácia, Estado-Membro da União, e a Bósnia-Herzegovina. Ali tive oportunidade de testemunhar e ouvir os mais dramáticos relatos sobre o tratamento violento, degradante e desumano adotado pela polícia croata no afastamento de pessoas que só buscam uma oportunidade de vida decente, uma busca que resulta, muitas vezes, na sua morte.

Sobre isto chegaram hoje notícias de uma iniciativa parlamentar para a abertura de um inquérito que muito saúdo e, para não ferir a sensibilidade deste plenário, entregarei à senhora comissária algumas fotografias absolutamente chocantes no final da minha intervenção.

Na Bósnia pudemos contactar com inúmeros migrantes e refugiados. Entre estes destaco os jovens não acompanhados a viver, como outros, em condições a que ninguém devia ser submetido, muito menos nestas idades. Diversos deles à espera de poderem reunir-se com familiares a viverem na Europa.

Tudo isto diante do marasmo europeu na assunção de medidas solidárias que permitam retirar estas pessoas do limbo em que se encontram.

Por isso, pergunto se o novo plano para as migrações, que se anuncia, prevê a instituição de canais legais, expeditos, nomeadamente através de vistos humanitários, mas também de estudo, trabalho e reunificação familiar.

A nossa inquietude não pode equivaler nem em silêncio nem em inação.

(A oradora aceita responder a uma pergunta cartão azul em conformidade com o artigo 171.º, n.º 8, do Regimento)

Sunčana Glavak (PPE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Poštovani predsjedavajući, kolegice, ja dolazim iz Hrvatske.

Željela bih vam samo reći da Hrvatska, nažalost, ima stvarna bolna sjećanja. Nakon agresije Srbije na Republiku Hrvatsku imali smo tisuće migranata, stoga, nemojte dvojiti o hrvatskim namjerama i nemojte govoriti o nečemu što ne razumijete i što ne znate. Ja živim u Hrvatskoj a Hrvatska čini sve da postupanje na hrvatskim granicama se odvija u potpunosti usklađenosti s hrvatskim i europskim zakonima te međunarodnim standardima i pravilima. Hrvatska nema žicu i nema barikade, za razliku od ostalih zemalja.

Isabel Santos (S&D), Resposta segundo o procedimento «cartão azul». – Proteger fronteiras não quer dizer violar o direito internacional, violar os direitos humanos. E se a Croácia quer proteger as suas fronteiras, não violando o direito internacional, nem violando os direitos humanos, porque é que ainda não implementou um mecanismo de monitorização de tudo o que lá está a acontecer? E é necessário que agora o Parlamento aprove um inquérito para que se apure toda a verdade.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, comisaria Dalli, vamos a ver, si yo no me equivoco y la he escuchado bien, usted ha dicho que hacemos todo lo que está en nuestras manos. No, no es cierto. No hacemos todo lo que está en nuestras manos.

Sabemos que el Reglamento de Dublín no funciona y, sin embargo, el Consejo lo tiene bloqueado. No tenemos una política común de asilo y migración legal, que es la manera de parar toda esta catástrofe. No hacemos todo lo que está en nuestras manos.

Si no me equivoco, usted dice que hemos conseguido mucho ya. Hemos conseguido que Moria sea un infierno, que Samos, que Kios sean infiernos. En Libia -donde usted dice que nosotros ponemos ayuda para aliviar el sufrimiento-, no vamos a poder aliviar el sufrimiento si no hacemos lo más importante, lo que sí está en nuestra mano, declarar Libia un país no seguro. Eso sí está en nuestra mano.

¿Cuándo se va a utilizar todo lo que está en nuestra mano, comisaria Dalli? Los derechos fundamentales no son palabras. Nosotros pisamos moqueta y usted habla de un funcionario de derechos fundamentales que va a tener otros 40 funcionarios. Cuando hay miseria no hay tiempo para estas cosas, señora Dalli.

Jordan Bardella (ID). – Monsieur le Président, la fameuse crise des réfugiés qui a débuté en 2015 n'a définitivement rien d'une crise. L'afflux massif de migrants sur le continent européen, en plus d'être continu, est devenu une véritable submersion. En Grèce, les arrivées annuelles ont plus que doublé en deux ans, atteignant le chiffre de 75 000 nouveaux migrants pour l'année 2019. Sur l'île de Samos, leur nombre dépasse celui des habitants. Sans compter la voie d'accès par la frontière continentale avec la Turquie, où le franchissement du modeste fleuve Évros suffit à démontrer l'inefficacité totale de Frontex et l'obsolescence de l'accord de 2016 avec la Turquie.

Nous pouvons discuter et nous indigner sans fin des conditions dans lesquelles vivent migrants et clandestins, mais c'est traiter les effets du problème au lieu d'en résoudre les causes. Sont responsables de ces drames tous ceux qui, par leurs actes politiques ou par leurs discours, incitent la terre entière à gagner les rivages de l'Europe. éviteront au contraire ces drames tous ceux qui feront le choix d'une politique de dissuasion humaniste, tant par les moyens mis en place aux frontières que par la coupure de l'ensemble des pompes aspirantes dans les pays respectifs.

En clôturant sa frontière maritime avec la Turquie pour retenir les embarcations clandestines, la Grèce s'engage sur la bonne voie et nous devrions l'aider et l'encourager, plutôt que de la railler.

Les droits de l'homme affirment que toute personne peut quitter son pays si elle fait l'objet de persécutions, mais ce principe ne doit et ne devra jamais justifier que la vie, le foyer et les pays d'autres hommes soit bouleversés en retour. Soyez assurés que le XXI^e siècle sera celui du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes et surtout à rester eux-mêmes.

Erik Marquardt (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich bin in Europa aufgewachsen, und als ich aufwuchs, dachte ich immer, dass Menschenrechtsverletzungen, dass staatliche Willkür, dass humanitäre Krisen etwas sind, was woanders passiert, was nicht in europäischen Mitgliedstaaten passieren kann. Und dann war ich auf Seenotrettungsmission im Mittelmeer und habe festgestellt, dass wir islamistische Milizen dort stärker unterstützen als die Menschen, die vor diesen Milizen fliehen. Und ich war auf Lesbos, habe zwei junge Syrer getroffen, die mich gefragt haben: Warum behandelt uns Europa eigentlich wie Tiere? Ich habe darauf keine Antwort. Und letztes Wochenende war ich auch in Kroatien und in Bosnien und Herzegowina. Es sind mitnichten nur einzelne NGOs, die dort von *pushbacks* sprechen, sondern es ist auch die EU-Delegation in Bosnien, es ist das UNHCR, es ist Ihr eigener Menschenrechtsbeauftragter in Kroatien, eine staatliche Behörde, die davon ausgeht, dass es dort viele *pushbacks* gibt. Man sieht doch die Gewalt auch überall.

Also was passiert eigentlich an den Außengrenzen? Wir haben uns Regeln gegeben, die wir nicht beachten, weil wir andere Interessen haben. Ich glaube, so funktioniert auf Dauer keine wehrhafte Demokratie. Ich glaube an die Europäische Union, aber ich würde gerne noch mehr daran glauben, was wir sind, und nicht an das, was wir in Reden hier sein wollen. Wenn die Kommission das ernst meint, was gesagt wurde, dann geht es jetzt auch darum, zum Beispiel in Kroatien zu zeigen: Wir lassen einen unabhängigen Menschenrechts-Beobachtungsmechanismus dort zu, wir lassen die Leute auch dort an den Außengrenzen mit den *border guards*, mit den Grenzpolizisten zusammen überwachen, was dort passiert. Es wäre sehr wichtig, dass auch Kroatien zeigt, dass es nichts zu verbergen gibt. Dafür könnte dieser Menschenrechts-Beobachtungsmechanismus helfen. Sie weigern sich aber, den einzurichten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 171 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Željana Zovko (PPE), blue-card question. – Mr Marquardt, I was a refugee myself during the war in the former Yugoslavia and I worked in a solicitor's office with thousands of refugees from the former Yugoslavia. There's only one way to establish whether the police are doing right or wrong. What you are saying is a lie. It's a blatant lie. Don't abuse real asylum seekers by spreading these lies here, please, because you are going against real asylum seekers and real refugees, and you are using these human tragedies in this place by blaming Croatia for something that it is not doing.

One million one hundred thousand Croats live in Bosnia and Herzegovina. They are Bosnian Serbs and Croats, who were given Croatian passports during the war, and we are protecting them as well.

Erik Marquardt (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich habe dazu ja schon etwas gesagt. Aber ich frage mich auch immer, was bedeutet es denn, wenn Sie einfach allen vorwerfen, die dort investigativ recherchieren, staatliche Medien zum Beispiel in Deutschland, die herausfinden, dass es *pushbacks* gibt, die Videoaufnahmen von *pushbacks* machen ... und Sie behaupten, das sind Fake News. Was ist das für ein Verständnis auch von Pressefreiheit? Ich kann mir nicht vorstellen, wie es ist, flüchten zu müssen. Aber ich glaube, wenn Sie die Erfahrung selbst gemacht haben, dann täten Sie gut daran, in Bosnien mal mit den Menschen zu reden, mit denen wir da am Wochenende geredet haben, die geschlagen wurden, die wirklich ausgepeitscht wurden und die sich diese Verletzungen wirklich nicht selber zugefügt haben.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, απευθύνομαι στους Έλληνες που μας βλέπουν από τις τηλεοράσεις, τους υπολογιστές και τα κινητά τους. Απευθύνομαι στους κατοίκους της Σάμου, της Μυτιλήνης, των Διαβατών και της υπόλοιπης Ελλάδας, που έχουν δει τον τόπο τους να μετατρέπεται σε ένα απέραντο χαλιφάτο. Είναι πια δεδομένο πως η Ευρωπαϊκή Ένωση εξυπηρετεί τα συμφέροντα ατόμων όπως του Soros, που μέσω των ΜΚΟ και των μουσουλμάνων αποσκοπούν στο να εξαλειφθεί ο χριστιανισμός και να γεμίσει με τζαμιά η Ευρώπη.

Εμείς πρέπει να τιμήσουμε τις αξίες και τις παραδόσεις που κληρονομήσαμε από τους προγόνους μας. Είναι ντροπή η Ευρωπαϊκή Ένωση να χρησιμοποιεί τα χρήματα του Ευρωπαίου φορολογούμενου για να παρέχει δωρεάν διαμονή και διατροφή στους λαθρομετανάστες, τη στιγμή που υπάρχουν Έλληνες που λόγω της οικονομικής κρίσης έχουν φτάσει να κοιμούνται στα αυτοκίνητά τους. Εμείς, η Ελληνική Λύση, απαιτούμε μια Ευρωπαϊκή Ένωση χριστιανική που θα έχει στον πυρήνα της τον ιερό θεσμό της οικογένειας και όχι μια Ευρώπη πολυπολιτισμική.

(χειροκροτήματα)

Κωνσταντίνος Αρβανίτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, καταρχήν, κάποιες ομάδες έχουν χάσει την ουσία της συζήτησης. Σήμερα μιλάμε για τα ευρωπαϊκά σύνορα και πρέπει να τονίσουμε την αξία του πρόσφυγα και την αξία του μετανάστη· είναι άλλες έννοιες. Φεύγουν από τη δικιά τους κόλαση, λοιπόν, από τον πόλεμο και βιώνουν, εδώ στην Ευρώπη, την ευρωπαϊκή κόλαση. Εγώ αυτό καταλαβαίνω. Και, μάλιστα, με νόμιμη κρατική βία: τη βία των αστυνομικών, των συνοριοφυλάκων, την κρατική καταστολή. Στη Σερβία, στη Βοσνία-Ερζεγοβίνη, στην Κροατία, στην Ουγγαρία, στη Ρουμανία. Συμβαίνουν καθημερινά, καταγεγραμμένα, εκατοντάδες περιστατικά βίαιων απωθήσεων. Έχουμε μαρτυρίες, είμαστε εμείς οι ίδιοι αυτόπτες μάρτυρες· έχουν πάει εκπρόσωποι του Κοινοβουλίου. Και όταν εμείς —Σοσιαλιστές, Πράσινοι, αριστεροί βουλευτές, ευρωβουλευτές— δείχνουμε τις εικόνες των κατασπαραγμένων από σκυλιά της αστυνομίας ανθρώπων, οι δύο υπουργοί της Κροατίας λένε ότι είναι fake news. Και το ακούω και εδώ. Αυτό είναι προσβολή για τους βουλευτές· αυτό που κάνετε είναι προσβολή για τις πολιτικές ομάδες. Να ακούτε! Να ακούτε επιτέλους! Είναι ακροδεξιά ρητορική. Σας έχει μείνει μόνο το ID και η Ακροδεξιά. Θέλω επίσης να σας πω ότι στην Ελλάδα τοποθετούνται πλωτά φράγματα. Στα ελληνοτουρκικά σύνορα, εκατοντάδες πεθαίνουν από πνιγμό και από το κρύο. Και θέλω να κάνω μια ερώτηση τελευταία: θα μας πείτε τελικά την πρότασή σας; Όχι έκθεση ιδεών· να μας πείτε ποια είναι η πρότασή σας.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, we cannot look at refugees as an external affair because being a refugee is a defining right for many of us. Many generations of Europeans, including those in my country who escaped the fascist horror of Franco 81 years ago, saved their lives thanks to their refugee status. Today there are refugee children and grandchildren sitting in this Parliament and who knows whether, unfortunately, there are also parents and grandparents of future refugees?

But being a refugee goes hand in hand with being a welcoming host. Europe, the daughter of refugees, must be a safe haven for refugees. Anyone seeking refuge, fleeing from wars, whether wars fought with weapons or with the economy, must feel that Europe is home – not to atone for the sins of colonialism, but to accelerate progress and peace in the world.

Lena Düpont (PPE). – Herr Präsident, wertee Kollegen! Bei der vergangenen Plenartagung haben wir über die Lage auf den griechischen Inseln gesprochen. Heute geht es auch um die kroatische Grenze. Für beide Fälle gilt: Unsere Asyl- und Migrationspolitik kann nur funktionieren, wenn sie internationalem und europäischem Recht folgt, wenn sie unsere humanitären Standards aufrechterhält. Gleichzeitig kann sie aber auch nur funktionieren, wenn wir endlich zu einem stringenter und konsequenter GEAS kommen. Der Schutz der Außengrenze ist dafür eine grundlegende Bedingung. Sowohl für Griechenland als auch für Kroatien als auch für alle anderen Staaten mit EU-Außengrenzen muss daher gelten: Wir erwarten und unterstützen die Einhaltung von Regeln, wir lassen euch aber auch nicht allein mit der Ver-

antwortung. Das muss der europäische Ansatz sein. Hier frage ich Rat und Kommission: Wenn uns nicht die Situation auf der Westbalkanroute, die steigenden Zahlen illegaler Grenzübertritte oder die Instabilitäten in Europas Nachbarschaft dazu bringen, ein ambitioniertes und zukunftsfähiges Asyl- und Migrationspaket auf den Weg zu bringen, wenn wir dieses Zeitfenster nicht nutzen, was dann?

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisaria Dalli, violencia, sufrimiento, negación de tratamiento médico, de asistencia jurídica o de información, eso es una violación flagrante no solamente del Derecho internacional humanitario, sino del Derecho europeo. Para empezar, de la Directiva sobre el procedimiento de asilo de 2013.

Y, por lo tanto, la Comisión tiene la obligación de intervenir donde quiera que sea y donde quiera que se produzcan expulsiones masivas en frontera con flagrante violación del Protocolo n.º 4 del Convenio Europeo de Derechos Humanos, además del artículo 19 de la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, que vincula a todos los Estados miembros.

Dondequiera que se produzca, la Comisión tiene la obligación de incoar expediente de infracción y de asegurar la vinculación del acceso a los fondos europeos al estricto cumplimiento de los estándares de derechos fundamentales de todos los Estados miembros de la Unión Europea, incluido el Fondo de Asilo, Migración e Integración.

Pero, además, la Comisión tiene que hacer más. La Comisión, por supuesto, tiene que asegurar que no es posible ninguna expulsión ni ningún retorno a un país que no sea seguro, como Libia. Y la Comisión tiene la obligación de abrir, de una vez, canales legales y seguros de acceso a la Unión Europea para que la gente no se vea en la obligación de exponer la propia vida en el empeño. Visados humanitarios, como ha querido y ha ordenado este Parlamento en la pasada legislatura. Esa es la tarea para la presente legislatura, señora comisaria.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 171, apartado 8, del Reglamento interno)).

Michaela Šojdrová (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Opakovaně tady z řad socialistické frakce slyším, jak máme být otevření pro humanitární přijetí tisíců uprchlíků. Já souhlasím s tím, že EU musí zůstat bezpečným přístavem pro ty, kteří potřebují pomoc.

A já vás chci vyzvat: Oslovte socialistického ministra vnitra v ČR, aby přijal 50 nedoprovázených dětí z řeckého uprchlického tábora. Uděláte to? On to totiž odmítá. Je to člen socialistické strany, která odmítá přijmout pouze 50 nedoprovázených dětí.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Señora Šojdrová, usted ha mencionado en su pregunta a los socialistas en este Parlamento Europeo y al ministro checo. Y yo no he mencionado a ninguna familia política ni a ningún país en concreto. Pero le recuerdo que quien quiera que haya entrado en este Parlamento Europeo lo ha hecho representando a un Estado miembro que se ha vinculado al Tratado de Lisboa, a la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, que reconoce como un derecho fundamental el derecho de asilo y que reconoce que el Derecho internacional humanitario es vinculante para todos los Estados miembros. También para el suyo.

Y, por tanto, no hay escapatoria. El Derecho humanitario nos vincula enteramente, y eso significa respetar a los demandantes de asilo. Hoy hemos votado el FADO exactamente para controlar mejor el acceso, en las fronteras Schengen, al espacio de libre circulación, pero, una vez que están dentro, tienen enteramente derecho a que sus derechos fundamentales, reconocidos en la Carta, sean protegidos por todos los Estados miembros.

Irena Joveva (Renew). – Spoštovani predsedujoči, že leta smo priča poročanju o kratenju človekovih pravic beguncem in migrantom na zunanjih mejah Unije, med drugim, slišali smo že, tudi na hrvaški meji.

Spredaj, kot predsedujoči Svetu EU, sedijo predstavniki Hrvaške, v dvorani so tudi kolegi iz te države. Vem, kaj bi zdaj najraje spet rekli. Da nič ni res, da ni dokazov...

Pred enim mesecem je skupina nevladnih organizacij izdala poročilo o dogajanju lani tam. In iz dokumenta je razvidno, da hrvaške oblasti te ljudi pošiljajo nazaj v Bosno in Hercegovino pretepe s palicami, s posledicami strelav z zračnimi pištolami, boste, včasih gole. Na dogajanje opozarjajo tudi hrvaška ombudsmanka, agencije Združenih narodov, celo nekateri hrvaški policisti v svojih anonimnih izpovedih.

Evropska komisija, še v prejšnji sestavi sicer, pa je storila – kaj? Rekla, da Hrvaška izpolnjuje pogoje za vstop v Schengen. Toliko o tem. Če bo treba, bom šla osebno na teren, ampak čez noč in nenapovedano. Pa vam bom potem, sklepam, lahko svoje posnetke pokazala vsakič, ko boste rekli, kje so dokazi.

(Govornica se je strinjala, da sprejme vprašanje, nakazano z dvigom modrega kartončka v skladu s členom 171(8).)

Karlo Ressler (PPE), *pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio*. – Poštovani predsjedavajući, poštovana kolegice Joveva, jasno je da sve osobe koje žele zatražiti međunarodnu zaštitu to mogu učiniti, jasno, na službenim graničnim prijelazima i uz, normalno, osobne putne dokumente.

Ja bih vas htio pitati, bez obzira na sve i ove neutemeljene navode koje navodite, zbog čega smatrate da u Hrvatskoj postoji minimalan broj zahtjeva za azil, zbog čega osobe koje žele zatražiti međunarodnu zaštitu, a nalaze se u Bosni i Hercegovini to ne žele napraviti sa svojim dokumentima i to ne žele napraviti na službenim graničnim prijelazima.

Irena Joveva (Renew), *Odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka*. – Dragi kolega Ressler, nisem sicer sploh govorila o nobenih minimalnih prošnjah za azil, govorila sem o tem, kaj se dogaja na hrvaški meji, torej na zunanji meji Unije.

Zdaj vi pravite, da dokazov ni, da so to laži, da nič ni res. Mogoče gledamo druge novice ali slike, pa greva mogoče lahko na kavo pa si pogledava skupaj vse te slike in videoposnetke, ampak kot sem rekla, če bo treba, bom šla sama na mejo.

Bila sem že na meji kot novinarka, kot političarka bom šla še raje. Zato, ker imam večjo moč soodločanja, in upam, da vam bom potem lahko dokazovala sama, če ne verjamete novinarjem.

Hynek Blaško (ID). – Pane předsedající, jako člověku je mi upřímně líto, v jaké situaci se nacházejí tisíce migrantů na vnější hranici EU.

Jako poslanci této instituce mi však vadí přístup zodpovědných orgánů k řešení problematiky migrace, který vyústil do těchto tristních podmínek. Drtivá většina migrantů pochází ze zemí, kde žádná válka neprobíhá. Je zcela zřejmé, že do Evropy přichází jen a pouze s vidinou snadného života, který je jim nabízen formou štědrých sociálních výhod.

Nemáme snad svoje problémy se sociální situací některých našich občanů a důchodců? Jakým právem jsou migranti upřednostňováni před lidmi, kteří tady pracují a platí daně? Jakým právem jsou upřednostňováni před důchodci, kteří tady celý život pracovali a platili daně a jejichž důchod se nerovná výhodám těch, které upřednostňujete?

Uvědomte si už konečně, že celý problém vyvoláváte svojí neuváženou sociální politikou a změňte ji, pak přestanete škodit migrantům i občanům Evropy.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Mr President, two weeks ago we discussed the situation on the Greek islands, and I'm asking myself how much has really changed on the ground since we talked about it. And the answer is: the situation has got worse. We haven't done anything at EU level to make the situation better. Yes, we still give money, but in the end, the idea of creating a floating barrier to stop people even asking for asylum and the overcrowding in the camps is still so bad that people are protesting now – both the local population and the refugees.

So I would ask us to stop the blame game between the Council and the Commission and act on both sides, as much as we can, to improve the situation on the ground. That means, on the Commission side, triggering the Civil Protection Mechanism today, and, on the Council side, actually accepting minors and refugees, who need our help so badly on the ground. Let us actually act today and not tomorrow.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми, чувам, че критикувате Хърватия. Нямаме никакви основания да критикувате нито Хърватия, нито Гърция, нито България, защото ние, нашите държави, пазим вас от терористи, от ислямисти, от джихадисти. Защото ние спираме тези, които идват да взривяват европейските градове, и всяка една държава трябва да пази своите граници, и тя е суверенна държава, и нито един от вас не може да иска суверенните държави да пускат терористи на своя територия.

Но ще ви кажа защо това, което правите, е лицемерие, тежко лицемерие. Защото нито един от вас – тези, които твърдят, че са много загрижени, не е дал личен пример. Вдигнете ръка някой от вас, който е приел в дома си някой афганистански терорист или джихадист, вдигнете ръка. Има ли такъв? Във вашия хол, във вашата спалня, да живее с вашите деца. Чакам, има ли такъв? Не, няма! Тогава недейте, моля ви, да бъдете лицемерни и двулични.

Maria Walsh (PPE). – Mr President, I'm surprised that there weren't any blue cards after our colleague there from the ECR. The challenges we face in keeping our borders secure are immense and growing. We've seen an explosion in the numbers of people seeking a better life in the European Union away from violence and poverty and away from climate disasters. The appalling conditions in any of the EU refugee camps, be it in any of the countries we're talking about tonight, are under severe pressure from the people that are most vulnerable and from the people in the European Union who are forgetting to support our brothers and sisters. The conditions are intolerable, and lip service is not supporting or aiding those we need to support. It cannot just be a small number of countries accommodating everybody. It needs Europe's help.

The European project, dare I say, is a victim of its own success. We need to be compassionate to those who are risking their lives to come here, and we also need to find solidarity: the compassion in supporting our Member States who are most seeing the influx of people coming through.

I notice my time is up, and I will say we need a strategic and compassionate solution right now, Commissioner, from the top down. And dare I say, one instant solution we could make is perhaps having this conversation, this much needed dialogue, in the Hemicycle at a time when there's a little bit more than 40 or 50 MEPs discussing it.

Bettina Vollath (S&D). – Herr Präsident! Zweimal war ich persönlich vor Ort. Die humanitäre Situation an der kroatischen EU-Außengrenze zu Bosnien ist unverändert dramatisch, insbesondere die Situation der unbegleiteten Minderjährigen. Die Bevölkerung und die Lokalpolitik vor Ort sind mit der Situation überfordert und fühlen sich zu Recht von der EU verraten, verkauft und im Stich gelassen. Sonntagsreden wie die heute Abend hier von Kommission und Rat helfen uns nicht weiter. Dieses Kopf-in-den-Sand-Stecken schadet der EU viel mehr, als es der Brexit jemals vermag, denn es zerstört die EU-Aufsicht. Sorgen Sie bitte dringend für die notwendige Entschärfung der humanitären Notlage – besonders die Kinder müssen dort herausgeholt werden – und für ein unabhängiges Monitoring für die Vorfälle an dieser Grenze. Schaffen Sie endlich ein gemeinsames europäisches solidarisches Asylsystem ohne Misshandlungen und illegale *pushbacks*. Es gibt nur auf Basis der Menschenrechte echte Lösungen. Die EU muss endlich professionell handeln, wir verlieren sonst unsere letzte Glaubwürdigkeit.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sugli immigrati, i rifugiati e le loro condizioni nei centri di accoglienza l'Europa è colpevole, ipocrita e vigliacca. Colpevole perché grazie alle politiche di immigrazione senza freni e dell'accoglienza a tutti i costi, di fatto sono arrivati da noi disperati, costretti a sopravvivere nei campi, bivaccare nelle periferie e spesso persino a delinquere.

È ipocrita, perché vi stracciate le vesti sulle condizioni degli immigrati, ma poi lasciate soli i paesi del Mediterraneo. Io mi chiedo: perché non sostenete la rotazione dei porti? Perché non fate qualcosa per bloccare gli sbarchi, e quindi anche e soprattutto per bloccare le partenze? È vigliacca perché applaudite qui Carola Rackete e le ONG, ma poi di fatto supportate chi favorisce gli scafisti.

L'unico con una visione chiara si chiama Matteo Salvini. Ribadiamo: stop all'immigrazione clandestina, lotta ai trafficanti e fine del business dell'accoglienza!

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Śledząc liberalne media europejskie można odnieść wrażenie, jakoby kryzys migracyjny zakończył się w roku 2016. W rzeczywistości wciąż trwa i to w dwóch odsłonach: humanitarnej, na granicach zewnętrznych, oraz migracyjnej – wewnątrz Unii. Oficjalne statystyki pokazują, że sytuacja wciąż jest poważna.

Oto skutki polityki Unii Europejskiej z 2015 roku, kiedy to otwarto granice wszystkim przybyszom, błędnie lub świadomie klasyfikując ich jako uchodźców, choć w większości byli to emigranci ekonomiczni. Może więc mamy do czynienia z celową inżynierią społeczną, w założeniu której było sprowadzenie do Europy milionów migrantów, by przyspieszyć koniec państw narodowych i stworzyć nowego człowieka bezideowego, bez narodowej tożsamości i bez chrześcijańskiej wiary. Zamiast bowiem zmienić politykę migracyjną, przemilcza się problem. Unia dysponuje zasobami, potrzebuje jedynie wizji politycznej innej niż zabójcza dla Europy neomarksistowska ideologia.

Nuno Melo (PPE). – Senhora Presidente, uma Europa de fronteiras abertas é um absoluto disparate que só a utopia de uma esquerda muito irresponsável defende neste Parlamento. Não há um único país do mundo onde as fronteiras sejam abertas. Onde quem queira possa entrar dependendo só da sua vontade.

A União Europeia não tem, obviamente, de ser diferente. Temos de respeitar quem queira melhorar as suas condições de vida e temos a obrigação de acolher as pessoas com humanismo, mas, para que isso seja possível com recursos tão escassos, tem de haver muito rigor no controlo da entrada das fronteiras externas da União Europeia. E tem de se distinguir o que tem que ser distinguido: uma coisa são refugiados, outra coisa, são migrantes. Aos refugiados aplicam-se tratados e leis diferentes das leis que se aplicam aos migrantes, são realidades diferentes. Quem seja considerado refugiado que foge para salvar a sua vida deve ser acolhido, de acordo com leis ou tratados, mas quem apenas procura trabalho, quem seja migrante, deverá entrar, ou não, dependendo das leis e da vontade de cada país, com respeito pelo princípio da subsidiariedade.

Cada país é que sabe dos migrantes que necessita. O acesso descontrolado de migrantes à Europa não é aceitável, põe em risco a segurança das pessoas, o nosso sistema laboral, social e democrático. E o acolhimento dos verdadeiros refugiados, esse sim, deve, obviamente, acontecer.

(O orador aceita responder a uma pergunta cartão azul em conformidade com o artigo 171.º, n.º 8, do Regimento)

Bettina Vollath (S&D), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Sie haben auf die unterschiedliche rechtliche Basis für die Behandlung von Flüchtlingen und Migranten hingewiesen – das ist richtig. Aber eine Frage drängt sich auf: Haben Migranten trotzdem Menschenrechte und Grundrechte, oder gilt das für Migranten nicht, sondern nur für Flüchtlinge?

Nuno Melo (PPE), Resposta segundo o procedimento «cartão azul». – A senhora deputada achará que se quiser entrar no Paquistão, na Índia, nos Estados Unidos, no Canadá, onde seja, entra só porque quer? Isso não acontece em nenhum país do mundo e têm direitos humanos. Os países têm o direito de regular os fluxos migratórios, têm direitos humanos e, enquanto humanos, têm também de respeitar as leis dos países. Já se se tratar de um refugiado verdadeiro, de alguém que quer fugir da morte, que quer proteger a sua família, aplicam-se tratados, devem obviamente ser acolhidos. Mas, por isso, são tão importantes os hotspots. Por isso se tem nas fronteiras externas que verificar muito bem quem quer entrar, porque o resto é utopia, palavras bonitas, mas que não resolvem nenhum problema e colocam em risco a sustentabilidade deste projeto comum. E eu gostava que a União Europeia durasse muitos e muitos anos.

Norbert Neuser (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es um die Menschen, die bereits aufgenommen worden sind. Wir haben hier eine humanitäre Notlage, und ich beziehe mich besonders auf die Situation auf den griechischen Inseln. Wir brauchen entschlossenes Handeln. Das verlangen die Vereinten Nationen von der EU und von Griechenland. Und es ist eine Blamage für uns gemeinsam, wenn die Vereinten Nationen uns auffordern müssen, dass wir auch entschlossen handeln.

Die Situation ist in den letzten zwölf Monaten dramatisch schlimmer geworden, und ich rede hier davon, dass wir insbesondere die Situation der Kinder sehen müssen. Ein Drittel derjenigen, die in Griechenland aufgenommen worden sind, sind Kinder unter zwölf Jahren. Hier ist die hygienische Situation, hier ist die Situation, was Krankheiten betrifft, in Lagern, die total überfüllt sind, katastrophal. Wir brauchen dringend eine gemeinsame Konferenz der EU-Kommission, der Regierungen Griechenlands und Kroatiens als Ratspräsidentschaft und der Vereinten Nationen, um die Situation gerade auf den griechischen Inseln human zu machen.

Teuvo Hakkarainen (ID). – Arvoisa puhemies, kuka meistä haluaa kotinsa täyteen kutsumattomia vieraita, mahdollisia terroristeja? Meillä Suomessa, tuolla pohjoisessa, on tilanne, jossa 35 000 pakolaista tuli pakolaisen nimellä silloin 2015. Sen seurauksena lasten ja nuorten raiskaukset räjähtivät käsiin. Eli kuka valvoo tätä hommaa, kun nämä lapset tulevat? Meillekin tuli Suomeen median mukaan naisia ja lapsia, mutta minä kävin henkilökohtaisesti katsomassa siellä rajalla: 500 henkeä päivässä, minä laskin heidät. Kaikki olivat nuoria miehiä. Ilalla media esitti meille, että täältä tuli naisia ja lapsia. Minun silmäni eivät valehtelee. Minä luulen, että toimittajilla ja medialla on jonkinlainen linssi päässä. Kuka ottaa vastuun siitä, että tällainen laitton siirtolainen veti nuorelta naiselta nyt Suomessa kurkun auki? Kuka näistä ottaa vastuun?

(Puhuja suostui vastaamaan sinisen kortin kysymykseen (työjärjestyksen 171 artiklan 8 kohta)).

Erik Marquardt (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Sie haben ja gesagt, dass man zu Hause niemanden akzeptieren soll, den man nicht eingeladen hat. Es ist aber zum Beispiel auch so, dass ich Sie hier überhaupt nicht eingeladen habe, wir alle Sie hier nicht eingeladen haben, aber es Ihr gutes Recht ist, hier zu sitzen, weil wir einen Rechtsstaat haben, weil da Wahlen stattfinden, rechtsstaatlich, und Sie gewählt wurden. Und es ist auch so, dass man eben ein Asylsystem hat, wo man Leute nicht einladen muss, sondern wo sie Grundrechte haben. Ich wollte Sie eigentlich fragen, was Sie denn glauben, wer da eigentlich kommt. Denn wir wissen doch, dass es auch viele Probleme auf der Welt gibt, viele Geflüchtete. Würden Sie wirklich sagen, dass die überhaupt keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben sollen?

Teuvo Hakkarainen (ID), vastaus sinisen kortin kysymykseen. – Kysymyshän on ihmiskaupasta. Tällä hetkellä se on samanlaista kuin huumekauppa, ja siinä pyörii jopa suuremmat rahat kuin huumekaupassa. Säännöt ovat myös samanlaiset, niin että oikeusvaltio ei pysty puuttumaan näiden ihmisten tekemiin rikoksiin, jotka eivät itse välitä kenenkään ihmisoi-keuksista yhtään mitään.

Traian Băsescu (PPE). – Doamna președintă, Uniunea Europeană are nevoie de migrație, de o migrație controlată. Ceea ce se întâmplă însă înseamnă o migrație necontrolată, înseamnă trafic de ființe umane.

Din acest motiv, oamenii care ajung la frontierele Uniunii Europene sunt în pericol din prima clipă când și-au părăsit țara. Au de trecut prin țări de tranzit, unde rețele de crimă organizată îi aduc până la ambarcațiunea pe care se urcă și trec Mediterana.

Avem obligația să stopăm procesul de migrație ilegală de la origine. Avem nevoie de acorduri de readmisie, avem nevoie de înțelegeri cu guvernele țărilor de tranzit pentru neutralizarea echipelor de crimă organizată și avem nevoie de flotele militare ale statelor membre care să întoarcă ambarcațiunile cu migranți ilegali înapoi în porturile de plecare. Asta este soluția, altfel, ani de zile vom avea problema migrației ilegale, întrebându-ne ce facem în insulele grecești, ce facem în Croația? Trebuie să punem migrația sub control. ... *(Președinta a întrerupt oratorul)*

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin! Immer und immer wieder debattieren wir in diesem Haus über die unge löste Migrationskrise. Und warum? Weil sich die EU nach wie vor weigert, die Realitäten an ihren Grenzen anzuerkennen und entsprechend zu reagieren. Wir diskutieren über den Umgang mit sogenannten Flüchtlingen, lassen uns von der Asylindustrie sagen, was menschlich ist und wie wir zu handeln haben. Realitätsfremder geht es nicht mehr. Dabei ist es gar nicht so schwierig, dieses Problem zu lösen. Grenzen abriegeln, jedem Illegalen die Einreise verweigern. Das heißt auch, dass die Boote wieder sicher zu ihrem Ursprungsort zurückgebracht werden. Illegale Migranten müssen zurückge führt werden, wenn erforderlich mit etwas Druck auf die Herkunftsländer. Verweigert sich ein Land, müssen wirkungs volle Sanktionen folgen.

Wir lassen auf der einen Seite freudig jeden Illegalen ohne Kontrolle ins Land, auf der anderen Seite brauchen Sie neuerdings ein Pflanzengesundheitszeugnis, wenn Sie Pflanzen und Früchte aus dem Urlaub mitbringen. Wie absurd ist denn das? Setzen wir endlich die richtigen Signale! Stellen wir uns endlich unserer Verantwortung für den europäischen Bürger, verhindern wir die zahlreichen Toten im Mittelmeer, verhindern wir den Braindrain in den Herkunftsländern und hören wir endlich auf mit der Gefühlsduselei! Machen wir die Grenzen dicht!

Andor Deli (PPE). – Elnök Asszony! Ez egy nagyon fontos téma. Ugyanakkor van egy szempont, amelyről eddig nem esett szó, és amelyet a baloldali képviselők következetesen kerülnek. Ez pedig az, hogy Bosznia, Szerbia, illetve a görögországi szigetek polgárai hogyan élik meg azt, hogy évek óta migránsok tömegei haladnak át településeiken, lepik el a köztereket, parkokat, foglalják el az üres házakat, hogy sötétedés után a helyi lakosok alig merészkednek ki az utcára. Jómagam Vajdaságból, Szerbia északi részéből származom, így pontosan tudom, milyen kilátástalan a helyzet. 2015-ben a nyomás akkora volt, hogy egyes településeken ellehetetlenedett az élet. A nyugat-balkáni útvonalon most ismét erősödik a nyomás, a közbiztonság pedig a határmenti településeken romlik. Az EU-nak Görögország mellett fokozott segítséget kell nyújtania a nyugat-balkáni tranzitországoknak is. Ezek nem gazdag országok, az erőforrásaik korlátozottak, a helyi lakosok pedig úgy érzik, hogy mindenki csak a migránsok jogaival foglalkozik, őket pedig elfelejtik. Képviselőjük végre az európaiak érdekeit is ebben a vitában! Köszönöm.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, to, čemu čelí EU na hranicích, to je opravdu mimořádná situace. Humanitární situace uprchlíků v některých hotspotech je opravdu katastrofální.

Já sama jsem navštívila hotspot Moria a vím, jak tam ti lidé žijí, a přesto se nechtějí vrátit domů. Většina z nich se nemá kam vrátit, zejména tedy syrští uprchlíci. Do pohybu se daly miliony lidí, ať už ze Sýrie, Afriky, Pákistánu, Afghánistánu, a to není běžná situace, na kterou jsme byli připraveni. Musíme říci, že dnes, v roce 2020, je EU připravena lépe, a proto souhlasím s tím, co tady říkají kolegové z Chorvatska, že chorvatská vláda a chorvatské pohraniční síly dělají to, co dělat mají. Oni prostě musí chránit vnější hranici EU.

Samozřejmě, chovejme se lidsky. Tady, myslím, že tou hlavní nejohroženější skupinou jsou děti. Nedoprovázené děti, děti s matkami a těm by se mělo pomáhat především.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, iznimno teški životni uvjeti migranata, ali isto tako i težak položaj lokalnog stanovništva svjedoče o našoj nespремnosti da se suočimo s migracijama. Potresni prizori koje vidimo i u Grčkoj, ali isto tako i duž jedine kopnene rute prema Europskoj uniji, nisu pitanje samo graničnih država članica, nego zaista cijele Europske unije.

Hrvatska je svoje srce i solidarnost dokazala i 1990-ih zbrinuvši preko milijun izbjeglica i prognanika, ali isto tako nasuprot navodima o navodnom nehumanom postupanju prema migrantima, hrvatska policija i za vrijeme ove debate štiti europsku granicu i spašava migrante u po život opasnim situacijama u koje ih dovode trgovci i krijumčari ljudima.

Ali isto tako, Hrvatska, niti Europska unija, ne smiju popustiti političkim pritiscima kojima smo svjedočili i u ovoj debati, koji nastoje promijeniti politiku učinkovite zaštite granice od nezakonitih prelazaka, jasno, uz punu zaštitu ljudskog dostojanstva.

„Catch the eye” eljárás

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, muchísimas gracias por permitir que todos podamos expresarnos en este debate tan importante. Yo creo que ha quedado claro en esta sesión que este es un tema relativo a la defensa de los derechos fundamentales en las fronteras de Europa. Y lo hemos suscitado porque se están violando, no solamente en la frontera entre Croacia y Bosnia Herzegovina, desde luego. Claramente no estamos a la altura de nuestros valores y de nuestras obligaciones legales —como bien han dicho mi compañero Juan Fernando López Aguilar, Kati Piri, Irena Joveva y otros compañeros de grupos—.

Entonces, claramente, cuando habla el Consejo de cruces ilegales... Pero, vamos a ver: si una persona se presenta en la frontera y no puede presentar una solicitud de asilo en la frontera, ¿cómo puede usted hablar de un cruce ilegal de la frontera? O, cuando no estamos permitiendo que se presenten solicitudes de asilo en los consulados y en las embajadas, ¿cómo nos llama la atención que la gente se presente en las fronteras exteriores de Europa? Eso es a lo que usted, señora representante del Consejo, nos debe contestar.

Nicolaus Fest (ID). – (*Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro*) ... reden und die Sachen verschieben sich immer weiter nach hinten. Das ist eine grobe Unzumutbarkeit gegenüber den anderen Abgeordneten hier, die hier noch zu anderen Themen sprechen wollen. Also fangen Sie endlich an, die Sitzung zu leiten und dann auch nach einer Minute Schluss zu machen. So geht es nicht!

Željana Zovko (PPE). – Madam President, as I have already said, this is very emotional for me because I come from Bosnia and Herzegovina and I went through the war. The question of asylum seekers and refugees is a very emotional one, and I will read my speech in order not to get into deeper emotions about the people who are abusing the situation of these poor people.

'Someone has been asleep in Bosnia and Herzegovina for the past three years', said the Minister of Security of Bosnia and Herzegovina, Fahrudin Radončić. Last week in Zagreb he requested the assistance of the Republic of Croatia. He mentioned how the migration crisis in Bosnia and Herzegovina should no longer be treated as a humanitarian crisis but as a security one. The country urgently needs over 400 extra border guards. Out of EUR 40 million allocated from European aid, only 7% is earmarked for the support of local institutions in Bosnia and Herzegovina. Local institutions have endured most of the pressure since the beginning of the migrant crisis.

The only ones who profit from this crisis are human traffickers. The Croatian police arrested 95 of them only this year. Human traffickers are so present that the Deputy Director of the United States Agency for International Development (USAID), Bonnie Glick, stated that America will have to cut their assistance to Bosnia and Herzegovina if institutions don't intensify their fight against it. It's a fragile country. Don't play with Bosnia and Herzegovina here. Shame on you.

Pernando Barrena Arza (GUE/NGL). – Madam President, we Members of this Parliament are aware of the fundamental rights violations occurring at the European Union borders and particularly the systematic practice of violent push-backs by Croatian law enforcement authorities. These places in Bosnia and Croatia are critical points as regards compliance with human rights, but highlights could also be made on another borders, like the French-Italian one, or the southern border of Spain, where push-backs also occur very often.

One a month ago a Spanish coastguard returned migrants to Moroccan authorities hours after they landed on Spanish soil. This is a violation of the protections granted by the European Court of Human Rights. It's time to say once again that border control cannot under any circumstance violate current laws on human rights. Furthermore, European authorities and Member States should facilitate the priceless work that NGOs carry out rescuing people in the Mediterranean Sea, like the Basque ship Aita Mari, which rescued 158 people earlier this week.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, jedan od četiri prioriteta hrvatskog a predsjedanja Vijećem Europske unije jest Europa koja štiti jačanjem unutarnjem sigurnosti svojih građana te učinkovitijom zaštitom vanjskih granica.

Hrvatska zagovara, još jednom ću ponoviti, efikasno i humano upravljanje migracija i migrantskih puteva. Moja zemlja ima najdužu vanjsku granicu Europske unije te unatoč drugačijoj situaciji u našem susjedstvu, hrvatske granice su otvorene, takve će i ostati. Neće biti žica, neće biti barikada.

Ovom prilikom želim naglasiti da se postupanje na hrvatskim granicama odvija u potpunoj usklađenosti s hrvatskim i europskim zakonima i još jednom ponavljam, međunarodnim standardima i pravilima. Hrvatska se na dnevnoj bazi suočava s osobama koje ne žele ostati u našoj zemlji, cilj im je zapadna Europa. Moramo biti svjesni činjenice da problem migracija nije pitanje samo jedne države već cijele Unije.

Završit ću, naši politički stavovi ne moraju biti isti, kolegice i kolege, ali moraju biti isti oni ljudski. Dakle, želimo zakonite migracije i ljudskost prije svega.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, le droit d’asile n’est pas un choix, mais un devoir. Un devoir lié aux conventions internationales relatives au statut des réfugiés, dont le principe fondamental est le non-refoulement et auxquelles les États membres sont parties, y compris la Croatie. Mais c’est aussi l’article 2 du traité sur l’Union européenne, selon lequel l’Union est fondée sur les valeurs de respect de la dignité humaine, de liberté, de démocratie et d’égalité.

La gestion des frontières doit donc se faire conformément au traité et aux engagements internationaux. Pourtant, pour limiter le flux migratoire, l’Union européenne et les États membres n’ont pas respecté ce cadre légal et ont de surcroît externalisé la gestion migratoire par des accords bilatéraux avec des pays qui, souvent, ne remplissent pas les conditions suffisantes matérielles, mais aussi légales, pour assurer la protection des migrants. Tous les rapports et les témoignages nous le disent: les conditions ne sont pas respectées.

Alors une simple question: pensez-vous que les États membres aujourd’hui sont respectueux de la convention relative au statut des réfugiés? Sinon, que souhaitez-vous faire pour qu’ils le soient? Et enfin, pensez-vous que traiter et sous-traiter la migration à la Turquie, la Bosnie, la Libye, la Mauritanie, le Maroc ou à d’autres règle structurellement le problème de la migration, avec la garantie du respect de nos engagements internationaux?

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, καταρχήν θα ήθελα να ευχαριστήσω την Ευρωπαϊκή Επιτροπή για την προσπάθεια που κάνει υπέρ των προσφύγων και των μεταναστών. Έχουμε φτάσει, όμως, σε ένα οριακό σημείο. Κατά την άποψή μου, πρέπει να αλλάξουν οι κανόνες του Δουβλίνου, για να υπάρξει πιο ανθρώπινη μεταχείριση των προσφύγων και των μεταναστών. Να αλλάξουν δηλαδή οι κανόνες και να μοιραστεί το βάρος· να μην πέφτει όλο το βάρος στις χώρες πρώτης εισόδου. Αντιλαμβάνομαι ότι αυτό είναι πολιτικά δύσκολο, γιατί πολλές χώρες και πολλές κυβερνήσεις είναι σε κατάσταση σοκ μετά την κρίση του 2015-2016, αλλά είναι ο μόνος τρόπος για να έχουμε ένα θετικό αποτέλεσμα. Επίσης, υπάρχει μια πρόταση του Έλληνα πρωθυπουργού για 4.000 ασυνόδευτους ανηλίκους που έχουν εγκλωβιστεί στην Ελλάδα, μήπως μπορούσαμε και τους μοιραστήμε στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Υπάρχει μια πρώτη ανταπόκριση, αλλά θα μπορούσε να είναι και καλύτερη.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a mesma União Europeia que se proclama como grande defensora dos direitos humanos alimenta uma das maiores crises humanitárias da atualidade, assim já reconhecida pela ONU.

Os mais diversos critérios, seletivos, restritivos e desumanos, são criados para escolher uns e abandonar outros, obrigando-os a permanecerem em autênticos campos de concentração, sobrelotados, em condições desumanas, deploráveis e degradantes.

A União Europeia prossegue os esforços para consolidar o conceito da UE fortaleza, promovendo a externalização das suas fronteiras, mesmo que à luz de decadentes e criminosos acordos, como o acordo com a Turquia ou com a Líbia, país destruído pela intervenção direta da União Europeia e das suas potências, entre outras ditas «parcerias», impondo as suas políticas para as migrações a países terceiros, condicionando, inclusive, a ajuda ao desenvolvimento e à implementação de restrições aos fluxos migratórios.

Uma vez mais afirmamos que é preciso pôr fim à destabilização, ingerência e agressão sobre países terceiros e cumprir, escrupulosamente, o direito internacional em matéria de migrações.

(„Catch the eye” eljárás vége)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, thank you all for your interventions. I take from this debate that the respect for the fundamental rights, including the principle of *non-refoulement* of all people, is a priority, independently of their status and whether they are inside or outside the EU. I agree with you that there should be no physical violence against migrants and refugees – I guess this is an understatement here – and we should ensure that adequate measures are in place to address the needs of the most vulnerable, notably the children, at all steps of the migratory routes.

Border guards and police should carry out their duties in full respect of fundamental rights – that goes without saying. We have revised our legislation to ensure that safeguards are in place in case of alleged violation of fundamental rights. It is important that these mechanisms play their role.

On our side, the Commission will continue to monitor the compliance of the situation at the borders with EU law. We will continue engaging with our partners and neighbouring countries, notably in the Western Balkans, to provide assistance to migrants in third countries to avoid them falling into the hands of unscrupulous smuggling networks.

Regarding the question posed by you, Mr Azmani, the Commission also considers that the core challenges at our external border are inherently linked with those of the situations Member States have inside the EU. So therefore, these challenges should be addressed jointly. Many of the issues you raised tonight, such as secondary movement, border controls and cooperation with third countries – and, of course, also the humanitarian situation at our border – are key issues that will be addressed in the new pact on migration.

Migration is among the most significant challenges the European Union has faced in recent years. We cannot stay idle to the suffering of the migrants at our borders. We need to find a common understanding on how we collectively shape and manage the realities of migration. We need to work together to address this phenomenon that is here to stay, in full respect of the dignity of the persons involved. We count on your support.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, let me thank you for this debate. There is no doubt that the situation at our external borders must be addressed in an effective and timely manner. As I have already stressed, we are committed to improving reception conditions for migrants, especially those of vulnerable groups.

On a broader note, I would like to reiterate that the Croatian Presidency intends to continue focusing on implementation with regard to the comprehensive approach to migration. We will do our part to ensure coherent action at EU level in terms of more effective control of the EU external borders and increased external action, as well as to address internal aspects.

Regarding the alleged push-backs and the situation at the Croatian-Bosnian border, as you're all aware, I'm here today in my capacity as the Presidency of the EU Council, not nationally. However, I would like to comment on this, because I feel that Croatia has been unjustly portrayed regarding alleged mistreatment of illegal migrants. I can assure you that there is zero tolerance for violence in Croatia. This is strongly underlined by my government in all areas. We take all allegations of police violence against migrants very seriously. Therefore, there is especially no tolerance for unlawful use of coercive measures by the Croatian police against any population, as well as for non-prosecution of any crime or misdemeanour committed by police officers. Every single complaint is carefully investigated by the Croatian Ministry of the Interior. I can assure you that Croatian police respect the fundamental rights, safety and dignity in the treatment of migrants in full compliance with international, EU and national law. Croatia as an EU member has the task, in accordance with the Schengen Border Code and national legislation, of protecting the state border and preventing illegal migration.

Regarding the common European asylum system reform, it remains our common priority to tackle the key issue from a broader perspective and to search for a comprehensive solution to the challenges. Extensive work has been done by the previous presidencies, and it is our intention to continue building on the foundations they set with the new Commission. We will continue working towards the approach with balanced responsibility and solidarity, in line with the European Council's new strategic agenda. The Croatian Presidency hopes this issue will be adequately addressed in the new pact on migration and asylum, and we look forward to its presentation.

Regarding the situation in Greece, it is a positive development that the new Greek Government has adopted a new legislative framework for asylum and related issues like return and reception facilities. It entered into force on 1 January 2020. We look forward to its speedy implementation. An efficient asylum system is key to managing migration flows, as well as for the implementation of the EU-Turkey statement, notably on readmissions.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – Decembra se je na pragu EU odvijala saga razčlovečenja več kot 1.000 posameznikov v begunskem taborišču Vučjak, na katero sem sam s sopodpisanimi evropskimi poslankami in poslanci opozoril v pismu Komisiji.

Pasivnost (tudi evropske) politike od poletja 2019, ko so na tem območju bili začasno naseljeni begunci in migranti, bi se lahko sprevrgla v širšo humanitarno katastrofo s posledicami za regionalno varnost. Ta nevarnost še vedno vztraja, k čemur poleg zapletenih notranjepolitičnih razmer prispevajo tudi sosednje države s prakso onemogočanja dostopa do azilnih postopkov ter z nasilnim izgonom beguncev in migrantov.

Komisija ne more biti ravnodušna ob nastajanju trdnjave Evrope, ki se jo brani z grobimi kršitvami človekovih pravic. Nujno je zagotoviti, da države, v prvi vrsti članice EU in (kandidatke za) članice Schengena, vzpostavijo dejansko neodvisne nadzorne mehanizme za nadzor nad izvajanjem mejne kontrole, ki mora vključevati skrben pregled varovanja temeljnih človekovih pravic in svoboščin.

Nadaljevati je potrebno z iskanjem rešitve za nadgradnjo dublinskega sistema za skupno in solidarno evropsko azilno politiko. Ne želim si, da bi mehanizem EU za krizno upravljanje moral posredovati v naši sosesčini zgolj zaradi neuskladenosti politike držav članic, še zlasti tistih, kjer vladajoča politična elita akumulira svoje volilne glasove na račun človeške stiske.

25. Ein besseres Internet für Kinder (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság nyilatkozata a Jobb internet a gyermekek számára szóló vita (2020/2547(RSP)).

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, our debate today cannot be more topical, as yesterday we celebrated the Safer Internet Day across Europe and the world for the 17th time since its launch in 2004. We want to ensure children and young people grow up to become confident adults, skilled and respected both online and offline. Making the internet safe for children remains a priority. Children are one third of internet users and an estimated 800 million of them use social media.

Let me also recall that one of this Commission's top six political priorities is to build a Europe fit for the digital age, allowing everyone in Europe, including children, to benefit from technology within safe and ethical boundaries. The Commission has been very active on this issue over the years, with actions ranging from funding and coordination with Member States to hard law.

The European strategy for a better internet for children – the big strategy – is our framework for making the internet a trusted place for children and young people. It has been in place since 2012 and has successfully brought together the European Commission, Member States, the ICT industry and civil society to deliver solutions for a better internet for children through coordination, self-regulation and funding. Our policy is rooted in the UN Convention on the Rights of the Child, to which all EU Member States are party.

A strong concern with child safety online cuts across EU legislation. The e-Commerce Directive, the directive on combating the sexual abuse and sexual exploitation of children and child pornography, the Audiovisual Media Services Directive and the general Data Protection Regulation all contain provisions to protect minors online.

As to future plans, the Commission will first of all be working on a comprehensive new strategy on the rights of the child, including their rights online. The strategy should include actions to protect vulnerable children, protect their rights online, foster child-friendly justice and prevent and fight violence. We will also strengthen and modernise rules applicable to digital services in the whole EU through the Digital Services Act. We will start with a broad consultation to make sure we get the balance right and propose measures. We will also work with Member States for the full transposition of the revised Audiovisual Media Services Directive, which includes a new obligation on Member States to ensure that video-sharing platforms put in place specific measures to protect minors from harmful content online. These include mechanisms allowing users to report, flag or rate harmful content, age verification or parental control systems and transparent easy-to-use and effective complaint-handling procedures. The revised Directive also ensures that children's data collected by audiovisual media providers are not process for commercial use, including for profiling and behaviourally-targeted advertising.

Furthermore, we will present a revised digital education action plan to equip children with the skills and competences needed to thrive in this digital age. Through the current Digital Education Action Plan, the Commission is supporting outreach to schools in order to improve online safety, media literacy and digital skills. For example, the Safer Internet for EU campaign reached 30 million Europeans in 2018, and in 2019 the EU Code Week involved 4.2 million people, with 92% of the 72 000 activities taking place in schools. The Commission plans to update the plan, focusing on digital literacy and aiming at equipping young people and adults with the skills they need for life and work in the digital age.

As regards the European Strategy for a Better Internet for Children, the Commission has informally consulted the main stakeholders to assess its relevance and role. These stakeholders include the Safer Internet centres, industry and civil society and Member States. The preliminary feedback is positive. The strategy's four pillars and its holistic approach are still relevant, despite emerging risks such as disinformation, cyberbullying, online hate speech, live streaming of illegal content, and new ways for children to use technology. Any possible update of the strategy will have to be flexible enough to be future-proof as the digital ecosystem continues to evolve, with children and young people among the most ardent and avant-garde users of technology.

Any Commission decision on next steps will take into account the results of the latest big policy map, a study on how the strategy is implemented in Member States, the results of a new European Parliament pilot project supporting cooperation between industry hotlines and Member States' authorities for the swift removal of child sexual abuse material online, and, of course, the work on the new strategy on the rights of the child. What we can already anticipate is that work in this area will continue to keep a fair balance between protection and empowerment measures for children and young people in formal and informal education. I thank you and I look forward to your comments on this.

Ewa Kopacz, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Ponad 90% europejskich nastolatków ma dostęp do internetu w domu i jest to pierwsze pokolenie, które nie pamięta czasów analogowych. Internet jest częścią współczesnego świata dziecka, czy nam, dorosłym się to podoba czy też nie. Dzieci i młodzież coraz rzadziej czerpią rozrywkę i wiedzę z książki, telewizji czy radia. Wszystko, co im potrzebne, jest przecież w telefonie i na tablecie.

Owszem, daje to ogromne możliwości kreatywnego rozwoju dziecka i nabywania cennych zdolności i umiejętności. Internet może stać się narzędziem wyrównywania szans dla dzieci narażonych na wykluczenie czy dzieci z niepełnosprawnościami. Jednak rozwijający się internet i media społecznościowe niosą ze sobą zagrożenia, na które często nasze dzieci i my rodzice nie jesteśmy przygotowani. Obawiam się bowiem, że rodzice i dzieci pozostawieni są często sami sobie z problemami takimi jak mowa nienawiści czy nękanie w mediach społecznościowych. Dotyczy to zarówno dzieci, które są ofiarami takiego zachowania, jak i tych, które się go dopuszczają. Podobnie jest z rosnącym uzależnieniem młodych ludzi od internetu i gier komputerowych.

Jako koordynator Parlamentu Europejskiego do spraw praw dzieci liczę na to, że Komisja w ramach planowanych strategii i zmian w istniejących już w przepisach będzie brać pod uwagę nie tylko punkt widzenia przemysłu internetowego i rodziców, ale także potrzeby i obawy zarówno dzieci, jak i młodzieży.

Miriam Dalli, *fisem il-grupp S&D*. – Fiz-żmien li kont nagħmel programm ġurnalistiku fuq it-televiżjoni flimkien mat-tim tiegħi, konna investigajna s-sigurtà tat-tfal fuq l-internet.

Wahda mill-membri tat-tim għamlet tabirruħha li għandha erbatax-il sena u dahlet online f'grupp pubbliku biex tiċċettja, u f'temp ta' ftit sigħat ikkuntattjawha xejn anqas minn tletin raġel ta' kull età. Hafna minnhom staqsewha biex tiltaqa' magħhom. L-akbar wiehed kellu tmienja u sittin sena. Wara li rrispondiet, tmienja minnhom bagħtulha l-informazzjoni personali tagħhom u fejn għandha tiltaqa' magħhom, u hamsa minnhom tfaċċaw biex jiltaqgħu ma' tfajla ta' erbatax-il sena, imma harbu malli raw il-kameras. Ovvjament harbu għaliex kienu jafu li kienu qegħdin jagħmlu hażin.

Imma qed insemmi dan il-każ għaliex it-tfal tagħna faċilment jistgħu jispicċaw f'dawn in-nasbiet mingħajr ma jirrealizzaw. U llum smajna; it-tfal għandhom inklinazzjoni naturali għall-internet. Imma filwaqt li online huma kapaċi aktar minn daww ikbar minnhom, fir-realtà huma esposti hafna u hafna aktar għal riskji kbar. U naf kemm huwa importanti li nfasslu "policies" u kampanji mas- "service providers" differenti, sew jekk huma kumpaniji tat-telefonija u anki jekk huma kumpaniji diġitali kbar.

L-interess tat-tfal għandu jkun ta' kulhadd; tal-ġenituri tagħhom, tas-settur privat u anki l-gvernijiet u anki tal-Kummissjoni Ewropea, għaliex flimkien biss nistgħu verament naħdmu biex naċċertaw li jkollna internet aktar sigur għat-tfal. Għax bl-istess mod kif irridu lit-tfal tagħna jkunu siguri fit-triq u l-iskola, irridu naċċertaw ruhna li uliedna jkunu siguri online ukoll.

Yana Toom, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, when this debate was announced, I immediately expressed my interest in taking part in it. During the previous legislation, I was the rapporteur on education in the digital era and also shadow on the Audiovisual Media Services Directive (AVMSD). So I went to do my homework. I was disappointed when I found out that the last time the Commission addressed the issue was in 2011, and since then we have just forgotten the approach which was agreed.

Let me give you an example. Ten years ago, we were against the fragmentation of the market, but, two years ago, we adopted the AVMS with the famous moral development of children to be defined by Member States. The good news is that, in 2019, the Commission announced the creation of a new Expert Group on Safer Internet for Children. So we took only eight years to take the first coordinated steps.

Since then, the group has had three meetings, but we're still far from a solution. Why? I believe we have to take into account at least two important things. First, children grow fast and we have to act accordingly. Ten years for a political decision means one generation at school. Second, we cannot solve systematic problems by projects, but this is exactly what we are doing. We have of course adopted some good directives, which we have already mentioned: combating sexual abuse, xenophobia, hate speech, GDPR, and so on, but this is not enough.

What we need is a comprehensive European approach to the digital education of children, not on a project basis but in each and every school, compulsory, with good teachers, a clear curriculum, an agreed set of criteria and assessment system. But what do we have in practice? Some Member States where 60% of schools do not have an internet connection. What digital education can we speak about? I strongly believe that we have to act, but act quickly and invest proper funds, not just in the meetings or working groups, but in the schools. Otherwise eight years later, it will be the same.

Nicolaus Fest, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wenn irgendein Unfug am Horizont auftaucht, eines ist sicher: Die EU ist dabei. Studien, aber auch viele Lehrer bestätigen: Die erhöhte Nutzung des Internets führt erstens zur Senkung der Konzentrationsfähigkeit, zweitens zum Abbau sozialer Kompetenzen, drittens zur Verwandlung dünner Kinder in dicke Couch-Potatoes und viertens zum Verlust der Schreibfähigkeit, da diese Technik nur in jungen Jahren durch beständige Übung im Gehirn verankert werden kann. Wir reden hier noch gar nicht über die inhaltlichen Gefahren des Internets, die den Kindern drohen – sei es Auspähung, Grooming oder die Konfrontation mit Gewalt, Pornografie und Fake News. Die EU sollte daher keineswegs die Nutzung des Internets durch Kinder fördern, denn selbst die angeblich ungefährlichen, zumeist aber unendlich stupiden Spiele führen zu Konzentrationsverlust und nehmen die Zeit für andere schönere, wichtigere Dinge. Die EU sollte sich auch nicht als Erfüllungsgehilfe der Digitalindustrie verstehen, die möglichst früh Zugriff auf immer jüngere Konsumenten haben will. Genauso wie man Kinder vor Alkohol und Pornografie schützt, sollte man sie auch vor solchen Dingen schützen, die sie vor allem verblöden lassen.

Marcel Kolaja, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, safe internet for children is vital indeed. Children should feel safe to go online, they should remain curious to discover, to learn, to innovate. However, having looked at the web page of the Safer Internet Day, I discovered with horror that, during the Safer Internet Day, discussions were focused on how artificial intelligence can be used to identify and remove child sexual abuse material.

We, as legislators, are just about to analyse and address the opportunities and the pitfalls of these technologies. Therefore, it seems to be premature indeed to consider AI a silver bullet to solve all problems. And I am glad that education was mentioned by the Commission representative because I believe that future initiatives from the Commission related to safer internet should focus on education and development of technical skills of kids, which should not mean promoting the use of one specific company's tools but encouraging the use of interoperable solutions and free and open-source software.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, aujourd'hui, 75 % des enfants en Europe utilisent l'internet. L'internet est un merveilleux outil d'ouverture à autrui et au monde, mais c'est cependant un espace de risques. Vous avez raison, Madame la Commissaire, quand vous dites qu'il faut protéger nos enfants, qui encourent des risques particuliers dus à leur âge. Je me réjouis de la lutte contre la cybercriminalité, ainsi que de la lutte contre les contenus violents, contre le *slut shaming* concernant les jeunes filles. Vous avez raison.

Cependant, Madame la Commissaire, dans votre communication, vous regrettez que les jeunes ne fassent que consommer sur l'internet. Vous avez raison, mais j'irai plus loin en parlant de la régulation des contenus publicitaires qui, aujourd'hui, montrent à nos enfants une vision du monde consumériste et particulièrement matérialiste.

Enfin, Madame la Commissaire, dans votre communication, vous appelez à un numérique pour tous. Vous avez en charge l'amélioration des conditions des personnes en situation de handicap et ce soir, pas un mot! Un zéro pointé sur ce sujet. C'est un acte manqué, Madame, vous auriez dû saisir cette opportunité pour nous parler aussi de l'urgence de créer un numérique inclusif.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, επίτροπε Dalli, είμαι σίγουρη ότι ξέρετε ότι οι μισοί από τους νέους 11 έως 16 ετών στην Ευρώπη έχουν εκτεθεί σε κάποιον από τους βασικούς κινδύνους του διαδικτύου: cyber bullying, sexting online, grooming ή fake news. Ως πρέσβειρα για το ασφαλές διαδίκτυο για όλους, πραγματοποιώ στην Ελλάδα εκδηλώσεις ενημέρωσης των μαθητών και τους ζητάω να μας δείξουν πώς προστατεύονται όταν μπαίνουν στο διαδίκτυο. Τα αποτελέσματα είναι θεαματικά, τα παιδιά μας είναι υποψιασμένα. Όμως, χρειάζονται βοήθεια και η βοήθεια πρέπει να έρδει από εμάς και πρέπει να έρδει με την επιστράτευση της τεχνολογίας. Όλες οι μελέτες δείχνουν ότι οι εταιρείες που δραστηριοποιούνται στις εφαρμογές του διαδικτύου, είτε αυτές είναι παιχνίδια είτε αυτές είναι μέσα κοινωνικής δικτύωσης, έχουν την τεχνολογική δυνατότητα να εντοπίσουν προβληματικό υλικό στο διαδίκτυο που απευθύνεται σε παιδιά, να εντοπίσουν παρενοχλήσεις και να τις διακόψουν. Νομίζω πως εκεί πρέπει να εστιάσουμε και εκεί πρέπει να δώσουμε έμφαση όσον αφορά τη χρηματοδότησή τους. Ταυτόχρονα, πρέπει να δώσουμε έμφαση στην ενημέρωση των δασκάλων, των γονέων και —τελικά— των παιδιών. Πρέπει να προστατεύσουμε τους ψηφιακούς πολίτες του αύριο.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per le giovani generazioni l'ambiente online è uno spazio di vita importante. Può anche essere uno spazio di partecipazione e di emancipazione, come dimostrano ad esempio i «Fridays for Future». Tuttavia, dobbiamo creare le condizioni affinché il mondo online sia sicuro per i ragazzi. Alcuni fenomeni sono in aumento: discriminazioni multiple e abusi online, diffusione di materiale pedopornografico, *revenge porn*, estorsioni a sfondo sessuale, cyberbullismo.

Ci troviamo di fronte a pesanti violazioni dei diritti dei minori, che producono traumi gravissimi. Dobbiamo incrementare gli sforzi per la lotta contro questi fenomeni. Possiamo migliorare gli strumenti di prevenzione, alfabetizzazione digitale, educazione all'uso consapevole di Internet, la produzione di contenuti di qualità ai fini dell'intrattenimento. Possiamo rafforzare gli strumenti di individuazione e rimozione del materiale specifico dalla rete e quelli di contrasto attivo.

Nella scorsa legislatura abbiamo presentato, proprio qui a Strasburgo, una proposta di legge che è stata approvata in Italia proprio sul cyberbullismo, che ritengo sia ancora estremamente rilevante. Dobbiamo quindi scambiarsi le migliori pratiche, appunto, e serve una partnership forte fra legislatori, industria e società civile. Serve un focus specifico per la responsabilizzazione di tutti per il contrasto agli abusi. Non possiamo permetterci che sia un'ennesima sfida in cui la realtà rimane un passo avanti al legislatore. Un ambiente online sicuro deve essere per noi una priorità di azione immediata.

Karlo Ressler (PPE). – Madam President, in this digital era it is even more important to preserve the rights and dignity of children and protect them from online abuse. The internet is definitely a powerful tool with enormous opportunities, but it also comes with some risks and only with proper safeguards in place can we ensure children's online safety and protect them from hate speech, misleading advertising or cyber-bullying.

Such safeguards can only be achieved with a wide collaboration of all stakeholders such as policymakers and technology companies. However, parents still have the most important safeguarding role as children continue to turn to their parents for help with online issues. We should therefore ensure a safer online environment where children can safely enhance their education, communication and connections.

Alex Agius Saliba (S&D). – Ghalkemm l-internet joffri diveri opportunitajiet, dan qiegħed ukoll ipogħi quddiemna diversi riskji speċjalment għall-aktar persuni vulnerabbli fis-soċjetà tagħna – b'mod speċjali t-tfal.

Fid-dinja digitali, it-tfal jistgħu jkunu, anzi huma spiss esposti għal materjal illegali, kontenut perikoluż, imġiba bħal cyber-bullying, fastidju sesswali, pornografija tal-minorenni u vjolenza. Illum it-tfal qed jgħixu f'dinja u realtajiet digitali li jilaghbu rwol importanti hafna f'hajjithom, realtajiet bħal dawk illi jirrikrejaw rwiehom, jilaghbu, jirkellmu ma' shab-hom u anki jiehdu formazzjoni edukattiva.

Fil-preżent għandna diġà għodod li jghinu lit-tfal tagħna sabiex jaffrontaw riskji f'realtajiet barra mid-dinja digitali. Izda nistaqsi, għandna l-ghodda meħtieġa, il-protezzjoni, l-għarfien u s-salvagwardji sabiex it-tfal ikunu siguri wkoll fuq bazi online?

Ilkoll kemm ahna għandna responsabilità morali billi nipprovdur dinja digitali aktar sigura għat-tfal tagħna. Irridu għalhekk li l-Kummissjoni, b'mod urgenti, tirrispondi b'mod effiċjenti u effikaċi għal dawn ir-realtajiet digitali sabiex id-dinja online tkun wahda aktar sigura għal uliedna.

Στέλιος Κυμπουρόπουλος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, ήταν η Παγκόσμια Ημέρα Ασφαλούς Διαδικτύου χθες και ως ψυχίατρος ανησυχώ, κυρία επίτροπε. Μόνο στην Ελλάδα, ένα στα πέντε παιδιά έχει πέσει θύμα διαδικτυακής παρενόχλησης, το 61 % έχει μπει σε ακατάλληλο περιεχόμενο και τα παιδιά είναι εκτεθειμένα σε ρητορική μίσους, σε ψυχολογικές επιθέσεις, σε εκβιασμούς και σε οικονομικές απάτες. Τα μισά παιδιά δηλώνουν ότι αυτό τα έβλαψε ψυχολογικά και τα ώθησε σε κοινωνική απομόνωση. Πολλοί γονείς αφήνουν τα παιδιά με το κινητό στο χέρι. Η εξάρτηση των παιδιών τα κάνει ευάλωτα, επιθετικά και τα απομονώνει.

Το διαδίκτυο δεν είναι παιχνίδι. Χρειαζόμαστε σύγχρονη παιδεία που θα οχυρώνει τα παιδιά από αυτούς κινδύνους. Πρέπει να εξαναγκάσουμε τους παρόχους και τις εταιρείες λογισμικού να μας εξασφαλίσουν δωρεάν ή —τουλάχιστον— πολύ φθινό λογισμικό προστασίας των παιδιών. Είναι απαραίτητη η ύπαρξη ενημερωμένων Ευρωπαίων γονέων, που θα μπορούν να καταφύγουν σε μια εύχρηστη και διαθέσιμη ευρωπαϊκή εργαλειοθήκη. Χρειάζεται να γνωστοποιήσουμε τον χρόνο και τον τρόπο της υγιούς χρήσης του διαδικτύου. Πρόκειται για δικοπο μαχαίρι που οφείλουμε να αξιοποιήσουμε και, ταυτόχρονα, να προστατεύσουμε από τις αρνητικές και επικίνδυνες συνέπειές του.

„Catch the eye” eljárás

Victor Negrescu (S&D). – Doamna președintă, vrem să construim un internet sigur pentru copiii noștri. Este nevoie de un parteneriat cu furnizorii de internet, cu creatorii de conținut, cu operatorii de rețele sociale pentru a veni cu un set de bune practici, recomandări și soluții concrete pentru a face internetul un spațiu mai sigur și a evita astfel posibilele incidente.

Un studiu recent realizat în țara mea, în România, arată că unul din trei copii între nouă și șaisprezece ani au fost hărțuiți online și cazurile de cyberbullying semnalate se multiplică, din păcate. Și mai grav, aproape jumătate din cei hărțuiți nu au făcut nimic, crezând că lucrurile se vor rezolva de la sine. Poate de aceea, conform statisticilor, adulții publică uneori pe internet date cu caracter personal despre propriii copii, crezând că mediul online este un spațiu sigur.

Este nevoie, așa cum a spus și reprezentanta Comisiei Europene, să sprijinim educația digitală, să implicăm actorii relevanți la nivel european, național și local, pe părinți, pe tineri, să implicăm școlile, pentru a preveni astfel de situații.

Salut astfel inițiativa Comisiei Europene de a face o astfel de comunicare și reiterez convingerea mea că internetul este un spațiu sigur, dacă noi învățăm să-l folosim într-o manieră corespunzătoare.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Jak pokazują badania, w niektórych krajach już dziesięcioletnie dzieci są niezależne cyfrowo i ten wiek stale się obniża. I pewnie tego trendu nie zatrzymamy, chociaż – jak słyszymy od lekarzy, psychologów i psychiatrów – zbyt częste albo wielogodzinne korzystanie z internetu czy z komputerów zabija więzi społeczne, zabija kontakty między rówieśnikami, co jest bardzo negatywne.

Niemniej ważne jest, abyśmy zrobili wszystko, aby nasze dzieci w świecie wirtualnym, w internecie, były bezpieczne, aby treści były dostosowane do wieku odbiorcy. Niewątpliwie młodzież znajduje ważne i potrzebne informacje w internecie, ale też tam czyha wiele zagrożeń jak hejt, jak pornografia, jak mobbing, jak treści pedofilskie czy znajomości pedofilskie. Dlatego kibicuję takim inicjatywom jak wczorajsza – Dzień Bezpiecznego Internetu, wokół którego organizuje się wiele akcji społecznych, które uświadamiają, jak bezpiecznie korzystać z internetu, jak przeciwdziałać temu wszystkiemu, co stanowi zagrożenie we współczesnym świecie dla naszych dzieci. I kibicuję Komisji Europejskiej, aby podjęła wszystkie działania, aby w tym cyfrowym świecie było jak najmniej zagrożeń.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, áno, internet, u nás na Slovensku sa hovorí, že internet podobne ako oheň je síce dobrý sluha, ale zlý pán. To znamená, my nemôžeme dovoliť, aby internet kompletne ovládol naše deti. My nemôžeme zameniť naše povinnosti vychovávať a venovať sa deťom tým, že im dáme do ruky smartfón alebo tablet. Naozaj, my musíme urobiť všetko preto, aby internet bol bezpečný pre naše deti a musíme zabrániť tomu, aby všetky dáta o našich deťoch sa nedostávali k sieťam obchodníkov, na účely reklamy a nebodaj k sieťam pedofilov. Je to niečo hrozné, pretože naozaj deti sa často stretávajú aj na internete s rôznymi reklamami, ktoré im ponúkajú sexuálny program, alebo dochádza k sexuálnym kontaktom, zneužívaniu a podobne. My musíme urobiť všetko preto, aby sme spolu s rodičmi, so školou, s vládami členských štátov, ale aj my na úrovni Európskej únie pripravili program pre vzdelávanie, pretože internet vzdelávanie nenahradí. Je to iba nástroj. Ale pokiaľ ide o vzdelávanie, musíme sa mu venovať my a naši rodičia a školy.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, o bezpečný internet pro děti musíme usilovat na evropské i národní úrovni. Nechci a nemusím tady popisovat všechny známé nebezpečné, a přesto stále opakované praktiky, sexuální zneužívání, internetové rizikové výzvy.

Paní komisařko, souhlasím s Vámi, že implementace revidované směrnice o audiovizuálních službách je celoevropským nástrojem na zlepšení ochrany dětí a my jako poslanci musíme dohlédnout na implementaci v našich národních legislativách. Nejúčinnějším nástrojem je ale prevence. To znamená, že potřebujeme naučit děti chovat se bezpečně a že potřebujeme vzdělané učitele i rodiče, kteří budou děti dobře vést. Tady Vás chci také, paní komisařko, upozornit na řadu velmi zajímavých a účinných programů, které vyvíjí naše univerzity, např. česká Palackého univerzita v Olomouci, která vyvíjí vzdělávací aplikaci pro učitele a rodiče, kteří tak umí rozeznat a omezit tato rizika. Je třeba je využít.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Doamna președintă, lumea s-a schimbat, asta poate fi un lucru bun, dar copiii sunt cei mai vulnerabili și asta sigur nu este bine și sunt multiple îngrijorări.

În primul rând, legate de conținutul internetului, și aici vorbesc despre pedofilie, despre pornografie infantilă, despre hărțuire și șantaj. În al doilea rând, este vorba de durata folosirii acestui internet, pentru că, din păcate, eu sunt în situația de a trata la Spitalul Clinic de Urgență Nicolae Oblu din Iași tot mai mulți copii cu fenomene de dependență de internet sau cu afecțiuni neurologice complicate sau declanșate de utilizarea abuzivă a internetului. Și, în al treilea rând, lucrurile negative se întâmplă deși există multiple legi în acest domeniu.

Așa că, doamna comisar, vă solicit o abordare integrată, dacă este posibil, legislativă, educațională și tehnologică, pentru ca internetul să devină un loc mai sigur, și chiar vă întreb astăzi care sunt primele trei măsuri pe care le veți lua în acest sens?

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Na utilização da Internet pelas crianças existem riscos de violação de privacidade, de uso comercial, ou instrumental de perfis, riscos para a saúde, de aparição de fenómenos de dependência e relação falseada com a realidade e com a própria identidade.

Outros problemas referem-se aos convites de natureza sexual, aos jogos de azar em linha e burlas comerciais, ao ciberassédio e ao *sexting*, e aos consumos digitais impróprios para a idade, designadamente a publicidade inadequada, a violência, o sexo e outras situações que provocam medo e ansiedade nas crianças.

É necessário garantir que as crianças estejam expostas o menos possível a estes perigos. No entanto, temos de referir as nossas reservas relativamente a possíveis medidas que possam ser implementadas e que não devem impor restrições aos direitos de liberdade de expressão e devem respeitar a privacidade e a proteção de dados.

Também consideramos que este debate não pode ser desligado da importância do serviço público na garantia de um serviço seguro e de acesso universal no combate à exclusão digital.

(„Catch the eye” eljárás vége)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, I thank you all for your contributions and have taken note of all your comments with regard to the measures which will be taken. I have already mentioned these in my speech before you started commenting on the content of the speech. So, the Commission is also glad to see that this subject remains a high priority and is confident that new measures in this field will receive the support of the European Parliament.

At the same time, the Parliament can count on the full support of the European Commission in advancing child online safety. We are strongly committed to promoting EU leadership in child online safety, delivering high standards of protection and stimulating appropriate action from the industry. The children of today will be the drivers of tomorrow's European economy. Equipping them with the relevant digital tools is an investment in the future of Europe.

So, I thank you President and I thank you honourable Members for your contribution to this debate and, as I already said, we have taken note of all your contributions.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Ioan-Rareș Bogdan (PPE), în scris. – Să facem internetul mai sigur pentru copiii noștri rămâne o prioritate, mai ales că ei reprezintă o treime dintre utilizatorii de internet. Comisia urmărește să elaboreze o nouă strategie cuprinzătoare privind drepturile copilului, inclusiv drepturile online. Strategia ar trebui să includă acțiuni pentru protejarea copiilor vulnerabili, protejarea drepturilor lor online, dar și prevenirea și combaterea violenței. Un alt pas va fi consolidarea și modernizarea regulilor aplicabile serviciilor digitale din întreaga UE prin Legea privind serviciile digitale. Comisia vrea să colaboreze cu statele membre pentru a avea o transpunere completă a Directivei revizuite privind serviciile de media audiovizuale, care include o nouă obligație pentru statele membre de a se asigura că platformele de video sharing pun în aplicare măsuri specifice de protecție a minorilor de conținutul dăunător online. Vor exista mecanisme care vor permite utilizatorilor să raporteze, să indice conținutul dăunător, verificarea vârstei sau sistemele de control parental și proceduri transparente ușor de utilizat și eficiente de gestionare a reclamațiilor. Este nevoie să sprijinim educația digitală, să implicăm actorii relevanți la nivel european, național și local, pe părinți, pe tineri, să implicăm școlile, pentru a face internetul un spațiu mai sigur și a evita astfel posibilele incidente.

26. Coronavirus: Gewährleistung der Grundrechte und eine abgestimmte Reaktion der EU (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság nyilatkozata a Koronavírus: az alapvető jogok és egy összehangolt európai válasz biztosításáról szóló vita (2020/2565(RSP)).

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, it is more apparent than ever that our greatest challenges, from the rise of antimicrobial resistance and the spread of communicable disease to the climate crisis, are collective ones. The coronavirus outbreak is clear evidence of this, and it highlights the urgent need for close collaboration and coordination across the EU and beyond.

The European Parliament is a crucial partner in these efforts, and I am glad to have an opportunity to discuss the EU's response with you this evening. The Commission has mobilised its services and agencies, notably the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), and is working on all fronts to support efforts to tackle the outbreak. This includes ongoing coordination with Member States to share information, funding vaccine research and offering support through the EU Civil Protection Mechanism.

I will share some more specific examples of our efforts and some ideas for an improved response, but first I think it is important to salute the commitment of all frontline medical personnel, who are operating in very difficult circumstances. Last week we expressed special condolences for the death of Dr Li Wenliang, who was among the first to warn us about the coronavirus.

A few words on the importance of cross-sectoral coordination at EU and Member State level would be in order here. On 28 January, President von der Leyen triggered the Commission's crisis coordination mechanism. My colleague Commissioner Lenarčič, in his role as the European Emergency Response Coordinator, has convened meetings of the Crisis Coordination Committee with the participation of all relevant services, from health, civil protection, through research to transport, but also development cooperation and communication, to name just a few. He repeatedly emphasised that this challenge requires a joined-up collective effort and using all the tools that we have at our disposal.

Relevant Commission services and the European External Action Service are constantly assessing the situation and deciding on the actions needed for a swift and coordinated response. Consular coordination and cooperation between EU Member States is ongoing in order to address repatriation and other consular needs. Thanks to the EU Civil Protection Mechanism and on the initiative of some Member States, such as France and Germany, hundreds of EU citizens have been repatriated from Hubei province.

Commissioner Kyriakides has been in regular contact with the Ministers of the Member States where cases have been confirmed. Under the cross-border health threat decision, the Commission coordinates with Member States through three key mechanisms: the Early Warning and Response System, the Health Security Committee, and the Communicators' Network. Effective cooperation is key to their success, and I assure you that these mechanisms are active, sharing information and building preparedness and mitigation strategies. At the same time, the Commission has provided EUR 10 million for research on the virus, and the EU-funded PREPARE project has been activated. This will launch clinical trials across a network of 3 000 hospitals and 900 laboratories in 42 countries.

Currently, Member States are implementing a variety of measures at points of entry to the EU. However, we should work with Member States to develop a common position on external borders in line with international recommendations, whilst protecting freedom of movement and the health security of all EU citizens.

We also need to coordinate with key partners like the World Health Organization (WHO). The Commission is planning to mobilise funding to support the WHO's Strategic Preparedness and Response Plan in order to tackle the outbreak, to contain its spread and to foster research and investigation. Capacity reinforcement is especially important in countries with already fragile health systems. Access to personal protective equipment is a critical part of the wider response. The Commission is looking at the needs of Member States in this regard. In parallel, the Commission is reviewing country capacity for quarantine and isolation. Understandably, there are varying levels of capacity across Member States, including around personal protective equipment. Should EU transmission of the virus greatly expand, this may require cross-border solidarity and cooperation.

It is important to contain the outbreak to reduce the risk of it spreading further. In addition to ensuring preparedness in the EU, we need to focus on assisting China. This helps the Chinese, but it also decreases the risk for the rest of the world. The Commission is working closely with China, both at technical and political levels. The EU has already provided 12 tonnes of protective equipment to China. This is a clear sign of our solidarity. We have been in contact with Member States and private companies to identify stocks of protective personal equipment that go beyond EU needs and could be shared with China. Yes, we need to make sure that stocks at national level are sufficient, but we also need to focus on where our support could have the greatest impact by tackling the outbreak at source. We are also looking into setting up a joint working group between EU and Chinese experts on public health aspects of the virus, which regards the potential for indirect consequences of the outbreak. One issue of particular concern is the potential for xenophobia, both online and offline. Discrimination against Asians or persons perceived as Asians or any other race or ethnicity is contrary to EU law. The Commission will not tolerate any racial discrimination in whatever form it takes.

The Commission is in contact with the European Medicines Agency and networks of Member State authorities to assess the situation of the Active Pharmaceutical Ingredients (API) and of finished medicinal products available for the European pharma industry and the European market. So far, the outbreak is not affecting the availability of medicines in Europe, but obviously we will remain vigilant. However, the outbreak highlights the need to examine the domestic production of APIs and finished medicinal products. This is something that we are currently reflecting on, and it will form part of the pharmaceutical strategy to be launched later this year.

The Commission has mobilised all the assets at its disposal in order to meet this challenge inside and outside the European Union. Our success depends on rapid communication, information sharing, political will and close coordination. All of these efforts are underpinned by European solidarity with all EU citizens and with others who are vulnerable to this virus. I look forward to hearing your views.

Esther de Lange, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, on the eve of the meeting of the ministers of health tomorrow, I think it's only fitting and thank the Commissioner that we are discussing this subject tonight. And let's be clear, there's no need for panic in Europe, but people are quite rightly looking towards their national authorities but also towards the EU for answers. I want to, first of all, compliment the European Commission for their coordination efforts. I've seen previous outbreaks that were less coordinated but here, for example, the initiative taken for the coordinated approach about the repatriation of people deserves our compliments.

But I also want to express a warning. Ministers of health tomorrow will be very inclined to underline that health is a national competence, and they will be right, but people at the moment don't want to talk about the Lisbon Treaty, they want to see solutions. And, therefore, for the EPP, we expect a number of things: first of all a capacity check as to the preparedness of all Member States and I honestly get a bit worried when I hear the Commission say we might have to organise solidarity for the protective equipment in Member States where they have less access. No, we need to do that, actually, now. We need this capacity check. We need a common approach on people entering from the region into the EU, a clear communication strategy that avoids conflicting advice, which we've seen between Member States in the past, cooperate the vaccine – you've said enough about that – but also, that's my last point, up-to-date data. How come, officially, we have data saying Africa has zero cases? That either means they have zero cases, which I find highly unlikely given their contact with China, or they just don't check and that would be a worrying thing for a neighbouring continent like the EU. Therefore, we are, as the EU, as strong as our weakest link, and what the ministers need to do tomorrow is to make sure that there are no weak links at all.

Jytte Guteland, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Tack, fru kommissionär, för ditt viktiga inledande på denna debatt.

Med 40 000 bekräftade fall globalt och mer än 1 100 tragiska dödsfall måste vi ta coronaviruset på fullt allvar. Vi ska vara väl medvetna om att antalet fall i Europa inte har varit så stort, men beredskapen är viktig för att hantera och skydda befolkningen.

Världshälsoorganisationens arbete för att förstå utbrottet och virusets verkan är oerhört viktigt, då vi ännu inte riktigt vet hur spridningen går till. Därför är jag glad över att du nämner EU:s insatser när det gäller forskning kring viruset. Det tror jag är väldigt avgörande. Likaså är det arbete som olika expertgrupper gör för att identifiera källan av utbrottet mycket viktigt, för att säkerställa att vi kan förhindra liknande utbrott fram över. Vi vet nämligen inte ännu om vi gör tillräckligt, och det är tyvärr omöjligt att veta det tills vi har bättre kunskap om viruset, dess uppkomst och hur det fungerar.

Jag uppmanar hälsoministrarna i EU:s olika medlemsländer att vara vaksamma och redo att hantera eventuella nya fall samt att sprida all information och hjälpa varandra i detta. Åtgärder för smittskydd är av högsta vikt och måste prioriteras, samtidigt som isolering av personer och karantän m.m. måste ske på ett proportionerligt sätt och inte kränka grundläggande rättigheter. Vi måste också se till att coronaviruset inte bidrar till att misstänkliggöra människor eller leder till att falsk information sprids.

Med allt detta sagt så är det bra att kommissionen är på hugget, att du, fru kommissionär, är här i dag, att du visar att er beredskap är stor och att vi tillsammans ser till att sprida all den kunskap vi har, satsar på forskningsinsatser och ser till att vi har korrekt information för att kunna skydda medborgarna.

Katalin Cseh, on behalf of the Renew Group. – Madam President, there is hardly a day that goes by without new breaking news about the coronavirus, and as we are more connected than ever the world is holding its breath anticipating the outbreak of a truly global pandemic. That's the wrong approach, I think. This global attention has a very clear downside: deliberate misinformation; fake news; misleading reporting about the coronavirus are all around us. In Hungary, two people were detained who were spreading fake news in social media about a disease reaching hundreds of thousands of people according to investigators. That's nonsense. And other internationally wide-spread posts claimed that more than 60% of humanity will get infected in the near future.

Let's face it. Europe has not done much to address this issue of the spreading of fake news and hysteria. There is certainly of course a global crisis unfolding, nobody denies that, but in the face of the crisis, Europe must remain calm and composed. This is why we should not ignore the rising misinformation campaigns that spread fearmongering and mistrust. A coordinated European response must include fact-checking and providing regular and credible information to our citizens. We must never forget that their trust is our most precious asset, and misinformation is sometimes even more contagious than the coronavirus.

Reinhard Bütikofer, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, in this crisis we express our solidarity with the Chinese people and, in particular, with the people of Wuhan. We mourn all the victims and we send our condolences to the families of the deceased.

We declare our high esteem for the service of the Chinese frontline medical workers under the very difficult circumstances and high risks, and I want to hail, in particular, the courage and the sacrifice of Dr Li Wenliang and others.

We welcome the fact that the EU and the Member States have shown first responses in offering support to China. We must continue to provide assistance and cooperation wherever possible. This health crisis is not over. That is why we have to make sure that there is a strong and coordinated effort within the EU and, in particular, between the Member States, and in that regard, I fully support what has been said previously by colleagues.

International cooperation more generally is of paramount importance. This is why I want to explicitly emphasise that Taiwan must be fully included in the WHO-led international efforts.

Lastly, there is a deep concern – and I am grateful to the Commissioner that she mentioned it – about the increasing number of reports of anti-Chinese or anti-Asian xenophobia in some countries, including in the EU, in the context of this crisis. This is completely unacceptable. We want to show solidarity, not allow xenophobia and racism. And in that context, we also have to battle against fake news and fearmongering.

Joanna Kopcińska, w imieniu grupy ECR. – Szanowna Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Biorąc pod uwagę rosnącą pilność i potrzebę kompleksowej strategii w odpowiedzi na ewentualny wzrost zachorowań w Europie, mam kilka pytań, które chciałabym skierować do Komisji. Czy Komisja może przedstawić jakieś uwagi na temat jutrzejszego nadzwyczajnego spotkania ministrów zdrowia Unii Europejskiej? Czy Komisja może wyjaśnić, w jaki sposób ECDC, DG Santo oraz chińskie centrum kontroli i zapobiegania chorobom koordynują ich reakcje na nowy koronawirus? I czy Komisja może podać datę wydania piątej oceny ryzyka Europejskiego Centrum do spraw Zapobiegania i Kontroli Chorób? Co więcej, czy Komisja może wyjaśnić, w jaki sposób Unia Europejska koordynuje działania z innymi państwami trzecimi? W szczególności, czy rozważa środki awaryjne w przypadku rozprzestrzenienia się wirusa w Afryce, co mogłoby spowodować dodatkowe obciążenia w systemach opieki zdrowotnej państw na tamtym obszarze? Dyrektor generalny Światowej Organizacji Zdrowia stwierdził, że szczepionka może nie być dostępna przez ponad 18 miesięcy. Czy taki harmonogram jest zgodny z obecną oceną Komisji?

Miguel Urbán Crespo, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta, el coronavirus es hoy menos mortífero que una gripe normal, pero la alarma social generada es infinitamente mayor. Los estereotipos y el mal manejo de la información están alimentando la discriminación contra personas asiáticas, en una muestra más de xenofobia e intolerancia.

El virus no se combate con racismo, sino garantizando el acceso a sistemas de salud públicos, universales y gratuitos, con unas condiciones de vida dignas. El acceso universal a la salud es un derecho fundamental, y aprovechamos también este debate para reclamar que se reviertan las medidas de austeridad y los recortes de los servicios públicos que han atacado la universalidad y la calidad de la atención sanitaria en muchas partes del mundo, pero también aquí, en Europa.

Es fundamental recordar que en la gestión de este tipo de crisis también se deben respetar estrictamente los derechos humanos. Y, finalmente, exigimos que se adopte un enfoque de tolerancia cero respecto a los ataques racistas contra las personas de origen asiático, porque no hay peor virus que la xenofobia.

Ivan Štefanec (PPE). – Madam President, as we know today, there are already more than 1 000 victims of coronavirus and more than 40 000 infected people. Still today, Taiwan is the only country with confirmed cases that has been excluded from the World Health Organisation (WHO) meetings. This not only creates a serious gap in the global health security system, but it also undermines Taiwanese people's fundamental human right to health.

Taiwan is the most important international hub in the western Pacific, and the disease does not know borders. Taiwan is the fourth country successfully isolating the sample of coronavirus. I'm sure that now is the time to work together and to use all the expertise that we can. I therefore ask you, dear colleagues, to support our common call on all the individuals blocking Taiwan's participation in the World Health Organisation. Taiwan should be included in all WHO activities. We can beat this fearful disease only together with people who want to help.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, Európska únia musí naozaj zabrániť šíreniu nielen koronavírusu, ale aj šíreniu propagandy, ktorá sa šíri okolo tohoto vírusu na internete a na sociálnych médiách. Európska komisia a kompetenčné orgány musia prijať potrebné opatrenia v potrebnom čase.

Ja si myslím, doposiaľ čo sa urobilo je dobré, ale nemôžeme zaspáť, aj keď si myslíme, že prípady rozšírenia koronavírusu sú zatiaľ v Európe izolované. Nemusí tak byť dlho.

My musíme hlavne zdieľať informácie a informácie musíme aj ďalej komunikovať našim občanom. Ide o to, aby naši ľudia vedeli ako predchádzať, ako sa táto, ako sa tento vírus šíri. Ja teraz sa chcem pozastaviť na jednej veci, a to je predchádzanie. Lebo predchádzanie je vždy lepšie ako liečiť, a bohužiaľ napríklad rúška sú nedostatok rúšok na trhu. Len niektoré rúška sú účinné, a treba povedať a treba to komunikovať občanom, že nákaza sa šíri najmä cez ústa, nos ale aj cez ruky a cez pevné materiály, čiže treba o tom informovať ľudí a hlavne deti v škole. Inak pokiaľ ide o rúška, samozrejme najúčinnším je protokol FFP3, takže prosím, aby aj Európska komisia v tomto vyvinula úsilie a dostalo sa to, tieto informácie priamo občanom.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, l'émergence du coronavirus nous confirme le caractère mondial des crises sanitaires. Non, les virus ne s'arrêtent pas aux frontières.

Vous l'avez rappelé, Madame la Commissaire, l'Union européenne a bien joué son rôle de coordination et d'accompagnement des pays membres: recommandations pour les personnels de santé, organisation du rapatriement des ressortissants européens en Chine, financement de la recherche à hauteur de 10 millions d'euros pour trouver de nouveaux médicaments et de nouveaux vaccins.

Nous avons entendu ces derniers jours des propos très critiques sur le gouvernement chinois. Le moment n'est pas à donner des leçons, ni à instrumentaliser une crise de santé publique pour en faire un sujet politique. Le moment est celui de la solidarité vis-à-vis des populations chinoises et de leurs médecins qui se battent à leurs côtés. Le moment est aussi celui de la main tendue vers les pays, et je pense à l'Afrique, où le système sanitaire est fragile et ne permettra pas de contenir une épidémie.

Petra De Sutter (Verts/ALE). – Madam President, no single country or organisation can stop this coronavirus outbreak alone. The EU should closely collaborate with Member States, the WHO, the Chinese Government and other international partners, including Taiwan. The international community should support all efforts to end this outbreak, but human rights should not be a casualty of the coronavirus.

Several international rights groups have signalled that the Chinese Government has been withholding information, suppressing freedom of expression and denying access to food and medicines. On the other hand, elsewhere in the world there is an increase in anti-Chinese or anti-Asian xenophobia and discrimination. International law is very clear that during a time of public health emergency, any restrictions on human rights should be based on legality, necessity, proportionality and grounded in evidence. I count on the EU to protect our health and to protect human rights, within the EU and elsewhere.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin! Auch ich möchte den Betroffenen mein Mitgefühl ausdrücken, vor allen Dingen mein Beileid den Angehörigen der Todesopfer. Auch ich unterstütze, was die Kommissarin gesagt hat – dass wir in Europa zusammenarbeiten müssen. Aber wenn wir den Titel der Debatte „Menschenrechte“ sehen, dann müssen wir doch noch einmal deutlich unterstreichen, dass hier eine krasse Verletzung der Meinungsfreiheit zu einer Verschärfung der Krise geführt hat und dass wir außerdem ein großes Problem haben: dass ein Teil der Weltgemeinschaft, nämlich Taiwan, ausgeschlossen ist von den Koordinierungsmaßnahmen – aus ideologischen Gründen. Ich denke, das sollte eine wichtige Botschaft sein: Ideologie darf nicht über Gesundheit stehen. Das muss jetzt auch in China deutlich werden.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman, fru kommissionär! Detta är en viktig debatt. Coronaviruset skapar oro i världen. Antalet smittade och döda har ökat kraftigt bara de senaste dygnet. Det är därför av största vikt att vi, kommissionen och medlemsstaterna hela tiden ger våra medborgare korrekt information om viruset och dess risker. Kunskap och forskning är helt avgörande.

Självklart ska vi också verka för att karantän och isolering för personer med symptom används på ett proportionerligt sätt, så att det inte bryter mot de grundläggande mänskliga rättigheterna. Vi ska fördöma det ökade antalet rasistiska attacker mot personer med asiatiskt utseende.

Vi måste nu rikta alla åtgärder och insatser på att hindra spridningen såväl i medlemsstaterna som inom EU och globalt. Jag vill tacka kommissionär Dalli för en mycket tydlig ansvarsbeskrivning när det gäller EU:s ansvar i detta arbete.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, si la liberté de parole avait été respectée à Wuhan, le coronavirus aurait éventuellement eu une chance d'être contenu.

Li Wenliang, c'est le nom du docteur qui avait prévenu, déjà en décembre, des risques de ce virus. Or, ce qui s'est passé, c'est que ce médecin s'est vu convoqué par les autorités, s'est vu obligé de garder le secret, et s'est même vu obligé de déclarer qu'il avait porté atteinte à l'ordre public et fait de fausses déclarations. Si les autorités avaient mis la même énergie à contrôler d'un point de vue scientifique les affirmations du médecin, aujourd'hui nous n'en serions probablement pas là. La transparence, qui plus est en matière de santé, doit prévaloir, tout comme le bon sens. Permettons à Taïwan, touché par le coronavirus, de participer à l'OMS.

Li Wenliang lui-même, atteint par le coronavirus, vient de décéder, la semaine dernière. Il est devenu un héros pour les internautes chinois qui relient son nom à un appel à la liberté d'expression. Des images réalisées autour du coronavirus sont effacées de l'internet. Des gens sont menacés et se retrouvent en prison pour les avoir rendues publiques. La vérité a été cachée au monde. Il y a eu des impacts dramatiques. Tout cela est inacceptable et nous nous devons de le pointer du doigt pour le prévenir à l'avenir.

Je tiens aussi à remercier profondément tout le personnel médical et scientifique qui travaille sans relâche.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement).)

Véronique Trillet-Lenoir (Renew), question «carton bleu». – Madame Wiseler-Lima – en français pour ma collègue française –, je voudrais simplement savoir si vous avez lu un ouvrage intitulé *La Peste*, d'Albert Camus.

Isabel Wiseler-Lima (PPE), réponse «carton bleu». – Oui, absolument, Madame Trillet-Lenoir.

à la fin de ce livre, une phrase dit que «le bacille de la peste ne meurt jamais» et qu'il faut être très vigilant. Camus faisait référence au fait que la liberté est quelque chose qu'il faut absolument sauvegarder. Il faisait référence à la peste brune, au nazisme, et au fait que nous devons toujours rester vigilants et que les libertés fondamentales sont des libertés que nous devons toujours, toujours, préserver.

Merci beaucoup, je suis vraiment contente que vous ayez mentionné *La Peste*.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, la propia China reconoce que hay dificultades y fallos en su respuesta y, por la falta de transparencia de China, sigue la incertidumbre sobre la extensión del brote. Tampoco tenemos información de África. Por lo tanto, se trata de una emergencia de salud pública que está poniendo a prueba a las naciones —la resistencia de las naciones—, las instituciones públicas, privadas, centros de trabajo, escuelas, eventos económicos importantes —como, por ejemplo, el Mobile World Congress de Barcelona, que esta tarde ha sido cancelado por el coronavirus—.

Los ciudadanos de la Unión nos piden acciones concretas y soluciones europeas. Por tanto, exigimos una única línea de respuesta, coordinada y armonizada con la OMS y con todos los Estados miembros. Necesitamos una estrategia de comunicación conjunta e inmediata que dé tranquilidad y seguridad a todos los europeos, porque solo así combatiremos la desinformación, las *fakes news*, los estigmas que solo provocan alarmas.

Yo misma, como ciudadana europea, echo de menos en centros públicos información de cómo podemos prevenir el coronavirus. Por tanto, en el Partido Popular hemos tomado la iniciativa con medidas concretas. La primera, una estrategia de comunicación clara que inspire confianza; cooperar en la investigación de vacunas; disponer de *big data*, para lo que hemos propuesto un cuestionario para los pasajeros que entren en territorio europeo; y, sobre todo, cooperar con el resto del mundo. Y, por tanto, mañana, exigimos a los ministros de Sanidad y a la comisaria que den una respuesta unida y efectiva a la... (la presidenta retira la palabra a la oradora).

Antonio Tajani (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la posizione del Partito popolare europeo è molto chiara. Noi sosteniamo l'azione della Commissione europea, ma chiediamo alla Commissione europea, fin da domani mattina, di fare in modo che ci sia una risposta coordinata da parte di tutti gli Stati membri dell'Unione europea.

Uniti con le stesse misure si può affrontare un'emergenza che ha drammaticamente colpito la Cina e che non vogliamo che colpisca l'Europa. Ecco perché serve unità, servono misure. Noi abbiamo proposto quella di un questionario che permetta di sapere se coloro che arrivano in Europa hanno trascorso giornate in Cina nelle regioni a più alto contagio. È una proposta concreta che abbiamo fatto alla Commissione. Dobbiamo andare avanti e se vogliamo evitare il panico dobbiamo agire rapidamente e concretamente.

Ultima cosa: la Cina non ha fatto tutto ciò che doveva e continua a fare non ciò che deve. Sono mancate informazioni, si è iniziato in ritardo. I cinesi sono le prime vittime di un sistema che sta facendo come ha fatto l'Unione Sovietica con la vicenda di Cernobyl. Nascondere le tragedie significa creare danni enormi ai propri cittadini. I cinesi sono le prime vittime del regime comunista cinese.

„Catch the eye” eljárás

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Doamna președintă, la ora când facem această dezbatere, numărul cazurilor a crescut peste o mie de ori față de prima lună și sunt 1 118 decese. Nicio țară nu se poate lupta singură cu un astfel de fenomen, iar, din acest punct de vedere, eu cred că dreptul la sănătate este un drept fundamental pe care trebuie să-l apărăm cu toții, dincolo de orice culoare politică.

Am fost primul care a cerut în plenul Parlamentului European un plan european integrat de acțiune și mă bucur că o parte dintre aceste măsuri au fost luate, acest sistem de alertă rapidă, activarea mecanismului european de protecție civilă.

Dar să știți că, atunci când ne aflăm într-o astfel de situație, ar trebui să ne pregătim și de intervenție. Vorbim de țări europene care au sisteme de sănătate inegale, nu avem încă un standard european de calitate în sănătate, iar, în fața unui astfel de fenomen care poate să creeze mari probleme, ar trebui să avem o atitudine unitară.

Și sper, doamna comisar, ca mâine dimineață să stabiliți acel mod de integrare a sistemului de reacție pe sănătate, chiar dacă este vorba, și poate va fi nevoie, măcar să ne pregătim ca acel corp medical european să intervină. Și, așa cum m-am oferit voluntar când a fost vorba de epidemia de Ebola, eu fiind medic, medic de urgență în Iași, în România, mă ofer voluntar și dacă este nevoie să se intervină într-o astfel de situație. Vă felicit pentru măsurile luate și cred că lucrurile bune trebuie să continue.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, in Ireland, we have over 2 000 excess winter deaths as a result of fuel poverty and a bad health service, from a population of 4.5 million. This virus has led to the deaths of over a thousand, and while I regret every one of those deaths, we have to maintain a sense of perspective and we have to, as the Commissioner said, let this matter be dealt with by science and in calm, emphasising research, clinical trials, containment and close collaboration.

I have to salute the efforts of the Chinese, who have done their very best to contain this virus in difficult circumstances, and I think all Member States have to reciprocate and redouble their efforts. The Commissioner said Member States have introduced a variety of measures at entry points to the EU. I have to say my own country, Ireland, has been poor in that regard, but I do welcome your points to help China. I think that's really important and to ward against the discrimination that surrounds this issue.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, děkuji za Vaši zprávu a souhlasím s mnoha předřecnými. Myslím si, že je potřeba rychlá informovanost a spolupráce.

O to více je pro mě nepochopitelné, že Čína, která volá po solidaritě a pomoci, tak odmítla pomoc Tchaj-wanu, který nabídl zdravotnické prostředky a pomoc s léčbou. Tchaj-wan je země, která má jeden z nejrozvinutějších zdravotnických systémů. Já souhlasím s kolegy, že musíme prosadit, aby Tchaj-wan měl své zastoupení v orgánech Světové zdravotnické organizace.

Myslím si, že zdraví má přednost před politikou, a proto chci, paní komisařko, abyste ověřila tuto zprávu, zda je to pravda, že Čína opravdu odmítla tuto pomoc. Chci říci, že my se nebráníme solidaritě, naopak. I v ČR se zvedla vlna solidarity a obyčejní lidé posílají finanční prostředky i materiální pomoc Číně. Zdraví má přednost před politikou.

Jan Zahradil (ECR). – Madam President, it was really good to hear that the EU is ready and willing to tackle this dangerous outbreak in cooperation with Member States, of course, and also that the EU is already working with China to help and assist in fighting that. Let me remind you that the EU and China have been strategic partners since 2003. We have already seen some impact on the global economy and growth because of uncertainty, and because China is too important a global player. So if it is internally hit by the disease, it will also have global consequences.

If the EU wants to be a global player and it wants to show global responsibility, it's time to revive that strategic partnership, like Mr Bütikofer rightly pointed out, to better include China within the World Health Organisation (WHO) framework. It should also fight the general anti-Chinese or anti-Asian moods that have been spreading throughout Europe in the last month at least, because they are very dangerous.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, in 2009 the swine flu broke out in the US. It spread to 100 countries and over 10 000 died from it. This year alone in the US, 19 million people got the flu; 10 000 have died, 180 000 have been hospitalised. I actually find it amusing that the manner in which people have used this to try and undermine the Chinese State is a bit scary. If the Chinese have a problem with coronavirus, do you not think that they need our solidarity and our help and our cooperation? They don't need us to panic, they don't need us to kick them around the place because they have a problem. They built a hospital in 10 days. We wouldn't even get the paperwork done in six months because there are so many people wanting a piece of the pie.

The fact that they're not a neoliberal state – they've actually been better fitted than most to actually deal with the crisis. We should be applauding them, and in fairness to the Commission here, they've actually been pretty positive about the Chinese reaction; the WHO have been pretty positive about it – but do you know what? For people in Europe to throw stones at them and to use human rights issues and whatever to actually undermine the Chinese position is pretty sickening. Do you know what? We've a lot to learn from the Chinese.

(„Catch the eye” eljárás vége)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, I thank you and the honourable Members for an informed and valuable discussion. I have taken note of all of your comments. But, regarding Taiwan vis-à-vis the WHO, we promote practical solutions without formal involvement regarding Taiwan's participation in international frameworks when this is consistent with the One-China policy. With regards to Chinese services, we are in daily contact and we have no reason to doubt the information which they give us.

I also want to put your minds at rest that we are in contact with the African authorities, and that the EU has a cooperation agreement with the Chinese Centre for Disease Control. We are making sure that we are prepared, and therefore no panic, but vigilance.

I appreciate the fact that we share a common objective on this issue to ensure an effective, coherent EU-level response to the coronavirus outbreak. We are working closely with Member States and doing all that we can to ensure that we succeed. However, success also depends on coordination with, and active participation from, all key stakeholders, including the European Parliament. It also depends on political will, which has been demonstrated here today.

The EU Council Presidency, as we have already said, has organised an Extraordinary Health Council, which will be taking place tomorrow. This will provide another important opportunity to enhance our coordination.

Success also requires alignment of preparedness and response measures, including at the EU's external borders. This would support China's efforts to contain the virus and mitigate any further transmission within and into the EU, as well as assisting third countries with weak health systems. In fact, this should be our ultimate goal: to support China and the international response whilst protecting European citizens, and it is possible. We will continue to monitor the situation very closely and take the necessary actions, and we will keep the European Parliament abreast of all the developments.

Elnök asszony. – A vitát berekesztik.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Manuel Pizarro (S&D), por escrito. – A ameaça global do coronavírus constitui um teste à eficácia da cooperação interna da UE a nível da saúde. Mas essa cooperação não será suficiente se não for articulada, ao nível da OMS, com todos os países da comunidade internacional afetados, com vista a conter e, a prazo, vencer a epidemia.

Nesse sentido, a UE deve diligenciar para que Taiwan, onde vivem 23 milhões de pessoas, não continue a ser o único país com casos confirmados de coronavírus excluído das reuniões técnicas da OMS, como tem acontecido desde o início do surto. Essa exclusão é não só inexplicável como irresponsável. No passado, Taiwan pôde participar em reuniões da OMS com o estatuto de observador. A exclusão deste país das reuniões relacionadas com a resposta ao coronavírus é, por isso, ainda mais incompreensível. A inclusão de Taiwan nesses convénios, bem como na 73^a Assembleia da OMS a ter lugar proximamente, deve ser objeto de *démarches* por parte das autoridades europeias. Para além disso, há ainda que averiguar os relatos de discriminação contra asiáticos no espaço europeu no contexto desta epidemia, inadmissíveis à luz dos valores da União.

27. Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung: siehe Protokoll

28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

29. Schluss der Sitzung

(Az ülést 22.56-kor rekesztik be.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4417

12.7.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. FEBRUAR 2020

(C/2024/4417)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2019-2020

Sitzungen vom 10. bis 13. Februar 2020

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	3
3. Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ – die wichtige Rolle von Landwirten und des ländlichen Raums (Aussprache)	3
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	25
4.1. Republik Guinea, insbesondere die Gewalt gegen Protestierende	25
4.2. Kinderarbeit in den Minen von Madagaskar	31
5. Wiederaufnahme der Sitzung	38
6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	38
7. Abstimmungsstunde	38
7.1. Republik Guinea, insbesondere die Gewalt gegen Protestierende (RC-B9-0104/2020, B9-0104/2020, B9-0106/2020, B9-0108/2020, B9-0110/2020, B9-0111/2020, B9-0113/2020) (Abstimmung)	39
7.2. Kinderarbeit in den Minen von Madagaskar (B9-0101/2020, RC-B9-0102/2020, B9-0102/2020, B9-0103/2020, B9-0105/2020, B9-0107/2020, B9-0109/2020, B9-0112/2020) (Abstimmung)	39
7.3. System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (A9-0022/2019 - Roberta Metsola) (Abstimmung)	39

Inhalt	Seite
7.4. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (B9-0093/2020, B9-0095/2020) (Abstimmung)	39
8. Erklärungen zur Abstimmung	39
8.1. System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (A9-0022/2019 - Roberta Metsola)	39
8.2. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (B9-0093/2020, B9-0095/2020)	40
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	41
10. Wiederaufnahme der Sitzung	41
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	41
12. Straßenverkehrssicherheit (Aussprache)	41
13. Petitionen: siehe Protokoll	50
14. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	50
15. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	50
16. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll ...	50
17. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	50
18. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll	50
19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	50
20. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	50
21. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	50
22. Schluss der Sitzung	50
23. Unterbrechung der Sitzungsperiode	50

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. FEBRUAR 2020

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

3. Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ – die wichtige Rolle von Landwirten und des ländlichen Raums (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ – die wichtige Rolle von Landwirten und des ländlichen Raums von Norbert Lins im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (O-000013/2020 – B9-0009/2020) (2020/2542(RSP)).

Sie wissen, dass Sie Ihre spontanen Wortmeldungen und auch Ihre Zwischenfragen weiterhin sowohl mit der Karte als auch elektronisch hier bei uns einreichen können.

Norbert Lins, Verfasser. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Landwirtschaft ist Leidenschaft. Landwirtschaft ist nicht einfach ein Beruf wie jeder andere, bei dem man seinen Job tut, seiner Arbeit nachgeht und einfach ein bisschen Geld nach Hause bringen will, um die Familie zu ernähren. Nein – Landwirte haben eine Mission: Sie wollen die besten hochwertigen, nachhaltigen Lebensmittel produzieren, und das tun sie heute schon. Sie wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher mit den besten Lebensmitteln ausstatten, und sie wollen ihren eigenen Hof weiterentwickeln und sie wollen ihn so weiterentwickeln, dass sie ihn auch einmal an die nächste Generation weitergeben können. Oftmals haben wir Geschichten von Generationen, teilweise Jahrhunderten, wo Menschen auf den gleichen Höfen die gleiche Fläche über Generationen bewirtschaften.

Ich darf Ihnen einfach mal anhand meiner eigenen Geschichte zum Ausdruck bringen, welche Leidenschaft dahintersteht. Ich bin jetzt 42 und ich habe schon über 30 Arbeitsjahre hinter mir, und vor allem deswegen, weil ich auf meinem eigenen Betrieb bei meinen Eltern mitgearbeitet habe, von jungen Jahren an: die Kälber gefüttert, die Kühe gemolken, die Mistgabel in die Hand genommen – einfach dabei geholfen, dass dieser Hof eine Zukunft hat, dass dieser Hof es weiter möglich macht, die besten Lebensmittel zu erzeugen. Ich sage Ihnen, es war manchmal schwer, wenn die anderen im Sommer ins Schwimmbad gegangen sind und ich auf den Traktor musste, helfen musste, die Ernte einzufahren. Aber ich sage Ihnen auch, es war nicht nur deswegen möglich, weil Leidenschaft da war, sondern auch, weil Anerkennung da war, weil Wertschätzung da war, weil ich gemerkt habe, da ist Respekt im Dorf wegen dem, was wir leisten, was unser Betrieb leisten kann.

Und genau dieser Respekt, die Anerkennung, die Wertschätzung – die fehlen zunehmend. Wir müssen aufpassen bei unseren politischen Debatten, die wir über die Landwirtschaft führen, dass wir die Landwirte nicht an den Pranger stellen, nicht von Umweltverschmutzern, von Klimakillern, von Giftmischern reden, sondern dass wir mit ihnen ins Gespräch kommen, dass wir ihnen sagen: Jawohl, Ihr macht einen tollen Job, aber wir müssen noch besser werden. Und dass wir sie in die Lage versetzen, besser zu werden, dass wir nicht in den nächsten Monaten eine Verbotsorgie starten, dass wir nicht in den nächsten Monaten eine Auflagenorgie starten, sondern dass wir Anreize für mehr Klimaschutz setzen: dass wir zum Beispiel die Landwirte in die Lage versetzen, dass sie Humus aufbauen können für mehr

Klimaschutz; dass wir sie in die Lage versetzen, weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen – aber mit Anreizen, mit den richtigen Maßnahmen, und nicht mit Verboten. Dass wir in die Diskussion darüber einsteigen – wenn wir in Europa schon die höchsten Umweltauflagen haben –, wie wir unsere Landwirte über die Europäische Union hinaus schützen. Auch diese Frage muss man stellen. Wie schaffen wir es, Herr Kommissar, dass die anderen uns folgen auf der Welt? Also dass wir zum Beispiel die Handelsabkommen weiterentwickeln, von Produktstandards zu Produktionsstandards, auch das ist eine Frage, die ins Zentrum muss.

Es muss noch eine weitere Frage ins Zentrum dieser landwirtschaftlichen Debatte und dieser Debatte um die *Farm-to-Fork*-Strategie: Es muss auch um den Verbraucher gehen. Wenn wir diesen Transformationsprozess gestalten wollen, dann brauchen wir nichts weniger als eine Verbraucherwende. Wenn in meinem Land 72 % der Verbraucherinnen und Verbraucher sagen: Ja, ich bin bereit, für mehr Tierwohl, für mehr Umweltschutz, für mehr Klimaschutz mehr Geld auf den Tisch zu legen – 72 %!, – aber an der Ladentheke nur 16 % tatsächlich bereit sind, mehr zu bezahlen, dann ist was falsch. Also, das eine ist die Politik, auch auf der europäischen Ebene, das andere ist aber auch die Verbraucherin und der Verbraucher in Europa – auch die müssen bereit sein, da mehr zu bezahlen.

Nehmen wir die Landwirte mit. Ich habe am letzten Wochenende fünf Bauernversammlungen gehabt – ich darf Ihnen sagen, Herr Kommissar, es sind große Sorgen da, dass die Landwirte in die Ecke gestellt werden, und wir müssen das Gegenteil organisieren, sie mitnehmen in dieser Debatte, sagen: „Ihr seid nicht Teil des Problems, Ihr seid Teil der Lösung.“ Deswegen ist es richtig, dass diese Debatte heute im Zentrum dieses Hauses stattfindet, zur Primetime; dass wir die Landwirtschaft genau dahin holen, wo sie hingehört – ins Zentrum der Debatte –, jetzt bevor die *Farm-to-Fork*-Strategie veröffentlicht wird.

Janusz Wojciechowski, członek Komisji. – Pani Przewodnicząca! Dziękuję panu przewodniczącemu Linsowi i posłom z komisji rolnictwa za zorganizowanie tej bardzo ważnej i potrzebnej debaty, na którą w szczególności oczekują nasi rolnicy.

Strategia „od pola do stołu” nie została jeszcze przyjęta przez Komisję Europejską. Trwają prace i pod koniec marca ma być komunikat. Jednak główne założenia tej strategii zostały już wskazane w komunikacie dotyczącym Europejskiego Zielonego Ładu. Jest to ambitny plan wprowadzenia systemu zrównoważonej produkcji żywności, a europejscy rolnicy mają w tym planie do odegrania rolę kluczową. Plany strategiczne będą musiały odzwierciedlać bardziej ambitne cele obejmujące znaczne ograniczenie stosowania pestycydów chemicznych, jak również nawozów i antybiotyków. Ma nastąpić rozwój rolnictwa ekologicznego i rolnictwa precyzyjnego. Mają być wprowadzone surowsze standardy w zakresie dobrostanu zwierząt. Ma się poprawić jakość gleby, wody i powietrza.

Europejscy rolnicy mają więc przed sobą wielkie wyzwanie: produkowania żywności w sposób zrównoważony, z korzyścią dla środowiska, klimatu i zdrowia ludzi. To wyzwanie ambitne, ale też kosztowne. Rolnicy nie mogą pozostać z tym wyzwaniem sami. Unia Europejska musi im w tym pomóc, my wszyscy musimy im w tym pomóc.

Niespełna 10 milionów rolników europejskich zapewnia bezpieczeństwo żywnościowe dla do niedawna ponad 500 milionów, teraz już 450 milionów naszych obywateli. Powinniśmy im za to dziękować każdego dnia. Dziękować za to, że są, że chcą jeszcze pracować w swoich gospodarstwach, że chcą się zajmować ziemią i zwierzętami. Tych, którzy chcą to robić, jest coraz mniej. Mamy w Unii Europejskiej wielki problem gospodarstw bez następców i depopulacji obszarów wiejskich.

Bezpieczeństwo żywnościowe jest równie ważne jak bezpieczeństwo obronne czy energetyczne. Aby zapewnić bezpieczeństwo żywnościowe, musimy dbać o naszych rolników i tworzyć dla nich godne warunki życia. To zadanie dla wspólnej polityki rolnej, ale także dla innych obszarów polityki unijnej.

Bardzo dziękuję Państwu Posłom za kluczowe pytania postawione w tej debacie. W jaki sposób Komisja zadba, by ludzie mieszkający na wsi, w tym rolnicy, ale też przetwórcy, pozostali najważniejsi, a przyszłe wyzwania zostały uwzględnione? W jaki sposób Komisja zapewni konkurencyjność producentów unijnych oraz zagwarantuje godziwy dochód dla rolników w kontekście dodatkowych wymagań wynikających z nowych i zmienionych strategii politycznych? Takie pytania zadają też sami rolnicy. Miałem ostatnio okazję do wielu spotkań z rolnikami w różnych krajach Unii: w Chorwacji, w Niemczech, w Austrii, w Polsce. Wybieram się teraz na spotkania z rolnikami we Francji, a potem do kolejnych krajów. Spotykam się też z przedstawicielami wielu organizacji rolniczych z Europy.

Rolnicy zdają sobie sprawę z konieczności przejścia na zrównoważony sposób produkcji żywności. Jeśli obecnie część produkcji rolniczej nie spełnia warunków zrównoważenia, jeśli mamy do czynienia np. z koncentracją i intensyfikacją hodowli, to nie dlatego, że rolnicy tak chcieli, ale dlatego że okoliczności ekonomiczne ich do tego zmusiły. Po prostu by się utrzymać ze swoich gospodarstw, rolnicy musieli powiększać skalę i intensywność produkcji. Teraz natomiast musimy pomóc rolnikom to zmienić, aby rolnictwo znów stało się rolnictwem, a nie zamieniało się w przemysł.

Celów Europejskiego Zielonego Ładu i strategii „od pola do stołu” nie osiągniemy przymusem wobec rolników (w pełni się zgadzam z tym, co powiedział pan przewodniczący Lins). Możemy te cele osiągnąć jedynie przez rozsądną pomoc. Ta pomoc to przede wszystkim odpowiedni budżet wspólnej polityki rolnej, odpowiedni do wyzwań, jakie przed naszym rolnictwem stoją. Budżet silny i sprawiedliwie dzielony. Bardzo się cieszę, że świadomość potrzeby takiego budżetu istnieje nie tylko w Komisji i w Parlamencie Europejskim, ale również w państwach członkowskich.

Bardzo mnie ucieszyła wspólna deklaracja trzech ministrów rolnictwa: pani Klöckner z Niemiec, pana Glavany’ego z Francji, pana Planasa z Hiszpanii. W tej deklaracji ministrowie opowiadają się stanowczo za potrzebą wzmocnienia budżetu wspólnej polityki rolnej. 27 stycznia na posiedzeniu Rady podobny pogląd wyraziła większość ministrów z pozostałych państw członkowskich, którzy również opowiadają się za potrzebą wzmocnienia budżetu wspólnej polityki rolnej. I ja też się za tym opowiadam. Potrzebujemy silnego, sprawiedliwego budżetu wspólnej polityki rolnej.

Ambitne wyzwania, jakie niesie Europejski Zielony Ład i strategia „od pola do stołu” muszą mieć zabezpieczenie finansowe. Muszą być odpowiednie środki na ekoprogramy w pierwszym filarze. Dotyczy to zwłaszcza państw, które mają niski poziom dopłat bezpośrednich i dążą do ich wyrównania. Muszą być odpowiednie środki na działania na rzecz środowiska, klimatu i dobrostanu zwierząt w drugim filarze. Tych z kolei potrzebują państwa mające niższe fundusze rozwoju obszarów wiejskich.

Będziemy zachęcać rolników do stosowania zrównoważonych praktyk uprawy ziemi, zrównoważonych praktyk hodowlanych, by na przykład ograniczali intensywność hodowli, by dobrowolnie wprowadzali wyższe standardy dobrostanu zwierząt, ale musimy mieć na to odpowiednie środki budżetowe. Moim obowiązkiem jest o tym mówić, zwłaszcza teraz, gdy zbliża się czas ważnych decyzji politycznych dotyczących wieloletnich ram finansowych.

Ta sprawa ma też wymiar godnościowy. Cele Europejskiego Zielonego Ładu i strategii „od pola do stołu” zrealizujemy tylko wtedy, gdy rolników potraktujemy godnie. Nie jako problem, z którym trzeba się uporać, ale jako partnerów w realizacji ważnych społecznie zadań. Jestem pewien, że uzyskamy pełne poparcie i zaangażowanie rolników w realizację historycznych wyzwań, jakie przed nami stoją.

Szanowni Państwo! Rolnictwo europejskie musi być zrównoważone, przyjazne dla środowiska, klimatu i dobrostanu zwierząt, ale żeby to osiągnąć, polityka rolna musi być przyjazna dla rolników, musi być ambitna i sprawiedliwa.

Herbert Dorfmann, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geschätzter Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass wir diese Aussprache heute haben; wir mussten ja auch darum kämpfen. Es ist nämlich so, habe ich den Eindruck, dass manche glauben, dass man diese *Farm-to-Fork*-Strategie entweder an den Bauern vorbei oder vielleicht sogar gegen die Bauern entwickeln könnte. Ich meine, wir sind sehr froh, dass Sie heute hier sind, Herr Kommissar, aber dass der *Executive Vice-President* Frans Timmermans heute nicht hier ist, zeigt halt auch, dass dieses Denken durchaus in der Kommission auch da ist. Ich wage mal eine Prognose: Wenn wir die Bauern in diese Debatte nicht aktiv einbinden, dann wird diese Strategie gegen die Wand fahren. Gegen die Wand fahren – das wage ich zu behaupten.

Und ich glaube, derzeit ist es halt so, dass die Bauern scheinbar für alles verantwortlich sind: für den Verlust der Biodiversität, für den Klimawandel, für den zu hohen Einsatz von Chemie, für den zu hohen Einsatz von Antibiotika. Die Realität vor Ort ist ja eine vollkommen andere. Die allermeisten Bäuerinnen und Bauern müssen schauen, dass sie ihren Betrieb weiter bekommen, wirtschaftlich weiter bekommen, dass sie Nachfolger finden, und sie denken meistens viel nachhaltiger als viele, viele andere Akteure in unseren Wirtschaftskreisläufen. Sie produzieren Lebensmittel; und die Konsumenten behaupten dauernd, dass sie die Dinge noch besser wollen, noch gesünder wollen, noch nachhaltiger wollen, und sobald sie dann in den Supermarkt gehen, sind sie auf der Suche nach dem Angebot, wo sie eines bezahlen und drei mitnehmen können. Das funktioniert halt in dieser Form nicht.

Man kann natürlich vieles verbessern. Ich bin auch überzeugt, dass die Strategie einen Sinn hat. Man kann über Pflanzenschutz nachdenken, man muss über Düngung nachdenken, aber man muss das mit einer Hoffnung auf Fortschritt tun, mit einer Hoffnung auf Innovation und Forschung, auf mehr Wissen. Denn nur so werden wir letztendlich diese Herausforderungen meistern.

Ich glaube insgesamt, dass wir eine Allianz brauchen: Wir brauchen eine Allianz mit den Bauern, wir müssen die Bauern mitnehmen. Meine Fraktion steht für diesen Weg, wir wollen diese Strategie gemeinsam mit den Bauern gehen. Dann wird sie auch erfolgreich sein.

Paolo De Castro, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, senza la partecipazione convinta dei nostri agricoltori, qualsiasi prospettiva di mitigazione dei cambiamenti climatici diventa irrealizzabile.

Per questo oggi è necessario un approccio fortemente comune nel definire la futura politica agricola, che deve rimanere europea. E questo Parlamento, caro Commissario, non può perdere l'occasione di integrare elementi fondamentali della strategia «Farm to Fork» in una PAC che indicherà la direzione dell'agricoltura europea nel prossimo decennio.

Il settore agroalimentare è pronto a mettersi in gioco per fornire ancora più servizi ambientali, raggiungendo la neutralità delle emissioni di carbonio a beneficio di tutti i cittadini europei. Ma a questi sforzi dovranno tuttavia corrispondere non solo incentivi tramite una PAC adeguatamente finanziata, ma soprattutto la disponibilità di tecniche di produzione innovative, tra cui quelle del miglioramento varietale che sono capaci di sostituire la chimica nel proteggere la salute delle piante. Non esiste infatti, caro Commissario, una sostenibilità ambientale senza la sostenibilità economica e sociale del settore. Abbiamo davanti a noi una sfida enorme, che possiamo vincere solo grazie a un rinnovato protagonismo dell'Unione europea.

Dacian Cioloș, în numele grupului Renew. – Doamna președintă, domnule comisar, ieri în această sală am vorbit despre viitorul buget multianual al Uniunii Europene și am insistat pe faptul că acest buget trebuie să fie proporțional cu ambițiile pe care le avem, cu prioritățile pe care le avem pentru Uniunea Europeană. Am spus că nu trebuie să opunem politicile tradiționale, cum e politica agricolă comună, la noile priorități, *Green Deal*, la transformarea digitală.

Și cred că de aici trebuie să pornim: agricultura ca obiectiv economic și de societate e mai actuală și mai modernă decât oricând, dar trebuie să avem curajul să ne gândim la cum o modernizăm și cum o punem în fază cu așteptările și realitățile de astăzi, atât ale agricultorilor, cât și ale consumatorilor. Pentru că un *Green Deal*, un pact verde, nu are nicio șansă în Uniunea Europeană fără contribuția agriculturii. Dar agricultura nu poate să contribuie mai mult la așteptările societății dacă nu ne gândim la venituri pentru agricultori.

Trebuie, așadar, să pornim de la așteptarea consumatorilor de a avea alimente de calitate, așteptarea cetățenilor de a avea servicii publice care să asigure buna gestiune a resurselor naturale și pentru asta trebuie să găsim soluții astfel încât agriculturii să aibă un venit decent.

Iar aici, dincolo de bugetul politicii agricole comune, trebuie să ne gândim la un plan de investiții. Și, din această cauză, această strategie „de la fermă la furculiță” nu are nicio șansă și niciun sens dacă vorbim doar de pesticide, de produse chimice și doar de o parte izolată a activității agricole.

Această strategie „de la fermă la furculiță” ar trebui să fie un *New Deal* pentru agricultură și consumatori. De acolo ar trebui să pornim. De la așteptările societății vizavi de agricultură, de la cum facem să avem alimente mai bune, mai de calitate, cum facem ca practicile agricole, folosind și resurse de investiții din *Green Deal* și din transformarea digitală, să ajute agricultorii să se alinieze la așteptările pe care le avem. Doar în aceste condiții o strategie „de la fermă la furculiță” are o utilitate.

Ivan David, za skupinu ID. – Paní předsedající, připravuje se budování velmi nákladné databáze evidující informace o evropských zemědělcích, prvovýrobách, potravinářích a obchodních řetězcích. Náklady ponesou členské státy EU, EU jako taková, ale i zemědělci, kteří náklady promítnou do cen a sami se stanou méně konkurenceschopnými.

Do toho se kope obří tunel ze strany generálního ředitelství pro mezinárodní obchod. To prosazuje rostoucí bezcelní dovozy z třetích zemí. Tam žádná kontrola neexistuje a existovat nebude. Tyto země nikdo k dodržování evropských pravidel nedonutí. Jejich orgány je nebudou vyžadovat. Např. dobytek se zpracovává na lodích s naprostým vyloučením kontroly.

Evropským zemědělcům jsou ukládány stále nové a nové povinnosti a na trh se přitom pouští stále více potravin od výrobců mimo EU, kteří takové náklady platit nemusí. Přitom jde o oprávněné nároky zemědělců, ale i spotřebitelů, včetně cen, které musí platit. Je nepřijatelné dovážet potraviny ze zemí, kde nelze garantovat splnění stejných podmínek, jaké musí být uplatňovány v EU.

Sarah Wiener, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar Wojciechowski! Ich freue mich, dass wir heute über *Farm to Fork* reden, denn das ist wichtig. Wir wissen, wir haben immense Probleme, sonst würden wir hier alle gar nicht sitzen. Diese Strategie ist eine historische Chance, die GAP nachhaltiger zu machen, klimafreundlicher zu machen, endlich die Bekämpfung des Zusammenbruchs von Ökosystemen zu befördern, das Tierwohl in den Mittelpunkt zu rücken sowie die Tiergesundheit und die Bodengesundheit. Das sind Themen, wegen denen wir alle da sind. Die Wissenschaft fordert uns dazu auf, und die Bevölkerung fordert uns dazu auf. Es ist vielleicht die letzte Chance, die GAP wirklich zu reformieren.

Natürlich haben die Bauern Angst, ja. Aber sich in einer Wagenburgmentalität zu verschanzen und zu sagen: „Was ist mit uns, was ist mit uns?“ und nicht Teil der Lösung zu sein und innovativ und mutig keine Angst vor Veränderungen zu haben, das wird uns nicht weiterbringen. Wir können uns nicht verschanzen und sagen: „So haben wir es immer gemacht, so ist es gut.“ Wir wissen, dass das nicht stimmt. Wir stehen auf einem Abgrund, wir müssen uns ändern. Und da müssen wir nicht nur die Bauern in den Fokus nehmen, die nämlich mit dem Rücken zur Wand stehen und gerade sich selber abschaffen, sondern wir brauchen wieder die Würde des Bauern, wir brauchen ein Selbstbewusstsein. Ich möchte keine Unterstützung, ich möchte Hilfe zur Transformation, ich möchte Hilfe zu meiner eigenen Würde, zu fairen Lebensmittelpreisen, dass mein Beruf wieder geehrt wird und dass ich unabhängig von Subventionen davon leben kann. Deswegen muss die GAP reformiert werden.

Und nun habe ich eine Frage, Herr Wojciechowski: Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs C-409/13 Absatz 74 zeigt, dass die Kommission das Recht hat, ihren eigenen Legislativvorschlag während des Mitentscheidungsverfahrens anzupassen, bis der Rat die endgültige Entscheidung getroffen hat. Beabsichtigen Sie, dieses wesentliche Element der GAP, diese Möglichkeit zu nutzen, um die GAP-Entwürfe mit den Ambitionen im Rahmen des *Green Deal* in Einklang zu bringen? Das muss passieren.

Zbigniew Kuźmiuk, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Przede wszystkim chciałbym bardzo serdecznie podziękować za wnikliwą analizę, jaką Pan przeprowadził w odniesieniu do europejskiego rolnictwa w sytuacji, kiedy ma być objęte dwoma nowymi strategiami: Zielonego Ładu i strategią od pola do stołu. Nie ulega wątpliwości, że z obydwu będą wynikały dla rolników nowe obowiązki i wymagania, a zapewne i ograniczenia produkcyjne, szczególnie dla rolnictwa przemysłowego.

W tej sytuacji niezwykle aktualne jest pytanie: jak to wszystko sfinansować? Tak się składa, że poprzednia Komisja Europejska przedstawiła w maju 2018 roku projekt budżetu, w którym zredukowano środki na WPR o 17%, co w świetle nowych wyzwań stojących przed europejskim rolnictwem wydaje się po prostu nie do przyjęcia. Co więcej, w przygotowywanych przez państwa członkowskie krajowych planach strategicznych już zasygnalizowano konieczność ograniczenia produkcji głównie zwierzęcej w najbardziej uprzemysłowionych rolnictwach krajów Europy Zachodniej, co wywołało gwałtowne protesty rolników i wyjazd dziesiątków tysięcy ciągników na ulice miast. W tej sytuacji w negocjacjach budżetowych na lata 2021-2027 muszą się pojawić dodatkowe środki finansowe na WPR, które zostaną rozdzielone na wszystkie kraje członkowskie w celu sfinansowania tych dwóch nowych strategii, a także wyrównania dopłat bezpośrednich do średniej unijnej w krajach Europy Środkowo-Wschodniej.

Anja Hazekamp, namens de GUE/NGL-Fractie. – Voorzitter, commissaris, het Europese landbouwbeleid subsidieert grote industriële boeren, sluit dieren op in megastallen, dwingt boeren tot ongezonde, niet-duurzame en onhoudbare schaalvergroting, zorgt met megasubsidies aan de vee-industrie voor enorme milieuvervuiling, stuurt dagelijks honderden kleinschalige boeren naar de rand van de afgrond, sleept miljoenen dieren onder erbarmelijke omstandigheden de hele wereld over en draagt bij aan een reusachtig biodiversiteitsverlies. Het is een verziekt systeem.

Boeren moeten een eerlijke prijs krijgen voor een eerlijk product. Eerlijk voor dieren, eerlijk voor het milieu en eerlijk voor het klimaat. Dat doe je niet met vrijhandelsverdragen als Mercosur, CETA en TTIP light, die de grenzen openzetten voor goedkope, dieronvriendelijke en milieuonvriendelijke landbouwproducten. Het roer moet om.

Ook daarom ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, attendiamo con grandi aspettative il piano «Farm to Fork» e per questo mi permetto di sollevare alcune perplessità. La riduzione dei fertilizzanti, ad esempio, viene richiesta solo «if necessary», invece crediamo sia una necessità indiscutibile. Mancano anche riferimenti all'obbligo di ridurre lo spreco alimentare e rispettare gli standard europei previsti invece dal *Green New Deal*.

Chiediamo inoltre di inserire un riferimento all'etichettatura unica sostenibile, non l'aberrazione del *Nutri-Score* ma un'etichettatura che indichi correttamente gli aspetti nutritivi e l'impatto ambientale e sociale di ogni prodotto e che prenda in considerazione l'importanza del lavoro dell'agricoltore.

Auspichiamo infine un ulteriore sostegno al biologico, che metta l'agricoltore al centro del processo di risanamento ambientale e sottolinei come il biologico possa combattere i cambiamenti climatici, che stimoli la domanda di prodotti bio e che accompagni gli agricoltori ad aderire al «Farm to Fork». Per questo sottolineo come sia nostro dovere assicurare i fondi necessari alla PAC e poi gestirla in maniera intelligente, facendo magari tesoro anche degli errori del passato.

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, I hope this morning's debate, Commissioner, is a wake-up call to the Commission and to this House that farmers are angry, frustrated, worried and under attack. They are one group of society that do not take well to this. The truth is that, in this issue of Farm to Fork, we do need farmers to be front and centre of it, not to be dragged kicking and screaming.

Commissioner, I hope you'll deliver that message to your colleagues around the table. I hope you'll include in this Farm to Fork Strategy competition law, unfair trading practices, and how trade policy can impact negatively on European agriculture. I would just say that some of the language used, indeed by yourself and others in the Chamber, can be very emotive: organic is wonderful, factory intensive is evil. I'd like you to be a little bit more careful about the language, because many of our family farms can be medium-sized or they can be large, but it doesn't suggest, whether small, medium or large, that one is better than the other.

What we should be trying to do is make sure that farmers have access to the best research, the best innovation, and the best technologies to allow them to deliver on the things we need them to do. And let's not forget that farmers are already doing it. They've been up before we have. They're out in their farms and in their fields doing things for nature. We need to help them do that, not restrict them in their efforts. My greatest fear of CAP reform and this strategy is that we will bind them with more rules and give them less flexibility. Commissioner, you have a huge responsibility on your shoulders to make sure that doesn't happen. I hope your voice is loud.

(Applause)

Isabel Carvalhais (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, eu concordo plenamente consigo que a estratégia *farm to fork* tem de ser uma estratégia ambiciosa capaz de responder, de uma forma muito clara, aos desafios da sustentabilidade ambiental, da saúde humana, das alterações climáticas, do bem-estar animal. E certamente que o senhor comissário também concorda comigo que essa estratégia deve integrar o respeito e o reconhecimento pela atividade agrícola, pelos nossos agricultores, pelas comunidades rurais. A questão é, como é que esse respeito se concretiza? Dito de outro modo, a resposta aos novos desafios não se concretiza sem o esforço dos agricultores e isso significa que eles têm de ser apoiados de uma forma solidária, de uma forma coesa, de uma forma justa.

Da sustentabilidade económica e social digna dos nossos agricultores depende a vitalidade das nossas comunidades rurais.

E, por isso, aquilo que lhe pergunto, mais uma vez Senhor Comissário, e espero desta vez obter uma resposta mais clara, é como é que pretende articular a sua visão para uma estratégia de longo prazo de desenvolvimento das comunidades rurais com a estratégia *farm to fork*? Dito de outro modo, como é que considera que, na prática, se pode garantir que a estratégia *farm to fork* seja desenhada e seja aplicada de modo a contemplar as verdadeiras necessidades do mundo rural?

Ulrike Müller (Renew). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wir erleben im Moment, dass die Politik wieder auf der Straße gemacht wird. Menschen demonstrieren für mehr Klima- und Naturschutz. Das ist gut und wird auch hier gehört und mit viel Applaus bedacht. Wenn aber Tausende von Landwirten demonstrieren, die wegen überbordender Bürokratie, mangelnder Wertschätzung und großen Existenzängsten auf die Straße gehen, wird das hier in Brüssel kaum wahrgenommen. Angeheizt wird die ganze Situation noch durch unseren Vizepräsidenten Timmermans, der hier Aussagen macht, die Tierhaltung drastisch zurückzufahren.

Ich frage mich da tatsächlich, wie diese 40 % Grünland, die wir innerhalb Europas haben, dann tatsächlich bewirtschaftet werden und wer dies noch pflegen soll. Natürlich wissen wir, dass wir alle nachhaltiger werden müssen, dass wir mehr für die Umwelt tun müssen. Landwirtschaft verändert sich. Dies gelingt nur gemeinsam, und deswegen darf die *Farm-to-Fork*-Strategie nicht zu noch mehr Auflagen für die Landwirtschaft führen und muss planbar für die Landwirte sein. Ich fordere Sie auf, keine Verzögerungen bei der gemeinsamen Agrarpolitik durch den *Green Deal* und die *Farm-to-Fork*-Strategie zuzulassen. Wir starten sowieso erst ab 2023. Das Gesetzespaket liegt vor, und wir können Elemente bei *eco-schemes* einbauen und auch die Umwelt schützen. Ich will nicht, Herr Kommissar, dass der Spruch gilt: „Ist der Bauer ruiniert, wird dein Essen importiert“. Es geht um viel mehr: Es geht um die Überlebensinteressen des ländlichen Raums und der Landwirtschaftsfamilien.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, la Commission von der Leyen a annoncé son intention de mettre en place un modèle d'agriculture et d'alimentation durable respectueux de l'environnement et des consommateurs, qu'elle a présenté sous la forme du slogan «de la ferme à la fourchette» (*farm to fork*, en anglais).

On me demande aujourd'hui de dire ce que j'en pense. Le problème, c'est qu'on n'a pour l'instant aucun document précis qui détaille ce projet. Tout au plus dispose-t-on d'une page et demie de présentation succincte, au sein du document d'orientation du pacte vert. En l'état actuel des choses, «de la ferme à la fourchette» est donc, à mes yeux, un slogan creux. Dans le souci d'être constructif, j'attire l'attention de la Commission sur la nécessité d'harmoniser ses futures propositions avec la nouvelle politique agricole commune, dont l'élaboration est en voie d'achèvement.

Sur le contenu du projet, il ne suffira pas d'annoncer des mesures vagues comme, je cite, «la diminution significative de l'utilisation des pesticides»; il faudra aussi trouver des vraies solutions aux vrais problèmes. Premièrement, garantir notre souveraineté alimentaire au lieu de sacrifier notre agriculture sur l'autel du libre-échange mondialisé. Deuxièmement, développer les circuits courts pour casser l'oligopole des centrales d'achat de la grande distribution. Troisièmement, faciliter le métier d'agriculteur en simplifiant les règles et les formalités administratives, qui sont devenues accablantes.

Il est temps de cesser de nous contenter de slogans et de passer enfin aux actes, car les agriculteurs et les consommateurs nous attendent.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, Sie haben am Anfang Ihrer Rede einen wichtigen Satz gesagt: „Die Landwirtschaft darf nicht zum Industriesektor werden“. Ja, völlig richtig – dann müssen wir aber auch eine andere Agrarpolitik machen, denn im Moment profitieren ja die Großen von den Zahlungen. Wenn wir weitermachen, Zahlungen so zu verteilen, 70 % ohne Bedingungen, nur auf die Fläche bezogen, dann machen wir keine wirkliche Umweltpolitik. Wenn Sie es ernst meinen mit den Strategien *Green Deal* und *Farm to Fork*, dann bin ich mal gespannt, wie Sie das am Ende in diese gemeinsame Agrarpolitik einarbeiten wollen.

Bis jetzt ist es ja so: Eine konservative Mehrheit will ja eigentlich, dass alles so weitergeht, und so ein bisschen *Greening* rundherum. Das kann nicht funktionieren, und liebe Kollegen, es geht um die Bauern, ja, aber wir haben ein massives Problem mit dem Verlust an Biodiversität. Das können wir doch nicht wegdiskutieren. Wir setzen zu viele Pestizide ein, und der Rechnungshof hat auch gerade gesagt, wir machen eine katastrophale Politik im Bereich der Pestizide. Wir müssen runter von den großen Düngemengen, sonst kriegen wir das Sterben der Arten nicht mehr in den Griff.

Und wir müssen beim *Green Deal* natürlich – und da gebe ich vielen Recht – auch unsere Auswirkungen, die wir mit der Agrarpolitik für andere Länder anrichten, einmal beachten. Deshalb sage ich, wenn man dieses Mercosur-Abkommen so verabschiedet und weiterhin die Massen an Soja importiert, dann ist das auch eine Katastrophe für die Umwelt. Deshalb: Auch die Handelspolitik muss sich in dem Zusammenhang ändern. Und – das sage ich auch – wir müssen endlich anfangen, eine andere Tierschutzpolitik zu betreiben. Es geht nicht so weiter mit der Massentierhaltung, und deshalb müssen wir auch da dringend Korrekturen vornehmen.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, de uitdagingen voor de landbouw zijn immens: zorgen voor voldoende voedsel van hoge kwaliteit, voor het landschap en de biodiversiteit, en dat met zo laag mogelijke emissies. Dit alles vraagt om een moderne landbouw die gebruikmaakt van de nieuwste inzichten, rassen en technieken. Gelukkig gebeurt er ook al heel veel op dat vlak. Laten we deze nieuwe ontwikkelingen vooral stimuleren en ruimte geven, in plaats van ze te frustreren.

De grootste valkuil van de “*Farm to Fork*” Strategy is om het opnieuw te zoeken in een stapeling van regelgeving, in het ondoordacht verbieden van gewasbeschermingsmiddelen bijvoorbeeld, terwijl er nog geen alternatieven zijn. Ik roep de Commissie er daarom toe op te komen met goede plannen om de sector te belonen voor haar inspanningen en haar niet de middelen uit handen te slaan die nodig zijn voor een goede bedrijfsvoering. Tegen de commissaris zou ik willen zeggen: beoordeel bedrijven niet op grond van het aantal dieren per bedrijf, maar op grond van hun milieuprestaties per eenheid product. Dat zou weleens tot heel verrassende nieuwe inzichten kunnen leiden.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 171, lid 8, van het Reglement))

Antonius Manders (PPE), “blauwe kaart”-vraag. – Voorzitter, ik wil collega Ruissen vragen of hij ook gedacht heeft aan het terugdringen van de voedselverspilling, want de voedselverspilling – de totale waarde daarvan – overstijgt het Europese budget jaarlijks. Als we daarop focussen hoeven we geen subsidies meer te geven.

Bert-Jan Ruissen (ECR), “blauwe kaart”-antwoord. – Voorzitter, zeker is dat ook een heel belangrijk issue waar we ook zeker aan moeten werken. Voedselverspilling tegengaan in de verschillende schakels van de keten is heel belangrijk. Ik vind dat we daar ook op moeten inzetten. Dat betekent niet – daar ben ik het niet met u eens – dat daarom subsidies niet nodig zouden zijn. Voorlopig hebben we gewoon die subsidies nodig om de sector te helpen die omslag te maken.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, a Farm to Fork Strategy, if done correctly and funded correctly, can be of great benefit to consumers and farmers alike. We can see a situation such as: labelling of meat such as beef, details of what the animal was fed, hours inside, carbon footprint, fertilisers used, price given to the farmer. This is an opportunity to differentiate between one type of beef or meat and another. Look at free range eggs. People currently go into a shop and they pay more for them. We can have the same thing with beef. The question is: how serious are the Commission about this, what money will they put into it?

The Commissioner mentioned it's as important as security and defence. I would say it's more important. I would say it is security and defence. You look at the multiannual financial framework (MFF), you look at our priorities. We see a 22 times increase in funding for weapons and death, bombs and bullets. In the MFF we are choosing fighting before feeding. We need to reverse that if we want to fund this and be serious about it.

Daniel Buda (PPE). – Doamna președintă, domnule comisar, dragi colegi, strategia *Farm to Fork* poate să reprezinte mecanismul prin intermediul căruia să fie atinse mai multe obiective: alimente de calitate, prețuri accesibile ori combaterea schimbărilor climatice.

Sectorul agricol nu poate fi considerat însă singurul responsabil de declinul biodiversității sau epuizarea resurselor naturale. Această responsabilitate o avem cu toții.

Fermierii trebuie să fie văzuți ca fiind parte a soluției și nicidecum parte a problemei în ceea ce privește combaterea schimbărilor climatice.

Succesul strategiei *Farm to Fork* depinde dacă suntem sau nu ancorați în realitatea din teren și capabili să înțelegem care sunt vulnerabilitățile, dar și oportunitățile din acest sector.

O politică eminamente verde, care nu ține cont de capacitatea de adaptare a acestuia la noile condiționalități, va pune presiune atât pe fermieri, cât și pe consumatori, care se vor vedea nevoiți să plătească mai mult pentru alimente.

În final, vor pierde atât consumatorii, cât și fermierii. Nu vreau să îmi imaginez ce ar putea însemna un fenomen precum Vestele Galbene din partea fermierilor la nivelul întregii Uniuni Europene.

Acordul verde și strategia *Farm to Fork* trebuie să fie transformate în oportunități pentru agricultură dacă vrem să reușim cu adevărat.

Este nevoie însă de o finanțare consistentă din partea statelor membre. Trebuie să se înțeleagă un lucru clar: nu se poate face mai mult cu bani mai puțini.

Accesul la cercetare, la o agricultură de precizie ca o garanție a durabilității sectorului agricol trebuie însă să fie distribuit în egală măsură între fermierii din statele membre.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, de la ferme à la fourchette, on doit raisonner avec des circuits courts, des exploitations familiales, des exploitations à taille humaine. De la ferme à la fourchette, c'est rapprocher le consommateur du producteur, et ce choix implique une réorientation du modèle agricole, pour que les agriculteurs vivent décemment de leur métier et que les consommateurs profitent de produits de qualité. De la ferme à la fourchette, c'est également mettre en place des mesures pour réduire le gaspillage alimentaire, qui représente 25 à 30 % de la production de nourriture; c'est encore réduire l'utilisation de pesticides chimiques et faciliter l'accès au marché des substances et produits biologiques.

Alors oui, le pacte vert doit être une réelle opportunité pour les agriculteurs et pour la ruralité, et ceux-ci doivent avoir un rôle central dans ce nouveau modèle économique qui se présente à nous, et qui est inéluctable. Et c'est pour cette raison que la politique agricole commune doit accompagner avant tout les agriculteurs dans cette transition. Le tout, Monsieur le Commissaire, est de se donner les moyens d'une telle ambition et de dépasser enfin les effets d'annonce.

Jan Huitema (Renew). – Voorzitter, decennialang al hebben we een gemeenschappelijk landbouwbeleid dat op dit moment niet goed werkt. Ook de Europese Rekenkamer is daarin heel kritisch. Waar ligt dat aan?

De vergroeningsmaatregelen die we in het gemeenschappelijk landbouwbeleid hebben, worden hier in Brussel generiek gemaakt en boeren moeten deze simpelweg uitvoeren. Er wordt alleen getoetst of de boer die maatregel ook daadwerkelijk uitgevoerd heeft. Er wordt helemaal niet gekeken naar wat het daadwerkelijke resultaat is.

Ik ben heel blij dat de vorige Commissie een voorstel heeft gedaan om te gaan toetsen op het daadwerkelijke resultaat, om boeren de ruimte te geven voor dingen waar ze goed in zijn, namelijk ondernemen en innoveren, om ervoor te zorgen dat ze gemotiveerd zijn en juist dat ondernemerschap te gaan stimuleren om die vergroening daadwerkelijk van de grond te krijgen, en om ook de geleverde resultaten van de boeren op een goede manier te gaan belonen. Dan gaat het werken. Kijk bijvoorbeeld naar hoe in heel Europa de elektrische auto ontzettend populair is geworden. Dat is op precies dezelfde manier gegaan.

Waar ik nu heel bang voor ben, is dat we met deze "*Farm to Fork*" Strategy weer teruggaan naar het oude beleid, dat we alleen maar weer maatregelen van Brussel top-down in gaan voeren waar een boer helemaal niet mee uit de voeten kan. Neem de doelen van de Green Deal op in het gemeenschappelijk landbouwbeleid. Ga focussen op resultaat. Beloon voor resultaat.

Wat we moeten doen in een *Farm-to-Fork*strategie is kijken naar regels die niet goed werken. Het is belachelijk dat bijvoorbeeld insectenmeel nog altijd niet gebruikt kan worden in veevoer. Het is belachelijk dat er heel weinig alternatieven zijn voor middelen met een laag risico om aan gewasbescherming te doen. Het is belachelijk dat nog altijd kunstmest bevorderd wordt in de nitraatrichtlijn ten opzichte van dierlijke mest. En het is belachelijk dat innovaties op het gebied van veredeling nog altijd niet kunnen.

Gianantonio Da Re (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione ha presentato la strategia denominata «Dai campi alla tavola», che prevede di fare del sistema agroalimentare europeo un modello di riferimento globale in termini di sostenibilità. Questi gli obiettivi: continuare a garantire un elevato livello di sicurezza dei prodotti agricoli, della produzione e della commercializzazione, assicurare agli agricoltori un reddito equo, salvaguardare la biodiversità e infine ridurre la dipendenza dai pesticidi.

Mi chiedo: i prodotti importati dall'Unione europea saranno soggetti alla stessa normativa? E la Commissione intende imporre i nostri agricoltori? Quali azioni verranno intraprese per contrastare il *dumping* sociale, salariale ed ambientale dei prodotti agroalimentari provenienti dai paesi terzi, quali Vietnam e Cambogia?

Presidente, questa è concorrenza sleale. Dobbiamo tutelare le nostre aziende agricole, non si tratta di protezionismo ma di equità e di salute dei nostri cittadini.

Benoît Biteau (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la proposition de la réforme de la PAC est aujourd'hui discutée par le Parlement européen sur la base d'une copie qui a été préparée par la précédente mandature, et qui n'est pas en adéquation avec les attentes de cette nouvelle mandature qui, elle, a déjà voté l'état d'urgence climatique. Et cette urgence est bien réelle. La proposition de la réforme de la PAC n'est absolument pas à la hauteur de ces enjeux, et vous le savez bien, Monsieur le Commissaire.

Est-ce que cette stratégie «de la fourche à la fourchette» est, pour la Commission, un moyen de pallier ces défauts? Pourtant la PAC reste, et doit rester, un puissant levier pour accompagner et financer la transition agroécologique des agriculteurs européens. Donc comment la Commission compte-t-elle mettre en adéquation la proposition actuelle de réforme de la PAC avec les objectifs nouveaux introduits par le pacte vert européen? Comment se fait-il qu'une des politiques les plus importantes de l'Union européenne se décide avant la stratégie? Comment serait-il possible d'atteindre les objectifs du pacte vert sans mobiliser la PAC qui, aujourd'hui, ne contient aucun objectif commun et clair de réduction des pesticides, de protection de la biodiversité, de réduction des émissions de gaz à effet de serre et de réalisation de la souveraineté alimentaire?

Les citoyens comptent sur nous, sur notre responsabilité qui est historique, pour que nous ne rations pas l'opportunité de transformer durablement nos systèmes alimentaires à l'échelon européen.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 171, paragraphe 8, du règlement))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Doamnă președintă, stimate coleg, înțeleg că dumneavoastră nu sunteți de acord cu strategia de la fermă la consumator, nu sunteți de acord ca PAC-ul să poată să funcționeze mai departe și nici cu faptul că ar trebui să mai producem produse alimentare și în Uniunea Europeană.

Cum vă imaginați o Uniune Europeană fără produse agricole, doar importate? Cum credeți că vom avea o siguranță a alimentelor mai mare dacă importăm din alte state membre și nu producem aici? Cum vom asigura viața fermierilor din mediul rural atât timp cât în Uniunea Europeană avem un procent foarte mare de cetățeni care trăiesc în mediul rural?

Benoît Biteau (Verts/ALE), Réponse «carton bleu». – Je n'ai pas dit que je n'étais pas d'accord. Je demande à ce qu'il y ait une cohérence, une convergence entre ce projet de la fourche à la fourchette et la politique agricole commune. Ce n'est donc pas exactement une opposition; c'est simplement dire qu'aujourd'hui, je suis surpris qu'on avance une stratégie sans avoir finalisé la PAC, ou plutôt que cette stratégie influe sur la PAC. Dans un sens, ou dans l'autre.

En ce qui concerne les alternatives et le risque d'atteinte à la souveraineté alimentaire, aujourd'hui, on doit faire converger les obligations de protection de la biodiversité et de protection du climat, tout en continuant de produire beaucoup. Et la réponse, ce n'est pas plus de pesticides et plus d'engrais de synthèse; c'est le retour à l'agronomie, par exemple.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, zajednička poljoprivredna politika najskuplja je i najmanje učinkovita europska politika.

U njezinoj dužoj povijesti pokušalo se provesti nekoliko velikih reformi, ali bez naročitog uspjeha zato što, neovisno o konkretnom modelu, visoka razina državnog intervencionizma europsku poljoprivredu čini skupom, neučinkovitom i globalno nekonkurentnom. Pred nama je novo reformsko razdoblje s fokusom na kružnoj ekonomiji, klimatskim promjenama i zelenim politikama. Želja nam je europsku poljoprivredu učiniti dugoročno održivom i klimatski neutralnom, ali bojim se da ćemo posegnuti za istim rješenjima koja su se u prošlosti pokazala lošima.

Novi skupi javni programi i subvencije nisu dugoročno održivo rješenje. Moramo poticati inovacije u poljoprivredi i obrazovne programe učiniti dostupnima svim europskim poljoprivrednicima. To je jedini način da se osigura održivi rast ove industrije, potakne konkurentnost i spriječi previsoko opterećenje proračuna.

Silvia Modig (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, hyvä komissaari, Suomessa on sanonta, joka kuuluu, että kaiken viisauden alku on tosiasioiden tunnustaminen. Jos tunnustamme tosiasiat, tunnustamme sen, että vapaaehtoiset keinot eivät ole olleet riittäviä. Jos ne olisivat, peltomme olisivat jo päästölähteiden sijaan hiilinieluja. Yksipuolinen viljely, joka tappaa biodiversiteetin, olisi jo lopetettu ja torjunta-aineet, jotka ovat myrkyä sekä luonnolle että ihmisille, eivät enää olisi käytössä.

Tällä en tarkoita sitä, että maanviljelijöitä tulisi syyllistää tai rangaista. Heillä on kyllä osaamista, mutta meidän yhteisen maatalouspolitiikkamme, maataloustukiemme ja tämän strategian tulee ohjata heitä suuntaan, jossa maatalouden periaatteet muuttuvat kestävämmälle tasolle.

Kuluttajat ovat yhä kiinnostuneempia eettisistä ja ekologisista tuotteista. Ne, joilla on varaa, ovat valmiita maksamaan tästä jopa enemmän. Siksi tukien tulee tukea ekologiaa ja eettisiä tuotantomalleja ja pakkausmerkintöjen tulee auttaa kuluttajia luotettavalla tavalla löytämään nämä tuotteet.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, partamos de la base de que una gran mayoría de esta Cámara queremos una agricultura más sostenible y que contribuya a conseguir los Objetivos de la Agenda 2030.

Espero que la estrategia «de la granja a la mesa» contribuya a ello, pero me preocupa que algunos pretendan hacer de la agricultura europea un gran cajón de sastre. Me explico con un ejemplo: algunos pretenden que ocurra con la agricultura como los iPhone. Lo que empezó siendo un teléfono se ha convertido ahora en un GPS, una cámara de fotos, una grabadora, un navegador de internet, un cuentakilómetros, un despertador, etcétera; un aparato que sirve para casi todo y lo de que haga o no llamadas telefónicas poco interesa.

Del mismo modo, algunos quieren que la agricultura europea sirva para preservar el medio ambiente, para combatir el cambio climático, para reducir los plaguicidas, para disminuir el uso de antibióticos, para mejorar la biodiversidad, para dar mejor información a los ciudadanos, para proteger los bosques, para mejorar el bienestar animal, etcétera. Pero no debemos olvidar que el principal propósito de nuestra agricultura y de la política agrícola común es conseguir productos de calidad a precios razonables que incentiven el gran esfuerzo que hacen nuestros agricultores.

De ello, sin duda, va a depender mucho el futuro de ellos. Que sirva esta estrategia «de la granja a la mesa» para ayudar a esos trabajadores del campo, a los agricultores y ganaderos, a conseguir los objetivos a un precio justo y adecuado al esfuerzo que realizan.

Maria Noichl (S&D). – Frau Präsidentin! Angeblich reden wir heute gerade über die *Farm-to-Fork*-Strategie. Und man merkt schon eine gewisse Nervosität hier im Raum, denn in Wirklichkeit reden wir über etwas ganz anderes: In Wirklichkeit reden wir darüber – und auf allen Gängen sind es genau diese Gespräche –, ob der momentan vorgelegte alte Vorschlag der Reform überhaupt *Green-Deal*-fähig ist. Das ist die einzige Frage. Und deswegen ist auch so eine Nervosität bei denen, die immer glauben, sie würden angeblich für alle Landwirte reden, weil sie nämlich erkennen und erkennen müssen, dass der alte Vorschlag mit der neuen Idee eines *Green Deal* nicht vereinbar ist. Und diese Nervosität ist spürbar, ich kann sie teilweise sogar verstehen. Aber ich bitte Sie: Nehmen Sie nicht mehr für sich in Anspruch, dass Sie für alle Landwirte reden. Sie reden für einen Teil der Landwirte. Es gibt nämlich auch viele Landwirte, die bereits neue Wege gehen wollen. Und ich bin hier, um diese Landwirte zu unterstützen.

Martin Hlaváček (Renew). – Paní předsedající, pane komisaři, my ve Vás vkládáme velkou naději. Zemědělci a potravináři jsou poslední dobou neprávem dehonestováni a obviňováni.

Velká část společnosti zapomíná, že stále produkují nejkvalitnější, nejbezpečnější potraviny na světě, a to za dostupné ceny. Samozřejmě je zemědělství také jednou z nejvíce regulovaných oblastí. Neustále zvyšujeme požadavky, liberalizujeme obchod, vytváříme nová pravidla a snižujeme podpory. Zemědělství je přitom první, kdo pocítuje dopady klimatických změn. Také proto zemědělství musí být součástí řešení.

Nové strategie *Green Deal* ani *Farm to fork* bohužel zatím se zemědělci nepočítají. Je to primitivní návrh, jak zdrazit vstupy, zdrazit potraviny a dále jen více a více regulovat. Blížíme se k hranici snesitelnosti. Má to být strategie od farmy až na vidličku. Proč tedy většina návrhů míří jen na zemědělce a bojíme se řešit supermarketů a nekalé dotace?

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per inseguire Greta vi siete inventati un nuovo programma: «*Farm to Fork*». Una strategia che ha come unico pilastro quello di far diventare i pescatori e gli agricoltori una sorta di guardiani del clima, con controlli e balzelli che ci fanno ricordare un grande fratello *green*.

Tra i diversi principi c'è quello di avere dei contenuti a basso costo, che ovviamente vanno a sfavorire la qualità dei cibi e invece a favorire dei prodotti industriali. Tra l'altro, ho letto che volete inserire alghe e insetti come alimenti, viva la qualità del cibo! Ad un'interrogazione mi avete detto che non siete del tutto contrari al sistema del *Nutri-Score* e che anzi state pensando di inserire una nuova etichettatura proprio all'interno del «*Farm to Fork*». Non osate a mettere un nuovo sistema discriminatorio e fuorviante! Siamo stanchi del fatto che dietro alla salute e alla sicurezza alimentare di fatto andate sempre a favorire le multinazionali.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama pirmininke. Dabartinė sistema iš tikrųjų turi trūkumų ir naikina vienus ūkių vienuose regionuose ir skatina gamybą kituose. Puikus pavyzdys yra pieno sektorius. Dar daugiau – prekybos centrų dominavimas rinkoje sukuria grėsmes plačiam vartotojų ratui. Štai Lietuvos didžiausias prekybos tinklas „Maxima“ praeitą savaitę prekavo nekokybiška mėsa ir tai slėpė.

Naujoji strategija turi užtikrinti galimybę vartotojui gauti būtent jo regione užaugintą ir pagamintą natūralų, saugų maistą. Šiandien maisto produktai neretai įveikia tūkstančius kilometrų. Bet ar kas paklausia savęs, ar mums to reikia? Ar tai naudinga aplinkai ir klimatui?

Tiesioginė parama skirtingų valstybių narių ūkininkams vis dar skiriasi ne procentais, o kartais. Europoje vis dar egzistuoja pirmarūšiai ir antrarūšiai ūkininkai. O kur dar barjerai, sukuriama prisidengiant laisvu prekių ir paslaugų judėjimu ar prekybos sutartimis, atveriančioms kelius importuoti GMO soją ar abejotomis sąlygomis užaugintus produktus.

Sudarydami palankias sąlygas ūkininkui dirbti savo krašte, užtikrinsime regionų gyvybingumą ir leisime žmonėms likti gyventi kaime.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señora presidente, el sector agrícola y ganadero español lleva un mes de movilizaciones ante la crisis que azota el sector: precios en origen que no llegan a cubrir los costes de producción; prácticas abusivas de la gran distribución; acuerdos comerciales con estándares de calidad completamente opuestos a los europeos. En resumen, una falta de rentabilidad que obliga al cierre de cientos de explotaciones.

Desde la Unión Europea se anuncia a bombo y platillo la estrategia «de la granja a la mesa» y, sin embargo, poco o nada se dice de las preocupaciones reales de los agricultores porque tan solo nos centramos en reducir los productos fitosanitarios, aumentar las reglas de bienestar animal, incorporar nuevas obligaciones medioambientales.

Me pregunto cómo vamos a responder a la crisis de mercado que afronta el sector en España y otros países de la Unión Europea si seguimos sin entender que un sector económico que no es rentable nunca podrá ser sostenible. Por este camino seguiremos alejados de la realidad de nuestro campo e incapaces de ofrecer soluciones a un sector que necesita más comprensión y apoyo urgente.

Petros Kokkalis (GUE/NGL). – Madam President, as a member of the Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI), I fully support DG SANTE taking the lead in this Farm to Fork Strategy. Hippocrates said, ‘Let food be your medicine, and medicine be your food’, and here the Green Deal is equally wise in demanding a new CAP that is a climate-adaptation and a climate-mitigation strategy: a CAP that leaves no one behind and that ensures a just transition. The people of Europe deserve safe, affordable, high-quality, nutritious and sustainably-produced food, and the farmers and fishermen and women that are managing this transition deserve quality jobs in vibrant, modern rural areas.

The time has come to align the CAP with the Union’s ambitions. We must have a smart, fair, sustainable CAP, with a proper budget, that would strongly support our farmers to achieve the environmental, climate, biodiversity and human well-being objectives of the Union. The Green Deal and Hippocrates also share a fundamental value: do no harm. Let’s have a new CAP.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Álvaro Amaro (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o senhor comissário falou-nos hoje aqui de umas preocupações, muito importantes, como tem referido, e eu queria também, no meu grupo político, dar-lhe essa força.

Nós precisamos de evitar o despovoamento das zonas rurais, precisamos de ter segurança alimentar e, por isso, precisamos, de facto, de um orçamento mais elevado para a PAC. Mas, Senhor Comissário, quando estamos a discutir esta estratégia «do prado ao prato», há uma coisa que, desde o início, me tem deixado muito preocupado, porque até é injusto para os agricultores. Parece que, de um momento para o outro, a Europa acorda e diz: os agricultores são os responsáveis por tudo o que está mal nos nossos países. Isto é uma injustiça para os agricultores. Porque, Senhor Comissário, o senhor sabe, nós sabemos, todos sabemos, que só vencerá uma boa estratégia «do prado ao prato» se houver prado, porque se não houver prado e se só houver pratos, bom, essa estratégia morreu.

De maneira que, em primeiro lugar, nós temos que dar força aos agricultores, e dar força, Senhor Comissário, é recordar que nós temos que, a par dessa estratégia, ter instrumentos. Nós sabemos que, em termos estratégicos, não há nada que vença sem instrumentos capazes. E o instrumento financeiro é, a par da justiça aos agricultores europeus, uma questão essencial. É para essa força que nós estamos aqui, para lhe dar, para vencermos esses obstáculos.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, actors in the food chain are key to offering sustainable food and promoting affordable, healthy food for all. I believe that they are key for the European Green Deal. That’s why we are looking at the Farm to Fork Strategy as a tool that can help consumers choose healthy food that is not harmful to our environment whilst at the same time reducing food waste.

We know that the total global food systems are responsible for almost one third of total greenhouse gas emissions, and we need to make sure that this sector contributes to our quest in Europe for ensuring carbon neutrality by 2050. We in the S&D Group want a Farm to Fork Strategy that will help reduce emissions and that reduces food waste, pushes for more sustainable food production and creates new opportunities in the food value chain for all. We will ask for targets to reduce the use of chemical pesticides, fertilisers and antibiotics. We want a Farm to Fork strategy that guarantees consumers traceability so that they can trace healthy food that helps reduce the risk of cancer and other diseases and that reduces the risk of chemicals such as endocrine disruptors. We believe that, if we plan out our policies properly, the European Green Deal can also be a source of opportunities for food producers, including farmers and fishermen. Ultimately, they are key to offering sustainable food products that can benefit all.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 171(8))

Róza Thun und Hohenstein (PPE), *blue-card question*. – Thank you for accepting the blue card. You mentioned the traceability of food, and I wanted to ask you what you mean by that. Traceability means distance, origin, etc. Have you also thought, and would you support, the idea that the dual quality of foods – that means that on different markets in the European Union, food has a different quality and the consumer doesn't usually know about it – is an extremely important issue and that all consumers should get the same quality of food when it is packed in an identical way?

Miriam Dalli (S&D), *blue-card answer*. – Thank you for that question. The S&D has always been very clear when it comes to dual quality of foods because we believe that all EU citizens have the right to have the same quality of food wherever they are in the European Union.

Martin Hojsík (Renew). – Mr President, we are well aware of the massive problems that we can face if the collapse of the beehives and the loss of pollinators and other biodiversity goes really full scale. There is one very clear culprit – not the only one but one that is well known – and that's hazardous pesticides, and their massive use in our own agriculture and agriculture around the world. Now, often many want to blame farmers, but it's not something that is their fault; it's basically the entire system that we've built.

What we need to provide for them, and that's what I expect from the Farm to Fork Strategy but also from the common agricultural policy (CAP), is that they need to be able to get the alternatives. We need to have mandatory reduction targets for pesticide use but also for the hazard. We need to have better integrated pest management available for farmers, and we need to have better access to the alternatives to hazardous pesticides on the market. I hope that the Farm to Fork Strategy will be a strategy that doesn't only talk, but helps to deliver safe food and prosperity for farmers as well as protection for the planet.

Marcel Kolaja (Verts/ALE). – Mr President, I'd like to follow up on the topic of empowering consumers to take informed decisions, because I believe that consumer protection has always been one of the top priorities of the European Parliament. Unfortunately, the trust of customers was shaken by the unwillingness to ban dual quality of products. Luckily, we have a chance now to fix some of these issues within the Farm to Fork Strategy.

A recent study done by the Joint Research Centre showed that information about product quality is very important to European citizens. We need to strengthen the right for information to ease consumer's decisions. The key is the labelling on the front of packs informing, for example, about the origin of the product.

My second point is about health aspects. Tests prove that similar products are sold with different sweeteners or different amount of fat in some Member States. Lower healthiness of products should not be accepted, and it is a topic that the Commission should address in this strategy.

Nicola Procaccini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la strategia dai campi agricoli alla tavola è largamente condivisa sia dai coltivatori che dai consumatori, specialmente nella mia nazione, l'Italia. D'altra parte non è una strategia economicamente neutra. La giusta scelta dell'agricoltura sostenibile appesantisce il costo di produzione e di conseguenza il prezzo di acquisto dei prodotti.

Penso in particolare all'agricoltura biologica e alla lotta all'agricoltura intensiva. Per questo, senza un sostegno economico adeguato, senza una PAC che tuteli i piccoli e medi agricoltori rispetto alle grandi aziende, rischiamo solo di fare demagogia ambientalista e niente di più.

Anche l'etichettatura alimentare sarà decisiva. Informare correttamente i consumatori sulle origini territoriali e sulle proprietà nutritive degli alimenti non può essere considerato un optional ma un dovere da parte dell'Unione europea. Buon lavoro Commissario.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Monsieur le Président, une politique alimentaire européenne est indispensable pour permettre l'accès de chacun à une nourriture saine et de qualité.

Cette politique doit inclure la mise en place d'un plan de sortie des pesticides et l'interdiction immédiate des plus dangereux, comme le glyphosate; le soutien à l'agriculture biologique, qui commence par le refus de la baisse du budget du second pilier de la PAC; la réduction de la consommation des protéines carnées par la fin de l'élevage intensif; et l'augmentation des aides aux cultures végétales à destination de l'alimentation humaine.

Mais ces changements ne se feront pas sans les agriculteurs qui n'ont pas aujourd'hui les moyens de vivre dignement. Car une poignée d'exploitations, propriétaires d'immenses surfaces, monopolise en réalité une grande partie des fonds européens. Pour mieux distribuer ces fonds, nous proposons de prendre en compte le nombre d'actifs plutôt que la surface et d'introduire un plafonnement réel des aides.

Nous nous battons pour augmenter les aides aux petites exploitations en élevant le paiement redistributif à au moins 30 % du budget, comme le propose le Comité des régions. C'est seulement comme cela que nous pourrions permettre à nos agriculteurs de bien vivre et relever ainsi le défi de l'agriculture écologique de demain.

Marlene Mortler (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kollegen! Herr Kommissar, wir hätten heute gerne mit Ihrem Kollegen Timmermans geredet und nicht über ihn, denn eine *Farm-to-Fork*-Strategie ohne uns Agrarpolitiker ist ein No-Go. Es ist erst recht nicht in Ordnung, über unsere Landwirte zu reden, als wären sie alle Verbrecher. Sie werden wieder auf die Straße gehen, wenn sie Ihre Gesetze nicht verstehen, denn sie arbeiten und wirtschaften nicht nach Lust und Laune oder nach dem Motto „Viel Dünger hilft viel“, sondern nach den Vorgaben der EU und der Mitgliedstaaten. Wenn Timmermans nun Pflanzenschutzmittel drastisch reduzieren und die Qualität der Lebensmittel verbessern will – okay, aber wir fangen nicht bei null an. Es ist gängige Praxis, Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz zu reduzieren und zu optimieren. Aktuellste Untersuchungsergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung bestätigen, dass Lebensmittel aus Europa mit Abstand die sichersten weltweit sind. Spielen Sie also nicht mit dem Feuer der Fake News! Suchen Sie nach guten Lösungen und nicht nach Schuldigen! Unsere Landwirte sind für innovative Ideen offen und bereit. Aber wenn der Markt, der Verbraucher, zusätzliche Auflagen, Einschränkungen und Verbote nicht bezahlt und honoriert, dann muss es das Haus Timmermans bezahlen. Wir können auf vieles verzichten im Leben, aber nicht auf unser tägliches Brot. Und deshalb brauchen und schätzen wir unsere Landwirte in Europa.

Land- und Forstwirtschaft ist die einzige Branche, die Sauerstoff erzeugt und Kohlenstoffdioxid bindet, das heißt für gutes Klima sorgt. Ich fordere Herrn Timmermans auf, für gutes politisches Klima zu sorgen und unsere Bauern nicht im Regen stehen zu lassen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 171 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten)

Martin Häusling (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Mortler! Sie wissen, dass gerade in Nürnberg die „Biofach“ stattfindet. Da gibt es Bauern, die können auch ohne Pestizide Brot erzeugen. Sie tun gerade so, als müsste man immer Pestizide und immer Düngemittel nutzen. Die Frage stellt sich: Würden Sie denn bereit sein, diesen Sektor noch weiter zu fördern? Sie haben doch in Bayern ein Volksbegehren gehabt, das eindeutig sagt: Wir müssen runterkommen von den Mengen. Sie tun gerade so, als wäre das alles in Ordnung. Sehen Sie das so, oder müssen wir etwas ändern?

Marlene Mortler (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Lieber Kollege! Sie unterstellen mir hier Dinge, die ich nicht gesagt habe. Wir sind immer dabei, Pflanzenschutzmittel und auch Dünger zu reduzieren und das Ganze zu optimieren. Tun Sie nicht so, als ob es im biologischen Landbau keinen Dünger- und Pestizideinsatz gäbe. Das gibt es ja auch. Ich bin übrigens morgen auf der „Biofach“. Also ich verstecke mich nicht, ich rede mit allen. Und die Frage – jetzt habe ich den Faden verloren, das kommt auch mal vor. Aber die Frage, die ich an Sie weitergeben möchte, nämlich an Frau Wiener: Fragen Sie mal, warum sie immer noch die Unterstützung von der EU für ihren Betrieb erhält, wenn sie doch ... *(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)*

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman, herr kommissionär! Mat är liv, och det är livsnödvändigt att vi i Europa, och för vår planets del, ställer om vårt jordbruk snarast möjligt så att det blir klimatomåligt och miljömåligt hållbart.

"Från jord till bord"-strategin för hållbar mat är en viktig komponent i den gröna given, *green deal*. Det gäller därför att vi använder den nu. Matproduktionen står för en tredjedel av klimatutsläppen. Den är dessutom den bidragande faktorn när det handlar om många av de arter som vi ser dö ut. Inte minst bin är väldigt hårt drabbade. Det är viktigt för vår matproduktion att vi tar tag i detta.

Det finns möjligheter till förbättring, och det måste vi ta fasta på nu. Vår målinriktning måste vara ett hållbart jordbruk. EU:s regelverk och skattemedel ska användas för att vända utvecklingen, inte tvärtom. Då handlar det om att få ner växthusgaserna, men det handlar också om att stärka den biologiska mångfalden, få bort hormonstörande ämnen och bekämpa antibiotikaresistens. "Från jord till bord"-strategin innebär sund mat som värnar miljön!

Asger Christensen (Renew). – Hr. formand! Jeg er selv landmand og meget optaget af »farm to fork«-strategien. Mad og det at spise er meget vigtigt for os mennesker. Vores fødevarer skal opfylde mange ting: de skal være sunde, de skal være næringsrige, de skal være produceret bæredygtigt, og de skal være klimavenlige.

Kan Kommissionen oplyse mig, om strategien vil indeholde tiltag, som vil gøre det nemmere for vores forbrugere at se, hvordan vores fødevarer er produceret, om det er klimavenligt, og om dyrevelfærden og sundheden er intakt? Jeg vil også spørge Kommissionen om, hvordan den har tænkt sig at tilgodese alle landbrug i EU, både store og små. Jeg mener, det er helt afgørende, at vi fokuserer på, at alle landbrug i EU skal være bæredygtige, og ikke fokuserer på størrelsen. Det er helt afgørende, at alle landmænd er med i denne proces.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, the Farm to Fork Strategy is a massive opportunity to take a genuinely holistic approach to dealing with the crises of biodiversity, climate change, health, inequality, farming and animal welfare. The Strategy leaked last month does contain a welcome reference to supporting primary producers in the transition. However, there is zero reference to a sustainable price for the primary producer. Small-scale family farms are the main providers of diverse and nutritious food for 70% of the world's population. However, these producers are increasingly threatened by the globalised industrial food system, which includes greedy processors and corporate supermarkets.

In Ireland, there has been a six-fold increase in the number of feedlots in the country over the last ten years. In the 1970's, the majority of Irish farms were less than 20 hectares. Today they are over 32, as the big gobble up the small. During the same period, Ireland has lost 140 000 family farms due to government policy and EU policy. The Strategy is an opportunity to reverse the intensive industrialised approach to food production.

Franc Bogovič (PPE). – Gospod predsednik! Evropski kmetje že danes pridelujejo najkvalitetnejšo in najbolj varno hrano in tudi pridelava je okolju in živalim na prijazen način.

Zeleni dogovor je možen samo ob sodelovanju s kmeti. Kmetje ga bodo izvedli, ne kdo drug. Zato je nujno, da imamo v spletu teh strategij od zelenega dogovora do strategije od vil do vilic, skupne kmetijske politike, ukrepe, ki bodo stimulirali kmete, ne pa prepovedovali.

Mi moramo vse narediti, da bo kmetijstvo zanimivo za mlade, ne da se bodo ljudje bali kmetovanja. Podpreti moramo družinske kmetije, s preciznim kmetijstvom omogočiti zmanjšanje rabe pesticidov in gnojil, stimulirati ljudem, okolju in živalim prijazno kmetijstvo. Podpreti moramo kratke verige, ki omogočajo pošten zaslužek pridelovalcev hrane in konkurenčno ceno za potrošnika, onemogočiti velike trgovce, da ovirajo kmete, in pa zmanjšati delež zavržene hrane. S pozitivnimi ukrepi bomo dosegli ta cilj, ne s prepovedovanjem in s strahom.

Günther Sidl (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Ich erwarte mir von der *Farm-to-Fork*-Strategie einen ganzheitlichen Zugang zu einer nachhaltigen Lebensmittelerzeugung. Dazu gehören die Landwirte, die Verbraucher, die weiterverarbeitende Industrie, Lebensmittelketten, die Frage der Lebensmittelsicherheit, das Tierwohl, Umweltschutz, verpflichtende Klimaschutzmaßnahmen inklusive der Erhaltung der biologischen Vielfalt und vieles mehr entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Es geht darum, in Zukunft den Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika erheblich zu reduzieren. Es geht um Kreislaufwirtschaft und darum, die Lebensmittelverschwendung ebenso zu reduzieren. Und wir brauchen einen anderen Zugang zum Abschluss von Handelsverträgen und bei Gentechnikimporten nach Europa. Hier kommt der Kommission eine ganz entscheidende politische Rolle zu. Es geht um Glaubwürdigkeit in allen Politikbereichen.

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, ruokajärjestelmän kokonaisvaltainen tarkastelu tulee aivan tarpeeseen niin ympäristön kuin myös tuottajan kannalta. Pellolta pöytään -strategia antaa todella hyvän mahdollisuuden arvioida tätä koko pitkää ruokaketjua, mutta tämä ei saa tarkoittaa sitä, että vain rajoitetaan alkupäätä. Strategiassa onkin katsottava viljelijää ja tilatasoa kauemmas: varastointia, käsittelyä, pakkaamista, jakelua ja ruokahävikkiä. Ne kaikki vaikuttavat tilojen ulkopuolella, mutta heijastuvat sekä tilatasolle että myös ympäristöön.

Epäreilujen kauppatapojen direktiivi oli toivottavasti vasta alkua. On ymmärrettävä, että vain kannattava maatila voi tuottaa ruokaa ja olla hyväksi, myös ilmastolle. Siksi tässä strategiassa on luotava vielä vankempi pohja sille, että koko ruokaketju on kestävä, myös tilojen kannattavuuden ja tuottajan elintason kannalta.

Itse viljelijänä voin olla tyytyväinen. Meillä on tehty juuri sukupolvenvaihdos. Arvoisa komissaari, tähän meidän on pyrittävä: että eurooppalaiset nuoret voivat jatkaa tätä arvokasta ammattia.

Der Präsident. – Ich möchte nur eine Mitteilung machen: Die Nominierungen für die spontanen Wortmeldungen möchte ich mit dem jetzigen Moment abschließen. Wir haben genügend Nominierungen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass sich auch Personen auf der Liste finden, die in der Hauptdebatte gesprochen haben, die nehme ich nicht dran. Und jene, die während der Hauptdebatte eine „blaue Karte“ abgegeben haben, können auch nicht drankommen. Es handelt sich dabei um drei Personen, die sich gemeldet haben, die aber an der Debatte bereits teilgenommen haben.

Christine Schneider (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Die ehrgeizigen Ziele der *Farm-to-Fork*-Strategie werden wir nur mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie umsetzen können. Meine Vorredner haben bereits betont, wie wichtig es ist, dass wir die Landwirtschaft einbinden. Die Kernaufgabe unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist die Produktion gesunder Lebensmittel, und unsere Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Für mich von größter Bedeutung ist, dass die Kommission im Rahmen der *Farm-to-Fork*-Strategie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe in der EU gegenüber dem internationalen Markt sicherstellt. Zusätzliche Anforderungen, wie zum Beispiel die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln, werden nur realisierbar sein, wenn die Kommission und das Europäische Parlament offen für die Zulassung und Nutzung neuer Technologien sind. Wir brauchen auch eine faire Entlohnung der landwirtschaftlichen Produkte und die Anerkennung der Leistung unserer Landwirte für die Gesellschaft. Dabei spielt der Verbraucher eine Schlüsselrolle. Nur wenn der Verbraucher in die Lage versetzt wird, fundierte Entscheidungen bei der Auswahl der Lebensmittel zu treffen, werden wir dieses Ziel erreichen, und deshalb brauchen wir auch ein europäisch abgestimmtes *Food-Labeling*-System.

Clara Aguilera (S&D). – Señor presidente, señor comisario, conoce usted bien que la mayoría de esta Cámara estamos comprometidos con los Objetivos de Desarrollo Sostenible y, por supuesto, con nuestros compromisos con la Cumbre de París.

Evidentemente, tanto para mi grupo como para la mayoría de esta Cámara, esos son nuestros objetivos. Pero creo que no se pueden centrar dos grandes programas, la estrategia «de la granja a la mesa» o el Pacto Verde, que son grandes programas y generan grandes expectativas, en que la agricultura causa dificultades y en que hay que hacer grandes cambios en ella, sin reconocer lo que ya se viene haciendo. Es decir, no podemos centrarnos solo en la eliminación de fitosanitarios. Es un elemento importante, pero hay que facilitar a los agricultores la posibilidad de innovación, de control biológico y otros elementos. Tiene que dárseles alternativa a esta situación.

Sin complicidad y sin compromiso con la agricultura es imposible que este programa, que esta estrategia triunfe. Por lo tanto, con el compromiso de todos, saquémosla adelante. De espalda a los agricultores, no.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, Европейският съюз има амбицията да зададе световните насоки за устойчиво земеделие. Считаю обаче, че устойчива хранителна система може да бъде постигната само чрез цялостен, балансиран, справедлив и координиран подход. За да бъдат преходът и стратегията амбициозни и реално постижими, те трябва да бъдат обезпечени с нужния финансов ресурс и опростена регулаторна рамка. В тази връзка, апелирам към Комисията да гарантира синергията между различните линии на финансиране и различните стратегии, касаещи земеделието, както и да осигури силна взаимна допълняемост на политиките в различните области.

Няма съмнение, че земеделските производители ще имат централна роля за постигане на целите на стратегията, и те трябва да бъдат изслушвани, разбирани, подпомагани и насърчавани, а не да бъдат обект на несправедливи обвинения. Само ако всички заинтересовани страни имат участие в този процес, можем да постигнем един балансиран подход, околна среда и справедливи доходи за фермерите.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, nemáte to lehké, věřte, že zemědělci tuto diskuzi sledují, protože oni vědí, že ta strategie je o nich, a ta strategie musí být pro ně. Oni očekávají, že je podpoříme.

Oni totiž vědí, že dopady klimatických změn jsou primárně na ně. Oni vědí, že to nejsou dopady *Green Deal*, ale že to jsou dopady klimatických změn. Jestli v ČR dnes nemrzne, tak to znamená, že se množí choroby a škůdci a dá se očekávat nižší úroda. To není dopad *Green Deal*, ale je to dopad klimatických změn, proti kterým musíme bojovat, ale musíme v tom naše zemědělce podpořit. Oni také nesou náklady a rizika levnějšího dovozu ze třetích zemí. Pak je tady také výzva těch potravinových řetězců, už to tady kolega zmiňoval, protože většina lidí nakupuje v obchodních řetězcích a ty mají daleko větší sílu.

Prosím, mám na Vás tedy dotaz: Jakým způsobem se zasadíte o lepší postavení zemědělců vůči potravinovým řetězcům? To nás hodně trápí. Musíme podpořit aktivní zemědělce, kteří žijí na venkově, kteří se starají o půdu, lesy a zachovávají biodiverzitu. Prosím podpořme aktivní zemědělce.

Alessandra Moretti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, la catena alimentare è responsabile di una percentuale tra il 21 % e il 37 % delle emissioni totali di CO₂. Un sistema così concepito non è più sostenibile, anche alla luce della sfida che ci troviamo ad affrontare: produrre di più utilizzando meno risorse e garantendo a tutti cibo sano e di qualità.

Non sottovalutiamo il momento politico che stiamo vivendo. I cittadini sono sì dalla nostra parte e chiedono trasparenza e sicurezza, ma la legislazione da sola non basta. Serve un cambiamento radicale dell'intero sistema e del nostro stile di vita. L'approccio olistico è fondamentale. Serve maggiore sinergia tra le diverse politiche, salute e agricoltura in primis, che devono complementarsi e non scontrarsi.

Infine è sotto gli occhi di tutti una presa di coscienza da parte dei consumatori del valore del cibo, sotto il profilo della salubrità e dei processi che concorrono a portarlo sulle nostre tavole. Per questo dobbiamo concepire un sistema di etichettatura fronte pacco uniforme, che informi il consumatore senza influenzarlo e che si basi su solide giustificazioni scientifiche.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je voudrais d'abord dire que j'ai une grande confiance dans la production agricole européenne et que nous pouvons globalement être fiers de tout ce qui est produit chez nous. Après tout ce que j'ai entendu ce matin, c'est important de pouvoir le redire et de redire merci à nos amis agriculteurs.

La stratégie de la fourche à la fourchette, pour moi, c'est peut-être une réconciliation entre les consommateurs et les agriculteurs. Trois éléments me semblent essentiels. Premièrement, qu'il y ait dans cette stratégie une participation active du monde agricole, qu'il soit partie prenante de cette stratégie, ainsi que les consommateurs. Deuxièmement, qu'il y ait des garanties nouvelles en matière de financement et d'investissement pour permettre cette transition. Les agriculteurs n'ont pas à être la variable d'ajustement des budgets européens, ni la valeur d'ajustement dans le pacte vert; ils doivent être soutenus dans leurs investissements et dans la transition. Et enfin, troisièmement, l'élément essentiel est la protection: protection des consommateurs, protection des agriculteurs, protection de l'environnement. Elle ne pourra se faire que si les contrôles sont renforcés et si une équivalence est instaurée pour les produits importés sur notre territoire, pour mettre fin à certaines injustices et à certaines incompréhensions de la part des consommateurs.

Je vous souhaite bonne chance dans cette stratégie.

Mohammed Chahim (S&D). – Voorzitter, we moeten de koe nu bij de hoorns vatten. Een "Farm to Fork" Strategy – of een "van boer tot bord"-strategie – zonder hervorming van ons landbouwbeleid, is als het paard achter de wagen spannen. De boeren, die elke dag hard werken om een eerlijk product voor ons te maken, die goed zorgen voor hun dieren en verantwoordelijk omgaan met hun land- en watergebruik, hebben weinig baat bij dit beleid.

Het enige gemeenschappelijke aan dit beleid is dat in bijna elke lidstaat 80 % van de subsidie gaat naar de 20 rijksten. Als we hiervan een top 100 of een top 200 maken, zal daar niet één echte boer op staan, maar vooral multinationals en grootgrondbezitters, bedrijven die vaak miljoenen, soms wel miljarden omzet draaien.

Natuurlijk zijn we blij dat er een “van boer tot bord”-strategie komt, maar zonder hervorming van het landbouwbeleid laten we de boeren in de steek die goed omgaan met hun land- en watergebruik en blijven we vervuilende multinationals en rijke grootgrondbezitters vetmesten.

Jarosław Kalinowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Przed rolnikami i rolnictwem Unii Europejskiej nowe wyzwania i obowiązki, ale też i dużo większe obciążenia związane choćby z Europejskim Zielonym Ładem. Natomiast budżet na rolnictwo niestety proponuje się zmniejszyć. Jeżeli tak będzie, to się po prostu nie uda. Do tego dopłaty bezpośrednie muszą wreszcie trafiać do prawdziwych rolników. Patologią jest sytuacja, gdzie większość beneficjentów to nie rolnicy, a właściciele gruntów rolnych.

Panie Komisarzu, bardzo proszę odnieść się do informacji o planowanym przez Komisję Europejską nowym podatku, którym miałyby być obłożone produkty zwierzęce: mięso i nabiał. Miałoby to zmniejszyć konsumpcję, a tym samym zmniejszyć emisje gazów cieplarnianych. To bardzo niepokoi producentów, jak również konsumentów. Gdyby to miało być filarem tej strategii, to skończy się to pogorszeniem dochodów producentów żywności w Unii Europejskiej i konkurencyjności europejskiego rolnictwa.

Carmen Avram (S&D). – Domnule președinte, Green Deal se anunță a fi cea mai mare revoluție de la industrializare încoace, iar pe umerii fermierilor s-a pus poate cea mai grea sarcină. În condiții deocamdată neclare, dar cu siguranță mult mai dure, el va trebui să hrănească sănătos și sustenabil sute de milioane de oameni.

Doar că fermierul european e în pericol, și odată cu el revoluția noastră. Căci astăzi agricultura le pare multora o corvoadă, e prea grea, prea scumpă, prea expusă la factori imposibil de controlat, prea puțin răsplătită. Așa că mulți au abandonat-o deja și mulți se pregătesc să o facă. Pe cine punem în locul acestor oameni, de unde luăm generația de fermieri care să se implice în strategia „Farm to Fork” care să facă din Green Deal un obiectiv de succes?

Comisia Europeană trebuie să aibă în vedere ca în paralel cu strategiile ambițioase, deja anunțate, să mai demareze una, un program urgent de încurajare și de pregătire a tinerilor să se întoarcă în zona rurală și să preia misiunea de a duce la bun sfârșit revoluția despre care astăzi vorbim.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la stratégie de la fourche à la fourchette a le potentiel d'apporter beaucoup à notre secteur agroalimentaire ainsi qu'au consommateur final, mais pour réussir, il faudra faire preuve de cohérence et de réalisme.

Cohérence, car l'enjeu climatique nécessite un budget conséquent, à la mesure du défi auquel nous sommes confrontés. Nous ne pouvons pas accepter les coupes budgétaires proposées et demander à nos agriculteurs de faire plus avec moins. Nous devons également parfaire l'articulation entre la réforme de la PAC en cours et le pacte vert.

Réalisme, car nous devons absolument fonder nos décisions sur la science, et non pas sur l'idéologie. Ne menons pas nos secteurs dans des impasses techniques et ne les privons pas de technologies innovantes, alors que le monde et nos concurrents avancent à grands pas.

Enfin, rappelons-nous que nos agriculteurs sont la solution, qu'il faudra qu'ils soient au cœur de notre stratégie, et qu'il faudra aussi répondre aux impératifs vitaux de viabilité économique et de compétitivité.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, ik heb een punt van orde. U heeft net aangegeven dat mensen die een blauwe kaart hebben getrokken niet in aanmerking komen voor “catch the eye”. Ik vind dat dit in het Reglement moet worden opgenomen. Anders maak ik daar bezwaar tegen, want als u dat bij het begin van het debat had gezegd, had ik de blauwe kaart niet getrokken. Ik vind dus dat ik recht heb op de “catch the eye”-procedure.

Der Präsident. – Es muss nicht in die Geschäftsordnung, Herr Kollege, weil in der Geschäftsordnung auch steht, dass der Präsident entscheidet, wieviele „blaue Karten“ und welche wir drannehmen können. Als ich den Vorsitz übernahm, habe ich gesagt, wie ich dabei vorgehe, weil ich zuviele Wortmeldungen habe; und weil ich zuviele Wortmeldungen habe, musste ich eine Einteilung treffen, wie ich damit umgehe.

Spontane Wortmeldungen

Traian Băsescu (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, agricultura este una din activitățile economice vitale ale Europei, dar și în România.

Din păcate, concurența, competiția pe piața europeană între agricultori este profund deformată de nivelul de subvenții acordate. Spre exemplu, în România, la hectar, subvenția este de 190 de euro, în Franța, de 420 de euro. Sigur, nu pledez pentru reducerea subvenției în Franța, dar pledez pentru creșterea subvenției pentru fermierii români.

Același fenomen se petrece și în creșterea de animale. Au ajuns cei din industrie să importe din țările vechi ale Uniunii Europene materie primă, iar materia primă nu se vinde în România pentru că este mai scumpă decât cea din celelalte state membre.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, we hebben hier vandaag een heel boeiend debat gehad over de “van boer tot bord”-strategie. Het is absoluut nodig dat we het voeren.

Ik ben een boerendochter en ik moet eerlijk zeggen dan we in dit debat ook even moeten nadenken over het feit dat we de boeren niet altijd de schuld van alles moeten geven. Natuurlijk moeten de boeren meewerken aan de Green Deal en aan de maatregelen. Maar laat ons eerlijk zijn: de afgelopen jaren – houd u vast – zijn er per dag duizend bedrijven verdwenen in de Europese Unie. Duizend boeren per dag die verdwijnen in de Europese Unie. Dat doet mij pijn. Vier miljoen over de laatste jaren.

We hebben in Vlaanderen een mooi televisieprogramma: “Boer zkt Vrouw”. Ik vrees dat we binnenkort een programma moeten maken “Europa zkt Boer”. Daarom vraag ik u, commissaris, zet in op de landbouw. Laat de landbouw overleven. Wat moeten we daarvoor doen? We moeten de positie van de boeren in de keten versterken, nieuwe markten openen, betere prijzen, jonge boeren ondersteunen, en vooral: los die Ruslandboycot op.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, on hyvä, että komissio on tuonut esille tämän pelloilta pöytään -strategian. Toivottavasti se on myös laajasti ruokapoliittinen kestävä ruoan ohjelma, jolla puututaan koko tuotantokaareen alkutuotannosta aina ruokahävikkiin asti ja jonka avulla pyritään tekemään ympäristön kannalta, tuottajan kannalta ja ihmisten terveyden kannalta parhaita mahdollisia valintoja, jotka tuottavat tiedetysti myös reilun tulon tuottajille kehityksmaissa ja meillä, eläinten kunnollisen kohtelun, terveellisen ruoan ja vähentävät ympäristökuormitusta ja auttavat ratkaisemaan ilmastonmuutosta. Me tiedämme, että tämä on mahdollista. Meidän nykyinen maatalouspolitiikkamme – yhteinen maatalouspolitiikka ja sen rahoitus – eivät vain tuota tätä tulosta. Aiotteko myös korjata YMP-esitystä tämän mukaisesti, niin että se tukisi kestävä ruoan politiikkaa?

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, venho do mundo rural onde, infelizmente, conhecemos bem o impacto que a PAC teve nas nossas terras, nas nossas gentes e nas nossas vidas. Por isso nos preocupa esta estratégia «do prado ao prato».

Como pensam garantir um rendimento justo aos produtores para que produzam alimentos de qualidade ou evitar o abandono do mundo rural sem afrontar os fundamentos da atual Política Agrícola Comum?

Como vão garantir alimentos seguros e disponíveis a todos com as vossas orientações neoliberais que promovem apenas a competitividade e abrem os setores primários à concorrência mundial, que alimentam modelos insustentáveis de produção intensiva e o agro-negócio e que põem em causa a biodiversidade e os próprios limites do planeta?

A soberania alimentar, a promoção de circuitos curtos de distribuição, a defesa da pequena e média agricultura, da agricultura familiar e do mundo rural devem ser partes do caminho que vai «do prado ao prato», e isso não é compatível com os interesses que os senhores representam e servem.

Salvatore De Meo (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, questo è un momento delicato. Gli agricoltori – vorrei che venisse chiaro questo concetto – sono economia viva, viventi, sono passione, sacrificio, lavoro vero, rappresentano un *know how* che si è tramandato in generazioni e si rigenera.

Da qui sento parlare spesso di sfide, ma vorrei ricordarvi che gli agricoltori ogni giorno accettano una sfida, combattono e sono pronti a raccogliere altre sfide, ma dobbiamo renderli protagonisti, non possiamo colpevolizzarli. Vorrei che venisse chiaro che qui c'è un'agricoltura di qualità, un'agricoltura che non significa essere in contrasto con il *Green Deal*.

Noi abbiamo ben presente che la politica agricola comunitaria è stata un elemento caratterizzante del processo integrativo dell'Unione europea ed è per questo che è una realtà rispetto a tante altre sfide che sono meritevoli ma che vanno sperimentate. Abbiamo il dovere con questa iniziativa di spingere sulla stagionalità, sulla territorialità, su una corretta informazione che non si può sintetizzare in un semaforo e in un algoritmo, perché dietro ogni prodotto c'è una storia e un'identità di un territorio.

Milan Uhrík (NI). – Vážený pán predsedajúci, kolegovia, my sme sa snažili tú stratégiu z farmy na stôl implementovať už na úrovni regionálnej samosprávy na Slovensku a tiež sme chceli do škôl nakupovať slovenské regionálne potraviny, lenže narazili sme práve na legislatívu Európskej únie. Pretože keď sme vyhlásili verejné obstarávanie, nemohli sme dať podmienku na geografický pôvod potravín a zákonite teda tie verejné obstarávania vyhrávali, vyhrávali rôzni dovozcovia lacnejších zahraničných potravín. Ani sa nie je čo čudovať, že tie zahraničné potraviny boli lacnejšie, pretože tie dotácie Európskej únie sú naozaj nespravodlivo nastavené. Rádovo na Slovensku dostáva nejaký poľnohospodár, farmár zhruba 200 EUR na hektár, v Rakúsku 250, v Nemecku 300, v Taliansku dokonca 400, hovorím o prvom pilieri CAP. Nehovoriac o tom, že 80 % týchto dotácií ide 20 % najväčším fariem, čiže o nejakej podpore malých, lokálnych farmárov nie je, ani nemôže byť reči a nakoniec to nie je stratégia z farmy na stôl ale z kamióna do veľkoskladu, čiže toto treba zmeniť.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Domnule președinte, strategia aceasta trebuie să asigure trei lucruri clare.

În primul rând, suport pentru fermieri, și aici vorbesc de subvenții, despre facilități fiscale și consultanță. În al doilea rând, suport pentru consumatori și toți vrem produse sigure, etichetate corespunzător și după același standard. Și în același timp, în al treilea rând, suportul pentru mediu.

Dar această strategie trebuie să fie dublată de măsuri concrete și obligatorii.

Și de aceea vă cer astăzi, domnule comisar, pentru că eu vin din România, aceleași subvenții pentru agricultorii români, similare cu cele care sunt în Franța, Austria sau în Germania. Pe de altă parte, aceleași standarde alimentare, același tip de alimente să fie comercializate în toată Europa, pentru că toți ne lovim de dublul standard, și în special în țara mea, România.

Și în al treilea rând, inițierea unui program de consultanță prin care fermierii din toată Europa să fie ajutați în a accesa fondurile necesare pentru agricultură ecologică.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it isn't that often that I agree with my colleague Mr Wallace, but I agree with him completely in the distinction he makes between the factory feedlots and the small farms in the West of Ireland and, indeed, probably in rural Europe as well. Those small family farms are genuine grass-based farms, producing nutritious food in the best possible environmental ways, and they are the people who will take care of the environment for us. I think that the feedlots are trading on the back of this. There's no distinction made between their food and the food that's produced by the genuine farmers. They're getting huge CAP payments which they neither need nor deserve. I think there's an opportunity now, under the next CAP and also under Mr Timmermans' Farm to Fork Strategy, to make that distinction so that those who are genuinely needful of support will get it, and especially those who are actually genuinely producing grass-based food, not factory lots.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Janusz Wojciechowski, członek Komisji. – Panie Przewodniczący! Bardzo dziękuję za wszystkie wypowiedzi. Przepraszam, że się nie odniosę do każdej z nich, dlatego że czas, który mi przysługuje, nie pozwala na to, ale to była naprawdę bardzo ciekawa i potrzebna debata i dobrze, że ona się odbyła właśnie teraz. Dlatego też jeszcze raz dziękuję Panu Linsowi i komisji do spraw rolnictwa za tę inicjatywę.

My jeszcze nie mamy strategii „od pola do stołu”, my pracujemy nad tą strategią. Przesądzone są pewne kierunki, w jakich ona pójdzie, bo o tym już zdecydował Zielony Ład, ale mamy jeszcze czas na wprowadzenie wielu Państwa postulatów, również tych, które padły na tej sali. Wykorzystam tę debatę – uczestnicząc w pracach nad strategią, w tym zakresie, w jakim dotyczy ona mojego zakresu odpowiedzialności, będę chciał jak najwięcej tych Państwa sugestii wykorzystać w tej pracy. Tylko przypomnę, że odpowiedzialnym komisarzem jest komisarz do spraw zdrowia Pani Kyriakides. Ja oczywiście pracuję nad tą częścią rolniczą i o niej dzisiaj głównie rozmawialiśmy, bo rolnicy są tymi głównymi odpowiedzialnymi, jeśli chodzi o przyszłą realizację strategii. I w pełni się zgadzam z tymi wypowiedziami, zresztą sam o tym mówiłem również, że to musi być zrobione z rolnikami, a nie przeciwko rolnikom, że musimy wykorzystać zachęty. Ja dlatego tak dużo mówiłem o budżecie, że po to, żeby na przykład zachęcać rolników do programów ograniczania zużycia środków ochrony roślin, nawozów, do lepszej gospodarki wodnej, do innych działań prośrodowiskowych, trzeba mieć na to środki. One muszą być w pierwszym filarze wystarczające, bo to będą ekoprogramy, to muszą być środki w drugim filarze działania, różne działania środowiskowe. I dlatego tak ważny jest ten budżet.

Państwo tutaj podnosili kwestię kolejności, ja też wolałbym być w takiej sytuacji, że mamy przyjęte strategie i teraz do tych strategii dopasowujemy wspólną politykę rolną. Jesteśmy w innej sytuacji, te założenia wspólnej polityki rolnej zostały opracowane jeszcze w 2018 roku. Komisja Pani Przewodniczącej von der Leyen nie proponuje nowej polityki rolnej, bo nie mamy na to po prostu czasu. Chcemy jak najszybciej doprowadzić do końca prace nad wspólną polityką rolną, dostosowując ją, i to będzie nasza wspólna praca, współpraca też między Komisją, Parlamentem i Radą, żeby te reguły wspólnej polityki rolnej dostosować do tych strategii, które przyjmujemy.

Strategia i te działania, które ona przewiduje, są szansą przede wszystkim dla mniejszych i średnich gospodarstw, tych gospodarstw, które tak szybko nam znikają, które tak szybko tracimy. I jest miejsce w Europie dla różnych typów gospodarstw – dla większych, bardziej intensywnych, i dla mniejszych, prowadzących bardziej ekstensywną czasami gospodarkę. One są szczególnie – te mniejsze gospodarstwa – przygotowane do tych wyzwań środowiskowych, łatwiej będzie im spełnić te warunki. Chodzi o to, żeby te wielkie gospodarstwa nie powodowały zanikania tych małych, musi być równowaga.

To zrównoważenie musi być również jeśli chodzi o relacje między różnymi typami gospodarstw w rolnictwie europejskim. Rolnictwo ekologiczne ma wielką szansę. W ramach tej strategii będziemy robić wszystko, żeby rozwijać gospodarstwa ekologiczne, ale nie tylko zwiększać powierzchnię tych gospodarstw, ale promować konsumpcję, docierać do konsumentów, pokazywać walory tej żywności. Zresztą w ogóle żywność europejska, i to jest nasz sukces, sukces rolnictwa europejskiego, jest najwyższej jakości w świecie, spełnia najwyższe standardy i to jest atut, jeśli chodzi o rynki światowe.

Musimy oczywiście chronić naszych producentów. Wiele głosów Państwa tutaj dotyczyło ochrony w imporcie naszych rolników. Tak, powinniśmy wymagać tych samych standardów, które są od nas wymagane. Tu pewne ograniczenia biorą się też ze Światowej Organizacji Handlu i reguł, które tam obowiązują.

Plany strategiczne będą kluczowymi dokumentami, na których będziemy pracować. Ja mogę Państwu rzetelnie przyrzec, że oceniając plany strategiczne przedstawione przez państwa członkowskie zrobię wszystko, żeby było tam jak najmniej zbędnej biurokracji, żeby biurokracja nie hamowała rozwoju rolnictwa, i żeby nie utrudniała życia rolnikom, bo to się czasem zdarza. Potwierdzam, że takie sytuacje mają miejsce.

Jeszcze raz bardzo dziękuję za interesującą, bardzo interesującą dyskusję. Myślę, że nie tylko my w tej sali, ale i nasi rolnicy uzyskali pewną ocenę sytuacji, w jakim kierunku zmierzamy. Zapewniam jeszcze raz, że Komisja Europejska robi wszystko, żeby ta polityka, te strategie, i zarówno Zielony Ład, jak i strategia „od pola do stołu”, były realizowane z rolnikami, dla ich dobra i dla dobrej przyszłości rolnictwa w Europie.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Асим Адемов (PPE), *в писмена форма*. – Стратегията „От фермата до трапезата“ допълва опасенията на фермерите, че върху тях се пада тежестта на екологичния преход. Земеделските стопани са част от решението, а не от проблема по въпроса с изменението на климата. Те, обаче, са само едно звено от цялата агрохранителна система, наред с преработвателите, търговците, потребителите. Като част от тази система всички ние сме солидарно отговорни за въздействието върху околната среда. Необходима е промяна в мисленето ни като потребители. Готови ли сме да заплатим по-висока цена за храни, произведени по екологичен и устойчив начин? Постигането на целите на Зеления пакт за нулево замърсяване и намалена употреба на химически пестициди зависи от съвместната ни работа със земеделските производители. Ако искаме резултати, трябва да работим заедно с фермерите, а не срещу тях. Те трябва да бъдат включени в дебата по стратегията възможно по-скоро. Вместо непрекъснато да им вменияме нови задължения и все по-високи изисквания, трябва да помислим как да ги стимулираме, за да внедрят екологичните практики в стопанствата си. Необходими са нови инструменти за финансиране на прехода, а не това да се случи за сметка на бюджета по ОСП. Не бива да отлагаме приемането на новата ОСП заради Зеления пакт, защото фермерите се нуждаят от сигурност и предвидимост.

Billy Kelleher (Renew), *in writing*. – Irish farmers rely on CAP funding for up to 56% of family farm income (Teagasc National Farm Survey 2017). If 40% of CAP is to be dedicated to climate action then the overall budget must be increased to ensure adequate and essential funding is still provided to small, family farms. Additionally, outdated farm vehicles contribute more to greenhouse gases and pollution, therefore the CAP should provide financial aid to farms looking to update their machinery to more environmentally friendly models, which will lessen their carbon footprint. Farmers are the custodians of the land. It is in their interests for that land to be healthy and usable. They can and want to be our biggest allies in helping protect the planet, but we must bring them with us, and not alienate them. The Mercosur deal is not good for farmers or for the environment. Europe does not need to import beef from South America. The production and transportation of such beef would be detrimental to meeting our carbon reduction targets. We already have a supply of quality beef from Member States, including Ireland, and the deal makes no sense in terms of the commitments under the European Green Deal to implement it.

Riho Terras (PPE), *kirjalikult*. – „Põllult pöske“ ehk „Farm to Fork“ on igati väärt initsiatiiv. Kuid siinkohal tahaksin ma meelde tuletada, et kvaliteetse põllumajandustoodangu garanteerimisel on mängus ka teised faktorid. Selleks, et põllumajandus oleks eluterve ja jätkusuutlik, on tihtipeale vaja sektorit rahaliselt toetada. Praegune Euroopa Liidu toetuste süsteem külvab aga ebaõiglust, kuna meie toetused Eestis on Lääne- ja Lõuna-Euroopa omadest palju väiksemad. Lisaks kahjustavad oluliselt suuremad toetused ülejäänud Euroopas just meie põllumeeste konkurentsivõimet. Sellepärast olengi seisukohal, et Euroopa Liidu põllumajandustoetused tuleb kas võrdsustada või üldse ära kaotada. Mind absoluutselt ei rahulda „selgitus“, et ülejäänud Euroopa saab suuremaid toetusi, kuna nende toetusmäärad said kunagi sätestatud iidsete kriteeriumite järgi enne meie Euroopa Liiduga liitumist. Arvestades, et erinevalt Lõuna-Euroopast ei ole meie laiuskraadil võimalik saada kahte või kolme saaki aastas, peaksid meie toetused olema vähemalt sama suured kui Lääne- ja Lõuna-Euroopas.

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

4.1. Republik Guinea, insbesondere die Gewalt gegen Protestierende

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zu Guinea, insbesondere zur Gewalt gegen Protestierende (2020/2551(RSP)).

Pierrette Herzberger-Fofana, *auteure*. – Monsieur le Président, la République de Guinée vit une période difficile, marquée par une violence accrue qui menace la stabilité démocratique. Le pouvoir politique et la souveraineté sont et doivent rester entre les mains du peuple. La volonté du peuple doit être respectée et se refléter dans les institutions étatiques.

Depuis l'année dernière, lorsqu'un référendum a été annoncé qui visait à modifier la constitution, l'opposition politique ainsi que la société civile ont contesté cet avant-projet et le climat politique a basculé dans la violence. Lors des manifestations, des abus de toutes parts ont eu lieu. Les violences policières ont fait de nombreuses victimes, ce qui a causé une grande émotion, voire une inquiétude au sein de la communauté internationale, par exemple lorsque la police a utilisé une femme comme bouclier pour se protéger des jets de pierres lancées par des manifestants. Le monde entier a été choqué par cette recrudescence de la violence.

La question cruciale que l'on peut se poser est: d'où vient cette violence, qu'est ce qui la provoque? Nous encourageons la Guinée à s'ouvrir à un dialogue afin de trouver des réponses idoines à cette question cruciale et à instaurer d'autres processus participatifs qui permettent de tenir compte des différentes idées politiques de manière paisible et inclusive. Nous exhortons la Guinée à tout mettre en œuvre pour mettre fin à cette situation délétère. Il est inadmissible que des manifestants soient battus, reçoivent des bombes lacrymogènes et subissent d'autres sévices. Nous déplorons le décès de tous ceux qui ont perdu leur vie lors de ces manifestations.

Le gouvernement guinéen a mis l'accent sur la souveraineté de la Guinée et a déclaré qu'aucun autre État ou acteur politique extérieur ne pourra prendre des décisions pour le pays. Pourtant, au sein du pays, il ne faudrait pas exclure ou menacer les groupes de population qui ne soutiennent pas la ligne politique choisie par le gouvernement en place.

Il est important pour l'Union européenne de bien élaborer notre partenariat avec l'Afrique, de nuancer et multiplier nos relations avec des acteurs diversifiés, de soutenir l'état de droit, les droits humains et le processus dit démocratique, inclusif, chez nous et chez nos partenaires en Afrique.

Maria Arena, auteure. – Monsieur le Président, Alpha Condé doit se rendre à l'évidence: son projet de troisième mandat est porteur de germes d'instabilité pour la Guinée, mais aussi pour la région.

Les manifestations de l'opposition et de la société civile contre ce référendum ont donné lieu à une violente répression de la part des forces de sécurité guinéennes, qui ont littéralement ouvert le feu sur des manifestants non armés. Ces violences mettent en lumière l'incapacité des forces de sécurité à répondre de manière adéquate aux situations de crise dans le pays et ce, depuis des années. Depuis octobre 2019, au moins 28 civils ont été tués dans ces manifestations. Si l'on remonte à 2015, ce sont plus de 70 manifestants qui ont perdu la vie. Dans ce pays, l'opposition est bâillonnée, la liberté de parole est réprimée et la population a la peur au ventre.

Nous condamnons cette violence et exhortons, d'une part, le gouvernement guinéen à améliorer la gestion des manifestations afin de créer un environnement sécurisant pour les manifestants et, d'autre part, nous demandons à ce qu'une enquête soit ouverte à l'encontre des auteurs de violences et de meurtres. De plus, nous appelons à la libération immédiate des personnes ayant été emprisonnées pour avoir exercé leur droit fondamental à manifester.

Nous regrettons la décision prise par le président Condé au sujet de la constitution et de son troisième mandat, qui pourrait porter atteinte à l'état de droit et à la démocratie. Alpha Condé, jadis défenseur de la démocratie et de l'alternance, devrait se souvenir d'où il vient. Enfin, nous appelons le président à travailler avec la Cedeao afin de trouver une solution démocratique à cette crise politique, avec comme pilier central les droits de l'homme. Nous appelons aussi le Service pour l'action extérieure à s'engager aux côtés de la Guinée dans un dialogue et une médiation pour faire face aux violences liées à ces élections.

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

Ryszard Czarnecki, autor. – Pani Przewodnicząca! Myślę, że trzeba presji, presji Unii Europejskiej, ale nie próśb, nie jedynie zwracania uwagi, ale wręcz uzależnienia naszej pomocy humanitarnej, i ekonomicznej zwłaszcza, dla tego państwa od tego, czy będą tam przestrzegane podstawowe standardy. A prezydentowi Gwinei warto przypomnieć doświadczenia europejskie – o tych premierach na naszym kontynencie, którzy stracili władzę w wyniku referendum, które przeprowadzili: premier Matteo Renzi we Włoszech – referendum konstytucyjne, premier Cameron – referendum w sprawie brexitu. Ci wszyscy premierzy przestali być premierami, bo takie referenda przeprowadzili. Myślę, że to może być argument dla prezydenta Gwinei.

Idoia Villanueva Ruiz, *autora*. – Señora presidenta, protestar no es un delito, es un derecho humano; es un derecho político; es la legítima respuesta de los pueblos para hacerse cargo de su destino. Algo que no debería ser necesario recordar. Sin embargo, estamos viviendo un retroceso generalizado de los derechos civiles y políticos en el mundo —la represión de la protesta—, como pude ver de primera mano en Chile. Pero también está pasando en Europa, Oriente Medio o Asia.

Hoy hablamos de Guinea —que vive manifestaciones masivas que piden que no sobrepase el límite constitucional de dos mandatos presidenciales—. Nos sumamos a la solidaridad de la gente que se manifiesta en las calles, a las demandas de los organismos de derechos humanos africanos y de las Naciones Unidas. Queremos que se respete el derecho de manifestación, cesen las violaciones de derechos humanos y se ponga en libertad a manifestantes, periodistas y defensores de los derechos humanos.

Pero también hoy queremos denunciar el doble rasero de la Unión Europea, que dice defender los derechos humanos, pero no cesa de vender material de armamento en casos como el de Guinea; que no actúa para que las multinacionales europeas respeten los derechos humanos; que instrumentaliza la ayuda al desarrollo para el control de las fronteras y que no invoca las cláusulas de derechos humanos en sus propios Tratados, ni siquiera ahora en el Acuerdo de Cotonú.

David Lega, *author*. – Madam President, those who need to change the constitution to stay in power should probably consider a change of career path. That obviously goes for people like Vladimir Putin, but it certainly goes for Alpha Condé as well. And that, my friends, is not the only thing that those two presidents have in common. On top of their shared flair for gunning down citizens voicing their concerns, imprisoning journalists reporting their stories, and persecuting opposition leaders exercising their democratic rights, Condé and Putin are in the mining business together.

As the holder of the world's largest reserves of bauxite, from which aluminium is created, Guinea has something that Russia wants. Russian firm Rusal, the largest producer of aluminium outside of China, gets 27% of its bauxite from Guinea, and that makes Guinea the single most important source of the company's total bauxite production. So it's not much of a surprise, then, that Russia's former ambassador to Guinea openly backed Mr Condé's unconstitutional attempts to stay in office.

Since 2002, 11 African leaders have taken doubtful measures to prolong their time in office. Alpha Condé is about to become number 12 on that not-so-very-flattering list. One needs to know when it's time to let go and to step down, because the people of Guinea deserve their democracy embedded in their constitution that they have fought so long and hard for. The people of Guinea deserve better.

Jan-Christoph Oetjen, *Verfasser*. – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einst war Präsident Alpha Condé Hoffnung für eine demokratische Zukunft in der Republik Guinea. Heute, am Ende seiner zweiten Amtszeit, werden Parlamentswahlen verschoben und eine Verfassungsänderung angestrebt, und es wird davon ausgegangen, dass er eben ein drittes Mandat anstrebt. Schlimmer aber noch: Demonstrationen werden niedergeschlagen; Demonstrationen, die aufkommen, weil eben diese Verfassungsänderung vorgeschlagen wurde, und das sind Menschen, die sagen: Wir sind damit nicht einverstanden, wir wollen, dass demokratische Wahlen stattfinden, so wie unsere Verfassung in unserem Land es vorsieht. Aber die Regierung schlägt diese Demonstrationen nieder, verhaftet Oppositionelle und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das können wir nicht zulassen und das verurteilen wir an dieser Stelle aufs Schärfste.

Wir erwarten von der Regierung, dass Menschen- und Bürgerrechte eingehalten werden; vor allen Dingen aber, dass Oppositionelle sofort freigelassen werden, wenn sie aus politischen Gründen verhaftet wurden, und wir erwarten, dass das Demonstrationsrecht gewahrt wird, damit Menschen ihre Meinung äußern können. Das Beste wäre, wenn diese Menschen endlich in einer Parlamentswahl ihre Meinung äußern könnten, denn demokratische Wahlen sind das, was das Volk der Republik Guinea jetzt verdient, und dies sollte auch dringend demnächst stattfinden. Ein weiteres Verschieben darf es nicht geben, das Projekt einer Verfassungsänderung muss zurückgenommen werden. Alpha Condé kann keine dritte Amtszeit haben, sondern das Volk von Guinea muss jetzt das Wort haben.

Seán Kelly, *thar ceann an Ghrúpa PPE*. – A Uachtaráin, nuair a toghadh an tUachtarán Alpha Condé in 2010, ceapadh go raibh ré nua órga dhaonlathach i ndán don Ghuine. Ach, cosúil le a lán daoine, nuair a chuaigh sé i gcumhacht, bhí ardmheas aige ar an gcumhacht agus theastaigh uaidh an chumhacht a choimeád dó féin. Tháinig sé anuas go trom ar dhaoine a bhí ag déanamh agóide agus ar lucht an fhreasúra.

Anois feicimid go bhfuil sé ag iarraidh an bunreacht a athrú i dtreo is gur féidir leis fanacht i gcumhacht ar feadh tréimhse níos faide. Ní nach ionadh go raibh mórshiúlta agóide ann. Ach cad a tharla? Tháingadar anuas go trom orthu arís. Lámhachadh daoine agus mar sin de.

Dá bhrí sin, is ceart agus is cóir go bpléifimis an cás seo inniu faoin nGuine agus go gcuirfimis gach brú is féidir ar an Uachtarán Alpha Condé chun an bunreacht a leanúint, ionas go mbeidh toghcháin shaora acu anois.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, ventos antidemocráticos sopram na Guiné-Conacri, onde Alpha Condé, que preside o país há dez anos, se prepara para submeter a referendo uma alteração constitucional feita à sua medida, de forma a permitir a candidatura a um terceiro mandato.

A intenção de referendar a Constituição, a que se juntou a marcação de eleições legislativas para a mesma data, gerou, naturalmente, uma onda de protestos no país, tendo as autoridades reagido com prisões arbitrárias e agressões violentas, que provocaram centenas de feridos e mais de duas dezenas de mortos.

A ação dos partidos da oposição e das organizações da sociedade civil foi condicionada e foram agravados os limites à liberdade de expressão e de informação. O direito de manifestação foi fortemente cerceado pelas forças policiais.

Ora, neste contexto, a União Europeia e os parceiros regionais, como a CEDEAO, devem estar atentos e pedir responsabilidades e esclarecimentos adicionais relativamente à escalada da violência do Estado no país, insistindo junto das autoridades para a importância da realização de eleições legislativas, justas e livres. Para isso, deve ser assegurada a independência e a robustez da Comissão Nacional de Eleições e assegurada a participação dos vários partidos políticos no exercício democrático.

A estabilidade na Guiné-Conacri, como nos países vizinhos, é essencial. Não é aceitável que decisores políticos, levados pelo desejo de perpetuação no poder, agravem as difíceis situações de vida enfrentadas pelas suas populações.

A situação exige toda a nossa atenção e vigilância, bem como da comunidade internacional, num momento sensível para o futuro da Guiné-Conacri.

Lars Patrick Berg, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich bin ein wenig überrascht, dass die Republik von Guinea Gegenstand dieser Dringlichkeitssitzung ist. Wir alle sind uns der Demonstrationen und der Gewalt im Lande bewusst, aber es gibt eine Menge Vermutungen und Annahmen in der vorliegenden EntschlieÙung. Selbst der Rat, den das Sekretariat des DROI-Ausschusses bei Amnesty International eingeholt hat, ist vorsichtig in seinen Behauptungen, und in der Tat spricht man darin auch von gewalttätigen Demonstrationen gegen die Regierung. Dann müssen wir nicht überrascht sein, wenn es auch gewalttätige Gegenreaktionen der Sicherheitskräfte gibt.

Präsident Condé war der erste demokratisch gewählte Präsident der Republik von Guinea, und er hat erklärt, dass er die Verfassung reformieren möchte, weil sie ein Überbleibsel der Kolonialzeit darstellt. Das ist keine Diktatur, er bietet ein Referendum zu diesem Thema an, es sind auch Wahlen geplant, die den Wählern die Möglichkeit geben werden, über die Zukunft der Republik Guinea selbst zu entscheiden. Eines der Probleme besteht auch darin, dass einige Oppositionsparteien nicht nur mit einem Wahlboykott drohen, sondern auch damit, die Wahlen überhaupt nicht durchzuführen.

Anstatt der Megafon-Diplomatie, die diese Dringlichkeitsdebatten immer wieder darstellen, können wir vielleicht konstruktiv mit den Behörden zusammenarbeiten. Die Menschen in der Republik von Guinea haben die Wahl, ob sie ihre Verfassung ändern wollen, und ein Referendum ist ein demokratischer Weg nach vorne. Halten wir uns heraus aus Dingen, die uns nichts angehen, und hören wir auf, Erklärungen abzugeben, die eine ernste Situation nur noch verschlimmern können.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il 2019 è stato un anno che ha visto un'ondata di proteste in tutti gli angoli del mondo, in paesi molto diversi tra loro per livelli di sviluppo, cultura democratica e ricchezza.

Anche nella Repubblica di Guinea è in corso una rivoluzione sociale, con una crescente domanda di democrazia partecipativa. Dal 14 ottobre in tutto il paese sono state organizzate manifestazioni contro l'ingiusta riforma costituzionale del presidente Alpha Condé. Proteste segnate da gravi atti di violenza da parte dei manifestanti, ma soprattutto da parte delle forze di sicurezza. Abbiamo visto che, come purtroppo troppo spesso accade, la risposta prediletta dell'autorità messa in discussione risiede semplicemente nella repressione violenta del dissenso, con arresti arbitrari e limitazioni delle libertà fondamentali.

Collegli, la situazione è fortemente preoccupante. Noi dobbiamo seguire con forza ciò che sta accadendo, pretendere un dialogo inclusivo tra tutte le forze sociali e collaborare con gli attori regionali internazionali per evitare una guerra civile, ma soprattutto dobbiamo pretendere dalle nostre aziende che smettano di esportare armi in paesi dove possono essere utilizzate contro il popolo e contro l'opinione pubblica.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, l'époque de Sékou Touré est désormais lointaine et celle de l'influence française en Afrique s'éloigne. Aujourd'hui, la Guinée-Conakry est confrontée à un lourd héritage, à une volonté d'émancipation de la tutelle coloniale et à de lourdes difficultés à atteindre les promesses que l'État a faites aux différentes composantes de la société guinéenne.

Au cœur des déséquilibres constants entre ses composantes, la Guinée-Conakry fait l'objet de très lourdes interférences étrangères qui n'arrangent rien à la situation. Les nations européennes et les États-Unis peuvent être intellectuellement opposés au référendum à venir dans le pays, mais la Guinée-Conakry est indépendante et cette nation peut choisir librement de modifier sa constitution, si tel est son souhait.

Aujourd'hui, le président Alpha Condé fait l'objet de très nombreuses critiques quant à sa gestion de l'ordre public. Oui, les violences contre les manifestants sont inadmissibles, mais les atteintes portées par les manifestants à l'ordre public, comme le révèlent certains documents, sont tout aussi inadmissibles.

Aussi, voulons-nous simplement continuer à avoir une influence en Afrique, ou voulons-nous définitivement nous effacer devant la Chine, la Russie ou l'Inde? Pourquoi, d'ailleurs, s'indigner de cette réforme constitutionnelle, comme cela a été dit par l'un de mes collègues, quand, depuis 2000, plus de 10 pays ont décidé de changer leur constitution et certains dirigeants, de prolonger leur présence au pouvoir – puis-je rappeler par exemple qu'au Cameroun, c'est le même dirigeant depuis 38 ans?

Cette résolution illustre, une fois de plus, notre impuissance. Si aujourd'hui nous voulons avoir un rôle, il y a un référendum qui doit donner au peuple guinéen la possibilité de choisir ou de refuser cette réforme constitutionnelle, et je pense que nous nous honorerions à faire en sorte que ce référendum se passe légalement, honnêtement – mais ensuite, c'est aux Guinéens de choisir leur constitution.

Spontane Wortmeldungen

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já trochu přemýšlím nad tím, proč zpochybňovat to, že jsme otevřeli tuto debatu. Já si myslím, že my chceme mít vliv v Africe. My chceme opravdu, aby Afrika si prošla tím vývojem od toho koloniálního období do období demokratického.

Já jsem třeba byl osobně velmi nadšen, když se prezident Condé v roce 2010 ujal vlády v Guineji a viděl jsem kroky, které dělal. Měl jsem pocit, že vlastně se ta situace v této zemi, která je mimochodem velmi nádherná a plná nerostného bohatství, začíná prostě měnit.

Jsem poměrně dost konsternován z toho, co se v říjnu začalo dít. Vždyť to není normální, že lidé jsou zabíjeni, že ta represe, která nastala u policejních složek, byla tak velká, že opravdu řada lidí, která byla při těch demonstracích zraněna, neměla přístup ke zdravotní péči ani k právníkům. Proto otevřeme tu debatu a apelujeme na Guineu, aby opravdu se snažila zamezit násilí.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, gobernantes africanos que un día, hace mucho tiempo, fueron elegidos democráticamente, pero que desde entonces han maniobrado para hacerse reelegir una y otra vez, y se aprestan a modificar las constituciones y a convocar pseudoreferendos para prolongarse en el poder indefinidamente, son un eslabón decisivo en la cadena que explica la inestabilidad, la represión, el sufrimiento causado a sus poblaciones; con esas protestas masivas de la que fue paroxística la masacre de 2009, con 150 muertos y más de cien mujeres violadas, y las protestas que han tenido lugar en 2019 y este mismo año 2020.

Es imprescindible que la Unión Europea actúe en origen para evitar ese flujo de migrantes y buscadores de asilo que refleja en este momento ese repunte en Canarias, pensando que llegán a la Unión Europea. Y para eso hace falta una diplomacia efectiva que apoye la libertad, la democracia y la estabilidad, en Guinea y en todo el continente africano.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, the resolution condemns the ongoing violence in the Republic of Guinea and the breaches of human rights. I condemn the breach of human rights everywhere, but this Parliament loves condemning human rights abuses halfway around the world but chooses to bury its head in the sand in relation to the same human rights abuses in the EU's own Member States.

Since November 2018, French police have regularly attacked protesters against Macron's neoliberal reforms with rubber bullets, LBD guns, GLI-F4 grenades and tear gas. The French journalist, David Dufresne, keeps count of injuries and deaths caused by the French police. The latest figures are two dead; 315 head injuries, including fractured skulls; 24 people have lost an eye; and five people have lost a hand.

The resolution urges the Guinea Government to recognise the fundamental rights to freedom. Why don't we ask the French Government to do the same? And why don't we ask the Spanish Government to treat the Catalan protesters with fairness?

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, the European Union is a long-standing partner of Guinea, a country that has made major progress since the first democratic elections in 2010 that brought to power the current President Alpha Condé. The country's stability and prosperity is important for the region, as it is for the European Union.

Since the 2018 local elections, the sociopolitical situation has become increasingly tense. The prospect of a new constitution, raising the possibility for President Condé to remain in power beyond the end of his second and last mandate, united opposition forces and the National Front for the Defence of the Constitution and led to frequent demonstrations against a third mandate.

These demonstrations have often been severely dispersed by security forces. Opponents have been detained, and fundamental freedoms, in particular freedom of expression, were not respected. Since mid-October 2019, around 30 demonstrators have lost their lives, allegedly killed by firearms by the security forces. The EU has repeatedly called for appropriate investigations to clarify the circumstances of these incidents and to hold those responsible accountable.

In such a context, preparations for legislative elections, due on 1 March, only increased the tension. Referring to strong doubts about the credibility of the voter list, two main opposition parties declared a boycott on the scrutiny. Although EU electoral missions in 2015 and 2018 recommended a thorough review of the electoral rolls, which did not accurately reflect the electorate, such a review was only very partially conducted. The recent announcement that legislative elections will be coupled to a referendum on a new draft constitution presented in December, giving ground to President Condé's intentions, has further divided the country. There is now a clear risk of widespread instability and polarisation, including, dangerously, along ethnic lines.

The EU has consistently, together with local partners – the UN, the African Union, the Economic Community of West African States (ECOWAS), the US and France – called for calm and has facilitated dialogue among the parties. The confidence of all in a credible and transparent electoral process is the best way to achieve participation and acceptance of the result.

While every country has the right to amend or modernise its constitution, changing the fundamental law should build on an inclusive consultation leading to a large consensus, which is absent to date. Holding a referendum months before Presidential elections is not in line with the good practices recommended by the African Union and ECOWAS. In particular, the West African region has gained its democratic credentials upon these principles.

It is in this context that the spokesperson of High Representative Borrell last Friday called for an inclusive dialogue to avoid further escalation of violence and to ensure conditions for transparent elections in which all parties can participate. Only a climate where political and civic space is respected and human rights violations come to an end can create conditions conducive for such a dialogue. In order to reach this, all actors should put the unity and the peace of Guinea first.

We remain ready to contribute to such a process, working with our partners: the UN, the African Union and ECOWAS. The European Union remains strongly engaged in Guinea, also working with civil society and human rights defenders and with support for the resilience of the population. The Guinea crisis should remain high on our agenda.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

4.2. Kinderarbeit in den Minen von Madagaskar

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zur Kinderarbeit in den Minen von Madagaskar (2020/2552(RSP)).

Dominique Bilde, auteure. – Madame la Présidente, Julie a 13 ans, mais elle ne retournera plus à l'école. Pour 20 centimes d'euros par jour, elle prendra désormais le chemin de la mine, dans la chaleur suffocante de l'été malgache. Quant à Frédéric, huit ans, ses mains écorchées portent les stigmates des carrières de mica dans lesquelles 11 000 jeunes mineurs se consomment à petit feu. Ils ne sont du reste qu'une fraction des quelque 73 millions d'enfants enrôlés de par le monde dans des travaux dangereux, en violation du droit international.

Difficile de jeter la pierre à l'état malgache, dont les efforts ont été reconnus en 2016 par le ministère du travail américain. La faute en incombe à des chaînes de production mondiales qui piétinent allègrement nos lois comme nos valeurs. Dans le cas d'espèce, 87 % des exportations malgaches de mica affluent vers la Chine pour nous approvisionner ensuite en équipements électroniques.

Nos beaux principes érigés au rang de traités resteront lettre morte tant que régnera en maître cette course au moins-disant social, au mépris de l'éthique et de l'humanité.

Caroline Roose, auteure. – Madame la Présidente, chers collègues, nous sommes tous d'accord au sein de ce Parlement pour dire qu'il faut lutter contre le travail des enfants à Madagascar. La situation est insoutenable et ne peut plus durer. Tout recul serait inacceptable. La présidente de la Commission, Ursula von der Leyen, a annoncé une politique de tolérance zéro sur le travail des enfants, mais il serait hypocrite de dire cela sans y mettre les moyens suffisants.

Un premier outil est celui des accords commerciaux. Ils doivent tous inclure la question du travail des enfants par des chapitres contraignants et exécutoires sur les droits humains et le développement durable. Un deuxième outil est celui du devoir de diligence des entreprises. Celui-ci doit être obligatoire; plusieurs États le demandent. Les entreprises doivent contrôler leur approvisionnement et être mises devant leurs responsabilités, conformément aux normes de l'OCDE. Un troisième outil, c'est le traité contraignant sur les multinationales et les droits humains actuellement négocié à l'ONU. Le Conseil doit donner mandat à la Commission pour avancer sur ce traité et parvenir à une adoption rapide.

Nous avons besoin d'une résolution forte de ce Parlement: mettons-nous au travail.

Evin Incir, författare. – Fru talman! Tänk om din telefon eller bil existerar på bekostnad av andra människors liv! Minst 11 000 barn jobbar i dag i gruvorna i Madagaskar, som möjliggör många av våra telefoner och bilar. Jag skäms!

Det som barnen som jobbar i Madagaskars gruvor utsätts för är omänskligt. Det är rent och skärt slaveri. Barn hör inte hemma i gruvorna eller på arbetsmarknaden över huvud taget. Barn hör hemma i skolorna, där de ska få möjlighet att växa och förverkliga sina drömmar.

Hela samhället har här ett ansvar: stater, den privata sektorn och det internationella samfundet. Vi måste ta tag i roten till problemet, som bland annat stavas fattigdom, likväl som åtgärdande satsningar. Företagen, både europeiska och andra, måste se till att ta sitt ansvar i hela företagskedjan. Det går inte överhuvudtaget att avsäga sig respekt för mänskliga rättigheter. Mänskliga rättigheter, barns rättigheter, ska respekteras och är inget man kan förhandla om. De ska helt enkelt respekteras.

Om det är någon fråga som vi borde kunna vara överens om i detta parlament, är det just frågan om hur vi behandlar de mest sårbara i våra samhällen – nämligen barnen.

Ryszard Czarnecki, autor. – Pani Przewodnicząca! Rzadko kiedy mamy do czynienia w polityce z sytuacjami takimi jak taki biało-czarny film. Tutaj nie ma wytłumaczenia i nie ma żadnych okoliczności, które by pozwalały usprawiedliwiać tę sytuację. Myślę, że każdy z nas, czy prawie każdy z nas, ma dzieci, wnuki, pamięta te dzieci właśnie w wieku lat parunastu, a nawet mniej. Pomyślmy, czy mogłyby one pracować. Oczywiście nie. Myślę więc, że tutaj w tej sprawie powinniśmy ponad podziałami – i to czynimy – zabrać bardzo jednoznacznie głos, głos moralnego sprzeciwu, ale także politycznego stricte nacisku, aby taka sytuacja nie była możliwa. Należy uzależnić naszą pomoc ekonomiczną i humanitarną dla tego państwa od zaprzestania tego typu praktyk.

Helmut Scholz, autor. – Madam President, while we talk here indeed there are 11 000 children breathing the dusty air of the mica mines in Madagascar. Some of them are just five years old. They endure most unhealthy unsafe working conditions in the hope of earning a living for their families. How much longer can we ignore the fate of children mining mica for our companies?

As the second highest importer of mica from Madagascar, the European Union, and in particular Estonia, have to take responsibility to establish a precise legal framework so that our companies possess only ethically-sourced materials. We need binding legislation on due diligence if we want to be serious about a zero-tolerance policy towards child labour as a concrete reality.

We must implement fair trade policies that encourage the trade of ethical products, striving to fulfil the United Nations sustainable development goals. We urge the Commission to start a specific dialogue also with China and other important importers of mica and with the Government of Madagascar to work together to tackle and eliminate the exploitation of child labour in Madagascar by 2030.

Željana Zovko, autor. – *(start of speech inaudible)* this resolution Parliament strongly condemns the unacceptable use of child labour in all its forms. We remind the Malagasy authorities of their responsibility to uphold the rights of children and guarantee their safety and integrity.

A significant number of children are active in mica mines. The rise in exports of this resource, combined with a significant decrease in the price per tonne, has aggravated the risk of labour exploitation. Working conditions in the mines are usually deplorable and threaten the life, health and safety of children. They are constantly exposed to chronic respiratory infections, severe injuries and dehydration and face psychological and physical abuse.

Elimination of poverty is the only way to create the conditions necessary for the eradication of child labour. This requires a comprehensive approach and targeted measures in the areas of education, employment and social protection.

Madagascar has made some progress by adopting a new decree reinforcing legislation against child labour and raising the legal age for employment from 15 to 16 years. In addition, Madagascar is revising its mining code, and we call on the government to prioritise the compliance with its international commitments, including in terms of social and environmental standards, decent work and respect of human and children's rights. However, so far, the authorities have failed to apply sanctions due to a lack of resources for effective monitoring and poor law enforcement capacity.

We as the European Union can also do our part. With this resolution, the Parliament calls on the EU to step up its support for projects and initiatives aimed at combating child labour in Madagascar. The EU has been actively committed to the fight against child labour through its development and trade policies, and this approach would be fully in line with the European Commission President's pledge to have zero tolerance for child labour in EU trade policy.

Nobody – and certainly no child – deserves to work in inhumane and life-threatening environments. The fight against child labour and exploitation remains an essential element of our political approach, and with this resolution we send a strong message to the world.

Hilde Vautmans, *Auteur*. – Voorzitter, we kennen allemaal de beelden. We hebben ze al ooit gezien. Kinderen in de mijnen. Ik heb ze zelf met eigen ogen gezien. Kinderen in een rij, van klein naar groot opgesteld. Bijna zoals op school, maar het was om te gaan werken in de mijn. Het was om te kijken wie er net klein genoeg was om die akelige donkere tunnel in te gaan. Als je dat gezien hebt, dan zweer ik u, dan maak je er een prioriteit van om kinderarbeid tegen 2025 uit te bannen.

Als je de cijfers ziet: 152 miljoen kinderen wereldwijd in kinderarbeid. Dat is een op de tien kinderen wereldwijd die gaan werken in plaats van naar school te gaan, in plaats van te gaan spelen. Vandaar dat ik alle mede-indieners wil bedanken. Het waren moeilijke onderhandelingen, we mogen dat hier wel zeggen. Het was op het scherp van de snee, met veel vrouwen en veel vrouwenkracht, maar we hebben een sterke resolutie gemaakt rond Madagaskar, rond de elfduizend kinderen in de micamijnen.

Laten we Madagaskar, een van de armste landen in de wereld, helpen om kinderarbeid uit te bannen. Een op twee kinderen werkt daar. Maar laten we ook als Europa zelf hier onze maatregelen nemen. Ik richt me tot de Commissie: mevrouw Ursula von der Leyen, van wie ik een fan ben, heeft beloofd er een prioriteit van te maken. Ik vraag u: kom nog vóór de grote vakantie met dat actieplan van de Europese Commissie, opdat we kinderarbeid tegen 2025 kunnen uitroeien.

Seán Kelly, *thar ceann an Ghrúpa PPE*. – A Uachtaráin, tá sé seo ar cheann de na rúin phráinneacha is truaimeálaí a phléamar sa Pharlaimint seo, mar bhaineann sé le leanaí agus go háirithe le saothar éignithe leanaí sa chás seo, sna mianaigh míoca i Madagascar. Buachaillí agus cailíní atá chomh hóg le cúig bliana d'aois ag obair sna mianaigh. Meastar go bhfuil seasca dó faoin gcéad de na mianadóirí faoi bhun ocht mbliana déag d'aois.

Is scannal é mar ní thugann sé aon seans dóibh dul ar scoil agus a dtallann agus a mbuanna a úsáid amach anseo. Cuireann sé isteach ar a sláinte, go háirithe a scamhóga, agus ní fhásann siad i gceart, agus bíonn siad ag obair ar thuarastal an-iseal. Dá bhrí sin, is ceart agus is cóir go gcuirfimid romhainn deireadh a chur leis an gcleachtas seo, saothar éignithe leanaí, faoi 2025. Is sprioc é seo dúinn a Choimisinéir, agus má éiríonn linn é sin a dhéanamh, beidh gaisce déanta againn.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, je suis très fâchée sur le débat que nous avons aujourd'hui.

Je suis d'accord pour dire que le travail des enfants à Madagascar est inacceptable, mais, chers collègues, quand il a fallu voter une loi sur la *due diligence* obligatoire, c'est-à-dire le devoir de vigilance des entreprises, la droite – le groupe Renew, le groupe PPE – a voté contre! Quand, hier, il a fallu ajouter des chapitres sur le développement durable, assortis de sanctions, qui empêchent le travail des enfants au Viêt Nam, le groupe Renew et le groupe PPE ont voté contre! Quand il faut mener une bataille pour inscrire la responsabilité des entreprises et la traçabilité des entreprises dans les traités commerciaux internationaux, le groupe Renew et le PPE votent contre! Quand il a fallu établir la traçabilité des minerais du sang, le groupe PPE et le groupe Renew – en partie, pas tous – ont voté contre!

Alors écoutez! Excusez-moi, mais travailler contre le travail des enfants et faire une résolution qui n'est en rien contraignante, c'est de la simple hypocrisie! Je la soutiendrai parce que c'est important, mais je trouve que c'est hypocrite de la part de notre Parlement d'avoir une attitude telle que celle-là.

Dita Charanzová, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, Madam Commissioner, 47% of Malagasy children aged 5 to 17 are working, instead of in school.

Not only are they deprived of an education but for many, they risk their lives on a daily basis in dangerous jobs such as mining. Every child has a right to an education, a right to a standard of living that supports their physical, mental, and social development. Child labour violates these rights.

The EU has committed to ending child labour by 2025, but this means five more years of suffering for millions of children in Madagascar and beyond, and many more lives lost and futures ruined.

Let's put an end to child labour even sooner. Let's do everything we can to support countries to accelerate their implementation of legislation and actions that will achieve this goal.

So the Renew Europe group says let's put the commitments of the Commission into more meaningful action.

Maxette Pirbakas, au nom du groupe ID. – Madame la Présidente, chers collègues, le sujet que nous traitons met en cause notre modèle de production mondiale fondé uniquement sur l'économie. Faire travailler des enfants pour exporter des produits les moins chers possible en Europe, avec un moins-disant social, environnemental et humain: c'est cela le modèle ultralibéral et productiviste que défend l'Union européenne et qui aboutit à des situations d'exploitation du travail des enfants, comme c'est le cas dans les mines à Madagascar. Faire travailler des enfants, c'est donc cela le modèle économique voulu par l'Union européenne? Faire travailler des enfants?

Pour le groupe Identité et démocratie, l'avenir est au localisme pragmatique, et non au globalisme sans frontières. Pour nous, il est temps de retrouver un protectionnisme intelligent qui alerte le consommateur sur la provenance des importations de produits venant du travail de mineurs.

Comment peut-on parler d'écologie dans cet hémicycle lorsque l'humain n'est pas respecté? Comment peut-on continuer de laisser entrer en Europe des produits de matières issues de l'exploitation du travail d'enfants? Avec une Europe des nations et un protectionnisme intelligent basé sur le juste échange et le localisme, cela n'arriverait pas. Avec une Europe qui protège ses peuples et ses nations, avec une Commission au service des États et non l'inverse, cela n'arriverait pas. Alors, chers collègues, écoutez vos peuples et leur vote; il est temps d'agir.

Heidi Hautala, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, the human and environmental price of our modern telephones and shiny cars is obviously becoming really intolerable, because we know that it is produced with child labour – with forced labour – without any knowledge by the consumers of where these products actually originate.

If the Parliament really takes itself seriously by today calling for any part of their production from these mines to be directly or indirectly brought into the EU market, we can only think of the mandatory human rights due diligence, which that the Chairwoman of the Subcommittee on Human Rights has referred to. So let's not be hypocritical: if we want to eradicate child labour, we can do it, but we need to put the instruments in place, and there's nothing better than mandatory human rights due diligence legislation at the EU level.

Adam Bielan, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Praca dzieci w Republice Madagaskaru jest powszechnym problemem. Ponad 230 tysięcy dzieci jest wykorzystywanych w górnictwie. Dzieci już od 10 roku życia są zatrudniane w kopalniach złota, kamieni i szafirów. W konsekwencji często żyją w nędzy, cierpią na problemy z układem oddechowym i choroby takie jak malaria, a także są zmuszane do pracy w niebezpiecznych warunkach.

Chociaż władze Madagaskaru wprowadziły prawo regulujące warunki pracy dzieci powyżej 15 roku życia, jego zakres i egzekwowanie są niewystarczające, aby rozwiązać problem. Wzywamy dziś Republikę Madagaskaru do poszanowania praw dzieci, zagwarantowania im bezpieczeństwa i odpowiedniej edukacji oraz do działania zgodnie z zobowiązaniami wynikającymi z międzynarodowych konwencji i umów. Ponadto wzywamy Komisję do zapewnienia, by przyszła strategia Unii Europejskiej na rzecz Afryki była oparta na ambicjach zgodnych z celami zrównoważonego rozwoju oraz kładła nacisk na prawa dziecka.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, činjenica da u Madagaskaru djeca rade po 12 sati u mračnim, vrućim i otrovnim jamama za 40 centi na dan je sramota za cijelo čovječanstvo.

To nije jedini primjer. U Kongu se pak, rudari kobalt, a Kinezi koji većinom sve to prerađuju, također su eksploatirani. Zajednički naziv svoj toj bijedi i nepravdi je neoliberalizam. To je zastarjeli i promašeni sustav koji uništava sve nacionalno, socijalno, tradicionalno i ekološko. To je sustav koji zbog profita nekolicine danas uništava budućnost svih. To je sustav koji potkopava društvo i okoliš i neprijatelj je sveg života na zemlji. To je sustav koji je antiteza održivosti o kojoj se ovdje toliko govori.

Budućnost moramo tražiti u korjenitoj promjeni finansijskog sustava i u decentralizaciji vlasništva nad sirovinama, hranom i energijom.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Ponad milion dzieci na Madagaskarze zmuszanych jest do pracy, z czego tysiące pracuje w kopalniach w niebezpiecznych warunkach. Władze Madagaskaru poczyniły już pewne postępy i wykazują chęć rozwiązania problemu. Konieczne jest jednak bardziej zdecydowane działanie. Wzywamy więc władze Madagaskaru do wnikliwej kontroli sytuacji, przeprowadzenia dochodzeń wobec nadużyć i odbierania pozwoleń kopalniom wykorzystującym pracę dzieci.

Problem przymusowej pracy nierozdzielnie związany jest z biedą. Według raportu UNICEF-u aż 27% ludności Madagaskaru żyje w skrajnym ubóstwie, a aż 47% dzieci cierpi na chroniczne niedożywienie. Nie da się wyeliminować problemu pracy wśród dzieci, nie eliminując ubóstwa.

Unia Europejska powinna kontynuować wsparcie rozwojowe dla Madagaskaru. Jednym z priorytetów tej pomocy musi być dostęp do edukacji. Jest to ważne nie tylko z punktu widzenia rozwoju każdego dziecka, ale także z punktu widzenia całościowego rozwoju kraju.

Bettina Vollath (S&D). – Frau Präsidentin! Wenn sich auf Madagaskar 11 000 und weltweit 150 Millionen Kinder, auch für unseren Konsum, krank oder sogar zu Tode schufteten, dann ist das auch ein Versagen Europas. Ich fordere daher den Rat auf, der Kommission dringend ein klares Mandat zu erteilen, damit sie sich konstruktiv an den laufenden Verhandlungen der UNO für ein verbindliches Übereinkommen für transnationale Unternehmen und die Erarbeitung von echten Lösungen beteiligen kann. Ich bedauere es übrigens sehr, dass der Rat heute nicht an der Debatte teilnimmt.

Auf freiwilliger Basis funktioniert es bis heute nicht, globale Lieferketten frei von Kinderleid und Ausbeutung zu halten. Also brauchen wir Verpflichtung, Regeln und Sanktionen. Das bedingungslose Verbot von Kinderarbeit muss endlich zwingende Bedingung unserer internationalen Handelsbeziehungen werden, denn wer an einem Tag von Kinderrechten spricht und am nächsten Tag ausbeutende Handelsabkommen verabschiedet, ist scheinheilig. Der Fokus auf Profit muss hinter dem Schutz von Leben, Gesundheit, Bildung und gutem Fortkommen von Kindern stehen.

Robert Biedroń (S&D). – Madam President, work in adulthood is called, well, work, but work during childhood should be called what it should be: play, education and development. Therefore, the phrase ‘child labour’ is an oxymoron in itself.

Unfortunately, children as young as five make up more than half the number of miners in Madagascar. This means that at least 11 000 children are extracting mica, a mineral which is used for everything from make up to car paint. Do you know what this means? Those children are working for us – Europeans – as well. In Madagascar people strongly depend on mining and the income it provides, but the exploitation of children must stop, and we must start to stop it here, and stop our own hypocrisy, adopting legislation which will ban child exploitation worldwide.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Nie może być żadnego usprawiedliwienia dla wyzysku, za jaki należy uznać pracę dzieci – często bardzo ciężką i niebezpieczną pracę. Według danych Międzynarodowej Organizacji Pracy dzieci aktywnych ekonomicznie na świecie jest zatrudnionych ponad 351 milionów, w tym 170 milionów dzieci wykonuje pracę niebezpieczną. To pokazuje nam skalę problemu.

Taką dramatyczną sytuację mamy na Madagaskarze, gdzie skala ubóstwa jest bardzo wysoka i wynosi 74%. A to właśnie ubóstwo jest uznane za najważniejszą przyczynę pracy dzieci. Z powodu skrajnej biedy nawet co trzecie dziecko jest na Madagaskarze niedożywione, matki przy porodzie umierają 100 razy częściej niż w Polsce – w kraju, z którego pochodzę. Powszechne jest niedożywienie dzieci poniżej 5 roku. Dzieci pracują ciężko, w niebezpiecznych warunkach, najczęściej w górnictwie miki. Nasze wezwania do rządu Madagaskaru do ochrony praw dziecka i eliminacji pracy muszą stać się skuteczniejsze.

Die Präsidentin. – Ich habe für das nun folgende Verfahren der spontanen Wortmeldungen sechs Meldungen aus drei Fraktionen. Ich würde es gerne wieder so machen, dass ich eine Wortmeldung pro Fraktion nehme. Ich schaue mal zur Kommissarin, ob sie mit relativ kurzer Er widerungszeit auskommt. Dann würde ich das jetzt gerne so machen, wenn sie nicht widerspricht.

Spontane Wortmeldungen

Ljudmila Novak (PPE). – Gospa predsednica! Moja država Slovenija je majhna država, pa kljub temu imamo zelo tesne povezave z Madagaskarjem, kajti kar nekaj slovenskih duhovnikov dela kot misijonarji na Madagaskarju. Ne samo, da so duhovniki, pač pa skrbijo tudi za blagostanje ljudi.

Najboljši primer je misijonar Peter Opeka, ki pobira ljudi na smetišču in jih potem organizira. Nastalo je celo naselje Akamasoa – dobri prijatelji, kjer starši dobijo skromno hišico, potem pa dobijo tudi zaposlitev, otroci pa gredo v šole. Učiteljice so domačinke in učitelji, tako da je organiziral življenje: otroke v šole, ostali odrasli pa ima vsak neko delo. In mislim, da je to najboljši, najbolj primeren vzorec delovanja dajanja pomoči v tretjem svetu. Po njem se zgleduje tudi malgaška vlada in papež.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Madagascar, uno dei paesi più poveri al mondo, anche se il lavoro minorile è ufficialmente vietato, quasi un quarto dei bambini fra i cinque e i diciassette anni è costretto a lavorare nelle piantagioni di vaniglia, nelle cave, in strada o come domestici. Ed è drammatica la realtà delle migliaia di bambini che lavorano ogni giorno nelle miniere di mica, molte delle quali del tutto irregolari, in condizioni durissime e pericolose per la loro salute. Per appena 4 centesimi al chilo, questi bambini sono costretti a tagliare il minerale e a ripulirne i detriti con le mani, riportando ferite e respirando quotidianamente polveri sottili nocive.

La Convenzione ONU del 1989, di cui da poco abbiamo ricordato il trentennale, non può essere soltanto celebrata e la protezione dei diritti dei bambini non può arrestarsi ai confini europei. L'Unione deve agire per far cessare queste inammissibile violazioni, attivando le necessarie politiche per responsabilizzare l'industria che utilizza tali materiali e per sostenere i paesi più poveri. Signora Commissaria, dobbiamo impegnarci tutti per attuare davvero i diritti dei bambini sanciti nella Convenzione ONU.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I wouldn't say anybody here has ever met a person who supports child labour, but yet it continues. For God's sake, yesterday we agreed an agreement with a country where child labour exists. Where is the questioning about why this happens? Do you think the parents of the children in Madagascar don't love them? That they don't want them to go to school? Of course they do, but they have no alternative, because their children are the victims of capitalism, of industrial agriculture, of climate change and drought. And we have multi-nationals from European countries doing business there.

Now I'm sorry, but I have to say these motions are pathetic. Appealing to their better nature is like asking a wolf not to eat a goat. It lets us down badly. Where's the penalties? Where's the criminal charges? Where's the binding legislation? Will you cop yourselves on? They don't need crocodile tears, they need action.

(End of catch-the-eye procedure)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, in recent months we have seen some serious and disturbing revelations about the exploitation of children involved in mica extraction in Madagascar. We cannot tolerate a situation where children are forced...

(The President interrupted the speaker to call for Members to take their seats)

Thank you. We cannot tolerate a situation where children are forced to work in horrendous conditions and are deprived of an education. Prompt action is needed, but we also need to address root causes.

On the nearly 46 000 tonnes of mica which Madagascar exported in 2018, more than 91% was shipped to China, according to the International Trade Centre.

The principal question to address is therefore one of due diligence in the supply chain. However, boosting the capacity and accountability of State institutions in Madagascar, including through our development cooperation will also be key.

As many Members will be aware, the EU has already taken positive action to address supply chain risks in relation to the so-called conflict minerals, such as tin, tungsten, tantalum and gold, and the EU regulation covering due diligence for these will come into force next year.

(The President again called for Members to take their seats quietly)

We cannot stand by while child labour – an oxymoron as Robert Biedroń rightly put it – child labour in the extractive industries continues.

There is an urgent need for international companies sourcing mica and mica-based products, as well as the Malagasy government to take responsibility for addressing the problematic conditions, and for contributing to improving the fulfilment of children's rights.

The European Union has a long-standing and clear position on due diligence. Not only governments but also private actors have a role to play. The European Parliament hosted an important event in November 2019 in which the urgency of addressing child labour in mica mining was prominently raised. Commission President von der Leyen made it clear that the EU has zero tolerance for child labour. The EU led the tabling of a resolution on the Rights of the Child, adopted in the United Nations General Assembly 3rd Committee last year, where 2021 was declared the International Year for the Elimination of Child Labour.

The Commission will shortly publish a study on due diligence requirements through the supply chain. It examines existing regulation and proposals, as well as options for regulating due diligence in companies own operations, and through the supply chain for adverse human rights and environmental impacts, including relating to climate change.

In a single market, it is not practical to have different national treatments, and the benefits of an EU-wide framework are obvious in terms of levelling the playing field and creating legal certainty for companies, as well as reaping opportunities stemming from the sustainability transition.

The EU is of course also fully behind a multi-stakeholder initiative to address supply chains risk, and in particular child labour. We will continue to work spanning trade agreements, development projects and other international cooperation, in Madagascar and elsewhere, to tackle root causes such as the social and economic vulnerability of individuals, workers and their families that put children to work.

(Applause)

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Атидже Алиева-Вели (Renew), в писмена форма. – Експлоатацията на детски труд е напълно недопустима, независимо къде по света се извършва. Шокиращо е, че по данни, предоставени от Международната организация на труда, приблизително 152 милиона деца на възраст между 5 и 17 години са жертва на детски труд. Алармиращите разкрития за приблизително 11 000 деца, подложени на изключително тежки условия на труд в мините в Мадагаскар, и фактът, че децата съставляват около 62% от общата работна сила в мините, налагат приемането на незабавни и мерки. Считам, че ЕС не може да остане безучастен, когато фактите показват, че деца работят до изтощение, биват спускани в небезопасни мини, изложени са на сурови и опасни условия на работа, причиняващи болки в гърба, главоболие поради горещината и липсата на вода или кислород в мините, мускулни болки, дихателни проблеми, опасност от смърт в резултат на свлачища. Призовавам ЕС да насърчи и подпомогне Мадагаскар за приемането и ефективното прилагане на законодателни политики и програми за незабавни действия с цел изкореняване на експлоатацията на детски труд и защита на всички права на децата. Считам, че ЕС като основен защитник на правата на човека в света следва да поеме водеща роля във връзка с ликвидирането на детския труд. Настоявам в основата на предстоящата стратегия на ЕС за Африка да бъде заложено изкореняването на експлоатацията на детски труд.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Madagaskar jest trzecim co do wielkości eksporterem miki na świecie, dochody z tego tytułu szacuje się na 6,5 mln USD w 2017 roku. Prawie 90% całej miki wydobywanej na Madagaskarze jest eksportowane bezpośrednio do Chin, gdzie jej cena jest prawie 500 razy wyższa niż początkowa wartość podczas podróży do Chin. Jednak ten lukratywny biznes działa kosztem nieletnich i dzieci. Połowa z 20 tys. osób pracujących w górnictwie miki to dzieci zaangażowane w jej wydobycie i sortowanie, a tylko 30% malgaskich dzieci ma dostęp do szkoły podstawowej, co sprawia, że nie mają szans wyrwać się z zakłętego kręgu. Wydobycie i przetwarzanie miki jest uważane za jedną z najgorszych form pracy dzieci przede wszystkim ze względu na związane z nią zagrożenia. Dzieci w wieku nawet 5 lat pracują w bardzo ciężkich warunkach, przy niskim poziomie tlenu a wysokim poziomie pyłu, narażone są na krzemicę, noszą ciężkie ładunki i narzędzia. Wykorzystywanie nieletnich do pracy pod wszystkimi jej postaciami jest nieakceptowalne, a osoby odpowiedzialne za ten proceder powinny ponieść konsekwencje.

(Die Sitzung wird für kurze Zeit unterbrochen)

IN THE CHAIR: MARCEL KOLAJA

Vice-President

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.05)

6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The Renew Europe Group has notified the President of the following decisions relating to changes to appointments:

— Katalin Cseh replaces Nicola Danti in the Committee on Foreign Affairs

— Nicola Danti replaces Katalin Cseh in the Committee on Industry, Research and Energy

These decisions shall take effect on the date of this announcement.

* * *

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, een punt van orde. Kunt u de diensten vragen om een spamfilter op onze e-mails te zetten, want we worden de laatste maanden overvloedig met allerlei soorten e-mails die allemaal hetzelfde zijn. Wij kunnen daartegen gemakkelijk technische maatregelen treffen. Het heeft geen zin om 600 identieke e-mails te ontvangen, en het belemmert ons in onze werkzaamheden.

(Beifall)

President. – We took note. I will inform the services about that. Just an additional point for information on that: you can still set up your own filtering rules if you wish.

(Applause)

7. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

7.1. Republik Guinea, insbesondere die Gewalt gegen Protestierende (RC-B9-0104/2020, B9-0104/2020, B9-0106/2020, B9-0108/2020, B9-0110/2020, B9-0111/2020, B9-0113/2020) (Abstimmung)

7.2. Kinderarbeit in den Minen von Madagaskar (B9-0101/2020, RC-B9-0102/2020, B9-0102/2020, B9-0103/2020, B9-0105/2020, B9-0107/2020, B9-0109/2020, B9-0112/2020) (Abstimmung)

— *Before the vote on Amendment 5:*

Nuno Melo (PPE). – Mr President, my voting machine didn't work in the last vote – it's true – so you must count my vote too, please.

President. – According to the Rules of Procedure, the result of the vote does not change. Did your machine work in other votes or was this the only one when it didn't work?

Nuno Melo (PPE). – Mr President, a sneaky way of winning, but ok.

President. – Those are the Rules of Procedure. If your machine doesn't work, try to find another seat.

7.3. System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (A9-0022/2019 - Roberta Metsola) (Abstimmung)

7.4. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (B9-0093/2020, B9-0095/2020) (Abstimmung)

— *Before the vote on paragraph 1, point m:*

Daniel Freund (Verts/ALE). – Mr President, on the roll call vote we just did, just to check, the wrong amendment was announced on the screen. We voted on the first one, not the second one.

President. – What was on the screen, we checked on the second part if I remember correctly. OK, we continue.

That concludes the vote.

8. Erklärungen zur Abstimmung

8.1. System für gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (A9-0022/2019 - Roberta Metsola)

Oral explanations of vote

Bogdan Rzońca (ECR). – Panie Przewodniczący! Z dużym zadowoleniem przyjmuję informację o tym, że Frontex będzie miał kolejny instrument walki z oszustami. Oszustwa w obszarze dokumentów są jednymi z najbardziej opłacalnych dla przestępców. Chciałbym zaznaczyć, że biedni ludzie nie korzystają z tego typu możliwości. Robią to ludzie za pieniądze, którzy po prostu zarabiają na oszustwach.

To jest bardzo niebezpieczne dla całej Unii Europejskiej, dla całego świata, a przestępcy, którzy doprowadzają do takich sytuacji, że umożliwiają posługiwanie się fałszywymi dokumentami przestępcom albo osobom, które po prostu mają coś do ukrycia, które funkcjonują niezgodnie z prawem, naruszają europejski, światowy i lokalny porządek publiczny. To jest bardzo dobra rezolucja, bardzo dobry instrument. I cieszę się, że Frontex będzie mógł bardziej wnikliwie analizować wszystkie sytuacje przestępcze w obszarze Unii Europejskiej.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Oczywiście głosowałem za rozwiązaniami, które pozwolą walczyć z przestępcami, z przestępstwami związanymi z nielegalnymi dokumentami. Dzisiaj straż przybrzeżna, służby poszczególnych państw narodowych, aby móc skutecznie walczyć z tego rodzaju przestępczością, muszą współpracować. Tutaj należy powiedzieć bardzo wyraźnie, że zarówno Frontex, jak i służby poszczególnych państw odpowiedzialnych za bezpieczeństwo dokumentów online muszą być krok przed przestępcami.

W związku z powyższym należy zwrócić się z apelem, z żądaniem wręcz, do Komisji, aby to rozporządzenie było procedowane jak najszybciej, aby dać instrumenty odpowiednim państwom, odpowiednim służbom.

8.2. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (B9-0093/2020, B9-0095/2020)

Oral explanations of vote

Guido Reil (ID). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt. Natürlich sind wir für die Rechte der Frauen, und wir müssen sie unterstützen. Aber hier wird so ein Schwachsinn gefordert wie die frühkindliche Sexualerziehung, um deren Gender-Identitätsfindung zu unterstützen. Also für mich ist das krankes Zeug. Wir haben ganz andere Probleme. In Deutschland zum Beispiel wird jeden dritten Tag eine Frau ermordet. Die Zahl der Morde ist seit 2013 stark gestiegen, die Fälle der häuslichen Gewalt in Deutschland sind seit 2014 stark gestiegen. 2014 waren es 103 000 Fälle, 2018 waren es 114 000 Fälle. Die Täter sind ganz überwiegend Migranten. Und nicht nur die Täter sind Migranten, auch ganz überwiegend die Opfer. Ich habe Zahlen aus meiner Heimatstadt Essen. Die Frauen, die in Frauenhäusern Schutz suchen, sind zu 70 % Migrantinnen. Das sind echte Probleme, und auf echte Probleme müssen wir hinweisen.

Virginie Joron (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, ce Parlement soi-disant européen veut présenter une résolution à la 64^e conférence aux Nations unies sur le statut des femmes.

Dans ce texte, on ne trouve rien sur ces milliers de jeunes femmes assassinées. Rien sur Laura, cette jeune fille de 16 ans égorgée au bout d'une esplanade herbeuse à Sallaumines. Sallaumines, ce n'est pas en Irak, ce n'est pas en Afghanistan, ce n'est pas en Colombie, ce n'est pas dans le Bronx. Sallaumines, c'est en Europe; Sallaumines, c'est ici, en France. Mille agressions chaque jour en France, 140 violences sexuelles chaque jour en France. Ces drames, ces horreurs, ces meurtriers, on les connaît.

Vous nous demandez, je cite, d'institutionnaliser l'analyse intersectionnelle au sein de tous les organes des Nations unies et dans l'Union européenne. Qu'est-ce que cela veut dire? Vous voulez étiqueter les gens – un quart Européen, trois quarts célibataire, un quart femme, trois quarts privilégié? Vous causez des victimes imaginaires éternelles avec vos bouts de papier. Vous tolérez que des agresseurs agressent encore. Les Françaises s'en rappelleront.

J'ai donc soutenu la résolution de nos alliés ECR et voté contre ce texte.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule președinte, am votat pentru această rezoluție.

Consider că este esențial să acordăm în continuare atenție sporită politicilor prin care combatem discriminarea de orice fel în ceea ce privește genul. Deci femeile trebuie protejate. În continuare avem în Europa femei care provin din zone sărace, care se confruntă cu această discriminare zilnică, nu au reprezentare, nu au remunerare corespunzătoare, nu au un sistem echitabil în ceea ce privește pensionarea, deci există în continuare această problemă, inclusiv în Europa și trebuie să-i acordăm atenția cuvenită.

Deci sunt pentru o reprezentare cât mai mare pentru femei, sunt pentru a combate violența de orice fel și cred că doar prin politici implementate la un standard ridicat pe care-l avem putem combate acest fenomen.

Leila Chaïbi (GUE/NGL). – Monsieur le Président, chers collègues, c'est la deuxième fois en trois semaines qu'on vote une résolution sur l'égalité entre les hommes et les femmes. Lors de la dernière session plénière, c'était un texte sur les inégalités de revenus entre les hommes et les femmes et aujourd'hui, donc, c'est un texte sur les priorités de l'Union européenne pour la 64e session de la commission des Nations unies sur le statut des femmes.

Encore une fois, dans ce texte qui a été voté à une large majorité par notre assemblée, je lis que la solution pour réduire les inégalités entre les hommes et les femmes, c'est d'augmenter les pensions de retraite des femmes et, par ailleurs, de développer les pensions de réversion – ces allocations qui sont versées à une veuve ou à un veuf quand le conjoint décède. J'ai vu que les collègues français du groupe Renew, de la République en marche, ont voté pour ce texte comme nous, et je veux dénoncer ici le double discours: le double discours parce que ces collègues votent pour cette résolution et, en même temps, en France, le gouvernement qu'ils représentent, celui d'Emmanuel Macron, est en train de restreindre l'accès aux pensions de réversion avec sa réforme des retraites. Stop à ce double discours, si l'on veut vraiment faire de l'égalité hommes-femmes une réalité.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiamas pirmininke. Lyčių lygybė yra ne tik visuomenės pagrindas, bet ir būtina vystymosi, skatinimo ir skurdo mažinimo priemonė. Rekomenduojame Tarybai dirbti aktyviau siekiant vyrų ir moterų lygybės ir kovoti su įvairia diskriminacija, dėti daugiau pastangų, siekiant panaikinti vyrų ir moterų darbo užmokesčio ir pensijų skirtumus, bei užtikrinti vienodą darbo užmokestį. Taip pat skatinti mergaičių ir moterų švietimą, ypač tose srityse, kuriose joms akivaizdžiai nepakankamai atstovaujama. Griežtai smerkiu visų formų smurtą prieš moteris ir mergaites, įskaitant prekybą žmonėmis, seksualinį išnaudojimą, priverstines santuokas, vaikų santuokas, moterų lyties organų žalą ir seksualinio smurto naudojimą kaip karo ginklą.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 12.33)

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.00)

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Straßenverkehrssicherheit (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on road safety (2020/2563(RSP)).

I remind you that it's possible to request catch-the-eye and blue cards using both the standard registration and the electronic system. Instructions are available at the entrance to the Hemicycle.

Adina-Ioana Vălean, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for putting on the agenda such an important topic for you and for myself as a Commissioner for Transport, especially because you are giving me the opportunity to share my thoughts with you before I travel to Stockholm on 19 February for the 3rd Global Ministerial Conference on Road Safety.

It is our duty to do everything needed to protect the lives and well-being of European citizens. 25 000 people who lose their lives on European roads and 135 000 suffering severe injuries, are numbers which are unacceptable for us and of course we need to do more in terms of action and support.

Road safety will therefore be a priority in my mandate and, with your help we can make it a priority for the whole Union.

Let's not forget though that Europe has made enormous progress in road safety over the last decade. We are the safest region in the world and we have a lot of experience and good practice to share. This is an opportunity for true European leadership.

Globally 1.35 million people are dying on the roads every year. In fact, road crashes are the biggest killer of young people worldwide. The global target to reduce road fatalities by 50% - part of the Sustainable Development Goals – is expiring this year, and this target was not and will not be reached.

This must not mean that we are ready to reduce our ambition. Europe needs to be at the forefront of supporting a new ambitious global fatality reduction target and I intend to say this very clearly in Stockholm. The Swedish Minister for Infrastructure intends to present in Stockholm a so-called 'Stockholm Declaration', which calls for renewed efforts and a new global target.

I very much support this declaration and I hope that it will be adopted as it is planned. The next step will be a resolution at the UN General Assembly. The Commission will also very much support the process leading up to such a resolution, including through our offices in Geneva and in New York. Ultimately, what counts is results.

In Europe, we are implementing the safe system approach, which is a holistic system building cooperation, good governance and shared responsibility. It addresses all areas – infrastructure, vehicles, behaviour and post-crash care.

The Safe System accepts that human error will happen and compensates for it. Drivers and other road users will continue to make mistakes on the road as they do elsewhere, because to err is human and distractions, alcohol and drugs increase the risk of error, but no road user deserves to die because of a mistake.

As you know, the EU transport ministers have unanimously supported our new EU-wide targets to halve the number of fatalities and for the first time serious injuries by 2030, and the Commission has followed up with an ambitious action plan.

The first concrete actions have already been taken. Last year, thanks to strong support from the European Parliament, we strengthened the EU rules on both safe infrastructure management and vehicle safety. We'll continue to promote ambitious legislation in this mandate and I look forward to discuss with you details in the future.

But in the meantime, let us work in partnership which is indeed the essence of the safe system approach to road safety. As legislators you are well equipped to push us all, the Commission, the Member States, industry, NGOs, to deliver on more ambitious targets and of course, to promote ambition in action in our constituencies.

Looking ahead, it is clear that mobility is going through profound change. Climate change demands that we reduce emissions, while digitalisation is opening up new opportunities for easier cleaner and safer mobility.

As society shifts, so will the focus of road safety. We need to look at new transport trends in towns and cities and what they mean for vulnerable road users, and we need to consider the implications of autonomous vehicles.

We need to drive the change and make sure change does not hamper our zero-victims vision.

I look forward to a good exchange with you this afternoon and I really appreciate the fact that you put this point on the agenda.

Róza Thun und Hohenstein, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I opened a newspaper today and this is what I read in bold: ‘In the first 40 days of this year, 100 pedestrians were killed by cars on Polish roads. Sixty percent of those mortal traffic accidents took place at pedestrian crossings’.

I’m also happy that we put this point during today’s session, because road safety is a matter of life and death in the most literal sense of the word, and the situation on our European roads is dramatic. So last year the European Union adopted the world’s most advanced mandatory vehicle-safety requirements, the General Safety Regulation. You will remember that it will become applicable in July 2022 and will reduce the number of deaths on the roads significantly.

But many say that even the best technical solutions will not improve the situation on the roads if the road users behave in an irresponsible way. I hear very often that the European Union must educate. But, unfortunately, the European institutions do not have competences in education, TV and radio programmes, the organisation of driving licence courses etc.

We must cooperate with our Member States much more closely in order to achieve a significant reduction in fatalities on the roads. Yes, Commissioner, it is our aim to achieve the vision zero goal and we should prepare a detailed roadmap of how to achieve this as soon as possible. We have positive examples from cities like London, Helsinki and Oslo. They have managed to reduce, or even eradicate, the number of fatalities in road accidents. Let us profit from those examples, and much success to all of us.

Johan Danielsson, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär Vălean, tack för din inledning. 500 människor mister livet på europeiska vägar varje vecka. Det motsvarar att två passagerarplan skulle krascha i EU varje vecka, vilket naturligtvis hade varit helt oacceptabelt – och det är ju också siffrorna för våra vägar. Globalt sett är det ännu värre. 26 000 människor förlorar sina liv varje vecka, främst barn och unga, och främst också människor från låg- och medelinkomstländer. Trots att dödsiffrorna minskar och antalet skadade i trafiken minskar, är det fortfarande alldeles för höga siffror. Vi måste därför lyfta trafiksäkerhetsfrågan högre upp på dagordningen, både i Europa och globalt. Det är viktigt att vi i EU arbetar vidare med den nollvision som den tidigare kommissionen presenterat, och som kommissionär Vălean säger sig vilja fortsätta att prioritera.

Vi måste också bidra till att FN:s mål för hållbar utveckling nås, om än inte i tid, så senare – att vi får nya mål på plats, och att vi säkerställer att vi lyckas halvera antalet dödsolyckor och skadade i trafiken på global nivå. Därför gläder det mig att min partikamrat och vår svenska infrastrukturminister Tomas Eneroth står värd för den globala FN-konferensen för trafiksäkerhet nästa vecka.

Vi måste höja vägsäkerheten för allas vår skull: bilister, passagerare, motorcyklister, cyklister, fotgängare och inte minst vägarbetare. Majoriteten av trafikolyckorna går nämligen, precis som kommissionären sa, att förebygga. Vi måste också inkludera de oskyddade trafikanterna mer i vårt övergripande arbete, precis som vi hörde från en kollega tidigare under debatten. Alla ska kunna känna sig trygga när de går eller cyklar till och från arbetet eller till och från sin skola.

Med bättre infrastruktur, med analyser av hastighetsbegränsningar, blir vägarna säkrare, men det leder också till minskade utsläpp. På det sättet bidrar vägsäkerhetsarbetet också till att nå våra övergripande klimatmål.

EU-finansiering och infrastrukturinvesteringar måste därför alltid inkludera ett vägsäkerhetsperspektiv. Vi måste ha höga säkerhetskrav och genomföra anpassade tester och analyser på våra fordon. Det sistnämnda är extremt viktigt. Det är nämligen faktiskt så att, trots att hälften av världens befolkning är kvinnor, visar studier att kvinnor i dag löper över 70 procents större risk att förolyckas vid en bilolycka än män, på grund av att vi inte använder krocktestdockor som är anpassade för kvinnor. Sådana krockdockor finns nu äntligen, men vi måste också se till att de används. Låt oss nu därför säkerställa att vi tillsammans ser till att vi börjar använda de nya krockdockorna, så att det blir lika säkert att åka bil, oavsett om man är man eller kvinna. När det kommer till vägsäkerhet måste vi tänka på både jämställdhet och jämlikhet.

Jag hoppas att dagens debatt kan skicka en signal också till FN-konferensen nästa vecka om att vi måste arbeta tillsammans för att nå våra globala mål och för att rädda liv.

Avslutningsvis vill jag bara säga att under mitt anförande här i kammaren har nio personer mist sitt liv i trafiken. Det är alldeles för många. Så låt oss nu börja arbeta tillsammans för att få ett stopp på detta.

Valter Flego, u ime kluba Renew. – Poštovana predsjedavajuća, poštovana povjerenice, svakog dana na europskim cestama pogine petstotinjak ljudi.

Vjerojatno je, nažalost, većina nas u jednom trenutku svog života izgubila nekog tko nam je bio blizak ili drag a zasigurno svatko od nas dnevno strahuje za sigurnost svoje djece i obitelji. U strahu smo jer smo svjesni opasnosti u prometu, ali svjesni smo i koliko su te smrti nepotrebne, svjesni smo da se one mogu i trebaju reducirati pa i u potpunosti iskorijeniti. Prema izvješću Svjetske zdravstvene organizacije godišnje pogine i do 1,35 milijuna ljudi na europskim cestama a još više zabrinjava podatak da su nesreće najčešći uzrok smrti mladih osoba od 5 do 29 godina. Samo u 2018. godini u Europi je bilo 25 000 poginulih na cestama i 135 000 teško ozlijeđenih. I to je nedopustiva i nepotrebna ljudska i društvena cijena mobilnosti. Činjenica je da trenutačno srednjoročni cilj Europe kroz viziju nula odnosno prepolovljavanje broja smrtnih slučajeva na cestama od 2010. do 2020. neće biti ostvaren. Ponovno smo si zadali preambiciozne ciljeve koji nisu dostižni. Naravno da se slažem da ciljevi trebaju biti motivirajući, ali isto tako oni moraju biti realni i ostvarivi a zemlje koje su, nažalost, najmanje sigurne kad govorimo o cestovnom prometu su Rumunjska, Bugarska i Hrvatska. To su ujedno i zemlje u kojima ima dvostruko više stradalih u prometu od europskog prosjeka a nije istina da ljudi u tim zemljama ne znaju voziti ili voze lošije nego vozači u Danskoj, Norveškoj ili Nizozemskoj. Istina je da ljudi u Rumunjskoj, Bugarskoj ili mojoj Hrvatskoj imaju puno lošiji vozni park, imaju starije i nesigurnije automobile, starije i nesigurnije ceste koje dovode, nažalost, do smrtnih posljedica.

Poštovana povjerenice, nema revolucije u segmentu sigurnosti u prometu bez novih revolucionarnih iskoraka u tehnologijama koje će se koristiti u prometu i bez ulaganja u cestovnu infrastrukturu. A tehnologija postoji, tehnologija se svakodnevno usavršava i o svima nama ovisi koliko brzo će nam trebati da tu dostupnu tehnologiju i počnemo koristiti. Nove tehnologije poput ekonomije dijeljenja i autonomne vožnje već su itekako u upotrebi i siguran sam da su one odlično rješenje za opterećene europske sredine koje su pogođene i raznim bolestima zbog emisije ispušnih plinova s kojima se borimo mi ovdje u različitim europskim gradovima. Nove tehnologije robotika i automatizacija u prometu mogu drastično reducirati faktor ljudske greške koji je uzročnik preko 90 % svih nesreća u prometu i ukoliko ćemo zaista ostvariti viziju nula poginulih u razdoblju 2021. – 2030. moramo nastaviti s izgradnjom sigurnog sustava na razini država članica. Uz projektiranje i održavanje infrastrukture, „ceste koje opraštaju greške“ su ključne kako bismo znatno smanjili težinu nesreće ukoliko do nje dođe, ali isto tako moramo poticati obnovu voznog parka, smanjiti trošarine i poreze na automobile s Euro NCAP pet zvjezdica jer je tu rizik od ozljeda najmanji.

Za kraj, ali ne manje važno, educirajmo naše građane. Imam dojam da svi zaboravljamo na taj iznimno bitan dio borbe za veću sigurnost u prometu. Možda to ne zvuči toliko atraktivno kao izgradnja infrastrukture ili primjena novih tehnologija, ali jako je važno jer je većina mladih danas u prometu opasnost iz razloga jer nisu svjesni koliko je važno biti educiran.

Poštovana povjerenice, danas više ne prihvaćamo nijednog mrtvog u zrakoplovnim nesrećama, molim Vas da Vam to bude prioritet i u Vašem mandatu i da isto bude i u automobilskom, u kamionskom prometu odnosno u prometu na cestama.

Tilly Metz, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! In der EU sterben jede Woche rund 500 Menschen auf unseren Straßen. Das sind zwei volle Flugzeuge, die abstürzen. Wir würden niemals so viele Todesfälle in der Luftfahrt akzeptieren. Wieso akzeptieren wir sie im Straßenverkehr? Jährlich kosten Verkehrsunfälle geschätzte 280 Milliarden Euro. Hinzu kommen die menschlichen und sozialen Tragödien. Ich begrüße deswegen die Zusagen der Europäischen Kommission, im Rahmen der nächsten EU-Verkehrssicherheitspolitik insbesondere die Zahl der Verkehrstoten in jenem Zeitraum zu halbieren. Dieses mittelfristige Ziel wird der Schlüssel sein, um die vision zero – also null Todesfälle – für 2050 zu erreichen. Mithilfe von technologischem Fortschritt und künstlicher Intelligenz könnte sich die Verkehrssicherheit erheblich verbessern, da bei 94 % der Unfälle menschliches Versagen eine Rolle spielt.

Ein automatisierter Straßensektor birgt jedoch neue Risiken und Herausforderungen, die angegangen werden müssen, wie zum Beispiel neue Infrastrukturen für fahrerlose Fahrzeuge, ethische Fragen zu Haftpflicht und Datenschutz sowie Umwelt- und Gesundheitsprobleme. Während bei Fußgängern und Radfahrern bei weitem die geringste Wahrscheinlichkeit besteht, anderen Verkehrsteilnehmern und Verkehrsteilnehmerinnen Schaden zuzufügen, sind sie die am stärksten gefährdeten Verkehrsteilnehmer und machen fast ein Drittel aller Todesfälle aus.

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Zahl der Todesfälle zu verringern, benötigen wir eine neue Stadtplanung, bei der Fußgänger, Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel Vorrang haben. Wir brauchen eine EU-Strategie für eine sichere und nachhaltige Mobilität. Wie Sie selbst sagten, Frau Kommissarin, und das freut mich, haben Sie eine Strategie. Und mit Strategien gehen Maßnahmen einher. Ich hoffe, dass Sie Ihren Worten treu bleiben werden und dass Verkehrssicherheit in den kommenden Jahren eine wichtige Priorität für Sie sein wird.

Kosma Złotowski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Podniesienie poziomu bezpieczeństwa uczestników ruchu drogowego, a więc kierowców, pieszych czy rowerzystów, to ogromne wyzwanie zarówno dla państw członkowskich, jak i Komisji Europejskiej. Patrząc na statystyki, łatwo dostrzec, że liczba śmiertelnych wypadków drogowych jest ściśle powiązana z geografą, a regiony najslabiej rozwinięte wypadają w tym zestawieniu najgorzej. Blisko 55% wypadków drogowych, w których giną ludzie, ma miejsce na drogach wiejskich. Nie ma chyba lepszego uzasadnienia dla kontynuacji ambitnej polityki spójności, która pozwala lokalnym samorządom inwestować w bezpieczną infrastrukturę i transport publiczny.

Ogromnym wsparciem dla kierowców jest także technologia i zaawansowane systemy bezpieczeństwa w pojazdach. Kolejnym krokiem będą z pewnością pojazdy w pełni autonomiczne, to jednak przyszłość. A już dzisiaj musimy zachęcać kierowców, zwłaszcza młodych, do odpowiedzialnej jazdy. Warto zaangażować w te działania na przykład firmy ubezpieczeniowe, które mają narzędzia, aby skutecznie premiować bezpieczną jazdę. Jestem przekonany, że we wszystkich działaniach podejmowanych na rzecz bezpieczeństwa drogowego i realizacji strategii eliminacji wypadków śmiertelnych do 2050 roku Komisja Europejska może na nas liczyć.

Έλενα Κουντουρά, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, βρισκόμαστε σε κατάσταση έκτακτης ανάγκης και το οφείλουμε στα θύματα να σχεδιάσουμε φιλόδοξες πολιτικές και να υπενθυμίζουμε σε κάθε ευκαιρία ότι για το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο η οδική ασφάλεια είναι μέγιστη προτεραιότητα.

Στην Ευρώπη σήμερα, έχουμε 500 νεκρούς στην εβδομάδα, παρόλο που οι δρόμοι μας είναι οι ασφαλέστεροι στον κόσμο. Ο αριθμός αυτός αντιστοιχεί σε δύο αεροπορικά δυστυχήματα την εβδομάδα στην Ευρώπη ή στον αφανισμό μιας μικρής πόλης 26.000 κατοίκων τον χρόνο. Δυστυχώς όμως, τα θύματα στους αυτοκινητόδρομους δεν ενεργοποιούν ανάλογα τα αντανakλαστικά ούτε των μέσων μαζικής ενημέρωσης ούτε της κοινωνίας μας και των πολιτικών μας. Η κατάσταση αυτή πρέπει να ανατραπεί. Ακόμα και αν δεχτούμε ότι τα ανθρώπινα λάθη δεν θα εκλείψουν ποτέ, οραματιζόμαστε τη μείωση των ατυχημάτων και —κυρίως— μηδενικές απώλειες σε ανθρώπινες ζωές. Το κλειδί είναι να περάσουμε από τα λόγια στην πράξη. Ακούσαμε και από τις άλλες πολιτικές ομάδες ότι θέλουν και αυτές φιλόδοξες πολιτικές, αλλά αναρωτιέμαι: αν οι προθέσεις τους είναι ειλικρινείς, γιατί δεν στήριξαν το αίτημά μας για τη σύνταξη ενός ψηφίσματος για την οδική ασφάλεια; Θα ήταν μια εξαιρετική ευκαιρία να τοποθετηθεί το νέο Κοινοβούλιο για ένα τόσο σημαντικό ζήτημα και να το φέρει στην επικαιρότητα, ενόψει μάλιστα της τρίτης παγκόσμιας υπουργικής διάσκεψης στη Στοκχόλμη.

Πρέπει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να είναι πρωτοπόρο στην οδική ασφάλεια στην πράξη και σας καλώ, ως πρώτο βήμα, να αναθεωρήσετε τη στάση σας και να στηρίξετε συγκεκριμένες προτάσεις. Για παράδειγμα, να επαναλάβουμε τη δέσμευσή μας στον ευρωπαϊκό στόχο για τη μείωση στο 1/2 του αριθμού θανάτων και σοβαρών τραυματισμών από το 2020 έως το 2030 και για τον μηδενισμό των θανάτων έως το 2050. Να δημιουργήσουμε ευρωπαϊκά προγράμματα στο επόμενο δημοσιονομικό πλαίσιο, με στόχο την προώθηση πολιτικών που αποδεδειγμένα έχουν θετικά αποτελέσματα, και ειδικά προγράμματα που στοχεύουν στη μείωση των μεγάλων ανισοτήτων ανάμεσα στα κράτη μέλη σε επιδόσεις οδικής ασφάλειας, εκεί δηλαδή που υπάρχει μεγάλο περιθώριο βελτίωσης. Να αξιοποιήσουμε τις τελευταίες καινοτομίες της αυτοκινητοβιομηχανίας σε συστήματα ασφαλείας σε νέα αλλά και παλαιά οχήματα, όπου αυτό είναι δυνατό. Να θέσουμε στόχους για τη μείωση των θανάτων ευάλωτων χρηστών του δικτύου στο πλαίσιο της αστικής κινητικότητας. Να θεσπίσουμε ένα ρυθμιστικό πλαίσιο για τα οχήματα με αυτοματοποιημένα συστήματα οδήγησης. Να ενισχύσουμε την εφαρμογή των κανόνων οδικής κυκλοφορίας τόσο σε εθνικό επίπεδο όσο και διασυνοριακά.

Η Επιτροπή Vălean έχει εκφράσει ήδη δύο φορές στην Επιτροπή Μεταφορών —όπως και σήμερα, εδώ στο Κοινοβούλιο— τη δέσμευσή της να εργαστεί ενεργά για πιο ασφαλείς δρόμους στην Ευρώπη και την ευχαριστώ μέσα από την καρδιά μου γι' αυτό. Πρέπει και εμείς, λοιπόν, στο Κοινοβούλιο να ξεκαθαρίσουμε τις προτεραιότητές μας και να συνεργαστούμε με την Επιτροπή και τα κράτη μέλη ώστε τα επόμενα χρόνια να μπουν τα θεμέλια για μια επιτυχημένη στρατηγική και ένα φιλόδοξο νομοθετικό πλαίσιο, που θα μας επιτρέψει να πετύχουμε τον στόχο μείωσης κατά το ήμισυ των θανάτων και σοβαρών τραυματισμών το 2030.

Benoît Lutgen (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, merci pour votre déclaration. La stratégie adoptée en juin dernier vise à diviser par deux le nombre de morts et de blessés graves sur nos routes, en Europe. C'est un magnifique objectif humain, nous connaissons tous effectivement autour de nous des cas malheureux de familles qui ont été détruites par la réalité de la sécurité routière et de la route.

Pour atteindre cet objectif, je pense qu'on doit prendre toute une série d'options. La Commission européenne avait envisagé, notamment, et je le souhaite, une révision de la réalité du permis de conduire; une révision aussi, sans doute, de la coopération transfrontalière, notamment en cas de retrait de permis de conduire; une révision des recommandations, aussi, en matière de limitation de l'alcool, de la drogue ou même de la vitesse au volant. Voilà au moins trois pistes qui me semblent importantes et sur lesquelles j'espère que vous allez travailler pour apporter, au-delà d'un objectif, des mesures concrètes pour améliorer la situation globale de la sécurité routière en Europe.

Si l'on regarde bien, ces dernières années, on constate une forme de stagnation des chiffres en matière de sécurité routière, et on peut le regretter. Après une amélioration qui a eu lieu pendant de nombreuses années, cette stagnation ne peut pas se poursuivre. Elle ne peut pas se poursuivre, d'ailleurs, puisqu'on a un objectif très fort en matière de réduction du nombre de morts et de blessés.

Puis-je vous demander aussi qu'on aille plus loin, notamment dans les corrélations des bonnes pratiques par État membre. On doit pouvoir, ensemble, se poser les bonnes questions. Bien sûr, les infrastructures et les véhicules ne sont pas les mêmes partout dans les États membres, mais reconnaissons qu'on doit aussi mettre en œuvre, dans certains États membres, certaines mesures pour améliorer la réalité de la sécurité routière et des chiffres en la matière. Il y a trop d'écarts, et des écarts qui sont très importants, en matière de sécurité routière entre les différents États membres. Je souhaite vivement, Madame la Commissaire, qu'on puisse travailler davantage sur ces chiffres et aussi que vous puissiez, que nous puissions ensemble faire des recommandations, État membre par État membre, pour que les bonnes pratiques soient diffusées partout et qu'on puisse améliorer le sort de la sécurité routière partout en Europe.

Adriana Maldonado López (S&D). – Señora presidenta, gracias, señora comisaria, por traer a esta Cámara un debate que me parece fundamental. Y es verdad que muchas veces hablamos de muchísimos temas y hablamos de temas, como la seguridad vial, ahora mismo, que es un tema fundamental en el día a día de la Unión Europea y en el día a día también de nuestros conciudadanos.

Como bien indicaba la señora comisaria, más de 25 500 personas fallecen en las carreteras europeas cada año. En España, por ejemplo, en torno al 71 % o el 91 % de los accidentes se debe a causas humanas. Y es ahí donde yo creo que tenemos que focalizar todos nuestros esfuerzos como Parlamento Europeo, como Comisión Europea y también como Consejo Europeo. Tenemos que unir todas nuestras fuerzas desde las instituciones europeas y también desde los Estados.

Y yo creo que las nuevas tecnologías aquí van a jugar un papel fundamental; un papel clave, porque tenemos que tener en cuenta que se están creando ya nuevos modelos de coches autónomos. Estamos viendo cómo ese riesgo humano es el factor clave en los accidentes de tráfico y, por lo tanto, tenemos que intentar reducirlo en la medida de lo posible.

Y tenemos que ser inteligentes y utilizar, desde mi punto de vista, las nuevas tecnologías, como, por ejemplo, puede ser la inteligencia artificial, para que ese riesgo humano sea el menor posible en los accidentes de tráfico. Porque, en definitiva, estamos hablando de la vida de muchas personas. Y creo que tenemos que utilizar también la digitalización para ser capaces de reducir esa gran mortalidad.

También es verdad que creo que es un auténtico reto para el mercado interior. Creo que tenemos que ser capaces, por ejemplo, de crear y garantizar la seguridad jurídica, de fomentar las inversiones en las tecnologías correspondientes y también proteger a los ciudadanos y a los consumidores frente a los nuevos retos que tenemos en todo lo relacionado con la seguridad vial. Por lo tanto, yo creo que la digitalización es una buena oportunidad para que la seguridad vial sea también un nuevo reto a abordar en la Comisión Europea.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, в днешния ден в залата има доста повече хора отколкото миналия четвъртък и това е стъпка в добра посока, за която мога да Ви поздравя.

Уважаема г-жо Комисар, мога да говоря по тази тема от първо лице, като човек, който съвсем наскоро е имал отношение към пътната безопасност. За много хора тази тема звучи странно и далече от тях, обаче пътната безопасност не е само слагането на колани и неговоренето по телефона докато шофираш. Пътната безопасност е система от законодателни, образователни, правоприлагащи и най-вече превантивни мерки. Пътната безопасност е отговорност на водача на превозните средства и на всички преки и косвени участници в движението.

В моята родина България за 2018 г. са загинали повече от 682 човека при пътнотранспортни произшествия. До края на октомври 2019 г. са 511. Смяя да твърдя, че тези цифри са доста занижени, за съжаление. Тук влизат само преките жертви на пътнотранспортни произшествия, а не хората, които са получили травматизъм при произшествието и вследствие на него след това са загубили живота си. Моята държава губи за една година повече свои граждани в пътнотранспортни произшествия отколкото държави, на територията на които се водят и бойни действия. Това е, меко казано, недопустимо.

Затова пътната безопасност е много по-важна от редица теми, които обсъждаме в Европейския съюз, като тези за кривите краставици или какво трябва да има в саса на дюнера.

Намаляването или достигането на 0 показателя в пътния травматизъм иска конкретни мерки. Например, уеднаквяване на пътната маркировка, знаците, които се поставят в цяла Европа, така че това трябва да бъде преследвано.

Уважаема г-жо Вълян, очаква ни много работа. Трябва да обърнем внимание на другите инициативи и документи, за които Вие като комисар също отговаряте. Трябва да обърнем внимание на това противоречашо на всякаква логика връщане на празните камиони, защото това дори противоречи на идеята за зелени мерки в Европейския съюз и Парламент. Преди малко дори чух коментари за това, че не били съобразени тестовите за жени. Не мисля, че полът има някакво отношение към това дали можеш да караш или да не караш автомобил. Не мисля, че жените са по-добри или по-лоши шофьори, трябва просто да има строги правила за всички.

(Ораторът приема да отговори на въпрос „синя карта“ (член 171, параграф 8 от Правилника за дейността))

Róża Thun und Hohenstein (PPE), blue-card question. – Excuse me, I just wanted to ask, when did you last discuss the curving of the cucumber and such issues in the European Parliament, because I have been here for the last almost 11 years and I never encountered such a discussion.

So I wonder is this an ECR speciality or whether you discuss those?

Ангел Джамбазки (ECR), отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта. – Уважаема колега, напомням Ви в миналия мандат, в тази зала, ние гласувахме и обсъждахме какво да има в саса на дюнера, помните ли това? Аз не мисля, че това е съществена тема. Темата, която обсъждаме в момента, е много по-съществена и по-важна. Мога да опресня Вашата памет и по отношение на кривите краставици, и по отношение на дюнера, явно сте ги забравили, 10 години са много време. Сигурно сте ги пропуснала? Но това няма отношение към днешната дискусия.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Niewątpliwie bezpieczeństwo na drogach jest ważnym tematem społecznym. 200 milionów Europejczyków posiada prawo jazdy i prawie każdy mieszkaniec korzysta z transportu drogowego. W ostatnich trzech dekadach trzykrotnie wzrosło natężenie ruchu na europejskich drogach, wzrosły też nakłady na infrastrukturę, a mimo to zbyt wiele jest ofiar i ludzkich tragedii. I myślę, że nie sposób wyliczyć kosztów finansowych i społecznych, jakie ponosi cała Unia Europejska.

Dlatego też cieszę się bardzo, że bezpieczeństwo na drogach jest jednym z priorytetów Komisji Europejskiej. Bardzo liczę na duże zaangażowanie Pani Komisarz, w które absolutnie nie wątpię. Cieszę się bardzo, że w procesie tym zostaną wykorzystane nowe technologie, bo myślę, że ich wpływ może być taki, jaki kiedyś osiągnęliśmy dzięki pasom bezpieczeństwa. Należy też zauważyć dysproporcje w liczbie ofiar w poszczególnych państwach Unii Europejskiej. Wiele osób zwracało uwagę, że w biedniejszych krajach z mniej rozbudowaną infrastrukturą jest więcej ofiar. Mam też nadzieję, że ten temat zostanie uwzględniony w wieloletnich ramach finansowych.

I oczywiście, jak ktoś powiedział, „Edukacja, głupcze!”. Bez edukacji, bez wskazywania, że nie ma naszej zgody na to, aby ktoś po narkotykach czy po alkoholu wsiadał do samochodu, nawet najlepsze rezolucje nie pomogą nam zwalczyć tej plagi, ograniczyć tych tragedii. Przed nami zatem ciężka praca i mam nadzieję, że jako Parlament Europejski wykonamy ją bardzo dobrze, czego nam wszystkim, Europejczykom, życzę.

Catch-the-eye procedure

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! To bardzo ważna debata. Akurat Unia Europejska zdaniem wielu osób ma tu bardzo wiele do zrobienia. Bezpieczeństwo na drogach, ofiary śmiertelne, długoletnie skutki wypadków drogowych, odszkodowania, renty, koszty leczenia to po prostu bardzo wstydliva strona funkcjonowania Unii Europejskiej. Chociaż są postępy, to jednak mamy bardzo wiele do zrobienia.

Oczekiwałamby, Pani Komisarz, rzetelnego sprawozdania, które pozwoliłoby porównać sytuację w różnych krajach. Nie jest tajemnicą, że najwięcej wypadków ma miejsce w krajach postkomunistycznych, gdzie infrastruktura drogowa jest najgorsza. Dlatego też bardzo proszę Panią Komisarz o dopilnowanie, żeby nie było tu oszczędności, żeby państwa miały do dyspozycji środki na obwodnice, na drogi szybkiego ruchu, na Via Carpathia, która biegnie przez Rumunię. Trzeba także udostępniać środki samorządom, które świetnie potrafią wykorzystać pieniądze na te drogi, gdzie jest najwięcej wypadków. Życzę Pani powodzenia w tej trudnej misji!

(End of catch-the-eye procedure)

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of the House, I appreciate very much your comments and your interest for this subject.

As I said from the beginning, only working together and putting enough pressure on all the stakeholders on which depends the safety on the roads, will we achieve results.

You were mentioning, for example the targets. We have the targets which are expiring as I said, this year, and maybe one would ask why we would have targets if we cannot achieve them? But I do believe that having a target is an important instrument, an important tool, to design policies and enter into dialogue with the stakeholders in order to have a concrete vision for the future from various areas. So I myself I'm favouring keeping a clear target which can guide our action, and we can remember and recall all the time.

We don't need all of you mentioned the numbers, and I mentioned the numbers at the beginning, and I said and I want to repeat that actually any number is not acceptable. And that it was said it is also not acceptable that we get used to hearing about this and numbers of deaths on the roads. So that's why clear action is absolutely needed, and we need to be committed to that.

Several have mentioned the vulnerability of pedestrians or other categories involved in traffic. So when we talk about the safety of course the citizens have to be at the core of our action, and we have several categories of vulnerable road users.

So we have also the pedestrians as were mentioned, but the cyclists, the motorcyclists are most at risk, especially in urban areas, and we are also looking into the urban mobility package to see ways in which we can improve the safety inside the city.

The problem is, and we all know that where all the categories are meeting together, and now the evolution of the technology we see and the introduction of new ways of mobility in cities, I think these kind of risks are higher. So we have to work very early on devising a policy to accommodate all these categories which would meet in the same space.

But since we are talking about that, let me refer also to a topic many of you raised. That technology and digitalisation can help us to improve road safety. Many mentioned the fact that we are looking at autonomous vehicles in the future, artificial intelligence – but this comes also with lots of challenges because we have to admit that at the beginning, all these vehicles, well slowly with the introduction of the infrastructure, will need to co-habit with the traditional ones. And this is also something we have to imagine from the very beginning as being a new risk for the safety on the roads. So this is another angle we are looking at.

I'm very much favouring the Safe System as a system approach because it looks at all the elements which are making road safety challenging.

Many of you mentioned driving licensing. We are looking into this and I think in 2022 we will come up with a proposal, somewhere mentioning the speed. Of course, speed is one of the most important elements, and we have also, let me give you another figure, an estimation from the EDFC, that only one kilometre per year reduction in average speed in the EU would already reduce the deaths by 2000 a year. So this shows that speed is a very important factor. We are also looking and analysing to see how we can convince and cooperate with the Member States in order to act in this respect.

We know that in 2017 there was the Valetta Declaration on Road Safety and the transport ministers committed to engage on the possibility of reducing speed limits. So let's see where we are after this with each Member State.

Personalised analysis for Member States is done, and I encourage you to follow, and I'm sure you're not already, but maybe we will have another chance to discuss the subject after the annual report and statistics, which is going to be published in April. And also I would like to commit with you that after the Stockholm Conference, I would have probably the next day I am in the TRAN Committee, and I can already report back to you on what was committed to in Stockholm and which are the next steps to be taken together with you in the future to increase road safety in Europe – and why not to the leadership for other continents, because we know and we have instruments and programmes for Asia and for Africa and would like to lead there, so that globally we can contribute to the reduction of deaths and serious injuries on the roads.

Thank you very much for this debate and I'm as always at your disposal for this topic or others for discussion in the future.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Andor Deli (PPE), írásban. – A közlekedés biztonsága egy olyan téma, amit állandó jelleggel napirenden kell tartani. A közlekedési baleseteknek számos negatív, sokszor tragikus következményei vannak az egyének, családok és az egész nemzetgazdaság számára. Tény hogy ez elmúlt évtizedekben sikerült csökkenteni a közlekedési balesetek számát, viszont addig nem lehetünk elégedettek, amíg ezek száma nem csökken tovább. Legtöbb esetben sajnos még mindig az emberi tényező, ittás vezetés és gyorshajtás a hibásak a balesetekért, ezért még nagyobb hangsúlyt kell fektetni az edukációra és a megelőzésre.

Európai szintű kampányokra van szükség, amelyek felhívják az emberek figyelmét a közlekedés biztonság fontosságára. A gépjárművek műszaki állapota szintén fontos befolyásoló tényező. Szerencsére mára olyan technológiák kerülnek beszerelésre az új gépjárművekbe, amelyek jelentősen hozzájárulnak a biztonságukhoz és csökkentik a balesetek számát. Pár évtized múlva talán az önvezető autók realitássá válnak, és akkor az emberi tényező minimalizálódik, a műszaki biztonság pedig maximalizálódik. De addig is mindent meg kell tennünk, hogy a közlekedést az európai utakon biztonságosabbá tegyük, mivel minden emberi élet számít.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – Siguranța rutieră trebuie să devină o prioritate! Acest lucru presupune, în primul rând, să oferim un spațiu mai larg pentru acest subiect la nivel european, pentru că este vorba de salvarea de vieți omenești și despre acțiuni care pot și trebuie să fie realizate împreună. Sunt îngrijorat de situația României în Europa în materie de siguranță rutieră. Șoselele din România sunt poate cele mai periculoase din Europa. Cu aproape 100 de decese la milionul de locuitori și aproape 2 000 de persoane decedate anual din cauza accidentelor rutiere, România din păcate nu reușește să facă nimic concret în acest sens. Practic 5 persoane mor zilnic în accidente rutiere în România. O catastrofă! Invit Comisia Europeană să acționeze în acest sens pentru dezvoltarea unei strategii în materie și să supravegheze în timp real eforturile realizate de statele membre, pentru că drumuri mai sigure înseamnă o viață mai sigură pentru cetățenii europeni!

13. Petitionen: siehe Protokoll

14. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

15. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

16. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll

17. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

18. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll

19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

20. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

21. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 15.44)

23. Unterbrechung der Sitzungsperiode

President. – I declare adjourned the session of the European Parliament.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4489

12.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107140

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4489)

Datum der Annahme der Entscheidung	21.6.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.107140	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Régime d'aide à la modernisation et à la création d'installation terminales embranchées (ITE)	
Rechtsgrundlage	Article 178 de la loi n°2019-1428 d'orientation des mobilités (LOM) du 24 décembre 2019 et décret n° 2022-399 du 18 mars 2022 approuvant la stratégie pour le développement du fret ferroviaire ainsi que les lois de finances annuelles.	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Verkehrskordinierung, Umweltschutz	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 60 000 000 EUR Jährliche Mittel: 12 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	50,0 %	
Laufzeit	bis zum 30.6.2029	
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Direction générale des infrastructures, des transports et des mobilités (DGITM) Tour Séquoia, 1 place Carpeaux, 92055, LA DEFENSE - CEDEX	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4492

12.7.2024

Veröffentlichung einer genehmigten Standardänderung einer Produktspezifikation einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geschützten geografischen Angabe im Sektor Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß Artikel 6b Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission

(C/2024/4492)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 6b Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission ⁽¹⁾ veröffentlicht.

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION EINER GESCHÜTZTEN URSPRUNGSBEZEICHNUNG ODER EINER GESCHÜTZTEN GEOGRAFISCHEN ANGABE EINES MITGLIEDSTAATS

(Verordnung (EU) Nr. 1151/2012)

„Sel de Salies-de-Béarn“

EU-Nr.: PGI-FR-01311-AM01 — 26.4.2024

g. U. () g. g. A. (X)

1. Name des Erzeugnisses

„Sel de Salies-de-Béarn“

2. Mitgliedstaat, zu dem das geografische Gebiet gehört

Frankreich

3. Behörde des Mitgliedstaats, die die Standardänderung mitteilt

Ministère de l'agriculture et de la souveraineté alimentaire (Ministerium für Landwirtschaft und Nahrungsmittelsouveränität)

—

4. Beschreibung der genehmigten Änderung(en)

Erläuterung, warum die Änderung(en) unter die Definition des Begriffs „Standardänderung“ gemäß Artikel 53 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 fällt/fallen:

Der Antrag auf Änderung für die g. g. A. „Sel de Salies-de-Béarn“ betrifft keinen der drei Fälle einer sogenannten „Unionsänderung“, d. h.:

- a) eine Änderung des Namens der geschützten Ursprungsbezeichnung,
- b) die Gefahr einer Aufhebung des Zusammenhangs mit dem geografischen Gebiet,
- c) weitere Beschränkungen bei der Vermarktung des Erzeugnisses.

Die französischen Behörden sind daher der Auffassung, dass der Antrag als sogenannte „Standardänderung“ einzustufen ist.

1. BESCHREIBUNG DES ERZEUGNISSES

Die Beschreibungen zur farblichen Charakterisierung wie „milchig“, „mit rosafarbenen oder blassgelben Nuancen“, „natürlich“ werden gestrichen.

Für grobes Salz wird ein Dichtewert von mindestens 0,8 kg/l hinzugefügt.

Die ursprünglich festgelegte Korngröße zur Abgrenzung von grobem und feinem Salz wird von 0,5 mm auf 1 mm erhöht.

Der Anteil unlöslicher Stoffe, der bislang unter 1 % liegen musste, muss nun unter 0,5 % liegen.

Die Änderung hat Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

⁽¹⁾ ABL L 179 vom 19.6.2014, S. 17.

2. BESCHREIBUNG DES ERZEUGUNGSVERFAHRENS

Es wird eine Saisonalität der Erntezeit erwähnt: „Geerntet wird ausschließlich vom 1. April bis zum 30. November jedes Jahres.“

Die Bestimmung, dass der Salinenmitarbeiter nach den Witterungsverhältnissen den richtigen Zeitpunkt zum Abpacken bestimmt, wird gestrichen, da die Feuchtigkeitskontrolle und die Bewertung der Haptik ausreichend sind.

Die Eigenschaft „technologisch wirkend“ für Zusatzstoffe wird gestrichen. Die Verwendung jeglicher Zusatzstoffe ist untersagt.

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

3. ZUSAMMENHANG MIT DEM GEOGRAFISCHEN GEBIET

Die Rubrik wird umformuliert, um die Anforderungen der Europäischen Kommission zu erfüllen (Verkürzung der geschichtlichen Entwicklung, Überarbeitung einiger Teile aus Gründen der Kohärenz).

Die Änderung hat Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

4. EINZELSTAATLICHE VORSCHRIFTEN

Es wird eine Kontrolle der Dichte und der Feuchtigkeit durch Analysen hinzugefügt.

Die Verwendung technologisch wirkender Zusatzstoffe ist aus Gründen der Kohärenz mit dem Erzeugungsverfahren verboten.

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

EINZIGES DOKUMENT

„Sel de Salies-de-Béarn“

EU-Nr.: PGI-FR-01311-AM01 — 26.4.2024

g. U. () g. g. A. (X)

1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]

„Sel de Salies-de-Béarn“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Frankreich

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses [gemäß Anhang XI]

Klasse 2.6. Salz

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ wird aus natürlicher Sole hergestellt, dem salzhaltigen Quellwasser aus dem Gebiet, das von den salzführenden Schichten aus dem Trias der Region Salies-de-Béarn durchzogen ist. Das salzhaltige Quellwasser stammt aus der natürlichen Auflösung der Steinsalze durch das Grundwasser.

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ entsteht durch Kristallisation beim Verdampfen des salzhaltigen Quellwassers nach einem traditionellen Verfahren des Erhitzens der Sole in Salzsiedepfannen unter freiem Himmel.

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ ist ein Speisesalz. Es wird nach der Ernte weder raffiniert noch gewaschen und ohne Zusatzstoffe verarbeitet.

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ wird als grobes oder feines Salz angeboten.

3.3. Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)

—

3.4. Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen

Die folgenden Erzeugungsschritte finden in diesem geografischen Gebiet statt:

- Bohren;
- Pumpen des salzhaltigen Quellwassers;
- Erzeugung des Salzes;
- Trocknen – (Mahlen) – (Sieben);
- Verpacken.

3.5. Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

Die örtlichen Betriebe verfügen über ein besonderes Fachwissen. Aufgrund ihrer profunden Kenntnis des Erzeugnisses, seiner Sprödigkeit und seiner Bröseligkeit gehen sie bei der Lagerung und beim Verpacken besonders achtsam vor. Wenn das „Sel de Salies-de-Béarn“ den vorgegebenen Feuchtigkeitsgehalt gemäß der Produktspezifikation erreicht hat, bestimmt der Salinenmitarbeiter anhand der Haptik den richtigen Zeitpunkt zum Abpacken des Salzes. Dabei darf das „Sel de Salies-de-Béarn“ nicht an den Fingern kleben.

Die Salinenmitarbeiter achten darauf, das Produkt nicht zu verdichten, die Handhabungen zu begrenzen, um die weiße Farbe zu erhalten, das Verklumpen der Kristalle des „Sel de Salies-de-Béarn“ zu verhindern und zu vermeiden, dass die Körner aufbrechen und die flüssigen Einschlüsse austreten.

Das Verpacken des „Sel de Salies-de-Béarn“ im geografischen Gebiet ermöglicht es auch, die Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses zu verbessern und zu garantieren, dass es nicht mit anderen Salzen vermischt wird.

3.6. Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

Die Kennzeichnung des Erzeugnisses umfasst:

1. den Namen der g. g. A.: „Sel de Salies-de-Béarn“
2. die Verkaufsbezeichnung:
3. grobes Salz;
4. feines Salz.

4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Das geografische Gebiet umfasst 13 Gemeinden in der Region Nouvelle Aquitaine:

- Département Landes: Saint-Cricq-du-Gave und Sorde-l'Abbaye;
- Département Pyrénées-Atlantiques: Auterive, Came, Carresse-Cassaber, Castagnède, Escos, Labastide-Villefranche, Lères, Oraàs, Saint-Dos, Saint-Pé-de-Lères und Salies-de-Béarn.

5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Die Merkmale des „Sel de Salies-de-Béarn“ wie seine weiße Färbung oder seine Mineralzusammensetzung sowie sein Ansehen ergeben sich aus der Kombination natürlicher Faktoren, insbesondere des Klimas, und des seit dem 11. Jahrhundert angewendeten Know-hows.

Zu Beginn der Sekundärzeit, in der Trias, führte das Verdunsten des Meerwassers im geografischen Gebiet des „Sel de Salies-de-Béarn“ über zwei aufeinanderfolgende evaporitische Episoden hinweg unter einem trockenen Klima zu Salzablagerungen; die aus Gips (Calciumsulfat) und Halit (Natriumchlorid) bestehenden Evaporite bilden Schichten mit einer Mächtigkeit von bis zu 900 m, von denen 600 m aus Salz bestehen. Am Ende der Kreidezeit ist das Trias-Massiv von Salies-de-Béarn dem durch die Entstehung der Pyrenäen bedingten starken tektonischen Druck ausgesetzt.

Die im geografischen Gebiet in der Tiefe liegenden Salzschichten sind weniger dicht als das sie überdeckende Gestein. Ihr elastisches Verhalten ermöglicht das Aufsteigen dieser Schichten in Form von Salzdomen oder -stöcken, die als Salzdiapire bezeichnet werden. Ein Salzdiapir reicht im Triasmassiv des geografischen Gebiets fast bis zur Erdoberfläche.

Das in die tiefen Schichten eindringende Wasser wird im Wesentlichen beim Kontakt mit den salzföhrenden Schichten aus der Trias mineralisiert. Das in der salzföhrenden Masse enthaltene oder damit in Kontakt gelangende Wasser laugt das Salz aus und reichert sich mit Natriumchlorid an. Beim Durchgang durch die in den triasischen Schichten enthaltenen Dolomitstreifen reichert sich das Wasser mit Mineralsalzen und Spurenelementen an.

Das Wasser fließt in den durch die Auflösung von Triasgestein (Salz, Kalkstein und Dolomit) entstandenen Kanälen.

Aufgrund des Niveauunterschieds steigt dieses Wasser im geografischen Gebiet auf natürliche Weise an die Oberfläche und bildet natürliche salzhaltige Quellen.

Was die menschlichen Faktoren anbelangt, so belegen zahlreiche Überreste von Töpfereien und Öfen, dass im Triasmassiv von Salies-de-Béarn bereits seit der Bronzezeit Salz gewonnen wird. In der Bronzezeit (2200 bis 800 v. Chr.) und in der Antike (600 v. Chr. bis 400 n. Chr.) wurde das salzhaltige Quellwasser in Keramikgefäßen erhitzt und verdampft, die anschließend zerschlagen wurden, um das Salz zu gewinnen.

Im Mittelalter (5. bis 15. Jahrhundert) änderte sich mit dem Aufkommen der Salzsiedepfanne („poêle à sel“) das Salzverarbeitungsverfahren. Das über einem Holzfeuer erhitzte Wasser verdampft, und das am Gefäßboden ausgefallene Salz wird entnommen.

Im 16. Jahrhundert beschlossen die Bewohner von Salies-de-Béarn, die sich um diesen natürlichen Schatz angesiedelt hatten, sich zu organisieren:

- sie gründeten eine Anteilseignergemeinschaft, die „Corporation des Part-Prenants“;
- sie legten eine Verordnung fest, die „Verordnung über den Salzbrunnen“ („Règlement de la Fontaine Salée“).

Diese Organisation besteht fünf Jahrhunderte nach ihrer Gründung noch immer.

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ wird auch heute noch aus dem im geografischen Gebiet entnommenen salzhaltigen Quellwasser erzeugt. Es entsteht durch Kristallisation beim Verdampfen des salzhaltigen Quellwassers nach dem traditionellen Verfahren des Erhitzens der Sole in Salzsiedepfannen unter freiem Himmel.

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ weist besondere physikalische Eigenschaften auf:

- seine Beschaffenheit: Das grobe Salz liegt in Form von Körnern vor. Es setzt sich aus trichterförmigen Anordnungen zusammen, die sich durch Akkretion am Boden der Salzsiedepfanne absetzen. Aufgrund des Erzeugungsverfahrens weisen die Trichter große morphologische Unterschiede auf: ganze bzw. mehr oder weniger zerbrochene Pyramiden. Dies föhrt zu sehr unregelmäßigen Morphologien bei den Körnern des „Sel de Salies-de-Béarn“. Die Kristalle des „Sel de Salies-de-Béarn“ sind in einem weitgefassen Korngrößenbereich unterschiedlich groß.
- das Vorhandensein flüssiger Einschlüsse: Die Kristalle des „Sel de Salies-de-Béarn“, die sich unregelmäßig bilden und zusammensetzen, weisen mikroskopische Hohlräume auf. Diese mikroskopischen Hohlräume füllen sich mit Sole, die in den Kristallen des „Sel de Salies-de-Béarn“ eingeschlossen bleibt. Sie werden als flüssige Einschlüsse bezeichnet.
- seine Farbe: Das „Sel de Salies-de-Béarn“ zeichnet sich durch eine weiße Farbe aus, die weder durch Behandlung noch durch die Zugabe von Zusatzstoffen erzielt wird.

Aufgrund seiner mit der Gewinnungsart zusammenhängenden physikalischen Eigenschaften ist das „Sel de Salies-de-Béarn“ bröselig und spröde.

Die Salinenarbeiter achten auf die Lagerungs-, Handhabungs- und Verpackungsbedingungen, um Folgendes zu begrenzen:

- ein oberflächliches Oxidieren der Salzkörner, das zu Farbveränderungen föhren kann;
- zahlreiche und unvorsichtige Handhabungen, bei denen die Körner des „Sel de Salies-de-Béarn“ beschädigt werden und die in den Kristallen enthaltenen flüssigen Einschlüsse austreten können.

D. CUSSEY-GEISLER und M. H. GRIMALDI gelangen in einer von ihnen durchgeföhrten vergleichenden Untersuchung („Caractérisation du sel utilisé pour la salaison du Jambon de Bayonne“, UPPA, Juli 1989) mehrerer Salze verschiedenen Ursprungs zu dem Ergebnis, dass das „Sel de Salies-de-Béarn“ unter geochemischen Gesichtspunkten eine Vielzahl von Spurenelementen enthält, insbesondere Calcium, Kalium, Magnesium und verschiedene Sulfate, die typisch für die Evaporite der Trias ist. Diese Spurenelemente sind im Quellwasser enthalten, das beim Kontakt mit den geologischen Schichten stark mineralisiert wird. Sie finden sich in den flüssigen Einschlüssen der Kristalle des „Sel de Salies-de-Béarn“ wieder.

Die Salzgesteine des Trias bilden im geografischen Gebiet einen Diapir, sodass sie im Triasmassiv von Salies-de-Béarn an die Erdoberfläche stoßen. Das Grundwasser, das diese Schichten durchzieht, nimmt Mineralsalze und Spurenelemente auf und tritt in den salzhaltigen Quellen zutage. Bereits in der Bronzezeit erkannten die Bewohner des Triasmassivs von Salies-de-Béarn den Wert dieser Salzwasserquellen: Eine einfache Erhitzung ermöglicht die Verdunstung und die Bildung von Salzkristallen. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich das Erhitzungsverfahren weiterentwickelt, aber sein Prinzip blieb unverändert: Die Sole wird nicht zum Kochen gebracht und nicht chemisch behandelt. Dieses jahrtausendealte Fachwissen bewahrt die spezifischen Eigenschaften des Quellwassers. Durch das Kristallisieren ohne anderen menschlichen Eingriff als das Erhitzen des Wassers bleibt der hohe Mineralstoffgehalt erhalten. Die Salzkristalle sind aufgrund ihrer besonderen Beschaffenheit reich an flüssigen Einschlüssen. Die Mineralsalze und Spurenelemente im salzhaltigen Quellwasser und in den flüssigen Einschlüssen finden sich daher im „Sel de Salies-de-Béarn“ wieder. Bereits im 19. Jahrhundert wurden der mineralische Reichtum des Quellwassers und des „Sel de Salies-de-Béarn“ sowie der bestehende Zusammenhang in zahlreichen medizinischen Werken im Rahmen von Studien zu ihren Vorzügen hervorgehoben, die u. a. von Dr. R. Petit, Dr. B. de Larroque, Dr. J. Marsoo und Dr. C. Nogaret durchgeführt wurden. Die Stadt Salies-de-Béarn wurde rund um die Erzeugung von Salz aus dem Triasmassiv errichtet. So wurde bereits im 16. Jahrhundert eine Anteilseignergemeinschaft gegründet, um diesen natürlichen Schatz zu schützen. Diese Organisation besteht nach wie vor und ihre Geschäftsordnung, die „Verordnung über den Salzbrunnen“ („Règlement de la Fontaine Salée“), gilt weiterhin.

Das „Sel de Salies-de-Béarn“ – das „weiße Gold“ der Region – ist ein seit Langem anerkanntes Erzeugnis, das Gegenstand eines althergebrachten Handels ist und eine wichtige Rolle in der Wirtschaft spielt. Zahlreiche historische Berichte belegen diesen Namen und seinen Bekanntheitsgrad. Im Jahr 1768 beschreibt der Marquis d'Orbessan in den „Mélanges historiques critiques de physique, de littérature et de poésie“ die Herstellung des „Sel à Salies-de-Béarn“. Sein Bericht endet mit der folgenden Bemerkung: „Jeder weiß, dass gewöhnliches Salz gebleicht werden muss, um ihm seinen brackigen Geschmack zu nehmen und es genießbar zu machen. Das Salz aus Salies erfordert keine solche Behandlung.“ Die besonderen Eigenschaften des „Sel de Salies-de-Béarn“ werden auch von Fachleuten anerkannt, und zwar sowohl von Einsalzern als auch von Gastwirten. So heißt es im „Grand dictionnaire universel du XIXe siècle“ (1866–1877) von Pierre Larousse: „Die besten Schinken sind vielleicht die aus Bayonne, die mit Salz aus Salies zubereitet werden.“ Im weiteren Sinne erklärte Louis Figuier in seinem Buch „Les merveilles de l'industrie ou Description des principales industries modernes“ (1873–1877): „Die Salzvorräte in den Geschäften hängen von der Jahreszeit ab. In Villefranque und Salies gibt es während des Winters, d. h. zur Zeit des Einsalzens, fast kein Salz in den Geschäften. Es kommt sogar häufig vor, dass Salz, das gerade aus dem Kessel kommt, direkt in den Handel gebracht wird.“ Das „Sel de Salies-de-Béarn“ wird in der Tat traditionell bei der Herstellung von sehr angesehenen Produkten wie dem Schinken mit der g. g. A. „Jambon de Bayonne“, dem Schafskäse mit der g. U. „Ossau-Iraty“ und der Stopfente mit der g. g. A. „Canard à foie gras du Sud-Ouest“ (Chalosse, Gascogne, Gers, Landes, Périgord, Quercy) (Stopfleber, Confit usw.) verwendet.

Zahlreiche Köche haben mit dem „Sel de Salies-de-Béarn“ gesalzene Speisen auf ihre Speisekarten gesetzt, und einige sind für ihre Spezialitäten in Salzkruste bekannt, wie z. B. Yves Larrouture der Auberge du Relais in Bérenx mit seinem Entenbrustfilet in Salzkruste oder Christophe Canati vom Hôtel du Parc Beaumont in Pau mit seiner Poularde in Salzkruste.

Auch bestimmte Konditoren und Mâîtres-Chocolatiers haben sich durch das „Sel de Salies-de-Béarn“ inspirieren lassen. Es ist seit fast 30 Jahren die entscheidende Zutat in kreativen Naschereien wie in Franck Lavignasses Karamellbonbons „Lou Saleys“ oder seinem Eis.

Heute informieren alle diese Fachleute insbesondere auf ihren Etiketten, Websites und Werbeplaketten stolz über die Herkunft des von ihnen verwendeten Salzes.

Zahlreiche nationale und internationale Presseberichte (Paris Match, Cheese Connoisseur – USA, die Tageszeitung „Le Devoir“ – Kanada usw.) sowie audiovisuelle Reportagen (Journal de 13h, Télématin Emission „Sciences“ usw.) belegen das Ansehen und die Bekanntheit des „Sel de Salies-de-Béarn“, das seine Einzigartigkeit seinem geografischen Gebiet verdankt, in dem die geologischen Eigenschaften dem salzhaltigen Quellwasser ihren Stempel aufdrücken. Seine althergebrachte und kontinuierliche Nutzung im Laufe der Jahrhunderte ermöglichte es, traditionelles Fachwissen zu bewahren.

Diese Jahrtausende alte Tätigkeit hat dazu geführt, dass die lokale Bevölkerung die mit dieser Produktion verbundenen kulturellen Elemente auch heute noch weitergibt.

Das Salz nimmt noch heute eine zentrale Stellung im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt Salies-de-Béarn ein und wird von speziellen Vereinen, mit Kunstwerken und kulturellen Veranstaltungen wertgeschätzt. Es sei der Verein „Jurade du sel“ genannt, der seit mehr als dreißig Jahren das berühmte Salzfest „Hesta de la sau“ organisiert. Diese Veranstaltung zieht jedes Jahr mehr als 10 000 Besucher an.

Das ganze Jahr über besuchen zahlreiche Touristen die „Stadt des Salzes“.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

https://info.agriculture.gouv.fr/gedei/site/bo-agri/document_administratif-d9b9c8e5-b2cf-454e-91ed-434ba57297a2



C/2024/4493

12.7.2024

Veröffentlichung eines Antrags auf Genehmigung einer Unionsänderung einer Produktspezifikation für eine geschützte Ursprungsbezeichnung im Weinsektor gemäß Artikel 97 Absatz 4 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Artikel 105 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

(C/2024/4493)

Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ können die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

ANTRAG AUF EINE UNIONSÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION

Toro

PDO-ES-A0886-AM06

Datum der Antragstellung: 16.5.2023

1. Antragsteller und berechtigtes Interesse

Consejo Regulador de la Denominación de Origen „TORO“ (Regulierungsausschuss für die Ursprungsbezeichnung „Toro“).

Der Ausschuss besteht aus allen Winzern und Kellereien, die an der Erzeugung von Wein mit der g. U. „Toro“ beteiligt sind.

2. Rubrik der Produktspezifikation, auf die sich die Änderung bezieht

- ☐ Name des Erzeugnisses
- ☒ Kategorie des Weinbauerzeugnisses
- ☒ Zusammenhang
- ☐ Vermarktungsbeschränkungen

3. Beschreibung und Begründung der Änderung

1. AUFNAHME EINER NEUEN WEINKATEGORIE

Beschreibung:

Die Produktspezifikation für die g. U. „Toro“ wird geändert, um eine neue Weinkategorie, nämlich Kategorie 5 „Qualitätsschaumweine“, aufzunehmen. Somit müssen auch die physikalisch-chemischen und organoleptischen Merkmale beschrieben werden.

Diese Änderung betrifft Artikel 2 der Produktspezifikation und Punkt 3 des Einzigsten Dokuments.

Art der Änderung: Unionsänderung

Es handelt sich um eine Unionsänderung, da sie der in Artikel 105 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 (einheitliche GMO) festgelegten Art entspricht.

Begründung:

Durch die Aufnahme von Rebsorten wie Albillo Real und Moscatel de Grano Menudo, die traditionell in dem Gebiet vorkommen und bereits Gegenstand der letzten Überarbeitung der Produktspezifikation waren, und die Verwendung von Verdejo, Malvasía Castellana, Garnacha Tinta und Tinta de Toro werden geeignete Bedingungen für die Erzeugung eines charakteristischen Grundweins/Mosts geschaffen, der sich ideal für die Bereitung von Qualitätsschaumweinen mit feiner intensiver Perlage und lang anhaltender Schaumkrone eignet.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABl. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

Aus einer physikalisch-chemischen und sensorischen Analyse der Schaumweine, die in den Kellereien des Gebiets nach traditionellem Verfahren erzeugt, aber außerhalb des Gebiets der g. U. „Toro“ vermarktet werden, geht hervor, dass diese Qualitätsschaumweine frisch, ausgewogen und vollmundig sind. Außerdem sind die Sekundäraromen, die durch die zweite Gärung in der Flasche entstehen, gut integriert und das traditionelle Profil der Weine mit der g. U. „Toro“ bleibt erhalten.

Auf Aufforderung des Sektors ist der Wunsch, die historischen Rebflächen dieser weißen und roten Rebsorten des Gebiets zu erhalten (fortan mit allen historischen Rebsorten), um damit ihre genetische Vielfalt zu bewahren, zusammen mit der nachgewiesenen Qualität und dem kommerziellen Erfolg einiger dieser Weine auf dem Markt, der Anlass für den Regulierungsrat, diesbezügliche Regeln auszuarbeiten.

Ferner ist es aufgrund der Aufnahme einer neuen Weinkategorie erforderlich, diese Weine, zumindest ihre physikalisch-chemischen Eigenschaften, gemäß Artikel 20 der Verordnung (EU) 2019/34 zu beschreiben. Berücksichtigt wurden bei der Festlegung dieser Parameter die vorgenannten Analysen von Qualitätsschaumweinen, die von den Kellereien des Gebiets vermarktet und aus zugelassenen Rebsorten erzeugt wurden, die ebenfalls von Rebflächen im abgegrenzten Gebiet stammen.

2. ERZEUGUNGSBEDINGUNGEN FÜR DIE NEUE WEINKATEGORIE

Beschreibung:

Die spezifischen Erzeugungsbedingungen für die neue Weinkategorie wurden eingeführt.

Diese Änderung betrifft Nummer 3 Buchstaben b und c der Produktspezifikation sowie Punkt 5.1 des Einzigen Dokuments.

Art der Änderung: Unionsänderung

Im Einklang mit der Erläuterung der Art der Änderung in Abschnitt 1 beinhaltet diese Änderung die Aufnahme einer neuen Weinkategorie und fällt daher unter Artikel 105 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 (einheitliche GMO).

Begründung:

Es ist notwendig, die Spezifikationen und Anforderungen für die Erzeugung von Qualitätsschaumweinen aufzunehmen, wie z. B. die Änderung des wahrscheinlichen Alkoholgehalts der für diese Erzeugung bestimmten Trauben. Darüber hinaus gilt das traditionelle Reifungsverfahren auf Trub für mindestens neun Monate als einzige Methode, mit dem die Qualität der zu vermarktenden Weine gewährleistet werden kann. Abschließend wurde die Verpflichtung eingeführt, dass Roséweine der Kategorie Qualitätsschaumwein aus mindestens 25 % roten Rebsorten erzeugt werden müssen.

3. ERWEITERUNG DES ZUSAMMENHANGS FÜR KATEGORIE 5 QUALITÄTSSCHAUMWEIN

Beschreibung:

Kategorie 5 „Qualitätsschaumweine“ wurde in die Unterabschnitte b „Beschreibung des Erzeugnisses“ und c „Ursächlicher Zusammenhang“ aufgenommen.

Diese Änderung betrifft Artikel 7 der Produktspezifikation und Punkt 8 des Einzigen Dokuments.

Art der Änderung: Unionsänderung

Im Einklang mit der Erläuterung der Art der Änderung in Abschnitt 1 beinhaltet diese Änderung die Aufnahme einer neuen Weinkategorie und fällt daher unter Artikel 105 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 (einheitliche GMO).

Begründung:

Die Kategorie wird aufgrund der Aufnahme des neuen Erzeugnisses „Qualitätsschaumwein“, das das organoleptische Profil der Weine des Gebiets bewahrt, eingeführt. Der Qualitätsschaumwein ist vollmundig mit Aromen von reifen Früchten, ergänzt durch die besonderen Merkmale des traditionellen Verfahrens. Es wurde ein Absatz aufgenommen, um den ursächlichen Zusammenhang für diese Kategorie zu ergänzen, da die Eigenschaften der Qualitätsschaumweine im Wesentlichen auf die Wechselwirkungen zwischen natürlichen und menschlichen Faktoren zurückzuführen sind.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name(n)

Toro

2. Art der geografischen Angabe

g. U. – geschützte Ursprungsbezeichnung

3. Kategorien von Weinbauerzeugnissen

- 1. Wein
- 5. Qualitätsschaumwein

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. WEIN – TROCKENE WEISS- UND ROSÉWEINE

Weißweine

Aussehen: blassgelb bis goldgelb, ohne suspendierte Partikel. Geruch: reintonig mit fruchtigen und/oder blumigen und/oder krautigen Aromen, mittlere bis mittelhohe Intensität. Geschmack: körperarme Weine, mittlerer bis langer Abgang, mittlerer bis mittelhoher Säuregehalt und ausgewogenes Verhältnis zwischen Alkohol- und Säuregehalt.

Im Fass gegorene oder im Fass gereifte Weißweine

Aussehen: blassgelb bis goldgelb, ohne suspendierte Partikel. Geruch: reintonig mit fruchtigen und/oder blumigen und/oder krautigen Aromen, für Fassreifung typische Tertiäraromen mittlere bis mittelhohe Intensität. Geschmack: mittlerer bis langer Abgang, Säuregehalt und Körperreichtum sind mittel bis hoch. Ausgewogene Tertiäraromen von Holz.

Roséweine

Aussehen: blassrosa bis lachsfarben, ohne suspendierte Partikel. Geruch: reintonig, Aromen frischer (nicht allzu reifer) roter und/oder schwarzer Früchte, mittlere bis mittelhohe Intensität. Geschmack: körperarme Weine, mittlerer bis langer Abgang, mittlerer bis mittelhoher Säuregehalt und ausgewogenes Verhältnis zwischen Alkohol- und Säuregehalt.

* Die nachstehend unter den allgemeinen Analysemerkmalen aufgeführten Daten beziehen sich auf Weine mit einem Restzuckergehalt von weniger als 5 Gramm pro Liter. Die Weine enthalten mindestens 5 Gramm Restzucker pro Liter und der Höchstgehalt an Schwefeldioxid liegt bei 250 Milligramm pro Liter.

** In jedem Fall entsprechen die unter diesem Punkt festgelegten physikalisch-chemischen Parameter den in den EU-Vorschriften festgelegten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	-
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	11
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	18
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter)	200

2. WEIN – TROCKENE ROTWEINE

Junge Rotweine

Aussehen: kirschrot bis rubinrot, ohne suspendierte Partikel. Geruch: reintönig, Aromen frischer roter und/oder schwarzer Früchte, mittlere bis mittelhohe Intensität. Geschmack: mittlerer bis hoher Körperreichtum und mittlerer bis langer Abgang, ausgewogenes Verhältnis zwischen Alkohol- und Säuregehalt.

Im Fass gereifte Rotweine (einschließlich Weine mit den Angaben „Roble“ (Eiche), „Crianza“, „Reserva“ und „Gran Reserva“)

Aussehen: kirschrot bis ziegelrot, ohne suspendierte Partikel. Geruch: reintönig, Aromen roter und/oder schwarzer und/oder reifer Früchte, mittlere Intensität. Für Fassreifung typische Tertiäraromen von mittlerer bis mittelhoher Intensität, je nach Reifung. Geschmack: mittlerer bis hoher Körperreichtum, mittlerer bis langer Abgang, ausgewogen.

* In jedem Fall entsprechen die unter diesem Punkt festgelegten physikalisch-chemischen Parameter für Weine mit einem Restzuckergehalt von weniger als 5 Gramm pro Liter den in den EU-Vorschriften festgelegten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	-
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	12,5
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	20
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter)	150

3. HALBTROCKENE, LIEBLICHE UND SÜSSE WEINE (WEIß, ROSÉ UND ROT)

Weißweine

Blassgelb bis goldgelb, ohne suspendierte Partikel. Reintönig mit fruchtigen und/oder blumigen und/oder krautigen Aromen, mittlere bis mittelhohe Intensität. Körperreichtum: mittel (bei halbtrockenen Weinen), mittel bis mittelhoch (bei lieblichen Weinen) und hoch (bei süßen Weinen); mittlerer bis langer Abgang; Säuregehalt: mittel bis mittelhoch (bei halbtrockenen und lieblichen Weinen) und mittel (bei süßen Weinen); ausgewogenes Verhältnis zwischen Alkohol- und Säuregehalt.

Roséweine

Blassrosa bis lachsfarben, ohne suspendierte Partikel. Reintönig, mit Aromen frischer (nicht allzu reifer) roter und/oder schwarzer Früchte, mittlere bis hohe Intensität (bei halbtrockenen Weinen) und mittlere bis mittelhohe Intensität (bei lieblichen und süßen Weinen). Körperreichtum: mittel (bei halbtrockenen Weinen), mittel bis mittelhoch (bei lieblichen Weinen) und hoch (bei süßen Weinen); Abgang: mittel bis lang (bei halbtrockenen und süßen Weinen) und mittel bis mittellang (bei lieblichen Weinen); Säuregehalt: mittel bis mittelhoch (bei halbtrockenen und lieblichen Weinen) und mittel (bei süßen Weinen); ausgewogenes Verhältnis zwischen Alkohol- und Säuregehalt.

Rotweine

Kirschrot bis rubinrot, ohne suspendierte Partikel. Reintönig, mit Aromen roter und/oder schwarzer Früchte, mittlere bis hohe Intensität (bei halbtrockenen Weinen) und mittlere Intensität (bei lieblichen und süßen Weinen). Körperreichtum: mittel (bei halbtrockenen und lieblichen Weinen) und hoch (bei süßen Weinen); mittlerer bis langer Abgang und ausgewogenes Verhältnis zwischen Alkohol- und Säuregehalt.

- * In jedem Fall entsprechen die unter diesem Punkt festgelegten physikalisch-chemischen Parameter den in den EU-Rechtsvorschriften festgelegten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	-
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	9
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	18
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter)	200

4. NACH DER TRADITIONELLEN METHODE HERGESTELLTER QUALITÄTSSCHAUMWEIN (WEISS, ROSÉ UND ROT)

Nach der traditionellen Methode hergestellter Qualitätsschaumwein, weiß:

Aussehen: blassgelb bis goldgelb. Geruch: rein, fruchtig, mit für die zweite Gärung in der Flasche typischen Gaumeneigenschaften.

Nach der traditionellen Methode hergestellter Qualitätsschaumwein, rosé:

Aussehen: blassrosa bis lachsfarben. Geruch: rein, fruchtig, mit für die zweite Gärung in der Flasche typischen Gaumeneigenschaften.

Nach der traditionellen Methode hergestellter Qualitätsschaumwein, rot:

Aussehen: kirschrot bis ziegelrot. Geruch: rein, fruchtig, mit für die zweite Gärung in der Flasche typischen Gaumeneigenschaften.

- * In jedem Fall entsprechen die unter diesem Punkt festgelegten physikalisch-chemischen Parameter den in den EU-Rechtsvorschriften festgelegten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	-
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	11,5
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	10,83
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter)	180

5. Weinbereitungsverfahren

a. Spezifische önologische Verfahren

1. Spezifisches önologisches Verfahren

- Wahrscheinlicher Mindestalkoholgehalt der Trauben: 10,5 %, außer bei Trauben, die für die Erzeugung von halbtrockenen, lieblichen und süßen Weinen bestimmt sind; diese haben einen wahrscheinlichen Mindestalkoholgehalt von 9 %. Diese Trauben dürfen nicht für die Erzeugung von anderen Weinarten verwendet werden.

- Höchstertrag: 72 Liter pro 100 Kilogramm Trauben.

Qualitätsschaumweine werden nach der traditionellen Methode gemäß den geltenden europäischen Vorschriften erzeugt.

Der Qualitätsschaumwein muss mindestens neun Monate lang mit dem Trub in Berührung bleiben und sich in derselben Flasche befinden, in der die zweite Gärung stattgefunden hat.

- Bei der Erzeugung von süßen Weinen muss ein Teil des natürlichen Zuckers der Traube erhalten bleiben und die alkoholische Gärung muss durch ein nach den geltenden Rechtsvorschriften zulässiges Verfahren unterbrochen werden. Diese schließen den Zusatz von Alkohol aus.

2. Einschlägige Einschränkung bei der Weinbereitung

Die Weißweine werden ausschließlich aus weißen Sorten erzeugt (Malvasía Castellana, Verdejo, Moscatel de Grano Menudo und Albillo Real).

Die Roséweine werden aus den zugelassenen roten und weißen Sorten erzeugt (Haupt- und Nebensorten).

Nur die folgenden beiden Rotweine werden ausschließlich aus den Sorten Tinta de Toro und Garnacha Tinta erzeugt: Rotwein zu mindestens 85 % Garnacha Tinta und Rotwein zu mindestens 75 % Tinta de Toro.

Roséweine der Kategorie Qualitätsschaumwein werden aus mindestens 25 % roten Rebsorten erzeugt.

3. Anbauverfahren

- Mindestpflanzdichte: 500 Rebstöcke/ha
- Die Reberziehung kann als Goblet- oder Spaliererziehung erfolgen.
- Gemischte Anpflanzungen, bei denen keine nach Sorten getrennte Lese möglich ist, sind nicht zulässig.

b. Höchsterträge

1. Für Garnacha Tinta, Malvasía Castellana (Doña Blanca), Verdejo, Albillo Real und Moscatel de Grano Menudo.

9 000 Kilogramm Trauben pro Hektar

2. Dies entspricht einem Höchstertrag von:

64,80 Hektoliter pro Hektar

3. Für die Rebsorte Tinta de Toro

7 500 Kilogramm Trauben pro Hektar

4. Dies entspricht einem Höchstertrag von:

54,00 Hektoliter pro Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Das abgegrenzte geografische Gebiet der geschützten Ursprungsbezeichnung „Toro“ befindet sich am westlichen Rand der Autonomen Region Castilla y León, im Südosten der Provinz Zamora und in einem Teil der natürlich umgrenzten Gebiete Tierra del Vino, Valle del Guareña und Tierra de Toro. Es grenzt an die Hochebenen von Tierra del Pan und Tierra de Campos und erstreckt sich über 62 000 Hektar.

Es umfasst folgende Gemeinden:

Provinz Zamora:

Argujillo, La Bóveda de Toro, Morales de Toro, El Pego, Peleagonzalo, El Piñero, San Miguel de la Ribera, Sanzoles, Toro, Valdefinjas, Venialbo und Villabuena del Puente.

Provinz Valladolid:

San Román de Hornija, Villafranca del Duero und die Güter Villaester de Arriba und Villaester de Abajo auf dem Gebiet der Gemeinde Pedrosa del Rey.

7. Keltertraubensorte(n)

ALBILLO REAL

DOÑA BLANCA – MALVASÍA CASTELLANA

GARNACHA TINTA

MOSCATEL DE GRANO MENUDO

TEMPRANILLO – TINTA DE TORO

VERDEJO

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

a. Beschreibung des geografischen Gebiets:

Natürliche Faktoren

1. Das sanfte Gelände des Gebiets ist vom Fluss Duero, seinem Nebenfluss Talanda und den Flüssen Guareña und Hornija geprägt, die Täler und Terrassen geformt haben. Die Rebflächen befinden sich in Höhen zwischen 620 und 840 m, wobei der südwestliche Teil des abgegrenzten Gebiets am höchsten liegt.
2. Der Boden besteht aus Sedimenten von Sandstein, Ton sowie kalkhaltigem Puddingstein aus dem Pliozän, die auf lockerem Sediment Kalkbraunerde bilden. Sie reichen von Lehm bis hin zu grob- und feinkörnigem Sandstein mit Kalksteinanteilen und detritischem Mergel aus dem Miozän. Diese Böden stammen aus der Tertiärzeit. Sandiger Lehm mit einem geringen Anteil organischer Substanz (< 1 %) und einem leicht sauren bis neutralen pH-Wert (6–7) bestimmt die Textur des Bodens. Lediglich im Südwesten weisen die Böden einen basischeren pH-Wert von ca. 8 sowie eine geringe Menge an Spurenelementen, mit Ausnahme von Eisen, auf.
3. Das Gebiet der g. U. ist durch ein extremes kontinentales Klima mit atlantischen Einflüssen gekennzeichnet. Es handelt sich um ein semiarides, trockenes Gebiet mit häufigen Frühjahrsfrösten.

Menschliche Faktoren.

1. Die Weine mit der g. U. „Toro“ und der Faktor Mensch sind eng miteinander verknüpft, da die Rebsorten auf der Grundlage jahrhundertalter, von Generation zu Generation weitergegebener Erfahrung je nach Bodenbeschaffenheit gepflanzt wurden:
 - Tinta de Toro: Hauptsächlich auf kiesigen Böden mit kalkhaltigem Unterboden.
 - Malvasía Castellana: Hauptsächlich auf lockeren und sandigeren Böden.
 - Garnacha Tinta: Wie Malvasía auf sandigen Böden.
 - Verdejo: Geeignet für alle Bodenarten, vorzugsweise lockere Böden mit Kies und Feldsteinen.
 - Moscatel de Grano Menudo: Nährstoffarme Böden, gut entwässerter Sandlehm.
 - Albillo Real: Eher auf sandigen und kiesigen Böden.
2. Das Alter der Rebfläche, die zu mehr als 50 % über 40 Jahre alt ist, der Rebflächenbestand aus der Zeit vor dem Phylloxera-Befall, der generelle Pflanzabstand von 3 x 3 m in Vierecksanordnung, mit Ausnahme sehr alter Anpflanzungen in versetzter Anordnung, das von Menschen aufrechterhaltene Weinbauerbe sowie die heimische Rebsorte Tinta de Toro verleihen den Trauben, und somit auch den Weinen, ihre wesentlichen Eigenschaften.

3. Die Winzer des Gebiets setzen seit jeher auf die einheimische Rebsorte Tinta de Toro, die perfekt an den Boden und das Klima angepasst ist und deren erste Aufzeichnung auf das 6. Jahrhundert, in der „Etimologías“ von Isidoro de Sevilla, zurückgeht. Ampelografisch und genetisch ähnelt sie der Rebsorte Tempranillo, wird aber in geringerem Umfang angebaut, ist tanninhaltiger, kaliumreich, weist einen geringeren Säuregehalt auf, hat bei Reife ein leicht anthocyanhaltiges Fruchtfleisch und wird für die Erzeugung von konzentrierteren und kräftigeren Weinen verwendet.
4. Da es keine endemischen Schädlinge oder Krankheiten gibt, mit Ausnahme von Mehltau, den die Winzer auf natürliche Weise mit Schwefel behandeln, kann auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verzichtet werden, sodass die Trauben nahezu biologisch angebaut werden.

b. *Beschreibung des Erzeugnisses*

Im Vergleich zu anderen Weinen benachbarter Gebiete, die aus ähnlichen Rebsorten gewonnen werden, sind die Weine mit der g. U. „Toro“ strukturierter und weisen einen höheren Polyphenol- und Tanninanteil auf. Sie haben einen geringeren Säuregehalt, einen höheren pH-Wert und weisen Noten reiferer Früchte auf.

Darüber hinaus haben die halbtrockenen, lieblichen und süßen Weine je nach Rebsorte, aus der sie hergestellt werden, einen starken blumigen oder fruchtigen Geschmack und eine starke Struktur im Mund, die auf das Gebiet zurückzuführen sind.

Die Qualitätsschaumweine weisen eine feine und intensive Perlage sowie eine lang anhaltende Schaumkrone auf. Diese Qualitätsschaumweine sind frisch, ausgewogen, körperreich mit gut integrierten Sekundäraromen, die durch die zweite Gärung in der Flasche entstehen.

c. *Beschreibung des ursächlichen Zusammenhangs*

Die Winter sind extrem kalt, mit vielen Sonnenstunden und extremen Temperaturen, was die Produktivität der Reben eingeschränkt. Die verschiedenen Bodentypen (sandige Lehm Böden) sind ausschlaggebend dafür, welche Sorten angebaut werden. Diese Faktoren, der neutrale pH-Wert, die begrenzte organische Substanz sowie die von den Winzern zugesetzten Bodenverbesserungsmittel bestimmen das Aroma, die Struktur und den hohen Alkoholgehalt der Weine. Auch der hohe Eisengehalt des Bodens und das beträchtliche Alter der Rebflächen tragen zu der besonders hervorzuhebenden Reichhaltigkeit der Farbstoffe in den Weinen bei.

Ferner sind diese natürlichen Bedingungen des Erzeugungsgebiets im Zusammenhang mit natürlichen und den oben beschriebenen menschlichen Faktoren für die Entwicklung der Rebflächen ideal, insbesondere in den Phasen vor der Lese, da sie dazu beitragen, dass die verschiedenen zugelassenen Rebsorten zu unterschiedlichen Zeitpunkten reifen. So können gute Grundweine für die Erzeugung von Qualitätsschaumweinen mit angemessenem Alkoholgehalt, niedrigem Säuregehalt und pH-Wert sowie guter Qualität erzeugt werden.

Durch die jahrelange Erfahrung mit der Erzeugung von süßen und lieblichen Weinen mit der g. U. „Toro“ ist der Nachweis ihrer Produktionskapazität erbracht. Die Weine werden nach strengsten Qualitätsstandards und unter Wahrung des klassischen organoleptischen Profils der traditionellen Weine mit der g. U. „Toro“ hergestellt. Diese Weine verkörpern die typischen Eigenschaften der Weine mit der g. U. „Toro“, die durch den Zuckergehalt noch verstärkt werden, sehr gut.

Für Schaumweine wurden bei der letzten Überarbeitung der Produktspezifikation Rebsorten wie Albillo Real und Moscatel de Grano Menudo, die in dem Gebiet traditionell vorkommen aber noch nicht Teil der Produktspezifikation waren, aufgenommen, sodass in Kombination mit den Hauptrebsorten Verdejo, Malvasía Castellana, Garnacha Tinta und Tinta de Toro ideale Grundweine für die Erzeugung von Qualitätsschaumwein gewonnen werden können, da diese Kombination von Rebsorten eine Reifung zu verschiedenen Zeitpunkten ermöglicht sowie die Erzeugung von ausgewogenen und gesunden Weinen mit einem angemessenen Alkohol- und einem niedrigem Säuregehalt. Durch die jahrelange Erfahrung mit der Herstellung dieser Qualitätsschaumweinsorten mit der g. U. „Toro“ ist der Nachweis ihrer Produktionskapazität erbracht. Die Weine werden nach strengsten Qualitätsstandards und unter Beibehaltung des Zusammenhangs hergestellt.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Kennzeichnung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

Einzelstaatliches Recht

Art der sonstigen Bedingung:

Verpackung im abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Die Weinbereitung umfasst die Abfüllung und anschließende Reifung der Weine. Die in der Produktspezifikation beschriebenen organoleptischen sowie physikalisch-chemischen Merkmale können nur dann gewährleistet werden, wenn alle Weinbereitungsvorgänge im Erzeugungsgebiet stattfinden. Die Abfüllung der durch die g. U. „Toro“ geschützten Weine ist einer der für die Erreichung der in der Produktspezifikation festgelegten Merkmale entscheidenden Schritte. Folglich muss die Abfüllung in Kellereien in Abfüllbetrieben im Erzeugungsgebiet stattfinden, um die Qualität zu garantieren und eine Ursprungs- und Kontrollgarantie zu bieten.

Rechtsrahmen:

Einzelstaatliches Recht

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Auf den Etiketten kann die traditionelle Angabe DENOMINACIÓN DE ORIGEN [URSPRUNGSBEZEICHNUNG] oder deren Abkürzung „D.O.“ [G. U] anstelle von DENOMINACIÓN DE ORIGEN [URSPRUNGSBEZEICHNUNG] verwendet werden.

Für die Weine können auf ihrer Etikettierung die Angaben „ROBLE“ [EICHE] und „FERMENTADO EN BARRICA“ [IM FASS GEGÄRT] verwendet werden. Für Rotweine können die traditionellen Begriffe „CRIANZA“, „RESERVA“ und „GRAN RESERVA“ verwendet werden, sofern sie die in den geltenden Rechtsvorschriften festgelegten Bedingungen erfüllen.

Link zur Produktspezifikation

<https://www.itacyl.es/-/marcas-d-o-toro-?redirect=%2Fcalidad-diferenciada%2Fdop-e-igp%2Fdop-igp-y-etg>



C/2024/4501

12.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11580 — EDF / GENERALI / PARCOLOG)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4501)

Am 4. Juli 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11580 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



Bekanntmachung der Einleitung einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Auslaufens der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Geschirr und anderen Artikeln aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China

(C/2024/4504)

Nach Veröffentlichung der Bekanntmachung des bevorstehenden Auslaufens⁽¹⁾ der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Geschirr und anderen Artikeln aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“ oder „betroffenes Land“) ging bei der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) ein Antrag auf Einleitung einer Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern⁽²⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“) ein.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde am 14. April 2024 im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für Geschirr und andere Artikel aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch von Cerame-Unie/der European Federation of Ceramic Table and Ornamentalware (im Folgenden „FEFP“) und einem einzelnen tschechischen Unternehmen (gemeinsam im Folgenden „Antragsteller“) gestellt.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

2. Überprüfte Ware

Die Überprüfung betrifft Geschirr und andere Artikel aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch – ausgenommen Gewürzmöhlen aus Keramik und ihre keramischen Mahlteile, Kaffeemöhlen aus Keramik, Messerschärfer aus Keramik, Schärfer aus Keramik, Küchenwerkzeuge aus Keramik zum Schneiden, Mahlen, Reiben, Hobeln, Schaben und Schälen und Pizzasteine aus Kordierit-Keramik von der zum Backen von Pizza oder Brot verwendeten Art – (im Folgenden „überprüfte Ware“), die derzeit unter den KN-Codes ex 6911 10 00, ex 6912 00 21, ex 6912 00 23, ex 6912 00 25 und ex 6912 00 29 (TARIC-Codes 6911 10 00 90, 6912 00 21 11, 6912 00 21 91, 6912 00 23 10, 6912 00 25 10 und 6912 00 29 10) eingereiht werden. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung angegeben.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1198 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) 2020/571⁽⁴⁾, eingeführt wurde.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antrag wurde damit begründet, dass bei Außerkrafttreten der Maßnahmen mit einem Anhalten des Dumpings und einem Anhalten oder erneuten Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union zu rechnen sei.

4.1. Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens des Dumpings

Den Antragstellern zufolge ist es aufgrund nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht angemessen, die Inlandspreise und -kosten in der VR China heranzuziehen.

⁽¹⁾ ABl. C, C/2023/182, 16.10.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/182/oj>.

⁽²⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2019/1198 der Kommission vom 12. Juli 2019 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Geschirr und anderen Artikeln aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 (AbL. L 189 vom 15.7.2019, S. 8).

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2020/571 der Kommission vom 24. April 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1198 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Geschirr und anderen Artikeln aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China, geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) 2019/2131, und zur Erstattung der erhobenen Zölle (AbL. L 132 vom 27.4.2020, S. 7).

Zur Untermauerung der Behauptung, dass nennenswerte Verzerrungen bestehen, bezogen sich die Antragsteller auf die Informationen in der für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen erstellten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über nennenswerte wirtschaftliche Verzerrungen in der Volksrepublik China vom 10. April 2024 ⁽⁵⁾. Insbesondere verwiesen die Antragsteller auf Verzerrungen wie eine staatliche Präsenz im Allgemeinen und konkreter im Keramiksektor sowie auf die Kapitel über allgemeine Verzerrungen bei Energie, Grund und Boden, Kapital, Rohstoffen und Arbeit. Darüber hinaus stützten sich die Antragsteller auf öffentlich zugängliche Informationen, insbesondere auf die Feststellungen der Kommission in der vorherigen Auslaufüberprüfung und auf den Entwicklungsplan der chinesischen Regierung für die chinesische Leichtindustrie.

Daher stützt sich die Behauptung eines Anhaltens des Dumpings aus der VR China nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung auf einen Vergleich eines Normalwerts, der rechnerisch ermittelt wurde anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte in einem geeigneten repräsentativen Land widerspiegeln, mit dem Preis (auf der Stufe ab Werk) der überprüften Ware aus dem betroffenen Land bei der Ausfuhr in die Union.

Aus diesem Vergleich ergibt sich für die VR China eine erhebliche Dumpingspanne.

4.2. *Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung*

Laut den Antragstellern ist ein Anhalten oder erneutes Auftreten der Schädigung wahrscheinlich. Die Antragsteller legten diesbezüglich hinreichende Beweise dafür vor, dass die Einfuhren der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in die Union in absoluten Zahlen und gemessen am Marktanteil insgesamt gestiegen und weiterhin beträchtlich sind.

Aus den von den Antragstellern vorgelegten Beweisen geht hervor, dass die Menge und die Preise der eingeführten überprüften Ware sich unter anderem auf die Verkaufsmengen und den Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union negativ ausgewirkt und dadurch die Gesamtergebnisse des Wirtschaftszweigs der Union sehr nachteilig beeinflusst haben.

Laut den Antragstellern ist zudem eine weitere Schädigung wahrscheinlich. Die Antragsteller legten diesbezüglich Beweise vor, wonach die Einfuhren der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in die Union aufgrund ungenutzter Produktionskapazitäten und der steigenden Zahl der Fertigungsanlagen in der VR China im Falle eines Außerkrafttretens der Maßnahmen zunehmen dürften.

Ferner legten die Antragsteller Beweise dafür vor, dass der Unionsmarkt für ausführende Hersteller aus der VR China nach wie vor attraktiv ist und dass durch die in Drittländern geltenden Handelsschutzmaßnahmen wahrscheinlich Handelsströme in die EU umgelenkt würden, wenn die Maßnahmen aufgehoben würden.

Zudem dürfte den Antragstellern zufolge bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen ein weiterer beträchtlicher Anstieg der Einfuhren zu gedumpten Preisen aus dem betroffenen Land eine weitere Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union nach sich ziehen.

5. **Verfahren**

Die Kommission kam nach Anhörung des nach Artikel 15 Absatz 1 der Grundverordnung eingesetzten Ausschusses zu dem Schluss, dass genügend Beweise für die Wahrscheinlichkeit von Dumping ⁽⁶⁾ und Schädigung vorliegen, um die Einleitung einer Auslaufüberprüfung zu rechtfertigen; sie leitet daher eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung ein.

Bei der Auslaufüberprüfung wird untersucht, ob damit zu rechnen ist, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen das Dumping in Bezug auf die überprüfte Ware mit Ursprung in der VR China anhält oder erneut auftritt und der Wirtschaftszweig der Union weiter bzw. erneut geschädigt wird.

5.1. *Untersuchungszeitraum der Überprüfung und Bezugszeitraum*

Die Untersuchung bezüglich eines Anhaltens oder erneuten Auftretens des Dumpings erstreckt sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum der Überprüfung“). Die Untersuchung der Entwicklungen, die für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung relevant sind, betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums der Überprüfung (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

⁽⁵⁾ Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 10. April 2024, SWD(2024) 91 final, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2024\)91&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2024)91&lang=en)

⁽⁶⁾ Angesichts der vorliegenden Informationen vertritt die Kommission die Auffassung, dass genügend Beweise vorliegen, die tendenziell darauf hindeuten, dass es aufgrund nennenswerter Verzerrungen mit Auswirkungen auf Preise und Kosten nicht angebracht ist, die Inlandspreise und -kosten des betroffenen Landes heranzuziehen, und dass somit die Einleitung einer Untersuchung nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung gerechtfertigt ist.

5.2. *Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung*

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit einem Anhalten oder erneuten Auftreten der Schädigung oder mit der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* ⁽⁷⁾ tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

5.3. *Verfahren zur Ermittlung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens des Dumpings*

Bei einer Auslaufüberprüfung untersucht die Kommission Ausfuhren, die im Untersuchungszeitraum der Überprüfung in die Union getätigt wurden, und prüft, unabhängig von den Ausfuhren in die Union, ob die Lage der Unternehmen, die die überprüfte Ware im betroffenen Land herstellen und verkaufen, sich so darstellt, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen die Ausfuhren zu gedumpten Preisen in die Union fortgesetzt werden dürften.

Daher werden alle Hersteller ⁽⁸⁾ der überprüften Ware aus dem betroffenen Land gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung/den Untersuchungen mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte(n).

5.3.1. *Untersuchung der Hersteller im betroffenen Land*

Da in der VR China möglicherweise eine Vielzahl von Herstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tidi/form/R817_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.9.

Die Kommission wird ferner mit den Behörden des betroffenen Landes sowie gegebenenfalls mit den ihr bekannten Herstellerverbänden im betroffenen Land Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Herstellerstichprobe benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, werden die Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Produktions-, Verkaufs- oder Ausfuhrmenge ausgewählt, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten Hersteller im betroffenen Land, die Behörden des betroffenen Landes und die Herstellerverbände werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden des betroffenen Landes) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Herstellerstichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

⁽⁷⁾ Sofern nichts anderes bestimmt ist, sind alle Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

⁽⁸⁾ Ein Hersteller ist ein Unternehmen im betroffenen Land, das die überprüfte Ware herstellt, gegebenenfalls auch ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der überprüften Ware beteiligt ist.

Der Fragebogen für Hersteller im betroffenen Land steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2735>) zur Verfügung.

Unbeschadet des Artikels 18 der Grundverordnung gelten Unternehmen, die ihrer möglichen Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend.

5.3.2. Zusätzliches Verfahren für die VR China, in der nennenswerte Verzerrungen auftreten

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien hiermit gebeten, ihren Standpunkt zur Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Insbesondere fordert die Kommission alle interessierten Parteien auf, zu den im Antrag angegebenen Inputs und Codes des Harmonisierten Systems (HS) Stellung zu nehmen, ein geeignetes repräsentatives Land oder geeignete repräsentative Länder vorzuschlagen und Hersteller der überprüften Ware in diesen Ländern zu nennen. Diese Informationen und sachdienlichen Nachweise müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Kurz nach Einleitung der Untersuchung unterrichtet die Kommission nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e der Grundverordnung durch einen Vermerk in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier die von der Untersuchung betroffenen Parteien über die relevanten Quellen, die die Kommission zur Ermittlung des Normalwerts in der VR China nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung heranzuziehen beabsichtigt. Dies gilt für alle Quellen, einschließlich der Auswahl – soweit dies angebracht ist – eines geeigneten repräsentativen Drittlands. Die von der Untersuchung betroffenen Parteien können binnen 10 Tagen ab dem Datum, an dem dieser Vermerk in das Dossier aufgenommen wurde, dazu Stellung nehmen.

Den der Kommission vorliegenden Informationen nach zu urteilen käme im vorliegenden Fall die Türkei als für die VR China repräsentatives Drittland in Betracht. Um die endgültige Wahl des geeigneten repräsentativen Drittlands treffen zu können, wird die Kommission prüfen, ob es Länder mit einem ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand wie in der VR China gibt, in denen die überprüfte Ware hergestellt und verkauft wird und in denen die jeweiligen Daten ohne Weiteres verfügbar sind. Gibt es mehr als ein derartiges Land, wird gegebenenfalls Ländern der Vorzug gegeben, in denen ein angemessener Sozial- und Umweltschutz besteht.

Bezüglich der relevanten Quellen ersucht die Kommission alle Hersteller in der VR China, binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu den bei der Herstellung der überprüften Ware verwendeten Vormaterialien (Rohstoffe und Halbzeug) sowie dem entsprechenden Energieverbrauch vorzulegen. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/R817_INFO_ON_INPUTS_FOR_EXPORTING_PRODUCER_FORM. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.9.

Sachinformationen zu Kosten und Preisen nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung müssen darüber hinaus binnen 65 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden. Solche Sachinformationen sollten ausschließlich aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen.

Die Kommission wird der Regierung der VR China ferner einen Fragebogen zur Verfügung stellen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Untersuchung der mutmaßlichen nennenswerten Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung benötigt.

5.3.3. Untersuchung der unabhängigen Einführer ⁽⁹⁾ ⁽¹⁰⁾

Die unabhängigen Einführer, die die überprüfte Ware aus dem betroffenen Land in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, mit der Kommission Kontakt aufzunehmen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Die Parteien müssen dies binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun, indem sie der Kommission die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen übermitteln.

Ferner kann die Kommission mit den ihr bekannten Einführerverbänden Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten unabhängigen Einführer und Einführerverbände werden von ihr davon in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auch einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für unabhängige Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2735>) zur Verfügung.

5.4. **Verfahren zur Feststellung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller**

Um festzustellen, ob ein Anhalten oder erneutes Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union wahrscheinlich ist, ersucht die Kommission die Unionshersteller der überprüften Ware darum, bei der Untersuchung mitzuarbeiten.

Da eine Vielzahl von Unionsherstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, hat die Kommission beschlossen, die Zahl der zu untersuchenden Unionshersteller auf ein vertretbares Maß zu beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

⁽⁹⁾ Es können ausschließlich Einführer, die nicht mit Herstellern im betroffenen Land verbunden sind, in die Stichprobe einbezogen werden. Einführer, die mit Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

⁽¹⁰⁾ Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Dumpingermittlung herangezogen werden.

Die Kommission hat eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet. Genauere Angaben dazu können dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden.

Die interessierten Parteien werden hiermit aufgefordert, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Außerdem müssen andere Unionshersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter, die der Auffassung sind, dass bestimmte Gründe für die Einbeziehung ihres Unternehmens in die Stichprobe sprechen, die Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung kontaktieren; dies gilt auch für diejenigen Unionshersteller, die nicht bei der Untersuchung/den Untersuchungen mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte(n). Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle Stellungnahmen zur vorläufigen Stichprobe binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingegangen sein.

Die Kommission wird alle ihr bekannten Unionshersteller und Verbände von Unionsherstellern darüber in Kenntnis setzen, welche Unternehmen in die endgültige Stichprobe einbezogen wurden.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Unionshersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier zur Verfügung und auf der Website der GD Handel: <https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2735>.

5.5. Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses

Sollte sich die Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens des Dumpings und der Schädigung bestätigen, wird nach Artikel 21 der Grundverordnung geprüft, ob die Aufrechterhaltung der Antidumpingmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe.

Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen zum Unionsinteresse zu übermitteln.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Diese Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden.

Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der überprüften Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier zur Verfügung und auf der Website der GD Handel: <https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2735>.

Nach Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden allerdings nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind, die ihre Richtigkeit bestätigen.

5.6. Interessierte Parteien

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen zunächst nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.3 und 5.4.1 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 18 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite ⁽¹¹⁾.

5.7. **Andere schriftliche Beiträge**

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien hiermit gebeten, ihren Standpunkt unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

5.8. **Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen**

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen. Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

5.9. **Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel**

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den an dieser Untersuchung interessierten Parteien die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“ ⁽¹²⁾ (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung muss so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht. Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht anhand geeigneter Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch Anträge auf Registrierung als interessierte Partei, gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSCHUTZUNTERSUCHUNGEN“ einverstanden, der auf der Website der Generaldirektion Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass es sich bei der genannten E-Mail-Adresse um eine aktive offizielle Mailbox handelt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

⁽¹¹⁾ Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail (trade-service-desk@ec.europa.eu) oder telefonisch (Tel. +32 22979797) an den Trade Service Desk.

⁽¹²⁾ Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 19 der Grundverordnung und des Artikels 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen). Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

Postanschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G
Büro: CHAR 04/039
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail-Adresse: TRADE-R817-TABLEWARE-DUMPING@ec.europa.eu

TRADE-R817-TABLEWARE-INJURY@ec.europa.eu

6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 11 Absatz 5 der Grundverordnung wird die Untersuchung in der Regel binnen 12 Monaten, spätestens jedoch 15 Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen.

7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in Abschnitt 5 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen.

Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abzuschließen, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 5 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den endgültigen Feststellungen abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese weitere Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser weiteren Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

9. Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei hinreichender Begründung gewährt. In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt. In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

10. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilt sie die Auskünfte nicht fristgerecht oder behindert sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 18 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstiger ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Die interessierte Partei sollte unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

11. Anhörungsbeauftragte

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhörungsbeauftragte kann Anhörungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhörungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhörungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhörungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei nicht fristgerecht eingereichten Anträgen auf Anhörung prüft die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en

12. Möglichkeit der Beantragung einer Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung

Bei dieser Auslaufüberprüfung handelt es sich um eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung; daher werden die Untersuchungsergebnisse nicht etwa zu einer Änderung der geltenden Maßnahmen führen, sondern nach Artikel 11 Absatz 6 der Grundverordnung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung jener Maßnahmen.

Ist nach Auffassung einer interessierten Partei zu überprüfen, ob die Maßnahmen geändert werden sollten, so kann die Partei eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung beantragen.

Parteien, die eine solche, von der in dieser Bekanntmachung genannten Auslaufüberprüfung getrennt durchzuführende Überprüfung beantragen möchten, können unter der angegebenen Anschrift Kontakt mit der Kommission aufnehmen.

13. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽¹³⁾ verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/!vr4g9W>

⁽¹³⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

ANHANG

☐ „Sensitive“ version (zur vertraulichen Behandlung)

☐ Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

ANTIDUMPINGVERFAHREN BETREFFEND DIE EINFUHREN VON GESCHIRR UND ANDEREN ARTIKELN
AUS KERAMIK FÜR DEN TISCH- ODER KÜCHENGEBRAUCH MIT URSPRUNG IN DER VOLKSREPUBLIK
CHINA

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.3 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die „Version for inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten nach Maßgabe der Angaben in der Einleitungsbekanntmachung an die Kommission zurückgesandt werden.

1. NAME UND KONTAKTDATEN

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Kontaktperson	
E-Mail:	
Telefon	

2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum der Überprüfung bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die überprüfte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China in EUR sowie die entsprechende Menge in Kilogramm (kg).

	Menge (in kg)	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der überprüften Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China		
Einfuhren der überprüften Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der überprüften Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China		

3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ⁽¹⁾

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der untersuchten Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der untersuchten Ware oder ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name und Standort des Unternehmens	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

4. SONSTIGE ANGABEN

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht des Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

5. ERKLÄRUNG

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Untersuchung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

⁽¹⁾ Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



C/2024/4506

12.7.2024

Angaben der Mitgliedstaaten zur Schließung von Fischereien

(C/2024/4506)

Gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer Kontrollregelung der Union zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik ⁽¹⁾ wurde beschlossen, die Fischerei wie nachstehend beschrieben zu schließen:

Datum und Uhrzeit der Schließung	19.6.2024
Dauer	19.6.2024 bis 31.12.2024
Mitgliedstaat	Portugal
Bestand oder Bestandsgruppe	SBR/09-
Art	Rote Fleckbrasse (<i>Pagellus bogaraveo</i>)
Gebiet	Unionsgewässer und internationale Gewässer von 9
Typ des betreffenden Fischereifahrzeugs	—
Laufende Nummer	6/TQ194

⁽¹⁾ ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1.



C/2024/4510

12.7.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11499 — ALSO / SWS)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall
(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4510)

1. Am 3. Juli 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- ALSO Holding AG („ALSO“, Schweiz), kontrolliert von Droege Group AG (Deutschland),
- SWS, a.s. („SWS“, Tschechische Republik).

ALSO wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von SWS erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- ALSO ist in Europa im Großhandel mit Produkten aus den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Unterhaltungselektronik, Verbrauchsgüter für Drucker und damit verbundene Dienstleistungen sowie in geringerem Umfang im Einzelhandel mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnologie und Unterhaltungselektronik tätig,
- SWS ist in der Tschechischen Republik und der Slowakei in erster Linie im Großhandel mit Produkten in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Unterhaltungselektronik und Verbrauchsgüter für Drucker tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11499 — ALSO / SWS

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/4511

12.7.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11571 – KÜHNE HOLDING / AENOVA)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4511)

1. Am 5. Juli 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Kühne Holding AG („Kühne Holding“, Schweiz), kontrolliert von Klaus-Michael Kühne,
- Apollo 8 GmbH („Apollo 8“, Deutschland), Holdinggesellschaft der Aenova-Gruppe („Aenova“, Deutschland) und kontrolliert vom Verwalter eines von BC Partners LLP beratenen Fonds.

Kühne Holding wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Apollo 8 erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Kühne Holding ist eine Holdinggesellschaft, die über Kühne + Nagel International AG Logistik- und Speditionsleistungen und über Hapag-Lloyd AG Leistungen der Containerschifffahrt erbringt. Ferner ist das Unternehmen im Gastgewerbe und im Immobiliensektor tätig,
- Apollo 8 ist die Holdinggesellschaft von Aenova, die international in der Auftragsforschung und -Entwicklung sowie in der Herstellung von Fertigarzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und die Tiergesundheit sowie von Nahrungsergänzungsmitteln tätig ist.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11571 – KÜHNE HOLDING / AENOVA

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.



C/2024/4515

12.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11514 — TRAFIGURA / GREENERGY)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4515)

Am 8. Juli 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11514 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



Berichtigung der Vorherigen Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.11544 — PFEIFER & LANGEN IHKG GROUP / LATRAPs / ASNS) — Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/4425, 10. Juli 2024)

Auf Seite 1 Nummer 1:

Anstatt: „— Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG („Pfeifer & Langen“, Deutschland),
— ASNS Ingredient SIA („ASNS“, Lettland) und
— Lauksaimniecības pakalpojumu kooperatīvā sabiedrība („LATRAPs“, Lettland), derzeit kontrolliert von ASNS.

Pfeifer & Langen und ASNS werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über LATRAPs erwerben.“

muss es heißen: „— Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG („Pfeifer & Langen“, Deutschland),
— Lauksaimniecības pakalpojumu kooperatīvā sabiedrība („LATRAPs“, Lettland)
— ASNS Ingredient SIA („ASNS“, Lettland), derzeit kontrolliert von LATRAPs.

Pfeifer & Langen und LATRAPs werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über ASNS erwerben.“
